This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

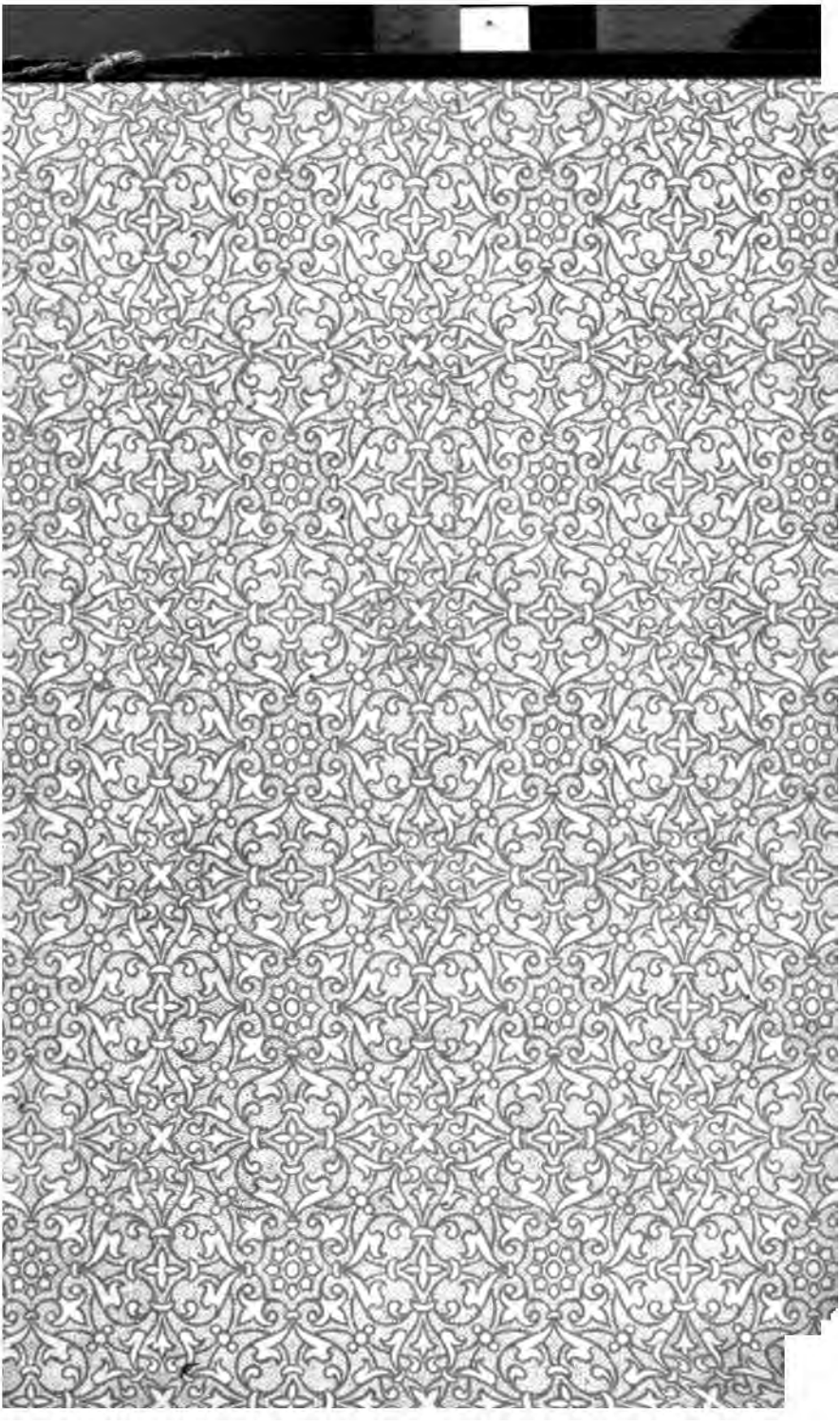
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS



Liebknecht, Wilhelm Philipp Christian Martin Ludwig.

Der Hochverraths-Prozeß

wider

Liebknecht, Bebel, Hepner

vor dem

Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872.

Mit einer Einleitung von W. Liebknecht.

Berlin 1894.
Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
(Th Glocke).

013-235955

Einleitung.

Der Partei-Vorstand hat beschlossen die Schrift über den Leipziger Hochverraths-Prozeß, welche seit Jahren vergriffen ist und fortwährend verlangt wird, neu auflegen zu lassen, und er hat mich mit der Herausgabe betraut.

„Warum — so höre ich im Geist mir entgegenrufen — warum eine neue Auflage eines alten Prozesses? Sind die politischen Prozesse, seit jener Leipziger sich abspielte, nicht häufig geworden wie Brombeeren? Zu seiner Zeit war er eine Seltenheit, an der Jeder schon deshalb Antheil nahm, wie an dem ersten Grün des Frühlings! Wer aber beachtet noch ein einzelnes Blatt, eine einzelne Blume, wenn die Sonne höher gestiegen ist und die Erde mit ihrem vollen Laub- und Blumenschmucke bekleidet hat? Damals wars ein Prozeß — der erste die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmende seit Jahrzehnten — und heute ist die Welt abgestumpft gegen politische Prozesse. Wenn nicht jeder Tag, doch mindestens jede Woche bringt einen neuen, der, hätte er damals, das heißt zur Zeit des Leipziger Prozesses, sich abgespielt, wohl kaum ein geringeres Interesse erregt hätte."

Gewiß — das ist Alles ganz oder theilweise richtig, aber gerade auf die Zeit kommt es an. Gerade daß der Prozeß damals war, das heißt eingeleitet im wilden Getöse des fürchterlichen Bruderkrieges zwischen den zwei vornehmsten Kulturvölkern des europäischen Festlandes, vorbereitet unter dem Donner der Kommune-Kanonen, welche die Geburt einer neuen Welt ankündigten — daß der Prozeß sich abspielte nach dem beispiellos sieg- und erfolgreichen Krieg, der die Macht des Fürsten Bismarck auf den Gipfel gehoben, dem Chauvinismus unerhörten Vorschub geleistet, die Sinne der weitesten Volkskreise bethört und ihren Geist auf lange Zeit für

ernſtes, ruhiges Nachdenken unfähig gemacht hatte — daß er ſtattfand im erſten Jahr nach dem Fall der Kommune, genau ein Jahr nach ihrer Aufrichtung, drei Viertel Jahre nach ihrem tragiſchen Ende, noch unter dem Volleindruck dieſes ungeheueren Ereigniſſes, das von den Feinden des Sozialismus ſo methodiſch benutzt ward, um den Sozialismus als ein peſtbringendes, blutdürſtiges Monſtrum hinzuſtellen, ihn niederzuknüppeln wie einen tollen Hund und unter einem Berg von Verleumdungen und Schmutz zu begraben — daß inmitten dieſer tollen Orgie des Chauvinismus und der ſozialiſtentödteriſchen Raſerei der Sozialismus ſeine Stimme erhob, der Welt zurief: Ich bin nicht todt! Ich lebe! ich kämpfe; ich werde ſiegen! — daß er 14 Tage lang der ſchauenden und horchenden Welt ſeine Grundſätze entwickelte, ſeine Ziele entſchleierte, ſeine Lebensberechtigung und ſeine Nothwendigkeit nachwies, das gab dieſem Prozeß ſeine Bedeutung.

Nicht daß die deutſche Sozialdemokratie auf den Leipziger Hochverrathsprozeß zu warten gehabt hätte, um Farbe zu bekennen. Im „Volksſtaat“ waren wir für die Kommune vom erſten Moment an eingetreten — eingetreten rückhaltlos, wenn auch mit offenem Auge für die Mängel und Fehler und ohne uns über die Hoffnungsloſigkeit der Erhebung zu täuſchen — im Reichstag hatte Bebel, damals der einzige Vertreter des Sozialismus im deutſchen Reichstag, unſere Solidarität mit der Kommune erklärt. Aber was wir ſchrieben, war nur in vergleichsweiſe engere Kreiſe gedrungen und jener Proteſt war in dem wilden Wuthgeheule der Gegner verhallt, ähnlich wie unſere Proteſte gegen den Krieg und gegen die Annexion von Elſaß-Lothringen.

Dieſer Prozeß war die erſte Gelegenheit zu gründlicher Ausſprache vor einem aufmerkſamen Publikum. Und ganz Deutſchland war unſer Publikum. Nach dem Fieberparoxismus der chauviniſtiſchen Kriegs- und Kampfwuth, die das Menſchliche im Menſchen zurückdrängt und der Beſtie die Kulturfeſſeln abſtreift, war eine gewiſſe Erſchlaffung eingetreten — die Maſſen waren wenigſtens ſo weit vernünftig geworden, daß ſie hören konnten.

Und wer waren wir, die Angeklagten? Hochverräther. Landesverräther. Die Mitſchuldigen der Kommunarden, die der grauenhafteſten Verbrechen ſchuldig geweſen. Und in

unseren Personen war der Sozialismus, war die Arbeiterbewegung angeklagt. In uns sollte der Sozialismus, sollte die Arbeiterbewegung verurtheilt werden. Denn — und das ist es, was dem Leipziger Hochverrathsprozeß an sich seine Bedeutung giebt — dieser Prozeß war ein Tendenzprozeß in des Wortes verwegenster Bedeutung — ein Prozeß gegen eine Partei, ein Prozeß gegen eine Weltanschauung, die in ihren angeklagten Vertretern getroffen werden sollte. Und die ganze Weltanschauung des Sozialismus saß auf der Anklagebank. Ein zweiter Prozeß, in welchem dies in gleichem Maße der Fall, ist mir nicht bekannt. Es hat viele große Tendenzprozesse gegeben — wohl keinen, in dem es so vollständig an Thatsachen und Handlungen fehlte, und der so ausschließlich sich gegen Meinungen und Grundsätze richtete.

Dessen waren wir uns von vornherein bewußt. Es galt: der Sache keine Schande zu machen — ihr Freunde zu erobern, die Gegner zu entwaffnen. Alles kam darauf an, die öffentliche Meinung zu gewinnen.

Und in welchem Grad war sie gegen uns! Man versetze sich zurück in die Zeit, aus welcher der Prozeß hervorwuchs.

Im Juni 1870 — 5., 6. und 7. Juni — hatte die sozialdemokratische Partei Eisenacher Programms, die damals den einen Flügel der deutschen Arbeiterpartei bildete, während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Lassalle'scher Richtung den anderen bildete, ihren Parteikongreß in Stuttgart gehabt. Kein Wölkchen trübte den politischen Himmel; und 9 Monate vorher hatten die Franzosen auf dem Internationalen Kongreß in Basel uns eingeladen, den nächsten Kongreß — 1870 — in Paris abzuhalten.

Einen Monat nach dem Stuttgarter Kongreß hatte unheilkündendes Kriegsgewölk sich dicht zusammengeballt, und sechs Wochen nachdem er geschlossen, waren die Höllenhunde des Krieges losgelassen. Den 13. Juli die Emser Depesche, die aus der Chamade eine Fanfare machte. Am 19. Juli die Kriegserklärung Bonaparte's. Ihr gegenüber konnten wir den Vertheidigungskrieg nicht bestreiten; da wir aber auch der Bismarck'schen Politik kein Vertrauensvotum ausstellen konnten, so enthielten Bebel und ich in dem Norddeutschen Reichstag, der zum Zweck der Geldbewilligung auf drei Tage zusammenberufen ward, uns der Abstimmung bei dem Votum über die

geforderten 120 Millionen Thaler Kriegs-Anleihe. Unser motivirtes Votum, abgegeben am 21. Juli, lautete:

Motivirtes Votum der Reichstags-Abgeordneten Liebknecht und Bebel in Sachen der 120 Millionen Kriegsanleihe:

„Der gegenwärtige Krieg ist ein dynastischer Krieg, unternommen im Interesse der Dynastie Bonaparte, wie der Krieg von 1866 im Interesse der Dynastie Hohenzollern.

„Die zur Führung des Krieges dem Reichstag abverlangten Geldmittel können wir nicht bewilligen, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat.

„Ebensowenig können wir die geforderten Geldmittel verweigern, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonaparte's aufgefaßt werden.

„Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozial-Republikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, alle Unterdrückten zu Einem großen Bruderbande zu vereinigen sucht, können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären und enthalten uns daher der Abstimmung, indem wir die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß die Völker Europas, durch die jetzigen unheilvollen Ereignisse belehrt, Alles aufbieten werden, um sich ihr Selbstbestimmungsrecht zu erobern und die heutige Säbel- und Klassenherrschaft, als die Ursache aller staatlichen und gesellschaftlichen Uebel, zu beseitigen.

Berlin, den 21. Juli 1870.

W. Liebknecht. A. Bebel."

Im Gegensatz zu uns stimmten die damaligen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Norddeutschen Reichstag unter Führung von Schweitzer und Mende für die Bewilligung der Geldmittel.

Wir protestirten und agitirten mit Aufgebot aller Kräfte gegen den Angriffs- und Eroberungskrieg, der sich nach den ersten militärischen Erfolgen deutscherseits sehr bald andeutete.

Mit den ersten militärischen Erfolgen am Rhein fiel zeitlich zusammen ein Justizmord an der Donau: die Verurtheilung sämmtlicher in dem sogenannten Wiener Hochverrathsprozeß verwickelten Arbeiter zu schweren Strafen — bis zu 6 Jahren Gefängniß.

Das war ein nicht mißzuverstehendes Wetterzeichen.

* * *

Zu Anfang des Krieges zeigte sich hier und da einige Verwirrung in unseren Reihen.

Wir in Leipzig, wo sich damals die Redaktion des offiziellen Parteiorgans „Der Volksstaat" befand, hatten bezüglich der Auffassung des Krieges allerlei Meinungsverschiedenheiten mit dem Parteiausschuß in Braunschweig, dessen Aufruf vom 24. Juli sich nicht ganz mit unseren Anschauungen deckte.

Sedan und die Proklamirung der Republik in Paris zerstreuten die Meinungsverschiedenheiten — wir waren unter uns und mit dem Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation in London einig in der Forderung, die vom 21. September an an der Spitze jeder Nummer des „Volksstaat" zu lesen war: „Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexion! Bestrafung Bonaparte's und seiner Mitschuldigen!"

Der Parteiausschuß erließ am 5. September ein Manifest in diesem Sinne. Am 6. September wurde es veröffentlicht, und drei Tage später, am 9. September, wurde der Ausschuß: Bracke, Spier, Bonhorst, Gralle und Kühn — nebst dem Druckereibesitzer Sievers und dem Parteigenossen Ehlers auf Befehl des Generals Vogel von Falckenstein, als des Höchstkommandirenden der Armee in den deutschen Küstenländern, und auf Grund des proklamirten Kriegszustandes verhaftet und in Ketten nach der Festung Lötzen abgeführt. Das gleiche Schicksal hatten August Geib und Johann Jacoby, welch letzterer damals noch nicht erklärtes Mitglied der Partei war.

Die Hamburger Kontrolkommission konnte, weil Hamburg unter das Kriegsrecht gestellt, die Funktionen des Ausschusses nicht übernehmen, wie dies in den Statuten vorgesehen war. Die Leitung der Partei wurde im Einverständniß mit uns den Dresdenern übergeben, die sofort einen Ausschuß erwählten, so daß der Zusammenhalt der Partei keinen Augenblick gestört ward. Die Genossen hielten sich bewundernswürdig. Nirgends ließ die Partei sich werfen.

Durch die Thatsache, daß von deutscher Seite der Krieg, welcher ausdrücklich gegen den französischen Kaiser und nicht gegen das französische Volk geführt werden sollte, nach dem Sturze des französischen Kaisers fortgesetzt wurde, und zwar eingestandenermaßen und ausschließlich zu dem

Zweck der Annexion von Elsaß-Lothringen, hatte die Lage sich vereinfacht und geklärt.

Die Sozialdemokratie war einig. Einig und darum stark. Doch welch winziges Häuflein im Vergleich zu dem wogenden, tobenden Meer der Feinde. — — —

Es war eine Zeit toller Aufregungen, wo es guter Nerven bedurfte. Die weltbewegenden Ereignisse, die einander jagten, der Orkan entfesselter Leidenschaften, den aufzuhalten unmöglich, dem zu trotzen eine Lebensfrage war, — und schwerer lastend als Alles: das Gefühl der Verantwortlichkeit! Habt ihr auch Recht? War es klug, dem Zug der „Nation" sich zu widersetzen? Habt ihr nicht euren persönlichen Neigungen und Abneigungen das Wohl der Partei geopfert? Werdet ihr den Sturm überdauern? Wird die Partei siegreich und in Ehren aus der Krise hervorgehen? Wird die gewaltige Sturmfluth, auf der die Galeeren des preußischen Junkerthums jetzt stolz dahingleiten, nicht das wogengepeitschte Schiff der Sozialdemokratie an einer Klippe zerschellen lassen, oder auf den Sand schleudern?

Indeß die Zweifel wurden stets rasch wieder abgeschüttelt. Es giebt keinen besseren Sporn als das Muß, und als das Drängen des Augenblicks. Wo rasches, rastloses, unabläßiges Handeln nothwendig ist, da giebts kein Hamlet-Gegrübel. Lieber verkehrt gehandelt, als thatlos. In Momenten der Entscheidung ist die Thatlosigkeit sicheres Verderben, und unrichtiges Handeln läßt meist sich wieder gut machen.

Und wir mußten ja voran! Die Fahne hinwerfen? Das war Selbstmord. Das hieß die Partei sicher zu Grunde richten; die Zukunft der Gegenwart opfern —; die ganze Arbeiterbewegung, deren Siegesgewißheit auf der Reinheit und Größe ihres Ideals beruht, in den Schmutz kulturfeindlicher, die niederste Thierheit — die bête humaine — in den Menschen entfesselnder Tagespolitik ertränken. Lange konnte diese Verblendung ja nicht dauern. Das Volk mußte zu Verstand kommen, sich der Bestialität schämen, die Ziele erkennen, denen seine gefährlichsten Feinde es zutrieben. — Freilich, für den Moment waren diese Feinde des Volkes Abgötter des Volkes. — —

Gegen den Strom schwimmen ist nie leicht, und wenn der Strom mit der reißenden Schnelle und Wucht eines Niagara dahinschnellt, dann ists erst recht keine Kleinigkeit.

Den älteren Genossen ist noch die Sozialistenhatz des Jahres der tiefsten „nationalen“ Schmach: der Sozialistengesetz-Schmach — 1878 — im Gedächtniß. Millionen sahen damals in jedem Sozialdemokraten einen Mörder und gemeinen Verbrecher, wie 1870 einen Vaterlandsverräther und Todfeind. Solche Ausbrüche der „Volksseele“ haben durch ihre ungeheure Elementarkraft etwas Verblüffendes, Betäubendes, Erdrückendes. Man fühlt sich machtlos einer höheren Macht gegenüber — einer richtigen, jeden Zweifel ausschließenden force majeure. Man hat keinen greifbaren Gegner. Es ist wie eine Epidemie — in den Menschen, in der Luft, überall.

Der Ausbruch von 1878 war jedoch an Stärke und Wildheit bei weitem nicht vergleichbar dem von 1870. Nicht bloß dieser Orkan menschlicher Leidenschaft, der Alles, was er packt, auch beugt, niederwirft, zerbricht — dazu noch die furchtbare Maschinerie des Militarismus in vollster, furchtbarster Thätigkeit, und wir zwischen den herumsausenden eisernen Rädern, deren Berührung der Tod war, und zwischen den eisernen Armen, die um uns herumschwirrten und jeden Augenblick uns fassen konnten. Neben der Elementarkraft entfesselter Geister der vollendetste Mechanismus der Mordkunst, den die Welt bis dahin gesehen. Und Alles in wildester Arbeit — alle Dampfkessel geheizt zum Bersten. Wo bleibt da die Einzelkraft, der Einzelwille? Namentlich wenn man sich in verschwindender Minderheit weiß und im Volke selbst keinen sicheren Stützpunkt hat.

Unsere Partei war erst im Werden. Wir waren auf die denkbar schwerste Probe gestellt, ehe die erforderliche Organisation geschaffen war. Als die Sozialistenhatz kam, im Jahr der Schande für unsere Feinde und im Jahr des Ruhms für die Sozialdemokratie, hatten wir schon eine so starke und weitverzweigte Organisation, daß Jeder durch das Bewußsein eines mächtigen Rückhalts gekräftigt war, und daß kein Denkfähiger an ein Erliegen der Partei glauben konnte.

Also eine Kleinigkeit wars nicht, damals gegen den Strom zu schwimmen. Aber was war zu machen? Was sein mußte, mußte sein. Da hieß es: die Zähne zusammenbeißen und was kommen wollte, an sich herankommen lassen. Zur Furcht war keine Zeit.

Die Arbeiter selbst waren noch in sich zerklüftet. Die Mehrheit der dem Sozialismus gewonnenen war zwar in

Leipzig, wie überhaupt in Sachsen, auf unserer Seite, allein die Organisation war auch hier, wo der Sozialismus zuerst in die weiten Volkskreise gedrungen, bei Weitem noch nicht so fest wie jetzt, und eine Lassalleanische Minderheit, die durch Feuereifer und Disziplin den Mangel an Zahl zu ersetzen suchte, bereitete uns Schwierigkeiten. Sie standen noch unter dem Einfluß des hochbegabten Demagogen Schweitzer, der am nationalen Feuer sein polizeisozialistisches Süppchen kochte und seine planmäßig gegen unseren Internationalismus aufgestachelten Anhänger mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln — und es standen ihm viele zu Gebot — gegen uns, die „Landesverräther", die den „nationalen Kern der Lehre Lassalle's" nicht begriffen hätten, aufhetzte. Einige der Leipziger Lassalleaner hatten Fühlung mit den patriotischen Hurrahschreiern der Bourgeoisie, die in der „Guten Quelle", früher dem Stammsitz der Demokraten und — politischen — „Verbrecher", ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Wir ließen uns nicht einschüchtern und behielten die Führung der Arbeiter und auch sonstiger Elemente, die aus dem einen oder anderen Grunde von diesem Krieg schlimme Folgen befürchteten.

Am ärgsten trieben es die Studenten. Sie bildeten das Hauptkontingent der „Patrioten" und waren für alle möglichen Rohheiten zu haben. An einem partikularistischen Zeitungsschreiber, dem später in Wien verstorbenen Obermüller, der seit 1866 die Bismarck'sche Politik scharf bekämpft hatte, kühlten sie ihr Müthchen, indem sie ihm eine Katzenmusik brachten und tapfer die Fenster einschlugen, während die Polizei ruhig zusah. Bebel und mir war Aehnliches zugedacht. Die Redaktion und Druckerei des „Volksstaat" sollte gestürmt, Alles drin kurz und klein geschlagen werden. Wir ließen jedoch dem Redakteur des „Leipziger Tageblatt", das fortwährend aufs Tollste gegen uns hetzte, kategorisch mittheilen, zehn Minuten, nachdem der erste Stein nach den Räumen des „Volksstaat" geworfen sei, ständen wir vor dem Gebäude des „Leipziger Tageblatt", das allerdings bei einem Angriff mehr zu verlieren hatte als wir mit unseren weniger als proletarischen Einrichtungen. Die Furcht vor Repressalien genügte auch, um das „Leipziger Tageblatt" zu einem wachsamen Behüter des verhaßten „Volksstaat" zu machen. Uns selbst wollte man aber um jeden Preis „eins auswischen". Bebel hatte eine Hofwohnung, zu der bei Tage

nur ein beschränkter, Abends von $^1/_2$10 Uhr an, nach Schluß des Hausthors, gar kein Zugang war. So richtete die patriotische Radauwuth sich beim hauptsächlich gegen mich. Wochenlang mußten wir Wachen aufstellen zum Schutz meiner Wohnung, — mehrere Male zogen Studententrupps aus der inneren Stadt heran, kehrten aber, sobald sie die Arbeiterpikets bemerkten, stets vorsichtiger Weise wieder um. Ueberfluß an Muth war bei diesen Leutchen überhaupt nie vorhanden. Ich ging eines Tages mit vier handfesten Genossen in das Hauptquartier der Schreier, die mich mehr verdutzt als zornig anschauten, und trotz zehnfacher Ueberzahl uns ruhig weggehen ließen, obgleich ich vor einige der lautesten Maulhelden hintrat und sie fragte, ob sie mir etwas zu sagen hätten — ich hätte gehört, sie wollten mich sprechen. — —

Endlich kam es doch zu einer Entladung. Nicht seitens der Herren Studiosen, die (außer hinter unserem Rücken) sich lammfromm gegen uns benahmen. Es waren Arbeiter, die das Werk unserer gemeinsamen Gegner verrichteten. — —

Wir „Eisenacher" hatten eine Versammlung im Osten der Stadt; und dies wurde von einer Anzahl „Lassalleaner" zu einem Ueberfall auf meine weitab im Süden liegende Wohnung benutzt. Sie glaubten das Feld jetzt frei zu haben. Und wirklich gelang ihnen der Plan auch zum Theil. Ehe wir zur Stelle sein konnten, waren von den Angreifern, während sie hastig am Hause vorbeiliefen, mit schweren Steinen, von denen einer meinem ältesten Sohn, damals ein Säugling, um ein Haar den Kopf zerschmettert hätte, verschiedene Fensterscheiben zertrümmert. Unsere Genossen, die im Sturmschritt anrückten, erreichten noch die Davonrennenden und ertheilten einigen derselben eine tüchtige Lektion. Dem Polizeidirektor Rüder, der unmittelbar neben mir wohnte und sofort herbeigeeilt war, konnte ich die Versicherung geben, daß ich keinen Polizeischutz brauche, und für die „Ruhe" gut stehe. Ich bat ihn, seine Polizei nächsten Tag nur drei Stunden lang nicht auf die Straße zu lassen — ich verbürgte mich, dann Leipzig von allen patriotischen Radaubrüdern zu säubern und derartigen Skandalen für die Zukunft vorzubeugen. Leider ward meine Bitte mir nicht gewährt. Eine gerichtliche Verfolgung habe ich natürlich abgelehnt — der Polizei, die darauf drängte, erklärte ich: — „das machen wir unter uns aus — auf Entschädigung durch

die Stadt verzichte ich". Und wir haben es unter uns ausgemacht. Die Verblendeten kamen bald zu Vernunft und sind ohne Ausnahme mir nachher gute Freunde und Mitkämpfer geworden.

Dieser Ausbruch war der erste und letzte. Die Spaltung der Arbeiter wurde zwar noch einige Zeit künstlich erhalten, allein die Beziehungen gestalteten sich nach und nach freundschaftlicher, und obgleich es noch Jahre lang bei diesem und jenem Anlaß zu kleinen Reibungen kam, so bereitete sich doch in Leipzig die Einigung schon vor.

Ich hatte Bedenken getragen, dieses Vorkommniß zu erwähnen. Allein es ist nicht bloß in Leipzig stadtbekannt, sondern wurde auch seiner Zeit im „Volksstaat" erzählt. Und ich habe drum keinen Grund es todtzuschweigen, zumal es höchst charakteristisch ist für die Zeit und für den damaligen Stand der Arbeiterbewegung.

* * *

Die Ereignisse nahmen ihren Lauf.

Nach den ersten Entladungen des Gewitters ließ sich die Lage einigermaßen übersehen. Auf dem Kriegs-Schlachtfeld waren wir nicht. Aber die Kugeln pfiffen uns um die Ohren. Und daß sie gelegentlich auch treffen würden, das wußten wir. Hier gab es kein Abwenden der Gefahr — kein Ausweichen. Es mußte mit der Person gezahlt werden. Die Luft war elektrisch. Es züngelten Blitze um uns. Die rücksichtslose Gewalt, die wir so heftig bekämpften, so keck herausgefordert hatten, mußte zu irgend einem Schlag gegen uns ausholen — das lag in der Natur der Menschen und der Verhältnisse.

Wir hatten auch Warnungen empfangen. Warnungen von bestunterrichteter Seite. In Sachsen war damals der Partikularismus noch stark. Es war noch nicht lange her, daß ein Freiherr von Friesen Bebel in seiner Werkstelle die Hand gedrückt und Freiherr von Zehmen, langjähriger Präsident der ersten Sächsischen Kammer, mich in einem glühenden Schreiben seiner wärmsten Sympathie versichert hatte. Wir hatten also „Freunde" in den oberen Regionen, und schon im August war uns mitgetheilt worden, daß von Berlin aus unsere Verhaftung gefordert wurde, und zwar unsere sofortige Verhaftung — daß man aber in Dresden, wo damals noch „sentimentale" Rechts- und Gewissenskrupel eine Rolle

zu spielen vermochten, erst das Erlöschen unserer Reichstagsmandate oder wenigstens das Ende der Session abwarten wolle.

Die Warnung wurde wiederholt, und sie kam aus einer Quelle, die keinen Zweifel zuließ. Nun, Bebel und ich — daß Hepner, der Mitredakteur des „Volksstaat", in die Sache hineingezogen wurde, daran dachten wir nicht — beschäftigten uns keine Minute mit der Warnung. Das Feld räumen konnten wir nicht, wir mußten auf dem Posten bleiben, komme was komme.

Das Reichstagsmandat — für den ersten (und auch letzten) Reichstag des Norddeutschen Bundes erlosch eigentlich am 31. August 1870, wurde jedoch in Anbetracht der außerordentlichen Umstände bis zum Ende des Jahres 1870 verlängert. Und da die Session bei dem Stand der Geschäfte nicht vor den Weihnachtsferien geschlossen werden konnte, so hatten wir also eine Galgenfrist von einigen Monaten. Allein auch dieser Galgenfrist war nicht recht zu trauen — drängte Berlin, so gab Dresden nach. Hier herrschte die Schwäche, und die Schwäche ist unberechenbar. So waren es denn recht unbehagliche Zeiten, die wir damals durchmachten. Ein verdächtiges Gesicht, das in der Nähe der Wohnung auftauchte, — wir, und insbesondere ich, waren mehr in Leipzig als in Berlin — ein verdächtiges Geräusch an der Hausthür oder im Hausgang, und man sagte sich: „jetzt sind sie da!" Monate lang legten wir uns zu Bett mit der Frage: wird die Polizei uns morgen früh wecken? Indeß der Mensch gewöhnt sich an Alles; wir waren mit uns selbst und mit unseren Genossen im Reinen, und wir hatten keine Zeit, Gedanken nachzuhängen. Der Augenblick hielt uns fest und jeder Augenblick brachte neue Pflichten, neue Arbeit.

Welche Summe von Haß in den herrschenden Klassen, unter den Machthabern, sich gegen uns angesammelt hatte, das konnten wir so recht deutlich im Reichstag bemerken, wo doch die Zwangsjacke der guten Sitte in gewöhnlichen Zeiten die Leidenschaften einschnürt. Wir Zwei wurden mit unverhohlenem Haß und Abscheu betrachtet. Wir galten als Landesverräther in des Wortes verwegenster Bedeutung — nicht platonische Landesverräther, die mit den Franzosen aus sentimentalen Revolutions-Reminiszenzen liebäugelten — sondern richtige, praktische, aktive Landesverräther, die mit der französischen Regierung verschworen waren gegen das eigene

Vaterland und den teuflischen Plan verfolgten, die französischen Kriegsgefangenen zu befreien und an ihrer Spitze, wenigstens als ihre Wegweiser nach Frankreich zu marschiren, den siegreichen Truppen Deutschlands meuchlings in den Rücken zu fallen und sie zwischen zwei Feuern zu vernichten. Wahnwitz wäre es gewesen. Wahnwitz wars, es zu glauben. Aber es wurde geglaubt. Auch ein Zeichen der Zeit. Und nicht bloß im Reichstag wurde es geglaubt. Nach unserer Verhaftung merkte ich sofort, daß der Untersuchungsrichter Ahnert, ein durch und durch ehrlicher Mann, uns diesen Wahnwitz zutraute; und ich beeilte mich, ihn zu überzeugen, daß er sich geirrt — was auch bald gelang und dem guten Herrn sichtlich eine schwere Last von dem Herzen nahm.

Kurz — wir waren moralische Ungeheuer, ein Auswurf der Menschheit, fähig jedes Verbrechens — ein Gegenstand des Abscheus und des Ekels. Eines Abends saß ich arbeitend in einem Sprechzimmer des Reichstags, den Rücken der Thüre zugekehrt; da traten einige Abgeordnete, von denen einer, aus seinen Worten zu schließen, gerade vom Kriegsschauplatz gekommen war, herein und fingen an, sich über den militärischen Stand der Dinge zu unterhalten. Ich bewegte mich, um nicht den unfreiwilligen Horcher zu spielen. Nie vergesse ich das Entsetzen, mit dem die Herren Kollegen mich anschauten, um sofort hinauszustürzen. Ein konservativer Abgeordneter, dessen Garderobe neben der meinigen war, den Namen will ich nicht nennen — es war ein Graf und er ist heute todt — schaffte sich, weil ich zufällig ein Rohrstöckchen mit Bleiknopf trug, sofort einen regelrechten Todtschläger an, der bis zum Schluß der Session mein Stöckchen bewachte.

Und wenn wir im Reichstag das Wort ergriffen — welche Szenen der Wuth! Mehr als einmal ertönte in den heiligen Hallen der Berliner Straßen-Rowdyruf: „Haut ihm! Haut ihm!“ Und wie oft wurden wir von drohenden „Kollegen“ umringt; wie oft ballten sich die Fäuste. Ein Wunder, daß es nicht zur Schlägerei kam. Jedenfalls hat die französische Kammer, über die unsere sittigen Herren Parlamentarier die Nase so vornehm rümpfen, keine wüsteren Szenen aufzuweisen, als damals der patriotische Koller sie im deutschen Reichstag verübte.

Am 17. Dezember fiel der lang erwartete Schlag. Als am Morgen die Polizei eintrat, war ich nicht überrascht.

Ja, ich fühlte eine gewisse Erleichterung, daß die schwebende Pein zu Ende — daß die Anspannung des Wartens vorüber war. Ich fragte gar nicht, ob Bebel's Verhaftung angeordnet war — das verstand sich von selbst. Daß auch Hepner zum Opfer ausersehen war, daran dachte ich allerdings nicht.

Die Untersuchungshaft bot nach den unaufhörlichen Aufregungen der letzten Monate die so lang entbehrte Ruhe, zu gleicher Zeit aber auch Muße zum Nachdenken über die Weltlage, über die Lage der Partei, über die eigene Lage. Von der nagenden Sorge um die Familie — damals gabs noch keine so zuverlässige Partei-Vorsehung wie jetzt — will ich nicht reden. Aber wie werden die Loose des Kriegs fallen? Was wird aus Deutschland? Was aus Frankreich? Was aus den Freunden?

Und dabei fehlte es an regelmäßiger Zeitungslektüre.

Doch was konnten wir mit unserem nagenden, bohrenden Sinnen und Denken an dem Gang der Dinge ändern?

Ich stürzte mich in wissenschaftliche Arbeiten.

Die Untersuchung machte mir keine Kopfschmerzen. Die Annahmen, auf Grund deren wir verhaftet worden, waren falsch — wir betrachteten uns als Kriegsgefangene — rechtlos in der Gewalt unserer Feinde.

Ich sage wir: weil dieser Gedanke bei jedem von uns Gefangenen selbstverständlich war. Verkehrt haben wir während der Untersuchungshaft nicht mit einander, und einander nicht gesehen bis zur Stunde der Freilassung. Wir waren, wie das bei der Natur der Anklage selbstverständlich, aufs Strengste isolirt.

Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz ließen keinen Zweifel, daß die französische Republik es mit dem Massenaufgebot nicht ernst meine und die Niederlage, auch mit Preisgabe eines Gebietstheils, dem revolutionären Krieg vorziehen werde.

Als nicht unwillkommene Abwechselung in diesem ewigen Einerlei der Schlachten und Metzeleien überraschte die Nachricht, daß in Oesterreich ein neues Ministerium — ein konservatives an die Stelle des liberalen — am 7. Februar ans Ruder gelangt sei und die Verurtheilten des Arbeiterprozesses vom Sommer vorher amnestirt habe.

Der Friedensschluß kam — ohne uns die Freiheit zu bringen.

Und am 19. März die Nachricht von der Erhebung des Volkes in Paris am 18. März, und bald darauf von der Proklamirung der Kommune.

Wilde Hoffnungen wurden geweckt — um schnell wieder von dem rechnenden Verstand zerquetscht zu werden. Wie war Sieg möglich innerhalb des eisernen Gürtels, den das deutsche Belagerer-Heer um Paris zog? Wie konnte dieses Frankreich, dieses Paris, das verrathen, zerfleischt, hungernd und müde gehetzt am Boden lag, sich aufraffen und die Kraft gewinnen zu einer sozialen Revolution, die den Kampf aufnehmen mußte mit der ganzen übrigen Welt?

* * *

Die Untersuchung war beendigt, und der Untersuchungsrichter hatte uns Andeutungen gemacht, aus denen wir schlossen, daß er eine längere Fortdauer der Untersuchungshaft nicht für nöthig halte.

Der 28. März brachte Gewißheit, indem er uns das Gefängniß öffnete. Mit welchem Jubel wir drei uns begrüßten, als wir nach dreimonatlicher Trennung uns wieder sahen!

Die Partei hatte sich, während unserer Gefangenschaft, auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt. Reden da die Gegner von Bevormundung durch die „Führer"! Nun, die „Vormunde" waren über drei Monate lang von der Partei getrennt und zu völliger Unthätigkeit verdammt gewesen — und die „Bevormundeten" hatten ohne die „Führer" genau das gethan, was sie mit den „Führern" gethan hätten. Wer sein Ziel kennt, geht auch den richtigen Weg. Zielbewußtheit ist eine unfehlbare Führerin. Die Partei aber, die in ihrer fast noch kindheitlichen Jugend die Probe bestanden hat, kann jetzt, da sie hundertmal stärker ist, lächelnd allen weiteren „Proben" entgegensehen. Einen solchen gigantischen Volksbetrug und eine solche gigantische Volksverhetzung bringen unsere Feinde nicht mehr zu Stand.

Freilich meinen Wahlkreis — den 19. sächsischen: Schneeberg-Stollberg — hatte die Untersuchungshaft mich gekostet. Er war noch nicht so fest, daß das persönliche Eingreifen des Kandidaten in den Wahlkampf entbehrt werden konnte. So kam es, daß ich bei der Wahl des 3. März 1871 durchfiel, und daß Bebel, dessen Wahlkreis — der 17.: Glauchau-Meerane — schon einen größeren Stamm erfahrener Genossen

hatte, bei der ersten deutschen Reichstagswahl als einziger Vertreter der Sozialdemokratie gewählt ward, was unter den damaligen Verhältnissen, wo positives Vorgehen im Reichstag unmöglich, scharfer Protest gegen die Bismarck'sche Politik unter scharfer Betonung des sozialdemokratischen Standpunkts die alleinige Aufgabe war, auch völlig genügte.

Unser Prozeß schleppte sich langsam dahin. Die sächsische Regierung, die noch nicht an der Spitze der Reaktion marschirte, drängte nicht. Die Anklage, auf Grund deren man uns verhaftet hatte, war in sich zusammengebrochen — für den gesuchten Landesverrath hatte sich nicht der Schatten eines Anhaltes gefunden — der Krieg war beendigt — was sollte man mit und gegen uns noch machen? Der allgemeine Eindruck, nicht bloß im großen Publikum, sondern auch in der sächsischen Beamtenwelt war, daß der Prozeß im Sande verlaufen würde. Die Rechnung war ohne den Wirth, d. h. ohne die preußische Regierung, gemacht, die überhaupt den Anstoß zu dem ganzen Vorgehen gegen uns gegeben hatte. Sie hatte nach Ausbruch des Krieges durch die offiziöse Zeidler'sche Korrespondenz derart gehetzt, daß die sächsischen Behörden zuletzt eingeschüchtert wurden. Das Hetzen und Drängen dauerte fort. Und so gelang es denn, in fast einjähriger emsiger Arbeit, den verdunsteten Landesverrath in einen nebligen Hochverrath umzuwandeln — oder, wie der staatsanwaltschaftliche Zunft-Titel lautet: in eine „Vorbereitung zum Hochverrath". Die verschiedenen Phasen dieses Transsubstantions-Wunders und juristisch-alchymistischen Verwandlungs-Prozesses lernt der Leser aus den Prozeßverhandlungen kennen.

Wir ließen uns keine grauen Haare wachsen. Und der Ausgang des Braunschweiger Prozesses, der im November 1871 zur Verhandlung kam, belehrte uns, daß wir nach dem Geist und Buchstaben des Gesetzes juristisch unangreifbar waren, wenigstens auf die Anklage des Hochverraths.

Ueber den Braunschweiger Prozeß, der gewißermaßen die Einleitung des Leipziger Hochverrathsprozesses bildet, hier einige Worte. Der Ausschuß ward nach seiner Verhaftung durch den General Vogel von Falckenstein mehr als 6 Monate lang, bis zum 30. März 1871, in Haft behalten, — ungefähr doppelt so lange wie wir. Die Einzelheiten der „Lötzener Ketten-Affaire", die auf die politischen und Rechtszustände Deutschlands ein grelles Licht fallen läßt, erfährt der Leser aus der

von Bracke veröffentlichten Schrift: „Der Braunschweiger Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht, von W. Bracke jr.“ Der Prozeß zog sich in die Länge. Die direkte Anklage auf Hochverrath war von der Oberstaatsanwaltschaft und dem Anklagesenat des Herzoglich Braunschweigischen Obergerichts schon im März abgelehnt und in Folge dessen die Freilassung der Gefangenen angeordnet worden. Doch in Braunschweig wie in Leipzig machten Berliner Einflüsse sich geltend. Und die Braunschweiger Gerichte gelangten schließlich dazu, „etwas“ zu finden, indem sie den „Hochverrath“ in ein „Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“ umbrauten. Im Oktober erfolgte die Versetzung in den Anklagezustand, und am 23. November begann die Prozeßverhandlung, die drei Tage in Anspruch nahm und mit der Verurtheilung der Angeklagten endete.

Da das Belastungsmaterial wesentlich dasselbe war, wenn auch nicht so vollständig und umfangreich wie das gegen uns vorliegende, so sahen wir mit philosophischer Ruhe dem uns bevorstehenden Prozeß entgegen — allerdings auch ohne Illusionen. Denn so naiv waren wir nicht, an die „objektive Gerechtigkeit“ in politischen Prozessen zu glauben.

Der Braunschweiger Prozeß — das sei noch bemerkt — hatte ein heiteres Nachspiel. Die blos wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ordnung“ Verurtheilten verklagten nunmehr ihrerseits auf dem Zivilwege Herrn Vogel von Falckenstein auf Entschädigung. Und die Braunschweigischen Gerichte waren auch in der That so unmilitärisch, nachdem der Prozeß durch alle Instanzen hindurch gegangen war — was Jahre in Anspruch nahm —, Herrn Vogel von Falckenstein zu verdonnern. Herr Vogel von Falckenstein wurde nicht blos verdonnert, er mußte auch zahlen, was ihn bitter gewurmt haben soll, obgleich der Kaiser ihm die Strafsumme als Gnadengeschenk verehrte.

Gegen uns — Bebel, Hepner und mich — beantragte der Staatsanwalt am 21. Juli 1871 die Erhebung der Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrath — gegen mich außerdem noch wegen Beleidigung des Königs von Preußen — und gegen uns alle Drei die Verweisung vor das Schwurgericht. Am 27. September 1871 beschloß die Anklagekammer, dem Antrag des Staatsanwalts Folge zu geben. Und durch Entscheid des

Oberappellationsgerichtes in Dresden vom 10. November 1871 wurden wir endgültig auf Grund der vom Staatsanwalt erhobenen Anklage vor das Schwurgericht verwiesen.

Am 11. März 1872 — fast ein Jahr nach unserer Entlassung aus der Untersuchungshaft und über anderthalb Jahre nach Einfädelung des Prozesses, begann die öffentliche Verhandlung vor dem Schwurgericht in Leipzig. Sie dauerte 14 Tage lang und endete mit Bebel's und meiner Verurtheilung zu zweijähriger Festungshaft und der Freisprechung Hepner's. Von unseren zwei Jahren wurden 2 Monate, als durch die Untersuchungshaft verbüßt, abgezogen, so daß nur 22 Monate übrig blieben. Da das Königreich Sachsen außer dem Königstein, der zu jener Zeit nicht mehr — und noch nicht — für die Unterbringung politischer Verbrecher eingerichtet war, keine Festung besitzt, so wurden wir in der Landes-Korrektions- und Kranken-Anstalt Hubertusburg untergebracht, wo wir uns den Umständen nach recht wohl befanden.

Ich trat meine Haft den 15. Juni 1872 an, Bebel, der in der Ausübung seines Reichstagsmandats nicht gestört ward, einige Monate später.

Mit einer juristischen Kritik des Leipziger Hochverraths-prozesses verschone ich den Leser. Er hat sie im Prozeß selber. Selbst sächsische Richter waren empört über unsere Verurtheilung, und mehr als einer sprach sich dahin aus, daß Berufsrichter uns nicht verurtheilt hätten. Was damals vielleicht ja noch möglich war. Ich will erwähnen, daß ich unter dem frischen Eindruck eine Schrift über bürgerliche Geschworenengerichte schrieb, sie aber, da die Klassenjustiz doch etwas gar zu Selbstverständliches, im Pult liegen ließ, wo sie noch in irgend einer Ecke versteckt sein wird.

Mit der politischen Bilanz konnten wir zufrieden sein. Unsere kühnsten Erwartungen waren übertroffen. Der Leipziger Hochverrathsprozeß, der unsere Partei vernichten sollte, gab ihr einen mächtigen Aufschwung. Die Gegner müssen uns eben wider Willen stets in die Hände arbeiten. Das ist die Rolle, zu der das neckische Schicksal sie verdammt hat. Alles, was sie gegen uns thun, thun sie für uns — die alte Geschichte von „der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft". Und so wird es sein, bis wir den Widerstand der Gegner gebrochen haben. Unser Prozeß und unsere Verurtheilung waren der beste Dienst, der unserer Partei überhaupt zu

leisten war. Die Gegner, die uns vernichten gewollt, hatten uns eine Tribüne gegeben, von der wir zu ganz Deutschland reden und die über unsere Partei verbreiteten Lügen und falschen Vorstellungen widerlegen und aufklären konnten. Diese Tribüne, weil mit dem romantischen Apparat eines Hochverrathsprozesses ausgestattet, war für die Propaganda noch günstiger als die Tribüne des Reichstags, deren Nutzen für uns, so lange wir in der Minderheit sind, hauptsächlich darin besteht, daß wir — mit Hülfe des Schallrohres der Presse — zu ganz Deutschland, und nicht selten auch über unsere Grenzen hinaus reden, und nicht bloß, wie in irgend einer — auch der massenhaftest besuchten — Volksversammlung, zu einem winzigen Bruchtheil der Bevölkerung. Das erste Mal, seit Anfang unserer Bewegung, hatte der demokratische und revolutionäre, in der sozialdemokratischen Partei zu Fleisch und Bein gewordene, Sozialismus sich in seiner ganzen Gestalt und von allen Seiten dem Volke gezeigt. Im Reichstag hatten wir noch keine Gelegenheit gehabt, unsere sozialdemokratischen Ideen eingehend zu entwickeln, und das was wir während des Krieges im Reichstag gesagt und gethan hatten, war eher geeignet gewesen, einen großen Theil des Volkes, der uns sonst nicht unsympathisch war, abzustoßen und uns zu entfremden. Jetzt, von der Tribüne der Anklagebank, hatten wir uns gegen alle Mißdeutungen verwahren, unseren vermeintlichen Landesverrath aufklären und unsere Grundsätze vertheidigen können.

Die Wirkung wurde dadurch noch erhöht, daß man sich die denkbar ungünstigsten Vorstellungen von uns gemacht hatte. Zwischen dem Zerrbild, das man von uns entworfen, und dem Bild, das die Wirklichkeit bot — zwischen Dichtung und Wahrheit — welcher Unterschied! Und der Kontrast kam uns und der Sozialdemokratie zu gut.

Die Naivetät, mit welcher der Prozeß geführt ward, leistete unserer agitatorisch-propagandistischen Thätigkeit wirksamen Vorschub. Die Richter selbst waren neugierig, sie betrachteten uns als eine Kuriosität, die sie mit Muße beobachten, erforschen und untersuchen wollten. Sie hatten oft eine aufrichtige Freude an unseren Antworten — das Befremdende des Inhalts reizte ihr wissenschaftliches Forscherinteresse.

Und einige der Richter vertieften sich so sehr in unsere Anschauungen, daß sie beim Verlesen der Belastungsstücke oft

in wahrhaft revolutionären Feuereifer geriethen und sich mehr als einmal das aufrichtige Bravo! des in seiner Mehrzahl sozialdemokratischen Auditoriums verdienten.

So erlangte der Prozeß ein dramatisches Interesse und die Verhandlungen mit ihrem Frage- und Antwortspiel wurden mitunter wie Kapitel eines Katechismus der Sozialdemokratie.

* * *

Zahllose Zuschriften aus allen Theilen Deutschlands und aus dem fernsten Ausland legten Zeugniß ab von der propagandistischen Wirkung des Prozesses.

Herausgegriffen sei die Erklärung Johann Jacoby's, dessen an die Redaktion des „Volksstaat" gerichteter Brief seiner politischen Bedeutung wegen hier folgen möge:

Königsberg, d. 2. April 1872.

Geehrter Herr!

Die Verhandlungen in dem Hochverrathsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Genossen bestimmen mich, der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei beizutreten. Sie haben wohl die Güte, einliegenden Betrag gefälligst dem Ausschusse zu übermitteln und denselben in meinem Namen zu ersuchen, mich fortan als Mitglied der Partei betrachten zu wollen. —

Mit hochachtungsvollem Gruße

Dr. Joh. Jacoby.

Johann Jacoby, der unbeugsame Charakter, scharfe Denker und Idealist der Demokratie, hatte sich überzeugt, daß die Sozialdemokratie alle prinzipiellen Forderungen der Demokratie vertritt, daß die Sozialdemokratie nur konsequente Demokratie ist, und daß eine bürgerliche Sonderdemokratie in Deutschland keine Berechtigung mehr hat.

Die klaren Köpfe der bürgerlichen Demokratie folgten dem Beispiele Jacoby's. Die nicht klaren wurden durch den bürgerlichen Klasseninstinkt mehr und mehr nach rechts gedrängt.

Verschiedene Versuche, eine bürgerliche Demokratie künstlich ins Leben zu rufen, sind seitdem gemacht worden, allein sie sind sämmtlich im Sande verlaufen; und weiteren Versuchen, die etwa noch gemacht werden sollten, ist das gleiche Schicksal gewiß. Zwischen der Sozialdemokratie und den

bürgerlichen Parteien ist kein Platz für eine Zwitterbildung, die von der Demokratie nur den Namen hätte und von den bürgerlichen Parteien den Inhalt.

In dieser Beziehung liegen die Dinge in Deutschland etwas anders als in Frankreich. Die revolutionären Traditionen dieses Landes üben zwar nach der einen Seite unleugbar einen nachtheiligen oder doch verlangsamenden Einfluß auf die Entwicklung der Sozialdemokratie, haben auf der anderen Seite aber auch zur Folge gehabt, daß ein beträchtlicher Theil des Bürgerthums in den „Ideen von 1789" erzogen worden ist.

Allein in demselben Maße, wie die Sozialdemokratie wächst und der Sozialismus die Massen erfüllt und anzieht, verblaßt auch, wie der Mond vor der aufgehenden Sonne, der Glanz jener Ueberlieferungen der „großen Revolution" und muß die Zahl der Ideologen abnehmen, die, der Gegenwart abgekehrt, mit ihren Gedanken in einer abgestorbenen Welt der Vergangenheit leben.

Die Scheidung der Geister wird sich in Frankreich bald ebenso gründlich vollzogen haben wie in Deutschland, und das Häuflein bürgerlicher Demokraten, die jetzt noch zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Mittel- und eine vermittelnde Stellung einnehmen wollen, wird, falls es nicht, wie Jacoby, rückhaltslos der Sozialdemokratie sich anschließt, entweder in der Einsamkeit der Studirstube oder in dem großen Ordnungsbrei verschwinden. Die Zuspitzung der Klassengegensätze duldet keine Mittelparteien mehr. In allen Ländern, wo der moderne Kapitalismus herrscht, kann nur noch der Klassengegensatz und das Klasseninteresse bestimmend sein für die Bildung der politischen Parteien. Die ehrliche und zielbewußte Demokratie, welche die Freiheit und „die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt", zu verwirklichen strebt, kann nur einer Partei zugehören: der Sozialdemokratie. Alle anderen Parteien stehen auf dem Boden des Kapitalismus, der ein Feind ist und Zerstörer der Freiheit und Gleichheit. Und wenn diese verschiedenen kapitalistischen Parteien, je nach der Verschiedenheit der von ihnen vertretenen Sonder- und Spezialinteressen, einander auch in verschiedenen Punkten noch bekämpfen und, um die Wähler für sich zu gewinnen und die schlechte Waare zu decken, die Flagge des Gemeinwohls

aufhissen, so sind das demagogische Schauspielerkunststücke und Kniffe, die nicht über die Thatsache hinwegtäuschen können, daß das reaktionäre kapitalistische Interesse all diesen Parteien gemeinsam ist. Sie sind nur Abtheilungen einer und derselben Partei, und, wo es die Bekämpfung des erstarkenden Sozialismus gilt, bilden sie heute schon eine einzige große Partei der Reaktion, — deren größere Hälfte sich freilich komischer Weise als „große liberale Partei" aufzuspielen beliebt. Mit der reißend schnellen Zersetzung der Gesellschaft durch den Kapitalismus hält gleichen Schritt die Zersetzung der politischen Parteien und deren Verschmelzung zu einer großen Partei des Kapitalismus, der die Sozialdemokratie als einzige Oppositionspartei gegenübersteht.

* * *

Der Prozeß-Bericht, den wir nachstehend veröffentlichen, wurde 1872 vom Verlag des „Volksstaat" in zwölf Heften herausgegeben — ursprünglich waren „sechs bis sieben Lieferungen" beabsichtigt — und ist in dem Neuabdruck unverändert geblieben. Er ward damals unter sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung und Auswahl des gesammten vorhandenen — so weit zugänglich auch des amtlichen — Materials ausgearbeitet, so daß ich zu keiner Aenderung Anlaß fand. Nur drei oder vier, den Sinn nicht berührende redaktionelle Korrekturen, wo offenbar Flüchtigkeitsfehler vorliegen, hatte ich vorzunehmen. An den Noten habe ich gar nichts geändert, und nur wenige neue hinzugefügt, wo es zum Verständniß nothwendig erschien, und diese wenigen kurz und knapp. Sie sind als neue Noten ausdrücklich bezeichnet. Anfangs hatte ich die Absicht, mehrere eingehende Erläuterungen zu geben; ich habe mich jedoch überzeugt, daß Stellen, die auf den ersten Blick unklar erscheinen, im weiteren Verlauf ihre Aufklärung finden, und daß, wer den Text genau durchliest, eines besonderen Schlüssels nicht mehr bedarf. Den Boden, aus welchem der Prozeß herausgewachsen ist, das Milieu („Mittel"), in dem er sich abspielt, zeige ich dem Leser in diesem Vorwort, so daß er eines weiteren Leitfadens nicht bedarf.

Von den Personen, die in dem Prozeß unmittelbar und mittelbar verwickelt waren, brauche ich nicht zu reden. Die noch leben, sind bekannt oder in verdientes Dunkel gesunken. Und die nicht mehr leben, sind, so weit sie es verdienen,

wohl aufbewahrt im Gedächtniß und im Herzen der Genossen. Das Volk vergißt seine Todten nicht — es hält seine Todten am Leben, mit der lebendigen belebenden Liebe, die den „Rothbart" seit nun sieben Jahrhunderten nicht hat sterben lassen.

Dem Bericht ist das gesammte Anklagematerial, theils dem wesentlichen Inhalt nach, theils in seiner Ganzheit einverleibt; und da die Anklage mit peinlichem Fleiß alle sozialistischen, kommunistischen und irgend sonst revolutionären Schriften, die sich mit den geheimsten Wurzeln unseres geheimkünstlerischen Prozesses entfernt in Verbindung bringen ließen, gesammelt und gegen uns ins Feld gebracht hatte, so ist der Prozeßbericht ein reiches und fast kompletes Arsenal der sozialistischen und Revolutions-Literatur bis zum Anfang der siebziger Jahre. Und es giebt kein Werk, welches die Entstehungs- und Anfangsgeschichte unserer Partei, die den Genossen von heute so wenig bekannt ist, in gleicher Vollständigkeit und Lebendigkeit vorführte. War das doch der Hauptgrund, welcher den Parteivorstand zur Veröffentlichung dieser neuen Auflage bestimmte.

Die neuen und jungen Genossen, die den Bericht lesen, werden aus ihm ersehen, daß die Prinzipien der Partei und alle wichtigen Fragen der Taktik damals schon genau so feststanden, wie heute; daß die Bedeutung der Landfrage, die der Internationale Kongreß in Basel 1869 durch seinen bahnbrechenden Beschluß auf die Tagesordnung gebracht hatte, damals schon klar erkannt war; daß das Schreckgespenst der Gegner damals schon wie heute die Propaganda auf dem Lande und in der Kaserne war; und daß die Partei damals schon genau wie heute die Revolution als einen organischen Umgestaltungsprozeß auffaßte, und ihre Aufgabe einerseits in der Verbreitung des Wissens, anderentheils in der Bethätigung ihrer Grundsätze auf allen Gebieten praktischer Thätigkeit erblickte, die Aussicht auf Erfolg gewähren, ohne ein Opfer des Prinzips oder Intellekts zu bedingen.

Auch die Gewerkschaftsfrage war bereits in ihrem Wesen und ihrer Wichtigkeit erkannt, und die Stellung der politischen Partei zu den Gewerkschaften klar präzisirt.

Den Gegnern aber, die vor einigen Tagen, als wir im Reichstag gegen die Errichtung eines Monarchen-Denkmals protestirten, unseren Republikanismus als etwas Neues

und Unerhörtes anbellten wie die Möpse den ruhig dahingleitenden Mond, sei Bebel's und meine, zu Anfang dieses Vorworts abgedruckte Erklärung zur Lektüre empfohlen. Sie finden da, daß wir uns schon zu Beginn des Krieges — am 21. Juli 1870 — angesichts des Reichstags und des deutschen Volks als Sozial-Republikaner bekannten, was wohl deutlich genug war. Und wurde im Jahr 1879 nicht allen Ernstes vom Seniorenkonvent des Reichstags berathen, ob mir nicht ein Majestäts-Beleidigungsprozeß zu machen sei, weil ich bei einem Hoch auf den Kaiser mich im Reichstag nicht von meinem Sitze erhoben hatte? Unsere Feinde haben ein kurzes Gedächtniß.

Die Behauptung mancher unserer Gegner, die Sozialdemokratie sei unter dem Druck der Verhältnisse und der Staatsmacht, namentlich durch die „erzieherischen Wirkungen des Sozialistengesetzes" von ihrem himmelstürmerischen Plane zurückgekommen, den Staat und die Gesellschaft mit einigen revolutionären Hammerschlägen zu zertrümmern — diese Legende wird durch die Verhandlungen des Leipziger Hochverrathsprozesses auf das Gründlichste und Schlagendste widerlegt. Damals so wenig wie heute glaubten wir an den Aberwitz mechanischen Reinen-Tisch-Machens, an den nur ein Junker- oder Polizeihirn glauben kann; damals so gut wie heute standen wir auf dem Boden der organischen Entwicklung und des Klassenkampfes. Und die einzige faktische Differenz, die — abgesehen von der vorübergehenden Meinungsverschiedenheit zwischen uns und den Braunschweigern in Bezug auf die Auffassung des Kriegs — im Prozeß sich darbietet, betraf eine Frage der Taktik, namentlich unsere Stellung zum Parlamentarismus; — und sie war zur Zeit, da der Prozeß verhandelt wurde, bereits durch die Thatsachen selbst aus der Welt geschafft worden.

In den Debatten über Taktik, die seit 20 Jahren auf den Kongressen und in der Parteipresse geführt worden sind, ward meine „Berliner Rede" aus dem Jahre 1869 oft erwähnt; und von gedankenlosen Schwadroneuren und Kindsköpfen, die nicht wissen, was Taktik ist, und Zweck und Mittel verwechseln, ist sie mir wiederholt als Beweis des Gesinnungswechsels vorgehalten worden.

Nun, ich habe voriges Jahr auf dem Züricher Kongreß frei herausgesagt, daß ich meine Taktik 24 mal den Tag

wechseln würde, wenn die Kampfbedingungen sich 24mal den Tag veränderten. Und wenn „Gesinnungswechsel“ heißt: besserer Einsicht zugänglich sein und ihr die Ehre geben, dann will ich mich noch verschiedener anderer „Gesinnungswechsel“ mit Freuden schuldig bekennen.

Jene Rede marschirte natürlich auch in dem Hochverrathsprozeß gegen uns auf, und ich konnte mich eingehend über sie äußern. Es war, wie ich sie damals bezeichnete, im wahrsten Sinne des Wortes eine Gelegenheitsrede gegen die Schweitzer'sche Korruptionstaktik und den Bismarck'schen Cäsarismus. Sie richtete sich gegen einen verwerflichen Scheinparlamentarismus und eine politische Mißgeburt: den Norddeutschen Bund, der seinem Ursprung und seiner Natur nach keinen Bestand haben, nur eine Uebergangsform sein konnte. Er mußte „in der Erscheinungen Flucht“ entweder rasch wieder verschwinden, oder er mußte sich erweitern, um lebensfähig zu werden. Ein Jahr nachdem die Rede gehalten worden, fiel der „Norddeutsche Bund“ zusammen. Und er fiel auch auf dem Schlachtfeld — wie ich es in jener Rede vorausgesagt —, aber freilich auf einem anderen Schlachtfeld, und nur um in vergrößerter Gestalt als „Deutsches Reich“ aufzuerstehen. Und die Vergrößerung war in diesem Fall eine organische Veränderung. Was ich von dem Kaiserreich denke, das ist im Hochverrathsprozeß zu Tage gekommen. Allein was immer ich von ihm denke, das Deutsche Reich hat wenigstens feste Existenzbedingungen, die dem Norddeutschen Bund abgingen; und im Deutschen Reich ist auch der Wille des deutschen Volkes bis zu einem gewissen Grad zur Geltung gelangt, und gelangt mehr und mehr zur Geltung. Der Reichstag des Deutschen Reichs ist nicht mehr das bloße „Feigenblatt des Absolutismus“, das der Norddeutsche Reichstag war.

Dank dem erwachenden politischen Leben, dank namentlich der Sozialdemokratie, die das allgemeine Wahlrecht, das nur Spielzeug sein sollte, zu einer wuchtigen Waffe in der Hand des Volkes machte, ist der deutsche Reichstag eine selbständige Macht geworden, mit der jede Regierung rechnen muß. Und wir sollten freiwillig darauf verzichten, ein Theil dieser Macht zu sein, einen immer größeren Antheil an ihr uns zu erkämpfen, bis wir der maßgebende Machtfaktor sind, was in unserem Können liegt? Da müßten wir

verrückt sein. Wären heute die Verhältnisse so wie 1869, so würde ich unter gleichen Verhältnissen dieselbe Rede halten. Heute sind die Verhältnisse anders, und was ich damals über die Theilnahme an der parlamentarischen Thätigkeit sagte, wäre heute selbstmörderischer Unsinn.

Andere Zeit — andere Taktik.

Die Prozeßverhandlungen verbreiten helles Licht über die angeblich prinzipwidrigen „Allianzen", die wir „sächsischen Volksparteiler" mit bürgerlichen und partikularistischen Elementen geknüpft haben sollten.

Als praktische Politiker wollten wir auch praktische Erfolge haben und zu diesem Zwecke mußten wir uns eine Machtstellung sichern. Wir waren deshalb genöthigt, an die thatsächlichen Verhältnisse anzuknüpfen und die vorhandenen Strömungen, so weit sie uns unserem Ziele näher bringen konnten, zu benutzen. Der Feind war das System, welches für den Augenblick in der Person Bismarck's sich verkörperte. Die Feinde dieses Mannes und Systems waren bis zu einem gewissen Grade unsere „natürlichen Bundesgenossen", deren man sich nur richtig bedienen mußte.

Der „Partikularismus" hat uns sehr gute Dienste geleistet. Wir haben aber niemals, wie von den Bismarck'schen Agenten behauptet wird, dem Partikularismus irgend welches Zugeständniß gemacht oder gar einen Kompromiß mit ihm abgeschlossen. Insbesondere der sächsische Partikularismus, der für uns hauptsächlich in Betracht kam, hatte im Großen — das heißt so weit er im Volke stack — einen stark demokratischen Charakter, und er war uns sehr förderlich. Er bahnte uns den Weg zu den Herzen der breitesten Massen. Ihm geschmeichelt oder gar ihn begünstigt haben wir aber niemals; und wenige Jahre reichten hin, die partikularistisch angehauchte sächsische Volkspartei, auf deren schon demokratisch-sozialistisches Programm — das „Chemnitzer Programm" — Bebel und ich 1867 in den Reichstag gewählt waren, in eine streng sozialistische Partei zu verwandeln.

Wir unterhielten auch Beziehungen zu der süddeutschen Volkspartei der Herren Sonnemann und Genossen, sowie auch zu den bürgerlich-republikanischen Ausläufern und Epigonen der Märzrevolution, wie Ladendorf und Genossen — Männer, die ich hoch schätzte und schätze, obgleich ich die Kluft nie vergaß, die sie von uns trennte. Solche „Bündnisse" und „Verhält-

nisse" sind in der praktischen Politik unvermeidlich. Und unter verständigen Menschen sind sie auch durchaus ehrlich. Man geht zusammen, so lange es nützlich, und trennt sich, sobald die Bedingungen des Zusammengehens erfüllt oder nicht mehr vorhanden sind. Natürlich darf man sich nicht übertölpeln lassen. Wer den Verhandlungen des Prozesses folgt, wird finden, daß wir die Interessen und Prinzipien der Partei niemals preisgaben, daß wir jeden Versuch, uns für fremde Zwecke zu gebrauchen, mit Nachdruck zurückwiesen, und daß alle diese „Bündnisse" oder „Verhältnisse" zum Besten der Partei ausgeschlagen sind.

Keiner der „Verbündeten" hatte ein Recht, sich über uns zu beschweren. Wer es that, verrieth dadurch nur, daß er von uns erwartet, was zu erwarten er kein Recht hatte.

Wir brauchten eine Armee und eine Macht, und beides wurde geschaffen.

* * *

Ueber die Kämpfe der „Ehrlichen" mit den „Lassalleanern", derer in dem Prozeßbericht häufig Erwähnung geschieht, habe ich hier einige Bemerkungen zu machen, ehe ich auf die Frage der Taktik zurückkomme, die glücklicher Weise heut keine Frage mehr ist.

Diese Kämpfe, obgleich vielfach mit Erbitterung und sogar Fanatismus geführt, hatten im Ganzen doch einen gewissen kameradschaftlichen Zug, entsprungen dem Gefühl der Zusammengehörigkeit — trotz alledem. Da, wo der Einfluß einiger Personen, die den Streit wollten, nicht unbedingt maßgebend war, herrschte zwischen den Mannschaften der beiden Fraktionen vielfach ein nicht unfreundliches Verhältniß, wie das ja auch bei Soldaten im Krieg vorkommt, wo sie auf Vorposten mit einander in stetiger und häufiger Berührung sind.

Jeder sagte sich innerlich, daß es Brüder, Klassengenossen waren, die mit einander kämpften, und daß es dieselbe Sache war, die von den Mannschaften auf beiden Seiten erstrebt wurde.

Ich will hier nicht auf alte Geschichten zurückgreifen — das aber kann ich versichern: nach dem Tode Lassalle's, mit dessen Vorgehen und Taktik ich mich nicht einverstanden hatte erklären können, verfolgte ich das Ziel, jeden Zwiespalt aus der deutschen Arbeiterbewegung zu entfernen und ihr die Einheitlichkeit zu geben. Es fiel mir nicht ein, vom „marxia-

niſtiſchen Standpunkt" aus die Verdienſte Laſſalle's verdunkeln, ſein Werk „heroſtratiſch zerſtören" zu wollen, wie mir untergeſchoben worden. Ich war niemals orthodox oder doktrinär und niemals ein „Janer" — der Lehre meines Lehrers Karl Marx folgend, der es weit von ſich wies, ein „Marxianer" zu ſein —, und der Gedanke, alle Kräfte zuſammenzufaſſen, der im Mitarbeiter-Verzeichniß der erſten Nummern des „Sozialdemokrat" zum Ausdruck kam, war mir ehrlicher Ernſt, und war Marx, Engels, Becker und den ſonſtigen Freunden ehrlicher Ernſt. Allein Schweitzer machte das Mitarbeiten unmöglich und, nachdem der Bruch ſich vollzogen hatte, mußte es das Ziel ſein: von dem Geſchaffenen zu retten, was zu retten war, und durch Entfernung der ſtörenden Elemente eine einheitliche Partei zu bilden.

Aus Preußen 1865 ausgewieſen, fand ich in Sachſen, wo Bebel als Freund und Helfer ſich mir zugeſellte, ein treffliches Rekrutirungsfeld und einen Stützpunkt, von dem aus der Kampf mit Erfolg geführt werden konnte. Oekonomiſch der entwickeltſte Staat Deutſchlands, mit einem tüchtigen Stamm echter Demokraten, die ſich raſch zu Sozialdemokraten ausbildeten und die Maſſen mitriſſen, wurde Sachſen bald von uns gewonnen; und von hier aus konnten wir weiter operiren. Schweitzer's Verſuche, uns die Arbeiter abſpänſtig zu machen, mißglückten, er hatte nur vereinzelte „Mitgliedſchaften", und ſelbſt in Leipzig, der Wiege des Allgemeinen deutſchen Arbeitervereins, hatten wir bald die große Mehrheit der Arbeiterbevölkerung für uns.

In Einzelheiten will ich hier nicht eingehen — die Prozeßverhandlungen bieten dem Leſer das reichhaltigſte Material.

Genug — in den uns aufgezwungenen Kämpfen mit dem Allgemeinen deutſchen Arbeiterverein vergaßen wir keinen Augenblick, daß die Gegner von heute unſere Brüder waren und unſere Kampfgenoſſen von morgen; und ſo weit es möglich, wurde über die Köpfe der Mannſchaften hinweggeſchoſſen nach den „Führern". Der Friede und die Verſöhnung war auch bei den hitzigſten Zuſammenſtößen unſer Gedanke. Dieſer Gedanke trieb Bebel und mich — 1868 — nach Elberfeld auf die General-Verſammlung des Allgemeinen deutſchen Arbeitervereins; dieſer Gedanke veranlaßte uns gleich nachher zu einem Waffenſtillſtand, der von Schweitzer jedoch ſofort gebrochen

ward; und dieser Gedanke leitete uns bei Einberufung des Eisenacher Kongresses — 1869 —, der, nachdem wir 1868 in Nürnberg uns einer festen Machtgrundlage versichert hatten, ein Einigungs-Kongreß werden sollte und — trotz des von Schweitzer einberufenen Gegenkongresses und der hierdurch unvermeidlich gemachten Reibungen — auch thatsächlich ein Einigungs-Kongreß war.

Wäre im folgenden Jahre nicht der Krieg ausgebrochen, der Schweitzer Gelegenheit bot, im Trüben zu fischen und an die „nationalen" Leidenschaften zu appelliren, so hätte bald nach dem Eisenacher Kongreß die Einigung sich zweifellos allgemein vollzogen.

Die Partei hat den deutsch-französischen Bruderkrieg überstanden, und den inneren Bruderkrieg. Drei Jahre nach dem Krieg wurde die Einigung Wirklichkeit; die feindlichen Brüder reichten einander die Hand, die Feindschaft war weggeflogen, und die Kräfte, die sich im Ringen miteinander geübt hatten, standen nun im Dienst der gemeinsamen Sache. Es klingt fast unglaublich, ist aber buchstäblich wahr, daß der siebenjährige Bruderkrieg der deutschen Arbeiter unserer Sache nicht geschadet hat. Ich glaube sogar er hat sie gefördert. Dieser Krieg war ja zugleich ein Konkurrenzkampf, der den Wetteifer entzündete, und beide Theile sich wechselseitig anspornen ließ und sie beide vorantrieb.

Freilich, der Boden für die Bewegung muß gut, die Bewegung schon durch die wirthschaftlichen und politischen Verhältnisse wohl vorbereitet und weit verbreitet, und die Arbeiterschaft eines Landes muß schon ziemlich geschult sein, wenn solcher Arbeiterkrieg die Arbeitersache nicht schwer schädigen soll. Und als 1872 oder 1873 Scheu und Oberwinder — nicht zu gleicher Zeit — uns in Hubertusburg besuchten, da sagten wir ihnen: Deutschland und Oesterreich das sei zweierlei, und wir glaubten nicht, daß die österreichische Bewegung eine Spaltung vertragen könne, wie wir sie in Deutschland hatten. Und unsere Vorhersagungen und Befürchtungen haben sich erfüllt, wenn auch jetzt die österreichische Arbeiterbewegung wieder herrlich aufgeblüht ist und so feste Wurzeln geschlagen hat, daß an ein Entwurzeln nicht mehr zu denken.

* * *

Die deutsche Sozialdemokratie hat das Glück gehabt, durch die Thatsachen sofort auf den Boden der Thatsachen und des praktischen Handelns gedrängt worden zu sein. Wir hatten keine Zeit zu theoretisch-phantastischem Spintisiren. Die Behörden eröffneten ohne Zaudern den Kampf gegen uns — Staatsanwälte und Polizei wetteiferten miteinander in ihren Anstrengungen, uns zu vernichten. Statt unsere Stärke in geschwollenen Kraftphrasen zu suchen und Einer den Andern in kühnen Lehrsätzen zu übergipfeln, sahen wir uns gezwungen, die sehr thatsächlichen und sehr prosaischen Gesetze dieser Erde zu studiren und die Härte der Mauern zu erproben, gegen die wir mit dem Schädel anstießen. Wir mußten fortwährend ringen und kämpfen, und im Ringen und Kämpfen mißt man die Kräfte des Gegners und die eigenen.

Hand in Hand mit diesem Kämpfen und Ringen, zu dem wir durch die politischen Verfolgungen gezwungen wurden, ging das Kämpfen und Ringen in den öffentlichen Körperschaften. Der Reichstag, obgleich an Bedeutung voranstehend, genügte uns nicht. Schon vor dem Krieg drangen unsere Genossen in die Gemeindevertretungen ein, und sobald eine Möglichkeit sich darbot — und eine Ironie des Schicksals ließ es im Jahr des Sozialistengesetzes sein — faßten wir auch in den Landtagen Fuß.

Kurz — überall wurde von uns praktisch gearbeitet und die Praxis ist die beste Korrektur theoretischer Irrthümer und die sicherste Wegweiserin.

Zur Praxis gehört aber die Theorie; zum Handeln das Wissen. Wer das Richtige nicht weiß, kann das Richtige nicht wollen, und das Richtige nicht thun. Die Sozialdemokratie geht nicht nach Willkür und Laune vor, nimmt nicht Träume und Einbildungen für Wirklichkeit — sie fußt auf erkannten Thatsachen und handelt den Thatsachen entsprechend.

Der Wunsch, der Wille und die Kraft des Einzelnen, obgleich nothwendige Faktoren der Bewegung, fallen nicht ins Gewicht, wenn sie vereinzelt bleiben. Und selbst Millionen von Individuen, seien sie nun selbstthätig oder Werkzeug in der Hand eines oder weniger Individuen, vermögen nichts, wenn sie den Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft entgegenhandeln. Ein Mann wie Bismarck konnte wohl Störungen in dem Wirken dieser Gesetze hervorbringen, nicht aber sie aufheben, nicht sie beugen noch fälschen.

Er ging jämmerlich zu Grunde, und mußte zu Grunde gehn, weil er sie nicht verstanden hat.

Was der Sozialdemokratie ihre unüberwindliche und stets wachsende Kraft giebt, das ist, daß sie sich auf den Boden dieser Gesetze stellt, und sie in ihren Dienst nimmt.

Jeder Fortschritt des Kapitalismus bedeutet einen Fortschritt der Sozialdemokratie.

Als vor 30 Jahren Lassalle auftrat, hatte er trotz seiner ungewöhnlichen agitatorischen Kraft, trotz des Gewichts seiner Persönlichkeit einen sehr geringen Erfolg. Bei der Masse der Bevölkerung traf die Sozialdemokratie auf Abscheu und Widerstand.

Heute beherrscht die soziale Frage Alles, und auch die rückständigsten Massen fangen an, ihre sozialen Interessen zu begreifen. Wie erklärt sich das? Nur zum Theil aus der sozialdemokratischen Propaganda, die ohnmächtig wäre ohne die sie bestätigende Lehre der Verhältnisse. Die Revolution im Denken und in den Anschauungen ist die Folge der ökonomischen Revolution, welche die letzten dreißig Jahre in Deutschland hervorgebracht haben.

Als Lassalle die Fahne aufnahm, hatte die Mehrheit des Volkes noch Eigenthum, oder glaubte es zu haben — oder wenigstens bei fleißiger Arbeit es erringen zu können.

Wären die Verhältnisse so geblieben, und bestände dieser Glaube noch, dann hätten wir heute nicht besseren Erfolg als Ferdinand Lassalle — oder richtiger, es gäbe überhaupt keine Sozialdemokratie mehr. Denn eine Lehre, die durch die Thatsachen widerlegt wird, hat keinen Bestand; und wenn wahr wäre, was unsere Gegner behaupten, daß in der heutigen Gesellschaft jedem Fleißigen und Tüchtigen Eigenthum und Wohlstand gewiß seien, dann wäre das Häuflein Sozialdemokraten bald wieder verschwunden, oder in den Schooß der allein selig machenden Bourgeois-Gesellschaft zurückgekehrt. Aber die sozialdemokratische Lehre war Wahrheit. Die Thatsachen legten Zeugniß für sie ab. Der Kapitalismus, der sich seiner Natur nicht entäußern kann, zerstörte das Privateigenthum und den Glauben an dasselbe so erbarmungslos und so gründlich, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes die Verderblichkeit des Kapitalismus entweder schon eingesehen oder doch wenigstens den Glauben an die Güte der „Gesellschaft so wie sie ist" verloren hat. Die, welche

die Ursachen des wirthschaftlichen und sozialen Elends begriffen haben, sind Sozialdemokraten; die, welche die Wirkungen des Kapitalismus an sich verspüren, ohne sich über die Ursachen klar zu sein, sind Antisemiten, Christlich-Soziale, Innungsbrüder — und wie sonst die assoziirten sozialpolitischen Kurpfuscher ihre reaktionär-demagogischen Utopistereien und ihre geprellte Kundschaft zu nennen belieben. Die Opfer dieser Kurpfuscher, sie sind alle auf dem Weg zur Sozialdemokratie — nur daß sie einen Umweg machen.

Hier ein Wort zur Abfertigung eines, die Verlegenheit und Gedankenlosigkeit unserer Gegner kennzeichnenden Einwurfs.

„Die Sozialdemokratie ist die Partei der Unzufriedenen" — sagt man uns höhnend. Wir nehmen das Hohnwort mit Stolz hin. Ja, wir sind die Partei der Unzufriedenen — wir sind es in doppelter Beziehung. Wir lehren Unzufriedenheit denen, die in thierisch-pflanzlichem Trägsinn auch das Menschenunwürdigste über sich ergehen lassen, statt voll heiligen Ingrimms das Joch zu zerbrechen, das sie selber sich aufgelegt oder haben auflegen lassen. Und Alle, die Ursache haben, unzufrieden zu sein mit ihren Verhältnissen und mit den herrschenden Zuständen, und die das Menschenunwürdige ihrer Lage empfinden, sie kommen zu uns und suchen ihre Zuflucht unter dem Banner der Sozialdemokratie. Es ist das Zerbröckeln einer Welt. Wer kennt nicht das Märchen vom Magnetberg, der aus dem dahinfahrenden Schiff alle Klammern, alle Nägel, alles was es zusammenhält, an sich zieht, so daß das Schiff zerfallen muß? Der Magnetberg, das ist die Sozialdemokratie; Alles was die glänzend aufgetakelte, mit Kanonen und Gold beladene Prunkgaleere des Kapitalismus zusammenhält: das staat- und gesellschafterhaltende Volk der Arbeit, wird unwiderstehlich von dem Magnetberg angezogen, und die Galeere mit all ihren Kanonen und ihrem Gold muß elend untergehen.

Ja, wir sind die Partei der Unzufriedenen. Wer sich irgend bedrückt, benachtheiligt, in seinem Rechte gekränkt fühlt, der kommt zu uns. Unsere Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen wissen ein Lied davon zu singen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind die letzte Zuflucht, nachdem die Abgeordneten der anderen Parteien in den meisten Fällen nur leere Versprechungen, und oft nicht einmal diese gehabt hatten. Nicht, daß ich den Abgeordneten anderer

Parteien persönlich zu nahe treten wollte. Aber es liegt in der Natur der Dinge, daß sie da nicht helfen wollen und können, wo die von ihnen vertheidigte Staats- und Gesellschaftsordnung die Schuldige, die Ursache des Uebels und des Unrechtes ist.

Und glaube man nicht, daß bloß sozialdemokratische oder in sozialdemokratischer Atmosphäre lebende Hülfesuchende sich an uns wenden. Ich selber — und jeder meiner Freunde hat die gleichen Erfahrungen gemacht — bin von Hunderten Unglücklicher aufgesucht worden, die sich ihre kindliche Verehrung für Thron und Altar noch ideell bewahrt haben, aber die Zustände, die im Schatten der Throne und Altäre emporgewuchert sind, reell verwünschen, und in der Sozialdemokratie die einzige Partei erblicken, die wirklich entschlossen ist, diesen schmählichen Zuständen ein Ende zu machen.

Um Denen, die nun geneigt sein sollten, auszurufen: da seht Ihr, was Alles der Sozialdemokratie zugezählt wird; und wie wenig Klarheit in vielen Sozialdemokraten steckt — um diesen von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen, will ich hier gleich bemerken, daß ich *diese* Königs- und Gottgläubigen, die bei uns Hülfe suchen, nie für Sozialdemokraten gehalten, nie sie uns zugerechnet habe. Aber sie sind grimmige Feinde des Bestehenden, großentheils Fanatiker, und in jedem Fall klassische Zeugen für die Thatsache, daß unsere Partei ihre Wurzeln in die tiefsten Tiefen und weitesten Weiten des Volkslebens getrieben hat und schon heute dem Volk als die *höchste Instanz der Gerechtigkeit* gilt.

* * *

Unsere Partei ist kein ungeordneter wilder Haufe, der, durch einen Augenblicks-Antrieb zusammengehalten, gleich einer Springfluth Alles vor sich niederwirft, dann aber, sobald der Augenblicks-Antrieb mit dem Augenblick verflogen, kraftlos zurückweicht oder auseinanderstiebt. Es ist ein regelmäßiges wohl disziplinirtes Heer, das einen regelmäßigen Krieg führt gegen das Reich des kapitalistischen Doppelgötzen: *Mammon-Moloch* — Krieg führt methodisch, planvoll, alle Vortheile des Terrains und der Umstände ausnutzend, auf kein hoffnungsloses Unternehmen sich einlassend, den Gegner angreifend mit Waffen, denen er nicht mit gleich wirksamen begegnen kann, und den Kampf vermeidend mit Waffen, in

denen er uns überlegen ist. Kurz ein regelrechter Krieg, der uns, vorausgesetzt, daß wir uns nicht überrumpeln, nicht in einen Hinterhalt locken lassen, nur Aussichten des Sieges bietet, und die Frage des endgiltigen Triumphes zu einer Frage der Zeit und zum Fazit eines Rechenexempels macht, wie die der Uebergabe einer planvoll belagerten Festung.

Wir haben den großen Vortheil, daß wir den Feind kennen, und der Feind uns nicht kennt. Wir sehen dem Gegner ins Auge. Wir befolgen die entgegengesetzte Taktik wie unsere Feinde, die, weil sie in uns die Wahrheit fürchten, die von ihnen Bethörten vor der Berührung mit uns warnen, ihnen rathen, uns, sobald wir uns zeigen, mit Knüppeln zu empfangen und die Hunde auf uns zu hetzen. Wir umgekehrt rathen unseren Genossen: „Lernt die Gegner kennen! Je besser ihr sie kennt, desto größer der Abscheu vor der Sache, die sie verfechten, desto wirksamer könnt ihr sie bekämpfen.“ So schlagen wir nicht ins Blaue. Wir bekämpfen den Kapitalismus, der ist, und die Gegner bekämpfen einen Sozialismus, der nicht ist. So treffen unsere Hiebe, und die des Feinds treffen nicht. Wir stoßen ins lebendige Fleisch, der Feind in die leere Luft — und zerstört oder tödtet er, so nur, dessen Zerstörung oder Tödtung ihm nichts nutzt, ihm nur schaden kann.

Und unsere Armee wächst beständig, sowohl der Zahl nach als auch an innerer Festigkeit und an dem Kraftbewußtsein und dem Siegesvertrauen der Mitglieder. Der Kapitalismus selbst ist unser bester Agitator und Werbe-Sergeant. Mit all seinen Agenten und Kommis in Staat und Gesellschaft arbeitet er für uns. Und wie arbeitet er! Jeden Tag vernichtet er tausende von Existenzen und schleudert sie in unsere Reihen. Er vermindert mit der Zahl der Eigenthümer die Zahl seiner eigenen Stützen — in jeder zerstörten Existenz ist eine „Säule der Gesellschaftsordnung“ umgestürzt. Und durch das Walten und Wirken des Kapitalismus selbst wird von Stunde zu Stunde das Machtverhältniß für uns günstiger, für ihn ungünstiger.

Das eherne Entwicklungsgesetz, dem er unterworfen ist, ehern wie das Fatum der alten Griechen, zwingt den Kapitalismus, uns, seinen Todfeinden und Todtengräbern, den Weg zu bahnen zum Siege. Er kann seinem Schicksal nicht entrinnen. Ein Heilen der Uebel, ein Abgewöhnen der Sünden, die er zerknirscht eingesteht, giebt es nicht. Der Kapitalismus

ist was er ist, oder er ist nicht. Er lebt von der Vernichtung des Privateigenthums. Er muß die „kleinen Leute", die „mittleren Schichten" der Gesellschaft verschlingen — oder er kann nicht leben. Er kann die Ausbeutung nicht lassen, so wenig wie die Katze das Mausen, und jeder ernsthafte Versuch, die sogenannten Mißbräuche des Kapitalismus zu beseitigen, ist ein „Stoß in das Herz" des Kapitalismus, zu dessen Lebensfunktionen diese sogenannten Mißbräuche gehören.

Wir wissen, daß der Kapitalismus dem Untergang geweiht, und daß er gezwungen ist, uns die Waffen zu schmieden, mit denen wir ihn überwinden.

Und auch die Klügeren unter den Vertretern des Kapitalismus wissen es. Kann man das Absterben und die Kulturwidrigkeit des Kapitalismus deutlicher bezeugen, als es von dem Nestor der europäischen Staatsmänner, dem greisen Gladstone, mit den Worten geschehen ist: „Die besitzenden Klassen — the property classes — sind Hindernisse des Fortschritts geworden!"?

* * *

Zur Siegesgewißheit, die allein schon der halbe Sieg ist, kommt noch ein Faktor hinzu, der unsere Kampfkraft wesentlich steigert: die durch unsere Weltanschauung gebotene Pflege der freien Persönlichkeit und des Gemeinsinns.

Das Individuum ist nicht der Zweck und Mittelpunkt, es ist Theil der Gemeinschaft. Es hat nicht das Recht, sich anderen Individuen über- oder unterzuordnen. Gleiches Recht für Alle. Keiner soll weniger, keiner mehr sein als der Andere. Diese Gleichberechtigung erdrückt aber nicht das Individuum. Indem sie es dem Ganzen, dem Gemeinwesen unterordnet, und nur ihm unterordnet, erhebt sie es auch auf die Höhe des Gemeinwesens, und läßt kein Individuum verkümmern, wie das heute in den Sümpfen der Gesellschaft das Loos der meisten ist.

Die Kräfte des Einzelnen werden im gemeinsamen Streben für das Wohl Aller weit mehr entwickelt, als bei ihrer Unterwerfung unter das Regiment der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das zeigt jetzt schon unsere Partei, obgleich sie noch nicht im Stande ist, das Prinzip der Gleichberechtigung jenseits der Parteigrenze in der bürgerlichen

Gesellschaft selber zur praktischen Geltung zu bringen. Was hat uns in unserer ganzen politischen Thätigkeit jenen Schwung, jene Wucht des Angriffs, jene Opferfreudigkeit, jene spottende Verachtung gewaltthätigen Uebermuths verliehen — Eigenschaften, zu deren Erklärung unsere Gegner sich in die lächerlichsten Vermuthungen ergangen haben? Neben dem Bewußtsein der besseren Sache — das Bewußtsein der Gleichheit — das Bewußtsein, Niemandem untergeordnet zu sein, und nur der großen Sache zu dienen — und daraus entspringend das Gefühl der Pflicht! Jeder tritt für sich selbst ein, indem er für die Gesammtheit eintritt, Jeder nutzt der Gesammtheit und sich selber um so mehr, je rückhaltloser, je aufopferungsvoller er seine ganze Persönlichkeit in den Kampf wirft. Diese Verbindung von individueller Freiheit mit Unterordnung unter das Ganze ist es, was die Stärke unserer Partei ausmacht, und ihr jene Disziplin giebt, die unseren Gegnern ein Räthsel ist, weil sie, in der Dunstatmosphäre der kapitalistischen Weltanschauung abgestumpft, nicht erfassen können, daß Männer, die vor keinem anderen Manne den Kopf beugen, ihr Ich freudig einer großen Sache unterordnen, ihr alle Kraft widmen, mit ihrer Persönlichkeit in der Sache aufgehen. Und diese demokratische Disziplin, die freie und denkende Männer zu gemeinsamem Handeln zusammenschließt, ist einer ganz anderen Kraftentfaltung fähig, als die Disziplin blind gehorchender Werkzeuge. Jeder Einzelne giebt mehr Kraft und er giebt selbständiges Denken — Jeder durch sein Urtheil das Urtheil des Anderen berichtigend, ergänzend, so daß die denkbar sicherste Bürgschaft für ein richtiges Gesammturtheil gewährt ist. Wir Sozialdemokraten haben allezeit die demokratische Gleichheit hochgehalten. Der Personenkultus, den wir in der Theorie bekämpfen, wird auch in der Praxis nicht von uns geduldet. Wir haben in der Partei niemals eine Aristokratie gehabt. Jeder ist als Genosse dem Anderen gleich und wird nach seinen Leistungen geschätzt. Diese Leistungen sind freilich nicht gleich, so wenig wie die Fähigkeiten; allein gleich ist für Alle die Pflicht und die Möglichkeit, ihre Kraft im Dienste der Partei zu bethätigen. Wer es unterläßt, hat nur sich selber die Schuld beizumessen. Im Reichstag sind wir die einzige Fraktion, deren sämmtliche Mitglieder als Redner und als Kommissionsmitglieder thätig sind, während in allen anderen Parteien die parlamentarischen

ist was er ist, oder er ist nicht. Er lebt von der Vernichtung des Privateigenthums. Er muß die „kleinen Leute", die „mittleren Schichten" der Gesellschaft verschlingen — oder er kann nicht leben. Er kann die Ausbeutung nicht lassen, so wenig wie die Katze das Mausen, und jeder ernsthafte Versuch, die sogenannten Mißbräuche des Kapitalismus zu beseitigen, ist ein „Stoß in das Herz" des Kapitalismus, zu dessen Lebensfunktionen diese sogenannten Mißbräuche gehören.

Wir wissen, daß der Kapitalismus dem Untergang geweiht, und daß er gezwungen ist, uns die Waffen zu schmieden, mit denen wir ihn überwinden.

Und auch die Klügeren unter den Vertretern des Kapitalismus wissen es. Kann man das Absterben und die Kulturwidrigkeit des Kapitalismus deutlicher bezeugen, als es von dem Nestor der europäischen Staatsmänner, dem greisen Gladstone, mit den Worten geschehen ist: „Die besitzenden Klassen — the property classes — sind Hindernisse des Fortschritts geworden!"?

* * *

Zur Siegesgewißheit, die allein schon der halbe Sieg ist, kommt noch ein Faktor hinzu, der unsere Kampfkraft wesentlich steigert: die durch unsere Weltanschauung gebotene Pflege der freien Persönlichkeit und des Gemeinsinns.

Das Individuum ist nicht der Zweck und Mittelpunkt, es ist Theil der Gemeinschaft. Es hat nicht das Recht, sich anderen Individuen über- oder unterzuordnen. Gleiches Recht für Alle. Keiner soll weniger, keiner mehr sein als der Andere. Diese Gleichberechtigung erdrückt aber nicht das Individuum. Indem sie es dem Ganzen, dem Gemeinwesen unterordnet, und nur ihm unterordnet, erhebt sie es auch auf die Höhe des Gemeinwesens, und läßt kein Individuum verkümmern, wie das heute in den Sümpfen der Gesellschaft das Loos der meisten ist.

Die Kräfte des Einzelnen werden im gemeinsamen Streben für das Wohl Aller weit mehr entwickelt, als bei ihrer Unterwerfung unter das Regiment der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das zeigt jetzt schon unsere Partei, obgleich sie noch nicht im Stande ist, das Prinzip der Gleichberechtigung jenseits der Parteigrenze in der bürgerlichen

Gesellschaft selber zur praktischen Geltung zu bringen. Was hat uns in unserer ganzen politischen Thätigkeit jenen Schwung, jene Wucht des Angriffs, jene Opferfreudigkeit, jene spottende Verachtung gewaltthätigen Uebermuths verliehen — Eigenschaften, zu deren Erklärung unsere Gegner sich in die lächerlichsten Vermuthungen ergangen haben? Neben dem Bewußtsein der besseren Sache — das Bewußtsein der Gleichheit — das Bewußtsein, Niemandem untergeordnet zu sein, und nur der großen Sache zu dienen — und daraus entspringend das Gefühl der Pflicht! Jeder tritt für sich selbst ein, indem er für die Gesammtheit eintritt, Jeder nutzt der Gesammtheit und sich selber um so mehr, je rückhaltloser, je aufopferungsvoller er seine ganze Persönlichkeit in den Kampf wirft. Diese Verbindung von individueller Freiheit mit Unterordnung unter das Ganze ist es, was die Stärke unserer Partei ausmacht, und ihr jene Disziplin giebt, die unseren Gegnern ein Räthsel ist, weil sie, in der Dunstatmosphäre der kapitalistischen Weltanschauung abgestumpft, nicht erfassen können, daß Männer, die vor keinem anderen Manne den Kopf beugen, ihr Ich freudig einer großen Sache unterordnen, ihr alle Kraft widmen, mit ihrer Persönlichkeit in der Sache aufgehen. Und diese demokratische Disziplin, die freie und denkende Männer zu gemeinsamem Handeln zusammenschließt, ist einer ganz anderen Kraftentfaltung fähig, als die Disziplin blind gehorchender Werkzeuge. Jeder Einzelne giebt mehr Kraft und er giebt selbständiges Denken — Jeder durch sein Urtheil das Urtheil des Anderen berichtigend, ergänzend, so daß die denkbar sicherste Bürgschaft für ein richtiges Gesammturtheil gewährt ist. Wir Sozialdemokraten haben allezeit die demokratische Gleichheit hochgehalten. Der Personenkultus, den wir in der Theorie bekämpfen, wird auch in der Praxis nicht von uns geduldet. Wir haben in der Partei niemals eine Aristokratie gehabt. Jeder ist als Genosse dem Anderen gleich und wird nach seinen Leistungen geschätzt. Diese Leistungen sind freilich nicht gleich, so wenig wie die Fähigkeiten; allein gleich ist für Alle die Pflicht und die Möglichkeit, ihre Kraft im Dienste der Partei zu bethätigen. Wer es unterläßt, hat nur sich selber die Schuld beizumessen. Im Reichstag sind wir die einzige Fraktion, deren sämmtliche Mitglieder als Redner und als Kommissionsmitglieder thätig sind, während in allen anderen Parteien die parlamentarischen

Ehren und Arbeiten einer kleinen Minderheit von Bevorzugten zufällt.

Es bringt mich das zu dem lächerlichen, stereotyp gewordenen Vorwurf unserer Gegner, daß die Masse unserer Genossen eigentlich nur Mitläufer, „Heerdenthiere“ seien, die uns blindlings und gedankenlos folgen, bloß weil sie unzufrieden sind. Das Gegentheil ist die Wahrheit, was beiläufig von allen anderen Klatsch-Anklagen der Gegner gilt, die uns regelmäßig ihre eigenen Fehler und Gebrechen andichten. Mit dem Wind fahren, erheischt keine eigene selbständige Thätigkeit; wer aber gegen den Wind oder mit ungünstigem Wind fahren will, muß eine selbständige Thätigkeit entwickeln. Und der politische Wind kommt heute aus den Windschläuchen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft; mit ihm fahren alle Parteien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, also alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Jeder unselbständige Charakter geht deshalb mit irgend einer der kapitalistischen Parteien, er folgt dem herrschenden Wind; während Jeder, der sich für die Sozialdemokratie erklärt, gegen den herrschenden Wind gehen oder fahren und dadurch einen selbstständigen Willen bethätigen muß. Das „Stimmvieh“ hat keinen selbständigen Willen, und weil der Sozialdemokratie kein Mensch ohne selbständigen Willen beitreten kann, so sind wir in Folge dessen berechtigt zu sagen: wir haben keine Mitläufer, oder um dem guten amerikanischen Ausdruck sein Recht zu lassen — wir haben kein Stimmvieh, und wir sind die einzige Partei, die keins hat.

Die bloße Thatsache des Beitritts zu unserer Partei, des Bekenntnisses zur Sozialdemokratie erhebt unsere Genossen auf ein höheres Durchschnittsniveau, als die Genossen aller übrigen Parteien für sich beanspruchen können.

Wir Sozialdemokraten haben deshalb, wenn wir auch nicht in thörichte Ueberschätzung unserer und Unterschätzung der gegnerischen Parteimitglieder verfallen wollen, das gute Recht, zu erklären: die Sozialdemokratie ist an sittlicher Kraft den bürgerlichen Parteien überlegen, und verfügt als Ganzes wie in ihren Theilen über eine größere Summe von sittlicher und persönlicher Kraft.

Und diese sittliche und persönliche Kraft wird von unserer Partei, die „eine große Arbeiter-Bildungsschule“ ist, planmäßig ausgebildet und gehoben.

Wo ist die andere Partei, die das von sich sagen kann? Und wer will es leugnen, daß das ökonomische Wissen, das politische Verständniß und die Hingabe an die höchsten Menschheitsideale, durch welche die Arbeiter, inmitten der kläglichen Versumpfung und Korruption der kapitalistischen Elemente, sich auszeichnen — wer will leugnen, daß dies die Früchte sozialdemokratischer Erziehung sind?

Und wer die Früchte „ordnungsparteilicher" Erziehung sehen will, der gehe in die Versammlung des Bundes der Landwirthe, der Antisemiten, der katholischen Kaplane oder des protestantischen Pfarrers Iskraut!

Das genügt.

* * *

Unsere Partei hat begriffen, daß mit blinder Leidenschaft ebensowenig, wie mit stumpfem Kadaver-Gehorsam der Befreiungskampf des Proletariats zu siegreichem Ende geführt werden kann. Auf allen Gebieten ist die Sozialdemokratie bemüht zu bilden und zu erziehen. Sie nimmt den ganzen Mann in Beschlag, und nicht bloß den Mann, auch die Frau und das Kind. Die Familie, deren Zerstörung wir angeblich planen, ist für uns ein Ziel- und Ausgangspunkt der Agitation geworden. Die katholische Kirche ist die einzige Körperschaft, die in diesem Punkte Aehnlichkeit mit uns hat. Sie weiß aus tausendjähriger Erfahrung, daß wer den Mann hat ohne die Frau, nur einen halben Menschen hat, daß wer die Frau hat, zwei Menschen hat: den Mann und die Frau, und daß, wer die Kinder hat, die Zukunft hat. Der Erkenntniß dieser Wahrheit verdankt die katholische Kirche ganz wesentlich ihre Weltherrschaft, und verdankt das Zentrum seinen festen Zusammenhalt.

Der Sozialdemokratie ist es gelungen, die Familie des Proletariers zu erobern. In der Arbeiterfamilie ist die Wurzel der Sozialdemokratie, die nicht bloß über die Arbeiter verfügt, sondern auch über die Familien der Arbeiter. Die Frauen des Proletariats sind nicht, wie das im Anfang vielfach der Fall war, ein Hemmniß der Bewegung, sie sind Mitkämpferinnen der Männer, und treiben voran, statt zurückzuhalten. Bedeutet für sie doch der Sieg der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung, die wirkliche Emanzipation der Frau, der jede andere Partei eine untergeordnete Stellung im Staat und in der Gesellschaft anweist. Und die Kinder

des Proletariats wachsen auf in der Weltanschauung des Sozialismus und sie wachsen empor als Sozialisten.

Als Sozialisten treten sie in die Lehre, gehen sie in die Werkstätte, in die Fabrik, in die Kaserne und in den Dienst des Staats, der ohne seine sozialistischen „Stützen" schon heute nicht mehr bestehen kann. So wächst der Sozialismus in den Staat und in die Gesellschaft hinein, und bereitet, stetig und unaufhaltsam fortwachsend, die Umwandlung des Klassenstaates und der kapitalistischen Gesellschaft in die freie sozialistische Gesellschaft vor.

Kein Mittel, dies zu verhindern. Kein Mittel, in die Adern des Klassenstaats und der kapitalistischen Gesellschaft Lebenssäfte zu pumpen, die den Organismus verjüngen. Der Kapitalismus wirkt zersetzend und zerstörend. Schöpferisch „will ihm nichts mehr gelingen". Mag er sich wenden und drehen wie er will, er ist gezwungen, den Wagen des Sozialismus zu ziehen, an seinem eigenen Grabe zu graben.

Da hilft keine Arznei, keine List, keine Gewalt. Jede Arznei zeigt bloß die Verfaultheit und Machtlosigkeit — trotz aller aufgespeicherten Machtmittel — des Kapitalismus; und jede List und jede Gewalt wendet sich gegen ihn selbst und beschleunigt nur seinen Sturz.

Die sogenannte Arbeiterschutz-Gesetzgebung und Sozialreform, durch welche der Kapitalismus uns Sozialdemokraten das Wasser abgraben wollte, hat nur die Unfähigkeit und Unehrlichkeit des Kapitalismus enthüllt und Wasser auf die Mühle des Sozialismus geleitet. Das Sozialistengesetz, das den Sozialismus mit Polizeigewalt erdrosseln sollte, hat der Armee des Sozialismus nur ein festeres Gefüge und jedem einzelnen Soldaten der Partei jene Kriegstüchtigkeit gegeben, welche die Bürgschaft des Sieges ist.

* * *

Alle Bemühungen, die Sozialdemokratie zu einem Kampfe mit den Waffen, welche das Monopol unserer Feinde sind, und denen wir keine gleichmörderischen entgegensetzen können, herauszufordern und uns eine Schlacht unter Bedingungen, die unseren Sieg ausschlössen, aufzuzwingen, sind an der Schulung und Disziplin unserer Partei gescheitert und werden daran scheitern. Wir wissen, daß wir Waffen haben, vor denen die Gegner erliegen müssen — wir werden

unſere untrüglichen und unwiderſtehlichen Kulturwaffen nicht mit barbariſchen Waffen vertauſchen, die unſeren Gegnern den Sieg brächten — wenigſtens für den Moment.

Die Zeit der Verſchwörungen, der Putſche, der Straßenſchlachten iſt vorbei. Andere Zeiten — andere Formen des Kampfes. Das ganze Streiten um die Taktik iſt ein Streit um des Kaiſers Bart. Die Frage der Taktik iſt keine Prinzipienfrage, keine theoretiſche Frage — es iſt eine Frage der Praxis. Das Ziel und den Zweck gegeben, iſt die Praxis nur eine Frage der Mittel, die durch Prüfung der Verhältniſſe und Berechnung der Machtfaktoren gelöſt wird. Mit der politiſchen Taktik iſt es wie mit der militäriſchen. Alexander der Große kam nicht aus mit der Thebaniſchen Schlachtordnung; den Römern genügte nicht die Phalanx der Mazedonier; das Mittelalter ſchuf ſich ſeine eigene Taktik; die neuere Kriegsgeſchichte bringt faſt für jeden Krieg eine neue Taktik. Und der nächſte Krieg, falls die Vernunft der Menſchen oder die Logik der Thatſachen noch einen Krieg im großen Stil zuläßt, wird ſich eine neue Taktik zu ſchaffen haben, entſprechend der Revolutionirung der Waffen und ſonſtigen Zerſtörungs- und Mordmaſchinen durch die moderne Technik.

Die politiſche Taktik früherer Zeiten genügt nicht mehr für die Gegenwart. Wie auf dem militäriſchen Schlachtfeld hat der Einzelkampf, hat das Handgemenge Mann gegen Mann aufgehört. Es kann noch vorkommen, aber nicht als Taktik, ſondern als Epiſode, als Zwiſchenfall. Wie auf dem militäriſchen Schlachtfeld ſind es die Maſſen, die ihre Kraft zu entfalten, den Ausſchlag zu geben haben. Der politiſche Kampf iſt heute weſentlich ein Klaſſenkampf — ein Kampf der Arbeiterklaſſe gegen die in verſchiedene Parteigruppen zerklüftete Klaſſe der Beſitzenden, in deren Händen die Machtmittel der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft ſind. Gegen dieſe rieſigen Machtmittel kann nur die Wucht organiſirter Maſſen aufkommen. Der Klaſſenkampf muß als Maſſenkampf geführt werden. Organiſirte Maſſen ins Feld zu bringen, das iſt unſere nächſte Aufgabe. Und ſo läuft dieſe unſere politiſche Thätigkeit der Thätigkeit des Militarismus parallel, der ebenfalls die Maſſen für ſich zu organiſiren ſucht — freilich zu entgegengeſetzten Zielen: die Sozialdemokratie im Dienſte der Ziviliſation, der Militarismus im Dienſte der Barbarei.

Die Taktik der Partei hat sich organisch aus ihrem Wesen, ihrer Entwicklung und den Verhältnissen ergeben. Auf dem Boden der modernen Wissenschaft stehend, mit Männern wie Marx und Lassalle als Führern, konnte die deutsche Sozialdemokratie sich weder in den Nebel der Sektirerei, noch in die Spelunken der Konspiration verirren. Wir haben nie die revolutionären Ziele und den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie verleugnet, aber gerade weil wir uns ihrer revolutionären Natur bewußt waren, konnten wir nicht in den romantischen Irrthum verfallen, durch Heldenmuth und Selbstaufopferung einer Schaar von Auserwählten über den Kopf des Volkes hinweg willkürlich eine Revolution machen zu können. Wir hatten das Beispiel Blanqui's, des Tapfersten der Tapferen, vor Augen. Wir haben ihm unsere Bewunderung gezollt — aber sein Beispiel war uns eine Warnung. Wenn er mit seinem scharfen Verstand, seinem eisernen Willen, seiner Gleichgiltigkeit gegen Gefahr und mit seiner unbeugsamen Standhaftigkeit die Revolution nicht aus dem Boden stampfen konnte, wer sollte es können?

Und hatten wir nicht das Beispiel der Juni schlacht, um uns zu zeigen, daß es auch Zehntausenden der begeistertsten, der muthvollsten Streiter für die beste Sache nicht möglich ist, den Sieg zu erringen, wenn die Massen des Volkes sich fernhalten und zum großen, wo nicht größeren Theil noch geistige Sklaven ihrer Feinde sind? Nie ist heldenmüthiger, nie zäher, nie planvoller von einem Proletarierheer gekämpft worden, als in den ewig denkwürdigen Tagen des Juni 1848; aber mit Ausnahme von zwei oder drei Städten rührte das übrige Frankreich sich nicht oder war sogar den Vorkämpfern des Proletariats feindlich gesinnt, weil es in ihnen nicht die Vertreter seiner Interessen, sondern Räuber und Mörder erblickte. Und so endete die Juni schlacht mit der Niederlage des Proletariats, dessen edelste Söhne ihr Herzblut vergossen — geschlagen, nicht besiegt, der Zukunft die Fortsetzung der Schlacht und die Ehrenpflicht des Sieges als heiliges Vermächtniß hinterlassend.

Nach fast dreiundzwanzigjähriger Waffenruhe wurde die Schlacht wieder aufgenommen; am 18. März 1871 erhob sich das Pariser Proletariat von Neuem — die Kommune erstand. Und in größerer Anzahl, nicht mit größerem Heldenmuth —

denn das Höchste menschlicher Kraft und Begeisterung war von den Junikämpfern geleistet worden — stritten die Männer der Kommune drei Monate lang für die Befreiung der Arbeiterklasse; und auch sie mußten erliegen, weil die Masse des französischen Volkes sich theilnahmlos oder feindlich verhielt.

Das klassenbewußte Proletariat aller Länder schaute der erschütternden Tragödie athemlos bewundernd und voll tiefster Sympathie zu — allein es war noch zu schwach, um mehr darbringen zu können, als seine Sympathie und den Entschluß, das Vermächtniß der Junikämpfer und Kommunekämpfer einst zu erfüllen. Diese zwei Schlachten waren eine Lehre für das Proletariat der Welt. Sie zeigten, daß die Emanzipation der Arbeit nicht das Werk einer Minderheit sein kann, der die Mehrheit des Volkes entgegensteht. Und die gewonnene Erfahrung mußte mit Nothwendigkeit zu einer Umgestaltung der bisher in Frankreich, dem Mutter- und Musterlande der Revolution, befolgten Taktik führen, die einer Zeit entstammte, wo das arbeitende Volk nicht im Vollbesitz der politischen Rechte, und wo die einzige Waffe der Unterdrückten die Flinte war.

Zwar hatte die französische Februarrevolution dem Volke das allgemeine Stimmrecht gegeben und damit den Arbeitern die Möglichkeit, ihre Sache unblutig zu verfechten und ihr den Sieg zu sichern; allein wie jede neue Waffe will auch diese erst geprüft und geprobt sein. Es bedarf längerer Uebung, ehe der Gebrauch erlernt ist und eine neue Taktik sich herausbildet. Und für die Franzosen war es nicht leicht, sich von den Traditionen ihrer revolutionären Vergangenheit zu befreien. Das „Weh dir, daß du ein Enkel bist", gilt im gewissen Umfang von den französischen Sozialisten. Wir Deutsche haben keine revolutionäre Vergangenheit — zum mindesten nicht seit dem großen Bauernkrieg. 1789 haben wir verschlafen, und 1848 sind wir nicht aufgewacht. Unsere revolutionäre Geschichte beginnt mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, der infolge der Verkümmerung unseres politischen Lebens und der Verkommenheit unserer Bourgeoisie die Doppelmission zugefallen ist, mit dem Kampf für die soziale den für die politische Emanzipation zu verbinden, und nachzuholen, was unsere feige Bourgeoisie versäumt hat. Erschwert dies auch

unsere Arbeit, so hat es dafür den Vortheil, uns Kreise zugänglich zu machen, die sich sonst uns verschließen würden.

Anders die französische Sozialdemokratie, die man nur verstehen kann, wenn man ihre Vergangenheit kennt.

Gar mancher der Unseren, dessen Kopf erfüllt ist von der französischen Revolutions-Epopöe: vom Bastillesturm, vom Oktobergang nach Versailles, vom 10. August, von den Herkules-Arbeiten des Konvents, von der Julirevolution, von der Februarrevolution, vom Junikampf, von der Kommune — gar mancher der Unseren hat Angesichts dieser Großthaten, denen kein anderes Land Gleiches an die Seite zu stellen hat, sich des Gefühles nicht erwehren können, die französische Sozialdemokratie spiele nicht die Rolle, welche der Sozialdemokratie des klassischen Landes der Revolution gezieme. Das ist eine Ungerechtigkeit. Gerade jene Großthaten der Revolution sind, im Zusammenhang mit der eigenartigen Entwicklung Frankreichs, die Ursache, warum die französische Sozialdemokratie Jahrzehnte lang äußerlich so geringe Fortschritte machte. Von den zwei entsetzlichen Aderlässen der Juni-schlacht und des Kommunekampfes habe ich schon gesprochen —, für gewisse Heißsporne sei blos noch erwähnt, daß nach dem Urtheil Berufenster die Schlaffheit, die sich nach 1871 in der Pariser Arbeiterschaft gezeigt und die politische Ueberflügelung der Pariser Arbeiter durch die Arbeiter der Provinz zur Folge gehabt hat, auf die beispiellose Massenabschlachtung der besiegten Kommunarden zurückzuführen ist. Ist es doch eine der verderblichsten Wirkungen des Krieges — des Bürgerkrieges aus naheliegenden Gründen in noch weit höherem Grade als des Krieges zwischen verschiedenen Staaten —, daß er das Darwin'sche Gesetz von der Zuchtwahl durch den Kampf ums Dasein auf den Kopf stellt, und die Stärksten und Besten wegmäht.

Aber hemmender als der Blutverlust in den zwei großen Proletarierschlachten der Jahre 1848 und 1871 war für den Fortschritt der französischen Arbeiterbewegung die Tradition der Vergangenheit. Der französische Sozialismus hat seine Wurzeln schon in der französischen Revolution, deren erlöschendes Feuer zum letzten Mal in der „Verschwörung" Babeuf's und seiner kommunistischen Gleichheitsmänner aufflackerte — die Ankündigung der neuen und größeren Revolution. Und auf Babeuf folgten St. Simon,

Fourier, Cabet, Proudhon, Louis Blanc — Männer von hoher Begabung, Jeder in seiner Art für eine soziale Umgestaltung eintretend, und, wenn auch nicht vollkommen klar über die Natur der kapitalistischen Gesellschaft und das Ziel ihres Entwicklungsganges, doch Bahnbrecher des modernen revolutionären Sozialismus, und jeder der Begründer einer eigenen Schule. Diese verschiedenen Schulen begünstigten die Sektenbildung und standen der Gründung einer einheitlichen sozialistischen Partei im Weg. Zu gemeinsamer Aktion vereinigten die französischen, oder sagen wir richtiger die Pariser Arbeiter sich nur in den Straßenschlachten. An ein anderes gemeinsames Handeln konnten sie sich schwer gewöhnen, weil die Erinnerung an die glorreichen „Tage", die journées der französischen Revolution — lauter Tage der Straßenschlachten und öffentlichen Kundgebungen — sie an kein anderes Handeln denken, sie kein anderes Handeln für echt und recht revolutionär halten ließ.

Dem Gebrauch des allgemeinen Stimmrechts stand außerdem im Weg das vollberechtigte Mißtrauen gegen den Staat und die herrschenden Klassen, von denen man annehmen mußte, daß sie sich dem allgemeinen Stimmrecht nicht unterwerfen, sondern rücksichtslos ihre Macht nach wie vor auf die Gewalt gründen würden. Die Bekämpfung des Klassenstaats durch den Stimmzettel erschien gerade den sozialistischen Arbeitern Frankreichs lange Zeit als Feigheit. Dies muß in Betracht gezogen werden, um das kühle Verhalten der französischen Arbeiter dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber zu begreifen.

Des Weiteren fällt ins Gewicht, daß eine stark entwickelte Demokratie und eine freiheitliche Gesetzgebung geeignet sind, dem Wachsthum der Sozialdemokratie vorübergehend Abbruch zu thun. Wo die Sozialdemokratie, wie in Deutschland, zugleich die Vorkämpferin der bürgerlichen Freiheit ist, gewinnt sie von vornherein die Sympathie aller Derer, die unter dem Mangel der bürgerlichen Freiheit und den Härten und Scheerereien des bureaukratisch-despotischen Polizeistaats zu leiden haben. In Frankreich, wie in anderen Ländern mit bürgerlicher Freiheit kann der Bürger — wenigstens in normalen Zeiten — thun und lassen was er will, ohne daß der Staat ihm das Geringste in den Weg legt. So erklärt es sich, daß in England, in Amerika, in Frankreich die Spitze der sozialen Unzufriedenheit sich nicht von vorn-

herein gegen den Staat richtete, und daß den Arbeitern nicht so selbstverständlich wie in Deutschland der Gedanke kam, sich zu einer politischen Partei zu organisiren, die den Klassenstaat vernichtet, indem sie sich seiner Machtmittel bemächtigt.

Auf die Dauer bietet die bürgerliche Freiheit allerdings keinen Schutz gegen den Sozialismus. Der Kapitalismus, dessen Härten nur in seinen ersten Stadien durch die bürgerliche Freiheit gemildert werden können, muß seiner Natur nach immer mehr auf das arbeitende Volk drücken, und den Staat immer mehr zum Büttel der Klassenherrschaft machen, so daß die Unzulänglichkeit aller den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft voraussetzenden Reformen und Schutzorganisationen sich offenbart, und der politische Kampf zur Eroberung der Staatsmacht dem Proletariat als einziges Rettungsmittel und gebieterische Nothwendigkeit aufgedrängt wird. In England ist das geschehen: die Nur-Gewerkschaftsbewegung hat aufgehört, die englische Arbeiterklasse hat sich für den politischen Kampf erklärt. Und in Frankreich ist das Phantom der Barrikadentaktik, die, selber undurchführbar geworden, die einzig mögliche Form des politischen Kampfes verhinderte, von dem fortgeschrittensten Theil des französischen Proletariats aufgegeben. Und nach den glänzenden Ergebnissen der Kammer- und Gemeindewahlen innerhalb der letzten drei Jahre kann ruhig gesagt werden: der Sieg der Taktik, wie sie durch das allgemeine Stimmrecht bedingt wird, ist auch für Frankreich eine vollendete Thatsache — und bei der außerordentlichen Verbreitung sozialistischer Ideen in Frankreich kann jetzt, nachdem die alte Zersplitterung und Sektirerei, mit den reaktionär gewordenen Traditionen der Revolution überwunden sind, fruchtbares Wirken und durchschlagender Erfolg nicht ausbleiben. Jedenfalls ist mit der Bekehrung des französischen Proletariats zur Allgemeinen-Stimmrechts-Taktik, und des englischen zur politischen Aktion die Einheitlichkeit der Taktik für das Proletariat aller Länder hergestellt und damit die Macht und Schlagfertigkeit der internationalen Sozialdemokratie erheblich gesteigert.

* * *

Der Gebrauch des allgemeinen Stimmrechts setzt die Erziehung durch das allgemeine Stimmrecht voraus. Zum Glück ist es ein vortrefflicher Schulmeister. Die deutschen

Arbeiter sind 27 Jahre in seiner Schule, und was haben sie nicht gelernt! Als unser Volk zum ersten Mal — nach dem schönen Traum von 1848 — das Wahlrecht auszuüben hatte, stand es erstaunt da wie ein Kind, dem der Weihnachtsmann ein neues unbekanntes Spielzeug geschenkt hat. Das Spielzeug war ein gar hübsches Ding, doch was damit machen? Nur Wenige wußten es. Und wenn wir von den Regisseuren des politischen Theaters absehen, erkannten eigentlich nur die Sozialdemokraten, daß das hübsche Ding etwas anderes war als ein Spielzeug und etwas mehr.

Durch die bahnbrechende Agitation Lassalle's war der deutschen Arbeiterklasse die Hochschätzung des allgemeinen Wahlrechts sozusagen mit der Muttermilch eingeflößt worden. Für eine Weile ward ihm sogar von Vielen ein zu hoher Werth beigemessen. Allein auch diese Ueberschätzung erwies sich als ganz gutes pädagogisches Mittel; und je mehr die Arbeiterklasse sich von dem Werth des allgemeinen Wahlrechts überzeugte, desto größer wurde sein Werth. Von der Mehrheit des Volkes begriffen, ist das allgemeine Wahlrecht in der That eine unüberwindliche Waffe, vor der kein Gegner bestehen kann. In den Händen der Dummheit ein Hammer, der Ketten schmiedet, ist in der Hand des klassenbewußten Proletariats das allgemeine Wahlrecht der Hammer, welcher die Ketten zerbricht.

Neunzehntel aller im Jahre 1867 zum ersten Mal an die Wahlurne berufenen Reichsbürger glaubten, es sei ihnen von der lieben Obrigkeit, der bürgerlichen und der geistlichen, befohlen, für irgend einen bestimmten, Gott und der Regierung besonders wohlgefälligen Mann einen Zettel in die Wahlurne zu werfen. Und die Hauptarbeit der Sozialdemokraten, soweit solche damals vorhanden, war, die Leute von diesem ihrem Irrthum zu heilen, der von allen übrigen Parteien sorgfältig gepflegt und natürlich nach Kräften ausgenutzt ward. Wie anders jetzt! Bis in die entlegensten Dörfer sind die Sendboten der Sozialdemokratie gedrungen, und die von Wahl zu Wahl anschwellenden Ziffern der sozialdemokratischen Wähler bezeugen den Erfolg.

In Deutschland fand das allgemeine Wahlrecht den günstigsten Boden und die günstigsten Verhältnisse. Die Bismarck'sche Junkerdemagogie, die es nach napoleonischem Muster zur Uebertölpelung des Volkes einführte, gelangte zur

Herrſchaft juſt in dem Moment, wo die deutſche Arbeiterklaſſe hinter den Schwindel des Schulze-Delitzſch'ſchen Narrenparadieſes gekommen war, und in dem Sozialismus den Retter zu ahnen begann. Der raffinirteſte Vertreter der durch und durch verderbten alten Geſellſchaft und ein berufener Vertreter des Sozialismus ſtanden ſich in Bismarck und Laſſalle perſönlich gegenüber. Beide täuſchten ſich in einander; beide überſchätzten ihre Macht — wenn auch in verſchiedener Weiſe. Den Vortheil des Augenblicks hatte Bismarck. Der Sozialismus gab ſich zwar nicht zum Handlanger der Junkerdemagogie her, aber er wurde von ihr doch mißbraucht und bei Seite geſchoben. Nicht auf lange. Die Junkerdemagogie hatte das Volk belügen müſſen, um es für ſich zu gewinnen, und die Lügen haben zwar nicht kurze Beine, wie das Sprichwort ſagt, — ſondern im Gegentheil ſehr lange Beine, viel längere als die Wahrheit, mit der ſie um die Wette laufen, — aber die Beine der Lüge werden vom Laufen immer kürzer, wie die des Münchhauſen'ſchen Hundes, wohingegen die Beine der Wahrheit im Laufen ſtets wachſen, ſo daß ſchließlich die Lüge von der Wahrheit überholt und erwürgt wird. Und ſo prahleriſch Laſſalle's ſtolzes Wort von 1863 war: Bismarck iſt nur mein Bevollmächtigter! — heute iſt es verwirklicht. Bismarck war der Bevollmächtigte der Sozialdemokratie — ihr Generalagent — ihr Oberkommis — Revolutionär wider Willen und Wiſſen, wie nur je einer gelebt. In ſeinem junkerlichen Größenwahn wollte der Affe Bonaparte's die Sozialdemokratie ſeinem Karren vorſpannen, und er hat den Siegeswagen der Sozialdemokratie ziehen müſſen — und ſein Karren ſteckt im Sumpf.

* * *

Zwei große Zucht- und Lehrmeiſter der Praxis hat die deutſche Sozialdemokratie gehabt: das Bismarck'ſche Blut- und Eiſenregiment — mit Sozialiſtengeſetz und ſonſtigem Gewaltapparat — das den Charakter ſtählte, und das allgemeine Wahlrecht, das uns auf den Boden der politiſchen Thatſachen ſtellte und uns zu einer politiſchen, methodiſch dem Ziel ſich nähernden Partei erhob und erzog.

Dank ihrer wiſſenſchaftlichen Grundlage und methodiſchen Schulung iſt die deutſche Sozialdemokratie außer von der Sektirerei auch von allen jenen Verirrungen frei geblieben,

die aus einer Ueberschätzung der Macht des Individuums entspringen.

So wenig die Sozialdemokratie glaubt, daß eine Hand voll von tapferen und klugen Personen durch Verschwörungen und Gewaltstreiche die heutige Gesellschaft über den Haufen zu werfen vermag, so wenig glaubt sie, daß durch Einzelaktionen eine Revolution bewirkt werden kann. Sie läßt sich mit revolutionären Phrasen und Schlagwörtern nicht über die Thorheit des Satzes täuschen, daß der Kampf gegen die besitzende Klasse in Gestalt eines Einzelkampfes gegen Mitglieder der herrschenden Klasse erfolgreich zu führen sei. Durch Tödtung eines Individuums oder mehrerer Individuen ist das System des Kapitalismus nicht zu beseitigen. Wenn es durch Tödtung eines Czaren nicht gelang, den Czarismus zu stürzen, um wie viel weniger kann es gelingen, durch Tödtung irgend einer Person die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen, die nicht wie der Czarismus auf den Staatsbeamten, der Armee und der Polizei allein beruht, sondern auf der ganzen Klasse der Besitzenden, die in unseren Kulturstaaten über ungleich größere Machtmittel verfügt als der Czarismus? Die Bombenwerferei in Frankreich oder Spanien könnte, wenn noch einige Zeit fortgesetzt, zur einzigen Folge die haben, daß jeder eines Attentats oder der Sympathie mit Attentätern Verdächtige ohne Weiteres auf der Straße todtgeschlagen würde wie ein toller Hund oder wie weiland die Thugs in Indien. Und die bürgerliche Gesellschaft wäre nur auf Jahre hinaus befestigt.

Wir müßten daher schon aus taktischen Gründen die „anarchistische" sogenannte „Propaganda der That" verwerfen, wenn wir sie nicht schon prinzipiell verurtheilen müßten. Und bei dem offenbaren und in die Augen springenden Nutzen des „Anarchismus" für den Bestand des kapitalistischen Systems ist es sehr natürlich, daß in allen kapitalistischen Ländern der Anarchismus von der Polizei gezüchtet und gepflegt worden ist.

Allein die Polizei hätte dies nicht gekonnt, wenn die heutige Gesellschaft nicht ein Nährboden des Anarchismus wäre. Der Anarchismus ist das Produkt und zugleich das böse Gewissen und das Schreckgespenst der kapitalistischen Gesellschaft, ihr eigenes, ins Scheußliche verzerrte Spiegelbild, ihr Doppelgänger und ihre Karrikatur — mit ihrer eigenen Moral, ihrer eigenen Weltanschauung, nur Alles ins Un-

geheuerliche übertrieben und Alles gegen sie selbst sich wendend. Der Anarchismus bedeutet den Selbstmord des Kapitalismus, der sich, dem Skorpion gleich, den Giftstachel in den eigenen Leib bohrt und an seinen letzten Konsequenzen zu Grunde gehen muß. Deshalb ist die kapitalistische Gesellschaft auch ohnmächtig gegenüber dem Anarchismus, wie sie dem Verbrechen gegenüber ohnmächtig ist. Ist doch auch das Verbrechen: Diebstahl, Raub, Mord, ein sozialer Krieg, gerade so gut, wie die anarchistische „Propaganda der That". Und ebenso reaktionär; denn jeder politische oder soziale Einzelkampf gegen Glieder der herrschenden Gesellschaft beruht auf einer falschen Auffassung des Wesens der Gesellschaft, entspringt dem reaktionären Gedanken des Individualismus und muß in seinen Wirkungen zur Kräftigung der Gesellschaft führen.

Der Vortheil, den die bürgerliche Gesellschaft, als Trost für die Angst, die sie ihr einflößen, aus den Bombenattentaten schöpft, liegt in der Bemäntelung und scheinbaren Rechtfertigung des rohen Gewalt- und Schreckensregiments, dessen sie, an sich selbst verzweifelnd, zu bedürfen glaubt. Freilich, der Schrecken ist das Ende jeder Herrschaft. Das Kind der Furcht und des bösen Gewissens, verliert er sehr schnell seine einschüchternde Kraft und gräbt, indem er Widerstand und Zorn erweckt, sich schnell selber das Grab.

Auf einem Vulkan kann man tanzen — und die Pausen sind oft lang zwischen einem Ausbruch und dem anderen; aber auf Bajonnetten und Bomben kann man nicht sitzen. Und Bajonnette und Bomben sind heute die unentbehrlichen Stützen der kapitalistischen Gesellschaft.

Inzwischen wirkt Alles für den Sozialismus — Menschen und Dinge. Die Wogen des Chauvinismus, die uns 1870/71 zu verschlingen drohten, haben sich verlaufen, und Millionen denken heute, wie wir damals.

Wer im „Leipziger Hochverrathsprozeß" liest, was wir damals gesagt haben, wird finden, daß wir richtig urtheilten. Die Sozialdemokraten sind keine Kannegießer, sie rechnen mit Thatsachen und der „Logik der Thatsachen".

Der Verlauf der politischen und der wirthschaftlichen Entwicklung gab uns bis ins Einzelne recht — alle von uns vorhergesagten Folgen des „heiligen Krieges", wie chauvinistischer Wahnsinn in seiner hitzigsten Fieberzeit den mörderischen Bruder-

krieg genannt hatte, traten ein und auch nicht eine der verheißenen Segnungen. Das „Ideal der Freiheitskämpfer von 1848 und 1849" erfüllte sich nicht, wohl aber das Ideal derer, die damals „die Freiheit und Einheit" bekämpft hatten mit Shrapnells und Standrechtsblei. Und der politischen Knechtung des Volkes entsprach seine wirthschaftliche Ausbeutung. Entsprach und entspricht. Denn noch sind wir im „alten Kurs" — trotz der Außer-Kurssetzung des Blut- und Eisenmannes.

* * *

Der politische Zusammenbruch einer Weltordnung kündigt sich stets durch ihren intellektuellen und moralischen Zusammenbruch an. Ehe vor 100 Jahren die Ueberreste der feudal-monarchischen Ordnung in Frankreich weggeschwemmt wurden, hatte der bürgerlich-revolutionäre Geist bereits in Kunst, Literatur und Wissenschaft sich die unbestrittene Oberhoheit errungen. Die Vertreter des geistig überwundenen Systems klammerten sich blos noch krampfhaft an die politische Machtform, welche sich selbst überlebt, ihren lebendigen Inhalt verloren hatte. Die französische Revolution fand in Wirklichkeit nur noch einen Leichnam, um den freilich nachher ein homerischer Kampf entbrannte, wie weiland um den Leichnam des Patroklus.

Unsere Gegner haben sämmtlich den Glauben an sich verloren und — wenn auch nur mittelbar — die Ueberlegenheit und Sieghaftigkeit der sozialistischen Weltanschauung zugestanden. Oder ist es nicht ein Zugeständniß der eigenen Schwäche und unserer Ueberlegenheit, wenn sie verzweifelnd „die Koalition aller staaterhaltenden Parteien" fordern, wie das in Sachsen, dem wirthschaftlich und politisch weitest entwickelten Lande Deutschlands, bereits seit einem Jahrzehnt vollendete Thatsache geworden ist, und im übrigen Deutschland von Jahr zu Jahr allgemeiner und gründlicher zur Wahrheit wird? Ist dieses „Kartell der Ordnungsparteien" nicht die kläglichste Bankerotterklärung unserer Feinde, die glänzendste Anerkennung für uns?

Die katholische Presse giebt dies — anläßlich der jüngsten Aufwallungen des sächsischen Normal-Ordnungsbreis — auch unumwunden zu; wenn sie aber so thut, als ob das Zentrum in Deutschland sich dieser „Bankerotterklärung gegenüber der Sozialdemokratie" — wie die „Kölnische

Volks-Zeitung" es mit Recht nennt — nicht längst selber angeschlossen hätte: die famose Zukunftsstaats-Debatte im Februar vorigen Jahres wurde von dem Zentrumsmann Bachem begonnen und geleitet; und so drastisch — allerdings auch so grotesk — ist der Gedanke, daß die Sozialdemokratie von keiner einzelnen Partei, sondern nur von einer Allianz aller kapitalistischen Parteien überwältigt werden kann, niemals zu Tage getreten, als in jener pfäffisch-kapitalistischen Kreuzzugs-Kapuzinade.

Und hat etwa nicht bei der vorjährigen Reichstagswahl das Zentrum sich thatsächlich dem Ordnungsbrei einverleibt, und überall, wo es bei Stichwahlen die Entscheidung zwischen einem Kandidaten der Sozialdemokratie oder des Geldsackes galt, mit frommer Klasseninstinkts-Witterung für die materiellen, grobsinnlichen Güter dieser Erde, dem Kandidaten des Geldsacks seine Stimmen gegeben?

So muß es sein. Die Scheidung der Geister muß sich nett und reinlich vollzogen haben, ehe die endgiltige Abrechnung stattfinden kann.

Die alten Götter gehen und die neuen kommen, — die zum Glück keine Götter sind und keine Götter dulden.

Die alte morsche, in ihrem Fett erstickende Gesellschaft „rettet" sich zu Tode, und die Sozialdemokratie wächst und wächst.

Und wie ist sie gewachsen!

Der kleinste Wahlkreis von Berlin, wo 1862 Lassalle von der Fortschrittspartei am öffentlichen Sprechen gehindert ward, hat heute mehr sozialdemokratische Wähler, als bei Lassalle's Tod ganz Deutschland Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins aufwies.

* * *

Die Geschichte und Lage der Partei vor dem Leipziger Hochverrathsprozeß ist in dem Prozeßbericht plastisch zur Anschauung gebracht. Zur Zeit des Leipziger Prozesses, trotzdem wir die Feuerprobe des Kriegs bestanden hatten, welch winzige Verhältnisse, wenn wir mit heute vergleichen! Man betrachte nur die fast lächerlich bescheidenen Geldsummen, die damals eine große Rolle gespielt haben, und heut mit Leichtigkeit von jedem mittleren Wahlkreis aufgebracht werden. Die ungeheuren Fortschritte, die wir gemacht, werden so recht schlagend veranschaulicht durch einen vergleichenden Blick auf

den „Vorwärts“, unser Parteiorgan von heute und auf das „Demokratische Wochenblatt“, unser Organ bis zum Oktober 1869, — jener täglich erscheinend, in großem Folioformat, mindestens zwei Bogen stark — dieses ein Quartbogen jede Woche, redigirt in der Enge und dem Lärm der Familienstube, bei 20 Thalern sehr prekären Monatsgehaltes.

Wie reißend schnell ging es vorwärts nach dem Krieg! Alles drängte zur Einigung der zwei getrennten Proletarierorganisationen. Was der gesunde Menschenverstand und das Solidaritätsgefühl noch zu thun übrig ließen, das bewirkten die Organe der Staatsmacht, die durch ihre Verfolgungen beide Truppenkörper zum Zusammenschluß gegen den gemeinsamen Feind zwangen. Die Geeinten wuchsen wunderbar schnell organisch zusammen. Und „immer vorwärts!“ war die Parole.

Die Wähler-Ziffern der Reichstagswahlen zeigen ziffermäßig den Fortschritt unserer Partei an Zahl. Heute so viel Hunderttausende wie vor einem Vierteljahrhundert Tausende.

Bei den ersten Wahlen — denen zum Norddeutschen Reichstag — waren die Parteien noch so wenig geschieden, daß die Zahl der sozialdemokratischen Wähler sich nicht angeben läßt: 1871 waren es 124 655; 1874: 351 952; 1877: 493 288; 1878 (Sozialistengesetz): 437 158; 1881 (Sozialistengesetz): 311 961; 1884 (Sozialistengesetz): 549 990; 1887 (Sozialistengesetz): 763 128; 1890 (Sozialistengesetz); 1 427 298; 1893: 1 786 738.

Die Beredtheit der Zahlen verbietet jeden Kommentar. Die Wahlen unter dem Sozialistengesetz zeigen nur 1881 einen — unter den Umständen unvermeidlichen — Stimmenrückgang; schon 1884 war Alles wieder eingeholt, und 1890 brach dem Sozialistengesetz und Sozialistengesetzvater das Genick.

Dem Anschwellen und Vordringen des Heeres entspricht die Klärung und Durchgeistung der Partei, die in dem Gedeihen unserer Presse und Literatur und in der prinzipiellen Reinigung des Parteiprogramms zur Erscheinung kommt. Das Eisenacher Programm mußte 1874 durch das Gothaer Einigungsprogramm ersetzt worden, das, seinem Ursprunge und Zweck nach, den Stempel eines Kompromisses trug, in den schweren Tagen der Kämpfe, die folgten, aber vortreffliche Dienste that und die Fahne war, unter der wir das Sozialistengesetz und seine Urheber zu Boden warfen. Sobald der

Fall des Sozialistengesetzes uns Zeit und Muße gab, gingen wir an die Säuberung des Programms von allen Kompromißschlacken, und im Erfurter Programm von 1891 hat die Partei sich ein Programm gegeben, das auf dem festen Boden der Wissenschaft und der Thatsachen sich aufbauend, das Wesen, die Forderungen und die Ziele der Sozialdemokratie klar aller Welt darlegt.

Zur Zeit des Leipziger Hochverrathsprozesses hatten wir nur ein — obendrein sehr kleines — tägliches Blatt und im Ganzen etwa ein Dutzend Zeitungen: den „Sozialdemokrat" und „Volksstaat" mitgerechnet. Bei Erlaß des Sozialistengesetzes — 1878 — hatten wir 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Heut haben wir 140 Zeitungen — politische wie gewerkschaftliche — darunter 35 tägliche politische Blätter und eine wissenschaftliche Wochenschrift — zusammen mit einem Leserkreis von Millionen. Und wie reich und reichhaltig ist unsere Parteiliteratur heute im Vergleich zu der Zeit des Leipziger Hochverrathsprozesses.

Zur Zeit unsres Hochverrathsprozesses eine von der öffentlichen Meinung geächtete Minorität, beherrscht die Partei heute die öffentliche Meinung. Ist doch die deutsche Sozialdemokratie laut den letzten Wahlziffern ein Viertel der deutschen Wählerschaft und damit des deutschen Volks. Im Reichstag und im Land sind wir die anerkannten Vorkämpfer der Volksmassen. Und wenn am 15. Juni 1893 eine Millionen-Majorität des deutschen Volks dem Militarismus ein Bis hierher und nicht weiter! zugerufen hat, so ist das in erster Linie das Verdienst unserer Partei — ein epochemachender Erfolg, der den endgiltigen Sieg in sich trägt.

In allen Kulturländern der gleiche Fortschritt. Planloses Voranstürmen des Kapitalismus — planvolles Vorschreiten des Sozialismus, jener wild zerstörend, dieser zielbewußt und bildend. Ueberall Wachsthum der Sozialdemokratie. Und das Wort unseres Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! ist zur Wahrheit geworden.

Im Leipziger Hochverrathsprozeß ist die Internationale Arbeiter-Assoziation ein prophetisches Zukunftsbild von riesigen Umrissen — noch keine reale Macht. Einige hundert zahlende Mitglieder in Deutschland — und in anderen Ländern

war es nicht anders. Heute ist das prophetische Zukunftsbild Gegenwart und Wirklichkeit. Ja Gegenwart und Wirklichkeit sind über den alten Rahmen hinausgegangen: die internationale Arbeiterbewegung, die auf den Kongressen von Paris — 1889 —, Brüssel — 1891 — und Zürich — 1893 — sich zu thatsächlicher und thätiger Einheitlichkeit entwickelt hat, ist mehr als eine Internationale Arbeiter-Assoziation — sie ist eine Internationale Arbeiter-Organisation — ein die Welt umspannendes Bundesreich von Brüdern, die alle eingereiht sind einer großen Armee, und am 1. Mai jedes Jahres in geistiger Gemeinschaft das Bundesfest der Arbeit begehen.

* * *

Unsere Feinde rechnen in ihrer Verzweiflung auf irgend ein Wunder, das uns vernichten werde, nachdem sie mit ihren „geistigen" und nicht geistigen Waffen so jämmerlich in die Brüche gegangen. Eitles Hoffen!

Die Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit. Nur ein unwissender und gedankenloser Kopf kann glauben, daß die moderne Arbeiterbewegung Zufall und Willkür sei. Der Glaube, daß einzelne Personen nach Laune die Schicksale der Menschen bestimmen können, verträgt sich weder mit den Thatsachen noch mit der Logik, die für alle Wirkungen einen ausreichenden Grund heischt. Ist es jemals den pfiffigsten und mit Machtmitteln reichlichst ausgestatteten Despoten gelungen, ihre Herrschaft über die durch die Verhältnisse bedingte Dauer hinaus zu verlängern? Die Napoleon, Bismarck und Konsorten sind regelmäßig und allesammt zu Schanden geworden, sobald die Verhältnisse, denen sie ihre Macht verdankt hatten, nicht mehr vorhanden waren. Nicht die Person, welche dieselbe war vor und nach dem Fall — nein die Verhältnisse bildeten das entscheidende Moment.

Gewiß, es giebt in der Geschichte auch einen Zufall. Daß die Person, die in Frankreich die tollsten Orgien des Mammonismus und der Bestialität feierte, Napoleon der Dritte hieß, das war Zufall. Und Zufall wars, daß in Deutschland der Mann, welcher die Millionärzüchterei am zynischsten betrieb und allen bürgerlichen Freiheits- und Rechtsbegriffen am brutalsten ins Gesicht schlug, sich Bismarck nannte.

Daß aber der Mammonismus und die Bestialität damals in Frankreich ihre Orgien feierten, und daß in Deutschland damals die Millionärzüchterei so zynisch betrieben ward und der Bruch mit den bürgerlichen Freiheits- und Rechtsbegriffen sich so brutal vollzog, das war nicht Zufall. Das lag in der Natur der Verhältnisse und wäre im Wesentlichen genau ebenso geschehen, wenn durch die Umstände in Frankreich statt des Bonaparte irgend ein anderer Hochstapler auf den Thron und in Deutschland statt des Bismarck irgend ein beliebiger Schulze oder Müller in die Hausmeierei spedirt worden wäre.

Schulze oder Müller — Bismarck oder Caprivi: für die Sozialdemokratie ist es einerlei. Sie geht ihren Gang und läßt sich weder durch thörichtes Blicken nach rückwärts oder zur Seite vom Ziele ablenken. Auch nicht durch Schreckbilder oder verführerischen Sirenensang. Wir kennen das Märchen von dem Ritter, der sicher zum Ziel kommt, weil er sich nicht schrecken, nicht locken läßt, und munter und unentwegt vorwärts geht. Immer gerade aus und vorwärts!

Insbesondere mit dem Einschüchtern sollte man es uns gegenüber doch nicht mehr versuchen. Auf das alte Sozialistengesetz haben wir lustig „gepfiffen", und ebenso lustig würden wir auf ein neues „pfeifen".

Und auch das „Wunder von Mentana"*) wird sich an uns nicht bewähren — so dumm sind wir nicht, daß wir uns zu derlei Vivisektions-Experimenten hergeben.

Der Fälscher der Emser Depesche hat alles Erdenkliche aufgewandt, um uns aufs Eis zu locken — es ist ihm mißlungen; nur er selber ist auf dem Eis ausgeglitten und liegt zappelnd und hilflos am Boden.

Bei dieser Gelegenheit eine kleine Bemerkung, die sich gegen einen ziemlich weit verbreiteten Irrthum richtet. Nämlich gegen die Annahme, daß durch die Vorzüglichkeit der modernen Waffen das herrschende System stärker geworden sei, als die Regierungen in den dreißiger und vierziger Jahren waren, wo eine Straßenschlacht eine Dynastie

---

*) Bei Mentana wurde am 3. November 1867 Garibaldi von den Truppen Bonaparte's geschlagen — mit Hilfe der Chassepots, die „Wunder thaten" nach dem Bericht des kommandirenden französischen Generals. Im Jahre 1870 wars mit der Wunderkraft bekanntlich zu Ende.

und ein System stürzen konnte. Nichts kann haltloser sein als diese Annahme.

Die modernen Waffen sind allerdings im Vergleich mit denen, die in der Juli-Revolution, der Februar-Revolution, der März-Revolution zur Anwendung kamen, bei Weitem mörderischer; und die ganze Entwicklung der Dinge läßt darauf schließen, daß es in Zukunft nicht so leicht zu Straßenschlachten kommen wird, wie in der Vergangenheit — auch schon deshalb, weil infolge der vorgeschrittenen Organisation Ausbrüche der Leidenschaft nicht so leicht möglich sind. Aber das Machtverhältniß ist durch die vervollkommneten Waffen entschieden nicht zu Gunsten der Machthaber verschoben. Die Regierungen sind heute einer revolutionären Menge gegenüber durchaus nicht mehr im Vortheil als früher. Auch 1830 und 1848 hatten die Truppen bessere Waffen als das Volk. Und in einer künftigen Straßenschlacht hätte auch das Volk bessere Waffen als damals. Dazu kommt, daß die Oppositionselemente viel zahlreicher und besser geschult sind. Kurz, das Machtverhältniß wäre jetzt sicherlich kein anderes. Wenn weiter gesagt wird, die Regierung sei, „falls sie den Kopf nicht verliere und sich auf die Armee verlassen könne", heutzutage im Stande, jeden Aufstandsversuch niederzuschlagen, so ist das unzweifelhaft richtig. Allein das war auch 1830 und 1848 richtig. Ich habe mir in dieser Beziehung nie eine Illusion gemacht. Hätten Karl der Zehnte, Louis Philipp, Metternich, Friedrich Wilhelm IV. den Kopf nicht verloren, und hätten die — lebenden und todten — Schießmaschinen der Regierung ordnungsgemäß funktionirt, so wäre an einen Sieg des Volkes nicht zu denken gewesen. Allein, sie mußten den Kopf verlieren, weil sie plötzlich erkannten, daß alle ihre Berechnungen falsch gewesen. Und sind die Vertreter der Regierungen heute klügere Köpfe und gegen das „Kopfverlieren" gefeiter als die Karl X., Louis Philipp, Metternich und Friedrich Wilhelm IV.? Das glaube wer mag. Und die lebendigen Schießmaschinen? Werden bei den Fortschritten der Sozialdemokratie die sozialdemokratischen Ideen nicht bald ebenso verbreitet sein in der Armee, wie 1848 die bürgerlich-demokratischen? — —

Nein! Es giebt keine Versicherung gegen die Revolution.

* *
*

Das Wachsthum der Sozialdemokratie ist ein stetiges, organisches — nicht mit Unterbrechungen, nicht auf- und absteigend. Selbst in den Zeiten des Sozialistengesetzes hat es nicht gestockt, und unter dem Druck des Sozialistengesetzes ist unsere Partei die zahlreichste und stärkste aller Parteien geworden. Es ist das kein rasches Aufflackern, dem bald das Erlöschen folgt, kein Strohfeuer, das zum Himmel emporflammt, aber rasch ausgebrannt ist, nicht eine jener Bewegungen — wie wir in England und Amerika es öfters erlebt —, die ein paar Jahre lang das politische Leben zu beherrschen scheinen und dann langsam in sich zusammensinken. Die Chartistenbewegung z. B., mit der unsere Gegner, um sich an einem Beispiele emporzurichten, unsere Bewegung verglichen haben, entstand Ende der 30er Jahre, hatte Mitte der 40er Jahre ihren Höhepunkt erreicht und war nach einem Jahrzehnt wieder im Niedergang, nach 15 Jahren erloschen. Die deutsche Sozialdemokratie hat auf mehr als 30 Jahre zurückzublicken, und jedes dieser 30 Jahre war ein Kriegsjahr — und Kriegsjahre zählen doppelt — und jedes Jahr bedeutet für uns einen Fortschritt und einen Machtzuwachs. Alle Versuche, Spaltung in unsere Reihen zu bringen (durch die „Radikalen", durch die „Unabhängigen", durch die „Anarchisten") sind kläglich gescheitert. Die Fata Morgana des sozialen Königthums ist zerflossen — wie auch das soziale Pabstthum, das jetzt den Nachthimmel zu röthen beginnt, in Nichts zerfließen wird. Das Zuckerbrod und die Hungerpeitsche des Staats- und Polizeisozialismus sind der Kinder Spott geworden, und das Rothe Gespenst ist in Deutschland gebannt — gebannt durch uns. Niemand und Nichts hielt unseren Vormarsch auf, Niemand und Nichts lenkte uns von unserem Pfade ab. Es ging immer voran, und selbst was Niederlage schien, wurde schließlich zum Siege.

Dieses ununterbrochene Wachsen kann kein Zufall sein. Es läßt sich nur daraus erklären, daß die Sozialdemokratie ein naturnothwendiges Ergebniß der Verhältnisse ist und nicht einem vorübergehenden Gesellschaftszustand ihre Entstehung, ihr Aufblühen und ihre Macht verdankt, sondern dem dauernden Gesellschaftszustand, — mit anderen Worten, daß sie im Wesen der heutigen Gesellschaft wurzelt und durch diese genährt wird.

Wäre dem nicht so, wäre die Sozialdemokratie — was

gedankenlose Gegner sich einbilden — das Willkürwerk von Demagogen, die ein günstiges Zusammentreffen von Zufällen ihre Augenblickserfolge verdanken, — wie ist es zu erklären, daß die sozialdemokratische Bewegung in allen Kulturländern der Erde gleichmäßig auftritt und überall in derselben Weise vorangeht? Gleiche Ursachen — gleiche Wirkungen. Und wie die kapitalistische Gesellschaft überall in der gleichen Art sich bethätigt, überall die gleichen ökonomischen Erscheinungen zur Folge hat, so muß sie auch politisch überall die gleichen Erscheinungen hervorbringen, einerseits den Gegenstoß und Protest gegen ihr verderbliches Treiben: die sozialdemokratische Bewegung — andererseits das Bestreben nach Unterdrückung jeder politischen Freiheit, nach Errichtung einer nackten Gewaltherrschaft: eine Reaktionswuth, die vor keinem Opfer der Prinzipien und Volksrechte zurückschreckt.

Beides bedingt einander. Während die kapitalistische Gesellschaft die Elemente, für welche sie an ihrer Tafel keinen Platz hat, hinausstößt in das Nichts des Proletarierthums und zur sozialen Revolution zwingt, also in die Reihen der Sozialdemokratie treibt, muß sie selbst all ihre Kräfte zur Vertheidigung zusammenraffen, sich auf den Kriegsfuß setzen und mit allen demokratischen Ideen brechen, hinter denen versteckt der böse Feind sich in die große Zwingburg des Kapitalismus einschleichen könnte — kurz sie muß immer reaktionärer werden, und schließlich in der wildesten rücksichtslosesten Diktatur Rettung suchen, vom Gipfel der Zivilisation sich herabstürzen in den Sumpf barbarischster Rohheit und in den Fetischkultus der nackten Gewalt.

Das benie soit la bombe! — gesegnet sei die Bombe! — mit dem der französische Kapitalismus die (Staat und Gesellschaft) „rettende That" Vaillant's begrüßte, ist das letzte politische Glaubensbekenntniß der Bourgeoisie, deren erstes — vor hundert Jahren — die Menschenrechte waren. Sie hat ihre Sache auf Nichts gestellt, — und in cynischem Galgenhumor segnet sie den verbrecherischen Wahnsinn ihrer anarchistischen Kinder und Zöglinge, der ihr eine kurze Galgenfrist verspricht.

„Gesegnet sei die Bombe!" Der anarchistische Bombenwerfer ist der Messias der Bourgeoisie.

Möge er ihr das Sterben erleichtern!

Die Erhaltung der bestehenden Ordnung der Dinge ist wirthschaftlich und politisch unmöglich und unvereinbar mit der Erhaltung unserer Kultur. Wirthschaftlich unter der Flagge bald des Freihandels, bald des Schutzzolls das Füllhorn des Reichthums einigen Glücklichen in den Schooß schüttend und die Pandorabüchse des Elends über die Masse des Volks ausgießend, eine gute Ernte als nationale Kalamität verwünschend, während Krise und Arbeitslosigkeit in Permanenz sind, und dabei nicht einmal im Stande, die einfachsten Gesellschaftsfunktionen ohne die verderblichsten und gefährlichsten Stockungen zu verrichten, wie die riesigen Unternehmerstrikes der neuesten Zeit, namentlich im Kohlengewerbe, beweisen; politisch den Frieden nach Innen und Außen verhindernd und eine internationale Massenschlächterei vorbereitend; die Errungenschaften der Kultur für Zwecke der Barbarei mißbrauchend — stellt der Kapitalismus die menschliche Gesellschaft vor die Wahl:

Untergang oder Sozialismus.

Die Antwort kann nur eine sein:

Sozialismus! Internationale Sozialdemokratie!

März 1894.

W. Liebknecht.

Verhandlungen

des Schwurgerichts zu Leipzig in dem Prozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner wegen Vorbereitung zum Hochverrath vom 11. bis 26. März 1872.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 11. März.

Vormittags-Sitzung.

Bereits eine Woche vorher hatten sich die Angeklagten veranlaßt gefunden, ihre Gesinnungsgenossen im „Volksstaat" wiederholt zu ersuchen, sich durch die Hetzartikel gegnerischer Blätter — deren Reigen die Hans Blum'schen „Grenzboten" und das „Leipziger Tageblatt"*) eröffneten — nicht provoziren zu lassen und sich jedes Zeichens des Beifalls oder des Mißfallens zu enthalten.

Auch hatte das Direktorium des Bezirksgerichts — Angesichts des zu erwartenden Andrangs des Publikums — zur Vermeidung von Störungen und zur Verhütung von Gefahren durch Ueberfüllung der Saalräume schon am Sonntag im Amtsblatt („Leipziger Tageblatt") die hierzu erforderlichen Anordnungen bekannt gemacht. Saal und Galerien füllten sich auch alsbald nach Oeffnung ($8^1/_2$ Uhr) der Thüren, ein großer Theil des Publikums mußte wegen Mangel an Platz unverrichteter Sache umkehren. „Unter dem Publikum", schreibt das „Leipziger Tageblatt", „bemerkt man eine größere Zahl distinguirter Personen von hier und auswärts". Seitens der sächsischen Staatsregierung sind zwei Mitglieder des königl. stenographischen Instituts zu Dresden mit der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen beauftragt. Auch die Journalistentribüne ist von den Referenten Leipziger und auswärtiger Blätter überfüllt.

---

*) Aus dem „Grenzboten" ist H. Blum längst heraus, er hat überhaupt seit Jahren politisch ausgespielt. (1894.)

Wenige Minuten nach 9 Uhr tritt der Gerichtshof in den Saal. Derselbe ist gebildet aus dem Bezirksgerichtsdirektor v. Mücke als Präsident, den Gerichtsräthen Mansfeld und v. Knappstädt als Richtern, und dem Gerichtsrath Weiske als Hilfsrichter. Unmittelbar darauf folgen die drei Angeklagten, welche auf der Anklagebank Platz nehmen. — Die Staatsanwaltschaft ist durch Staatsanwalt Hoffmann, die Vertheidigung durch die Advokaten Gebrüder Freytag aus Leipzig und Plauen vertreten. (Freitag I. [Leipzig] als Vertheidiger für Liebknecht und Hepner, Freytag II. [Plauen] für Bebel.)

Die Bildung der Geschwornenbank ergiebt folgende Zusammensetzung derselben:

Rittergutsbesitzer Winning aus Mölbis,
Kommungutspächter Kunze aus Grausnig,
Oberförster Börner aus Seidewitz,
Kaufmann Edmund Oskar Göhring aus Leipzig,
Gutsbesitzer Hoffmann aus Naunhof,
Kaufmann G. Jacob Harder aus Leipzig,
Rittergutspächter Steiger aus Schweta,
Kaufmann Karl Heinrich Benzien aus Leipzig,
Kaufmann und Rathsmann August Koch aus Lausigk,
Kaufmann Reinhardt Steckner aus Pegau,
Kaufmann Paul Gust. Böckelmann aus Leipzig und
Kaufmann Karl Gustav Platzer aus Leipzig,

sämmtlich Hauptgeschworne, und

Forstinspektor von Witzleben aus Colditz,
Gutsbesitzer Föhring aus Podelwitz und
Ortsrichter Winzer aus Schönefeld,

welche drei Letzteren als Hilfsgeschworne zu fungiren haben.

Abgelehnt werden seitens des Staatsanwalts die Herren Rathmann Gruner aus Kohren, Bürgermeister Geier aus Pegau, Fabrikant Glausnitzer aus Döbeln, Gutsbesitzer Wetzel aus Ballendorf, Buchhändler Hässel aus Leipzig, Rentier Bach aus Plagwitz, Kaufmann Weber aus Lindenau;

seitens der Vertheidigung, für welche Herr Advokat Freytag aus Leipzig die Stimme führt, die Herren Rittergutsbesitzer von Schönberg aus Mockritz, Gutsbesitzer Buchheim aus Golzern, Rittergutspächter Anger aus Mausitz, Rittergutsbesitzer Kelbe aus Leipzig, Rittergutsbesitzer von Winkler aus Dölitz, Mühlenbesitzer Asmus aus Gaulis, Kaufmann Hawsky aus Leipzig und Hutfabrikant Haugk sen. aus Leipzig.

Die Anklage sowohl als die Vertheidigung hatten also von ihrem Ablehnungsrecht im weitesten Maße Gebrauch gemacht, indem erstere 7, letztere 8 der Ausgelooften verwarf.

Nachdem der Präsident des Gerichtshofes auf Antrag der Vertheidigung an die Geschwornen die Ermahnung gerichtet hatte, daß sie ihr Urtheil lediglich nach den Ergebnissen der Verhandlungen im Saale bestimmen und etwaigen äußeren Einflüssen jede Einwirkung verschließen möchten, wird zur Feststellung der Personalverhältnisse der Angeklagten geschritten.

Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht ist geboren zu Gießen im Großherzogthum Hessen, Sohn des jetzt verstorbenen dortigen Registrators Liebknecht; besuchte das Gymnasium zu Gießen und studirte dann $4^1/_2$ Jahre auf den Universitäten Gießen, Berlin und Marburg, erst Philologie und Theologie, dann Philosophie, in der Absicht, sich auf die akademische Laufbahn vorzubereiten. Durch seine politische Richtung aus seinen Studien gerissen, begab sich Liebknecht 1847 in die Schweiz, nahm an den Badischen Kämpfen der Jahre 1848 und 1849 Theil, lebte von 1850 bis 1862 in England, hernach in Berlin und zuletzt in Leipzig, und hat sich als Journalist und Privatlehrer den Lebensunterhalt verdient. Er besitzt kein Vermögen mehr, ist verheirathet und Vater von 4 Kindern. Bestraft ist er worden beim Stadtgericht in Berlin im Jahre 1866 mit 3 Monaten Gefängniß wegen angeblich gesetzwidriger Rückkehr in die Preußischen Staaten nach erfolgter Ausweisung; beim Leipziger Bezirksgericht im Jahre 1869 mit 3 Wochen Gefängniß wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren, und 1871 ebenfalls wegen „Verbreitung staatsgefährlicher Lehren" mit 4 Wochen Gefängniß; ferner mit Geldbußen wegen verschiedener Preßvergehen. Außerdem war er 1848 und 1849 längere Zeit in Untersuchungshaft wegen seiner Theilnahme an der zweiten Badischen Schilderhebung und wurde 1850 auf Veranlassung der Preußischen und Oesterreichischen Regierung, nach zweimonatlicher Inhaftirung zu Murten, vom Eidgenössischen Bundesrath aus der Schweiz ausgewiesen und nach England transportirt. Er war Mitglied des Norddeutschen Reichstags.

Präsident: Es ist mir eine Mittheilung von der Polizeidirektion in Gießen über den Angeklagten abgegeben worden,

und auf den Antrag der Vertheidigung auch eine Erklärung über die Quellen, aus denen die Gießener Polizei schöpfte. Es ist dies ein längeres Aktenstück; ich werde es aber verlesen lassen.

Das betr. Aktenstück wird verlesen. Hauptinhalt desselben ist:

Liebknecht soll in seiner Jugend ein Trauerspiel geschrieben haben, das aber nicht aufgeführt wurde, im Jahre 1847 war er in der Schweiz „Chef de la Section Centrale à Genève" und leitete die sozialdemokratischen Arbeiter-Vereine; durch Bundesrathsbeschluß vom 22. Mai 1850 wurde er aus der Schweiz ausgewiesen und begab sich nach London, wo er ein „hervorragendes Mitglied des Kommunistenbundes" wurde, dem er „lange Jahre" angehörte. Im Kölner „Kommunistenprozeß" spielte er eine „hervorragende Rolle". Später war er in Berlin und Sachsen „thätig".

Zur genaueren Charakteristik Liebknecht's, von dem der Gießener Polizei „sonst nur wenig bekannt ist", bringt das Aktenstück nun eine „Geschichte der politisch-kommunistischen Verschwörungen seit der ersten französischen Revolution. Und in diese sämmtlichen Verschwörungen sollte Liebknecht mehr oder weniger verwickelt gewesen sein.

Mit Baboeuf wird begonnen; und nachdem einige Attentate auf Louis Philipp hergezählt, namentlich der Höllenmaschine Fieschi's erwähnt worden, gelangt der polizeiliche Verfasser, nach einem kurzen Seitenblick auf die Orsinibomben, zu Mazzini, der als Vater oder doch als Urahn des Kommunistenbundes herzuhalten hat. „Mazzini stellte sich an die Spitze des jungen Italien", und dies veranlaßte die Gründung eines „jungen Deutschland", eines „jungen Frankreich", eines „jungen Polen" u. s. w. Diese sämmtlichen „Jungen" vereinigten sich dann zum „Bund des jungen Europa", dessen Zweck war: Sturz des alten Europa. Aus dieser Verschwörungsgesellschaft ging der „Bund der Geächteten" hervor, der schon kommunistische Tendenzen hatte. Zweck: Allgemeiner Umsturz. Der „Bund der Geächteten" erzeugte den „Bund der Gerechten". Zweck: Allgemeiner Umsturz. Aus dem „Bund der Gerechten" entwickelte sich im Lauf der Zeiten der „Kommunistenbund". Dieser wurde „in den 40er Jahren aus Mitgliedern aller älteren Verschwörungen in Deutschland, Frankreich, Italien und Polen zu London gegründet", und erließ „im Herbst 1847" das in 6 Sprachen verbreitete „Kommunistische Manifest", verfaßt von Karl Marx. Bald entstanden „aus persönlicher Nebenbuhlerei Reibungen in der Zentralbehörde des Bundes, die schließlich — im September 1850 — zu einer Spaltung führten". Die Majorität der Zentralbehörde, darunter Marx, Engels, Eccarius

„und Liebknecht", „traten aus" und beschlossen, die Zentralbehörde nach Köln zu verlegen, so daß von da an zwei Fraktionen, eine in London, die andere in Köln, der Liebknecht angehörte, bestanden. „In den Statuten der Kölner Fraktion, entworfen am 1. Dezember 1850, hieß es wörtlich:

Der Zweck des kommunistischen Bundes ist, durch alle Mittel der Propaganda und des politischen Kampfes die Zertrümmerung der alten Gesellschaft, die geistige, politische und ökonomische Befreiung des Proletariats, die kommunistische Revolution durchzuführen. Der Bund vertritt in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf des Proletariats zu durchlaufen hat, stets die Interessen der Gesammtbewegung, wie er stets alle revolutionären Kräfte des Proletariats in sich zu vereinigen und zu organisiren sucht; er ist geheim und unauflöslich, so lange bis die proletarische Revolution ihr Endziel erreicht hat." —

„Wahrscheinlich, daß Liebknecht Mitglied des Bundes schon während seines Aufenthalts in der Schweiz (1847—1850) gewesen, und daß er nach seiner Ausweisung aus der Schweiz sogleich förmlich in die Zentralbehörde des Bundes eingetreten."

Das Aktenstück schließt mit den Worten: „In Berlin und in Sachsen wird man von der politischen Thätigkeit Liebknecht's mehr Kenntniß haben als hier, da derselbe bereits seit 22 Jahren aus Gießen fort ist."

Ein zweites Schreiben der Gießener Polizeibehörde wird hierauf verlesen, in welchem auf von Leipzig her ergangene Anfrage erklärt wird, die in dem Aktenstück gemachten Angaben über Baboeuf, Mazzini, Bund der Geächteten, Kommunistenbund 2c. seien *nicht* dem „*Schwarzen Buch*" entnommen. Das Schwarze Buch *enthalte nichts als das alphabetische Verzeichniß* politisch kompromittirter Personen.

Liebknecht: Das soeben verlesene Opus der Gießener Polizei versetzt mich in die Nothwendigkeit, einige kritische Bemerkungen zu machen und, wenigstens in den Grundzügen, ein wahres Bild meines Lebens zu entwerfen, gegenüber diesem Zerrbild. Das Aktenstück ist ein kurioses Beispiel davon, wie die Thatsachen sich in einem Polizeihirn spiegeln und vollkommen entstellt zurückgeworfen werden. Die absolute Unfähigkeit des Verfassers, die Wahrheit zu erkennen, die Dinge so zu sehen und zu schildern, wie sie sind, geht schon zur Genüge aus der Behauptung hervor, die von ihm so freundlich gemachten Aufschlüsse über alle möglichen Ver-

schwörungen im Allgemeinen und den Kommunistenbund im Besonderen seien nicht dem berüchtigten „Schwarzen Buche“ entnommen, das bloß ein Verzeichniß von politischen Verbrechern enthalte. Ich habe das „Schwarze Buch“ hier in der Hand. Es ist, wie Sie, meine Herren Richter und Geschwornen, sehen, ein respektabler Oktavband, und Sie können sich durch den Augenschein überzeugen, daß das fragliche Verzeichniß allerdings vorhanden ist, aber nur den Anhang des Hauptwerkes bildet. Und Sie können sich weiter überzeugen — ich werde das Buch dem Gerichtshofe durch meinen Anwalt überreichen lassen —, daß fast alle Enthüllungen des Gießener Polizei-Elaborats, zum Theil wörtlich, diesem selbigen Schwarzen Buch entlehnt sind. Entweder hat also der Anfertiger des Opus das „Schwarze Buch“, von dem er schreibt, gar nicht gekannt, oder er hat — aus welcher Ursache bleibe dahingestellt — nur das letzte Stück desselben gesehen und den Rest ignorirt. In jedem von beiden Fällen kommt seine Wahrheitsliebe gleich sehr ins Gedränge. Was ist aber das Zeugniß eines Mannes werth, der nicht einmal in Bezug auf eine so einfache, mit Händen zu greifende Thatsache die Wahrheit zu sagen vermag?

Da ich einmal vom „Schwarzen Buch“ rede, das den Schatten der traurigsten Epoche unserer Geschichte hierher wirft, so sei kurz bemerkt, daß dasselbe in verschiedenen Variationen existirt, und daß die in meinem Besitz befindliche amtliche Musterausgabe den Titel führt: „Die Kommunisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts, im amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizeibehörden der sämmtlichen Deutschen Bundesstaaten auf Grund der betreffenden gerichtlichen und polizeilichen Akten dargestellt von Dr. jur. Wermuth, Königlich Hannoverscher Polizeidirektor, und Dr. jur. Stieber, Königlich Preußischer Polizeidirektor, — Berlin 1853. Druck von A. W. Hayn.“ Die zwei Verfasser sind wohlbekannt. Herr Wermuth ist mittlerweile gestorben, Herr Stieber dagegen lebt noch*), und ist sogar sehr lebendig in diesem Augenblick. (Gelächter im Publikum.) Auf den Inhalt des „Schwarzen Buches“ einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Es ist polizistische Geschichtschreibung — das sagt Alles: Nichts geht mit natür-

*) Seitdem gestorben (29. Januar 1882), aber nicht todt. (1894.)

lichen Dingen zu; jedes politische Streben ist die Furcht finsterer Verschwörung. Ebenso wenig kann ich mich mit den Plagiaten des Gießener Polizeidirektors befassen. Was geht mich Baboeuf an, der 30 Jahre vor meiner Geburt guillotinirt wurde? Was Mazzini, der, wie männiglich bekannt, ein erbitterter Feind des Sozialismus ist? Was Fieschi's Höllenmaschine, die explodirte, als ich noch mit der Schulmappe unter dem Arme in die Sexta ging? Was geht mich der „Bund der Geächteten" und der „Bund der Gerechten" an? Und warum verliest man dieses Zeug? Mit dem Prozeß, der sich jetzt abspielt, hat es nicht das Geringste zu thun — aber freilich, es ist ganz darauf berechnet, mich im ungünstigsten Licht erscheinen zu lassen und den Geschwornen als „Schinderhannes, Carlo Moor" hinzustellen.

Was nun die in diesem langen Polizeiroman zerstreuten thatsächlichen Notizen über mein früheres Leben betrifft, so sind dieselben ebenso dürftig als ungenau, und selbst Dinge, die der Schreiber besser wissen mußte, sind falsch erzählt. So ist es z. B. grundfalsch, daß ich in dem berüchtigten Kölner Kommunistenprozeß eine hervorragende Rolle gespielt habe. Ich war an diesem Prozeß direkt gar nicht betheiligt, war weder Angeklagter noch Zeuge. Freilich kam mein Name in den öffentlichen Prozeß-Verhandlungen häufig vor, aber nur, weil er auf einem infam gefälschten Aktenstück stand, das Herr Stieber, um die Verurtheilung der unschuldig Angeklagten zu erwirken, produzirt hatte. Ich rede von dem sogenannten „Protokollbuche", das die Sitzungsberichte der Londoner „Gemeinde" enthalten, und von mir als Schriftführer mit unterzeichnet sein sollte. Die Fälschung wurde sofort nachgewiesen und öffentlich von dem Gerichtshof konstatirt. Trotzdem ist Herr Stieber heute noch in Amt und hoch in Gnaden und Ehren, während ich auf der Bank der Angeklagten sitze — ein Kontrast, eminent charakteristisch für unsere neueste Aera des Ruhms und der nationalen Wiedergeburt.

Und nun ein kurzes curriculum vitae zur Ergänzung der schon von mir gegebenen Personalien. Einer Beamtenfamilie entstammend, war ich von meinen Angehörigen — den Vater hatte ich früh verloren — für die Beamtenlaufbahn bestimmt. Allein schon auf dem Gymnasium lernte ich die Schriften Saint Simon's kennen, die mir eine neue Welt eröffneten. Zu einem „Brodstudium" hatte ich ohnehin keine

Neigung. Ich wollte studiren, um mich auszubilden, und wollte mich ausbilden, um meine Pflichten in Staat und Gesellschaft erfüllen zu können. Mit 16 Jahren kam ich auf die Universität, nachdem ich im Abiturientenexamen die erste Note empfangen. Ich bemerke das, nicht um zu prahlen, sondern um das Gießener Polizeimachwerk zu kennzeichnen, das mich zum verkommenen Subjekt stempeln will. Wie schon angedeutet, studirte ich die verschiedensten Materien. Ich tastete hin und her, gleich jedem Studenten, der wirklich lernen will und nicht in der Zwangsjacke eines Brodstudiums steckt. Den Gedanken, in den Staatsdienst zu treten, gab ich bald endgiltig auf, da er sich mit meinen politisch-sozialen Anschauungen nicht vertrug. Aber ich hegte eine Zeit lang den Plan, Privatdozent zu werden, und hoffte, vielleicht auf einer der kleineren, unabhängigeren Universitäten eine Professur zu erlangen. Doch in diesem Wahn wiegte ich mich nicht lange. Ich überzeugte mich, daß ich, ohne meine Grundsätze zu opfern, nicht die mindeste Aussicht hatte, die Lehrberechtigung zu bekommen, und faßte deshalb im Jahre 1847 den Entschluß zur Auswanderung nach Amerika. Ungesäumt traf ich die nöthigen Vorbereitungen und war schon auf der Reise nach einem Seehafen begriffen, als ich zufällig im Postwagen die Bekanntschaft eines in der Schweiz als Lehrer ansässigen Mannes machte, der meinen Plan mißbilligte, und mir, unter Hinweis auf die allem Anschein nach nahe bevorstehende Umgestaltung der europäischen Verhältnisse mit so beredten Worten zur Uebersiedelung nach der republikanischen Schweiz rieth, daß ich auf der nächsten Poststation umkehrte und, statt nach Hamburg, nach Zürich fuhr.

Dort wollte ich mir auf den Wunsch mehrerer Staatsbeamten, an die ich von meinem neugewonnenen Freund empfohlen war und die sich gegenwärtig zum Theil in hervorragenden Stellungen befinden, das Bürgerrecht erwerben und mich der Advokatenkarriere widmen.

Mit größtem Antheil verfolgte ich den Sonderbundskrieg, der sich kurz nach meiner Uebersiedlung in die Schweiz abspielte. Den Deutschen Arbeiterverein in Zürich besuchte ich wohl, jedoch nur, um mich zu unterrichten, da ich nun zum ersten mal Gelegenheit hatte, die Arbeiter selbst sich über ihre Lage und Strebungen aussprechen zu hören. Der „Chef de la section centrale“ ist ein Phantasiegebilde des Gießener

Polizeiroman-Schreibers, dem ich auch die Verantwortlichkeit für das nicht aufgeführte Theaterstück überlassen muß. Ich habe es jedenfalls nicht geschrieben, obgleich ich mich schuldig bekennen muß, in meiner Jugend auch Verse gemacht zu haben. Doch das ist ja eine Kinderkrankheit, der Niemand entgeht, und ich war so glücklich, ziemlich rasch und gründlich kurirt zu werden.

Am 23. Februar 1848 kam die Nachricht von dem Beginn des Kampfes in Paris. Meine sehnlichste Hoffnung war nun erfüllt — denn an dem Sieg des Volkes zweifelte ich nicht. Aber es duldete mich nicht länger in der Schweiz. Ich verließ nach hastigem Abschied den Freundeszirkel, in dem ich mich gerade befand, und war zwei Stunden später schon auf dem Wege nach Paris. So sehr ich mich eilte, der Kampf war beendet, die Barrikaden schon zum Theil abgetragen, als ich das Ziel erreichte; doch meine Hoffnung hatte mich nicht betrogen, der Julithron war gefallen. — Bei der Februar-Revolution halte ich mich nicht länger auf. Ihre Wirkungen auf Deutschland sind in frischem Gedächtniß. Ich zweifelte nicht, daß es möglich sei, den Gedanken einer Deutschen Republik zu verwirklichen. Herwegh bereitete seinen bekannten Zug vor; ich schloß mich an und that mein Möglichstes im Interesse des Unternehmens.

Es handelte sich um die Erkämpfung der deutschen Republik, der Moment schien mir günstig — ich wäre in meinen eigenen Augen ein Feigling oder ein Verräther gewesen, hätte ich anders gehandelt. Sie sehen, meine Herren Richter und Geschwornen, ich verleugne nicht meine Vergangenheit, nicht meine Grundsätze und Ueberzeugungen. Ich leugne nichts, ich verhehle nichts. Und um zu zeigen, daß ich ein Gegner der Monarchie, der heutigen Gesellschaft bin und, wenn die Pflicht es erheischt, auch nicht vor dem Kampf zurückschrecke, dazu bedurfte es fürwahr nicht der albernen Erfindungen dieses Gießener Polizeimachwerks. Ich spreche es hier frei und offen aus: Seit ich fähig bin zu denken, bin ich Republikaner, und als Republikaner werde ich sterben.

Unglücklicherweise erkrankte ich in Paris infolge der Ueberanstrengung, konnte den Zug nicht bis zu Ende mitmachen und war bei der Schlußkatastrophe von Dossenbach, wo die Herwegh'sche Kolonne gesprengt wurde, nicht zugegen. Wieder genesen, kehrte ich, da sich in Deutschland mittlerweile die erste Woge der revolutionären Springfluth verlaufen

und auch in Baden die monarchiſche Partei die Oberhand gewonnen hatte, nach Zürich zurück zu meinen alten Plänen und Studien. Doch nur für wenige Monate. Mitte September entfaltete Struve das Banner der Republik. Auf ſeinen Ruf überſchritt ich mit einem Dutzend Geſinnungsgenoſſen bei Säckingen den Rhein, und es gelang uns, binnen 3 Tagen ein ziemlich ſtarkes Freiſchaarenkorps zuſammen zu bringen. Um die Vereinigung mit anderen, weiter im Oberlande ſich bildenden Freiſchaarenkorps zu bewerkſtelligen, begab ich mich nach Lauffenburg, wo ein ſolches Korps konzentrirt ſein ſollte. Statt der erwarteten Hilfe erhielt ich die Nachricht, daß Struve ſich habe verleiten laſſen, mit ſeinen ungeübten Truppen aus dem Gebirge in die Ebene zu rücken, und daß er geſchlagen und gefangen war.

Noch gab ich nicht Alles verloren. Statt über den Rhein zu fliehen, an deſſen Ufer ich war, machte ich einen Verſuch, mein Korps zu erreichen. Der Verſuch mißglückte; ich wurde gefangen, und nachdem ich nebſt meinem Schickſalsgefährten durch einen glücklichen Zufall dem Standrecht entronnen war, hatte ich dreiviertel Jahr in Unterſuchungshaft zu verbringen. Im Mai 1849 kam unſer Prozeß in Freiburg zur Verhandlung; unmittelbar vorher war daſelbſt die Militär-Revolution ausgebrochen, und gleich bei Beginn der Sitzung erklärte der Staatsanwalt, daß er die Anklage gegen uns fallen laſſe und die Freiſprechung beantrage. Ich proteſtirte: 9 Monate lang habe man uns mißhandelt, jetzt wollten wir uns nicht des Rechts berauben laſſen, unſrerſeits als Ankläger aufzutreten. Allein der Gerichtshof nahm eiligſt den Antrag des Staatsanwalts an und wir wurden freigeſprochen.

Auf die folgenden Ereigniſſe gehe ich hier nicht ein. An der Reichsverfaſſungskampagne betheiligte ich mich als Journaliſt und als Soldat. Wir kämpften für das freie einige Deutſchland, und Preußens Armee, befehligt von dem heutigen Kaiſer von Deutſchland, ſchlug die Bewegung nieder und ſtellte die alte Zerriſſenheit und Unfreiheit wieder her. Ich entkam in die Schweiz, und ließ mich, weil meiner Rückkehr nach Zürich Hinderniſſe im Weg ſtanden, in Genf nieder, von wo aus ich die deutſchen Arbeitervereine der Schweiz, deren Mitgliederzahl damals eine ſehr große war, für eine einheitliche Organiſation und ein ſtreng ſozialiſtiſches Programm zu gewinnen ſuchte. Ein Kongreß wurde zur Erledi-

gung der Angelegenheit nach Murten berufen. Der Schweizer Bundesrath, durch die auswärtigen Mächte gedrängt, that, als ob er glaube, daß der eigentliche Zweck des Kongresses ein Einfall in Baden sei, und ließ sämmtliche Delegirte, darunter auch mich, verhaften. Das war im Februar 1850. Zwei Monate lang wurde untersucht und natürlich kein Beweis für die Existenz des uns imputirten wahnsinnigen Invasionsprojekts gefunden. Trotzdem wurde ich auf bundesrathlichen Befehl aus der Schweiz transportirt und den französischen Behörden überliefert, die mich mit einem Zwangspaß nach London schickten. In London wurde ich Mitglied des Kommunistenbundes. Die Angabe des Gießener Aktenstückes, daß ich demselben schon früher angehört habe, ist falsch. Das einzige Mitglied des Bundes, das ich vorher gekannt hatte, war Engels, mit dem ich in Genf zusammengetroffen. Marx lernte ich erst in London kennen. Der Kommunistenbund war übrigens nicht eine konspiratorische, sondern eine propagandistische Gesellschaft. Geheim mußte sie sein, weil das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland unterdrückt war. Auch die ersten Christen versammelten sich geheim — in den Katakomben. Aus dem „Kommunistischen Manifest", das, wie ich aus der amtlichen Aufzählung des Beweismaterials sehe, hier zur Verlesung kommen wird und das als Programm des Kommunistenbundes zu betrachten ist, erhellt sonnenklar, daß diese vielverläumdete Gesellschaft wohl eine revolutionäre war, indem sie eine durchgreifende Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse anstrebte, daß sie aber, gerade weil die Revolution als einen organischen Prozeß auffassend, jeder mechanischen Revolutionsmacherei fremd, ja feindlich war, da für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft unabänderliche Gesetze gelten, die wir erforschen müssen, und über die sich hinauszusetzen nur einem Thoren einfallen kann. Diese, ich möchte mich ausdrücken, wissenschaftliche Auffassung, der eine Minorität entgegentrat, führte zu der in dem Gießener Aktenstücke erwähnten Spaltung. Ich erwartete nicht, schon heute zum Eingehen in diese Materien gezwungen zu sein, sonst würde ich die damals von uns, der Majorität, abgegebene Erklärung mittheilen, in der unser Standpunkt gegenüber jener handwerksmäßigen Revolutionsmacherei auf das Schärfste betont ward. Eine Organisation mit solchen

Grundsätzen hat mit einer Gesellschaft von professionellen Konspiratoren, wozu das Gießener Aktenstück den Kommunistenbund degradiren will, gerade soviel Aehnlichkeit, wie die Wahrheit mit der Lüge. — Berichtigen muß ich hier noch zwei Unwahrheiten des Gießener Fabrikats: erstens war ich niemals Mitglied der Zentralbehörde und zweitens ist die Majorität der Zentralbehörde nicht aus der Zentralbehörde ausgetreten, was widersinnig gewesen wäre, sondern sie hat die Londoner Zentralbehörde aufgelöst, nachdem in Köln, im Einklang mit der Majorität, eine neue Zentralbehörde gebildet worden war. Vom Kommunistenprozeß und den darin manifestirten gesellschaftsretterischen Talenten des Herrn Stieber habe ich schon gesprochen. Der „Bund" löste sich auf, nachdem er seine Mission erfüllt hatte. Das in Deutschland allmälig erwachende politische Leben machte eine geheime Propaganda überflüssig. — — In London lebte ich 13 Jahre lang, mit politisch-sozialen Studien beschäftigt, noch mehr mit dem Kampf um das Dasein. Mitte 1862 wurde ich von August Braß, dem rothen Republikaner von 1848, der uns in der Fehde mit dem Plonploniſten Karl Vogt*) drei Jahre zuvor sekundirt hatte, zum Eintritt in die Redaktion der von ihm in Berlin neubegründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" eingeladen. Die Rückkehr nach Deutschland war mir durch die inzwischen publizirte Amnestie ermöglicht. Bekämpfung des Bonapartismus nach Außen und des falschen Bourgeoisliberalismus nach Innen, im Sinne der Demokratie und des Republikanismus (zu dem Herr Braß, damals noch „Bürger der Republik Genf", sich mit großer Emphase bekannte), bildete das Programm, auf Grund dessen ich im August 1862 den angebotenen Posten übernahm. Anfangs ging Alles gut. Doch es dauerte nicht lang, so kam — Ende September 1862 — Herr v. Bismarck ans Ruder und ich merkte bald, daß sich eine Aenderung in der Haltung des Blattes vollzog. Ich schöpfte Verdacht und äußerte ihn; Braß leugnete hartnäckig, daß er Verpflichtungen gegen das neue Ministerium eingegangen sei und gab mir carte blanche in meinem Departement (der auswärtigen Politik). Doch die Ver-

*) Ueber das Verhältniß Vogt's zu „Plonplon", dem „Rothen Prinzen" und Demokratenfänger Napoleon's III., lese man „Herr Vogt" von Karl Marx. (1894.)

dachtsmomente häuften sich und ich erlangte schließlich die Beweise, daß und wie Braß sich an Herrn v. Bismarck als literarischer Hausknecht verdingt hatte. Es versteht sich, daß ich mein Verhältniß zur „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nun lösen mußte, obgleich ich damit auf meine einzige Subsistenzquelle verzichtete. Um jene Zeit und später wurden wiederholt Versuche gemacht, auch mich zu kaufen. Ich kann nicht positiv sagen, daß Herr v. Bismarck mich kaufen wollte, aber ich kann sagen, daß Agenten des Herrn v. Bismarck mich kaufen wollten, und zwar unter Bedingungen, die außer vor mir selbst und meinen Parteigenossen meine persönliche Würde vollständig gewahrt hätten.

Herr von, jetzt Fürst Bismarck nimmt nicht blos das Geld, sondern auch die Menschen, wo er sie findet. Welcher Partei Jemand angehört, ist ihm gleichgiltig. Apostaten zieht er sogar vor; denn ein Apostat ist der Ehre baar und darum ein willenloses Werkzeug — uti cadaver (wie ein Leichnam) in den Händen des Meisters.

Der Preußischen Regierung kam damals sehr viel darauf an, die widerspenstige Bourgeoisie zu Paaren zu treiben. Man wollte sie nach dem von dem englischen Torychef Disraeli vor 30 Jahren gegebenen Rezept — denn originell war auch in diesem Punkt die Politik des Herrn v. Bismarck nicht — zwischen Junkerthum und Proletariat wie zwischen zwei Mühlsteinen zermalmen, falls sie nicht vorzöge, sich zu fügen. Man stellte mir und meinen Freunden wiederholt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" für Artikel extremsozialistischer, ja kommunistischer Richtung zur Verfügung. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich zu diesem schnöden Spiel nicht mißbrauchen ließ, und die Bestechungsversuche der Agenten des Herrn v. Bismarck mit gebührender Verachtung zurückwies. Hätte ich es nicht gethan, hätte ich die Niederträchtigkeit besessen, meine Prinzipien meinem persönlichen Interesse zu opfern, ich wäre jetzt in glänzender Stellung, anstatt hier auf der Bank der Angeklagten, wohin mich Die gebracht haben, die mich vor Jahren vergebens zu kaufen suchten. — Sobald meine Weigerung der Polizei bekannt wurde, die mich bis dahin unbehelligt gelassen hatte, begann eine Reihe von Chikanen, die einzeln aufzuzählen mich zu weit führen würde. Indeß nahm man vorläufig von entscheidenden Schritten gegen mich Abstand. Man mochte die

Hoffnung, mich schließlich doch mürbe zu machen, nicht aufgegeben haben.

Im Jahre 1863 eröffnete Ferdinand Lassalle seine bahnbrechende Agitation. Aus Gründen, die im Laufe des Prozesses wohl zu Tage treten werden, hielt ich mich anfangs fern, bis die schmachvollen Angriffe der Bourgeoispresse auf die junge sozialistische Bewegung mir die Ehrenpflicht auferlegten, alle Bedenken fahren zu lassen. Ich wurde Mitglied des von Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins". Getreu der vorhin gekennzeichneten Politik, suchte das herrschende Junkerthum sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Nach dem jähen Tode Lassalle's gerieth der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein leider in die Hände von Männern, die diesen reaktionären Bestrebungen theils durch Unfähigkeit, theils mit Absicht Vorschub leisteten. Dies zwang mich, meine bis dahin reservirte Haltung aufzugeben, und den, hauptsächlich durch den Exredakteur der Kreuzzeitung, Herrn Wagener von Dummerwitz, repräsentirten Regierungssozialismus offen zu bekämpfen und darzulegen, daß ein einseitiges Vorgehen gegen die Bourgeoisie bloß dem Junkerthum zu Gute kommen würde, daß das in Aussicht gestellte allgemeine Stimmrecht ohne freies Vereins- und Versammlungsrecht und ohne Preßfreiheit nichts anderes sei, als ein Werkzeug der Reaktion, und daß „Staatshilfe" von einer Junker-Regierung bloß gewährt werden könne, um die Arbeiter zu bestechen und den Zwecken der Reaktion dienstbar zu machen.

Ich wußte, was ich wagte. Die Polizeichikanen verdoppelten sich. Man verlangte von mir ein Führungsattest der Behörden meines letzten Aufenthaltsorts. Umsonst setzte ich auseinander, daß in England keine Behörde existire, die sich mit der polizeilichen Ueberwachung von Nichtverbrechern beschäftige und ein solches Attest ausstellen könne. Umsonst brachte ich ein Zeugniß der Polizei meiner Geburtsstadt Gießen bei, welches besagte, daß nichts „Nachtheiliges" von mir bekannt sei — die Gießener Polizei scheint damals das „Schwarze Buch" noch nicht studirt zu haben —; eines schönen Morgens, im Sommer 1865, wurde ich von einem Schutzmann auf die Polizei „sistirt" und dort bedeutet, daß ich Berlin und den Preußischen Staat binnen 24 Stunden zu verlassen habe. Ich meldete Rekurs an das Ministerium

des Innern an und erwirkte, daß bis zu erfolgendem Bescheid die Ausweisungsordre suspendirt blieb. Nach etwa einem Monat kam der Bescheid: die Ausweisungsordre wurde bestätigt, weil meine weitere Anwesenheit in Preußen die Sicherheit des Staates gefährde.

Von einer persönlichen Unterredung mit dem Minister des Innern, zu der mir offiziell gerathen wurde, konnte bei meinen politischen Grundsätzen nicht die Rede sein, und ich hatte also Berlin zu verlassen, wo es mir nach langen Anstrengungen endlich gelungen war, ausreichende Erwerbsquellen zu öffnen. Ich siedelte nach Leipzig über. Im Sommer des nächsten Jahres brachte die Preußische Politik uns den 1866er Bruderkrieg. Nach dem Friedensschluß zwischen Preußen und Oesterreich gewann ich die Leitung der hier erscheinenden, bis dahin nationalliberalen „Mitteldeutschen Volkszeitung".

Noch nicht volle vier Wochen hatte ich das Blatt, so wurde es von der preußischen Militärverwaltung unterdrückt. Kurz darauf, Mitte September, reiste ich zur Ordnung von Familienangelegenheiten nach Berlin; die politischen Verhältnisse hatten seit meiner Ausweisung eine totale Umgestaltung erlitten, eine Revolution von oben hatte den alten Deutschen Bund zerstört, ein gemeinsames Staatsbürgerrecht war durch das in den Grundzügen bereits veröffentlichte Wahlgesetz für den Reichstag des neugeschaffenen Norddeutschen Bundes hergestellt, und obendrein war in Preußen eine Amnestie für alle politischen Vergehen und Verbrechen erfolgt. Wie konnte ich unter solchen Umständen annehmen, daß das Ausweisungsdekret vom vorhergehenden Jahre noch zu Kraft bestehe und ich noch immer ein „Ausländer" in Preußen sei? Ich bewegte mich daher auch ganz öffentlich in Berlin und trug nach mehreren Tagen ungestörten Aufenthalts kein Bedenken, in dem Buchdruckerverein, der, wie alle Vereine in Preußen polizeilich überwacht wird, einen Vortrag zu halten. Auf dem Heimwege von dem Vereinslokal, Nachts 11 Uhr, wurde ich verhaftet und in die Stadtvoigtei abgeführt, unter der Anklage des Bannbruchs. Nach dreiwöchentlicher Untersuchungshaft wurde ich vom Berliner Stadtgericht zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. Ich verschmähte es, gegen das Urtheil zu appelliren, da ich günstigsten Falls auf länger als drei Monate in Untersuchungshaft hätte bleiben

müssen, also auch bei definitiver Freisprechung für den Appell gegen das ungerechte Urtheil thatsächlich noch bestraft worden wäre. Ich erklärte den Herren vom Stadtgericht, nicht an die „Richter von Berlin" werde ich appelliren, sondern an eine höhere Instanz: an die öffentliche Meinung. Und ich habe dies nach meiner Freilassung gethan, in der Presse und von der Tribüne des Norddeutschen Reichstags.

Ueber meine politische Thätigkeit seit 1867 verliere ich kein Wort — sie bildet den Gegenstand der Anklage gegen mich und wird des näheren hier erörtert werden.

Ich bin nun am Ende. Nur ungern, meine Herren Richter und Geschwornen, habe ich mich zu dieser längeren Ausführung verstanden, allein das unbegreiflicher Weise hier zur Verlesung gebrachte Gießener Polizeifabrikat, das gebührend zu charakterisiren mir die dem Gerichtshof schuldige Achtung nicht erlaubt, hat mich moralisch dazu gezwungen — Jeder im Saal Anwesende wird dies zugestehen müssen. Und nicht bloß meiner Ehre war ich diese Antwort auf schamlose Verläumdungen schuldig, nein, auch dem Interesse meiner Mitangeklagten — von meinem eigenen schweige ich —, die in gewisser Beziehung solidarisch mit mir sind und unter dem gegen mich hervorgebrachten ungünstigen Eindruck zu leiden hätten. Ich habe Ihnen mein Leben und Wirken blosgelegt. Ich bin, was ich war. In vielen Punkten habe ich mich weiter entwickelt, im Wesentlichen stehe ich auf demselben Standpunkt wie vor 22 Jahren. In den Mitteln, in der Beurtheilung einzelner Menschen und Dinge habe ich manchmal geirrt, in meinem Zwecke, in meiner Gesammtauffassung habe ich mich nur befestigt. Ich bin nicht der verkommene Abenteurer, zu dem mein Verläumder mich machen will. Schon in frühester Jugend habe ich die Schiffe hinter mir verbrannt und seitdem ununterbrochen für meine Prinzipien gerungen. Meinen persönlichen Vortheil habe ich nie gesucht; wo es die Wahl galt zwischen meinen Interessen und Prinzipien, habe ich nie gezögert, meine Interessen zu opfern.

Wenn ich nach unerhörten Verfolgungen arm bin, so ist das keine Schande — nein, ich bin stolz darauf, denn es ist das beredteste Zeugniß für meine politische Ehre. Noch einmal: ich bin nicht ein Verschwörer von Profession, nicht ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldat der Revolution — dagegen habe ich nichts.

Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, so lange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht! —

Präsident: Um deswillen, weil das Kommunikat der Gießener Polizei sehr ausführlich ist, habe ich den Angeklagten in seinen längeren Auseinandersetzungen nicht unterbrochen; was der Angeklagte geäußert, hat er selbst zu verantworten.

Freytag (Leipzig, Liebknecht's Vertheidiger): Ich bin bereit, das von Liebknecht erwähnte Exemplar des „Schwarzen Buches" dem hohen Gerichtshof zur Einsichtnahme zu überreichen.

Präsident: Ich halte das nicht für erforderlich. Herr Bebel, wollen Sie nun Ihren Lebenslauf mittheilen.

Ferdinand August Bebel ist geboren am 22. Februar 1840 zu Köln am Rhein, woselbst sein Vater Unteroffizier im 25. preußischen Infanterieregiment war. Nach dem frühzeitig erfolgten Tode des Vaters heirathete die Mutter den Bruder desselben, welcher als kleiner Beamter in der sogen. Besserungsanstalt (Arbeitshaus) zu Brauweiler bei Köln angestellt war. Hier erhielt Bebel den ersten Unterricht in der Dorfschule. Der Stiefvater starb ebenfalls nach wenigen Jahren und nun siedelte die Familie nach Wetzlar über, der Heimath der Mutter. Hier besuchte Bebel als sog. Armenschüler die Volksschule bis zum 14. Jahre und erlernte dann das Drechslerhandwerk. Achtzehn Jahre alt ging er in die Fremde, bereiste namentlich Süddeutschland und Oesterreich und kehrte 1860 behufs Militärgestellung zurück. Im Mai desselben Jahres kam er nach Leipzig, etablirte sich 1864 und heirathete 1866. Er besitzt ein Kind. Bestraft ist er „wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren" 1869 zu drei Wochen Gefängniß; wegen desselben Vergehens wurde er 1870 angeklagt, der Prozeß aber fallen gelassen, als durch Einführung des Norddeutschen Preßgesetzbuchs diese Art der Vergehen zu existiren aufhörte. Ferner ist er mit 15 Thlr. Geldbuße bestraft wegen Beleidigung durch die Presse. 1867 wurde er in den konstituirenden Reichstag gewählt, später in den Norddeutschen Reichstag und ist gegenwärtig Mitglied des Deutschen Reichstags.

Adolf Hepner ist geboren am 24. November 1846 zu Schmiegel (Preuß. Provinz Posen), woselbst sein Vater Bäckermeister ist. Bis zum 12. Lebensjahre in der Elementarschule seiner Vaterstadt unterrichtet und dann privatim für das Gymnasium vorbereitet, wurde er, 13 Jahre alt, in die Tertia des Gymnasiums zu Lissa (Posen) aufgenommen, welches er nur $2^1/_4$ Jahr besuchte. Er sollte Geistlicher werden. Zu diesem Behuf wurde er für den Eintritt in das jüdisch-theologische Seminar zu Breslau vorbereitet, in welchem er auch drei Jahre (von Ostern 1863—1866) studirte. Während dieser Zeit hatte ihm aber die Beschäftigung mit der Bibelexegese den theologischen Boden unter den Füßen weggezogen, und er sagte daher der Theologie, um nicht gegen seine Ueberzeugung zu leben, Valet. Er bereitete sich darauf, um eine andere Karriere zu ergreifen, für das Maturitätsexamen vor und bestand dasselbe Michaeli 1867 auf dem Gymnasium zu Gnesen (Posen), dessen Prima er ein halbes Jahr besuchte. Aus Mangel an Mitteln zum Studiren wandte er sich nun dem Buchhandel zu, den er in Berlin erlernte, indeß schon nach $^3/_4$ Jahren, da er an dem kaufmännischen Treiben keinen Gefallen finden konnte, verließ. Er bezog hierauf die Universität in Berlin, woselbst er, ohne sich vorläufig ein Brodstudium zu wählen, in der philosophischen Fakultät herumsah. Mittlerweile war er durch die Lassalle'schen Schriften zum Studium der Nationalökonomie gedrängt worden und infolge davon zur Theilnahme an der Arbeiterbewegung. Im Sommer 1869 wurde er Mitglied des „Demokratischen Arbeitervereins" zu Berlin, bald darauf lernte er Liebknecht und Bebel kennen und nach dem Eisenacher Kongreß, dem er beiwohnte, arbeitete er am „Demokratischen Wochenblatt", dann „Volksstaat"; mit Ende Dezember 1869 trat er in die Redaktion des „Volksstaat" ein. Am 29. Dezember, einen Tag nach seinem Weggang von Berlin nach Leipzig, sollte er in Berlin verhaftet werden wegen „Majestätsbeleidigung" (angeblich begangen durch Berliner ah-Korrespondenzen im „Volksstaat"); er wurde nun steckbrieflich verfolgt und am 2. Januar in Leipzig verhaftet, am 11. jedoch wieder freigelassen, nachdem das Leipziger Bezirksgericht die Auslieferung nach Berlin für unstatthaft erklärt hatte. Die erwartete Anklage von Berlin aus erfolgte nicht.

Bestraft ist Hepner einmal wegen Beleidigung durch die Presse (in seiner Broschüre „Die politische Demimonde") mit drei Wochen Haft. Eine Anzahl von Preßprozessen gegen ihn schwebt augenblicklich noch.

Der Präsident läßt nunmehr die nachfolgenden 3 Aktenstücke: 1. die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft, 2. das Erkenntniß der Anklagekammer des Bezirksgerichts, durch welches die Angeklagten zur Hauptverhandlung vor dem Geschwornengerichte verwiesen worden sind, sowie 3. das Erkenntniß des Dresdener Oberappellationsgerichts auf die von den Angeklagten gegen das Verweisungserkenntniß eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde zur Verlesung bringen. (Da die den Angeklagten demnach zur Last gelegten Handlungen in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Norddeutschen Bundes-, jetzigen Reichsstrafgesetzbuchs fallen, und in einem solchen Falle nach § 2 desselben das mildere Gesetz zur Anwendung zu kommen hat, so haben bei dem Erkenntnisse neben den Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuchs über den Hochverrath auch diejenigen des damals giltigen revidirten sächsischen Strafgesetzbuchs, welche in manchen Beziehungen von jenen abweichen, mit in Betracht gezogen und der Verweisung zu Grunde gelegt werden müssen.)

I.

Anklageschrift der Staatsanwaltschaft.*)

An die
Anklagekammer des Königl. Bezirksgerichts
zu Leipzig.

In der Geschichte begegnet man immer und immer wieder dem Bestreben, die monarchische Staatsform in die republikanische umzuwandeln. Von Denen, welche diesem Bestreben huldigen, wird die republikanische Staatsform erstrebt theils aus rein politischen, theils zugleich aus sozialen Gründen; die Republik wird

*) Wir theilen die Aktenstücke so mit, wie sie uns zugegangen sind; die in denselben vorkommenden, verschiedenen Anklagen auf Beleidigung (von Majestäten, Behörden, Militärkörpern, Privaten) und Religionsschmähung durch die Presse sowie die den Drucker Thiele betreffenden Anklagen sind nachträglich von dem Hochverrathsprozeß getrennt und vom Bezirksgericht größtentheils bereits erledigt worden.

ausdrücklich als diejenige Staatsform hingestellt, unter welcher allein der besitzlosen, auf den Verdienst ihrer Hände angewiesenen Arbeiter-Klasse all' das Glück erblühen werde, als dessen ausschließliche und unberechtigte Inhaber die durch Besitz begünstigten Klassen angesehen werden. Man stellt die Arbeit dem Kapital, das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber. Die Arbeiter-Klassen, welche von republikanischer Staatsform und ihrem Gefolge das Ende ihrer Leiden erwarten, schaaren sich um die Männer, welche — gleichviel aus welchen persönlichen Beweggründen — als Feinde des monarchischen Prinzips auftreten, die Gedanken einzelner Führer werden bei der Leichtigkeit und Schnelligkeit der in der Neuzeit gebotenen Verkehrsmittel und bei der der Presse und den Vereinen gewährten Freiheit alsbald das Gemeingut der Massen, und je mehr die reinrepublikanischen und die sozialrepublikanischen Bestrebungen räumlich sich ausbreiten, umsomehr wird die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung erkannt, welche die unter sich verwandten und ineinander greifenden Bestrebungen konzentrirt. Von hervorragender Bedeutung in dieser Beziehung ist die im September 1864 erfolgte Bildung der **Internationalen Arbeiter-Assoziation.** Sie kam zu Stande bei Gelegenheit eines zu Gunsten der damals in vollem Aufstande begriffenen Polen in London abgehaltenen öffentlichen Meetings, welches von Engländern, Franzosen, Polen, Italienern und Deutschen zahlreich besucht wurde. Die Internationale Arbeiterassoziation sollte ein die Arbeiterinteressen aller Länder umfassendes Institut sein, und an ihre Spitze wurde ein Generalrath gestellt, welcher aus Vertretern der nach Ländern und Sprachen gebildeten Gruppen sich zusammensetzte und in London seinen Sitz nahm.

Kurz vorher war durch Lassalle in den Arbeiterkreisen der Anschauung Bahn gebrochen und Ausdruck verliehen worden, daß die Arbeiter, um ihr Ziel zu erreichen, thatkräftig in die Politik einzugreifen und die politischen Verhältnisse Deutschlands von Grund aus umzugestalten hätten, und Karl Marx, welcher das provisorische Programm und die provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation verfaßte, stellte die Eroberung **politischer Macht** als eine Hauptaufgabe der Arbeiter und die völlige **Emanzipation** der Arbeiter als das große Endziel hin.

Das Marx'sche Programm und die Marx'schen Statuten wurden auf dem im September 1866 in Genf abgehaltenen Kongresse genehmigt, und dadurch wurde der Einfluß des Generalraths auf die Arbeiterbewegung der ganzen zivilisirten Welt gesichert. Marx übernahm in dem Generalrath die Abtheilung für die Arbeiter deutscher Zunge, und mit ihm setzten sich die Arbeiter-Vereine Deutschlands in Verkehr.

Von da ab tritt der politische Charakter der Arbeiterbewegung immer mehr in den Vordergrund.

Im August 1868 fand zu Neuenburg eine Generalversammlung der deutschen Arbeitervereine der Schweiz, welche von Anfang an der Internationalen Arbeiterassoziation beigetreten waren, statt, und dabei wurde das in Genf erscheinende „Felleisen" zum Parteiorgan mit folgender Verpflichtung bestimmt:

„In politischer Hinsicht hat das Blatt ausschließlich den demokratisch-republikanischen Standpunkt zu vertreten, in sozialer Beziehung ist auf dem Wege der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit der Arbeiter jedes Landes die Gleichberechtigung aller Menschen am Lebensgenuß der maßgebende Gesichtspunkt, so daß als Ziel aller politisch-sozialen Bestrebungen die Herstellung sozialer Institutionen und Einrichtung eines europäischen Freistaatenbundes hervorleuchtet."

Im Monat September 1868 wurde in Nürnberg der 5. Vereinstag deutscher Arbeiter-Vereine abgehalten, dabei betheiligten sich unter Anderen

der Drechslermeister Ferdinand August Bebel aus Köln am Rhein

und

der Schriftsteller Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht aus Gießen

— beiderseits in Leipzig wohnhaft —

und Bebel fungirte als Präsident.

Auf diesem Vereinstage gelangte durch einen vorzugsweise von Bebel und Liebknecht mit zu Stande gebrachten Mehrheitsbeschluß folgendes Programm zur Annahme:

Der zu Nürnberg versammelte 5. deutsche Arbeitertag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

a) Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden.

Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

b) Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form des sozialen Elendes, der geistigen Herabwürdigung und der **politischen** Abhängigkeit.

c) Die **politische** Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen.

Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt, und nur möglich im **demokratischen Staate.**

Der letzte Satz wurde in dem mit dem Jahre 1868 unter Liebknecht's Redaktion und Bebel's Betheiligung ins Leben getretenen „Demokratischen Wochenblatt" in einer Reihe von Aufsätzen weiter ausgeführt, und man gelangte zu dem Schlusse: das Programm, das Alle eint, und dessen Ausführung im Einzelnen den **Führern** der großen deutschen Aktions- und Volkspartei zu überlassen sei, könne nur das nächste Ziel des Kampfes sein: **der ungetheilte deutsche Volksstaat auf breitester demokratischer Grundlage, mit beschließendem Parlamente und demokratischer Spitze!**

Noch bestanden, namentlich unter Schweitzer's Führung, Arbeiter-Vereine, welche die Politik in ihre Bestrebungen nicht eingemischt sehen wollten; diese wurden hart bekämpft, und im Mai 1869 erließ Bebel, Vorsitzender des Vorortes des Verbandes deutscher Arbeiter-Vereine, einen Aufruf an die Verbands- und Partei-Genossen, worin er eine Aenderung des bisherigen Organismus ihres Verbandes als ein dringendes Bedürfniß bezeichnete.

Erstens sei nothwendig die Schöpfung einer einheitlichen, streng auf den Parteigrundsätzen ruhenden Organisation, welche Jedem das Bewußtsein aufdränge, daß er es mit einer festen, klaren, sich ihrer Ziele vollkommen bewußten Partei zu thun habe; zu diesem Behufe seien von allen der Partei angehörigen Vereinen die gleichen Grundsätze in ihre Statuten aufzunehmen. Zweitens müsse eine Parteiverbindung unter einer allgemeinen Parteibezeichnung gebildet werden, weil in dem Falle, daß die Polizei an einem Orte Schwierigkeiten erheben und die Auflösung aussprechen sollte, die Organisation im Uebrigen aufrecht stehen bleibe, die Partei auch an demselben Orte, nur unter einem anderen Namen, sofort einen neuen Verein bilden könne, während, wenn nur Ein allgemeiner über ganz Deutschland sich erstreckender Verein bestehe, durch dessen Auflösung die ganze Organisation mit einem Schlage vernichtet würde.

Um die Organisation vor Kollisionen mit dem Vereinsgesetze zu schützen, schlage er eine Parteibezeichnung, z. B. sozialdemokratische oder demokratisch-sozialistische Partei vor, und sei zu dem Ende der demnächst in Eisenach stattfindende Vereinstag in einen Partei-Kongreß zu erweitern und hierüber zu berathen.

Das obenerwähnte Organ der sozial-republikanischen Arbeiterpartei, das „Felleisen", befürwortete den Bebel'schen Aufruf und in einer am 25. Juli 1869 in Wien abgehaltenen Volksversammlung gelang es, vornehmlich durch eine von Liebknecht gehaltene Rede, die österreichischen Arbeitervereine für die Theilnahme an dem Eisenacher Kongresse zu gewinnen. Der Kongreß selbst tagte in der Zeit vom 7.—9. August 1869 in Eisenach, und außer Bebel, welcher als Beauftragter von 6000 Wiener Schneider-

gesellen, und Liebknecht, welcher als Beauftragter von Wiener Schuhmachern auftrat, und Anderen nahm an dem Kongresse noch der Literat Adolf Hepner aus Schmiegel in der Provinz Posen, jetzt in Leipzig,

Theil.

An der Spitze des Programms und der Statuten der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, wie selbige in Nr. 33 des „Demokratischen Wochenblatts" veröffentlicht sind, wurde als oberster Grundsatz aufgestellt:

Die sozialdemokratische Arbeiter-Partei erstrebt **die Errichtung des freien Volksstaats,**

und das Protokoll über die erfolgte Annahme dieser und der übrigen Satzungen (2. Beilage zum „Demokratischen Wochenblatt" Nr. 33 v. J. 1869) weist nach, daß man unter „Freier Volksstaat" nichts Anderes als die **Republik** verstand, und daß man, wie Liebknecht bekannte, das allgemein verständliche Wort „Republik" vermied, nicht weil man an dem Wesen der Republik Anstoß nahm, sondern weil man, wenn man das nicht zweideutige Wort Republik gewählt hätte, die Verfügung polizeilicher Maßregeln fürchten zu müssen glaubte, eine Thatsache, mit welcher ein Brief Bebel's an Bracke vom 22. Juli 1869 insofern harmonirt, als Bebel die Aufnahme des revolutionären Programms in das Vereinsstatut wegen der möglichen Konflikte mit der Polizei für bedenklich erklärte.

Fortan handelte die sozialdemokratische Arbeiter-Partei zugleich als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, deren Thätigkeit von Marx (?) selbst als eine „unterirdische" bezeichnet wird und, da das Gesetz nicht den Anschluß der einzelnen Vereinsgenossen gestattete, für ein Geringes Karten zugänglich gemacht wurden, deren Besitz jeden Einzelnen als Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation legitimirte.

Das „Demokratische Wochenblatt" hatte in der ersten Nummer erklärt, daß es die demokratischen Grundsätze auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens bis zu den äußersten Konsequenzen vertreten werde; der an der Stelle des „Demokratischen Wochenblatts" vom Oktober 1869 ab von ebendemselben Redakteur Liebknecht herausgegebene und von Bebel expedirte „Volksstaat" verkündet in seiner ersten Nummer: Die sozialdemokratische Arbeiter-Partei werde weiterschreiten in rastlosem Kampfe, bis der sozialdemokratische Volksstaat ins Leben getreten; und sein erster Ruf war:

Es lebe der sozialdemokratische Volksstaat!
Es lebe die sozialdemokratische Agitation!

Die republikanische Tendenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei war den Mitgliedern kein Geheimniß, sie wurde nach aus-

wärts anerkannt; die sozialdemokratische Partei erlangte von dem Verwalter des zur Unterstützung republikanischer Bewegungen bestimmten Züricher Revolutionsfonds, Dr. Ladendorf, als Republik erstrebende Partei wiederholte und sehr erhebliche Unterstützungen.

Der „Volksstaat" aber, bei dessen Redaktion vom Beginn des Jahres 1870 ab auch der obgedachte Hepner eintrat, that Alles, um sein Programm durchzuführen, theils durch eigene Aufsätze, theils durch die Entlehnung von Aufsätzen aus anderen Blättern gleicher Richtung, theils durch Aufnahme von Korrespondenzen, Gedichten und Romanen, soweit sie dem Zwecke der Partei entsprachen.

Das „Demokratische Wochenblatt" und den „Volksstaat" durchweht der Geist der Revolution, für sie werden die Massen bearbeitet zu dem Kampfe, im Dienste der Revolution werden die Massen bereit gemacht. So heißt es in dem „Volksstaat" vom Jahre 1869:

Nr. 4.

Die Freiheit und Einheit Deutschlands kann sich nur miteinander vollziehen und nur in der Entthronung aller Fürsten bestehen.

Nr. 10.

bei Besprechung der spanischen Revolution:

Die spanischen Republikaner haben noch nicht begriffen, daß das Bürgerthum nicht ohne das Proletariat erfolgreich gegen den Militarismus kämpfen kann, und daß der gemeinsame Kampf ein gemeinsames Ziel bedingt: die **sozialdemokratische Republik!**

Nr. 24.

Nur in festgeschlossener Masse, in organisirter Gemeinschaft sei das große Ziel zu erreichen, grundfalsch sei der Versuch, an einem zu engen und baufälligen Gebäude zu repariren, zweckmäßiger sei, den ganzen alten Bau einzureißen und ein stattliches, wohnliches Gebäude herzurichten, man müsse alle Hände, alle Mittel zusammenfassen, um denen das Haus nöthigenfalls über dem Kopf einzureißen, die ein Interesse daran haben, die alte Baracke aufrecht zu erhalten. Darum also: Zusammenfassen der Kräfte, **systematischer Kampf!**

Jahrgang 1870.

Nr. 11.

Ist die Einheit der Partei hergestellt, dann haben wir heute die 100 000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste in den gesetzgebenden Körpern oder mit wildwehendem Lockenhaar wird dann die Re-

volution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und **die Einführung des sozialdemokratischen Volksstaats** sein wird, **der rothen Republik.**

Nr. 19.

Hier steht in erster Linie die politische Revolution. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die europäischen Monarchien sich selbst den Todesstoß versetzen werden.

Nr. 29.

Ohne ein wenig Gewalt werden die alten Parteien das Szepter nicht aus der Hand geben, vermittelst dessen die ganze Staatsmaschine im Gange erhalten wird. Auch dann also, wenn das Stimmrecht ein wirkliches Arbeiter-Parlament geschaffen hat, werden wir nicht durch das Wort, sondern nur durch **die entschlossene That** zum eigentlichen Siege gelangen. **Bildung, Organisation eines Revolutionsheeres ist die Hauptsache!**

Nr. 59.

So lange die Völker das monarchische, auf ihre Kosten erhaltene Regiment zu erdulden fortfahren, kann zwischen ihnen der Friede nicht gesichert werden.

Nr. 73.

— nachdem der Proklamirung der Republik in Frankreich Sympathien gewidmet, und ein darauf sich beziehendes Manifest der französischen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation abgedruckt worden —

Die Franzosen haben ihre Schuldigkeit gethan, thun wir die unsrige!

Jahrgang 1871.

Nr. 45.

Politische Uebersicht.

Juni 1848, März — Mai 1871. ?

Am Sonntag, nach achttägiger Straßenschlacht, erlag die Kommune. Die zweite Woge der sozialistischen Springfluth ist an den Mauern der Bourgeoisgesellschaft zerschellt. Aber neue Sturmwellen, mächtiger als die zerschellte, wälzen sich heran — vielleicht noch eine wird zurückgeworfen, allein kein Gott, kein Mensch kann das Verderben abwenden von dem morschen Bau. Jubelt, **Ihr** „Sieger", so lang Ihr die innere Angst zu übertäuben vermögt! Auch **wir** jubeln inmitten der Trauer um die gefallenen Brüder, denn der Kampf hat uns gezeigt, wie wir seit 1848 erstarkt sind, und **wir können die Zeit berechnen, wo Ihr uns nicht mehr besiegen werdet.** —

Ich werde sein und wiederum voran den Völkern werd' ich geh'n,
Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn;
Befreierin und Rächerin und Richterin, das Schwert entblößt,
Ausrecken den gewalt'gen Arm werd' ich, daß er die Welt erlöst.
Ihr seht mich im Gefängniß blos, ihr seht mich in der Grube nur,
Ihr seht mich blos als Irrende auf des Exiles dorn'ger Flur.
Ihr Thoren! bin ich nicht auch da, wo eure Macht ein Ende hat,
Bleibt mir nicht hinter jeder Stirn, in jedem Herzen eine Statt?
In jedem Haupt, das trotzig denkt, das hoch und ungebeugt sich trägt?
Ist mein Asyl nicht jede Brust, die menschlich fühlt und menschlich schlägt?
Nicht jede Werkstatt, drinn es pocht? Nicht jede Hütte, drinn es ächzt?
Bin ich der Menschheit Odem nicht, die schmachtend nach Befreiung lechzt?
Drum werd' ich sein und wiederum voran den Völkern werd' ich geh'n,
Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich steh'n!

Ferd. Freiligrath.

Nr. 46.

Nach dem Bekanntwerden der von der Revolution der Pariser Kommune verübten Gewalthandlungen:

Einige Bourgeoisblätter haben die naive Unverschämtheit, die deutsche Sozialdemokratie zu einer formellen Desavouirung der Pariser Kommune aufzufordern.

Les't unsere Parteiorgane, Ihr Herren Bourgeois, da findet Ihr die Antwort.

Wir sind und wir erklären uns solidarisch mit der Kommune und sind bereit, jeder Zeit und gegen Jedermann die Handlungen der Kommune zu vertreten.

Von revolutionärem Geiste getragen und auf Aufreizung der Massen gegen die Staatsordnung berechnet, erschienen ferner die in Nr. 23, 25, 29, 39, 44, 47, 79, 86 und 90 des 1870er und die in Nr. 48 des 1871er Jahrgangs des „Volksstaat" abgedruckten Gedichte.

Liebknecht und Bebel haben, wie vielfache theils bei ihnen, theils auswärts vorgefundene Korrespondenzen ergeben, seitdem sie ihre Thätigkeit den sozialdemokratischen Bestrebungen zugewandt, mit Parteigenossen verschiedener Länder und Nationen einen schriftlichen Verkehr unterhalten, welcher mit den Wegen zur Erreichung ihrer oberwähnten Ziele sich beschäftigt und aus denen hervorgeht, daß man für gut befunden hat, nicht nur die Arbeiterklassen (weiße Sklaven) gegen die Arbeitsherren (ausbeutende Klasse) in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise anzureizen, sondern

auch dem bäuerlichen Elemente und dem Militär den Geist der Sozialdemokratie einzuhauchen, und sie zu Gegnern, Feinden der bestehenden Staatsverhältnisse zu machen.

Ganz besonders hat die sozialdemokratische Arbeiter-Partei ihrem Eisenacher Programme gemäß für das Zusammenkommen von Lokalvereinen gewirkt, welche unter verschiedenen unverfänglichen Namen sich gebildet haben, aber als Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei sich fühlen und wirken und mit ihr **gleiche** revolutionäre Tendenzen verfolgen.

Auch sind, wie der Bebel'sche Kassenbericht nachweist, auf Kosten der sozialdemokratischen Partei fortwährend Agitatoren in allen Richtungen ausgesendet worden, welche theils in engerem Verkehr mit eingeweihten Parteigenossen, theils in öffentlichen Volksversammlungen im besonderen Einverständnisse, bez. Auftrage Liebknecht's und Bebel's für die Ziele der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei gearbeitet haben.

Ferner sind Liebknecht und Bebel selbst in gleicher Weise als Agitatoren aufgetreten. So hat Liebknecht am 31. Mai 1869 in einer Versammlung des Berliner demokratischen Arbeitervereins in einer Rede über die politische Stellung der deutschen Arbeiter-Partei den **gesetzlichen** Weg, zu einer politischen Machtentfaltung zu gelangen, verworfen, von der Beschreitung desselben abgerathen, auch erklärt, daß Revolutionen nicht mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung gemacht würden, daß kein Friede mit dem jetzigen Staate stattfinden dürfe, daß der jetzige Staat gestürzt werden müsse (vergleiche die gedruckte Rede), und in einer am 25. Juli 1869 in Wien abgehaltenen Volksversammlung hat Liebknecht, indem er dabei die Schöpfung des sozialdemokratischen Arbeitervereins als sein und Bebel's gemeinsames Werk bezeichnete, auf die Nothwendigkeit, Preußen, als die einzige starke politische Macht zu bekämpfen, hingewiesen und unter Anderem gesagt:

> Die Citadelle der Knechtschaft ist Berlin, ist Preußen. Haben wir diese erstürmt mit Hilfe der Berliner Arbeiter, so ist der Sieg gewonnen, denn in Berlin ist die Hauptschlacht für die Befreiung Deutschlands zu schlagen. Wo sind dann die kleinen Regierungen, die jetzt noch im Wege stehen? Mit der preußischen Regierung fallen sie alle!
>
> (Vergl. die stenographische Niederschrift.)

So hat auch Bebel in einer am 27. April 1870 in Plauen abgehaltenen Volksversammlung unter Ausfällen gegen die durch stehende Heere, das Beamtenthum, die Polizei, die Gensdarmerie gestützten, das Wahlrecht in ungehöriger Weise verkümmernden und ein ungerechtes Steuersystem verfolgenden Regierungen die Beseitigung aller Fürsten und die Volksregierung als das Ziel

hingestellt, welches durch gleichzeitiges gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Länder, nöthigenfalls mit Gewalt, errungen werden müsse. Dafür liegen in den Plauen'schen Akten No. 67 die glaubwürdigsten Zeugnisse vor, und Bebel spricht in seiner im Jahre 1870 in Leipzig herausgegebenen Schrift: „Unsere Ziele", nachdem er zuvor von der Emanzipation der Arbeiter auf gewaltthätigem Wege gehandelt hat, folgendermaßen sich aus:

„Man entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zetere nicht über Unterdrückung berechtigter Existenzen, gewaltsame Expropriationen und dergleichen. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen **in der Regel** erst durch gewaltsamen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten, und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödtlich als möglich zu treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem gewissen Grad an 1830 bezüglich Frankreichs; an 1848 für Deutschland, wo das Bürgerthum den Kampf ebenfalls aufnahm, aber durch den Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige Impotenz (Ohnmacht) als **Klasse** darthat, auf halbem Wege stehen blieb und durch das Schibolet des Konstitutionalismus mit den Resten des Feudalismus und dem Königthum Frieden schloß. Wären die Arbeiter damals in ihrer Zahl die von heute gewesen, der politische Kampf wäre entschieden, für den sozialen wäre die Bahn frei.

So sehen wir also in den verschiedenen Geschichtsperioden, wie die **Gewalt** ihre Rolle spielt, und nicht mit Unrecht ruft da wohl **Karl Marx** aus in seinem Buch „Das Kapital", wo er den Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktion schildert: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz."

Erwägt man, daß der Generalrath der Internationalen Arbeiterassoziation als ein Revolutionskomitee sich darstellt, daß die von Bebel und Liebknecht unter Beitritt Hepner's nach dem Muster der Internationalen Arbeiterassoziation und als deren Zweiganstalt in das Leben gerufene sozialdemokratische Arbeiterpartei nach ihrem Programm und nach ihrer Verfassung die von den Gründern ausdrücklich anerkannte innere Nothwendigkeit in sich trägt, mit den vorhandenen gesetzlichen staatlichen Einrichtungen allenthalben im Widerstreite zu stehen, daß die republikanische Staatsform an die Stelle der monarchischen Staatsverfassung gesetzt und dem Arbeiter die Herrschaft im Staate auf politischem und ökonomischem Gebiete verschafft werden soll, daß die desfallsigen dem Bestehen des jetzigen Staatswesens feindlichen Grundsätze, von Bebel und

Liebknecht, bez. von Hepner durch Wort und Schrift mit allem Nachdruck verbreitet, daß namentlich unter Bebel's und Liebknecht's Einflusse Vereine, welche die Durchführung der gedachten Grundsätze sich zur Aufgabe machen, massenhaft gebildet worden sind, daß die dadurch bedungene Umwälzung der staatlichen Verhältnisse, wie auch den Leitern und Anhängern der desfallsigen Bewegung bewußt, natur- und erfahrungsgemäß nicht ohne Gewalt zu bewerkstelligen ist, daß von Bebel und Liebknecht und den ihnen verbundenen Führern zwar von vereinzeltem Vorgehen, weil solches erfolglos bleiben müßte, gewarnt, dagegen ein gleichzeitiger konzentrirter Massenkampf zur rechten Zeit und auf gegebenes Zeichen, weil dieser allein zum Siege führen, empfohlen und als gemeinsame Pflicht hingestellt und so für die allgemeine Bereitschaft mit Leib und Seele als Revolutionsheer in diesem Kampf einzutreten, gearbeitet worden ist, und daß alle von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ergriffenen sonstigen Maßregeln diesem Einen großen Zwecke dienen, und daß man die bereits vorgekommenen gewaltsamen und blutigen Angriffe auf die Staatsverfassungen in und außerhalb Deutschlands öffentlich als nachahmungswerthe Vorgänge gepriesen und ihnen die volle Zustimmung unter dem Ausdrucke ertheilt hat, daß sie bald und siegreich auch für die sozialdemokratische Arbeiter-Partei Platz greifen werden, erwägt man dies Alles in seinem inneren und äußeren Zusammenhange, so kann darüber ein Zweifel nicht obwalten, daß Bebel und Liebknecht und Hepner, wiewohl Letzterer in nicht so bedeutender Weise als Bebel und Liebknecht, sowohl nach dem revidirten Strafgesetzbuche für das Königreich Sachsen (Art. 116 1 und 3, 118 und 120) als nach dem Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich (§ 81 2 und 86) zu bestrafen sind.

Es handelt sich um das Unternehmen eines gewaltsamen Angriffs gegen die Regierungsrechte des Staatsoberhauptes und die Staatsverfassung des Königreichs Sachsen und der anderen zum Deutschen Reiche gehörigen Bundesstaaten, und der Thatbestand der **Vorbereitung** eines hochverrätherischen Unternehmens ist vorhanden.

War auch der Tag des gewaltsamen Angriffs noch nicht festgesetzt, war auch die Art der Ausführung desselben noch nicht in ihren Einzelnheiten vorgezeichnet, wie Solches zu dem rücksichtlich des Hochverraths besonders weit gefaßten Begriffe einer **vorbereitenden** Handlung an sich nicht erforderlich ist, so war man doch darüber einig, **daß** der **gewaltsame Angriff** überhaupt unternommen werden solle, und daß die **Zeit** dann gekommen sein werde, wenn man über eine kompakte und gehörig disziplinirte Kämpfermasse als ein geschlossenes Ganzes werde verfügen können, **und** daß für die Art der anzuwendenden Gewalt die bei allen

anderen, als Muster aufgestellten Staatsrevolutionen verübte Gewalt maßgebend sei, und das eine Wort „Gewalt" ist ja der Inbegriff aller ungesetzlichen und strafwürdigen Revolutionsmittel und umfaßt **jedes einzelne** derselben, mag es als Revolutionsmittel schon in Uebung sein oder erst während der Revolution, je nach der Gestaltung derselben, erfunden werden.

Weiter fällt dem Volksstaatredakteur pp. Liebknecht zur Last, daß er Sr. Majestät den Deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm in Nr. 29 des „Volksstaat" v. J. 1871 **„Kartätschen-Prinz"** und in Nr. 30 desselben Blattes **„Kaiser Bomba"** genannt, und die gedachten Volksstaat-Nummern in Verkehr gesetzt hat.

Hierin sind nach §§ 85 und 74 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich Beleidigungen des Reichs-Oberhauptes zu befinden.

Ich beantrage daher,

daß Liebknecht, Bebel und Hepner wegen — theilweis gemeinschaftlich ausgeführter — Vorbereitung des Hochverraths und Liebknecht außerdem wegen Beleidigung des Deutschen Kaisers zur Hauptverhandlung vor dem **Geschwornengerichte** verwiesen werden. —

Hiernächst

erhalte ich auch nach dem Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich den Bl. 74 der Akten Rep. I a. Nr. 2112 am 30. April 1870 in Betreff Liebknecht's, sowie des Buchdruckereibesitzers Friedrich Thiele zu Leipzig gestellten Antrag aufrecht und klage den obigen pp. Liebknecht annoch wegen Beleidigung des Königl. Preußischen Militärstandes an, da Liebknecht in Nr. 36 des „Volksstaat" v. J. 1870 einen mit dem von ihm selbst herrührenden Titel „Weiße Sklaven in Uniform" versehenen Aufsatz gebracht, der, selbst wenn der Inhalt wahr wäre, der Ueberschrift nach als ehrverletzend sich darstellt. (Vergl. Acta Rep. Ia. Nr. 2112 Vol. IV.)

Sodann habe ich auch noch wider Hepner wegen Beleidigung Königl. Sächsischer Verwaltungs- und Kommandobehörden Anklage zu erheben, weil derselbe nach Faszikel 2836 I. als stellvertretender Redakteur des „Volksstaat" in Nr. 99 des Jahrgangs 1870 Feldpostbriefe aufgenommen hat, wonach jenen Behörden Verletzungen der Dienstobliegenheiten, ohne daß solche erweislich wahr sind, beigemessen werden; da jedoch Hepner nicht unglaubhaft behauptet, daß er die Unwahrheit des Inhalts nicht gekannt und nicht vorausgesetzt habe, so wird die Sache nur nach Maßgabe des Preßgesetzes Art. 20 weiter zu behandeln sein.

Ich erlaube mir aber den ergebensten Vorschlag,

daß die Anklagekammer die außer der Vorbereitung des Hochverraths und der Kaiserbeleidigung vorliegenden Sachen, zu

denen auch mehrere Privatanklagen gehören, an das **Königl. Bezirksgericht** zu Leipzig zur Fortstellung verweisen und auf dort abzuhaltende Hauptverhandlung erkennen wolle.

Schließlich

beantrage ich Einstellung des Verfahrens wider Liebknecht wegen der nach dem Faszikel II e. 4085 ihm beigemessenen Beleidigung des Königl. Sächsischen Offizierkorps, da die Erörterungen weder kriminelles noch preßpolizeiliches Verfahren ergeben.

Leipzig, den 21. Juli 1871.

Der Staatsanwalt:
Hoffmann.

II.

Verweisungs-Erkenntniß der Anklagekammer.

In der Untersuchung wider Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht, Ferdinand August Bebel, Adolph Hepner und Karl Friedrich Thiele

erkennt auf die staatsanwaltlichen Anträge Bl. 110 flg. der Generalakten und Bl. 74 flg. Vol. I.

die Anklagekammer
im Bezirksgerichte zu Leipzig

in ihrer heutigen Sitzung nach aus den Akten erstattetem Vortrage, sowie Gehör der Königl. Staatsanwaltschaft und der Vertheidiger

für Recht:

Weil

I.

Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht,
Ferdinand August Bebel und
Adolph Hepner

nach den in dem staatsanwaltschaftlichen Antrage Bl. 110 flg. der Generalakten zusammengestellten Ergebnissen der bisherigen Ermittelungen, insbesondere nach den Erhebungen Bl. 30 flg., 90 flg., 96 flg. der Generalakten Vol. I., den nach Bl. 11 flg., 14—15 flg., 25 flg., 36—40 flg., 56, 62—79 derselben Akten und den Generalakten Vol. II., Abschriften enthaltend, erlangten Beweisstücken, sowie nach demjenigen, was Bl. 3 flg., Bl. 70 flg., 76 flg., 86 flg., 88 flg. der Generalakten, nach dem Inhalte der Akten Vol. II. und Vol. III., und Inhalts des Faszikels unter Nr. 67 sonst noch zur Erörterung gekommen ist, zusammengehalten mit ihren eigenen Vernehmlassungen Bl. 1 flg., 4 flg., 7 flg., 10 flg., 13 flg., 15 flg., 19 flg., 21 flg., 23 flg., 26 flg.,

28 flg., 31 flg., 33 flg., 37 flg., 40 flg., 42 flg., 45 flg., 61 flg., 62 flg. der Spezialakten contra Liebknecht und Bl. 108 flg. der Generalakten, bez. Bl. 1 flg., 5 flg., 7 flg., 10 flg., 13 flg., 15 flg., 18 flg., 20 flg., 22 flg., 24 flg., 28 flg., 31 flg., 35 flg., 36 flg., der Spezialakten contra Bebel und Bl. 108 flg. der Generalakten resp. Bl. 2 flg., 3 flg., 9 flg., 11 flg., 14 flg., 16 flg., 18 flg., 20 flg., 21 flg., 23 flg., 25 flg., 28 flg., 29 flg., der Spezialakten contra Hepner und Bl. 107 flg. der Generalakten dringend verdächtig sind:

1. zum Zwecke des Vorhabens, gegen die Regierungsrechte des Sächsischen Staats-Oberhauptes und gegen die Verfassung des Sächsischen Staates, um dieselbe in ihren hauptsächlichsten Bestandtheilen aufzuheben, sowie gegen die Selbständigkeit und Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches, einen gewaltsamen Angriff zu unternehmen und

2. zum Zwecke des Vorhabens, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches und des Sächsischen Staates gewaltsam zu ändern,

und zwar Beides in der Weise, daß unter Beseitigung der monarchischen Staatsform die Republik zu dem Zwecke in Deutschland errichtet werde, um dem Arbeiterstande, beziehentlich dem Proletariate die staatliche Herrschaft zu sichern und unter deren Schutze alsdann kommunistische, beziehentlich ähnliche extreme sozialistische Einrichtungen innerhalb der Gesellschaft einzuführen,

a) im August 1869 zu Eisenach, neben anderen hervorragenden Parteigenossen „die **sozialdemokratische Arbeiterpartei**" gegründet, beziehentlich soviel den Mitangeklagten Hepner anlangt, wenigstens dazu mitgewirkt,

b) der Angeklagte Liebknecht die Redaktion des seit dem 1. Oktober 1869 unter dem Titel: „Der Volksstaat" ins Leben getretenen Preßorgans der gedachten Partei unter wesentlicher Beihilfe Hepner's, der Angeschuldigte Bebel dagegen die Expedition des Blattes, allerseits unter Remuneration aus der gemeinschaftlichen Parteikasse besorgt zu haben, auch alle drei Angeklagte thätige Mitarbeiter an demselben gewesen zu sein,

c) in der bezeichneten Zeitung beharrlich und planmäßig, um deren, vornehmlich aus den Arbeiterkreisen sich rekrutirende Leser für das obgedachte gewaltsame Vorhaben zu gewinnen, nicht nur Grundsätze, welche dem letzteren entsprechen, verbreitet, sondern insbesondere auch die Arbeiter darauf, daß lediglich unter Gewalt und niemals durch das bloß moralische Gewicht der Majorität in den gesetzgebenden Versammlungen die dermaligen Staatseinrichtungen und die auf ihnen basirten wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände beseitigt werden könnten, hingewiesen und geradezu, zugleich unter Erinnerung an die Vorgänge bei früheren politischen Revolu-

tionen, aufgefordert zu haben, auf den Zeitpunkt des gewaltsamen Umsturzes durch engen Anschluß an einander, durch einheitliche Organisation und sonst sich vorzubereiten und dazu sich bereit zu halten,

d) nicht nur selbst aufreizende Schriften, wie z. B. die Druckschrift „Unsere Ziele" von Bebel, verfaßt, durch die Expedition des „Volksstaat" und auf andere Weise verbreitet, sondern auch bei der Verbreitung derartiger Broschüren durch den gewählten Parteiausschuß zu Braunschweig, insofern sie selbigem nach dieser Richtung hin Vorschläge gemacht, mitgewirkt, ferner

e) für Gründung von Arbeitervereinen in den einzelnen Orten als Lokalvereinen ihrer Partei, welche durch Vertrauensmänner und sonst mit dem erwähnten Parteiausschusse in dem engsten Verkehr gestanden, mit Erfolg gewirkt,

f) soviel Liebknecht und Bebel betrifft, nicht nur selbst in Volksversammlungen in verschiedenen Theilen des Deutschen Reiches als Agitatoren für die bezeichneten Zwecke ihrer Partei aufgetreten, sondern auch auf Kosten der Partei andere Personen als Agitatoren entsendet,

g) die Landbevölkerung und das Militär, z. B. durch Abdruck des Manifestes: „An die landwirthschaftliche Bevölkerung" und verschiedene ähnliche Auslassungen enthaltende Artikel des „Volksstaat" und Broschüren zur Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aufzureizen und zu unterwühlen versucht, endlich

h) dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiter-Partei den bestehenden Gesetzen zuwider als ein Glied der „Internationalen Arbeiter-Association", welche als eine die nämlichen revolutionären Ziele, wie die erstere, verfolgende, über Europa und Amerika verbreitete Verbindung von Arbeitern und anderen Personen notorisch sich vielfach ausgewiesen hat, aufgetreten, gesorgt, auch in fortwährendem Verkehr mit dem in London dermalen seinen Sitz habenden Generalrathe dieser Internationalen Arbeiter-Association, dessen Anweisungen bezüglich des Vorgehens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in politischer Richtung sie, ebenso wie der Ausschuß in Braunschweig, da nöthig befolgt, gestanden,

hierdurch aber allenthalben Handlungen vorgenommen zu haben, durch welche das obgedachte Unternehmen **vorbereitet** worden,

demnächst, anlangend die rechtliche Beurtheilung des indirekten Gebahrens des Angeschuldigten, man darin das in § 86 jct. § 81^2 des Reichsstrafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen mit Strafe bedrohte Verbrechen der Vorbereitung des Hochverraths zu erblicken gehabt hat, indem, wenn schon davon auszugehen, daß auch die schon angezogenen § 86 des Reichsstrafgesetzbuchs und Art. 118 des revidirten Strafgesetzbuchs für die Annahme einer Vorbereitung des Hochverraths ein **bestimmtes**

gewaltsames Unternehmen, welches der Thäter im Auge gehabt, vorausgesetzt haben, doch ein solches in dem den Angeklagten beizumessenden Vorhaben, wie es im Obigen spezialisirt worden ist, und um so gewisser zu erkennen ist, als eben die Angeschuldigten zu dessen Realisirung durch Gewinnung der dazu erforderlichen, auf die Gewaltthätigkeit des Unternehmens abzielenden Mittel bereits auf verschiedene Weise, und zwar sehr energisch thätig gewesen, von Gewinnung der Mittel aber doch nur da die Rede sein kann, wo es sich um einen Zweck handelt, welcher in dem Bewußtsein des Thäters bereits eine konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse angenommen hat, wobei selbstverständlich darauf etwas nicht ankommen kann, ob auch die Zeit, sowie die näheren Einzelheiten der Ausführung schon festgesetzt worden, und weil weiter

II.

nach den sonstigen Ergebnissen der Untersuchung ausreichend beanzeigt erscheint, daß der Inhalt folgender Preßerzeugnisse

1.

des in Nr. 4 des „Volksstaat" vom 12. Januar 1870 auf der zweiten und dritten Seite zu lesenden Anti-Syllabus überschriebenen Gedichtes (vergl. Bl. 35 b. flg. Vol. I.),

2.

des in der Beilage zu Nr. 5 derselben Zeitung auf der zweiten Seite zu lesenden Berichtes aus den Verhandlungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins vom 6. Januar 1870 (vergl. die in dem bei den Akten Bl. 59 b. Vol. I. befindlichen Druckexemplare roth angestrichenen Stellen),

3.

des in Nr. 36 des „Volksstaat" vom 4. Mai 1870 zu lesenden Aufsatzes mit der Ueberschrift: **Weiße Sklaven in Uniform** (vergl. Bl. 2. Vol. II.),

4.

des in Nr. 29 des „Volksstaat" vom 8. April 1871 anzutreffenden, „Zu den Märztagen" überschriebenen Artikels und des Schlusses der in Nr. 30 desselben Blattes vom 12. April 1871 zu lesenden politischen Uebersicht (vergl. die in der zwischen Bl. 2 und Bl. 3 und zwischen Bl. 7 und Bl. 8. Vol. V. roth angestrichenen Stellen),

5.

des in Nr. 2 des „Volksstaat" vom 6. Oktober 1869 befindlichen Aufsatzes über die von Seiner Majestät dem Könige von Sachsen am 30. September 1869 bei Eröffnung des Landtages gehaltene Thronrede (vergl. Bl. 8 der Akten Vol. I.),

6.

der in der politischen Uebersicht der Nr. 26 des „Volksstaat“ vom 30. März 1870 im ersten Absatze zu lesenden Besprechung des vor dem Königl. Bezirksgerichte Mittweida verhandelten Prozesses gegen den sozialdemokratischen Agitator Rüdt (vergl. Bl. 72. Vol. I.),

7.

der in der mitteln Spalte der ersten Seite von Nr. 99 des „Volksstaat“ vom 10. Dezember 1870 angeblich aus Feldpostbriefen entnommenen Mittheilungen über Verhältnisse des im Felde stehenden Königl. Sächsischen Armeekorps (vergl. Bl. 2 des Fasc. Nr. 2836 I.) und

8.

des in Nr. 41 der „Leipziger Dorfzeitung“ vom 9. Oktober 1869 zu lesenden Abdruckes des unter 5 gedachten, in Nr. 2 des „Volksstaat“ vom Jahre 1869 zu lesenden Aufsatzes (vergl. Bl. 10. Vol. I.),

insofern gegen das Strafgesetz verstoße, als in den Aufsätzen unter 1. und 2. zum öffentlichen Aergernisse über Gott oder göttliche Dinge, sowie beziehentlich über mosaische und christliche Religionslehre herabwürdigende Aeußerungen enthalten (Art. 232 des revidirten Strafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen, § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs), in den unter 4. gedachten Artikeln mit Beziehung auf die Person des Bundes-Oberhauptes gebrauchten Benennungen: „Kartätschenprinz“ und „Kaiser Bomba“ eine Beleidigung des Bundes-Oberhauptes, Seiner Majestät des Deutschen Kaisers (§ 95 des Reichsstrafgesetzbuchs), in den unter 5. und 8. bezeichneten Aufsätzen, in welchen dem Könige von Sachsen „pietistischer Fanatismus“ beigemessen und der Eindruck der von Allerhöchstdemselben gehaltenen Thronrede als ein „kläglicher“ bezeichnet wird, eine Beleidigung des Königs von Sachsen (Art. 134 des revidirten Strafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen und § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs), in dem Aufsatze unter Nr. 3 Beleidigung des Königlich Preußischen Militärstandes, in dem unter 6. eine Beleidigung des Königlich Sächsischen Bezirksgerichts Mittweida und in den Mittheilungen unter 7. eine Beleidigung Königlich Sächsischer Verwaltungs- und Kommando-Behörden (Art. 239, 241 c. des revidirten Strafgesetzbuchs § 185 flg. des Reichsstrafgesetzbuchs) als indizirt zu erachten,

nun aber der Angeklagte Liebknecht, da er nach seinen Vernehmlassungen Bl. 60 b. flg., 61 b. flg. Vol. I. und beziehentlich Bl. 7 Vol. IV. von dem Inhalte der inkriminirten Schriften unter 1., 2. und 3. vor deren Verbreitung Kenntniß gehabt, als damaliger Redakteur des „Volksstaat“ wegen der in diesen Artikeln beanzeigten Vergehen gemäß Art. 19 des Preßgesetzes für

das Königreich Sachsen vom 24. März 1870, verantwortlich zu erachten, dagegen in Betreff der in den Preßerzeugnissen unter 4., 5., 6., 7. und 8. in Beachtung der nicht widerlegten Versicherungen der Angeschuldigten Bl. 4 flg., Bl. 8 flg., Vol. V. Bl. 18 jct. Bl. 65, Bl. 69 b. flg., Vol. I. bez. Bl. 5 flg. des Fasc. Nr. 2836 I. resp. Bl. 19 Vol. I., auch nach Ansicht der Anklagekammer, insbesondere auch in Betreff des Vergehens unter 4. zu einer Bestrafung nach Art. 19 des Preßgesetzes nicht zu gelangen sein wird, und daher der Angeklagte Liebknecht betreffs der Artikel unter 4., 5., 6., der Mitangeklagte Hepner wegen der unter 7. erwähnten Mittheilungen, endlich der Mitangeschuldigte Thiele wegen der durch das Preßerzeugniß unter 8. beanzeigten Strafthat als Herausgeber und Verbreiter der betreffenden Preßerzeugnisse nur nach Art. 22 jct. 20 des Preßgesetzes verantwortlich zu machen sind, und weil endlich

III.

der Angeklagte Liebknecht nach den in Beilags-Faszikeln unter I b. 2217, II c. 4048, II c. 2737, II c. 2707, I a. 510, II c. 1827 anzutreffenden Anzeigen der Pierre Aimable Victor le Lubez, Johann Zimmermann's, Karl Gustav Eberhardt's, Louis Ferdinand Stiegler's, des Stadtraths zu Reichenbach, sowie Wilhelm Resch's und Sigismund Ernst Resch's, nicht minder der Mitangeklagte Hepner nach der Anzeige in den Faszikeln I c. 1445 und I b. 1798 glaubhaft beschuldigt erscheinen, durch die in einzelnen Anzeigen angezogenen, in den Nrn. 38, 95, 62, 63, 89, 27 des „Volksstaat" vom Jahre 1870 und Nrn. 55 und 65 desselben Blattes vom Jahre 1871 zu lesenden Aufsätze die schongenannten Privatankläger und beziehentlich das Polizeiamt der Stadt Leipzig, sowie das 6. Thüringer Infanterie-Regiment Nr. 95 beleidigt und beziehentlich verläumdet zu haben,

so ist die Untersuchung wider **Liebknecht, Bebel, Hepner** und **Thiele** gemäß der eingangs gedachten staatsanwaltschaftlichen Anträge beziehentlich zu II., 5 und 8 auf die Bl. 2 der Akten Rep. I b. Vol. I. zu lesende Anordnung, zu II., 3 6 7 auf die Bl. 4 b. jct. Bl. 1 derselben Akten Vol. IV., Bl. 67 Vol. I. und Bl. 1 des Faszikel 2836 I. ersichtlichen Strafanträge und was die unter III. gedachten weiteren Privatklagesachen anlangt, auf die von den daselbst benannten Privatanklägern ebenfalls allenthalben gestellten Strafanträge **fortzustellen** und sind

zu I.

Liebknecht, Bebel und **Hepner** wegen Vorbereitung des Hochverrathes auf Grund §§ 81 [2] 86 des Reichsstrafgesetzbuchs (Art. 116 [1 3], 118, 120 des revidirten Strafgesetzbuchs für das König-

reich Sachsen) wie hiermit geschieht, zur Hauptverhandlung **vor dem Geschwornengerichte,** weiter

zu II.

A. **Liebknecht** zu 1. und 2. wegen Schmähung in Bezug auf Religion und Kultus nach Art. 19 des Preßgesetzes vom 24. März 1870 und § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs eventuell Art. 232 des revidirten Strafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen, zu 3, wegen Beleidigung des Königl. Preußischen Militärstandes, ebenfalls gemäß § 19 des Preßgesetzes, sowie § 185 flg. des Reichsstrafgesetzbuchs eventuell Art. 239, 235, 241 c. des revidirten Strafgesetzbuchs, zu 4 wegen Beleidigung des Bundes-Oberhauptes (des Deutschen Kaisers), zu 5 wegen Beleidigung des Sächsischen Staats-Oberhauptes und zu 6 wegen Beleidigung des Königl. Bezirksgerichts Mittweida lediglich nach Art. 22 jct. 20 des Preßgesetzes in Verbindung mit: zu 4 § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs, zu 5 § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs event. Art. 134 des revidirten Strafgesetzbuchs, zu 6 § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs event. 239, 243 c. des revidirten Strafgesetzbuchs,

B. der Mitangeklagte Hepner zu 7 wegen Beleidigung ebenfalls nach Art. 22 jct. 20 des Preßgesetzes verbunden mit § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs eventuell Art. 239, 235, 241 c. des revidirten Strafgesetzbuchs und

C. der Mitangeschuldigte Thiele zu 8 wegen Beleidigung des Sächsischen Staats-Oberhauptes gleichfalls nach Art. 22 jct. 20 des Preßgesetzes verbunden mit § 95 des Reichsstrafgesetzbuchs eventuell Art. 134 des revidirten Strafgesetzbuchs,

gleichfalls zur Hauptverhandlung, welche jedoch in Betracht, daß die Aburtheilung der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Preßgesetzes unter 4—8 nach Art. 26 dieses Gesetzes und auf die von dem Staatsanwalte Bl. 76 b. Vol. und Bl. 125 b. flg. der Generalakten gestellten Anträge und, was die Anklage unter III[4] betrifft, auf den von demselben in Abweichung von dem früheren Antrage Bl. 125 der Generalakten in heutiger Sitzung anderweit gestellten Antrag vor dem Bezirksgerichte zu erfolgen hat, und daß, was die Straffälle unter II. 1—3 anlangt, derer (nach § 22 flg. des Gesetzes das Verfahren in den vor die Geschwornengerichte gewiesenen Untersuchungsakten betr. vom 1. Oktober 1868) zulässige Verweisung an das an sich zu deren Aburtheilung zuständige Gericht angemessen erschienen ist, nicht vor dem Geschwornengerichte, sondern vorbehältlich der Bestimmungen in Art. 421 a. flg. der revidirten Strafordnung vor dem **Königl. Bezirksgericht Leipzig** abzuhalten ist,

zu **verweisen,** wogegen

zu III.

die hier einzeln aufgeführten, lediglich der Privatanklage zufallenden Vergehen ebenfalls kraft des schon angezogenen § 22 flg. des

Gesetzes vom 1. Oktober 1868, ebenfalls vorbehältlich der Bestimmungen in Art. 421 a. flg. der revidirten Strafprozeßordnung an den für dieselben an sich zuständigen Einzelrichter des **Königl. Gerichtsamts im Bezirksgerichte Leipzig** — welchem zugleich die Entschließung auf den Bl. 4 b. des Fasz. II. c. 2614 gegen Advokat Freytag gestellten Strafantrag, als hierzu allein zuständig zu überlassen ist — zur weiteren Untersuchung und Aburtheilung hiermit gleichfalls **verwiesen** werden.

Dagegen ist die Untersuchung wider **Liebknecht,** insofern demselben noch

a)

beigemessen worden, durch die Aufnahme der auf der zweiten Seite der Nr. 22 des „Volksstaat" vom 15. Dezember 1869 zu lesenden Parodie des „Vater Unser" gegen die Strafbestimmung in Art. 232 des revidirten Strafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen und § 166 des Reichsstrafgesetzbuchs verstoßen zu haben (vergl. Bl. 21 flg. 74 b. Vol. I.), nicht minder derselbe

b)

angeklagt erscheint, durch das in Nr. 93 des „Volksstaat" vom 19. November 1870 auf der zweiten Seite zu lesende, mit den Worten „aus dem bereits drei Wochen alten Briefe eines Sächsischen Offiziers" anhebende Inserat das Königlich Sächsische Offizier-Korps beleidigt zu haben (vergl. das Fasz. II. c. 4085),

aus den in den staatsanwaltschaftlichen Anträgen Bl. 76 Vol. I. und Bl. 126 der Generalakten geltend gemachten Gründen, denen beizutreten gewesen, und da auch nach Ansicht der Anklagekammer namentlich gegenüber den Vernehmlassungen der Angeschuldigten Bl. 28 flg. Vol. I. und Bl. 4 b. flg. des Fasz. II. c. 4085 nicht zu erwarten, es werde der bezichtigte Liebknecht des ihm diesfalls beziehentlich Beigemessenen überführt werden können und daher nach diesen Richtungen hin die Abhaltung der Hauptverhandlung voraussichtlich nutzlos sein würde, wiederum einzustellen und sind mit Rücksicht hierauf auch die durch die Erörterung dieser Anklagen erwachsenen Untersuchungskosten nebst einem Dreißigtheil der Kosten dieses Erkenntnisses als Last der Gerichtsbarkeit Staatswegen zu übertragen.

Von Rechts-Wegen.

Leipzig, den 27. September 1871.

Die Anklagekammer im Bezirksgericht daselbst.

Dr. Rothe. Pusch. Wendschuch.

(L. S.)

Entscheid des Oberappellationsgerichts

auf die gegen den Beschluß der Anklagekammer eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde.

In der vor dem Bezirksgerichte zu Leipzig wider Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht und Genossen anhängigen Untersuchung erkennt auf die von genanntem Liebknecht und den beiden Mitangeklagten Ferdinand August Bebel und Adolph Hepner gegen das Bl. 150 der Generalakten unter Rep. I. a. no. 2112 Vol. I. befindliche Erkenntniß der Anklagekammer im Bezirksgerichte Leipzig Bl. 161 b. 164 eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerden

das Königlich Sächsische Oberappellationsgericht,

unter Theilnahme folgender Mitglieder:

von König, Freiherr von Friesen, von Criegern, Otto, Edelmann, und nach Gehör des Generalstaatsanwalts

für Recht:

Daß die Nichtigkeitsbeschwerde des Angeschuldigten Liebknecht, was die Bl. 157 b. jct. Bl. 154, 155 ad II. sub 1 und 2 erwähnten Anklagepunkte anlangt, für begründet zu erachten und das gedachte Erkenntniß daher, insoweit Liebknecht darin wegen Schmähungen in Bezug auf Religion und Kultus zur Hauptverhandlung vor das Bezirksgericht verwiesen worden, wieder aufzuheben; es ist die Untersuchung gegen den genannten Angeschuldigten vielmehr wegen dieser beiden Anschuldigungen einzustellen und sind die durch deren Erörterung erwachsenen Untersuchungskosten, und zwar nunmehr nebst zwei Dreißigtheilen der Kosten des angefochtenen Erkenntnisses, aus der Staatskasse zu übertragen, dagegen sind die Nichtigkeitsbeschwerde Liebknecht's im Uebrigen und die von Bebel und Hepner eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerden überhaupt als unbegründet zu verwerfen. Die durch die ergriffenen Rechtsmittel veranlaßten Kosten sind die genannten drei Angeklagten antheilig, und soviel deren ein jeder veranlaßt, abzustatten schuldig, es ist jedoch ein Fünfzehntheil der Kosten des gegenwärtigen Erkenntnisses aus der Staatskasse zu übertragen.

Die den unmittelbar allhier eingereichten Deduktionsschriften vom 25. Oktober und vom 5. November d. J. beiverzeichneten Extrajudizialien verbleiben, insofern sie die eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerden betreffen, ohne Abgang.

Von Rechts-Wegen.

Dresden, am 10. November 1871.

Königl. Sächsisches Oberappellationsgericht.

von König.

(L. S.)

Exner.

Entscheidungsgründe

in der Untersuchungssache wider Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht und Genossen.

Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht, Ferdinand August Bebel und Adolph Hepner haben gegen das Bl. 150 hor. ac. befindliche Erkenntniß der Anklagekammer im Bezirksgerichte Leipzig, beziehentlich zunächst und hauptsächlich deshalb, weil in demselben auf Fortstellung der Untersuchung wegen Vorbereitung des Hochverraths mittelst Verweisung der drei Angeschuldigten zur Hauptverhandlung vor dem Geschwornengerichte erkannt worden, Nichtigkeitsbeschwerden eingewendet, und dieselben auf die Behauptung gestützt, daß die Strafverfolgung durch unrichtige Anwendung der § 86 jct. § 81 flg. des Bundesstrafgesetzbuchs enthaltenen Bestimmungen für zulässig erklärt worden sei; das Oberappellationsgericht hat jedoch diese Behauptung nicht für begründet zu erachten vermocht.

Da eine Bestrafung der Angeklagten wegen Vorbereitung des Hochverraths auch bezüglich derjenigen Handlungen, die in die Zeit vor dem 1. Januar 1871 fallen, nur dann erfolgen kann, wenn die Erfordernisse des § 86 des Bundesstrafgesetzbuchs vorhanden sind, und andererseits auch darüber, daß eine jede nach diesem Paragraphen strafbare Handlung gleichzeitig durch die Strafvorschriften des Art. 118 jct. 116 des revidirten Strafgesetzbuchs betroffen wird, bei der etwas weiteren Fassung des Art. 118 ein Zweifel nicht obwalten kann, so hatte sich das Oberappellationsgericht bei Entscheidung der Sache dermalen auch nur an die Bestimmungen des § 86 in Verbindung mit § 81 flg. des Bundesstrafgesetzbuchs zu halten, und es ist zugegeben, daß es, um diese Bestimmungen anwenden zu können, noch nicht ausreicht, daß Jemand staatsgefährliche Lehren verbreitet, die bestehende Staatsverfassung herabwürdigt, deren Beseitigung und die Einführung einer andern Verfassung als wünschenswerth darstellt u. s. w., sondern daß die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens im Sinne der §§ 80, 81, 82 vorausgesetzt wird; von dieser Rechtsansicht ist aber auch das angefochtene Erkenntniß der Anklagekammer ausgegangen, und es ist in demselben unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die in der Anklageschrift des Staatsanwalts Bl. 110 flg. dieser Akten zusammengestellten Ergebnisse der bisherigen Ermittlungen eben für indizirt angesehen worden, daß die Angeschuldigten bei dem, was sie gethan, nicht bloß im Allgemeinen und ohne ein bestimmtes Unternehmen im Auge zu haben, staatsgefährliche Zwecke verfolgt haben, sondern daß sie, um die Staatsverfassungen des Norddeutschen Bundes — jetzigen Deutschen Reichs — und des König-

reichs Sachsen abzuändern und aufzuheben und statt der monarchischen Staatsformen die Republik einzuführen, einen gewaltsamen Angriff gegen die gedachten Staatsverfassungen vorgehabt, daß dieses Vorhaben auch — vergl. Bl. 153 b. — in dem Bewußtsein der Angeklagten bereits eine konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse gewonnen, und daß die Angeklagten die Ausführung ihres nur gedachten Vorhabens, also das von ihnen beabsichtigte hochverrätherische Unternehmen, — vergl. § 81 sub 2 jct. § 82 — durch die Bl. 151 b. flg. sub a—g aufgeführten Handlungen in verschiedener Weise sehr energisch vorbereitet und zu diesem Behufe insbesondere darauf, daß sich ihre Anhänger und Parteigenossen zu dem bezweckten hochverrätherischen Unternehmen — dessen Zeitpunkt übrigens nach Bl. 118 b. als ein nicht sehr entfernter von ihnen bezeichnet worden ist — durch engen Anschluß an einander und durch einheitliche Organisation, sowie auch sonst vorbereiten und **bereit** halten, hingewirkt und sich überhaupt die Mittel zur Ausführung ihres Vorhabens zu verschaffen gesucht haben.

Diese Momente genügen, um die wegen Vorbereitung des Hochverraths gegen die Angeschuldigten erhobene Anklage zu begründen, denn es kann nicht verlangt werden, daß schon bei der Vorbereitung eines an sich bestimmten Unternehmens alle einzelne Modalitäten desselben in Bezug auf die Zeit, den Ort und die Mittel der Ausführung feststehen; wäre ein hochverrätherisches Unternehmen bereits soweit gediehen, so würde dann kaum noch von einer bloßen Vorbereitung desselben im Sinne des § 86 die Rede sein können, sondern es würden, wenigstens in den meisten derartigen Fällen, nach Befinden die härteren Strafbedingungen der §§ 83, 84, 85 oder auch § 81 jct. § 43, 44 Platz ergreifen.

Hiernach und da bei der gegenwärtigen Entscheidung nur die **Anschuldigung an sich** ins Auge zu fassen und die Beweisfrage einer Prüfung nicht zu unterwerfen war, mußten die von den drei genannten Angeschuldigten eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerden nach der im Vorstehenden gedachten Richtung hin als unbegründet verworfen werden.

Gegen Ferdinand August Bebel liegt eine weitere Anschuldigung nicht vor, dagegen ist Liebknecht überdies auch noch wegen der Bl. 154 sub 1—6 jct. Bl. 155 flg., 157 b. sub A. näher bezeichneten Kriminal- und Preßvergehen und Hepner wegen des Bl. 155 a. sub II. 8 jct. Bl. 155 b. flg., 157 b. flg. sub B. aufgeführten Preßvergehens zur Hauptverhandlung vor das Bezirksgericht verwiesen worden, und es haben beide Angeklagte die von ihnen eingewendeten Nichtigkeitsbeschwerden Bl. 166 b. flg. auch auf diesen Theil des Erkenntnisses der Anklagekammer mit

erstreckt; da sie jedoch dabei die Statthaftigkeit der bezüglich Liebknecht's, theils unter Bezugnahme auf §§ 22, 23 des Gesetzes über das Verfahren in den vor die Geschwornengerichte gewiesenen Untersuchungssachen vom 1. Oktober 1868, theils nach Art. 26 des Preßgesetzes vom 24. März 1870, bezüglich Hepner's aber lediglich nach Art. 26 des Preßgesetzes erfolgter Verweisung vor das Bezirksgericht an sich und aus formellen Gründen nicht angefochten, sondern zur Unterstützung ihrer Nichtigkeitsbeschwerden nur angeführt haben, daß die gedachten Handlungen den auf dieselben angewendeten Strafgesetzen nicht unterstellt werden könnten und überhaupt nicht strafbar seien, so lag auch für das Oberappellationsgericht keine Veranlassung vor, zu untersuchen, ob die stattgefundene Verweisung in der Art, wie sie erfolgt ist, den Vorschriften des Gesetzes vom 1. Oktober 1868 allenthalben entspreche, und es hatte sich dasselbe daher auf die Beantwortung der Frage: ob die Strafverfolgung wegen der betreffenden Handlungen überhaupt für rechtlich zulässig zu erachten sei? zu beschränken; diese Frage ist nun aber rücksichtlich der dem Angeklagten Liebknecht Bl. 157 b. jct. Bl. 155, 154 sub II. 1 und 2 beigemessenen Vergehen allerdings zu verneinen, da die Anschuldigung, daß der Angeklagte in den beiden Bl. 154 sub II. 1 und 2 erwähnten Fällen zum öffentlichen Aergernisse herabwürdigende Aeußerungen über Gott oder göttliche Dinge, sowie beziehentlich über mosaische und christliche Religionslehren durch die Presse veröffentlicht, zwar die Erfordernisse des Art. 232 des revidirten Strafgesetzbuchs deckt, aber noch nicht genügt, um gleichzeitig auch die Anwendung der Strafvorschriften des Bl. 157 b. in erster Linie angezogenen § 166 des Bundesstrafgesetzbuchs, denen zufolge eine Bestrafung nur dann eintreten könnte, wenn Gott durch **beschimpfende** Aeußerungen, unter welchen nicht ohne Weiteres und unter allen Umständen auch bloß herabwürdigende zu verstehen, gelästert worden wäre, oder eine öffentliche **Beschimpfung** einer der christlichen Kirchen oder einer anderen mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehenden Religionsgesellschaft oder ihrer Einrichtungen oder Gebräuche, vorläge, zu rechtfertigen; es war daher die Nichtigkeitsbeschwerde Liebknecht's insoweit für begründet zu erachten, und unter Wiederaufhebung dieses Theils des angefochtenen Erkenntnisses auf Einstellung der Untersuchung bezüglich der gedachten beiden Anklagepunkte zu erkennen; was dagegen die weiter Bl. 157 b. ad II. 3 erwähnte Beleidigung des preußischen Militärstandes, ingleichen die Liebknecht beziehentlich Hepner ad II. 4, 5, 6 und 7 beigemessenen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Preßgesetzes, deren Bestrafung auf Grund des Art. 22 jct. Art. 20 und 26 des Preßgesetzes, in Verbindung

mit den dabei Bl. 147 b. flg. angezogenen Bestimmungen des Bundesstrafgesetzbuchs und des revidirten Strafgesetzbuchs vom Staatsanwalte beantragt worden, anlangt, so erscheinen die deshalb erhobenen Anklagen, an sich betrachtet, genügend begründet und rechtlich zulässig, und es hat auf Fortstellung der Untersuchung wegen derselben um so unbedenklicher erkannt werden können, als es ganz füglich dem künftigen Erkenntnisse überlassen werden kann, die von den genannten beiden Angeschuldigten in dieser Beziehung angebrachten, in der Hauptsache die Beweisfrage betreffenden Einwendungen bei Entscheidung der Sache mit in Berücksichtigung zu ziehen.

Insoweit endlich in dem Erkenntnisse die Bl. 158 b. ad III. jct. Bl. 156 b. sub III. erwähnten, Liebknecht und beziehentlich Hepner betreffenden Privatanklagesachen zur weiteren Untersuchung und Aburtheilung an das Gerichtsamt im Bezirksgerichte verwiesen worden, liegt ein Rechtsmittel gegen dasselbe überhaupt nicht vor.

Nach Verlesung der vorstehenden Aktenstücke wurde die Sitzung, da es $^3/_4$1 Uhr geworden war, bis Nachmittag um 3 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 3 Uhr.

Der Präsident erläutert den Geschwornen das (am Vormittag vorgelesene) Verweisungserkenntniß (der Anklagekammer des Leipziger Bezirksgerichts), deutet den Gang der bevorstehenden Beweisaufnahme an und bemerkt, daß die Angeklagten über die einzelnen, im Verweisungserkenntnisse ihnen beigemessenen Handlungen sich jetzt nur kurz auslassen möchten, indem sie ausführlicher von ihm darüber erst nach Verlesung der bezüglichen Beweismittel vernommen werden würden. Er macht ferner die Geschwornen namentlich darauf aufmerksam, daß es wichtig sei, ins Auge zu fassen, zu welchem Zwecke die inkriminirten Handlungen vorgenommen worden seien, namentlich, ob sie den Zweck gehabt haben, die Verfassung des Norddeutschen Bundes (jetzigen Deutschen Reichs) oder Sachsens gewaltsam umzustürzen oder die Obrigkeit ihrer Herrschaftsrechte zu berauben.

Es folgt nun die Vernehmung der Angeklagten über jeden einzelnen der im Verweisungserkenntniß sub II. I. 2 a) bis h) aufgeführten Punkte:

Zu a) Präsident: Sie sollen, Herr Liebknecht, im Jahre 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiter-Partei mitbegründet haben? —

Liebknecht: Ja.

Präsident: Herr Bebel?

Bebel: Ja.

Präsident: Herr Hepner:

Hepner: Ja.

Zu b) Präsident zu Liebknecht: Haben Sie die Redaktion des „Volksstaat" geführt?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Sie, Herr Bebel, haben die Expedition des „Volksstaat" geleitet?

Bebel: Ja.

Präsident: Sie, Herr Hepner, haben wesentliche Beihilfe bei der Redaktion geleistet?

Hepner: Ja.

Präsident: Waren Sie dabei abhängig von Liebknecht?

Hepner: In gewisser Hinsicht, ja. Liebknecht las in der Regel alles zuvor, ehe es gedruckt ward.

Zu c) Präsident: Der dritte Punkt der Anklage geht dahin, daß Sie lediglich mit Gewalt und durch revolutionären Umsturz die Herbeiführung des sozialdemokratischen Volksstaates haben herbeiführen wollen. Herr Liebknecht, geben Sie das zu?

Liebknecht: Nein, ich bestreite das ganz entschieden.

Bebel: Ich gleichfalls.

Hepner: Ich gleichfalls.

Zu d) Präsident: Der vierte Anklagepunkt geht dahin, daß Sie durch Verbreitung von Artikeln des „Volksstaat" und durch besondere Rathschläge an den „Zentralausschuß" Ihrer Partei in Braunschweig zu strafbaren Zwecken aufgereizt und angestiftet haben.

Liebknecht: Ich gebe zu, Schriften verbreitet und Rathschläge dorthin ertheilt zu haben, bestreite aber den im strafrechtlichen Sinn aufreizenden Charakter der Schriften und Rathschläge.

Bebel und Hepner sprechen sich ebenso aus.

Präsident: Ob diese Schriften aufreizend waren, werden die Geschwornen zu entscheiden haben. Die Schriften werden später verlesen werden.

Zu e) Präsident: Der fünfte Anklagepunkt legt Ihnen zur Last, daß Sie revolutionäre Arbeitervereine gebildet haben.

Liebknecht: Ich habe Vereine gegründet, sie waren aber nicht revolutionär im Sinne der Anklage.

Bebel: Dies ist bei mir auch der Fall.

Hepner: Ich kann mich überhaupt nicht entsinnen, Vereine gegründet zu haben.

Zu f) Präsident: Ein weiterer Anklagepunkt wirft Herrn Bebel und Liebknecht vor, revolutionäre Reden in Arbeiterversammlungen gehalten und zu diesem Zwecke aus Parteimitteln Agitatoren entsendet zu haben.

Liebknecht und Bebel geben blos zu, Arbeiter- und Volksversammlungen abgehalten und die aus dem sogenannten Züricher Revolutionsfonds erlangten Gelder lediglich zu Agitationszwecken verwendet zu haben.

Sie bestreiten aber die strafrechtlich aufreizende Beschaffenheit ihrer Reden und die Entsendung von Agitatoren aus Parteimitteln. Ueber letztere habe lediglich der Ausschuß zu disponiren gehabt.

Liebknecht verwahrt sich außerdem gegen den ihm und Bebel im Verweisungserkenntniß zugedachten Titel „Agitatoren" — da diese Bezeichnung seit Herrn v. Schweitzer's Thätigkeit einen üblen Beigeschmack erhalten habe.

Zu g) Präsident: Sie sind beschuldigt, durch Druckschriften auf das Militär ein- und auf dessen Abfall vom Fahneneide hingewirkt und die Landbevölkerung zum Anschlusse an Ihre Parteibewegung hereinzuziehen versucht zu haben.

Liebknecht: Die Landbevölkerung haben wir allerdings für unsere Prinzipien gewinnen wollen und wir haben deshalb unsere Agitation nicht auf die städtischen Arbeiter beschränkt; die Agitation ist aber gesetzlich erlaubt und wir haben uns dazu nur gesetzlicher Mittel bedient. Unter dem Militär haben wir in keiner Weise agitirt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil eine Agitation sinnlos gewesen wäre. In der Voruntersuchung ist uns zwar ein in Braunschweig gefundener „Militärkatechismus" vorgehalten worden, den wir unter den Soldaten hätten verbreiten wollen; allein es hat sich auch herausgestellt, daß das Schriftchen nur in einem Exemplar vorhanden war, von dessen Existenz wir

obendrein keine Ahnung gehabt hatten. Eine Propaganda durch Schriften, wie dieser „Militärkatechismus", halte ich für reinen Wahnsinn, denn bei der herrschenden Disziplin muß jeder solcher Versuch binnen 24 Stunden entdeckt werden und zur Verhaftung der Veranstalter führen und würde also nur im Interesse unserer Gegner sein. Nur Tollköpfe oder agents provocateurs und mouchards (Spione) können so etwas unternehmen!

Bebel: Ich bin zwar bemüht gewesen, die Landbevölkerung in den Kreis der Parteithätigkeit hereinzuziehen, und habe zu diesem Zwecke in Versammlungen, wo Landarbeiter zugegen gewesen, deren Lage und Zukunft erörtert, auch im „Volksstaat" Artikel darüber geschrieben, doch ist dies Alles nicht strafrechtlich aufreizender Art gewesen. Ueber militärische Einrichtungen habe ich wohl in öffentlichen Versammlungen tadelnd mich ausgesprochen und auf ihre Verderblichkeit für unsere Kulturinteressen hingewiesen, das ist aber ein mir nach dem Vereinsgesetze zustehendes Recht; auch ist keiner der dabei anwesend gewesenen Polizeibeamten gegen mich eingeschritten. Ich theile vollkommen die von Liebknecht über die Beeinflussung des Militärs ausgesprochenen Ansichten.

Präsident bemerkt dem gegenüber, daß „eine vorhandene Broschüre" das Gegentheil beweisen werde.

Liebknecht: Die betreffende Broschüre „Der Militärkatechismus", welchen diese Anklage trotz der in der Voruntersuchung ermittelten Wahrheit aus dem Aktenwust hervorgezogen hat, ist beiläufig von Karl Heinzen, einem persönlichen Feinde von Marx, Engels und mir, verfaßt und stammt aus dem Jahre 1848.

Bebel: Diese Broschüre ist in Braunschweig in einem einzigen Exemplare gefunden worden. Ich hatte von ihrer Existenz keine Ahnung.

Hepner: Mir ist es überhaupt unbegreiflich, warum die Anklage die Agitation unter der Landbevölkerung ganz speziell herausgreift. Wenn die Agitation unter den Industriearbeitern erlaubt ist, dann ist es auch die unter der Landbevölkerung.

Zu h) Präsident: Die Anklage lautet weiter dahin, daß Sie der „Internationalen" angehören und daß Sie Ihre Partei dieser gefährlichen Gesellschaft zugeführt haben.

Liebknecht: Wir, ich meine die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, gehören der „Internationalen" an, aber nur — wie unser Eisenacher Programm besagt — „soweit die deutschen Vereinsgesetze es gestatten". Die Internationale ist nicht revolutionär im gewöhnlichen Sinne des Wortes, d. h. sie arbeitet nicht gesetzwidrig auf gewaltsamen Umsturz hin. Namentlich Karl Marx ist von jeher ein Feind jeder kindischen Revolutionsmacherei gewesen und hat dagegen ausgeführt, daß „Revolution" das fortwährend pulsirende Leben der Gesellschaft ist. Wir wollen revolutionär nur in dem Sinne sein, daß die soziale Frage nicht mit Palliativmitteln, nicht mit Suppenküchen und Konsumvereinen gelöst werden kann, sondern nur durch radikale Heilmittel. Ob diese Lösung friedlich oder gewaltsam, im Wege der Reform oder Revolution stattfinden wird, hängt nicht von uns, sondern von unsern Gegnern ab, den augenblicklich im Staat maßgebenden Faktoren. Gehen diese letzteren auf unsere berechtigten Forderungen ein, nun dann giebt es keine Revolution, im andern Falle lasse ich dahingestellt sein, was geschehen wird.

Das Verweisungserkenntniß sagt freilich, die Internationale verfolge „notorisch" revolutionäre Ziele. Das Wort „notorisch" wird aber gewöhnlich gebraucht, wo Beweise fehlen — so auch in diesem Punkte der Anklage. Ich verlange Beweise dafür, daß die Internationale revolutionäre Ziele im Sinne der Staatsanwaltschaft und der Anklage verfolgt. Dieses „notorisch" genügt mir nicht. — Mit Marx habe ich freundschaftlich korrespondirt, er ist mein Freund seit Jahren — aber ich habe so wenig von ihm, wie von sonst Jemand Befehle entgegengenommen, und Jedermann, der mich kennt, wird es unterlassen, mir zu insinuiren, daß ich mich überhaupt „leiten" ließe. Ich erkläre entschieden, daß wir nicht in einer abhängigen Stellung zu dem Generalrath der Internationalen uns befinden und daß wir niemals eine Weisung von demselben erhalten haben. Mein Verkehr mit Karl Marx war rein privater Natur, obgleich wir selbstverständlich unsere Meinungen auch über öffentliche Angelegenheiten austauschten.

Präsident: Sie bestreiten nicht, daß Marx ein Leiter der Internationalen sei?

Liebknecht: Marx ist wohl ein Bahnbrecher der sozialistischen Ideen, eine national-ökonomische Autorität, die be-

deutendste geistige Kapazität des Generalraths, aber kein Führer der Internationalen. Es giebt keine solchen. Marx ist nur korrespondirender Sekretär des Generalraths für Deutschland.

Präsident: Sie korrespondiren also mit Marx?

Liebknecht: Ja. Noch jetzt. Marx ist mein langjähriger Freund und Lehrer — ich habe 13 Jahre in London mit ihm gelebt — und seit meiner Rückkehr nach Deutschland haben wir natürlich unsere Ansichten über Parteiangelegenheiten ausgetauscht; doch ist diese Korrespondenz nie offizieller, sondern stets, wie schon gesagt, rein privater Natur gewesen.

Präsident: Herr Bebel, was haben Sie zu erklären?

Bebel: Die Partei hat niemals in einer strafbaren Verbindung mit der Internationalen gestanden. Strafbar nach dem Vereinsgesetz wäre die Verbindung gewesen, wenn unsere Vereine direkte Beiträge an die Internationale bezahlt hätten. Das ist nicht der Fall gewesen. Das Programm der Internationalen ist bereits von dem Vereinstage in Nürnberg angenommen worden, unter meinem Vorsitze, 1868. Unsere Verbindung war eine rein geistige, unser Anschluß an die Ziele der Internationalen gleichfalls. Das Wort „revolutionär" ist von uns stets in dem Sinne verstanden worden, den Liebknecht eben entwickelte. Wir sehen dabei keine Heugabeln vor unsern Augen blitzen. Revolution heißt Umgestaltung — gleichviel mit welchen Mitteln. Daß die Arbeiterpartei das Wort Revolution immer nur in dem (von uns bereits angedeuteten) friedlichen Sinne, dem Sinne der Entwicklung begreift, ergiebt sich aus den Broschüren Lassalle's — welche ja grundlegend für die deutsche Arbeiterbewegung gewesen sind und noch heute für die meisten das ABC des Sozialismus sind — und aus Artikeln im „Volksstaat". In der vor dem Berliner Kriminalgericht gehaltenen Rede — welche dann unter dem Titel: „Die Wissenschaft und die Arbeiter" erschienen ist — sagte Lassalle (s. S. 38 ff.) Folgendes:

„Allerdings gebrauche ich, wenn ich auch nicht von einer „demnächst bevorstehenden sozialen Revolution" spreche, wie der Staatsanwalt behauptet, — ich spreche vielmehr nur von einer mit dem Februar 1848 bereits eingetretenen sozialen Revolution — allerdings gebrauche ich sehr häufig im Laufe dieser ganzen Broschüre*)

*) Die Broschüre „Arbeiterprogramm" ist gemeint, derentwegen Lassalle eben angeklagt wurde.

das Wort „revolutionär“ und „Revolution“. Mit diesem Wort will mich der Staatsanwalt zu Boden schlagen! Denn er, dasselbe immer nur in seiner engen juristischen Bedeutung nehmend, vermag das Wort „Revolution“ nicht zu lesen, ohne geschwungene Heugabeln vor seiner Phantasie zu sehen. Das ist aber nicht die wissenschaftliche Bedeutung dieses Wortes, und schon der konstante Sprachgebrauch in meiner Schrift hätte den Staatsanwalt darüber belehren können, daß hier das Wort in seinem anderen, wissenschaftlichen Sinne genommen ist. So nenne ich darin die Entwicklung des Landesfürstenthums eine revolutionäre Erscheinung.

So erkläre ich ausdrücklich die Bauernkriege, die doch wahrhaftig hinreichend mit Gewalt und Blutvergießen ins Leben traten, für eine nur in der Einbildung revolutionäre Bewegung, für eine in Wahrheit durchaus nicht revolutionäre, für eine reaktionäre Bewegung.

Den Fortschritt der Industrie dagegen, der sich im 16. Jahrhundert entwickelt, nenne ich, obgleich dabei doch kein Schwert aus der Scheide gezogen wurde, wiederholt und fortlaufend ein „wirklich und wahrhaft revolutionäres Faktum“ (p. 6), ebenso nenne ich p. 14 die Erfindung der Baumwollenspinnmaschine von 1775 eine vollständige, eine thatsächlich eingetretene Revolution.

Mißbrauche ich vielleicht die Sprache oder führe ich auch nur einen neuen Sprachgebrauch ein, indem ich das Wort „Revolution“ in diesem Sinne nehme? indem ich es auf die friedlichsten Erscheinungen anwende und den blutigsten Aufständen verweigere?

Schelling, der Vater,*) sagt (Untersuchungen über das Wesen der menschlichen Freiheit Bd. VII. p. 351): „der Gedanke, die Freiheit einmal zum Eins und Alles der Philosophie zu machen, hat den menschlichen Geist überhaupt, nicht blos in Bezug auf sich selbst, in Freiheit gesetzt und der Wissenschaft in allen ihren Theilen einen kräftigeren Umschwung gegeben, als irgend eine frühere Revolution“. Schelling, der Vater, sieht also gleichfalls nicht, wie die Phantasie des Staatsanwalts, bei dem Worte „Revolution“ Heugabeln vor seinen Augen blitzen. Er nimmt dies Wort, indem er es auf die Einwirkung des philosophischen Grundprinzips anwendet, gleich mir in einem mit materieller Gewalt durchaus nicht zusammenfallenden Sinne.

Welches ist dieser wissenschaftliche Sinn des Wortes „Revolution“, und wie unterscheidet sich Revolution von Reform?

Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt

*) Der in jenem Prozeß fungirende Staatsanwalt war nämlich der Sohn des Philosophen Schelling. (Heute ist er preußischer Justizminister. 1894.)

— auf die Mittel kommt es dabei nicht an — ein ganz neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird. Reform dagegen tritt dann ein, wenn das Prinzip des bestehenden Zustandes beibehalten und nur zu milderen oder konsequenteren und gerechteren Folgerungen entwickelt wird. Auf die Mittel kommt es wiederum dabei nicht an. Eine Reform kann sich durch Insurrektion und Blutvergießen durchsetzen und eine Revolution im größten Frieden. Die Bauernkriege waren der Versuch einer durch Waffengewalt zu erzwingenden Reform. Die Entwicklung der Industrie war eine in der friedlichsten Weise sich vollziehende totale Revolution, denn ein ganz neues Prinzip wurde dadurch an Stelle des bis dahin bestehenden Zustandes gesetzt. Beide Gedanken werden gerade in dieser Broschüre sorgfältig und lang entwickelt.

Warum hat mich der Staatsanwalt allein nicht verstanden? Warum ist ihm allein unverständlich geblieben, was jeder Arbeitsmann verstand?

Wenn ich also selbst von einer „demnächst bevorstehenden sozialen Revolution" gesprochen hätte, obgleich dies nicht der Fall ist, hätte ich deshalb nothwendig an gewaltsamen Umsturz, an Heugabeln und Bajonnette denken müssen?"

Auf Grund dieser Definition des Worts und Begriffs „Revolution" wurde Lassalle in Berlin freigesprochen.

Weiter: Im „Volksstaat" von 1870 erschien eine Reihe von Artikeln (von Heß in Paris verfaßt) unter dem (gewiß Manchem sehr auffälligen) Titel „Die soziale Revolution". Im 1. Artikel (Nr. 23 des „Volksstaat") heißt es am Schluß:

„Die Revolution, in der wir uns befinden, ist die Katastrophe der Geburt des sozialen Menschen. Sie hat begonnen mit der französischen Revolution (1789) und geht heute mit dieser ihrem Abschlusse entgegen."

Und am Schluß des 4. Artikels (Nr. 46 des „Volksstaat") ist das Ganze resumirt in folgenden Worten:

„Die soziale Revolution kehrt heute in gewissem Sinne wieder zu ihrem Anfange zurück, um ihren Kreislauf zu beschließen. Wenigstens was die politische Form betrifft, will man heute in Frankreich keine anderen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbehörden, als die aus freier Wahl des ganzen Volkes hervorgegangenen. Freilich ist der soziale Inhalt der Revolution heute ein anderer als im Anfange derselben. Die Entwicklung der Produktivkräfte, welche im Laufe unseres Jahrhunderts stattgefunden, macht Reformen nicht nur möglich, sondern nothwendig, von welchen man im Anfang der sozialen Revolution keine Ahnung haben konnte.

Aber diese Reformen sind eben deshalb heute keine Utopien mehr, die sich nur auf eine Diktatur stützen können; sie können und müssen sich vielmehr auf die freie Zustimmung der großen Majorität der Nation stützen, in deren Interesse und mit deren Einwilligung sie gemacht werden."

Also auch in diesen Artikeln, deren auffällige Ueberschrift gewiß den Staatsanwalt zur aufmerksamen Lektüre jeder einzelnen Zeile desselben veranlaßt hat, ist der Begriff der Revolution in dem der Anklage völlig entgegengesetzten Sinne festgestellt.

Was nun die Internationale anbetrifft, so bestreite ich ebenfalls, daß uns jemals eine Anweisung vom Generalrath in London zugegangen ist. Wenn der Parteiausschuß in Braunschweig etwas anderes gethan hätte, so hätte er das Grundgesetz unserer Partei verletzt. Der Ausschuß war nur der Partei verantwortlich und nur von ihr durfte und mußte er auch sich Vorschriften gefallen lassen. — Ich selbst habe übrigens nie an Marx geschrieben.

Präsident: Ob Lassalle's Definition in diesem Saale Anklang finden wird, bleibe dahingestellt. - - Herr Hepner, wie sprechen Sie sich über die Internationale aus?

Hepner: Ich bekenne mich freudig zu einem Mitgliede derselben, ohne in ihren Zielen irgend etwas Straffälliges zu finden, und bestreite entschieden, daß eine ungesetzliche Verbindung zwischen uns und ihr stattgefunden habe.

Präsident: Der letzte*) Anklagepunkt geht endlich dahin, daß Sie durch Ihre Parteibestrebungen einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches und der Sächsischen Staatsverfassung bezweckt haben.

Liebknecht: Wir haben niemals einen derartigen Plan gehabt. Was wir bezweckten und bezwecken, ist: das Volk von der Richtigkeit unserer Prinzipien zu überzeugen, die Majorität für uns zu gewinnen. Unser Streben, diese Majorität zu gewinnen, ist ein vollkommen gesetzliches gewesen. Haben wir die Majorität, so wird die Staatsanwaltschaft ihre Anklagen gegen die künftige Minorität, die heute als Majorität uns wegen Hochverraths anklagt, zu richten haben, falls jene Minorität dann der Verwirklichung unserer Ideen mit Gewalt entgegentreten sollte. — Ich glaube übrigens: trotz seiner

*) Richtiger: Der Hauptanklagepunkt.

Militärmacht wird wohl das deutsche Reich in seiner heutigen Gestalt nicht mehr bestehen, wenn unsere Prinzipien die Majorität erlangt haben oder, um mich anders auszudrücken, wenn sie regierungsfähig geworden sind. Es wäre also Thorheit von mir, nach dem Umsturz dieses Reiches zu streben, das meiner Ansicht nach durch andere Faktoren in seiner heutigen Gestalt zerstört werden wird.

Präsident: Herr Bebel, sprechen Sie sich darüber aus!

Bebel: Wir haben, speziell ich, immer betont, daß es sich nur um Organisation, nie um gewaltsames Auftreten handelt. Es ist von mir in den Versammlungen stets darauf hingewiesen worden, wie nicht mit Gewalt, sondern mit geistigen Mitteln zu wirken sei, da, selbst wenn uns jetzt ein Gewaltakt gelänge, der die Partei momentan an das Ruder brächte, es im Volke an Intelligenz zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ideen noch fehle. Ich habe für die Organisation der Massen nur um deswillen gewirkt, weil der kleine Handwerker und Arbeiter nicht die Geldmittel dazu besitzt, sich die Bildung, welche er braucht, zu verschaffen, da er sich weder Zeitungen halten, noch Bücher kaufen kann. Was der Kraft des Einzelnen nicht möglich, kann aber durch die Organisation erreicht werden. Darum habe ich die Organisation der Massen betrieben.

Hepner: Wir wünschten die Verfassung allerdings geändert, und wenn Sie wollen: auch beseitigt — aber nur auf friedlichem Wege. Der Wunsch der Beseitigung einer Verfassung kann aber keine Vorbereitung zum Hochverrathsein. Verfassungen sind, wie Sie aus der Geschichte oer Gesetzgebung ja sehr genau wissen, schon sehr oft geändert, ja beseitigt worden, ohne daß die Existenz der betreffenden Staaten dadurch gefährdet worden wäre.

Präsident: Ich verspare mir meine Einwendungen gegen diese Auslassungen auf die Zeit, wo wir das einzelne Anklagematerial mit den Herren durchgehen werden. —

Es kommt hierauf eine von dem Untersuchungsrichter, Gerichtsrath Ahnert, behufs leichteren Verständnisses des Aktenmaterials verfaßte Denkschrift zur Verlesung, welche eine historische Uebersicht über die verschiedenen Parteien und Fraktionen der heutigen Arbeiterbewegung bietet und von den drei Angeklagten als vollkommen unparteiisch und tendenzlos bezeichnet wird. Liebknecht hebt namentlich hervor, daß diese

Denkschrift einen wohlthuenden Gegensatz bilde zu dem heute früh verlesenen elenden Polizeimachwerk.

Präsident: Sie sind Redakteur des früheren „Demokratischen Wochenblatts" gewesen, Herr Liebknecht?

Liebknecht: Ja. Dasselbe war ursprünglich Organ der Volkspartei, dann auch des Nürnberger Arbeiterverbandes und wurde erst späterhin rein sozialistisch. —

Präsident läßt nun von den Beweisurkunden den in Nr. 37 flg. des „Demokratischen Wochenblatts" vom Jahre 1868 abgedruckten Bericht über den in Nürnberg abgehaltenen 5. Vereinstag des Verbandes der deutschen Arbeitervereine zum Theile vorlesen und schließt dann die Sitzung um $6^1/_4$ Uhr. — Die Stimmung des Publikums war eine den Angeklagten außerordentlich günstige, namentlich hervorgerufen durch die von Gerichtsrath Mannsfeld mit warmem Intereffe vorgetragene Rede Schweichel's über die Programmfrage, welche bekanntlich auf dem Nürnberger Vereinstag, wo der Uebertritt der Majorität zur Sozialdemokratie erfolgte, die Hauptrolle spielte.

Nachstehend lassen wir einige Stellen aus der verlesenen Schweichel'schen Rede folgen:

Um der Gerechtigkeit willen wollen wir gern zugestehen, m. H., daß unsere Gegner nicht schlecht sind, weil sie sich der Lösung der sozialen Frage entgegenstellen. Schlechte, von Haß erfüllte Menschen giebt es ebensowohl unter den Arbeitern, wie unter den Bourgeois und den Konservativen. Wir haben es in dem großen Kampfe der Gegenwart nicht mit einzelnen Personen zu thun. Demselben Zwange des sozialen Gesetzes, unter welchem der Arbeiter seufzt, müssen auch seine Gegner gehorchen, und das Intereffe ist es, welches das Urtheil unserer Gegner fälscht, welches die Kapitalpartei irre leitet. Aber trifft nicht derselbe Vorwurf auch die Arbeiterklasse? Wird nicht auch ihr Urtheil durch das Intereffe und die Leidenschaft des entbrannten Kampfes getrübt? Gewiß, m. H.; aber es giebt ein Kriterium, einen Maßstab, welcher unverrückbar über die entfesselten Leidenschaften hinausragt, und dieser Maßstab, an welchem die Fehlurtheile korrigirt werden, ist die Wissenschaft. An diesen Maßstab gehalten, sind die Forderungen der Internationalen Arbeiterassoziation keine Fehlurtheile. Die geschichtliche Erfahrung wie die Volks-

wirthschaft, welche letztere durch Karl Marx hoch über die ökonomische Wissenschaft der Kapitalpartei hinausgehoben worden ist, sie stehen auf unserer Seite. Die Wissenschaft ist es, m. H., welche alle Einwendungen der Bourgeoisie gegen die Forderungen der Arbeiterklasse in ihr Nichts zurückweist.

Es ist eine hohle Phrase, eine leere Redensart, wenn die Bourgeoisie der Arbeiterpartei „die Heiligkeit der individuellen Freiheit" entgegenhält. Wohl ist die individuelle Freiheit heilig, aber wo ist sie? Freiheit setzt gleiches Recht voraus; doch vergebens suchen wir im Staate nach der Gleichstellung der Arbeiter gegenüber den herrschenden Klassen. Das größere Maß der Rechte, das größere Maß der Freiheit gehört der Bourgeoisie und Aristokratie, und diese Ungleichheit stempelt die individuelle Freiheit, welche die herrschenden Klassen im Munde führen, zur Willkür. Diese individuelle Freiheit der Bourgeoisie heißt Unantastbarkeit der Kapitalherrschaft! Und ebenso nichtig ist die Warnung an unsere Partei, nicht zu rütteln an den bestehenden sozialen Verhältnissen; denn die Folge davon würde unausbleiblich eine Verschlimmerung der Lage der Arbeiter selbst sein. Wahrlich, m. H., ich wüßte nicht, was sich in deren Lage noch verschlimmern könnte. Mehr als hungern kann der Arbeiter nicht, und das thut er schon. Sie kennen ja das unerbittliche Lohngesetz; gleich der Nadel des Kompasses weist es mit einer kleinen Schwankung nach der einen oder andern Seite stets auf den Nordpol des Hungers.

Aber vielleicht beruht die Klage der Bourgeoisie, daß die Beschränkung der Kapitalherrschaft den Untergang der Industrie nach sich ziehen, den Nationalreichthum zerstören müßte, auf auf einem besseren Grunde? Nun, m. H., in England ist nach langen Kämpfen die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden gesetzlich herabgemindert worden und die Industrie ist nicht zu Grunde gegangen, ebenso wenig, wie es ihr den Untergang bereiten wird, wenn auch bei uns in Europa die jüngste Errungenschaft der nordamerikanischen Arbeiter eine Thatsache, und wie dort, so auch bei uns die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt sein wird.

Nicht um eine Zerstörung des Nationalreichthums handelt es sich, sondern um eine gerechte Vertheilung des Arbeitsertrags. Das ist das soziale Problem, welches zu lösen ist, oder mit anderen Worten: an die Stelle der Armuth, Ohnmacht und Unwissenheit, welche das Loos der Arbeiterklasse sind, sollen Wohlstand, Bildung und Freiheit treten.

Das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation giebt die Mittel an, welche zu diesem Ziele führen: zunächst Herabsetzung der Arbeitszeit und Genossenschaften oder Kooperation.

Wie vortrefflich die Strikes oder Arbeitseinstellungen auch sein mögen, um die Arbeitszeit herunterzusetzen, so bedarf es wohl dafür keines Beweises, daß sie zu ihrem Gelingen, abgesehen von den unentbehrlichen Geldmitteln zur Unterhaltung der Feiernden, die unbeschränkteste Koalitionsfreiheit erfordern. Aber diese Freiheit ist in Deutschland nicht vorhanden; sie muß also erobert werden. Ferner wird die Kooperation, wie vortrefflich im Prinzip, wie nützlich in der Praxis, niemals im Stande sein, die Massen zu befreien und die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt. Die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern, das vermag die Kooperation nur zu leisten, wenn sie in großem Maßstabe durchgeführt wird, wenn sie nationale Dimensionen annimmt. Die bis jetzt thätige Selbsthilfe muß zu diesem Zweck zur Staatshilfe werden. Aber, m. H., unter Staatshilfe sind nicht jene Almosen zu verstehen, durch welche Graf Bismarck und seine feudalen Sozialisten die Arbeiter an sich zu locken suchen. Nur der freie Staat, nur der demokratische Staat vermag zu helfen, denn sein Zweck ist die freie Arbeit gleichberechtigter Staatsbürger. Eben diese Konservativen sind es ja, welche im Verbande mit der Kapitalpartei Front gegen die Arbeiterklasse machen. Sie haben die Macht, und diese Macht muß ihnen entrissen werden, wenn die Fesseln fallen sollen, welche die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Aufhebung des Kapitalmonopols, nach Ausbreitung der Kooperation einschnüren. Der Arbeiter muß eine Stimme dort haben, wo bis jetzt über ihn wie über eine Sache entschieden wird, deren Nutzen für die herrschenden Parteien allein in Frage kommt. Er muß politische Macht sich erringen.

Die Gelegenheit ist für die Arbeiterklasse so günstig wie nie, um politische Macht zu erlangen. Bourgeoisie und Demokratie, Nationalliberale und Konservative bekämpfen einander um die Alleinherrschaft im Staat, und da keine der beiden Parteien stark genug ist, um den Sieg an sich zu reißen, so buhlen beide um die Arbeiter. O, was verspricht man ihnen nicht alles, wie schmeichelt man ihnen nicht! Aber nur wenn die Arbeiter eine festgeschlossene, ihres Ziels bewußte Partei bilden, können sie mit dem Gegner unterhandeln, ohne Furcht, hinterher betrogen zu werden; nur so ihn schließlich zwingen, daß er die eingegangenen Verpflichtungen erfülle. Bei der jetzigen Zerrissenheit und Unklarheit unter den Arbeitern wird man nach dem Siege alle Zugeständnisse zurücknehmen, den Arbeiter mit Hohn hinwegweisen oder, im besten Fall, zwischen die Ketten und seine wundgedrückten Glieder die Watte der Almosen schieben, der Suppenanstalten, Hospitäler, Armenhäuser, Krankenkassen und Debattirvereine. Ein Erfolg ist

nur von der Einigkeit zu hoffen, wenn der deutsche Arbeiter mit den Arbeitern aller Länder, mit denen er die Leiden gemeinsam hat, fest zusammensteht.

Schließlich sei noch die aus dem Kongreßprotokoll verlesene Resolution, durch welche die Majorität des 89 Vereine vertretenden Kongresses ihren Uebertritt zur Sozialdemokratie erklärte, hier mitgetheilt:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte Deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation:

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;

daß die Emanzipation der Arbeiter weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft giebt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt;

beschließt der fünfte Deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 12. März.

Als Belastungszeugen sind seitens der Staatsanwaltschaft vorgeladen die Herren Kriminalkommissar Weller aus Dresden (früher in Leipzig), Polizeikommissar Kneschke aus Leipzig, Obergensdarm Tröger aus Plauen, Professor Jessing und Oberlehrer Dr. Hoffmann aus Plauen (die beiden Erstgenannten, um Zeugniß abzulegen über die Art und Weise der von den Angeklagten abgehaltenen öffentlichen Versammlungen, die drei Letztgenannten als Zeugen in Sachen zweier in Plauen gehaltenen Reden Bebel's. Auf das Zeugniß der Polizeikommissare wollte der Staatsanwalt bereits 8 Tage vor dem Beginn des Prozesses verzichten, allein da die Zurückziehung eines in der Beweismittelliste bereits verzeichneten Arguments [eines Beweismittels oder Zeugen] gesetzlich nur dann stattfinden kann, wenn die Gegenpartei ihre Einwilligung dazu giebt, so mußten in diesem Falle die Angeklagten, denen die Beweismittelliste bereits eingehändigt war, erst gefragt werden, ob sie jenen Verzicht der Staatsanwaltschaft auf das Belastungszeugniß der Polizeikommissare genehmigten. Die Angeklagten lebten aber der Ueberzeugung, daß die angeblichen Belastungszeugen in Wirklichkeit entlastend aussagen müßten, und bestanden deshalb auf Vernehmung derselben).

Der Präsident eröffnet diesen Zeugen, daß sich heute noch nicht bestimmen lasse, wann zu ihrer Vernehmung zu schreiten sei. Indem er sie heute wieder entläßt, fordert er sie auf, zweimal täglich in ihrer Wohnung genaue Angabe über ihren Aufenthalt zu hinterlassen, und verbietet ihnen, gemäß der Strafprozeßordnung, bei 150 Thaler Strafe, vor ihrer Vernehmung den Verhandlungen beizuwohnen.

Präsident: Auf den gestern an mich gelangten Antrag der Vertheidigung bringe ich die Requisition des hiesigen Königl. Bezirksgerichts an die Polizeidirektion in Gießen zur Verlesung. (Die Verlesung erfolgt. Es geht aus diesem Schreiben hervor, daß die Leipziger Behörde in einer früheren Untersuchung wider Liebknecht nur nach den rein persönlichen Verhältnissen des Angeklagten Liebknecht [seinen etwaigen Vorbestrafungen und Vermögensverhältnissen] gefragt hat.

Auf diese Requisition hin ist das Aktenstück, welches gestern zur Verlesung kam, als Antwort erfolgt.)

Präsident: Wir haben nun mit der gestern abgebrochenen Vorlesung des Protokolls über den Nürnberger Arbeitertag im Jahre 1868 fortzufahren.

Vertheidiger Freytag (Plauen): Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Staatsanwalt, ob er ein wesentliches Interesse daran hat, daß mit der Vorlesung aus dem Nürnberger Kongreßprotokoll, womit gestern der historische Ueberblick der Arbeiterbewegung begonnen wurde, fortgefahren werde.

Der Staatsanwalt erklärt sich nur mit theilweiser Weglassung einverstanden; in Folge dessen besteht der Vertheidiger auf der ganzen Vorlesung, und hierauf sieht sich der Staatsanwalt veranlaßt, von seinem vorigen Begehren abzustehen.

Es wird hierauf den Angeklagten Gelegenheit gegeben, sich über das gestern aus dem Protokoll des Nürnberger fünften Vereinstags Verlesene auszusprechen.

Liebknecht erklärt: Ich würde, wenn die vorgetragenen Reden nicht als Belastungsmaterial wären angezogen worden, dieselben als Entlastungsmaterial vorgeschlagen haben.

Ebenso hält Bebel das Nürnberger Protokoll auch für entlastend und

Hepner erklärt, daß er zur Zeit jenes Vereinstages noch nicht in der Bewegung gestanden habe.

Es gelangt nun der Bericht über den 6. Vereinstag des Verbandes deutscher Arbeitervereine zu Eisenach vom 10. August 1869 (Nr. 34 des „Demokratischen Wochenblatts") zur Verlesung. Dieser Vereinstag wurde nach Schluß des Kongresses, auf welchem sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei konstituirte (7.—9. August), abgehalten und dauerte nur wenige Stunden. Die Delegirten beschlossen die Auflösung des Verbandes (nach sechsjährigem Bestehen) unter Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei und unter Ueberweisung der vorhandenen Kassenbestände an die letztere.

Die Angeklagten hatten hierzu nichts zu bemerken.

Hierauf gelangt zur Verlesung der von Liebknecht und Bebel unterzeichnete Aufruf vom 23. Juni 1869 „An die Parteigenossen" (Nr. 26 des „Demokratischen Wochenblattes"), gerichtet gegen Herrn v. Schweitzer und schließend mit dem vom

Präsidenten als „sehr wichtig“ bezeichneten Ausruf: „Hoch die Sozialdemokratie! Hoch die Internationale Arbeiter-Assoziation!“ Der Aufruf lautete:

Parteigenossen!

Ihr wißt, wie wir nach der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Barmen-Elberfeld in Nr. 14 des „Demokratischen Wochenblatts“ erklärten, keine Angriffe weiter gegen Herrn v. Schweitzer zu bringen. Wir haben unser Wort ehrlich gehalten, und die mit Herrn v. Schweitzer einige Wochen später getroffene Uebereinkunft (siehe Nr. 17 d. Bl.) streng erfüllt. Nicht so der Gegner, wie u. A. die auf Herrn v. Schweitzer direkt zurückzuführenden Vorgänge in mehreren Leipziger Versammlungen beweisen. Unser Auftreten in Thüringen und die Billigung, welche es seitens der dortigen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fand, hat Herrn v. Schweitzer nicht behagt, er beging die Lächerlichkeit, uns verbieten zu wollen, ohne seine Einwilligung und Genehmigung mit Mitgliedern seines Vereins zu verkehren. Wir haben eine solche Zumuthung einfach zurückgewiesen. Das giebt Herrn v. Schweitzer Veranlassung, im „Sozialdemokrat“ vom 23. Juni zu erklären, daß er unser Benehmen als „Vertragsbruch“ ansehe und sich an die stattgehabten Abmachungen nicht mehr gebunden halte.

Wir nehmen den uns hingeworfenen Fehdehandschuh freudig auf. Die Komödie, welche Herr v. Schweitzer und Herr Mende als Präsidenten der beiden Fraktionen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im vollen Einverständniß mit der Frau Gräfin Hatzfeldt und ihren höheren Protektoren jetzt aufführen, hatte, wie uns vom ersten Augenblick klar war und uns von befreundeter und genau unterrichteter Seite bestätigend mitgetheilt wurde, keinen anderen Zweck, als die beiden Herren über den Kopf zu wachsen drohende Opposition in den eigenen Vereinen gemeinsam niederzuhalten und zugleich den Kampf mit uns nachdrücklicher führen zu können.

Die „Lassalleaner“, wie die zwei „Führer“ gut orthodox und undemokratisch ihre vereinigten Fraktionen nennen, sollen gegen uns, die ehrliche Sozialdemokratie, *gehetzt* werden. Die Posse in der Pantheonsversammlung in Leipzig, wo „Präsident“ Mende selbst das Wort führte, hat das bewiesen.

Wohlan, wir treten mit aller Kraft und Zuversicht in den Kampf ein und werden ihn führen Hand in Hand mit den prinzipientreuen klarblickenden Elementen im früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Es wird sich zeigen, ob die Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite, oder die Ehrlichkeit und die Reinheit der Absichten auf unserer Seite den Sieg davon trägt.

Unsere Losung sei: Nieder mit der Sektirerei! Nieder mit dem Personenkultus! Nieder mit den Jesuiten, die unser Prinzip in Worten anerkennen, in Handlungen verrathen! Hoch lebe die Sozialdemokratie, hoch die Internationale Arbeiter-Assoziation!

Leipzig, den 23. Juni 1869.

Liebknecht. Bebel.

Präsident: Sie geben also zu, daß Ihre Partei, namentlich Sie selbst der Internationalen, dieser gefährlichen Gesellschaft beigetreten sind?

Liebknecht: Ich persönlich war und bin Mitglied der Internationalen; die Partei war nur in dem schon betonten Sinne beigetreten. Wesen und Ziele der Internationalen Arbeiter-Assoziation werden wir des Näheren zu erörtern später Gelegenheit haben. Bei Erlaß des soeben verlesenen Aufrufs galt es, die deutsche Arbeiterbewegung zu befreien von dem Einflusse des Herrn v. Schweitzer, der im Geheimen mit der preußischen Reaktion im Bunde stand. Schweitzer gegenüber erachteten wir damals schon aus taktischen Gründen für nöthig, uns in dieser Weise für die Internationale zu erklären, da dieselbe nicht lange vorher von Schweitzer selbst seinen Anhängern als die oberste, sozusagen die Muster-Organisation des Proletariats empfohlen worden war, und da uns viel darauf ankam, den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, denen Schweitzer uns hartnäckig als „Bourgeois-Demokraten" denunzirte, unseren Standpunkt klar zu machen.

Ich werde später bei Entwerfung eines Gesammtbildes unserer Thätigkeit hierauf zurückkommen, da der Aufruf nur eine kleine Episode unseres Kampfes gegen die falsche Sozialdemokratie ist, welche die Arbeiterbewegung für feudale Zwecke ausnutzen wollte.

Bebel: Infolge unserer langjährigen Opposition gegen Schweitzer hatte dieser durch die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich gezwungen gesehen, uns in der eigenen Generalversammlung des Vereins zu Barmen-Elberfeld, Ende März 1869, die Anklage gegen ihn begründen zu lassen; er hat sich damals nicht zu rechtfertigen vermocht und ist unserem Auftreten durch eine Tagesordnung, die er erzwungen, aus dem Wege gegangen. Trotzdem war auf dieser Versammlung eine Vereinbarung erzielt worden, die dahin ging, sich in den Parteiblättern gegenseitig nicht mehr anzugreifen.

Schweitzer hat aber diese Uebereinkunft zuerst verletzt und nun wurde der Kampf gegen ihn durch jenen Aufruf wieder aufgenommen. —

Es wird nun verlesen ein von Bremer, Bracke und Spier 2c. (als früheren Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins) unterzeichneter Aufruf an die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom 22. Juni 1869 (Nr. 26 des „Demokratischen Wochenblatts"), in welchem der Schweitzer'sche Versuch, die Mende'sche Fraktion mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, auf Grund der Urabstimmung des „souveränen Volkes", zu verschmelzen, kritisirt wird, und die Einigung der gesammten sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Anrathen zur Eile und mit den Worten:

„Angesichts der immer mächtiger sich ausbreitenden Wogen der Bewegung, angesichts der Vorzeichen, welche in allen Kulturstaaten der Welt auf eine baldige mächtige Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse hindeuten, ist ein Verschleppen dieser Vereinigung Verrath."

empfohlen und zum Austritte aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und zur Einberufung eines allgemeinen Kongresses der wirklich sozialdemokratischen Arbeiter, damit ein Anschluß an die internationale Bewegung ermöglicht werde, aufgefordert wird. Weiterhin kommen auch die Worte vor: „Wagt einmal im Interesse unserer Prinzipien, im Interesse der Demokratie und des Sozialismus eine kühne That". Nach der Verlesung hebt der Präsident hervor, daß Bracke und Spier, die den Aufruf mitunterzeichneten, Mitglieder des Ausschusses gewesen seien.

Liebknecht: Der Aufruf war dazu bestimmt, den Eisenacher Kongreß vorzubereiten. Der Ausdruck „souveränes Volk" wurde in ironischem Sinn gegen Schweitzer gewählt, weil sich dieser desselben kurz vorher, als ihm seine Gegner in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein über den Kopf gewachsen waren, bei Inszenirung eines Plebiszits nach Napoleonischem Muster bedient hatte. Die Worte: „Angesichts der Ereignisse 2c." bedeuten, daß man Ereignisse erwartete, nicht aber, wie die Anklage meint, daß man Ereignisse resp. Hochverrath vorbereitete oder vorbereiten wollte. Der Aufruf ist im Sommer 1869 erschienen, als die spanische Revolution noch im Fluß war, und zu einer Zeit,

wo jeder einigermaßen denkfähige Menſch einen Krieg zwiſchen Preußen und Frankreich vorausſah. In Erwartung dieſes Konflikts zwiſchen den beiden Hauptkulturvölkern des Kontinents war es doppelt nothwendig, die deutſchen Arbeiter zu einigen. War einmal die Kriegsfurie entfeſſelt, ſo war es zu ſpät. Die Einigung erſtrebten wir aber aus zwei Gründen. Einmal, um den Zwiſtigkeiten ein Ziel zu ſetzen, durch welche die deutſche Arbeiterbewegung, zur Freude ihrer Gegner, bis dahin verunziert worden war. Von den ſyſtematiſchen Verhetzungen durch Herrn v. Schweitzer werden wir ſpäter zu reden haben. Genug: dieſe im Sold des Preußiſchen Junkerthums und der Preußiſchen Regierung ſtehende Perſönlichkeit hatte die Miſſion, die deutſchen Arbeiter durch pſeudoſozialiſtiſche Phraſen der Reaktion dienſtbar zu machen, die Bildung einer ſtarken ſozialdemokratiſchen Partei zu hindern und die Arbeiter zu brutalen Exzeſſen hinzureißen, welche den doppelten Zweck hatten, die Arbeiterbewegung moraliſch zu diskreditiren und das geängſtigte Bürgerthum der Bismarckſchen Politik in die Arme zu treiben. Die Bekämpfung eines Mannes wie Schweitzer, der an die roheſten Inſtinkte appellirte und auf Koſten des Verſtandes die blinde Leidenſchaft in den Arbeitern wach zu rufen ſuchte, die Bekämpfung eines ſolchen Menſchen war — ich finde augenblicklich keinen andern Ausdruck — eine ſittliche Pflicht. Daß unſere Partei es ernſt nahm mit der Erfüllung dieſer Pflicht, wird am beſten dadurch bewieſen, daß von unſeren Mitgliedern, trotz vielfacher Provokationen, nie ein gemeiner Exzeß begangen worden iſt. — Doch abgeſehen von dieſen vorübergehenden Umſtänden, erſtrebten wir die Einigung der Arbeiter, weil nur geeinigt die Arbeiter eine Macht ſind. Und es giebt doch kein Geſetz, das den Arbeitern verbietet, eine mächtige politiſche Partei zu bilden. Alle anderen Klaſſen ſind als politiſche Parteien organiſirt; und wenn die Arbeiter ſich nicht von anderen Klaſſen nasführen und mißbrauchen laſſen wollen, müſſen ſie ebenfalls eine ſelbſtändige politiſche Partei bilden. Dazu haben ſie das Recht und die Pflicht. Was den Bourgeois und Junkern recht iſt, iſt den Arbeitern billig.

Die „kühne That“, von der im Aufruf die Rede, iſt keine Straßenrevolution, ſondern, wie der Wortlaut ergiebt, die Einigung der Arbeiter — ein durchaus geſetzliches Streben, wenn auch vielleicht nicht nach dem Geſchmack der Gegner der Arbeiter.

Präsident: Was haben Sie zu bemerken, Herr Bebel?

Bebel: Der Herr Präsident hat hervorgehoben, daß Spier und Bracke, die Mitglieder des Ausschusses gewesen seien, den fraglichen Aufruf mit unterzeichnet hätten. Ich muß bemerken, daß damals der Ausschuß noch nicht bestanden hat. Ich habe übrigens in diesem Aufrufe nichts Verfängliches finden können. Die Unterzeichner waren hervorragende Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und mußten nach den Vorgängen in Barmen-Elberfeld in dieser Weise vorgehen, um Herrn v. Schweitzer möglichst viele Mitglieder zu entreißen. In Bezug auf den Ausdruck „Angesichts ꝛc." trete ich dem von Liebknecht Gesagten bei; Arbeiter haben das Recht, gemeinsam sich über vorkommende Ereignisse zu verständigen, namentlich wenn ihre Interessen durch dieselben aufs Tiefste berührt werden; sie müssen sich fragen: auf welche Seite wirst du dich in diesem oder jenem Falle stellen?

In der Vereinigung der Arbeiter gegenüber Denen, die sie bisher ausgebeutet und wider einander geführt hatten, um sie sich gegenseitig zerfleischen zu lassen, ist jedenfalls nichts Unrechtes. Von Hochverrath finde ich jedenfalls in diesem Aufrufe keine Spur. Die Sprache des Aufrufes, die vielleicht befremden könnte, ist diejenige, welche die Schweitzerianer, an die der Aufruf ja gerichtet war, gewohnt waren.

Der Präsident bemerkt, daß er sich allerdings unrichtig ausgedrückt habe; er hätte sagen müssen, Spier und Bracke seien später Mitglieder des Ausschusses gewesen.

Liebknecht: Das Aktenstück ist hauptsächlich von preußischen Mitgliedern unterzeichnet, es hat davon in Preußen ein Separatabdruck öffentlich zirkulirt, die preußische Staatsanwaltschaft und Polizei, die doch so scharfe Augen besitzt, hat keine Verfolgung wegen dieses Schriftstückes gegen die Unterzeichner eintreten lassen, ebenso wenig die hiesige Staatsanwaltschaft gegen den „Volksstaat". Was letztere betrifft, so werden wir noch öfters dem eigenthümlichen Umstand begegnen, daß sie erst nach der Lötzener Kettenaffaire einen hochverrätherischen Charakter in Aktenstücken entdeckt hat, die ihr vorher völlig harmlos erschienen sind, wenigstens nicht so „gefährlich", um eine strafrechtliche Verfolgung zu verdienen.

Hepner: Mit dem Aufruf war gemeint, man müsse sich bestreben, bis zum Eintritt jener großen Ereignisse die öffentliche Meinung für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen,

und ich glaube, Jedermann ist berechtigt, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.

Advokat Freytag will konstatirt wissen, daß die Angeklagten bei diesem Aufrufe nicht mit unterzeichnet seien.

Der Präsident thut dies.

Es folgt nun die Verlesung der Einladung an die deutschen Sozialdemokraten, unterzeichnet von einer großen Anzahl Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der deutschen Abtheilung der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Genf (Joh. Ph. Becker), dem Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in Genf, dem deutschrepublikanischen Verein und dem deutschen Arbeiterverein in Zürich (Dr. Ladendorf ꝛc.), von Arbeitern Oesterreichs, von Mitgliedern des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, darunter Bebel als Vorsitzender des Vororts Leipzig und Liebknecht als Redakteur des Vereinsorgans „Demokratisches Wochenblatt" (in Nr. 29 des letzteren abgedruckt). In der Einladung heißt es:

„In der jüngsten Zeit haben sich im Schooße unserer Partei Ereignisse vollzogen, die jeden ehrlichen Sozialdemokraten mit Freude erfüllen müssen. Der Bann, welcher bisher auf der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung lastete, ist gebrochen; die Selbstsucht Einzelner, welche sich wie ein spaltender Keil in das Mark, in das Herz unserer Partei geschoben, ist entlarvt und niedergeschmettert, und es gilt nun, rasch zu handeln, damit die Früchte des Sieges uns nicht wieder entrissen werden, und damit aus der heilsamen Revolution, welche sich soeben vollzogen hat, die Prinzipienreinheit und die einheitliche Organisation hervorgehen mögen, ohne die unsere Partei den ihr gebührenden Einfluß nicht ausüben, die ihr innewohnende Kraft nicht entfalten kann. Lange, leider zu lange war es dem Egoismus und der Bosheit Einzelner möglich, die Partei in sich zu verfeinden. Doch eine neue Zeit ist angebrochen; mit ehernem Finger weist sie uns auf die Nothwendigkeit hin, die Partei der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands in sich zu einigen und dieselbe in die richtige, einzig zum Siege führende Bahn der auf internationaler Grundlage beruhenden großen Arbeiterbewegung hinüber zu leiten.

Wer, der ein aufrichtig denkender Sozialdemokrat ist, sollte sich dieser Nothwendigkeit verschließen können? Wer sollte die unberechenbaren Vortheile für unsere Partei nicht ahnen, die sich aus einer derartigen Einigung auf Grund einer gemeinsamen

Organisation, eines gemeinsamen Auftretens in der politisch-sozialen Welt ergeben? Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die große, die überwältigende Mehrheit unserer Parteigenossen der besseren Erkenntniß huldigt, daß sie gern und freudig die Hand zu dem stolzen Werke bietet, das endlich unsere Partei zur großartigen und wirksamen Machtentfaltung befähigt!"

Auf Grund dieser Ansprache wird von den Unterzeichnern ein allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß auf den 7. August 1869 und folgende Tage nach Eisenach einberufen und auf die Tagesordnung gesetzt:

1. Organisation der Partei,
2. das Parteiprogramm,
3. das Verhältniß zur Internationalen Arbeiter-Assoziation,
4. das Parteiorgan (Blatt),
5. die Vereinigung der Gewerkschaften (Gewerksgenossenschaften).

Der Präsident legt namentlich Gewicht auf die in diesem Aufruf angestrebte Erzielung der Einigung sämmtlicher Arbeiter, welche die Möglichkeit zu großartiger Machtentfaltung derselben gewähren sollte; ferner betont er das Verhältniß zur Internationalen.

Der Staatsanwalt läßt ausdrücklich konstatiren, daß unter diesem Aufrufe auch die Namen des Sekretariats der deutschen Sektion der Internationalen in Genf, ferner des Dr. Ladendorf in Zürich, des in Oesterreich bestraften Oberwinder und Genossen stehen, und daß auf Grund dieser Aufrufe der Eisenacher Kongreß zusammengetreten und geleitet worden ist unter Vorsitz Bebel's und wesentlicher Mitwirkung Liebknecht's.

Liebknecht: Wenn ich es überhaupt der Mühe werth gehalten hätte, entlastende Aktenstücke beizubringen, so würde ich u. A. auch diesen Aufruf als ein solches bezeichnen, da das Wort „heilsame Revolution" hier handgreiflich in einem Sinne gebraucht ist, der sich den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs entzieht, nämlich um die Beseitigung der Diktatur Schweitzer's und die Einigung der Arbeiter zu bezeichnen. Man sieht daraus — und dies gilt für eine Anzahl von später noch zur Verlesung kommenden Aktenstücken —, daß wir das Wort Revolution in einem andern Sinne gebrauchen, als der Herr Staatsanwalt uns unterschiebt. Dem Letzteren

zur Genugthuung will ich hier noch freiwillig konstatiren, daß der mitunterzeichnete Dr. Ladendorf nebst seinen sonstigen schlimmen Eigenschaften auch die hat, Verwalter des entsetzlichen „Revolutionsfonds" zu sein. Noch über andere Unterzeichner könnte ich ähnliche Angaben machen, wenn ich nur einsehen könnte, welchen Bezug das auf diesen Prozeß haben soll.

Der vorliegende Aufruf ist das Resultat des Auflösungsprozesses, der sich damals im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein vollzog.

Es haben alle Jene den Aufruf unterzeichnet, welche keine Ausbeutung der Arbeiterbewegung zu Gunsten der Junkerpartei und des Polizeistaats wollten; und wenn die Ausdrucksweise des Schriftstückes durch das Vorkommen von Worten, wie: „Revolution", „eherner Finger", „spaltender Keil" ꝛc. Manchem haarsträubend erscheinen mag, so läßt sich doch gegen den Inhalt nichts einwenden, da nichts, absolut nichts Anderes von den Arbeitern gefordert wird als einfach Einigkeit! Oder sollten wir gerade zur Forderung der Einigkeit, der Parteiorganisation, nicht berechtigt sein, da es doch alle anderen Parteien sind? Alle andern Parteien im Staate agitiren für ihre Interessen — wie kann man diese Agitation den Arbeitern verwehren? — Ferner — in dem vorgelesenen Aktenstücke war von dem „Hereinbrechen einer neuen Zeit" die Rede, was der Anklage sehr bedenklich vorgekommen ist, — hier zeigt es sich, was damit gemeint war: nichts Anderes, als das allerdings wichtige Ereigniß der thatsächlichen Schaffung einer Arbeiterpartei. Wenn irgendwie hochverrätherische Ziele angestrebt werden sollten, dann müßte wenigstens ein Ausdruck dahin lauten. Statt dessen erstrebten wir einfach Einigung, damit die Arbeiter das politische Recht, welches Adel, Bourgeoisie und Pfaffenthum seit lange ausüben, auch gebrauchen lernen; damit die Arbeiter nicht mehr den Schweif der andern Parteien bilden, vielmehr auf eigene Rechnung Politik treiben und sich so organisiren, wie das seitens ihrer Gegner schon längst geschehen ist. Daß sie das Recht dazu haben, wird die Anklage wohl nicht bestreiten.

Betreffs des Passus „kommende Ereignisse" und der „neuen Zeit" will ich noch bemerken, daß für unsere Bestrebungen dann schon eine neue Zeit herangebrochen ist, wenn

die Arbeiter die Ueberzeugung gewinnen, daß sie Menschen, Staatsbürger sind, die ebenso wie die Bevorzugten auf eigene Rechnung Politik treiben können.

Bebel: Es ist als belastend betrachtet worden, daß wir ein besonderes Programm für den Kongreß angestrebt haben; dies ist aber ganz natürlich, da verschiedene Fraktionen den Kongreß einberufen hatten; eine Vereinigung vorher getrennter Massen konnte nur auf Grund eines gemeinsamen Programms geschehen. Die Frage geht nun dahin, ob das Programm etwas Staatsgefährliches enthält. Das ist aber nicht der Fall, und will ich schon hier bemerken (später werde ich das noch viel energischer hervorzuheben haben), daß das Programm Jahre lang in der Oeffentlichkeit verbreitet und straflos gelassen ist. Erst jetzt findet man eine Gefahr darin. Die Empfehlung des Anschlusses an die Internationale ist selbstverständlich, da die Vorsitzenden der deutschen Sektion der Internationalen (Joh. Phil. Becker u. s. w.) unter den Einberufern sich befinden, und da die eine Fraktion, der Verband der deutschen Arbeitervereine, bereits auf dem Nürnberger Vereinstage thatsächlich Stellung zur Internationalen genommen hatte. Prinzipielles Einverständniß mit den Tendenzen der Internationalen kann aber nicht als „hochverrätherisch" betrachtet werden.

Hepner: Da das Wort „Revolution" noch oft vorkommen wird und von der Anklage immer in dem uns ungünstigen Sinne gedeutet wird, so bitte ich — um ein für allemal festzustellen, in welchem Sinne das Wort „Revolution" von uns gebraucht wurde — in das Protokoll zu setzen, daß die „heilsame Revolution", von der in dem Aufrufe gesagt ist, daß sie „sich soeben vollzogen hat", eine ganz friedliche unter uns selbst war. Gemeint ist mit jener „Revolution" nämlich die Lossagung so vieler Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Herrn v. Schweitzer. So harmlos wie hier ist das Wort „Revolution" auch anderwärts von uns gebraucht.

Präsident: Die von Ihnen zitirte Stelle ins Protokoll setzen lassen, das kann ich nicht. Ueberlassen Sie diese Ausführung doch Ihrem Herrn Vertheidiger!

Vertheidiger Freytag I. ersucht Hepner, von seinem Verlangen abzustehen, wozu sich dieser schließlich bereit erklärt.

(Es tritt eine Pause von einigen Minuten ein.)

Präsident: Wir kommen nun im weiteren Verfolg der Geschichte der Arbeiterbewegung zu dem in Eisenach am 7., 8. und 9. August zur Konstituirung der Partei führenden Kongreß, von welchem uns zwei Aktenstücke vorliegen: 1) Das dort festgestellte Programm und die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 2) Das Protokoll des genannten Kongresses. —

(Man kommt überein, erst zur Kenntnißnahme des Protokolls zu schreiten, nicht des ganzen Protokolls, sondern nur einzelner Theile, namentlich der Reden der Angeklagten. Die Staatsanwaltschaft und die Vertheidigung sind damit einverstanden, daß es der Diskretion des Präsidenten überlassen bleiben möge, die betreffenden Stellen auszuwählen, und fügen nur den Vorbehalt hinzu, daß es ihnen gestattet sei, eventuell noch die Vorlesung weiterer Stellen zu beantragen.)

Es werden nun aus dem Eisenacher Kongreßprotokoll die Seiten 14—19 (Rede Bebel's), die Rede Spier's S. 25, Mühlwasser's und Scheu's S. 26 und 27, die Seiten 28—35, die Rede Bebel's S. 38 flg., Bracke's S. 40—42, Liebknecht's und Bebel's S. 43 flg., 47, 52 flg. und 54, und Bebel's S. 73, sowie das Schlußwort des Vorsitzenden Geib S. 75 flg. vorgelesen.

Während der Verlesung radikaler Phrasen Mühlwasser's ergreift das Wort der

Vertheidiger Freytag II.: Wenn der Herr Staatsanwalt etwa nochmals Reden und sonstige Aeußerungen dritter Personen, welche er sich vielleicht roth angestrichen hat, hier zur Verlesung bringen lassen sollte, so werde ich genöthigt sein, jedesmal das ganze betreffende Dokument, aus welchem diese Stelle entnommen ist, zur Verlesung bringen zu lassen.

Staatsanwalt: Daran werde ich den Herrn Vertheidiger nicht hindern können.

Gegen 11 Uhr 55 Minuten wird die Sitzung bis $12^{3}/_{4}$ Uhr vertagt. Nach Wiedereröffnung derselben wird dem Wunsche eines Geschwornen, ein Exemplar des Eisenacher Kongreß-Protokolls der Geschwornenbank zu überweisen, entsprochen. Nachdem noch einige Stellen aus demselben zur Verlesung*) gekommen waren, wird auf Antrag des Vertheidigers

*) „Die Vorlesung nimmt abermals eine Stunde weg" (bemerkt hierbei Hans Blum, als Referent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung"). „Die Vorlesungen dauern überhaupt länger als die Verhöre 2c. Es ist das eine Maßregel, die wesentlich auf An-

Freytag II. von dem Präsidenten konstatirt, daß nach dem Titelblatte das gedruckte Protokoll bereits im Jahre 1869 in Leipzig erschienen und von der Redaktionskommission des Kongresses, Dr. Walster, Liebknecht, Bebel und E. Werner, bearbeitet worden ist.

Es erfolgt nun die Verlesung des in Eisenach angenommenen Programms nebst Organisation. —

Nachstehend lassen wir die wichtigsten der aus dem Eisenacher Protokoll verlesenen Stellen und dann auch das Programm folgen:

Seite 19 aus der Rede Bebel's:

Nun das Verhältniß der Partei zur Internationalen Arbeiter-Assoziation ꝛc. Wir können, wie die Vereinsgesetze in Deutschland beschaffen sind, uns der Internationalen nur in der Weise anschließen, wie es hier in der Vorlage gesagt ist: daß wir dieselbe in allen Punkten unterstützen werden, moralisch und materiell. Aber wir können es nicht in vollem uneingeschränktem Sinne, das würde uns als einen Zweigverein der Internationalen erscheinen lassen. Ich habe einen Brief vom Generalrath in der Tasche, woraus hervorgeht, daß die Arbeiter in Frankreich es so gemacht haben, daß jede einzelne Person ihre Mitgliedskarte als direktes Mitglied vom Generalrathe der Internationalen Arbeiter-Assoziation entnahm. Die Arbeiter erklären öffentlich: das Gesetz verbiete ihnen zwar, sich als Zweig der Internationalen zu versammeln und zu betrachten, aber das Gesetz verbiete ihnen nicht, daß Jeder sich direkt an den Generalrath wende und Mitglied werde. — Auch wir werden dafür sorgen müssen, daß jedem einzelnen Mitgliede der Partei Gelegenheit geboten wird, sich eine Karte der Internationalen zu verschaffen, wogegen er den betreffenden Jahresbeitrag zu zahlen hat.

Aus einer Rede Spier's, Seite 25:

Schweitzer benutzte seine Diktatur, um gegen jede Verbindung der Mitglieder mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation und den übrigen Fraktionen der Arbeiterpartei mit allen Mitteln zu arbeiten.

---

trag der Vertheidigung stattfindet (!!!), aber schwerlich im wirklichen Interesse der Angeklagten, denn die Geschwornenbank kann sich bei einiger „Länge" nicht so in Wohlgefallen auflösen wie das Publikum auf den Galerien und im Saale, das ab- und zufluthet, sobald gelesen wird. Und selten ist die menschliche Natur für ein anderes Unglück mit so gutem Gedächtniß versehen, als für eine unverdient ausgestandene Stunde Langeweile."

Der „Student der Menschenrechte" verübelt es also den Vertheidigern, daß sie das Herausreißen einzelner Stellen aus dem Zusammenhange nicht zugeben wollten. Dabei ist er selber Advokat. Wie der Mann sein Fach versteht!

Seite 26 und 27:

Mühlwasser: M. H.! Vorerst will ich im Allgemeinen einen Punkt berühren, den Sie aus Unkenntniß der Verhältnisse Oesterreichs ganz außer Acht gelassen haben. Ich möchte Sie vor Allem ersuchen, meinen Antrag, welcher lautet: „Es möge nicht nur an die Bauern und an die Arbeiter der Feder, sondern, wenn nicht für Deutschland, so doch speziell für Oesterreich, an die Nationalitäten ein Aufruf ergehen", zu unterstützen. Die Nationalitätenfrage hat Oesterreich an den Rand des Abgrundes gebracht, und speziell für uns ist es eine Lebensfrage, die slavische Partei zu gewinnen, da diese sonst einmal der Sozialdemokratie entgegentreten dürfte. Jedenfalls wird sie es thun, wenn nichts von unserer Seite geschieht. Ich stelle also den Antrag, einen Aufruf zu erlassen an die Bauern u. s. w., mittelst dessen man sie zur Betheiligung an unserer Bewegung auffordert.

Wenn Herr Ellner gesagt hat, daß manchmal eine Diktatur nöthig sei, so muß ich dem gegenüber sagen: ich weise die Diktatur zurück, mag sie von einem Verein oder von einem Einzelnen geübt werden. Die Geschichte hat bewiesen, daß kein Mensch je eine Diktatur ausgeübt hat, ohne von der Diktatur zur Tyrannei zu gelangen, und ich stelle den Antrag, daß in dem Satze: „die Partei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats" statt der letztbeiden Worte: „republikanische Staatsform" gesetzt werde. Offenheit und Ehrlichkeit ist das beste; die Oesterreicher schließen sich dem an!

Scheu: Mühlwasser hat gesagt, daß ein Theil der slavischen Partei den Sozialdemokraten gegenüberstehen werde, wenn die Fahne der Sozialdemokratie entfaltet wird. Ich möchte hierzu nur bemerken, daß wir in Wien, wo es mehr Czechen unter den Arbeitern giebt, als in Brünn, bisher kein Mißverhältniß, sondern die größte Einigkeit unter den Arbeitern gehabt haben. Ich muß mich auch gegen die Bezeichnung „republikanisch" aussprechen; die Verhältnisse in Oesterreich sind nicht darnach, um jetzt schon dieses Wort gerathen erscheinen zu lassen.

Mühlwasser: Ich will in aller Freundschaft eine Aufklärung geben. Ich lebe speziell unter einer gemischten Bevölkerung, und wenn uns Scheu sagt, es herrsche Einigkeit unter derselben, so sage ich ja! Aber ich weiß, daß sie über Nacht zusammenbrechen kann, wenn einmal die slavische Opposition anfängt, gegen uns vorzugehen. Ich weiß recht gut, daß es hochverrätherisch wäre, zu sagen, wir streben die Republik an, aber wir streben sie ja nur für die Zukunft an!

Seite 28. (Zum Amendement Nippoldt, die Partei„ sozialrepublikanisch" statt: „sozialdemokratisch" zu nennen):

Spier (Wolfenbüttel): Ich bin gegen das Amendement aus zwei Gründen. Erstens halte ich die Bezeichnung „sozialdemokratisch" für zutreffender und richtiger als „sozialrepublika-

nisch", und zweitens wird es den einzelnen Vereinen viel schwerer werden, sich zu konstituiren, wenn man schreibt: „sozial-republikanisch".

Liebknecht: Ich habe Herrn Löwenstein zu bemerken, daß ich gegen den Ausdruck „Republik" an sich nichts einzuwenden habe. Aber es handelt sich hier nicht um ein theoretisches Glaubensbekenntniß, sondern um eine praktische Organisationsvorlage, und wir, die wir mit den norddeutschen Verhältnissen bekannt sind, sind uns vollständig klar, daß nicht ein einziger Verein die Erlaubniß zur Konstituirung bekäme auf ein Statut hin, in dem die „Republik" als Ziel hingestellt ist. Ich selbst bin Republikaner und ich bin überzeugt, daß in dieser Versammlung nicht einer sich befindet, der nicht Republikaner wäre. Allein es liegt hier eine praktische Frage vor, und da müssen wir mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Damit geben wir unser Prinzip nicht preis — und indem ich für die Organisationsvorlage, wie sie ist, stimme, trete ich meiner innersten, von jedem denkenden Menschen getheilten Ueberzeugung nicht zu nahe, daß der sozialdemokratische Staat nur eine Republik sein kann, daß der Staat der Zukunft die Republik ist.

Seite 38 (Punkt 4 der Organisation: Mitgliederbeiträge):

Referent Bebel: M. H.! Die große Anzahl der zu diesem Punkt 4 gestellten Amendements, wie auch die große Zahl der Redner bezeugen zur Genüge die Wichtigkeit der vorliegenden Frage. Es ist eine Erscheinung, die wir überall sehen, daß da, wo der Geldbeutel ins Spiel kommt, die Gemüther ein bischen mehr erregt werden, als es sonst der Fall ist. Aber auch sonst noch sind sich die Elemente, die hier versammelt sind, in diesem Punkte durch die verschiedenen Organisationen, denen sie früher angehörten, und durch die verschiedene Praxis in denselben in ihrer Anschauung sehr verschieden gegenübergestellt. Die Arbeiter Oesterreichs haben ihre Arbeiterbildungsvereine, und außer diesen eine andere Organisation gar nicht. Sie haben in diesen Vereinen nicht, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, sich blos auf die agitatorische Thätigkeit geworfen, sondern sie sagten sich, daß sie neben dieser agitatorischen Thätigkeit auch ihre bildende Thätigkeit aufrecht erhalten müßten. Diese lokalen Vereine müssen sich verhältnißmäßig weit größere Opfer auferlegen, als es bei einer rein politischen und agitatorischen Organisation der Fall ist. Wenn die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bisher nur $^1/_2$ Groschen pro Woche zahlten, so war das zwar sehr wenig, aber doch kann dieser Verein größere Mittel noch aufwenden und nach Außen hin zehn, zwanzig Mal mehr wirken, als die Organisationen der anderen Vereine. Dies war der Grund, warum bereits im Mai d. J. vom Vorort des Verbandes

der deutschen Arbeitervereine ein ähnlicher Plan gefaßt wurde, wie er heute hier thatsächlich zur Verhandlung vorliegt. Es wird Vielen erinnerlich sein, wie damals durch den Vorort bekannt gemacht wurde, daß für Agitationsmittel mehr gethan werden müsse, da der Beitrag von einem Groschen pro Jahr durchaus unzureichend sei. Der Verband hat 10 000 Mitglieder und dennoch sind die Mittel, die er zusammengebracht hat, gering. Der Verband hat durch Steuern ca. 330 Thaler zusammengebracht, und wenn ich Ihnen sage, daß von diesen 330 Thalern über 90 Thaler für Porto auszugeben waren, so werden Sie begreifen, wie wenig uns für die eigentlichen Agitationszwecke übrig geblieben ist. Hätten wir nicht von anderer Seite — Sie wissen, man sagt: von „Hietzing'scher Seite"*) (Pfui!) — Geld bekommen, hätte nicht Dr. Ladendorf in Zürich uns aus einem Revolutionsfonds, der zu Anfang der fünfziger Jahre von Gottfried Kinkel unter den Emigranten in Amerika gesammelt worden ist, über 900 Thaler zur Verfügung gestellt — nun wissen Sie, woher die „600 Thaler" kommen, von denen der „Sozialdemokrat" spricht! (Stürmische Unterbrechung. Bravo!) —, so wäre es uns nicht möglich gewesen, zu leisten, was wir geleistet haben. — Es lag in der Natur der Sache, daß wir dies nicht an die große Glocke hingen; aber jetzt, nachdem solche niederträchtige Verläumdungen in die Welt geschleudert worden sind — (Stürmische Unterbrechung. Pfui! Pfui! Allgemeine Entrüstung), — jetzt halte ich es für nothwendig, die Quelle unserer Mittel anzugeben.

Bracke (als Korreferent): Ich möchte Sie noch auf einen außerordentlich wichtigen Punkt aufmerksam machen, meine Herren! Das Wichtigste, worauf es bei der Arbeiterbewegung ankommt, ist die sozialdemokratische Agitation! Meine Herren, Sie haben ein Programm angenommen, das Ziele aufstellt, die nur mit Anspannung aller Kräfte erreicht werden können! Nicht zu erreichen sind sie durch die lokalen Organisationen in den Gauverbänden und Bildungsvereinen, sondern nur durch eine einheitlich geleitete, kräftige, mit aller Macht betriebene Agitation für unsere Prinzipien. Das ist der nervus rerum, das haben wir kennen gelernt im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein! Wodurch war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stark, wodurch hat er seine Bedeutung erlangt?? — Durch die mit aller Macht betriebene politische Agitation!! — Und ich bitte Sie Alle, zu bedenken, daß es in erster Linie darauf ankommt, in die Herzen

*) In Hietzing, einer Vorstadt von Wien, wohnte längere Zeit der 1866 gewaltsam umgestürzte König von Hannover, der nach Schweitzer und der Bismarck'schen Reptilpresse unser Geldlieferant sein sollte. (1894.)

der Arbeiter unsere Gedanken hineinzutragen, denn wenn große Ereignisse eintreten und Alles drunter und drüber geht in der Welt, so ist es nöthig, daß jeder Arbeiter weiß, was vorgeht und worauf es ankommt. Unsere Organisation muß zur Agitation befähigt werden; und wenn alle Bildungsvereine und Gauverbände zu Grunde gehen, so mögen sie getrost zu Grunde gehen, das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, ist so groß, daß es darauf nicht ankommt! Aber wie die Dinge jetzt liegen, können die Gauverbände, die Bildungsvereine nach unserer Vorlage ruhig bestehen, nur dürfen sie kein Hemmschuh sein für die große soziale Agitation. Agitiren können wir aber nur, wenn die Partei finanziell sicher gestellt ist. Es ist ganz unmöglich, etwas zu leisten, wenn nicht das nöthige Geld vorhanden ist! Verkennen Sie die Wichtigkeit dieses Punktes nicht; wollen Sie wirklich mit wahrhafter Liebe wirken und mit ganzer Kraft für die von Ihnen angenommenen Grundsätze eintreten, so müssen Sie vor Allem dafür sorgen, daß die großen Ideen hinausgetragen werden in das Volk, und um dies zu ermöglichen, werden auch die armen Leute im Erzgebirge gewiß steuern, wenn sie unsere Idee begriffen haben. Nur dadurch, daß Sie finanziell die größten Opfer bringen, sich das Aeußerste abzwacken, können Sie zur Verwirklichung unserer Ideen beitragen! Denken Sie sich, ich schmachtete heute in Ketten, die mir lästig sind, die meine Glieder wund scheuern, und ich könnte meine Ketten durch eine große Kraftanstrengung zerreißen, aber nicht, ohne meine Glieder noch wunder zu scheuern — wäre ich nicht ein Narr, wenn ich diese Anstrengung nicht wagen wollte?!! — Und so hier. Es geht nicht mit gemüthlichen Redensarten, wir müssen rückhaltlos eintreten für unsere Sache, wir dürfen keine Opfer scheuen, und wenn sich der Arbeiter das Brot vom Munde entziehen muß! Ich verweise Sie auf die französischen Arbeiter: hätten wir deren bewundernswerthe Opferfreudigkeit, dann würden wir bald dahin kommen, daß keine Macht der Erde uns entgegenstehen könnte. Die finanzielle Frage ist die Grundlage der ganzen Agitation! Nicht mit Redensarten, nicht mit Begeisterung, die wir hier unter uns, unter den wenigen Delegirten, haben und erwecken, ist es gethan, — es gilt, die Masse zu überzeugen! Es gilt zu agitiren. Und keine Agitation ohne Geld! Ich bitte Sie darum, ja diese finanzielle Frage nicht zu unterschätzen, und sich klar zu machen, daß Sie für die Partei steuern müssen, daß Sie noch viel mehr steuern müssen als diesen Silbergroschen, daß Sie auch in Ihren Vereinen und Gauverbänden agitiren, daß Sie Versammlungen abhalten und Flugschriften drucken lassen müssen u. s. w., wenn wir weiter kommen wollen! — Also lassen Sie alle Bedenken fallen und nehmen Sie die Vorlage an!

Seite 43:

Liebknecht: Meine Herren! Ich habe gestern in Bezug auf die gegen Bebel geschleuderte Verläumdung den Antrag gestellt, mit Verachtung über Tölcke zur Tagesordnung überzugehen.*) Wenn ich nun heute über eine infame Verläumdung, die von derselben Seite gegen mich gerichtet worden, nicht einfach mit Verachtung zur Tagesordnung übergehe, so geschieht es, weil diese Verläumdung mir Anlaß giebt, das politische System zu charakterisiren, welches in Preußen herrscht, und eine Persönlichkeit an den Pranger zu stellen, die mindestens ebenso einflußreich ist im „Staat des deutschen Berufes", als Graf Bismarck — ich meine Herrn Stieber, der mit vollstem Recht von sich sagen kann: Preußen bin ich!

Im letzten „Sozialdemokrat" (Nr. 91) steht folgende Notiz:

„* Die „Ehrlichen", welche den Eisenacher Kongreß ausgeschrieben haben, bilden ein nettes Gemisch. Da prangen die Namen Liebknecht und Hugo Hillmann verträglich neben einander. Nun haben aber — siehe die Nummer des „Sozialdemokrat" vom 26. März 1865 — Liebknecht und Genossen dazumal erklärt: „Hillmann sei ein Polizeispion", während von anderer Seite erklärt wurde: „Unter den Akten des Kölnischen Kommunistenprozesses befindet sich ein von Liebknecht geschriebener denunziatorischer Brief!" — Und jetzt vertragen sich die Herren brüderlich! Nette Gesellschaft!"

Ja, meine Herren! es ist eine „nette Gesellschaft", mit der wir es zu thun haben! — Gestern, wie ich höre, kam die Sache auch in dem sogenannten „Kongreß" der Separatisten**) vor; die Mitglieder wurden aufgefordert, Beweise meiner Schuld zu bringen, und da wurde denn von irgend einem Subjekt erzählt, und von anderen Subjekten bestätigt, jener von mir geschriebene „denunziatorische Brief" habe einen Arbeiter Namens „Rösler" auf sechs Jahre ins Gefängniß gebracht.

Diese Schandgeschichte hat eine historische Unterlage und ich werde jetzt kurz den Sachverhalt erzählen.

Es war im Anfang der 50er Jahre, als die Reaktion überall ihre Orgien feierte, Preßfreiheit und Versammlungsrecht überall unterdrückt waren; da bestand in Deutschland, namentlich im Westen, eine geheime Gesellschaft — geheim, da öffentliches Wirken unmöglich war — zur Verbreitung sozialdemokratischer Ideen: der

*) Tölcke hatte sich von Schweitzer verleiten lassen, Bebel des Bezuges Welfischer Gelder zu beschuldigen — eine Beschuldigung, von deren Nichtswürdigkeit er sich später überzeugt hat. (1894.)

**) Der Gegen-Kongreß ist gemeint, den Herr von Schweitzer, um die Einigung zu hintertreiben, nach Eisenach berufen hatte. (1894.)

„Kommunistenbund". Derselbe hatte erst in London, dann in Köln seine Zentralbehörde, und umfaßte die Männer der „Neuen Rheinischen Zeitung", Marx, Engels u. s. w., kurz die alte Kommunistenpartei, der ich damals angehörte, wie ich ihr heute angehöre. In Folge von Unvorsichtigkeiten wurde im Mai 1851 Nothjung, ein Mitglied der Gesellschaft, kurz darauf Röser (das soll wohl der „Rösler" der Tölckiade sein), Becker, Bürgers u. A. verhaftet. Da der „Kommunistenbund" lediglich propagandistische Zwecke verfolgte, so ließen sich keine Beweise hochverrätherischer Umtriebe, nach denen man schnüffelte, auffinden; man ließ aber trotzdem die Gefangenen $1^1/_2$ Jahre lang in Untersuchungshaft und stellte sie dann in Köln vor die Geschwornen, angeklagt des Komplotts gegen den preußischen Staat, obgleich auch nicht ein Schatten von Beweis vorlag. Doch ich kann auf die Einzelheiten jenes Prozesses nicht eingehen, der eine der schmutzigsten Seiten der an solchem Polizeischmutz so reichen Preußischen Geschichte füllt — ich verweise auf die 1853 veröffentlichte Broschüre von Marx: „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln". Genug — um dem Mangel an „objektivem Thatbestand" abzuhelfen, wurde den Geschwornen ein sogenanntes Protokollbuch vorgelegt, das unter Andern von mir unterzeichnet sein und angeblich den Bericht der Verhandlungen der kommunistischen „Zentralbehörde" enthalten sollte. Natürlich eine infame Fälschung! Aber sie gab den Anlaß, daß allerdings ein „denunziatorischer Brief", geschrieben von einem Wilhelm Liebknecht, ans Tageslicht kam, aber ein „denunziatorischer Brief", nicht für, sondern gegen Stieber. Nämlich, ehe wir von London aus, wo ich als Flüchtling lebte, etwas zur Aufdeckung der Fälschung thun konnten, hatte ein Herr Birnbaum in Köln, der mich von der Schweiz her kannte und den Assisenverhandlungen beiwohnte, einen von mir geschriebenen Brief beigebracht, dessen Handschrift es sofort klar machte, daß mein Namenszug unter dem „Prokollbuch" gefälscht war.

Herr Stieber selbst ward gezwungen, dies vor den Geschwornen zuzugeben und zu erklären, daß er mit dem Protokollbuch „betrogen worden sei". Kurz — der einzige Brief, der von mir vorgelegt wurde, hat bewiesen, daß von den Agenten der preußischen Regierung eine niederträchtige, schuftige Fälschung ausgeführt worden war!

Es versteht sich, daß die Angeklagten von den Geschwornen dennoch verurtheilt wurden. Dies der Hergang! —*)

*) Hillmann gab auf Ehrenwort die Erklärung, daß er niemals die vom „Sozialdemokrat" ihm untergelegte (oder auch nur eine ähnliche) Aeußerung gethan habe.

Seite 73:

Bebel: Ich bin ganz mit dem Antrag einverstanden, eine Kommission aus 3 Personen niederzusetzen, welche zu berathen hat, wie die Verbindung mit der Internationalen herzustellen sei; ich bin auch damit einverstanden, daß Jemand nach Basel geschickt wird, aber ich bin dagegen, daß die Kommissionsmitglieder nach Basel gehen sollen; von hier oder gar von Norddeutschland aus nach Basel ist kein Katzensprung, und wenn drei Leute hinreisten, würde das ca. 150 Thaler kosten; auch glaube ich, daß, nachdem drei Kommissionsmitglieder über die Sache berathen und sich mit dem Parteiausschuß in Einvernehmen gesetzt haben, es vollständig genügt, einen Delegirten nach Basel zu schicken. Wenn in dieser Debatte schon Beschlüsse über die Art des Anschlusses gefaßt werden sollen, so wäre die Kommission überflüssig. Ich sehe keinen anderen Weg, als daß sich Jeder für sich als Mitglied der Internationalen aufnehmen läßt, und ich kann mittheilen, daß auch Karl Marx sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. Unter allen Umständen muß zunächst die sozialdemokratische Partei in Deutschland sich selbst konstituiren, da neben der internationalen auch die nationale Organisation unentbehrlich ist, und jene ohne diese nur ein Schatten wäre. Dagegen, daß jedes Mitglied der deutschen sozialdemokratischen Partei für sich auch noch Mitglied der Internationalen wird, kann die Polizei nicht einschreiten — es ist durchaus gesetzlich. In Frankreich bestehen ganz ähnliche Vereinsgesetze, und Marx führte mir das Beispiel der 10 000 Lyoner Arbeiter an, die erst kürzlich öffentlich erklärt haben, sie könnten sich zwar nicht in corpore der Internationalen anschließen, weil die Gesetze dies verbieten, aber sie seien persönliche Mitglieder der Internationalen geworden, was das Gesetz nicht verbiete. Mit der Ernennung einer Kommission bin ich einverstanden, und ich rathe Ihnen, den Antrag anzunehmen, daß nicht drei Personen, sondern nur Einer nach Basel geschickt wird.

Schlußwort Geib's. Seite 76:

Meine Herren! Wir sind am Ende des Kongresses angelangt; aber nicht ist er zu vergleichen der niedergehenden Sonne, sondern der aufsteigenden Sonne einer großen, für die Zukunft der Arbeitersache bedeutungsvollen Bewegung der Arbeiter Deutschlands. Ich erinnere Sie hierbei an ein bekanntes Märchen:

Es giebt einen Baum, der goldene Früchte trägt, wenn aber Diejenigen, die ihn gepflanzt haben, die Hand nach den Früchten ausstrecken, so ziehen sie sich zurück. Es liegt auch um den Baum geschlungen eine Schlange, die Jeden davon abhält. Dieser Baum ist die heutige Gesellschaft; die Schlange — das sind die heutigen Zustände, die uns den Genuß der goldenen Früchte ver-

wehren. Meine Herren! Wir sind entschlossen, die goldenen Früchte zu genießen und die Schlange zu verscheuchen: — sollte das nicht auf gütlichem Wege gelingen, wohlan, dann sind wir als Männer, die vor der That nicht zurückbeben, bereit, den alten Baum zu fällen und an seiner Stelle einen neuen kräftigen Baum erstehen zu lassen. Wie können wir am ehesten unser Ziel erreichen? — Indem wir den Geist der Brüderlichkeit und Freiheit in die Herzen der Arbeiter verpflanzen und unseren Brüdern in allen Theilen der Erde die Hand reichen. Und so schließe ich denn den Kongreß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Hoch! Hoch! Hoch! (Die Versammlung stimmte mit Begeisterung in dieses Hoch ein, und knüpfte daran ein dreifaches Hurrah!)

Der Kongreß ist geschlossen!

Das Eisenacher Programm lautet:

I.

Als nächste Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind in dem Programm derselben die folgenden zehn geltend gemacht:

1. Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in den Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.

9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

II.

Die Grundsätze, für welches jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit ganzer Kraft einzutreten sich verpflichtet, sind nach dem Programm derselben in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klasse. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesammtheit geltend zu machen.
6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiter-Assoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

Es beginnt nun die Vernehmung der Angeklagten in Bezug auf die vorgetragenen Aktenstücke.

Präsident: Es wird nachher den Angeklagten Gelegenheit gegeben werden zur Auslassung über diese beiden Beweisstücke; vorher aber habe ich noch einige Fragen an sie zu richten. — Ich bitte sie aber, mir darauf nur ganz kurz, da sie ja später zu weiterer Ausführung das Wort haben werden, zu antworten. Herr Liebknecht, Sie haben bereits zugestanden, daß Sie ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind und bei deren Gründung wesentlich mitgewirkt haben.

Liebknecht: Ich bin ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und habe im angedeuteten Sinne gewirkt.

Präsident: Auch das auf dem Eisenacher Kongreß vereinbarte Programm rührt von Ihnen mit her?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Der Ausschuß Ihrer Partei wurde nach Braunschweig verlegt?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Wer waren die Mitglieder dieses Ausschusses?

Liebknecht: Bracke, Bonhorst, Spier, Kühn, Ehlers.

Präsident: Die Mitglieder Ihrer Partei waren über ganz Deutschland verbreitet?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Standen die Lokalvereine, die Ihre Partei begründete, in Verbindung mit dem Ausschuß?

Liebknecht: Die einzelnen Mitglieder derselben standen als Parteiangehörige mit dem Ausschuß in Verbindung, die Lokalvereine selbst nicht. Die Partei hat in dieser Beziehung eine Organisation ähnlich der des jetzt verblichenen Nationalvereins. Es sind übrigens nicht alle Parteimitglieder zugleich Mitglieder eines Lokalvereins.

Präsident: Sie hatten noch eine andere Einrichtung, die sogenannten Vertrauensmänner?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Der Zweck dieser Vertrauensmänner bestand wohl darin, die Verbindung mit dem Ausschuß herzustellen?

Liebknecht: Ja. Die Vertrauensmänner sind von den Orts-Mitgliedern gewählt, um die Geschäfte der Partei am Orte zu besorgen.

Präsident: Warum traten die Mitglieder der einzelnen Orte nicht in corpore mit dem Ausschuß in Verbindung?

Liebknecht: Weil dies nach den Vereinsgesetzen nicht gestattet ist.

Präsident: Sonach dienen die Vertrauensmänner dazu, die Gesetze zu umgehen?

Liebknecht: Das ist ein Ausdruck, dessen juristische Berechtigung ich nicht verstehe. Sache der Anklage ist, uns eine Gesetzesverletzung nachzuweisen. Gesetzesumgehung ist aber keine Gesetzesverletzung, sondern im Gegentheil ein Beweis der Absicht, die Gesetze nicht zu verletzen, die Gesetze zu beobachten. Wir haben mit unserer Organisation einen Weg finden wollen, auf dem wir, ohne das Gesetz zu verletzen, unseren Zweck erreichten. Wenn es der Wille der Gesetzgeber war, uns die Erreichung unseres Zweckes unter allen Umständen unmöglich zu machen, so hätten sie die betreffenden Gesetze anders entwerfen müssen. In England, dem Land der Gesetzlichkeit par excellence, ist man deshalb so pedantisch genau bei der Abfassung von Bills; man will die Möglichkeit einer Umgehung abschneiden. Man mache Gesetze wie in England! Die Urheber unserer Vereinsgesetze waren zwar sehr schlaue Leute, allein wenn es ihre Absicht war, jede demokratische Organisation zu verhindern, so sind sie doch trotz ihrer drakonischen Strenge nicht schlau genug gewesen. Zur Verdeutlichung meiner Definition des Wortes „Gesetzesumgehung" will ich mich eines militärischen Vergleichs bedienen. Die Gesetze erscheinen mir wie ein Festungsgürtel, den die im Staate herrschende Partei um ihre Interessen gelegt hat. Im Krieg wird man jeden General, der sich an Festungen, die er umgehen kann, den Schädel einrennt, für einen Tollkopf erklären; wenn er sie aber glücklich umgeht, wird man zu dem Schluß kommen, daß das Festungssystem schlecht war.

Wir hatten keine Lust, uns an den Festungen der Gesetze die Köpfe einzurennen; wir haben das Ziel erreicht, ohne an die Gesetze anzustoßen, indem wir uns sorgfältig auf dem Boden des gesetzlich Erlaubten bewegten. Wem das unangenehm ist, der klage die ungeschickten Gesetzgeber an, nicht uns. Wir haben nur von unserem Rechte Gebrauch gemacht, zu thun, was nicht verboten ist. Ich wiederhole:

Gesetzesumgehung ist juristisch Gesetzesbeobachtung und unmöglich zu bestrafen; strafbar ist blos die Gesetzesverletzung.

Präsident: Sie sind also ein Feind der Gesetze?

Liebknecht: Nicht der Gesetze überhaupt — das wäre thöricht. Aber ich bin ein Feind —

Präsident (den Angeklagten rasch unterbrechend): Ich ersuche Sie, hierüber jetzt abzubrechen. Wir kommen zu diesem Punkte zurück. —

Präsident: Worin bestand denn eigentlich der Zweck des Ausschusses?

Liebknecht: Ihm stand die eigentliche Leitung der Partei zu, er hatte für die Aufbringung der Parteigelder, für die Aussendung von Agitatoren und die Verbreitung von Flugschriften zu sorgen.

Präsident: Der Ausschuß hatte wohl auch die Lokalvereine zu gründen?

Liebknecht: Die Lokalvereine sind nicht vom Ausschuß hervorgerufen worden, sondern ganz spontan entstanden.

Präsident: Neben dem Ausschuß bestand noch eine besondere Kontrol-Kommission?

Liebknecht: Ja, wir hielten es für nöthig, ein Gegengewicht der Gewalten zu schaffen, um despotische Uebergriffe, wie sie im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein vorgekommen waren, zu verhüten.

Präsident: Diese Kontrol-Kommission hatte ihren Sitz in Hamburg und es stand der dortige Buchhändler Geib an ihrer Spitze?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Wie kam es, daß Sie im Jahre 1870 die Kontrol-Kommission nach Dresden verlegten?

Liebknecht: Wir fürchteten, es könne in Hamburg, wie es in Braunschweig geschehen, das dort herrschende Kriegsrecht gegen unsere Partei zur Anwendung gebracht werden.

Präsident: Hatten Sie denn Vollmacht zu dieser Verlegung?

Liebknecht: Die Verlegung ging nicht von mir, noch von Bebel aus. Der Herr Präsident verwechselt hier zweierlei: Unmittelbar nach der am 9. September 1870 auf Befehl des Generalgouverneurs Vogel von Falkenstein er-

folgten Verhaftung der Mitglieder des Ausschusses machten Bebel und ich bekannt, daß die Befugnisse des Ausschusses nun auf die Hamburger Kontrol-Kommission übertragen seien. Wir thaten diesen Schritt aus eigener Initiative, ohne durch die Parteiorganisation formell dazu verpflichtet gewesen zu sein; wir glaubten uns in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse zu diesem außerordentlichen Schritt moralisch verpflichtet. Jedes andere Parteimitglied hätte das gleiche Recht gehabt. Die Kontrol-Kommission hat sodann aus dem schon vorhin angedeuteten Grunde den Sitz des Ausschusses nach Dresden verlegt; unter wessen Vorsitz der Dresdener Ausschuß war, weiß ich nicht: Otto Walster war Schriftführer.

Präsident: Wie waren denn die Einnahmen der Partei? Hatten Sie außer den regelmäßigen Einnahmen noch besondere?

Liebknecht: Außer in den regelmäßigen Mitgliederbeiträgen von 1 Neugroschen (= 10 Reichspfennige) monatlich und dem von den en bloc beigetretenen Schweizer Vereinen gezahlten vierteljährlichen Pauschquantum bestanden die Einnahmen noch in freiwilligen Beiträgen (manche Orte hatten sich progressiv besteuert) und in den außerordentlichen Zuschüssen des von Ladendorf und Genossen in Zürich verwalteten sogenannten Revolutionsfonds. Diese Gelder sind für Flugschriften, Agitation und das Parteiorgan verausgabt worden.

Präsident: Bezogen Sie, Herr Bebel und Herr Hepner auch einen festen Gehalt als Redakteur, resp. Expedient?

Liebknecht: Ja, und außer uns noch der Ausschußsekretär. Die Agitatoren bezogen Diäten.

Präsident: Ist die Organisation Ihrer Partei seit dem Jahre 1869 dieselbe geblieben?

Liebknecht: Es sind auf dem Stuttgarter Kongreß im Jahre 1870 einige Abänderungen beschlossen worden.

Präsident: Haben Sie unter dem „freien Volksstaat" die Republik im gewöhnlichen Sinne des Wortes verstanden?

Liebknecht: Ich für meinen Theil ja, aber es liegt dies nicht nothwendig in dem Ausdrucke und meine Meinung ist nicht maßgebend für die Anschauungen sämmtlicher Mitglieder, nicht für die Partei als solche.

Präsident: Sie behaupten, daß Sie sich stets innerhalb der Gesetze bewegt haben?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Sie führen in § III. Ihres Parteiprogramms die dort angeführten Punkte als die „nächsten Forderungen" Ihrer Partei an. Ich dächte, diese wären schon sehr, sehr weit. Welches sind denn noch weitere?

Liebknecht: Da könnte ich mit sehr vielen aufwarten; unsere Partei ist eine sozialistische und will, daß die gesammte Produktion und Konsumtion staatlich im Interesse der Gesammtheit geregelt werde; wir erstreben also ein den ganzen Staat umfassendes System von Produktiv- und Konsum-Assoziationen, oder: was dasselbe ist, einen Staat, der die sozialistisch organisirte Gesellschaft ist. Um weiter ins Einzelne zu gehen —

Präsident (hastig): Es ist nicht nöthig, daß Sie weiter in diese Dinge eingehen. — Sie haben in Eisenach geäußert, daß mit Gewalt vorgegangen werden müsse?

Liebknecht: Das ist ein Mißverständniß. Eine derartige Aeußerung ist im Kongreß-Protokoll nicht erwähnt, mir auch in der Untersuchung nicht vorgehalten worden. Uebrigens bin ich der Ansicht, daß Staaten, die auf Gewalt beruhen, auch durch Gewalt zu Grunde gehen müssen. Es gilt dies namentlich von Militärstaaten, und hat sich z. B. am französischen Kaiserreich in jüngster Zeit wieder eklatant bewahrheitet.

Präsident: Ehe ich zum Verhör des Herrn Bebel übergehe, muß ich Ihnen noch bemerken, daß Ihre heutigen Aussagen über den „freien Volksstaat" mit Ihren Aussagen in der Voruntersuchung nicht ganz übereinstimmen. Damals erklärten Sie, nicht die Republik darunter zu verstehen.

Liebknecht: Ich bitte um Verzeihung, — Sie sind hier im Irrthum, Herr Präsident. In der Voruntersuchung erklärte ich genau dasselbe, was ich soeben hier erklärt habe: daß ich persönlich mir den freien Volksstaat nur in der Form der Republik denken könne, daß aber meine Auffassung nicht maßgebend sei für die Partei. Ich appellire an den anwesenden Herrn Untersuchungsrichter.

(Der Untersuchungsrichter, Gerichtsrath Ahnert, nickt zustimmend, und zeigt die betreffenden Akten dem Präsidenten, der sich dann beruhigt.)

Hierauf folgt die Vernehmung Bebel's.

Präsident: Herr Bebel, erklären Sie sich mit dem, was Herr Liebknecht gesagt, einverstanden und wollen Sie dem noch etwas hinzufügen?

Bebel: Die Organisation der Partei hatte sich bald nach dem Eisenacher Kongreß als mangelhaft herausgestellt, weil die Lokalorganisation nicht so gehandhabt werden konnte, daß Konflikte mit der Polizeibehörde vermieden wurden; ich sage ausdrücklich mit der Polizei, denn mit den Gerichten, mit dem Kriminalgesetz sind wir niemals in Konflikt gerathen. Daß wir aber mit der Polizei in Konflikt kamen, das will nichts sagen, denn die deutschen Vereinsgesetze stammen aus der finsterſten Reaktionsperiode, ihre Fassung ist so dehnbar, daß es in der Willkür der Polizei liegt, ob sie einen Verein als gesetzlich betrachten will oder nicht. Ein eklatantes Beispiel dafür ist Sachsen. Den politischen Arbeitervereinen mit sozialdemokratischen Prinzipien sind hier früher keine Hindernisse in den Weg gelegt worden; mit demselben Vereinsgesetze sucht man aber jetzt unsere Organisation unmöglich zu machen. Da die an eine zentralistische Leitung gewöhnten ehemaligen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich in unsere lokale Organisation nicht hineingefunden und sich mit Anfragen an den Ausschuß gewendet hatten, welche Konflikte mit der Polizei voraussehen ließen, so habe ich mich bereits im Mai 1870 in verschiedenen Briefen an den Ausschuß für Aufhebung der Lokalvereine ausgesprochen und auf meinen Antrag ist auch die Nr. XIX. unserer Organisation, welche von der Verpflichtung der Mitglieder zur Gründung von solchen Vereinen handelt, auf dem Stuttgarter Kongreß gestrichen worden.

Präsident: Sie sind Verfasser des Eisenacher Programms?

Bebel: Ja.

Präsident: Da war Ihnen auch schon das kommunistische Manifest bekannt?

Bebel: Ja.

Präsident: Dasselbe diente Ihnen wohl zur Grundlage bei Abfassung Ihres Programms?

Bebel: Das muß ich unbedingt verneinen. Ich habe das Programm vielmehr dem der Volkspartei, und zwar dem

sogenannten Chemnitzer Programm, entlehnt, unter Benutzung der Nürnberger Sätze (vom 5. Vereinstag des Verbandes der deutschen Arbeitervereine).

Präsident: Verstehen Sie unter dem „freien Volksstaate" die Republik?

Bebel: Ja.

Präsident: Sie bestreiten auch nicht, daß Ihre Partei, „soweit die Vereinsgesetze es gestatten", der Internationalen angehört?

Bebel: Nein, das ist richtig.

Es schließt sich hier an die Vernehmung Hepner's.

Präsident: Herr Hepner, wie sprechen Sie sich darüber aus? Waren Sie auf dem Eisenacher Kongreß?

Hepner: Ja.

Präsident: Als Redner sind Sie dort nicht aufgetreten?

Hepner: Nein.

Präsident: Sie sind jetzt verantwortlicher, aber nicht alleiniger Redakteur des „Volksstaat"?

Hepner: Ja.

Präsident: Was verstehen Sie unter dem „freien Volksstaate"?

Hepner: Die Republik.

Präsident: Schließen Sie sich den Angaben Herrn Bebel's an?

Hepner: Ja, mit dem Zusatze, daß ich mich damals um Organisationsangelegenheiten noch nicht gekümmert habe.

Vertheidiger Freytag I. (an Bebel): Haben Sie die Versammlungen des Kongresses in Eisenach polizeilich angemeldet?

Bebel: Ich habe die Anmeldung bei der Eisenacher Polizei selbst besorgt; mein Gang war indeß ganz überflüssig, indem man mir seitens der Polizei sagte, daß in Weimar gar kein Vereinsgesetz existire, eine Anmeldung von Versammlungen also nicht erforderlich sei. Die Versammlungen fanden übrigens öffentlich und unter großem Zulaufe statt. Zugegen waren auch einige Herren, die uns als preußische Polizeikommissäre bezeichnet wurden.*)

*) Einer derselben war Goldheim, Stieber's Famulus, aus Berlin.

Vertheidiger Freytag I. (an Bebel): Wissen Sie nicht, ob die Partei, welche ja in Eisenach ihren Sitz hat, bei der dortigen Polizei angemeldet ist?

Bebel: Ja. Die Partei wurde der Polizei in Eisenach als dort domizilirt angemeldet und gleichzeitig wurden Programm und Organisation mitgeschickt. Die Eisenacher Polizei hat dies dem Braunschweiger Ausschuß auf dessen Gesuch ausdrücklich bescheinigt, als die Braunschweiger Polizei den Nachweis dafür, daß die Partei in Eisenach domizilirt sei, schwarz auf weiß sehen wollte.

Präsident: Es wird nunmehr, da wir mit den Einzelfragen über den Eisenacher Kongreß zu Ende sind, den Angeklagten Gelegenheit gegeben, sich im Zusammenhang über das Material des Eisenacher Kongresses zu äußern. Wollen Sie sich darüber aussprechen, Herr Liebknecht?

Liebknecht: Ich habe allerdings Einiges zu bemerken. Vorausschicken muß ich aber eine kurze Antwort auf die vorhin an mich gerichtete Frage des Herrn Präsidenten, die sofort zu beantworten der Herr Präsident mich verhinderte. Ich meine die Frage: „Sie sind also ein Feind der Gesetze?“ Ich bin nicht ein Feind der Gesetze im Allgemeinen — ich bin nur ein Feind schlechter, dagegen ein Freund guter Gesetze —

Präsident (unterbrechend): Ich hatte Sie gefragt: Betrachten Sie die Gesetze als Ihren Feind? Nicht: Sind Sie ein Feind der Gesetze? —

Liebknecht: Ich hatte die Frage so verstanden, wie ich sie beantwortet habe.*) Uebrigens ist der Unterschied ein sehr geringer und durchaus nicht wesentlich. Wenn ich ein Gesetz als meinen Feind betrachte, bin ich folgerichtig ein Feind dieses Gesetzes. Das Eine bringt das Andere mit sich. Gesetze, die mir Feind sind, denen bin ich Feind. Im Uebrigen bleibe ich dabei, daß ich mich für einen Feind von schlechten und einen Freund von guten Gesetzen erkläre. Ueber das „gut“ und „schlecht“ kann man freilich verschiedener Ansicht sein. In Mecklenburg erheischt ein Gesetz, daß der gehorsame Staatsbürger sich über die Bank legen und den Haselstock auf sich herumtanzen lassen muß. Wer eine Freude daran hat, derart a posteriori bearbeitet zu werden, der mag meinet-

*) Und die meisten Zuhörer haben sie ebenso verstanden.

wegen das betr. Gesetz „gut" finden — de gustibus non est disputandum (über den Geschmack ist nicht zu streiten). Mir selbst gefällt dieses Gesetz durchaus nicht, und ich würde mich demselben nimmermehr gutwillig unterwerfen. Für den staatlichen Fortschritt ist es absolut nothwendig, daß die Menschen nicht alle Gesetze als gut hinnehmen, sondern, daß sie genau prüfen, und die schlecht befundenen mit aller Macht aus der Welt zu schaffen suchen. Ohne das Ankämpfen gegen schlechte Gesetze müßte die Menschheit verfaulen, ginge der Staat zu Grunde. Die „Feinde des Gesetzes", denn so nennt man in gewissen Kreisen die Feinde der schlechten Gesetze, sind also gerade die wahren „Staatsretter", und ihnen verdanken wir alle heilsamen Reformen, alle großen, die Interessen der Menschheit fördernden Maßregeln, von denen die Geschichte erzählt.

Doch nun zum Eisenacher Kongreß und dem Kongreß-Protokoll. Ueber den Zweck des Kongresses verliere ich kein Wort: die heute verlesenen Beweisstücke überheben mich der Mühe. Es handelte sich darum, den deutschen Arbeitern die Einigkeit und eine Organisation zu geben: ein Ziel, das mit dem Strafgesetzbuch durchaus in keinem Widerspruch steht. Und dieses Ziel galt es, auf gesetzlichem Wege zu erreichen. Ich stehe nicht an, zu sagen, daß ich von den deutschen Gesetzen eine sehr schlechte Meinung habe, und speziell die deutschen Vereinsgesetze für möglichst schlecht halte. Ich habe 13 Jahre lang in England gelebt, wo es keine Vereinsgesetze giebt und der Staat trotzdem nicht in Gefahr ist, im Gegentheil ungleich stärker als bei uns, wo gerade diese Vereinsgesetze nebst andern Gesetzen ähnlicher Tendenz die Staatsbürger zum Haß gegen den Staat aufstacheln und damit die einzige feste Grundlage der Staaten: die Liebe und das Vertrauen der Bürger, erschüttern.

Nach meiner Heimkehr aus England erschienen mir die deutschen Vereinsgesetze durch den Kontrast mit der englischen Vereinsfreiheit in noch ungünstigerem Lichte, als vor meinem Exil. Sie kamen mir in der That „spanisch" vor, oder um gerecht zu sein, da die Spanier durch die letzte Revolution ihre politische Ehre wiederhergestellt haben, nicht „spanisch", sondern echt deutsch. Und abgesehen von dem reaktionären Inhalt, war es mir lange absolut unmöglich, mich in diesen verwickelten und verwirrten Bestimmungen zurechtzufinden.

Doch ich ließ es an Mühe nicht fehlen, und glaube auch mit der Zeit — an der Hand der Erfahrung — zu einem ziemlichen Ein- und Ueberblick gelangt zu sein. Indeß einer vollkommenen Kenntniß kann ich mich auch heute noch nicht rühmen, weshalb ich die das Vereinsgesetz berührenden Materien meist Anderen überlasse, die durch ununterbrochenen Aufenthalt im Vaterland ein Vollverständniß der heimischen Institutionen erlangt haben. Das Eine muß ich aber hier betonen: seit ich in Deutschland ins öffentliche Leben gedrängt worden bin, habe ich mich aufs Ernsthafteste bestrebt, mein Wirken in den Rahmen des Gesetzes zu bringen: nicht aus Achtung vor den herrschenden Gesetzen — mein Leben beweist, daß sie mir ferne liegt — nein aus Klugheit, aus Bewußtsein der Nothwendigkeit. Wenn eine festkonstituirte Gewalt besteht, hat man die Wahl, entweder auf jedes politische Wirken zu verzichten, oder sich auf den Boden des Gesetzes zu stellen und ihn als Hebelpunkt zu benutzen. Auf den Markt gehen und den Straßenkampf proklamiren, wäre Tollheit — der erste beste Polizeidiener würde der hyperrevolutionären Aufwallung ein tragikomisches Ende machen; und das Konspiriren in heimlichen Winkeln mag wohl ein Zeitvertreib sein für politische Kinder, kann aber Niemand in den Sinn kommen, der den Gang der menschlichen Entwicklung auf unabänderliche Naturgesetze zurückführt, wie unsere Partei es thut. Es bleibt uns also, da wir die Hände nicht in den Schooß legen wollen, und weder Verschwörer noch Träumer sind, nur die gesetzliche Agitation, die Organisation auf Grund der bestehenden Gesetze. Mit diesem Gedanken gingen wir zum Eisenacher Kongreß, und von diesem Gedanken wird unsere ganze seitherige Thätigkeit geleitet. Möglich, daß hier und da eins unserer komplizirten Gesetze verletzt worden ist, gewiß aber, daß wir es nicht mit Absicht verletzt haben. Ich wiederhole: so lange die Gesetze in Kraft sind, d. h. die Macht haben, sind wir von der Nothwendigkeit überzeugt, sie zu beobachten. Treten Verhältnisse ein, wo die Gesetze nicht mehr in Kraft sind, d. h. nicht mehr die Macht haben, wohlan, dann fällt auch von selbst die Nothwendigkeit weg, sie zu beobachten. Dies vorausgeschickt, will ich nun die hier verlesenen Theile des Kongreß-Protokolls, in welchen die Anklage einen belastenden Charakter entdeckt zu haben glaubt, einer kurzen Kritik unterwerfen.

Zunächst die Rede Bebel's über die Organisation. Es ist nöthig, dieselbe im Zusammenhang, ihrem wirklichen Sinn nach aufzufassen. Greift man einzelne Sätze heraus, so kann man freilich, das bestreite ich nicht, alles Beliebige hineindeuteln. Das läßt sich jedoch ebenso gut mit jeder anderen Rede, jeder anderen mündlichen oder schriftlichen Meinungsäußerung thun. Der berüchtigte Fouché*) pflegte zu sagen: „Man gebe mir von jedem beliebigen Menschen jede beliebige Zeile, und ich bringe ihn aufs Schaffot." Ich hoffe, daß diese Fouché'sche Maxime nicht gegen uns in Anwendung gebracht wird! Was ist aber, im Zusammenhang betrachtet, das A und das O der Bebel'schen Rede? „Die deutschen Vereinsgesetze sind darauf berechnet, eine demokratische Organisation zu erschweren; es sind Gesetze, die schlecht sind und auf deren Abschaffung wir hinwirken müssen, allein sie bestehen, und wir müssen unsere Organisation ihnen anpassen!" Wer nicht geflissentlich etwas Anderes in die Rede hineinbringt, als was in ihr liegt, kann nichts Anderes in ihr finden, und ich glaube deshalb nicht, daß ein entlastenderes Beweisstück hätte produzirt werden können. Ich will durch Wiederholung nicht ermüden und verlese deshalb blos folgende Stelle auf S. 18 des Protokolls:

„Ich glaube, meine Herren, daß wir keine Organisation gründen dürfen, die von der Gnade einer einzelnen Behörde abhängt; wir müssen vielmehr Alles aufbieten, eine Organisation zu schaffen, welche angesichts der bestehenden reaktionären Gesetze möglich ist." — — — „Den Vereinsgesetzen in den verschiedenen Staaten werden sich die lokalen Organisationen fügen müssen u. s. w."

Deutlicher kann man es fürwahr nicht aussprechen, daß wir den bestehenden Gesetzen Rechnung zu tragen entschlossen waren. Und wohlgemerkt: in dem Geist dieser Rede, nach den von Bebel befürworteten Vorschlägen, wurde die Organisation geschaffen. Mit den Details dieser Organisation beschäftige ich mich nicht; Bebel, der in derselben besser bewandert ist als ich, wird Genaueres darüber mittheilen, wenn er es für zweckmäßig hält.

Ich komme nun zu den Expektorationen Mühlwasser's, die für die Anklage besonderen Werth zu haben scheinen. Herr Mühlwasser sprach allerdings sehr laut von Republik

*) Polizeiminister des „großen" Napoleon.

und war allerdings sehr stark in himmelstürmenden Phrasen, doch es waren auch nur Phrasen, eitles Schaumspritzen, und mit diesem Mühlwasser'schen Wasser auf der Mühle der Anklage hat es außerdem noch eine ganz eigenthümliche Bewandtniß. Es war recht trübes Wasser. Bei Gelegenheit des Wiener Hochverrathsprozesses — der ersten Auflage des jetzt hier sich abspielenden Prozesses — figurirten schon die Eisenacher Tiraden dieses selbigen Herrn Mühlwasser als Belastungsmaterial, und es stellte sich während der Verhandlungen heraus, daß Herr Mühlwasser nicht ein Sozialdemokrat ist, sondern ein elender Schurke — ein Agent provocateur. Ich gebrauche da einen starken Ausdruck, aber ich habe dafür eine gute Autorität, die des Oesterreichischen Ex-Ministerpräsidenten Herrn Giskra. Ich will die betreffende Stelle aus dem stenographischen Prozeßbericht verlesen:

„Der Entlastungszeuge Redakteur Scharf macht die Aussage, daß der Exminister Giskra, bei dem er sich seiner Zeit für die gefangenen Arbeiter verwendete, zu ihm gesagt habe: „Ich kann Ihnen, wenn Sie es wünschen, aus der Registratur sofort die Akten hereinbringen lassen, aus welchen Sie entnehmen können, daß sich **Mühlwasser der Brünner Polizei als Spion anbieten ließ. Er ist aber ein solcher Lump, daß nicht einmal die Polizei von ihm etwas wissen will.**“ Trotzdem aber ist Mühlwasser regelmäßig von Brünn nach Wien gefahren, um der Polizei Bericht zu erstatten.“

Sie sehen, meine Herren Richter und Geschwornen, dieser Mühlwasser, den man als Zeugen gegen uns aufmarschiren läßt, war nicht unser Parteigenosse, sondern, um mich der Worte des österreichischen Ex-Ministerchefs Giskra zu bedienen, „ein solcher Lump, daß nicht einmal die Polizei etwas von ihm wissen wollte“.

Also, selbst die Polizei hielt ihn für zu schlecht! — Freilich eine seltene Moralität in jenem Quartier — —

Präsident (aufs Aeußerste erregt): Ich kann Sie so nicht weiter sprechen lassen, ich hätte Sie schon früher*) unterbrochen, wenn Sie mich nicht überrumpelt hätten. Ich erkläre Ihnen hiermit: falls Sie sich wiederum Invektiven gegen befreundete Regierungen (!) oder angesehene Staatsmänner (!) zu Schulden kommen lassen, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

*) Wohl bei den Bemerkungen über Herrn Stieber?

Liebknecht: Ich habe weder eine Regierung noch einen Staatsmann angegriffen; ich habe nur die Worte eines österreichischen Ministers zitirt, und wenn diese, was ich gern zugebe, für die Polizei wenig schmeichelhaft sind, so bin ich nicht dafür verantwortlich. Jedenfalls protestire ich entschieden gegen jede Beschränkung meiner Redefreiheit. Als Angeklagter habe und beanspruche ich das vollste Recht auf Redefreiheit. Sogar die alten Römer haben dieses Recht der Angeklagten schon anerkannt.

Präsident: Die Redefreiheit beschränke ich Ihnen auch nicht. Aber bedenken Sie, wo Sie stehen, ich kann nicht erlauben, daß Sie Ihren bisherigen Verbrechen noch neue hinzufügen (!). Sie wissen nun, was Sie von mir zu erwarten haben.

Liebknecht: Ja — die Redefreiheit mit dem Strick um den Hals! Ich muß mich für den Moment der Gewalt fügen, aber ich protestire gegen diese unerhörte Beschränkung des Rechts der Vertheidigung und protestire des Weiteren dagegen, daß man von Verbrechen redet, wo bloß eine Anklage vorliegt; ich stehe hier nicht als Verbrecher, sondern als Angeklagter.

Genug — ich fahre fort: Nach dem Zeugniß des Herrn Giskra kann es absolut keinem Zweifel unterliegen, daß Mühlwasser ein Spion, ein Agent provocateur ist. Wenn auch die Brünner Polizei zu — sittlich war, ihn zu engagiren, so ist es doch andererseits gewiß, daß derlei Subjekte Verwendung finden und daß es Regierungen giebt, die, um die demokratische, die sozialdemokratische Bewegung zu schädigen, Agenten besolden, welche sich in dieselbe einzudrängen und Ausschreitungen, thörichte Ausbrüche zu provoziren haben, damit Anlaß zu reaktionären Repressivmaßregeln geboten wird. Der ehrliche, seines Zieles sich bewußte Revolutionär wird stets mäßig sein im Ausdruck und in seinen nächsten Forderungen; Maßlosigkeit des Ausdrucks und der Forderungen ist das Resultat der Unreife oder der Unehrlichkeit. Ich verweise auf den Kontrast zwischen der Sprache und Haltung des ehrlichen Scheu und des unehrlichen Mühlwasser, der seiner Extravaganzen wegen von Ersterem formell desavouirt wurde.

Doch weiter. In Eisenach wurde, wie aus den verlesenen Protokolltheilen hervorgeht, der Antrag gestellt, statt sozialdemokratische Arbeiterpartei — sozialrepublikanische

Arbeiterpartei zu sagen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber die Anklage behauptet, das sei nur aus Nützlichkeitsrücksichten geschehen, um die republikanischen Tendenzen dem Auge der Behörden zu entziehen, in Wirklichkeit sei die Partei eine republikanische, und da in Deutschland heute die monarchische Staatsform herrsche, so sei die republikanische Tendenz gleichbedeutend mit umstürzlerischer, hochverrätherischer Tendenz. Zunächst verwahre ich mich und meine Partei gegen diese Schlußfolgerung. Republikanische Bestrebungen sind an sich durchaus nicht ungesetzlich, wie auch das Dresdener Oberappellationsgericht ausdrücklich erklärt hat; sie würden erst dann ungesetzlich, wenn die Verwirklichung des republikanischen Programms mit ungesetzlichen Mitteln versucht würde. Hätten wir also in Eisenach einstimmig ein republikanisches Programm angenommen, so wäre das nicht im mindesten ungesetzlich gewesen. Der betreffende Antrag wurde aber abgelehnt — aus welchen Gründen, ist für den obschwebenden Prozeß ganz gleichgiltig. Die Majorität hielt eben die Benennung: „sozialdemokratische Partei" für zweckmäßig. Daß übrigens nicht bloß Nützlichkeitsrücksichten entscheidend waren, erhellt deutlich aus den Worten Spier's, eines der auf Grund der Kongreßbeschlüsse gewählten Ausschußmitglieder, welcher erklärte:

„Ich bin gegen das Amendement (sozialrepublikanische Arbeiterpartei zu sagen) aus zwei Gründen: erstens halte ich die Bezeichnung „sozialdemokratisch" für zutreffender und richtiger als „sozialrepublikanisch; und zweitens wird es den Vereinen viel schwerer werden, sich zu konstituiren, wenn man schreibt „sozialrepublikanisch".

In ähnlicher Weise haben sich Andere ausgesprochen, z. B. Rittinghausen, Neumayer u. s. w. Daß aber auch Diejenigen, welche für die Bezeichnung „sozialrepublikanisch" plädirten (von dem Agent provocateur Mühlwasser abgesehen), keinen Hochverrath beabsichtigten, ergiebt sich u. A. aus der Thatsache, daß Löwenstein aus Fürth, einer der eifrigsten Fürsprecher des republikanischen Amendements, gleich mir und meinen Mitangeklagten der Ueberzeugung huldigt, es hänge ausschließlich von der Haltung der Regierungen ab, ob die Arbeiterbewegung friedlich oder gewaltsam verlaufen wird. Auf dem Nürnberger Kongreß sprach er sich in dieser Beziehung wie folgt aus:

„Löwenstein (Fürth) spricht für Annahme des (Majoritäts-) Programms: es sei ein ganz verkehrter Standpunkt, anzunehmen, daß die Arbeiterbildungsvereine ihre Aufgabe verfehlen, wenn sie die Politik ins Bereich ihrer Thätigkeit ziehen: die Bildung dürfe nicht Selbstzweck dieser Vereine sein, sondern nur das Mittel, ihre Bestrebungen für ein menschenwürdiges Dasein zu unterstützen: die nachgeholte, früher nicht erhaltene Schulbankbildung habe nicht allein Werth: inmitten des politischen Kampfes und im praktischen Leben werde die dem Arbeiter nicht minder nothwendige Charakter- und politische Bildung erlangt, geläutert und befestigt. Was nützt dem Arbeiter die gediegenste Bildung, wenn er sie nicht dahin zu verwerthen versteht, daß er die ungerechten indirekten Steuern, die Blutsteuer des Krieges und so noch Anderes der Art von seinen Schultern wälzt? **Diejenigen, welche die Vereine mit allen Mitteln abhalten wollen, Politik zu treiben, mögen die Verantwortung übernehmen, daß der Arbeiter vielleicht dann einmal Politik auf der Straße treibt. Wenn man der freien politischen Meinung die Gelegenheit nimmt, durch Belehrung und Ueberzeugung zu wirken, wenn man unterdrückte Gefühle zur Leidenschaft heranwachsen läßt, mögen Die die Folgen tragen, welche die soziale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische Bahnen drängen.“**

Den Schlußsatz unterschreibe ich Wort für Wort. „Mögen Die die Folgen tragen, welche die soziale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische, d. h. gewaltsam-revolutionäre Bahnen drängen!“ Wir wollen es nicht, wir haben kein Interesse, es zu wollen, und falls es zu gewaltsamen Katastrophen kommt, so schleudern wir die ganze Verantwortlichkeit Denen ins Gesicht, die, im Besitz aller Machtmittel, bei richtigem Verständniß der Dinge und einigem guten Willen mit Leichtigkeit jeder Krise vorbeugen könnten.

Ich komme nun zur Bracke'schen Rede, welche die Aufmerksamkeit der Anklage in außerordentlichem Maße erregt zu haben scheint. Und zwar ist es, wie ich aus dem Braunschweiger Hochverrathsprozeß,*) der mit dem unsrigen ja

*) In einem Theil der Auflage des ersten Heftes heißt es auf Seite 18, daß der Braunschweiger „Hochverraths“-Prozeß mit Freisprechung geendet habe. Das ist ein Irrthum. Vom Braunschweiger Kreisgericht wurden die Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig befunden und Bracke und Bonhorst zu je 16 Monaten, Spier zu 14 Monaten, Kühn zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

identisch ist, ersehe, namentlich folgende Stelle, die Anstoß erregt hat:

„— und ich bitte Sie Alle, zu bedenken, daß es in erster Linie darauf ankommt, in die Herzen der Arbeiter unsere Gedanken hineinzutragen, denn wenn große Ereignisse eintreten und Alles drunter und drüber geht in der Welt, so ist es nöthig, daß jeder Arbeiter weiß, was vorgeht und worauf es ankommt."

Es ist mir wirklich unbegreiflich, mit welchen Augen die Anklage diesen Passus betrachtet hat. Ist es ein Verbrechen, Gedanken in die Köpfe der Arbeiter zu tragen? Das hieße, den heutigen Staat zum Gegner des Denkens, zum Hort der Dummheit stempeln, was die Anklage doch gewiß nicht beabsichtigt! Und ist es denn insbesondere ein Verbrechen, den Arbeiter politisch zu bilden, ihn über seine staatlichen Pflichten aufzuklären, damit er weiß, „was vorgeht und worauf es ankommt"? Will der Staat etwa, daß der Arbeiter nicht wissen soll, was vorgeht und worauf es ankommt? Sollen die Arbeiter stumpfsinnige Sklaven sein? Sieht die Anklage nicht ein, daß sie durch eine solche Insinuation den heutigen Staat auf das Tiefste herabwürdigt? Und soll ich etwa hier an das Schiller'sche

„Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Menschen erzittert nicht!"

erinnern? Und an das andere Schiller'sche Wort „daß der schrecklichste der Schrecken der Mensch in seinem Wahn" ist, d. h. der urtheilsunfähige Mensch, der nicht „weiß, was vorgeht und worauf es ankommt"? Alle Gräuel der Geschichte, insoweit sie nicht direkt von oben verübt worden, erklären sich aus dem niederen Bildungsgrad des Volkes, für den die herrschenden Klassen die Verantwortlichkeit tragen, und der in Zeiten der Revolution sich furchtbar an ihnen rächt.

Doch vielleicht wittert die Anklage Hochverrath in den „großen Ereignissen", wie schon bei einem der früher

Auf die eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde hin hob das Wolfenbütteler Obergericht das Urtheil auf, sprach die Angeklagten von der Anklage der Vorbereitung des Hochverraths und der Aufreizung frei, bestrafte sie aber wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ordnung" (Betheiligung an einem Verein mit gesetzwidrigem Zwecke) und zwar Bracke und Bonhorst mit je 3 Monaten, Spier mit 2 Monaten Gefängniß, Kühn mit 6 Wochen Haft; sämmtlichen Verurtheilten wurde auch die Untersuchungshaft angerechnet. (1891.)

verlesenen Aufrufe? Daß große Ereignisse hochverrätherisch sein können, gebe ich zu, aber dann können nur die Urheber oder Vorbereiter solcher „Ereignisse" Hochverräther sein. Bracke spricht aber mit keiner Silbe davon, daß wir die „großen Ereignisse", an die er denkt, herbeiführen oder vorbereiten sollten. Er sagt bloß, wenn sie eintreten, ist es nöthig, daß wir wissen, woran wir sind. Seitdem sind sie eingetreten — der preußisch-französische Krieg — und die Anklage wird doch sicherlich nicht behaupten wollen, daß wir denselben gemacht, und wohl auch nicht, daß dessen Urheber Hochverräther sind. Und dies ist die „kompromittirendste" Stelle dieser „kompromittirenden" Rede! Was Bracke weiter sagt, kann auch dem scharfsinnigsten Interpretationskünstler keine Handhabe bieten. Bracke spricht als zukünftiger Finanzminister der Partei und seine ganze Rede ist ein pathetischer Kommentar des berühmten Montekukuli'schen: Erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld! — Die Agitation ist unsere Kriegführung, und keine Kriegführung ohne Geld! Der Arbeiter soll deshalb nicht glauben, daß er mit „gemüthlichen Redensarten" seine Parteipflicht erfülle — nein er soll „kein Opfer scheuen und wenn er sich das Brot vom Mund entziehen muß!" Daß man sich „das Brot vom Mund entzieht", um die Mittel für die Verbreitung menschenwürdiger Grundsätze, für die Herbeiführung gerechter Zustände zu beschaffen, das ist doch fürwahr kein Hochverrath?

Ueber den Rest des Protokolls eile ich hinweg, um nur noch bei den letzten Sätzen ein paar Momente zu verweilen. Ich meine die kurze Ansprache Geib's, welche zwar in der Leipziger Anklageschrift nicht besonders vorkommt, aber im Braunschweiger Prozeß eine sehr wichtige Rolle auf Seiten der Anklage zu spielen hatte, und daher, bei der innigen Verkettung des Braunschweiger Prozesses mit dem unsrigen, wohl auch hier für speziell belastend gelten dürfte. Als Geib, der den Kongreßverhandlungen präsidirt hatte, dieselben schloß, richtete er noch ein paar Worte der Mahnung an die Anwesenden und gebrauchte dabei ein Gleichniß:

„Es giebt einen Baum, der goldene Früchte trägt, wenn aber Diejenigen, die ihn gepflanzt haben, die Hand nach den Früchten ausstrecken, so ziehen sie sich zurück. Es liegt auch um den Baum geschlungen eine Schlange, die Jeden davon abhält. Dieser Baum ist die heutige Gesellschaft; die Schlange — das

sind die heutigen Zustände, die uns den Genuß der goldenen Früchte verwehren. Meine Herren! Wir sind entschlossen, die goldenen Früchte zu genießen und die Schlange zu verscheuchen: sollte das nicht auf gütlichem Wege gelingen, wohlan, dann sind wir als Männer, die vor der That nicht zurückbeben, bereit, den alten Baum zu fällen und an seiner Stelle einen neuen kräftigen Baum erstehen zu lassen."

Das ist das famose Gleichniß von der Schlange. Nun — jedes Gleichniß hinkt bekanntlich, und mit diesem Gleichniß hinkt auch die Anklage, die sich darauf stützt. Zumal da ihr dabei ein kleines Quid pro quo passirt ist: der Braunschweiger Herr Staatsanwalt, der sich die Schlange und den Baum nicht scharf genug angesehen hat, hat nämlich die Schlange offenbar mit dem Baum verwechselt. Was wir nach Geib, „vor der That nicht zurückbebend", vernichten sollen, das ist die heutige Gesellschaft, der Baum des Gleichnisses — und an der „Gesellschaft" kann kein Hochverrath im juristischen Sinn begangen werden. Hätte Geib aufgefordert, die Schlange, die „heutigen Zustände" — den Staat des Gleichnisses, todt zu schlagen, ja, dann hätte er der Anklage allenfalls Stoff geliefert; aber er sagt gar nicht, was aus der Schlange werden soll; vermuthlich denkt er, sie wird nicht fortexistiren können, wenn die „heutige Gesellschaft", von der sie sich nährt, einer besseren Ordnung der ökonomischen Verhältnisse Platz gemacht hat.

So viel über die „Schlange", von der wir hoffentlich nichts mehr zu hören bekommen.

Ehe ich ende, nur noch dies. Was wir in Eisenach erstrebten, war recht und gut: die Herbeiführung eines auf Freiheit, Brüderlichkeit und Humanität ruhenden Staats- und Gesellschaftszustandes. Niemand, der für das Wohl der Menschheit ein Herz hat, kann dies unser Ziel verurtheilen. Ungesetzlichkeiten wurden von uns nicht beabsichtigt. Die ganzen Verhandlungen beweisen dies. Die Thätigkeit des Kongresses, wie überhaupt das Wirken unserer Partei, war klar und hell wie die Sonne. Wir haben im Lichte der Oeffentlichkeit berathen, und die Einzelheiten der Berathung in dem hier verlesenen Protokoll der weitesten Oeffentlichkeit übergeben. Nie hat eine Partei offener im Bewußtsein ihres Rechts gehandelt, nie unzweideutiger bekundet, daß sie den Gesetzen Rechnung tragen will.

Sind wir Hochverräther, so ist jede politische Partei des Hochverraths schuldig, denn jede, selbst die konservative Partei, erstrebt gleich uns eine Aenderung der bestehenden Staatsform.

Präsident: Wenn ich gegen die langen Ausführungen des Herrn Liebknecht keine Einwendungen erhebe, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß ich mit dem Gesagten einverstanden sei. Den Geschwornen sollen sämmtliche Beweisstücke vorgelegt werden, und zwar möglichst ohne Kommentar — auch von Seiten der Angeklagten (!). Durch Diskussionen würden die Ausführungen ins Endlose verlängert werden.

Die Sitzung des zweiten Verhandlungstags wurde hierauf, Nachmittags 3 Uhr, geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

(Mittwoch, den 13. März.)

Eröffnung der Sitzung gegen 9 Uhr Vormittags. Unterer Zuhörerraum und Tribünen gefüllt wie bisher.

Präsident: Es sind drei Zeugen aus Braunschweig für heute vorgeladen, aber nicht erschienen. — Nachdem sich gestern Herr Liebknecht über das verlesene Eisenacher Protokoll, den Kongreß und die Partei überhaupt im Allgemeinen geäußert, steht es heute den Herren Bebel und Hepner zu, das Gleiche zu thun.

Bebel: Auf die vorgelesenen Reden aus dem Eisenacher Kongreßprotokoll will ich nur insoweit, als sie von mir und Liebknecht gehalten worden sind, eingehen, da nur diese überhaupt in Betracht kommen könnten, wenngleich auch in den anderen Reden nichts Verfängliches enthalten ist. Als wesentliches Anklagemoment ist hervorgehoben worden, daß die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bestimmt sei, die Massen heranzuziehen und zu gewaltsamen Handlungen geeignet zu machen. Das ist falsch. Die Parteiorganisation ist auf die Agitation berechnet gewesen, um durch den Zutritt der Massen die Mittel zur Besoldung von Leuten, welche Vorträge in öffentlichen Versammlungen zu halten und für die Verbreitung unserer Ideen zu wirken gehabt,

zu erlangen. Daneben ist das Verlangen laut geworden, daß auch für die lokale Thätigkeit der Partei gesorgt werde, und deshalb sind die Lokalvereine gegründet worden, welche neben der eigentlichen Partei herlaufen sollten. Die Lokalvereine waren in Bezug auf die Verbindung mit dem Parteiausschuß von den Vereinsgesetzen Deutschlands, die eine wahre Musterkarte repräsentiren, einer ganz verschiedenen Behandlung ausgesetzt. Während in einer Anzahl deutscher Staaten dieser Verbindung nichts im Wege stand, war sie in Preußen, Sachsen ꝛc. nicht zulässig, und viele Vereine konnten deshalb auf die Dauer nicht bestehen. Es wurde schließlich, da trotz aller Bemühungen, die Lokalvereine von der Verbindung mit dem Ausschuß und dem Einmischen in Parteiangelegenheiten überhaupt fernzuhalten, eine scharfe Scheidewand sich nicht überall festhalten ließ, auf dem Stuttgarter Kongreß die Beseitigung der Lokalvereine als solcher aus unserer Organisation — nicht gerade die Auflösung, aber doch deren völlige Unabhängigkeit von der Partei — beschlossen. — Die Parteimitglieder in jedem Orte halten sich nun, wie früher, einen sogenannten Vertrauensmann zu wählen, der die Beiträge der Einzelnen einzukassiren, sie dem Ausschusse zu übersenden und etwaige öffentliche Versammlungen der Partei an dem Orte bei der Polizeibehörde anzumelden hatte. Mögen nun auch in dieser Beziehung, d. h. durch Vermengung von Lokalvereinen mit Parteimitgliedschaften, Verstöße vorgekommen sein, so sind dies doch nur Verletzungen des Vereinsgesetzes gewesen und können von der Staatsanwaltschaft nicht zur Unterstützung einer Anklage auf Hochverrath verwendet werden. Der Rechtsgrundsatz muß erst noch erfunden werden, wonach eine Reihe derartiger kleiner Polizeivergehungen in ein schweres Kriminalvergehen übergeht.

Was nun die Funktionen der einzelnen Parteibehörden anbetrifft, so halte ich es, gegenüber der Anklage, welche behauptet, daß der Ausschuß eine Instanz sei, welche Befehle zu ertheilen habe, für nothwendig, an den Motiven, welche uns bei Schaffung unserer Organisation zur Richtschnur dienten, zu zeigen, daß bei uns kein Zwangsgehorsam Einzelnen gegenüber bestand. Unsere Organisation unterscheidet sich sehr wesentlich von der des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die eine zentralistische mit beinahe absoluter Gewalt des Präsidenten ist. Die Anklage hat nun auch dem Ausschusse unserer Partei eine solche absolute Gewalt beimessen

wollen, allein mit vollem Unrecht, denn alle entscheidenden Angelegenheiten hat der Ausschuß der jährlichen Parteiversammlung, dem Kongreß, zu unterbreiten.

Neben dem Ausschuß steht die Kontrolkommission, welche über den Kopf der letzteren hinweg Beschwerden über selbigen zu erledigen hat, und von deren Spruch noch an die letzte Instanz: den jährlichen Parteikongreß, das eigentliche „Volk", appellirt werden kann. Der Ausschuß hat also gar keine diktatorische Gewalt, sondern es ist ihm nur eine verwaltende Thätigkeit beigelegt. Er ist die Zentralstelle unserer Agitation, hat die finanziellen Angelegenheiten der Partei zu besorgen, die Redaktion und Expedition des „Volksstaat" zu überwachen, sonst aber keine Macht.

Wir selbst hatten natürlich noch weniger eine Macht über den Ausschuß.

Die Internationale Arbeiterassoziation anlangend, habe ich zu bemerken, daß nach dem Programm die Mitglieder da, „wo die Vereinsgesetze es gestatten", sich in Gruppen ihr anschließen können; in Sachsen haben wir es bis jetzt nicht gedurft. Der Ausschuß hatte die Partei gegenüber der Internationalen durchaus nicht zu vertreten, was schon daraus hervorgeht, daß er im „Volksstaat" seine Bereitwilligkeit zur Entgegennahme der Mitgliederbeiträge Einzelner für die Internationale und zur Vermittlung derselben an den Generalrath erklärt. Hätte der Ausschuß die Partei beim Londoner Generalrath offiziell zu vertreten gehabt, so würde er nicht blos seine „Bereitwilligkeit" zur Annahme der Steuern erklärt, sondern eine direkte Aufforderung zur Beitragzahlung erlassen haben. Und daß, wenn ein Mitglied von uns zugleich Mitglied der Internationalen war, es in letzterer Eigenschaft noch einen besonderen Beitrag nach London entrichten mußte, — dies beweist doch ganz deutlich, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht eo ipso Mitglieder der Internationalen waren. Es gehörten vielmehr nur relativ Wenige von uns direkt zur Internationalen.

Bezüglich unserer politischen Stellung bekenne ich, wie schon an den vorhergegangenen Tagen, daß ich unter „freiem Volksstaat" die Republik verstehe. Zwar muß ich hier nochmals bemerken, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen meiner persönlichen Auffassung und der der Partei;

indeß, ich glaube doch, daß die große Mehrzahl der Parteigenossen bezüglich des „freien Volksstaat“ mit mir übereinstimmt. Die Anklage folgert nun, daß, wenn von uns die Republik als Ziel hingestellt wurde, wir auch darüber einig gewesen sind, die Republik mit Gewalt herbeizuführen. Ueber die Art der Einführung der Republik ist aber nie, weder vom Ausschusse, noch unter uns oder in Parteiversammlungen verhandelt worden. Das haben wir der Zukunft überlassen; wir wollen abwarten, wie die Dinge gehen, und ob allmälig die öffentliche Meinung, die Majorität, sich dafür erklären wird. Ich will aber gar nicht verschweigen, daß nach meiner Ansicht in dem Falle, wenn die Majorität der Bevölkerung sich für die Republik ausspricht, die Majorität auch das Recht erlangt, der Regierung, wenn diese die Republik durch Gewalt verhindern will, Gewalt entgegenzusetzen. Der Staat ist das Volk und wohl ohne Fürst, nicht aber ohne Volk denkbar; die Regierung ist die Dienerin des Volkes. Friedrich II. von Preußen hat sich selbst als „den ersten Diener des Staates“ bezeichnet. Die Staatsdiener sind aber abzusetzen, wenn sie sich im Konflikt mit den Gewalten befinden, welche die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung bestimmen. Wenn daher einem Parlamente mit Gewalt entgegengetreten wird, so ist es Pflicht eines jeden Staatsbürgers, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.

„Revolutionär“ ist unser Programm allerdings, aber nicht im Sinne der rohen Gewalt, sondern nur insofern, als wir eine gründliche Umgestaltung der öffentlichen Zustände und Verhältnisse anstreben. Die von mir gestern vorgetragene, mit der letzteren Auffassung übereinstimmende Definition des Begriffs „Revolution“ durch Lassalle hat bei dem Staatsgerichtshofe in Berlin Anklang gefunden und zur Freisprechung Lassalle's geführt. Dies bemerke ich hier wiederholt nur deshalb, weil der Herr Präsident sich vorgestern veranlaßt gefühlt hat, zu sagen, er lasse es dahingestellt sein, ob Lassalle's Definition in diesem Saale Anklang finden wird. -- Auch politische Gegner von uns, Autoritäten des Staatsrechts, haben von Revolution in diesem Sinne gesprochen. Zum Beweise hierfür will ich eine Stelle aus dem Staatswörterbuch von Bluntschli und Brater verlesen.

Präsident (den Angeklagten unterbrechend): Herr Bebel, es ist ganz unnütz, uns darüber belehren zu wollen, was Revolution ist. Es kommt lediglich darauf an, was das Gesetz*) unter Revolution versteht.

Bebel: Die Stelle ist ganz kurz; es sind nur sechs Zeilen.

Präsident: Solche Abschweifungen von der Sache gestatte ich nicht. Es scheint, als ob Sie mehr zu Ihren Parteigenossen reden wollten als zum Gerichtshof und zu den Herren Geschwornen. (!)

Bebel: Herr Präsident, ich weiß in der That nicht, ob sich ein einziger Parteigenosse unter der Zuhörerschaft befindet. Im Uebrigen verwahre ich mich gegen die Beschränkung der Redefreiheit durch den Herrn Präsidenten. Gerade in dem gegen uns gebrauchten Wort „Revolution" liegt des Pudels Kern, und es muß mir überlassen sein, unsere Auffassung über dieses Wort in jeder Weise darzulegen, da ja eben hierin eine gewaltige Differenz zwischen der Anklage und uns besteht.

Präsident: Ich gestatte (!) Ihnen, die sechs Zeilen zu verlesen. Im Uebrigen bleibe ich bei meiner Auffassung stehen.

Bebel liest:

„Im weiteren Sinne bedeutet Revolution jede Umgestaltung von Grund aus, und politische Revolution ist die gründliche Umgestaltung des Staats, gleichviel ob sie ihren Anstoß von oben oder von unten her erhalte, ob dabei die bestehenden Rechtsformen beachtet werden oder der Drang der Aenderung gewaltsam losbreche."

(dann fortfahrend):

Ich habe mich jetzt bereits über das Wort „revolutionär" aussprechen müssen, weil ich den Ausdruck „revolu-

*) Der „Frankfurter Beobachter", ein kleinbürgerlich-demokratisches Blatt (das längst nicht mehr besteht [1894]) bemerkte hierzu am 14. März: „Ein doppelter Unsinn! Erstens kommt zur Beurtheilung der Schuldfrage es ganz hauptsächlich darauf an, was der Angeklagte unter einem von ihm gebrauchten Ausdrucke, der den Gegenstand der Anklage bildet, verstanden hat — und selbst ein etwaiger Irrthum über die Bedeutung des Wortes muß ihm hier vollständig zu Gute kommen —, zweitens giebt es in der ganzen Welt kein Strafgesetz, welches sich mit dem Ausdruck „Revolution", der ja lediglich ein theoretischer ist, befaßt. Der Präsident konnte sich also am wenigsten bei diesem Anlasse auf die „Definition des Gesetzes" berufen, wodurch die Geschwornen möglicherweise ganz irregeführt werden!"

tionäres Programm" in Briefen und sonstigen Schriftstücken, welche die Anklage gegen uns vorführt, gebraucht habe. — Ein Theil der Forderungen unseres Programms ist übrigens bereits in die Gesetzgebung übergegangen, z. B. theilweise das allgemeine direkte Wahlrecht, der obligatorische Schulunterricht. Was noch nicht verwirklicht ist, kann daher wohl auch noch unter der jetzigen Staatsform verwirklicht werden; freilich habe ich für meine Person hierüber eine andere Meinung.

Präsident: Ich unterlasse es absichtlich, irgend einen Einwand gegen Ihre langen (Bebel hatte kaum 20 Minuten gesprochen!) Ausführungen zu machen, und behaupte nur, daß dieselben in diesem Saale keine Anerkennung finden werden.*)

Vertheidiger Freytag II.: Ich muß für meinen Defendenten das Recht in Anspruch nehmen, jeder Zeit, wenn das Wort „Revolution" hier zum Vortrag kommt, darlegen zu können, was er und Andere darunter verstehen. Im Uebrigen möchte ich wissen, in welchem Gesetz eigentlich eine Definition des Begriffs „Revolution" enthalten ist?

Präsident: — bleibt die Antwort schuldig.

Vertheidiger Freytag I.: Bei dem Begriffe „revolutionär" kommt es nicht auf die Auffassung des Gerichtshofes, sondern auf die Auffassung Derjenigen an, welche dieses Wort gebrauchten und darum angeklagt sind. Diese allein haben zu entscheiden über den Sinn ihrer Rede, und es muß ihnen also auch gestattet sein, denselben zu entwickeln.

---

*) So der Bericht des „Tageblattes", den wir nach unserer Erinnerung für richtig halten. — Hans Blum referirt in der „Deutsch. Allgem. Ztg.": „Ich behaupte, daß Ihre Einwendungen hier keine Anerkennung finden werden." Letztere Lesart wäre noch gravirender für den Präsidenten, dessen Parteilichkeit nicht einmal von unsern Gegnern vertuscht werden konnte. — Mit Recht bemerkte der „Frankfurter Beobachter" zu solchem Gebahren: „Wenn diese Worte irgend einen vernünftigen Sinn haben, so ist daraus zu entnehmen, daß der Gerichtspräsident das Urtheil der Geschwornen über die einzelnen Momente der Schuldfrage im Voraus kennt und sich gar nicht geniert, dies dem Angeklagten ins Gesicht zu sagen. Er könnte ebensogut sich der Worte bedienen: „„Vertheidigen Sie sich nur, Angeklagter, aber ich behaupte, daß es Ihnen doch nichts nützen wird!" Das wäre dann deutsche Justiz."" Nun — es war „deutsche Justiz".

Fortan werde ich meine Defendenten in jedem Falle, wo das Wort „Revolution“ u. ſ. w. vorkommt, um die Auffaſſung, welche ſie davon haben, beſonders befragen.

Präſident: Ich werde nie geſtatten, Vorleſungen über dieſen Gegenſtand zu halten. (!) — Herr Hepner, wie erklären Sie ſich über die Eiſenacher Verhandlungen?

Hepner: In Anbetracht, daß in dem ganzen Eiſenacher Protokoll weder ein Wort von mir, noch über mich enthalten iſt, glaube ich von einer Erklärung umſomehr abſehen zu dürfen, als ich im Protokoll überhaupt nichts Belaſtendes finde. —

Auf Antrag der Staatsanwaltſchaft wird nun ein langer, unter dem Titel: „Die demokratiſchen Ziele und die deutſchen Arbeiter“ in Nrn. 34, 36, 47 und 48 des „Demokratiſchen Wochenblatts“ von 1868 und in Nr. 10 deſſelben von 1869 erſchienener Aufſatz vorgeleſen, der ſich für eine Allianz der bürgerlichen Demokratie mit den Arbeitern ausſpricht, und deſſen Schluß lautet:

„Das Programm, das Alle eint und deſſen Ausführung im Einzelnen wir den Führern der großen deutſchen Aktions- und Volkspartei überlaſſen, kann nur für das nächſte Ziel des Kampfes ſein:

„der ungetheilte deutſche Volksſtaat auf breiteſter demokratiſcher Grundlage mit beſchließendem Parlamente und demokratiſcher Spitze.“

Und nun an die Arbeit! Denn Zeit iſt Geld, Zeit iſt Brot, Zeit iſt Blut. Nicht gezittert, wenn auch einiger Staub aufgewühlt wird bei ſtürzendem alten Gemäuer und hier und da ein Arbeiter oder Pionier verſchüttet wird. Nicht gewankt! Das Volk wird ſelbſt beſtimmen das Haupt, das nach Uhland nur mit einem vollen Tropfen demokratiſchen Oels geſalbt ſein kann.“

Der Staatsanwalt wollte urſprünglich nur Einiges aus dieſen Aufſätzen verleſen haben, dem entgegen forderte aber nunmehr die Vertheidigung die Verleſung ſämmtlicher Artikel, damit der Zuſammenhang nicht fehle.

Nachdem die Verleſung ſtattgefunden hatte, macht der Präſident beſonders auf den ſoeben zitirten Paſſus aufmerkſam.

Liebknecht: Der Artikel rührt von einem Mitgliede der früheren Volkspartei her; Strafbares enthält er meiner Ueberzeugung nach nicht, jedenfalls nichts, was die gegenwärtige Anklage unterſtützt. Beiläufig bin ich weit davon entfernt, mich mit dem Inhalt und der Form dieſes Auf-

satzes zu identifiziren. Wie wenig Gewicht ich auf ihn gelegt habe, ergiebt sich am besten daraus, daß zwischen dem Anfang und dem Ende des Abdrucks gegen 9 Monate verflossen sind. Der Standpunkt des Verfassers ist ein durchaus anderer als der unserer Partei, was schon der phrasenhafte Charakter des Artikels zeigt. Es ist Phrase und nichts als Phrase. Und daß es für den Verfasser selbst nichts als Phrase gewesen, wird schlagend dadurch bewiesen, daß derselbe heute in Bismarck'scher Politik macht, ein Bejubler der Bismarck'schen Erfolge ist.

Präsident: Da Sie den Artikel in Ihrem Blatt aufgenommen, ist eine Uebereinstimmung Ihrerseits mit dem Inhalt desselben wohl anzunehmen. In der Regel werden doch nur diejenigen Artikel aufgenommen, die sich mit der Haltung des Blattes im Einklang befinden.

Liebknecht: Die Redaktion, wie sie von mir gehandhabt worden, gab stets allen in der Partei vertretenen und oft auch der Partei bloß verwandten Strömungen Raum. Ich glaube, jeder Zeitungs-Redakteur kommt zuweilen in die Lage, auch solche Artikel aufzunehmen, die nicht vollständig den durch ihn vertretenen Prinzipien und Ansichten entsprechen. Um wie viel mehr der Redakteur eines Blattes, wie das unsrige, das Eigenthum der Partei ist und großentheils von der Partei selbst geschrieben wird. Ich lehne überhaupt ein für allemal jede geistige Verantwortlichkeit ab in Bezug auf Schriftstücke, die ich nicht selbst verfaßt habe. Die juristische Verantwortlichkeit, soweit das Preßgesetz sie mir auferlegt, weise ich natürlich nicht zurück und kann ich nicht zurückweisen. Der in Frage stehende Artikel wurde beiläufig aus Gefälligkeit für die Partei, in welcher der mir sehr warm empfohlene Verfasser damals stand, aufgenommen.

Geschworner Steiger: Herr Präsident, würden Sie vielleicht den Angeklagten veranlassen, den Namen des Verfassers zu nennen?*)

Liebknecht: Der Verfasser ist ein Preuße, und da er durch die Amnestie sicher gestellt ist, so werde ich ihn namhaft machen. Es ist Adolph Weiß, jetzt Redakteur der nationalliberalen „Grazer Tagespost" (nicht zu verwechseln mit Dr. Guido Weiß).

*) Ob der Herr Geschworne wohl zu einer so inquisitorischen Frage berechtigt war?

Bebel: Ich habe den Artikel wegen seiner Phrasenhaftigkeit gar nicht gelesen.

Demgemäß gelangte nun zur Produktion als Beweisstück die Broschüre: „Der Staat und das Genossenschaftswesen, Punkt 10 des Eisenacher Programms betreffend, von Karl Hirsch. Leipzig. 1870", und ward aus derselben der letzte Abschnitt Nr. 4 auf S. 14 derselben zur Verlesung gebracht.

Diese Broschüre war im „Volksstaat" abgedruckt. Ihr Inhalt gipfelt in dem Ausspruch:

„Staatshilfe in der Weise, wie die Arbeiter sie fordern, kann nie in einer Monarchie, selbst nicht in einer Klassenrepublik gedeihen, sondern nur in der sozialdemokratischen Republik."

Daraus folgert die Anklage, daß das Parteistreben auf die Republik gerichtet gewesen sei.

Nach der Verlesung bemerkt der Präsident: Wir haben es hier mit einer Broschüre zu thun, die wegen ihres Abdrucks im Parteiorgan, dem „Volksstaat", mit Herrn Liebknecht in Verbindung zu bringen ist. Das Hauptgewicht ist darauf zu legen, daß am Schluß dieser Broschüre ausgesprochen ist, Monarchien, selbst Klassenherrschafts-Republiken seien nicht im Stande, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen; dies könne nur eine Arbeiter-, eine sozialdemokratische Republik.

Liebknecht: Der Abdruck ist zwar durch mich veranlaßt worden; nothwendig ist es aber darum noch nicht, daß die Ansichten von Karl Hirsch mit den meinigen übereinstimmen. Ob ich mit den Hirsch'schen Ansichten übereinstimme oder nicht, lasse ich überhaupt völlig dahingestellt sein. Es ist hier absolut gleichgiltig. Daß ich unter „freiem Volksstaat" die Republik verstehe, habe ich bereits früher erklärt; für den Inhalt dieser Broschüre bin ich aber nicht verantwortlich zu machen, auch wenn die darin ausgesprochenen Ansichten die meinigen sind. Ich betone dies lediglich aus juristischen Gründen — als Präzedenz —, denn der Inhalt der Broschüre ist durchaus harmloser, jedenfalls nicht hochverrätherischer Natur.

Bebel: Ich erlaube mir zunächst, den Herrn Präsidenten auf einen kleinen Irrthum hinzuweisen: die Broschüre ist nicht im „Volksstaat" abgedruckt worden, sondern umgekehrt ist die Broschüre nur eine Zusammenstellung der im „Volksstaat" erschienenen Artikel. Eigenthümlich erscheint es, daß, während der Staatsanwalt früher nichts gegen die

Verbreitung dieſer Broſchüre gehabt hat, ſie jetzt unter dem Belaſtungsmateriale ſich befindet.

Präſident: Herr Hepner, Sie haben wohl keine Veranlaſſung, etwas zu bemerken? (Heiterkeit im Publikum.)

Hepner: Nein.

Vertheidiger Freytag II.: Ich bitte zu konſtatiren, daß die Broſchüre zwei Jahre unbehelligt im Buchhandel geweſen iſt.

Vertheidiger Freytag I.: Ich bitte im Protokoll zu konſtatiren, daß ſie vom Jahre 1870 herrührt.

Präſident: Das kann ich nicht. (!)

Einer der Geſchwornen frägt nach dem Datum der Anklage und erfährt vom Präſidenten, dieſelbe ſei am 17. Dez. 1870, Vormittags 11 Uhr, eingereicht. Wie lange die Staatsanwaltſchaft aber zur Vorbereitung derſelben gebraucht habe, könne er nicht wiſſen.

Freytag I.: Ich bitte wiederholt, zu konſtatiren, wann die Artikel im „Volksſtaat" geſtanden haben. —

Es wird im „Demokratiſchen Wochenblatt" nachgeblättert und gefunden, daß in Nr. 17 des gedachten Blattes vom 27. Nov. 1869 der Anfang jener Artikel ſich befindet. Es iſt damit alſo der Beweis geliefert, daß dieſelben mehr als ein Jahr veröffentlicht waren, ohne daß die Staatsanwaltſchaft Veranlaſſung gefunden hätte, dagegen einzuſchreiten. —

Hierauf wird zur Verleſung des „Kommuniſtiſchen Manifeſtes", im Februar 1848 in London mit dem Motto: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" erſchienen und 1866 neu herausgegeben durch Siegfried Meyer, geſchritten, und zwar wird es auf Veranlaſſung des Staatsanwalts in ſeinem ganzen Wortlaute vorgeführt.

Es lautet:

Manifeſt der Kommuniſtiſchen Partei.

Ein Geſpenſt geht um in Europa — das Geſpenſt des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben ſich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Geſpenſt verbündet, der Papſt und der Czar, Metternich und Guizot, franzöſiſche Radikale und deutſche Poliziſten.

Wo iſt die Oppoſitionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommuniſtiſch verſchrieen worden wäre, wo die Oppoſitionspartei, die den fortgeſchritteneren Oppoſitionsleuten ſowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeſchleudert hätte?

Zweierlei geht aus dieser Thatsache hervor.

Der Kommunismus wird bereits von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt.

Es ist hohe Zeit, daß die Kommunisten ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke, ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen und dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus ein Manifest der Partei selbst entgegenstellen.

Zu diesem Zweck haben sich Kommunisten der verschiedensten Nationalität in London versammelt und das folgende Manifest entworfen, das in englischer, französischer, deutscher, italienischer, flämischer und dänischer Sprache veröffentlicht wird.

I.

Bourgeois und Proletarier.

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Geselle, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete, oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene, und noch dazu in fast jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen.

Die aus dem Untergange der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestalten des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.

Aus den Leibeigenen des Mittelalters gingen die Pfahlbürger der ersten Städte hervor; aus dieser Pfahlbürgerschaft entwickelten sich die ersten Elemente der Bourgeoisie.

Die Entdeckung Amerikas, die Umschiffung Afrikas schufen der aufkommenden Bourgeoisie ein neues Terrain. Der ostindische

und chinesische Markt, die Kolonisirung von Amerika, der Austausch mit den Kolonieen, die Vermehrung der Tauschmittel und der Waaren überhaupt gaben dem Handel, der Schifffahrt, der Industrie einen nie gekannten Aufschwung, und damit dem revolutionären Element in der zerfallenen feudalen Gesellschaft eine rasche Entwicklung.

Die bisherige feudale oder zünftige Betriebsweise der Industrie reichte nicht mehr aus für den mit neuen Märkten anwachsenden Bedarf. Die Manufaktur trat an ihre Stelle. Die Zunftmeister wurden verdrängt durch den industrieellen Mittelstand; die Theilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Korporationen verschwand vor der Theilung der Arbeit in der einzelnen Werkstatt selbst.

Aber immer wuchsen die Märkte, immer stieg der Bedarf. Auch die Manufaktur reichte nicht mehr aus. Da revolutionirte der Dampf und die Maschinerie die industrieelle Produktion. An die Stelle der Manufaktur trat die moderne große Industrie, an die Stelle des industrieellen Mittelstandes traten die industrieellen Millionäre, die Chefs ganzer industrieeller Armeen, die modernen Bourgeois.

Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Maße, worin Industrie, Handel, Schifffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Maße entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund.

Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist.

Jede dieser Entwicklungsstufen der Borgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziationen in der Kommune, hier unabhängige städtische Republik, dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie, dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder in der absoluten Monarchie, Hauptgrundlage der großen Monarchieen überhaupt, erkämpfte sie sich endlich seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet.

Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt.

Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen, und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose „baare Zahlung". Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmuth in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwerth aufgelöst, und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.

Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Thätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältniß seinen rührendsentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältniß zurückgeführt.

Die Bourgeoisie hat enthüllt, wie die brutale Kraftäußerung, die die Reaktion so sehr am Mittelalter bewundert, in der trägsten Bärenhäuterei ihre passende Ergänzung fand. Erst sie hat bewiesen, was die Thätigkeit der Menschen zu Stande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht, als egyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gothische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt, als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.

Die Bourgeoisie kann nicht existiren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämmtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutioniren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfniß nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Ueberall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrieen sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrieen, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisirten Nationen wird, durch Industrieen, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten, und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Welttheilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen von einander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waaren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zu Grunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.

Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen. Sie hat enorme Städte geschaffen, sie hat die Zahl der städtischen Bevölkerung gegenüber der ländlichen in hohem Grad vermehrt und so einen bedeutenden Theil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen. Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisirten, die Bauernvölker von den Bourgoisvölkern, den Orient vom Occident abhängig gemacht.

Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomerirt, die Produktionsmittel zentralisirt und das Eigenthum in wenigen Händen konzentrirt. Die nothwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie.

Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschifffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Welttheile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schooß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten?

Wir haben also gesehen: Die Produktions- und Verkehrsmittel, auf deren Grundlage sich die Bourgeoisie heranbildete, wurden in der feudalen Gesellschaft erzeugt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung dieser Produktions- und Verkehrsmittel entsprachen die Verhältnisse, worin die feudale Gesellschaft produzirte und austauschte, die feudale Organisation der Agrikultur und Manufaktur, mit einem Wort die feudalen Eigenthumsverhältnisse den schon entwickelten Produktivkräften nicht mehr. Sie hemmten die Produktion, statt sie zu fördern. Sie verwandelten sich in eben so viele Fesseln. Sie mußten gesprengt werden, sie wurden gesprengt.

An ihre Stelle trat die freie Konkurrenz mit der ihr angemessenen gesellschaftlichen und politischen Konstitution, mit der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisklasse.

Unter unseren Augen geht eine ähnliche Bewegung vor. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigenthumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigenthumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In

den Handelskrisen wird ein großer Theil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre — die Epidemie der Ueberproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnoth, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigenthumsverhältnisse; im Gegentheil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt, und sobald sie dies Hemmniß überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigenthums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichthum zu fassen. — Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier.

In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Waare, wie jeder andere Handelsartikel, und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Theilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. Die Kosten, die der Arbeiter verursacht, beschränken sich daher fast nur auf die Lebensmittel, die er zu seinem Unterhalt

und zur Fortpflanzung seiner Rasse bedarf. Der Preis einer Waare, also auch der Arbeit, ist aber gleich ihren Produktionskosten. In demselben Maße, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab. Noch mehr, in demselben Maße, wie Maschinerie und Theilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeit zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen u. s. w.

Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industrieellen Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisirt. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisklasse, des Bourgeoisstaates, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor Allem von den einzelnen fabrizirenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so kleinlicher, gehässiger, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamirt.

Je weniger die Handarbeit Geschicklichkeit und Kraftäußerung erheischt, d. h. je mehr die moderne Industrie sich entwickelt, desto mehr wird die Arbeit der Männer durch die der Weiber verdrängt. Geschlechts- und Altersunterschiede haben keine gesellschaftliche Geltung mehr für die Arbeiterklasse. Es giebt nur noch Arbeitsinstrumente, die je nach Alter und Geschlecht verschiedene Kosten machen.

Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn baar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Theile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher u. s. w.

Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industrieellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, theils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, theils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwerthet wird. So rekrutirt sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung.

Das Proletariat macht verschiedene Entwicklungsstufen durch. Sein Kampf gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz.

Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois, der sie direkt ausbeutet. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die bürgerlichen Produktions-

Verhältnisse, sie richten sie gegen die Produktions-Instrumente selbst; sie vernichten die fremden konkurrirenden Waaren, sie zerschlagen die Maschinen, sie stecken die Fabriken in Brand, sie suchen die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder zu erringen.

Auf dieser Stufe bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Massenhaftes Zusammenhalten der Arbeiter ist noch nicht die Folge ihrer eigenen Vereinigung, sondern die Folge der Vereinigung der Bourgeoisie, die zur Erreichung ihrer eigenen politischen Zwecke das ganze Proletariat in Bewegung setzen muß und es einstweilen noch kann. Auf dieser Stufe bekämpfen die Proletarier also nicht ihre Feinde, sondern die Feinde ihrer Feinde, die Reste der absoluten Monarchie, die Grundeigenthümer, die nicht industrieellen Bourgeois, die Kleinbürger. Die ganze geschichtliche Bewegung ist so in den Händen der Bourgeoisie konzentrirt; jeder Sieg, der so errungen wird, ist ein Sieg der Bourgeoisie.

Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. Die wachsende Konkurrenz der Bourgeois unter sich und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender; die immer rascher sich entwickelnde, unaufhörliche Verbesserung der Maschinerie macht ihre ganze Lebensstellung immer unsicherer; immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für diese gelegentliche Empörungen zu verproviantiren. Stellenweis bricht der Kampf in Emeuten aus.

Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten mit einander in Verbindung setzen. Es bedarf aber blos der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampfe zu zentralisiren. Jeder Klassen-

kampf aber ist ein politischer Kampf. Und die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vicinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zu Stande.

Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt. So die Zehnstundenbill in England.

Die Kollisionen der alten Gesellschaft überhaupt fördern mannigfach den Entwicklungsgang des Proletariats. Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe; anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Theile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch gerathen; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genöthigt, an das Proletariat zu appelliren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen. Sie selbst führt also dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente, d. h. Waffen gegen sich selbst zu.

Es werden ferner, wie wir sahen, durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandtheile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Masse Bildungselemente zu.

In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Theil der herrschenden Klasse sich von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Theil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Theil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Theil der Bourgeoisie-Ideologen, welche zum theoretischen Verständniß der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinaufgearbeitet haben.

Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie Alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu

sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Uebergang ins Proletariat, so vertheidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.

Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.

Die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft sind schon vernichtet in den Lebensbedingungen des Proletariats. Der Proletarier ist eigenthumslos; sein Verhältniß zu Weib und Kindern hat nichts mehr gemein mit dem bürgerlichen Familienverhältniß; die moderne industrieelle Arbeit, die moderne Unterjochung unter das Kapital, dieselbe in England wie in Frankreich, in Amerika wie in Deutschland, hat ihm allen nationalen Charakter abgestreift. Die Gesetze, die Moral, die Religion, sind für ihn eben so viele bürgerliche Vorurtheile, hinter denen sich eben so viele bürgerliche Interessen verstecken.

Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben Nichts von den Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherige Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören.

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.

Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.

Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht, und durch

den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.

Alle bisherige Gesellschaft beruhte, wie wir gesehen haben, auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihr Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet, wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch rascher als Bevölkerung und Reichthum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.

Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisklasse ist die Anhäufung des Reichthums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolirung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihrer revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produzirt, und die Produkte sich aneignet. Sie produzirt vor Allem ihre eigenen Todtengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.

II.

Proletarier und Kommunisten.

In welchem Verhältniß stehen die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt?

Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.

Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesammten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesammtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Theil der Arbeiterparteien aller Länder, sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.

Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke thatsächlicher Verhältnisse eines existirenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung. Die Abschaffung bisheriger Eigenthumsverhältnisse ist nichts den Kommunismus eigenthümlich Bezeichnendes.

Alle Eigenthumsverhältnisse waren einem beständigen geschichtlichen Wechsel, einer beständigen geschichtlichen Veränderung unterworfen.

Die französische Revolution z. B. schaffte das Feudaleigenthum zu Gunsten des bürgerlichen ab.

Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigenthums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigenthums.

Aber das moderne bürgerliche Privateigenthum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der Einen durch die Andern beruht.

In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigenthums zusammenfassen.

Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigenthum abschaffen; das Eigenthum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Thätigkeit und Selbständigkeit bilde.

Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigenthum! Sprecht Ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigenthum, welches dem bürgerlichen Eigenthum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.

Oder sprecht Ihr vom modernen bürgerlichen Privateigenthum?

Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigenthum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d. h. das Eigenthum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von Neuem auszubeuten. Das Eigenthum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit. Betrachten wir die beiden Seiten dieses Gegensatzes.

Kapitalist sein heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Thätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Thätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden.

Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht.

Wenn also das Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft angehöriges Eigenthum verwandelt wird, so verwandelt sich nicht persönliches Eigenthum in gesellschaftliches. Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigenthums verwandelt sich. Er verliert seinen Klassencharakter.

Kommen wir zur Lohnarbeit.

Der Durchschnittspreis der Lohnarbeit ist das Minimum des Arbeitslohnes, d. h. die Summe der Lebensmittel, die nothwendig sind, um den Arbeiter als Arbeiter am Leben zu erhalten. Was also der Lohnarbeiter durch seine Thätigkeit sich aneignet, reicht blos dazu hin, um sein nacktes Leben wieder zu erzeugen. Wir wollen diese persönliche Aneignung der Arbeitsprodukte zur Wiedererzeugung des unmittelbaren Lebens keineswegs abschaffen, eine Aneignung, die keinen Reinertrag übrig läßt, der Macht über fremde Arbeit geben könnte. Wir wollen nur den elenden Charakter dieser Aneignung aufheben, worin der Arbeiter nur lebt, um das Kapital zu vermehren, nur so weit lebt, wie es das Interesse der herrschenden Klasse erheischt.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.

In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das thätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist.

Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeoispersönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit.

Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf.

Fällt aber der Schacher, so fällt auch der freie Schacher. Die Redensarten vom freien Schacher, wie alle übrigen Freiheitsbravaden unserer Bourgeoisie haben überhaupt nur einen Sinn gegenüber dem gebundenen Schacher, gegenüber dem geknechteten Bürger des Mittelalters, nicht aber gegenüber der kommunistischen Aufhebung des Schachers, der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und der Bourgeoisie selbst.

Ihr entsetzt Euch darüber, daß wir das Privateigenthum aufheben wollen. Aber in Eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigenthum für 9 Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existirt gerade dadurch, daß es für 9 Zehntel nicht existirt. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigenthum aufheben wollen, welches die Eigenthumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als nothwendige Bedingung voraussetzt.

Ihr werft uns mit einem Wort vor, daß wir Euer Eigenthum aufheben wollen. Allerdings das wollen wir.

Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz in eine monopolisirbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d. h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigenthum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick an erklärt Ihr, die Person sei aufgehoben.

Ihr gesteht also, daß Ihr unter der Person Niemanden anders versteht, als den Bourgois, den bürgerlichen Eigenthümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden.

Der Kommunismus nimmt Keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.

Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigenthums werde alle Thätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen.

Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zu Grunde gegangen sein, denn Die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und Die in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze

Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, daß es keine Lohnarbeit mehr giebt, sobald es kein Kapital mehr giebt.

Alle Einwürfe, die gegen die kommunistische Aneignungs- und Produktionsweise der materiellen Produkte gerichtet werden, sind ebenso auf die Aneignung und Produktion der geistigen Produkte ausgedehnt worden. Wie für den Bourgeois das Aufhören des Klasseneigenthums das Aufhören der Produktion selbst ist, so ist für ihn das Aufhören der Klassenbildung identisch mit dem Aufhören der Bildung überhaupt.

Die Bildung, deren Verlust er bedauert, ist für die enorme Mehrzahl die Heranbildung zur Maschine.

Aber streitet nicht mit uns, indem Ihr an Euren bürgerlichen Vorstellungen von Freiheit, Bildung, Recht u. s. w. die Abschaffung des bürgerlichen Eigenthums meßt. Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigenthumsverhältnisse, wie Euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille Eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen Eurer Klasse.

Die interessirte Vorstellung, worin Ihr Eure Produktions- und Eigenthumsverhältnisse aus geschichtlichen, in dem Lauf der Produktion vorübergehenden Verhältnissen in ewige Natur- und Vernunftgesetze verwandelt, theilt Ihr mit allen untergegangenen herrschenden Klassen. Was Ihr für das antike Eigenthum begreift, was Ihr für das feudale Eigenthum begreift, dürft Ihr nicht mehr begreifen für das bürgerliche Eigenthum. —

Aufhebung der Familie! Selbst die Radikalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Kommunisten.

Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existirt sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution.

Die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg mit dem Wegfallen dieser ihrer Ergänzung und beide verschwinden mit dem Verschwinden des Kapitals.

Werft Ihr uns vor, daß wir die Ausbeutung der Kinder durch ihre Eltern aufheben wollen? Wir gestehen dieses Verbrechen ein.

Aber, sagt Ihr, wir heben die trautesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen.

Und ist nicht auch Eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer Ihr erzieht durch die direktere oder indirektere Einmischung der Gesellschaft, vermittelst der Schule u. s. w.? Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung,

sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.

Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältniß von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr in Folge der großen Industrie alle Familienbande für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden.

Aber ihr Kommunisten wollt die Weibergemeinschaft einführen, schreit uns die ganze Bourgeoisie im Chor entgegen.

Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument. Er hört, daß die Produktionsinstrumente gemeinschaftlich ausgebeutet werden sollen und kann sich natürlich nichts anderes denken, als daß das Loos der Gemeinschaftlichkeit die Weiber gleichfalls treffen wird.

Er ahnt nicht, daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloße Produktionsinstrumente aufzuheben.

Uebrigens ist nichts lächerlicher, als das hochmoralische Entsetzen unserer Bourgeois über die angebliche offizielle Weibergemeinschaft der Kommunisten. Die Kommunisten brauchen die Weibergemeinschaft nicht einzuführen, sie hat fast immer existirt.

Unsere Bourgeois, nicht zufrieden damit, daß ihnen die Weiber und Töchter ihrer Proletarier zur Verfügung stehen, von der offiziellen Prostitution gar nicht zu sprechen, finden ein Hauptvergnügen darin, ihre Ehefrauen wechselseitig zu verführen.

Die bürgerliche Ehe ist in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Ehefrauen. Man könnte höchstens den Kommunisten vorwerfen, daß sie an Stelle einer heuchlerisch versteckten, eine offizielle, offenherzige Weibergemeinschaft einführen wollten. Es versteht sich übrigens von selbst, daß mit Aufhebung der jetzigen Produktionsverhältnisse auch die aus ihnen hervorgehende Weibergemeinschaft, d. h. die offizielle und nichtoffizielle Prostitution verschwindet.

Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität, abschaffen.

Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituiren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.

Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industrieellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisirten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.

In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.

Die Anklagen gegen den Kommunismus, die von religiösen, philosophischen und ideologischen Gesichtspunkten überhaupt erhoben werden, verdienen keine ausführlichere Erörterung.

Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte auch ihr Bewußtsein sich ändert?

Was beweist die Geschichte der Ideen anders, als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.

Man spricht von Ideen, welche eine ganze Gesellschaft revolutioniren; man spricht damit nur die Thatsache aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben, daß mit der Auflösung der alten Lebensverhältnisse die Auflösung der alten Ideen gleichen Schritt hält.

Als die alte Welt im Untergehen begriffen war, wurden die alten Religionen von der christlichen Religion besiegt. Als die christlichen Ideen im 18. Jahrhundert den Aufklärungsideen unterlagen, rang die feudale Gesellschaft ihren Todeskampf mit der damals revolutionären Bourgeoisie. Die Ideen der Gewissens- und Religionsfreiheit sprachen nur die Herrschaft der freien Konkurrenz auf dem Gebiete des Wissens aus.

„Aber", wird man sagen, „religiöse, moralische, philosophische, politische, rechtliche Ideen u. s. w. modifizirten sich allerdings im Lauf der geschichtlichen Entwicklung. Die Religion, die Moral, die Philosophie, die Politik, das Recht erhielten sich stets in diesem Wechsel."

„Es giebt zudem ewige Wahrheiten, wie Freiheit, Gerechtigkeit u. s. w., die allen gesellschaftlichen Zuständen gemeinsam sind. Der Kommunismus aber schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten, er widerspricht also allen bisherigen geschichtlichen Entwicklungen."

Worauf reduzirt sich diese Anklage? Die Geschichte der ganzen bisherigen Gesellschaft bewegte sich in Klassengegensätzen, die in den verschiedenen Epochen verschieden gestaltet waren.

Welche Form sie aber auch immer angenommen, die Ausbeutung des einen Theils der Gesellschaft durch den anderen ist eine allen vergangenen Jahrhunderten gemeinsame Thatsache. Kein Wunder daher, daß das gesellschaftliche Bewußtsein aller Jahr-

hunderte, aller Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit zum Trotz, in gewissen gemeinsamen Formen sich bewegt, in Bewußtseinsformen, die nur mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich vollständig auflösen.

Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigenthumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird.

Doch lassen wir die Einwürfe der Bourgeoisie gegen den Kommunismus.

Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisirten Proletariats zu zentralisiren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigenthumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigenthums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigenthums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für Alle, Errichtung industrieeller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmählige Beseitigung des Unterschiedes von Stadt und Land.

10. Oeffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion u. s. w.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziirten Individuen konzentrirt, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisirte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich nothwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung Aller ist.

III.

Sozialistische und kommunistische Literatur.

1. Der reaktionäre Sozialismus.

a) Der feudale Sozialismus.

Die französische und englische Aristokratie war ihrer geschichtlichen Stellung nach dazu berufen, Pamphlete gegen die moderne bürgerliche Gesellschaft zu schreiben. In der französischen Julirevolution von 1830, in der englischen Reformbewegung war sie noch einmal dem verhaßten Emporkömmling erlegen. Von einem ernsten politischen Kampf konnte nicht mehr die Rede sein. Nur der literarische Kampf blieb ihr übrig. Aber auch auf dem Gebiete der Literatur waren die alten Redensarten der Restaurationszeit unmöglich geworden. Um Sympathie zu erregen, mußte die Aristokratie scheinbar ihre Interessen aus den Augen verlieren und nur im Interesse der exploitirten Arbeiterklasse ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie formuliren. Sie bereitete so die Genugthuung vor, Schmählieder auf ihren neuen Herrscher singen und mehr oder minder unheilschwangere Prophezeiungen ihm ins Ohr raunen zu dürfen.

Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückhall der Vergangenheit, halb Dräuen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie ins Herz treffend

durch bitteres, geistreich zerreißendes Urtheil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen.

Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter.

Ein Theil der französischen Legitimisten und das junge England gaben dies Schauspiel zum Besten.

Wenn die Feudalen beweisen, daß ihre Weise der Ausbeutung anders gestaltet war als die bürgerliche Ausbeutung, so vergessen sie nur, daß sie unter gänzlich verschiedenen und jetzt überlebten Umständen und Bedingungen ausbeuteten. Wenn sie nachweisen, daß unter ihrer Herrschaft nicht das moderne Proletariat existirt hat, so vergessen sie nur, daß eben die moderne Bourgeoisie ein nothwendiger Sprößling ihrer Gesellschaftsordnung war.

Uebrigens verheimlichen sie den reaktionären Charakter ihrer Kritik so wenig, daß ihre Hauptanklage gegen die Bourgeoisie eben darin besteht, unter ihrem Regime entwickle sich eine Klasse, welche die ganze alte Gesellschaftsordnung in die Luft sprengen werde.

Sie werfen der Bourgeoisie mehr noch vor, daß sie ein revolutionäres Proletariat, als daß sie überhaupt ein Proletariat erzeugt.

In der politischen Praxis nehmen sie daher an allen Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterklasse Theil, und im gewöhnlichen Leben bequemen sie sich, allen ihren aufgeblähten Redensarten zum Trotz die goldenen Aepfel aufzulesen, und Treue, Liebe, Ehre mit dem Schacher in Schafswolle, Runkelrüben und Schnaps zu vertauschen.

Wie der Pfaffe immer Hand in Hand ging mit den Feudalen, so der pfäffische Sozialismus mit dem feudalistischen.

Nichts leichter, als dem christlichen Asketismus einen sozialistischen Anstrich zu geben. Hat das Christenthum nicht auch gegen das Privateigenthum, gegen die Ehe, gegen den Staat geeifert? Hat es nicht die Wohlthätigkeit und den Bettel, das Cölibat und die Fleischesertödtung, das Zellenleben und die Kirche an ihrer Stelle gepredigt? Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Aerger des Aristokraten einsegnet.

b) Kleinbürgerlicher Sozialismus.

Die feudale Aristokratie ist nicht die einzige Klasse, welche durch die Bourgeoisie gestürzt wurde, deren Lebensbedingungen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft verkümmerten und absterben. Das mittelalterliche Pfahlbürgerthum und der kleine

Bauernstand waren die Vorläufer der modernen Bourgeoisie. In den weniger industriell und kommerziell entwickelten Ländern vegetirt diese Klasse noch fort neben der aufkommenden Bourgeoisie.

In den Ländern, wo sich die moderne Zivilisation entwickelt hat, hat sich eine neue Kleinbürgerschaft gebildet, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt und als ergänzender Theil der bürgerlichen Gesellschaft stets von Neuem sich bildet, deren Mitglieder aber beständig durch die Konkurrenz ins Proletariat hinabgeschleudert werden, ja selbst mit der Entwicklung der großen Industrie einen Zeitpunkt herannahen sehen, wo sie als selbstständiger Theil der modernen Gesellschaft gänzlich verschwinden, und im Handel, in der Manufaktur, in der Agrikultur durch Arbeitsaufseher und Domestiken ersetzt werden.

In Ländern, wie in Frankreich, wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, daß Schriftsteller, die für das Proletariat gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihre Kritik des Bourgeoisregimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgerthums ergriffen. Es bildete sich so der kleinbürgerliche Sozialismus. Sismondi ist das Haupt dieser Literatur nicht nur für Frankreich, sondern auch für England.

Dieser Sozialismus zergliederte höchst scharfsinnig die Widersprüche in den modernen Produktionsverhältnissen. Er enthüllte die gleißnerischen Beschönigungen der Oekonomen. Er wies unwiderleglich die zerstörenden Wirkungen der Maschinerie und der Theilung der Arbeit nach, die Konzentration der Kapitalien und des Grundbesitzes, die Ueberproduktion, die Krisen, den nothwendigen Untergang der kleinen Bürger und Bauern, das Elend des Proletariats, die Anarchie in der Produktion, die schreienden Mißverhältnisse in der Vertheilung des Reichthums, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen unter einander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten.

Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigenthumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigenthumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopistisch zugleich.

Zunftwesen in der Manufaktur und patriarchalische Wirthschaft auf dem Lande, das sind seine letzten Worte.

In ihrer weiteren Entwicklung hat sich diese Richtung in einen feigen Katzenjammer verlaufen.

c) Der deutsche oder der „wahre" Sozialismus.

Die sozialistische und kommunistische Literatur Frankreichs, die unter dem Druck einer herrschenden Bourgeoisie entstand und der literarische Ausdruck des Kampfes gegen diese Herrschaft ist, wurde nach Deutschland eingeführt zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie soeben ihren Kampf gegen den feudalen Absolutismus begann.

Deutsche Philosophen, Halbphilosophen und Schöngeister bemächtigten sich gierig dieser Literatur und vergaßen nur, daß bei der Einwanderung jener Schriften aus Frankreich die französischen Lebensverhältnisse nicht gleichzeitig nach Deutschland eingewandert waren. Den deutschen Verhältnissen gegenüber verlor die französische Literatur alle unmittelbar praktische Bedeutung und nahm ein rein literarisches Aussehen an. Als müßige Spekulation über die Verwirklichung des menschlichen Wesens mußte sie erscheinen. So hatten für die deutschen Philosophen des 18. Jahrhunderts die Forderungen der ersten französischen Revolution nur den Sinn, Forderungen der „praktischen Vernunft" im Allgemeinen zu sein, und die Willensäußerungen der revolutionären, französischen Bourgeoisie bedeuteten in ihren Augen die Gesetze des reinen Willens, des Willens, wie er sein muß, des wahrhaft menschlichen Willens.

Die ausschließliche Arbeit der deutschen Literaten bestand darin, die neuen französischen Ideen mit ihrem alten philosophischen Gewissen in Einklang zu setzen, oder vielmehr von ihrem philosophischen Standpunkte aus die französischen Ideen sich anzueignen.

Diese Aneignung geschah in derselben Weise, wodurch man sich überhaupt eine fremde Sprache aneignet, durch die Uebersetzung.

Es ist bekannt, wie die Mönche Manuskripte, worauf die klassischen Werke der alten Heidenzeit verzeichnet waren, mit abgeschmackten katholischen Heiligengeschichten überschrieben. Die deutschen Literaten gingen umgekehrt mit der profanen französischen Literatur um. Sie schrieben ihren philosophischen Unsinn hinter das französische Original. Z. B. hinter die französische Kritik der Geldverhältnisse schrieben sie „Entäußerung des menschlichen Wesens", hinter die französische Kritik des Bourgeoisstaates schrieben sie „Aufhebung der Herrschaft des abstrakt Allgemeinen" u. s. w.

Die Unterschiebung dieser philosophischen Redensarten unter die französischen Entwicklungen tauften sie „Philosophie der That", „wahrer Sozialismus", „Deutsche Wissenschaft des Sozialismus", „philosophische Begründung des Sozialismus" u. s. w.

Die französische sozialistisch-kommunistische Literatur wurde so förmlich entmannt. Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, dem Kampf einer Klasse gegen die andere auszudrücken, so war der Deutsche sich bewußt, die „französische Einseitigkeit" überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfniß der Wahrheit,

und statt der Interessen des Proletariers die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt vertreten zu haben, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört.

Dieser deutsche Sozialismus, der seine unbeholfenen Schulübungen so ernst und feierlich nahm und so marktschreierisch ausposaunte, verlor indeß nach und nach seine pedantische Unschuld.

Der Kampf der deutschen, namentlich der preußischen Bourgeoisie, gegen die Feudalen und das absolute Königthum, mit einem Wort, die liberale Bewegung wurde ernsthafter.

Dem „wahren" Sozialismus war so erwünschte Gelegenheit geboten, der politischen Bewegung die sozialistischen Forderungen gegenüber zu stellen, die überlieferten Anatheme gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativstaat, gegen die bürgerliche Konkurrenz, bürgerliche Preßfreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit zu schleudern und der Volksmasse vorzupredigen, wie sie bei dieser bürgerlichen Bewegung nichts zu gewinnen, vielmehr Alles zu verlieren habe. Der deutsche Sozialismus vergaß rechtzeitig, daß die französische Kritik, deren geistloses Echo er war, die moderne bürgerliche Gesellschaft mit den entsprechenden materiellen Lebensbedingungen und der angemessenen politischen Konstitution vorausgesetzt, lauter Voraussetzungen, um deren Erkämpfung es sich erst in Deutschland handelte.

Er diente den deutschen absoluten Regierungen mit ihrem Gefolge von Pfaffen, Schulmeistern, Krautjunkern und Bureaukraten als erwünschte Vogelscheuche gegen die drohend aufstrebende Bourgeoisie.

Er bildete die süßliche Ergänzung zu den bitteren Peitschenhieben und Flintenkugeln, womit dieselben Regierungen die deutschen Arbeiteraufstände bearbeiteten.

Ward der „wahre" Sozialismus dergestalt eine Waffe in der Hand der Regierungen gegen die deutsche Bourgeoisie, so vertrat er auch unmittelbar ein reaktionäres Interesse, das Interesse der deutschen Pfahlbürgerschaft. In Deutschland bildet das vom sechszehnten Jahrhundert her überlieferte und seit dieser Zeit in verschiedener Form hier immer neu wieder auftauchende Kleinbürgerthum die eigentliche gesellschaftliche Grundlage der bestehenden Zustände.

Seine Erhaltung ist die Erhaltung der bestehenden deutschen Zustände. Von der industriellen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie fürchtet es den sicheren Untergang, einerseits in Folge der Konzentration des Kapitals, andererseits durch das Aufkommen eines revolutionären Proletariats. Der „wahre" Sozialismus schien ihm beide Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er verbreitete sich wie eine Epidemie.

Das Gewand, gewirkt aus spekulativem Spinnweb, überstickt mit schöngeistigen Redeblumen, durchtränkt von liebesschwülem Gemüthsthau, dies überschwängliche Gewand, worin die deutschen Sozialisten ihre paar knöchernen „ewigen Wahrheiten" einhüllten, vermehrte nur den Absatz ihrer Waare bei diesem Publikum.

Seinerseits erkannte der deutsche Sozialismus immer mehr seinen Beruf, der hochtrabende Vertreter dieser Pfahlbürgerschaft zu sein.

Er proklamirte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht desselben einen verborgenen, höheren, sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegentheil bedeutete. Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die „rohdestruktive" Richtung des Kommunismus auftrat und seine unparteiische Erhabenheit über alle Klassenkämpfe verkündete. Mit sehr wenigen Ausnahmen gehört alles, was in Deutschland von angeblich sozialistischen und kommunistischen Schriften zirkulirt, in den Bereich dieser schmutzigen, entnervenden Literatur.

2. Der konservative oder Bourgeois-Sozialismus.

Ein Theil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Mißständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.

Es gehören hierher: Oekonomisten, Philantropen, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohlthätigkeits-Organisirer, Abschaffer der Thierquälerei, Mäßigkeitsvereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigsten Art. Und auch zu ganzen Systemen ist dieser Bourgeois-Sozialismus ausgearbeitet worden.

Als Beispiel führen wir Proudhon's Philosophie de la Misère an.

Die sozialistischen Bourgeois wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die nothwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren. Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionirenden und sie auflösenden Elemente. Sie wollen die Bourgeoisie ohne das Proletariat. Die Bourgeoisie stellt sich die Welt, worin sie herrscht, natürlich als die beste Welt vor. Der Bourgeois-Sozialismus arbeitet diese tröstliche Vorstellung zu einem halben oder ganzen System aus. Wenn er das Proletariat auffordert, seine Systeme zu verwirklichen und in das neue Jerusalem einzugehen, so verlangt er im Grunde nur, daß es in der jetzigen Gesellschaft stehen bleibe, aber seine gehässigen Vorstellungen von derselben abstreife.

Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form des Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden, durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der

materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältniß von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.

Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeois-Sozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird.

Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse: das ist das letzte, das einzige ernst gemeinte Wort des Bourgeois-Sozialismus.

Der Sozialismus der Bourgeoisie besteht eben in der Behauptung, daß die Bourgeois Bourgeois sind — im Interesse der arbeitenden Klasse.

3. Der kritisch-utopistische Sozialismus und Kommunismus.

Wir reden hier nicht von der Literatur, die in allen großen modernen Revolutionen die Forderungen des Proletariats aussprach. (Schriften Babeuf's u. s. w.)

Die ersten Versuche des Proletariats, in einer Zeit allgemeiner Aufregung, in der Periode des Umsturzes der feudalen Gesellschaft direkt sein eigenes Klasseninteresse durchzusetzen, scheiterten nothwendig an der unentwickelten Gestalt des Proletariats selbst, wie an dem Mangel der materiellen Bedingungen seiner Befreiung, die eben erst das Produkt der bürgerlichen Epoche sind. Die revolutionäre Literatur, welche diese ersten Bewegungen des Proletariats begleitete, ist dem Inhalt nach nothwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und eine rohe Gleichmacherei.

Die eigentlich sozialistischen und kommunistischen Systeme, die Systeme St. Simon's, Fourier's, Owen's u. s. w. tauchen auf in der ersten unentwickelten Periode des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die wir oben dargestellt haben. (S. Bourgeoisie und Proletariat.)

Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen, wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbstthätigkeit, keine ihm eigenthümliche politische Bewegung.

Da die Entwicklung des Klassengegensatzes gleichen Schritt hält mit der Entwicklung der Industrie, finden sie eben so wenig

die materiellen Bedingungen zur Befreiung des Proletariats vor und suchen nach einer sozialen Wissenschaft, nach sozialen Gesetzen, um diese Bedingungen zu schaffen.

An die Stelle der gesellschaftlichen Thätigkeit muß ihre persönlich erfinderische Thätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählig vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne.

Sie sind sich zwar bewußt, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidendsten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidendsten Klasse existirt das Proletariat für sie.

Die unentwickelte Form des Klassenkampfes, wie ihre eigene Lebenslage bringen es aber mit sich, daß sie weit über jenen Klassengegensatz erhaben zu sein glauben. Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsglieder, auch der bestgestellten, verbessern. Sie appelliren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen.

Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen.

Die phantastische Schilderung der zukünftigen Gesellschaft entspringt in einer Zeit, wo das Proletariat noch höchst unentwickelt ist, also selbst noch phantastisch seine eigene Stellung auffaßt, seinem ersten ahnungsvollen Drängen nach einer allgemeinen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die sozialen und kommunistischen Schriften bestehen aber auch aus kritischen Elementen. Sie greifen alle Grundlagen der bestehenden Gesellschaft an. Sie haben daher höchst werthvolles Material zur Aufklärung der Arbeiter geliefert. Ihre positiven Sätze über die zukünftige Gesellschaft, z. B. Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, der Familie, des Privaterwerbs, der Lohnarbeit, die Verkündigung der gesellschaftlichen Harmonie, die Verwandlung des Staates in eine bloße Verwaltung der Produktion — alle diese ihre Sätze drücken bloß das Wegfallen des Klassengegensatzes aus, der eben erst sich zu entwickeln beginnt, den sie nur noch in seiner ersten gestaltlosen Unbestimmtheit kennen. Diese Sätze selbst haben daher noch einen rein utopistischen Sinn.

Die Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus steht im umgekehrten Verhältniß zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Werth, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Beziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedesmal reaktionäre Sekten. Sie halten die alten Anschauungen der Meister fest gegenüber der geschichtlichen Fortentwicklung des Proletariats. Sie suchen daher konsequent den Klassenkampf wieder abzustumpfen und die Gegensätze zu vermitteln. Sie träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstere, Gründung von Home-Kolonieen, Errichtung eines kleinen Icariens — Duodez-Ausgabe des neuen Jerusalems — und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philantropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appelliren. Allmählig fallen sie in die Kategorie der oben geschilderten reaktionären oder konservativen Sozialisten und unterscheiden sich nur noch von ihnen durch mehr systematische Pedanterie, durch den fanatischen Aberglauben an die Wunderwirkungen ihrer sozialen Wissenschaft.

Sie treten daher mit Erbitterung aller politischen Bewegung der Arbeiter entgegen, die nur aus blindem Unglauben an das neue Evangelium hervorgehen konnte.

Die Owenisten in England, die Fourieristen in Frankreich reagiren dort gegen die Chartisten, hier gegen die Reformisten.

IV.

Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien.

Nach Abschnitt 2 versteht sich das Verhältniß der Kommunisten zu den bereits konstituirten Arbeiterparteien von selbst, also ihr Verhältniß zu den Chartisten in England und den agrarischen Reformern in Nordamerika.

Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Ueberlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.

In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, daß diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, theils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinn, theils aus radikalen Bourgeois.

Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.

In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigenthum und die Kleinbürgerei.

Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.

Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im siebzehnten und Frankreich im achtzehnten Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigenthumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die Vorlesung des Kommunistischen Manifestes dauert bis $12^1/_2$ Uhr. Dann wird die Sitzung bis 1 Uhr vertagt.

Nach Wiedereröffnung derselben werden die von der Vertheidigung zitirten Zeugen: Kaufmann Bracke (Braunschweig), Techniker v. Bonhorst (Braunschweig) und Lehrer Spier (früher in Wolfenbüttel) — alle drei Mitglieder des vormaligen Braunschweiger Ausschusses — vorgeführt, und, da ihre Vernehmung noch nicht thunlich, in derselben Weise wie die Plauener Zeugen am vorhergehenden Tage bis auf Weiteres entlassen. —

Präsident: Was haben die Angeklagten zu dem heute Vormittag vorgelesenen Kommunistischen Manifest zu bemerken? Gehört es unter die durch den Ausschuß in den Arbeiterkreisen verbreiteten Druckschriften?

Liebknecht: Nein.

Bebel: Nein.

Hepner: Nein.

Auf Antrag des Vertheidigers Freytag I. wird konstatirt, daß das Manifest bereits im Februar des Jahres 1848 erschienen ist.

Liebknecht: Ich will blos bemerken, daß unter der „Revolution", von welcher in dem Manifest als von einer „bevorstehenden" gesprochen wird, die **Februarrevolution** zu verstehen ist, welche unmittelbar nach Veröffentlichung des Manifestes zum Ausbruch kam.

Präsident: Wir lassen diesen Gegenstand vorläufig fallen, und ich lasse nun mehrere Briefe Liebknecht's an Bracke und v. Bonhorst in Braunschweig vorlesen.

1. Brief Liebknecht's an Bonhorst vom Oktober 1869:*)

„Es ist richtig, daß die Baseler Beschlüsse in unserem Programm stecken — es stecken darin die letzten Konsequenzen des Kommunismus; — aber in dem projektirten Manifest des Ausschusses wird das Endziel unserer Partei so unmotivirt hingestellt, daß es nur erschrecken würde, wie auch die Baseler Beschlüsse durch ihre Unmotivirtheit erschreckten. Wartet noch ein wenig, dann sind die Leutchen schon im Stande, bis Basel zu marschiren. Aber jetzt noch nicht. Muthen wir es ihnen jetzt zu, so werden uns nur die besten Fußgänger nachkommen, die andern bleiben

*) Die Briefzitate wörtlich zu geben sind wir leider nicht immer im Stande. Namentlich können wir die Briefe der Angeklagten nur nach den verschiedenen Zeitungsberichten zusammenstellen.

zurück. — Mein Wunsch ist, nicht vorzeitig mit der süddeutschen Volkspartei in Krakehl zu gerathen. Von Gera*) nach Nürnberg und von Nürnberg nach Eisenach ist schon ein rascher Vormarsch. Wir werden auch nach Basel kommen, aber jetzt ist es noch nicht möglich. Die von Euch vorgeschlagene Parteikundgebung ist gefährlich. Ich habe es entschieden abgelehnt, in unserem Parteiorgan die Baseler Beschlüsse zu verleugnen, und damit, dächte ich, könnten wir uns vor der Hand begnügen."

2. Brief Liebknecht's an Bracke vom 17. November 1869:

„Ich werde von den Redaktionsgeschäften fast erdrückt, ich habe alle Korrespondenzen zu korrigiren, Rüdt arbeitet so gut wie gar nicht.**) Er giebt sich für krank aus — mit seiner Krankheit hat es aber eine sonderbare Bewandtniß: sie hört immer auf, wenn die Arbeit vorbei ist, und kehrt zurück, sobald die Arbeit wieder anfängt. (Heiterkeit im Publikum.) — Mit dem Roman verschont uns. Er paßt nicht für unser Blatt. Wenn wir ein Feuilleton im „Volksstaat" einrichten wollen, so können wir historische Sachen, den Bauernkrieg, die Ereignisse von 1848 bis 1849 darin besprechen — kurz: etwas, was die Leute belehrt. Jedenfalls macht uns bei dem gegenwärtigen Zustande des Parteiorgans keine weiteren Zumuthungen. — Von Euch aber fordere ich nun dringend Vollmacht zum Engagement entweder Hepner's oder Moses'. — Die Volksparteiler verlangen ein Desaveu der Baseler Beschlüsse. Nimmermehr! Ich selbst bin Kommunist, also prinzipiell mit dem Beschlusse einverstanden, bedaure aber aus praktischen Gründen, daß er in dieser Form gefaßt worden. Die Grundeigenthumsfrage kann den Bauern nur nach und nach klar gemacht werden. Die Franzosen wußten, was sie thaten, als sie auf dem Baseler Kongreß gegen die Abstimmung protestirten. Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu

*) In Gera hatte der Verband deutscher Arbeitervereine seinen Arbeitertag im Jahre 1868.

**) Da es sich hier um ein historisches Werk handelt, haben wir uns nicht für befugt gehalten, bei der jetzigen Neu-Auflage Aenderungen oder Streichungen vorzunehmen, auch dann nicht, wenn es sich um herbe persönliche Urtheile über Parteigenossen handelt. Diese Urtheile sind manchmal nur der Ausfluß momentaner Stimmung, sie befinden sich in Privatbriefen, die vor einem Vierteljahrhundert geschrieben worden sind: zu Unrecht Angegriffene haben seitdem Gelegenheit gehabt, durch ihre Parteithätigkeit das Unzutreffende jener Urtheile klarzulegen, und diese Thätigkeit selbst hat die Parteigenossen wiederum in den Stand gesetzt, ihr eigenes Urtheil zu bilden. Es liegt also für uns kein Anlaß vor, aus übelangebrachter Empfindelei durch Aenderung oder Streichung einzelner Stellen uns gegen historische Wahrheit zu versündigen.
Der Herausgeber. (1894.)

machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind. Also Marx hat Euch gefallen! Es freut mich. Und Ihr ihm auch. — Nächstens haben wir, Bebel und ich, die verdammten drei Wochen abzusitzen." (Heiterkeit im Publikum.)

3. Brief Liebknecht's an Bracke und Bonhorst vom 26. Juli 1870:

„Ihr habt mich gerüffelt wegen der Notiz über die „Sächsische Zeitung". Diese Notiz war lediglich gegen die Nationalliberalen gerichtet und ist vollständig von Euch mißverstanden worden. Eine derartige Brutalität*) muß gerügt werden, auch wenn sie einen Gegner betrifft. — Für die Irrthümer im Bericht über den Dittmar'schen Prozeß kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Das darin ausgesprochene Urtheil ist unzweifelhaft im Wesentlichen vollkommen richtig, und ich würde am Brief Freytag's mancherlei auszusetzen gehabt haben, hätte ich dem Blatt nicht Scherereien mit dem hiesigen Gericht ersparen wollen. Wir haben keinen Grund, die hiesigen Richter, die im Ganzen anständig sind, zu erbittern. —

Mit Eurem Beschluß habt Ihr insofern einen Fehler gemacht, als Ihr ihm einen offiziellen Charakter aufgedrückt habt. Einig sind wir in Bezug auf seine beiden ersten Punkte, denn wir sind Alle Gegner der dynastischen Kriege, und dann sind wir nicht national, sondern international. Der dritte Punkt — betreffend die Stellung zur preußischen Regierung, in dem jetzigen furor teutonicus — findet uns dagegen uneinig, weil unsere Parteimitglieder in Nord- und Süddeutschland, je nach ihrem Wohn- und Aufenthaltsort, unter dem Einfluß der Lokalstimmung, die Frage verschieden auffassen. Es ist sehr schwer, sich dieser Lokalstimmung in Zeiten der Aufregung, wie der jetzigen, zu entziehen. Und ich nehme Euch Euren patriotischen Eifer deshalb nicht allzuübel. Aber seid auch Eurerseits tolerant. Wenn Ihr mit Bebel's und meinem Verhalten auf dem Reichstage nicht einverstanden seid, so muß dieser Zwist jetzt um jeden Preis beigelegt, oder wenigstens ein offener Ausbruch vermieden werden. Es darf in einem Moment, wie dem jetzigen, in der Partei nichts vorkommen, was wie Uneinigkeit aussähe, und ich beschwöre Euch, alles zu unterlassen, was die Differenzen verschärfen könnte."

Präsident: Herr Liebknecht, sind diese Briefe echt?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Wie kommt es, daß Sie den einen dieser Briefe an Bracke und Bonhorst gerichtet haben?

---

*) Die bekannten Exzesse des „gebildeten" Leipziger Janhagels gegen die partikularistische „Sächsische Zeitung" und deren Redakteur.

Liebknecht: Das weiß ich jetzt nicht mehr genau zu sagen. Vermuthlich, weil ich wünschte, daß Beide ihn lesen sollten.

Präsident: Sie haben diese Briefe an jene Personen als an Parteiausschußmitglieder gerichtet?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Als offizielle Korrespondenz?

Liebknecht: Nein; die Partei hatte mich als Delegirten nach Basel entsendet, und ich schrieb privatim theils in dieser Eigenschaft, theils als Redakteur des Parteiorgans, jedoch niemals offiziell.

Präsident: Und der Ausschuß in Braunschweig hat seinerseits wieder Bericht an den Generalrath in London gesandt?

Liebknecht: Nicht der Ausschuß an den Generalrath, sondern Mitglieder des Ausschusses als Privatpersonen an eine Privatperson in London, was Niemand verwehren kann. Daß ich, um auf meinem Verkehr mit dem Ausschuß zurückzukommen, als Privatperson an den Ausschuß geschrieben, geht schon aus dem ungezwungenen, etwas burschikosen Ton meiner Briefe hervor. Ich liebe es überhaupt nicht, den offiziellen Frack anzuziehen. Ich konnte an den Ausschuß als Privatperson schreiben: da stand mir kein Gesetz im Wege. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn der Ausschuß offiziell an den Generalrath in London geschrieben hätte. Das hätte eine Ungesetzlichkeit involvirt.

Präsident: Der Sinn Ihrer Briefe ist etwas dunkel.

Liebknecht: Für Denjenigen nicht, welcher die Verhältnisse kennt und namentlich die Geschichte unserer Partei seit dem Baseler Kongreß und den Verlauf der auf ihn folgenden Zeitungspolemik verfolgt hat. Auf den Baseler Kongreß bezieht sich der erste und zweite Brief; dieser Kongreß hatte durch seine Beschlüsse über das Grundeigenthum viel Staub aufgewirbelt.

Durch den betreffenden Baseler Beschluß, nach welchem der Grund und Boden prinzipiell für Gemeingut erklärt wurde, drohte eine Spaltung in die Partei zu kommen, und ich bitte den Herrn Präsidenten, mich meine Ansicht über diesen Beschluß erst dann des Näheren entwickeln zu lassen, wenn das Baseler Protokoll zur Verlesung gekommen ist. Genug: auf der einen Seite forderten uns die damals uns nahestehenden Elemente der Volkspartei auf, diesen Beschluß zu

desavouiren; auf der anderen Seite trat v. Schweitzer in Berlin sehr heftig gegen uns auf, weil wir den Beschluß nicht in unser Programm aufnahmen. Er beschuldigte uns des Verraths an der Arbeitersache. Wir stellten wohl — sagte er — sehr radikale politische Forderungen, aber nicht sozialistische, und wir handelten im Dienste der sächsisch- und welfisch-partikularistischen Partei. Der Ausschuß in Braunschweig, dessen Mitglieder lange in Schweitzer's Vereine gewesen, ließ sich durch diese Provokationen des Preußischen Regierungssozialisten einschüchtern und verlangte, daß ich ein Manifest abdrucken sollte, in welchem die Partei sich als solche für die Baseler Beschlüsse erklärte. Ich lehnte dies jedoch mit dem Hinweis darauf ab, daß die Partei scharfe Grenzen zwischen prinzipiellen und momentan praktischen Forderungen zöge, daß prinzipiell die Baseler Beschlüsse über Grund und Boden in unserm Programm enthalten seien, daß wir aber nicht befugt seien, dieselben ihrem Wortlaute nach in das Parteiprogramm aufzunehmen, also das Programm formell zu ändern. Darum war ich zu einer längeren Auseinandersetzung an Bracke genöthigt.

Der letzte Brief, vom 26. Juli 1870, ist ebenfalls in Folge eines drohenden Zwiespalts in der Partei geschrieben. Als der deutsch-französische Krieg ausbrach, ließen sich die Parteigenossen Norddeutschlands zum Theil vom Kriegsfieber hinreißen, und der Ausschuß, welcher unter dem Einfluß dieser Strömung war, wollte ein diesbezügliches Manifest zur Richtschnur für die Partei erlassen, während die Parteigenossen in Mittel- und Süddeutschland sich allgemein unserer Erklärung im Reichstage konform verhielten.

Der etwas pathetische Ausdruck in dem letzten Briefe: „Ich beschwöre Euch", erklärt sich daraus, daß ich jeden Bruch innerhalb der Partei um jeden Preis vermeiden wollte, da er unter den damaligen Verhältnissen zu unabsehbarem Schaden geführt hätte. In den Differenzen zwischen mir und dem Ausschuß handelte es sich um die wichtigsten Prinzipienfragen, im wahrsten Sinne des Wortes um Lebensfragen für die Partei, und unmöglich könnten fünf Personen in Braunschweig ihre individuelle Auffassung als Norm für die ganze Partei aufstellen. Es würde dies ebenso lächerlich gewesen sein, als jenes über Galilei zu Gericht sitzende Kardinals-Kollegium.

Präsident: Ich habe jetzt diejenigen Schriftstücke und Briefe zum Vortrag zu bringen, welche sich auf den Züricher Revolutionsfonds und die von demselben an die Angeklagten gezahlten Unterstützungsgelder beziehen.

Es wird zunächst verlesen:

1. Eine Erklärung des Dr. Ladendorf und Amand Gögg's, d. d. Zürich, 22. August 1869, welche sich in Nummer 36 des „Demokratischen Wochenblattes" vom Jahre 1869 befindet. Es geht daraus hervor, daß der Revolutionsfonds in den Jahren 1851 und 1852 von geflüchteten deutschen Demokraten in Amerika gestiftet wurde und jetzt statutengemäß unter keiner Bedingung zur Leistung von Privathilfe an Personen, sondern nur zur Unterstützung der demokratischen Presse und zur Propaganda für Herbeiführung der deutschen Republik verwendet werden darf.

2. Ein Brief des Dr. Ladendorf, d. d. Zürich, 6. September 1869, der sich auf 2 Geldsendungen von 500 und 1000 Frcs. aus dem Revolutionsfonds bezieht und worin es heißt:

„Bemerken muß ich Ihnen, daß statutenmäßig nur die politische Agitation für die deutsche Republik die Verwendung des Geldes verstattet, die soziale Frage nicht berührt ist. Wir halten uns für berechtigt und verpflichtet, für die seit dem Nürnberger Arbeitertage in Gang gekommene Arbeiterbewegung das Geld des betreffenden Fonds vorzugsweise zu verwenden, da die soziale Frage mit der Erstrebung der Republik zusammenfällt.

Was ich Ihnen um der Sache und unserer Fondsstatuten willen recht dringend ans Herz legen muß, ist die nachdrückliche Betonung und Hervorhebung der politischen Seite, ohne die ja die Arbeit in der sozialen Frage eitel Pfuscherei und eine reine Sisyphus-Arbeit bleibt. Hauptsache ist, daß die Arbeiter die Zusammengehörigkeit dieser beiden Fragen, das Ineinanderfallen derselben erkennen. Sehen Sie doch nur unsere ganze Gesellschaft an, ob nicht alle sozialen Verhältnisse von den politischen durch und durch bedingt und durchdrungen sind. Beseitigen Sie Fürsten, Junker, Pfaffen und was drum und dran hängt, und Sie haben für Bildungsmittel und kooperative Genossenschaften die ersten großen Hebel, wodurch allein die Arbeiter in den Stand gesetzt werden können, das große Kapital zu bezwingen und allmählich durch radikale Gesetzgebung vollkommen als Macht und knechtende Gewalt zu absorbiren und zum Mittel der Arbeit, d. i. des Arbeiters, herabzusetzen. Ohne radikale Umgestaltung der politischen Verhältnisse kommen Sie nicht vom Flecke."

3. Eine Abschrift aus dem Hauptkassenbuche des Ausschusses zu Braunschweig, wonach diesem am 17. September, 15. November 1869 und 27. Februar 1870 je 1000 Frcs. aus dem Revolutionsfonds zugeflossen sind.

Adressat und Auffindungsort des Ladendorf'schen Briefes läßt sich nicht mehr ermitteln; dagegen konstatirt der Präsident auf Antrag des Vertheidigers Freytag I., daß der Brief mit den Akten des (verunglückten) Braunschweiger Prozesses hierher gekommen ist.

Präsident: Herr Liebknecht, was können Sie uns über den in London von Kossuth gesammelten Revolutionsfonds mittheilen?

Liebknecht: Die Frage des Herrn Präsidenten enthält einen Irrthum und ein Mißverständniß. In London ist kein Revolutionsfonds gesammelt worden, und was den in Frage stehenden Fonds betrifft, so hat Kossuth direkt gar nichts damit zu thun. Der Herr Präsident verwechselt offenbar zwei ganz verschiedene Dinge mit einander. Als Kossuth aus Kutahia —

Präsident: Erzählen Sie uns nicht von Kossuth!

Liebknecht: Sie haben Kossuth zuerst hereingezogen, und, wenn derselbe auch nicht der Urheber des Fonds ist, um den es sich hier handelt, so muß ich seiner doch erwähnen, da er den Anlaß zur Sammlung des Kinkel'schen Revolutionsfonds gegeben hat, der in unserer Anklage eine Rolle spielt.

Kossuth hatte nach seiner Entlassung aus Kutahia zum Zweck der Ansammlung eines Fonds zur Revolutionirung Ungarns Amerika durchreist und dabei über Einmalhundert Tausend Dollars zusammengebracht. Dieser Erfolg reizte den deutschen Emigranten Kinkel, welcher damals in England weilte, zu einem gleichen Unternehmen. Er durchreiste Amerika, konnte sich jedoch gleich günstiger Resultate, wie Kossuth, nicht erfreuen und brachte nur einige Tausend Dollars zusammen, welche sehr bald in Reisekosten, nutzlosen Agitationen, Flugschriften und persönlichen Unterstützungen von Freunden Kinkel's zum großen Theil verpulvert wurden. Der Rest wurde in der Londoner Bank deponirt und blieb vorläufig daselbst. Er war von Anfang herein zur Anfertigung einer Revolution in Deutschland bestimmt, ein Bestreben, welches von mir und meinen Freunden, die wir uns mit Kinkel im Gegensatz befanden und namentlich die kindische

Sucht zur Revolutionsmacherei prinzipiell verurtheilten, auch damals schon scharf getadelt, öffentlich und privatim als lächerlich bezeichnet wurde. Am besten könnte ich dies beweisen aus der Schrift von Marx „Herr Vogt", welche sich leider nicht bei den Akten befindet. Ich konstatire jedoch, daß der Name des Fonds diesem speziell auf die Kinkel'sche Absicht der sofortigen, künstlichen Revolutionirung Deutschlands hin, nach dem Vorbilde des Kossuth'schen Fonds, beigelegt worden ist. Kinkel gerieth 1866 in den (wie sich nachher herausstellte, begründeten) Verdacht des Nationalliberalismus und lieferte auf Drängen seiner entschiedeneren Freunde den in seinen Händen gebliebenen Rest des Revolutionsfonds an dieselben aus.

Der Fonds wurde nun (und wird, glaube ich, auch jetzt noch) verwaltet von Ladendorf, Temme und Nauwerk in Zürich.

In Betreff der Höhe der aus dem Revolutionsfonds bezogenen Summen kann ich keine Auskunft geben — Bebel wird wohl hierüber besser Bescheid wissen —, jedoch erkläre ich aufs Bestimmteste, daß die Gelder von uns nur bedingungslos angenommen wurden. Ich selbst habe dies aufs Schärfste betont. Aus meinen Briefen geht zur Genüge hervor, daß ich jegliche Beeinflussung betreffs der Verwendung der Gelder energisch abwehrte, wie ich denn überhaupt mit Ladendorf's Anschauungen und politischer Taktik nichts weniger als übereinstimme. Man gab wohl Rechenschaft über die Ausgaben, aber nie nahm man Vorschriften über die Art der Verwendung an.

Präsident: Es ist Ihnen bekannt, daß Dr. Ladendorf in Berlin 1853 wegen Hochverraths zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt war?

Liebknecht: Ja, ich kenne Ladendorf's politische Vergangenheit ziemlich genau, er ist einer der ehrenwerthesten Männer. — Ich weiß, daß er 6 Jahre gesessen hat.

Präsident: Ja, aber verurtheilt war er zu zehn Jahren; in Folge einer allgemeinen politischen Amnestie kam er nach 6 Jahren frei.*)

*) Man sollte eigentlich meinen: nachdem im vorigen Jahre die Kassenbetrügereien (80000 Thl.) des seligen Kronzeugen Hentze, des ergebenen Handlangers von Stieber, vom Kösliner Kreisgericht auf das Evidenteste nachgewiesen worden, — dieses Hentze, der den ganzen Ladendorf'schen Prozeß eingefädelt und zu Ende gesponnen hat, der alle in diesem Prozeß figurirenden Ver-

Präsident: Herr Bebel, was haben Sie zu bemerken?

Bebel: Die Entstehungsgeschichte des Revolutionsfonds ist mir so gut wie unbekannt, ich war damals noch zu jung. Den ersten Aufschluß über die Existenz des Fonds erhielt ich 1868 in Nürnberg (beim 5. Arbeiter-Verbandstag), wo ich Dr. Ladendorf zum zweiten Mal in meinem Leben gesehen und nur ganz kurz gesprochen habe; flüchtig kennen gelernt hatte ich ihn bereits 1866 in Frankfurt a. M. —

Präsident (den Redner unterbrechend): Ich wollte keine lange Rede (!) von Ihnen, sondern nur Auskunft über jene 3000 Frcs.

Bebel: Erlauben Sie, Herr Präsident, ich mußte das Datum meines Bekanntwerdens mit Ladendorf hier vorausschicken, weil ich daran etwas zur Sache Gehöriges anknüpfen muß, welches noch nicht in den Akten steht. — Es handelte sich für uns 1868, als ich Vorsitzender des Vorortes des Arbeiterverbandes war, um eine lebhafte Bekämpfung des Herrn v. Schweitzer und es fehlte — da der Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen (1868 in Nürnberg) uns geschwächt hatte — an Geld. Da trifft eines Tages, als ich gerade in Bezug auf Parteiangelegenheiten in großer Geldverlegenheit war, ein Brief von Ladendorf ein, der mir 3000 Frcs. zu „persönlicher Verfügung" anbietet, behufs Agitation gegen Herrn v. Schweitzer; in dem Briefe war gesagt, daß das Geld aus einem Fonds für derartige Zwecke herrühre, im Uebrigen aber mir keine Bedingung wegen der Verwendung gestellt, sondern nur spezielle Rechnungsablegung darüber verlangt werde. Ich nahm das Geld, das in 3 Raten à 1000 Frcs. bis Ende April 1869 anlangte und verwendete es; es war das vor Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Präsident (erstaunt): Es sind also noch einmal so viel als jene in den Akten erwähnten 3000 Frcs. aus dem Revolutionsfonds geflossen?

---

schwörungen, Komplotte, Patronenfabrikationen u. s. w. selber erfunden oder selbst geleitet und besorgt hat, — man sollte meinen, daß nach alledem und nach der ergreifenden Schilderung, welche der bis zum Wahnsinnigwerden gemarterte heroische Dulder Ladendorf in seinem Buch „6 Jahre Gefangenschaft" (Leipzig, bei O. Wigand) von seinen Kerkerqualen gegeben hat, sich jeder deutsche Richter im Interesse der deutschen Ehre und speziell der Ehre der deutschen Justiz schämen müßte, den Ladendorf'schen Prozeß überhaupt in den Mund zu nehmen!

Bebel: Noch viel mehr! (Bewegung und Gelächter im Zuhörerraum — „So! So!“ des Präsidenten.)

Kurz vor der Eröffnung des Eisenacher Kongresses wurden mir wiederum 500 Frcs. zur Verfügung gestellt. Ich nehme keinen Anstand, dies Alles zu sagen — es ist ja frei und offen zu bekennen, und theilweise sind im „Demokratischen Wochenblatt“ hierüber vor Jahren schon Quittungen veröffentlicht worden, und zwar regelmäßig an der Spitze des Blattes und mit so auffallend großen und fetten Lettern, daß sie von der Staatsanwaltschaft sicherlich nicht unbemerkt blieben. Bis zu den letzterwähnten 500 Frcs., einschließlich derselben, wurden also die betreffenden Gelder nicht für die „Partei“ gegeben; diese bestand bis dahin noch nicht; die Gelder selbst habe ich zu Agitationszwecken und zur Deckung des Defizits, mit welchem das „Demokratische Wochenblatt“ stets zu ringen hatte, verwandt. —

Am Eröffnungstage des Eisenacher Kongresses nun erklärte Ladendorf — der auch nach Eisenach gekommen war, sich vor der förmlichen Eröffnung des Kongresses aber schon hatte entfernen müssen — seine Bereitwilligkeit, die mir bisher aus dem Revolutionsfonds zur Verfügung gestellte Agitations-Unterstützung auch fernerhin, und zwar von nun an für die zu gründende Partei, zu bewirken. Dies geschah — die in den Akten erwähnten 3000 Frcs. wurden an den Ausschuß gezahlt. Mir persönlich wurden auch noch einmal 500 Frcs. übermittelt zur Bestreitung der Kosten der Reise Liebknecht's nach Basel und einer von mir nach Süddeutschland unternommenen Agitationsreise. Daß Herr v. Schweitzer sich die Quelle unserer Mittel nicht enträthseln konnte, ist mir erklärlich, doch um seinen elenden Verläumdungen ein Ziel zu setzen, gab ich öffentlich auf dem Eisenacher Kongreß die bekannte, gestern verlesene Erklärung über unser Verhältniß zum Revolutionsfonds ab.

Eine Ungenauigkeit meinerseits (die Ansicht, der Revolutionsfonds sei 1850 [statt 51] gesammelt worden) wurde von den Gegnern von Neuem benutzt, die Behauptung betreffs Hetzing aufrecht zu erhalten. Diese gegnerische Denunziation ging damals durch die ganze Presse, und ich wendete mich daher an Ladendorf selbst — und als Beantwortung dieser Anfrage kam seine vorhin verlesene Erklärung.

Ich muß ferner nochmals darauf zurückkommen, daß schon $1^1/_2$ Jahre und länger vor der Einleitung gegenwärtigen Prozesses Quittungen im „Demokratischen Wochenblatt" in Bezug auf diese Gelder veröffentlicht waren, z. B. in Nr. 26 genannten Blattes von 1869.

Hepner: Ich habe mit dieser Sache nichts zu thun gehabt und finde keine Veranlassung, eine Bemerkung dazu zu machen.

Vertheidiger Freytag I.: Ich ersuche die Herren Geschwornen, sich davon zu überzeugen, daß die Quittungen über alle Gelder aus dem Revolutionsfonds an der Spitze des „Demokratischen Wochenblatts" gestanden, z. B. in Nr. 20 und 38 von 1869. Es konnte dies mithin der Königlichen Staatsanwaltschaft nicht entgehen. Selbst die ehemals in Berlin erschienene „Zukunft" hat aus diesem Fonds seinerzeit eine Unterstützung von 5000 Frcs. erhalten und öffentlich quittirt, ohne daß die preußische Polizei etwas Strafbares darin entdeckte. —

Der Präsident läßt zu diesem Behufe den Geschwornen die Belegstücke zugehen. —

Es werden hierauf drei Briefe von Bebel, den Revolutionsfonds betreffend, verlesen.

1. Ein Brief Bebel's an Bracke vom 23. Mai 1870, worin es heißt:

„Ladendorf hat 500 Frcs. bestimmt fürs Blatt in Aussicht gestellt, weitere 500 Frcs. sollen in Kürze folgen, beide Summen als Darlehn".

2. Ein Brief Bebel's an Bracke vom 24. April 1870, worin Bebel sich für eine freundliche Haltung der Partei gegenüber der Friedens- und Freiheitsliga und der demokratischen Volkspartei ausspricht.

3. Ein Brief Bebel's an Spier vom 21. Juni 1870, mit der Stelle:

„Von Zürich sind mir 1000 Frcs. als **Darlehn** in Aussicht gestellt und angekündigt, sie werden heute oder morgen eintreffen. Ladendorf klagt sehr, daß er mit außerordentlichen Schwierigkeiten im Komitee zu schaffen habe und nichts mehr auftreiben könne. Das Eifern gegen die rein republikanische Partei vom Blatt aus habe ihm diesen Stand geschaffen, die nächsten Bundesgenossen solle man nicht vor den Kopf stoßen."

Schließlich wird noch aus Nr. 33 des „Demokratischen Wochenblatts" von 1869 konstatirt, daß, nach einer dort wiedergegebenen Rede Bebel's, dieser bereits damals einer

Summe von 900 Thlr., die ihm aus dem Revolutionsfonds von Ladendorf zugeschickt worden, gedacht habe. —

Es wird nun das Protokoll der Mittwochssitzung verlesen.

Vertheidiger Freytag II.: Ich ersuche den Herrn Präsidenten, zu konstatiren, daß das Kommunistische Manifest bei keinem der Angeklagten vorgefunden worden ist.*) Die Vertheidigung weiß überhaupt nicht, aus welchem Grunde das Manifest zur Verlesung gekommen.

Präsident: Jetzt läßt sich nichts mehr konstatiren; im Uebrigen ist auch durchaus nicht behauptet worden, dies Manifest sei bei den Angeklagten vorgefunden worden. —

Damit wurden die Verhandlungen gegen $3^1/_4$ Uhr Nachmittags bis zum nächsten Tag 9 Uhr vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 14. April 1872.

Die auf Vorladung erschienenen Vertheidigungszeugen, die Herren Weber Höra aus Plauen und Stadtverordneter Albert aus Glauchau werden ebenfalls unter entsprechender Bedeutung vorläufig entlassen, und dann wird vom Präsidenten eröffnet, daß von den noch vorgeladenen Zeugen Herr Advokat Kirchbach aus Plauen, der gestern bereits sich bei ihm angemeldet, bis auf Weiteres vom ihm beurlaubt worden sei, während Herr Dr. Max Hirsch aus Berlin nach einer Anzeige erst Mittags 12 Uhr hier eintreffen werde.

Hierauf nimmt das Wort der

Staatsanwalt: Da bis jetzt noch nicht konstatirt worden ist, wo das gestern verlesene Kommunistische Manifest gefunden ist, so habe ich zu erklären, daß es unter den Papieren des Herrn Liebknecht vorgefunden wurde und deshalb unter die Beweismittel gekommen ist. Herr Liebknecht hat in der Voruntersuchung ausgesagt, daß er die Absicht gehabt habe, das Manifest wieder zum Abdruck zu bringen.

Liebknecht: Das ist richtig. Allerdings war ich für einen Abdruck im „Volksstaat", jedoch in einer stellenweise veränderten, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Form. Das Kommunistische Manifest stammt aus dem Jahre 1848;

*) Ein Irrthum des Herrn Vertheidigers. S. weiter unten.

seitdem ist Vieles in der Welt anders geworden und es sind manche Stellen und Partieen in dem Manifest — das ich beiläufig seinem Gesammtinhalt nach auch heute noch unterschreibe —, die von dem Publikum schwer verstanden oder leicht mißverstanden werden können; ich habe mich deshalb, nachdem ich mit Marx darüber ins Vernehmen getreten, wie aus bei den Akten liegenden Briefen von mir erhellt, für den Abdruck einer Umarbeitung, oder wenn diese nicht vorgenommen werden sollte, für den unveränderten Abdruck nur unter der Voraussetzung einer erklärenden Vorrede von Marx und Engels, den Verfassern des Manifestes, ausgesprochen.

Staatsanwalt: Es ist bei Herrn Liebknecht noch ein Anhang zu jenem Manifest vorgefunden worden, dessen Verlesung ich beantrage. Er ist betitelt: „Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution", und befindet sich auch in den Braunschweiger Untersuchungsakten.*)

Vertheidiger Freytag I.: Ich protestire gegen die Verlesung, weil das Flugblatt nicht auf der Beweismittelliste steht.

Staatsanwalt: Ich konstatire nur, daß das Flugblatt als Theil der Braunschweiger Akten auch Theil der Beweismittel ist. Ich halte es der Vollständigkeit halber für zweckmäßig, das betreffende Aktenstück zum Vortrag gelangen zu lassen.

---

*) Im offiziellen „Dresdener Journal", für welches der Untersuchungsrichter Gerichtsrath Ahnert im Auftrage der Regierung die Referate über die Prozeßverhandlungen anfertigte, steht Folgendes:

„Sodann beantragt der Staatsanwalt die Verlesung eines dermalen in den Braunschweiger Untersuchungsakten eingehefteten und bei Liebknecht **angeblich** vorgefundenen Flugblattes mit der Ueberschrift: „Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution".

Also: obgleich der Staatsanwalt bestimmt behauptet, das Flugblatt sei bei Liebknecht gefunden worden, erinnert sich der Untersuchungsrichter, der, wie wir genau wissen, das ganze Prozeßmaterial ungleich besser im Kopfe hatte und beherrschte als irgend einer seiner Amtskollegen, dessen nicht mehr und fügt deshalb „angeblich" bei. Daß das revolutions- und gespensterseherische Auge des Staatsanwalts an jener Flugschrift wegen ihrer markanten Ueberschrift hängen blieb, ist erklärlich; daß aber dem Untersuchungsrichter das vergilbte Blatt Papier aus dem Gedächtniß geschwunden war, beweist, wie wenig Werth derselbe auf jenes rein historische Dokument als Anklagematerial gelegt hat.

Liebknecht: Ich habe gegen die Verlesung nichts einzuwenden.

Bebel: Die Schrift ist mir vollständig fremd und stammt aus den Akten des Braunschweiger Hochverrathsprozesses. Dort in Braunschweig hat man nicht einmal angeben können, auf welche Weise sie zu den Akten gekommen ist.

Präsident: Sie sollten sich über Ihre Beistimmung zu der Verlesung des fraglichen Aktenstückes erklären.

Bebel: Ich protestire gegen die Verlesung.

Staatsanwalt: Indem ich nochmals bemerke, daß das Schriftstück bei Herrn Liebknecht vorgefunden wurde, überlasse ich es der diskretionären Gewalt des Herrn Präsidenten, ob das Schriftstück verlesen werden soll.

Präsident: Ich behalte mir die Entschließung vor.

Liebknecht: Vor dem Eintritt in die Verhandlung erbitte ich mir zu einer Berichtigung das Wort. Es ist meine vorgestrige Aeußerung über Mühlwasser aus Brünn in fast allen Organen der Presse so wiedergegeben worden, als hätte ich persönlich die etwas unparlamentarische Aeußerung gethan, er sei „ein solcher Lump, daß selbst die Polizei nichts von ihm habe wissen wollen". Obgleich nun hier die Berichte der Presse keinen Einfluß haben sollen, so glaube ich doch, eine Berichtigung geben zu müssen, weil ich nicht weiß, ob nicht die Herren Geschwornen ebenso falsch verstanden haben mögen, wie die betreffenden Berichterstatter. Nicht ich habe den Ausdruck „Lump" 2c. gebraucht, sondern ich verlas nur eine Aussage des früheren österreichischen Ministerpräsidenten Giskra; ich lese sie jetzt noch einmal vor und stelle das Blatt, aus welchem ich lese, den Herren Geschwornen zur Verfügung.

Nach geschehener Verlesung ergreift das Wort ein

Geschworner: Ich wollte schon damals fragen, aus welcher Zeitschrift Sie diese Sätze verlasen?

Liebknecht: Ich las dieselben aus dem „Volksstaat" vor, der sie dem stenographischen Bericht des Wiener Hochverrathsprozesses entnommen hat. Nach der Aussage Giskra's ist kaum zu bezweifeln, daß Mühlwasser als Spion und als Agent provocateur in Eisenach war.

Advokat Freytag II.: Wir werden den Herren Geschwornen auf Verlangen gern die stenographischen Berichte über den Wiener Hochverrathsprozeß zur Verfügung stellen.

Mit Genehmigung des Präsidenten nehmen vorläufig die Geschwornen Einsicht in die betreffende Nummer des „Volksstaat", die ihnen von der Vertheidigung vorgelegt wird.

Präsident: Es hat nun die Broschüre von Wilhelm Eichhoff: „Die Internationale Arbeiter-Association, ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Thätigkeit und Ausbreitung", zum Vortrag zu gelangen. Vorher habe ich aber an die Angeklagten einige Fragen zu richten, die ich ganz kurz zu beantworten bitte. Die Angeklagten haben später Gelegenheit, ausführlich ihre Meinung aussprechen zu können.

Präsident: Die Internationale Arbeiter-Association ist wohl eine Verbindung von Arbeitern über ganz Europa und auch über Amerika?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Diese Association pflegt alljährlich einen Kongreß zu veranstalten?

Liebknecht: Ja, der erste fand 1866 zu Genf statt, der zweite 1867 zu Lausanne, der dritte 1868 zu Brüssel und der vierte 1869 zu Basel.

Präsident An der Spitze der Internationalen steht der Generalrath?

Liebknecht: Ja, dessen Sitz jährlich vom Kongreß bestimmt wird.

Präsident: Der Generalrath hat jetzt seinen Sitz in London?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Die Organisation der Internationalen ist so, daß die Mitglieder eines Landes allemal eine besondere Sektion oder Sektionsgruppe bilden. Wo die Gesetze dies aber nicht gestatten, stehen die Mitglieder direkt unter dem Generalrath?

Liebknecht: Ja. Wo die Gesetze die Bildung von Sektionen verbieten, giebt es nur eine individual membership, persönliche Mitgliedschaft, welche nach den deutschen Vereinsgesetzen vollkommen erlaubt ist.

Präsident: Nach Ihrem Programm ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschland ein Zweig der Internationalen, „insoweit es die Gesetze gestatten"?

Liebknecht: Ja; aber nicht jedes Mitglied der Partei ist als solches eo ipso Mitglied der Internationalen.

Präsident: Der Ausschuß Ihrer Partei in Braunschweig hat Mitgliedskarten der Internationalen verausgabt?

Liebknecht: Ja; für 1 Silbergroschen; der Ausschuß hat dies auch im „Volksstaat“ öffentlich bekannt gemacht, jetzt sind diese Mitgliedskarten abgeschafft.

Präsident: Es gab auch in der Schweiz eine sogenannte deutsche Sektion der Internationalen?

Liebknecht: Ja, es hatte sich unter den deutschen Arbeitern in der Schweiz eine deutsche Sektion der Internationalen unter dem Vorsitz von Johann Philipp Becker gebildet. Ich habe, weil ich stets direkt mit dem Londoner Generalrath verkehrte, nie mit dieser Genfer Sektion in geschäftlicher Verbindung gestanden; manche unserer Mitglieder standen aber bis zum Eisenacher Kongreß in der Genfer Organisation.

Präsident: Sie sind selbst Mitglied der Internationalen?

Liebknecht: Ich war es von ihrem Anfang an und bin es heute noch.

Präsident: Die Bestrebungen der Internationalen und Ihrer Partei sind identisch?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Sie hatten in der Voruntersuchung zugegeben, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands faktisch eine Sektion der Internationalen, und nur nicht offiziell eine solche sei, weil es die Vereinsgesetze nicht gestatten?

Liebknecht: Wenn ich erklärte: Wir sind faktisch eine Sektion der Internationalen, so meinte ich: wir gehören prinzipiell zu derselben, aber als selbständiger Körper und vollständig unter Beobachtung der Gesetze und auf dem Boden des Gesetzes.

Präsident: Der Ausschuß Ihrer Partei stand in Verbindung mit dem Generalrath in London und holte sich wohl, insofern Interessen der Partei in Frage standen, Rath und Weisungen beim Generalrath?

Liebknecht: Der Ausschuß in Braunschweig hatte sich streng an die Vereinsgesetze zu halten, und wenn er eine offizielle Verbindung mit dem Generalrath in London unterhalten hätte, würde er seine Befugnisse überschritten haben.

Präsident: Diese Ihre Auslassungen stehen einigermaßen im Widerspruch mit Ihren Aussagen in der Voruntersuchung. Sie sagten dort, sobald Interessen der Partei in Frage standen, habe der Braunschweiger Ausschuß mit dem Generalrath in Verbindung zu treten gehabt.

Liebknecht: Ich glaube nicht, daß hier ein Widerspruch vorliegt; jene Auslassung von mir in der Voruntersuchung kann sich nur auf Angelegenheiten der Internationalen beziehen. — Da ich mich übrigens stets nur wenig um die Organisationsfragen gekümmert habe, so kann meine Auffassung für die Partei nicht maßgebend sein. Im Uebrigen erkläre ich, daß, wenn eine Abweichung bestehen sollte, ich mich damals geirrt habe, und mich hiermit rektifizire.

Präsident: Ich will Ihnen die fragliche Aussage in der Voruntersuchung, die ich vorhin meinte und die Sie nicht mehr kennen, vorlesen. Sie sagten da: „Eine Unterordnung des Braunschweiger Ausschusses unter den Generalrath hat nur insoweit stattgefunden, als es sich um innere Verwaltungsfragen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, wie die Berufung des Kongresses nach Mainz u. s. w., handelte." Sie haben also doch erklärt, eine Unterordnung des Ausschusses unter den Generalrath bestehe in gewissem Sinne?

Liebknecht: Ja, in dem Sinne, wie ich es vorhin definirte. Eine Unterordnung in dem Sinn, als ob der Ausschuß als solcher vom Generalrath geleitet worden sei, existirte nicht, nur eine Unterordnung in Verwaltungsangelegenheiten der Internationalen, in Bezug auf welche selbstverständlich der Generalrath die oberste Behörde war. Die Ausschußmitglieder haben an Marx nur in solchen Angelegenheiten geschrieben, welche die Organisation der Internationalen betrafen, nicht aber in Angelegenheiten, welche die sozialdemokratische Arbeiterpartei angingen. Ueberhaupt bestand für die Mitglieder beider Gesellschaften, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen, eine Unterordnung gegenüber dem Generalrath nur in solchen Fragen, welche sich auf die Verwaltungsangelegenheiten der Internationalen bezogen. Der Generalrath bestimmte z. B. den Ort, wo die Kongresse abgehalten werden sollten. Eine Unterordnung im Sinne absoluten Gehorsams gab es auch innerhalb der Internationalen selbst nicht. Das Autoritätsprinzip ist aus der Internationalen Arbeiter-Assoziation vollständig ausgerottet. Nicht der geringste Druck kann innerhalb derselben von irgend einem Mitgliede ausgeübt werden. Ich beziehe mich übrigens zur Kennzeichnung der Stellung des Parteiausschusses zum Generalrath auf einen Brief in den Akten, worin der Ausschuß den Generalrath ersucht, den Kongreß in Mainz abzuhalten.

Präsident: Können Sie mir einige Mitglieder des Generalraths nennen?

Liebknecht: Ja, Marx, Engels, Eccarius, Jung ꝛc.

Präsident: Marx war wohl die Seele des Generalraths?

Liebknecht: Nach der Organisation der Internationalen, welche eine rein demokratische ist, giebt es eine „Seele" ebenso wenig wie einen „Kopf". Die einzige „Seele" der Internationalen ist ihr Programm, sind ihre Prinzipien. Selbst der beständige Vorsitz ist im Generalrathe abgeschafft und geht reihum. Marx ist aber die bedeutendste wissenschaftliche Kapazität im Generalrath. Die Internationale hat keine stramme Organisation, kein bestimmtes Dogma. Es sind verschiedene Strömungen in ihr vertreten, z. B. die sogenannte Proudhonistische, die kleinbürgerliche, und diejenige, der ich angehöre, die wissenschaftliche, proletarisch-sozialistische, deren Programm im Kommunistischen Manifest entwickelt ist. Auch Bakunin, dessen Anschauungen von den unsrigen sehr weit abweichen, hat einigen Anhang in der Internationalen.

Präsident: Haben Sie offiziell mit dem Generalrath in Verbindung gestanden?

Liebknecht: Niemals.

Präsident: Sie haben aber auf den Baseler Kongreß beantragt, daß die Organisation der Internationalen fester gemacht werde?

Liebknecht: Ja, was aber leider nicht geschehen ist. (Heiterkeit im Publikum.)

Präsident: Sie haben vom Baseler Kongreß aus nach Braunschweig und London berichtet?

Liebknecht: Ja, als Privatperson an Privatpersonen.

Präsident: Sie waren aber als Delegirter Ihrer Partei in Basel?

Liebknecht: Ja, der Eisenacher Kongreß hat mich hingeschickt.

Präsident: Sie haben auf dem Baseler Kongreß Bericht über die Lage der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die soziale Bewegung Deutschlands erstattet?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Wer war denn aus Deutschland noch in Basel?

Liebknecht: Ich glaube, nur noch Spier aus Wolfenbüttel und Rittinghausen aus Köln.

Präsident: Sie haben eine Mitgliedskarte der Internationalen empfangen?

Liebknecht: Ja, — mehrere. Die Karten sind aber neuerdings abgeschafft und an der Stelle Marken eingeführt worden.

Präsident: Es ist in Ihrem Besitze eine größere Partie von Mitgliedskarten gefunden worden?

Liebknecht: Ja, ich hatte von London eine Sendung erhalten, einen Theil hatte ich vor unserer Verhaftung in Deutschland ausgegeben, einen Theil mit nach Basel genommen.

Präsident: Ich werde meine vorläufigen Fragen an Sie über die Internationale hierauf beschränken. Sie werden nachher Gelegenheit haben, sich des Weiteren über dieselbe zu erklären.

Vertheidiger Freytag I.: Herr Liebknecht, Sie standen in der Zeit, wo die Untersuchung eingeleitet wurde, wegen ausgebrochener Differenzen nicht in direktem Verkehr mit Marx?

Liebknecht: Das ist insofern richtig, als ich einige Zeit lang über Marx etwas ärgerlich war, und deshalb nicht an ihn schrieb, wie aus einem beim Ausschuß beschlagnahmten Briefe von mir erhellt. Die Differenz war übrigens sehr unbedeutender Natur — hervorgerufen durch eine briefliche Bemerkung — und hatte mit dem Prinzip, mit der Auffassung der Dinge absolut nichts zu thun.

Vertheidiger Freytag II.: Ich möchte konstatiren lassen, daß die Mitgliedskarten der Internationalen Arbeiter-Assoziation bereits im Jahre 1869 im „Demokratischen Wochenblatt" Nr. 34 öffentlich empfohlen worden sind.

Präsident: Das hat ja Herr Liebknecht bereits gesagt.

Vertheidiger Freytag II.: Ich möchte nur konstatiren lassen, daß es wahr ist. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Ich konstatire es.

Präsident: Herr Bebel, Sie sind auch Mitglied der Internationalen und seit welcher Zeit?

Bebel: Seit 1867.

Präsident: Bestätigen Sie das, was Herr Liebknecht über den Verkehr des Generalraths in London mit den deutschen Mitgliedern der Assoziation und über die Organisation derselben gesagt hat?

Bebel: Im Wesentlichen habe ich das zu bestätigen, namentlich, daß die Organisation der Internationalen eine

sehr freie und lose war. Früher hat eine größere Anzahl der deutschen Mitglieder der Internationalen, z. B. in Magdeburg, Köln, Barmen — wie auch ich that — ihre Mitgliedsbeiträge nach Genf geschickt; für den Jahresbeitrag von 10 Groschen erhielten wir dann das Organ der Sektion, den von Joh. Phil. Becker redigirten „Vorboten". — Ich habe stets die Zulässigkeit des offiziellen Verkehrs zwischen Generalrath und Parteiausschuß bestritten. Die Mitglieder desselben konnten sich als Mitglieder der Internationalen mit London in Verbindung setzen, offiziell als Ausschuß durften sie das nicht.

Vertheidiger Freytag I.: Herr Bebel, können Sie uns Auskunft geben über die Zahl der deutschen Mitglieder der Internationalen?

Bebel: Die Zahl vermag ich freilich nicht anzugeben; aber ich glaube, viele werden es nicht gewesen sein; meines Erachtens wird der Ausschuß nicht viel über tausend Karten ausgegeben haben; wie viele Mitglieder ihre Beiträge nach Genf gesandt haben, also der dortigen deutschen Sektion angehörten, weiß ich nicht; jedenfalls waren es höchstens einige Hundert. Ich behaupte, das Gros unserer Partei war nicht Mitglied der Internationalen, es begnügte sich, im geistigen Zusammenhange mit derselben zu stehen.

Präsident: Herr Hepner, Sie sind auch Mitglied der Internationalen?

Hepner: Ja, seit dem Sommer 1869.

Präsident: Hatten Sie auch eine Mitgliedskarte?

Hepner: Ja.

Präsident: Wer gab Ihnen dieselbe?

Hepner: Ein Berliner Kaufmann, der aus London zurückkehrte.

Präsident: War in der Karte Ihr Name bemerkt?

Hepner: Nein, ich habe sie selbst ausgefüllt.

Präsident: Sie erhielten die Karte also in blanco?

Hepner: Ja.

Präsident: Es ist das ein eigenthümlicher Umstand. (!) An wen haben Sie denn den Groschen entrichtet, welchen die Karte kostete?

Hepner: Eben an den Kaufmann, von dem ich die Karte erhielt.

Präsident: Aber der Groschen muß doch an den Generalrath nach London gezahlt werden?

Hepner: Ich zahlte ihn aber an meinen Berliner Kaufmann, der mit Mitgliedern des Generalraths in Verbindung steht und überdies manchmal in Geschäfts-Angelegenheiten nach London reist.

Präsident: Das ist doch höchst eigenthümlich. (!)

Hepner: Durchaus nicht, der Mann war dem Generalrathe in London sehr bekannt. Er hatte die Karten nur für seine Berliner Freunde von London nach Berlin mitgebracht.

Präsident: Das war aber 1869. Wie haben Sie es später mit der Mitgliedskarte angefangen, die doch alljährlich erneuert werden mußte?

Hepner: Im nächsten Jahre habe ich die Erneuerung der Karte verabsäumt; jetzt aber bin ich wieder Mitglied durch Einlösung einer Marke, die auf das Statutenexemplar geklebt wird.

Präsident: Können Sie mir die Mitgliederzahl der deutschen Sektion der Internationalen angeben?

Hepner: Nein, viele waren es aber nicht.

Präsident: Bestätigen Sie, was Herr Liebknecht über den Verkehr des Braunschweiger Ausschusses mit dem Generalrath angegeben hat?

Hepner: Von einem solchen Verkehr — gleichviel ob offizieller oder privater Natur — habe ich gar nichts gewußt.

Vertheidiger Freytag II.: Herr Bebel, wie hoch war der Jahresbeitrag zur Internationale?

Bebel: Früher 10 Silbergroschen; seit dem Baseler Kongreß ist er auf 1 Silbergroschen pro Kopf festgesetzt, die Karte wurde unentgeltlich ausgestellt. —

Es erfolgt nun nach kurzer Pause die Verlesung der obgedachten Eichhoff'schen Broschüre über die Internationale in ihren wesentlichsten Stellen, welche der Präsident, mit Genehmigung der Vertheidiger und der Staatsanwaltschaft, auswählt.

Wir schalten mehrere der verlesenen Abschnitte der Eichhoff'schen Broschüre und auch die nicht verlesene vortreffliche Rede des von den Versaillern erschossenen Buchbinders Varlin hier ein.

1. Stiftung der Assoziation.

Der unmittelbare Anlaß zur Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation war die letzte polnische Insurrektion. Die Londoner Arbeiter hatten eine Deputation an Lord Palmerston geschickt, mit einer Adresse, worin sie ihn aufforderten, für Polen einzuschreiten. Sie erließen gleichzeitig einen Aufruf an die Pariser Arbeiter, diese zu gemeinschaftlichem Wirken auffordernd. Die Pariser sandten darauf Deputirte nach London. Zu ihrem Empfang fand am 28. September 1864 ein öffentliches Meeting in St. Martins Hall, Long Acre, statt, auf welchem Engländer, Deutsche, Franzosen, Polen und Italiener zahlreich vertreten waren.

Dies Meeting war die Geburtsstätte der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Es brachte außer dem politischen Zweck, der es zusammengeführt hatte, auch allgemeine soziale Verhältnisse zur Sprache. Es förderte aus den Arbeitern aller Nationen dieselben Beschwerden, in allen Ländern dieselben Grundübel zu Tage. Es bewies die Uebereinstimmung der Interessen Aller. Es erwählte einen provisorischen Zentralrath, der später die Bezeichnung Generalrath (General Council, Conseil Général) annahm, zu London residirte und aus den verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt war. Er wurde beauftragt mit der provisorischen Zentralverwaltung der zu gründenden Assoziation, mit der Veröffentlichung einer Inauguraladresse (einer Art Programm) und mit dem Entwurf der provisorischen Statuten.

Auf dem Meeting herrschte Einstimmigkeit und Enthusiasmus. Jede Nation war durch ihrer würdige Repräsentanten vertreten. Der Erfolg war, daß die englischen Arbeiter, welche seit dem Jahre 1824, wo ihnen die Gesetzgebung das Recht der Assoziation hatte zugestehen müssen, ihren Kampf gegen die herrschenden Klassen unabhängig von und unbeeinflußt durch die politischen und sozialen Bewegungen des übrigen Europa geführt hatten, jetzt zum erstenmale aus ihrer nationalen Abgeschlossenheit heraustraten und sich mit Arbeitern aller Nationen über die Nothwendigkeit gemeinsamen Wirkens verständigten. Daher die Begeisterung: man war sich bewußt, eine neue Aera der Arbeiterbewegung zu eröffnen.

2. Schwierigkeiten im Beginn der Assoziation.

Neue Bewegungsformen werden nicht an einem Tage geschaffen, selbst wenn sie ein dringendes Zeitbedürfniß zu erfüllen bestimmt sind. Vor allem ist eine Klippe zu vermeiden, an welcher neue Organisationen schon häufig gescheitert, zum Mindesten von ihrem ursprünglichen und eigentlichen Ziel ab-

gelenkt worden sind: Repräsentanten untergehender Bewegungsformen schließen sich dem Neuen an, um es zum Vehikel des Alten zu machen. So auch hier. Die italienischen Mitglieder des provisorischen Zentralraths waren Anhänger Mazzini's. Sie legten dem Zentralrath einen von Mazzini selbst verfaßten Entwurf der Inauguraladresse und der provisorischen Statuten vor. In einer Adresse wiederholte Mazzini sein altbekanntes politisches Programm, verbrämt mit etwas sozialistischer Phraseologie. Er donnerte gegen den Klassenkampf. Seine Statuten waren abgefaßt in der streng zentralistischen Weise, wie sie für politische Verschwörungs-Gesellschaften paßt, dagegen von vornherein die Lebensbedingungen einer internationalen Arbeiter-Assoziation vernichten würde, welche nicht eine Bewegung zu schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern bereits vorhandene und verzettelte Klassenbewegung zu einigen und zu verbinden hat.

Der Name Mazzini's besaß damals in der englischen Arbeiterklasse guten Klang, namentlich seit dem Triumphzug Garibaldi's in London. Daher rechnete Mazzini mit ziemlicher Sicherheit darauf, sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu bemächtigen. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Karl Marx, auf dem Meeting in St. Martins Hall zum Mitglied des provisorischen Zentralraths erwählt, legte seinerseits, gegen Mazzini, eine von ihm verfaßte Inauguraladresse und provisorische Statuten vor. Beides wurde einstimmig angenommen und veröffentlicht, und Marx' provisorische Statuten erhielten später auf dem Kongreß zu Genf (1866) definitive Sanktion.

3. Die Inauguraladresse von Karl Marx.

Männer der Arbeit!

Es ist eine große Thatsache, daß das Elend der Arbeiterklassen sich in den Jahren 1848—1864 nicht vermindert hat, obgleich gerade diese Periode in den Annalen der Geschichte beispiellos dasteht in Bezug auf die Entwicklung ihrer Industrie und das Wachsthum ihres Handels. Im Jahre 1850 prophezeite ein gemäßigtes Organ der britischen Bourgeoisie, anscheinend im Besitz von mehr als gewöhnlichen Kenntnissen, daß, wenn die Aus- und Einfuhr Englands um 50 Prozent steigen, der Pauperismus in England auf den Nullpunkt sinken würde. Aber ach! Am 7. April 1864 entzückte Mr. Gladstone, der englische Schatzkanzler, seine Zuhörerschaft durch den Nachweis, daß der Gesammtwerth der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1863 auf 443 955 000 Pfund Sterling angeschwollen sei, eine Summe, welche ungefähr den dreifachen Betrag des Umsatzes in dem verhältnißmäßig erst vor Kurzem verflossenen Jahre 1843 ausmache.

Bei alledem aber war er genöthigt, auch des sozialen Elends zu gedenken. Er mußte sprechen von Denjenigen, die an der Grenze der Hungersnoth angelangt seien, von Arbeitslöhnen, die um keinen Pfennig gestiegen seien, vom menschlichen Leben, welches in neun Fällen unter zehn nur ein Kampf um die tägliche Existenz sei. Er sprach nicht von der Bevölkerung Irlands, welche im Norden nach und nach durch Maschinen, im Süden durch Schafheerden ersetzt wird, obgleich selbst die Anzahl der Schafe in diesem unglücklichen Lande sich vermindert, freilich nicht so schnell als die Menschen. Er vermied, das zu wiederholen, was gerade damals durch die höchsten Repräsentanten der zehntausend Vornehmen in einem plötzlichen Anfall von Schrecken verrathen worden war. Als die Panik des Garottirens*) eine gewisse Höhe erreicht hatte, veranlaßte das Haus der Lords zu einer Untersuchung und einem Bericht über Transportation und Zuchthausstrafe. An den Tag kam die Wahrheit in dem dicken Blaubuch von 1863, und bewiesen ward es durch offizielle Thatsachen und Zahlen, daß die schlechtesten unter den verurtheilten Verbrechern, die Zuchthaussträflinge Englands und Schottlands, sich weit weniger zu schinden hatten und viel besser genährt waren als die Agrikulturarbeiter Englands und Schottlands. Und das war noch nicht Alles. Als in Folge des Bürgerkrieges in Amerika die Industriearbeiter in Lancashire und Cheshire auf die Straße geworfen waren, sandte dasselbe Haus der Lords einen Arzt in die Fabrikdistrikte, um zu untersuchen und festzustellen, wie viel Kohlen- und Stickstoff unumgänglich nothwendig sei, um, dargeboten in der einfachsten und billigsten Form, gerade zur Abwehr des Hungertyphus hinzureichen. Dr. Smith, der ärztliche Kommissar des Parlaments, ermittelte, daß 28 000 Gran Kohlenstoff und 1330 Gran Stickstoff die wöchentliche Ration sei, welche durchschnittlich gerade hinreichend sei, um einen Erwachsenen über dem Niveau der Hungerkrankheiten zu halten; und er fand weiter, daß diese Quantität so ziemlich mit der dürftigen Nahrung übereinstimme, auf welche der Druck der äußersten Noth die armen Baumwollenarbeiter thatsächlich angewiesen hatte. Und nicht genug damit: derselbe Arzt wurde später von der Regierung wieder beauftragt, die Nahrung des ärmeren Theils der Arbeiterklasse zu untersuchen. Die Resultate seiner Nachforschungen befinden sich im „Sechsten Bericht über öffentliche Gesundheit", veröffentlicht auf Befehl des Parlaments im Laufe dieses Jahres

*) Garottiren eigentlich: erdrosseln, eine in England, namentlich London gang und gäbe Methode des Straßenraubs, darin bestehend, daß dem Opfer, um es widerstandsunfähig und besinnungslos zu machen, durch einen Griff von hinten die Gurgel zugedrückt wird.

(1864). Und was entdeckte der Arzt? Daß die Seidenweber, Nätherinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirker und andere Arbeiter durchschnittlich nicht einmal die Nothstandsration der Baumwollenarbeiter, nicht einmal denjenigen Betrag von Kohlen- und Stickstoff erhielten, „der gerade hinreicht zur Abwehr von Hungerkrankheiten".

„Ja noch mehr", sagt der Bericht, „was die untersuchten Familien der ländlichen Arbeiter betrifft, schien es, daß mehr als ein Fünftel weniger zu sich nahm als das nothdürftigste Quantum kohlenstoffhaltiger Nahrung, mehr als ein Drittel weniger als das nothdürftigste Quantum stickstoffhaltiger Nahrung, und daß in drei Landschaften (Berkshire, Oxfordshire und Somersetshire) Unzulänglichkeit stickstoffhaltiger Speisen die Durchschnittskost ganzer Ortschaften war." . . . „Es muß darauf hingewiesen werden", fügt der offizielle Bericht hinzu, „daß Entbehrung der nothwendigsten Nahrung nur mit großem Widerstreben ertragen wird, und daß in der Regel große Nothdurft der Nahrung erst dann sich einstellt, wenn andere Entbehrungen vorhergegangen sind." . . . „Selbst Reinlichkeit wird dem Armen kostspielig oder schwierig, und wenn er dennoch in einem Gefühl der Selbstachtung Versuche macht, den Forderungen der Reinlichkeit zu entsprechen, so ist für ihn jeder Versuch gleichbedeutend mit vermehrten Hungersqualen. Dies sind peinliche Betrachtungen, namentlich wenn man bedenkt, daß die Armuth, auf welche sie Bezug haben, nicht die verdiente Armuth des Müßigganges ist: in allen aufgeführten Fällen ist es die Armuth der arbeitenden Bevölkerung. Und in der That, gerade die Arbeit, welche eine so kärgliche Ration von Nahrungsmitteln erlangt, wird in den meisten Fällen über die Maßen ausgedehnt." Der Bericht bringt ferner die befremdende und unerwartete Thatsache zu Tage, daß von den vier Theilen des vereinigten Königreichs: England, Wales, Schottland und Irland, die Agrikulturbevölkerung Englands, des reichsten Theils, die bei Weitem am schlechtesten genährte ist, daß aber selbst die Agrikulturarbeiter von Berkshire, Oxfordshire und Somersetshire besser daran sind als eine große Anzahl kunstfertiger Handarbeiter unter Dach und Fach im Ostende von London.

Solcher Art sind die offiziellen Darstellungen, veröffentlicht auf Befehl des Parlaments im Jahre 1863, während des tausendjährigen Reichs des Freihandels, zu einer Zeit, wo der Schatzkanzler dem Hause der Gemeinen erzählte, „daß im Allgemeinen die Lage des britischen Arbeiters sich verbessert habe in einem ganz außerordentlichen Maße, welches ohne Beispiel dastehe in der Geschichte irgend eines Landes oder Zeitalters".

Aber mitten hinein in diese offiziellen Beglückwünschungen schrillt die trockene Bemerkung des offiziellen Berichts über öffent-

liche Gesundheit: „Oeffentliche Gesundheit eines Landes bedeutet die Gesundheit seiner Massen, und wie können die Massen gesund sein, wenn sie nicht bis auf ihre untersten Schichten herab mindestens erträglich leben?"

Geblendet durch den „Fortschritt der Nation", umgaukelt von den Zahlen der Statistik, ruft der Schatzkanzler in wilder Verzückung aus: „In den Jahren 1842—1852 hat sich das steuerpflichtige Einkommen des Landes um 6 Prozent vermehrt, in den 8 Jahren 1853—1861 hat es im Verhältniß zum Einkommen des Jahres 1853 um 20 Prozent zugenommen. Diese Thatsache ist so staunenswerth, daß sie beinahe unglaublich ist." ... „Diese berauschende Vermehrung von Reichthum und Macht", fügt Mr. Gladstone hinzu, „ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt."*)

Wer zu wissen wünscht, unter wie viel Opfern an zerrütteter Gesundheit, verdorbenen Sitten und gestörten Geisteskräften diese „berauschende, ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichthum und Macht" erzeugt worden ist und noch erzeugt wird, der blicke auf das Gemälde, welches der letzte „öffentliche Gesundheitsbericht" von den Werkstätten der Schneider, Buchdrucker und Putzmacherinnen entworfen hat. Er vergleiche damit den „Bericht der Untersuchungskommission über die Beschäftigung von Kindern in Fabriken" vom Jahre 1863, worin unter Anderem ausgesprochen wird, daß die Töpfer, und zwar nicht blos die männlichen, sondern auch die weiblichen Arbeiter der Töpferwerkstätten, als Arbeiterklasse einen körperlich und geistig heruntergekommenen Theil der Bevölkerung ausmachen, daß ein von der Geburt an gesundes Kind später selbst ungesunde Kinder erzeuge, daß nach und nach ein zunehmendes Aussterben der ganzen Rasse bevorstehe, und daß die Verkommenheit der Bevölkerung von Staffordshire noch größer sein würde, wenn sie sich nicht aus den angrenzenden Landschaften rekrutire und sich durch Heirath mit gesünderen Rassen vermische. Er blicke auf Mr. Tremenheere's Blaubuch über die „Beschwerden der Bäckergesellen". Und wen hat nicht geschaudert bei der scheinbar paradoxen, durch den General-Registrator mit Dokumenten belegten Behauptung der Fabrikinspektoren, daß der Gesundheitszustand der Fabrikarbeiter von Lancashire gerade in der Zeit, wo

---

*) Der kathedersozialistische Professor Lujo Brentano hat später behauptet, Marx habe diesen Satz „materiell und formell hinzugelogen"; Friedrich Engels hat in seiner Broschüre: „In Sachen Brentano contra Marx wegen angeblicher Zitatsfälschung. Geschichtserzählung und Dokumente" Hamburg 1891, diese Behauptung dokumentarisch widerlegt und die Unehrlichkeit Brentano's in dieser Frage dargelegt. (1894.)

sie auf eine Nothstandsration von Nahrungsmitteln beschränkt gewesen seien, sich thatsächlich gebessert habe, weil sie in Folge der Baumwollennoth zeitweise aus den Baumwollenfabriken ausgeschlossen gewesen seien, und daß die Sterblichkeit unter den Kindern in dieser Zeit abgenommen habe, weil die Mütter jetzt endlich einmal in der Lage gewesen seien, ihnen statt der Opiummixtur von Godfrey*) die eigene Brust zu reichen.

Und dagegen die Kehrseite der Medaille. Die dem Hause der Gemeinen am 20. Juli 1864 vorgelegten amtlichen Berichte über den Ertrag der Einkommen- und Grundsteuer belehren uns, daß in der Zeit vom 5. April 1862 bis 5. April 1863 die Anzahl der Personen mit einem jährlichen Einkommen von 50 000 Pfd. Sterling und darüber um 13 zugenommen habe und in diesem einen Jahr von 67 auf 80 Personen gestiegen sei. Derselbe amtliche Bericht enthüllt die Thatsache, daß ungefähr 3000 Personen sich in ein jährliches Einkommen von ungefähr 25 Millionen Pfd. Sterling zu theilen haben, eine Summe, die größer ist als der Gesammtbetrag der alljährlich an die Gesammtheit der Agrikulturarbeiter von England und Wales gezahlten Arbeitslöhne. Schlagt die amtlichen Listen von 1861 auf, und Ihr werdet finden, daß die Anzahl der Grundeigenthümer in England und Wales von 16 934 Personen im Jahre 1851 auf 15,066 im Jahre 1861 zusammengeschmolzen ist, so daß die Konzentration des Grundbesitzes in 10 Jahren um 11 Prozent zugenommen hat. Wenn die Vereinigung des gesammten Grundbesitzes in den Händen Weniger in diesem Verhältniß fortschreiten sollte, so wird allerdings dadurch die Grund- und Bodenfrage sehr vereinfacht werden, gerade so, wie es im römischen Kaiserreich geschah, als Nero über die Entdeckung greinte, daß die Hälfte der Provinz Afrika sich in dem Besitz von sechs Herren befinde.

Wir sind darum so lange bei diesen Thatsachen, „die so staunenswerth, daß sie beinahe unglaublich sind", stehen geblieben, weil England an der Spitze des Handels und der Industrie

*) Da die Arbeiterfrauen nicht die Mittel haben, sich Ammen oder Kindermädchen zu halten, pflegen sie vor dem Weggang in die Fabrik den unglücklichen Säuglingen ein Schlaftrünkchen einzugeben. Eins der beliebtesten dieser Schlaftrünkchen, die in kolossalen Quantitäten verbraucht werden und einen sehr einträglichen Handelsartikel bilden, ist „Godfrey's Mixture". Dasselbe ist so probat, daß die Kinder auf 8, 10, 12 Stunden — je nach der eingeflößten Menge — „stille" sind, und schließlich in unzähligen Fällen sogar auf immer. Die Tausende und Abertausende von Säuglingen, die alljährlich in Folge der Hineinziehung der Frauen in die Fabrik an Entkräftung und Vergiftung sterben, sind nicht zu vergessen, wenn die Menschenhekatomben zusammengerechnet werden, welche die Bourgeoisie ihrem Gott Mammon bringt.

Europas steht. Erinnert Euch, daß erst vor Kurzem einer von den verbannten Söhnen Louis Philippe's die englischen Agrikulturarbeiter öffentlich deshalb beglückwünscht hat, weil ihr Loos besser sei als das ihrer weniger glücklich situirten Kameraden jenseits des Kanals. Und in der That: mit einer anderen Lokalfärbung und auf etwas kleinerer Stufenleiter pflanzen sich die englischen Zustände in allen in ihrer industrieellen Entwicklung begriffenen Ländern des Kontinents fort. In allen diesen Ländern hat seit dem Jahre 1848 eine unerhörte Entwicklung der Industrie, eine ungeahnte Ausdehnung des Ein- und Ausfuhrhandels stattgefunden. In allen war die „ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkte Vermehrung von Reichthum und Macht" ebenfalls wahrhaft „berauschend". In allen erhielt zwar eine kleine Anzahl Arbeiter, ebenso wie in England, etwas erhöhten Arbeitslohn, aber bei dem allgemeinen Steigen der Preise hatte diese Lohnerhöhung für den Lebensgenuß des Arbeiters ebenso wenig zu bedeuten, als z. B. der Insasse des hauptstädtischen Armen- oder Waisenhauses davon Nutzen hat, daß seine nothwendigsten Lebensbedürfnisse nach amtlichen Ermittlungen von 7 Pfund 7 Schillingen 4 Pence im Jahre 1852 auf 9 Pfund 15 Schillinge 8 Pence im Jahre 1861 gestiegen sind. Allüberall sank die große Masse arbeitenden Klassen in immer tieferes Elend, mindestens in demselben Maße, als die oberen Klassen auf der sozialen Skala stiegen. In allen Ländern Europas steht es jetzt als unumstößliche Wahrheit fest, unleugbar für jeden unbefangenen Forscher und bestritten nur von Denen, die ein Interesse haben, Anderen trügerische Hoffnungen zu machen, daß weder die Vervollkommnung der Maschinen, noch die Nutzbarmachung der Wissenschaft für die Industrie und Agrikulturproduktion, weder die Hilfsmittel und Kunstgriffe des Verkehrs, noch neue Kolonieen oder Auswanderung, weder die Eroberung neuer Märkte, noch der Freihandel oder alle diese Dinge zusammengenommen das Elend der gewerbthätigen Massen zu beseitigen vermögen, daß vielmehr auf der falschen Grundlage des Bestehenden jede frische Entwicklung der schöpferischen Kraft der Arbeit nur dahin zielt, die sozialen Gegensätze zu vertiefen und den sozialen Konflikt zu schärfen. Der Hungertod erhob sich in der Hauptstadt des britischen Königreichs beinahe auf den Rang einer sozialen Institution während dieser „berauschenden" Epoche ökonomischen Fortschritts. Diese Epoche ist in den Analen der Welt gekennzeichnet durch die beschleunigte Wiederkehr, den erweiterten Umfang und die tödtlicheren Wirkungen der sozialen Pest, die man Handels- und Industriekrise nennt.

Nach dem Fehlschlagen der Revolution von 1848 wurden auf dem Kontinent alle Partei-Organisationen und Partei-Journale

der arbeitenden Klassen durch die eiserne Hand der Gewalt zermalmt, die vorgeschrittensten Söhne der Arbeit flohen in Verzweiflung nach der transatlantischen Republik, und die kurzlebigen Träume von Emanzipation der Arbeiterklasse zerrannen in einer Epoche fieberhafter Industriethätigkeit, sittlicher Versumpftheit und politischer Reaktion. Die Niederlage der arbeitenden Klassen auf dem Kontinent verbreitete bald ihre ansteckende Wirkung auf die andere Seite des Kanals. Während die totale Niederlage ihrer kontinentalen Brüder die arbeitenden Klassen Englands entmannte und ihr Vertrauen auf ihre eigene Sache brach, gab sie den Grundbesitzern und Kapitalisten die einigermaßen erschütterte Zuversicht wieder. Uebermüthig zogen dieselben Zugeständnisse zurück, welche bereits angekündigt waren. Die Entdeckung neuer Goldländer führte zu einem großartigen Auszug, der in den Reihen des britischen Proletariats eine unersetzbare Lücke zurückließ. Andere, früher kräftige Mitglieder des Proletariats, wurden durch die temporäre Bestechung von Mehrarbeit und Lohnerhöhung weggeschnappt und in Gutgesinnte umgewandelt. Alle Anstrengungen, die Chartistenbewegung aufrecht zu erhalten oder umzugestalten, schlugen ganz unzweideutig fehl, die Preßorgane der Arbeiter starben eins nach dem andern an der Theilnahmlosigkeit der Massen, und in der That, niemals vordem schien die englische Arbeiterklasse so ganz und gar mit dem Zustande ihrer politischen Nichtexistenz ausgesöhnt. Wenn damals zwischen den englischen und den kontinentalen Arbeiterklassen auch keine Gemeinschaft der Aktion stattgefunden hatte, so doch auf alle Fälle eine Gemeinschaft der Niederlage.

Und dennoch war diese Periode nicht ohne entschädigende Charakterzüge. Wir wollen hier nur auf zwei große Thatsachen aufmerksam machen.

Nach einem dreißigjährigen, mit der bewundernswerthesten Ausdauer gefochtenen Kampfe setzten die englischen Arbeiterklassen dadurch, daß sie eine flüchtige Spaltung zwischen der Aristokratie des Grundbesitzes und der des Geldes benützten, die Zehnstundenbill durch. Die bedeutenden physischen, moralischen und intellektuellen Vortheile, die hieraus den Fabrikarbeitern erwuchsen und in den halbjährlichen Berichten der Fabrikinspektoren chronologisch verzeichnet werden, sind jetzt allseitig anerkannt. Die meisten kontinentalen Regierungen sahen sich genöthigt, die englische Fabrikordnung in mehr oder minder beschränkter Form ebenfalls einzuführen, und das britische Parlament selbst ist von Jahr zu Jahr gezwungen, den Wirkungskreis dieses Gesetzes auszudehnen. Und nicht blos von praktischer Bedeutung war der wunderbare Erfolg dieser Arbeitermaßregel. Die britische Bourgeoisie hatte durch ihre berüchtigsten Organe unter den Männern der Wissenschaft, wie

z. B. durch Dr. Ure, Professor Senior und andere Weise dieses Schlages, prophezeit und zu ihrer Herzenszufriedenheit bewiesen, jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit müsse die Todtenglocke der britischen Industrie läuten, welche vampyrartig nur davon leben könne, Blut zu saugen, vor Allem Kinderblut. In alten Zeiten war Kindermord ein geheimnißvoller Ritus des Moloch-Kultus und wurde nur bei sehr feierlichen Gelegenheiten, vielleicht Ein Mal jährlich vollzogen, und dabei hatte Moloch keinen ausschließlichen Hang für die Kinder der Armen. Dieser Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wüthete um so heftiger, als er nicht blos ein Schrecken für die Habsucht war, sondern auch ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze von Angebot und Nachfrage, welche die politische Oekonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten sozialen Produktion, dem Inbegriff der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse. Und deshalb war die Zehnstundenbill nicht blos ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Prinzips: zum ersten Mal am hellen, lichten Tag unterlag die politische Oekonomie der Bourgeoisie der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse.

Doch der politischen Oekonomie der Arbeit stand ein noch größerer Sieg über die politische Oekonomie des Besitzes bevor. Wir sprechen von der Kooperativbewegung, insbesondere von den auf dem Prinzip der Kooperation beruhenden, durch wenige unverzagte, wenn auch ununterstützte „Hände"*) ins Leben gerufenen Fabriken. Der Werth dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Durch die That, statt der Gründe, haben sie bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und in Uebereinstimmung mit den Geboten moderner Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern, die einer Klasse von Arbeitnehmern zu thun giebt; daß die Arbeitsmittel, um Früchte zu tragen, nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen den Arbeitenden selbst monopolisirt zu werden brauchen; und daß Lohnarbeit, wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenschaft, nur eine vorübergehende und untergeordnete Form ist, die, dem Untergange geweiht, verschwinden muß vor der assoziirten Arbeit, welche ihre schwere Aufgabe mit williger Hand, leichtem Sinn und fröhlichem Herzen erfüllt. In England war der Same des Kooperationssystems durch Robert Owen gesäet worden; die gleichartigen Experimente der Arbeiter auf dem Kontinent waren thatsächlich das praktische Resultat dieser im Jahre 1848 zwar nicht erfundenen, aber laut verkündigten Theorien.

*) In England ist's Sprachgebrauch, die Arbeiter als „Hände" zu bezeichnen, während Schafe und Ochsen nach „Köpfen" gezählt werden.

Die Erfahrungen der Periode von 1848—1864 haben über allen Zweifel festgestellt, daß Kooperativarbeit, wie ausgezeichnet im Prinzip und wie nützlich in der Praxis sie auch immer sein möge, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleibt, niemals im Stand sein wird, das Wachsthum des Monopols in geometrischer Progression aufzuhalten, die Massen zu befreien oder auch nur die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern. Vielleicht haben gerade aus diesem Grunde Aristokraten von anscheinend edler Denkungsart, philantropische Schönredner der Bourgeoisie und selbst geschäftskluge Nationalökonomen ganz urplötzlich mit widerlichen Komplimenten eben dem Kooperativarbeit-System gehuldigt, welches sie vergebens im Keim zu ersticken gesucht, welches sie als das Utopien des Träumers verhöhnt oder als Verruchtheit des Sozialisten gebrandmarkt hatten.

Um die gewerbthätigen Massen zu retten, muß die Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen entwickelt und, folgerichtig, durch Staatsmittel gefördert werden. Dagegen aber werden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Privilegien zur Vertheidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole aufbieten. Weit entfernt davon, der Emanzipation der Arbeit Vorschub zu leisten, werden sie fortfahren, ihr jedes nur mögliche Hinderniß in den Weg zu legen. Erinnert Euch des Hohnes, mit welchem Lord Palmerston in der letzten Parlamentssession die Fürsprecher des Gesetzentwurfs über die Rechte irländischer Pächter zu Boden schmetterte. „Das Haus der Gemeinen", rief er aus, „ist ein Haus von Grundbesitzern." Deshalb ist es die Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Deutschland, Italien und Frankreich hat ein gleichzeitiges Wiederaufleben stattgefunden und ein gleichzeitiges Streben nach einer politischen Reorganisation der Arbeiterpartei.

Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen; aber Zahlen wiegen nur dann schwer in der Waage, wenn sie durch ein Bündniß vereinigt und einem bewußten Ziel entgegengeführt werden. Die Erfahrung der Vergangenheit hat gelehrt, daß Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspornen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest bei einander zu stehen, sich durch eine allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen bestraft. Diese Erwägung veranlaßte die Arbeiter verschiedener Länder, welche sich am 28. September 1864 zu einem öffentlichen Meeting in St. Martin's Hall versammelt hatten, die Internationale Arbeiter-Assoziation zu gründen.

Noch eine andere Ueberzeugung beherrschte dies Meeting.

Wenn die Emanzipation der arbeitenden Klassen deren gegenseitigen brüderlichen Beistand erfordert, wie können sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurtheile in Bewegung setzt und in Raubzügen das Blut und den Schatz des Volkes vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heldenmüthige Widerstand der arbeitenden Klassen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals und Kopf in einen infamen Kreuzzug zur Verewigung und Fortpflanzung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des atlantischen Ozeans zu stürzen. Der schamlose Beifall, die nur scheinbare Sympathie oder der beschränkte Gleichmuth, mit welchem die oberen Klassen Europas die Bergfestung des Kaukasus Rußland zur Beute fallen und das heldenmüthige Polen durch Rußland haben vernichten sehen, die unwiderstandenen Uebergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen Kabinetten Europas sind, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außer Stande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamiren, welche ebensowohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten.

Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.

Proletarier, aller Länder, vereinigt Euch!

4. Die Statuten der Assoziation.

Diese lauten in der definitiven, sachlich unveränderten Fassung, wie sie vom Genfer Kongreß (1866) sanktionirt worden sind, folgendermaßen:

In Erwägung:

daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft bedeutet;

daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder

Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet;

daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klasse das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte;

daß alle auf dies große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;

daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existirt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt;

daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den gewerbthätigsten Ländern Europas, während es neue Hoffnungen rege macht, eine feierliche Warnung vor einem Rückfall in alte Irrthümer enthält und ein unmittelbares Bündniß der noch getrennten Bewegungen erfordert;

aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongreß, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität, anerkennen.

Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht blos für sich selbst, sondern für Jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Und in diesem Sinne beschließt er folgende Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

1. Die Assoziation ist zu dem Zwecke errichtet, ein zentrales Mittel der Verbindung und Kooperation zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden und dasselbe Ziel, nämlich den Schutz, die Hebung und völlige Emanzipation der arbeitenden Klassen verfolgenden Arbeitergesellschaften zu schaffen.

2. Name der Gesellschaft soll sein: „Die Internationale Arbeiter-Assoziation".

3. Der Generalrath soll aus Arbeitern bestehen, die den verschiedenen in der Internationalen Arbeiter-Assoziation vertretenen

Ländern angehören. Er soll aus seinen eigenen Mitgliedern die zur Besorgung der Geschäfte nothwendigen Beamten, einen Präsidenten, Schatzmeister, Generalsekretär, korrespondirende Sekretäre für die verschiedenen Länder ꝛc. wählen. Der Kongreß bestimmt von Jahr zu Jahr den Sitz des Generalraths, wählt eine Anzahl von Mitgliedern mit der Befugniß, ihre Anzahl selbst zu vervollständigen, und bestimmt Ort und Zeit für die Zusammenkunft des nächsten Kongresses. Die Delegirten versammeln sich zur bestimmten Zeit am bestimmten Ort, ohne jede besondere Einladung. Der Generalrath kann nöthigenfalls den Ort ändern, ist aber nicht befugt, den Termin der Zusammenkunft hinauszuschieben.

4. Bei seinen jährlichen Zusammenkünften soll der Generalkongreß vom Generalrath öffentliche Rechnungslegung seiner Geschäfte erhalten. Letzterer soll in dringlichen Fällen befugt sein, den Generalkongreß vor Ablauf des regelmäßigen Jahrestermins zusammenzurufen.

5. Der Generalrath soll eine internationale Vermittlung zwischen den verschiedenen kooperirenden Assoziationen bilden, so, daß die Arbeiter eines jeden Landes fortwährend von den Bewegungen ihrer Klasse in den andern Ländern unterrichtet gehalten werden, daß eine gleichzeitig und einheitlich geleitete Untersuchung der sozialen Zustände in den verschiedenen Ländern Europas veranstaltet werden kann, daß Fragen von allgemeinem Interesse, die in einer Gesellschaft angeregt worden, von Allen erörtert werden, und daß, wenn eine unmittelbar praktische Thätigkeit nöthig sein sollte, wie z. B. im Falle internationaler Streitigkeiten, eine gleichzeitige und gleichförmige Aktion der assoziirten Gesellschaften stattfindet. So oft es zeitgemäß erscheint, soll der Generalrath die Initiative zu Vorschlägen für die verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften ergreifen. Um die Verbindung zu erleichtern, soll der Generalrath periodische Berichte veröffentlichen.

6. In Anbetracht dessen, daß der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur durch die Macht des Zusammenhanges und der Einigkeit gesichert werden kann, während andererseits die Nützlichkeit des internationalen Generalraths wesentlich davon abhängt, ob er es mit wenigen Mittelpunkten nationaler Arbeiter-Assoziationen oder mit einer großen Anzahl kleiner und getrennter Lokalgesellschaften zu thun hat, sollen die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation ihre äußersten Anstrengungen darauf richten, die zusammenhängenden Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder zu nationalen, durch Zentralorgane vertretenen Körperschaften zu vereinigen. Doch versteht es sich von selbst, daß die Anwendbarkeit dieser Vorschrift von den

jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen abhängig ist, und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keiner unabhängigen Lokalgesellschaft verwehrt sein soll, direkt mit dem Generalrath zu korrespondiren.

7. Die verschiedenen Branchen und Sektionen sollen an den Orten ihres Domizils, und soweit ihr Einfluß reicht, die Initiative nicht allein in Bezug auf allgemeine fortschrittliche Verbesserung des öffentlichen Lebens, sondern auch in Bezug auf die Gründung von Produktiv-Assoziationen und anderen, der Arbeiterklasse nützlichen Einrichtungen ergreifen. Der Generalrath soll sie in jeder nur möglichen Weise unterstützen.

8. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation, welches seinen Wohnsitz von einem Lande nach dem andern verlegt, soll den brüderlichen Beistand der assoziirten Arbeiter erhalten.

9. Jeder, der sich zu den Prinzipien der Internationalen Arbeiter-Assoziation bekennt und dieselben vertheidigt, ist wählbar zum Mitglied der Assoziation. Jede Branche ist verantwortlich für die Rechtschaffenheit der Mitglieder, welche sie aufnimmt.

10. Jede Sektion oder Branche hat die Befugniß, ihren eigenen korrespondirenden Sekretär zu ernennen.

11. Die Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen und sich mit dieser durch ein immerwährendes Band brüderlicher Gemeinschaft verbinden, behalten ihre besondere Organisation unangetastet bei.

12. Alles, was in den Statuten nicht vorgesehen ist, wird durch spezielle, der Revision eines jeden Kongresses unterliegende Verordnungen nachträglich ergänzt werden.

6. Instruktionen für die Delegirten des provisorischen Generalrathes.

Beschlossen auf dem internationalen Kongresse zu Genf, 3.–8. September 1866.

Die wichtigsten Punkte waren folgende:

§ 1 dieser Instruktion handelt von der Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

§ 2 der Instruktionen handelt von den internationalen Hilfsmitteln, welche die Assoziation den Arbeitern aller Länder in ihrem Kampf gegen das Kapital darbieten könne. Diese Frage nehme die ganze Thätigkeit der Assoziation in Anspruch, deren Ziel ja darin bestehe, die bis jetzt noch unzusammenhängenden Kämpfe für die Emanzipation der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern zu vereinigen und zu verallgemeinern. In einem Falle könne bereits die Assoziation sich rühmen, den Intriguen der Kapitalisten mit Erfolg vorgebeugt zu haben, so weit

diese nämlich bei Arbeitseinstellungen fremde Arbeiter als Waffe gegen die einheimischen Arbeiter ins Gefecht geführt hätten. Es sei eine von den großen Aufgaben der Assoziation, die Arbeiter der verschiedenen Länder als Brüder und Kameraden der Emanzipationsarmee sich nicht blos fühlen, sondern auch handeln zu machen. Als weiteres internationales Hilfsmittel werde eine „statistische Untersuchung über die Lage der arbeitenden Klassen aller Länder durch die eigene Initiative der arbeitenden Klassen" vorgeschlagen. Um diese Arbeiterstatistik mit Erfolg durchzuführen, wurden in nachstehendem Schema die Materialien, auf die es hauptsächlich ankomme, zusammengefaßt. Dadurch, daß sie ein so großes Werk unternehmen, würden die Arbeiter beweisen, daß sie fähig seien, ihr Schicksal in ihre eigene Hand zu nehmen. Daher werde vorgeschlagen, daß das Werk von allen Branchen der Assoziation unverzüglich in Angriff genommen werde, und daß der Kongreß alle Arbeiter Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika zur Mitarbeiterschaft an der Statistik der Arbeiterklasse einlade, daß alle Berichte und Aussagen dem Generalrath zugesandt würden, der sie zu einem allgemeinen Bericht ausarbeiten, den Wortlaut der Aussagen als Anhang hinzufügen und nach eingeholter Sanktion des Kongresses Bericht und Anhang veröffentlichen solle.

Das vorgeschlagene allgemeine Schema enthält folgende Rubriken, die indeß je nach lokalen Bedürfnissen verändert werden möchten:

1. Bezeichnung der Industrie.
2. Alter und Geschlecht der Arbeiter.
3. Anzahl der Arbeiter.
4. Salaire und Löhne: a) der Lehrlinge, b) für Tagesarbeit oder Stückwerk, c) Lohnskala der Zwischenhändler. d) Wöchentlicher, jährlicher Durchschnittsbetrag.
5. a) Arbeitsstunden in Fabriken; b) Arbeitsstunden bei kleinen Arbeitgebern und bei häuslicher Arbeit, wenn das Geschäft in dieser Weise betrieben wird; c) Nachtarbeit und Tagesarbeit.
6. Mahlzeiten und Art der Beköstigung.
7. Qualität des Arbeitslokals und der Arbeit: Ueberfüllung, mangelhafte Ventilation, Mangel an Sonnenlicht, Gebrauch von Gaslicht, Reinlichkeit ꝛc.
8. Art der Beschäftigung.
9. Wirkung der Beschäftigung auf die natürliche Körperbeschaffenheit.
10. Sittenzustand. Erziehung.
11. Handelsstatistik: ob das Geschäft von der Saison abhängt oder die Arbeit mehr oder weniger gleichmäßig

durchs ganze Jahr vertheilt ist, ob die Waare großen Preisschwankungen unterliegt, der auswärtigen Konkurrenz ausgesetzt ist, und ob sie für den inländischen Konsum oder für den Export bestimmt ist ꝛc.

Die Vorschläge des Generalraths wurden vom Kongreß einstimmig angenommen, und die statistischen Ermittelungen und Feststellungen der Arbeiter über ihre eigenen Verhältnisse gehen seitdem ruhig ihren Gang.

§ 3 der Instruktion betrifft die Beschränkung der Arbeitszeit. Dies sei eine Präliminarbedingung, ohne welche alle weitergehenden Verbesserungs- und Emanzipationsversuche fehlschlagen müßten. Sie sei nothwendig, einmal um die Gesundheit und natürliche Energie der Arbeiterklasse, der großen Masse jeder Nation, wiederherzustellen, sodann um dem Arbeiter die Möglichkeit geistiger Fortentwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs, sozialer und politischer Thätigkeit zu gewähren. Deshalb möge der Kongreß sich zu Gunsten einer gesetzlichen Beschränkung der Tagesarbeit auf 8 Stunden per Tag erklären. Diese Forderung sei in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits das allgemeine Feldgeschrei der arbeitenden Klassen, und das Votum des Kongresses werde dazu dienen, sie zur allgemeinen Forderung aller Arbeiter der Welt zu machen. Nachtarbeit dürfe nur ausnahmsweise für gewisse, gesetzlich spezifizirte Geschäftszweige gestattet werden, mit dem Bestreben, allmählig alle Nachtarbeit zu unterdrücken. Dieser Vorschlag beziehe sich indeß nur auf Erwachsene im Alter von 18 Jahren und darüber, gleichviel ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, doch müßte letzteres streng von Nachtarbeit irgend welcher Art und von jeder Arbeit, welche der Zartheit des Geschlechts schädlich sei oder den Körper giftigen oder verderblichen Einwirkungen aussetze, ausgeschlossen werden.

Der Kongreß trat diesen Ausführungen mit einer Majorität von 50 gegen 10 Stimmen bei. Die Minorität bestand aus den französischen Delegirten, welche mit einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden per Tag sich begnügen wollten.

§ 4 der Instruktion über die „Arbeit der Jugend und Kinder beider Geschlechter" greift das soziale Uebel bei der Wurzel an.

Die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und jugendliche Personen beider Geschlechter am großen Werk der sozialen Produktion kooperiren zu machen, sei eine fortschrittliche, gesunde und rechtmäßige Tendenz, obwohl sie unter der Kapitalherrschaft zu einem Gräuel ausgeartet sei. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft sollte jedes Kind im Alter von 9 Jahren anfangen, ein produktiver Arbeiter zu werden, so daß kein kräftiger Erwachsener von dem allgemeinen Naturgesetz ausgenommen zu

werden brauche, welches fordert: Arbeite, um zu essen, arbeite nicht allein mit dem Kopf, sondern auch mit den Händen.

Für den Augenblick indeß habe der Kongreß nur mit der Arbeiterbevölkerung zu thun. Er unterscheide hier drei Klassen von Kindern und jungen Personen beider Geschlechter, die verschieden zu behandeln seien; die erste Klasse umfasse das Alter von 9—12, die zweite von 13—15, die dritte von 16—17 Jahren. Vorgeschlagen werde, dahin zu wirken, daß die Beschäftigung der ersten Klasse in irgend einer Werkstätte oder für irgend welche häusliche Arbeit gesetzlich auf zwei, die der zweiten auf vier, die der dritten auf sechs Arbeitsstunden beschränkt, und daß für die dritte Klasse eine Unterbrechung von wenigstens einer Stunde zu Mahlzeiten oder zur Erholung gesetzlich angeordnet werde.

Es möge wünschenswerth sein, mit dem Elementarunterricht vor dem Alter von 9 Jahren zu beginnen, aber der Kongreß habe es hier nur mit dem unerläßlichsten Gegengift gegen die Tendenzen eines sozialen Systems zu thun, welches den Arbeiter zu einem bloßen Werkzeuge der Kapitalanhäufung herabwürdige und Eltern durch das Bedürfniß ihres Lebensunterhaltes zwinge, die eigenen Kinder zu verkaufen. Das Recht der Kinder und der Jugend müsse geschützt werden. Sie seien unfähig, für sich selbst zu handeln, daher sei es Pflicht der Gesellschaft, für ihr Wohl zu sorgen.

Wenn die Bourgeoisie und Aristokratie diese ihre Pflicht gegen ihre eigenen Kinder vernachlässige, so sei es ihre eigene Schuld. Das Kind, welches die Privilegien dieser Klassen theile, sei verurtheilt, auch unter ihren Vorurtheilen zu leiden.

Ein ganz anderer Fall sei es mit der Arbeiterklasse. Der Arbeiter sei kein freier Herr seines Handelns. In leider nur zu vielen Fällen sei er selbst zu unwissend, die wahren Interessen seines Kindes oder die Normalbedingungen des menschlichen Entwicklungsganges zu verstehen. Der aufgeklärtere Theil der Arbeiterklasse indeß begreife sehr wohl, daß die Zukunft der Klasse, und das ist die Zukunft der Menschheit, ganz und gar von der Heranbildung der aufkeimenden arbeitenden Generation abhänge. Die Arbeiter wüßten sehr wohl, daß vor allem Andern die Kinder und jugendlichen Arbeiter aus den Krallen des gegenwärtigen Arbeitsystems gerettet werden müßten. Dies könne nur dadurch geschehen, daß die soziale Einsicht in soziale Macht verwandelt würde, und zwar unter gegebenen Verhältnissen durch allgemeine von der Staatsgewalt in Ausführung zu bringende Gesetze. Wenn die Arbeiterklasse die Regierung bei Ausführung solcher Gesetze unterstütze, stärke sie keineswegs die Macht der Regierung. Im Gegentheil, sie mache die Macht, die jetzt gegen sie gebraucht werde, sich selbst dienstbar. Durch einen

allgemeinen Akt bewirke sie, was sonst vergebens durch eine Menge vereinzelter individueller Bemühungen versucht werden würde.

Von diesem Standpunkt ausgehend, müsse der Kongreß sich dahin aussprechen, daß kein Vater und kein Arbeitgeber befugt sein dürfe, jugendliche Arbeiter anders als in Verbindung mit Erziehung zu gebrauchen.

Unter Erziehung seien drei Dinge zu verstehen:

Erstens: Ausbildung des Verstandes.

Zweitens: Ausbildung des Körpers, wie sie in Schulen durch Turnunterricht und militärische Uebungen stattfindet.

Drittens: Technologische Erziehung, welche die allgemeinen Prinzipien aller Produktionsprozesse erklärt und gleichzeitig das Kind und die Jugend in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der Elementarwerkzeuge aller Gewerbe einweiht.

Ein stufenweiser und fortschreitender Kursus geistiger, körperlicher und technologischer Erziehung sollte der Klasseneintheilung der jugendlichen Arbeiter zu Grunde liegen. Die Kosten der technologischen Schulen sollten theilweise durch den Verkauf ihrer Produkte gedeckt werden.

Die Vereinigung bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Uebung und technologischen Unterrichts werde die Arbeiterklasse hoch über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben.

Es verstehe sich von selbst, daß die Beschäftigung aller Personen im Alter bis zu einschließlich 17 Jahren durch Nachtarbeit und in irgend einem gesundheitsschädlichen Gewerbszweige durch strenge Gesetze verboten werden müsse.

Der Kongreß trat einstimmig diesen Ausführungen bei, und fügte eine Resolution hinzu des Inhalts, daß die technische Erziehung der Jugend sowohl theoretischer als auch praktischer Art sein müsse, um zu verhindern, daß aus den projektirten technologischen Schulen nicht eine Klasse von Handwerkern, sondern von Fabrikaufsehern und Werkmeistern hervorgehe.

9. Politische Thätigkeit des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Getreu dem Programm, worin er die Arbeiter aufgefordert hatte, ihre soziale Emanzipation dadurch vorzubereiten, daß sie politische Macht eroberten, versäumte der Generalrath über seiner sozialen Thätigkeit keineswegs, bei passenden Gelegenheiten auch politisch zu interveniren. Die bedeutendsten Schritte auf diesem Gebiete waren folgende:

1. Schon vor Stiftung der Assoziation hatten die einzelnen Mitglieder des Generalraths in ihren Kreisen für die Sache der nordamerikanischen Union gewirkt. In demselben Maße wie die Regierung und die herrschenden Klassen die Konföderirten begünstigt, das durch die Blokade der amerikanischen Häfen in England verursachte Elend als Hebel benutzt und alle möglichen Mittel angewandt hatten, um Demonstrationen englischer Arbeiter für die Sezessionisten hervorzurufen, in demselben Maße hatten die Führer der Arbeiter diese Intriguen vereitelt, die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten durch Adressen von der wahren Stimmung der Massen in England unterrichtet und Massendemonstrationen der Londoner Arbeiter zu Gunsten der Union veranstaltet. Die durch die Abstimmung vom 8. November 1864 gesicherte Wiederwahl Lincoln's gab dem Generalrath Anlaß zu einer Glückwunschadresse. Gleichzeitig berief er Massenmeetings für die Sache der Union. Deshalb hat Lincoln in seinem Antwortschreiben die Dienste der Internationalen Arbeiter-Assoziation für die gute Sache auch ausdrücklich anerkannt.

2. Ferner berief der Generalrath von Zeit zu Zeit öffentliche Meetings, um die Sympathie der englischen Arbeiter für Polen rege zu halten und die Uebergriffe Rußlands in Europa bloszustellen.

3. Als nach den Ereignissen von 1866 in Deutschland Krieg zwischen Frankreich und Preußen bevorzustehen schien und die Regierungsblätter alles aufboten, das Feuer zu schüren, den nationalen Ehrgeiz der Franzosen herauszufordern und nationalen Haß zwischen Frankreich und Deutschland zu erzeugen, veranlaßte das Pariser Zentralkomité der Internationalen Arbeiter-Assoziation überall in Frankreich Demonstrationen von Seiten der Arbeiter gegen die Kriegspartei, erließ Sympathieadressen an die deutschen Arbeiter und Arbeitervereine und verhinderte, daß die französischen Arbeiter in die ihnen gestellte Falle gingen. Der Geschichte bleibt es vorbehalten, festzustellen, inwieweit die durch diese thatkräftige Initiative vorgerufene antichauvinistische Haltung der Arbeiterklassen Frankreichs damals den Krieg, zu welchem ein Vorwand sich glücklich gefunden hatte, verhindert hat.

4. An der Entstehung und Bildung der englischen Reform-Liga, deren Agitation die Parlamentsreform von 1867 hervorrief, nahm der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation hervorragenden Antheil. Bis zu dieser Stunde sind die thätigsten Mitglieder der Exekutive der Reform-Liga Mitglieder des Generalraths. Die öffentlichen Demonstrationen in London, welche den Rücktritt des torystischen Ministers des Innern, Mr. Walpole, zur Folge hatten, und die Indignationsmeetings in allen Hauptstädten des Landes, waren ihr Werk.

5. Die Prozedur gegen die des Mordes angeklagten Fenier in Manchester*) hielt der Generalrath für Farce und ungesetzlich. Als im November 1867 die Hinrichtung bevorstand, sandte der Generalrath eine Petition an die englische Regierung, diese vor Blutvergießen warnend. Zugleich hielt er inmitten der Panik, die das Manchester-Ereigniß in London hervorgerufen hatte, eine öffentliche Sitzung, in welcher die Rechte Irlands und der Irländer vertheidigt wurden. Dies war die erste Kundgebung, die zu Gunsten der unglücklichen Opfer der Justiz stattfand. Die „Times" und die gesammte Tagespresse stattete darüber Bericht ab. Die Stimmung unter den Londoner Arbeitern wurde dadurch so umgewandelt, der Plan der englischen Aristokratie, die englischen Nationalvorurtheile auszubeuten, um die stark mit irländischem Element versetzte Arbeiterklasse in zwei feindliche Fraktionen zu spalten, so vereitelt, daß die Organe der englischen Aristokratie, z. B. „Sartuday Review", anfingen, die Internationale Arbeiter-Assoziation als staatsgefährlich zu denunziren.

10. Konflikte mit den Regierungen.

(Aus der Rede des Buchbinders Varlin, gehalten vor dem Pariser Zuchtpolizeigericht am 22. Mai 1868, gegen die Anklage, daß die Internationale in Frankreich gesetzwidrig bestehe:)

*) Am 17. September 1867 hatten bewaffnete Fenier in Manchester einen von Polizei eskortirten Gefangenenwagen angegriffen und zwei politische Gefangene (Fenieroffiziere) befreit. Dabei war ein Polizeisergeant getödtet worden. Gegen das englische Gesetz, welches für alle Justiz-Distrikte des Landes periodische, regelmäßig wiederkehrende Assisen festgesetzt hat, wurde der Fall einer Spezialkommission, einem Ausnahmegerichtshof, überwiesen und die der Theilnahme an der Attacke bezichtigten Fenier wegen Mordes des Polizeisergeanten unter Anklage gestellt. Zum Richter wurde Mr. Blackburn ernannt, welcher durch Trugschlüsse aller Art die Jury zu überzeugen wußte, daß jeder der Angeklagten, welcher der Theilnahme an dem Befreiungsversuch überführt würde, sich des Mordes schuldig gemacht habe. Darauf erfolgten 5 Verurtheilungen und 5 Todesurtheile des Herrn Blackburn. Von den Verurtheilten wurden 2 begnadigt, 3 gehängt. Derselbe Mr. Blackburn hatte am 2. Juni 1868 die Verhandlungen gegen den Ex-Gouverneur von Jamaika, Herrn Eyre, zu leiten, präjudizirte unter Berufung auf eine angebliche Entscheidung des Lord-Oberrichters Sir A. Cockburn die große Jury dahin, daß Herr Eyre die Grenzen der ihm anvertrauten Regierungsgewalt nicht überschritten habe, rettete hierdurch Herrn Eyre von der Anklage, wurde am 8. Juni in öffentlicher Sitzung des Gerichtshofes der Queen's Bench vom Lord-Oberrichter Sir A. Cockburn der Fälschung von Thatsachen bezichtigt und entschuldigte sich mit einem Rechtsirrthum.

(Anm. v. W. Eichhoff.)

Nachdem Barlin die juristischen Ausführungen der Anklage mit einer Logik und Schärfe widerlegt hatte, die jedem Juristen Ehre gemacht hätte, ging er zur Beleuchtung der moralisch-politischen und sozialökonomischen Seite der Frage über, und hier erhob sich der Redner zu einer Würde des Ausdrucks, zu einer Höhe der Anschauung, wie sie nur das Bewußtsein der guten Sache und des tiefen sittlichen Rechts verleihen kann. Er sagte:

„Die Arbeitseinstellung ist in unseren Augen nur ein rohes Mittel, um den Arbeitslohn zu bestimmen; wir wenden es nur wider Willen an, denn es setzt den Arbeiter und seine Familie Wochen, Monate lang den empfindlichsten Entbehrungen aus, ohne ihm die Sicherheit zu bieten, endlich einen gerechten Lohn zu erhalten. Die Internationale Arbeiter-Assoziation stellt es sich zur Aufgabe, durch das Studium der ökonomischen Verhältnisse eine gütliche Regulirung der Arbeitsfrage zu erzielen; aber da man unseren Studien Hindernisse in den Weg legt und dadurch die Lösung der sozialen Frage verzögert, so werden wir noch oft, um unser Brot zu schützen, zur Arbeitseinstellung greifen müssen.

„Ich muß aber noch einen anderen Punkt berühren.

„Vor dem Gesetz sind Sie Richter und wir Angeklagte; aber vor den Prinzipien sind wir zwei Parteien, Sie die Partei der „Ordnung um jeden Preis, des Stillstands", wir die Partei der Reform, des Sozialismus. Untersuchen wir denn einmal ehrlich: welches ist dieser gesellschaftliche Zustand, an dessen Vollkommenheit gezweifelt zu haben unser Verbrechen ist? Von der Ungleichheit bis aufs Mark zerfressen, von der Selbstsucht am Leben bedroht, verröchelt er unter den eisernen Krallen der antisozialen Vorurtheile. Trotz der Erklärung der Menschenrechte, trotz kurzer Siege des Volkswillens, hängt es doch nur von wenigen Machthabern ab, im brudermörderischen Kampfe von Nation gegen Nation stromweise das Blut des Volkes zu vergießen, des Volkes, das, unter gleichem Drucke seufzend, nach gleicher Befreiung sich sehnt.

„Genüsse giebt es nur für eine kleine Minderheit, die sich deren denn auch in vollstem Maße und in raffinirtester Weise erfreut; die große Masse verkümmert in Elend und Unwissenheit, hier unter unerbittlichem Drucke stöhnend, dort vom Hunger hingerafft, überall aber in der Nacht der Vorurtheile und des Aberglaubens tappend, daß ihrer Sklaverei kein Ende werde.

„Wollen Sie Einzelnes, nun, so sehen Sie, wie die Operationen an der Börse Verwirrung und Unheil erzeugen, wie Ueberfluß oder Hungersnoth in den Händen der Finanzpaschas liegen, neben deren Goldhaufen Lüge, Ruin und der scheußliche Bankerott lagern. Im Gewerbsstande eine maßlose Konkurrenz, die den Arbeiter erdrückt und jedes vernünftige Verhältniß zwischen Produktion und Verbrauch aufgehoben hat. Für das Nothdürftige

fehlt es an Armen, aber das Unnöthige ist im Ueberfluß da; während Millionen armer Kinder nackt gehen, glänzen auf den Weltausstellungen Shawls zu fabelhaften Preisen, die über zehntausend Arbeitstage gekostet haben. Der Arbeiter erschwingt nicht das Nöthigste, aber von reichlich gefütterten Nichtsthuern wimmelt es.

„Das Alterthum mußte untergehen, weil ihm der Pfahl der Sklaverei im Fleische stack; wenn die Neuzeit sich ebenso wenig um die Leiden der Massen kümmert, wenn sie die Gesammtheit zwingen will, fortwährend zu arbeiten, zu leiden, zu entbehren, nur damit Einzelne in Herrlichkeit und in Freuden leben können, wenn sie nicht einsehen will, daß ein solcher gesellschaftlicher Zustand geradezu empörend ist, dann wird auch ihr Ende nicht mehr ferne sein.

„Dr. W. Palley, von der Oxforder Universität, sagt im Blatte „La Coopération" vom Mai d. J.:

„„Denkt euch einen Flug Tauben auf dem Kornfelde. 99 Tauben, statt frisch loszupicken, nehmen für sich nur das Stroh und den Abfall, die Körner aber sammeln sie zu einem großen Haufen, allein bestimmt für eine einzige Taube, oft die schwächste und erbärmlichste von allen; diese stolzirt gluckfend, fressend, zertretend und verderbend einher, während die fleißigen Tauben gutmüthig zusehend im Kreise sitzen; da wagt es auf einmal eine andere Taube, vielleicht muthiger, vielleicht hungriger als ihre Mitschwestern, ein Körnchen wegzuschnappen; nun stürzen aus blindem Gehorsam alle übrigen auf die Missethäterin los, um sie zu zerzausen, ihr den Raub abzujagen und sie aus der Gesellschaft auszuschließen.""

„Betrachten Sie dieses Bild, so finden Sie freilich, daß es in der Natur nicht vorkommen kann, dafür aber tagtäglich sich hundertfach wiederholt bei den mit Vernunft begabten Menschen. Die Folgerung aber ist zweifach; Sie folgern daraus, dafür stehe der Mensch durch Vernunft über dem Thiere. Ich aber sage Ihnen, der Mensch kann trotz seiner Vernunft noch bei dem Thiere in die Schule gehen.

„Und gehört es vielleicht nicht zu den 99, jenes Wesen, das, im Elende geboren, seine Mutter kaum sieht, weil sie zur Arbeit gehen muß, das Hunger und Kälte erduldet, jedem Unfalle ausgesetzt im Schmutze groß wird und schon in der Kindheit den Keim zu einer Krankheit legt, die ihm bis zum Grabe folgen wird? Kaum ist es acht Jahre alt, kaum ist nur die geringste Kraft da, so heißt es: arbeiten. Arbeiten in dünner, ungesunder Luft, mißhandelt, zur Unwissenheit verdammt und durch die bösen Beispiele jeder Verführung preisgegeben. So geht das fort bis ins Jünglingsalter. Nun, mit 20 Jahren, muß der Bursche die

Eltern, die seiner bedürfen, verlassen, um irgend in einer Kaserne entmenscht oder auf dem Schlachtfelde todtgeschossen zu werden. Kommt er mit dem Leben davon, so kann er heirathen (falls es anders der englische „Philantrop" Malthus und der französische Minister Duchâtel erlauben, die übrigens meinen, der Arbeiter brauche weder Frau noch Familie und kein Mensch zwinge ihn, am Leben zu bleiben, sobald er nichts mehr habe, sein Leben zu fristen). Also er heirathet, und bald halten Armuth, Theuerung, Arbeitslosigkeit, Krankheiten und Kinder ihren Einzug in sein Haus. Wenn er nun im Hinblick auf die Noth der Seinen einen gerechteren Lohn für seine Arbeit verlangt, dann fesselt man ihn durch Hunger wie in Preston, man schießt ihn nieder wie zu Charleroi, man kerkert ihn ein wie zu Bologna, man überliefert ihn dem Belagerungszustand wie in Catalonien, man schleppt ihn vors Gericht wie in Paris.

„So geht dieser Unglückliche weiter auf der Bahn der Leiden und der Kränkungen; im reifen Mannesalter, ohne eine versöhnende Rückerinnerung an seine Jugendzeit, sieht er mit Schrecken das Alter herannahen; er hat keine oder nur eine arme Familie, so stirbt er endlich wie ein Uebelthäter in einer Anstalt für Bettler.

„Und doch hat dieser Mann viermal mehr produzirt als verzehrt. Was hat denn die Gesellschaft mit dem Ueberfluß gemacht? Fragt die hundertste Taube, . . . die nichts hervorbringt, sondern von der Arbeit der 99 anderen lebt.

„Die Geschichte zeigt uns, daß jedes Volk oder Gesellschaftswesen, das, vom Wege der Gerechtigkeit abweichend, sich aufs Unrecht stützte, der Zersetzung und Auflösung verfiel; und gerade das ist unser Trost in dieser Zeit des Luxus und des Elends, der Gewalt und der Sklaverei, der Unwissenheit und der Verdummung, der Entsittlichung und Fäulniß, daß wir mit Sicherheit aus den Lehren der Vergangenheit den Schluß ziehen können: so lange noch ein Mensch an der Schwelle eines von allen Schätzen strotzenden Palastes verhungern kann, so lange haben die staatlichen Einrichtungen keinen Bestand.

„Fühlt unserer Zeit den Puls, und ihr werdet einen dumpfen Groll entdecken zwischen der Klasse, die Alles behalten, und der, die die Frucht ihres Fleißes wieder gewinnen will. Der krasse Aberglaube, den unserer Meinung nach das 18. Jahrhundert vernichtet hatte, wird wieder hervorgeholt; überall zügellose Selbstsucht und Sittenlosigkeit: das sind die Zeichen des Verfalls; der Boden wankt und entschlüpft unter euren Füßen: seid auf der Hut!

„Eine Klasse, die bisher auf der Weltbühne nur hin und wieder erschien, um einen großen Akt der Gerechtigkeit auszuüben, die zu allen Zeiten und unter allen Regierungen unterdrückt war,

die Klasse der Arbeit, sie bietet euch jetzt ein Mittel der Wiedergeburt; es wäre weise, ihre vernünftige Berechtigung anzuerkennen, ihr gemeinnütziges Werk nicht zu stören. Ein Hauch absoluter Freiheit kann allein diese Luft reinigen, die Unwetter verscheuchen, die uns drohen. . . .

„Wenn eine Klasse das moralische Uebergewicht, das ihr zur Herrschaft verholfen, verloren hat, so muß sie vom Schauplatz verschwinden, wenn sie nicht zu Grausamkeiten, dem letzten Mittel aller untergehenden Gewalten, greifen will. Möchte die Bourgeoisie begreifen, daß ihr Streben nicht groß genug ist, um alle Bedürfnisse der Zeit zu umfassen und daß ihr deshalb nichts anderes mehr übrig bleibt, als in der jungen Klasse aufzugehen, die ihr eine mächtige politische Wiedergeburt, die Gleichheit und die Solidarität durch die Freiheit entgegenbringt!"

Das Urtheil des Gerichtshofes lautete für Varlin und seine 8 Mitangeklagten auf 8 Monate Gefängniß und 100 Franken Geldstrafe, wogegen die Verurtheilten Berufung eingelegt haben, die schließlich verworfen worden ist.

Nachdem die Verlesung der Broschüre beendigt war, beantragt Freytag II., zu konstatiren, daß qu. Broschüre schon im Jahre 1868 im Buchhandel in Berlin erschienen ist.

Der Präsident kommt diesem Antrage nach.

Hierauf wurde die Verhandlung von $11^1/_2$—$12^3/_4$ Uhr Mittags vertagt.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung erscheint der auf den Antrag der Vertheidigung vorgeladene Zeuge Dr. Max Hirsch aus Berlin; da dessen Vernehmung sich noch nicht bestimmen läßt, so wird Dr. Hirsch auf sein Ersuchen bis Sonnabend beurlaubt.

Präsident: Ich halte es für zweckmäßig, nunmehr — bevor die Vernehmung der Angeklagten über die heute Vormittag verlesene Eichhoff'sche Broschüre erfolgt — die Vorlesung des Berichts über den Baseler Kongreß aus der Broschüre „Verhandlungen des IV. Kongresses des Internationalen Arbeiterbundes in Basel" vorzunehmen, da dieser Bericht in Zusammenhang mit der am Vormittag zum Vortrag gelangten Broschüre über die Internationale Arbeiter-Assoziation steht. —

Es wird nunmehr die Eröffnungsrede Bruhin's verlesen. Sie lautet nach der ungefähren Wiedergabe der Broschüre wie folgt:

„Wir grüßen euch, Vertreter der Arbeiterwelt! Wir hätten euch gerne in einer Kirche der Stadt empfangen; allein diese Kirchen scheinen der frohen Botschaft (dem Evangelium) der Arbeiter verschlossen. Trösten wir uns darüber! Heilig ist jeder Ort, an welchem sich Menschenkinder im Namen der Menschheit versammeln.

Und wer sind wir denn, die wir uns hier zur Begrüßung die Hände reichen? Sind wir nicht die Abgeordneten des Allgemeinen Arbeiterbundes, jenes Bundes, der (was die frühere Welt nicht gesehen hat) alle Arbeiter aller Länder in sich aufzunehmen bestimmt ist?

Noch umschlingt zwar das Band nur erst die Vorhut des Arbeiterheeres, die einsichtigeren, thätkräftigeren, hingebenderen Arbeiter in Deutschland, der Schweiz, Holland, Belgien, in England, in Frankreich, in Italien, in Spanien, in Amerika; noch glauben sogar Viele, die ehrenvollste aller Bezeichnungen — Arbeiter — von sich ablehnen zu sollen; noch Mehrere schrecken zurück vor dem Beiworte „International", als ob an menschheitlicher Verbindung der Arbeiter ein Verbrechen haftete.

Aber auch diese werden sich in der süßen Fessel der Bruderliebe gefangen sehen.

Wir vertreten sie Alle, die selbständigen und die unselbständigen Arbeiter, die Arbeiter aller Berufe — wir vertreten die Sklaven, die Hörigen der Vergangenheit, die Kämpfer der Gegenwart, die Sieger der Zukunft.

Die Geschichte unseres Bundes wird fortan die Geschichte der Arbeiterwelt und der an ihr verübten Frevelthaten. Die Frevelthaten, die da oder dort, in der Borinage, in Seraing, in Lyon an Arbeitern verübt worden, sie sind an uns verübt; die Antwort, die man in Oesterreich Arbeitern ertheilt hat, sie haben sich auf der Richterstätte versammeln, sie ist uns ertheilt; das Unglück, das die Arbeiter des Plauenschen Grundes betroffen hat, ohne Vorsorge seitens der Herren der Schachte, es hat uns betroffen.

Aber auch die große Bewegung, welche die Tiefen des Volkslebens aufwühlt, sie ist unser, und wo eine Versammlung von Arbeitern, von Unterdrückten und Enterbten zusammentritt, da ist unser Geist mitten unter ihnen.

Als vor einigen Wochen in Eisenach die große Arbeiterpartei Deutschlands geharnischt ins Leben sprang, da schwebte er mächtig über ihr.

Wer wir sind, man weiß es; so möge man auch wissen, wie wir Welt und Menschen ansehen.

Erwarte man von uns nicht, daß uns die heutige Welt als die beste der Welten erscheine. Eine Welt, wo die Güter, ohne ein Mensch leben kann und die von Gott der Menschheit ver-

liehen sind, in den Händen von Einzelnen sich befinden und diese Einzelnen sie dem Teufel an den Schwanz hängen können, wenn sie schlecht oder wahnsinnig genug dazu sind;

eine Welt, wo entweder der Mensch vom Menschen zum Sklaven gemacht wird, damit er für ihn arbeite, oder wo er, um von all jenen der Menschheit verliehenen Gütern sein Stücklein Brot zu erhalten, seine Arbeit und damit sich selbst und seine Freiheit verkaufen muß;

eine Welt, wo die Arbeit so vertheilt ist, daß die Einen und sogar Weib und Kinder Tag und Nacht sich anstrengen müssen, während die Anderen es sich als Verdienst anrechnen, wenn sie nichts Verderblicheres thun, als nur faullenzen und verzehren;

eine Welt, wo diese Arbeit großentheils im Zerstören, in unnützer Geschäftigkeit, im Ausbeuten Anderer besteht;

eine Welt, wo Alles durcheinander wirthschaftet, und das Ganze eines vorsorgenden, berechnenden, leitenden Hausvatergeistes entbehrt und Ebbe und Fluth von Angebot und Nachfrage die Rolle der Vorsehung spielen;

eine Welt, wo, je höher der Gesammtreichthum sich häuft, die große Menge desto ärmer, und wo sie, je mehr der Betrieb durch Maschinen und Erfindungen sich vervollkommnet, desto abhängiger wird;

eine Welt, wo Wenige wahrhaft glücklich, die Meisten nicht glücklich, Viele unglücklich sind und den Zweck des Menschenlebens niemals erreichen können:

eine solche Welt kann uns nicht als diejenige vorkommen, welche die Menschheit sich schaffen *könnte*, wenn sie dieselbe aus ihrem höchsten Geiste und aus ihrem tiefsten Herzen herausschüfe!

Damit erklären wir indeß keineswegs, daß diese so unvollkommene Welt, die so Mancher in seinem Unmuthe die Hölle auf Erden genannt hat, nur die Schöpfung eines Theiles, und zwar sogar nur eines sehr kleinen sei, und daß die sogeheißenen Enterbten sich zugleich als die Schuldlosen bezeichnen dürfen.

Wenn wir heute in einer Hölle brennen, so haben wir Alle mit einander und unsere Väter seit der Urzeit bis auf uns sie geschaffen. Und *wenn* man die Bewohner in Teufel und Verdammte ausscheidet, so besteht der Unterschied darin, daß von den Letzteren bisher fast Alle und heute noch eine große Zahl nichts *mehr* beklagt, als daß sie nicht *auch* Teufel sind . . .

Indeß, so wollen wir zur Ehre der Menschheit den Sachverhalt nicht auffassen! So weit eine beglaubigte Geschichte vorliegt, war die Menschheit noch nie Eins — und sie hatte Jahrhunderte zu durchlaufen, bis sie nur sich und den Erdstern, den sie bewohnte, oberflächlich kannte.

Wie mochte es bei dieser Zerrissenheit, bei dieser Unbewußtheit anders geschehen, als daß die Gestaltungen in ihrem Schooße

— also im Völkergebiete — wesentlich nach dem Rechte des Stärkeren erfolgten, und daß ebenso im Innern jedes einzelnen Volkes die Verhältnisse sich nach *demselben* Rechte gestalteten? Jeder eignete sich an, was er konnte, sogar seinen Nebenmenschen — und darauf baute sich denn eine gewisse „Ordnung", die durch Gesetze geheiligt wurde. Die Menschen, die nichts Anderes kannten und alle von denselben Leidenschaften beherrscht waren, suchten nur aus dem Ambos Hammer zu werden . . .

Da aber auch auf diesen meist erbsündlichen Grundlagen die Menschheit, die meist besser war als ihre Ordnungen, sich nach allen Richtungen entwickelte und den göttlichen Funken in sich ausstrahlen ließ, so gelangten viele Völker zu verhältnißmäßig hoher Bildung und bildeten sich großartige Kreise der Gesittung, wie der hellenisch-römische.

Der großartigste ist der Kreis der Gesittung, in welchem unsere *neuzeitliche* Gesellschaft sich bewegt.

Ueber ihm schwebt die Gestalt des Weltheilandes, mit dem großen offenen Herzen — offen für *alle* Menschen und alle Völker.

Seit jene herrliche menschliche Ahnung zuerst in wenigen und dann in immer mehreren Herzen auftauchte — und seit sie endlich über die ganze neuzeitliche Gesellschaft kam, seitdem ist die Weltordnung im Werden, die *wir*, die Brüder vom allgemeinen Arbeiterbund, anstreben.

Die Fesseln der Sklaverei sind gefallen; gefallen sind die Fesseln der Hörigkeit; nun müssen auch diejenigen des nothgezwungenen Dienstes des Menschen im Lohne der Menschen fallen, in welchen am Ende die große Mehrzahl hinunterzusinken droht. Die Vorrechte der Geistlichkeit, des Adels sind beseitigt; nun muß auch das Vorrecht des Bürgerthums, das Vorrecht des Alles beherrschenden Besitzes brechen.

Und damit ich die sogar von so vielen Gegnern geahnte künftige Lösung mit *einem* Worte ausspreche: *Alles muß Arbeiter werden*, und die aus lauter Arbeitern bestehende, wirklich gleichheitliche, brüderliche und folglich erst freie Gesellschaft ordnet alsdann die Arbeit, läßt als Ur-Eigenthümerin, oder vielmehr als Ur-Nutznießerin der Erde, als Mutter aller Erfindungen und alles Gewerbefleißes, den Landbau und die Gewerbe, voraus die Fabriken, genossenschaftlich betreiben . . .

Die neue Gesellschaft wird sich und ihre Einrichtungen durch den allgemeinen Willen und demgemäß durch allgemeine Volkswehr selbst schützen; sie wird, soweit möglich, selbst Gesetze geben, verwalten und Recht sprechen. Indem sie selbst nur die ins wirkliche Leben übergetretene Religion ist, wird die neue Gesellschaft keine Gewissensherrscher mehr anerkennen, die zwischen Gott und den Menschen treten; dagegen aber den Herzen es nicht ver-

wehren, sich noch besondere Befriedigung in einzelnen Glaubensgenossenschaften zu suchen. Das Allgemeine in den Religionen, das Weltreligiöse erfassend, setzt sie sich über die Besonderheiten hinweg.

Alle Völker bilden die große Menschenfamilie — alle Volksgesellschaften schließlich die menschliche Gesellschaft mit Einem Wohngarten: dem Erdsterne.

Diesem Ziele strebt die ganze Weltgeschichte entgegen, alle Seher, alle großen Geister und unbewußt auch die großen Erfindungen der Menschheit haben keinen anderen Zweck, als die Herstellung jenes Paradieses, das die Sage in die Urzeit versetzt, das aber erst die vollkommen entwickelte Menschheit mit vollem Bewußtsein in der Zukunft schaffen wird.

Einzelne Völker haben sogar einzelne schöne Bruchstücke, aber auch nur Bruchstücke, gleichsam aus der Zukunft herausgeholt und sie schon in der Vergangenheit dargestellt.

Brüder, träumen wir mitten am hellen Tage, angesichts der Millionenstadt Basel? Oder sind wir Alle wahnsinnig, Brüder, muß man uns mit unseren Wundern in den Köpfen ins Narrenhaus sperren?

Daß es nicht mehr Traum ist, das bekundet der große allgemeine Arbeiterbund . . . O, er träumt nicht, mit starken Händen greift er in die Wirklichkeit hinein . . .

Daß es nicht Wahnsinn ist, davon weiß bereits die Afterwissenschaft der alten Gesellschaft zu erzählen, die gegenüber der einfachen Wissenschaft des Arbeitervolkes aller Länder vollständigen Bankbruch erleidet.

Aber der Steg hinüber zu der neuen Welt? Das ist der Volksstaat, die Staatsgewalt in den Händen des Volkes. Dieser Gewalt, Brüder, müssen wir uns in allen Ländern zu bemächtigen suchen, in jedem Lande muß sich eine Arbeiterpartei bilden, wie sie jüngst in Deutschland sich gebildet hat, und dann Alle vorwärts in Einem Anlaufe! Liegt die Staatsgewalt in unseren Händen, so hängt es nur von unserer Einsicht und von unserer Tugend ab, wie wir die Welt gestalten wollen.

Zwar liegt die Mehrzahl der Zeitgenossen noch unter Bergen von Vorurtheilen, schlechten Gewohnheiten, hergebrachten irrigen Ansichten begraben; aber jeder Tag arbeitet an der Abtragung des Berges.

Werden wir die neue Gesellschaft im Frieden gründen? Und wie lange noch, wie lange werden wir harren müssen?

Brüder, in dieser Beziehung schwärme ich nicht. Es ist schon lange her, daß auch ein Sohn der Arbeit, mit Arbeitern an seiner Seite, die frohe Botschaft hinausverkündete in die bereits dem Untergange geweihte hellenisch-römische Welt; sie war nicht blos der einsame Gedanken eines Weisen, sie war That,

sie ging auf neue Menschwerdung. Und heute noch hat dieselbe Botschaft, von uns wieder aufgenommen in ihrer Reinheit, es nicht einmal dahin gebracht, daß sie in denselben Hallen, wo sie ihn mit ihren Lippen als Gott anbeten, frei verkündet werden darf.

Aber der Zeitgeist schreitet heute auf der Eisenbahn und auf dem Drahte des Blitzes; die gesellschaftliche Einsicht wächst mit dem Bedürfnisse, und das Bedürfniß schließt uns immer mächtiger in seine Arme.

Das Bedürfniß, die Noth wird nach Maßgabe ihrer Dringlichkeit die neue Welt schaffen nach unserem Gedanken. Wenn aller Landbau, alles Gewerb, aller Besitz in den Händen des großen Kapitals fein wird — dann wird das Volk aufstehen und unsern Gedanken ausführen. Muß sich doch jede große Umwälzung schließlich durch Diejenigen vollziehen, die ihrer am bedürftigsten sind! Wir bereiten nur vor, wir bewahren nur die Menschheit vor dem Versinken im Moraste des Massenelends, vor der Verzweiflung, vor dem Verdumpfen des Geistes, vor dem Absterben des gesellschaftlichen Lebenskeims. Wir sprechen nur mit Bestimmtheit das weder dem römischen, noch einem verwandten Rechtsbuche zu Grunde gelegte unverjährbare Urrecht der Menschheit und des Volkes aus, das Recht des allgemeinen Bedürfnisses.

Mögen uns diejenigen unter unseren Mitarbeitern, welchen die Sintfluth noch nicht bis an den Mund gestiegen, in ihrem Unverstande schelten, weil wir den Unterschied zu verkennen scheinen zwischen einem Arbeiter, dem heute noch zwei Pfennige in der Tasche klingen, und jenem, dem nur einer; wir verzeihen ihnen und überlassen die Vollendung ihrer Bekehrung der unvergleichlichen Lehrerin: der Noth. Sie werden uns einst verstehen.

Von Männern des großen Kapitals erwarten wir im Wesentlichen kein Entgegenkommen. Das lehrt uns die Geschichte. Ihren Personen machen wir keinen Krieg; sie haben sich nur mit ihrem ganzen Wesen in die Zustände eingegraben, in denen sie sich verhältnißmäßig so wohl fühlen; wie wir, sind sie nur zu sehr die Geschöpfe der Verhältnisse und der Gesellschaft: nur der gesellschaftlichen Einrichtung — diesem menschlichen Erzeugnisse, das wir selbst wieder ändern können — gilt unser rechtmäßiger Kampf, der Einrichtung, welche der Menschheit ihr Erbe in wenigen Händen vorenthält und großentheils mit Unfruchtbarkeit schlägt.

Brüder, alles Große in der Weltgeschichte wurde vollbracht, indem ein gewaltiger Geist die Völker erfaßte; . . . die Bewegung, die jetzt die Arbeitervölker erfaßt hat, wird in ihrem Verlaufe an Großartigkeit alle vorausgegangenen übertreffen. Brüder, der Inhalt aller frohen Botschaft von jeher war und wird für alle Zukunft sein: „Gebet Alles hin, um Alles zu empfangen!“

Ihr Vertreter der Arbeiterwelt, ihr seht Euch vorangestellt. Seid uns noch einmal gegrüßt als die Vorläufer jener großen Tagsatzung, die einst, auch mit der Staatsgewalt bekleidet, die Völker vertreten wird — und ihr Arbeiter alle, schließt euch vertrauensvoll an uns, ziehet mit nach dem Lande, das uns Gott verheißen hat! Vorwärts!

Liebknecht: Ich möchte, Herr Präsident, ehe weiter gelesen wird, die Bemerkung machen, daß Herr Bruhin zur Zeit, als er diese Rede hielt, Staatsanwalt des Kantons Basel war.

Präsident: Nun kann ich wohl weiter lesen lassen? (Geschieht. Es folgt:)

Liebknecht's Bericht über Deutschland.

Liebknecht aus Leipzig erstattet seinen Bericht aus Deutschland. Redner glaubt erst einen historischen Rückblick thun zu müssen, und beginnt mit dem Auftreten Lassalle's, der das Verdienst habe, zuerst nach der Reaktion, welche den Ereignissen von 1848 und 1849 folgte, in Deutschland die Fahne der Sozialdemokratie entfaltet zu haben. Es wäre aber irrig, zu sagen, daß er Neues geschaffen oder aufgestellt. Lassalle war ein Schüler von Marx, der mit seinen Freunden Engels, Wolff u. s. w. (den Männern der „Neuen Rheinischen Zeitung") nach der Februarrevolution an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stand, deren geistiges Haupt er heute noch ist.

Im Jahre 1863 gründete Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, mit einem Programm, das mancherlei Mängel hatte und mancherlei Konzessionen an den preußischen Staat machte; und mit Statuten, welche, auf dem Autoritätsprinzip beruhend, den Arbeitern keine Selbständigkeit des Denkens und Handelns ließen. Daß Lassalle's „System" an innern Fehlern litt, erhellt schon daraus, daß es von der Regierung Bismarck's begünstigt wurde. Der preußische Staat war gerne bereit, den Arbeitern die beiden Hauptforderungen Lassalle's zu gewähren: „Allgemeines Stimmrecht" (Französische*) Erfahrungen) und „Staatshilfe". Es zeigten sich hier die Nachtheile der Aufstellung eines unzureichenden Parteiprogramms, in dessen Lücken feindliche Auslegungen eingeschoben werden können, und das Verhängnißvolle des Gebrauchs zweideutiger Worte. „Staatshilfe"! Was soll das heißen? Lassalle meinte in innerster Seele die Hilfe des demokratischen

*) Die Taktik Bonaparte's war gemeint, der das allgemeine Stimmrecht blos gegen die Demokratie gebrauchte — oder gebrauchen wollte — denn auch ihm wuchs das allgemeine Stimmrecht über den Kopf, wie später dem Nachäffer Bismarck. (1894.)

Staates, also Selbsthilfe des Volks im und durch den demokratischen Staat. Die Preußische Regierung meinte die Hilfe des Preußischen Junker- und Polizeistaates, und sie begünstigte und begünstigt bis auf den heutigen Tag einseitig sozialistische Bestrebungen, um die Arbeiter von der Politik abzuziehen, sie gegen das Bürgerthum (nicht die Bourgeoisie, denn mit ihr, den Nationalliberalen, geht sie Hand in Hand) aufzuhetzen, und nach dem Grundsatz: Theile und herrsche! das in sich gespaltene Volk zu knechten.

Als Lassalle, dessen Ehrlichkeit über jeden Zweifel erhaben ist, in Folge seines Auftretens von fast der gesammten deutschen Presse auf das Heftigste angegriffen, auf das Schändlichste verleumdet ward, hielt ich es für eine Ehrensache, mich ihm, dem alten Parteigenossen, anzuschließen und ich wurde Mitglied seines Vereins, in der sichern Erwartung, daß Lassalle von seinen Irrthümern zurückkommen würde. Doch er hatte nicht Zeit dazu, ein jäher Tod raffte ihn nach wenig Monaten weg.

Redner berichtete dann über die Streitigkeiten, welche nach Lassalle's Tod im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausbrachen, wie er selbst (Liebknecht), weil die Nothwendigkeit betonend, den politischen Freiheitskampf mit dem sozialen zu verbinden, aus Berlin und Preußen ausgewiesen wurde; wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein der Tummelplatz talent- und gewissenloser Abenteurer ward, bis sich endlich Schweitzer, ein geistig begabter, aber moralisch gänzlich verkommener Mensch der Diktatur bemächtigte, nachdem er schon Anfangs des Jahres 1865 durch sein schamloses Liebäugeln mit der Bismarck'schen Politik allen ehrlichen Sozialdemokraten die Mitarbeiterschaft an dem von ihm redigirten Parteiorgan „Sozial-Demokrat" unmöglich gemacht hatte.

Mit Schweitzer hat die Sozialdemokratie nichts gemein. Er ist Agent der Preußischen Regierung, der er die soziale Bewegung dienst- und nutzbar zu machen sucht. Daß innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins nicht zu wirken war, hatte ich bald begriffen. Eine so „stramm" zentralisirte, in einer Person gipfelnde Organisation läßt keine Reform zu, ebensowenig wie — um Kleines mit Großem zu vergleichen — das Empire Bonaparte's, das Preußen Bismarck's. Hier giebt es keine Reform, nur Revolution. Solche Organisationen können nicht umgestaltet, sie müssen zerbrochen werden.

Im Herbst des Jahres 1864 war in London die Internationale Arbeiter-Assoziation begründet worden. Sofort stand in mir und meinen Freunden der Entschluß fest, die deutsche Arbeiterbewegung auf den Boden der Internationalen hinüberzuleiten, deren Programm und Organisation jede Möglichkeit des Mißbrauchs zu politischen und persönlichen Zwecken ausschließt.

Zu jener Zeit bestanden in Deutschland außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine Anzahl von Arbeitervereinen, die noch theilweise unter dem Einflusse Schultze-Delitzsch's waren, aber sich doch schon zu emanzipiren begannen. Diese Vereine zu gewinnen, war unser nächstes Ziel. Schultze-Delitzsch, ein konfuser Abklatsch der englischen Manchestermänner, die er übrigens nicht einmal begriffen hat, predigte: „Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nur ein Märchen der Sozialisten, die bürgerliche Welt ist die beste der Welten." — Diese Redensarten wollten nicht mehr recht verfangen; die rasche ökonomische Entwicklung Deutschlands ließ die Klassengegensätze schärfer und schärfer hervortreten, und es dauerte nicht lange, so hatte Schultze-Delitzsch bei der Masse seiner Anhänger den Boden verloren.

Im vorigen Jahre waren wir so weit, daß wir diesen Arbeitervereinen, die gegen 14 000 Mitglieder zählten — mehr als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein — die Annahme des internationalen Programms vorschlagen konnten. Ehe wir es öffentlich thaten, hatte ich in Berlin eine Unterredung mit Schweitzer, zu der ich im Interesse der Einigkeit von Freunden aufgefordert worden war, theilte ihm unsern Plan mit, und forderte ihn auf, ebenfalls mit seinem Verein sich der Internationalen anzuschließen. Auf diese Weise sei der bisherige Zwist beendigt und könnten sich die beiden Organisationen — unser Verein und der seine — neben einander bewegen, bis eine Verschmelzung möglich sei. Schweitzer versprach es. Er gab mir sein Ehrenwort — und hat es gebrochen. Auf unserm Arbeitertag in Nürnberg (vergangenen Herbst) nahmen wir das Programm der Internationalen an. Und Schweitzer? Die Annahme des internationalen Programms von unserer Seite war für ihn das Signal, uns zu bekämpfen, uns als Werkzeuge der Bourgeoisie und Agenten der Depossedirten*) zu denunziren. Jetzt war kein Friede mehr möglich, Schweitzer mußte um jeden Preis beseitigt werden. Auf die Einzelheiten des Kampfes, der nun erfolgte, kann ich nicht eingehen. Nachdem mein Anerbieten, den Generalrath der internationalen Arbeiterassoziation zum Schiedsrichter zu machen, von Schweitzer zurückgewiesen worden war, begab ich mich mit Bebel, dessen uneigennütziges und geschicktes Auftreten ihm die deutschen Arbeiter zu ewigem Dank verpflichtet, im März d. J. in die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Dort, in Gegenwart der Delegirten seines eigenen Vereins, begründeten wir unsere Anklage: daß Schweitzer systematisch die deutschen Arbeiter zu spalten suche und im Interesse des Preußischen Junkerthums

*) Der — durch den 1866er „Bruderkrieg" Bismarck's „umgestürzten" Fürsten — der Welfen, des Ex-Kurfürsten von Hessen 2c.

(1894.)

arbeite; und wir forderten ihn auf, seine Behauptung, wir dienten der Bourgeoisie und den Depossedirten, zu rechtfertigen. — Schweitzer schwieg, er wußte, daß er gegen uns nur elende Lügen vorgebracht hatte, und er wußte, daß wir gegen ihn im Besitze der nöthigen Beweise waren.

Auf derselben Generalversammlung kam eine Angelegenheit zur Sprache, die zeigte, daß Schweitzer's Privatcharakter ebenso erbärmlich ist, als sein politischer — ich meine sein Verhältniß zu Herrn von Hofstetten, der das Geld zur Gründung des „Sozial-Demokrat" gegeben hat und von seinem Freund Schweitzer zum Bettler gemacht worden ist.

Unser Auftreten in Barmen-Elberfeld, wo die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stattfand, und die Hofstetten'sche Angelegenheit erschütterten das Ansehen Schweitzer's unter seinen bisherigen Anhängern, und einige Monate später vereinigten sich die tüchtigsten derselben — Bracke, York, Spier, der hier anwesend ist — mit uns, und wir beriefen gemeinsam den Eisenacher Kongreß ein, zum Zweck der Einigung und Organisation der deutschen Sozialdemokratie.

Redner schildert nun den Verlauf des Kongresses. Schweitzer habe denselben Anfangs ignorirt, hernach durch die Androhung von Skandal ein Polizeiverbot zu erwirken gesucht, und als das nicht gelungen, habe er durch Absendung sogenannter „Delegirten" mit gebundenen Mandaten (Eintritt in den Schweitzer'schen Verein) den Kongreß unmöglich machen wollen. Allein man war auf Alles gefaßt, betrachtete und behandelte die „Delegirten" einfach als Ruhestörer (die Delegirten Schweitzer's vertraten angeblich 100 000 Arbeiter, die Mandate waren aber meist gefälscht. Aus Leipzig, wo sie höchstens 90 Mann haben, produzirten sie über 15 000 Mann*). Der Kongreß erfüllte in vollstem Maß seinen Zweck; fast 300 Delegirte, die zusammen 150 000 Arbeiter vertraten,

*) Wir fühlen uns hier zu der Erklärung gedrungen, daß nicht die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sondern ausschließlich die Redaktion des „Sozial-Demokrat" und das Präsidium des Vereins, mit anderen Worten Herr von Schweitzer und dessen bezahlte Kreaturen, für diese Fälschungen verantwortlich sind. Die Leipziger Mitglieder insbesondere, mit denen wir jetzt im brüderlichen Verkehr stehen, hatten eine Volksversammlung abgehalten, die mehrere Delegirte wählte; auf dem Mandat eines jeden dieser Delegirten stand die volle Zahl der auf jener Versammlung Anwesenden. Daß die Zahl der letzteren mit der der Delegirten multiplizirt wurde, daran sind die Leipziger Mitglieder ganz unschuldig. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß nicht wir die Verlesung des obigen Aktenstücks beantragt haben, das, wenn das Datum übersehen wird, geeignet ist, alte Wunden wieder aufzureißen.

nahmen das internationale Programm an und gründeten eine Parteiorganisation, welche die Rechte der Individuen wahrt und die Kräfte Aller zur Aktion konzentrirt. Da die deutschen Gesetze den Anschluß von Vereinen an die Internationale Arbeiter-Assoziation verbieten, wurde festgesetzt, daß jedes Mitglied der sozialdemokratischen Partei auch persönliches Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation werden soll. —

Nachdem Liebknecht noch kurz über die politische Stellung der deutschen Sozialdemokratie und das Verhalten der preußischen Regierung gesprochen hatte, schloß er wie folgt: „Die Angriffe und Verleumdungen der Feinde übergehe ich mit Verachtung. Ich rechne sie mir nur zur Ehre an, und erblicke in der Thatsache, daß die gesammte feudale, klerikale und Bourgeoispresse uns jetzt mit Koth bewirft, einen Beweis dafür, daß wir auf dem rechten Wege sind, daß unsere Hiebe gesessen haben. Aber anders ist es, wenn von befreundeter Seite unser Auftreten falsch aufgefaßt wird. Und das ist uns, speziell mir gegenüber, Seitens der belgischen Parteigenossen, geschehen.*) Die Brüsseler „Internationale" und der „Werker" von Lüttich haben neulich erklärt, mein Kampf mit Schweitzer sei ein rein persönlicher Streit.

„Ich hoffe, nach dieser Darlegung werden die belgischen Kollegen die Ungerechtigkeit ihres Urtheils begriffen haben. In Schweitzer bekämpfte ich das Prinzip der Diktatur und die politische Korruption. Das Wort Diktatur wird vielfach mißbraucht. Ja — in Zeiten der Revolution ist die Diktatur nöthig; aber nicht die Diktatur eines Einzelnen, sondern die Diktatur des Klubs, des Volks, der Arbeiter, wie 1793 in Frankreich. Wer sich persönlich zum Diktator aufwerfen will, den kann man, wie ich einst Lassalle sagte, in ruhigen Zeiten allenfalls auslachen; in revolutionären Zeiten schießt man ihm eine Kugel vor den Kopf. Die Person Schweitzer's war mir, ist mir völlig gleichgiltig. Der Kampf, der gegen ihn und seine Helfershelfer geführt wurde, war nicht ein persönlicher Kampf, sondern ein Kampf der Sozialdemokratie gegen den Imperialsozialismus und gegen den Bismarck'schen Cäsarismus." —

Auf den Wunsch eines Delegirten, doch etwas über das „Märtyrerthum" Schweitzer's zu hören, das viele Arbeiter irre gemacht habe, berichtet Liebknecht, wie Schweitzer allerdings zweimal zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden sei — die Richter sind nicht in die Bismarck'schen Pläne eingeweiht, vielleicht war es auch bloße Komödie — aber jedesmal war seine Haft nur eine Scheinhaft. Im Jahre 1866 war er wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt. Wohlan, Bismarck setzte seine große Aktion ins

*) Längst ausgeglichen. (1894.)

Werk; es kam ihm darauf an, das Volk, das den infamen Bruderkrieg nicht wollte, für sich zu gewinnen. Schweitzer wurde aus dem Gefängniß entlassen, angeblich wegen Krankheit. Der kranke Schweitzer aber durchzog mit obrigkeitlicher Bewilligung Preußen und das übrige Deutschland und agitirte für Bismarck, indem er den Arbeitern vorredete, der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen gehe sie nichts an, sie sollten nur ruhig die Darlehnscheine nehmen, welche die Regierung zur Ermöglichung ihrer brudermörderlichen Politik gegen den Willen der Kammer ausgegeben hatte u. s. w. Das wohlvorbereitete Preußen siegte über das unvorbereitete Oesterreich, eine Amnestie wurde verkündet und Schweitzer brauchte nicht ins Gefängniß zurückzukehren.

Voriges Jahr wurde er abermals verurtheilt — zu drei Monaten. Im Dezember ging er ins Gefängniß; kaum saß er darin, so schrieb er an einen Freund, er werde sich auf Weihnachten Urlaub geben lassen. Kurz vor Weihnachten erkrankte plötzlich sein Vater und nun konnte der Urlaub erfolgen, ohne daß es verdächtig schien. Allein es steht fest, daß Schweitzer den Urlaub angekündigt hatte, ehe er von der Krankheit seines Vaters eine Ahnung hatte. Seinen „Urlaub" benützte er wieder zur Agitation, und zwar gegen wen? Gegen uns, die Internationalen. Als er seine Absicht, so weit es möglich war, erreicht hatte, und der Reichstag, dem er gleich mir angehört, bald zusammenberufen werden sollte, kehrte er ins Gefängniß zurück, und mußte nach einigen Wochen, bei Beginn der Session, als Reichstagsmitglied wieder entlassen werden.

Nach Schluß der Session blieb Schweitzer noch einige Wochen lang frei, weil er seine Maßregeln gegen den Eisenacher Kongreß zu treffen hatte, und als er Alles hübsch angeordnet hatte, ging er in das Gefängniß, wie man in ein feines Hotel geht, und hat jetzt in Rummelsburg bei Berlin seinen Sommeraufenthalt. Er geht spaziren, trinkt Champagner, kurz, er lebt wie ein Fürst. Das ist das „Märtyrerthum" Schweitzer's." —

Nachdem ferner der Beschluß über Abschaffung des Privateigenthums an Grund und Boden zum Vortrag gelangt, beantragt Vertheidiger Freytag I. die Verlesung einer Stelle aus Seite 478 des „Demokratischen Wochenblatts" von 1869 behufs Kennzeichnung von Liebknecht's Stellung zur Grundeigenthumsfrage. Dies geschieht, indem die fragliche Stelle und auch das Weitere bis zum Schluß der betr. Kongreß-Sitzung vorgetragen wird. Der Passus lautet:

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird gestellt und von Liebknecht begründet: Alle Gründe für und wider seien seit 20 Jahren Jedem, der sich mit der Frage beschäftigte, genau be-

kannt; auch nicht ein neues Argument sei vorgebracht worden, und wenn der Kongreß noch eine Woche, noch ein Jahr lang diskutirte, werde man nicht einig werden. Es seien noch wichtige Gegenstände zu debattiren. Nehme man die praktischen Fragen vor. „Für einen Penny Praxis ist mehr werth als für 100 Pfund Theorie." Die Theorien seien in der Presse, in Broschüren wissenschaftlich zu behandeln. Man solle ja nicht die Frage durch Abstimmung zu erledigen suchen. Das werde eben so lächerlich sein als der Geniestreich jenes Kardinalkollegs, das durch Majoritätsbeschluß festgesetzt hat, daß die Sonne sich um die Erde drehe.

Der Schluß der Debatte wird mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen. Die Abstimmung erfolgt namentlich. Zunächst wird der erste Theil der Kommissions-Resolution zur Abstimmung gebracht:

> „Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht hat, das individuelle Eigenthum an Grund und Boden abzuschaffen und den Grund und Boden in Gemeineigenthum zu verwandeln."

Von 75 Delegirten stimmen 54 mit Ja, 4 (Franzosen) mit Nein, 13 (Franzosen) enthielten sich der Abstimmung, 4 Delegirte waren abwesend.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den zweiten Theil der Resolution, also lautend:

> „Der Kongreß erklärt auch, daß es nothwendig ist, den Grund und Boden zum Kollektiveigenthum zu machen."

Resultat: 53 Ja, 8 Nein, 10 Enthaltungen, 4 abwesend.

Man geht nun zu der zweiten auf der Tagesordnung stehenden Frage, der Erbschaftsfrage, über.

Die Resolutionen der Kommission lauten wie folgt:

„In Erwägung, daß das Erbrecht die Ausbildung des individuellen Eigenthums befördert und dazu beiträgt, die Vertheilung des Grund und Bodens und überhaupt aller materiellen Güter zu Gunsten Einzelner zu befördern und den Uebergang des Grund und Bodens in Kollektiveigenthum zu verhindern,

In weiterer Erwägung sodann, daß das Erbrecht, so gering auch das zu ererbende Eigenthum sei, stets ein Privilegium konstituirt, dessen größerer oder geringerer Einfluß unter allen Umständen eine Ungerechtigkeit ist, und daß dieses Recht ferner eine permanente Drohung für die soziale Ordnung ist,

In Erwägung sodann, daß das Erbrecht in allen seinen Phasen die politische wie ökonomische Gerechtigkeit unmöglich macht und gerade seinem Einfluß es zugeschrieben werden muß, daß die soziale Gleichheit nicht besteht, weil es die geistige wie physische Entwicklung der Individualität stört, —

Mit Hinweis endlich darauf, daß der Kongreß sich für das Kollektiv-Grundeigenthum erklärt und aus diesem Grunde konsequenter Weise das Erbrecht aufzuheben genöthigt ist, —

In Anbetracht aller dieser Gründe möge der Kongreß seine Meinung dahin aussprechen, daß die Beseitigung des Erbrechts eine der Grundbedingungen ausmacht, welche das Recht der Arbeit in seinem ganzen Umfange herstellen."

Eccarius beantragt im Namen des Generalraths, die Resolution zu verwerfen, da es absurd sei, das Erbrecht abschaffen zu wollen, wenn man einen Gesellschaftszustand erstrebe, der die Erwerbung und folglich auch Vererbung unrechtmäßigen, d. h. auf Ausbeutung beruhenden Eigenthums unmöglich mache.

De Paepe spricht sich im Sinne des Eccarius'schen Antrags aus.

Richard für den Kommissionsbericht.

Varlin für den Eccarius'schen Antrag.

Murat desgleichen. „Wenn die Gleichheit hergestellt ist, hört das Erbrecht von selbst auf. Wenn die Gleichheit nicht hergestellt ist, lassen sich Gesetze gegen das Erbrecht nicht durchführen."

Liebknecht beantragt Schluß der Diskussion, die ebenso gut in Klubs, in der Presse 2c. fortgesetzt werden könne; der Kongreß habe die Gewerkschaftsfrage zu erledigen, welche von der größten praktischen Wichtigkeit sei, und in der ein zweckmäßiger Beschluß des Kongresses die heilsamsten Folgen für die Arbeiterklasse haben würde.

Gegen den Schlußantrag sprechen nur Franzosen. Er wird fast einstimmig angenommen. Ueber den Kommissionsantrag wird namentlich abgestimmt: 32 Ja, 23 Nein, 13 Enthaltungen, 7 abwesend.

Liebknecht beantragt, da keine Majorität erzielt worden, über den Eccarius'schen Antrag abzustimmen; es werde sich dann herausstellen, daß ein Theil Derer, welche mit Nein stimmten, es nur deshalb gethan haben, weil sie, wie Redner selbst, prinzipielle Gegner des Privateigenthums überhaupt sind.

Die Abstimmung findet trotz des Widerstandes einiger Franzosen statt und ergiebt: 19 Ja, 37 Nein, 6 Enthaltungen, 13 Abwesende. Es ist also kein positives Majoritätsvotum zu Stande gekommen.

Ferner wird auf Antrag der Vertheidigung folgende redaktionelle Notiz aus Seite 491 des „Demokratischen Wochenblatts" von 1869 verlesen:

„Man hat gefragt: Welche Stellung nimmt die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu dem Baseler Beschluß über das Grundeigenthum?

Antwort: Gar keine. Jedes einzelne Parteimitglied kann und soll Stellung nehmen; der Partei als solcher steht dies nicht zu,

zumal sie nach keiner Seite hin durch den Beschluß gebunden ist — ebenso wenig wie die Internationale Arbeiter-Assoziation selbst. Ueberhaupt hat dieser Beschluß, gleich allen Beschlüssen theoretischer Natur, bindende Kraft nur für Diejenigen, welche für ihn gestimmt haben."

Präsident: Ich hebe aus dem Verlesenen besonders die Stelle in Liebknecht's Bericht hervor, welche lautet: „Eine so „stramm" zentralisirte, in einer Person gipfelnde Organisation läßt keine Reform zu, ebenso wenig wie — um Kleines mit Großem zu vergleichen — das Empire Bonaparte's, das Preußen Bismarck's. Hier giebt es keine Reform, nur Revolution. Solche Organisationen können nicht umgestaltet, sie müssen zerbrochen werden."

Ferner die Stelle: „Es wurde festgesetzt, das jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch persönliches Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation werden soll."

Auch befindet sich in Nr. 35 des „Demokratischen Wochenblatts" ein Aufruf des Braunschweiger Ausschusses an die Parteigenossen, worin es heißt:

„2c. Alles dies zusammengenommen ergiebt, daß jeder sozialdemokratische Arbeiter Mitglied sein muß eines sozialdemokratischen Arbeitervereins, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Jede dieser Vereinigungen hat eine getrennte Organisation und Einrichtung. Kein Gesetz der Welt kann es verbieten, gleichzeitig Mitglied mehrerer politischer Vereine zu sein, die Kunst ist nur, die Organisation auseinander zu halten, damit die Polizei keine Verbindung der Vereine nachweisen kann."

Deutlicher kann allerdings nicht gesprochen werden. —

Es ist nun Herrn Liebknecht Gelegenheit gegeben, sich des Näheren über das Verlesene auszulassen.

Liebknecht: Der Herr Präsident hat aus dem Bericht über den Baseler Kongreß als besonders kompromittirend die Aeußerung herausgegriffen:

„Eine so „stramm" zentralisirte, in einer Person gipfelnde Organisation läßt keine Reform zu, ebenso wenig wie — um Kleines mit Großem zu vergleichen — das Empire Bonaparte's, das Preußen Bismarck's. Hier giebt es keine Reform, nur **Revolution.** Solche Organisationen können nicht umgestaltet, sie müssen **zerbrochen** werden."

Es ist mir in der That unerfindlich, wie man in dieser Aeußerung etwas Belastendes sehen kann. Aus dem Wort-

laut und Zusammenhang geht aufs Klarste hervor, daß sie sich auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bezieht, der in Folge seiner mangelhaften Organisation dem preußischen Regierungsagenten Schweitzer in die Hände gefallen war und sich desselben durch eine reformatorische Aktion von innen heraus nicht zu entledigen vermochte. Das gefährliche Wort „Revolution" ist also auch hier wieder einmal in einem das Strafgesetzbuch durchaus nichts angehenden Sinn gebraucht worden. Oder will man eine „Revolution" im oder gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zum Hochverrath stempeln? Ich habe freilich auch „das Empire Bonaparte's, das Preußen Bismarck's" erwähnt und beiden Reichen die Fähigkeit einer reformatorischen Umgestaltung abgesprochen, allein das ist eine historische Anschauung, die zwar Manchem unbequem sein mag, deren Richtigkeit aber durch das Schicksal des Französischen Empire bewiesen worden ist, und die jedenfalls nichts „Hochverrätherisches" enthält. Ja, hätte ich gesagt, wir müssen, oder ich will das Bismarck'sche Preußen durch eine Revolution „zerbrechen", dann hätte die Anklage vielleicht etwas aus dem Satz machen können, aber es heißt: „sie", d. h. diese Organisationen „müssen zerbrochen werden". Es ist demnach keine Aufforderung zur Revolution, sondern nur der Ausdruck der Meinung, daß solche Organisationen nur auf revolutionärem Wege, sei es durch einen Stoß von Innen oder von Außen, zu beseitigen sind. Des Näheren diese Anschauung zu begründen fühle ich mich jetzt nicht veranlaßt. Meine „Berliner Rede", die unter dem Anklagematerial figurirt, wird eine passende Gelegenheit dazu geben.

Nicht minder räthselhaft ist mir, wie der vom Braunschweig-Wolfenbüttler Ausschuß nach dem Eisenacher Kongreß erlassene Aufruf für belastend erachtet werden kann. Der anstößige Schlußpassus lautet:

„Keine Gesetze der Welt können es verbieten, gleichzeitig Mitglied mehrerer politischen Vereine zu sein. Die Kunst ist nur, die einzelnen Organisationen (Verein, Partei und Internationale Arbeiter-Assoziation) auseinanderzuhalten, damit nicht die Polizei irgend welche Verbindung von Vereinen nachweisen kann."

Wer diesen Satz nur einigermaßen unbefangen betrachtet, kann darin blos das Gegentheil dessen entdecken, was die Anklage darin sucht — nämlich das Bestreben, ge-

setzlich vorzugehen. Ganz zu schweigen von dem Umstand, daß der Aufruf von den Ausschußmitgliedern unterzeichnet ist und im Parteiorgan veröffentlicht, also auch den Behörden zur Kenntniß gebracht wurde — was an sich schon die Absicht der Ungesetzlichkeit ausschließt —, besagen die Worte: „keine Gesetze der Welt können es verbieten, gleichzeitig Mitglieder mehrerer politischer Vereine zu sein", sonnenklar, so deutlich als Worte es überhaupt sagen können, erstens, daß die Verfasser des Aufrufs keine existirenden Gesetze kennen, welche die gleichzeitige Mitgliedschaft mehrerer politischen Vereine verbieten, und zweitens, daß sie die Erlassung derartiger Gesetze für eine moralische Unmöglichkeit halten. Und wenn es weiter heißt, es sei eine Kunst, die einzelnen Vereine auseinanderzuhalten, so ist damit nur eine Thatsache bezeichnet, die Niemand, der einen Blick auf die Musterkarte der buntscheckigen und komplizirten deutschen Vereinsgesetze wirft, in Zweifel ziehen wird. Ist es doch sogar für unsere Behörden, ja für die Behörden, welche berufsmäßig die Vereinsgesetze zu studiren und über deren Befolgung zu wachen haben, oft nicht möglich, sich in denselben zurechtzufinden, wofür manches Beispiel anzuführen wäre. Haben wir es doch neulich hier in Leipzig selbst erlebt, daß die Polizei das Vereinsgesetz (in Sachen Most's)*) falsch auslegte und handhabte und von den höheren Behörden eines Besseren belehrt werden mußte. Wenn aber sogar die Behörden nicht immer aus den Vereinsgesetzen klug werden können und sie notorisch mitunter — wie das angeführte Beispiel zeigt — falsch anwenden, wie schwierig muß es erst für den Laien sein, sich zwischen diesen Gesetzen zu bewegen, ohne dann und wann an eins anzustoßen! Indem der Ausschuß die Parteigenossen auf diese Schwierigkeiten aufmerksam macht und sie ermahnt, die allerdings große Kunst der Gesetzesbeobachtung zu üben, bekundet er in eklatantester Weise seinen und der Partei Wunsch, die Gesetze zu beobachten. Der betreffende Aufruf ist darum eminent entlastend, die schlagendste Widerlegung der Anklage. Noch sei bemerkt, daß es sich hier um Vereinsgesetze handelt, deren Verletzung, falls sie, was ich bestreite, uns nach-

*) Es handelt sich um eine gewöhnliche Polizeimaßregel, die von den Behörden selbst nachträglich für ungesetzlich erklärt werden mußte. (1894.)

gewiesen werden könnte, doch wahrlich kein „Hochverrath“ wäre. Die Polizei ist doch nicht der Staat, und ein Verstoß gegen simple Polizeigesetze doch kein Verbrechen gegen den Staat.

Präsident: Sie haben die Hauptsache nicht berührt, Herr Liebknecht, den Nachsatz: „damit nicht die Polizei irgend welche Verbindung von Vereinen nachweisen kann“. Das spricht doch deutlich für die Absicht, das Gesetz zu verletzen.

Liebknecht: Ich begreife diese Schlußfolgerung nicht. Wenn ich zu Jemand sage: „Ein bestimmtes Gesetz ist derart komplizirt, daß die Beobachtung Kunst erfordert; erlerne diese Kunst, damit Du keine Ungesetzlichkeit begehst!“ — so leiste ich doch das Menschenmögliche im Punkte der Gesetzlichkeit. Wie sehr es übrigens der Partei damit ernst war, ihre Organisation den Vereinsgesetzen anzupassen, dieselben nicht zu verletzen, erhellt konklusiv aus der Thatsache, daß wir, als die Erfahrung uns gelehrt hatte, daß die Kunst des durch die Gesetze gebotenen Auseinanderhaltens der verschiedenen Vereine den Mitgliedern schwer fiel, auf dem Stuttgarter Kongreß unsere Organisation entsprechend abänderten. Ich dächte, das spräche doch deutlich genug für unsere Absicht, die Gesetze zu beobachten.

Noch habe ich zu bemerken, daß die von dem Herrn Präsidenten weiter hervorgehobene Stelle aus meinem Baseler Referat:

„Es wurde festgesetzt, daß jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auch persönliches Mitglied der internationalen Arbeiter-Assoziationen werden soll.“

in keiner Weise auf eine ungesetzliche Verbindung mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation deutet. Die persönliche Mitgliedschaft, von der ausdrücklich die Rede ist, wird, wie schon mehrfach betont worden, durch unsere Gesetze nicht verboten. Uebrigens war es bisher leider unmöglich, die fragliche Bestimmung des Kongresses — ein förmlicher Beschluß wurde meines Wissens nicht gefaßt — zur Ausführung zu bringen.

Präsident: Und was verstehen Sie denn unter der in dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation angestrebten „Vereinigung der Proletarier aller Länder?“

Liebknecht: Nun, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder, statt durch das sogenannte Nationalgefühl sich gegen-

einander hetzen zu lassen, in brüderlicher Eintracht gemeinsam dem gemeinsamen Ziel des freien Menschenthums zueilen — daß die Völker in Frieden mit einander leben, statt sich gegenseitig für Interessen, die nicht die ihrigen sind, die Gurgeln abzuschneiden, daß —

Präsident: Was bedeutet aber der „allgemeine freie Völkerbund", von dem in den verlesenen Schriftstücken die Rede ist? Darunter kann ich mir doch nichts anderes denken als eine Föderativrepublik.

Präsident: Daß ich Republikaner bin, habe ich schon zu wiederholten Malen gesagt; daß ich mir den „allgemeinen freien Völkerbund" nicht als eine Sammlung von Monarchien vorstelle, ist darnach klar; und wenn auch die Anklage behauptet, sie könne sich diesen „allgemeinen freien Völkerbund" nur republikanisch denken, so beweist sie damit nur, daß sie die Monarchie für ebenso unverträglich mit Völkerfreiheit und Völkerfrieden hält, wie ich und meine Freunde. Gelegentlich sei hier aber erwähnt, daß ich kein Anhänger der Föderativrepublik bin, sondern an der strengsten Staatseinheit festhalte.*)

Ich gehe nun in möglichster Kürze an die zusammenhängende Besprechung des auf die Internationale Arbeiter-Assoziation bezüglichen angeblichen Belastungsmaterials. Zunächst ein Wort über den Bericht des Baseler Kongresses. Dieser Bericht kann durchaus nicht Anspruch auf Authentizität, noch weniger auf Vollständigkeit machen; er wurde während des Kongresses in täglichen Lieferungen, von denen jede die Verhandlungen des vorhergehenden Tages enthielt, verfaßt und trägt auf jeder Seite die Spur hastiger Anfertigung. Daß dabei auch mancherlei Irrthümer nicht ausbleiben konnten, versteht sich von selbst. Ich verweise als Parallelfall auf die von unserem Parteiorgan jetzt veröffentlichten „Extrablätter"**), die, unter ähnlichen Bedingungen entstehend, an ähnlichen Mängeln leiden. Keinen derartigen Vorbehalt brauche ich mit Rücksicht auf die Eichhoff'sche

*) Diese Bemerkung wurde durch den unpräzisen Ausdruck des Präsidenten hervorgerufen, der „Föderativrepublik" statt „Föderation von Republiken" gesagt hatte.

**) Gemeint sind unsere „Extrablätter" über die Prozeß-Verhandlungen — welche Extrablätter bei der Herstellung des hier vorliegenden Berichts mit zu Grunde gelegt wurden. (1894.)

Broschüre zu machen, deren Vorlesung, wäre sie nicht auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgt, von uns beantragt worden wäre, da es keine Schrift giebt, welche geeigneter ist, die über die Internationale Arbeiter-Association herrschenden und von einer korrupten Presse systematisch genährten falschen Vorstellungen zu zerstreuen, und zu zeigen, daß diese „so gefährliche" Gesellschaft, wie der Herr Präsident sie mehrmals genannt hat, nichts weniger als gefährlich ist, wenigstens nicht für ehrliche Leute.

Ueber Entstehung und Geschichte der Internationalen Arbeiter-Association brauche ich nicht zu reden — die Eichhoff'sche Broschüre überhebt mich der Mühe. Ueber das Wesen des großen Arbeiterbundes giebt die in dieser Broschüre befindliche Inauguraladresse den besten Aufschluß, ein Aktenstück, in dem man, beiläufig erwähnt, erst in jüngster Zeit, d. h. seit Anhängigmachung dieses Prozesses einen hochverrätherischen Inhalt entdeckt hat, nachdem es unbeanstandet 1864 zu Berlin im „Sozialdemokrat" und, außer in der verlesenen, 1868 — ebenfalls zu Berlin, — erschienenen Eichhoff'schen Broschüre, verschiedentliche Male zu Leipzig im „Demokratischen Wochenblatt" und im „Volksstaat" — stets und überall durchaus unbeanstandet abgedruckt und durch die betreffenden Publikationen in die weitesten Kreise verbreitet worden war. Die Inauguraladresse kann als das Programm der Internationalen Arbeiter-Association gelten. Sie ist verfaßt von Karl Marx und trägt das Gepräge dieses durch und durch wissenschaftlichen Geistes. Es ist eine hochwissenschaftliche, ich möchte fast sagen philosophische Arbeit. Auf statistischer Grundlage, also auf dem Boden der Thatsachen stehend, kommt sie zu dem Ergebniß, daß die jetzt herrschenden Produktionsverhältnisse mit den Erfordernissen der Gerechtigkeit und Humanität im Widerspruch sind und die große Mehrzahl der Menschen, das eigentliche arbeitende Volk, zur politischen Knechtschaft, zum sozialen Elend verdammen. Auf der Basis unanfechtbarer, von unsern Gegnern selbst gelieferten Ziffern wird nachgewiesen, daß der sogenannte Nationalreichthum, mit dem die Verherrlicher der Bourgeoisie prahlen, gleichbedeutend ist mit dem überschwänglichen Reichthum einiger Wenigen und der wachsenden Armuth der Massen — mit anderen Worten, daß das Volk um so ärmer wird, um so ärmer werden muß, je mehr der sogenannte

Nationalreichthum zunimmt. Und hier sind wir am Ausgangspunkt der sozialdemokratischen Bestrebungen angelangt. Für alle ökonomischen Werthe giebt es nur eine Quelle: die Arbeit. Ohne Arbeit kein ökonomischer Werth. Das ist kein Dogma unserer Partei, es ist ein wissenschaftlicher Satz, an dem nur Charlatane und Soldschreiber rütteln. Im Lauf der historischen Entwicklung sind aber die Arbeitsinstrumente von der Arbeit getrennt worden. Der Arbeiter arbeitet nicht für eigene Rechnung, er arbeitet für einen Arbeitgeber, der im Besitz der immer komplizirter, immer kostspieliger werdenden Arbeitsinstrumente ist. Diesem verkauft er seine Arbeit und damit sich selbst gegen eine bestimmte Vergütung, den Lohn. Wenn dieser Lohn ein volles Aequivalent der vom Arbeiter geleisteten Arbeit wäre, würde der Arbeitgeber kein Interesse daran haben, Lohnarbeiter zu beschäftigen. Er bezahlt also nicht das volle Aequivalent, und es ist ein ebenfalls von der Wissenschaft festgestellter Satz, daß der Lohn die Neigung hat, so tief zu sinken, daß er gerade zur Erhaltung der Arbeiter und eines Arbeitergeschlechtes ausreicht. Das ist das sogenannte eherne Lohngesetz. Die Arbeit, welche vom Arbeitgeber *nicht* bezahlt wird, dient zu seiner Bereicherung, zur Vermehrung seines Kapitals. Die natürliche Folge dieses Systems ist: Diejenigen, deren Arbeit den Werth schafft, den „Nationalreichthum" erzeugt, bleiben arm, und Diejenigen, welche arbeiten *lassen*, werden reich und monopolisiren in ihren Taschen den „Nationalreichthum". Ich habe hier nicht einen nationalökonomischen Vortrag zu halten und kann also nicht in die Einzelheiten eingehen. Genug, die Thatsache existirt, und wer Augen hat und sie nicht absichtlich verschließt, braucht nur um sich zu blicken und er wird die Thatsache sehen. Daß ein solcher Zustand nicht *gerecht* ist, muß Jedermann zugeben, der das Herz auf dem rechten Flecke hat. Den einzelnen Arbeitgeber trifft keine Schuld; es ist eben ein allgemeiner Zustand, ein System, das der Einzelne nicht abändern kann — ein System, das sich im Laufe der Zeit entwickelt hat, das, verglichen mit den früheren Produktionsweisen, ein nothwendiger Fortschritt war, das aber jetzt mit den Anforderungen unserer Kultur und mit den Interessen der Gesellschaft in Konflikt gekommen ist, und im Interesse der Gesellschaft, der Gesammtheit beseitigt und durch ein gerechtes, den Interessen der Gesellschaft nach allen

Seiten genügendes Produktionssystem ersetzt werden muß. Ein solches gerechtes Produktionssystem strebt nun die Internationale Arbeiter-Assoziation, strebt die Sozialdemokratie an. Das Lohnverhältniß, welches den Eckstein der heut herrschenden sozialen Ungerechtigkeit bildet, muß abgeschafft und an Stelle der Lohnarbeit die genossenschaftliche Arbeit eingeführt werden: das ist unser Ziel. In der genossenschaftlichen Arbeit, in der Assoziation sehen wir die einzig gerechte Produktionsform, weil sie die Ausbeutung des Einen durch den Andern unmöglich macht, die Rechte der Arbeit zur Geltung bringt, die Harmonie der Interessen herstellt und jedem Gliede der Gesellschaft direkt oder indirekt den vollen Ertrag seiner Arbeit sichert. Und nicht blos aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität fordern wir die genossenschaftliche Arbeit, sondern auch ihrer erhöhten Produktivität wegen, indem sie eine weit intensivere und ausgedehntere Werthschaffung ermöglicht, als die heutige kapitalistische Lohnproduktion, die noch ferner den, bei genossenschaftlicher Arbeit wegfallenden, Nachtheil hat, daß sie in der regellosesten Weise zu Werke geht und dadurch Krisen hervorruft, welche die ganze Gesellschaft erschüttern, am schwersten aber auf der arbeitenden Klasse lasten.

Da die Produktionsform, deren Umgestaltung die Sozialdemokratie anstrebt, in allen Kulturländern herrscht, so liegt es auch auf der Hand, daß der Kampf gegen diese Produktionsform, gegen die heutige Gesellschaft sich nicht auf ein einzelnes Land beschränken kann, daß es ein internationaler, kein nationaler Kampf ist. Dieser Gedanke hat die Internationale Arbeiter-Assoziation geschaffen. Sie ist ebensowenig gemacht worden wie die Abeiterbewegung selbst, sie ist entstanden, organisch aus der Arbeiterbewegung herausgewachsen, wie die Arbeiterbewegung ihrerseits aus den ökonomischen, sozialen und politischen Zuständen mit Naturnothwendigkeit herausgewachsen ist. Ich habe hier das Wort „Kampf" gebraucht. In der Anklage gegen uns spielt dieses Wort eine große Rolle, ähnlich wie das Wort „Revolution", und der Herr Präsident hat ausdrücklich den zweitletzten Satz der Inauguraladresse: „Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen" als belastend für uns hervorgehoben. Dem gegenüber sei nun ein für allemal be-

merkt, daß, wenn wir von Kampf reden, ohne Hinweis auf einen bestimmten konkreten Kampf mit materiellen Waffen, darunter der geistige Kampf zu verstehen ist. Nur der geistige Kampf ist menschlich, jeder andere Kampf thierisch, bestialisch. Wir sind Menschen und des Menschen menschliche Waffe ist das Hirn, nicht die Faust, die Nägel, die Zähne. Das Hirn, das Organ des Denkens ists, welches uns über das Thier erhebt; an körperlichen Kampfmitteln sind uns zahlreiche Thiere überlegen, an animalischem Muth mindestens gleich. Der Stier, der Tiger sind Riesen, verglichen mit dem Menschen, wenn die brutale Kraft, die Geeignetheit zum Kampf mit materiellen Mitteln den Ausschlag geben. Nicht an einen Kampf nach Art der Stiere, der Tiger, nicht an einen Kampf mit Fäusten, mit Zündnadelgewehren, mit Kanonen, dieser ultima ratio, die das Ende der ratio*) ist, denken wir also in erster Linie, sondern an den Kampf des Geistes, an das geistige Ringen und Erringen, ohne das ein realer Erfolg nicht zu hoffen ist. Ein Sieg auf den Barrikaden, ein gelungener Handstreich würde nichts nützen, wenn der Sieg auf geistigem Gebiet nicht vorher errungen wäre. Und haben wir die Welt geistig und moralisch erobert, dann haben wir auch gewonnenes Spiel. Ein anderer als geistiger Kampf kann unter Menschen nur durch die dringendste Nothwehr gerechtfertigt werden und ist, wenn diese nicht vorliegt, Barbarei, Unmenschlichkeit, Bestialität, und würde er noch so reichlich mit dem Heiligenschein des Ruhms ausgestattet. Vollends von einem so eminent wissenschaftlichen Kopf, wie dem Verfasser der Inauguraladresse, wird doch kein Mensch mit seinen fünf Sinnen behaupten wollen, daß er den Kampf für die Befreiung des Proletariats, für die Herstellung menschenwürdiger Zustände als eine viehische Schlächterei auffasse, daß er sich dem blöden Wahn hingebe, durch Waffengewalt sei künstlich ein nicht von den ökonomischen Verhältnissen bedingter Staats- und Gesellschaftszustand herbeizuführen!

Anstößig ist dem Herrn Präsidenten auch der Schlußruf der Adresse: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Was heißt das? „Ihr Arbeiter in Süd und Ost, in Ost

*) Ratio, lateinisch, heißt: der Grund und die Vernunft. Die bekannte Kanoneninschrift lautet: ultima ratio regum (der letzte Grund der Könige).

und Welt, auf dem ganzen Erdenrund, Ihr Alle, die Ihr mühselig und beladen seid, Ihr Elenden und Ausgestoßenen, für die kein Platz ist am Tische der Gesellschaft, die Ihr im Schweiße Eures Angesichts die Reichthümer schafft, welche Andere genießen, erkennt, daß trotz der Grenzpfähle, die Euch trennen, Euere Sache überall dieselbe ist, daß überall Eure Noth denselben Ursachen entspringt, daß überall folglich dieselben Mittel erforderlich sind, um Eure Noth zu enden: werft darum die nationalen Vorurtheile bei Seite, die Euch bisher, zum Nutzen Eurer gemeinsamen Feinde und zu Eurem eigenen Schaden in feindlichen Lagern auseinanderhielten, nur zu oft in brudermörderischen Kampf trieben: vereinigt Euch unter dem Banner der Menschenliebe und arbeitet voll edlen Wetteifers, im Bewußtsein des hehren gemeinsamen Ziels, verschiedene Armeekorps Einer und derselben Armee, verschiedene Glieder der Einen großen Menschenfamilie an dem Werk der allgemeinen Befreiung!" Wer hat die Stirn, dieses großartige, welterlösende Streben zu verdammen? Wir sind in einem Land, wo das Christenthum als Staatsreligion gilt: wir stehen vor Richtern und Geschwornen, die sich zum Christenthum bekennen — hat Christus, wie die Ueberlieferung ihn darstellt, sich etwa nicht vorzugsweise an das arme Volk gewendet? Besteht nicht das Hauptverdienst des Christenthums, insoweit es nicht unheiligen Staats- und Klassenzwecken dienstbar gemacht worden ist, darin, den engherzigen Nationalismus der Hebräer durchbrochen und die Idee des allgemeinen Menschenthums, d. h. modern ausgedrückt, das internationale Princip an die Stelle gesetzt zu haben? Nicht als ob ich mich selbst für einen Christen ausgeben wollte, — doch ein Staat, eine Gesellschaft, die sich „christlich" nennen, haben fürwahr nicht das Recht, über Bestrebungen den Stab zu brechen, die mit den Fundamentallehren des Christenthums in Harmonie sind und deren Verwirklichung, deren Ueberführung von der Lehre in das reale Leben zum Ziel haben. Und — von dem Christenthum zu geschweigen — ist nicht der Zug der gesammten Menschheitsentwicklung ein internationaler? Handel, Industrie, Kunst, Wissenschaft sind international, kosmopolitisch. Und jeder Fortschritt in Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft ist ein Niederlage des nationalen ein Triumph des internationalen Princips. Nur wer ein Interesse hat an der

Erhaltung der bestehenden Mißstände, nur wer ein Gegner des menschlichen Fortschritts ist, kann dem Prinzip der Internationalität feind sein, sich von ihm bedroht halten. Allein es ist ein hoffnungsloses Unterfangen, sich ihm entgegen zu stemmen. Das internationale Prinzip ist unsterblich wie die Menschheit, und, verleumdet, eingekerkert, gestandrechtelt, wird es aus jeder Feuerprobe geläutert und gestärkt hervorgehen, und die Runde um die Welt machen. Diejenigen aber, welche dieses Prinzip bekämpfen, sprechen sich selbst das Urtheil; und wer unsere Bestrebungen für Hochverrath an dem heutigen Staat erklärt, legt nur Zeugniß ab für die Richtigkeit unserer Anschauung, daß blos in der Universal-Republik die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann, und daß Völkerglück und Völkerfriede unverträglich sind mit dem Bestande der Monarchien. —

Ich komme jetzt zu den Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In ihnen, wie in der Inauguraladresse und den Beschlüssen der Kongresse liegt die „Wahrheit über die Internationale". Die tausend und abertausend Lügen über die Internationale, die namentlich seit dem Fall der Pariser Kommune von einer korrupten Presse kolportirt werden, dürfen in diesem Saale nicht maßgebend sein, Ihr Urtheil, meine Herren Richter und Geschworne, nicht beeinflussen. Wir haben ein Recht, zu verlangen, daß man unsere Bestrebungen nicht nach dem beurtheilt, was die Gegner, sondern was wir selbst davon sagen. Zwischen Beidem ist ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. Dem Gerede der Gegner zufolge sind wir eine Räuber- und Mordbrennerbande, stets bereit, uns auf die Gesellschaft zu stürzen und überall hin Zerstörung zu verbreiten. Die Inauguraladresse, mit ihrem ruhig wissenschaftlichen Ton, straft dieses Gerede Lügen; es ist eine Anklageakte gegen die heutige Gesellschaft, aber keine Brandschrift. Niemand hat bis jetzt versucht, diese furchtbare, durch die Abwesenheit aller Phrasen doppelt beredte Anklageakte zu widerlegen, und Niemand wird sie widerlegen, denn Thatsachen sind nicht zu widerlegen. —

Im Einklang mit der Inauguraladresse stehen die Statuten; gleich ihr spiegeln sie den Geist der Internationalen Arbeiter-Assoziation wieder, und außerdem gewähren sie eine volle Kenntniß der Organisation der Internationalen. Gleich der erste Satz der Einleitung schlägt einer der hart-

näckigſten und böswilligſten Verleumdungen auf den Kopf: der Behauptung, wir wollten die Arbeiter zur herrſchenden Klaſſe im Staat machen, alle übrigen Klaſſen unterdrücken. Was ſagt der erſte Satz unſerer Statuten? Daß der „Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klaſſen **nicht** einen Kampf für Klaſſenprivilegien und Monopole, ſondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten, **für die Abſchaffung der Klaſſenherrſchaft** bedeutet.“ Ein Kommentar würde dieſe Worte nur abſchwächen. Sie können nicht mißverſtanden, ſie müſſen perfid todtgeſchwiegen oder ins Gegentheil umgelogen, gefälſcht werden, wenn man jenen Vorwurf aufrecht erhalten will. Nein, wir wollen keine Klaſſenherrſchaft, wir ſind nicht wie unſere Gegnerin, die Bourgeoiſie, welche den Adel von der Gewalt verdrängte, um ſich auf ſeinen Platz zu ſetzen — wir wollen jede Klaſſenherrſchaft beſeitigen; und wenn wir für den Arbeiter den Vollgenuß der politiſchen Rechte beanſpruchen, ſo thun wir dies, weil er jetzt rechtlos iſt, nicht aber, um Anderen ihre Rechte zu entziehen. Nur die Vorrechte bekämpfen wir, denn Vorrecht heißt Genuß eines Vortheils auf Koſten Anderer, alſo Verletzung von Rechten, alſo Unrecht. „Gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ iſt unſere Loſung, und wer dieſe verdammt, verdammt die Gerechtigkeit.

Der dritte Satz der Statuten iſt eine direkte Widerlegung der Anklage. Wir ſind angeklagt des Hochverraths, eines politiſchen, auf den Umſturz des Staats hinzielenden Verbrechens — wohlan, in dieſem dritten Satz heißt es, „daß deshalb (nämlich weil, wie im vorhergehenden Satz geſagt iſt, daß die ökomiſche Abhängigkeit der Arbeiter der Quell aller Knechtſchaft iſt) die ökonomiſche Emanzipation der arbeitenden Klaſſen das große Ziel iſt, welchem jede politiſche Bewegung als bloßes Hilfsmittel ſich unterordnen ſollte“. In dieſem Satz, der beiläufig auch die hier öfter auftauchende Differenz zwiſchen Ladendorf und mir klarlegt, haben Sie die Stellung der Internationalen Arbeiter-Aſſoziation zur politiſchen Bewegung präziſirt. Wir ſind eine politiſche Partei, inſofern es der ſtaatlichen Macht bedarf, um unſere Prinzipien zu verwirklichen, und wir alſo, wenn wir uns nicht mit einer rein theoretiſchen, beſchaulichen Rolle begnügen wollen, unſere Anſtrengungen darauf richten müſſen, den erforderlichen Einfluß auf die Geſetzgebung zu gewinnen, die

erforderliche Umgestaltung des Staats durchzusetzen; allein dies ist uns nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck, „bloßes Hilfsmittel", wie es hier ausgedrückt ist. Unser Ringen gilt dem Inhalt: der Gesellschaft, und die Form: der Staat, geht uns nur insoweit an, als der Inhalt nicht ohne eine bestimmte, seinem Wesen entsprechende Form gedacht werden kann. Die Formalpolitiker, wie Ladendorf, betrachten umgekehrt die Staatsform als die Haupt-, die gesellschaftliche Umgestaltung als die Nebensache, die sich von selbst finden werde, wenn man einmal die allein selig machende wunderthätige Staatsform erlangt habe.

Diesen Formalpolitikern steht deshalb die politische Revolution in erster, die soziale Revolution in zweiter Reihe, während es bei uns umgekehrt ist. Also „bloßes Hilfsmittel" ist uns die politische Bewegung, und daß es die Internationale mit diesem „Hilfsmittel" nicht auf ein rüdes Dreinschlagen abgesehen hat, wie die Anklage voraussetzt, wird von dem zweitfolgenden (fünften) Satz in unzweideutigen Ausdrücken bestätigt, indem daselbst gesagt ist, die Lösung des sozialen Problems hänge ab „von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der fortgeschrittensten Länder".

Wenn man eine Revolution im Sinne der Staatsanwaltschaft machen will, braucht man doch sicherlich keine „theoretische Mitwirkung". Wäre die Internationale Arbeiter-Assoziation, was die Anklage, was das große Publikum sich darunter vorstellt: eine konspiratorische Aktionsgesellschaft, und nicht eine Organisation zur Förderung der Kulturarbeit durch Erkenntniß der treibenden Ursachen und durch Zusammenfassung aller geeigneten Kräfte, — dann würden Sie sicherlich in den Statuten nichts von „theoretischer" Thätigkeit finden, denn wer einfach dreinschlagen will, kümmert sich nicht um die Theorie. Die theoretisch-wissenschaftliche Richtung der Internationalen Arbeiter-Assoziation werden wir in späteren Statutenparagraphen noch deutlicher hervortreten sehen. Wenn ich von theoretisch-wissenschaftlicher Richtung rede, so will ich damit natürlich nicht sagen, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation eine theoretische Gesellschaft sei — ganz im Gegentheil: durch diese theoretische Richtung wird die Internationale erst recht zu einer praktischen Gesellschaft — ohne Klarheit in der Theorie kein radikales Durchgreifen in der Praxis.

Für den sittlichen Charakter (um in der hergebrachten Sprache zu reden) dieser vielgeschmähten, „bestverleumdeten" Organisation ist so recht bezeichnend der vorletzte Satz der Einleitung: der erste internationale Arbeiterkongreß (der Genfer — 1866, — der die provisorischen Statuten des Generalraths definitiv sanktionirt hat) erklärt, „daß die Internationale Arbeiter-Assoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen". Blicken Sie auf dieses Bild, meine Herren Richter und Geschwornen, und vergleichen Sie es mit dem abscheulichen Zerrbild, das ein infames Soldschreiberthum als Wauwau an die Wand gekleckst hat. Wo ist die Religion, die ihren Bekennern reinere Vorschriften giebt? Faßt sich in diesen wenigen Worten nicht die Summe aller „Moral" zusammen, und werden sie nicht von dem Athem des rein Menschlichen durchweht? Wer wagt es, einen Bund zu verdammen, welcher es sich zur Aufgabe gemacht hat, in unserer Welt der Heuchelei, der Unterdrückung und des Elends durch vernünftige Regelung der Beziehungen des Menschen zum Menschen Zustände herbeizuführen, die mit den Bedürfnissen der Menschennatur im Einklang sind, auf Gleichachtung jedes Menschen beruhen und den Menschen nicht nöthigen, wie dies heutzutage der Fall, durch seine Handlungen Lügen zu strafen, was er mit den Lippen als seine Richtschnur, sein Ideal bezeichnet?

Der erste Paragraph der Statuten definirt den Zweck der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Hier müßte doch der „Hochverrath" stecken, wenn er überhaupt vorhanden ist. Aber was lesen wir? „Die Assoziation ist zu dem Zweck errichtet, ein zentrales Mittel der Verbindung und Kooperation zwischen den in den verschiedenen Ländern bestehenden und dasselbe Ziel: nämlich den Schutz, die Hebung und völlige Emanzipation der arbeitenden Klassen verfolgenden Arbeitergesellschaften zu schaffen." Genau, was die Internationale Arbeiter-Assoziation ihren Existenzbedingungen nach sein muß! Aber freilich sehr verschieden von den gang und gäben Polizeivorstellungen, die in politischen Dingen von dem Natürlichen und Wirklichen so

weit abzuweichen pflegen, wie die Dichtung von der Wahrheit, wie Ammenmärchen von der Wissenschaft. „Mittel der internationalen Verbindung und Kooperation", das heißt zu Deutsch: Mittel des Zusammenarbeitens für das Proletariat — das ist die Internationale Arbeiter-Assoziation. Und wollte sie etwas anderes sein, wollte sie sein, was die Anklage sich unter ihr vorstellt, so würde sie überhaupt nicht sein, denn ihr internationaler Charakter bedingt eine lose, den einzelnen Gliedern die vollste Freiheit lassende Organisation; wollte sie sich die zur Aktion nothwendige straff zentralistische Organisation geben, so würde sie sehr bald aufhören zu existiren.

Es ist wahr, § 1 fordert die „völlige Emanzipation der arbeitenden Klassen", und da könnte man schlußfolgern: diese Emanzipation ist nicht zu bewerkstelligen in dem heutigen Staat, die Forderung verträgt sich also nicht mit der Existenz des heutigen Staates, und wer sie als Programm seiner praktischen Thätigkeit aufstellt, erklärt damit, daß er den Umsturz des heutigen Staates anstrebt. Ich beschäftige mich nochmals kurz mit diesem Raisonnement, weil es das Fundament der ganzen Anklage gegen uns bildet. Es ist dies ein Raisonnement, mit dem man Jeden, der nicht genau so denkt wie Minister und Staatsanwalt, zu einem Hochverräther stempeln kann. Daß unsere Ziele, unsere Gesinnungen die Anklage nichts angehen, daß sie ausschließlich sich an unsere Handlungen zu halten hat, ist schon früher von uns hervorgehoben worden. Ob die Emanzipation der Arbeiterklasse sich friedlich oder ob nur gewaltsam vollziehen kann, ist eine Frage, die absolut nicht hierher gehört. Kann sie sich nur gewaltsam vollziehen, so ist das sehr schlimm für den heutigen Staat, aber auch die Schuld des heutigen Staats; wir sind dafür juristisch so wenig wie moralisch verantwortlich. Die einzige Frage, die hier in Betracht kommen kann, ist: haben wir bestehende Gesetze verletzt? In sämmtlichen offiziellen Aktenstücken der Internationalen Arbeiter-Assoziation ist mit der schärfsten Brille kein Wort zu finden, das auf die Absicht ungesetzlicher Handlungen, gewaltsamen Umsturzes gedeutet werden könnte. Daß im heutigen Staat die Durchführung unseres Programms eine Unmöglichkeit ist, das glaube auch ich, es ist sogar mathematisch gewiß; doch das macht unser Programm nicht zu einem

ungesetzlichen oder gar hochverrätherischen. Und dann möchte ich fragen: was ist denn der heutige Staat? Der heutige Staat ist eben der Staat von heute. Der Staat, auch der verknöchertste, versteinertste, ist eine Sammlung organischer Wesen, selbst ein lebendiger Organismus. Er lebt. Leben heißt aber: unaufhörliche Veränderung, nie ruhender Wechsel. Der Staat, gleich jedem anderen Organismus, ist beständigem Stoffwechsel unterworfen, befindet sich in fortwährender Umgestaltung, in ununterbrochenem Regenerations-, Ausscheidungs- und Häutungsprozeß. Der Staat von heute ist nicht der Staat von gestern; der Staat von morgen wird nicht der Staat von heute sein. Jedes Verordnungsblatt veranschaulicht die Flüssigkeit des Staats, indem es Gesetze enthält, durch welche frühere Gesetze abgeschafft oder abgeändert werden. Den Staat zu fixiren ist deshalb ebenso unmöglich, als den Augenblick festzuhalten; und wenn ich also zugebe, daß der Sieg unserer Sache den heutigen Staat nicht sehen wird, so ist das eine Wahrheit, für welche die Natur und die Vernunft, nicht die Sozialdemokratie und die Internationale Arbeiter-Assoziation verantwortlich zu machen sind.

Ich sprach vorhin von der losen Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation; daß dies keine bloße Ausrede ist, wird bewiesen durch die aktenmäßig hier konstatirte Thatsache, auf die ich schon früher aufmerksam machte, daß nämlich der Generalrath, um nicht bei den französischen Mitgliedern Anstoß zu erregen, den Beschluß zur Abhaltung des Jahreskongresses für 1870 nicht auf eigene Faust fassen wollte, sondern den deutschen Mitgliedern die Initiative überließ. Daß ich für meine Person die Organisation für zu lose hielt, wurde bereits gesagt; ich beantragte in Basel eine Kräftigung der Organisation, vor Allem eine Ausdehnung der Vollmachten des Generalraths und eine bessere Regelung des Kassenwesens, damit ein genügender finanzieller Rückhalt geschaffen und die Agitation durch die Presse, durch Flugschriften und sonst wirksamer als bisher betrieben werden könne. Doch mein Antrag ging, wie Sie schon wissen, zu meinem Bedauern nicht durch, und da der Krieg mit Frankreich zur Aufgebung des Kongresses für 1870 nöthigte, hatte ich leider keine Gelegenheit, den Antrag zu wiederholen.

Ich verlese nun noch den, bereits mehrfach von uns betonten Passus des § 6 der Statuten, welcher lautet: „Doch versteht es sich von selbst, daß die Anwendbarkeit dieser Vorschrift (betr. die Organisation der Mitglieder in den einzelnen Ländern) von den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen abhängig ist, und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keiner unabhängigen Lokalgesellschaft verwehrt sein soll, direkt mit dem Generalrath zu korrespondiren" — ein Passus, der für sich allein schon die Behauptung, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation „sich außerhalb des Gesetzes gestellt" habe, in Nichts auflöst.

Wichtig ist ferner der § 11: „Die Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen und sich mit ihr durch ein immerwährendes Band brüderlicher Gemeinschaft verbinden, behalten ihre besondere Organisation bei." Für Jeden, der von Organisation nur den leisesten Begriff hat, erhebt diese Bestimmung es zur Gewißheit, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation keine revolutionäre Aktionsgesellschaft im Sinne des Strafgesetzbuchs ist, da revolutionäre Aktion die uniforme Eingliederung und unbedingte Unterordnung aller Theile des Gesammtkörpers erheischt.

Wir kommen jetzt zu den „internationalen Hilfsmitteln, welche die Assoziation den Arbeitern aller Länder in ihrem Kampf gegen das Kapital darbietet." Worin bestehen diese „Hilfsmittel?" Etwa in Expeditionen bewaffneter Freischärler, die der Generalrath nach Bedarf oder auf Verlangen in die einzelnen Länder schickt? Nach den Vorstellungen der Anklage müßte es so sein. In Wirklichkeit aber sind die „Hilfsmittel" etwas himmelweit Verschiedenes. Erstens, daß der Generalrath, wenn irgendwo Konflikte zwischen Kapital und Arbeit ausbrechen, seine internationalen Verbindungen dazu benutzt, die Arbeiter aller Länder von dem Konflikt in Kenntniß zu setzen und so zu verhindern, daß die Arbeiter eines Landes sich zur Unterdrückung der Arbeiter eines andern Landes benützen lassen, daß also, wenn z. B. in England ein Streik entsteht und die englischen Fabrikanten sich nach Deutschland um Ersatz für ihre „widerspenstigen Hände" wenden, die deutschen Arbeiter rechtzeitig gewarnt und davon abgehalten werden, sich durch lockende Versprechungen ködern zu lassen. In zahlreichen Fällen ist dies mit Erfolg geschehen. Den herrschenden Klassen ist es ohne Zweifel sehr

unangenehm, daß dem internationalen Kapital auf dieſe Weiſe auch die Arbeit international entgegentritt, aber das iſt doch kein „Hochverrath".

Das zweite „Hilfsmittel" iſt — ich bitte Sie, es genau zu beachten, meine Herren Richter und Geſchwornen: — das zweite Hilfsmittel iſt — *eine ſtatiſtiſche Unterſuchung über die Lage der arbeitenden Klaſſen aller Länder durch die eigne Initiative der arbeitenden Klaſſen.*" Ich zitire ganz wörtlich. Die Statiſtik iſt die einzig reale Grundlage der Geſellſchaftswiſſenſchaft; ohne den Boden der Statiſtik unter den Füßen zu haben, kann man wohl *träumen*, Phantaſiegemälde entwerfen, aber man kann zu keinem poſitiven Reſultat gelangen über das Weſen der Geſellſchaft, man hat keinen ſicheren Anhaltspunkt für das zu Erſtrebende. In dieſer Forderung manifeſtirt ſich wieder ſo recht deutlich der wiſſenſchaftliche Charakter der Internationalen Arbeiter-Aſſoziation, die nicht ins Blaue hinein Hypotheſen aufſtellen, ſondern auf der Baſis der Thatſachen bauen will. Die Mitglieder oder Mitgliedergruppen ſollen Liſten entwerfen, nicht Rekrutenliſten, nicht Liſten zur Eintragung der Namen von Verſchwörern, der Zahl und Art von Waffen, wie es nöthig wäre, wenn die Internationale Arbeiter-Aſſoziation mit den von der Anklage ihr untergeſchobenen Umſturzplänen ſchwanger ginge, nein, Liſten zur Bezeichnung der Induſtrie, über Alter und Geſchlecht der Arbeiter, Zahl der Arbeiter, Höhe der Löhne — kurz über alle zur Erlangung einer genauen Arbeiter-Statiſtik nothwendigen Punkte, und ſogar, was ich wiederum beſonderer Aufmerkſamkeit empfehle, über den „*Sittenzuſtand und die Erziehung.*" Daß die Internationale Arbeiter-Aſſoziation durch den Verſuch zur Aufſtellung einer umfaſſenden Arbeiterſtatiſtik eine Arbeit übernommen hat, die von unſeren Regierungen, deren Pflicht ſie eigentlich wäre, bis dato verabſäumt worden iſt, das gereicht der Internationalen Arbeiter-Aſſoziation jedenfalls nicht zur Schande und unſeren Regierungen nicht zur Ehre.

Ferner iſt die Thätigkeit der Internationalen Arbeiter-Aſſoziation gerichtet auf *Beſchränkung der Arbeitszeit*, auf Erreichung eines Normalarbeitstages von 8 Stunden und auf beſondere Geſetze, welche die Arbeit der Frauen und Kinder in einer den Geboten der Humanität entſprechenden Weiſe regeln. Sind dies umſtürzleriſche Forderungen? Wird

nicht jetzt allgemein, außer von den Advokaten des nimmersatten Kapitals, die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit zugestanden? Haben wir nicht in den meisten Kulturländern schon einen Normalarbeitstag? Haben nicht schon fast alle Regierungen sich gezwungen gesehen, besondere Maßregeln zum Schutz der Frauen- und Kinderarbeit zu erlassen? Wer will es der Internationalen Arbeiter-Assoziation verargen, daß sie in gründlicher Weise durchsetzen will, was die heutigen Regierungen im Prinzip als berechtigt anerkannt haben? Und daß es der Internationalen Arbeiter-Assoziation bei Behandlung dieser Fragen nicht ums „Hetzen", nicht um die Aufstachelung blinder Leidenschaft zu thun ist, daß sie von höheren Motiven als bloßem Klassenhaß geleitet wird, das zeigen die Beschlüsse des Genfer Kongresses über die Vereinigung der Kinderarbeit mit der Erziehung. „Kein Vater und kein Arbeitgeber" — so lautet dieser Beschluß, der ein glänzendes Denkmal für das Kulturverständniß und die Hochsinnigkeit der Arbeiterklasse bildet — „darf befugt sein, jugendliche Arbeit anders als in Verbindung mit Erziehung zu gebrauchen. Unter Erziehung sind drei Dinge zu verstehen: 1. Ausbildung des Verstandes. 2. Ausbildung des Körpers, wie sie in Schulen durch Turnunterricht und militärische Uebungen stattfinden. 3. Technologische Erziehung, welche die allgemeinen Prinzipien aller Produktionsprozesse erklärt und gleichzeitig das Kind und die Jugend in den praktischen Gebrauch und die Handhabung der Elementarwerkzeuge aller Gewerbe einweiht. Ein stufenweiser und fortschreitender Kursus geistiger, körperlicher und technologischer Erziehung sollte der Klasseneintheilung der jugendlichen Arbeiter zu Grunde liegen. Die Kosten der technologischen Schulen sollen theilweise durch den Verkauf ihrer Produkte gedeckt werden." Dieser Beschluß spricht für sich selbst; er bringt die humanitären und zivilisatorischen Tendenzen der Internationalen Arbeiter-Assoziation in das schärfste Relief und widerlegt gleichzeitig, da diese Gesellschaft die gesammte Arbeiterklasse vertritt, aufs Schlagendste das absurde Altweibergeschwätz von den „kulturfeindlichen" Bestrebungen des Proletariats. Wer, dem es ernst ist um die Bildung des Volkes, kann diesem Beschluß seine Zustimmung versagen? Und wo ist der Staat, der nur annähernd ihn zur Ausführung gebracht hätte? Die „kultur-

feindlichen Arbeiter" sind eben in Wahrheit die Träger der Kultur.

Ich überspringe nun den größten Theil der Broschüre und wende mich sofort zu dem 9. und 10. Kapitel, handelnd von der „politischen Thätigkeit des Generalraths" und von den „Konflikten der Internationalen Arbeiter-Assoziation mit den Regierungen". Lesen wir da von Brand, Mord, Aufruhr, Straßenkämpfen? „Politische Thätigkeit", „Konflikte mit den Regierungen" — fürwahr, wenn nirgends sonst, hier muß doch das „Gefährliche" dieser „gefährlichen Gesellschaft" sich endlich einmal offenbaren. Gut: durchmustern wir die unheilverkündenden Kapitel! „Politische Thätigkeit": ein Krieg droht zwischen den Vereinigten Staaten und England. Die reaktionäre englische Regierung, den Eigennutz der über die Blokade der Baumwollenstaaten und die dadurch hervorgerufene Baumwollennoth aufgebrachten englischen Bourgeoisie benutzend, will die Anerkennung der Rebellenstaaten durchsetzen, drängt England an den Abgrund des Kriegs. Kam es zu offenen Feindseligkeiten, so war bei der Macht und Zähigkeit der beiden Theile ein Kampf von unabsehbarer Ausdehnung und furchtbar zerstörerischem, blutigem Charakter unvermeidlich; der Bürgerkrieg in Amerika würde in die Länge gezogen und wahrscheinlich auch andere europäische Staaten in die Katastrophe mit hineingerissen worden sein. Da waren es die Arbeiter Englands, welche, obgleich durch den amerikanischen Krieg, der Hunderttausende von ihnen brotlos machte, weit schwerer betroffen als die Bourgeoisie, dennoch, aus Begeisterung für Freiheit und Humanität, den Staatslenkern Halt zuriefen und ein Einbiegen in friedliche Bahnen erzwangen. Die ersten Staatsmänner Amerikas, voran Präsident Lincoln, haben dieses Verdienst der englischen Arbeiter anerkannt. Wohlan — die Internationale Arbeiter-Assoziation war damals noch nicht gegründet, aber sie bereitete sich vor, und gerade ihre Gründer und die Arbeiter, welche ihr kurz darauf beitraten, waren es, die in jenem kritischen Moment am energischsten für den Frieden wirkten. Die Internationale Arbeiter-Assoziation darf also mit Recht diesen Lorbeer beanspruchen, den sie als Embryo sich errungen. Es ist der Lorbeer für eine That des Friedens! — Einige Jahre später bot die durch Graf Bismarck bewerkstelligte Zerreißung Deutschlands

und Vergrößerung Preußens dem französischen Dezemberkaiser den längst gewünschten Vorwand zu einem Krieg mit Deutschland. Bonaparte ließ durch die Presse, die zu solchen Diensten immer zu haben ist, das Feuer des Nationalhasses schüren, ein Konflikt schien unausbleiblich — allein die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Paris und dem übrigen Frankreich erhoben im Namen der Völkerverbrüderung ihre Stimme gegen dies schnöde Gehetze. Die Arbeiter, die zu gewinnen der Kaiser ein besonderes Interesse hatte, gingen nicht in die Falle — der Krieg unterblieb: die zweite That der Internationalen Arbeiter-Assoziation war Friede! Vor $1^1/_2$ Jahren — ich greife hier über die Eichhoff'sche Broschüre hinaus — wiederholte sich dasselbe Schauspiel, leider nicht mit gleichem Erfolg. Als Bonaparte Miene machte, die Kriegsfurie zu entfesseln, und die französische Bourgeoisie zum großen Theil sich vom nationalen Schwindel fortreißen ließ, da waren es die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Paris, Lyon, Rouen und anderen Städten Frankreichs, die so nachdrücklich sich für den Frieden erklärten, daß die Polizei die in Szene gesetzten kriegerischen Demonstrationen einstellen mußte. Der Protest der französischen Arbeiter war erfolglos — aber immerhin war es eine welthistorische That. Diese dritte That der Internationalen Arbeiter-Assoziation, auch sie war eine That des Friedens! Meine Herren Richter und Geschwornen, gedenken Sie der Schreckniſſe des letzten Krieges, des unabsehbaren Elends, das er verursacht hat und neben dem der erworbene „Ruhm" federleicht auf der Waagschale emporschnellt, — und Sie werden gestehen müssen, es wäre ein Glück für Deutschland, für Frankreich, für die ganze Welt gewesen, wenn diese „gefährliche" Internationale Arbeiter-Assoziation vor anderthalb Jahren in Paris regiert hätte an Stelle des ehemaligen Lieblings der Bourgeoisie, des „Gesellschaftsretters" Louis Bonaparte.

Die in der Eichhoff'schen Broschüre ferner aufgezählten Aktionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation bieten ebenfalls nicht die geringste Handhabe für die Behauptung der gewaltsam umstürzlerischen Tendenz; es ist da die Rede von Meetings in England, wo das Versammlungsrecht bekanntlich unbeschränkt ist, und schließlich von einer Petition an die englische Regierung, — und man wird mir doch zugeben, daß eine Petition das diametrale Gegentheil des

Dreinschlagens ist. — So viel über die „politische Thätigkeit" der Internationalen. Was die „Konflikte mit den Regierungen" angeht, so laufen sie ohne Ausnahme auf polizeiliche Chikanen und Verfolgungen in Frankreich und Belgien hinaus, Maßregelungen, die sich sämmtlich auf dem Boden der Vereinsgesetze bewegen, also mit „Hochverrath" nicht das Mindeste zu thun haben, und deren Rekapitulation hier nur ermüden würde, zumal derlei Dinge ja neuerdings auch in Deutschland zur täglichen Kost gehören. Betonen will ich nur den öffentlichen Charakter (s. S. 55 der Eichhoff'schen Broschüre), welchen die Internationale Arbeiter-Assoziation trotz aller Chikanen in Frankreich gehabt hat. Ueber diesen Punkt noch ein Wort, ehe ich schließe. Daß aus den Statuten und offiziellen Aktenstücken und Kundgebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation kein Hochverrath herzuleiten ist, muß jedem Urtheilsfähigen klar sein. Auch dem Herrn Staatsanwalt. Wenn er trotzdem noch an die hochverrätherische Natur der Internationalen glaubt, so kann dies nur auf der, allerdings ziemlich verbreiteten Annahme beruhen, hinter der offiziellen stände eine nicht offizielle Internationale Arbeiter-Assoziation, welche die „verderblichsten Zwecke" verfolge und die öffentliche Internationale blos als Aushängeschild zur Bemäntelung ihres lichtscheuen, gemeinschädlichen Treibens benutze. Diese Annahme ist aber durchaus willkürlich; sie wird nicht durch den Schatten eines Beweises unterstützt und ist obendrein sinnlos, widersinnig, weil mit dem Wesen der Internationalen Arbeiter-Assoziation im krassesten Widerspruch. Ueber die Thorheit konspiratorischer Gesellschaften habe ich mich schon ausgesprochen. Mag sein, daß es Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation giebt, die in dieser Beziehung anders denken als ich und wir, aber das sind höchstens Privatansichten, und Thatsache ist, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation nicht eine geheime Gesellschaft ist, sondern die öffentlichste politische Organisation, welche vielleicht je existirt hat. Auf S. 74 der Eichhoff'schen Broschüre finden wir die Wohnung des Sekretärs für Deutschland angegeben, wie in einem kaufmännischen Adreßbuch: Karl Marx, 1 Modena Villas, Maitland Park, Haverstock Hill, London. Verschwörer pflegen ihre Hausnummern nicht zu veröffentlichen. Weiter: Die Sitzungen

des Generalraths, der jede Woche zusammenkommt, sind öffentlich, und Londoner Blätter, z. B. die „Eastern Post" bringen regelmäßig Berichte über die Verhandlungen; das allein reduzirt die Konspirationsmythe ad absurdum. Und hören wir, wie der Generalrath selbst in einem offiziellen Dokument den Vorwurf, die Internationale Arbeiter-Assoziation sei eine geheime Gesellschaft, zurückweist:

Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Bei Gelegenheit des letzten vorgeblichen Komplotts hat die französische Regierung nicht allein viele Mitglieder unserer Pariser und Lyoner Sektionen arretirt, sondern auch in ihren Organen behauptet, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation eine Verbündete des vorgeblichen Komplotts sei.

Nach dem Wortlaut unserer Statuten ist es freilich die spezielle Aufgabe aller unserer Branchen (Zweige) in England, auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten, nicht allein als Mittelpunkt für die Organisation der Arbeiterklasse zu dienen, sondern auch alle politischen Bewegungen, welche unser Endziel, die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse zu verwirklichen streben, in ihren verschiedenen Ländern zu unterstützen. Allein gleichzeitig verpflichten unsere Statuten alle Sektionen unserer Assoziation, öffentlich zu handeln. Wären die Statuten über diesen Punkt nicht klar, so würde dennoch das Wesen einer Assoziation, die sich mit der Arbeiterklasse selbst identifizirt, jede Möglichkeit der Form geheimer Gesellschaften ausschließen. Wenn die Arbeiterklasse konspirirt, die die große Masse jeder Nation bildet, die allen Reichthum erzeugt und in deren Namen selbst die usurpirenden*) Gewalten vorgeblich regieren, so konspirirt sie öffentlich, wie die Sonne gegen die Finsterniß konspirirt, in dem vollen Bewußtsein, daß außerhalb ihres Bereichs keine legitime**) Macht besteht. Wenn die anderen Umstände des Komplotts, welches die französische Regierung denunzirt, ebenso falsch und unbegründet sind, als ihre Insinuation gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation, so wird dieses letzte Komplott seinen zwei Vorgängern — grotesken Andenkens — würdig zur Seite stehen. Die lärmenden Gewaltmaßregeln gegen unsere französischen Sektionen sind ausschließlich berechnet, einem einzigen Zweck zu dienen — der Manipulation des Plebiszits.

Im Auftrag des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation: (Folgen die Unterschriften.)

London, den 3. Mai 1870.

*) sich die Gewalt anmaßenden. **) existenzberechtigte.

„Wenn die Internationale konspirirt, so konspirirt sie öffentlich wie die Sonne gegen die Finsterniß" — und wie die Sonne die Finsterniß überwindet, füge ich hinzu, so wird die Internationale Arbeiter-Assoziation ihre Gegner überwinden. Doch der Generalrath, hält man mir wohl entgegen, kann nicht Zeugniß ablegen in seiner eigenen Sache. Gut. Im September 1870 wurde in Braunschweig unser Parteiarchiv beschlagnahmt, darunter die ganze Korrespondenz mit London — eine Korrespondenz, die in privatester Weise geführt worden und nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war. Nun — war in dieser ganzen umfangreichen Korrespondenz auch nur eine Zeile, aus der auf eine geheime, hinter den Kouliſſen spielende Thätigkeit der Internationalen geschlossen werden könnte? Nein, oder man würde das corpus delicti hier präsentirt haben; denn für die Anklage wäre es tausendmal mehr werth, als Alles, was sie bisher vorgebracht hat. Aber nichts, nichts, keine Zeile, kein Buchstabe. Und auf Grund eines durch Nichts unterstützten, durch Alles widerlegten Verdachts wird man uns doch nicht verurtheilen wollen.

Nein, die Internationale Arbeiter-Assoziation ist, wie sie sich darstellt; sie schämt sich nicht ihrer Prinzipien, nicht ihrer Handlungen; was sie erstrebt, was sie thut, erstrebt und thut sie im Licht des Tages. Sie konspirirt nicht, sie läßt die Verhältnisse für sie konspiriren.

Ich habe nun Alles berührt, was ich berühren wollte. Die Schriftstücke, welche die Anklage als Belastungsmaterial gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation und damit gegen uns hat verlesen lassen, sind, wie ich gezeigt habe, so wenig belastend, im Gegentheil direkt und indirekt so entlastend, daß wir der Anklage nur dankbar sein können für die Gelegenheit, welche sie uns geboten hat, unter den günstigsten Umständen das Lügen- und Märchengewebe zu zerreißen, mit dem die Internationale Arbeiter-Assoziation bedeckt worden ist, und sie in ihrer wirklichen Gestalt zu zeigen als einen dem Drang der Verhältnisse und den edelsten Motiven entsprungenen Bund der Arbeiter zur Herbeiführung menschenwürdiger Zustände.

Ich bin zu Ende: über den Baseler Grund- und Boden-Beschluß, der von Unwissenheit und bösem Willen so eifrig gegen unsere Partei ausgespielt wird, behalte ich mir vor, mich bei einem andern Anlaß auszusprechen.

Präsident: Herr Liebknecht, Sie sprechen zu viel. Wir sind hier nur zu dem Zweck vereinigt, die materielle Wahrheit zu ermitteln. Ihre lange Auseinandersetzung war daher ganz überflüssig. Der Gerichtshof ist in der Lage, die Wahrheit aus den Schriftstücken und Druckwerken, welche als Beweisunterlagen dienen, zu entnehmen. Die Interpretation ist ausschließlich den Geschwornen zu überlassen, und kommt es nicht darauf an, wie Sie, Herr Liebknecht, den Inhalt dieser Schriftstücke auslegen (!), es ist das ganz gleichgiltig (!). Sie können es thun — ich könnte es auch — aber Sie verzögern durch Ihre langen Reden die Verhandlungen so außerordentlich, daß ich mir für die Zukunft das Recht wahren muß, unnöthigen Zeitaufwand (!) zu vermeiden.*) Ich enthalte mich auch deshalb spezieller Einwendungen gegen Ihre Auslassungen. Von einer besonderen Erläuterung der Beweisstücke sehe ich ab; auf der Geschwornenbank ist so viel Intelligenz vorhanden (!), daß es einer Auslegung der einzelnen Punkte Ihrerseits wirklich nicht bedarf. Ueber soziale Dinge zu reden, ist überhaupt nicht am Platz (!); sie stehen mit der Anklage in keinem Zusammenhange (!!). Deshalb bedarf es auch über die Baseler Be-

*) Wir halten es für nöthig, zu erklären, daß wir bei Wiedergabe dieser Aeußerungen des „unparteiischen" Präsidenten, Ritter von Mücke, die Berichte der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und des „Leipziger Tageblatts", also zweier den Angeklagten feindlichen Zeitungen, zu Grunde gelegt haben. Beide Berichte bleiben noch hinter der Wirklichkeit zurück. Der Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Ehren-Hans Blum, befindet sich beiläufig in rührender Uebereinstimmung mit dem Ritter von Mücke. Er schreibt in seinem Berichte über diese Sitzung, nachdem er die, den Ausführungen Liebknecht's über die Internationale Arbeiter-Association vorhergehenden Fragen und Antworten mitgetheilt: „Hierauf spricht der Redner über eine halbe Stunde die Paragraphen des Generalstatuts durch, ohne in irgend einem Punkte etwas Neues zu sagen", — über die Ausführungen selbst aber nicht ein Wort! „Neues" war in denselben allerdings nicht, allein Wahres, und da es sich um die Ermittlung der Wahrheit handelte und Liebknecht's Ausführungen die Widerlegung des gewichtigsten Anklagematerials bezweckten, war es die Pflicht Blum's, in seiner Eigenschaft als Berichterstatter, die Liebknecht'schen Ausführungen, auch wenn er sie nicht für richtig hielt, wenigstens in der Quintessenz wiederzugeben. Aber dem Verfasser des berüchtigten „Grenzboten"-Artikels kam es blos darauf an, die Angeklagten in möglichst ungünstigem Licht erscheinen zu lassen und den Geschwornen zu denunziren.

schlüsse keiner Auseinandersetzung, dieselben sind sozialer Natur, und diese Seite kommt hier nicht in Betracht, sondern nur die politische Thätigkeit der Angeklagten. — Wenn ich schließlich den Angeklagten, Herrn Liebknecht, nicht ganz falsch verstanden, so hat dieser bezüglich der jetzt bestehenden Gesetze geäußert, daß man dieselben nicht zu befolgen brauche, indem schon bessere kommen würden.

Liebknecht: Letzteres ist ein Mißverständniß; ich habe gerade das Gegentheil gesagt, nämlich: daß die Gesetze, so lange sie in Kraft sind, befolgt werden müssen, daß aber auf die Beseitigung der schlechten Gesetze mit aller Macht hingewirkt werden muß. Wenn ich die Ansicht aussprach, daß bei Verwirklichung unseres Programms die heutigen Gesetze nicht mehr bestehen würden, so sprach ich damit nicht die Absicht aus, die heutigen Gesetze ungesetzlich, gewaltsam zu ändern, worauf es unbedingt ankommt. So viel hierüber. — Gegen den vom Herrn Präsidenten mir unbegreiflicher Weise gemachten Vorwurf, ich sei zu ausführlich in meiner Vertheidigung, protestire ich mit aller Entschiedenheit. Es sind stundenlang, ja tagelang seitens der Anklage Aktenstücke, die gar nicht zur Anklage gehören, hier vorgelesen worden, in keiner anderen ersichtlichen Absicht, als die Geschwornen zu ermüden und gegen uns einzunehmen. Und da will man uns, denen im Verurtheilungsfall mehrjährige Festungshaft bevorsteht, nicht einmal gestatten, über einen der Hauptpunkte der Anklage (auf die Uhr sehend) eine halbe Stunde — nur wenige Minuten länger habe ich gesprochen*) — zu reden; also einen sehr kurzen Zeitraum im Vergleich mit dem von der Anklage in Anspruch genommenen, so kurz, daß es mir beim raschesten Sprechen nicht möglich gewesen ist, mehr als skizzenhaft die einzelnen hervorspringenden Punkte zu behandeln. Ich verwahre mich energisch gegen diesen Versuch, die Vertheidigungsfreiheit mir zu verkümmern; im Nothfalle werde ich vom Gerichtshof Schutz gegen den Präsidenten fordern und es aufs Aeußerste ankommen lassen. Der Herr Präsident sprach weiter von der „Intelligenz", die auf der Geschwornenbank vorhanden sei, gerade als ob ich durch meine Ausführungen einen beleidigenden Zweifel an dieser

*) Genau 39 Minuten.

Intelligenz bekundet hätte. Einen derartigen Zweifel zu äußern, ist mir nicht eingefallen und hatte ich sicherlich keinen Grund dazu. Wenn in der bloßen Thatsache, daß ich vor den Geschwornen meine Grundsätze entwickelt, eine Beleidigung läge, würde ich meine Parteigenossen schon oft beleidigt haben.

Endlich meinte der Herr Präsident, das soziale Element sei aus den Prozeßverhandlungen auszuscheiden und dieselben ausschließlich auf das politische Gebiet zu beschränken. Es ist richtig: die Anklage tritt als eine politische auf, aber das Soziale läßt sich nicht von dem Politischen trennen, am wenigsten in einem Prozeß, wie dem gegenwärtigen, wo Sozialisten auf der Bank der Angeklagten sitzen. Die Anklage hat dies auch begriffen, und ihr Beweismaterial war und ist deshalb vorwiegend sozialer Natur. Ist eine Ausscheidung des sozialen Elements nun schon überhaupt unmöglich, so könnten wir sie uns auch unter keinen Umständen gefallen lassen, weil unsere Interessen sehr wesentlich dadurch geschädigt würden. Die Herren Geschwornen, von deren Unparteilichkeit ich überzeugt bin, haben zwar der juristischen Fiktion nach Alles von ihrem Geist zu entfernen, was nicht direkt zur Begründung oder Widerlegung der Anklage dient, also in diesem Falle auch alles auf unsere sozialistischen Bestrebungen Bezügliche, allein das zu thun ist einfach menschenunmöglich. Von den Politikern Bebel und Liebknecht können Sie beim besten Willen die Sozialisten Bebel und Liebknecht nicht trennen, und wenn Sie uns in unserer Eigenschaft als Sozialisten für wüste Gegner der Zivilisation, für Zerstörer aller gesellschaftlichen Ordnung, für Banditen und Plünderer halten, kurz, das glauben, was die feindliche, d. h. fast die ganze Presse, über uns gelogen hat und lügt, so werden und müssen Sie uns verurtheilen, ob die Anklage auf Hochverrath juristisch begründet ist oder nicht. Dem Einfluß der Presse entzieht sich Niemand, und die meisten der Herren Geschwornen haben unzweifelhaft hier die erste Gelegenheit, die Frage von der anderen, von unserer Seite kennen zu lernen. Erklären die Herren Geschwornen selbst, sie seien genügend informirt und wünschten, daß das sozialistische Gebiet vermieden werde, dann würde ich vielleicht, falls die Anklage das Gleiche thäte, auf fernere Berührung der sozialen Frage verzichten. Wo nicht, nicht. Auf den Wunsch des Herrn Präsidenten kann

ich das Interesse der Vertheidigung nicht opfern, das Recht der Vertheidigung nicht preisgeben.

Präsident: Sie scheinen (!) anzunehmen, Herr Liebknecht, daß ich Ihnen das Recht der Vertheidigung beschränken will. Eine derartige Beschränkung ist aber nicht vorgekommen; ich habe Ihnen das Wort noch nicht abgeschnitten.

Liebknecht: Versucht haben Sie es soeben und neulich (Dienstag) in Aussicht gestellt. Und meinem Mitangeklagten Bebel haben Sie das Wort wirklich abgeschnitten, indem Sie ihm vorgestern verboten, das Wort „Revolution" zu definiren, auf dessen Definition in diesem Prozesse so viel ankommt.

Präsident: Das hat auf den vorliegenden Fall keinen Bezug; ich frage Sie nochmals: habe ich Sie in der Vertheidigung beeinträchtigt?

Liebknecht: Nicht wirklich beeinträchtigt, blos es versucht.

Präsident: Ich habe zu verantworten, was ich gesagt habe; ich akzeptire Ihre Erklärung, daß ich Ihnen die Vertheidigung nicht beschränkt habe (!). Ihre Bemerkungen waren somit (!) auch überflüssig, und ich werde das Recht der freien Meinungsäußerung auch mir auf meinem Platze zu wahren wissen den Angeklagten gegenüber (!!). Noch eine Bemerkung habe ich zu machen. Die beiden Herren Hauptangeklagten haben wiederholt mit Genugthuung (! hervorgehoben, daß eine Menge von Zeitungsartikeln und sonstigen Schriftstücken, die in dem Prozeß als Beweismittel figuriren, Jahre lang vor dem Prozeß unbeanstandet öffentlich verbreitet wurden. Dies beweist aber nur, daß die Preßpolizei in Sachsen sehr milde gehandhabt wird (!!!). Im Uebrigen kann es nicht Wunder nehmen, daß, als sich die Staatsanwaltschaft einmal zur Erhebung der sehr umfänglichen Anklage entschloß, sie bereits längere Zeit vorher erschienene Schriften in den Bereich der Untersuchung zog. Das ist ganz in der Ordnung (!). Doch (hastig) ich will keine Diskussion hervorrufen.

Freitag I.: Ich ersuche meinen Klienten Liebknecht, über die Grund- und Bodenfrage nur dann zu sprechen, wenn die Staatsanwaltschaft darauf eingehen sollte, und dann auch blos bei der allgemeinen Vertheidigung. (Liebknecht nickt bejahend.) Gegen jede Beschränkung der Vertheidigung muß ich mich aber auf das Energischste verwahren, und ich schließe

mich Allem an, was mein Klient in dieser Hinsicht gesagt hat. Derselbe hat in seiner Rede das Maß nach keiner Seite hin überschritten, und gegenüber dem umfänglichen Beweismaterial, das die Anklage ins Feld führt, muß es den Angeklagten erlaubt sein, sich so ausführlich zu vertheidigen, als ihnen nöthig scheint; und bei der Natur dieses Prozesses kann es ihnen auch nicht verwehrt werden, auf wirthschaftliche Fragen einzugehen, die ja im Anklagematerial eine bedeutende Rolle spielen.

Präsident: Das Recht der Vertheidigung ist von mir nicht abgeschnitten worden.

Freitag L.: Daß Sie es meinem Klienten nicht abgeschnitten, wird von meiner Seite anerkannt.

Der Präsident schließt hierauf (3 Uhr Nachmittags) die Sitzung, nachdem er noch bemerkt, daß er am nächsten Vormittag gleich bei Beginn der Sitzung Bebel das Wort über die zuletzt verlesenen Aktenstücke ertheilen werde.

Fünfter Verhandlungstag.

(Freitag, den 15. März.)

Beginn der Sitzung um 9 Uhr.

Präsident: Die anwesenden Zeugen haben mir den dringenden Wunsch ausgesprochen, heute abgehört zu werden, namentlich die Plauen'schen Zeugen, die in Beruf und Familie dringend zu Hause nöthig sind. Das wird indessen nur einen Erfolg haben, wenn die königliche Staatsanwaltschaft und die Vertheidigung in deren sofortige Entlassung nach der Abhörung willigen.

Staatsanwalt: Ich trage kein Bedenken, diese Einwilligung zu ertheilen.

Vertheidiger: Ich muß bitten, blos die Plauen'schen Zeugen und den Stadtverordneten Albert aus Glauchau auf heute vorzuladen, die Braunschweiger Zeugen dagegen nicht. — Dr. Hirsch ist außerdem heute beurlaubt —; und ebenso wenig kann ich in die Entlassung der beiden Polizeikommissare Weller und Kueschke eher willigen, als bis ich weiß, über was sie eigentlich abgehört werden und über was sie aussagen sollen.

Präsident: Ich werde demgemäß sofort die Zeugen vorladen, über deren nachherige Entlassung Staatsanwalt und Vertheidiger einverstanden sind, und sie vernehmen, sobald die Herren Bebel und Hepner über den Baseler Kongreß und die Internationale sich ausgesprochen haben werden. Herr Bebel, Sie haben das Wort.

Bebel: Ueber den Baseler Kongreß habe ich nichts zu sagen, ich bin nicht dort gewesen, und es ist ja bereits zur Genüge erklärt worden, daß wir den Beschlüssen des Kongresses nur eine theoretische Bedeutung beilegten. Ueberdies hat der Herr Präsident bereits erklärt, daß die Anklage sich auf die Baseler Beschlüsse gar nicht richtet. Ich will daher nur über die Internationale reden. Mich wundert es sehr, daß die Eichhoff'sche Broschüre als Anklagematerial gegen uns benutzt wird. Ich würde dieselbe, wenn sie nicht in der Anklage figurirte, als Entlastungsmaterial angezogen haben. Ich habe in alldem, was gestern daraus vorgelesen wurde, auch nicht eine Zeile finden können, durch welche die Anklage auf Hochverrath irgendwie logisch begründet werden könnte. Der Herr Präsident betonte den letzten Satz der Inauguraldresse, und dabei ist es ihm wiederholt passirt, das Wort „Kampf" als gleichbedeutend mit Revolution aufzufassen und an einen Kampf mit Sensen und ähnlichen Werkzeugen zu denken. Aber man vergleiche nur die unmittelbar vorhergehende Stelle, welche lautet:

„Wenn die Emanzipation der arbeitenden Klassen deren gegenseitigen brüderlichen Beistand erfordert, wie können sie diese große Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurtheile in Bewegung setzt und in Raubzügen das Blut und den Schatz des Volkes vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heldenmüthige Widerstand der arbeitenden Klassen von England war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals und Kopf in einen infamen Kreuzzug für die Verewigung und Fortpflanzung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des atlantischen Ozeans zu stürzen. Der schamlose Beifall, die nur scheinbare Sympathie oder der beschränkte Gleichmuth, mit welchem die oberen Klassen Europas die Bergfestung des Kaukasus Rußland zur Beute fallen und das heldenmüthige Polen durch Rußland haben vernichten sehen, die unwiderstandenen Uebergriffe dieser barbarischen Macht, deren Haupt in St. Petersburg, deren Hände in allen Kabinetten Europas sitzen, haben den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, sich selbst der Mysterien

der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nöthigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten, und, wenn außer Stande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamiren, welche ebensowohl die Beziehungen Einzelner regeln, als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten."

An diese Sätze sich anschließend, folgt nun die als verfänglich betrachtete Stelle:

„Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Theil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Im Zusammenhang mit den vorhergehenden Sätzen aufgefaßt, kann unter dem Wort „Kampf" im letzten Satze doch nur ein Kampf mit geistigen Waffen, in welchem man die Masse durch Propaganda zu gewinnen sucht, ein Kampf, der durch kein Gesetz der Welt verboten ist, verstanden werden. Und ebenso unzweideutig wie hier ist das Wort „Kampf" überall gebraucht, wo es in den offiziellen und allein bindenden Aktenstücken der Internationalen Arbeiter-Assoziation und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorkommt. Ueberhaupt muß ich darauf, daß die Eichhoff'sche Broschüre öffentlich verkauft worden und ihr Inhalt lange, ehe Jemand an diesen Prozeß gedacht hat, zur allgemeinen Kenntniß gelangt ist, Bezug nehmen.

Liebknecht hat bereits gestern den öffentlichen Charakter der Internationalen hervorgehoben, und ich kann allerdings nur bestätigen, daß alle Beschlüsse und Sitzungsberichte des Generalraths stets ohne Scheu in Londoner Zeitungen veröffentlicht, in letzter Zeit auch von deutschen Blättern regelmäßig wiedergegeben worden sind.

Liebknecht hat auch auf den Aufruf des Generalraths in Nr. 38 des „Volksstaat" hingewiesen, welcher gegen die geheimen Verbindungen sich ausspricht. Ich betone, daß dieser Aufruf in öffentlichen Blättern stand, daß er von sämmtlichen Generalrathsmitgliedern unterzeichnet und also ein offizielles Schriftstück der Internationalen im eminentesten Sinne ist. — Man hat es ferner als belastend angeführt, daß die Internationale die Absicht habe, auf die Thätigkeit der sich ihr anschließenden Arbeiter-Organisationen bestimmend

einzuwirken. Ich finde aber in der ganzen Broschüre nicht ein einziges Wort davon. Der Punkt 5 der Statuten spricht im Gegentheil nur von internationaler Vermittlung, von einer Kooperation der verschiedenen Gruppen. Der Punkt 6 beweist durch die Worte: „Keiner unabhängigen Lokalgesellschaft soll es verwehrt sein, direkt mit dem Generalrath zu korrespondiren", doch sicherlich Dies, daß kein Mensch zur Korrespondenz mit dem Generalrath gezwungen ist, und daß derselbe nichts weniger als diktatorische Befugnisse hat, wobei noch besonders zu beachten ist, daß dem Generalrath kein Zwangsmittel zu Gebote steht, den Anschauungen der Mitglieder widerstrebende Beschlüsse durchzusetzen. Der Punkt 11 endlich sagt, daß die Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen anschließen, ihre besondere Organisation unangetastet beibehalten. Es ist also klar bewiesen, daß den einzelnen Gruppen die vollste Selbständigkeit gewahrt ist. Zu alledem kommt noch hinzu, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei mit diesen Punkten überhaupt nichts zu thun haben kann, denn sie bildete nie in offizieller Weise einen integrirenden Bestandtheil der Internationalen.

Ueber die politische Thätigkeit des Generalrathes hat sich Liebknecht bereits genügend ausgelassen, mir bleibt daher nur wenig zu sagen übrig. Am Schluß der Eichhoff'schen Broschüre ist noch von den in Deutschland existirenden Gruppen gesagt, daß sie „trotz ihrer Sympathie aus Mangel an gesetzlicher Autorisation" offiziell nicht beitreten können. Kann man sich die Absicht, nur gesetzmäßig vorgehen zu wollen, deutlicher ausgedrückt denken als hierdurch? Und kann der absolute Mangel jeder Scheu vor der Oeffentlichkeit wiederum deutlicher ausgedrückt werden, als durch die Mittheilung der Adressen von J. Ph. Becker und Marx, der Sekretäre für die deutsche Sektion? Wahrhaftig, das sind kurioſe „Hochverräther", die so offen, am hellen lichten Tag vorgehen! Wenn man, um nochmals darauf zurückzukommen, das Wort „Kampf" so sehr betont, so müßte die Anklage in fast jeder Nummer des „Volksstaat" etwas Verfängliches finden. Da stehen z. B. in der Nr. 1 vom Jahre 1870 folgende zwei Zeilen: „Aus Kämpfen in Kämpfe, auf der ganzen Linie steht die Partei im Feuer", — und wovon ist die Rede? Von der propagandistischen Thätigkeit unserer Partei und den gegen uns inszenirten Verfolgungen. Jene zwei

Zeilen befinden sich nämlich in der Neujahrs-Ansprache der Redaktion an die Parteigenossen.

Der Ausschuß-Aufruf vom 28. August 1869 mit dem angeblich verfänglichen Satz von der „Kunst", die Organisation vor dem Polizeiargwohn sicher zu stellen, ist ganz harmlos; er enthält nur vollkommen gesetzliche Verhaltungsmaßregeln für die Parteigenossen. In diesen Regeln wird den Parteigenossen erläutert, wie sie die verschiedenen Organisationen auseinanderhalten müssen; und dann hinterdrein wird gesagt: „Wenn Ihr das thut, so kann kein Gesetz der Welt von Euch verletzt werden. Es ist eine Kunst — aber wenn Ihr sie übt, so seid Ihr sicher, der Polizei nicht in die Hände zu fallen." Es ist also in dem Ausschuß-Aufruf die offizielle Verbindung unserer Partei mit der Internationalen für ungesetzlich erklärt worden, und sie hat thatsächlich auch nicht bestanden.

Aber vorausgesetzt: sie hätte bestanden, — wäre das ein Vergehen, auf das sich eine Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrath" begründen ließe? Gewiß nicht. Man könnte uns dann höchstens wegen Verletzung der bestehenden Vereinsgesetze von Polizeiwegen zur Verantwortung ziehen, aber vor keinen Gerichtshof wie diesen stellen.

Wenn wir schließlich bei Arbeitseinstellungen nach den Grundsätzen der Internationalen verfuhren und Aufrufe auch zur Unterstützung fremdländischer Streiks erließen, so war das unser einfaches Recht, das durch kein bestehendes Gesetz uns verboten ist. Soll der Arbeiterklasse ein Recht verkümmert werden, das ihre Gegnerin, die Kapitalistenklasse, tagtäglich ausübt? Der Kapitalist fragt nicht, ob die Arbeiter, die er ausbeutet, deutsch oder schwedisch, englisch oder französisch sprechen, weiße oder schwarze oder gelbe Hautfarbe besitzen. Gegen diese „internationale" Ausbeutung der Arbeiter giebt es nur ein Mittel: die internationale Verbrüderung der Ausgebeuteten.

Präsident: Herr Hepner, wie äußern Sie sich?

Hepner: Da es mir trotz allem Nachdenken bis jetzt noch nicht gelungen ist, herauszufinden, inwiefern ich durch die vorgelesenen Schriftstücke belastet sein soll, so ziehe ich es vor, in dem Zustand des Schweigens, zu dem ich durch die Inhaltlosigkeit der Anklage gegen mich verurtheilt bin, zu verharren.

Präsident: Ich möchte nun die Herren Angeklagten veranlassen, sich über den Beschluß des Lausanner Kongresses der Internationalen, wonach dieser der Genfer Friedensliga seine Sympathien mit den Worten kundgab, daß auch er „einen allgemeinen und freien Bund der Völker" erstrebe, dahin zu äußern, ob sie unter diesem „Bunde" eine sich über Europa, vielleicht auch noch über andere Erdtheile erstreckende Föderativrepublik verstanden haben?

Liebknecht: Ich habe bereits erklärt, daß ich mir das Heil der Menschheit nur in der sozialen Republik denken kann, und ich verstehe den „allgemeinen und freien Bund der Völker" in dem von Ihnen dargelegten Sinne. Aber diese meine Auffassung ist für die Partei nicht maßgebend. — Im Uebrigen möchte ich, Herr Präsident, da ich gerade das Wort habe und ich den Rath meines Vertheidigers bezüglich der auf dem Baseler Kongreß behandelten Grundeigenthumsfrage — auf die Besprechung derselben vorläufig zu verzichten — befolgen will, im Interesse der Wahrheit nochmals, und zwar formell, erklären, daß ich die den Baseler Kongreß behandelnde Broschüre keineswegs als eine offizielle und authentische Wiedergabe jener Verhandlungen ansehen kann, da sie von den Verhandlungen jenes Kongresses durchaus kein getreues Bild giebt; und ich muß also dagegen protestiren, daß diese Broschüre als gerichtliches Beweisstück betrachtet wird. Ferner möchte ich noch eine kurze Erklärung zu der wie folgt lautenden Stelle in einem meiner auf den Baseler Grundeigenthumsbeschluß bezüglichen Briefe, der am Mittwoch verlesen worden ist, geben, — zu der Stelle: „Man kann eine Revolution ohne die Bauern machen, aber es kann sich keine Revolution ohne die Bauern halten." Es ist dies im Zusammenhang mit der Polemik aufzufassen, in die wir zur Zeit, als der Brief geschrieben wurde, verwickelt waren. Gegenüber einer Aeußerung des Herrn v. Schweitzer, der als preußischer Regierungssozialist und Agent provocateur die Arbeiter, d. h. das Industrieproletariat, zur tollsten Selbstüberschätzung zu verleiten suchte, habe ich sagen wollen, wie es einfach Wahnsinn wäre, unsere Sache allein auf das Industrie-Proletariat stützen zu wollen, da dieses doch viel zu wenig zahlreich ist.

Herr Präsident! Ich bitte ferner, da ich einmal einen meiner Briefe erwähnen mußte, mir zu gestatten, eine mich

betreffende, in dem Referat der hiesigen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gemachte Insinuation zurückzuweisen. Es ist dort nach Mittheilung des eben gedachten Briefes gesagt: „In diesem Briefe wie dem folgenden sind alle irgendwie mehrdeutigen Stellen, ja auch das gewöhnliche, irgend mehrdeutige Geplauder unterstrichen, oder es sind unverständliche Sätze dazwischengeschoben, sodaß die Annahme einer Chiffreschrift nicht fern liegt.“

Ich konstatire dieser Verdächtigung gegenüber, daß weder hier im Gerichtssaal noch in der Voruntersuchung eine solche Vermuthung von irgend welcher Seite ausgesprochen oder auch nur angedeutet worden ist, und ich bitte den Herrn Präsidenten, mir dies eventuell aus den Akten zu bestätigen.

Präsident: Ich kann mich nicht veranlaßt fühlen, auf diesen Umstand einzugehen. Wenn wir jeden Zeitungsbericht wegen einer angeblichen Ungenauigkeit zum Gegenstand der Verhandlung machen wollten, so würde Das wohl zu weit führen.*)

---

*) Herr Hans Blum, der Verfasser der von Liebknecht gerügten Notiz, versuchte es, bei Erwähnung der oben geschilderten Episode, sich in nachfolgender Weise vom Pranger loszureißen:

„Liebknecht beschwert sich hierauf gegen unsern vorgestrigen Bericht, in welchem die Vermuthung einer Chiffreschrift in dem brieflichen Verkehr der Angeklagten in Braunschweig (Nein! nicht von den „Angeklagten in Braunschweig“ haben Sie gesprochen, Herr Blum, sondern von Liebknecht's Brief an Bracke d. d. 17. Nov. 1869, wie Sie sich in Ihrem Bericht der „Deutschen Allg. Ztg.“ vom 15. März überzeugen können!) ausgesprochen war, und verlangt vom Präsidenten, daß er konstatire, daß diese Vermuthung nicht bestehe. Wir dürfen wohl einfach auf unsern Bericht Bezug nehmen, um die Liebknecht'sche Insinuation in ihr Nichts (!!) zurückzuweisen, als ob wir bei jener Stelle nur mit dem Schatten eines Wortes behauptet hätten, daß diese Vermuthung einer Chiffreschrift eine Vermuthung der öffentlichen Anklage sei, oder daß wir versucht hätten, sie den Geschwornen zu imputiren.“

Anstatt nun wenigstens formell seine vorgestrige Vermuthung zu rektifiziren, greift Herr Blum in seiner Verzweiflungswuth zu einer neuen Lüge, indem er Liebknecht insinuirt, derselbe hätte vor Gericht gesagt, die Blum'sche Chiffrirvermuthung sei in der „Deutschen Allg. Ztg.“ als die „Vermuthung der öffentlichen Anklage“ hingestellt worden. „Studiosus der unveräußerlichen Menschenrechte!“

Herr Bebel, verstehen auch Sie unter dem „allgemeinen und freien Bunde der Völker“ die Föderativrepublik?

Bebel: Die Internationale Friedens- und Freiheitsliga hat dies ihrerseits offiziell erklärt, und obgleich die sozialdemokratische Arbeiterpartei als solche keine Veranlassung gehabt hat, sich darüber auszusprechen, so habe ich doch für meine Person nur zu wiederholen, daß ich die Republik für die einzig vernünftige Staatsform halte und mir folglich den „Bund der Völker“ als Föderativrepublik denke.

Geschworner Börner: Herr Bebel, wird diejenige Auffassung des Wortes „Kampf“, welche Sie uns angaben, auch von allen Ihren Parteigenossen getheilt?

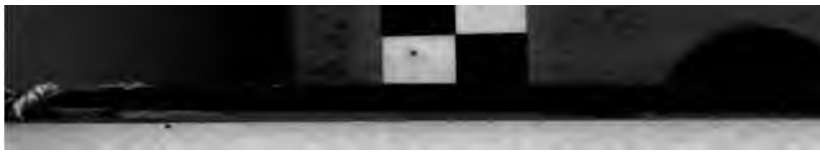
Bebel: Ja. Das läßt sich aus zahllosen Korrespondenzen des „Volksstaat“ beweisen, in denen — insbesondere, wo die Rede von Streiks ist — das Wort „Kampf“ sehr häufig gebraucht wird.

Präsident: Wir können uns nunmehr zur Vernehmung derjenigen Zeugen wenden, welche sich über die Versammlungen äußern sollen, die am 27. und 28. April 1870 in Plauen stattfanden, und in welchen Herr Bebel und Herr Dr. Max Hirsch als Redner auftraten. — Herr Bebel, geben Sie dieses Letztere zu?

Bebel: Ja. Ich habe auf briefliche Einladung hin in der am 27. April 1870 zu Plauen abgehaltenen Versammlung, in welcher Herr Weber Höra den Vorsitz führte, den dortigen Arbeitern das Programm meiner dort noch nicht vertreten gewesenen Partei vorgetragen, was eine längere Ausführung erheischte, da unser Programm von dem des Dr. Max Hirsch, das bis dahin dort maßgebend gewesen war, von Grund aus verschieden ist. An diesen Vortrag hat sich zwischen mir und dem anwesenden Dr. Hirsch, dem damaligen Reichstagsabgeordneten jenes Bezirks, welcher von seinen Freunden telegraphisch eingeladen worden war, um mir entgegenzutreten, eine Debatte angeschlossen, welche dazu führte, daß für den andern Tag eine gleiche Versammlung, in welcher Dr. Hirsch sein Programm entwickeln sollte, festgehalten und auch demgemäß abgehalten worden ist.

Präsident: Sie sollen dort über Kommunismus und die Beseitigung aller Fürsten gesprochen haben.

Bebel: Ueber Kommunismus habe ich gar nicht gesprochen. Wenn Sie erlauben, will ich den Inhalt meiner Rede im Zusammenhang wiedergeben.



Präsident nickt zustimmend.

Bebel: Die Rede, die ich an jenem Tage in Plauen hielt, ist mir noch ziemlich genau im Gedächtniß; der Gedankengang, den ich in derselben entwickelte, war für mich kein neuer, da ich über das dort vorliegende Thema schon öfter Vorträge in Versammlungen gehalten. Es ist daher das Beste, daß ich, um dem hohen Gerichtshof ein klares Bild von meinem Vortrag zu geben, und um die hier als gravirend angesehenen Stellen in ihrem wahren Zusammenhang zu veranschaulichen, die Hauptpunkte meines Vortrages hervorhebe. So viel mir bekannt, hatte bis zu jener Zeit noch kein Redner von sozialdemokratischer Seite unsere Prinzipien in Plauen öffentlich vertreten, es war daher nothwendig, daß ich einen ziemlich eingehenden Vortrag hielt, um meinen anwesenden Gegnern von vornherein den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Ich begann meinen Vortrag mit der Erklärung, daß ich nach Plauen gekommen sei, um den Versammelten ein möglichst klares Bild von den Bestrebungen der Sozialdemokratie zu geben. Bis jetzt seien daselbst diese Bestrebungen auf das Aergste verketzert worden. Viele seien dadurch, daß sie ein grundfalsches Bild von ihnen hätten, entschiedene Gegner der Sozialdemokratie geworden, indem sie das, was wir wollen, als unvernünftig, undurchführbar und kulturfeindlich ansehen. Unsere Gegner seien aber vor der Hand noch die Mächtigeren, sie beherrschten die Erziehung und Bildung des Volkes, und machten mit Hilfe ihrer zahlreichen Preßorgane die „öffentliche Meinung". Kein Wunder daher, wenn auch die Arbeiter noch zu einem nicht unerheblichen Theil gegen ihr eigenes Interesse sich in Gegensatz zu den Bestrebungen der Sozialdemokratie stellten und sich von Anschauungen leiten ließen, die nie und nimmer zu einer gründlichen Besserung ihrer gesellschaftlichen Stellung führen könnten. Ich sei mir bewußt, daß auch die Arbeiter Plauens bis heute im Gegensatz zu unsern Anschauungen stünden, hoffte aber, daß sie nach Schluß meines Vortrages anders und besser über uns denken und als Mitkämpfer in unsere Reihen treten würden. Mit der bekannten Redensart: „Arme und Reiche hat es gegeben, und wird es geben, so lange die Welt steht", suchten die Gegner unsere Bestrebungen zur Herstellung der Gleichheit unter den Menschen lächerlich zu machen. Wahr sei, daß die Ungleichheit des materiellen Be-

sitzes unter den Menschen von dem Augenblick an, wo diese überhaupt anfingen, sich einer gewissen Kultur zu erfreuen, eingetreten sei, aber die Formen dieser Ungleichheit seien denn doch in der Entwicklung der Menschheit nicht dieselben geblieben, sondern sie wechselten mit der stets fortschreitenden Kultur und Zivilisation, indem diese andere, den neuen Anschauungen besser entsprechende, gleichwohl aber auf Ausbeutung beruhende Einrichtungen an Stelle der früheren, überlebten zu setzen suchte. Wie man in der Naturgeschichte, z. B. in der Entwicklung der Erde, verschiedene Formationen nachweisen könne, von denen die eine die andere verdränge, so sei es auch in der Geschichte der Menschheit der Fall.

Die alten Staaten, wie Griechenland und Rom, hatten als die Basis ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen die Sklaverei. Diese, wesentlich durch das Christenthum beseitigt, machte den Einrichtungen des Feudalstaats, der auf der Leibeigenschaft und Hörigkeit beruhte, Platz, und indem auch dieser allmählich zu Grunde ging, entwickelte sich aus ihm heraus die moderne bürgerliche Gesellschaft — und, als nothwendige Folge, der moderne konstitutionelle Staat. Es liege darnach auf der Hand, daß eine Arbeiterfrage im heutigen Sinn und eine Arbeiterbewegung wie die gegenwärtige zu keiner früheren Zeit vorhanden sein konnte, weil eben die Hauptbedingung dazu fehlte: die Arbeiter nach dem heutigen Begriff, die wiederum nur das Erzeugniß der heutigen Produktionsweise seien. Es genüge vollkommen, um uns über den Unterschied von früher und jetzt klar zu werden, wenn wir einen Blick auf das Mittelalter würfen, jene Zeit, da die bürgerliche Welt noch in den Windeln lag, der Ackerbau fast die einzige nutzbringende Beschäftigung gewesen und Diejenigen, welche in der Lage waren, den Grund und Boden als Eigenthum zu besitzen und ihn ausbeuten zu können — Fürstenthum, Adel, Geistlichkeit —, auch die „Herren der Welt" waren. In jener Zeit sei das Gewerbe, das späterhin die eigentliche bürgerliche Gesellschaft erzeugte, erst vereinzelt zum Vorschein gekommen, die Gewerbtreibenden selbst aber theilten so gut wie die Ackerbürger das Loos der Leibeigenschaft und Hörigkeit unter adliger und geistlicher Knute. Die Bildung der Städte haben diese Abhängigkeit mehr und mehr gelockert; der Gewerbestand wurde selbständig

und konnte auf eigene Rechnung und Gefahr produziren. Die Produktion sei aber eine engbegrenzte gewesen, da Massenabsatz für die Produkte bei dem unentwickelten Verkehr nicht vorhanden war. Das tägliche Bedürfniß, das sich leicht übersehen ließ, bildete den Regulator der Produktion und brachte es mit sich, daß die ganzen gewerblichen Verhältnisse kleine und enge waren. Zwar beschäftigen die sogenannten Meister auch Gehilfen, aber die Zahl derselben war sehr beschränkt, und es war ihnen auch in den meisten Fällen die Möglichkeit geboten, innerhalb einer gewissen Zeit mit geringen Mitteln das Gewerbe selbständig zu betreiben und so Kleinunternehmer zu werden. Es lag auf der Hand, daß unter solchen Verhältnissen eine Arbeiterbewegung nicht vorhanden sein konnte. Aber das mittelalterliche Kleinbürgerthum entwickelte sich nach und nach zum Großbürgerthum, zur Bourgeoisie. Handel und Verkehr wuchsen, vorher ungekannte Absatzquellen eröffneten sich und zwangen, der gesteigerten Nachfrage nach Produktion durch eine verbesserte Produktionsweise gerecht zu werden. Es entstand die Manufaktur: große Werkstätten, wo zwar noch in der alten handwerksmäßigen Weise, aber unter Zuhilfenahme weit ausgedehnter Arbeitstheilung größere Mengen produzirt wurden. Der stetig sich mehrende Verbrauch der Produkte zwang zu weiterer Vervollkommnung; so wurden die Maschinen erfunden, welche den Hauptfaktor in der gegenwärtigen Produktionsperiode bilden und jeden Unternehmer zwingen, sich ihrer in möglichst ausgedehntem Maßstabe zu bedienen, wenn er sich konkurrenzfähig erhalten will. Mit der maschinenmäßigen Großproduktion erhielt das mittelalterliche Kleingewerbe den Todesstoß. Eine gewerbliche Branche nach der andern wird von ihr revolutionirt, die Menge der Kleinmeister dezimirt und an ihrer Stelle steigen die Unternehmer als Bourgeois empor, den Arbeiter zum Lohnsklaven herabdrückend.

Bei der heutigen Produktion sei das Haupterforderniß Kapital — und zwar ein um so größeres Kapital, je mehr die betreffende Branche bereits von der Großproduktion ergriffen ist. Das Kapital könne aber weder der Kleinmeister, noch weniger der Arbeiter sich beschaffen, da es selbst wieder nur das Produkt der Arbeit sei und zwar aus nicht bezahlter Arbeit der Lohnarbeiter bestehe.

Nach dieſer geſchichtlichen Einleitung erläuterte ich nun die Kapitalbildung und die Geſetze, unter denen der Arbeiter bei den heutigen Produktionsverhältniſſen ſeine Arbeitskraft anbringen könne. Dieſe Zuſtände machten es zur Nothwendigkeit, daß die große Maſſe zum Beſten einer begünſtigten Minorität ſich abrackere und ein freudloſes Daſein führe. Dieſem Zuſtand müſſe abgeholfen werden. Die Anweſenden, ſoweit ſie ſich an der Bewegung überhaupt betheiligt, gehörten zumeiſt einer Partei an, welche behauptet, die heutigen Verhältniſſe ſeien im Großen und Ganzen gut, das beſtehende Produktionsſyſtem müſſe beibehalten, d. h. die Lohnarbeit verewigt werden. Man könne und dürfe nur mit Hilfe von allerlei kleinen Hilfsmitteln dieſelbe zu verbeſſern ſuchen.

Dieſe Hilfsmittel, wie ſie die herrſchende ökonomiſche Schule empfiehlt, unterzog ich nun einer ſtrengen Kritik, nachweiſend, wie ſie nicht gründlich helfen könnten. Das „Sparen", welches die Grundlage aller dieſer Hilfsmittel bilde, ſei, falls der Arbeiter halbwegs menſchenwürdig leben wolle, wenn überhaupt möglich, ſicher ein höchſt unzureichendes Mittel. Das einzige Mittel für gründliche Beſſerſtellung der Arbeiterklaſſe und Herbeiführung eines geſunden geſellſchaftlichen Zuſtandes überhaupt ſei die möglichſte Ausdehnung und Ausbeutung der durch die Wiſſenſchaft und die Erfahrung geſchaffenen Arbeitsmethode ſeitens organiſirter Aſſoziationen, und zwar von Aſſoziationen im großartigſten Maßſtabe. Die „Selbſthilfe", die man fälſchlich von anderer Seite den Arbeitern predige, wobei ſie auf Almoſen und den guten Willen der Beſitzenden angewieſen ſeien, wollten wir in Wirklichkeit, indem die Geſammtheit durch zweckentſprechende Organiſation ſich verbinde und ſich gegenſeitig helfe. Die Geſammtheit aber ſei der Staat. Der gegenwärtige Staat entſpreche freilich keineswegs unſerm Ideal, deshalb müſſe er umgeſtaltet werden. Bisher ſei der Staat nur das bequeme Ausbeutungswerkzeug in den Händen der herrſchenden Klaſſen geweſen, welche durch ihn die Maſſen niederhielten, — alſo nur eine Domäne der herrſchenden Klaſſen. Das müſſe aufhören. Wie im Alterthum die Patrizier, im Mittelalter der Adel und die Geiſtlichkeit, ſo herrſche in der Gegenwart die Bourgeoiſie. Alle Staatseinrichtungen ſeien demgemäß auch in deren Intereſſe geſchaffen. Ich bewies dies auch an unſern gegenwärtigen

Staatseinrichtungen und zwar auf den verschiedensten Gebieten. Zunächst an dem allgemeinen direkten und gleichen Wahlrecht, das bei uns infolge der Diätenlosigkeit der Abgeordneten nicht zur Wahrheit werden könne. Die einzelstaatlichen Wahlgesetze aber zeigten noch größere Mängel, so das sächsische dadurch, daß das aktive Wahlrecht an einen Zensus von 1 Thlr., das passive gar an einen solchen von 10 Thlr. geknüpft sei, sodaß der Geldsack, nicht die Intelligenz in der Kammer sitze (große Heiterkeit). Das preußische Dreiklassen-Wahlgesetz sei sogar nach Bismarck's eigenem Ausdruck das schlechteste, welches es giebt. — Unser ganzes Staatswesen sei eben eine Lüge; es scheine anders, als es in der Wirklichkeit sei. Die vorgeschrittene politische Bildung des Volkes zwinge die herrschenden Klassen, dem Volke wenigstens zum Schein einigen Einfluß auf die Staatsgesetzgebung einzuräumen. In Wahrheit könne es diesen indeß nicht ausüben, weil die ihm gewährten politischen Rechte nur Scheinrechte seien, ihm keine Macht verliehen. Ohne Macht aber kein Recht. Dies beginne mehr und mehr die Arbeiterklasse einzusehen; sie erwache zum Klassenbewußtsein, und ihre erste Forderung sei politische Gleichberechtigung. Sie begreife, daß hierdurch sie auch die Macht erlange, die gesellschaftliche Umgestaltung von Grund aus herbeizuführen. Andererseits fühlen die herrschenden Klassen mit Schrecken die steigende Macht der Arbeiterbewegung; sie begreifen, daß dem gemeinsamen Gegner gegenüber aller Zank und Streit über das Maß von Rechten und Freiheiten, das man sich gegenseitig einräumen wolle, verschwinden müsse. Diese Erkenntniß sei die Ursache der auffallenden Allianz zwischen Konservativen und sogenannten Liberalen. Bereitwilligst stütze und unterstütze man die Militärherrschaft, weil man in ihr den Schirm und Schutz gegen die soziale Bewegung erblicke. So sei jenseits und diesseits des Rheins der Cäsarismus entstanden, der in der Phrase volksthümlich und demokratisch, in der Wirklichkeit brutal und despotisch auftrete.

Präsident: Herr Bebel, mäßigen Sie sich! Ich würde Ihnen sonst das Wort entziehen.

Bebel: Herr Präsident, wenn ich im Laufe meiner Rede etwas lebhaft geworden bin, dann wird dies den Herren Geschwornen am besten den Eindruck wiedergeben, den ich in Plauen hervorgebracht habe.

Präsident: Man darf nicht Alles aussprechen, was man denkt.

Bebel: Das thue ich auch nicht. Ich sage sehr Vieles nicht, was ich denke. (Große Heiterkeit.)

Ich habe auch die bestehende Ungerechtigkeit an den verschiedenen Staatseinrichtungen, z. B. an der allgemeinen Wehrpflicht nachgewiesen, wo eine flagrante Ungleichheit im Unterschied der einjährigen Dienstzeit bei Reichen und der dreijährigen bei Armen bestehe; überall herrsche also der Klassenunterschied, auch in der Steuergesetzgebung, namentlich bei den indirekten Steuern, welche am meisten auf den Artikeln lasteten, die der arme Mann täglich verzehre, so daß dadurch die Bourgeoisie die Hauptlast der Staatsausgaben auf die ärmeren Klassen abwälze. So sei es auch mit der Schule, für die der Staat fast nichts ausgebe und alles den Gemeinden überlasse; das Wenige, was der Staat auf diesem Gebiet ausgebe, sei meist für die höheren Bildungsanstalten bestimmt, komme also wieder nur den höheren Ständen zu gute. So zeigte ich, daß die ökonomische Ausbeutung mit der politischen Hand in Hand gehe; die eine resultire aus der andern, beide seien auf das innigste verknüpft, beide daher auch nur miteinander zu beseitigen. Politische Macht für die Arbeiterklasse zu erkämpfen, sei demnach wesentlich. Hierbei setzte ich auseinander, daß auf einmal und mit roher Gewalt sich dies nicht durchsetzen lasse, daß durch solche Versuche im Gegentheil die Bewegung nur zurückgeschleudert würde. Die Arbeiter wüßten noch gar nicht, wo sie der Schuh drücke. Die Arbeiterklasse bekäme nie die Macht, einen auf Gerechtigkeit begründeten Gesellschaftszustand zu schaffen, wenn sie nicht die genaueste Kenntniß und Einsicht in unsere Zustände besitze. Das Volk müsse sich in seinen weitesten Schichten um die Gesetzgebung kümmern, nicht so viel am Biertische sitzen oder zu Hause hocken, sondern sich sozialpolitische Bildung erwerben. Diese könne sich der Einzelne nicht verschaffen, weil ihm Zeit und Mittel fehlten und öfters auch die Fähigkeiten. Was der Einzelne nicht könne, schaffe die Vereinigung. Im Verein, in der Gewerkschaft, durch Lesen sozialistischer Zeitungen und Schriften u. s. w., sei die politische Bildung zu erreichen. Der Kampf wider die Kapitalmacht um Arbeitszeitverkürzung, Beseitigung von allerlei Bedrückungen sei auch nur in Vereinigungen möglich. Sei der

Kampf auch schwer, so solle man doch nicht verzagen, auf die Länge habe man noch nie einer zeitgemäßen Idee widerstehen können. Möchten die herrschenden Klassen Mittel anwenden, welche sie wollten, sie würden am Ende damit nichts ausrichten. Man stütze sich so gern auf die Bajonnette und Kanonen und vergesse ganz und gar, daß schließlich die Träger derselben doch nur wieder aus dem Volke stammten. Mit dem Immerweiterumsichgreifen der sozialistischen Idee werde dieselbe auch unter dem Militär verbreitet werden, und schließlich könne es wohl dahin kommen, daß, wenn das Militär zum Schießen kommandirt werde, es ganz wo anders hinschieße, als ihm geheißen werde.

Zum Schluß forderte ich die Anwesenden zur Bildung eines sozialdemokratischen Vereins und zum Abonnement auf den „Volksstaat" auf, vertheilte auch von letzterem Blatte eine größere Anzahl Exemplare.

Präsident: Ich habe nun über eine Stunde lang Ihnen wieder das Wort gegönnt und Sie haben uns einen langen wirthschaftlichen Vortrag gehalten. Ich habe Sie aber in Ihrer langen Rede nicht stören wollen, weil es uns darum zu thun ist, daß wir erfahren, was Sie gesprochen — obwohl es meiner Ansicht nach für die Untersuchung durchaus unnöthig war, daß Sie uns eine Vorlesung über die Entwicklung der Industrie seit dem Mittelalter hielten. Ich muß nur bemerken, daß Sie im Wesentlichen Das eingestanden haben, was die Anklage in Bezug auf jene Versammlung gegen Sie behauptet.

Bebel: Ausführlich mußte ich sein, weil ich mich um der Herren Geschwornen willen, die nicht, wie die Herren Richter, Kenntniß von den Akten haben, verpflichtet glaubte, den ganzen Sinn meiner Rede wiederzugeben. Ich kann doch nicht einzelne Sätze meiner Rede willkürlich aus dem Zusammenhange reißen lassen.

Präsident: Ich gehe nun auf das Einzelne über. Es wird behauptet, daß Sie gesagt haben: „Wer ist der Staat? Wir sind der Staat. Die Regierung, die Beamten, die Gensdarmen, Alle werden nur vom Volk erhalten."

Bebel: Das habe ich in dieser Fassung nicht gesagt.

Präsident: Haben Sie gesagt: „Die stehenden Heere werden nicht zur Verwendung nach außen, sondern gegen das eigene Volk, die Arbeiter, gehalten, um wahr zu machen, daß Gewalt vor Recht geht"?

Bebel: Ja, aber in einem anderen als dem mir insinuirten Zusammenhang, nämlich in dem Sinne, daß Bismarck jenen Ausspruch: „Gewalt geht vor Recht", gethan habe.

Präsident: Haben Sie ferner gesagt: „Wenn wir aber erst eine gehörige Zahl von Brüdern in der Armee haben, denen das sozialdemokratische Gift eingeimpft ist, dann wird das Militär wo anders hinschießen, als wohin es kommandirt wird"?

Bebel: Was zunächst das Wort „sozialdemokratisches Gift" anlangt, so ist es ein unsern Gegnern ironisch entlehnter Ausdruck. Und was ich in Wirklichkeit gesagt habe, ist Folgendes: Wir müssen bestrebt sein, die sozialdemokratischen Prinzipien immer weiter und weiter im Volke zu verbreiten. Da nun das Gros des Militärs, mit Ausnahme des Offizierkorps, meist aus der Arbeiterklasse stammt, und nach Ablauf seiner Dienstzeit wieder zum arbeitenden Volke zurückkehrt, so ist es wohl möglich, daß unsere Prinzipien auch allmählig unter das Militär getragen werden, und daß dadurch mit der Zeit sich Gesinnungen unter demselben verbreiten, die es veranlassen könnten, nicht auf das Volk zu schießen, wenn es dazu kommandirt würde.

Präsident: Haben Sie weiter gesagt: „In nicht mehr ferner Zeit werden sich alle Arbeiter vereinen, und wenn wir dann nichts im Guten erreichen, werden wir Alles versuchen, — zur Gewalt greifen"?

Bebel: Nein, das habe ich nicht gesagt.

Präsident: Haben Sie gesagt: „Die sogenannte Staatsgewalt muß vernichtet werden, und die Arbeiterpartei wird sich mit Gewalt ihr Recht fordern"?

Bebel: Das Wort „sogenannte" Staatsgewalt habe ich sicherlich nicht gebraucht; es wäre doch gar zu sonderbar, wenn ich die Staatsgewalt, die ich in ihrer Realität fortwährend auf mir lasten fühle, eine „sogenannte" heißen wollte. Daß die Staatsgewalt beseitigt werden müsse, habe ich wohl gesagt, aber nicht: „mit Gewalt".

Präsident: Haben Sie gesagt: „Wenn ich das, was ich gestern gesprochen, in Preußen geäußert hätte, dann säße ich heute hinter Schloß und Riegel. In Sachsen ist das übrigens auch möglich"?

Bebel: Ich sagte das, um zu beweisen, daß die Zustände in Preußen sogar noch schlimmer und reaktionärer

sind als in Sachsen, indem ich daran erinnerte, daß Bonhorst kurz zuvor wegen ähnlicher Aeußerungen in Magdeburg eingesteckt worden war. Indem ich es sagte, war ich mir aber durchaus bewußt, etwas Ungesetzliches nicht gesagt zu haben. Daß man auch in Sachsen hinter Schloß und Riegel kommen kann, nun, das haben wir ja selber erfahren.

Präsident: Allerdings kann man auch in Sachsen hinter Schloß und Riegel kommen, aber gewiß nicht mit Unrecht. (Heiterkeit.)

Bebel: Das wird sich finden. Die ganze Stelle hatte nur den Sinn, daß ich gegen Dr. Hirsch, welcher für den Nordbund schwärmt, sagen wollte, daß es in Sachsen noch freiere Zustände gebe als in Preußen.

Es beginnt nunmehr das Zeugenverhör. Zunächst wird vorgeführt der Zeuge Obergensdarm Tröger aus Plauen. Derselbe wird vom Präsidenten auf seinen Diensteid verwiesen.

Präsident: Haben Sie jenen Versammlungen vom 27. und 28. April 1870 dienstlich beigewohnt?

Zeuge: Ja.

Präsident: Ist Ihnen in den Reden des Angeklagten Herrn Bebel etwas Besonderes oder Straffälliges aufgefallen?

Zeuge: Ja; ich werde jedoch darüber erst dann gewisse Auskunft geben können, wenn mir die einzelnen Fragen wieder vorgelesen werden, auf welche ich bereits vor dem Bezirksgericht zu Plauen geantwortet habe.

Präsident: Nun, wir wollen doch einen Versuch machen, ob Sie aus Ihrem Gedächtniß noch etwas im Zusammenhange erzählen können.

Zeuge: Herr Bebel sprach, so weit ich mich erinnere, von den Steuern, vom stehenden Heer, vom deutschen Reichstag und anderen Dingen. Er sagte unter Anderem, die Steuern würden nur aus den Taschen der arbeitenden Klassen gezogen, die besitzenden Klassen mästeten sich vom Schweiß der Arbeiter, und wenn es nur erst einmal so weit sei, daß man den Rekruten das sozialdemokratische Gift eingeimpft habe, dann würden die Soldaten wo anders hin schießen, als wohin man es ihnen befehle.

Präsident: Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen nun die einzelnen Fragen vorzulegen, welche Sie bereits in der Voruntersuchung beantwortet haben. — Sprach Herr Bebel von Theilung des Vermögens?

Zeuge: Ja.

Präsident: Hat Herr Bebel gesagt, jede Steuer sei ein Raub an dem armen Volke; bei den Steuern würden die Arbeiter gedrückt und die höheren Staatsbeamten füllten sich dabei die Taschen?

Zeuge: Auch das hat Herr Bebel gesagt, wie ich mich bestimmt erinnere.

Präsident: Herr Bebel soll gesagt haben, die Hinrichtung Ludwig's XVI. sei eine ganz besonders rühmliche That?

Zeuge: Auch das hat er gesagt.

Präsident: Sagte Herr Bebel, daß alle Fürsten beseitigt werden müßten?

Zeuge: Ja.

Präsident: Sagte Herr Bebel: „Daß man die großen Heere nur gegen uns hält, das weiß Louis Bonaparte in Paris, Bismarck und Wilhelm in Berlin und Beust in Wien"?

Zeuge: Ja.

Präsident: Herr Bebel, was sagen Sie dazu?

Bebel: Ich erkläre alle diese vier Punkte, die der Zeuge als richtig bestätigt hat, für vollkommen unwahr.

Präsident: So?

Zeuge: Darf ich bitten, daß Sie meine Aussagen, die ich damals zu Protokoll gegeben, vorlesen?

(Dies geschieht. Nach dem Protokoll Tröger's soll Bebel auch am zweiten Versammlungsabend gesagt haben, „es gebe keine Stadt auf der Erde, wo die Arbeiter nicht aufgeklärt wären über ihre Lage, und wenn erst das sozialdemokratische Gift den Rekruten eingeflößt sein werde, dann u. s. w.")

Zeuge: Ich kann diese Aussage Wort für Wort bestätigen.

Bebel: Der Herr Zeuge irrt, wenn er glaubt, daß ich die Aeußerung über das Militär — notabene: der Satz „es gebe keine Stadt u. s. w." ist mir total fremd; er ist auch zu unsinnig — in der zweiten Versammlung gethan habe; nein, in der ersten ist sie gefallen, und natürlich nicht in denselben Worten, die der Zeuge angiebt, „es müsse

dahin kommen, daß das Militär anderwohin schösse", sondern „wenn das und das geschehe, resp. nicht geschehe, könne es sehr leicht dahin kommen, daß u. s. w."

Präsident (zum Zeugen): Ist die Aeußerung über das Militär in der ersten oder in der zweiten Versammlung gefallen?

Zeuge: Ich weiß das so genau nicht mehr. Selbst das Protokoll ist lange nach der Versammlung abgefaßt. Ich bin mir aber bewußt, daß ich die Aeußerung des Herrn Bebel keinesfalls zu grell, eher milder, als sie wirklich geschehen, zu Protokoll gegeben habe.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Können Sie mir den Zusammenhang angeben, in welchem Herr Bebel diese Worte gebrauchte?

Zeuge: Die Zeit ist zu lange her, ich weiß das nicht mehr.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Der Zeuge hat auch früher den Zusammenhang nicht angegeben. Ich halte für nöthig, dies zu konstatiren und zu erklären, daß in diesem Falle doch wohl nur der Zusammenhang existirt, welchen uns der Angeklagte selbst dargelegt hat.

Präsident: Hat Herr Bebel die Aeußerung über das Militär so gethan, wie er heute sagt, oder wie Sie angeführt haben?

Zeuge: So wie ich angeführt habe.

Bebel: Ich habe auch nicht gesagt, „die Hinrichtung Ludwigs XVI. sei eine glorreiche That".

Zeuge: Das ist richtig. Aber der Eindruck (!) des betreffenden Satzes der Rede war entschieden dieser.

Bebel: Ich habe auch nicht gesagt, „der kleine Bauernstand müsse aufhören, und der Staat müsse den Grund und Boden desselben mit Gewalt nehmen."

Staatsanwalt (zum Zeugen): Erinnern Sie sich vielleicht, ob Herr Bebel das Wort „Gewalt" in einer andern Beziehung gebraucht hat, etwa in Bezug auf die von den Arbeitern angestrebten und im Guten nicht zu erreichenden Ziele?

Zeuge: Ja; in dieser Beziehung hat Herr Bebel das Wort „Gewalt" gebraucht gegenüber Herrn Dr. Hirsch, der anderer Ansicht war.

Bebel: Die letzten Worte des Herrn Zeugen rufen mir die fraglichen Aeußerungen wieder ins Gedächtniß. Dr. Hirsch

vertritt bekanntlich die Ansicht der „Harmonie" zwischen Kapital und Arbeit, während meine Partei Beides als unversöhnliche Gegensätze betrachtet. Ich bin nun der Meinung des Dr. Hirsch, daß auf dem Wege des gegenseitigen Nachgebens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine bessere Lage für Letztere herbeigeführt werden könne, entgegengetreten, und habe die heutige Gesellschaft als den „Krieg Aller gegen Alle" bezeichnet. Des Wortes „Gewalt" habe ich mich nicht bedient; wäre es in dem vom Zeugen erwähnten Sinne geschehen, so würde die Versammlung wohl ohne Weiteres aufgelöst worden sein.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Hat Herr Bebel gesagt, daß er zur Gewalt auffordere?

Zeuge: Nein, aber der Eindruck der Rede war entschieden der, als ob Herr Bebel zur Gewalt aufforderte, zur Revolution, sobald nur die Verhältnisse dazu angethan seien.

Geschworner Börner (zum Zeugen): Waren juristisch befähigte Polizeibeamte in der Versammlung.

Zeuge: Nein.

Geschworner Börner (zum Zeugen): Waren Sie in Uniform oder in Zivil in der Versammlung?

Zeuge: In Zivil.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: War denn Jemand vom Gerichtsamt in der Versammlung?

Zeuge: Ja, der Wachtmeister.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Ist der Wachtmeister während der Versammlung nicht eingeschritten?

Zeuge: Nein.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: An wen haben Sie die Anzeige über die Versammlung gemacht: an die Königl. Kreisdirektion oder an die Königl. Staatsanwaltschaft?

Zeuge: Ich habe die Anzeige nicht an die Königl. Kreisdirektion, sondern an meinen amtlichen Vorgesetzten, Herrn Gensdarmerie-Oberinspektor v. Cerrini erstattet und eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in der Annahme unterlassen, daß dieselbe bereits durch das Gerichtsamt unterrichtet sei.

Präsident: Hat sonst noch Jemand der betheiligten Herren an den Zeugen eine Frage zu richten? (Es meldet sich Niemand.) So ist Ihr Verhör beendet, Herr Ober-

gensdarm! Setzen Sie sich! Sie werden dann auf Verlangen vereidet werden. — (Zum Gerichtsdiener): Es ist nun vorzuführen

der Zeuge Professor Gessing aus Plauen,

(Der Genannte erscheint.)

Präsident (zum Zeugen): Sie haben beiden Versammlungen beigewohnt?

Zeuge: Der ersten ganz, der zweiten nur zur Hälfte.

Präsident: Von Ihnen rührt das Referat im „Voigtländischen Anzeiger" über jene Versammlungen her?

Zeuge: Ja.

Präsident: Haben Sie in dem Vortrage Bebel's etwas besonders Auffälliges bemerkt?

Zeuge: Ja, es war namentlich ein Passus, den ich auch bereits bei meiner ersten Vernehmung im Bezirksgericht zu Plauen angegeben habe. Ich muß jedoch, da die Sache schon zu lange her ist, als daß ich mich auf mein schwaches Gedächtniß beziehen könnte, auf das Protokoll, das bei jener Vernehmung abgefaßt wurde, verweisen.

Präsident: Können Sie wenigstens oberflächlich etwas angeben?

Zeuge: Eine Aeußerung ist mir fast noch wörtlich in der Erinnerung. Als Herr Bebel vom Volksstaat sprach, meinte er, schon jetzt seien ja viele Söhne des Volks im Heer und es könne wohl bald eine Zeit kommen, wo das Volksheer ganz wo andershin schießen würde, als das bis jetzt der Fall gewesen.

Präsident: In Ihrer früheren Aussage bemerkten Sie, daß Bebel sagte: „Woraus besteht das Militär? Aus dem Volk. Bald wird die Zeit kommen, wo das Herr ganz wo andershin schießt als auf das Volk."

Zeuge: Ich bleibe bei meiner früheren Aussage stehen.

Präsident: Diese Aeußerung machte auf Sie einen tiefen Eindruck?

Zeuge: Ja.

Präsident: Erkannten Sie, daß diese Aeußerung die bestehenden Gesetze verletzte? In Ihrer früheren Aussage bemerkten Sie nämlich, daß Sie sich gewundert hätten, wie nach dieser Aeußerung die Versammlung nicht sofort aufgelöst worden sei?

Zeuge: Ja, dieses Urtheil habe ich gehabt. Ich habe mich indeß beschieden, daß mein Urtheil kein juristisches sei.

Präsident: Ist Ihnen noch erinnerlich, daß Herr Bebel sagte: „Es ist eine Täuschung des Volkes, wenn ihm gesagt wird, das Militär sei der Nachbarn wegen da; das Militär wird nur gegen uns erhalten"?

Zeuge: Das ist mir nicht mehr genau erinnerlich.

Präsident: Ist Ihnen in der zweiten Versammlung etwas Besonderes aufgefallen?

Zeuge: Nein.

Präsident: Sie haben das Referat im „Voigtländischen Anzeiger" unter dem unmittelbaren Eindruck der Versammlung geschrieben?

Zeuge: Ja.

Präsident: Ich halte es für nöthig, dieses Referat vorlesen zu lassen.

(Es wird nun das Referat des Zeugen aus der betreffenden, bei den Akten befindlichen Nummer des „Voigtländischen Anzeigers" vorgelesen; danach „hat Bebel die Umänderung des Klassenstaats in einen Volksstaat im Interesse der Arbeiter für nothwendig erachtet und ausgesprochen: das sei es, was er und seine Parteigenossen bezweckten und mit allem Aufwande von Mühe und Zeit als bewegende Gedanken dem Volke einzuimpfen trachteten, damit durch die Kraft desselben die Macht der bisherigen Gewalten gebrochen werde; denn das aus dem Volke bestehende, nur zur Stütze der Throne gehaltene Militär werde dann sicher nach einem andern Ziele schießen, als nach welchem es kommandirt sei.")

Präsident: Sie würden also die in Ihrem Referat enthaltenen Angaben auch heute noch als richtig ansehen?

Zeuge: Ja, es sind das meine getreuesten Eindrücke.

Vertheidiger Freitag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Sie haben heute ausgesagt: Bebel bemerkte, es werde gar bald eine Zeit kommen, wo das Militär ganz wo andershin schieße als seither. Ihre frühere Aussage lautet etwas anders. Können Sie mir sagen, welche Aussage die richtige ist?

Zeuge: Ich habe es bereits gesagt, daß ich diejenige Aussage, welche sich im Artikel des „Voigtländischen Anzeigers" wiedergegeben befindet, für die getreueste halte.

Vertheidiger: Sie haben ausgesagt, daß Sie sich gewundert hätten, wie die Versammlung nicht sofort aufgelöst worden sei. Sie nahmen wohl an, daß Einrichtungen des Staates geschmäht wurden?

Zeuge: Ich empfing den Eindruck, daß das erlaubte Maß der Redefreiheit überschritten worden sei; indeß für besonders staatsgefährlich habe ich die Rede nicht gehalten.

Vertheidiger: Haben Sie von Herrn Bebel eine direkte Aufforderung zum gewaltsamen Aufstand vernommen?

Zeuge: Das nicht; ich habe mich nur gewundert, mit welchem Geschick die direkte Aufforderung umgangen wurde. Die in der Rede liegende indirekte Aufforderung streifte hart an die Grenze der direkten.

Vertheidiger: Haben Sie gehört, daß Herr Bebel gesagt hat, die sozialdemokratische Partei wolle ihr Ziel mit Gewalt erreichen?

Zeuge: Nein, das habe ich nicht gehört.

Vertheidiger: Sie sind ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie?

Zeuge: Ja.

Bebel: Ich bestreite entschieden, daß ich die Stelle in Bezug auf das Militär in dem Zusammenhang und dem Sinne, wie es der Herr Zeuge behauptet, gesagt habe. Da meine Rede zwei Stunden gedauert hat, und das Referat des Herrn Zeugen im „Voigtländischen Anzeiger" nur etwa eine Spalte füllt, so geht schon hieraus hervor, daß das Referat die einzelnen, aus meiner Rede herausgerissenen Aeußerungen nicht in ihrem wahren Zusammenhang geben kann. Ich habe — als ich davon sprach, daß das Militär dereinst anderswohin schießen könnte, als wohin es kommandirt würde, — nicht gesagt, daß das Militär dies thun solle, thun müsse, sondern, daß es dies thun könne. Ich habe lediglich eine Vermuthung ausgesprochen.

Zeuge: Das Letztere kann ich bestätigen: Herr Bebel hat nicht von der Gegenwart, sondern von der Zukunft gesprochen.

Präsident: Es ist 12 Uhr; wir wollen nun eine kleine Erholungspause von 10 Minuten eintreten lassen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung läßt der Präsident vorführen

den Zeugen, Oberlehrer Dr. Hofmann aus Plauen.

Präsident (zum Zeugen): Sind Sie Anhänger der Sozialdemokratie?

Zeuge: Nein, Gegner derselben.

Präsident: Haben Sie beiden Versammlungen beigewohnt?

Zeuge: Ja, aber ich kann mich gegenwärtig — da die Sache schon zu lange her ist — auf alle Einzelheiten derselben nicht mehr recht besinnen, und muß daher auf meine Aussagen vor dem Gerichtsamt Plauen in dieser Untersuchungssache Bezug nehmen. Ich möchte Sie bitten, Herr Präsident, jene meine Aussage vorlesen zu lassen.

Präsident: Ich komme diesem Wunsche nach. In der gerichtsamtlichen Aussage des Herrn Oberlehrers Dr. Hofmann heißt es, daß Herr Bebel in der zweiten Versammlung — wenigstens dem Sinne nach — gesagt habe:

1) Das Sparen der Arbeiter sei verwerflich; es müßte dahin kommen, daß es blos noch ganz Reiche und ganz Arme gebe, damit dann die große Zahl der Armen die kleine Zahl der Reichen bezwingen könne.
2) Es müsse noch dahin kommen, daß das Militär, anstatt auf das Volk zu schießen, sich ein näheres Ziel wähle.
3) Die Steuern seien ein Diebstahl, den die Regierung am armen Volken begehe,

und daß Herr Bebel

4) Die Hinrichtung Ludwig's XVI. als eine besonders glorreiche That dargestellt habe.

Bebel: Ich bestreite entschieden, diese Sätze in der von dem Herrn Zeugen angegebenen Form und in dem von ihm behaupteten Sinne gesprochen zu haben. Außerdem habe ich zu bemerken, daß ich eine Aeußerung über das „Sparen", welche der Herr Zeuge in der zweiten Versammlung gehört haben will, in der ersten gethan habe.

Zeuge: Ich kann hierauf allerdings nichts Bestimmtes erwidern, da ich mich des Vorgefallenen nicht mehr so genau entsinne, daß ich angeben könnte, ob es die erste oder zweite Versammlung war, in der jene Aeußerung gefallen ist. Auch muß ich erklären, daß mein Protokoll erst geraume Zeit nach jenen Versammlungen aufgenommen worden ist.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Hat Herr Bebel zur „Gewalt“ aufgefordert? Oder hat Herr Bebel gesagt, daß er oder die Führer der Partei im Sinne hätten, den Staat mit Gewalt zu stürzen?

Zeuge: Den Eindruck haben Herrn Bebel's Reden nicht auf mich gemacht, daß er damit zur Gewalt hätte aufreizen wollen; sie haben aber den Eindruck auf mich gemacht, als ob seitens der sozialdemokratischen Partei ein gewaltsamer Angriff auf den Staat dann gemacht werden solle, wenn einige Aussicht des Gelingens wäre. Herr Bebel hat Etwas gesagt, was der Aufforderung zur Gewalt ganz nahe kommt. Er hat von einem Angriff gesprochen, der aber erst möglich sei, wenn einige Aussicht auf Erfolg vorhanden wäre; — gegenwärtig sei die Aussicht dazu sehr unsicher.

Vertheidiger: Sollte der Angriff ein gewaltsamer sein?

Zeuge: Den Eindruck hat es auf mich gemacht.

Bebel: Ich bestreite ganz entschieden, von einem „Angriffe“ gesprochen zu haben. Die seltsame Auffassung meiner Aeußerung seitens des Herrn Zeugen kann ich mir nur auf folgende Weise erklären: um die Zeit, als ich die fraglichen Versammlungen in Plauen abhielt, gab es dort noch keine Sozialdemokraten. Es waren solche bis dahin dort überhaupt noch nicht aufgetreten; der Standpunkt, den ich vertrat, war also jenen Leuten ganz neu. Die Herren Zeugen nun, die meine politischen Gegner sind, können jedenfalls — was übrigens ganz natürlich ist und nur der menschlichen Natur entspricht — ihre politische Ueberzeugung von dem objektiven Sachverhalt nicht ganz trennen. Daher die irrige Auffassung meiner Aeußerungen seitens der Herren Zeugen. Eine weitere Ursache des Mißverständnisses finde ich darin, daß die Versammlung durch absichtliche Störungsversuche aus gewissen Kreisen, die ich nicht näher bezeichnen will, sehr unruhig verlaufen ist.

Zeuge: Letzteres muß ich leider bestätigen, mit der Bemerkung, daß die Störungen von einer Seite ausgegangen sind, von der man es nicht hätte erwarten sollen.*)

Staatsanwalt: Herr Bebel, nach Aussagen des Zeugen haben Sie die Hinrichtung Ludwig's XVI. glorifizirt.

---

*) Zeuge meint nämlich die sog. „gebildeten“ Stände.

Bebel: Nein, ich habe nur davon gesprochen, daß das Bürgerthum, als es durch die französische Revolution zur politischen Macht gelangt war, so weit gegangen sei, daß es nicht nur Herren vom Adel, sondern auch dem König den Kopf abgeschlagen habe. Ich habe diese Thatsache nicht verherrlicht, sondern einfach erzählt.

Präsident: Der Herr Zeuge ist ein Mann von Bildung*) und so kann er Sie, Herr Bebel, doch unmöglich mißverstanden haben?

Bebel: Eben weil der Herr Zeuge „ein Mann von Bildung" ist, ist es mir unerklärlich, wie er mich so mißverstehen konnte. Es ist ja möglich, daß ich dem Zeugen den Eindruck gemacht habe, als ob ich die That glorifizirt hätte, geschehen ist es aber nicht. Eine wörtliche Wiedergabe meiner Rede ist doch jene Aussage des Herrn Zeugen gewiß nicht.

Zeuge: Den Ausdruck „glorreiche That" hat Herr Bebel allerdings nicht gebraucht, aber nach meiner subjektiven Auffassung hat derselbe die Hinrichtung so angesehen.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Ihre angeblich belastenden Aussagen beziehen sich nur auf die zweite Versammlung. Demnach hat wohl die erste wegen der maßvollen Haltung des Herrn Bebel einen guten Eindruck auf Sie gemacht?

Zeuge: Darüber vermag ich keine Auskunft zu geben; ich halte das auch für unwesentlich.

Vertheidiger Freitag II. (Plauen): Ich nicht. Aber ich erkenne die Aussichtslosigkeit einer weiteren Befragung dieses Zeugen.

Präsident (zum Gerichtsdiener): Es ist vorzuführen der Vertheidigungs-Zeuge Weber Höra aus Plauen.

(Derselbe erscheint.)

Präsident (zum Zeugen): Erzählen Sie uns, außer Ihren Personalien, in welchen Beziehungen Sie zu Herrn Bebel, respektive den beiden von ihm abgehaltenen Versammlungen standen.

---

*) Wieder eine der taktlosen, parteiischen Aeußerungen des Präsidenten. War Advokat Kirbach, der eine Stunde später das Gegentheil von der Aussage Hofmann's deponirte, nicht eben so gut „ein Mann von Bildung"?

Zeuge: Ich bin 29 Jahre alt, war früher Weber und bin jetzt Maschinensticker. Ich war Vorsitzender des Hirsch-Duncker'schen Orts-Gewerkvereins in Plauen, also Gegner des Angeklagten Bebel, und wollte auch einmal die Prinzipien der Sozialdemokratie von Herrn Bebel entwickelt hören, damit wir uns klar würden, worum sich die Differenz zwischen uns drehe. Zu diesem Behuf forderten wir Herrn Bebel zu dem gedachten Vortrage der ersten Versammlung auf, in der ich als Vorsitzender fungirte; in der zweiten Versammlung war ich nur als Zuhörer anwesend.

Präsident: Erinnern Sie sich, aus jenen Versammlungen — namentlich aus der ersten — besonders auffälliger Aeußerungen des Herrn Bebel?

Zeuge: Ich erinnere mich nur noch dunkel, daß Herr Bebel, nachdem er eine Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung gegeben, geäußert hat, in Zukunft, wenn die sozialdemokratischen Ideen in die Volksschichten gedrungen seien, würde das Militär nicht mehr auf das Volk schießen.

Präsident: Wohin geschossen werden soll in Zukunft, hat Herr Bebel wohl nicht gesagt? (Große Heiterkeit.)

Zeuge: Nein.

Vertheidiger Freitag II. (Plauen): Erinnern Sie sich vielleicht, ob Herr Bebel zur Gewalt aufgefordert hat?

Zeuge: Nein; ich würde es sicherlich wissen, wenn Herr Bebel das gethan hätte.

Vertheidiger Freitag II. (Plauen): Was würden Sie wohl als Vorsitzender gethan haben, wenn Herr Bebel zur Gewalt aufgefordert hätte?

Zeuge: Ich würde meine Pflicht gethan und die Versammlung ohne Weiteres geschlossen haben.

Präsident (zum Gerichtsdiener): Wollen Sie nun vorführen den Vertheidigungs-Zeugen Advokat Kirbach aus Plauen.

(Derselbe erscheint.)

Präsident (zum Zeugen): Herr Advokat, wollen Sie uns außer den Ihre Persönlichkeit betreffenden Angaben mittheilen, was Sie über die beiden von Herrn Bebel in Plauen abgehaltenen Versammlungen wissen.

Zeuge: Ich bin 46 Jahre alt und Sekretär der Plauener Handels- und Gewerbe-Kammer; ich kenne Herrn Bebel nur

von Ansehen und stehe in keiner politischen Beziehung zu ihm, bin überhaupt nicht Mitglied eines politischen Vereins. Ich habe im Frühjahr 1870 beiden Volksversammlungen, in welchen Herr Bebel gesprochen, beigewohnt und weiß nur, daß ich mich einige Zeit nachher, als in einem geselligen Kreise über Bebel's Strafbarkeit wegen seiner damaligen Reden gesprochen wurde, geäußert habe: „Meiner juristischen Ueberzeugung nach würde Bebel wegen seiner damaligen Aeußerungen strafrechtlich nicht verfolgbar sein." Außerdem besinne ich mich noch, daß Bebel in einer jener Versammlungen gesagt hat: „In der Zukunft könnte es dahin kommen, daß das Militär einmal nach der andern Seite schießt." Außer dieser Aeußerung, die mir als die drastischste im Gedächtniß geblieben, entsinne ich mich auf Nichts, was irgendwie von Belang wäre.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen) [zum Zeugen]: Sie sind Advokat?

Zeuge: Ja, Herr Kollege.

Vertheidiger: Und Gegner der Sozialdemokratie?

Zeuge (mit gehobener Stimme): Ja, entschieden.*) (Heiterkeit.)

Vertheidiger: Ist Ihnen eine Aufforderung zur Gewalt seitens des Herrn Bebel erinnerlich?

Zeuge: Mir ist überhaupt nichts Strafbares erinnerlich, und das würde mir gewiß erinnerlich sein. (Große Heiterkeit.)

Geschworner Börner (zum Zeugen): Waren in dem Kreise, in welchem Sie jene Ansicht ausgesprochen, auch Juristen anwesend?

Zeuge: Nein.

Vertheidiger: War der Bürgermeister von Plauen mit in der Versammlung?

Zeuge: Das weiß ich nicht bestimmt; ich glaube.

Bebel (zum Zeugen): Sie saßen an beiden Abenden gerade neben und hinter mir?

Zeuge: Nur am zweiten; indeß habe ich auch am ersten Alles ganz genau gehört. —

*) Kirbach, der nach dem Dresdener Maiaufstand acht Jahre im Zuchthaus saß und trotz aller Einladungen nie um Gnade bat, ist ein konsequenter Fortschritts- und Manchestermann. (1894.)

(Da allseitig auf die Abhörung des Vertheidigungszeugen Stadtverordneten Albert aus Meerane verzichtet wird, wird derselbe vorgerufen und entlassen, sodann Herr Zeuge Hofmann vereidet, während mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft und Vertheidigung von Vereidigung der übrigen Zeugen abgesehen wird. Es ergreift sodann das Wort):

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich bitte, aus den Untersuchungsakten gegen Herrn Bebel zu konstatiren, daß das Bezirksgericht Plauen die Untersuchung gegen den Genannten lediglich wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren auf Grund von Art. 127 des revidirten Strafgesetzbuchs eingeleitet und an den Einzelrichter verwiesen hatte, und daß, nachdem die Akten infolge Auftrags des Königl. Oberappellationsgerichts mit denen des vorliegenden Prozesses vereinigt worden waren, der Untersuchungsrichter, weil das inzwischen in Kraft getretene Reichsstrafgesetzbuch jenen Art. 127 beseitigt, die Untersuchung einzustellen gemeint gewesen ist.

Staatsanwalt: Ich bitte auch zu konstatiren, daß ich nach den Akten bereits im Februar 1871, nachdem das Königl. Oberappellationsgericht das Bezirksgericht Leipzig mit Auftrag versehen hatte, die in Plauen gegen Bebel begonnene Untersuchung fortzustellen und mit den übrigen gegen Bebel vorliegenden Anschuldigungen zu verhandeln, den Antrag gestellt habe, auch diese Vorgänge bei dem Hochverrathsprozeß gegen Bebel mit zu verwenden.

Geschworner Börner: Herr Bebel, ich möchte eine Frage an Sie richten. Ich bitte Sie aber, keine lange Rede zu halten, sondern womöglich einfach mit Ja! oder Nein! zu antworten; ich glaube Ihnen aufs Wort.

Glauben Sie, Herr Bebel, daß jeder Arbeiter, auch wenn er fleißig und sparsam ist, unter den heutigen Verhältnissen ein Proletarier bleiben muß?

Bebel: Diese Frage ist weder mit Ja, noch mit Nein zu beantworten. Es kann wohl vorkommen, daß ein einzelner Arbeiter, ja sogar einzelne Arbeitergruppen, durch besondere Verhältnisse begünstigt, ihre Lage zu einer guten zu machen im Stande sind. Dies sind aber nur Ausnahmen, und wir haben es nicht mit diesen Einzelnen, sondern mit der ganzen Klasse zu thun, und dieser ist es unter den heutigen Ver-

hältnissen nicht möglich, sich zur besitzenden Klasse emporzuschwingen.

Geschworner Börner: Sie halten es also für nöthig, daß, um das Letztere zu erreichen, eine völlige Umgestaltung der heutigen Weltordnung nöthig ist?

Bebel: Ja.*)

Präsident: Kraft der mir zustehenden diskretionären Gewalt werde ich nun das Flugblatt „Forderungen des Volks im Augenblick der Revolution" — welches sich in den Braunschweiger Akten**) dermalen eingeheftet befindet, zur Vorlesung bringen.

Die Vorlesung erfolgt.

Als solche Forderungen werden in dem Flugblatt folgende aufgestellt:

„Aufhören aller Regierungsgewalten. Wahl revolutionärer Ausschüsse mit einem Zentralausschuß mit diktatorischer Gewalt. Aufhebung aller Steuern. Konfiskation des Eigenthums der Fürsten und Volksverräther. Beschlagnahme der Banken und Staatskassen. Zwangsanleihen bei allen Kapitalisten. Kreirung eines neuen Papiergeldes. Außerkoursſetzung alles alten Papiergeldes und Aufhebung aller Staatsschulden. Uebernahme aller Hypotheken durch den Staat. Entwaffnung aller Gegner der Revolution. Bildung eines Heeres durch das gesammte revolutionäre Volk vom 17. bis 60. Jahre. Verbot jemaliger Entwaffnung des Volkes. Aufhebung aller Gerichtsbarkeit und Schaffung neuer Tribunale durch Revolutionsausschüsse unter Beigabe von Kommissaren des Zentralausschusses. Garantie der Existenz aller Revolutionskämpfer und ihrer Familien. Arbeitszwang für Jeden. Pflicht des Staats, Jedem Beschäftigung gegen von Arbeitsausschüssen zu bestimmenden Lohn zu geben. Uebergang aller Verkehrsmittel und Fabriken in den Besitz

*) Ob der Herr Oberförster Börner zu dieser inquisitorischen Frage — die obendrein mit der politischen Hochverrathsanklage gar nichts zu schaffen hatte — berechtigt war, dürfte selbst ein Laie, der vom Jus nicht die blasseste Ahnung hat, beantworten können.

**) „Braunschweiger Akten" bedeutet hier immer: Die Akten vom Prozeß des Braunschweiger Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

des Staats. Beschäftigung der Landarbeiter auf Staatsländereien. Einrichtung der Paläste der Fürsten und Reichen zu Schul- und Erziehungsanstalten sowie anderen gemeinnützigen Zwecken. Unentgeltliche Erziehung der Kinder durch den Staat."

Herr Liebknecht, geben Sie zu, daß dieses Flugblatt bei Ihnen beschlagnahmt worden ist?

Liebknecht: Das ist wohl möglich, daß es bei mir gefunden wurde; derartiger Raritäten und Kuriositäten können Sie bei mir einen ganzen Haufen sehen; sie gehören zu der Sammlung von Aktenstücken, die ich mir zum Zweck der Geschichtschreibung — ich beabsichtige, eine Geschichte der französischen Revolution bis zur neuesten Zeit zu schreiben — angelegt habe. Das vorliegende Flugblatt stammt übrigens aus dem Jahre 1848; nach der Revolution in Deutschland wurde es, zum Zweck der Verbreitung unter das Volk, gedruckt; ich habe es, nebst anderen ähnlichen historischen Aktenstücken, aus London mit herübergebracht. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei aber geht das Flugblatt gar nichts an und ebensowenig steht es zu der gegenwärtigen Untersuchung in irgend welcher Beziehung.

Staatsanwalt: Herr Liebknecht, Sie haben in der Voruntersuchung aber doch angegeben, daß dieses Flugblatt als Beiblatt zum „Kommunistischen Manifest" gedruckt und verbreitet worden ist.

Liebknecht: Das war ein Irrthum von mir. Ich verwechselte damals dieses Flugblatt mit den „Forderungen" oder Maßregeln, welche am Schluß des zweiten Abschnitts des Kommunistischen Manifestes sich finden, und die in einzelnen Punkten gleichlautend sind. Die Verwechselung erklärt sich sehr natürlich daraus, daß das Flugblatt, das mir seit einem halben Menschenalter nicht zu Gesicht gekommen, meinem Gedächtniß vollständig entschwunden war.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich muß bei dieser Gelegenheit laut protestiren gegen das ganze Verfahren der Anklage, indem fortwährend Schriftstücke hier vorgetragen werden, über deren Zusammenhang mit der Anklage und den Angeklagten ich mir keine Vorstellung machen kann.

Präsident: Das [?] ist nicht nöthig. Es ist einmal so beschlossen.

Bebel: Ich erkläre, daß mir dieses Flugblatt bis dato gänzlich unbekannt war, und daß, als es im Braunschweiger Prozeß produzirt wurde, das Gericht, gegenüber der erwiesenen Behauptung der Angeklagten, es sei dieses ihnen total fremde Ding ihnen in der Untersuchung nie vorgehalten worden, nicht einmal anzugeben wußte, wie das Flugblatt eigentlich plötzlich in die Akten gekommen sei.

Hepner: Auch ich hatte bis zu diesem Augenblicke keinerlei Kenntniß von dem Flugblatt, außer durch den Bericht des Braunschweiger Prozesses.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich beantrage, daß das Flugblatt den Herren Geschwornen zur Besichtigung vorgelegt werde, damit sich dieselben überzeugen, daß es ein stark vergilbtes Papier mit altmodischem Druck ist.

(Diesem Antrag wird Folge geleistet.)

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Die Herren Bebel und Hepner möchten das Flugblatt, von dem sie heute zum erstenmal hören, auch einmal sehen. (Große Heiterkeit.)

(Das Flugblatt wird den genannten Angeklagten zur Besichtigung vorgelegt, die über die kostbare Reliquie in sehr heitere Stimmung gerathen.)

Präsident: Ich werde nun einen Brief des Herrn Bebel zur Verlesung bringen lassen. Der Brief ist vom 13. August 1870 datirt und lautet:

„Wenn der Ausschuß in Braunschweig gegen Liebknecht vorgeht, verzichten wir auf jede fernere Mitwirkung am „Volksstaat". Nach Eurem Briefe scheint Ihr in eine Art von nationalem Paroxysmus verfallen zu sein, scheint Ihr den Skandal und Bruch in der Partei um jeden Preis zu wollen. Einen Verstoß gegen die Parteiprinzipien könnt Ihr in unserem Verhalten auf dem Reichstage nicht nachweisen. Statt Euch damit zu begnügen, daß keine Verschärfung des Konflikts eintritt, verlangt Ihr von Leuten, die eine feste Meinung haben, die Aenderung, die Verleugnung dieser Ansicht. Der „Volksstaat" hat sich gerade in den letzten Wochen streng als Parteiorgan gezeigt. Beweis: das einstimmige Wuthgeschrei unserer Gegner. Wollt Ihr auch in dieses nationalliberale Geheul mit einstimmen? Ihr sprecht von sächsischem Partikularismus. Und doch sind wir gerade in Sachsen gut sozialrepublikanisch, und wir betrachten den Krieg Alle als einen dynastischen. Marx hat sich auch

für uns erklärt, Zürich gleichfalls und Becker ist jedenfalls auch auf unserer Seite" 2c.

Präsident: Herr Bebel, was sagen Sie dazu? Ist der Brief echt?

Bebel: Ja.

Präsident: Aus diesem Brief geht hervor, daß Sie unter den Arbeitern Sachsens sozialrepublikanische Prinzipien verbreitet glauben.

Bebel: Ja wohl, Herr Präsident! Im Uebrigen war der Brief nur bestimmt, eine Spaltung innerhalb unserer Partei zu verhüten. Denn wir, Liebknecht und ich, hatten im Reichstage uns der Abstimmung über die Kriegsanleihe enthalten, und darüber wurden wir von dem Braunschweiger Ausschusse auf das Härteste getadelt. Das sei nicht demokratisch, das sei der verbissenste sächsische Partikularismus, der uns so reden und stimmen lasse. Dieser Ansicht trat ich in dem Brief entgegen. —

Es wird hierauf das Protokoll verlesen und, nachdem dasselbe genehmigt, die Sitzung um 3 Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 16. März, früh 9 Uhr.

Präsident: Indem ich die Sitzung eröffne, theile ich mit, daß, da die auswärts von Leipzig wohnenden Herren Geschwornen noch heute Nachmittag zu ihren Familien zurückzukehren wünschen, die Verhandlungen heute nur bis 1 Uhr Nachmittag — mit einer kurzen Pause um 11 Uhr — dauern werden.

Ferner habe ich mitzutheilen, daß ich, da seitens der Königl. Staatsanwaltschaft sowohl wie der Vertheidigung auf Anhörung der weiter vorgeladenen Belastungszeugen, des Polizeikommissars Weller, früher in Leipzig, jetzt in Dresden, und des Polizeikommissars Kneschke aus Leipzig, sowie des Vertheidigungszeugen Dr. Max Hirsch aus Berlin verzichtet worden ist, die genannten Zeugen entlassen habe.

Wir fahren nun fort in der Untersuchung. Es ist bei Ihnen, Herr Liebknecht, — wie bereits früher erwähnt — eine Partie unausgestellter Mitgliedskarten der Internationalen Arbeiter-Association vorgefunden worden. Auf der Vorderseite dieser Karten steht:

International
Working Men's Association
Cart of Membership

This is to Certify that ..... was admitted a Member of the above Association ..... 18.....
and paid as his Annual Subscription 1 Sgr.

R. Shaw, Corresponding Secretary for America

Bernard, Cor. Sec. for Belgium	Jules Johannard, C. S. for Italy
Eugène Dupont, Cor. Sec. for France	Anthony Zabicky, C. S. for Poland
Karl Marx, C. S. for Germany	H. Jung, C. S. for Switzerland
Cowell Stepney, C. S. for Treasurer	J. George Eccarius, Sec. for Gen. Council London.*)

Gestehen Sie zu, Herr Liebknecht, diese Karten in Besitz gehabt zu haben?

Liebknecht: Ja.

Präsident: Ich werde den Herren Angeklagten die Karten nun vorlegen lassen, damit sie erklären, ob sie dieselben für echt anerkennen.

(Geschieht. Die Angeklagten erklären die Karten für echt, wiederholen jedoch ihre frühere Bemerkung, daß dieselben abgeschafft und an deren Stelle auf das Statutenexemplar zu klebende Marken eingeführt worden seien.)

Staatsanwalt: Ich beantrage, daß die Karten auch den Herren Geschwornen vorgelegt werden, und ferner, daß auch die Rückseite der Karte verlesen werde.

(Diesen beiden Anträgen wird Folge gegeben.)

(Auf der Rückseite befindet sich ein Auszug aus den Statuten der Internationalen in deutscher, französischer und englischer Sprache. Der deutsche Theil lautet:

---

*) Internationale
Arbeiter-Assoziation
Mitgliedskarte.

Dies zur Bescheinigung, daß ..... als Mitglied der obigen Assoziation zugelassen wurde ..... 18.....
und seinen Jahresbeitrag von 1 Silbergroschen bezahlt hat.

R. Shaw, korrespondirender Sekretär für Amerika.

Bernard, korr. S. für Belgien	Jules Johannard, korr. S. für Italien.
Eugène Dupont, korr. S. für Frankreich	Anton Zabicky, korr. S. für Polen
Karl Marx, k. S. für Deutschland	H. Jung, korr. S. für die Schweiz
Cowell Stepney, korr. S. für den Kassirer	J. George Eccarius, S. für den Londoner Generalrath.

„Die Emanzipation der Arbeiterklasse muß durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden, der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse ist kein Kampf für neue Klassenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Klassenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Quellen des Lebens, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde: dem sozialen Elend, der geistigen Verkümmerung und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist daher das große Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muß. Alle nach diesem Ziel strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jedes Landes und unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder. Die Emanzipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe; sie umfaßt alle Länder, worin die moderne Gesellschaft besteht; sie kann nur gelöst werden durch das planmäßige Zusammenwirken der Arbeiter aller dieser Länder."

Präsident: Ich werde nun zum Vortrag bringen lassen ein theils in deutscher, theils in französischer Sprache abgefaßtes, bei dem Ausschußmitglied Spier in Wolfenbüttel vorgefundenes Schriftstück, überschrieben „Confidentielle Mittheilung", d. d. 25. März 1870, und zwar den französischen Theil nach der von dem verpflichteten Gerichtsdolmetscher, Herrn Adv. Dr. Drucker bewirkten Uebersetzung.

*) Es wird in der „Confidentiellen Mittheilung" zunächst über Intriguen des Russen Bakunin, Mitglied der Internationalen, gegen den Generalrath, und wie der letztere solche hintertrieben habe, berichtet und erzählt, daß Bakunin sich dazu der „Egalité"**) zu Genf bedient habe. — Die „Egalité" hatte nämlich in ihrer Nummer vom 11. Dezember 1869 dem

*) Das hier folgende Resumé der „Confidentiellen Mittheilung" ist dem offiziellen Prozeßbericht des (jüngst verstorbenen) Untersuchungsrichters Gerichtsrath Ahnert im „Dresdner Journal" entnommen, beiläufig dem einzigen durchgehends unparteiischen und mit vollständiger Sachkenntniß geschriebenen Berichte unter dem Dutzend, das damals geliefert wurde. Es gelang uns nicht, ein Exemplar der „Confidentiellen Mittheilung" irgendwo aufzutreiben, und eine gerichtliche Kopie war uns zu — theuer. Zudem kann sich, wer das Verhältniß Bakunin's zur Internationalen näher kennen lernen will, aus dem Generalrathszirkular vom März 1872 über die „scissions prétendues" unterrichten.

**) Die „Egalité" hat sich seitdem den Händen Bakunin's entwunden und ist eins unserer tüchtigsten Parteiorgane. (Jetzt besteht sie nicht mehr. 1894.)

Generalrathe verschiedene, in die Form von Fragen gekleidete Vorwürfe darüber gemacht, daß er wichtige Angelegenheiten der Assoziation vernachlässige. Darauf hat nun nach der „Confidentiellen Mittheilung" der Generalrath am 1. Januar 1870 einen förmlichen Beschluß gefaßt und diesen dem Bundesrathe der Sektion der Internationalen in der romanischen Schweiz zugefertigt. In dem in dem Schriftstücke vollständig wiedergegebenen Beschlusse lehnt zuvörderst der Generalrath seine Verpflichtung zu einer Korrespondenz mit der „Egalité" ab, indem nur der Bundesrath der romanischen Schweiz ihm gegenüber deren Sektionen zu vertreten habe. Bezüglich der einzelnen Vorwürfe wird bemerkt: Man habe ihn (den Generalrath) getadelt, daß er einen ihm nach den Statuten obliegenden Bericht über die proletarische Bewegung noch nicht veröffentlicht habe. Unter Hinweis darauf, daß danach die Publikation nur so oft, als es ihm die Mittel gestatteten, geschehen solle, erklärt der Generalrath, daß er dergleichen Mittel nicht besessen habe, da er ohne die Bezirksbeiträge von England und ohne die persönlichen Opfer seiner Mitglieder seit langer Zeit schon zu existiren aufgehört haben würde, und hebt hervor, daß ein Bericht, welcher Das enthalte, was nicht schon in den Zeitungsorganen der Internationalen gesagt sei, nur dazu dienen könne, die Feinde hinter die Koulissen sehen zu lassen. Der Vorwurf, daß der Generalrath zugleich Bezirksrath für die englische Sektion der Internationalen sei, wird in Folgendem abgelehnt:

Im Schooße des Generalraths ist ein auf Trennung dieser Funktionen gerichteter Antrag beinahe einstimmig zurückgewiesen worden. Obgleich die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich ausgehen wird, so kann doch England allein als Hebel für eine ernstliche wirthschaftliche Umwälzung dienen, weil es dort keine Bauern giebt, das Grundeigenthum in wenigen Händen konzentrirt ist, die kapitalistische Form sich der gesammten Produktion bemächtigt hat, die Mehrzahl der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht und die Organisation der arbeitenden Klasse durch die Trades Unions einen gewissen Grad von Reife wegen ihrer Herrschaft über den Weltmarkt erreicht hat.*) Da der Generalrath in der glücklichen Lage ist, die Hand

*) Für die Richtigkeit des Wortlautes dieses Satzes vermögen wir nicht einzustehen; vielleicht war er so: „. . . . . einen gewissen Grad von Reife erreicht hat, was bei der Beherrschung des Weltmarktes durch die englische Industrie von ausschlaggebender Bedeutung ist".

direkt auf diesem großen Hebel der proletarischen Revolution zu haben, welche Thorheit wäre es, ihn in rein englische Hände fallen zu lassen! Die Engländer haben alles zur sozialen Umwälzung erforderliche Material; was ihnen abgeht, ist der Sinn des Generalisirens und die revolutionäre Leidenschaft. Hier kann nur der Generalrath ergänzen, welcher so die wahrhaft revolutionäre Bewegung in diesem Lande und folglich überall zu beschleunigen vermag. Die großen, den herrschenden Klassen dienenden englischen Journale klagen den Generalrath auch schon öffentlich an, den englischen Geist der arbeitenden Klassen vergiftet und dieselben in den revolutionären Sozialismus getrieben zu haben.

Wenn der Generalrath den Wunsch hätte, an Stelle des ernsten und unterirdischen Handelns den Lärm der Marktschreierbühne treten zu lassen, so hätte er vielleicht den Fehler begangen, auf die Frage der „Egalité", warum der Generalrath diese Häufung seiner Funktionen dulde, öffentlich zu antworten.*)

Auf die Interpellation über sein Verhalten zur irländischen Frage präzisirt der Generalrath seine Stellung dahin, daß es die erste Aufgabe der Internationalen Arbeiter-Assoziation sei, die soziale Revolution in England zu befördern und zu diesem Ende den Hauptschlag in Irland zu führen. — Zur letzten Frage: „Liebknecht-Schweitzer" heißt es:

Die „Egalité" sagt: „diese beiden Gruppen gehören zur Internationalen". Dies ist falsch. Die Eisenacher Gruppe, welche der „Progrès" und die „Egalité" als die Gruppe des Bürgers Liebknecht zu bezeichnen belieben, gehört dazu, die Gruppe Schweitzer's nicht.

Präsident: Auf dieses Schriftstück bezüglich befindet sich in den Braunschweiger Untersuchungsakten ein an „Fäustle" adressirter Brief von Bonhorst, d. d. 20. April 1870, in dem es heißt:

„Unsere Kasse kommt ihrer Lebtage nicht auf die Beine. . . . Der Generalrath hat uns ein sehr voluminöses Aktenstück zugehen lassen, worin er den Beweis der Bakunin'schen Schwindeleien führt. Das mußt Du selbst lesen; ich habe 2 Stunden lang daran abgeschrieben für die Leipziger."

Herr Liebknecht! 4 Punkte sind es, um die es sich hier handelt:

1. heißt es in der „Konfidentiellen Mittheilung": der Generalrath habe „seine Hand direkt auf dem großen Hebel

*) S. d. Vorwort.

der proletarischen Revolution", woraus hervorgeht, daß sich der Generalrath selbst für ein Ober-Revolutions-Komitee und die ihm untergeordneten Körperschaften für Sub-Revolutions-Komitees hält;

2. ist in dem französisch abgefaßten Schriftstück von dem „ernsten, unterirdischen Handeln" des Generalraths die Rede, also von einem Handeln, welches alle Ursache hat, sich vor dem Auge des Gesetzes zu verstecken;

3. ist in dem Schriftstück gesagt: die Eisenacher sozialdemokratische Arbeiterpartei gehöre zur Internationalen, die Schweitzer'sche Partei nicht — woraus wiederum der Schluß einer offiziellen Zugehörigkeit der Partei als Gruppe der Internationalen zu ziehen ist;

4. sind unter den „Leipzigern" in dem Brief an „Fäustle" doch wohl nur Sie und die Mitangeklagten gemeint?

Liebknecht: Ich gebe zu, daß die „Konfidentielle Mittheilung" von dem Ausschusse, an welchen sie durch den Generalrath gelangt war, durch Bonhorst — jedoch nicht mit dem vorhin vorgelesenen Briefe, dessen Adressat ich nicht bezeichnen kann — „Fäustle" ist jedenfalls nur ein Spitzname und ich weiß wirklich nicht, wer eigentlich damit gemeint ist — mir, als Redakteur des „Volksstaat", zur Orientirung über Bakunin zugeschickt worden ist, weshalb ich auch, wie in der Voruntersuchung schon von mir erwähnt ward, nur den Bakunin betreffenden Theil gelesen habe, und den im Drang der Geschäfte von mir unbeachtet gelassenen Rest des umfangreichen Aktenstücks erst in der Untersuchung kennen lernte. Ich bestreite auch die Möglichkeit nicht, daß ich mit Bebel, ohne ihm jedoch das Schriftstück gezeigt zu haben, über die darin enthaltenen Aufklärungen bezüglich Bakunin's gesprochen habe, und ich räume endlich auch ein, daß unter den „Leipzigern" wir, die hier Angeklagten, zu verstehen sind. Zur Sache selbst habe ich zu bemerken:

Aus den Worten der „Konfidentiellen Mittheilung" hinsichtlich des Verhältnisses der Eisenacher Partei zur Internationalen vermag ich nicht zu entnehmen, daß der Generalrath von der Ansicht ausgeht, es mit unserer Partei offiziell als einer der Internationalen formell zugehörigen großen Zweigkörperschaft zu thun zu haben; ich vermag vielmehr darin nur diejenige Anschauung zu erblicken, der ich

bereits Ausdruck verliehen habe, indem ich früher sagte, daß die Partei geistig und thatsächlich, aber nicht offiziell und formell der Internationalen angehört, da sie sich durchaus auf dem Boden der deutschen Vereinsgesetzgebung bewegt. Der Generalrath hat unsere Partei nur als die Gruppe betrachtet, welche in Deutschland auf dem Boden des Programms, nicht aber in der Organisation der Internationalen steht.

Weiter: der Ausdruck „ernstes und unterirdisches Handeln" ist, wie aus dem Wortlaut erhellt, im Gegensatze zu charlatanistischer oberflächlicher Marktschreierei gebraucht, und heißt soviel als ernstes Wirken auf der Basis der ökonomischen Verhältnisse, zur Unterscheidung von den schwülstigen Redensarten Bakunin's, welche kurz vorher verurtheilt wurden. Ich fasse also „unterirdisch", wie das ja auch dem strengsten Wortsinn entspricht, als das Gegentheil von „oberflächlich" auf. Wenn das Wort „unterirdisch" dennoch gleichbedeutend mit „geheim" sein sollte, — und daß der Ausdruck an sich so gedeutet werden kann, muß ich zugeben — so hätte sich der Generalrath eine Verletzung der Statuten der Internationalen, die nach denselben nur öffentlich zu handeln hat, zu Schulden kommen lassen. Ich kann übrigens nicht glauben, daß die „Konfidentielle Mittheilung" von Marx herrührt. Marx ist Sekretär für Deutschland aber nicht für die Schweiz; und es wird ohne Zweifel der Sekretär für die Schweiz das zunächst für die Schweiz bestimmte Schriftstück verfaßt haben. Jedenfalls hat man kein Recht, Marx konspiratorische Tendenzen unterzuschieben, da dieser stets ein Gegner von Konspirationen gewesen ist und dies zu öfteren Malen in schärfster Weise erklärt hat. Zum Beweise hierfür nehme ich auf eine Stelle in der Vorrede des Marx'schen Werkes: „Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie", welche ich bereits in der Untersuchung zu den Akten gegeben habe, Bezug, und bitte, diese Stelle, aus welcher die wissenschaftliche Auffassung von Marx klar erhellt, vorzulesen. Man wird daraus ersehen, daß er eine gewaltsame, mechanische Revolution nicht nur nicht anstrebt, sondern umgekehrt die Ueberzeugung ausspricht, daß eine vernünftige Gesetzgebung die unvermeidliche organische Umgestaltung der Gesellschaft erleichtern und die Geburtswehen, wenn auch nicht aufheben, doch mildern kann.

(Diesem Wunsche wird entsprochen. Die Stelle lautet:

„Der Physiker beobachtet Naturprozesse entweder dort, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindest getrübt erscheinen, oder, womöglich, macht er Experimente unter Bedingungen, welche den reinen Vorgang des Prozesses sichern. Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Ihre klassische Stätte ist bis jetzt England. Dies der Grund, warum es zur Hauptillustration meiner theoretischen Entwicklung dient. Sollte jedoch der deutsche Leser pharisäisch die Achseln zucken über die Zustände der englischen Industrie- und Ackerbauarbeiter, oder sich optimistisch dabei beruhigen, daß in Deutschland die Sachen noch lange nicht so schlimm stehen, so muß ich ihm zurufen: De te fabula narratur!*)

„An und für sich handelt es sich nicht um den höheren oder niederen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen. Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Nothwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen. Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft.

„Aber abgesehen hiervon. Wo die kapitalistische Produktion völlig bei uns eingebürgert ist, z. B. in den eigentlichen Fabriken, sind die Zustände viel schlechter als in England, weil das Gegengewicht der Fabrikgesetze fehlt. In allen anderen Sphären quält uns, gleich dem ganzen übrigen kontinentalen Westeuropa, nicht nur die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, sondern auch der Mangel ihrer Entwicklung. Neben den modernen Nothständen drückt uns eine ganze Reihe vererbter Nothstände, entspringend aus der Fortvegetation alterthümlicher, überlebter Produktionsweisen mit ihrem Gefolg von zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Wir leiden nicht nur von den Lebenden, sondern auch von den Todten. Le mort saisit le vif!**)

„Im Vergleich zur englischen ist die soziale Statistik Deutschlands und des übrigen kontinentalen Westeuropas elend. Dennoch lüftet sie den Schleier gerade genug, um hinter demselben ein Medusenhaupt ahnen zu lassen. Wir würden vor unseren eigenen Zuständen erschrecken, wenn unsere Regierungen und Parlamente, wie in England, periodische Untersuchungskommissionen über die ökonomischen Verhältnisse bestellten, wenn diese Kommissionen mit derselben Machtvollkommenheit, wie in England,

*) Von dir handelt die Fabel.

**) Der Todte erfaßt den Lebendigen.

zur Erforschung der Wahrheit ausgerüstet würden, wenn es gelänge, zu diesem Behuf ebenso sachverständige, unparteiische und rücksichtslose Männer zu finden, wie die Fabrikinspektoren Englands sind, seine ärztlichen Berichterstatter über „Public Health“ (Oeffentliche Gesundheit), seine Untersuchungskommissäre über die Exploitation der Weiber und Kinder, über Wohnungs- und Nahrungszustände u. s. w. Perseus brauchte eine Nebelkappe zur Verfolgung von Ungeheuern. Wir ziehen diese Nebelkappe tief über Aug' und Ohr, um die Existenz der Ungeheuer wegleugnen zu können.

„Man muß sich nicht darüber täuschen. Wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des 18. Jahrhunderts die Sturmglocke für die europäische Mittelklasse läutete, so der amerikanische Bürgerkrieg des 19. Jahrhunderts für die europäische Arbeiterklasse. In England ist der Umwälzungsprozeß mit Händen greifbar. Auf einem gewissen Höhepunkt muß er auf den Kontinent zurückschlagen. Dort wird er sich in brutaleren oder humaneren Formen bewegen, je nach dem Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse selbst. Von höheren Motiven abgesehen, gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrolirbaren Hindernisse, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen. Ich habe deswegen u. A. der Geschichte, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Bande eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, — und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen — kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen, noch wegdekretiren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.

„Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigenthümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den Einzelnen verantwortlich machen für die Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.

„Auf dem Gebiet der politischen Oekonomie begegnet die freie wissenschaftliche Forschung nicht nur demselben Feinde, wie auf allen anderen Gebieten. Die eigentliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, ruft wider sie die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des

Privatintereſſes, auf dem Kampfplatz. Die engliſche Hochkirche z. B. verzeiht eher den Angriff auf 38 von ihren 39 Glaubensartikeln als auf $^1/_{39}$ ihres Geldeinkommens. Heutzutage iſt der Atheismus ſelbſt eine culpa levis (leichte Schuld), verglichen mit der Kritik überlieferter Eigenthumsverhältniſſe. Jedoch iſt hier ein Fortſchritt unverkennbar. Ich verweiſe z. B. auf das in den letzten Wochen veröffentlichte Blaubuch: „Correspondence with Her Majesty's Missions Abroad, regarding Industrial Questions and Trades' Unions". (Korreſpondenz mit den auswärtigen Miſſionen, betreffend induſtrielle Fragen und Trades Unions.) Die auswärtigen Vertreter der engliſchen Krone ſprechen es hier mit dürren Worten aus, daß in Deutſchland, Frankreich, kurz allen Kulturſtaaten des europäiſchen Kontinents, eine Umwandlung der beſtehenden Verhältniſſe von Kapital und Arbeit ebenſo fühlbar und ebenſo unvermeidlich iſt als in England. Gleichzeitig erklärte jenſeits des atlantiſchen Ozeans Herr Wade, Vizepräſident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in öffentlichen Meetings: Nach Beſeitigung der Sklaverei trete die Umwandlung der Kapital- und Grundeigenthumsverhältniſſe auf die Tagesordnung! Es ſind dies Zeichen der Zeit, die ſich nicht verſtecken laſſen durch Purpurmäntel oder ſchwarze Kutten. Sie bedeuten nicht, daß morgen Wunder geſchehen werden. Sie zeigen, wie ſelbſt in den herrſchenden Klaſſen die Ahnung aufdämmert, daß die jetzige Geſellſchaft kein feſter Kryſtall, ſondern ein umwandlungsfähiger und beſtändig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus iſt.")

Liebknecht (fortfahrend): Ich habe noch hinzuzufügen: Da die „Confidentielle Mittheilung" von keinem von uns Angeklagten ausgeht, an keinen von uns Angeklagten gerichtet war und uns überhaupt nur zur Einſicht zugeſchickt ward, ſo kann ſie auch für uns nicht bindend ſein, und darum lehne ich jede Verantwortlichkeit für die in derſelben enthaltenen unklaren oder zweideutigen Ausdrücke ab. Auch war die Uebermittlung der „Confidentiellen Mittheilung" an den Ausſchuß nur ein privater, aber kein offizieller Akt ſeitens Marx', und involvirte keinerlei Einmiſchung in unſere deutſchen Parteiverhältniſſe. Ein ſolcher Gedanke lag unſeren Freunden in London ganz fern und mußte ihnen fern liegen, denn der Generalrath hatte durch unſeren Anſchluß an das Programm der Internationalen noch keineswegs die Befugniß erlangt, ſich in unſere deutſchen Parteiverhältniſſe einzumiſchen. Hätte er es verſucht, was nie der Fall war, ſo würde der Verſuch zurückgewieſen worden ſein.

Was endlich den Passus vom „Hebel der Revolution" anbelangt, so konstatire ich, daß gesagt ist: „Der ökonomische Hebel". Bei dieser Stelle darf man nicht unterlassen, das Wort: „ökonomisch" vor „Hebel" zu betonen. Damit verliert die Stelle ihren ganzen, angeblich für die Internationale belastenden Charakter. Daß eine ökonomische Revolution, welche die Fundamente der Gesellschaft verändert, von uns erwartet wird, ist ja nie geleugnet worden, eine gewaltige, aber nicht gewaltsam herbeigeführte, sondern durch die Entwicklung der Dinge mit Naturnothwendigkeit sich vollziehende soziale Revolution in dem Sinne, welchen ich für das Wort „Revolution" im Laufe dieser Verhandlungen schon so oft in Anspruch genommen habe. An der Spitze einer solchen ökonomischen Revolution wird zweifellos das ökonomisch am meisten entwickelte England stehen, wie es seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an der Spitze der bürgerlichen ökonomischen Revolution steht. Die proletarische Revolution ist ja nichts anderes als die Fortsetzung dieser bürgerlichen Revolution. In jener Stelle des Aktenstückes ist also nur die sehr nahe liegende objektive Wahrheit ausgesprochen, daß der Generalrath, wenn er in England seinen Sitz hat, im Zentrum der ökonomischen Revolution sitzt, und daß es im Interesse der Internationalen Arbeiter-Assoziation wünschenswerth sei, daß er da seinen Sitz behalte. Bakunin nun wollte den Sitz des Generalraths von London nach der Schweiz verlegt wissen, um von dort dominiren zu können, und hiergegen führt der Generalrath an: der Zentralpunkt aller ökonomischen Bewegungen, Revolutionen, ist in England; in England ist der „Hebel" aller ökonomischen Umwälzung, und es wäre folglich Thorheit, dieses Land, von dem z. B. auch die Handelskrisen ausgehen, zu verlassen. — Das Schriftstück hat hauptsächlich den Zweck, die Stellung Bakunin's zur Internationalen Arbeiter-Assoziation zu kennzeichnen, indem Jener im Gegensatz zum kritisch-wissenschaftlichen Sozialismus, der eine den Interessen der Menschheit entsprechende Organisation von Staat und Gesellschaft anstrebt, einen wüsten Kommunismus befürwortet, der auf die Auflösung von Staat und Gesellschaft hinzielt.

Präsident: Herr Bebel, was haben Sie zu bemerken?

Bebel: Ich habe die vorgelesenen Schriftstücke vor der Untersuchung nicht gekannt.

Präsident: Und Sie, Herr Hepner?

Hepner: Von der Existenz der „Konfidentiellen Mittheilung" hatte auch ich keine Ahnung, wenngleich mir die Bakunin'schen Intriguen durch Liebknecht erzählt worden waren.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Herr Liebknecht, haben Sie die „Konfidentielle Mittheilung" irdendwie verbreitet? Oder ist sie im „Volksstaat" abgedruckt worden?

Liebknecht: Keins von beiden ist geschehen.

Präsident: Ich kann bestätigen, daß die Herren Angeklagten sich in der Voruntersuchung ebenso ausgelassen haben wie hier.

Ich lasse nun zur Verlesung bringen die „Generalstatuten und beigefügten Reglements der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiter-Assoziation", gedruckt zu Genf 1867.

(Nachdem eine Weile Altbekanntes vorgelesen worden, fragt der)

Präsident: Haben die Herren Vertheidiger und Angeklagten ein Interesse an der weiteren Verlesung?

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Wir haben überhaupt kein Interesse an der Verlesung dieser Schriftstücke. (Große Heiterkeit.)

Staatsanwalt: Ich bitte um die Verlesung der ersten Paragraphen.

(Geschieht. Als diese verlesen sind)

Staatsanwalt: Nun ist es genug.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Nun mag das Uebrige auch verlesen werden. (Heiterkeit.)

(Geschieht. Hierauf)

Präsident: Haben die Herren Angeklagten etwas zu bemerken? Herr Liebknecht?

Liebknecht: Ich betrachte diese Statuten durchaus als Entlastungsmaterial. Ich finde darin beim besten Willen nicht Anlaß zu einer Bemerkung.

Präsident: Herr Bebel?

Bebel: Ich bemerke nur noch, daß diese Statuten ihrer Unbestimmtheit und Weitschweifigkeit halber stets nur auf dem Papier bestanden haben.

Präsident: Und Sie, Herr Hepner?

Hepner: Ich habe nichts zu sagen.

Präsident: Geben die Herren Angeklagten zu, daß das Organ dieser „Sektionsgruppe deutscher Sprache" der von Joh. Phil. Becker redigirte „Vorbote" war?

Die Angeklagten: Ja!

(Es tritt hierauf eine Pause von 10 Minuten ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung)

Präsident: Wir gelangen zur Vorlesung verschiedener in den Akten befindlicher Briefe.

1. Ein Brief von Marx an den Braunschweiger Ausschuß mit einer Nachschrift von Engels.

86 Mornington Street
Stockport Road, Manchester
14. Juni 1870.
London.

Liebe Freunde!

Ich erhalte heute einen Brief von St. (Mainz), worin es u. A. heißt:

„Liebknecht beauftragt mich, Dir zu schreiben, daß es wegen der Reichstagswahlen, die gerade in diese Zeit fallen, besser sein dürfte, am 5. Oktober den Kongreß hier abzuhalten. Der Kongreß in Stuttgart hat auch letzten Montag beschlossen, für den 5. Oktober zu wirken. Geib soll beauftragt sein, Dir dieserhalb zu schreiben."

Liebknecht sowohl als die übrigen Mitglieder der „Internationalen" sollten wenigstens mit den Statuten derselben bekannt sein, in welchen es ausdrücklich heißt:

§ 3. „Der Generalrath kann nöthigenfalls den Ort ändern, ist aber nicht befugt, den Termin der Zusammenkunft hinauszuschieben."

Als ich Eure dringende Einladung zur Verlegung des Kongresses nach Deutschland im Generalrath befürwortete, unterstellte ich natürlich, daß Ihr alle Umstände in Betracht gezogen. Von einer Verschiebung des Termins kann statutengemäß nicht die Rede sein.

Ein anderer Passus in St.'s Brief ist auch keineswegs beruhigend. Es heißt darin:

„Eben komme ich vom Bürgermeister. Er will einen solventen Bürger als Bürgen dafür, daß, wenn es mit den Schweitzerschen Prügeleien*) gäbe, die Stadt Regreß hat für etwaige Beschädigungen im Kurfürstlichen Marmorsaale, der uns zugesagt ist für den Kongreß ꝛc."

*) In Mainz selbst gab es solche „Prügeleien" nicht. Der Bürgermeister meinte, wie uns mitgetheilt wird, die, von den Zeitungen bekanntlich arg übertriebenen, Zusammenstöße in Berlin.

Ihr habt die Städte Mainz, Darmstadt oder Mannheim vorgeschlagen, also in der That dem Generalrath gegenüber die Verantwortlichkeit übernommen, daß der Kongreß in jeder dieser Städte abgehalten werden kann, ohne Skandalszenen, welche die „Internationale" und die deutsche Arbeiterklasse ganz speziell vor den Augen aller Welt lächerlich machen würden. Ich hoffe, daß in dieser Beziehung alle nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden.

Welches ist das numerische Verhältniß der Schweitzerianer in Mainz und Umgegend zu Euren Leuten?

Im Fall Skandal nicht zu vermeiden ist, muß im Voraus dafür gesorgt werden, daß er auf seinen Urheber zurückfällt. Es müßte im „Volksstaat", „Zukunft" und sonst zugänglichen deutschen Blättern der Plan der preußischen Polizei denunzirt werden, den internationalen Kongreß in Mainz, dessen Zusammenkunft sie nicht direkt verhindern kann, durch ihr Werkzeug, die Schweitzer'sche Organisation, unmöglich zu machen, oder an der ruhigen Abhaltung seiner Sitzungen zu verhindern. Sobald dies in Deutschland geschehen, würde der Generalrath dann dafür sorgen, daß ähnliche Notizen in London, Paris ꝛc. publizirt würden. Einen Konflikt mit Herrn Bismarck kann sich die „Internationale" schon gefallen lassen, nur nicht angeblich spontane „deutschnationale Arbeiterprügeleien" unter der Etiquette von „Prinzipienkämpfen".

St . . . . wird wohl — im Zusammenhang mit Euch — dafür sorgen, daß die Deputirten wohlfeile Logis finden.

Salut et Fraternité.

An den Ausschuß der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterpartei.

Karl Marx.

Ich benutze die Gelegenheit, dem Ausschuß meine besten Grüße mitzuschicken. Seitdem die Herren Schweitzerianer in Forst dem Bürgermeister vorher die Absicht anzeigten, Keilerei anzustiften, und dieser der Sache auch ihren Verlauf ließ, ist der Zusammenhang dieser Herren mit der Polizei konstatirt. Vielleicht könnte St . . . . . durch den Mainzer Bürgermeister bei den Herren Schweitzerianern anfragen lassen, ob sie den Auftrag haben „zu hauen". Uebrigens wäre es an der Zeit, daß diese Leute überall in der Presse als reine Polizeiagenten blosgestellt und, wo sie wieder zu „hauen" versuchen, ganz gehörig wieder gehauen werden. Beim Kongreß geht das natürlich nicht; bis dahin können sie aber doch schon so viel Prügel besehen, daß sie genug daran haben. Wie Herr Bismarck diese Sachen in der englischen Presse darstellt, zeigt der inl. Ausschnitt, der die Runde durch alle Blätter macht. Der North German Corr. ist ein mit Welfengeld gegründetes Organ des Bismarck.

Mit besten Grüßen F. Engels.

Präsident: Herr Liebknecht, aus diesem Briefe ist doch ersichtlich, daß eine geschäftliche Verbindung zwischen dem Ausschuß und dem Generalrath bestanden hat?

Liebknecht: Mir ist dies nicht ersichtlich. Ich finde im Gegentheil in dem Briefe nur eine Bestätigung meiner Aussage, daß der Generalrath nichts weiter zu thun hatte, als sich um Organisations- und Verwaltungsfragen der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu kümmern. Der Brief handelt nicht von Angelegenheiten unserer deutschen Partei, sondern von denen der Internationalen, auch ist er nicht offiziell, sondern von Privatpersonen an Privatpersonen gerichtet.

Präsident: Herr Bebel, was sagen Sie?

Bebel: Der Brief enthält meines Erachtens den Beweis, daß unsere Partei nicht formell zur Internationalen gehörte. Denn Marx fragt: „Wie stehen Eure Leute zu den Schweitzerianern?" Hieraus folgt, daß Marx selbst die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht als offizielle Gruppe der Internationalen betrachtet hat, da er andernfalls von „unsern Leuten" hätte sprechen müssen.

Präsident: Ich glaube nicht, daß sich dieser Schluß daraus ziehen läßt. — Herr Hepner?

Hepner: Ich halte es für wesentlich, hervorheben zu müssen, daß Marx in dem Briefe Liebknecht den Vorwurf der Statutenunkenntniß macht. Dies stimmt zu der von Liebknecht und mir in der Voruntersuchung wiederholt abgegebenen Erklärung, daß ersterer sich um die Form-, also auch Organisationsfragen sehr wenig gekümmert hat.

Präsident: Wir fahren mit der Briefverlesung fort und haben es

2. mit einem Brief v. Bornhorst's an Bracke, d. d. 14. Juli 1870 zu thun, worin eine Ausschußsitzung für den Abend zur Verhandlung über eine vom selbigen vorgeschlagene Idee (welche? ersieht man nicht) proponirt wird, weil er nicht wünsche, „das ganze Ereigniß mit Stillschweigen zu übergehen". Dann heißt es wörtlich:

„1. müssen wir eine Sonde eintreiben, um zu fühlen, wie weit wir vorgedrungen sind;

2. muß unser Radikalismus von einem papiernen zu einem mit Fleisch und Bein werden."

Darüber hat Bracke quer geschrieben: „agent provocateur!“ und darunter: „Das Einzige, was geschehen könnte, wäre eine Anfrage bei Marx, Geib und Liebknecht. Wenn wir übermorgen Alle im Loche sitzen und die Vereine und die Organisationen aufgelöst sehen, die Bewegung auf lange Zeit hemmen wollen — dann Ja! Unsere Oberleitung ist international, und wird schon bestimmen, wenn's Zeit ist. Wir aber haben so lange einfach zu schweigen, gegebenen Augenblicks aber zu gehorchen.“

Das ist deutlich genug. Das scheint ja so, als ob es eben losgehen sollte! (Große Heiterkeit.) Herr Liebknecht, was haben Sie zu dem Briefe zu bemerken?

Liebknecht: Zunächst das, daß er weder von einem von uns Angeklagten geschrieben, noch an einen von uns gerichtet ist, uns also juristisch gar nichts angeht.

Präsident: Das erstere ist wohl richtig, aber nicht das letztere. Der Brief ist von Ausschußmitgliedern geschrieben, und man ersieht also daraus, was diese Leute und die Partei überhaupt im Werke hatten. Auch der Einfluß des Generalraths, der absolute Gehorsam, der ihm im Briefe in Aussicht gestellt wird, geht doch etwas weiter, als Sie bisher zugeben wollten.

Liebknecht: Wir haben für den Brief keine Verantwortlichkeit. Was andere Leute schreiben, geht uns nichts an; strafbar ist der Brief übrigens auch nicht, denn Bonhorst und Bracke, die sich vor Gericht darüber verantwortet haben, sind Beide freigekommen. (Bonhorst hatte vor dem Braunschweiger Gericht gesagt: „Wir müssen eine Sonde eintreiben“, soll heißen: „Wir müssen sehen, wie weit der Wille des Volkes erstarkt ist, um zu bewirken, daß der Krieg aufhört.“ Ich wollte sagen: „wir müssen sehen, ob wir nicht den Krieg verhindern können.“ Die Worte: „Unser Radikalismus soll einer von Fleisch und Bein werden“, sollen bedeuten: „Wir wollen alles, was in unseren Kräften steht, aufbieten, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.“ Bracke's Aeußerung: „Unsere Oberleitung ist international“, habe ich verstanden: „Unsere Oberleitung ist der internationale Gedanke, der uns beseelt.“ Das Uebrige, was Bracke schrieb, war mir unverständlich.)

Präsident: Daß sie freikamen, war aus einem andern Grunde.

Liebknecht: Allerdings sind sie nicht wegen dieses Briefes, aber trotz desselben freigesprochen, und damit ist die Strafloſigkeit des Jnhalts dieſes Briefes konſtatirt worden.

Präſident: Was iſt das für eine „Jdee", welche Bonhorſt dem Bracke in der Ausſchußſitzung mitzutheilen ankündigte?

Liebknecht: Das weiß ich natürlich nicht.

Präſident: Und wie erklären Sie ſich überhaupt den Jnhalt des Briefes?

Liebknecht: Um was für einen Plan es ſich in dem Bonhorſt'ſchen Briefe handelte, weiß ich nicht, ebenſowenig wie ich von der beabſichtigten „Sonde" und dem, was Bonhorſt unter „fleiſchundbeinernem Radikalismus" verſtand, unterrichtet bin. Aber die Nachſchrift, das quer geſchriebene Wort von Bracke: „agent provocateur" ſcheint zu beſagen, daß Bracke Bonhorſt's Plan für ſehr abenteuerlich hielt. Mit den Worten „agent provocateur" wollte er ihm antworten: Dein Plan iſt derart, daß ein agent provocateur uns keinen kompromittirenderen vorſchlagen könnte. Bracke bekundete damit alſo, daß er ein gewaltſames Vorgehen nicht wollte, und von der Ueberzeugung ausging, nur unſere Feinde könnten es wollen. — Die Worte „unſere Oberleitung iſt international", beweiſen nur, daß im Ausſchuß ſelbſt verſchiedene Meinungen darüber exiſtirten, ob der nationale oder der internationale Gedanke der leitende ſein ſolle. Bracke entſchied ſich für den letzteren. Wenn der Braunſchweiger Ausſchuß wirklich den Generalrath als unſer gebietendes Oberhaupt anerkannt hätte, ſo erkläre ich hiermit, daß er über ſeine Befugniſſe hinausgegangen wäre und unſere Statuten verletzt hätte.

Präſident: Herr Bebel, wie faſſen Sie die Sache auf?

Bebel: Jch vermuthe, daß die dunkle „Jdee" im Bonhorſt'ſchen Briefe auf eine Kundgebung über die Stellung der Partei in der Kriegsfrage hinausläuft. Was die „Sonde" u. ſ. w. anbetrifft, ſo muß ich bemerken, daß Bonhorſt ein Freund von Demonſtrationen war und manchmal ganz überſchwängliche Gedanken hatte. Bracke ſuchte ihn wohl durch ſeine in ſcherzhafter Form abgefaßten Gloſſen von dem fraglichen, mir unbekannten Plan abzuhalten.

Präſident: Was haben Sie zu bemerken, Herr Hepner?

Hepner: Mir iſt Bracke's Nachſchrift durchaus nicht auffällig. Bonhorſt hatte mitunter ſo abſonderliche Pläne,

daß Bracke alle Mühe hatte, sie zu hintertreiben, und so hat er auch wohl den Ausdruck „unsere Oberleitung ist international u. s. w." nur als Schreckmittel gegenüber Bonhorst benutzen wollen, der irgend etwas Unpraktisches vorgehabt hat. Ich habe bereits in der Voruntersuchung angegeben, daß Spier einmal zu uns Angeklagten gesagt hat: „Bonhorst verdruckt uns das ganze Geld."

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, den Brief den Herren Geschwornen zur Ansicht vorzulegen, damit diese sich davon überzeugen, daß eine Chiffreschrift darin nicht vorkommt.

Präsident: Ich kann diesem Antrage nicht entsprechen, weil die Untersuchung gar keinen Anhalt zur Annahme, daß eine Chiffreschrift vorliege, geboten hat.

Wir gelangen nun zu 4 Briefen des Herrn Liebknecht:

1) Ein Brief Liebknecht's d. d. 6. Mai 1870, der sich auf die schon gedachte Verlegung des Internationalen Kongresses bezieht und worin es heißt:

„Paris ist, wenn nicht vor dem September eine Revolution ausbricht, als Kongreßort unmöglich. Wir müssen den Kongreß in Deutschland abhalten. Ich schlage Mainz, Darmstadt oder Mannheim vor. Alle diese Städte sind zu erreichen, ohne daß man preußisches Gebiet zu berühren braucht. Haltet sofort, noch heute, eine Ausschußsitzung ab und ladet offiziell den Generalrath ein (aber mit der Bitte, die offizielle Einladung nicht zu veröffentlichen!), den Kongreß in Deutschland (Mainz wäre wohl am geeignetsten) abzuhalten. Das wird uns famos Wasser auf die Mühle geben. Bebel einverstanden. Die Internationale geht nächstens öffentlich gegen Schweitzer los."

Auf der Rückseite eine Nachschrift Bebel's. „Sobald Ihr Programme habt, lieber Bracke, so sendet sie mir."

2) Ein Brief vom 20. Juni 1870 an Bonhorst:

„Anbei ein Retour. An Bracke schrieb ich wegen des Wechsels. Fordere Marx auf, daß er gegen Schweitzer für uns eintritt. Die Absicht Schw.'s, den Mainzer Kongreß zu sprengen, bietet den Anlaß. Ich habe mit Marx eine kleine Differenz gehabt, natürlich nicht über Prinzipien, und kann ihm daher nicht wohl schreiben. — Wenn die Schweitzerlinge eine Störung versuchen wollten, so gilt es, sie energisch zurückzuweisen, aber so, daß das ganze Odium auf die Kreaturen der Preußischen Regierung fällt."

3) Ein Brief vom 16. Juli 1870:

„Lieber Freund! Heute mußten wir eine Beilage zum „Volksstaat" machen. Der Protokollwolkenbruch ließ keine andere Wahl. Aehnliches wird öfters nöthig werden. Die wachsende Ausdehnung der Partei ist mit Opfern verknüpft. Nun haben wir aber kein Geld. Meldet das den Gewerkschaften. Fordert Beiträge für die Beilagen, privatim, ja nicht öffentlich, aber gleich. Die Maurer und Schuhmacher werden sofort bereit sein. Vom Generalrath kommt ein Aufruf für die Genfer Streikenden. Gleichzeitig trifft die Nachricht ein, daß die Kohlenarbeiter in Zwickau streiken. Auch das noch. Es ist zum toll werden! Freilich waren sie vor den Hungertod gestellt. Aber wo soll das Geld herkommen? — Der Wiener Prozeß nimmt ausgezeichneten Verlauf. Man erwartet bestimmt Freisprechung."

4) Ein Brief vom 16. August 1870 (mit Bleistift):

„Anbei Marx' Brief zurück. Schreibt ihm sofort, wenn es nicht schon geschehen, wegen des Kongresses. Daß derselbe dieses Jahr ganz wegfällt, erscheint mir unpraktisch. Nach meiner Ansicht sollte man eine Privatkonferenz von etwa einem Dutzend Leuten (aus Engländern, Franzosen und Deutschen bestehend) abhalten, die sich über die Situation zu verständigen hätten; akzeptirt Ihr diesen Vorschlag nicht, so theilt ihn dennoch Marx mit ꝛc."

Präsident: Herr Liebknecht, ich werde jetzt in Betreff dieser Briefe einzelne Fragen an Sie richten, die Sie kurz beantworten wollen. Im ersten Briefe fordern Sie den Ausschuß auf, an den Generalrath „offiziell" zu schreiben. Was heißt das „offiziell"?

Liebknecht: Ich meinte, daß es gut sei, wenn der Ausschuß als solcher den Generalrath zur Verlegung des Kongresses nach Deutschland aufforderte. Die Partei hatte ein Interesse an der Verlegung des Kongresses nach Deutschland, damit das Gewicht der Internationalen für sie gegen Herrn von Schweitzer in die Wagschale fiele. Der Ausschuß hatte nun die Partei-Interessen zu vertreten, und daher habe ich denselben aufgefordert, sich in dieser seiner offiziellen Eigenschaft an den Generalrath zu wenden, um der Einladung größeres Gewicht zu geben.

Präsident: Also Ihr Ausschuß, Ihr Parteiausschuß sollte an den Generalrath schreiben? Sonach geben Sie zu, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei, deren Behörde der Ausschuß gewesen, als solche, d. h. als Ganzes, mit dem Generalrathe verkehrt habe, während Sie bisher immer be-

hauptet haben, daß nur die einzelnen Mitglieder privatim direkt mit letzterem sich ins Vernehmen gesetzt hätten.

Liebknecht: Ja, der Ausschuß der Parteibehörde. Dieser einmalige Fall indizirt aber durchaus keinen offiziellen Verkehr für die Regel. Und möglich, daß mein Verfahren vom Standpunkt der deutschen Vereinsgesetze aus inkorrekt war. In Bezug auf diese eine mögliche Verletzung will ich mit Vergnügen für meine Person auf „schuldig" plaidiren. Ich kannte die Vereinsgesetze sehr wenig und kenne sie auch heute noch nicht genau.

Präsident: Also als Parteiausschuß, im Namen der Partei ist der Braunschweiger Ausschuß mit der Internationalen in unerlaubte Verbindung getreten?

Liebknecht: Daß in dieser Form des Verkehrs ein Verstoß gegen deutsche Vereinsgesetze lag, ist, wie ich schon zugegeben habe, möglich; übrigens handelte es sich ja um bloße Einladung an den Generalrath. Aber der Ausschuß mußte das damals thun, weil es für die Partei von größter Wichtigkeit war.

Präsident: Diese Form der Adresse und Korrespondenz mußte doch den Generalrath auf die Vermuthung bringen, daß Ihre Gruppe ein Theil der Internationalen gewesen sei.

Liebknecht: Dem muß ich entschieden widersprechen. Marx hat unser Verhältniß durchaus richtig aufgefaßt, und zwischen unserem Anschluß an das Programm der Internationalen und einem direkten Anschluß an die Organisation der Internationalen sehr scharf unterschieden. — Im Uebrigen erkläre ich wiederholt, daß ein Verstoß gegen ein Vereinsgesetz nicht „Vorbereitung von Hochverrath" ist.

Präsident: Herr Bebel, Sie haben den ersten Brief Herrn Liebknecht's an v. Bonhorst auch gekannt, da Sie auf die Rückseite etwas schrieben, nicht wahr?

Bebel: Ja. Ich erkläre mich übrigens mit Liebknecht's Ausführungen einverstanden.

Präsident: In Ihrem zweiten Briefe, Herr Liebknecht, kommt der Ausdruck „Anbei ein Retour" vor. Was heißt das?

Liebknecht: Das heißt, daß ich dem Ausschuß einen Brief, den er mir zur Kenntnißnahme übersandt, nach erfolgter Durchsicht retourgeschickt habe.

Präsident: Haben Sie sonst noch etwas zu Ihren Briefen zu bemerken?

Liebknecht: Ja. Was den Ausdruck „Verständigung über die Situation" anbelangt, so will ich hier nochmals auf

die Differenzen aufmerksam machen, welche bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in unserer Partei entstanden waren. — Dann möchte ich gegenüber dem unserer Partei so häufig gemachten grundlosen Vorwurf, wir organisiren systematisch Streiks, auf meinen dritten Brief hinweisen, aus dem hervorgeht, daß wir nicht darauf ausgingen und ausgehen, Streiks zu provoziren.

Präsident: Diese Beschuldigung ist in der vorliegenden Untersuchung gar nicht gegen Sie ausgesprochen worden. Wenn übrigens der Zwickauer Streik Ihnen ungelegen kam, so rührte das doch blos daher, daß Sie kein Geld hatten.

Liebknecht: Das Motiv ist gleichgiltig. Die Thatsache steht fest, daß der Streik uns unangenehm war.

Präsident: Herr Bebel, was haben Sie zu bemerken?

Bebel: Aus dem Umstande, daß in dem ersten Briefe das Wort „offiziell" unterstrichen ist, geht doch wohl zur Genüge das Ausnahmsweise dieser Maßregel hervor. Der Ausschuß sollte nur für diesen speziellen Fall offiziell schreiben, aber eine regelmäßige offizielle Verbindung zwischen Ausschuß und Generalrath wollten wir nicht.

Präsident: Der Brief beweist also doch, daß für diesen speziellen Fall der Ausschuß offiziell mit dem Generalrathe verkehren sollte.

Bebel: Ja, für diesen speziellen Fall!

Präsident Herr Hepner, haben Sie etwas vorzubringen?

Hepner: Nein.

Präsident: Wir kommen nun zu einem Brief Herrn Bebel's an Bracke, d. d. 17. September 1869, worin es heißt: „Weiter müssen Marx, Eccarius, J. Ph. Becker, Ladendorf ꝛc., ferner die Organe der Internationalen in Spanien, England, Frankreich, Schweiz, Belgien, Nordamerika mit einem Exemplar des Protokolls (Eisenacher Protokoll) bedacht werden, denn die Verhandlungen des Kongresses sind von allgemeinem Interesse."

Herr Bebel, aus diesem Brief geht auch der Zusammenhang Ihrer Partei mit der Internationalen hervor, und zwar nicht blos ein geistiger, sondern ein geschäftlicher, formeller, indem Sie mit den „Organen", d. h. den Verwaltungsbehörden der Internationalen, in Verbindung treten wollten?

Bebel: Nein, so wie Sie das auffassen, Herr Präsident, ist es nicht gemeint. Unter den „Organen" der Partei ver-

steht man bei uns die Zeitungen derselben. Und daß Vereine und Gesellschaften ihre Protokolle und Jahresberichte an bekannte Persönlichkeiten — von denen man annimmt, daß sie sich dafür interessiren —, sowie an Zeitungen schicken, das ist doch etwas ganz Alltägliches. Eine geschäftliche Verbindung mit der Internationalen kann also aus meinem Briefe keineswegs gefolgert werden.

Präsident: Wir kommen nun zu einem Briefe v. Bonhorst's an Liebknecht und Bebel, d. d. 3. September 1870, mit der Stelle: „Der Ekel Liebknecht's an der „Kaiserposse" giebt diesem keinen Grund zum Verduften. Bei der nun hereinbrechenden Reaktion ist es Aufgabe der echten Demokraten, auszuharren. Morgen werden wir einen Aufruf an Euch abschicken, der ins nächste Blatt muß; wir haben eben von Marx einen langen Brief erhalten, auf welchem der Aufruf basirt."

Herr Liebknecht, auch hier sehen Sie wieder den Einfluß, den Marx, d. h. der Generalrath, auf den Ausschuß ausgeübt hat.

Liebknecht: Der Marx'sche Brief an den Ausschuß und was dieser damit angefangen hat, geht uns wiederum nichts an, selbst wenn der Brief an sich etwas Unerlaubtes enthielte. Aber es liegt auch hier nicht einmal etwas Unerlaubtes nach irgend einer Seite vor, indem der Ausschuß einen Brief von Marx zur Grundlage eines Aufrufs nahm, that er es freiwillig, und es kann somit nur von einem moralischen, vollständig erlaubten Einfluß von Marx die Rede sein. — Zur Erläuterung des ersten Theils des Briefes möchte ich noch bemerken, daß derselbe eine Antwort Bonhorst's auf einen Brief von mir ist, in welchem ich mich dahin ausgesprochen hatte: falls die „Kaiserposse" — dieses Ausdrucks bediente ich mich in Bezug auf die damals in Aussicht stehende Titelerhöhung des Königs von Preußen — in Deutschland zur Aufführung käme, würde ich lieber freiwillig auf 10 Jahre nochmals in die Verbannung gehen, als dieses — Spiel mit ansehen. Um nicht mißverstanden zu werden, setzte ich hinzu: was mich forttreibe, sei nicht Furcht vor Reaktion, sondern Ekel vor dem stupiden Servilismus des deutschen Bügerthums und der überhaupt grassirenden Knechtseligkeit, die erst verflogen sein müsse, ehe ein ernster politischer Kampf wieder aufgenommen werden könne. Indeß, wie Sie sehen, führte ich

den Gedanken nicht aus. Ich dächte aber: Jemand, der*) ins Exil gehen will, denkt gewiß nicht an Umsturzpläne in der Heimath.

Präsident: Wir haben es nun noch mit einigen Briefkonzepten aus dem Sekretariats-Korrespondenzbuche des Ausschusses zu thun, welches den Titel führt: „Korrespondenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dem Generalrathe". Diese Korrespondenz ist durchweg von v. Bonhorst's Hand. Für uns ist hier blos von Wichtigkeit Nr. 589, 701 und 737, Konzepte zu Briefen an Marx über die Verlegung des Kongresses. In den beiden ersteren dieser Konzepte wird dem Generalrath der Internationalen vom Parteiausschuß in Braunschweig die Abhaltung des Kongresses der Internationalen für 1870 in Deutschland anempfohlen, in dem dritten Briefe wird diese Empfehlung als Bitte vorgebracht und dringend wiederholt. Diese Briefkonzepte erhärten den bereits erbrachten Beweis, daß der Ausschuß offiziell mit dem Generalrath in Verkehr gestanden.

Haben die Herren Angeklagten hierauf etwas zu bemerken?

Bebel: Die Briefkonzepte Bonhorst's können nicht als Beweis gegen die Partei zitirt werden, ja nicht einmal gegen den Ausschuß, denn Bonhorst hat gar Manches ohne Wissen und wider Willen des Ausschusses geschrieben und gethan. Darum wurde auch später die Einrichtung getroffen, daß alle Ausschußbriefe zwei Unterschriften tragen müssen. Es könnten demgemäß auch die Reinschriften der hier produzirten Konzepte nur dann als gillig anerkannt werden, wenn sie außer von Bonhorst von noch einem Ausschußmitgliede unterzeichnet wären.

Schluß der Sitzung mittags 1 Uhr.

Siebenter Verhandlungstag.

Montag, den 18. März.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr.

Präsident: Wir nehmen die Untersuchung wieder auf, indem wir aus dem „Korrespondenzbuche des Sekretariats" Nr. 870, 902 und 911 vortragen, Konzepte von Briefen an Marx, die beiden ersten ohne Datum, der dritte vom 19. August 1870.

*) Hinter das Wort „der" hat Hans Blum in seinem Bericht für die „Deutsche Allgem. Ztg." die Worte „angesichts der politischen Krisis" **hineingefälscht.**

Mit Nr. 870 wird an Marx Abschrift der Resolution einer Tags zuvor abgehaltenen Volksversammlung zu Braunschweig unter dem Bemerken übersendet: „Wir hoffen Ihre Zustimmung zu unserm Vorgehen zu erhalten. Möge der Generalrath für größtmöglichste Verbreitung unserer Resolution in den Blättern romanischer Zunge sorgen." — Dagegen enthält Nr. 902 eine Rechtfertigung des Ausschusses wegen seines Verhaltens bei der Differenz mit Liebknecht in Betreff der Kriegsfrage und die Mittheilung, „daß der gefährdete Friede in der Partei wiederhergestellt" sei. Es heißt da: „Die kriegerischen Ausnahmezustände machen uns viel zu schaffen. Wir glaubten, gegen die verbissene Darstellungsweise Liebknecht's im „Volksstaat" etwas thun zu müssen. Wir freuen uns, daß der so arg gefährdet gewesene und zu keiner anderen Zeit so nothwendige innere Friede in der Partei wieder leidlich hergestellt ist. Theilen Sie uns Ihre Anschauungen mit." Auch wird erwähnt, daß die „Fraktion Heinzen", deren Vertreter Bruhn in Altona sei, Anstrengungen gemacht habe, in das innere Leben der Partei einzugreifen, um dem ihr so verhaßten Kommunismus entgegenzutreten. Schließlich wird in Nr. 911 der schon erwähnte Vorschlag Liebknecht's zur Abhaltung einer Privatkonferenz von Mitgliedern der Internationalen Arbeiter-Assoziation im Jahre 1870 Marx unterbreitet und zugleich um dessen „gütiges Urtheil" über den „schon früher gedachten Gegenstand" (nämlich die Fraktion Heinzen) gebeten. —

Ferner sind hier 3 Briefe Marx's, d. d. 24. März, 27. Juni, 2. August 1870, gerichtet: „An den Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei" und unterschrieben: „Im Namen des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation: Karl Marx, Sekretär für Deutschland." Der zweite Brief betrifft geschäftliche Angelegenheiten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, insbesonders die Verlegung des Kongresses. Marx weist darin den Antrag Liebknecht's, den Kongreß bis zum Oktober zu verschieben, entschieden zurück, obwohl diese Verschiebung dem Generalrath selbst sehr wünschenswerth gewesen wäre, da die Kongreßvorlagen noch nicht fertig seien. Aber die Franzosen wären schon verstimmt darüber, daß der Kongreß in Mainz tagen solle und nicht wenigstens in Verviers, während die Pariser speziell ihn gern *in Paris* gehabt hätten. Es dürfe kein Bewegungsferment

geliefert werden. Marx befürchtet bei einem Eingehen auf den Liebknecht'schen Hinausschiebungsplan einen Minoritätskongreß der Franzosen und romanischen Schweizer unter Bakunin und sagt: „Die nationalen Eifersüchteleien sind zu tief in das Blut gedrungen, um in Einem Tage wegräsonnirt werden zu können."

Aus dem ersten und dritten Briefe mögen folgende Stellen hervorgehoben werden:

Erster Brief.

Ich habe Ihnen gestern 3000 Cards of Membership (Mitgliedskarten) unter Adresse v. Bonhorst zugeschickt ꝛc. ꝛc.

Ich habe Ihnen über die inneren Vorgänge der „Internationalen" nicht uninteressante Mittheilungen zu machen; sie werden Ihnen auf indirektem Wege zukommen.

Statutenmäßig haben alle nationalen Komités, welche in Verbindung mit dem Generalrathe stehen, ihm dreimonatliche Berichte über den Stand der Bewegung zu schicken. Indem ich Ihnen dieses ins Gedächtniß rufe, bitte ich, bei solchem Bericht zu erwägen, daß er nicht für das Publikum geschrieben ist und daher die Thatsachen ohne Schminke, ganz sachgetreu darzulegen hat.

Von Borkheim und aus dem letzten Briefe von Bonhorst weiß ich, daß die Finanzen der „Eisenacher" schlecht stehen. Zum Trost die Mittheilung, daß die Finanzen des Generalraths unter dem Nullpunkt sind, beständig wachsende negative Größen.

Dritter Brief.

Freunde! Zunächst meinen Dank für den ausführlichen Bericht über die Arbeiterpartei in Deutschland. Ich habe ihn dem Generalrath sofort mitgetheilt ꝛc.

Die verlangte Arbeit über die Grundeigenthums-Verhältnisse mußte wegen absoluten Zeitmangels einstweilen unterbleiben.

Den auf dem Braunschweiger Meeting erlassenen Aufruf (vom 24. Juli 1870) habe ich — wie Ihr aus dem von mir vorige Woche zugeschickten Manifeste des Generalraths ersehen haben werdet — stellenweise diesem Manifest einverleibt ꝛc.

Der Generalrath kann nach § 3 der Statuten den Kongreßtermin nicht aufschieben. Er würde jedoch unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen die Verantwortlichkeit eines solchen Schrittes auf sich nehmen, wenn er dazu die nöthige Unterstützung seitens der Sektionen fände. Es wäre daher wünschenswerth, daß uns in diesem Sinne ein motivirter Antrag offiziell von Deutschland zuginge.

Am Rande dieses 3. Briefes steht von Bracke geschrieben:

„Sofort zu thun."

Herr Liebknecht, aus dieser Korrespondenz ergiebt sich doch ein vollständig offizieller Verkehr zwischen dem Generalrathe und dem Ausschusse auch in politischen Angelegenheiten, und da Berichte doch nur an vorgesetzte Behörden gerichtet werden, ist aus der Korrespondenz auch ein Unterordnungs-Verhältniß des Ausschusses zum Generalrathe, welcher letztere die Oberleitung über Ihre Partei in Anspruch nimmt, konstatirt; ferner ist durch den ersten Brief Marx's erwiesen, daß die sozialdemokratische Partei als Sektion der Internationalen vom Generalrath betrachtet worden ist. Die Briefe von Marx an den Ausschuß sind nicht nur äußerlich offiziell gehalten, sondern Marx erklärt auch im 3. Briefe, daß er die Mittheilungen, welche er vom Ausschuß erhalten, offiziell dem Generalrath vorgelegt habe.

Liebknecht: In fast allen diesen Briefen handelt es sich nur um Angelegenheiten der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Daß seitens der Mitglieder derselben eine Unterordnung unter den Generalrath in administrativer Beziehung stattgefunden, ward und wird von unserer Seite nicht bestritten. Und daß unser Parteiausschuß in Verbindung mit dem Londoner Generalrathe getreten, erklärt sich dadurch, daß, da der Ausschuß alle Korrespondenzen für die Parteimitglieder besorgte, er auch gut daran zu thun glaubte, gleichzeitig die der Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation Deutschlands mit zu übernehmen, da die Partei auf dem Boden der Internationalen steht. Aber aus den jetzt vorgelesenen Briefen erhellt doch immer und immer wieder der von mir schon so oft betonte Umstand, daß die Organisation der Internationalen so beschaffen war, daß der Generalrath keine autoritäre oder diktatorische Gewalt ausüben konnte. Der Generalrath — das sagen Marx' Briefe — will und kann nicht selbständig in der Kongreßfrage vorgehen; er erwartet erst Vorschläge und Unterstützung von den Mitgliedern der Assoziation. Das schließt doch jede Deutung in einem Sinn, wie man ihn mit einem „Unterordnungs-Verhältniß" verknüpft, vollständig aus. Eine Zentralbehörde mit so wenig Machtvollkommenheit kann doch unmöglich auf eigene Faust eine revolutionäre Aktion unternehmen. Für die Form und Adressen der Briefe und den offiziellen Schein derselben sind wir nicht verantwortlich. Ich halte mich lediglich an den Inhalt der Briefe, und da ist es mir sehr angenehm, darauf

aufmerksam machen zu können, daß in dem zweiten Ausschußbriefe der Klique Heinzen-Bruhn als einer uns feindlichen gedacht wird. Auf dieses Moment hin werde ich zurückkommen müssen, wenn es sich darum handeln wird, zu beweisen, daß der in den Akten befindliche Heinzen'sche „Militärkatechismus" — als die Schrift eines Gegners von uns — für uns nicht belastend sein kann. Was die von Marx gewünschten „dreimonatlichen Berichte" betrifft, so beschränken diese sich lediglich auf statistische Mittheilungen über die Arbeiterklasse, und wenn der Generalrath solche Berichte aus Deutschland entgegengenommen hat, so that er dies in seiner Eigenschaft als Vermittlungsbehörde, und ist dies bei ihm ebensowenig strafbar, wie Aehnliches bei zahlreichen, ganz unpolitischen Gesellschaften.

Weiter: In einem der Briefe des Ausschusses wird die „Zustimmung" von Marx „erhofft". Dies betraf eine Differenz zwischen dem Ausschuß und mir. Der Ausschuß bat Marx um dessen Zustimmung — zur Ansicht des Ausschusses — lediglich zu dem Zweck, um die Ansicht und Anschauung Marx' mir gegenüber als Trumpf auszuspielen, nicht aber um ein diesfallsiges Verbot des Generalraths gegen mich herbeizuführen. — Endlich: Im ersten Briefe von Marx ist die Geldlosigkeit der Internationalen und unserer Partei betont. Nun, die Organisation, die ganz Europa und Amerika umstürzen will, müßte doch vor allen Dingen Geld haben. Und schließlich sei noch bemerkt, daß die Tagesordnung, welche für den in den Briefen besprochenen Kongreß projektirt war, trotz des Krieges nur ökonomische Fragen enthielt, was wiederum den wissenschaftlichen Charakter der Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation beweist.

Präsident: Herr Bebel, was haben Sie zu bemerken?

Bebel: Ich habe den Ausführungen Liebknecht's nur wenige Worte hinzuzufügen. Wir können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn der Generalrath in London, aus Unkenntniß der deutschen Vereinsgesetze oder aus Gleichgiltigkeit gegen dieselben — in London kann er ja nicht zur Befolgung deutscher Gesetze angehalten werden — seinem schriftlichen Verkehr eine offizielle Form gegeben hat. Zudem geht aber aus den vorgelesenen Aktenstücken auch nicht einmal bestimmt eine solche Form hervor.

Präsident: Herr Hepner, haben Sie etwas anzuführen?

Hepner: Ich wollte nur bemerken, daß es mir auch aus diesen Schriftstücken noch nicht klar geworden ist, warum ich eigentlich angeklagt bin. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Es ist durch die Auslassungen der Herren Angeklagten meine Schlußfolgerung aus den vorgelesenen Beweisschriften nicht im Geringsten widerlegt worden.*)

Hier ist weiter ein Brief Dr. Ladendorf's aus Zürich vom 1. Oktober 1869 an den Ausschuß, worin derselbe sich gegen die Baseler Beschlüsse wegen des Grundeigenthums („inhaltslose Phrasen", die aber „viel Unheil anrichten werden") und den dabei aufgetretenen „Kommunismus" ausspricht. — („Es giebt Kommunisten unter uns, und der Generalrath ist in Folge der Baseler Beschlüsse der reine Cäsaropapismus.") Herr v. Schweitzer und dessen Partei hielten sich von solchen „Fehlern" fern. Der Ausschuß in Braunschweig möge in der Partei eine Urabstimmung über jene Beschlüsse herbeiführen. — Ferner warnt Ladendorf vor Marx'schen „Hintergedanken" und bezeichnet die „Privilegien", welche dem Generalrathe in Basel eingeräumt worden, wegen ihrer „inquisitorisch-polizeilichen Natur" als „höchst bedenklich" und hebt hervor, daß er, wenn er sehe, wie durch die Baseler Beschlüsse eine „Diktatur" eingeführt und somit „die Revolution wegen des ihr fehlenden Tiefgangs zur Phrase werde", sein Versprechen wegen Unterstützung der Partei mit Geld aus dem Revolutionsfonds nicht mehr halten werde.

In einer Nachschrift fällt Dr. Ladendorf über den Präsidenten der Zigarrenarbeiter-Assoziation, Herrn Fritzsche, das Urtheil, man müsse sich solche „Gesellen" fern halten.

Sie sehen, Herr Liebknecht, daß die Meinung der Anklage hinsichtlich des Generalraths von Dr. Ladendorf getheilt wird.

Liebknecht: Das aus diesem Briefe hergeleitete Indizium für die diktatorische Macht des Generalraths muß ich bestreiten; der Brief enthält offenbar Uebertreibungen, welche der ärgerlichen Stimmung Ladendorf's über den wachsenden, den seinigen übertreffenden Einfluß der „Kommunisten" ihre Entstehung verdanken. Der Generalrath hat eine Arbeiter-

*) Diese Bemerkung — wir haben sie wörtlich dem „Leipziger Tageblatt" entlehnt — erlaubt sich ein Präsident zu machen, der gesetzlich dem Urtheil der Geschwornen in Nichts vorgreifen darf!

ſtatiſtik ſchaffen und eine wirkliche Propaganda organiſiren wollen und ſollen. Zu dieſem Behufe ſind ihm gewiſſe Befugniſſe vom Kongreſſe zu Baſel eingeräumt worden. Ladendorf ſteht aber den ſozialiſtiſchen Fragen etwas fern und iſt deshalb Gegner dieſer Beſchlüſſe; darauf reduzirt ſich das ganze Geſchrei von „Diktatur", „Privilegien" ꝛc. Der Brief zeigt nur, daß der Schreiber von krankhafteſtem Mißtrauen und galligem Haſſe gegen Marx erfüllt war, und daß die Partei ſich Bedingungen wegen der Subvention aus dem Revolutionsfonds nicht unterworfen, überhaupt nicht nach Ladendorf's Kopf gehandelt hat. Aus dieſem Brief, der die Verſchiedenheit des Ladendorf'ſchen und unſeres Standpunktes hervortreten läßt, ergiebt ſich daher auch ferner, daß die in anderen Ladendorf'ſchen Briefen befindlichen „Revolutions"-Phraſen für uns nicht belaſtend ſein können. Uebrigens ſagt Ladendorf ſelbſt in dieſem Briefe, daß Reſultate der Arbeiterbewegung erſt in der dritten Generation eintreten würden; daraus iſt erſichtlich, daß von ihm ein gewaltſames Unternehmen ſeitens der Partei nicht beabſichtigt ward.

Präſident: Herr Bebel, es iſt Ihnen nun Gelegenheit gegeben, ſich über die Sache auszuſprechen.

Bebel: Ich kann nicht begreifen, wie Ladendorf zu ſo falſchen Auffaſſungen über die Internationale hat kommen können. Wenn ich eine Vermuthung ausſprechen darf, ſo iſt es die, daß Ladendorf die innigen Beziehungen Liebknecht's zu Marx in Erfahrung gebracht und befürchtet hat, daß Erſterer von dem Letzteren allzuſehr beeinflußt werde. Ich beſtreite auf alle Fälle die Richtigkeit des Urtheils von Ladendorf.

Präſident: Sie haben wohl nichts darauf zu bemerken, Herr Hepner?

Hepner: Nein.

Präſident: Der Ausdruck „bedenkliche Privilegien des Generalraths" hat durch die Angeklagten eine thatſächliche Erläuterung nicht erfahren.*)

Wir kommen nun zu vier Konzepten (Nr. 12, 14, 15 und 16 aus dem ſchon mehrfach gedachten Korreſpondenzbuche des Ausſchußſekretariats), zu Briefen an Fink und

*) Auch dieſe „thatſächliche" — noch mehr als „Erläuterung" nämlich — Beeinfluſſung ſeitens des Herrn Präſidenten iſt dem „Leipziger Tageblatt" wörtlich entlehnt.

Hirsch in München, Kluge in Oberlungwitz und Bruhn in Altona, womit den Adressaten größere Partieen (30—300 Stück) von Nummern des „Felleisen", Organs der Arbeiterbildungsvereine der Schweiz, Mitgliedskarten der Internationalen und Agitationsschriften zum Vertriebe übersendet worden sind.

Es werden auch in diesen Briefen den Vereinen Instruktionen über ihr Verhalten ertheilt. Demnach haben die Vereine doch, trotz der entgegenstehenden Gesetze, eine Verbindung mit dem Ausschuß unterhalten.

Haben die Herren Angeklagten etwas darüber zu bemerken? Namentlich, wie der Ausschuß dazu kam, das „Felleisen" zu vertreiben?

Die Angeklagten: Nein.

Präsident: So kommen wir zu einem Briefe Ladendorf's, d. d. 6. Februar 1870, „An die Zentralstelle für Produktion, Konsumtion und Vermittlung in Braunschweig", in dem es heißt:

„Säße der Ausschuß in Berlin oder Wien, könnte er großartiger vorgehen; aber Braunschweig ist zu klein und zu eng und die polizeilichen Chikanen zu groß, als daß etwas Größeres sofort gelingen sollte — — — — — — — — — — — — —

Es sind ganz andere Mittel dazu erst flüssig zu machen; es ist dazu ein Umschwung der Anschauungen und Machtverhältnisse nothwendig, wie es nur eine revolutionäre Aktion hervorzubringen im Stande ist. Das projektirte Unternehmen führt mit innerer Nothwendigkeit von dieser Aktion ab. — — —

Soeben lese ich im „Volksstaat", daß B. (Bonhorst) wieder verhaftet ist. Ich sende daher das Geschriebene an Sie, geehrter Freund (Bracke). Es wird in der That Zeit, alle Kräfte dahin zu lenken, daß dieser nichtswürdigen Wirthschaft ein Ende gemacht wird. Wie lange wollen Sie sich denn mit solchem fürstlichen Gesindel noch herumquälen? Millionen Kreuzdonnerwetter (Stürmische Heiterkeit) müßten dreinschlagen, wenn — — wir nur olympische Blitze hätten. Also ruhig, sicher, umsichtig, fest, aber nur erst auf das eine erste Ziel —"

Außerdem werden in dem Briefe Vorschläge zum Vertrieb des „Felleisens" mit dem Bemerken gemacht, daß er, Ladendorf, bestrebt sein werde, im „Felleisen" das, „was in Deutschland nicht gesagt werden darf", zum Abdruck zu bringen. — Herr Liebknecht, der Brief beweist doch deutlich, daß Ladendorf auf eine politische Aktion hindrängte.

Liebknecht: Der Brief beweist nur deutlich — die Verschiedenheit der Auffassung Ladendorf's von der unsrigen. Ladendorf und wir sind insofern Gegner, als er die politische Frage in den Vordergrund stellt, wir die soziale Entwicklung. Während bei uns also diese in erster Linie steht, und die Frage: ob Republik oder Monarchie? in zweiter, drängt er zur politischen Aktion. Man kann in dem Briefe auch lesen, daß Ladendorf mit uns unzufrieden ist. Der Brief kann daher, selbst wenn er für Ladendorf belastend wäre, für uns nur entlastend sein. Ich weise jede Solidarität mit Ladendorf in diesem Punkte zurück.

Präsident: Herr Bebel, was sagen Sie dazu?

Bebel: Auf mich hat der Brief nur einen erheiternden Eindruck gemacht.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich bitte den Schluß des Briefes noch einmal zu verlesen, da das auf „Millionen Kreuzdonnerwetter" Folgende vorhin in der stürmischen Heiterkeit des Publikums verloren gegangen ist.

(Geschieht.)

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich behalte mir vor, wenn Ladendorf's Briefe vollständig zur Verlesung gelangt sein werden, Entlastungsmaterial in Bezug auf das Verhältniß Liebknecht's zu Ladendorf vorzubringen.

Präsident: Wir fahren also fort: In dem mehrgedachten Sekretariats-Korrespondenzbuch befindet sich unter Nr. 452 ein Konzept zu einem Briefe an Geib, worin diesem eröffnet wird, daß der Ausschuß noch keine Stellung zur Genfer Friedens- und Freiheitsliga genommen habe, da ein Anschluß an deren Programm gleichbedeutend mit dem Austritt aus der Internationalen wäre; zugleich aber wird die Nothwendigkeit, mit der Friedensliga Fühlung zu halten, betont.

Konzept Nr. 736 enthält einen Brief an Amand Gögg in Genf, welcher die Mittheilung des Grundes, aus welchem der Stuttgarter Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die offizielle Beschickung der Friedens- und Freiheitsliga abgelehnt hat, enthält.

Konzept Nr. 139 ist an Joh. Phil. Becker in Genf gerichtet mit der Anfrage:

a) wie es mit dem Anschlusse der Sektionsgruppe deutscher Sprache in der Schweiz an die sozialdemokratische Arbeiterpartei stehe und

b) ob das Zentralkomitee der Sektionsgruppe nicht aufgelöst werde, damit der Ausschuß in unmittelbare Verbindung mit dem Generalrath treten könne, wobei der Schreiber — v. Bonhorst — bemerkt, daß er darüber im Ausschuß referiren müsse.

Diese Fragen wurden in einem unterm 4. Februar 1870 datirten Brief „An Bürger Bonhorst, Sekretär des Zentralausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei", dahin beantwortet:

ad a) Zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen bestehe ein gleichberechtigtes und ebenbürtiges Bundesverhältniß und hätten beide unmittelbar mit dem Generalrathe zu verkehren.

ad b) Diese Frage könnte nur von der Generalversammlung der Sektionsgruppe, nicht vom Zentralkomitee entschieden werden, dasselbe werde jedoch einen solchen Auflösungsantrag nicht stellen.

Aus dem v. Bonhorst'schen Konzept, Herr Liebknecht, in welchem gegen den „Austritt aus der Internationalen" gesprochen wird, geht doch unzweifelhaft hervor, daß Ihre Partei ein Bestandtheil der Internationalen gewesen ist, ebenso wie aus der Becker'schen Antwort, daß der Ausschuß selbständig mit dem Generalrath verkehren solle.

Liebknecht: Ich bin erstaunt, Schriftstücke verlesen zu hören, welche einerseits von keinem der Angeklagten geschrieben und eben so wenig an einen derselben gerichtet sind, und welche andererseits nichts, gar nichts enthalten, was nach irgend einem Gesetze der Welt einen Hochverrath oder die Vorbereitung zu einem solchen involvirte. Zudem haben wir es hier sogar nicht einmal mit wirklichen Briefen, sondern nur mit Briefkonzepten zu thun, von welchen noch keineswegs feststeht, ob sie abgeschickt worden sind, und welche, wenn sie abgeschickt wurden, in der Reinschrift möglichenfalls ganz anders lauteten als im Konzept, und von denen dann noch erst nachgewiesen werden müßte, daß sie zwei Unterschriften haben, ehe sie für die Partei maßgebend sein können.

Wenn der Herr Präsident meint, aus der Stelle: „ein Anschluß an die Friedensliga bedingt einen Austritt aus der Internationalen", ergebe sich, daß die Partei als solche ein Bestandtheil der Internationalen sei, so ist dieser Schluß *falsch*. Die Friedensliga ist eine Bourgeois-Vereinigung,

die Internationale dagegen eine sozialistische, und wenn unsere international-sozialistische Partei sich einer Bourgeois-Vereinigung anschlösse, so würde sie die geistige Zugehörigkeit zur Internationalen einbüßen. Mehr vermag ich in dieser Stelle nicht zu finden. Die Korrespondenz zwischen Bonhorst und Becker bezieht sich auf den von mir geäußerten Wunsch eines direkten Verkehrs der deutschen Einzelmitglieder der Internationalen mit dem Generalrath in London.

Präsident: Ihrem ersten Einwand habe ich zu entgegnen, daß Briefkonzepte entworfen werden, um abgeschickt zu werden; und wenn ferner die Herren Angeklagten sich des Oefteren darüber beschweren, daß Anklageschriften verlesen werden, die sie nicht direkt berühren, so will ich nicht in Abrede stellen, daß das allerdings von diesem oder jenem Schriftstück, wenn man es für sich allein betrachtet, behauptet werden kann. Allein auf dies eine oder andere Schriftstück für sich allein kommt es hier nicht an, sondern auf den Gesammteindruck, der aus allen Schriftstücken hervorgeht, und der schließlich der entscheidende ist. Es ist daher unsere Pflicht, den Herren Geschwornen alles Material, welches überhaupt gegen Sie vorhanden ist, im Zusammenhang vorzuführen.

Liebknecht: Mit anderen Worten: die Quantität soll die Qualität ersetzen.

Staatsanwalt: Ich habe in Bezug auf das vorgeführte Material, dessen Zusammenhang mit der Anklage bestritten wird, zu bemerken, daß die Herren Geschwornen dadurch einen Einblick in das Gesammttreiben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erhalten sollen, und namentlich ein vollständiges Bild von dem Zusammenhang zwischen dem Generalrath, dem Ausschuß und den einzelnen Vereinen und dem Verkehr der Partei mit fremden Agitatoren und Gesellschaften.

Liebknecht: Für einen Prozeß wegen Verletzung der Vereinsgesetze wäre das Material vielleicht werthvoll, für einen Hochverrathsprozeß ist es ganz irrelevant.

Staatsanwalt: In welchem Zusammenhange dieses Material mit der Anklage steht, das werden Sie aus dem Schlußplaidoyer ersehen.

Bebel: Ich glaube nicht, daß die verlesenen Konzepte offizielle Briefe des Ausschusses repräsentiren, sondern Privatschreiben Bonhorst's. Im Uebrigen schließe ich mich Liebknecht

an und erkläre, daß wir, mindestens ich, mit der ganzen heute vorgelesenen Korrespondenz erst durch die Voruntersuchung bekannt wurden.

Präsident: Nach der Lage der Sache kann ich, was Sie meinten, nicht finden. Die Briefkonzepte sind allerdings von der Hand v. Bonhorst's, befinden sich aber in dem Buche, welches den Titel führt: „Korrespondenz des Sekretariats der sozialdemokratischen Arbeiterpartei".

Bebel: Eben dieser Titel beweist, daß es wohl Briefkonzepte des Sekretärs, nicht aber des Ausschusses sind.

Vertheidiger Freitag I. (Leipzig): Aus einem der vorgelesenen Konzepte geht allerdigs hervor, daß die Korrespondenzen Bonhorst's nicht allemale offizielle Schriftstücke des Ausschusses gewesen sind. Ich beantrage, daß das Konzept 139 noch einmal verlesen werde, worin Bonhorst sagt: erst wenn er von Becker Auskunft erhalten habe (bezüglich der Auflösung des Zentralkomitees der Sektionsgruppe und der Art der Korrespondenzführung mit dem Generalrath), erst dann werde er dem Ausschuß die Sache vortragen.

(Geschieht.)

Liebknecht: Nachträglich möchte ich noch zum Beweis, daß Bonhorst bisweilen ohne Vorwissen des Ausschusses gehandelt hat, erwähnen, daß die in einem Ladendorf'schen Briefe erwähnte „Zentralstelle für Produktion, Konsumtion und Vermittlung" als eine Privatidee Bonhorst's vom Ausschuß später desavouirt worden ist.

Hepner: Der Herr Präsident hat zugegeben, daß wohl einzelne der vorgeführten Schriftstücke an sich nichts gegen uns beweisen, und gemeint, daß aber ihr „Gesammteindruck entscheidend" sei. Ich glaube dagegen, das tausend mal Null immer noch Null ist — und tausend Beweisstücke, von denen jedes einzelne nichts beweist, in der Gesammtheit auch nichts beweisen.

Präsident: Ich wiederhole, das eine oder andere der vorgetragenen Aktenstücke würde zur Ueberführung der Angeklagten keineswegs ausreichen. Ob das bei Vorführung des gesammten Anklagematerials im Zusammenhange jedoch nicht der Fall sein wird, ist eine andere Frage. —

Wir kommen nun zu Konzept 738 aus dem Korrespondenzbuche, einer Antwort an Johann Philipp Becker, worin Vorschläge zur Bildung von Kommissionen für verschiedene, die Partei betreffende Fragen aus dem Grunde zurückgewiesen

werden, daß hierdurch die agitatorische Propaganda würde geschwächt werden, da die Arbeiter sich auf die Kommissionen verlassen und mit ihrer Selbstthätigkeit aufhören würden. Ich werde dieses Konzept den Herren Angeklagten vorlegen lassen, damit sie erklären, ob sie einräumen, daß das von Bonhorst geschriebene Konzept einzelne, entweder von Spier oder von Bracke herrührende Korrekturen enthalte.

(Geschieht. Die Angeklagten räumen das ein.)

Präsident: Somit geben Sie zu, daß dieser Brief ein offizieller war und nicht ein Privatbrief von Bonhorst.

Liebknecht: Um einen „Brief" handelt es sich ja auch hier nicht, Herr Präsident, sondern um ein Konzept. Was den Inhalt desselben anbetrifft, so wird sich aus dem Stuttgarter Kongreßprotokoll ergeben, daß das unter Becker's Präsidium stehende Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache zu Genf ein langes Aktenstück mit Vorschlägen zur Bildung derartiger Kommissionen — wie sie im Bonhorst'schen Konzept aufgezählt sind, — an den Stuttgarter Kongreß, welcher darüber auf meinen Antrag zur Tagesordnung überging und die Beantwortung dem Ausschusse überließ, gerichtet hat. Bonhorst's Konzept enthält vielleicht den Entwurf zu dieser Antwort.

Daß man sich nicht bewußt war, durch diese Art der Korrespondenzführung sich eines Vergehens schuldig zu machen, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß jener Beschluß, den Ausschuß mit der Beantwortung des Becker'schen Briefes zu betrauen, außer im Broschüren-Protokoll auch vorher im „Volksstaat" veröffentlicht worden ist, denn das Protokoll hat — bevor es als Broschüre abgezogen wurde — erst im „Volksstaat" gestanden.

Präsident: Wir gelangen nun zu dem von Herrn Liebknecht soeben erwähnten Schreiben des Zentralkomitees der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen an den Stuttgarter Kongreß, d. d. 4. Juni 1870, worin unter Anderem zur Empfehlung der Agitation unter der Landbevölkerung hervorgehoben wird, daß „die stehenden Heere die Hauptstützpfeiler alles politischen und sozialen Despotismus" seien, dieselben „vornehmlich durch die ländliche Bevölkerung" rekrutirt würden, und daß eben „zur Unterwühlung dieses Stützpfeilers sozialdemokratische Propaganda unter den landwirthschaftlichen Arbeitern und Kleinbesitzern, den Geist des blinden Gehorsams durch das Bewußtsein der Menschenwürde vernichtend, systematisch zu betreiben" sei.

Ferner ist hier ein Brief Johann Philipp Becker's an den Ausschuß, d. d. 1. Juli 1870, die vorhin mehrfach gedachten Kommissionsbildungs-Vorschläge betreffend. Haben die Herren Angeklagten darüber etwas zu bemerken, daß sich Becker in diesem Briefe indirekt beschwert, daß der Ausschuß und nicht der Kongreß selbst auf das vorgedachte Schreiben des Zentralkomitees geantwortet hat?

Liebknecht: Daß Becker seine Anträge angenommen zu sehen wünschte, ist sehr natürlich. Für diese Anträge selbst trägt der Parteikongreß, der durch den von mir provozirten Beschluß bewiesen hat, daß er eine Beeinflussung von anderer Seite nicht duldet, keine Verantwortlichkeit, da er über die Becker'schen Zentralkomitee-Anträge zur Tagesordnung verschritten ist. Diese Anträge waren übrigens, bei Licht besehen, sehr harmloser Natur. Sie holen mächtig aus, schlagen jedoch nur ganz leise — es ist Nasmyth's Dampfhammer*), in Bewegung gesetzt, um eine Eierschale zu zerbrechen.

Bebel: Für die Harmlosigkeit des Becker'schen Briefes spricht der Umstand, daß der darin vorkommende „Kampf auf Leben und Tod" sich auf eine — Arbeitseinstellung bezieht.

(Pause von 12—12¾ Uhr.)

Präsident: Wir fahren fort in der Vorlesung der Briefkonzepte und kommen zu einem Briefkonzept an Becker, worin der Ausschuß diesem gegenüber die Erklärung abgiebt, daß das ländliche Proletariat in die Reihen der Arbeiter zu ziehen sei, und sich beklagt, daß die Sektion Becker's sich wenig an den Sammlungen für die Waldenburger Streiker betheiligt habe. Ferner kommen wir zu Nr. 438, 236 und 518, sämmtlich an einen gewissen Quick in Zürich gerichtet und auf den Beitritt der schweizer Arbeitervereine zu der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bezug habend. Das erste Konzept drückt die Freude über den Beitritt der Genfer zur Arbeiterpartei aus, das zweite über den Beitritt der schweizer republikanischen Vereine zur Arbeiterpartei: letzteres mit den Schlußworten:

„Schließlich stimmen wir ganz mit Eurem Wunsche überein, durch die Energie unseres Willens bald den freien Volksstaat verwirklicht zu sehen."

*) Der größte in England.

In dem letzten Konzepte werden Vorwürfe darüber, daß die Schweizer Vereine ihre Beiträge nicht eingesendet und überhaupt nichts von sich hatten hören lassen, unter der Bemerkung erhoben, daß der Ausschuß geglaubt habe, die Schweizer Vereine betrachteten die Hebung und Stützung der Propaganda für die Republik in Deutschland als ihre oberste Aufgabe. Die Schweizer Arbeiter möchten darum die republikanische Partei in Deutschland mehr mit Geld unterstützen, da die Kassenverhältnisse der letzteren sehr ungünstig seien. — Haben die Herren Angeklagten hierzu etwas zu bemerken, namentlich darüber, von wessen Hand wohl das eine, nicht von Bonhorst herrührende Konzept ist?

(Nach Vorlegung des Korrespondenzbuchs)

Liebknecht: Ich glaube in diesem Konzepte, wie auch noch in mehreren anderen, die Handschrift von Lüdecke, der eine Zeit lang Mitglied des Ausschusses und Stellvertreter des Sekretärs gewesen ist, zu erkennen.

Präsident: Wir gelangen jetzt zu einem Artikel aus Nr. 9 des „Vorboten" (September 1870), des Zentralorgans der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiter-Assoziation in der Schweiz, redigirt von Johann Philipp Becker. Dieser Artikel enthält zunächst eine leidenschaftliche Beurtheilung der Maßregel des Generals Vogel v. Falkenstein gegen die Mitglieder des Ausschusses (derselbe ist unter Anderem mit der Bezeichnung „Oberhenkersknecht" bedacht), ferner geradezu in Gotteslästerung übergehende Anspielungen auf die Religion, wobei es scheint, als wenn sich der Verfasser bewußt gewesen sei, daß, „so lange die Arbeiter noch einen Funken von Religion besitzen, die Bestrebungen der Sozialdemokratie bei ihnen keinen Eingang finden würden"; und zum Schluß heißt es, in Bezug auf die Annexion von Elsaß und Lothringen, wörtlich:

„Von einem siegreichen Gewaltstaate aber zu verlangen, er möge die errungene Beute ohne Weiteres fahren lassen, heißt gerade so, als wollte man einem Tiger zumuthen, das erhaschte Schaf zu verschmähen und statt dessen, einem Esel gleich, Haferstroh zu fressen. Sollen die Tiger keine Schafe und die Gewaltstaaten keine Länder mehr verschlingen, so muß man sie umbringen. Die Zeit zu letzterem ist noch nicht da, aber sie wird unausbleiblich kommen."

Ich denke, es wird Ihnen wohl sauer werden, diesen Staat umzukrämpeln (Heiterkeit)!*) — Was haben die Herren Angeklagten auf diesen Artikel zu erklären?

Liebknecht: Ich lehne die Verantwortlichkeit für diesen Artikel, den ich nicht geschrieben habe und der in einer Schweizer Zeitung erschienen ist, umsomehr ab, als seine Anschauungen in verschiedenen Punkten von den meinigen abweichen, unter Anderem darin, daß er die Annexion, die ich bekämpfte, indirekt rechtfertigt.

Vertheidiger Frentag I. (Leipzig): Ich bitte zu konstatiren, daß der Artikel in der Schweiz erschienen ist.

Präsident: Das that ich schon. — Hat einer der Herren Angeklagten noch etwas zu bemerken?

Hepner: Mir ist der Artikel in der Untersuchung nicht vorgelegt worden und bis jetzt völlig unbekannt gewesen.

Präsident: In einem Artikel der Nr. 14 des „Vorboten" (November 1870), überschrieben: „Zur Lage", wird gegenüber der von den französischen Republikanern gewollten Fortführung des Krieges zum Zwecke der Nichtabtretung des Elsaß, ausgeführt, daß jede Fürsten- und Klassenherrschaft eine Fremdherrschaft sei, „indem das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur Gnade finde, wo es den Herrscherzielen in den Kram passe". Dann heißt es in Bezug auf den deutsch-französischen Krieg wörtlich:

„Immerhin würden wir, wenn Wünsche etwas nützen, von Herzen wünschen, Frankreich möchte nun als Gegendienst die gesammte deutsche Armee und das ganze preußische Königshaus gefangen nehmen; dann könnte man in Deutschland ebenfalls die Republik proklamiren und bei Gelegenheit der gegenseitigen Auslieferung der großen Armeen und der Deportirung der Kaiser und Könige ein allgemeines Völkerverbrüderungsfest feiern, und zum Jubel der Menschheit die Republik der Vereinigten Staaten Europas begründen."

Dieser Satz zeigt doch, daß Ihre Partei jede Gelegenheit ergreifen würde, um ihre Absichten zu verwirklichen.

Vertheidiger Frentag I. (Leipzig): Ich konstatire, daß der Herr Präsident sich nicht damit begnügt hat, das Schriftstück verlesen zu lassen, resp. ein Resumé zu geben, sondern daß er dasselbe auch einer Kritik unterzogen hat.

*) Dieser Satz ist dem Hans Blum'schen Bericht entlehnt.

Präsident: Nein, das Letztere geschah nicht. Ich habe nur einen Schluß gezogen.

Liebknecht: Ich verlange, daß der Schreiber dieses Artikels, welcher ich ebenso wenig bin, wie einer von meinen Mitangeklagten, nicht mit der Partei identifizirt werde, und weise jede Solidarität in juristischer und sonstiger Beziehung zurück.

Präsident: Der „Vorbote" ist aber ein Parteiorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache, und diese Gruppe hat — nach Ihren eigenen Zugeständnissen — mit Ihrer Partei in engster Verbindung gestanden.

Liebknecht: Ich bemerke, daß es in vielen Ländern Arbeiterorganisationen giebt, daß aber die speziellen Programme dieser Verbindungen selbstverständlich verschieden sind. In monarchischen Ländern konstituiren sie sich nach monarchischen, in republikanischen nach republikanischen Gesetzen. Uns für Alles verantwortlich machen wollen, was irgendwo von Arbeitern und Arbeiterorganisationen gethan wird, wäre ungefähr ebenso gerecht und logisch, als alle Protestanten für Mörder zu erklären, weil der Mörder Trauppmann*) ein Protestant war. Noch einmal, ich weise jede Solidarität zurück, zumal ich den in jenem Artikel enthaltenen Anschauungen (hinsichtlich der Annexionsfrage) im „Volksstaat" seiner Zeit entgegengetreten bin.

Hepner: Der Herr Präsident scheint zu glauben: Parteigenosse ist Parteigenosse, und für das, was der eine thut, ist jeder andere verantwortlich. Wollten wir diesen Grundsatz: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist", in derselben Weise anwenden und durchführen, so könnten wir zu sonderbaren Schlüssen kommen. So z. B. hat das „Leipziger Tageblatt", Amtsblatt des hiesigen Bezirksgerichts, am 9. November 1870 in einem Artikel Plünderungen von Luxusgegenständen gelobt, welche von Seiten deutscher Soldaten in Frankreich verübt worden sind. Wie nun, wenn wir — nach demselben Verfahren, welches der Herr Präsident gegen uns anwendet — das Leipziger Bezirksgericht für diese Lobspendung verantwortlich machen wollten?!! (Stürmisches Bravo und Beifallklatschen aus dem Publikum. Bewegung. Der Präsi-

*) Ein Pariser Verbrecher, der sich seinerzeit großer „Berühmtheit" erfreute. (1894).

dent weist die Störung von Seiten des Publikums zurück und droht im Wiederholungsfalle derselben mit Räumung des Saales.) Gar so strikte läßt sich also jener Grundsatz nicht durchführen. Schiebe man nur nicht uns in die Schuhe, was in der Schweiz geschrieben worden ist!

Präsident: Ich bemerke, daß die Herren Angeklagten wiederholt eine enge Verbindung mit der Schweizer Gruppe zugestanden haben.

Bebel: Gewiß, und zwar nicht nur eine allgemeine, geistige Verbindung, wenigstens was mich anbelangt. Ich habe bereits erklärt, daß ich ehemals zu der Genfer Sektion der Internationalen gehörte, daß ich dorthin einen Beitrag entrichtete. Aber ist darum das dort, in der Republik Schweiz, Geschriebene für uns hier bindend?

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich ersuche den Herrn Präsidenten, er möge die Herren Angeklagten darüber befragen, ob sie den „Vorboten" verbreitet haben.

(Dies geschieht.)

Liebknecht: Nein.

Bebel: Ich erhielt das Blatt regelmäßig, da es mit meinem regelmäßig nach der Schweiz geschickten Beitrage gleichzeitig bezahlt war. Jene Artikel habe ich damals zufällig nicht gelesen. Verbreitet habe ich den „Vorboten" eben so wenig, als es die Expedition des „Volksstaat" gethan hat.

Präsident: Wir kommen nun zu zwei Briefen Raspe's, „Zentralpräsident des Vororts deutscher Arbeitervereine der Schweiz", vom 28. Juni und 28. Oktober 1870 an Bracke und bez. Liebknecht, worin derselbe seine Flucht aus Oesterreich schildert und sich tadelnd über die einseitig nationale Haltung Ladendorf's ausspricht. Weiter ist bemerkt, daß Ladendorf Vieles an der „Wirthschaft" in Deutschland tadele, von Bebel eine viel günstigere Meinung als von Liebknecht habe u. s. w., und schließlich, daß den Schweizern die Haltung des „Volksstaat" als „zu wissenschaftlich und nicht energisch genug" vorkomme.

Herr Liebknecht, bestätigen Sie, daß diese beiden Briefe von Raspe herrühren, und haben Sie etwas zu denselben zu bemerken?

Liebknecht: Ja. Raspe ist auf kurze Zeit Zentralpräsident des Vororts deutscher Arbeitervereine der Schweiz *gewesen*. Uebrigens will ich nur mit besonderer Genug-

thuung konstatiren, daß — nach dem einen Raspe'schen Briefe — den Schweizern der „Volksstaat" „zu wissenschaftlich" vorkam.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Da der Herr Präsident bei anderen Schriftstücken nach deren Verlesung in der Regel nur die scheinbar belastenden Momente nochmals hervorgehoben hat, möchte ich denselben bitten, hier auch einmal zur Entlastung der Herren Angeklagten etwas zu konstatiren, nämlich daß, nach dem Raspe'sche Briefe, die schweizer Mitglieder mit der Haltung des „Volksstaat" wegen dessen „Wissenschaftlichkeit" und „Mangel an Energie" — mit andern Worten: wegen dessen Mäßigung — nicht zufrieden gewesen seien.

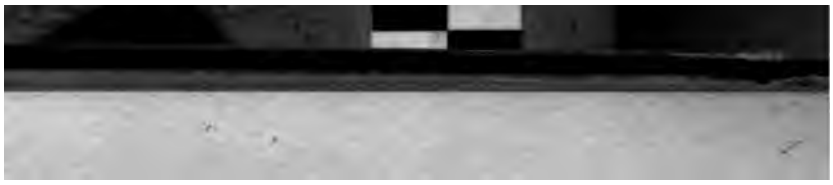
Präsident: Ich bin der Meinung, daß die Betonung derartiger Umstände zunächst Aufgabe der Vertheidigung sei. Der Raspe'sche Brief ist vorgelesen worden und die Herren Geschwornen haben die Worte, die der Herr Vertheidiger noch besonders konstatirt zu sehen wünscht, gehört.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Es ist das höchst sonderbar. Belastungsmomente werden durch den Herrn Präsidenten sofort konstatirt, während alle Entlastungsmomente der Vertheidigung zur Konstatirung überlassen werden.

Präsident: Dafür ist auch den Herren Angeklagten genügende Gelegenheit geboten, von ihrem Vertheidigungsrecht den umfassendsten Gebrauch zu machen.

Wir fahren nun in der Untersuchung nach der Beweismittelliste fort und gelangen zum „Felleisen", dem Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine der Schweiz, redigirt von Gögg und Dr. Ladendorf, und zwar zunächst zu einem Artikel in Nr. 1 vom 1. Januar 1869, mit dem Titel: „Unsere Grundsätze". Es wird darin erwähnt, daß auf der Zentralversammlung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz zu Neuenburg am 9. und 10. August 1868 als allgemeine Gesichtspunkte eines Programms, auf das der Redakteur des „Felleisen" zu verpflichten sei, folgende beschlossen worden seien:

„In politischer Hinsicht hat das Blatt ausschließlich den demokratisch-republikanischen Standpunkt zu vertreten; in sozialer Beziehung ist auf dem Wege der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit der Arbeiter jedes Landes die Gleichberechtigung aller Menschen am Lebensgenusse der maßgebende Gesichtspunkt, so daß als Ziel aller sozialpolitischen Bestrebungen die Herstellung gerechter sozialer Institutionen und Errichtung eines europäischen Freistaatenbundes hervorleuchtet."



Die Redaktion bezeichnet sodann als das Ziel aller heutigen, wahrhaft selbstbewußten Arbeiterbestrebungen die sozialdemokratische Föderativrepublik und fährt dann wörtlich fort:

„Man darf sich nicht verhehlen, daß es in dem Kampfe um die höchsten Menschenrechte noch zu gewaltigen Krisen und Zusammenstößen kommen wird. Wir halten es in diesen Krisen, die der gewaltthätige Widerstand der selbst- und herrschsüchtigen Regierungsparteien allein verschuldet und zu verantworten hat, nicht allein für das Recht, nein, für die Pflicht jedes Arbeiters und Gesinnungsgenossen, Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben. Es setzt einen kläglichen Begriff von politisch-sozialer Freiheit oder erbärmliche Charakterlosigkeit und Feigheit voraus, wenn man meint oder gar predigt, daß Völker, denen noch die ersten Bedingungen zur friedlich-freiheitlichen Entwicklung fehlen, auf dem sogenannten Wege der Reform, durch sogenannte gesetzliche Agitationen zur wirklichen Freiheit gelangen könnten.

Der Kampf ist allerdings auf dem gegebenen Boden aufzunehmen und nach allen taktischen Regeln der Klugheit zu führen, aber auch mit aller Energie. Es wird die Revolution die Entscheidung bringen."

Schließlich werden Diejenigen als Verräther bezeichnet, welche denken, daß das Programm in einer Monarchie verwirklicht werden könne.

Ferner ist in Nr. 2 von 1869 ein Aufsatz, überschrieben: „Zur Tagesgeschichte", worin es heißt: „Nur durch Volkserhebungen kommen wir zum Ziele. Kammerreden und Diplomatenkniffe haben für uns wenig Werth und führen nur zu Flickwerk. Möge sich insbesondere dies das deutsche Volk zum Neujahrsgruß gesagt sein lassen."

Und in Nr. 37 vom 13. September 1869 befindet sich im Feuilleton ein Gedicht, „Proletarierlied", das also lautet:

„Frisch auf zum Barrikadenbau,
Wo Fürstenmacht zerschellt,
Zerdrückt mit Fäusten, breit und rauh,
Die alte Bourgeoiswelt.

Wir dulden keinen Cäsar mehr,
Der, Volk, Dein Mark verzehrt,
Dein Kind für ein Bedrückerheer
Zu Schergendienst begehrt.

Des Volkes Wille sei Gesetz!
Er ist's mit Recht und Fug.
Der Landsgemeinden weites Netz
Verdräng' des Landtags Trug.

Gemeinheitseigen sei die Flur,
Der Wald, das grüne Land!
So beut die Ackerfurche nur
Uns Brot für jede Hand.

Dann wird die Arbeit lohnend sein,
Genossenschaft uns blüh'n,
Dann bricht durch langen Dämmerschein
Der Freiheit Morgenglüh'n.

Dieses „Felleisen" ist auf dem Eisenacher Kongreß Ihrer Partei zum Organ Ihrer Schweizer Parteigenossen erklärt und im „Volksstaat" den Parteigenossen zur Lektüre empfohlen worden. In den verlesenen Artikeln ist der republikanische Standpunkt in extremster Weise vertreten, es wird die „sozialdemokratische Föderativrepublik" für Europa gefordert. Es ist die Rede von „gewaltigen Krisen und Zusammenstößen", die da kommen werden. Es sei „die Pflicht der Arbeiter", zur „Gewalt" zu greifen, da im Wege der „gesetzlichen Reform" nichts zu erreichen sei. Wer die Erfüllung der Arbeiterforderungen in einer Monarchie für möglich halte, der sei ein „Verräther". Dann ist noch darin ein „Proletarierlied" von ausgeprägt kommunistisch-revolutionärem Charakter enthalten. — Haben die Herren Angeklagten etwas darüber zu bemerken?

Bebel: Ich räume ein, daß das „Felleisen" in einem gewissen Sinne das Organ unserer Partei in der Schweiz ist und daß es auch in gewissem Sinn von uns im „Volksstaat" den Parteigenossen zur Lektüre empfohlen worden ist.

Es ist aber keineswegs Parteiorgan in dem Sinne, wie der „Volksstaat", vielmehr nur in der rein äußerlichen Weise, daß diesem Blatte die offiziellen Kundgebungen des Ausschusses zugesendet wurden; es geschah dies jedoch in derselben Weise, wie man auch die „Volksstimme" in Wien zum Parteiorgan in Oesterreich gemacht. Wir sind und waren ohne jedes Kontrollrecht über den materiellen Inhalt des Blattes und ohne jeden Einfluß auf die Redaktion — die nicht, wie die Redaktion des „Volksstaat", vom Ausschuß ernannt worden ist (eben so wenig wie die Redaktionen der übrigen Parteiorgane, die reine Privatunternehmungen sind) —, und wir müssen daher jede Verantwortung für den Inhalt der fraglichen Artikel sowohl für uns, als für unsere Partei ablehnen. Das „Felleisen" hatte übrigens schon längst bestanden, als unser Kongreß es zum Parteiorgan im gedachten Sinn bestimmte.

Was endlich den Umstand betrifft, daß das „Felleisen" im „Volksstaat" empfohlen worden ist, so erkläre ich, daß nur wie bei allen übrigen Parteiorganen so auch beim „Felleisen" quartaliter zum Abonnement im „Volksstaat" eingeladen worden ist.

Hepner: Ich habe die „Felleisen"-Artikel erst aus der Untersuchung kennen gelernt.

Präsident: Wir kommen nun zu einem Brief Becker's, d. d. 9. April 1869, und Dr. Ladendorf's, d. d. 12. Dezember 1868. Beide sind nur in beglaubigter Abschrift vorhanden, da die Originale sich bei den Akten des Wiener Hochverrathsprozesses gegen Oberwinder und Genossen befinden. Die Adressaten sind unbekannt. In dem Briefe Becker's kommt die Stelle vor: „Wir haben ja nicht blos mit den Zwergen, sondern auch mit den Riesen der Gewalt in Europa Abrechnung zu halten, und hierzu hat die Stunde noch nicht geschlagen. Es bleibt uns noch viel Selbstüberwindung zu üben, viel Ingrimm zu unterdrücken, viel Druck, Entbehrung und Leiden auszuhalten, bis der Hochzeitstag erscheint und die Geschichte sich erfüllt." — In dem Briefe Ladendorf's wird Verbreitung des „Felleisen" unter den Berliner und Wiener Arbeitern gewünscht. — Was haben die Herren Angeklagten hierzu zu bemerken?

Liebknecht: Ich protestire gegen die Benutzung dieser Beweisstücke, da sie mir in der Voruntersuchung nicht vorgelegt worden sind.

Präsident weist das Gegentheil aus den Akten nach.

Liebknecht: Die Bedeutungslosigkeit dieser Briefe für den Prozeß ließ mich also ihre Vorlegung wieder vergessen. Jedenfalls möchte ich mir die Bemerkung erlauben, 1. daß Becker und Ladendorf nicht auf der Anklagebank sitzen, und 2. daß die Anklage einen internationalen Charakter annimmt, indem sie ihre Beweisstücke aus Oesterreich und dem Auslande herbeizieht.*)

*) Hans Blum referirt so:

„Präsident: Herr Liebknecht, was sagen Sie?

Liebknecht: Daß weder Becker noch Ladendorf auf der Anklagebank sitzen und ich sie noch nie gesehen habe.

Präsident: Das ist nicht richtig."

Wo der Mann eigentlich seine Ohren gehabt haben mag, das wissen die Götter.

Präsident: Dies ist, da es sich um die beabsichtigte Errichtung einer europäischen Föderativrepublik handelt, auch nothwendig gewesen.

Liebknecht: Ich erlaube mir zu wiederholen, daß ich Gegner einer Föderativrepublik bin.

Bebel: Auf etwas sehr Wesentliches möchte ich die Aufmerksamkeit des hohen Gerichtshofs lenken, nämlich darauf, daß die beiden Briefe zu einer Zeit, wo die Partei noch gar nicht existirt hat, geschrieben worden sind.

Hepner: Ich bin zu jener Zeit, Ende 68 und Anfang 69, noch gar nicht Sozialdemokrat gewesen.

Liebknecht: Rücksichtlich des Ladendorf'schen Briefes führe ich zum Beweis für die geringe Verbreitung des „Fell-eisen" an, daß dieses jetzt nicht mehr wöchentlich, sondern nur noch monatlich ausgegeben wird.

(Schluß der Sitzung $3^1/_2$ Uhr.)

Achter Verhandlungstag.

Dienstag, den 19. März.

Eröffnung der Sitzung früh 9 Uhr.

Präsident: Es sollen nunmehr eine Reihe von Aufsätzen aus dem „Volksstaat" vorgelesen werden; vorher ist jedoch Einiges festzustellen. Nach Angabe der Herren Angeklagten in der Voruntersuchung hat der Ausschuß ein Oberaufsichtsrecht über die Redaktion gehabt, und Herr Liebknecht als verantwortlicher Redakteur 40 Thlr., Herr Hepner als Mitredakteur 25 Thlr. und Herr Bebel als Expedient 12 Thlr. monatlichen Gehalt aus der Parteikasse erhalten, Herr Bebel aber während des Krieges darauf verzichtet. — Bestätigen dies die Herren Angeklagten? —

Liebknecht: Im Wesentlichen ja.

Bebel: Seit Anbeginn der Untersuchung habe ich meine Stelle niedergelegt.

Hepner: In neuerer Zeit zeichnete ich als verantwortlicher Redakteur.

Präsident: In Nr. 1 vom 2. Oktober 1869 ist ein Aufruf, d. d. 1. Oktober „An die Parteigenossen", unterzeichnet vom Ausschusse und der Redaktion, welcher den

Geburtstag des Blattes feiert und nach Darlegung der Prinzipien der Partei, welche mit denen des „großen und vielgeschmähten Bruderbundes der Arbeiter aller Länder" übereinstimmen, mit dem Rufe schließt: „Es lebe der sozialdemokratische Volksstaat! Es lebe die sozialdemokratische Agitation!"

Haben die Herren Angeklagten hierzu etwas zu bemerken?

Liebknecht: Nein.

Bebel: Nein.

Hepner: Erst recht nicht.

Präsident: Wir schreiten jetzt zur Verlesung des von der Königl. Staatsanwaltschaft als belastend betrachteten Artikels im „Volksstaat" Nr. 4 unter der Ueberschrift „Politische Uebersicht". Das Interesse der Anklage würde vollkommen gewahrt sein, wenn einzelne Stellen daraus verlesen würden. Es hat aber die Vertheidigung dagegen protestirt, daß nur einzelne Stellen verlesen werden, und verlangt, daß die ganzen Artikel zum Vortrag kommen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Das bedarf einer kurzen Erläuterung. Wir wollen nur nicht einzelne Stellen, welche die Staatsanwaltschaft für besonders belastend hält, aus dem Zusammenhang reißen lassen, auf den es hauptsächlich ankommt. Wir beantragen, daß der Herr Präsident uns bei jedem Artikel angebe, welche Stellen die Anklage für besonders gravirend hält, und daß er nur, wenn wir es für nothwendig erachten, den ganzen Artikel zur Verlesung bringen lasse.

Präsident: Diesem Wunsche steht meinerseits nichts entgegen.

In Nr. 4 der „Politischen Uebersicht" heißt es, nachdem des österreichischen „Bürgerministeriums" gedacht war:

„Die brutale Verfolgung der Sozialdemokratie dauert fort. Um nicht gehen zu müssen, verrichtet der „liberale" Mohr die schmutzigste Arbeit seines reaktionären Herrn und wird schließlich doch — gegangen, und wie immer und immer von Rechtswegen mit einem Fußtritt. Offen gestanden: es freut uns, daß die Seifenblase der „neuen Aera" gerade jetzt in Oesterreich geplatzt ist. So nützlich ein liberales Oesterreich als Gegengewicht gegen das bismarckische Preußen sein müßte, so gefährlich wäre es uns an dem Tage geworden, wo in Frankreich die Republik proklamirt wird. Ganz Oesterreich wäre eine Zeit lang, und

zwar in der entscheidenden Zeit, für die revolutionäre Bewegung verloren gewesen. Dank der Verblendung des Kaisers und seiner Rathgeber ist diese Gefahr nun beseitigt und das täuschende Luftbild der konstitutionellen Scheinfreiheit steht nicht mehr zwischen dem Volk und seinen Feinden."

Aus dieser Stelle geht doch hervor, Herr Liebknecht, daß Sie Hoffnung auf eine Bewegung in Oesterreich gesetzt haben?

Liebknecht: Ja, aber der Artikel ist im Oktober 1869 geschrieben, wo die Republik in Frankreich noch in weiter Aussicht stand. Von einem Plan kann also nicht die Rede sein. Und nur in einem Plan könnte Hochverrath stecken, nicht aber in „Hoffnungen".

Präsident: In Nr. 5 befindet sich ein Artikel von Hermann Greulich „Zur Heulmeierei gegen den Baseler Kongreß", worin es heißt:

Auch ich bin einer von Denen, welche für Abschaffung des Privateigenthums an Grund und Boden gestimmt haben, wenn auch mit der Motivirung, daß sich diese soziale Umwälzung nur durch den ausgesprochenen Willen der Mehrheit des Volkes (durch die direkte Gesetzgebung durch das Volk) vollziehen kann. Warum?

„Weil diese Frage die Tages- und Lebensfrage des englischen Proletariats ist, dessen große Masse von einer kleinen Zahl von Grundbesitzern auf die entwürdigendste Weise politisch und sozial bevormundet und ausgebeutet wird, und weil diese Frage in England ihrer Lösung entgegengeht. Der Kongreß der Trades-Unions in Birmingham hat vor etwa 4 Wochen eine Resolution angenommen, daß Grund und Boden Staatseigenthum werden soll. Wenn ich mir die Zustände vorstelle, welche herrschen würden, wenn der Grund und Boden in der Schweiz ein paar hundert reichen Herren gehörte, welche meilenweite Strecken zu Jagdgründen, zur Fuchshetze und andern noblen Passionen verwendeten, und welche ausschließlich die Gesetzgebung und Regierung in den Händen hätten; wenn ich daneben mir einige Millionen Lohnarbeiter (auch auf landwirthschaftlichem Gebiet) vorstelle, welche hungernd in Unwissenheit aufwachsen und ihr Lebenlang herumirren müssen, damit der Herr und der Pächter (Unternehmer) eine große Grundrente beziehen können; wenn ich mir im Geist die englischen Zustände überhaupt auf den Theil der Erde versetze, wo ich lebe, und mich frage: wie ist einer solchen unerhörten Knechtschaft abzuhelfen und wie sind die, durch den Großbetrieb vortheilhaft erlangten Güter des Grund und Bodens Allen zuzuwenden? so müßte ich ein Esel sein, wenn ich sagte: das soll alles in kleine Stücke zerschlagen werden, damit

jeder kleine Besitzer nach seinem beschränkten Verstand eine verknorzte Zwergwirthschaft führen kann. — Ich sage vielmehr: der Grund und Boden soll der Gesammtheit gehören, er soll kooperativ (in genossenschaftlicher Art) durch die Gemeinden im Großen und nach wissenschaftlichen Prinzipien bebaut werden.

„Es steht deswegen die Erwerbung von sonstigem Privateigenthum, sowie auch die Auswanderung Jedem frei; überdies entscheidet die Gesammtheit selbst direkt über Gesetze ꝛc. und ist deshalb von Diktatur, Schreckensherrschaft u. s. w. keine Rede. So stellte und stelle ich mir den wahrscheinlichen politisch-sozialen Entwicklungsgang Englands vor, als ich mit „Ja" votirte. Lieber hätte ich gesehen, wenn man nicht abgestimmt hätte, — wie auch Liebknecht sagte, über Theorien könne man nicht abstimmen, — es wurde aber abgestimmt, und da hätte ich ein verneinendes Votum für reaktionär gehalten, reaktionär gegen unsre Brüder, die unterdrückten und ausgebeuteten Proletarier Englands.

„Anders steht es auf dem Festlande: in Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich. Da ist der Grundbesitz zersplittert und sind die armen Bauern (Schuldenbauern) durch das geliehene Betriebskapital von den Kapitalisten abhängig; daneben giebt es aber auch, namentlich in Süddeutschland und der Schweiz, eine beträchtliche Menge Gemeindeeigenthum, welches auch mit Ausnahme der Waldungen meistens im Kleinen bebaut wird. Wie sich da die Sache weiter machen wird, ist nicht so leicht zu sagen. Man kann nicht schlechtweg behaupten, daß sich, sowie in England im letzten Jahrhundert, so auch hier das Grundeigenthum in die Hände Einzelner konzentriren wird; es ist möglich und auch wünschenswerth, daß durch Staatsbanken und Gemeinde-Garantie-Genossenschaften die Bauern sich von den Kapitalisten mehr emanzipiren und durch gemeinschaftliche Anschaffung von Maschinen, sonstige gemeinschaftliche Einkäufe, Erbauung gemeinschaftlicher und sicherer Scheuern, verbesserte landwirthschaftliche Schulen u. s. w. mehr zu kooperativer (genossenschaftlicher) Arbeit hingeleitet werden, und so auf anderem Wege zu denselben Resultaten gelangen wie England; aber das zu bestimmen ist nicht unsere Aufgabe, wir sind keine Systemkrämer, und die Ansichten der Delegirten zum Baseler Kongreß gingen in dieser Beziehung sehr weit auseinander.

„In diesen Sachen löst sich der „hirnverbrannte" Beschluß, wie man denselben mit Bourgeois-Entrüstung nannte, auf. Es mag sein, daß es Leute giebt, welche mit einer Diktatur das Privateigenthum an Grund und Boden abschaffen wollen, aber die Mehrheit stand entschieden nicht auf diesem Standpunkte.

„Wir Alle mit einander haben noch viel zu lernen und wenn wir tolerant und vorurtheilsfrei anderen Ansichten ins Antlitz

schauen und unsere dagegen austauschen, so wird sich Alles mehr und mehr klären, denn wir Menschen alle mit den verschiedenartigsten Anschauungen und Neigungen ergänzen einander und brauchen einander, und wenn der Tag hereinbricht, wo die Arbeiter in erster Linie im dumpfen Massenschritt gegen die Zwingburgen der Tyrannei vorrücken, dann werden wir auf's Neue einander die Hände drücken und der Sieg wird unser sein."

Herr Liebknecht, was haben Sie hierzu zu bemerken?

Liebknecht: Ich kann in dem Artikel, (den ich seiner Zeit darum für werthvoll gehalten habe, weil er geeignet war, das Odium der Baseler Beschlüsse gegen das Grundeigenthum zu mindern) nichts Verfängliches erblicken. Die Worte „dumpfer Massenschritt" sind Lassalle'sche Ausdrücke, die bei den Arbeitern gang und gäbe sind, ohne irgend welche mystisch-revolutionäre Nebenbedeutung. Dies beweist für den vorliegenden Fall unter Anderem auch der Umstand, daß der Artikel auf die zur Zeit praktische Unausführbarkeit der Baseler Beschlüsse hinweist. — Bei dieser Gelegenheit halte ich es für angezeigt, auf die von mir bei der Redaktionsführung befolgten Prinzipien noch einmal zurückzukommen: Der Staat hatte die Zensur abgeschafft; wie hätte ich eine Zensur über meine Mitarbeiter ausüben sollen? Ich konnte doch unmöglich die Absicht haben, die vom Staate abgeschaffte Zensur bei der Redaktion des „Volksstaat" wieder einzuführen? — Zudem mußte ich — namentlich von auswärts eingesandte Arbeiten (ebenso wie Aufrufe, Programme u. s. w.) — auch wenn sie meiner persönlichen Anschauung nicht entsprachen, schon deshalb unverändert aufnehmen — falls sie nur überhaupt sozialdemokratisch waren — weil das Blatt offizielles Parteiorgan ist. — Wenn ich über Preßfreiheit andere Ansichten hege, als Mancher hier im Saale, und mitunter die deutschen Preßgesetze verletzt habe, so ist dies wesentlich eine Folge meines langen Aufenthalts in England und der Schweiz (von 1849 bis 1862), Ländern, wo die Preßfreiheit vollkommen unbeschränkt besteht. Ich habe da gelernt, daß der freie Meinungsausdruck nicht gefährlich für den Staat ist, und nur gleich dem frischen Luftzug die Atmosphäre reinigt. Die englische Monarchie, die kräftigste in Europa, hat ihre Stärke gerade darin, daß sie das Individuum in seiner Bewegung nicht hindert und polizeilich nicht chikanirt. Wir haben es im Jahr 1848 erlebt, daß die Monarchie England von den revolutionären Stürmen

am Wenigsten erschüttert wurde, allein (nebst Belgien, das ebenfalls volle Preßfreiheit besitzt) die Feuerprobe bestanden hat; daß jedoch in den Ländern, wo die Polizeigewalt auf der individuellen Freiheit lastete, die Erschütterung eine so große war, daß nur die Gutmüthigkeit und politische Unreife des Volkes den Sturz der Königs- und Fürstenthrone verhinderte. — Ich muß also die geistige Verantwortlichkeit für jeden einzelnen Artikel ablehnen, die juristische habe ich hinlänglich tragen müssen; denn gegen den „Volksstaat" sind in dem gleichen Zeitraume mehr Preßprozesse geführt worden, als gegen die sämmtlichen übrigen Zeitungen Sachsens und wohl ganz Deutschlands zusammengenommen. — Ich habe den Willen gehabt, das Gesetz zu respektiren; ich mußte ihn haben, denn sonst würde ich ja mit dem Kopfe gegen die Wand gerannt sein. Meine Absicht ist allerdings gewesen, und ist immer, bis an die äußerste Linie des Erlaubten, genau bis an die Linie zu gehen, wo die Behörden nach dem Gesetze gegen mich einschreiten können. Zu meinem Erstaunen sehe ich aber jetzt, daß die Anklage, statt jenseits, diesseits dieser Linie ihr Material für die Beschuldigung der Vorbereitung des Hochverraths zusammensucht, nachdem sie jahrelang nicht eingeschritten ist, sondern mich ruhig gewähren, mich ungewarnt über diese Linie hinausgehen ließ, wissend, daß mein Thun Vorbeitung zum Hochverrath involviren könne. Auf dieses wichtige Moment, welches, falls Hochverrath vorläge, die Mitschuld der Behörden impliziren würde, wird die Vertheidigung späterhin noch zurückzukommen haben. —

Im Allgemeinen ist übrigens der vorliegende Artikel schon deshalb entlastend, weil er konstatirt, daß der auf dem Baseler Kongreß über das Kollektiveigenthum an Grund und Boden gefaßte Beschluß nicht von den deutschen, sondern von den englischen Mitgliedern der Internationalen ausgegangen ist, welche darin bei den ganz eigenthümlichen, auf Grund und Boden bezüglichen Eigenthumsverhältnissen Englands nur eine Wiedererstattung des von den normännischen Eroberern weiland den Angelsachsen geraubten Landes an das Volk sehen.

Präsident: Sie haben über ihre Redaktionspraxis eine ähnliche Erklärung bereits in der Voruntersuchung abgegeben. Aus Ihrer heutigen Bezugnahme auf Ihre Konflikte mit der Preßpolizei ist abzunehmen, daß Sie sich Ihrer Verantwortlich-

keit als Redakteur auch immer bewußt gewesen sind. Vor dem Gesetz haben Sie Alles zu verantworten, was im „Volksstaat“ steht. — Wenn Sie abermals betont haben, daß Sie nicht schon früher angeklagt worden, so habe ich Ihnen schon bemerkt, wie ich zugebe, daß sich aus dem einen oder anderen Artikel, für sich allein betrachtet, nicht die Anklage begründen läßt, daß aber aus der Zusammenwirkung dieser sämmtlichen Artikel, in Verbindung mit anderen Thatsachen, die Anklage hervorgegangen ist.

Liebknecht: Das bedeutet also, was ich bereits gesagt, daß die Quantität die Qualität ersetzen soll. Ein Artikel ist straflos, zehn Artikel aber, von denen jeder einzelne straflos ist, ergeben ein Verbrechen. Oder will man etwa sagen: zehn Lügen machen einen Diebstahl, zehn Diebstähle einen Mord, also hundert Lügen einen Mord? Oder, daß im Laufe der Zeit aus einem kleineren Vergehen ein größeres werden kann? (Bravo! aus dem Publikum.)

Präsident (zum Publikum): Ich muß mir derartige Störungen dringend verbitten.

Liebknecht (fortfahrend): Ich protestire gegen eine so wunderbare Auffassung, die eine logische und juristische Monstrosität ist.

Präsident: Ihre letzte Bemerkung bedarf keiner Erwiderung.

Herr Bebel: Haben Sie etwas zu bemerken?

Bebel: Der Ausdruck „dumpfer Massenschritt“ kann von Jedem anders verstanden werden. Greulich lebt in der Schweiz und schreibt vom Standpunkte eines Schweizers aus; dort giebt es keine Monarchie und folglich kann die letztere auch nicht unter dem Worte „Zwingburg“ verstanden werden.

Präsident: Der Artikel hat aber in dem hier in Leipzig erscheinenden „Volksstaat“ gestanden und wir leben doch in keiner Republik.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Unser sächsisches Gesetz unterscheidet zwischen einer strafrechtlichen und einer preßpolizeilichen Verantwortlichkeit. Der Redakteur eines Blattes ist keineswegs für alle Artikel desselben strafrechtlich verantwortlich, sondern nur für diejenigen, die er mit Kenntniß des Inhalts aufgenommen hat. Ich konstatire, daß der Herr Präsident den Herrn Angeklagten Liebknecht

noch nicht gefragt hat, ob derselbe wirklich Kenntniß von dem Inhalt des Artikels hatte.

Staatsanwalt: Herr Liebknecht hat ja selbst angegeben, aus welchen Gründen er den Artikel aufgenommen hat.

Vertheidiger: Es ist damit nicht bewiesen, daß er speziell den besonders als belastend angesehenen Satz vorher gelesen hat.

Präsident: Ueber den strafrechtlichen Charakter wird der Gerichtshof zu entscheiden haben. Auf den Wunsch der Vertheidigung frage ich jedoch Herrn Liebknecht, ob derselbe den Wortlaut des ganzen Artikels gekannt hat?

Liebknecht: Es ist zu lange Zeit her; ich kann eine bestimmte Erklärung darüber nicht abgeben, ob ich vor Abdruck den Wortlaut des ganzen Artikels gekannt habe. Derartige Ausdrücke, wie die inkriminirten, sind übrigens in den mir zugesandten Schriftstücken viel zu häufig vorgekommen, als daß sie mir in diesem Falle hätten auffällig sein können.

Präsident: Es ist doch aber die Pflicht eines Redakteurs, die betreffenden Artikel vor ihrer Aufnahme in das Blatt genau zu lesen.

Liebknecht: Das ist richtig; doch können bisweilen Umstände vorliegen, die Solches verhindern, wie Jeder weiß, der mit Redaktionsgeschäften etwas zu thun gehabt hat.

Präsident: In Nr. 9 befindet sich der Abdruck eines Theils der in einem amerikanischen (Chicagoer) Sozialisten-Blatt: „Der deutsche Arbeiter" enthalten gewesenen Artikel: „Zur Weltlage". Es heißt da:

„Leider herrscht in Deutschland noch eine allzugroße Neigung, sich im Nationalismus, selbst auf die Gefahr hin der Einbuße aller Freiheit und Ermangelung der Humanitätspflichterfüllung, tüchtig zu berauschen und als organisirtes und dressirtes Bulldoggenthum „der Welt Gesetze vorzuschreiben" — bis man auch da, wie jetzt in Frankreich, ob aller Molochsopfer zu schrecklichem Katzenjammer und tiefer Reuequal ernüchtert sein wird.

„Es liegt keine Erbaulichkeit für die europäische Kultur darin, daß die nationalpolitische Eiterbeule, die in Frankreich baldige Heilung verspricht, nun auch in Deutschland zum Vorschein kommt. Die längst ganz Deutschland durchwehende nationale Einheitsluft schwellte und schwellt fort und fort die Segel Bismarck's preußischen Staatsschiffs auf, zur sicheren Fahrt in den deutschen Kaiserhafen. Ob sich aber der glückliche Schiffer auch als geschickter Steuermann bewähren wird, wenn ihm die That-

sachen einmal starken Gegenwind machen werden, oder ob ihm, gleich seinem Nebenbuhler, Louis Bonaparte, der Großmannsschleier dabei vom Gesicht fallen mag? Das kann nur die Zukunft lehren.

„Die tonangebende Partei — liberale Bourgeoisie — hat die Entwicklung der materiellen Interessen als ihren „Fortschritt" zum Zielpunkt; dieser Fortschritt braucht Einheit in der Handelsgesetzgebung, in den Verkehrsmitteln, in Wechselrecht, Münzfuß, Maaß und Gewicht, eine Einheit, die nur durch politische Einheit zu erreichen ist, und sich eben (zu wohlfeilem Triumphe Bismarck's) mit dem preußischen Staatszweck identifizirt. Ebenso ist die Freiheit, die dieser „Fortschritt" beansprucht, nur die Freiheit der ökonomischen Exploitation — die freie Konkurrenz —, was sich gleichfalls mit dem „deutschen Beruf" der preußischen Krone in Uebereinstimmung setzt, und wogegen die liberale Bourgeoisie in Nord und Süd alle politische Freiheit ohne Gewissensskrupel in den Kauf giebt.

„Selbst Deutsch-Oesterreich wird schließlich dem einmal geschaffenen, interessenwuchtigen Schwerpunkt anheimfallen.

„Ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland kann jetzt, nicht blos der vervollkommneten Mord- und Zerstörungsinstrumente, sondern namentlich der ent- und verwickelten ökonomischen Verhältnisse wegen, die, mit völligem Ruin bedroht, auch bald nicht mehr die nöthige Schmiere zur Kriegslokomotive liefern könnten, kaum länger als einige Monate dauern. Ist es nun auch eine Möglichkeit, daß (weil das Kriegsglück wohl so launisch ist, als es königliche Prinzen sind) ein aus solchem Kriege erwachsener Friede Deutschland das linke Rheinufer kosten und den Rheinbund als Angebinde bringen kann, so ist es dagegen eine Wahrscheinlichkeit, daß ihn Frankreich mit dem Verluste des Elsaß und Deutsch-Lothringens zu bezahlen hätte.

„Jeder dieser Fälle ist ein Weltunglück, der Sieg des germanischen wie des romanischen Cäsarismus bedeutet neuen Völkerhaß, wiederholte Menschenschlächterei und Güterverwüstung, Jammer und Elend, wird endlichen Verfall aller Kultur zur Folge haben, und das westliche Europa für das Kosackenthum beutereif machen. Wer dann auf den deutschen Fluren haust, kann die Trophäen des Kaiserreichs, welches jetzt Bismarck mit seiner „Blut- und Eisenpolitik" einweiht, aus dem Schutte hervorziehen.

„Rußland kann, während Frankreich und Deutschland in hellem Wahn sich zerfleischen und der Occident verblutet, im Orient frei walten, den Christen Erlösung vom Türkenjoch und das Heil der Knute bringen.

„Das jugendliche Gemüth, das dem Urheber solcher Zukunft das Mordgeschoß auf die Brust gesetzt, hat richtiger geahnt, als

die Weisheit altersgrauer, vor dem Erfolg auf dem Bauch liegender „Volksmänner“ geurtheilt.

„Die Freiheit und Einheit Deutschlands kann sich nur miteinander vollziehen und nur in der Entthronung aller Fürsten bestehen.“

Die Redaktion begleitete diesen Artikel mit folgenden Bemerkungen:

„Dieses Urtheil eines amerikanischen Arbeiterblattes über die sogenannte „deutsche“ Politik Bismarck's sticht erfreulich ab von den Urtheilen des größten Theils der amerikanischen Blätter, die meist, gleich dem Troß unserer nationalliberalen und fortschrittlichen Presse, die That des Jahres 1866 beweihräuchern. Bürgerliche Klassenherrschaft, Korruption und Cäsarismus gehen eben Hand in Hand, und in der neuen Welt wie in der alten ist es die Sozialdemokratie, welche den Augiasstall moralischer, sozialer und politischer Verderbniß auszufegen berufen ist.“

Herr Liebknecht, außer durch diese Schluß-Redaktionsbemerkung — welche die Einhelligkeit Ihrer Ansichten mit denen des Verfassers offenbar bekundet — ist noch durch eine Vorbemerkung sogar formell von Ihnen erklärt: „Seine (nämlich des gedachten Chicagoer Blattes) Auffassung stimmt wesentlich mit der unsrigen überein.“ Also auch Sie sind für die „Entthronung aller Fürsten“, d. h. für die gewaltsame, hochverrätherische, revolutionäre; denn daß „alle Fürsten“ freiwillig auf die Throne verzichten würden, glauben Sie doch selbst nicht.

Liebknecht: Ich habe seiner Zeit allerdings diesen Artikel durchgelesen und die fraglichen Redaktionsbemerkungen verfaßt, meine Zustimmung zu dem Artikel bezog sich aber nicht auf die Einzelheiten desselben, sondern nur auf die allgemeine (übrigens durch die politischen Ergebnisse der letzten Zeit bestätigte) Auffassung. Ich war, als ich den Artikel jetzt, wo er bereits meinem Gedächtniß entschwunden war, wieder verlesen hörte, ganz erstaunt über das gute Prophezeien des Schreibers desselben. — Was nun den letzten Satz, den der Herr Präsident besonders hervorgehoben hat, anbelangt, so ist zunächst zu berücksichtigen, daß dieser Artikel in Amerika geschrieben worden ist. Im Uebrigen erkläre ich mich insoweit mit diesem Passus einverstanden, als ich mir die Freiheit und Einheit Deutschlands nur in einer Republik denken kann. — Der Passus selbst ist beiläufig nur eine Umschreibung

des bekannten, von je unbehindert verbreitet gewesenen Freiligrath'schen Verses:

„Daß Deutschland frei und einig sei,
Das ist auch unser Dürsten;
Doch einig wird es nur — wenn frei,
Und frei nur ohne Fürsten."

Präsident: Auf jeden Fall haben Sie durch die Aufnahme des Artikels die Uebereinstimmung Ihrer Ansichten mit denen des Verfassers ausgedrückt.

Liebknecht: Das finde ich nicht. Manches was darin ist, theile ich nicht, z. B. die Furcht vor dem Kosackenthum. Als Redakteur des „Volksstaat" habe ich aber allen Strömungen innerhalb der Partei — auch den mir persönlich entgegengesetzten — Rechnung getragen; namentlich habe ich dies den Ausländern gegenüber gethan.

Bebel: Wir haben uns durch diesen Artikel zwar als Republikaner bekannt; aber das haben wir ja stets gethan. Es kommt blos darauf an, wie man die Fürsten entthront, ob mit oder ohne Gewalt; und daß es in hochverrätherisch-gewaltsamer Weise bewerkstelligt werden soll, ist aus dem Artikel nicht ersichtlich.

Hepner: Ich kann der Meinung des Herrn Präsidenten, daß eine Fürsten-Entthronung nur durch eine Revolution geschehen kann, nicht beistimmen. Wir Alle haben einen gegentheiligen Fall vor nicht zu langer Zeit erlebt. Ich erlaube mir nur daran zu erinnern, daß 1866 mehrere deutsche Fürsten entthront worden sind, ohne daß man die Urheber dessen des Hochverraths oder auch nur der Vorbereitung desselben angeklagt hätte. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident: Es wird noch Manches vorkommen und ist schon Vieles vorgekommen, was uns darüber kaum eine Täuschung gestattet, wie die Entthronung vor sich gehen sollte.*)

Wir kommen nun zu einem in derselben Nr. 9 enthaltenen Aufsatz von v. Bonhorst, überschrieben: „Der famose Diktator und eine der Braunschweiger Strohpuppen im Lichte der Baseler Beschlüsse." Darin heißt es:

„Aus der ganzen Auseinandersetzung wird also unzweifelhaft hervorgehen, daß wir es gerade so machen, wie die Internationale,

*) Auch dieser Satz ist wörtlich dem Hans Blum'schen Bericht entlehnt.

welche nie sagt: „Der Bien' muß", sondern welche es dem freien Forschen und der gegenseitigen Belehrung überläßt, ihre Mitglieder nach und nach auf die Höhe der Anschauung unserer Zeit zu erheben. Der belgische Abgeordnete Hins erklärte in Basel, daß er, heute ein warmer Verfechter des gemeinschaftlichen Eigenthums an Grund und Boden, noch vor einem Jahr prinzipieller Gegner des Kollektivismus gewesen sei. Warum sollen wir à la Schweitzer gegen unsere Mitglieder vorgehen, welche sich eben noch nicht auf die Höhe der Baseler Anschauung geschwungen haben? Ihnen deshalb zu sagen: Ihr seid keine oder wenigstens keine würdigen Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei! wäre echter Berliner Diktatoren-Blödsinn.

„Dem besitzlosen Industriearbeiter genügt, um ihn zum Sozialdemokraten zu machen, der zehnte Theil einer Beweisführung, wie sie bei dem in seine Scholle verliebten, mit ihr verwachsenen Bauer immer nöthig sein wird.

„Doch naht auch bei uns die Zeit, wo durch überhandnehmende Subhastationen einerseits und durch Konzentration des Bodens in wenigen Händen andererseits der gewaltsam von seiner Scholle getrennte Bauer uns gewissermaßen von selbst in die Arme fällt, und das gediegenste und empfänglichste Material für die kommende soziale Revolution bildet."

Herr Liebknecht, bei den sonstigen Ausschuß-Artikeln gaben Sie immer an, daß Sie zur unveränderten Aufnahme derselben verpflichtet gewesen wären; bei den Privat-Aufsätzen einzelner Mitglieder des Ausschusses — wie dem vorliegenden Bonhorst'schen Artikel — hatten Sie doch nicht diese Verpflichtung?

Liebknecht: Das gebe ich zu.

Präsident: Nun, in diesem Aufsatze ist die Hoffnung auf Gewinnung der Landbevölkerung für die Partei ausgesprochen. Diese Hoffnung wird wohl aber getäuscht werden. Die Bauern sind keine Kommunisten, befinden sich vielmehr auf ihrer Scholle ganz wohl. (Heiterkeit in Folge der sehr gereizten Stimmung, mit der der Präsident die beiden letzten Sätze ausspricht.)

Liebknecht: Herr Präsident, die Bauern, die noch eine Scholle haben, sind nicht gemeint, sondern die keine mehr besitzen.

Präsident (schnell einfallend): Wer soll denn aber den Bauern die Scholle nehmen?

Liebknecht: Die Gewalt der ökonomischen Entwicklung. Ich verweise in dieser Beziehung auf Frankreich, dessen

Kleinbauern mit jedem Jahr in immer tiefere Verarmung sinken.

Präsident: In Deutschland findet aber das Gegentheil statt, indem durch die Ablösung, Beseitigung der Frohnden u. s. w. die Lage der Bauern sich sehr gehoben hat.

Liebknecht: Ich werde mich später über diesen Gegenstand eingehender auslassen können. Momentan will ich nur zu bedenken geben, daß — abgesehen davon, daß in den einzelnen Ländern die Verhältnisse der Landbevölkerung sehr verschieden sind — es in Frankreich, dem Land des freien Bauernthums par excellence, $3\,^1/_2$ Millionen Bauern giebt, die ihre Steuern nicht zu erschwingen vermögen.

Bebel: Ich halte den Artikel sogar für entlastend. Es heißt u. A. darin: „Wir, die internationale Partei, sagen nicht: „Der Bien muß", sondern sind Willens, durch „wissenschaftliche Aufklärung", durch „Belehrung" die Landbevölkerung auf unseren Standpunkt zu bringen." — In meinem Schlußvortrage werde ich, auf amtliche, aus dem Königl. preußischen statistischen Bureau herrührende Belege gestützt, den Nachweis erbringen, daß die Lage des deutschen Bauern im Ganzen eine noch schlechtere ist als die des französischen. Bonhorst hätte viel richtiger sagen können, daß bezüglich der deutschen Bauern schon jetzt die „soziale Revolution" vorhanden ist, da unter ihnen der Mittelstand immer mehr und mehr verschwindet und hierdurch ein Proletariat erzeugt wird. Gerade diese ökonomische Entwicklung wird unsere Partei zum Ziele führen.

Präsident: Wie kommt es, daß Sie trotzdem unter den Bauern keinen Anhang finden?

Bebel: Dies ist unter den heutigen Verhältnissen sehr natürlich. Ich habe die Gründe in meiner Broschüre „Unsere Ziele", die ebenfalls bei den Akten liegt, genau ausgeführt.

Hepner: Ich stimme meinen Mitangeklagten vollkommen bei. Ich kann dem Herrn Präsidenten versichern, daß z. B. in meiner Heimath, in der Provinz Posen, die Armuth in der ländlichen Bevölkerung sich zusehends vermehrt. Namentlich durch ihre krasse Unwissenheit gerathen dort die Bauern in die Hände von Wucherern und Halsabschneidern, die sie allmählig um ihr ganzes Hab und Gut bringen.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Der Herr Präsident hat früher ausgesprochen, daß die soziale Frage mit der

gegenwärtigen Anklage nichts zu schaffen habe, weshalb auch jede weitere Diskussion über dieselbe möglichst fernbleiben solle. Die Vertheidigung hat diese Ansicht getheilt und darum jede Berührung der sozialen Frage soviel als thunlich unterlassen. Es scheint mir aber nach dem soeben Vorgekommenen, als sei die Sache nun in ein anderes Stadium gekommen. Ich ersuche den Herrn Präsidenten hierüber um einen definitiven Bescheid, da, wenn der Herr Präsident auch ferner seine Vernehmungen auf die soziale Frage auszudehnen gedenkt, die Vertheidigung eine andre Taktik im Interesse der Angeklagten zu ergreifen sich gezwungen sehen würde.

Präsident: Ich selbst habe niemals Veranlassung genommen, auf die soziale Frage einzugehen. Als Vorsitzendem aber sind mir die Hände insofern gebunden, als ich die in der festgestellten Beweismittelliste aufgenommenen Beweisstücke den Angeklagten zur Auslassung vorzulegen habe, und dies auch dann geschehen muß, wenn sich die Unterlagen nur auf die soziale Frage beziehen.

Wir kommen nun zu Nr. 10. Darin wird (in der „Politischen Uebersicht") das Mißlingen der spanischen Revolution besprochen und gesagt:

„Also „die alte Geschichte":

„Scheitern der Revolution an der sozialen Frage!

„An Heldenmuth hat es den spanischen Republikanern wahrlich nicht gefehlt, aber — sie haben noch nicht begriffen, daß das Bürgerthum auf den Gedanken der Klassenherrschaft verzichten und dem Proletariat gerecht sein muß: sie haben noch nicht begriffen, daß das Bürgerthum nicht ohne das Proletariat erfolgreich gegen den Militarismus kämpfen kann, und daß der gemeinsame Kampf ein gemeinsames Ziel bedingt: die sozialdemokratische Republik.

„Sie haben es nicht begriffen. Sie bebten zurück vor der Sozialdemokratie, die ihnen als „rothes Gespenst" erschien — und ihre Bewegung ist gescheitert, und hat blos dem Cäsarismus, vertreten durch Prim, den Weg gebahnt.

„Ganz wie in Frankreich vor 21 Jahren. Statt den Arbeitern gerecht zu werden, statt ihnen zur ökonomischen Emanzipation zu verhelfen, ohne welche die politische Freiheit eitel Blendwerk ist, wollte man das Proletariat mit hohlen Phrasen abspeisen, und da es sich damit nicht zufrieden gab, schleuderte man die Arbeiter gewaltsam in den Junikampf und überlieferte die Republik dem lauernden Abenteurer von Straßburg und Boulogne. Und seitdem haben die Herren Bourgeois-Republikaner

nichts gelernt und nichts vergessen. Das erhellt zur Genüge aus dem kläglichen Fiasko des „26. Oktober“.*)

„Wer schlug die Demonstration vor?

„Die Vertreter der republikanischen Bourgeoisie.

„Wer war bereit, aus der Demonstration ernst zu machen?

„Die Arbeiter.

„Wer trat feige von der Demonstration zurück?

„Die Vertreter der republikanischen Bourgeoisie.

„Und warum traten sie zurück?

„Weil die Arbeiter Ernst machen wollten.

„Und die Lehre?

„Die Furcht des Bürgerthums vor dem Proletariat ist die Mutter des modernen Cäsarismus. Um diese Wahrheit können wir uns nicht länger „herumdrücken“. Das Proletariat kann unmöglich auf seine Bestrebungen verzichten, denn sie sind nur ein Ringen um die Existenz. An dem Bürgerthum — natürlich reden wir nicht von der Bourgeoisie, dem Großkapital, das uns nothwendig als Feind gegenüber stehen muß — an dem Bürgerthum ist es also, sich zu entscheiden, ob es lieber das Joch des Cäsarismus tragen oder die Berechtigung der Sozialdemokratie im vollsten Maße anerkennen will.

„Cäsarismus oder Sozialdemokratie! ist die Losung des 19. Jahrhunderts.

„Entweder — Oder.

„Wer vor den Zielen der Arbeiterbewegung erschreckt, der gehört nicht in den Kampf der Gegenwart.“ —

Haben Sie hierzu etwas zu bemerken, Herr Liebknecht?

Liebknecht: Ich bekenne mich als Verfasser der verlesenen Stelle und habe darin nur die Thatsache ausgesprochen, daß die Arbeiter keine blos politischen Revolutionen mehr machen und für die Bourgeoisie die Kastanien nicht mehr aus dem Feuer holen wollen.

Präsident: Herr Bebel, sind Sie damit einverstanden?

Bebel: Ja, das sind die Grundsätze der Internationalen Arbeiter-Assoziation und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Präsident: So kommen wir zu Nr. 13 vom 13. November, wo (in der „Politischen Uebersicht“) zur Erinnerung

*) Wo — im Jahr 1869 — die spanischen Bourgeoisrepublikaner der Regierung den Kampf anboten, aber zurückschreckten, als sie sahen, daß die Arbeiter wirklich losschlagen wollten. (1894.)

an die standrechtliche Erschießung Robert Blum's am 10. November 1848 gesagt wird:

„Ein neues Geschlecht ist seitdem herangewachsen, ein Geschlecht mit weiteren Zielen, umfassenderen Forderungen; allein was Jene erstrebten und wofür sie starben — das haben auch wir zu erstreben, und dafür müssen auch wir bereit sein, zu sterben."

In dem Artikel ist also gesagt, daß in der Gegenwart noch viel weitere Ziele zu erstreben seien, als zu den Zeiten Robert Blum's. Man solle bereit sein, für die Erstrebung dieser Ziele zu sterben.

Sie haben diesen Artikel selbst geschrieben, Herr Liebknecht?

Liebknecht: Ja. Das Ziel Blum's und der Märtyrer von Baden ist die Einheit und Freiheit Deutschlands gewesen. Das ist auch mein Ziel, und ich hoffe, solches in einer Republik verwirklicht zu sehen. Mit dem Worte „sterben" habe ich die Partei darauf aufmerksam machen wollen, daß sie es ernst mit ihrem Wirken meine. Jeder ehrliche Mann, gleichviel, zu welchen Prinzipien er sich auch bekennt, muß bereit sein, für dieselben zu sterben.

Präsident: Sie würden also auch für die Republik in den Kampf gehen?

Liebknecht: Ja, wenn die Republik da wäre, würde ich „auch" für sie kämpfen.

Präsident: Nicht blos, wenn sie da wäre, sondern auch, um sie zu erringen?*)

Liebknecht: Auch dies würde unter Umständen meinerseits geschehen, wenn z. B. gegen ein Parlament, welches sich in seiner Majorität für die Republik ausspräche, Gewalt zur Verhinderung ihrer Einführung gebraucht würde, dann würde ich die Flinte von der Wand nehmen, um gegen die Fürsten und ihre Armeen zu kämpfen, geradeso, wie ich es 1849 gethan habe, als die Nationalversammlung in Frankfurt Deutschland eine Verfassung gab, deren Einführung sich die Fürsten mit Gewalt widersetzten. (Bravo!)

Präsident: Eine offenere Erklärung kann ich nicht verlangen.

---

*) Diese Frage kennzeichnet recht die inquisitorische Tendenz des Präsidenten. Hätten die Angeklagten sich einfach juristisch vertheidigen wollen, so würden sie selbstverständlich die Beantwortung haben ablehnen müssen.

Herr Bebel, wie denken Sie darüber?

Bebel: Ich schließe mich dem von Liebknecht Gesagten vollkommen an, auch in Hinsicht der Kampfbereitschaft.

Präsident: Ich habe den Herren Angeklagten einzuhalten, daß das Parlament keineswegs der einzige verfassungsgebende Faktor in den deutschen Staaten ist, also die infolge eines Parlamentbeschlusses ohne Zustimmung des Fürsten versuchte gewaltsame Einführung einer Republik in der von den Angeklagten eben angegebenen Weise stets eine Revolution involviren wird.

Liebknecht: Ich würde die deutschen Fürsten, die sich einem Parlamentsbeschlusse für die Einführung der Republik widersetzen würden, als Rebellen ansehen und behandeln, so gut wie die preußische Regierung sich der Rebellion schuldig machte, als sie 1849 die Reichsverfassung brach und deren Vertheidiger niedermetzeln ließ. (Wiederholtes Bravo!)

Präsident: Ich werde bei einer nochmaligen Aeußerung aus dem Publikum die Zuhörerräume räumen lassen.

Liebknecht: Ich muß erklären, daß auch uns diese Zurufe unangenehm sind, da sie geeignet sind, uns in unserer freien Meinungsäußerung zu beschränken.

Präsident: Ich bedarf Ihrer Beihülfe, um die Polizei in diesem Saale aufrecht zu erhalten, durchaus nicht. —

In Nr. 14 ist ein Aufsatz „Die Industrie- und die Agrikulturarbeiter" von „S.", welcher sich für die Verbreitung kommunistischer Ansichten unter den Bauern, die schließlich auch mit der Aufhebung des Privateigenthums am Grund und Boden zufrieden sein würden, ausspricht, in welchem Aufsatz das Privateigenthum usurpirtes Gesammteigenthum, der Ruin der Gesellschaft, und die Abschaffung des Privateigenthums eine ökonomische Nothwendigkeit genannt wird und das Streben, die ländliche Bevölkerung darüber, daß die Aufhebung des Eigenthums gut sei, aufzuklären, gepriesen ist und worin es dann heißt:

„In derselben Lage wie der industrietreibende Theil der Menschheit befindet sich auch der agrikulturtreibende Theil derselben. Es herrscht hier nur der eine Unterschied, daß das Grundeigenthum weniger Erzeugniß gesellschaftlicher Arbeit als ein von der Natur der Menschheit dargebotenes Geschenk ist. Aber auch hier hat die Usurpation dieses Naturgeschenkes die Menschheit in eine Abhängigkeit gebracht, die wir an der Hand der Geschichte

als Sklaverei, Leibeigenschaft, Hörigkeit u. s. f. kennen gelernt haben. Ja, aus dieser Usurpation sind sogar die heutigen staatlichen und politischen Zustände hervorgegangen. Eine Anzahl Familien hat sich in Europa und in die Welt überhaupt getheilt und schaltet und waltet darin nach Herzenslust. Es leuchtet ein, daß die Ziele der industrie- wie agrikulturtreibenden Menschheit dieselben sind — Aufhebung des Privateigenthums in jeder Form.

„Der Baseler Kongreß war somit vollkommen in der Lage, eine Resolution zu fassen, durch deren Annahme beide erwähnten Theile der Menschheit in ihren Bestrebungen auf gleiche Linie gestellt sind.

„Jetzt kommt es darauf an, daß die ländlichen Arbeiter von der Ausführbarkeit dieser theoretischen Wahrheiten überzeugt werden. Ist dies geschehen, dann ist die Zeit da, wo wir eine zweite, vermehrte und verbesserte Auflage der Bauernkriege begrüßen können. S."

Hier wird also auch noch eine fürchterliche Revolution mit allen Schrecknissen des „Bauernkrieges", nur noch in „vermehrter und verbesserter Auflage", in Aussicht gestellt! Herr Liebknecht, wissen Sie, wer der Verfasser dieses Artikels ist?

Liebknecht: Des Verfassers, der unter den Angeklagten jedenfalls nicht zu suchen ist, kann ich mich augenblicklich nicht entsinnen; ich bestreite aber, daß meine Partei, welche gerade für Alle das Eigenthum zur Wahrheit machen will, die Aufhebung des Privateigenthums anstrebt; die heutige Gesellschaft ist es vielmehr, welche das Privateigenthum verkümmert, indem sie es den meisten Menschen unmöglich macht, Privateigenthum zu haben. — Bei dem Worte „Bauernkrieg" — dem der Herr Präsident so viel Gewicht beilegen zu müssen glaubte — muß — wenn man den Schlußsatz des Artikels richtig verstehen will — das tertium comparationis (der Vergleichungspunkt) festgehalten werden. Es ist nämlich unter dem neuen „Bauernkrieg" nur eine Bewegung unter den jetzigen ländlichen Arbeitern zu verstehen, bei welcher von diesen, den modernen Verhältnissen angepaßt, ähnliche Forderungen aufgestellt werden sollten, wie von den Bauern im Zeitalter der Reformation, deren Bewegung nach dem Urtheil aller nur einigermaßen unbefangenen Geschichtsschreiber durchaus berechtigt war, und einen sehr gemäßigten Charakter hatte. An einen Aufstand der Bauern hat der Verfasser sicherlich nicht gedacht; wäre dies meinem Vermuthen nach die Ab-

sicht desselben gewesen, so würde ich den Aufsatz aus praktischen Gründen gar nicht zum Abdrucke gebracht haben.

Bebel: Ich konstatire aus dem Vorgelesenen, daß im „Volksstaat“ häufig auch Ansichten ausgesprochen wurden, welche nicht als Ansichten der Partei aufgefaßt werden dürfen. Es wurde einfach den sich für ein weltbewegendes Thema Interessirenden die Gelegenheit gegeben, das Für und Wider entgegengesetzter Anschauungen zu erörtern. Ein Zurückgreifen auf diesen Artikel (wegen der Grund- und Bodenfrage) behalte ich mir für die Schluß-Vertheidigungsrede vor.

Hepner: Zu der Bemerkung des Herrn Präsidenten über den „Bauernkrieg“ und den Vergleich desselben mit unserem Vorhaben möchte ich mir einige Worte erlauben: das Auftreten der Bauern ist damals (nach der Geschichte) anfänglich ein sehr zahmes gewesen; dieselben waren — nach ihren wiederholten Erklärungen — sich zu fügen bereit, wenn ihnen der Beweis geführt würde, daß auch nur eine der von ihnen geltend gemachten Forderungen nicht im Einklange mit der Bibel stünde. Dies, sowie daß Luther wegen seines schließlichen Verraths an den Bauern von den meisten neueren Historikern schwer getadelt wird, könnte ich aus Zimmermann's Geschichte des Bauernkriegs und anderen Werken beweisen.

Präsident: Die Führung dieses Beweises können wir entbehren; er ist ganz unnöthig.

Wir gelangen zu dem Artikel: „Eine Mahnung an die Partei“ (unterzeichnet von „B.“) in Nr. 24; in diesem Artikel wird, indem zugleich vor Zersplitterung der Kräfte der Parteimitglieder in Lokalvereinen gewarnt und ein gemeinsames Wirken betont wird, auch in Bezug auf die jetzigen gesellschaftlichen und staatlichen Zustände ein Urtheil abgegeben. Es heißt da:

„Denjenigen, welche der Erringung kleinlicher, unbedeutender Vortheile wegen, ihre ganze Kraft, ihre ganze Zeit und ihre ganzen Mittel opfern, rufen wir zu: daß ihr Beginnen Thorheit ist, daß es falsch, grundfalsch ist, an einem Gebäude herumzureparirен und herumzuflicken, das in jeder Beziehung zu enge und auch zu baufällig geworden ist, um die darauf gewandte Kraft und Zeit zu vergelten; daß es zweckmäßiger ist, den ganzen alten Bau einzureißen und ein stattlicheres, wohnlicheres Gebäude einzurichten, in dem Platz ist für Alle; daß aber, um

dieses zu können, Alle mithelfen müssen, alle Hände, alle Mittel zusammengefaßt, konzentrirt werden müssen, um Denen das Haus nöthigenfalls über dem Kopfe einzureißen, die ein Interesse daran haben, die alte Baracke aufrecht zu erhalten, weil sie ihnen, und nur ihnen, Schutz und Bequemlichkeit bietet, während die Andern vor der Thür stehen müssen. Von diesem Standpunkt, Ihr Lokal-Maulwürfe, betrachtet die Arbeit, und Ihr werdet sehen, daß wir recht haben. Wohl sollt Ihr auch die lokale Thätigkeit nicht vernachlässigen, aber immer nur arbeiten im Zusammenhang mit dem Ganzen, nach bestimmtem Maß und Ziel. Darum also nochmals: Zusammenfassen der Kräfte, systematischer Kampf, und keine zersplitterte lokale Thätigkeit!"

„Darum frisch heran und zugegriffen! Vermehrt das Häuflein, das jetzt allein schafft und allein opfert; helft, was Ihr könnt! Je mehr Ihr beitretet, je leichter wird die Arbeit jedem Einzelnen. Ihr schafft ja nicht für Andere, Ihr schafft für Euch selbst, und wir denken doch, wenn die heutige Gesellschaft jahraus jahrein Eure Arbeitskraft ausbeutet, wenn der heutige Staat, „das alte faule, morsche Ding", Euch unausgesetzt auspreßt, daß Ihr dann den letzten Rest von Kraft und Mitteln daran zu setzen verpflichtet seid, um Staat und Gesellschaft von heute dahin zu senden, wo sie hin gehören!"

Der Artikel ist mit B. unterzeichnet. Wer ist der Verfasser, Herr Liebknecht?

Liebknecht: Das sage ich natürlich nicht.

Bebel: Ich bin der Verfasser.

Präsident: Nach Ihren früheren Auslassungen kann es wohl nicht zweifelhaft sein, was Sie unter dem „Einreißen" des „alten faulen, morschen Dings" gemeint haben.

Bebel: Ich muß gegen die Unterschiebung des Herrn Präsidenten — daß in diesem Artikel „Gewalt"-Pläne niedergelegt seien — Verwahrung einlegen. Der Ursprung des Artikels ist — wie dieser selbst — ein durchaus harmloser. Ich wollte nämlich durch denselben der Partei blos Geldmittel zur agitatorischen Thätigkeit zuführen. Die auf dem Eisenacher Kongreß gehegte Erwartung einer regen Theilnahme der Mitglieder hatte sich nach ca. 3 Monaten (als der Artikel geschrieben worden) noch nicht erfüllt; die Saumseligkeit vieler Orte hatte dem Ausschuß Grund zu wiederholter Klage gegeben, und namentlich der erwartete Anschluß vieler zu unserem früheren Verbande der deutschen Arbeitervereine gehörigen Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine war

noch nicht eingetreten. Deshalb habe ich es für nothwendig gehalten (allerdings in draſtiſcher Form und ſcharfer Redeweiſe), die Einzelnen aufzufordern, daß ſie nicht durch kleinliche Unternehmungen, wie Konſumvereine und dergl., welche niemals zu einer Umgeſtaltung des Staates führen könnten, ihre Mittel vergeuden ſollten. — Mit den vom Herrn Präſidenten betonten Worten: „Staat und Geſellſchaft von heute hinzuſenden, wo ſie hingehören", habe ich, der Autor, alſo auch beſte Interpret, ſagen wollen: an Stelle der heutigen Geſellſchaft wollen wir die auf genoſſenſchaftlicher Arbeit ruhende Geſellſchaft ſetzen. Die Bezeichnung des Staats als eines „alten faulen, morſchen Dings" rührt von Freiligrath her. — Gegen den „alten Bau" Gewalt anzuwenden, halte ich — wie ich ſchon früher bemerkt habe — dann für ein Recht des Volkes, wenn die Regierung ſich einem Majoritätsbeſchluß des Volkes auf Einführung der Republik mit Gewalt widerſetzen ſollte.

Präſident: Die Staatsverfaſſung enthält aber ein Abkommen zwiſchen Fürſt und Volk, das nicht einſeitig aufgehoben werden darf; eine gewaltſame Einführung der Republik involvirt darum allemal ein Verbrechen.

Bebel: Nach meiner Auffaſſung des Staatsbegriffs bildet nicht der Fürſt, ſondern das Volk den Staat, welch' letzteren man ſich wohl ohne Fürſt, nicht aber ohne Volk denken kann. — Ich werde darauf in meiner Schlußvertheidigung näher eingehen, und will hier nur bemerken, daß das Volk, wenn es in ſeiner Majorität der fürſtlichen Gewalt müde iſt, ſehr wohl die Republik einführen darf.

Präſident: Ich wiederhole, daß in Deutſchland verfaſſungsmäßig die Monarchie beſteht, welche ohne Fürſt nicht denkbar iſt.

Bebel (unterbrechend): Das gebe ich zu.

Präſident (fortfahrend): Und daß, wer die Verfaſſung, die ein gemeinſames Abkommen zwiſchen Fürſt und Volk iſt, gewaltſam beſeitigen will, ein Rebell iſt.

Bebel (ins Wort fallend): Es haben ja auch ſchon Fürſten eine Verfaſſung „gewaltſam aufgehoben"!

Präſident (verlegen und ärgerlich): Dieſe Bemerkung gehört nicht hierher.

Liebknecht: Herr Präſident, ich glaube doch, daß Bebel's Bemerkung „hierher gehört"; ſie veranlaßt mich,

daran zu erinnern, daß diejenigen Parlamentsabgeordneten von 1848, die nach der Auflösung der Nationalversammlung von Frankfurt nach Stuttgart übersiedelten und das sog. „Rumpfparlament" bildeten, in den wegen „Hochverraths" gegen sie anhänglich gemachten Prozessen von den Gerichten freigesprochen worden sind. Das ist doch ein Beweis, daß, wenn die Fürsten die Verfassung „gewaltsam aufheben", das Recht der Revolution selbst von deutschen Gerichten zugegeben wird . . .

Präsident (in immer größere Verlegenheit gerathend und dem Redner höchst unwillig ins Wort fallend): Jene Zeiten und Ereignisse berühren uns hier nicht.

Liebknecht: Ich muß gegen dieses Verfahren des Herrn Präsidenten, uns in unserer Vertheidigung zu beschränken, entschieden protestiren. Was habe ich denn anders gethan als einen Beweis erbracht, daß unter Umständen das, was man „Hochverrath" nennt, gesetzlich erlaubt ist? Dazu glaube ich, hat doch wohl ein Angeklagter das Recht! Wenn man uns auch das nicht erlauben, wenn man uns nicht einmal gestatten will, Beispiele von ähnlichen Anklagen hier vorzuführen, dann hätte man uns lieber gleich den ersten Tag verurtheilen können. Das wäre vom Standpunkte der Anklage das praktischste Verfahren gewesen.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich begreife nicht, wie der Artikel, der doch nur zur Einsendung regelmäßiger Beiträge auffordert, zu den eben gehörten Auslassungen hat führen können. Wenn Das so fortgeht, daß der Herr Präsident einzelne, scheinbar gravirende Sätze aus den Anklageschriften nach dem Vortrage derselben herausgreift und sie den Herren Geschwornen besonders erläutert, so erreicht die Vertheidigung ihren mit der beantragten Vorlesung der ganzen Artikel angestrebten Zweck nicht.

Geschworner Steiger (aus Schweta): Ich bemerke dem Herrn Vertheidiger, daß er uns soviel Intelligenz*) zutrauen möge, uns über den Inhalt der verlesenen Artikel selbst ein Urtheil bilden zu können.

Präsident: Ich kann mir das Recht, ein Resumé der vorgelesenen Artitel zu geben, durch die Vertheidigung nicht

*) Herr Steiger hat seine „Intelligenz" später bewährt. (Er brachte unsere Verurtheilung zu Stande — und 15 Jahre später machte er eine sehr schöne „Pleite". [1894.])

nehmen lassen. Ich bin durch das Gesetz verpflichtet, den Herren Geschwornen so viel als möglich den Inhalt der Anklage in ihrem vollen Umfange mitzutheilen. Für die Herren Geschwornen halte ich (wie schon früher bemerkt) wegen des bei ihnen dazu vorhandenen Verständnisses eine Erläuterung der Schriftstücke für überflüssig. Aber die Herren Angeklagten habe ich zur Auslassung über sie belastende Stellen anzuhalten.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Durch das Resumé des Herrn Präsidenten wird aber der aus der Vorlesung des ganzen Artikels gewonnene Eindruck unbedingt wieder abgeschwächt. — Die Intelligenz der Geschwornenbank habe ich durchaus nicht bezweifelt, aber ich glaube, daß es Niemandem möglich ist, die oft sehr langen Artikel nach ihrer Vorlesung noch so vollständig im Gedächtniß zu haben, daß die Wiederholung der angeblich belastenden Stellen durch den Herrn Präsidenten einflußlos sein könnte.

Präsident: Darauf habe ich zu bemerken, daß ja der Vertheidigung bisher immer das Recht eingeräumt worden ist, nach Verlesung eines Artikels so viel zu bemerken, als sie zum Verständniß desselben nothwendig hielt.

Wir kommen nun zum Jahrgang 1870, in dessen Nr. 2 eine Korrespondenz aus Hamburg von Geib sich befindet, welche eine Aufforderung an die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation enthält, nicht in die Genfer Friedens- und Freiheitsliga einzutreten. Es heißt darin wörtlich:

„Das Bestreben, neben der Internationalen Assoziation noch ein anderes Organisationsnetz über die demokratischen Elemente der kultivirten Welt auszudehnen, bekämpfe ich jedoch weniger, indem es Thatsache ist, daß eine Anzahl Todfeinde des heutigen Staatssystems existirt, welche nicht zugleich zugestehen, daß beim Umwälzen dieses Staatssystems sofort auch der Kaiserschnitt über den Leib der Bourgeoisie gemacht werden muß, damit das Kind der Gesellschaftsordnung ans Licht trete. Diese weniger in der Erkenntniß der werdenden Dinge vorgeschrittenen Elemente zu einigen, erachte ich für die Aufgabe der Friedens- und Freiheitsliga."

Ich verstehe diesen Artikel so: Die staatliche Umwälzung genügt nicht, derselben muß sofort die Vertilgung der Bourgeoisie folgen.

Haben die Herren Angeklagten hierzu etwas zu bemerken?

Liebknecht: In diesem Artikel ist weiter nichts geschehen, als daß gegenüber der Friedens- und Freiheitsliga der sozialistische Standpunkt unserer Partei betont wird.

Präsident: In derselben Nr. 2 befindet sich ein Agitationsbericht von Rüdt, worin es heißt:

„. . . man spricht vom Hungertyphus in Annaberg, man spricht von Prostitution, der die armen Mädchen aus Noth daselbst anheimfallen, man spricht von Bällen und noblen Schlittenfahrten, man spricht auch von dem projektirten Theaterbau in Dresden, der eine halbe Million kosten soll. Man spricht jetzt blos — man wird einstens auch handeln. Quousque tandem? (Wie lange wird's noch dauern?) Die Pfaffen und sonstige — mästen sich, das Volk verhungert."

Können die Herren Angeklagten vielleicht sagen, was hier unter „handeln" zu verstehen ist?

Bebel: Der Artikel ist von Rüdt unterzeichnet und enthält nur dessen Anschauung.

Hepner: In einem der bereits vorgelesenen Briefe ist Rüdt ausdrücklich von Liebknecht desavouirt worden.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Zu dem Rüdt'schen Agitationsbericht selbst hätte ich nichts zu bemerken, aber ich will hier nur erklären, daß ich mir vorbehalte, gelegentlich einen Brief zum Vortrag bringen zu lassen, aus dem das Verhältniß Rüdt's zu den Hauptangeklagten noch deutlicher hervorgeht, als aus dem von Herrn Hepner gemeinten Briefe.

Präsident: In Nr. 3 befindet sich auch ein Artikel: „Begrüßung der Arbeiter von Graz durch den Delegirten der Wiener Arbeiter, A. Scheu, bei Gelegenheit der Gründung und Fahnen-Enthüllungsfeier des Grazer Arbeiter-Bildungsvereins Vorwärts". Es heißt in dieser Begrüßungsrede:

Die Arbeitermasse wird, wenn sie nur ihrer Macht erst vollständig inne ist, den Platz, der ihr in der Gesellschaft gebührt, zu erringen und zu behaupten wissen. Und wenn sie auch zu diesem Zwecke, zur Bekämpfung ihrer Feinde, sich in den Koth begeben muß, in dem dieselben stehen; wenn sie auch für den Moment gezwungen ist zur schmutzigen Waffe der Politik zu greifen, die heute allein noch im Stande ist, auf die Entwicklung der Kapitalsmacht hemmend einzuwirken und die geistig und sittlich abgestumpften Seelen des Geldprotzenthums in zitternde Bewegung zu setzen; so wird sie doch, wenn sie ihr Ziel erreicht, wenn diese Waffe ihre Dienste gethan, dieselbe weit von sich werfen mit all' dem Gift und dem Wahnsinn, der d'rum und d'ran hängt. — Die Arbeiter erstreben keinen Staat, in welchem

die Politik und die Diplomatie ihren wüsten Tummelplatz aufschlagen können; sie erstreben einen großen, freien Bund arbeitender und selbst genießender Gewerkschaften, deren Interesse nicht darin liegen wird, sich gegenseitig zu zerfleischen und zu vernichten, sondern sich gegenseitig zu unterstützen in der Erreichung ihres Zweckes: der Allgerechtigkeit, der Menschenliebe und des menschlichen Lebensgenusses. Und in einem solchen Gemeinwesen haben die Politik und Diplomatie nichts zu schaffen, und das stehende oder auf der faulen Haut liegende Heer der Diplomaten und Staatskünstler kann dann, wie Lassalle so trefflich von den Professions-Zeitungsschreibern sagt, verhungern oder Stiefelputzer werden, das ist seine Sache. — Aber selbst zur Führung des Kampfes gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen bedarf die Arbeitermasse keiner größeren politischen Weisheit als das Erkennen günstiger Gelegenheiten, das Erfassen der günstigen Momente zur Aktion, wie der „alte Schmied" des französischen Proletarierdichters Gustave Leroy, der seine Verachtung gegen die Zeitungs-Politiker von Profession und all' sein politisches Verständniß in den Worten ausspricht:

„Mich soll das Pack nur frisch zufrieden lassen
„Mit seinem Kohl, der ihm im Geiste blüht;
„Ich weiß von Politik nur dies zu fassen:
„Man muß das Eisen schmieden, wenn es glüht!"

So haltet denn treu zusammen und brüderlich, Ihr Arbeiter von Graz — von Steiermark! Erwartet mit muthiger Brust, mit trotziger Stirn und geschwungenem Hammer, gleich Euren Leidensgenossen aller Orten, den Moment, wo das Eisen glüht! Auch Ihr habt Euch ja die Fahne des Proletariats erwählt, der Menschheit Farbe, das heilige Roth! — Es ist nicht die Farbe der Unschuld, nicht der Trauer, nicht die der Hoffnung und nicht die der Buße: es ist die Farbe der Menschenliebe, der aus der Gluth des Herzens emporlodernden Flamme der Begeisterung, es ist die Farbe unseres Herzblutes, das wir bereit sein müssen hinzugeben für die Befreiung der Menschheit!

Drum haltet hoch die Fahne der Arbeit, die Fahne der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit! Schaart Euch um sie, Mann an Mann, fest wie ein Wall gegen den andringenden Schwarm der Feinde, und marschirt „vorwärts!" —

Die Fahn' empor, die Fahn' voran,
Wir folgen Alle nach!
Errette, was da retten kann,
Uns aus des Elends Schmach!
Zu lang mit Thränen ward genäßt
Der Arbeit hartes Brot;
Nun wallt ein feuriger Protest;
Hoch unsere Fahne roth!

Die Bourgeoisie setzt Pumpen an
Und saugt an unsrem Blut;
In Hunger stirbt der Arbeitsmann,
Es hungert seine Brut.
Zu lange habt Ihr uns erpreßt
Den Schmerzensschrei der Noth:
Nun stehn wir treu, nun stehn wir fest,
Denn unsre Fahn' ist roth!

Wohlan die Flamm' ist angefacht,
Das Eisen ist im Glühn;
So laßt uns hin mit unsrer Macht
Zur Freiheitsschmiede ziehn!
Seht, wie gen Osten hin von West
So hell die Flamme loht:
Wir halten treu, wir halten fest,
Denn unsre Fahn' ist roth!

Nun vorwärts denn, und schließt Euch dicht
Und haltet Mann an Mann!
Wo ist, der unsre Masse bricht
Und der sie sprengen kann?
Nicht einer, der die Schaar verläßt,
Und ging sie in den Tod!
Wir halten treu, wir halten fest,
Denn unsre Fahn' ist roth!

Auch in dieser Rede, das Gedicht mit eingeschlossen, sind die Ziele Ihrer Partei ganz unverhüllt ausgesprochen.

Liebknecht: Der Herr Präsident scheint ganz besonders an der „rothen" Fahne Anstoß zu nehmen. Rothe Fahnen sind aber in Oesterreich nichts Anstößiges oder auch nur Auffälliges, obschon dort die Polizeigesetze nicht gerade sanft sind; es giebt fast keinen Arbeiterverein, der dieses Symbol nicht besäße. Das Roth bedeutet dabei nicht „Blut", sondern „Gleichheit", und der Gebrauch der rothen Fahne für die Demokratie als Symbol rührt aus der französischen Revolution her, wo sie als Gegensatz zur nationalen und bürgerlichen Tricolore diente. Ich weise ferner hin auf die Stelle, welche zur Gründung von Genossenschaften auffordert; auf diese kommts dem Redner an. Er sagt auch: „Erwartet den Moment, wo das Eisen glüht." Nun, wir sind nicht aufs „Erwarten", sondern auf Vorbereitung des Hochverraths angeklagt.

Präsident: Was die rothe Fahne bedeutet, weiß ein Jeder hier im Saale, dessen Stimme von Werth ist.*) Der

*) Nach dem Referat des Gerichtsraths Ahnert im „Dresdner Journal".

Artikel involvirt eine Aufreizung zur Vergewaltigung an der Bourgeoisie.

Liebknecht: Ich muß mir gerade wegen dieser Bemerkung des Herrn Präsidenten erlauben, noch einmal das Thema von der rothen Fahne zu berühren. Es existirt eben in der Welt über den Sinn der rothen Fahne nicht Einhelligkeit in der Auffassung. Die gewöhnliche Auffassung des Wortes „rothe Republik" ist nicht unsere Auffassung. Von unseren Gegnern wird der rothen Fahne fälschlich eine andere Bedeutung beigelegt, als sie bei uns hat, und es kommt also bei der Beurtheilung Alles darauf an, als was für ein Symbol man die rothe Fahne betrachtet.

Präsident: Wenn Sie die „gewöhnliche Auffassung" eine falsche nennen, dann wäre vielleicht auch die Auffassung Ihrer Leser eine falsche und leicht möglich, daß selbst diese Sie falsch verstehen.

Liebknecht: Zum Beweise, daß diese uns nicht falsch verstanden, verweise ich auf die Thatsache, daß noch keinerlei Blutbade oder auch nur Exzesse seitens unserer Parteigenossen vorgekommen sind. Mit „gewöhnlicher Auffassung" meinte ich die Auffassung unserer Gegner, welche das Monopol der Presse haben.

Präsident: Wenn von Seiten Ihrer Anhänger noch keine Exzesse vorgekommen sind, so legt dies nur Zeugniß ab von dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich bemerke, daß das Vorgelesene nichts mehr und nichts weniger ist, als ein Referat über eine Rede. Ueber das Roth der Fahne giebt der Dichter in der Rede selbst eine Erklärung, wonach es die Farbe der „Menschenliebe", der „Begeisterung" sein soll. Diese Erklärung allein ist maßgebend. Ueberhaupt ist schon darauf hingewiesen, wie wenig eine wörtliche, buchstäbliche Bedeutung den so oft überschwänglichen Ausdrücken in solchen Schriftstücken beizumessen ist. Außerdem heißt es hier ausdrücklich: „Das Proletariat, welches hervortritt", nicht, welches hervortreten wird, — ferner: „fest gegen den andringenden Schwarm der Feinde!" Es ist also von dem sich Vollziehenden, von der damaligen Gegenwart die Rede; wie kann man das auf „Vorbereitung zum Hochverrath" interpretiren?

Staatsanwalt: Darauf hätte ich zu entgegnen, daß (nach der Rede) roth auch „die Farbe des Herzblutes ist, das wir bereit sein müssen hinzugeben für die Befreiung der Menschheit.“ Und unter „Befreiung der Menschheit“ ist ja nach der sozialdemokratischen Anschauung die Erreichung derjenigen ökonomischen Ziele zu verstehen, die hinter der Monarchie liegen, d. h. deren Vorbedingung der politische Kampf ist.

Liebknecht: Zur Widerlegung dieser Anschauung der Staatsanwaltschaft — als ob wir es in erster Linie auf den politischen Kampf abgesehen hätten — verweise ich nur auf die heute Morgen vorgelesene Stelle aus dem „Volksstaat“ über das Mißlingen der spanischen Revolution.

Präsident: In Nr. 5 befindet sich eine „Im Namen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter Augsburgs, Münchens, Ansbachs und Würzburgs“ erlassene Einladung „An die Arbeiter Deutschlands“ zu einem Arbeiterkongreß; diesem Schriftstücke beigefügt ist ein dem „Proletarier“ (redigirt von Herrn Tauscher) entnommener Aufsatz, nach welchem die „Lassalleanische Arbeiterpartei“*) (deren Gründung auf jenem Kongresse eben in Aussicht genommen wurde)

„alle jene Arbeiter in sich vereinigen soll, welche rein und innig und hoch über Alles, blos die Sache vor Augen — sich um die vielfach mißbrauchte Fahne Lassalle's in dichten, aufrichtig revolutionär gesinnten Reihen schaaren wollen, den Kampf der Besitzlosen gegen den sozialen Druck und die politische Bevormundung der Besitzenden als Klassenkampf auffassen, und somit in festgeschlossenen Reihen gleichmäßig gegen die Reaktion des Junkerthums und der Säbelherrschaft, wie gegen jene des Kapitals vorgehen wollen; der Kongreß soll alle wahren Sozialdemokraten vereinigen, die fortan weder mit Herrn Dr. von Schweitzer, noch mit Herrn Mende und Konsorten, aber auch nichts mit der Bourgeois-Demokratie (Volkspartei) zu thun haben wollen, sondern — einen schlichten aber unabhängigen, einen ungelehrten aber redlichen Arbeiter an der Spitze — durch Tick und Dünn für die gerechte Sache des unterdrückten vierten Standes vorwärts marschiren werden.“

*) Gemeint sind die „Lassalleaner“, die damals weder mit Schweitzer noch mit der Gräfin Hatzfeld gingen und auch den „Ehrlichen“ noch nicht beitreten wollten. Diese „vierte Gruppe“, an deren Spitze Tauscher stand, verschmolz sich jedoch bald mit den „Eisenachern“. (1894.)

Der gedachte Aufruf nebst Aufsatz wird darauf von Bracke einer Besprechung unterzogen, in der es heißt:

„Die Einheit der Arbeiterpartei ist wieder einen Schritt näher gerückt, denn nur die „Führer" sind es, wie der Aufruf sehr richtig dies ausspricht, welche die sozialdemokratischen Arbeiter auseinander halten, ja gegen einander hetzen. Hat die Herrschaft von „Führern" ihr Ende, so wird die Arbeitermasse, beseelt von einem Gedanken, durchdrungen von demselben Klassenbewußtsein, bald einig sein. Daß die Einheit derselben aber unerläßlich nothwendig ist, bevor an eine Verwirklichung der Prinzipien der Partei gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Ist aber die Einheit der Partei hergestellt, dann haben wir schon heute die 100 000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt; und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste in den gesetzgebenden Körpern oder mit wildwehendem Lockenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einführung des sozialdemokratischen Volksstaates sein wird: der rothen Republik!"

Es handelt sich hier um einen Kampf gegen jede Herrschaft, gegen das Junkerthum, gegen die Säbelherrschaft und gegen das Kapital. — Was haben die Herren Angeklagten zu erwidern?

Liebknecht: Ich nichts.

Bebel: Der ganze Artikel kann blos an der einen Stelle etwas verfänglich erscheinen, wo es heißt: „die soziale Frage könnte „vielleicht" auf dem Wege der Revolution mit wildwehendem Lockenhaar gelöst werden". Dieser Passus aber — nebst den „100 000 Mann" — ist einer Broschüre Lassalle's entnommen, die in Tausenden von Exemplaren sich seit vielen Jahren unbeanstandet im deutschen Buchhandel befindet. Durch das Wort „vielleicht" hat der Verfasser übrigens kundgegeben, daß er nur eine Vermuthung, die eintreffen kann oder auch nicht, aussprechen wollte; er hat es dahingestellt gelassen, auf welchem Wege die Arbeiterpartei ihr Ziel erreichen wird, und den Weg der friedlichen Reform („in den gesetzgebenden Körpern") dem der gewaltsamen Revolution vorangestellt. — Uebrigens hat sich Bracke im Braunschweiger Prozeß darüber so vollständig verantwortet, daß er freigesprochen werden mußte.

Präsident: Ein aufreizender Charakter ist diesem Schriftstück gleichwohl nicht abzusprechen.

Bebel: Dies ist nur eine subjektive Meinung. Der Eine hält manchmal etwas für aufreizend, was dem Anderen

als sehr harmlos erscheint. Was mich aufreizt, läßt einen Andern kalt und umgekehrt.

Präsident: Ich muß bemerken, daß dieser Artikel für Arbeiter berechnet war; diese fassen gewöhnlich Alles so auf, wie es ausgesprochen wird.

Liebknecht: Die Arbeiter haben sich aber durch dieses Schriftstück nicht zu Gewaltthätigkeiten „aufreizen" lassen und dadurch bewiesen, daß sie es richtiger aufgefaßt haben als der Herr Präsident.

Hepner: Ich glaube ebenfalls, daß die Ansichten über „Aufreizung" sehr verschieden sein können; und ich glaube ferner, daß es kaum ein Buch giebt, in dem man nicht „aufreizende" Stellen entdecken könnte. Wenn nun gar der Herr Präsident den fraglichen Artikel darum für besonders „aufreizend" hält, weil er für „Arbeiter" geschrieben ist, so möchte ich mir erlauben, dem entgegenzuhalten, daß ich ein Buch kenne, welches, obschon es nicht blos für die „Arbeiter", sondern für die gesammte Menschheit bestimmt ist, sehr viele sogenannte „aufreizende" Stellen enthält, ohne daß es unter Anklage gestellt wird. Ich meine das sogenannte „Buch der Bücher", die Bibel, und zwar möchte ich, um einen recht eklatanten Beweis für meine Behauptung anzuführen, einige (sehr kurze) Stellen aus demjenigen Theile der Bibel zitiren, welcher als der weiseste von allen gilt, aus den „Sprüchen Salomonis" —

Präsident (dem Redner ins Wort fallend): Dies kann ich nicht zulassen, Herr Hepner. Es ist vollständig überflüssig. Die Bibel gehört keineswegs hierher. Es wird ohnedies hier sehr viel gesprochen.

Hepner: Ich glaube, Herr Präsident, ich habe von meinem Vertheidigungsrechte bisher noch so wenig Gebrauch gemacht, daß Sie mir billigerweise das Wort nicht entziehen können.

Präsident: Ich beschränke die Vertheidigung nicht, jedoch Ueberflüssiges kann ich nicht zulassen, und ich muß bemerken, daß schon genug gesprochen worden ist.

Liebknecht: Der Herr Präsident hat soeben geäußert, es sei von der Vertheidigung bereits genug gesprochen worden. Nun, wenn dem so ist, warum hält man uns noch länger hier auf? Sind wir so weit, dann resumire man und verurtheile uns!

Präsident: Ich habe Ihnen noch niemals das Wort entzogen und auch nicht gesagt: die Vertheidigung habe schon genug gesprochen, sondern: es ist im Allgemeinen schon sehr viel gesprochen worden; auch ich habe schon sehr viel sprechen müssen.

In Nr. 20 ist eine Resolution des sozialdemokratischen Arbeitervereins zu Leipzig, gerichtet an die Wiener Arbeiter, in welcher es heißt:

„Der Leipziger sozialdemokratische Arbeiterverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Vorgängen in Wien. Nach längerer Debatte wurden die nachstehenden Resolutionen einstimmig angenommen, die wir allen Parteigenossen ebenfalls zur Annahme empfehlen. Es ist nothwendig, daß die deutsche Sozialdemokratie für ihre Brüder in Oesterreich offen und rücksichtslos sich ausspricht und dem heuchlerischen Bürgerministerium die liberale Maske herrunterreißt. Die Leipziger Parteigenossen haben in dieser Angelegenheit für Mittwoch eine Allgemeine Arbeiterversammlung einberufen.

Die Resolution lautet:

1) Der sozialdemokratische Arbeiterverein zu Leipzig spricht den österreichischen, und speziell den Wiener Arbeitern seine wärmste Anerkennung aus für die muthige Haltung, mit der sie gegenüber der feindseligen und niederträchtigen Haltung des sog. Bürgerministeriums die sozialdemokratischen Prinzipien vertreten.
2) Der sozialdemokratische Arbeiterverein fordert die österreichischen Arbeiter auf, sich durch keinerlei Gewaltthätigkeiten des Bürgerministeriums zu übereilten Schritten hinreißen zu lassen, sondern in der Ueberzeugung, daß der Tag bald kommt, ruhig des Moments zu warten, da das gesammte Proletariat den Kampf für seine Befreiung mit sicherer Aussicht auf Erfolg aufnehmen kann.
3) Der sozialdemokratische Arbeiterverein spricht seine tiefste Verachtung aus gegen das österreichische Ministerium, speziell gegen Herrn Giskra, das unter dem Schein eines „liberalen" Regiments jede freiheitliche Bewegung unter den Arbeitern niedertreten und die brutalste Polizeiwillkür schrankenlos herrschen läßt.
4) Fordert der Verein die Arbeiter Deutschlands auf, sich obiger Erklärung anzuschließen.

Ist einer der Herren Angeklagten vielleicht der Verfasser oder auch Urheber dieser Resolution, respektive: wie haben

Sie sich zu dem Antrag im Verein — dessen Mitglieder Sie ja sind — verhalten?

Bebel: Ich trage kein Bedenken, zu erklären, daß ich der Verfasser dieser Resolution bin und sie zum Antrag erhoben habe.

Liebknecht: Ich dächte, wenn irgend etwas, so ist diese Resolution im höchsten Grade entlastend. Was ist darin enthalten? Eine Warnung an die österreichischen Arbeiter vor einem Putsch. Dafür sollte man uns dankbar sein, anstatt uns anzuklagen! — Und wenn gesagt ist, daß „der Tag bald kommt", nämlich der Tag, wo die heutige Wirthschaft zusammenbricht, nun so glaube ich auch jetzt noch bestimmt daran. Wäre das nicht der Fall, so würde ich überhaupt jede sozialdemokratische Agitation aufgeben. Für jene mir innewohnende Ueberzeugung allein kann man mir doch aber keine Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrath" machen.

Präsident: Ich habe dem entgegenzuhalten, daß, wenn Sie vor Demonstrationen gewarnt haben, dies nur darum geschah, weil Sie glaubten, daß ein Putsch jetzt noch nicht von Erfolg sein könnte.

Liebknecht: Gegen diese Unterstellung muß ich die sozialdemokratische Partei verwahren. Unsere Partei ist keine Partei der Putsche, keine Partei, die Krawalle und Verschwörungen auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Frage der Gewalt ist bis dato immer nur durch unsere Gegner gestellt worden, nicht durch uns. Wir wollen die Majorität der Bevölkerung für unsere Ansichten durch Propaganda gewinnen.

Präsident: Herr Hepner, haben Sie etwas zu bemerken?

Hepner: Herr Präsident! Nachdem Sie mich vorhin verhindert haben, mich über den Begriff der „Aufreizung" auszulassen, habe ich zu erklären, daß ich nicht eher wieder das Wort ergreifen werde, als bis mir Genugthuung geschehen ist.

Präsident: Ich habe Ihnen das Wort zum ersten Male entzogen, weil Sie ganz Ueberflüssiges, nicht zur Sache Gehöriges vorbringen wollten.*) Es ist hier genug geredet worden.

*) So nach dem Bericht des „Tageblatt". Ein ander Mal erklärte der Präsident aufs Entschiedenste, daß er dem Angeklagten

Liebknecht: Ich protestire gegen die abermalige Aeußerung des Herrn Präsidenten, daß hier „genug" geredet worden sei. Wir sind da, um gerichtet, nicht um verurtheilt zu werden. Verurtheile man uns, andernfalls lieber gleich, ohne irgend welches Verhör!

Präsident: Ich beschränke die Redefreiheit nicht, dulde aber auch nicht, daß ganz Ueberflüssiges und mit der Sache gar nicht Zusammenhängendes vorgebracht wird. Ich mache hierbei der Vertheidigung gar keinen Vorwurf, besonders viel gesprochen zu haben. Ich selbst habe viel gesprochen.

Staatsanwalt: Sie haben Alle dieser Resolution zugestimmt?

Liebknecht: Ja.

Bebel: Ja.

Hepner: Ich wiederhole meinen Protest. Ich rede nicht mehr.

Präsident: Ihrer Vertheidigung werden Sie damit keinen Gefallen thun.

Hepner: Lieber ergebe ich mich rechtlos der Gewalt, als daß ich den Gewaltstreich gutheiße.

Präsident: Von „Gewaltstreich" kann wohl keine Rede sein. Ich bitte übrigens, den Entschluß des Herrn Hepner, nicht mehr zu antworten, zu Protokoll zu verlautbaren.

Staatsanwalt: Herr Bebel, da Sie Verfasser der Resolution sind, so werden Sie uns wohl sagen können, was unter dem „Kampfe" zu verstehen ist, welcher darin erwähnt ist?

Bebel: Daß wir einen politischen Kampf, aber keinen Gewaltstreich gemeint haben, versteht sich von selbst. Die österreichischen Arbeiter erstrebten damals zunächst rein politische Ziele: Wahlfreiheit, Vereinsfreiheit 2c. Die österreichische Regierung hatte aber die Vereinsgesetze in der reaktionärsten Weise gegen die Arbeiter ausgelegt. Da sagten wir uns, daß dies die österreichischen Arbeiter erbittern müßte; deshalb erklärten wir diesen, daß ein Putsch, den sie etwa machten, uns Allen schaden würde, indem ein vereinzeltes Vorgehen verkehrt, vielmehr Organisation und Aufklärung der

---

das Wort nicht entzogen habe. Nach dem Referat des „Volksstaat" hätte der Präsident sich bei oben bezeichneter Gelegenheit so geäußert: „Ich habe Ihnen die Vertheidigung nicht abgeschnitten, Bibel-Zitate kann ich jedoch hier nicht gestatten, dies liegt uns zu fern."

Massen zur Erringung des Sieges nothwendig sei. An einen bestimmten Tag, an ein bestimmtes konkretes Ereigniß haben wir nicht gedacht.

Präsident: In Nr. 29 und 48 ist ein Artikel, überschrieben: „Aus Amerika" und von „New-York, den 14. März" und „16. Mai 1870" datirt, in welchem die Ansicht, daß durch das allgemeine direkte Wahlrecht die Arbeiter ihre Tendenzen nicht verwirklichen könnten, verfochten und erklärt wird:

„Auf nichts sollte die sozialdemokratische Partei mehr Gewicht legen, auf nichts mehr mit Argusaugen wachen, als auf den eigentlichen Endzweck ihrer Thätigkeit. Thut sie dieses nicht, dann geräth sie in Gefahr, das Mittel über den Zweck zu stellen, just wie der Katholizismus die „Jungfrau" Maria höher verehrt als Jesus, den „Sohn Gottes". Daß aber die Arbeiter leicht in diese Gefahr gerathen, beweist, oder vielmehr hat bewiesen der „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein", welcher in der Verhimmelung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, als des Urquells der gesellschaftlichen Glückseligkeit, seine vornehmste Aufgabe zu erblicken gelernt hat und dabei erblindet gegen den Despotismus des Staates und der Gesellschaft, welcher auch überall da herrscht, wo jenes Recht schon seit Jahrzehnten ausgeübt wird. O, wären jene Helden des Berliner Doktors doch einige Zeit hier, in dem gelobten Lande der Freiheit, es würde ihnen wie Schuppen von den Augen fallen. Sie würden sehen, daß der Bourgeoisie die Verwandlung des Wahlrechts in eine Geißel zur moralischen und materiellen Knechtschaft der arbeitenden Klasse ein Leichtes ist. Sie würden die Nothwendigkeit einsehen lernen, daß das Wahlrecht in dem jetzigem Stadium der Entwicklung nur als ein Agitationsmittel betrachtet werden darf, welches beiseite gelegt werden muß, wenn es sich unwirksam erweist. — Der Besitz ist grausam selbstsüchtig; er ist taub gegen das Wort und unterwirft sich nur der Gewalt. Die Tribüne erhält erst dann für uns ihre wahre Bedeutung, wenn das Grundprinzip des Zukunftsstaates in die Wirklichkeit übergegangen ist, wenn die Revolutionspartei die organisirte Macht in Händen hat. Für die Bourgeoisie mag die Rednerbühne etwas Heiliges sein, für uns ist sie eine Spielerei so lange, als wir unseren Worten nicht die That folgen lassen können. Und wir sind dies zu thun jetzt außer Stande, weil die Administration und die Bajonnette nicht uns gehören. Um diese zu erlangen, müssen wir einen Kampf auf Tod und Leben beginnen. Ehe wir uns nicht hierzu entschließen, wird's nimmer besser.

Es soll aber mit all' Diesem dem Wahlrecht nicht der Charakter des ersten Bürgerrechts genommen werden, welchen es

im Volksstaat behalten muß. Auch soll nicht davon abgehalten werden, es überall da zu verlangen, wo es noch nicht eingeführt ist, auch soll es selbst dem weiblichen Geschlecht nicht vorenthalten werden; sondern nur das Eine ist über all' Diesem nothwendig: es ist nicht als die Brücke zu betrachten, über welche wir aus dem Zustande der Unterdrückung in den der größtmöglichen Gleichheit gelangen können. Erinnere man sich, daß die Bourgeoisie nur durch die Köpfung Ludwig's XVI. und durch die Feldzüge Napoleon's den Feudalstaat zertrümmerte.

Die Zeit ist sicherlich nicht mehr fern, wo diese Ueberzeugung überall sich Bahn brechen wird. Es fehlt nur, daß ein gesetzgebender Körper einmal in der Mehrzahl aus lauter Arbeiterkandidaten bestände; denn es würde sich dann gewiß zeigen, daß ohne ein wenig Gewalt die alten Parteien das Szepter nicht ausliefern würden, vermittelst dessen die ganze Staatsmaschine im Gang erhalten wird. Auch dann also, wenn das Stimmrecht ein wirkliches Arbeiterparlament geschaffen hat, werden wir nicht durch das Wort, sondern nur durch die entschlossene That zum eigentlichen Siege gelangen. Wozu also unsere Kraft erst lange in Wahlkämpfen abnutzen? Bildung, Organisirung eines Revolutionsheeres ist die Hauptsache."

„. . . Vor einigen Wochen war in der „Arbeiter-Union" ein ziemlich lebhafter Streit entbrannt über die Frage: ob in Amerika die soziale Frage durch die Assoziationen oder durch eine gewaltsame, blutige Umwälzung gelöst werden wird. Die Mitglieder der Internationalen fochten für die letztere, Andere, und besonders Herr Dr. Stiebeling, für die erstere. Die Frage ist durch die Schuld der Redaktion der „Arbeiter-Union" nicht entschieden worden, wohl aber hatten wir Internationalen die Genugthuung, daß die Redaktion in einem Leitartikel: „Gewalt und Recht", auf unsere Seite trat und daß der „Freidenkerbund" sich in einem Beschlusse für die gewaltsame „Umwälzung" aussprach." —

Präsident: Was haben die Herren Angeklagten darüber zu bemerken?

Liebknecht: Der Artikel, der in Amerika und nach amerikanischer Auffassung geschrieben ist, behandelt vorwiegend amerikanische Zustände und ist von mir lediglich aus dem Grunde aufgenommen worden, weil der „Volksstaat" die Parteigenossen auch über die Verhältnisse im Ausland zu unterrichten hat. Ich befinde mich mit dem Verfasser nicht vollständig im Einverständniß, der, nebenbei bemerkt, der republikanischen Staatsform einen sehr geringen Werth beilegt.*)

*) Hans Blum referirt an dieser Stelle: „Liebknecht erklärt nichts".

Bebel: Der dreißigste Theil der Abonnenten des „Volksstaat" lebt in Amerika; darum müssen auch amerikanische Vorkommnisse im Blatte besprochen werden. Uebrigens bin ich sowohl als auch Liebknecht seiner Zeit über die pessimistische Auffassung der Dinge seitens jenes Korrespondenten unzufrieden gewesen. — Ich stimme mit dem Verfasser nur insofern überein, als ich das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht allein, ohne Diäten, ohne Preß- und Vereinsfreiheit fast gleich Null erachte. — Der Verfasser lebt in der amerikanischen Republik und sieht, wie dort trotz aller politischen Freiheit die größte soziale Ungleichheit herrscht, daher sein Pessimismus.

Präsident: Herr Hepner?

Hepner: Ich wiederhole meinen Protest.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich bitte zu konstatiren, daß diese Korrespondenz in 2 Abschnitten veröffentlicht worden ist, der zweite 20 Nummern (d. h. 10 Wochen) später als der erste. Es ist dies ein Beweis, welch' geringe Bedeutung die Redaktion diesem Artikel beigelegt hat.

Präsident: In Nr. 59 ist ein Manifest des Zentralkomités der Friedens- und Freiheitsliga vom 15. Juni 1870, einen Protest gegen den letzten Krieg enthaltend, mit den Stellen:

„Der Friede Europas ist von Neuem durch monarchischen Hader und dynastische Eifersucht gestört . . . . . .

Das so plötzlich mit kalter Berechnung herbeigeführte Unglück beweist in schlagendster Weise die Wahrheit der Prinzipien, welche unsere Liga seit Jahren geltend zu machen sucht.

So lange die Völker das monarchische, auf ihre Kosten unterhaltene Regiment zu dulden fortfahren, kann zwischen ihnen der Friede nicht gesichert sein.

Ehrgeiz und dynastische Eifersucht, stehende Armeen im Dienste der Monarchen und das Recht des Fürsten, nach Gutbefinden Krieg zu erklären — kann dies Alles zu etwas Anderem führen als eben zum Krieg? Der Krieg, welcher Europa in ein Blutbad zu stürzen und zu verwüsten beginnt, entspringt aus keiner anderen Ursache. Werden die Völker endlich diese furchtbare Lehre begreifen? . . ."

Hieraus geht wiederum hervor, daß Ihre Bestrebungen zunächst auf Abschaffung der Monarchie gerichtet waren.

Liebknecht: Ich glaube vielmehr, daß zunächst aus der Aufnahme des Manifestes nur das hervorgeht, daß —

da die Liga (als eine vorwiegend bourgeoisistische Vereinigung) nicht mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation auf gleichem Boden steht — auch abweichenden Ansichten die Spalten des „Volksstaat" geöffnet werden. Das Manifest wurde aufgenommen, wie alle gegen den Krieg gerichteten Kundgebungen, von welcher Seite sie auch kamen.*)

Präsident: In Nr. 61 befindet sich ein vom Ausschusse in Betreff des deutsch-französischen Krieges unterm 24. Juli erlassener Aufruf an die Parteigenossen, in dem es heißt:

„Unsere Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, so hoffen wir, ganz Deutschland umfassenden Staates, bestimmend mitzuwirken, damit, wenn es möglich ist, nicht der dynastische Staat, sondern der sozialdemokratische Volksstaat ins Leben tritt; unsere Aufgabe ist es — mag der gewordene neue Staat bei der Geburt noch dynastische Färbung tragen —, ihm im ernsten, schweren Kampfe den Stempel unserer Idee aufzudrücken.

Wenn, so hoffen wir, Begeisterung und Muth unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen, dann ist es ferner unsere Pflicht, uns nicht berauschen zu lassen von dem Siegestaumel, der so leicht der Menschen Geister berückt, sondern eingedenk dessen zu sein, daß wir nicht nur Deutsche sind und nicht nur Deutschland freiheitlich einigen wollen, sondern daß unsere französischen Nachbarn, daß alle Völker der Erde unsere Brüder sind, mit denen gleiches Loos und gleiches Streben uns einen. Und wenn auch jetzt, von unserm Segen und unsern Wünschen begleitet, die deutschen Krieger hinausziehen müssen zum Kampf gegen die Söldnerschaaren des französischen Kaisers, so darf dennoch nie der Haß unser Herz erfüllen gegen die französischen Arbeiter, gegen die französische Nation! Mit ihnen gemeinsam haben wir dann, und so hoffen wir: bald wieder, die Fahne des Proletariats, die rothe Fahne voranzutragen, und — jede Gemeinschaft mit anderen Parteien weit von uns weisend — erneut den Kampf aufzunehmen für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus.

Trauernd senkt heute der Genius der internationalen Verbrüderung der arbeitenden Völker seine Fackel zur Erde; trauernd sehen wir von zwei Brudervölkern das Schwert gegen einander

*) Hans Blum, der ein unvergleichliches Talent im falschen Wiedergeben der einfachsten Bemerkungen besitzt und dabei Stenograph ist, referirt an dieser Stelle:

„Liebknecht: Wir haben sehr verschiedene (?!) Ansichten von der Friedens- und Freiheitsliga, hielten uns aber zur Aufnahme jenes Artikels verbunden, weil wir hofften, den Ausbruch des Krieges dadurch verhindern zu können." (!!!)

gezückt. Aber so gewiß wir nicht die leiseste Schuld tragen an diesem unseligen Kriege, und so gewiß die Schuldigen die Strafe ereilen wird, so gewiß haben wir als Deutsche für Deutschland einzustehen, und so gewiß haben wir — trotz aller Berechtigung, mit der wir die Gründung des einen deutschen Staates erhoffen — die ernste Pflicht, uns rein zu halten von jedem Uebermaß von Nationalgefühl und uns kräftig zu erhalten für den höheren, für den glorreicheren gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten der Erde. Ist in Napoleon unser gefährlichster Gegner besiegt, so wird das französische Volk freier aufathmen, und dann haben auch wir die Machthaber in unserem Vaterlande daran zu erinnern, was dem Volke von Gottes und Rechts wegen gebührt, und was zu fordern die unendlichen Opfer und Qualen des Krieges es doppelt und dreifach berechtigen. Dann sammelt das Proletariat in allen Ländern seine Krieger wieder unter seine Fahne, und wenn dann ein lustiger Trommelschlag ertönt, so wird es der unseres Jahrhunderts würdigere Trommelschlag sein der an ihrer Befreiung aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks ringenden Arbeiter."

Dieser Aufruf rührt von Ihrem Ausschusse her, Herr Liebknecht! Sie wollten damit eine gewaltsame Lösung Ihrer Zwecke herbeiführen.

Liebknecht: Im Gegentheil: dieser ganze Aufruf hätte mit Ausnahme von zwei oder drei Phrasen sehr gut im Preußischen „Staats-Anzeiger" stehen können. Eine „gewaltsame Lösung" sollte damit nicht vorbereitet werden, sondern mit „Kampf" ist nur ein agitatorischer „Kampf" gemeint. Die Abwesenheit aller Gewaltpläne geht schon daraus hervor, daß die von den Verfassern für eine mehr oder minder entfernte Zukunft erwartete Umwandlung des dynastischen Staats in einen sozialdemokratischen Volksstaat als eine blos „mögliche" bezeichnet wird, d. h. eine, die nur durch das Eintreffen gewisser Vorbedingungen eintreten kann — Vorbedingungen, die in der gesellschaftlichen Entwicklung liegen. Hätte unsere Partei Gewaltstreiche beabsichtigt, würde sie doch wohl während des Krieges, wo sie freiere Hand gehabt hat denn je, ihre „Umsturzpläne" verfolgt und nicht damit bis nach dessen Beendigung gewartet haben. Damit zu warten, bis der Krieg vorüber war, wäre eine Tollheit von uns gewesen. Was nach dem Krieg gethan werden sollte, das ist mit ganz deutlichen und nicht mißzuverstehenden Worten ausgesprochen: man sollte den sozialen „Kampf erneut aufnehmen", und diesem

Sinne entspricht die Bemerkung „mit ihnen (d. h. den französischen Arbeitern) gemeinsam". Etwas Anderes ist aus dem Manifeste nicht herauszulesen.

Bebel: Der Aufruf erschien uns gar zu sehr im preußischen Fahrwasser; wir hätten ihn beinahe abgelehnt. „Trommelschlag" ist eine reine Phrase. — Infolge dieses Aufrufs entstand unser Konflikt mit Braunschweig. Alles das hätte in der Thronrede des Königs Wilhelm stehen können.

Präsident: Eine solche Freiheit, wie Sie erstreben, stand jedenfalls nicht in der Thronrede. — Herr Hepner?

Hepner: Ich beharre bei meinem Protest.

Präsident: In derselben Nummer 61 ist ein „Protest der Pariser Sektion der Internationalen an die gesammte Arbeiterwelt" „gegen den Krieg". Es heißt darin:

„Angesichts des brudermörderischen Krieges, welcher soeben zur Befriedigung des Ehrgeizes unsers gemeinsamen Feindes erklärt worden ist — des furchtbaren Krieges, in welchem Tausende unserer Brüder hingeopfert werden sollen, angesichts der Leiden, der Thränen, des drohenden Hungers . . . . . .

„Protestiren wir im Namen der Völkerverbrüderung gegen den Krieg und seine Anstifter, und fordern wir alle Freunde der Arbeit und des Friedens auf, ... und die Freiheit der Welt zu begründen.

„Es leben die Völker! Nieder mit den Tyrannen!"

Nur die letzten Worte sind maßgebend.

Liebknecht: Daß auch dieses Aktenstück unter dem Belastungsmaterial figurirt, freut mich im Interesse der Sache, die durch diesen Prozeß vertreten wird, im höchsten Grade. Denn dieses Aktenstück beweist, daß unsere französischen Parteigenossen, die Pariser Internationalen, nicht zu den Chauvinisten und Kriegsfreunden gehört haben. Und die französischen Mitglieder der Internationalen waren die Einzigen in Frankreich, die den Muth gehabt haben, Demonstrationen gegen den Krieg hervorzurufen. Dafür sollte man ihnen dankbar sein. Unter „Tyrannen" wird doch die Anklage nicht unsere deutschen Fürsten verstehen. Das wäre eine Beleidigung unserer Fürsten. Wer unter den Tyrannen gemeint ist, das kann nicht mißverstanden werden, da der Aufruf von Pariser Arbeitern erlassen worden ist, seine ganze Pointe also offenbar gegen Napoleon gerichtet ist.

Das deutsche Volk hat wissen müssen, daß auch in Frankreich Stimmen gegen den Krieg laut wurden; deshalb ist der Aufruf von mir aufgenommen worden.*)

Bebel: Der Protest ist, wie eine ziemliche Anzahl anderer solcher Manifestationen, ohne jede Bemerkung der Redaktion abgedruckt worden.

Präsident: In derselben Nummer ist eine von Herrn Liebknecht auf dem Stuttgarter Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei als Referenten über die politische Stellung der Partei gehaltene Rede, welche lautet:**)

„Liebknecht: Meine Herren! Zunächst muß ich mich mit einer Frage beschäftigen, die eigentlich durch Annahme des Eisenacher Programms erledigt ist, nämlich mit der Frage, ob die sozialistische Partei auch eine politische ist und sich mit den politischen Verhältnissen zu beschäftigen und in sie einzugreifen hat. Es ist dies verneint worden durch den bekannten Beschluß der Minorität auf dem letzten Kongreß der romanischen Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Lachaux-de-fonds. Dieser Beschluß gründete sich auf die Behauptung, daß der heutige Staat das Produkt der Gesellschaft sei und daß man, wenn man die Gesellschaft umschaffe, auch den Staat umschaffe. Der Vordersatz ist richtig, die Schlußfolgerung falsch. Der heutige Staat ist der Ausdruck der Klassenherrschaft, er vertritt die Macht des Kapitals und ist also gezwungen, allen denjenigen Bestrebungen entgegenzutreten, welche die Beseitigung der Klassen- und Kapitalsherrschaft bezwecken. Er muß ihnen entgegen sein, denn es handelt sich dabei um seine eigene Existenz. Mit den Streiks und anderen unpolitischen Agitationsmitteln erreicht man niemals die Abschaffung des Lohnsystems. Erst mit dem Falle des ganzen heutigen Staats ist auch ein neues Produktionssystem möglich.

*) Unser Freund Hans Blum referirt: „Die Aufnahme dieses Protestes in den „Volksstaat" war nothwendig, damit man sah, daß Frankreich gerade so denke wie wir."

**) Hans Blum referirt wörtlich: „Präsident läßt ferner aus Nr. 61 des „Volksstaat" eine Rede Liebknecht's verlesen, die er auf dem Stuttgarter Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiter (4. bis 7. Juni) gehalten hat. Diese Rede ergeht sich in den wildesten Schmähungen gegen den „Berliner Reichstag", dem Liebknecht damals noch angehörte, und welche darin gipfelte, daß nur mit Revolution, nicht mit dem allgemeinen Wahlrechte das Ziel der Partei zu erreichen sei. Was erklären Sie hierzu?"

Herr Blum gehört unseres Erachtens zu Denen, bei welchen nicht mehr herauszuerkennen ist, was von ihrem Thun und Lassen dem bösen Willen zur Last gelegt oder auf Kosten der Impotenz gesetzt werden muß.

Wir müssen uns deshalb des Staats bemächtigen und einen neuen begründen, der die Klassenherrschaft nicht kennt, weder Herren noch Knechte duldet und die Gesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage organisirt. Nicht blos der Inhalt, sondern auch die Form des Staats ist für uns von wesentlicher Bedeutung, beides von einander nicht zu trennen.

Wenn wir nun auch international sind, so würden wir dennoch einen großen Fehler begehen, wollten wir die nationalen Angelegenheiten aus dem Auge verlieren. Für uns gilt es: Hic Rhodus, hic salta! Hier ist Deutschland, hier der Kampf!

Gegen wen aber hat sich auf politischem Gebiet unser Kampf in erster Linie zu richten? Gegen welchen Staat?

Die Mittel- und Kleinstaaten sind ohnmächtig — sie vegetiren nur noch durch Preußens Gnade oder die Laune des Auslands. Oesterreich hat alle Kräfte zu seiner Selbsterhaltung aufzuwenden; nur mit äußerster Mühe gelingt es ihm, das lecke Staatsschiff über Wasser zu halten, und jedenfalls kann es über seine Grenzen hinaus unserer Bewegung keinen Schaden zufügen. Der mächtigste und darum für uns gefährlichste Staat in Deutschland ist Preußen — seit 1866 muß das Jedem klar geworden sein. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, warum sie sich der preußischen Regierung in die Arme geworfen hat, trotz der Fußtritte, die sie täglich von ihr empfängt. — — Der preußische Staat ist doppelt gefährlich, weil er, ähnlich wie das französische Kaiserreich, die Ideen der Demokratie verfälscht und zu absolutistischen Zwecken mißbraucht. Abgesehen von dem „Volk in Waffen", das nur ein demokratischer Name für das verhältnißmäßig größte stehende Heer der Welt ist, sehen wir, wie die preußische Regierung nach Bonaparte's Vorbild in allgemeinem Stimmrecht und Parlamentarismus macht. Das Stimmrecht des Norddeutschen Bundes ist aber nur ein Köder für die Gedankenlosen; der Berliner „Reichstag" nur ein Scheinparlament. Es giebt überhaupt in der Welt nur Einen monarchischen Staat, der ein wirkliches Parlament hat: England. Nicht ein demokratisches Parlament, nichts weniger als das: das englische Parlament repräsentirt die rücksichtsloseste Klassenherrschaft; allein dieses Parlament hat die Macht im Staat, es ist nicht blos Legislative, sondern genau genommen auch Exekutive, da die Krone in England nur die Bedeutung eines Zierraths, einer Theaterdekoration hat.

In Preußen, wie in Frankreich, ist dagegen die Krone Alles und folglich das Parlament (gesetzgebender Körper und „Reichstag") nichts.

Was das allgemeine Stimmrecht in einem nicht freien Staat ist, das haben die Wahlen zum „Reichstag" gezeigt. Wir in Sachsen, wo die Regierung, sei es aus Schwäche oder aus

anderen Gründen, uns bei den Wahlen gewähren ließ, konnten das „Bismarck'sche Geschenk" mit ziemlichem Erfolg ausbeuten. Aber was war das Resultat im eigentlichen Preußen? Schlechtere Wahlen als unter dem Dreiklassenwahlsystem. Nur in einem freien Staate bringt das allgemeine Stimmrecht die wahre Volksmeinung zum Ausdruck, in einem despotischen kann es nur Mittel der Verblendung und Unterdrückung sein. Den schlagendsten Beleg bietet das dezemberkaiserliche Frankreich, wo soeben das allgemeine Stimmrecht zur Abspielung der Plebiszitkomödie*) benutzt wurde.

In Norddeutschland wird der „Reichstag" auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, aber wer wird behaupten wollen, daß der „Reichstag" die Meinung des Volkes zum Ausdruck bringe?

Einem Scheinrecht entsprungen, hat der Norddeutsche „Reichstag" nur eine Scheinmacht. Er steht völlig ohnmächtig da gegenüber den Regierungen, richtiger der Regierung — der preußischen. Er hat kein Steuerverweigerungsrecht, nicht einmal das Steuerbewilligungsrecht. Er ist blos dazu da, um dem Volk die Thatsache zu verhüllen, daß der Schirmherr des Nordbundes mit Recht von sich sagen kann: L'état c'est moi — Ich bin der Staat. Hinter der Gaukelei des „Reichstags" steht die Realität des Königthums von Gottesgnaden. In frischem Gedächtniß ist der Skandal, zu dem neulich die Debatte über die Todesstrafe Anlaß gab. Der „Reichstag" verwarf in 1. und 2. Lesung die Todesstrafe als eine die Gegenwart schändende Barbarei. Das Gottesgnadenthum forderte die Beibehaltung der Todesstrafe, weil es, kraft seines göttlichen Ursprungs, das Recht über Leben und Tod der Unterthanen haben will — und der „Reichstag" im Bewußtsein seiner Ohnmacht widerrief in dritter, entscheidender Lesung sein Votum. Im „Reichstag" wird nicht „Geschichte gemacht", sondern einfach Komödie gespielt, die Mitglieder sagen und thun, was der Souffleur ihnen zuflüstert, mitunter auch laut zuruft. Und in diesen „Reichstag" sollten wir den Schwerpunkt unseres Kampfes verlegen? Das kann nur Der wollen, dem unser Kampf eine Komödie ist. „Ja freilich", sagt man uns, „der jetzige Reichstag ist allerdings schlecht zusammengesetzt, aber der nächste wird vielleicht besser werden. Sorgen wir für die Wahl tüchtiger Abgeordneter." Das ließe sich hören, wenn nicht der „Reichstag" ohnmächtig wäre und wenn nicht die Regierung die Wahlen ganz in der Hand hätte. Ich verweise hier auf die Rede, die ich

*) Das Plebiszit des 8. Mai 1870 ist gemeint, das Bonaparte eine große Mehrheit gab, ihm aber auch, namentlich durch die große Zahl der militärischen Nein!, den nahenden Fall ankündigte. (1894.)

voriges Jahr im Berliner demokratischen Arbeiterverein hielt und worin ich diesen Sophismus in sein Nichts auflöste.*)

Trotzdem bin ich aus praktischen, aus taktischen Rücksichten dafür, daß wir uns an den Reichstagswahlen betheiligen. Es würde uns schaden, wenn wir den Gegnern das Feld überließen. Die Wahlen erzeugen immerhin eine gewisse Aufregung, die wir zu agitatorischen Zwecken benutzen müssen. Allein wir dürfen unsere Abgeordneten nicht wählen, damit sie Theil nehmen an dem Komödienspiel, sondern damit sie gegen dasselbe protestiren, damit sie protestiren gegen den Absolutismus, der sich hinter die parlamentarischen Formen flüchtet, und damit sie Diejenigen dem Volke denunziren, welche sich zu diesem Spiele hergeben. Nicht zu dem „Reichstag" sollen unsere Abgeordneten sprechen, sondern über die Köpfe der Reichstags-Mitglieder hinweg zum Volke. — —

Nun komme ich zu der Frage: wie haben wir uns bei den Wahlen anderen Parteien gegenüber zu verhalten? Können wir eine Allianz mit anderen Parteien eingehen? Es kann sich hier nur um die Fortschritts- und die Volkspartei handeln; und nach dem vorher Gesagten kann ich diese Frage nur mit „Nein" beantworten. Bezüglich der Fortschrittspartei bedarf es keiner längeren Auseinandersetzungen. Sie hat den Nordbund anerkannt und enthält ausschließlich Bourgeois-Elemente, ist uns also in politischer wie in sozialer Beziehung antagonistisch.

Aber auch mit der Volkspartei können wir keine Allianz schließen, weil die Volkspartei kein bestimmtes Parteiprogramm hat. Wohl auf dem Papier, jedoch nicht in Wirklichkeit. Die Volkspartei besteht aus den verschiedenartigsten Bestandtheilen. Jacoby, der zu ihr gehört, hat sich zu unserem Programm bekannt, und dies wäre eine Gelegenheit für die Volkspartei gewesen, als Partei Stellung zur sozialen Frage zu nehmen. Aber sie hat sich vorsichtig um die Sache herumgedrückt und die letzte Berliner Rede Jacoby's einfach todtgeschwiegen. Und nicht blos das. Ein beträchtlicher Theil der Volkspartei gehört unzweifelhaft der Bourgeoisie an oder ist wenigstens in der Bourgeoisauffassung der Dinge befangen. Ich erinnere nur daran, daß einige der hervorragendsten Organe der Partei in Folge der Baseler Beschlüsse, die doch nur eine logische Konsequenz des Eisenacher Programms waren, maßlose Angriffe gegen unsere Partei gerichtet haben. Das Einzige, worin die Volkspartei einig ist, das ist der Haß gegen Preußen, und Preußenhaß ist doch kein Programm. Die Volkspartei muß sich klären, die fortgeschritteneren Elemente müssen nothwendiger Weise zu uns herüberkommen, der Rest wird

*) Ueber diese Rede bringt das Vorwort Näheres, indem es auf die veränderte Situation hinweist — was auch für das Stuttgarter Kongreß-Referat gilt. (1894.)

sich weiter nach rechts wenden, der Fortschrittspartei und nationalliberalen Partei beitreten. Also noch einmal: auch mit der Volkspartei ist keine Allianz möglich. Mit einzelnen Mitgliedern können und werden wir gehen, nicht mit der Partei.

Hier eine Bemerkung. Vor Kurzem veröffentlichten die Blätter einen Brief Jacoby's an den Ausschuß der Friedens- und Freiheits-Liga in Genf, in dem es heißt, daß der Hauptkampf sich um Republik und Monarchie drehe; was dazwischen liege, sei des Kampfes nicht werth. M. H.! Ich kann nicht umhin zu erklären, daß Jacoby sich durch diese Aeußerung mit seiner letzten Berliner Rede in Widerspruch gesetzt hat, welche den sozialen Inhalt des politischen Kampfes richtig betont. Die Frage: Republik oder Monarchie ist zum Theil nur eine Formfrage. Das Prinzip, um das es sich hier in erster Linie handelt, ist das Gleichheitsprinzip, und das kann in der Republik so gut verletzt werden wie in der Monarchie. Eine Republik, welche auf Klassenherrschaft beruht, verletzt das Gleichheitsprinzip in der Person jedes Kapitalisten und Proletariers und bringt es nur zur Geltung, indem es die Eine Person des Fürsten wegräumt. Sozialdemokrat sein heißt mehr als Republikaner sein. Man kann Republikaner sein, ohne die Klassenherrschaft beseitigen zu wollen. Wer aber die Klassenherrschaft beseitigen will, ist selbstverständlich Republikaner.*)

*) Mit Bezug auf diesen Absatz erklärte Johann Jacoby im „Volksstaat" Nr. 68: In Nr. 61 des „Volksstaat" finde ich nachstehende Aeußerung Liebknecht's über mich:

„Vor Kurzem veröffentlichten die Blätter einen Brief Jacoby's an den Ausschuß der Friedens- und Freiheits-Liga in Genf, in dem es heißt, daß der Hauptkampf sich um Republik und Monarchie drehe; was dazwischen liege, sei des Kampfes nicht werth. Ich kann nicht umhin zu erklären, daß Jacoby sich durch diese Aeußerung mit seiner letzten Berliner Rede in Widerspruch gesetzt hat, welche den sozialen Inhalt des politischen Kampfes richtig betont. Die Frage Republik oder Monarchie ist zum Theil nur eine Formfrage. Das Prinzip, um das es sich hier in erster Linie handelt, ist das Gleichheitsprinzip, und das kann in der Republik so gut verletzt werden, wie in der Monarchie. Eine Republik, welche auf Klassenherrschaft beruht, verletzt das Gleichheitsprinzip in der Person jedes Kapitalisten und Proletariers, und bringt es nur zur Geltung, indem es die Eine Person des Fürsten wegräumt. Sozialdemokrat sein, heißt mehr als Republikaner sein. Man kann Republikaner sein, ohne die Klassenherrschaft beseitigen zu wollen. Wer aber die Klassenherrschaft beseitigen will, ist selbstverständlich Republikaner."

Ich habe hierauf zu erwidern: Wer meinen oben angeführten Ausspruch im Zusammenhange mit den vorangehenden Worten liest, wird erkennen, daß derselbe gegen die Halbheit jener politischen Mittelpartei gerichtet ist, die im Parlamentarismus das Heil der Welt erblickt. Nur in Bezug auf diese Partei und ihre ohn-

Genug. Unser Weg für die kommenden Wahlen ist uns **vorgezeichnet:** durch Allianzen können wir uns nur schaden; sie nöthigen uns zur theilweisen Verleugnung unseres Prinzips, und

---

mächtigen Vermittlungsversuche zwischen Monarchie und Volksfreiheit heißt es in meinem Schreiben: „Königthum oder Republik — was dazwischen liegt, ist des Kampfes nicht werth." Ist dies etwa, wie einige Fortschrittspolitiker behauptet haben, eine Aufforderung, die Hände in den Schooß zu legen? Oder heißt es, wie Liebknecht zu glauben scheint: man solle nach der republikanischen Staatsform streben, ohne sich um die Klassenherrschaft zu kümmern? Eins so wenig wie das Andere. Der Sinn meiner Worte ist einfach der: Eure parlamentarische Scheinfreiheit ist des Kampfes nicht werth, nur die Republik vermag das Freiheits- und Gleichheitsprinzip zu verwirklichen. Nicht seit gestern erst bin ich dieser Ueberzeugung, schon im Jahre 1848 habe ich sie offen vor meinen Berliner Wählern ausgesprochen.

Liebknecht sagt: „Die Frage Republik oder Monarchie ist zum Theil nur eine Formfrage." Dies Wort kann leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben. Gerade die politische Mittelpartei ist es, die ihr Verhalten durch den Trugsatz zu rechtfertigen liebt: die Regierungsform sei mehr oder minder gleichgültig; Wohlfahrt und Freiheit des Volkes können unter der einen Regierungsform so gut bestehen wie unter der andern. Wer, wie Liebknecht, nur von der Republik Beseitigung der Klassenherrschaft erwartet, sollte sich hüten, dem alten gefährlichen Irrglauben — wenn auch nur scheinbar — Vorschub zu leisten.

Es ist wahr, „auch in der Republik kann das Gleichheitsprinzip verletzt werden"; — die republikanische Staatsform an sich aber schließt eine solche Verletzung nicht nothwendig ein, während bei der monarchischen dies allerdings der Fall ist. Liebknecht selbst glaubt nicht, daß — wenn ich von Republik im Gegensatz zu Monarchie spreche — ich eine Republik mit Klassenherrschaft meine. Warum also mit mir rechten, da er weiß, daß ich die soziale Ungleichheit ebenso eifrig bekämpfe wie er und jeder wahre Demokrat? Mein Brief an den Ausschuß der Friedens- und Freiheits-Liga steht keineswegs im „Widerspruch mit meiner in Berlin gehaltenen Rede", beide besagen vielmehr ein und dasselbe:

> So lange Monarchien existiren, werden Klassenherrschaft und Krieg nicht aufhören; soziale Freiheit und Völkerfriede sind nur mittelst der republikanischen Staatsform erreichbar. —
>
> Königsberg, den 14. August 1870.
>
> Dr. Johann Jacoby.

Liebknecht bemerkte hierzu: „Meine betreffenden Aeußerungen, die beiläufig in dem Kongreß-Protokoll sehr lückenhaft wiedergegeben sind, wurden hervorgerufen durch die bei einem Theil unserer Parteigenossen mehr und mehr sich geltend machende Tendenz, die republikanische Staatsform als das Ziel aller Wünsche zu betrachten und mit dem Wort „Republik" einen dem Denken

unsere Stärke liegt gerade darin, daß wir uns und Andern klar sind, daß wir kein Hehl machen aus unseren Zielen. In unseren Prinzipien ist unsere Macht. Durch Halbheiten richten wir uns zu Grunde. Darum furchtlos die Fahne entrollt, daß Freund und Feind uns kenne — und wir marschiren zum Sieg!

Herr Liebknecht, haben Sie diese Rede gehalten?

Liebknecht: Ja, dem Sinne nach wenigstens; für jedes Wort im vorgelesenen Text kann ich freilich nicht einstehen.

Präsident: Ferner ist in der gedachten Nummer ein Aufsatz: „An den Verfasser des Artikels „Im rechten Lichte",“ von einem Herrn Weyrich. In diesem Aufsatz heißt es:

. . . . . „Fast scheint es mir, als ob Sie das, was Lassalle unter „Staatshilfe" verstand, nicht richtig aufgefaßt hätten. Denn aus Ihrem Artikel erhellt, daß Sie die „Staatshilfe" als ein Almosen der preußischen Regierung betrachten. Hätte Lassalle dazu die Arbeiter zur Revolution, zur Umgestaltung des heutigen Staates in den freien Arbeiterstaat aufzufordern brauchen? (Siehe das „Arbeiterprogramm", Seite 35: „Arbeiter, Ihr seid der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut werden soll u. s. w.") Oder glauben Sie, Lassalle sei so naiv gewesen, die preußische Regierung für so dumm zu halten, daß dieselbe die Arbeiter in Produktiv-Assoziationen organisiren werde, die selbstverständlich in wenigen Jahren stark und mächtig genug geworden wären, das ganze Gottesgnadenthum hinzuschicken, wo wir es hinwünschen? Lesen Sie das „Arbeiterprogramm"; daselbst Seite 33 sagt Lassalle, was er unter Staatshilfe versteht: „Der Staat ist es, welcher die Funktion hat, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen u. s. w." Und im „Antwortschreiben" Seite 29 sagt er: „Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Und hier wird Ihnen nun sofort sonnenklar die Antwort vor Ihren Augen stehen: Dies wird nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht möglich sein u. s. w. Was aber Lassalle unter dem „Wahlrecht" verstand, können Ihnen Diejenigen erzählen, die ihn gekannt haben. „So oft ich allgemeines Wahlrecht sage, muß es von Euch „Revolution" und wieder „Revolution" verstanden sein", sagte Lassalle einmal in Frankfurt in einer gemüthlichen Zusammenkunft; ich rufe Fritz Ellner dafür als Zeugen auf. Lassalle konnte doch nicht direkt zur Revolution auffordern; aber alle Arbeiter, die ihn gehört, haben es auch so verstanden.

---

wie Handeln sehr wenig förderlichen Kultus zu treiben — eine Tendenz, der, meiner Ansicht nach, durch den Brief Jacoby's an die Friedens- und Freiheits-Liga Vorschub geleistet ward. Ueber obige Erklärung kann ich nur meine lebhafteste Freude ausdrücken."

Oder sollte sich etwa Lassalle den Staat, den er lehrte, als ein Arbeitshaus vorgestellt haben, in dem der König von Preußen als Almosenier oder Bettelvoigt fungirte? Ich glaube nicht."

Auch dieser Aufsatz, Herr Liebknecht, läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Liebknecht: Der Verfasser hat Lassalle vollständig mißverstanden;*) Lassalle hat wiederholt — und nicht heimlich, in einer „gemüthlichen Zusammenkunft", sondern offen, in 3 oder 4 Broschüren — erklärt, wie er das allgemeine direkte Wahlrecht nur fordere, um mit dessen Hilfe die gesellschaftliche „Revolution" (in seinem, hier schon vielfach erläuterten Sinne) durchzuführen. Er hielt Revolution mit allgemeinem Wahlrecht identisch. Ich nicht. Unter einem Regierungssystem, wie dem jetzt in Preußen und damit in Deutschland herrschenden, können wir wenigstens nie hoffen, durch das allgemeine Wahlrecht die soziale Revolution herbeizuführen. — Der Aufsatz ist eine Entgegnung auf einen Artikel Wintersberg's, der (nach Weyrich's Vermuthung) bei Lassalle reaktionäre Gesinnung geargwohnt hatte. Ich hatte keine Veranlassung, mich in den Streit der Beiden einzumischen; mich geht es juristisch absolut nichts an, wie Herr Weyrich und Andere Lassalle's Werke aufgefaßt haben; Jene haben ihre individuelle Ansicht und ich die meine.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich will bemerken, daß der Weyrich'sche Artikel eine Entgegnung ist, der Redakteur aber im Fall einer Kontroverse nicht für alle in seinem Blatte laut gewordenen Ansichten verantwortlich sein kann. Sonst müßte man ihm ja zumuthen, statt für den einen der Streitenden, gleichzeitig für alle Partei zu nehmen — was doch nicht möglich ist. Und nur gerecht kann man es doch wohl finden, daß ein Redakteur bei einer Kontroverse auch ihm nicht genehmen Ansichten Aufnahme gewährt.

*) Von Herrn Weyrich ist uns eine Erklärung zugegangen, in welcher es heißt: „Wenn ich in meiner Antwort auf den Wintersberg'schen Artikel sagte, Lassalle habe unter allgemeinem Wahlrecht „Revolution" verstanden, so wollte ich damit sagen: Lassalle forderte das allgemeine Wahlrecht zu revolutionären, im Gegensatze zu reformatorischen oder gar reaktionären Zwecken. Ich schrieb den in Rede stehenden Artikel gegen Wintersberg, welcher mir „unter-Schulze'sche Ideen" in den „Volksstaat" zu bringen schien, und berief mich blos deshalb auf das Zeugniß Ellner's, um Herrn Wintersberg das Lesen der Lassalle'schen Broschüre: „Die Wissenschaft und die Arbeiter" zu ersparen."

Präsident: In Nr. 69 ist ein Artikel von Heß „Die soziale Revolution“ VI. Es heißt darin:

„Selbst die Mittelklassen können nicht mehr umhin, die Forderungen des Proletariats im Prinzipe anzuerkennen. Nur ihre Furcht vor der Revolution, hinter welcher sie noch immer das rothe Gespenst der Utopie und Diktatur sehen, trennt sie von der Arbeiterpartei. Sie würden sich mit dem Proletariate gegen das Großkapital und seine politisch-soziale Tyrannei verbinden, wenn ihnen diese Furcht benommen wäre. Man zeige ihnen das praktische Programm des Proletariats in seiner Wirklichkeit, und sie werden auch die Mittel anerkennen, welche es allein möglich machen, den prinzipiellen Forderungen der Arbeiterpartei zu entsprechen.

Was verlangt das Proletariat? Was sind zunächst seine prinzipiellen Forderungen?

Von Königsberg bis Madrid — um nur vom europäischen Proletariate zu sprechen — lautet sein Programm übereinstimmend:

1. Abschaffung jeder persönlichen Regierung und aller monarchischen Institutionen. Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtswesen, kurz, jedes öffentliche Amt durch das allgemeine Stimmrecht auf bestimmte Zeit eingesetzt, zum Theil direkt durch das Volk ausgeübt.

2. Umgestaltung des Militärdienstes, Abschaffung der stehenden Heere.

3. Trennung der Kirche vom Staate.

4. Vollständige theoretische und professionelle unentgeltliche und obligatorische Erziehung der Jugend von Gemeinde- und Staatswegen.

5. Reorganisation durch die Staats- und Gemeindeverwaltung aller gemeinnützigen Unternehmungen, welche meist durch das Großkapital zu Privatzwecken ausgebeutet oder gar nicht ausgeführt werden. Namentlich gehören hierher: Waaren- und Personentransport, Brief- und Depeschendienst, Herstellung und Geschäftsbetrieb der Eisenbahnen, Straßen, Kanäle, Minen und Kreditanstalten; Verbesserung der Bodenkultur durch die Anlage großer Bewässerungssysteme (die noch nicht existiren), Trockenlegung von Sümpfen, Bewaldung der Berge und überhaupt Alles, was von der Gesetzgebung als gemeinnützige Unternehmung bezeichnet wird — eine Kategorie von Arbeiten, die sich mit dem Fortschritt der Wissenschaft stets erweitert.

Uebergehen wir andere Forderungen, die sich als Konsequenzen dieses Programms von selbst ergeben, die mit ihnen, aber auch nur mit ihnen, auf die leichteste Weise von der Welt ausführbar sind und die um so weniger detaillirt zu werden brauchen, als sie nur Meinungsverschiedenheiten erzeugen können, die lediglich

in falschen theoretischen Folgerungen aus den gemeinsam anerkannten Grundprinzipien ihren Entstehungsgrund haben.

Gehen wir nun zu den Mitteln der Ausführung des Arbeiterprogramms über.

Hier steht in erster Linie die politische Revolution. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die europäischen Monarchien, welche im Solde der Kapitalherrschaft reichlich bezahlte Gensdarmendienste verrichten, sich selbst und ihren Brodherren freiwillig den Todesstoß geben werden. Vielmehr suchen sie, wie man heute überall wahrnehmen kann, nur durch Scheinkonzessionen an die öffentliche Meinung ihre Existenz zu verewigen. Doch Niemand wird mehr getäuscht; und wenn trotzdem heute das Proletariat allein revolutionär ist, so kommt dies, wie gesagt, lediglich daher, weil die Mittelklassen noch die sozialistische Utopie fürchten. Zeigen wir daher, wie das Programm des Proletariats auch in seinem sozialökonomischen Theile die unmittelbare und nothwendige Folge der bestehenden ökonomischen Verhältnisse ist, eine Folge, die nicht vermieden werden kann, ohne einen Stillstand in der Entwicklung des sozialen Lebens, also chinesische Zustände in Europa hervorzubringen. — Zeigen wir, daß durch die richtige praktische und radikale Ausführung des gemeinsamen Arbeiterprogramms keine wirkliche Privatindustrie gestört, keine individuelle Freiheit beschränkt, kein durch Arbeit erworbenes Eigenthum verletzt, überhaupt gar kein Privateigenthum direkt angegriffen wird; daß nur dem unrechtmäßigen Erwerb, dem Betruge, der tyrannischen Ausbeutung aller Mitglieder der Gesellschaft durch eine kleine Anzahl von Schwindlern die Lebensmittel abgeschnitten werden in dem Maße, wie die Reformen, welche den Inhalt des allgemeinen Arbeiterprogramms bilden, zur Ausführung kommen. — Zeigen wir endlich, daß nur in Folge dieses letzten, noch bevorstehenden Sieges der sozialen Revolution ihre ursprüngliche Devise — Freiheit, Gleichheit und Menschenverbrüderung — zur Wahrheit wird. — So lange die moderne Wissenschaft und die von ihr geschaffenen Produktivkräfte noch nicht hinlänglich entwickelt und reif zu jenen Reformen waren, die eine Verwirklichung der Revolutionsdevise möglich machten — was besonders im Beginne der sozialen Revolution gegen Ende des vorigen Jahrhunderts noch der Fall war —, wurden vergebens die gewaltsamsten Anstrengungen gemacht, um wenigstens annähernd zur Freiheit, Gleichheit und Menschenverbrüderung zu gelangen. Heute gelangt man mit weit geringeren Anstrengungen zu weit bedeutenderen Resultaten, weil es heute Punkte giebt, an welche man unter Zustimmung der öffentlichen Meinung den Hebel ansetzen kann, der die alte Welt aus ihren Angeln hebt. Diese Punkte wollen wir nun näher betrachten."

Auch hier wird also ganz offen die „politische Revolution“ anempfohlen. Herr Liebknecht, haben Sie diesen Artikel vor der Aufnahme gelesen?

Liebknecht: Ja, gelesen hatte ich ihn wohl, obschon dies nicht nothwendig war, denn Heß war bis zum Kriege der ständige französische Korrespondent des „Volksstaat“, dessen Artikel auch ohne meine Durchsicht in die Druckerei zu wandern pflegten, trotzdem zwischen ihm und mir Abweichungen in mancherlei Punkten existirten. Ich theile z. B. nicht die Hoffnungen, welche er auf die Mittelklassen setzt. — Die Ansicht des Herrn Präsidenten über diesen Artikel ist eine durchaus irrige, wenn der Herr Präsident meint, der Artikel enthalte irgend etwas Ungesetzliches. „Anempfohlen“ ist zwar die „politische Revolution“, beziehentlich sogar deren Nothwendigkeit betont; aber es ist keineswegs zur Gewalt, sondern blos zur Propaganda aufgefordert worden, was nicht ungesetzlich ist. Aus dem Sinne und Wortlaut des mehrfach wiederholten „zeigen wir, daß u. s. w.“ geht dies unwidersprechlich hervor.

Bebel: Ich kann nur dem beitreten, daß die Grundanschauung von Heß über das Wort „Revolution“ mit unserer, hier schon mehrfach erörterten Anschauung übereinstimmt. Und ich kann dies beweisen aus dem ersten der Artikel, deren sechster hier verlesen wurde. Es heißt in jenem (Nr. 23 des „Volksstaat“):

„Die Revolution, in der wir uns befinden, ist die Katastrophe der Geburt des sozialen Menschen. Sie hat begonnen mit der französischen Revolution und geht heute mit dieser ihrem Abschluß entgegen.“

Und im vierten Artikel (Nr. 26 des „Volksstaat“) heißt es:

„Die soziale Revolution kehrt heute in gewissem Sinne wieder zu ihrem Anfang zurück, um ihren Kreislauf zu beschließen. Wenigstens was die politische Form betrifft, will man heute in Frankreich keine anderen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbehörden, als die aus freier Wahl des ganzen Volkes hervorgegangenen.

Freilich ist der soziale Inhalt der Revolution heute ein anderer als im Anfange derselben. Die Entwicklung der Produktivkräfte, welche im Laufe des Jahrhunderts stattgefunden, macht Reformen nicht nur möglich, sondern nothwendig, von welchen man im Anfang der sozialen Revolution keine Ahnung haben konnte. Aber diese Reformen sind eben deshalb heute

keine Utopien mehr, die sich auf eine Diktatur stützen können; **sie können und müssen sich vielmehr auf die freie Zustimmung der großen Majorität der Nation stützen,** in deren Interesse sie gemacht werden."

Heß glaubt also wie wir, daß die soziale „Revolution" nicht erst „gemacht" werden soll, sondern sich schon seit langem vollziehe.

Staatsanwalt: Ich habe dem entgegen zu halten: Heß bezeichnet die politische Revolution als Mittel zur sozialen Revolution. Aus dem Satze: „Es ist natürlich ꝛc." geht hervor, daß auch Heß der Meinung ist, daß die Inhaber der monarchischen Gewalt nicht gutwillig von ihren Thronen herabsteigen würden, wenn das Volk „Republik" verlange.

Liebknecht: Ich muß der Auffassung des Herrn Staatsanwalts entgegentreten. Er will offenbar sagen, Heß habe in diesem Artikel die gewaltsame politische Revolution für das nächste Ziel der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärt. Das ist falsch. Heß befürwortet nicht ungesetzliche Gewalt. Daß man Gewalt anwenden muß, um zu bewirken, daß die Fürsten von ihren Thronen herabsteigen, ist im Artikel nicht ausgesprochen, wenn auch der Verfasser zugesteht, daß die Fürsten nicht gutwillig auf ihre Vorrechte Verzicht leisten würden. Der Verfasser meint: Wenn auch gegen den Willen der Fürsten — unter allen Umständen —, mögen die jetzigen Gewalthaber thun, was sie wollen, dennoch wird die allgemeine Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse und der Umschwung der öffentlichen Meinung das Proletariat sein Ziel erreichen lassen.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr Nachmittags.)

Neunter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. März.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr.

Präsident: Wir fahren in der Untersuchung fort. — In Nr. 73 des „Volksstaat" vom 11. September 1870 ist ein Aufruf „An das deutsche Volk und die Sozialdemokraten Deutschlands" von Beslay und Genossen „im Namen

der französischen Arbeitergesellschaften und Sektionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation" gegen die Fortsetzung des Krieges. Es heißt da:

An das deutsche Volk! An die Sozialdemokraten Deutschlands!

„Eure Regierung hat wiederholt gesagt, daß Ihr nur Krieg führt gegen den Kaiser, nicht gegen die französische Nation.

„Der Mensch, welcher diesen brudermörderischen Krieg erklärt hat, der es nicht verstanden hat zu sterben, und der in Euren Händen ist, existirt nicht mehr für uns.

„Das republikanische Frankreich fordert Euch im Namen der Gerechtigkeit auf, Eure Armeen zurückzuziehen; wo nicht, werden wir bis auf den letzten Mann kämpfen und Euer wie unser Blut in Strömen vergießen müssen.

„Durch den Mund von 39 Millionen Seelen, welche von denselben patriotischen und revolutionären Gefühlen beseelt sind, wiederholen wir, was wir dem koalirten Europa 1793 erklärten:

„Das französische Volk schließt keinen Frieden mit einem Feinde, welcher sein Gebiet besetzt hält.

„Das französische Volk ist Freund und Bundesgenosse aller freien Völker. Es mischt sich nicht in die Regierung der anderen Nationen, duldet nicht, daß sich die anderen Nationen in seine mischen.

„Geht über den Rhein zurück!

„Ueber die beiden Gestade des streitigen Flusses reichen wir — Deutschland und Frankreich — uns die Hand! Laßt uns die Kriegsverbrechen vergessen, welche die Despoten uns gegen einander haben ausüben lassen! Proklamiren wir die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aller Völker! Laßt uns durch unser Bündniß die Vereinigten Staaten von Europa gründen.

Es lebe die allgemeine Republik!

„Sozialdemokraten Deutschlands, die Ihr vor der Kriegserklärung gleich uns zu Gunsten des Friedens protestirt habt! Die Sozialdemokraten Frankreichs sind sicher, daß Ihr mit ihnen an der Vertilgung des internationalen Hasses arbeitet, an der allgemeinen Entwaffnung und der allgemeinen Harmonie.

Im Namen der französischen Arbeitergesellschaften und Sektionen der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

Beslay, Briosne, Bachruch, Camelinat, Ch. L. Chassin, Chemale, Dupas, Hervé, Landeck, Leverdays, Longuet, Marchand, Perrachon, Tolain, Vaillant.

Der Aufruf-Schluß mit dem Rufe: „Es lebe die allgemeine Republik!" entspricht dem von den Angeklagten zu-

gegebenen Programme, und da man unter der „allgemeinen Republik" natürlich nur eine europäische verstehen kann, so ist die Hoffnung der Franzosen auf die Gründung der Republik in Deutschland wohl so klar, daß die Herren Angeklagten nichts dazu zu sagen haben werden.

Liebknecht: Bei der gegen uns gerichteten Anklage handelt es sich nicht um die „Hoffnungen" französischer Arbeiter, sondern um Handlungen, die von uns hier in Deutschland begangen sein sollen. Uebrigens hat dieser Aufruf auch in anderen Blättern, und natürlich ohne strafrechtliche Ahndung gestanden.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich konstatire, daß der Aufruf in erster Reihe „An das deutsche Volk" und erst in zweiter Reihe „An die deutschen Sozialdemokraten" gerichtet ist. — Ferner: Es wird als letzte Absicht der Verfasser hingestellt: „Vertilgung des internationalen Hasses, allgemeine Entwaffnung und allgemeine Harmonie." In dieser Absicht, meinen die französischen Sozialisten, seien gewiß die Deutschen mit ihnen einig.

Präsident: In derselben Nummer heißt es in der „Politischen Uebersicht":

„Sie (d. h. die französischen Sozialdemokraten) sind die Schmiede ihres Geschicks. Jedenfalls haben sich die Arbeiter mit einhelliger Begeisterung für die Republik erklärt. Das Manifest an die deutsche Sozialdemokratie, das wir oben veröffentlichen, zeigt, wozu sie entschlossen sind und was sie von uns erwarten. Die deutschen Arbeiter werden das Vertrauen der französischen nicht täuschen ꝛc. Wohl spricht man von materiellen Garantien des Friedens, die Frankreich zu geben habe. Gut! Aber die beste materielle Garantie des Friedens nicht blos zwischen Deutschland und Frankreich, sondern für Europa, für die ganze Welt, ist ein freies Frankreich, ein freies Deutschland. Die Franzosen haben ihre Schuldigkeit gethan, thun wir die unsrige ꝛc."

Vor der soeben zitirten Stelle heißt es in dem nämlichen Artikel:

„Bis zum 4. September war der Krieg für Deutschland ein Vertheidigungskrieg, und obgleich wir wußten, daß die Männer, welche deutscherseits den Krieg leiteten, zum Theil noch gestern Bonaparte's Verbündete und mehr waren, so konnten wir die Berechtigung des Krieges als eines Vertheidigungskrieges nicht in Abrede stellen.

Die preußische Regierung betonte zu Anfang in allen offiziellen Aktenstücken den defensiven Charakter des Krieges.

„Wir führen Krieg mit dem französischen Kaiser, nicht mit dem französischen Volk," sagte der König von Preußen in seiner letzten Thronrede.

Nun, der französische Kaiser ist der Gefangene des Königs von Preußen, die Regierung des französischen Kaisers ist von dem französischen Volk abgeschüttelt worden, wir können also nicht mehr Krieg mit dem französischen Kaiser führen, denn es giebt keinen französischen Kaiser mehr.

Seit dem 4. dieses ist die Lage vollständig verändert.

Die französische Republik hat in einem Rundschreiben an die Regierungen Europas erklärt, daß sie keinen Krieg will, daß sie aber Frankreich vertheidigen muß, und bis aufs Aeußerste vertheidigen will, wenn der Krieg gegen Frankreich fortgesetzt wird.

Damit fällt der Kriegsgrund für Deutschland weg, und keine Sophisterei, kein patriotisches Gepolter kann die Thatsache umstoßen. Der deutsche Vertheidigungskrieg ist zu Ende; wird der Krieg fortgesetzt, so ist es ein Eroberungskrieg, ein Krieg der Monarchie gegen die Republik, der Kontrerevolution gegen die Revolution — ein Krieg, welcher der deutschen Demokratie ebenso gut gilt wie der französischen Republik."

Aus den Schlußworten: „Die Franzosen haben ihre Schuldigkeit gethan, thun wir die unserige!" und der ganzen Haltung des Artikels in Verbindung mit dem Aufrufe der französischen Arbeiter ist zu folgern, daß als die „Schuldigkeit" der deutschen Arbeiter die Einführung der Republik in Deutschland angesehen werde.

Liebknecht: Diese Auffassung ist nach Sinn und Wortlaut eine falsche. Die französischen Arbeiter „erwarteten" nach dem Aufrufe von den deutschen nichts weiter als deren Mithilfe zur Vertilgung des internationalen Hasses und zur Herstellung des Friedens, und diese „Schuldigkeit" habe ich (als Verfasser jenes Artikels der „Politischen Uebersicht") auch den Deutschen ans Herz gelegt. — Wenn man aber an der „Vertilgung des internationalen Hasses" wirkt, so kann man dafür doch unmöglich der „Vorbereitung des Hochverraths" angeklagt werden. Eine „allgemeine Entwaffnung" ist z. B. schon vielfach in Parlamenten, also höchst legal, gefordert worden. Dann betont der Herr Präsident als belastend, daß der Krieg in seiner zweiten Hälfte ein „Eroberungskrieg" genannt wird. Nun, Derjenige, welcher von

allen deutschen Zeitungen bis Sedan als der alleinige Urheber des Krieges hingestellt worden war, Bonaparte, war seit Sedan in den Händen der Deutschen. Er hatte den Krieg hervorgerufen, mit ihm fiel die Ursache desselben, und wenn der Krieg trotzdem von den Deutschen fortgesetzt wurde, so war es bei dem Willen zum Frieden auf französischer Seite unzweifelhaft ein „Eroberungskrieg". Denn Erobern und Annektiren sind nur zwei verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe Sache. — Ferner nennt der Artikel die weitere Fortsetzung des Krieges einen „Krieg der Monarchie gegen die Republik". Mit Recht, denn auf der einen Seite stand wirklich die Monarchie, auf der anderen die Republik. Ein Krieg „der Kontrerevolution gegen die Revolution" war es auch; man sehe sich nur die einander gegenüberstehenden Parteien an! — Zur Illustration der Behauptung, daß der Krieg hinfort der deutschen Demokratie eben so gelte wie der französischen Republik, führe ich nur die alsbald erfolgte Einsperrung des Parteiausschusses durch den bekannten Gewaltstreich Vogel's von Falkenstein, sowie unsere eigene Inhaftnahme an. — Der Satz: „Die Franzosen haben ihre Schuldigkeit gethan, thun wir die unserige!" will sagen: wirken auch wir gegen die Fortsetzung dieses auf deutscher Seite nicht mehr zu rechtfertigenden Krieges und für die internationale Harmonie! — Durch das in derselben Nummer des „Volksstaat" enthaltene Braunschweiger Manifest ist noch dazu klar gesagt, wie dies geschehen soll, nämlich in durchaus „gesetzlicher" Weise! — Die Erfahrung hat auch die Anschauung des Artikels bestätigt, daß nach dem Falle Napoleon's der Krieg den Charakter eines „Eroberungskrieges" annehmen und ebensowohl gegen die deutsche Demokratie wie gegen die französische Republik werde geführt werden. — Endlich kann der Ruf nach „allgemeiner Republik", selbst wenn er strafbar wäre, was nicht der Fall ist, uns deutsche Sozialdemokraten nicht belasten, da er in einer Republik und zwar von Nichtdeutschen, speziell von Franzosen ausgestoßen worden ist. —

Präsident: Die Interpretation ist Sache der Herren Geschwornen, es kann daher meine Pflicht nicht sein, Ihnen in dieser Auslegung zu folgen. Ich verweise nur darauf, daß am Schluß des französischen Manifestes die Worte stehen: „Es lebe die allgemeine Republik!" Die „allgemeine"

ist die europäische, also darum auch die deutsche. Daß zu dieser „Schuldigkeit" die deutschen Arbeiter aufgefordert werden, ist ganz unzweifelhaft.*)

Liebknecht: Wenn der Herr Präsident, welchen ich für einen Anhänger der Monarchie halte (Präsident: Ja!), jetzt den Ruf ausstieße: „Es lebe die allgemeine Monarchie!", so würde seiner Theorie nach Jeder, der in der Republik Amerika diesen Ruf veröffentlichte, dort der Vorbereitung des Hochverraths angeklagt werden müssen.

Bebel: Die vom Herrn Präsidenten angezogenen und besonders gefährlich angesehenen Stellen erhalten nur dann ihren wahren Sinn, wenn sie mit der Nachschrift des Braunschweiger Manifestes in Verbindung gebracht werden. Aus dieser letzteren aber geht hervor, und zwar in der allerunzweideutigsten Weise, daß es sich nur um Demonstrationen zu Gunsten des Friedens handelte. Es wird sogar darin den Parteimitgliedern dringend anempfohlen, bei den Versammlungen zu diesem Zweck „ruhig und besonnen" und „in streng gesetzlicher Weise" vorzugehen und alles zu vermeiden, was zu einem Einschreiten der Behörden führen könnte. Ich glaube, „gesetzlicher" konnte die Partei nicht vorgehen, als es hier geschehen ist, und mir ist gerade unerfindlich, wie eine solche Handlungsweise als Anklagematerial bei einem Hochverrathsprozesse benutzt werden kann. Daß auch die sächsische Regierung in diesem Vorgehen nichts weiter als eine, in Rücksicht auf die Kriegsabsichten, unliebsame Demonstration erblickte, beweist, daß sie sich damit begnügte, die von unserer Partei auf Grund des Manifestes beabsichtigten Versammlungen zu verbieten. Hätte es sich um ein „hochverrätherisches" Unternehmen gehandelt, würde sie ganz anders aufgetreten sein.

Präsident: Herr Hepner?

Hepner: Da mir keine Garantie gegeben ist gegen eine Wiederholung der gestern mir widerfahrenen Verkümmerung der Redefreiheit, so muß ich schweigen. — Der Herr Präsident hat einmal gesagt, er würde unsere Redefreiheit nur in dem Falle beschränken, daß wir im Begriff ständen, ein neues Vergehen uns zu Schulden kommen zu

*) Worte des „Unparteiischen" nach dem Bericht von Hans Blum.

lassen. Ich wüßte nicht, daß ich gestern in diesem Falle mich befunden hätte.

Präsident: Dies nicht. Aber auch wenn Sie zu etwas uns vollständig fern Stehendem schreiten, wie der Vorlesung von Bibelstellen, darf ich Sie unterbrechen. Ihr Schweigen kann ich allerdings nicht hindern, ich muß Sie aber darauf aufmerksam machen, daß dasselbe Ihrer Vertheidigung nachtheilig sein kann.

Hepner: Der Fall von gestern war vollständig dem ähnlich, wo mein Mitangeklagter Bebel etwas über den Begriff des Wortes „Revolution" vorlesen wollte und Sie ihn in der Voraussetzung unterbrachen, das Vorzulesende würde sehr umfangreich sein. Auf seinen Einwand, daß er nur wenige Zeilen vorzulesen habe, gestatteten Sie es ihm. Ich wollte ebenfalls mich gestern sehr kurz fassen und nur einige Stellen zitiren, die wenige Minuten in Anspruch genommen hätten. —

Präsident: Ich habe damals zu Herrn Bebel gesagt, daß ich eine umfängliche Vorlesung nicht dulden würde und ihn damit nur — wie gestern Sie — verhindern wollen, unnöthige Zitate vorzutragen.

Hepner: Herr Präsident, ich glaube, man wird mir zugeben müssen, daß ich bis jetzt von meinem Vertheidigungsrecht noch so wenig Gebrauch gemacht habe — im Verhältniß zu dem Zeitaufwand, den die Vorlesungen seitens der Anklage erforderten —, daß kein Grund zur Befürchtung vorhanden war, ich würde „Unnöthiges" verlesen wollen. Bloße 2 Minuten für meine beabsichtigte Vorlesung würden dies rechtfertigen können. — Ich bleibe dabei: Mir ist schweres Unrecht geschehen.

Präsident: Ich erkläre Ihnen nur noch, daß über das, was ich hier thue, nur meiner vorgesetzten Behörde ein Urtheil zusteht. Die Sache ist erledigt. —

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es ist vorhin von den beiden Herren Angeschuldigten auf das Braunschweiger Manifest Bezug genommen worden, aus dem sich die Richtigkeit ihrer Auffassung der anderen beiden Anklagebeweisstücke ergiebt. Das Braunschweiger Manifest befindet sich ebenfalls in der Beweismittelliste; ich bitte, es sofort — des Zusammenhangs wegen — zu verlesen.

Präsident: Ich komme diesem Wunsche nach. Das gedachte Beweisstück lautet:

Manifest

des Ausschusses der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

An alle deutschen Arbeiter!

Eine neue unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden. Nach zwanzigjährigem schmachvollem Bestehen des zweiten Kaiserreichs hat sich das französische Volk in der größten Bedrängniß ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Bedrängniß auf Frankreich herabbeschworen. Ein Hurrah der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. So lange die napoleonischen Armeen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den „Vertheidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Vertheidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß Letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartiger Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören. Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, „der so leicht der Menschen Geister berückt", sondern kühl und besonnen uns zu fragen nach dem, was wir jetzt zu thun haben. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.

War es das französische Volk, das uns den Krieg erklärte? Nein! Der Napoleonide war es; von ihm hat das deutsche Schwert nunmehr Frankreich befreit und Frankreich hat mit ihm endgiltig gebrochen. Lassen wir uns nicht beirren durch den Umstand, daß das siegreiche Vorschreiten der deutschen Heere dem Kriege mehr und mehr die Herzen der Franzosen gewann. Eine große Nation kann den Feind auf ihrem Boden unmöglich lange *erdulden*. So berechtigt die Begeisterung war, die das deutsche

Volk in dem Gedanken einte, daß die Unantastbarkeit des deutschen Vaterlandes zu wahren sei, so erklärlich ist es, daß Frankreich, zeitweilig den Mann vergessend, der sein Unglück verschuldet, nur daran dachte, das Land von dem Feinde zu befreien. Dieser Gedanke wird auch heute, wo Frankreich wieder Herr seiner Geschicke geworden, die französischen Herzen beherrschen. Aber die heutige Volksregierung wird sich dessen bewußt sein, daß das französische und das deutsche Volk zwei Brudervölker sind, die beide dieselben Interessen, die beide die heilige Pflicht haben, im Geiste der Neuzeit zusammenzugehen und in den Künsten des Friedens zu wetteifern. Die heutige Volksregierung wird Frankreich von dem „Feinde" zu befreien suchen durch den Frieden.

Aber dieser Frieden muß für diese Regierung möglich sein, d. h. es muß ihr ein ehrenvoller Frieden gestattet werden. Wahrlich, Frankreich ist dafür, daß es die Schmach des zweiten Kaiserreiches so lange geduldet, genugsam gestraft, und eine Pflicht des deutschen Volkes ist es, ja in seinem Interesse liegt es, einen ehrenvollen Frieden der französischen Republik zu gewähren. Es ist die Pflicht des deutschen Volkes, denn auch das deutsche Volk wird sich dessen bewußt sein, daß es nicht seine Aufgabe sein kann, einem großen Brudervolke den Fuß auf den Nacken zu setzen, noch in gegenseitigen Kämpfen sich aufzureiben, sondern daß es dieselbe Pflicht hat, wie Frankreich gegen Deutschland, die Pflicht, gemeinsam mit Frankreich im Geiste der Neuzeit zu wirken. Im Interesse Deutschlands liegt ein ehrenvoller Frieden mit Frankreich, denn ein schimpflicher Frieden würde nichts sein als ein Waffenstillstand, geschlossen bis dahin, wo Frankreich sich wieder stark genug fühlt, den Schimpf von sich abzuwälzen. Vor Allem aber ist es die Pflicht der deutschen Arbeiter, denen die Einheit der Interessen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke zur heiligen Ueberzeugung geworden ist, die in den französischen Arbeitern nur ihre Brüder sehen, mit denen gleiches Loos und gleiches Streben sie einen, solchen Frieden für die französische Republik zu verlangen. An den deutschen Arbeitern ist es auszusprechen, daß sie im Interesse Frankreichs und Deutschlands nicht gesonnen sind, eine Beschimpfung des französischen Volkes zu dulden, nachdem dasselbe sich endgiltig von dem infamen Friedensbrecher*) losgesagt.

Die deutschen Arbeiter haben daher sofort in Masse ihre Stimme zu erheben für einen ehrenvollen Frieden mit dem französischen Volke.

---

*) Dieser infame Friedensbrecher ist in deutschen Händen; wenn es eine Gerechtigkeit giebt, so muß dieser Elende der französischen Republik ausgeliefert und von dieser als gemeiner Verbrecher abgeurtheilt werden. Jede Handlung im Interesse Napoleon's ist für Deutschland eine Schmach. (Redaktionsnote des „Volksstaat".)

Kommt der Frieden jetzt nicht zu Stande, so wird entweder die französische Republik im Blute der Republikaner, im Blute des französischen Volkes erstickt werden — und vor Scham müßte in solchem Falle Deutschland vergehen; — oder aber das freie Frankreich wird wieder, wie zur Zeit der großen Revolution, „die Fremden" glorreich besiegen. Darum nochmals: „Einen ehrenvollen Frieden für Frankreich!"

Aber man sagt uns, es sei zum mindesten nöthig, daß Frankreich Elsaß und Lothringen genommen wird.

„Die Militärkamarilla, Professorschaft, Bürgerschaft und Wirthshauspolitik" — so schreibt uns einer unserer ältesten und verdientesten Genossen in London — „giebt vor, dies sei das Mittel, Deutschland auf ewig vor Krieg mit Frankreich zu schützen. Es ist umgekehrt das probateste Mittel, diesen Krieg in eine europäische Institution zu verwandeln. Es ist in der That das sicherste Mittel, den Militärdespotismus in dem verjüngten Deutschland zu verewigen als eine Nothwendigkeit zur Behauptung eines westlichen Polens — des Elsaß und Lothringen. Es ist das unfehlbarste Mittel, den kommenden Frieden in bloßen Waffenstillstand zu verwandeln, bis Frankreich so weit erholt ist, um das verlorene Terrain heraus zu verlangen. Es ist das unfehlbarste Mittel, Deutschland und Frankreich durch wechselseitige Selbstzerfleischung zu ruiniren.

„Die Sch . . . e und Narren, welche diese Garantien für den ewigen Frieden entdeckt haben, sollten doch aus der preußischen Geschichte wissen, aus Napoleon's Pferdekur im Tilsiter Frieden, wie solche Gewaltmaßregeln zur Stillmachung eines lebensfähigen Volkes gerade das Gegentheil des beabsichtigen Zweckes bewirken. Und was ist Frankreich, selbst nach Verlust von Elsaß und Lothringen, verglichen mit Preußen nach dem Tilsiter Frieden!

„Wenn der französische Chauvinismus, so lange die altstaatlichen Verhältnisse dauern, eine gewisse materielle Rechtfertigung hatte in der Thatsache, daß seit 1815 die Hauptstadt Paris und damit Frankreich nach wenigen verlorenen Schlachten Preis gegeben war, — welche neue Nahrung wird er nicht erst saugen, sobald die Grenze östlich an den Vogesen und nördlich an Metz liegt?

„Daß die Lothringer und Elsasser die Segnungen deutscher Regierung wünschen, wagt selbst der . . . . . Teutone nicht zu behaupten. Es ist das Prinzip des Pangermanismus und „sicherer" Grenzen, das proklamirt wird und das von östlicher Seite zu schönen Resultaten für Deutschland und Europa führen würde.

„Wer nicht ganz vom Geschrei des Augenblickes übertäubt ist oder ein Interesse hat, das deutsche Volk zu übertäuben, muß einsehen, daß der Krieg von 1870 ganz so nothwendig einen

Krieg zwischen Deutschland und Rußland im Schooße trägt, wie der Krieg von 1866 den Krieg von 1870.

„Ich sage, nothwendig, unvermeidlich, außer im unwahrscheinlichen Falle eines vorherigen Ausbruches einer Revolution in Rußland.

„Tritt dieser unwahrscheinliche Fall nicht ein, so muß der Krieg zwischen Deutschland und Rußland schon jetzt als un fait accompli (eine vollendete Thatsache) behandelt werden.*)

„Es hängt ganz vom jetzigen Verhalten der deutschen Sieger ab, ob dieser Krieg nützlich oder schädlich.

„Nehmen sie Elsaß und Lothringen, so wird Frankreich mit Rußland Deutschland bekriegen. Es ist überflüssig, die unheilvollen Folgen zu deuten.

„Schließen sie einen ehrenvollen Frieden mit Frankreich, so wird jener Krieg Europa von der moskowitischen Diktatur emanzipiren, Preußen in Deutschland aufgehen machen, dem westlichen Kontinent friedliche Entwicklung erlauben, endlich der russischen sozialen Revolution, deren Elemente nur eines solchen Stoßes von außen zur Entwicklung bedürfen, zum Durchbruch helfen, also auch dem russischen Volke zu Gute kommen.**)

„Aber ich fürchte, die Sch . . . e und Narren werden ihr tolles Spiel ungehindert treiben, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht en masse ihre Stimme erhebt."

Diese Vertreter der Annexion werden ihr Spiel nicht ungehindert treiben, und Namens der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erheben wir hiermit gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen Protest. Und wir wissen uns Eins mit den deutschen Arbeitern. Die deutschen Arbeiter werden, im Interesse Frankreichs wie Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Zivilisation gegen die kosackische Barbarei, die Annexion von Elsaß und Lothringen nicht dulden. —

Und Deutschland?

„Der jetzige Krieg — so schreibt unser Genosse weiter — „eröffnet dadurch eine neue weltgeschichtliche Epoche, daß Deutschland bewiesen hat, daß es selbst mit Ausschluß von Deutsch-Oesterreich fähig ist, unabhängig vom Auslande, seine eigenen Wege zu gehen. Daß es zunächst seine Einheit in der preußischen Kaserne findet, ist eine Strafe, die es reichlich verdient hat. Aber

*) Man lese nur in den russischen Zeitungen, wie die Annexion des Elsaß als direkte Bedrohung des russischen Besitzes von Esthland, Kurland und Livland bezeichnet und schon jetzt zum Kriege gegen Deutschland gehetzt wird. (Redaktionsnote des „Vorwärts".)

**) Wir erinnern hierbei an den Ausspruch Napoleon's I.: „Binnen 50 Jahren wird Europa kosackisch oder republikanisch sein." (Redaktionsnote des „Vorwärts".)

ein Resultat ist selbst so unmittelbar gewonnen. Die kleinen Lumpereien, wie z. B. der Konflikt zwischen national-liberalen Norddeutschen und volksparteilichen Süddeutschen werden nicht länger nutzlos im Wege stehen. Die Verhältnisse werden sich auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse dann nicht die ihr zukommende Rolle spielt, ist es ihre Schuld. Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiter-Bewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. Damit haftet größere Verantwortlichkeit auf der deutschen Arbeiterklasse."

Kameraden! Deutsche Arbeiter! Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre historische Rolle spielen wird, auch wenn uns die Freude über das verjüngte Deutschland, das nach unserem Willen indeß nicht auf lange die Einheit allein in der preußischen Kaserne finden soll, ausbrechen läßt in den Ruf:

„Es lebe Deutschland!"

Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, treu mit unseren arbeitenden Brüdern in allen zivilisirten Ländern in allen Kämpfen um die gemeinsame Sache zusammenzustehen!

„Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

Und wenn wir jetzt sehen, wie wieder ein großes Volk seine Geschicke in seine Hände genommen, wenn wir heute die Republik nicht allein mehr sehen in der Schweiz und jenseits der Meere, sondern auch faktisch Republik in Spanien, Republik in Frankreich, so lasset uns ausbrechen in den Ruf, der, wenn es auch heute noch nicht sein kann, auch für Deutschland einst die Morgenröthe der Freiheit verkünden wird, in den Jubelruf:

Es lebe die Republik!

Braunschweig-Wolfenbüttel, 5. September 1870.

Der Ausschuß.

☛ Es ist durchaus nothwendig, daß die Partei sogleich in allen Orten in Gemäßheit unseres Manifestes möglichst großartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik veranstaltet. Die Arbeiter werden ohne Unterschied der Parteistellung daran Antheil nehmen. Unmöglich ist es, daß der Ausschuß diese Kundgebungen, die in Versammlungen, oder, wo es gestattet ist, durch Aufzüge u. s. w. ins Werk gesetzt werden können, irgendwie durch Geld oder Redner unterstützt. Jeder Ort muß selbständig vorgehen, und es sind auch, das wissen wir, an jedem Orte Parteigenossen, die den Muth haben, auf ihre eigene Kraft beschränkt, für die gute Sache einzutreten. Und schnell muß gehandelt werden. Aber auch besonnen. Wir machen die Partei-

mitglieder jeden Ortes dafür verantwortlich, daß nichts vorkommt, was Einschreiten der Behörden rechtfertigen könnte. In der großartigsten Ruhe und Würde, aber in Masse muß die deutsche Arbeiterschaft ihren Willen kund thun. Sei es uns gestattet, zu sagen: „in streng gesetzlicher Weise". Eine Mißachtung der Gesetze würde nur für uns und die von uns vertretene Sache von Nachtheil sein. Aber handelt schnell und energisch! Der Ausschuß.

(Zu den Angeklagten): Was haben Sie zu bemerken?

Liebknecht: Ich halte eine schärfere Betonung der „gesetzlichen" Agitation, als in diesem Manifeste und seiner Nachschrift der Fall ist, für unmöglich. Daß ich aber nicht für alles im „Volksstaat" Enthaltene kann verantwortlich gemacht werden, ergiebt sich aus der Veröffentlichung dieses Manifestes, mit welchem ich mich durchaus nicht völlig einverstanden erklären kann. Namentlich tadle ich das Hereinziehen eines Privatbriefes in dieser Form. Das ganze Manifest ist ein gesetzlich nicht antastbarer Protest gegen die Annexion. Als Mittel zum Zwecke wird angegeben: die Arbeiter sollen ihre Stimmen erheben in „Volksversammlungen" — also auf ganz legalem und konstitutionellem Wege; die Arbeiter sollen Protest erheben, Protest, wohlgemerkt, nicht etwa die Faust oder die Flinte! Wenn der republikanisch gesinnte Ausschuß — in der Meinung, daß die Republik die beste Staatsform sei —, seiner Ueberzeugung Ausdruck gebend, am Schluß die Worte gebraucht: „Es lebe die Republik!", so ist das seine Sache — und sein Recht; jedenfalls ist er dafür verantwortlich, nicht wir! Zudem hat sich der Ausschuß bereits darüber verantwortet und ist freigesprochen worden. In Tausenden von Exemplaren war das Manifest verbreitet, ehe es im „Volksstaat" abgedruckt wurde, und York, Mitglied der Kontrollkommission, aus Harburg, welcher wegen Verbreitung des Manifestes auf „Verbreitung von Haß und Verachtung" angeklagt wurde (nicht auf Hochverrathsvorbereitung), wurde ebenfalls freigesprochen. — Nochmals betone ich: es handelte sich um sonst nichts bei dem Manifest, als um gesetzmäßige Agitation zu Gunsten des Friedens.

Bebel: Ich halte das Manifest für eminent entlastend, und kann nur wiederholt meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß man solche Schriftstücke als Anklagematerial gegen uns zu verwerthen sucht. Ich begreife nicht, wie es möglich war, die Gesetzlichkeit schärfer zu betonen, als es hier geschehen ist.

Präsident: Und Sie, Herr Hepner?

Hepner: Ich beharre bei meinem Protest.

Präsident: In Nr. 89 vom 5. November ist ein Aufruf der „französischen und deutschen Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in New-York an ihre Genossen in Europa" vom „Oktober 1870", welcher lautet:

Die französische und die deutsche Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in New-York an ihre Genossen in Europa!

Nach Niederwerfung der Juni-Insurgenten (1848) waren die Zustände Frankreichs ebenso schwankend als vor der Februar-Revolution, weil die Produktionsbedingungen die alten geblieben waren. Die besitzenden Klassen lechzten nach „Ordnung". Der Finanzmann wollte „Ordnung" um der Börse willen, der Industrielle wollte „Ordnung" des Geschäftsganges willen, der Krämer und Kneipenhalter wollte „Ordnung" des Absatzes wegen. Ja, „Ordnung" wollten Alle, welche den Arbeiter nur an der Arbeit haben wollten. „Ordnung" brüllten die Kanonen, als sie den Riesenleib des Pariser Proletariats zerfleischten. Und die „Ordnung" war noch nicht geschaffen, da drängte sich das vermeintliche „Mondkalb" an die Oberfläche der schäumenden Gesellschaft und bewarb sich um die Stelle eines Ordnungshalters. Die französische Nation verschrieb sich „Ihm" ihrer Meinung nach auf 4 Jahre. Doch in dem „Mondkalb" stack der Schalk, und er wollte die „Ordnung" nur schaffen, wenn er den fettesten Bissen davon erhielt. Er warb die weltberühmte „Bande vom 2. Dezember" und jagte mit ihrer Hilfe die ordnungstrunkene honette Gesellschaft am 2. Dezember von ihren Balkonen. Die Gesellschaft zog sich schmollend zurück, sie sah, daß sie ihren Meister gefunden hatte. Der Erfolg erhielt sein Bravo. Frankreich und mit ihm Europa war gerettet, gerettet aus Furcht vor dem „rothen Gespenst"; die ganze offizielle Welt blickte mit Stolz auf ihren Retter! Doch wie man sich auch winden und drehen mochte, wie man auch konzessionirte, pazifizirte, füsilirte und exportirte, die geschichtliche Entwicklung ging ihren Gang. Und nach 18 Jahren fühlte sich die Partei der „Ordnung" ebenso bedroht in der Sicherheit ihres Raubes, als ob es keinen 2. Dezember gegeben hätte. Bonaparte fühlte sich nicht mehr sicher und nicht mehr stark genug gegenüber dem aufkeimenden Bewußtsein der Arbeitermassen. Man mußte sie auf den Schlachtfeldern dezimiren lassen. Darum — der Krieg! So erfüllte sich das Wort: Das Kaiserreich ist der Friede! Und — wenn er fehlschlägt, der Krieg? Ist es nicht besser, der geehrte, gefeierte Gast eines Königs

zu sein, als an einer Straßenlaterne zu verenden? Man fühlte die Nothwendigkeit, die Stelle eines „Gesellschaftsretters" einer stärkeren Hand zu übertragen.

Die Lüge „Deutsche Einheit", welche schon längst eine Wahrheit wäre, wenn es — — —*), mußte zum Köder dienen, das deutsche Volk in „Begeisterung" zu versetzen, um den „Erbfeind", ein Brudervolk, auszurotten. Was ausgerottet werden soll, sind die freien Männer beider Nationen!

Die beabsichtigte Annexion von Elsaß und Lothringen, ebenso ungerecht und von ebenso verderblichen Folgen als die Theilung Polens, soll ein Pflaster sein für die dem deutschen Volke geschlagenen Wunden. In Wirklichkeit aber nur ein Beutestück für die Habgier der preußischen Junker. Unter dem erlogenen Vorwand der Befreiung sollen Menschen wie Waarenballen verhandelt und zur Garantie des Friedens eine permanente Kriegsgefahr und eine bleibende Ursache der stehenden Heere geschaffen werden.

Der schnelle Sieg der Preußen über die Armee des Bonaparte war dadurch möglich und unausbleiblich, daß die Dezemberbande die für Kriegsmaterial bestimmten Staatsgelder gestohlen hatte, ferner durch die gänzliche Unfähigkeit der Generale und besonders durch die weit fortgeschrittene Entwicklung der Klassen in Frankreich, von welchen jede nur ihren eigenen Interessen obliegt.

Die Arbeiterklasse konnte sich selbstverständlich nicht begeistern für den Ruhm des Dezemberschlächters, sondern bejubelt seinen Sturz und will die Bourgeoisie und das Spießbürgerthum die Suppe auseffen lassen, welche sie sich durch Inauguration des Dezemberhelden eingebrockt haben.

Die Arbeiter Frankreichs gehören zum großen Bunde der Arbeiter aller Länder, ihre Ideen sind die unsrigen, unsere Sympathien gehören ihnen.

Der Krieg wird seit der Uebergabe von Sedan blos gegen diese revolutionären sozialen Ideen geführt. Denn Bonaparte übergab dort nicht nur die Armee und die Festung, sondern vor Allem seine „Mission" an den König von Preußen!

Diese „Mission" heißt: Rettung der Gesellschaft! Rettung der Gesellschaft, deren Motto ist:

„Nur noch durch Mord und Diebstahl kann die Person und das Eigenthum, nur noch durch Meineid die Religion, nur noch durch Prostitution die Familie, nur noch durch Unordnung die Ordnung erhalten werden!"

---

*) Wir wollten die Zensur-Lücken ergänzen, wähnend es sei seit 22 Jahren etwas heller geworden, allein die jüngsten Verhaftungen in Mannheim belehrten uns eines Besseren. Der Leser mag das Ergänzungsgeschäft selber besorgen. (1894.)

Die Rührung, die der Preußenkönig an den Tag legte bei der Uebernahme dieser „Mission", sowie sein Wohlwollen gegen den abtretenden Hauptmann der Dezemberbande und dessen Einsetzung als Pfründner dieser Gesellschaft, zeigen deutlich, daß er ein getreuer Nachfolger seines würdigen Vorgängers sein will. Die kostspieligen und blutigen Anstrengungen, die er macht, Frankreich in ein Leichenfeld und dessen Städte in Aschenhaufen zu verwandeln, bürgen für strikte Erfüllung seines Berufs!

Und die Arbeiter aller Länder sollten ruhig zusehen, wie alle diese Verbrechen verübt werden?

Ruhig zusehen, wie die Lohnsklaverei und die Militärherrschaft verewigt wird? Nein! Und tausendmal Nein!

Auf denn, Ihr Alle! Ob Ihr den Arbeiterkittel oder den bunten Rock tragt; ob Ihr in der Fabrik oder in der Schlachtlinie steht!

Laßt Eure Stimme gegen diesen — — — aller Kriege ertönen!

Gebietet Halt! dieser Menschenschlächterei! Halt: Und wenn alle großen Generale und Fürsten darüber — — — sollten!

Für die Arbeiter aller Länder giebt es nur ein Feldgeschrei:

Nieder mit der Lohnsklaverei!
Nieder mit dem Militarismus!

New-York, im Oktober 1870.

Herr Liebknecht, die letzten beiden Rufe sollen wohl sagen, es solle losgeschlagen und das Militär solle abgeschafft werden?

Liebknecht: Der Aufruf ist in Amerika geschrieben.

Präsident: Aber in Sachsen verbreitet, kann also auch hier verfolgt werden.

Liebknecht: Preßgesetzlich vielleicht, nicht aber durch eine Anklage auf „Vorbereitung von Hochverrath". — In dem Rufe: „Nieder mit der Lohnsklaverei!" liegt eine sozialistische Forderung, welche der Herr Präsident falsch auffaßt, wenn er darunter statt der ökonomischen Revolution einen beliebigen Putsch versteht. Und was den Ruf: „Nieder mit dem Militarismus!" angeht, so richtet er sich gegen ein System, dessen Abschaffung die Demokratie seit Jahrzehnten in Tausenden von Broschüren und Zeitungsartikeln gefordert hat, ohne daß es bis dato Jemand eingefallen wäre, „Hochverrath" darin zu erblicken. Die Forderung der Aufhebung des Militarismus ist sogar schon — gewiß höchst legal! — in deutschen Landtagen und Parlamenten gestellt worden.

Bebel: Die Ausdrücke des Ausrufs sind drastisch, aber nicht ungesetzlich. Beide Forderungen — sowohl Abschaffung des Lohnsystems, als Abschaffung des heutigen Militärsystems — stehen übrigens in unserem Programm.

Präsident: Wir kommen nun zu der von Herrn Bebel verfaßten Abhandlung: „Gegen die Demokratische Korrespondenz" — einer „Streitschrift" —, die außer im „Volksstaat" auch separat als Broschüre unter dem Titel „Unsere Ziele"*) erschienen ist. — Die Anklage hat kein Interesse an der Verlesung der ganzen, 47 Seiten umfassenden Broschüre.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich beantrage im Namen meines Klienten, des Herrn Bebel, die Vorlesung des ganzen Aufsatzes. Ich bin zwar sonst auch für Abkürzung der Verhandlungen, glaube aber, daß, wenn der Artikel vollständig vorgelesen ist, die Vertheidigung sich dann später, in den Schlußplaidoyers, in Bezug auf die sozialen Momente kurz fassen kann, da in dieser Schrift die gesammten sozialen Anschauungen des Herrn Bebel entwickelt sind.

Präsident: Der Vorlesung des ganzen Aufsatzes steht nichts im Wege.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten ein Dutzend Exemplare der Bebelschen Broschüre zu übergeben, mit dem Wunsche, dieselben den Herren Geschwornen zur Erleichterung des Verständnisses gefälligst zustellen zu lassen.

(Wir zitiren hier nur diejenigen Stellen der in den Händen wohl aller unserer Leser befindlichen Broschüre, welche von den Zeitungen — als ihnen besonders mittheilenswerth scheinend — abgedruckt worden sind und deren letzte allein angeblich gravirlich war.)

„Der Staat soll also aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden. In diesem Staate soll die Gesammtheit mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften die genossenschaftliche Produktion an Stelle der einzelnen Privatunternehmer treten lassen. In einem solchen Staate ist Selbsthilfe Volkshilfe, Volkshilfe Selbsthilfe, Selbst- und Staatshilfe also identisch, einen Gegensatz giebt es nicht.

*) Diese Broschüre ist vor Kurzem in dritter Auflage erschienen. (1893 erschien bereits die zehnte Auflage. [1894.])

Der Volksstaat soll zunächst herbeizuführen gesucht werden durch Aufklärung der Massen, Organisation von Parteiverbänden, Gewerkschaften, Gründung und Verbreitung passender Zeitungen und Schriften ꝛc. Freilich muß diese Organisation international sein, denn da unsere Zustände nicht Merkmale einzelner Nationen, sondern allen Kulturvölkern eigen sind, Industrie, Handel und Verkehr, die ganze kapitalistische Produktion international organisirt sind, so können dieselben folglich auch nur in einer gleichen Organisation beseitigt werden. Wie dieser Volksstaat herzustellen sei, darüber ließ ich mich nicht weiter aus und will das auch hier nicht thun, aus sehr erklärlichen Gründen. Um den Volksstaat zu bekommen, dazu muß die Herrschaft der privilegirten Klassen und Personen gebrochen werden. Da meinen die Einen, das ginge auf sogenannte gesetzliche Weise, durch Redenhalten und Beschlüssefassen, die Andern meinen, das müsse durch eine andere eben auch gesetzliche Weise — sie betrachten den Willen des Volkes auch als Gesetz, sogar als alleiniges und höchstes Gesetz — geschehen, die man im gewöhnlichen Leben Revolution nennt. Ueber den letzten Weg sich weiter auszulassen, ist äußerst gefährlich, da der Wächter für die im heutigen Staate Interessirten, der Staatsanwalt, gar zu geneigt ist, hineinzureden. Merkwürdig ist aber — und gegen diese Thatsache kann auch ein Staatsanwalt nicht aufkommen —, daß die verschiedenen Staats- und Gesellschaftsformationen nicht durch schöne Reden und Beschlüsse, sondern durch sehr ernste eiserne Gewalt sich ihre Existenz verschafft haben" ꝛc. (S. 13 und 14.) S. 22: „In der gesellschaftlichen Produktion (im Volksstaate) haben Alle die Vortheile derselben, den Gewinn vermehrter Produktion genießen Alle. Mehr Genuß, weniger Arbeit. Aber arbeiten müssen Alle, Faullenzer giebt es nicht. Letztere werden im sozialistischen Staate dieselbe Rolle spielen wie die Diebe im heutigen; allgemeine Verachtung ist ihr Loos. Im heutigen Staate und in der heutigen Gesellschaft ist es umgekehrt. Wer am meisten faullenzt, weil er von Andrer Arbeit sich mästet, ist am angesehensten; wer die Profitmacherei am besten los hat, wird bewundert, und der Mann, der vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht, oft mit Frau und Kind, sich abrackern muß, verdient kaum so viel, um Tag für Tag das nackte Leben zu fristen; es ist himmelschreiend." S. 25: „Und da in neuerer Zeit es Mode geworden ist, die Sozialisten als Untergraber der Sittlichkeit und der Familie hinzustellen, so ist es nicht überflüssig, hier darauf hinzuweisen, daß in diesen beiden Beziehungen unsere Kapitalistenklasse bereits das Menschenmögliche leistet. Betrügerische Bankrotte, Wechsel- und Urkundenfälschungen, nicht zu erwähnen der Börsenschwindeleien und Betrügereien sogenannter Gründerkonsortien für

allerlei Unternehmungen, sind Verbrechen gegen die Sittlichkeit, welche zu begehen unsere Unternehmerklasse das ausschließliche Privilegium hat. Würde die Statistik einmal untersuchen, welcher Prozentsatz der Insassen unserer Gefängnisse und Zuchthäuser auf die Unternehmerklasse fiele, ich bin überzeugt, die Untersuchung fiele sehr ungünstig aus für unsere Gebildeten und Besitzenden. Mit der „Untergrabung der Familie" würde das Resultat noch schlimmer lauten. Ist die Ehe bei unseren sogenannten „Besitzenden und Gebildeten" nicht in neun unter zehn Fällen ein Geldgeschäft? Würden nicht mindestens drei Viertel wegen Ehebruches verurtheilt werden, wenn ihre Gemahlinnen es mit der ehelichen Treue ihrer Eheherren streng nehmen wollten? Aus welchen Kreisen kommt denn das reichhaltigste Material für die Chronique scandaleuse? Wer übertrifft in der offenen und geheimen Maitressenwirthschaft noch die Aristokratie? Die Beantwortung dieser Fragen überlasse ich den „Besitzenden und Gebildeten." — „Ob die Arbeiterklasse, dem Beispiel des Feudaladels und der Bourgeoisie folgend, dieselben gewaltthätigen Wege einschlagen, mit dem Einreißen der politischen Schranken beginnend, das Privateigenthum der Bourgeoisie konfisziren und in Gesammteigenthum verwandeln wird, um so mit einem gewaltigen Ruck über den allmäligen Prozeß der Umwandlung der Privatproduktion in gesellschaftliche Produktion sich hinwegzuschwingen, das ist schwer zu behaupten. Der Verlauf dieser Entwicklung hängt von der Intensivität ab, mit der die betheiligten Kreise die Bewegung erfassen, er hängt von dem Widerstande ab, den die Bewegung an ihren Gegnern findet. Das Eine steht fest: je heftiger der Widerstand, um so gewaltthätiger die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Rosenwasser wird die Frage auf keinen Fall gelöst." — „Danach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab, der Charakter der Krise wird bestimmt durch die Art, wie sie die in ihren Händen befindlichen Machtmittel anwendet. Läßt sie es auf die physische Gewalt ankommen, — auf wessen Seite bei diesem Messen der physischen Kräfte endlich der Sieg fallen wird, darüber ist kein Zweifel. Die Masse ist auf der Seite des arbeitenden Volkes, das sittliche Recht auch. Nur die nöthige Einsicht in die Masse gebracht, und der Kampf ist entschieden. — Man entsetze sich nur nicht über die mögliche Anwendung der Gewalt, zetere nicht über Unterdrückung berechtigter Existenzen, gewaltsame Expropriation und dergl.! Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltsamen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten, und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödtlich

als möglich zu treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem gewissen Grade an 1830 bezüglich Frankreichs, an 1848 für Deutschland, wo das Bürgerthum den Kampf ebenfalls aufnahm, aber durch Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige Impotenz als Klasse darthat, auf halbem Wege stehen blieb und durch das Schiboleth des Konstitutionalismus mit den Resten des Feudalismus und dem Königthum Frieden schloß. Wären die Arbeiter damals so zahlreich wie heute gewesen, der politische Kampf wäre entschieden, für den sozialen wäre die Bahn frei. — So sehen wir also in den verschiedenen Geschichtsperioden, wie die Gewalt ihre Rolle spielt, und nicht mit Unrecht ruft da wohl Karl Marx aus in seinem Buche: „Das Kapital", wo er den Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktion schildert: „die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz."

(Nach der Verlesung, die an 2 Stunden dauert, bittet ums Wort)

Geschworner Steiger (Schweta): Wir sind dem Vortrag genau gefolgt und haben in den uns überreichten Exemplaren sogar mehrere Anmerkungen gefunden, die nicht mit vorgelesen worden sind.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Es sind von der Broschüre zwei Auflagen vorhanden; die erste, welche verlesen wurde, enthält keine Anmerkungen — diese wurden erst in der zweiten Auflage eingefügt. Da nur noch Exemplare der zweiten Auflage vorhanden sind, konnten wir den Herren Geschwornen natürlich nur Exemplare mit Anmerkungen geben. Die Anmerkungen sind übrigens für den Prozeß völlig irrelevant.

Präsident: Herr Bebel, ich habe einige Fragen an Sie zu richten. Sind Sie der Verfasser?

Bebel: Ja.

Präsident: Der Zweck der Broschüre bestand darin, sie als Flugschrift in den Arbeiterkreisen zu verbreiten?

Bebel: Ja. Die Broschüre ist aus dem „Volksstaat" abgedruckt.

Präsident: Die Broschüre behandelt hauptsächlich soziale Fragen und insoweit werde ich auf dieselbe nicht eingehen; nur in dem letzten Theil geht sie auf das politische Gebiet über. Es wird hier nachzuweisen versucht, daß das Ziel der Arbeiter nur durch die Gewalt erreicht werden kann.

Die Stelle: „Man entsetze sich nur nicht über die mögliche Anwendung der Gewalt“ u. s. w. spricht dies aufs deutlichste aus.

Bebel: Gegen diese letzte Auffassung des Herrn Präsidenten lege ich Verwahrung ein. Ich sehe die Broschüre nur als Entlastungsmaterial an. Ich habe darin nur von Eventualitäten gesprochen; nicht daß es so und so kommen solle und müsse, sondern daß es so kommen könne (mögliche Anwendung der Gewalt) und, wie die Geschichte lehre, auch kommen werde, wenn die heute herrschenden Klassen, wie es leider bis dato geschehen ist, die gerechten Forderungen der Arbeiter ignoriren oder sie gewaltsam zu unterdrücken versuchen. An einigen Stellen habe ich ausdrücklich betont, daß der Entwicklungsgang ein sehr langsamer sein werde, namentlich bei der Landbevölkerung, deren schwieriges Sichüberzeugenlassen die Realisirung der in der Broschüre bezeichneten Ziele in noch ferne Zeit hinausschiebt; auch habe ich gesagt, daß es hauptsächlich von der Gegenpartei abhängen werde, ob überhaupt je Gewalt eintritt. Der Gedankengang der Schrift ist rein historisch und wissenschaftlich. Wir müssen auch bei dieser Schrift dieselbe Erfahrung machen, die wir in diesem Prozeß schon zum so und so vielten Male gemacht haben. Es wird uns für eine angebliche „Hochverrathsvorbereitung“ Anklagematerial vorgelegt, das seit Jahren unter den Augen der Staatsanwaltschaft erschienen und bis auf den heutigen Tag unbeanstandet verbreitet worden ist. Die vorliegende Broschüre ist, wie ich schon vorher bemerkte, der Separatabdruck einer Reihe von Aufsätzen im „Volksstaat“, die bereits im Januar und Februar 1870 dort erschienen sind. Der Herr Staatsanwalt hat, wie ich von seiner Gewissenhaftigkeit wohl annehmen muß, damals die Aufsätze genau studirt und nichts Staatsgefährliches darin gefunden, sonst hätte er sofort eine Anklage anstrengen müssen. Die Aufsätze sind dann in einer Broschüre gedruckt worden, welche bereits die zweite Auflage erlebt hat, und welche heute noch unbeanstandet verkauft wird. Ich kann mir dieses Verfahren schlechterdings nicht zusammenreimen. — Ich muß mich namentlich auch gegen die beliebte Praxis verwahren, einzelne Sätze aus ihrem Zusammenhange herauszureißen und darauf hin der ganzen Broschüre eine Tendenz zu unterschieben, die sie entschieden nicht hat.

Liebknecht: Ich habe die Aufsätze in den „Volksstaat“ aufgenommen und trage somit auch die juristische Verantwortlichkeit. Beim Durchlesen der Aufsätze bin ich zu einer ganz anderen Auffassung, als diejenige des Herrn Präsidenten ist, gelangt; ich habe nichts Ungesetzliches darin gefunden. Ich verweise zur Widerlegung der anklägerischen Auffassung auf die Stelle der Broschüre, welche S. 42 unmittelbar der von der Anklage angezogenen Stelle vorausgeht:

„Zwei Wege giebt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist, nach Herstellung des demokratischen Staates, die allmälige Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die betheiligten Kreise, gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangten und auf dem Wege des Kompromisses ihren Untergang als exploitirende Klasse und ihren Uebergang als Gleiche in die Gesammtheit zu bewerkstelligen suchten. Der andere entschieden kürzere aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltsame Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit einem Schlage, einerlei durch welche Mittel. Darnach hängt also der Ausgang der Krise von der Kapitalistenklasse selbst ab.“

Aus der verlesenen Stelle erhellt in der unzweideutigsten Weise, daß der Verfasser keinen gewaltsamen Umsturz beabsichtigte, daß er zwar einen gewaltsamen Umsturz für möglich hält, aber nur für den Fall, daß die herrschenden Klassen ihn herbeiführen. Die Verantwortlichkeit für eine etwaige Katastrophe wird klar und bestimmt unseren Gegnern zugeschoben, von denen allein es abhängt, ob sich die ökonomische Umgestaltung friedlich oder gewaltsam vollziehen wird.

Präsident: Haben Sie etwas zu bemerken, Herr Hepner?

Hepner: Ich glaube, daß Leute, die auf Gewalt sinnen, nicht erst wissenschaftliche Werke zur Verfolgung ihrer Ziele schreiben.*)

*) Hier glaube ich den Ort, wo ich eine Erklärung über mein Verhalten im Prozeß abzugeben habe:

Tags zuvor und noch an demselben Tage, als ich die obige Antwort auf die Frage des Präsidenten gab, hatte ich aus den bekannten Gründen wiederholt meinen Willen, gar keine Antwort mehr zu geben, kundgethan. Ich scheine mich demnach einer recht auffälligen Inkonsequenz schuldig gemacht zu haben.

In der That verhält sich jedoch die Sache so:

Als ich jene Antwortsverweigerung wiederholt erklärte, glaubte ich mich im Einverständniß mit der juristischen Vertheidigung und

Staatsanwalt: Herr Bebel, auf Seite 13*) der Broschüre behandeln Sie die Frage, wie der Volksstaat herzustellen ist. Die betreffende Stelle scheint mir mit nicht zu verkennender Deutlichkeit den gewaltsamen Weg vorzuzeichnen.

*) Das erste unter unseren Zitaten. Nach der zweiten Ausgabe zitirt; auch die Geschwornen, Vertheidiger und Staatsanwalt zitiren nach der zweiten Ausgabe; nur bei dem Anklagematerial liegt ein Exemplar der ersten.

rechnete auf deren Unterstützung. Ich sah jedoch später, daß ich mich getäuscht hatte. Die Vertheidigung erklärte, mir nicht sekundiren zu können, da ich im Unrecht sei — was ich freilich bis heute noch nicht einsehe. Außerdem rieth sie mir, aus dem Grunde von der Durchführung meines Vorhabens abzustehen, weil — obschon nichts Gravirliches gegen mich vorliege und ich zweifelsohne frei käme — dennoch die beharrliche Antwortsverweigerung unliebsame Deutungen im Publikum erfahren könnte. Diesen Grund hielt ich allerdings für triftig genug, um das projektirte Schweigsystem aufzugeben. Den Vorwurf der „Inkonsequenz" aber wird mir wohl Jeder ersparen, der der Ansicht ist, daß meine Rolle im Prozeß nicht so ernst war, um eine derartige scheinbare logische Ungradheit ins Gewicht fallen zu lassen. Ich habe den Prozeß, soweit er mich anging, größtentheils nur von seiner scherzhaften Seite an- und auffassen dürfen; hätte ich die Anklage gegen mich für baare Münze genommen und mich den Hauptangeschuldigten gleichgestellt, so würde ich mich einer Ueberhebung schuldig gemacht haben, die ungleich gravirender wäre als jene „Inkonsequenz". Das fatale Dilemma, in das der Prozeß mich einzwängte — gleichviel ob ich meine Stelle durchweg ernst oder nur scherzhaft nahm — war, daß ich der Welt zu lachen geben mußte; mit dem Unterschied jedoch, daß im erstgedachten Fall das Gelächter und die „Heiterkeit" — die ich beide durch häufige Bevorzugung des zweiten Falls auf die Anklage gewälzt habe — mir gegolten hätte. Es war also logisch und praktisch, daß ich so verfuhr, wie ich verfahren bin, und Niemand wird es mir verdenken, daß ich ad majorem juris gloriam (lateinisch: Zur größeren Ehre des Jus — der Juristerei. [1894.]) und in meinem dringlichen Interesse jene gedachte „Inkonsequenz" begangen habe. —

Ueber mein Verhältniß zur Gesammtanklage im Allgemeinen werde ich am Schluße dieses Werkes mich eingehend auslassen.

Hier kann ich nicht umhin, dem Leser wenigstens die Bibelzitate mitzutheilen, deren von mir beabsichtigte Vorlesung jene ganze Protestaffäre veranlaßt haben: Sprüche Salomonis 13, 23: Fülle von Speise giebt der Acker dem Armen, während Reichthum weggerafft wird durch Ungebühr. — 14, 31: Wer den Armen bedrückt, lästert seinen Schöpfer. — 16, 32: Besser ein Langmüthiger als ein Held, und wer sein Gemüth beherrscht, als ein Städtebezwinger. — 17, 16: Wozu Gold in der Hand des Thoren?

Bebel: Ich wüßte nicht, daß das „mit Deutlichkeit" aus der betreffenden Stelle hervorgeht. Der Herr Staatsanwalt möge nur die angezogene Rede bis zu Ende lesen, und er wird finden, daß es sich hier nur um zwei Möglichkeiten handelt, von denen die eine oder die andere eintreten kann, nicht aber die vom Herrn Staatsanwalt vorausgesetzte eintreten muß. Es heißt da ausdrücklich: „Ob die Arbeiterklasse, dem Beispiel des Feudaladels und der Bourgeoisie folgend, dieselben gewaltthätigen Wege einschlagen, mit dem Einreißen der politischen Schranken auch beginnend, das Privateigenthum konfisziren und in Gesammteigenthum verwandeln wird, um so mit einem gewaltigen Ruck über den allmäligen Prozeß der Umwandlung der Privatproduktion in gesellschaftliche Produktion sich hinwegzuschwingen, das ist schwer zu behaupten." Kann man sich unbestimmter ausdrücken, als ich es hier gethan? Und doch will der Herr Staatsanwalt „gewaltsamen" Umsturz herauslesen. Eine Ansicht, wie ich sie hier ausgesprochen, kann unmöglich hochverrätherisch sein.

Staatsanwalt: Nun, ich werde in diesem Augenblicke nicht weiter darüber rechten. Aber etwas Anderes: Sie erklärten in einer der letzten Sitzungen, alle Gemeinsamkeit

---

Weisheit zu kaufen? Dazu hat er ja keinen Verstand! — 18, 11: Des Reichen Vermögen ist eine feste Burg, und wie hinter ragender Mauer ist er in seinen Prunkgemächern. — 18, 23: Flehend redet der Arme, aber der Reiche antwortet trotzig. — 19, 4: Reichthum bringt viele Freunde, aber der Arme muß sich von dem Einen Freunde trennen. — 22, 7: Der Reiche herrscht über Arme, und der Knecht ist der Borger dem Gläubiger. — 23, 20: Sei nicht unter den Weinsäufern und Fleischfressern. — 27, 24: Denn **nicht für ewig ist ein Besitzthum** oder **ist die Krone für alle Geschlechter?** — 28, 15: Ein brüllender Löwe und ein gieriger Bär ist ein fremder Herrscher über ein schwaches Volk. — 29, 4: Ein König erhält das Recht durch Gerechtigkeit; aber wer Steuern häuft, zerstört es. — 30, 27—28: Keinen König haben die Heuschrecken und ziehen doch alle geschaart aus; die Spinne kannst du mit Händen fangen, und doch ist sie in Königs-Palästen. — 31, 4—5: Den Königen ziemt es nicht, Wein zu trinken, dem Fürsten nicht Rauschtrank; daß er nicht trinke und vergesse das Gesetz und verdrehe das Recht aller Gedrückten. —

Dies waren die Stellen, welche ich der präsidentlichen Definition des Begriffs „aufreizend" entgegenzustellen beabsichtigte.

A. Hepner.

der Gesinnung mit den Blättern „Felleisen" und „Vorbote" ablehnen zu müssen. Ich habe die Nr. 28 des „Demokratischen Wochenblatts" vom Jahre 1869 zur Hand, in dem es jedem Arbeitervereine geradezu zur „Pflicht" gemacht wird, die angeführten Parteiorgane zu halten und zu lesen. (Er verliest die Aufforderung.) Ich führe dies nur an zur Widerlegung der von Ihnen beliebten Deutung der gravirlichen Stellen. „Felleisen" und „Vorbote", von Ihnen als Parteiorgane anerkannt, haben nämlich den Umsturz der bestehenden Verfassungen durch Gewalt offen gepredigt.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich will nur bemerken, daß die von der Staatsanwaltschaft angezogene Stelle sich als Annonze (Anzeige) im „Volksstaat" befindet, d. h. hinter dem sogenannten „Redaktionsstrich", d. i. in demjenigen Theile, um den sich die Redaktionen in der Regel nicht kümmern.

Bebel: Wir billigen die Grundsätze des „Felleisen" und des „Vorboten" gerade so, wie wir die Grundsätze der Internationalen billigen, d. h. ohne daß wir uns für alle Einzelhandlungen von deren Mitgliedern verantwortlich erklären. Man kann eines Anderen Grundsätze billigen, ohne die Art und Weise, wie er sie verwirklichen will. Die genannten Blätter sind uns befreundet, jedoch stehen wir nicht durchweg auf ihrem Standpunkte. Es ist nun aber journalistischer Gebrauch, daß sich befreundete Blätter bei jedem Quartalwechsel durch solche Empfehlungsannonzen gegenseitig unterstützen. Diese Empfehlungen werden von den Inserenten gewöhnlich schon gedruckt eingesendet.

Liebknecht: Ich denke, daß aus den bereits zur Vorlesung gelangten Briefen Ladendorf's und Becker's zur Genüge erhellt, welche Differenzen zwischen uns und den Genannten bestanden haben, — Differenzen, die, was Ladendorf anbelangt, sich mir speziell gegenüber, seitens des Herrn Ladendorf wenigstens, bis zur offenen Gegnerschaft zugespitzt haben.

Man macht uns hier verantwortlich für jeden Artikel, den irgend ein auswärtiges, uns befreundetes Blatt einmal enthalten. Ich wiederhole: nach dieser Theorie hätten jene katholischen Fanatiker recht, die alle Protestanten verantwortlich machen für die Mordthaten Trauppmann's in Paris, weil dieser ebenfalls Protestant ge-

wesen. Wenn man noch einmal versuchen sollte, uns mit Ladendorf eine absolute Solidarität zu oktroyiren, so werde ich die nochmalige Verlesung aller Briefe von Ladendorf beantragen.

Hepner: Ich würde noch heute durchaus keinen Anstand nehmen, den „Vorboten" und das „Felleisen" im „Volksstaat" zu empfehlen, und zwar schon aus historischem Interesse. Die Parteigenossen sind verpflichtet, sich über die Arbeiterbewegung aller Länder zu orientiren, und dazu ist das Lesen dieser Blätter erforderlich. Damit ist aber noch durchaus nicht gesagt, daß ich solchergestalt auf dem Standpunkte des „Vorboten" bez. „Felleisen" stehen müsse. Ebensowenig wie Jeder Sozialdemokrat sein muß, der auf den „Volksstaat" abonnirt ist.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich muß bemerken, daß neben der betreffenden Empfehlung jener vorerwähnten Blätter im „Demokratischen Wochenblatt"*) noch die „Zukunft", der „Mainzer Anzeiger", das „Frankfurter Journal", schließlich die „Wein-Zeitung", Organ für Weinkunde (nebst einer daran geknüpften besonderen Geschäftsreklame) empfohlen ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Gegenüber einer vom Herrn Staatsanwalt hervorgehobenen Stelle von Seite 13 der verlesenen Broschüre „Unsere Ziele" muß ich bemerken, daß gerade diese Stelle so klar, wie nur irgend möglich, die Annahme gewaltthätiger Absichten ausschließt, denn sie besagt, daß der Volksstaat durch „Aufklärung" der Massen über die gesellschaftlichen und politischen Zustände herbeigeführt werden solle.

Liebknecht: Würde nach der Ansicht des Herrn Staatsanwalts gesagt sein, die soziale Frage müsse durch Gewalt gelöst werden, so hätte man wohl sofort die betreffende Nummer des „Volksstaat" konfiszirt und mich eingesperrt.

Präsident: Ich enthalte mich einer Entgegnung auf die Angaben der Herren Angeklagten. Die Herren Geschwornen, welche alle im Besitze eines Exemplars der Broschüre sind, werden im Stande sein, sich ein vollständiges Urtheil darüber zu bilden.

---

*) Damals, beiläufig, noch nicht so verkommen wie jetzt. (1894.)

Hilfsgeschworner v. Witzleben: Herr Bebel, unter Beziehung auf Seite 42 der Broschüre, bitte ich Sie, mir zu sagen, was denn geschehen würde, wenn die herrschende Klasse, nicht wie Sie dort sagen — „bei Zeiten die nöthige Einsicht“ haben sollte.

Bebel: Auf derselben Seite ist einige Zeilen zuvor gesagt: „Zwei Wege giebt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist, nach Herstellung des demokratischen Staats, die allmälige Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung, auf dem Wege des Kompromisses.“ Dann heißt es: ist dieser nicht möglich, weil die herrschenden Klassen dem friedlichen Wege sich widersetzen, dann kommt es zur gewaltsamen Umwälzung. Vollziehen wird sich die Entwicklung so oder so. Aber ich sage nicht, daß sich die Umwälzung gewaltsam vollziehen muß, daß die Sozialdemokratie diese beabsichtige. Wir selbst wissen nicht, welche Wege uns die Zukunft zu gehen nöthigt.

Liebknecht: Es ist nicht gesagt, daß die Erreichung des Volksstaats unbedingt auf dem Wege der Gewalt geschehen muß. Es hängt das von unseren Gegnern ab. Wenn die Revolution durch den Gang der Entwicklung nöthig ist, so wird sie sich vollziehen, ob man ihr Hindernisse in den Weg wirft oder nicht; gewaltsam vollziehen wird sie sich, wenn man ihr Hindernisse entgegenwirft, die nur durch Gewalt zu beseitigen sind — in diesem Fall sind es aber die Gegner der Revolution, nicht wir, welche die Revolution gewaltsam machen. Es heißt in der Broschüre ausdrücklich, wenn die eine Alternative (die allmälige Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung) nicht eintritt, dann kommt die andere; es ist aber nicht ausgesprochen, daß unsere Partei dann die andere Alternative werde eintreten lassen.

Ich habe diese Stelle vor dem Druck sehr genau gelesen und gefunden, daß das, was die Anklage will, nicht darin steht.*)

Präsident: Revolutionären Zeiten pflegt immer eine Gattung von Gedichten vorauszugehen, welche die herannahenden Stürme prophezeien. Solche Gedichte erschienen

*) Hans Blum läßt darauf „Einen Geschwornen“ sagen: „Das hätte noch etwas besser vermieden werden können“. „Ein Geschworner“ kann sich hierfür bei seinem Gönner bedanken!

vor 1848 und ein Theil davon befindet sich im „Volksstaat". Ich werde nun einige aus dem „Volksstaat" von 1870 zur Verlesung bringen lassen und zwar zunächst aus Nr. 23 des „Volksstaat" von 1870 das Freiligrath'sche: „Die Todten an die Lebenden", mit dem Datum: „Düsseldorf, Juli 1848", — ferner aus Nr. 25 das „Arbeiterlied" von Georg Herwegh, — ferner aus Nr. 29 das aus London Februar 1847 datirte Freiligrath'sche Gedicht: „Irland", — ferner aus Nr. 44 „Schaffot — Zuchthaus" von Herwegh, — aus Nr. 47 „Arm und Reich", — aus Nr. 79 „Roth", — aus Nr. 86 „Brot" von Freiligrath, — aus Nr. 90 „Blum", ebenfalls von Freiligrath, datirt: Köln, den 16. November 1848.

(Die Gedichte werden verlesen.)

Diese Gedichte sind sämmtlich im „Volksstaat" in der Zeit vom 19. März bis zum 9. November abgedruckt. Aus welchem Grunde und warum gerade in dieser Zeit?

Liebknecht: Ich wollte das Volk an eine große Zeit und an seine großen Männer erinnern.

Hepner: Das Gedicht „Schaffot — Zuchthaus" wurde abgedruckt, als der Reichstag die Todesstrafe annahm. Das Gedicht „Blum" am Todestage Robert Blum's.

Liebknecht: Jawohl, es sind die Gedichte meistens an Gedenktagen mitgetheilt worden. Ich wollte das Volk an jene Gedenktage erinnern.

Präsident: An die Gedenktage der Revolution!

Liebknecht: Allerdings wollte ich an eine Revolution erinnern, aber an eine gewesene, nicht eine zu machende — eine Revolution sogar, welcher der heutige Staat manche Institution verdankt. Zum Beispiel säße ohne jene Revolution der hohe Schwurgerichtshof wohl nicht hier beisammen, um in einem politischen Prozeß Urtheil zu sprechen.

Präsident: Das ist eine Hypothese von Ihnen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Herr Liebknecht, sind diese, meist aus den Jahren 1847 und 1848 stammenden Gedichte schon anderwärts erschienen?

Liebknecht: Ja, die von Freiligrath und Herwegh sind von deutschen Buchhandlungen herausgegeben worden, und die von Freiligrath sogar in der vor $^5/_4$ Jahren neuerdings bei dem Hofbuchhändler Cotta erschienenen Gesammtausgabe der

Freiligrath'schen Gedichte. Das Arbeiterlied „Bet' und arbeit'!" zirkulirt in Preußen seit 1863 in Tausenden von Exemplaren unbeanstandet und wird seit jener Zeit unter den Augen oder Ohren der Polizei gesungen, ohne daß je eine Verfolgung eingetreten wäre.

Staatsanwalt: Ich hatte den Antrag gestellt, noch mehrere Nummern des „Volksstaat" aus dem Jahre 1871 zum Vortrag bringen zu lassen; da ich indeß glaube, daß die Bestrebungen der Angeklagten nun genügend charakterisirt sind, so sehe ich von der weiteren Vorlesung der in der Beweismittelliste angegebenen „Volksstaat"-Nummern ab. Jedoch wünschte ich, daß aus Nr. 92 des „Volksstaat" von 1871 die Beschlüsse der Delegirtenkonferenz der Internationalen, abgehalten zu London vom 17.—23. September 1871, mitgetheilt würden.

Präsident: Ich habe zunächst die Herren Vertheidiger und Angeklagten zu fragen, ob sie sich mit den Anträgen der Königlichen Staatsanwaltschaft einverstanden erklären?

(Die Gefragten bejahen dies.)

Präsident: Nur mit Rücksicht auf das allseitige Einverständniß will ich nicht beanstanden, daß ein Schriftstück, welches nach dem Schluß der Voruntersuchung entstanden ist, hier vorgelesen wird. Den Herren Geschwornen bemerke ich aber, daß dieses Schriftstück irgend welche Beweiskraft nicht haben darf.

(Die Verlesung erfolgt nun. Darauf)

Liebknecht: Zu der „Anmerkung" am Schluß der Konferenzbeschlüsse, welche lautet:

„Die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Beschlüsse der Konferenz werden den Föderalräthen der verschiedenen Länder durch die korrespondirenden Sekretäre des Generalraths mitgetheilt werden"

habe ich zu bemerken, daß unter den „nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten" Beschlüssen nur solche gemeint sind, welche innere oder persönliche Angelegenheiten angehen (z. B. die Differenz mit Bakunin), die man nicht vor der Oeffentlichkeit zum Austrag bringen will. „Nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt", heißt also „vertraulich", „konfidentiell." Auf etwas „Geheimes" im Sinn einer geheimen Verschwörung, und welches Ursache hat, das Licht der Welt zu scheuen, ist nicht hingedeutet.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Bevor von den Artikeln des „Volksstaat" hinweggegangen wird, möchte ich mir noch folgende Frage an den Angeklagten Herrn Liebknecht erlauben: Ist wegen der gestern und heute hier verlesenen Artikel früher einmal Strafantrag gestellt worden?

Liebknecht: Wegen keines einzigen.*)

Präsident: Nun, diese Antwort und Frage sind wohl zwecklos. Es ist ein Artikel nicht für sich allein angeklagt worden, sondern die Artikel sind eben zusammengenommen unter Anklage gestellt. —

Es sollen nun zwei Reden zum Vortrag kommen, die Herr Liebknecht, und zwar die eine zu Berlin im „Demokratischen Arbeiterverein" am 31. Mai 1869 und die andere in Wien am 25. Juli 1869, gehalten hat.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Gegen die Vorlesung der Berliner Rede Herrn Liebknecht's erhebe ich Protest. Wegen dieser Rede war Herr Liebknecht beim Berliner Stadtgericht angeklagt und ist in contumaciam zu drei Monaten Haft wegen „Erregung von Haß und Verachtung" gegen die preußische Regierung verurtheilt worden. Das Berliner Gericht rekurrirte auf Grund des Rechtshilfegesetzes an das Bezirksgericht Leipzig; dieses versagte indeß die Vollstreckung des Urtheils sowohl als auch die Auslieferung, weil zur Zeit, als Herr Liebknecht die Rede hielt, das Rechtshilfegesetz noch nicht existirte und dasselbe überhaupt auf den vorliegenden Fall nicht paßte. Das Berliner Gericht faßte darauf den Beschluß, Herrn Liebknecht zu verhaften, sobald derselbe den preußischen Boden betrete. Durch die in Preußen am 23. Juli 1870 erlassene politische Amnestie ist dieser Beschluß außer Giltigkeit getreten, für Preußen die ganze Sache erledigt. Erst in Folge der Anweisung der sächsischen Oberstaatsanwaltschaft hat die Staatsanwaltschaft in Leipzig die Rede mit unter Anklage gestellt. — Also erstens weil Liebknecht wegen seiner Rede bereits eine rechtskräftige Verurtheilung erfahren und zweitens weil der Antrag der sächsischen Oberstaatsanwaltschaft auf Anklage wegen „Herabwürdigung von Staatseinrichtungen", nicht wegen Hoch-

*) Hans Blum läßt hierauf den Präsidenten einen „Kalauer" machen, dessen Authentizität wir jedoch nicht verbürgen können: „Präsident: Das ist jedoch nicht ganz richtig, denn gegenwärtig *sind Sie doch* deshalb mit angeklagt. (Heiterkeit.)"

verrath, lautet, erhebe ich Protest gegen die Vorlesung und bestehe nöthigenfalls auf einem Beschluß des Gerichtshofs.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich schließe mich diesem Protest an, da auch mein Defendend, Herr Bebel, von der Rede mit berührt würde, und glaube die Unzulässigkeit der Vorlesung namentlich aus den §§ 4 und 5 des Reichsstrafgesetzbuches herleiten zu dürfen. Damit man aber nicht glaube, wir hätten den Inhalt der Rede zu fürchten, führe ich an, daß die Verurtheilung Herrn Liebknecht's blos deshalb erfolgte, weil er in jener Rede gesagt: „Der Norddeutsche Bund besteht durch einen Rechtsbruch und stützt sich auf das Schwert."

Staatsanwalt: Ich kann diesen Widerspruch nicht für begründet erachten, da erstens, was Herrn Liebknecht's Verurtheilung und darauf erfolgte Amnestirung in Preußen betrifft, solche für Sachsen umso weniger maßgebend sein kann, als seine hier später diesfalls erfolgte Strafverfolgung nicht sowohl wegen des Haltens der fraglichen Rede selbst, als wegen des in Sachsen erfolgten Abdrucks dieser Rede in einer Flugschrift geschehen ist. Auch die preußische Regierung hatte sich seiner Zeit ausdrücklich einverstanden erklärt, daß Herrn Liebknecht's frühere Verurtheilung in Berlin für Sachsen nicht maßgebend sei. — Dazu kommt zweitens noch in materieller Beziehung, daß der Inhalt der Rede ein viel weitergehender ist als derjenige der Worte, wegen deren die Verurtheilung in Preußen erfolgt ist. Nachdem seiner Zeit die von preußischer Seite beantragte Auslieferung Herrn Liebknecht's auf Grund der damals giltigen gesetzlichen Bestimmungen abgelehnt und hierbei auch seitens der requirirenden preußischen Behörde Beruhigung gefaßt worden war, hat die Königl. sächsische Staatsanwaltschaft zur diesfallsigen strafrechtlichen Verfolgung des Herrn Liebknecht in Sachsen den erforderlichen Antrag gestellt. Das Gericht hatte auf selbigen noch keinen Untersuchungsbeschluß gefaßt, als die gegenwärtige Untersuchung eingeleitet und durch diese der frühere Fall mit absorbirt wurde.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich halte dieser Entgegnung der Königl. Staatsanwaltschaft ungeachtet meinen Protest gegen die Verlesung der Berliner Rede Herrn Liebknecht's aufrecht und bemerke noch, daß die Flugschrift, in welcher diese Rede abgedruckt ist und in welcher Gestalt also

die Rede zur Verlesung kommen soll, nicht auf der Beweismittelliste steht, indem letztere nur von der „Rede" Herrn Liebknecht's spricht.

Staatsanwalt: Ich bemerke letzterem Umstand gegenüber, daß schon in der Anklage bei Erwähnung dieser Rede solcher als „der gedruckten Rede Liebknecht's" gedacht wird.

Präsident: Herr Liebknecht, ich habe, bevor ich in dieser Sache Entschließung fasse, an Sie einige Fragen zu richten. Haben Sie die betreffende Flugschrift verfaßt?

Liebknecht: Ja, einige Wochen, nachdem ich die Rede gehalten, habe ich deren Inhalt, zwar nicht wörtlich, aber doch dem Sinn nach genau, niedergeschrieben und sie als Flugschrift erscheinen lassen. Die Niederschrift, nach der ich gearbeitet habe, war zwar keine stenographische, gleichwohl aber eine ziemlich vollständige.

Präsident: Ihre Rede haben Sie auch im „Demokratischen Wochenblatt" abgedruckt, welches in Leipzig erschienen ist?

Liebknecht: Ja, in Nr. 27 und 32 von 1869.

Präsident: Ich bin nun vollständig informirt und entscheide für meinen Theil dahin, daß die Rede vorgelesen wird, weil die Rede selbst und die solche wiedergebende Flugschrift formell zwei verschiedene Dinge sind. Erstere, die Rede selbst, existirt gar nicht, daher ist als dasjenige Beweismittel, welches als Herrn Liebknecht's Rede in der Beweismittelliste aufgeführt ist, die Flugschrift, welche die Rede enthält, anzusehen, umsomehr als die Flugschrift in derjenigen Aktentektur asservirt ist, deren Zeichen für die Rede in der Beweismittelliste angezogen ist. Die Verurtheilung Herrn Liebknecht's in Preußen ist um deswillen gleichgiltig, weil sie nur die Rede, nicht aber die in Sachsen geschriebene Flugschrift betrifft.

Wenn die Herren Vertheidiger gegen diesen meinen Beschluß an den Gerichtshof appelliren, so kann ich dessen Entscheidung auf morgen in Aussicht stellen.

(Die Vertheidigung ist damit einverstanden.)

Staatsanwalt: Auf Vorlesung der gedachten Wiener Rede Herrn Liebknecht's verzichte ich.

Präsident: Wenn sich hiergegen seitens der Vertheidigung kein Widerspruch erhebt, so werde ich das Protokoll verlesen lassen und die Sitzung für heute schließen.

(Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.)

Zehnter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 19. März, früh 9 Uhr.

Präsident: Indem ich hiermit die Sitzung eröffne, habe ich zunächst den Beschluß des Gerichtshofes zu dem gestern von der Vertheidigung erhobenen Widerspruch gegen die Vorlesung der von Liebknecht im Jahre 1869 im demokratischen Arbeiterverein zu Berlin gehaltenen Rede zu verkündigen.

Dieser Beschluß lautet: In Erwägung, daß der Angeklagte Liebknecht zugegeben hat, die Rede alsbald nach seiner Rückkehr von Berlin der Hauptsache nach niedergeschrieben und als Flugschrift unter dem Titel „Die politische Stellung der Sozialdemokratie in Beziehung auf den Norddeutschen Reichstag" im Königreich Sachsen verbreitet zu haben; in Erwägung, daß es hierbei gleichgiltig, ob wegen der Rede selbst im Königreich Preußen eine rechtskräftige Verurtheilung stattgefunden hat, beschließt der Gerichtshof die Vorlesung der gedachten Flugschrift.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich melde schon jetzt wegen dieses Beschlusses des Gerichtshofes Nichtigkeitsbeschwerde an, einmal, weil Liebknecht wegen der Rede schon in Preußen angeklagt und verurtheilt worden ist; zweitens, weil die Staatsanwaltschaft von der Königl. sächsischen Oberstaatsanwaltschaft nur angewiesen war, gegen Liebknecht die Anklage wegen Herabwürdigung von Staatseinrichtungen zu erheben und das Bezirksgericht Leipzig sich dieser Auffassung angeschlossen hat.

Vertheidiger Freitag II. (Plauen): Ich schließe mich dieser Nichtigkeitsbeschwerde an. Gleichzeitig melde ich eine zweite Nichtigkeitsbeschwerde an, weil auf Antrag des Herrn Staatsanwalts in einer der letzten Sitzungen ein Schriftstück, aus dem „Felleisen", vorgelesen worden ist, wegen dessen Verbreitung in Sachsen Liebknecht bereits vom Bezirksgericht in Leipzig zu drei Wochen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde. Ich will diese Vorkommnisse zugleich als charakteristisch für das Verfahren des Herrn Staatsanwalts hinstellen.

Staatsanwalt: Diese letzte Nichtigkeitsbeschwerde wird verspätet angemeldet. Sie hätte bereits vor der Verlesung des in Rede stehenden Schriftstücks erhoben werden müssen. Uebrigens werde ich im Schlußvortrag nachweisen, in

welcher Verbindung das „Felleisen“ zu der Anklage steht. Ueber das Verhalten der Anklage werden die Geschwornen urtheilen.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Der Königliche Herr Staatsanwalt ist im Irrthum. Die Nichtigkeitsbeschwerde hätte nicht einmal schon jetzt angemeldet zu werden brauchen. Hat doch die Vertheidigung das Recht, selbst gegen das Enderkenntniß Nichtigkeitsbeschwerde einzulegen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich kann mich dem soeben Gesagten nur anschließen.

Präsident: Ehe ich die Vorlesung beginnen lasse, habe ich einige Fragen an Sie, Herr Liebknecht, zu richten. Das Schriftstück ist bereits wiederholt gedruckt worden?

Liebknecht: Ja, im „Demokratischen Wochenblatt“ 1869 und dann separat als Broschüre.

Präsident: Diese Broschüre ist wiederholt aufgelegt worden?

Liebknecht: Sie soll erst in zweiter Auflage gedruckt werden.*) Die erste ist vergriffen.

Präsident: Wie stark war die erste Auflage?

Liebknecht: Ich glaube 1000 Exemplare stark.

Präsident: Die Verbreitung der Broschüre ist wohl durch Herrn Bebel besorgt worden, da die Schrift in der Expedition des „Volksstaat“ zu haben war?

Liebknecht: Das ist ein Irrthum. Bebel hatte mit der Verbreitung der Broschüre gar nichts zu thun. Ein Theil der Exemplare wurde von mir selbst verbreitet; andere wurden direkt aus der Druckerei bezogen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich ersuche zu konstatiren, daß die Broschüre ein wörtlicher Abdruck aus Nr. 27 und 32 des „Demokratischen Wochenblatts“ vom Jahre 1869 ist.

Präsident: Ich konstatire dies hiermit.

Die Verlesung der Broschüre erfolgt nun. (Wir heben aus derselben folgende Stellen**) aus:)

---

*) Die zweite Auflage ist inzwischen erschienen, und zwar mit einem Vorwort, und einem, die zahlreichen, durch diese Rede veranlaßten Prozeßwunder kurz schildernden „tragikomischen Nachspiel“. (Seitdem ist die Rede wiederholt — zuletzt 1893 — in unveränderter Form herausgegeben. [1894]).

**) Herr Hans Blum reißt in seinem Bericht eine Anzahl „Kraftstellen“ aus dem Zusammenhang heraus und gruppirt sie so, daß ein „intelligenter“ Geschworner allerdings eine Gänsehaut bekommen muß. Zur Charakteristik des hoffnungsvollen Jünglings

„Alle Gegner der Bourgeoisie stimmen mit der negativen Seite des Sozialismus überein. Wagener und der Bischof Ketteler, die katholischen Pfaffen des österreichischen Reichsraths, die protestantischen Junker des preußischen Musterstaats — sie alle verdammen die Bourgeoisie ebenso laut, gebrauchen die nämlichen Schlagwörter gegen sie wie der radikalste Sozialist. Dies zeigt, daß die Bekämpfung der Bourgeoisie an sich nicht nur nicht demokratisch ist, sondern den reaktionärsten Motiven entspringen kann. Hier tritt sofort die Nothwendigkeit zu Tage, neben der negativen Seite des Sozialismus die positive hervorzuheben, welche uns von jenen Reaktionären unterscheidet, und vor Allem: außer dem sozialen auch den politischen Kampf zu führen, und zwar in vorderster Reihe. Weil wir die Untrennbarkeit der Demokratie und des Sozialismus begriffen haben, nennen wir uns Sozialdemokraten. In diesem Namen liegt unser Programm. Programme sind aber nicht dazu da, mit dem Mund bekannt und in der That verleugnet zu werden; sie sollen die Richtschnur unseres Handelns sein.

Wenn wir uns auf den sozialen Kampf beschränken oder dem politischen nicht die entsprechende Wichtigkeit einräumen, so wird die Gefahr heraufbeschworen, daß unsere Feinde von dem bestehenden Klassengegensatz Gebrauch machen und nach der Maxime: „divide et impera“ (Theile und herrsche!) bald mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter, bald mit den Arbeitern gegen die Bourgeoisie liebäugeln. Dieses Doppelspiel kennzeichnet den modernen Cäsarismus, der wesentlich auf der Ausbeutung des Klassengegensatzes beruht. In Frankreich „rettet“ das Empire die Bourgeoisgesellschaft heute vor den Arbeitern und kokettirt morgen mit den Arbeitern, um die geängstigte Bourgeoisie in sein Garn zu treiben. Hier in Preußen kopirt der Cäsarismus auch in diesem Punkte das französische Vorbild und klopft abwechselnd der Bourgeoisie und den Arbeitern auf die Schulter; und so ist es gekommen, daß der Nationalliberalismus, d. h. die als politische Partei sich darstellende Bourgeoisie, in der preußischen Regierung ihr Heil gegen die Arbeiter sieht, während bethörte Arbeiter — hoffentlich nicht viele, trotz der systematischen Korruption von

---

sei hier der Anfang der Blumenlese mitgetheilt: „Der Sozialismus ist einfach eine Machtfrage, die nur auf dem Schlachtfeld zu lösen ist“ — „wenn die Arbeiterbataillone an den Thoren des Parlaments stehen . . .“ Und so weiter. Kurz, wer das Blum'sche Referat über den Inhalt der Broschüre liest und es für richtig hält, muß nicht blos „Vorbereitung“, sondern sogar direkte „Aufforderung“ zum Hochverrath als erwiesen annehmen. In dieser Zeit der Hochverrathsprozesse kann man mit solchem Talent Karriere machen. (Aus der Karriere ist aber doch nichts geworden. [1884]).

oben her — von derselben Regierung Schutz gegen die Bourgeoisie erwarten.

Soll die soziale Bewegung nicht dem Cäsarismus zu Gute kommen, so muß der Sozialismus den politischen Vorkampf übernehmen. — —

„Namentlich in Norddeutschland halten Viele das allgemeine Stimmrecht für die wunderthätige Springwurzel, welche den „Enterbten" die Pforten der Staatsgewalt öffnet; sie leben in dem Wahn, sich mitten im Polizei- und Militärstaat an dem allgemeinen Stimmrecht, wie weiland Münchhausen an seinem Zopf, aus dem Sumpf des sozialen Elends herausheben zu können. Münchhausen's Zopf sollte ihr Hinterhaupt schmücken. Gewiß, das allgemeine Stimmrecht ist ein „heiliges" Recht des Volkes, eine Grundbedingung des demokratischen, des sozialdemokratischen Staats. Allein vereinzelt, losgetrennt von der staatsbürgerlichen Freiheit, ohne Preßfreiheit, ohne Vereinsrecht, unter der Herrschaft des Polizei- und Soldatensäbels — mit einem Wort, im absolutistischen Staat, kann das allgemeine Wahlrecht nur Spiel- und Werkzeug des Absolutismus sein.

Als Bonaparte die Republik gemeuchelt hatte, proklamirte er das allgemeine Stimmrecht.

Als Graf Bismarck dem preußischen Junker-Partikularismus den Sieg verschafft, als er durch seine 1866er „Erfolge" das liberale Bürgerthum in Preußen überwunden und Deutschland zerrissen hatte, that er, was sein Vorbild 15 Jahre vorher gethan — proklamirte er das allgemeine Stimmrecht.

Bei beiden Gelegenheiten besiegelte die Proklamirung, die Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechts den Triumph des Despotismus. Das allein müßte den naiven Schwärmern des Evangeliums vom allgemeinen Stimmrecht die Augen öffnen.

Auf die Motive Bonaparte's einzugehen ist hier nicht der Ort. Was den Grafen Bismarck anbelangt, so liegen seine Beweggründe klar zu Tage.

Das Dreiklassenwahlsystem, undemokratisch und antidemokratisch wie es ist, hat zugleich einen antifeudalen Charakter, weil es den Schwerpunkt der parlamentarischen Vertretung in die besitzenden Klassen verlegt, die, wenn auch stets bereit, mit dem Absolutismus Front zu machen gegen die Arbeiter, gegen die Demokratie, dennoch Feinde des absolutistischen Staats und bis zu einem gewissen Punkt „liberal" sind. Das liberale Abgeordnetenhaus, das Produkt des Dreiklassensystems, war der Junkerregierung unbequem. Es galt, ein Gegengewicht zu schaffen, und dies fand sich im allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht.

Wie Wenige sind in dem heutigen Polizeistaat, in dem Staat der geistigen und der militärischen Dressur geistig und materiell unabhängig! Macht doch die Bauernbevölkerung allein, die

hier zu Lande dem Wink der Behörden willenlos gehorcht und gehorchen muß, zwei volle Drittel der gesammten Einwohnerzahl aus.*)

Dies berechnete Graf Bismarck, und er verrechnete sich nicht. Durch das allgemeine Stimmrecht fegte er die Oppositionirerei der besitzenden Klassen aus dem Weg und erlangte eine fügsame Reichstagsmajorität, wie sie das Dreiklassenwahlsystem ihm nimmermehr gegeben hätte.

Also nicht als Hebel der Demokratie, sondern als Waffe der Reaktion wurde das allgemeine Stimmrecht oktroyirt.

Es steht unter der vollständigen Kontrolle der Regierung — hier noch viel mehr als in Frankreich, wo das Volk politisch mehr geschult ist, wo es drei Revolutionen hinter sich hat und die vierte vor sich. Man kann mit Sicherheit behaupten, daß in Preußen kein Abgeordneter in den „Reichstag" gewählt werden kann, dessen Kandidatur die Regierung ernsthaft bekämpft. Ich erinnere an die letzte Wahl in Hannover, wie man die Aufrufe der Opposition konfiszirte, ihr tausenderlei Hindernisse in den Weg legte. Und hier handelte es sich nur um einen unbequemen, nicht um einen gefährlichen Kandidaten. Hätte die Regierung von ihrer ganzen Macht Gebrauch machen wollen — ich meine gesetzlichen Gebrauch, denn der „intelligente" Absolutismus kleidet sich meist in den Mantel des Gesetzes —, sie hätte die Wahl Ewald's mit Leichtigkeit hintertrieben. Nehmen wir an, es tritt ein Kandidat auf, den die Regierung durchaus nicht in dem „Reichstag" haben will: sie konfiszirt die Zeitungen, die seine Wahl empfehlen — gesetzlich; sie konfiszirt die Wahlaufrufe — gesetzlich; sie verbietet die Wählerversammlungen — gesetzlich; oder sie erlaubt die Wählerversammlungen und löst sie dann auf — gesetzlich; sie verhaftet die Fürsprecher des Kandidaten — gesetzlich; sie verhaftet den Kandidaten selbst — gesetzlich. Verhaftete man doch neulich sogar einen „Reichstagsabgeordneten"**), und würde doch derselbe noch heut im Gefängniß sitzen, wenn die Nationalliberalen nicht durch ein Lächeln Bismarck's von der Harmlosigkeit des „Märtyrers" überzeugt worden wären." —

„Die Gewalt erkennen wir wohl an, aber nur als eine Thatsache, nicht als Recht — als eine Thatsache, die wir so lange ertragen, bis die Gewalt nicht mehr die Gewalt hat, d. h. bis ihr eine größere Gewalt entgegengesetzt werden kann. Wir legen die Hände nicht ruhig in den Schooß, sondern benutzen alle Waffen, welche die herrschende Gewalt uns gelassen hat, zur

*) Nicht mehr. (1894.)

**) Mende. (Mende war neben Försterling, ersterer in Chemnitz, letzterer im 9. sächs. Wahlkreis — Freiberg — als Vertreter des „Lassalle'schen Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins" — Hatzfeldt'sche Richtung — in den Norddeutschen Reichstag gewählt worden. [1894.])

oben her — von derselben Regierung Schutz gegen die Bourgeoisie erwarten.

Soll die soziale Bewegung nicht dem Cäsarismus zu Gute kommen, so muß der Sozialismus den politischen Vorkampf übernehmen. — —

„Namentlich in Norddeutschland halten Viele das allgemeine Stimmrecht für die wunderthätige Springwurzel, welche den „Enterbten" die Pforten der Staatsgewalt öffnet; sie leben in dem Wahn, sich mitten im Polizei- und Militärstaat an dem allgemeinen Stimmrecht, wie weiland Münchhausen an seinem Zopf, aus dem Sumpf des sozialen Elends herausheben zu können. Münchhausen's Zopf sollte ihr Hinterhaupt schmücken. Gewiß, das allgemeine Stimmrecht ist ein „heiliges" Recht des Volkes, eine Grundbedingung des demokratischen, des sozialdemokratischen Staats. Allein vereinzelt, losgetrennt von der staatsbürgerlichen Freiheit, ohne Preßfreiheit, ohne Vereinsrecht, unter der Herrschaft des Polizei- und Soldatensäbels — mit einem Wort, im absolutistischen Staat, kann das allgemeine Wahlrecht nur Spiel- und Werkzeug des Absolutismus sein.

Als Bonaparte die Republik gemeuchelt hatte, proklamirte er das allgemeine Stimmrecht.

Als Graf Bismarck dem preußischen Junker-Partikularismus den Sieg verschafft, als er durch seine 1866er „Erfolge" das liberale Bürgerthum in Preußen überwunden und Deutschland zerrissen hatte, that er, was sein Vorbild 15 Jahre vorher gethan — proklamirte er das allgemeine Stimmrecht.

Bei beiden Gelegenheiten besiegelte die Proklamirung, die Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechts den Triumph des Despotismus. Das allein müßte den naiven Schwärmern des Evangeliums vom allgemeinen Stimmrecht die Augen öffnen.

Auf die Motive Bonaparte's einzugehen ist hier nicht der Ort. Was den Grafen Bismarck anbelangt, so liegen seine Beweggründe klar zu Tage.

Das Dreiklassenwahlsystem, undemokratisch und antidemokratisch wie es ist, hat zugleich einen antifeudalen Charakter, weil es den Schwerpunkt der parlamentarischen Vertretung in die besitzenden Klassen verlegt, die, wenn auch stets bereit, mit dem Absolutismus Front zu machen gegen die Arbeiter, gegen die Demokratie, dennoch Feinde des absolutistischen Staats und bis zu einem gewissen Punkt „liberal" sind. Das liberale Abgeordnetenhaus, das Produkt des Dreiklassensystems, war der Junkerregierung unbequem. Es galt, ein Gegengewicht zu schaffen, und dies fand sich im allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht.

Wie Wenige sind in dem heutigen Polizeistaat, in dem Staat der geistigen und der militärischen Dressur geistig und materiell unabhängig! Macht doch die Bauernbevölkerung allein, die

hier zu Lande dem Wink der Behörden willenlos gehorcht und gehorchen muß, zwei volle Drittel der gesammten Einwohnerzahl aus.*)

Dies berechnete Graf Bismarck, und er verrechnete sich nicht. Durch das allgemeine Stimmrecht fegte er die Oppositionirerei der besitzenden Klassen aus dem Weg und erlangte eine fügsame Reichstagsmajorität, wie sie das Dreiklassenwahlsystem ihm nimmermehr gegeben hätte.

Also nicht als Hebel der Demokratie, sondern als Waffe der Reaktion wurde das allgemeine Stimmrecht oktroyirt.

Es steht unter der vollständigen Kontrolle der Regierung — hier noch viel mehr als in Frankreich, wo das Volk politisch mehr geschult ist, wo es drei Revolutionen hinter sich hat und die vierte vor sich. Man kann mit Sicherheit behaupten, daß in Preußen kein Abgeordneter in den „Reichstag" gewählt werden kann, dessen Kandidatur die Regierung ernsthaft bekämpft. Ich erinnere an die letzte Wahl in Hannover, wie man die Aufrufe der Opposition konfiszirte, ihr tausenderlei Hindernisse in den Weg legte. Und hier handelte es sich nur um einen unbequemen, nicht um einen gefährlichen Kandidaten. Hätte die Regierung von ihrer ganzen Macht Gebrauch machen wollen — ich meine gesetzlichen Gebrauch, denn der „intelligente" Absolutismus kleidet sich meist in den Mantel des Gesetzes —, sie hätte die Wahl Ewald's mit Leichtigkeit hintertrieben. Nehmen wir an, es tritt ein Kandidat auf, den die Regierung durchaus nicht in dem „Reichstag" haben will: sie konfiszirt die Zeitungen, die seine Wahl empfehlen — gesetzlich; sie konfiszirt die Wahlaufrufe — gesetzlich; sie verbietet die Wählerversammlungen — gesetzlich; oder sie erlaubt die Wählerversammlungen und löst sie dann auf — gesetzlich; sie verhaftet die Fürsprecher des Kandidaten — gesetzlich; sie verhaftet den Kandidaten selbst — gesetzlich. Verhaftete man doch neulich sogar einen „Reichstagsabgeordneten"**), und würde doch derselbe noch heut im Gefängniß sitzen, wenn die Nationalliberalen nicht durch ein Lächeln Bismarck's von der Harmlosigkeit des „Märtyrers" überzeugt worden wären." —

„Die Gewalt erkennen wir wohl an, aber nur als eine Thatsache, nicht als Recht — als eine Thatsache, die wir so lange ertragen, bis die Gewalt nicht mehr die Gewalt hat, d. h. bis ihr eine größere Gewalt entgegengesetzt werden kann. Wir legen die Hände nicht ruhig in den Schooß, sondern benutzen alle Waffen, welche die herrschende Gewalt uns gelassen hat, zur

*) Nicht mehr. (1894.)

**) Mende. (Mende war neben Försterling, ersterer in Chemnitz, letzterer im 9. sächs. Wahlkreis — Freiberg — als Vertreter des „Lassalle'schen Allgem. deutschen Arbeiter-Vereins" — Hatzfeldt'sche Richtung — in den Norddeutschen Reichstag gewählt worden. [1894.])

Verfassung des Nordbunds den Embryo einer heilsamen Staatsgestaltung und in dem Reichstag das Mittel zur allmäligen Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer politischen und ökonomischen Knechtschaft erblicken? Oder sollten sie, geschaart unter dem Banner der Demokratie, jeden Kompromiß mit den herrschenden reaktionären Gewalten zurückweisen und, die volksfeindliche Natur des dem preußischen Militarismus gelungenen Werks durchschauend, auf eigene Faust, jedoch selbstverständlich mit Benutzung der von den Verhältnissen dargebotenen Waffen, unentwegt und unbeirrt durch die Truggebilde des Kriegsruhms, den Kampf der Emanzipation des Proletariats und der Menschheit kämpfen? Bewußte oder unbewußte Werkzeuge des Bismarck'schen Zäsarismus oder demokratische Verfechter der Ideen des Sozialismus — das war die Frage. Herr von Schweitzer, der damals im Zenith seines Einflusses war, vertrat jene erstere Strömung. Mit Hilfe des von ihm redigirten „Sozialdemokrat" war es ihm gelungen, die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und auch eine namhafte Zahl von außerhalb dieses Vereins stehenden Arbeitern der Demokratie nicht nur zu entfremden, nein geradezu gegen sie zu erbittern und für die Nordbundverfassung zu gewinnen, indem er von dem oktroyirten allgemeinen Wahlrecht goldene Berge versprach. Diesem der Sozialdemokratie unwürdigen und die Arbeiter demoralisirenden Treiben mußte gesteuert werden. Ich befand mich zur Reichstagssession in Berlin, in dem Mittelpunkt, von welchem aus diese traurigen Lehren und Rathschläge unter die deutschen Arbeiter verbreitet wurden, und ergriff freudig die Einladung des demokratischen Arbeitervereins, um meine Ansichten über die politische Stellung der Sozialdemokratie in öffentlicher Versammlung vor den engeren Parteigenossen und vor Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu entwickeln.

Aus dem Gesagten ergiebt sich der Inhalt meines Vortrags von selbst. Um das Irrige — den mildesten Ausdruck zu gebrauchen — der Auffassung des Herrn von Schweitzer und seiner Anhänger nachzuweisen, mußte ich die Ziele der Arbeiter darlegen und zeigen, daß diese Ziele durch die Nordbundverfassung nicht erreicht werden konnten. Das habe ich in dem Vortrag zu thun versucht, der demgemäß in zwei *Theile:* einen die sozialistischen Prinzipien definirenden und

einen die politischen Zustände des Bismarck'schen Preußens und Deutschlands kritisirenden zerfällt. Der erstere Theil ist relativ kurz, weil in Bezug auf die sozialistischen Prinzipien keine eigentliche Differenz zwischen uns und den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins vorhanden war. Um so ausführlicher, eingehender und allerdings auch schärfer ist die politische Kritik. Daß diese Kritik scharf, liegt an dem Gegenstand, und daß die Sprache scharf, nun — das liegt in meiner Natur und erschien mir hier doppelt nöthig. Ich hatte tief eingewurzelte Vorurtheile zu zerstören; ich mußte in das Wesen der Bismarck'schen Politik eindringen; mußte dem allgemeinen Wahlrecht, welches die Nordbundverfassung den Arbeitern gewährt, den Heiligenschein abstreifen; mußte den Nachweis führen, daß diese unter dem Namen Reichsverfassung jetzt fortlebende Verfassung trotz ihres scheindemokratischen Schnörkelwerks eine durch und durch undemokratische ist und den Arbeitern nicht die Möglichkeit darbietet, auf parlamentarischem Weg zu einer gründlichen Verbesserung ihrer Lage zu gelangen. Das heißt: nicht durch den von Bismarck „geschaffenen" Reichstag. Bei diesem Reichstag und seiner Zusammensetzung, sowie bei dem Wahlrecht, das zu seiner Herstellung dient, hatte ich namentlich zu verweilen. Ich leugne nicht, daß ich vom Reichstag wegwerfend, sogar mit Verachtung rede — aber diese Verachtung fühle ich; sie ist mir durch die Haltung des Reichstags im Allgemeinen und durch meine persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen aufgezwungen worden. Doch diese Verachtung kommt hier nicht ins Spiel, ich bin ja nicht der Verachtung des Reichstags angeklagt. Dem Thema des Wahlrechts mußte ich größere Aufmerksamkeit widmen, weil die Arbeiter, welche ausschließlich den Lassalle'schen Schriften ihre sozialistische Bildung verdanken, geneigt sind, die Wichtigkeit des allgemeinen Stimmrechts zu überschätzen; und weil von den Leitern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ein förmlicher Kultus des allgemeinen Wahlrechts eingerichtet worden ist. Diesen schädlichen, die Arbeiterbewegung tief gefährdenden und von der preußischen Regierung darum eifrig gepflegten Kultus in sein Nichts aufzulösen, war vor Allem der Zweck meines Vortrags. Ich wollte den Arbeitern, speziell den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins das Thörichte und Verderbliche der Taktik ihrer

Führer klar machen, und sie davon überzeugen, daß der Reichstag eine reformatorische Lösung der sozialen Fragen weder herbeiführen wolle, noch könne; und daß, wer die Arbeiter auf den Reichstag vertröste, ein Dummkopf oder Verräther sein müsse. Hier komme ich zu dem Punkt, an den die Anklage sich klammert. Kein Zweifel, ich habe gesagt, daß die Nordbund- oder Reichsverfassung keine Reformen zuläßt, daß sie, ihrem Ursprung und Wesen nach auf Gewalt beruht, und daß solche Verfassungen nicht organisch von Innen heraus abgeändert, sondern nur mechanisch, gewaltsam von Außen her zerbrochen werden können. Wohlan, das habe ich gesagt. Aber ist das zu sagen etwa strafbar? Und gar, wo steckt der „Hochverrath"? Die Aeußerung einer Ansicht ist nimmermehr Vorbereitung zum Hochverrath. Blos wenn ich die Nothwendigkeit konkreter Handlungen zum Sturz der Nordbundverfassung betont, zu solchen konkreten Handlungen angereizt hätte, dann und nur dann hätte ich mich der „Vorbereitung zum Hochverrath" schuldig gemacht. Ehe ich weiter gehe, muß ich noch bemerken, daß ich allein die Verantwortlichkeit für diese Rede trage, daß keiner meiner Mitangeklagten, ehe sie gehalten war, um dieselbe wußte; und daß ebensowenig unsere Partei irgend haftbar gehalten werden kann, da der Eisenacher Kongreß, auf welchem die sozialdemokratische Arbeiterpartei gebildet wurde, erst mehrere Monate später zusammentrat. Ich erachte es für meine Pflicht, dies zu bemerken, weil zwar nicht juristisch, aber doch thatsächlich eine gewisse Solidarität zwischen uns Angeklagten besteht, und weil unsere Partei mehr oder weniger mit uns auf der Anklagebank sitzt. Und nun wende ich mich zu denjenigen Stellen des Vortrags, welche vom Herrn Präsidenten als besonders gravirend hervorgehoben worden sind oder sonst einer Erläuterung bedürfen.

Nachdem ich mich entschieden gegen jeden Kompromiß mit dem herrschenden System ausgesprochen und, unter Hinweis auf den kläglichen Zerfall der Fortschrittspartei, die Lächerlichkeit und Schädlichkeit des parlamentarischen Wirkens in einem Parlament, das keine Macht hat, des Näheren auseinandergesetzt, fahre ich S. 6 fort:

„An eine gesetzgeberische Einwirkung, wie gesagt, ist nicht zu denken; — welchen Zweck soll denn, um Himmels Willen, die Darlegung unserer Prinzipien im „Reichstag" haben? Etwa

die Bekehrung der Mitglieder? Diese Möglichkeit ins Auge zu fassen, wäre mehr als kindlich, wäre kindisch. Ebenso praktisch würde es sein, unsere Prinzipien den Meereswogen vorzuplaudern — und nicht so lächerlich. Die Braun und Konsorten wissen sehr wohl, was wir wollen. Ihnen gegenüber, wie überhaupt den im Reichstag fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegenüber, ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage."

Aus dieser Stelle scheint die Anklage zu folgern, daß ich diese Lösung auf die Straße, auf dem Schlachtfeld gewollt und meine Zuhörer dafür zu gewinnen gesucht habe. Wortlaut und Zusammenhang widerstreiten aber aufs Entschiedenste einer solchen Interpretation und lassen, wenn man nicht willkürlich Fremdes hineinträgt, keinen anderen Sinn zu als: „die soziale Frage kann nicht in diesem Parlament, sie kann nur außerhalb dieses Parlaments gelöst werden; nicht durch dieses Parlament, nur gegen dasselbe". Und Jeder, der den Verhandlungen des norddeutschen, jetzt deutschen Reichstags gefolgt ist, wird, wenn nicht Parteilichkeit ihm die Augen oder den Mund schließt, mir zugeben müssen, daß diese Ansicht richtig ist. Es ist wahr, ich rede von einer Lösung auf der Straße, auf dem Schlachtfeld, also von einer gewaltsamen Lösung, allein ich sage nicht, daß ich für eine solche Lösung bin, sondern daß den im Reichstag vertretenen herrschenden Klassen gegenüber die soziale Frage eine einfache Machtfrage ist; und Machtfragen sind nun einmal blos durch die Gewalt zu lösen. Ich halte keineswegs eine gewaltsame Lösung an sich für nothwendig. Durch eine gerechte, vernünftige Regierung könnte sie leicht und sicher vermieden werden. Sie wird aber unvermeidlich durch die Handlungsweise der Gegner, vor Allem der Regierungen. Daß die herrschenden Klassen, anstatt ehrlich zu einer friedlichen Lösung die Hand zu reichen, durch ihre ablehnende, fast höhnende Haltung den Forderungen der Arbeiter gegenüber die soziale Frage zu einer Machtfrage gemacht haben, die Revolution provoziren, dafür bin nicht ich verantwortlich, und ebenso wenig bin ich dafür verantwortlich, daß es unabänderliche Naturgesetze giebt, nach denen Machtfragen nur gewaltsam zu entscheiden sind.

Wie fern mir der Gedanke gelegen hat, die Arbeiter zu irgend einer bestimmten gewaltthätigen Handlung zu veranlassen, geht klar aus einer zwei Seiten später (S. 8) befindlichen Stelle hervor, welche lautet:

„Ich will damit nicht behaupten, daß der parlamentarische Kampf immer und unter allen Umständen zu verwerfen sei. In Perioden chronischer Erschlaffung, wo das Blut schlammartig träg durch den politischen Körper schleicht, wo der niedergeschmetterte Volksgeist auf Jahrzehnte hinaus keine Rettung sieht, in solchen Perioden mag es von Nutzen sein, in irgend einem Parlament ein kleines Freiheitslämpchen zu pflegen, das hell hineinscheint in die umringende Nacht.

Und wenn das Volk, wenn die „Arbeiterbataillone" gerüstet an den Thoren des Parlaments stehen, dann kann vielleicht ein von der Tribüne geschleudertes Wort, zündend wie ein elektrischer Funke, das Signal zur befreienden That geben.

Aber jetzt sind wir, Gott sei Dank, nicht mehr in einer Zeit der chronischen Versumpftheit — leider noch nicht am Vorabend einer aus dem Innern des Volks hervorquellenden That."

„Leider noch nicht", — ich halte also eine rettende That des Volks, nennen wir es meinetwegen eine Revolution, noch nicht für möglich. Man wird mir doch den Widersinn nicht zutrauen, eine That „vorzubereiten", die ich für unmöglich halte? Freilich, das Wörtchen „leider" steht da. Gut, ich bedauerte und bedauere, daß das Volk, daß die Arbeiter noch nicht genügend entwickelt sind, um die ihnen vorenthaltenen Rechte sich durch eine unwiderstehliche Massenaktion zu erkämpfen, allein was geht mein Bedauern, was gehen meine Gefühle und Gedanken die Anklage an? Sie hat mir gesetzlich strafbare Handlungen nachzuweisen, mit meinen Empfindungen hat sie sich nicht zu befassen.

Das geringschätzige Urtheil, welches ich über den Parlamentarismus fälle, entzieht sich gleichfalls, so anstößig es den Verehrern des Parlamentarismus sein mag, dem Bereich der Anklage. Beiläufig ist mein Urtheil über den Parlamentarismus um kein Haar breit geringschätziger als das des Mannes, welcher den norddeutschen jetzt deutschen Reichstag ins Leben gerufen hat, und der hier doch sicherlich nicht für einen Hochverräther gilt. Weiter! Der Herr Präsident findet es belastend, daß S. 11 gesagt ist:

„Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß gemacht; die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen

Staats verwirklicht werden; sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können.

Kein Friede mit dem heutigen Staat!"

Um die zitirte Aeußerung zu verstehen, muß man den unmittelbar vorhergehenden Absatz dazu nehmen. Derselbe lautet:

„Aber angenommen, die Regierung mache von ihrer Macht aus Kraftgefühl oder Berechnung keinen Gebrauch und es gelinge, wie das der Traum einiger sozialistischen Phantasiepolitiker ist, eine sozialdemokratische Mehrheit in den Reichstag zu wählen — was sollte die Majorität thun? Hic Rhodus, hic salta! Jetzt ist der Moment, die Gesellschaft umzugestalten und den Staat. Die Majorität faßt einen weltgeschichtlichen Beschluß, die neue Zeit wird geboren — ach nein, eine Kompagnie Soldaten jagt die sozialdemokratische Majorität zum Tempel hinaus und, lassen die Herren sich das nicht ruhig gefallen, so werden sie von ein paar Schutzleuten in die Stadtvoigtei abgeführt und haben dort Zeit, über ihr donquixotisches Treiben nachzudenken."

An diese Stelle, die gegen die abgeschmackte Anschauung oder Behauptung des Herrn v. Schweitzer sich richtet: die Arbeiter, wenn sie nur tüchtig agitiren und alle 3 Jahre pünktlich an die Wahlurne gingen, könnten und würden allmälig die Majorität im Reichstage erlangen, und dann sei die soziale Revolution fertig, schließt sich unmittelbar die vermeintlich gravirende Aeußerung, daß Revolutionen nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß gemacht werden. Nicht eine Aufforderung oder Aufmunterung zum Hochverrath ist demnach mit dieser Aeußerung bezweckt, sondern eine Kritik der Schweitzer'schen Truglehre, welche darauf hinauslief, die Arbeiter mit dem heutigen Staat, dem Staat des Herrn Bismarck auszusöhnen und sie durch Vorspiegelung eines unmöglichen Ziels von dem Ringen um ein mögliches abzuhalten. Wir wollen die soziale Revolution. Die soziale Revolution „innerhab des heutigen Staats" ist aber ein nonsens*), den aufzudecken ich mir in dieser Rede zur Aufgabe gemacht hatte. Staat und Gesellschaft entsprechen einander; der Staat ist die politisch organisirte Gesellschaft, ist die Form der Gesellschaft. Die Form deckt den Inhalt. Der veränderte Inhalt schafft sich eine veränderte Form. Der heutige Staat, der die Form der heutigen Gesellschaft ist,

*) Widersinn, Unsinn.

kann nicht die Form für die Gesellschaft der Zukunft abgeben, welche den Staat der Zukunft erheischt. — Wer die heutige Gesellschaft umgestalten will, muß auch den heutigen Staat umgestalten. Eins bedingt das Andere. Widersetzt sich der Staat dieser Umgestaltung, so wird er von der anschwellenden neuen Gesellschaft gesprengt. Und diese Umgestaltung läßt sich nicht durch das allgemeine Stimmrecht der Nordbunds- oder Reichsverfassung vollziehen, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil, abgesehen von dem verstümmelten Charakter dieses Wahlrechts und der die Wahl von Arbeiterkandidaten absichtlich erschwerenden Diätenlosigkeit der Abgeordneten, die Staatsgewalt über tausend Mittel verfügt, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen und feindliche Majoritäten zu Paaren zu treiben. Was regierungsfeindliche Majoritäten im heutigen Staat bedeuten, oder genauer, was sie nicht bedeuten, das hat das preußische Abgeordnetenhaus während der sogenannten Konfliktsperiode zur Genüge kundgethan. Und wenn der Reichstag noch kein Seitenstück geliefert hat, so rührt dies daher, daß er es nicht einmal zu einem so traurigen parlamentarischen Konflikt zu bringen vermag. Er steht in dieser Beziehung selbst unter dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Soll das allgemeine Stimmrecht — und die Sozialdemokratie hat das allgemeine Stimmrecht an die Spitze ihrer politischen Forderungen gestellt — nicht ein bloßes Scheinrecht sein, so muß es in vollkommener Freiheit ausgeübt werden, und so muß die Bürgschaft vorhanden sein, daß das Ergebniß des allgemeinen Stimmrechts: der unverfälschte Wille der Majorität auch allseitig zur Geltung gelange. Beides ist nur möglich in einem freien Staat, in dem „freien Volksstaat", den wir auf unser Banner geschrieben haben.

Der heutige Staat ist aber das diametrale Gegentheil des die politische Klassenherrschaft ausschließenden freien Volksstaats, wie die heutige Gesellschaft das diametrale Gegentheil der auf Gerechtigkeit beruhenden, die ökonomische Klassenherrschaft ausschließenden sozialistischen Gesellschaft.

Und da die von uns erstrebte sozialistische, die Klassenherrschaft ausschließende Gesellschaft unverträglich ist mit dem heutigen, auf der Klassenherrschaft beruhenden Staat, so lautet folgerichtig unsere Losung:

„Kein Friede mit dem heutigen Staat."

Der heutige Staat muß zerstört werden, ehe die sozialistische Gesellschaft sich entfalten kann.

Das klingt dem Einen oder Anderen gewiß sehr hochverrätherisch, ist aber nichts als die praktische Anwendung und logische Konsequenz der durch die ganze Menschengeschichte als rother Faden hindurchgehenden, von der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung allgemein anerkannten Wahrheit: Jede Gesellschaft schafft sich den ihr entsprechenden Staat. So viel Gesellschaftssysteme, so viel Staatssysteme. Der heutige Klassenstaat, der heutigen Klassengesellschaft entsprechend, hat, der Zwischenstufen nicht zu erwähnen, den feudalen Staat verdrängt, welcher der feudalen Gesellschaft entsprach, und so fort. Und mit demselben Recht und derselben Nothwendigkeit, womit die Bourgeoisgesellschaft den Feudalstaat durch den modernen Klassenstaat ersetzte, wird die der Klassenherrschaft entwachsende proletarische Gesellschaft den modernen Klassenstaat durch den freien Volksstaat ersetzen.

Die Erkenntniß dieser Nothwendigkeit und dieses Rechts drückt sich in dem Satz aus:

„Kein Friede mit dem heutigen Staat."

Mit dem heutigen Staat. Ich betone das. Und obschon meine Ausführungen schon die Widerlegung enthalten, so verwahre ich hiermit mich und meine Parteigenossen ausdrücklich gegen den Vorwurf „Feinde des Staats" überhaupt zu sein. Ich habe bereits früher erwähnt, daß wir mit der von den Bakunisten und anderen sozialistischen Sekten gepredigten „Anarchie" oder Auflösung des Staats, Staatlosigkeit nicht das mindeste gemein haben. Nicht als ob ich diese „Lehre" für hochverrätherisch hielte! Mit nichten! Sie wird, freilich vom entgegengesetzten Standpunkt aus, auch von einer, bis vor Kurzem noch in Deutschland ziemlich mächtigen „Schule", den „Manchesterleuten" oder „Freihändlern", gepredigt, höchst harmlosen Leuten, denen gewiß jeder Hochverrath — außer etwa gegen die Wissenschaft und den gesunden Menschenverstand — fern liegt. Wenn aber diese Leute ganz unbeanstandet — ich entsinne mich wenigstens keines Hochverrathsprozesses gegen die Herren Faucher und Konsorten*) — die Vernichtung des Staats und die Ersetzung

*) Herr Faucher, seitdem verstorben, war ein Schüler Max Stirner's, wüthendster Prediger der „Anarchie" und des Manchesterthums — grimmigster Feind des „Staats", der

desselben durch das berühmte Nachtwächterinstitut, das die Schätze der Herren Bourgeois vor Dieben zu behüten hat, in Zeitungen, Broschüren und Versammlungen fordern, dann haben wir wahrhaftig ein noch viel größeres Recht, die Umgestaltung des heutigen Staats zu fordern. Vernichtung ist doch schlimmer als Umgestaltung.

Geradezu räthselhaft ist mir aber, wie die Schlußstelle meiner Berliner Rede vom Herrn Präsidenten als gravirend bezeichnet werden konnte. Was sage ich?

„Von dem Moment, wo jeder Zweifel in Bezug auf die politische Stellung der Sozialdemokratie beseitigt ist, wo die Sozialdemokratie, ohne den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu vernachlässigen, auch den politischen Kampf führt — haben wir die Massen der Arbeiter hinter uns, können wir sagen: „Berlin gehört uns". Und dann gehört uns Deutschland, denn hier in Berlin sitzt der Hauptfeind, hier wird die Entscheidungsschlacht geschlagen; von Berlin aus wurde Deutschland geknechtet, in Berlin muß Deutschland befreit werden!"

Auch diese Stelle muß im Zusammenhang betrachtet werden — nicht um ihren gravirenden Charakter zu verlieren, denn einen solchen kann ich bei aller Anstrengung nicht darin entdecken —, aber um richtig aufgefaßt zu werden. In Berlin hatte sich die Masse der Arbeiter — wie auch jetzt noch — der sozialdemokratischen Bewegung fern gehalten, und zwar aus einem wohlberechtigten, wenn auch bei den meisten blos instinktmäßigen Mißtrauen in die Politik und Ehrlichkeit der dortigen Wortführer der Sozialdemokratie, vornehmlich des Herrn von Schweitzer. Kurz ehe ich meinen Vortrag hielt, war trotzdem im Organ des Herrn v. Schweitzer, dem „Sozialdemokrat", anläßlich einer gelungenen Volksversammlung der lächerliche Prahlruf ausgestoßen worden: „Berlin gehört uns!" Gegen diese Albernheit wendet sich nun der Schluß meines Vortrags. Wenn ich von der „Entscheidungsschlacht" rede, die in Berlin geschlagen werden müsse, fordere ich damit ebensowenig zu einer Straßenschlacht auf, als mit den Worten: „Berlin gehört uns!" die Er-

---

selbst durch „Verbrechen" zu zerstören sei, und Lehrer Eugen Richter's, der seine famose „Zukunftsstaats-Weisheit" den Schriften dieses Erz-„Anarchisten" entnommen hat — vermuthlich um recht handgreiflich zu beweisen, daß die Bourgeois-Gesellschaft und die „Anarchie" Zwillingsgewächse sind, ein und derselben Wurzel entstammt. (1894.)

oberung Berlins mit Kanonen und Zündnadelgewehren verstanden war. Der Passus bedeutet und kann dem Zusammenhang nach nur bedeuten: Die politische Entscheidung für Deutschland liegt in Berlin; das System, welches seit 1866 zur unbestrittenen Herrschaft in Deutschland gelangt ist, hat seinen Mittelpunkt in Berlin, und in diesem Mittelpunkt muß es angegriffen, besiegt werden." Das ist logisch und juristisch durchaus unverfänglich. Die Polizeibeamten — irre ich nicht, waren drei anwesend, darunter ein Lieutnant — haben die Aeußerung offenbar so aufgefaßt, wie ich selber; wäre ihnen nur die leiseste Vermuthung gekommen, daß ich zu einer Ungesetzlichkeit, zu einer gewaltsamen Handlung, zu einem Barrikadenkampf aufreizen wolle, so würden sie mich zweifelsohne verhaftet haben.

Mit meiner Ueberzeugung, daß das den Namen des Herrn von Bismarck tragende System ein für Deutschland und unser Volk verderbliches sei, von dem wir uns um jeden Preis und mit Aufbietung aller Kräfte befreien müssen, hat aber die Anklage sich in keiner Weise zu befassen. Meine Ueberzeugung ist juristisch ganz und gar irrelevant. Es fragt sich blos, sind ihr strafbare Handlungen entflossen? Und für solche ist während der 10 Tage, die der Prozeß heute dauert, auch nicht das Titelchen eines Beweises beigebracht worden. Allerdings ist die Schlußfolgerung sehr verlockend: „Ein Mann, der die Beseitigung eines herrschenden Systems, einer bestehenden Staatsverfassung für eine Nothwendigkeit, für eine Lebensfrage hält, wird diese seine Ueberzeugung auch durch Handlungen bethätigen", und ich gebe sogar die Richtigkeit der Schlußfolgerung mit Rücksicht auf mich zu — doch ist damit gesagt, daß die Handlungen strafbare sind? Giebt es denn keine gesetzlichen Mittel gegen Unrecht von Oben? Keine gesetzlichen Mittel, um eine volksfeindliche, das Interesse des Staats gefährdende Regierung unschädlich zu machen? Dies leugnen, hieße die Revolution, die gewaltsame Revolution für berechtigt erklären. Kann ich nicht an ein gesetzliches Mittel gedacht haben? Ich will es nicht behaupten, aber Sie müssen es doch als möglich zugeben. In dem Vortrag ist die Rede von Johann Jacoby, und zwar spreche ich von ihm mit der Achtung, die diesem unerschütterlichen und makellosen Charakter zukommt. Wohlan: Jacoby, dessen politische Haltung ich gewissermaßen als

Muster hinstelle, gehörte 1848 zu den Abgeordneten, welche die preußische Staatsstreich-Regierung durch das gesetzliche Mittel der Steuerverweigerung zu stürzen suchten. Der Versuch scheiterte an der Feigheit fast aller übrigen Abgeordneten aus der Bourgeoisie. Die Regierung stellte die Steuerverweigerer, voran Jacoby, als „Hochverräther" vor Gericht — allein die Richter und Geschwornen sprachen die Angeklagten frei, weil die Steuerverweigerung gesetzlich. Fünfzehn Jahre später, 1863, als das Ministerium Bismarck im Konflikt mit der Kammermajorität war, befürwortete Jacoby abermals die Steuerverweigerung. Die fortschrittliche Majorität erschrak aber vor ihrem eigenen Machtmittel, obgleich dessen Gesetzlichkeit anerkennend, und that nichts. Wurde 1863 die Steuerverweigerung von der zweiten preußischen Kammer beschlossen und durchgeführt, so hätte das Ministerium Bismarck zurücktreten müssen, und drei Kriege, die Hunderttausende von Menschenleben gekostet und nur unser Joch befestigt haben, wären uns erspart worden. In Ungarn wurde das Mittel der Steuerverweigerung mit mehr Glück angewandt: im Waffenkampf, nach heroischem Widerstand niedergeschlagen, führte das ungarische Volk den Krieg gesetzlich fort, indem es die Steuern verweigerte. Umsonst mühte die Regierung sich ab, das Volk in seinem Entschluß wankend zu machen — all' ihre Machtmittel reichten nicht aus für diesen Kampf, in welchem jeder einzelne Bürger besiegt werden mußte und sich doch immer wieder erhob — die Ungarn blieben zuletzt Sieger und mit ihnen das Gesetz — denn die Ungarn vertheidigten gegen die österreichische Regierung den Rechtsboden. Ist es unmöglich, daß die Deutschen vollbringen, was die Ungarn vollbracht? —

Das im Belastungsmaterial häufig vorkommende Wort „Revolution" wird von der Anklage hartnäckig im Sinne gewaltsamer Revolution aufgefaßt, und uns, die wir offen bekennen, eine Partei der Revolution zu sein, das Streben nach einer gewaltsamen, unter die gesetzliche Rubrik des Hochverraths fallenden Revolution untergeschoben. Unser wiederholter Protest gegen diese einseitige und unwissenschaftliche Auffassung ist unbeachtet geblieben, und uns sogar nicht gestattet worden, unseren Protest durch Zitirung wissenschaftlicher Autoritäten zu begründen. In meiner Berliner Rede findet sich nun eine Definition des Wortes Revolution, welche

den unwiderleglichen Beweis liefert, daß es unsererseits allerdings in dem von der Anklage bestrittenen Sinn eines radikalen organischen Umgestaltungsprozesses, der nicht mit Nothwendigkeit ein gewaltsamer sein muß, gebraucht wird. Ich sage nämlich auf S. 2 der Broschüre:

„Das Wort Revolution hat zweierlei Bedeutungen: einmal versteht man darunter den einfachen Sturz einer Regierung, der das Ergebniß einer kurzen Straßenschlacht sein kann. Sein kann, nicht: sein muß! Das ist der engere Sinn des Worts. Der weitere umfaßt den ganzen Entwicklungsprozeß eines neuen Gesellschaftsorganismus, der sich die entsprechende Staatsform zu schaffen hat. Und dieser revolutionäre Prozeß, der auch in den friedlichsten Perioden nicht ruht, kann wohl beschleunigt, nicht aber willkürlich durch irgend ein wunderthätiges Rezept auf ein beliebiges Zeitminimum reduzirt werden."

Das ist deutlich. Wir haben ein Recht, zu fordern, daß man die von uns gebrauchten Worte auch in dem von uns ihnen ausdrücklich beigelegten Sinn auffasse, zumal dieser Sinn mit der wissenschaftlichen Auffassung in Harmonie steht.

Gern will ich übrigens zugeben, daß, wenn ich Staatengebilden wie Preußen den Untergang durch eine Revolution in sichere Aussicht stelle, ich dann das Wort Revolution in der engeren Bedeutung einer gewaltsamen Katastrophe nehme. Damit konstatire ich einfach einen vorhandenen, abnormen, krankhaften Zustand, was gerade so wenig „Vorbereitung zum Hochverrath" ist, als die Diagnose eines Schwindsüchtigen Vorbereitung zum Mord. Daß eine Politik, wie die des Herrn v. Bismarck, mit unabänderlicher Nothwendigkeit zur Revolution führe, ist übrigens eine keineswegs auf mich beschränkte Auffassung der Dinge; und ein sonderbarer Zufall fügt es, daß mir hier Unterstützung von einer Seite kommt, die uns sehr fern, Manchem in diesem Saal aber sehr nahe steht. Man kennt das Sprüchwort von den Extremen, die sich berühren. Gut: die Auffassung, daß der Nordbund, wie mein Vortrag es ausführt, nur auf Gewalt und flagrantem Rechtsbruch beruhe und ein gewaltsames Ende finden müsse, wurde zur Zeit, wo der Vortrag gehalten wurde, gerade in konservativen Kreisen vielfach getheilt, und zwar von den entschiedensten Konservativen, die in dem 66er Krieg und namentlich den Annexionen nicht blos ein schweres Unrecht, sondern auch eine schwere Schädigung des monarchischen Prinzips und der konservativen Interessen erblickten. Ich erinnere

an die Haltung eines Theils der Kreuzzeitungspartei, an die Anhänger der Welfen und des Kurfürsten von Heſſen, an die ſächſiſchen Partikulariſten ꝛc., deren Sprache mit Bezug auf den Nordbund und die Bismarck'ſche Politik mindeſtens ebenſo ſtark war wie die meiner Berliner Rede. Nur auf ein Zeugniß will ich mich berufen, das hier ein gewiſſes Gewicht haben dürfte. Als die Sächſiſchen Kammern wohl oder übel die bittere Pille des Nordbundes verſchlucken und die neue Ordnung der Dinge durch ihr Votum ſanktioniren mußten, ſchloß der Vizepräſident der zweiten Kammer, der damals erzkonſervative Herr Oehmichen, ſeine, das Ja-Votum motivirende oder entſchuldigende Rede mit den Worten: „Hoffen wir, daß das Werk (die Nordbundsverfaſſung) von keiner Dauer ſein wird. Wenn der Druck, welchen dieſe Verfaſſung bedingt, weiter fortgeführt wird, ſo muß er, das ſcheue ich mich nicht auszuſprechen, zur Revolution führen. Das Verfaſſungsrecht des Norddeutſchen Bundes bildet die Grundlage der Revolution." So ſprach der konſervative Vizepräſident der zweiten Sächſiſchen Kammer. Mehr habe ich in meiner Rede nicht geſagt, und Niemand hier wird behaupten, Herr Oehmichen habe durch ſeine Aeußerung Hochverrath vorbereitet. Herr Oehmichen iſt ſeitdem durch die militäriſchen Erfolge von 1870—71 gleich vielen ſeiner konſervativen Geſinnungsgenoſſen zu anderen Anſichten bekehrt worden und findet jetzt vortrefflich, was er damals verdammte. Ich ſtehe noch heute auf meinem alten Standpunkt; und daß ich den Rock nicht gewechſelt habe iſt doch hoffentlich kein Hochverrath. Die Erfolge von 1870—71 haben mich in meinen Anſichten nicht erſchüttern können. Im Gegentheil, die „glorreichen" Siege des preußiſch-franzöſiſchen Krieges haben mich in meiner Anſchauung nur beſtärkt. Sie haben den ſtarren Militarismus befeſtigt, das bürgerliche Element noch mehr, als es vorher der Fall war, zurückgedrängt, und dadurch die Reformfähigkeit des Staats, falls ſie noch vorhanden geweſen ſein ſollte, vollends aufgehoben.

Seit 1866 ſteht die Exiſtenz Preußens auf der Spitze des Schwerts. Die Schlacht von Königsgrätz verloren, und Preußen hatte als Großmacht aufgehört. Eine entſcheidende Niederlage in Frankreich, und Preußen war von der Landkarte Europas geſtrichen. Ein Staat wie Preußen kann aber des Krieges nicht entbehren, vom Kriege ſich nicht emanzi-

piren und für jeden Eroberersstaat, von dem die Geschichte uns Kunde giebt, ist noch der Moment gekommen, wo der Krieg keine Siege brachte. Und nicht siegen ist für einen Eroberersstaat gleichbedeutend mit Untergang.

Ein Staat wie das Bismarck'sche Preußen-Deutschland ist durch seinen Ursprung mit fatalistischer Nothwendigkeit dem gewaltsamen Untergang geweiht. Das Schicksal des französischen Empire, dessen sklavische, jedenfalls nicht verbesserte Kopie es ist, kündet ihm seine Zukunft. Auf dem Schlachtfeld geboren, das Kind des Staatsstreichs, des Krieges und und der Revolution von oben, muß es ruhelos von Staatsstreich zu Staatsstreich, von Krieg zu Krieg eilen, und entweder auf dem Schlachtfeld zerbröckeln, oder der Revolution von unten erliegen. Das ist Naturgesetz. Wie quälte sich nicht Bonaparte ab, den Wirkungen dieses Naturgesetzes auszuweichen, wie oft versuchte er nicht, in die Bahnen organischer Entwicklung einzulenken. Und was hat es ihm genützt? Jeder Versuch, dem cercle vicieux der Logik der Thatsachen zu entrinnen, schlug gegen ihn aus, zwang ihn zu einem neuen Staatsstreich, zwang ihn zur Rückkehr in die Citadelle der brutalen, mechanischen Gewalt — bis die Schöpfung des 2. Dezember bei Sedan wie ein Kartenhaus vom Sturm der Ereignisse zusammengeblasen ward. In ähnlicher Lage befindet sich jetzt Fürst Bismarck.*) Die unerbittliche, unabänderliche Logik der Thatsachen hat ihn in ihren Schlingen; die Bahn, in welche er den Stat hineingelenkt hat, führt unabänderlich zu dem, allen Eroberersstaaten gemeinsamen Schicksal, und keine menschliche Kraft kann den preußischen Staat aus dieser Bahn reißen, es sei denn, daß die ganzen Staatsgrundlagen nach den Bedürfnissen der Gegenwart vollständig und radikal umgeändert würden, wozu aber eine Vorurtheilslosigkeit und ein Ueberblick gehörten, die es, abgesehen von den Fähigkeiten, geradezu Tollheit wäre, bei einem Manne von der Vergangenheit Bismarck's vorauszusetzen. Nein — das Geschick hat den „Schöpfer" an seine „Schöpfung" geschmiedet, und er muß mit ihr den Abgrund hinabrollen; so oft die Maschine versagt, als deus ex machina, als Retter aus der Noth, herbeieilen und durch einen kräftigen Ruck das störrige Ding wieder in Gang

*) Inzwischen ist er „zerschmettert" worden. (1894.)

setzen. Der mechanische Charakter, die Unfortbildbarkeit eines solchen Systems — wie unverbesserlich, jeder Verbesserung feindlich, zur geringsten Verbesserung auf organischem Wege ungeeignet es ist —, trat drastisch bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes zu Tage, das, obgleich für die bescheidensten Reformwünsche zu dürftig, nicht durchgedrückt werden konnte ohne einen kleinen Staatsstreich, den die Polizei inszeniren mußte.*) Und das erinnert mich an etwas Anderes. Man wird sich entsinnen, daß der allmächtige Fürst Bismarck damals, laut den Berichten seiner eigenen Zeitungsschreiber, nahe daran war, das Opfer einer Palastrevolution zu werden — eine Spezies von Revolution, deren Existenz man uns nicht ableugnen, und der man trotz ihres ungesetzlichen oder außergesetzlichen Charakters schwerlich hier den Stempel des Hochverraths aufdrücken wird. Doch Palastrevolution oder Straßenrevolution: die jüngsten tragikomischen Vorgänge in Berlin hätten mein Wort, daß das Bismarck'sche Werk keiner organischen Reform fähig, folglich nicht von Dauer ist, durch einen Krieg oder eine Revolution weggefegt werden wird, um ein Haar zur Wahrheit gemacht, und an dieser Revolution wären wir doch sehr unschuldig gewesen.**)

Ueber den Vortrag nun genug.

Jetzt ein Wort über dessen Schicksale und Verwendung in diesem Prozeß. Der Vortrag wurde im Mai 1869, also vor nahezu 2 Jahren, in Berlin gehalten, wo ich mich gerade in meiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter befand. Ich sprach in Gegenwart mehrerer Polizeibeamten, — darunter eines höheren, — von denen Einer die Rede stenographirte. Hätten die überwachenden Beamten — und sie paßten sehr genau auf — nur ein hochverrätherisches Wort vernommen, ich wäre sofort verhaftet worden. Hätte man auf dem Polizeipräsidium des folgenden Tages in dem Stenogramm ein hochverrätherisches Wort gefunden, ich wäre sofort verhaftet worden. Mein

*) Die „Westerwelliade" ist gemeint — ein Attentats-Schwindel, den Bismarck nach bekannter Schablone ins Werk setzen ließ. (1894.)

**) Der Berichterstatter des „Leipziger Tagesblatts" macht an dieser Stelle die Entdeckung, Liebknecht sei „anscheinend von der Vertheidigung ersucht worden, in seinen Expektorationen einzuhalten." Natürlich eine Phantasie des betr. Referenten, der anscheinend mit dem „zweiten Gesicht" behaftet ist.

Mandat hätte mich nicht gedeckt. Aber weder die überwachenden Polizeibeamten, noch die nachherigen Leser des Stenogramms fanden ein hochverrätherisches Wort. Erst einige Wochen später entdeckte die preußische Staatsanwaltschaft in dem wörtlichen Stenogramm Stoff zu einem Prozeß — und wohlgemerkt, der hier vorliegende Bericht stimmt dem Sinne nach genau mit dem Stenogramm überein und enthält keinen markanten Satz, der nicht auch von mir gesprochen worden. Aber Stoff zu was für einem Prozeß? Einem Hochverrathsprozesse? Nein, so willkommen er auch den preußischen Behörden gewesen wäre, nein, blos wegen Verletzung des berüchtigten Haß- und Verachtungsparagraphen; und der Verletzung dieses berüchtigten Haß- und Verachtungsparagraphen, den man seitdem als zu reaktionär sogar aus dem Reichsstrafgesetzbuch hat streichen müssen, ward ich auch vom Berliner Stadtgericht schuldig befunden und in contumaciam, da ich nicht für nöthig erachtet hatte, mich persönlich einzustellen, zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. Natürlich wünschte man in Berlin die Strafe auch an mir zu vollstrecken und wandte sich demgemäß an die sächsischen Behörden mit dem Verlangen, mich auszuliefern; und nachdem dies als ungesetzlich zurückgewiesen worden, beantragte man, mich die drei Monate in Leipzig absitzen zu lassen, was gleichfalls als ungesetzlich verweigert werden mußte. Darauf drängte man von Berlin aus die Oberstaatsanwaltschaft in Dresden, sie solle doch einen selbständigen Prozeß gegen mich einleiten, und zwar wegen der Aeußerung, die mir in Berlin die drei Monate eingetragen: daß nämlich der Nordbund auf Gewalt beruhe und einem Rechtsbruch sein Bestehen verdanke. Man fand anfangs die Zumuthung etwas stark, daß die sächsische Regierung mir wegen einer Aeußerung den Prozeß machen sollte, die au fond nur dem von der sächsischen Regierung 1866 eingenommenen Standpunkt entsprach; allein schließlich fügte man sich doch, und es wurde eine Anklage auf „Schmähung der Staatseinrichtungen" erhoben. Nicht auf „Vorbereitung zum Hochverrath!" Die Anklage war aber so — sonderbar, daß die Gerichte sie nicht ernst zu behandeln vermochten, und der Prozeß, der mir große Heiterkeit, den Richtern aber große Verlegenheit bereitet hatte, schlief allmälig ein und wurde ohne Sang und Klang begraben — bis er in diesem Prozeß wieder auferstanden ist.

und zwar in verbesserter Qualität, als ein Stück Hochverrathsprozeß.

Nicht minder kurios ist die Geschichte des hier figurirenden Berichts. Derselbe erschien im Juli und August im „Demokratischen Wochenblatt". Das „Demokratische Wochenblatt" wurde — ähnlich wie heute der „Volksstaat" — von den Behörden mit sehr viel Aufmerksamkeit gelesen. Es lief förmlich Spießruthen zwischen Polizei, Kreisdirektion und Staatsanwaltschaft. Fand irgend eine Behörde etwas ihr Anstößiges, so wurde die verdächtige Stelle angestrichen und den übrigen Behörden zugeschickt, die, mit dem Stift in der Hand, die Stelle prüften, auf neue fahndeten und im Betretungsfall sie bezeichneten. Es sind mir im Lauf meiner Wanderungen durch das Bezirksgericht Exemplare des „Demokratischen Wochenblatts" (wie später des „Volksstaats") vorgekommen, die mit blauen, rothen und sonstigen, die Thätigkeit der verschiedenen Behörden in die Augen springen lassenden Strichen fast künstlerisch umrahmt waren. Kurz — an Aufmerksamkeit fehlte es nicht — aber trotz dieser wohlorganisirten Ausschau auf hochverrätherische Gedanken wurde in dem Bericht meiner Berliner Rede auch nicht ein verdächtiger Buchstabe gefunden. Und als der von Berlin aus veranlaßte Prozeß wegen einer Stelle der Rede in Leipzig begonnen ward, sah sich die Aufmerksamkeit der Behörden doch von Neuem auf diese Rede gelenkt, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Exemplar der betreffenden Broschüre, welches von mir zu den Akten gegeben ward, eine sehr genaue Durchmusterung erfahren hat — aber mit demselben Erfolg, wie früher der Abdruck im „Demokratischen Wochenblatt". Kein Stoff für das kleinste Prozeßchen.

Und jetzt soll diese nämliche Rede mit einemmal Stoff zu einem Hochverrathsprozeß liefern? Hat sich die Rede verändert? Ist ein Hochverrath in sie hineingewachsen?

Der Herr Staatsanwalt, welcher diese Rede jetzt zu Hochverrathsprozeß-Material verwendet, ist der nämliche Herr Staatsanwalt, der vor $1\,^1/_2$ Jahren, vor 1 Jahr, vor einem halben Jahr nicht einmal genügenden Stoff für das kleinste politische Prozeßchen in ihr entdecken konnte.

Wie erklärt sich dieses?

Die Rede enthält natürlich heute so wenig Hochverrath als vor $1\,^1/_2$ Jahren. Aber sie liefert dennoch treffliches

Material zu diesem Hochverrathsprozeß — die in ihr ausgesprochenen Ansichten über das „Werk“ von 1866 sind heute von der herrschenden öffentlichen Meinung geächtet, verfehmt; die Siege in Frankreich haben den Heiligenschein des „Erfolgs“ um die dynastische Revolution von Oben gewoben, und wehe dem, der diesen Heiligenschein antastet. Ich habe es gethan, Hochverrath ist es zwar nicht, aber, indem man diese Rede in den Hochverrathsprozeß hineinzerrt, hofft man, auf mich und meine Mitangeklagten das Odium einer für den Augenblick von der öffentlichen Meinung geächteten und verfehmten Ansicht zu werfen.*)

Präsident: Auf Ihre letzte Aeußerung habe ich zu erwidern, daß die Anklagekammer bei Erhebung ihrer Anklage streng nach ihrer Pflicht gehandelt hat. In Bezug auf den wieder betonten Umstand, daß der Staatsanwalt nicht bereits früher eingeschritten, habe ich mich auf das meinerseits bereits wiederholt Gesagte zu berufen. Die Handhabung der Preßpolizei in Sachsen ist eben eine sehr milde gewesen. Vieles in Ihrer Rede ist mir nicht völlig verständlich. Entgegnen will ich nichts darauf. Die Herren Geschwornen, zu deren Kenntniß das Schriftstück gebracht worden ist, werden mit Rücksicht auf Ihre Gesinnungen aus dem Inhalt den richtigen Schluß zu ziehen wissen.

Bebel: Also nach der Meinung des Herrn Präsidenten hängt es von der Gesinnung der Angeklagten ab, wie das Urtheil der Geschwornen ausfallen soll, das heißt: unsere Gesinnungen, nicht unsere Handlungen sollen gerichtet werden. Der Prozeß ist demnach ein Tendenzprozeß.

Präsident: Das, was Sie mir in den Mund legen, habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: mit Rücksicht auf

*) Hans Blum resumirt in seinem, den Hauptinhalt der Liebknecht'schen Ausführung tendenziös ignorirenden Bericht den Schlußpassus wie folgt: „Man zieht die Rede herein jetzt, weil die dort (in der Berliner Rede) geäußerten Ansichten nicht mehr den Ansichten der konservativen Mehrheit (!) entsprechen, weil das deutsche Kaiserreich dem Jahre 66 einen Heiligenschein verliehen hat.“ Wer das Bestreben des preußischen Preßbureaus kennt, die Sozialdemokratie mit den Jesuiten, Welfen und Partikularisten zusammenzukoppeln, begreift sofort, wie und warum der hoffnungsvolle Biedermann dem Angeklagten diesen Blödsinn in den Mund legen konnte.

die Gesinnungen der Angeklagten werden die Herren Geschwornen ihr Urtheil fällen können.*)

Bebel: Nun, dann habe ich Sie mißverstanden; ich hatte Ihre Worte allerdings anders aufgefaßt. Als charakteristisch für diesen Prozeß muß ich noch bemerken, daß das vorgelesene Schriftstück den Weg von Berlin hierher über Dresden gemacht hat, wie es denn kein Geheimniß ist, daß der ganze Prozeß auf diesem Wege hierher gelangt ist. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern. — Was die Verbreitung des Schriftstücks betrifft, so erkläre ich, daß mir daraus allein, daß ich Expedient des „Volksstaats", in dem die Rede zuerst erschien, gewesen bin, eine Mitverantwortlichkeit nicht erwachsen kann. Das Flugblatt habe ich nicht verbreitet, die Bestellungen darauf sind direkt an die Druckerei gegangen. Das soll mich jedoch nicht hindern, von hier Unwesentlichem abgesehen, mein Einverständniß mit der Rede Liebknecht's und mich solidarisch haftbar mit ihm zu erklären. Uebrigens, wenn die Rede strafbar war, hätte man sie schon im „Demokratischen Wochenblatt" verfolgen müssen. Da der Inhalt der Rede sich nicht verändert hat, kann man blos zu dem Schluß kommen, daß die Begriffe der Behörden über das, was strafbar ist, sich geändert haben. Doch freilich, im Lauf des Prozesses ist uns diese Eigenthümlichkeit schon oft aufgestoßen.

Hepner: Ich finde nichts Belastendes in der Flugschrift, und bemerke nur noch, daß ich damals, als sie gehalten wurde, erst in die Partei eingetreten war.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es kommt hier nicht die sogenannte milde Preßpolizei, von welcher der Herr Präsident gesprochen, in Frage. Was auf das beobachtete Verfahren ein sehr sonderbares Licht wirft, ist, daß nicht blos die Preßpolizei die Flugschrift so lange unbeanstandet gelassen hat, sondern daß ferner auch die königlich sächsische Staatsanwaltschaft in Leipzig und die königlich sächsische Staatsanwaltschaft zu Dresden schon im Sommer 1870 durch die Requisition der Preußischen Staatsanwaltschaft

*) Auch so ist der Ausdruck noch sehr zweideutig. In der ersten Fassung, die wir oben nach eigener Aufnahme und in fast wörtlicher Uebereinstimmung mit dem Berichte des „Leipziger Tageblatts" wiedergegeben haben, konnte der Ausdruck kaum anders verstanden werden, als Bebel ihn verstanden hat.

ausdrücklich auf die Schrift aufmerksam gemacht wurden und trotzdem keinen Hochverrath darin entdecken konnten. Bezüglich des Inhalts der Broschüre will ich schon jetzt hervorheben, daß das angeblich Belastende derselben durch eminent entlastende Stellen aufgehoben wird. Man muß das Ganze nehmen, nicht Einzelnes herausgreifen. Namentlich erinnere ich an die Definition des Wortes Revolution auf Seite 2. Es heißt da in genauer Uebereinstimmung mit den wiederholten Erklärungen der Angeklagten: daß das Wort Revolution im weiteren Sinn „den ganzen Entwicklungsprozeß eines neuen Gesellschaftsorganismus" bedeute und daß „dieser revolutionäre Prozeß, der auch in den friedlichsten Perioden nicht ruhe, wohl beschleunigt, nicht aber durch ein wunderthätiges Rezept auf ein beliebiges Zeitminimum reduzirt werden könne".

Liebknecht: Wenn ich in dieser Rede das politische Moment mit besonderer Schärfe hervorgehoben habe, so liegt der Grund darin, daß es mein Hauptzweck war, das Bestreben des Herrn v. Schweitzer zu bekämpfen, welcher die soziale Bewegung im Interesse des preußischen Junkerthums ausschließlich gegen die Bourgeoisie richten und dem politischen Gebiet möglichst entrücken wollte.

Vertheidiger Freytag II (Plauen): Ich möchte den Herrn Präsidenten denn doch ernstlich bitten, auch die entlastenden Stellen in den vorgelesenen Aktenstücken hervorzuheben. Bis jetzt habe ich bemerken müssen, daß er blos die belastenden Punkte aus den verlesenen Schriftstücken hervorhebt, alle entlastenden Punkte aber verschweigt. Der Herr Präsident hat wohl früher bei einer ähnlichen Gelegenheit geäußert: es sei dies Sache der Vertheidigung. Mir ist das aber vollständig neu, und ich muß geltend machen, daß es sich ganz anders anhört, wenn die entlastenden Momente ebenfalls durch den Mund des Präsidenten hervorgehoben werden, als wenn dies durch uns, die Vertheidiger, geschieht.

Präsident: Ich werde dem Verlangen des Herrn Vertheidigers nachkommen, wenn ich Gelegenheit dazu haben werde. Diese habe ich bis jetzt noch nicht gehabt.

Liebknecht: Ich muß gegen die letzte Aeußerung des Herrn Präsidenten entschieden Protest erheben. Sie beweist, daß er von unserer Schuld schon im Voraus überzeugt ist. Indem der Herr Präsident positiv erklärt, „er habe noch

keine entlastenden Momente in den hier vorgelesenen Schriftstücken gefunden", bekundet er in der unzweideutigsten Weise, daß er Partei gegen die Angeklagten ergriffen hat, und übt damit eine ungerechtfertigte Beeinflussung auf die Geschwornen aus.

Präsident: Ich bin mir vollkommen meiner Pflicht bewußt. Herr Liebknecht hat mich mißverstanden. Ich wollte kein Urtheil über das Anklagematerial fällen. Meine Pflicht ist, nicht blos die Herren Geschwornen, sondern auch die Herren Angeklagten auf das Material aufmerksam zu machen, das für die Anklage besonderen Werth hat.*) Den Herren Angeklagten steht es frei, die Vorlesung alles desjenigen Materials zu beantragen, das sie für entlastend halten; die Herren Angeklagten haben ja zwei Vertheidiger.

Geschworner Steiger aus Schweta: Ich möchte doch der Bemerkung des Herrn Liebknecht gegenüber erklären, daß die Geschwornen in keiner Beziehung zu dem Gerichtshofe stehen. Glauben Sie wohl, meine Herren, wir sind uns unseres Eides bewußt. Wir folgen den Verhandlungen sehr genau und lassen uns durch nichts beeinflussen, weder von der einen noch von der andern Seite.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich glaube nicht, daß von uns ein solcher Verdacht ausgesprochen worden ist. Wir zweifeln weder an der Unparteilichkeit noch an der Urtheilskraft der Herren Geschwornen. Wir haben uns nur darüber beschwert, daß blos die belastenden Stellen der Schriftstücke verlesen werden, und dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen die Geschwornen.

Geschworner Steiger: Ich habe das auch nicht behauptet. Nach meiner Auffassung ist der Gang der Verhandlung der, daß der Gerichtshof die Anklage**), die Vertheidigung die entlastenden Momente vorführt. Es sind uns schon so viel Reden gehalten und so viel Schriftstücke vorgetragen worden, daß wir unbedingt in der Lage sind, uns ein Urtheil zu bilden. Auf eine Rede oder ein Schriftstück mehr oder weniger kommt es, weiß Gott!***) nicht an.

*) Ganz recht; aber die Unparteilichkeit erheischt dann auch die Hervorhebung der entlastenden Stellen. Die Definition des Herrn Präsidenten trifft für die Funktionen des Staatsanwalts zu, nicht für die eines Gerichtspräsidenten.

**) Echo des Präsidenten!

***) Der Text der Aeußerung des Herrn Steiger ist nach den, bis auf einige ganz unwesentliche Wortverschiedenheiten, genau

Präsident: Ich finde mich veranlaßt, meine Stellung etwas zu erläutern. Wenn ich Dasjenige, was in der Anklage als belastend angesehen wird, besonders hervorhebe, so geschieht das nicht nur aus Pflicht gegenüber den Herren Geschwornen, sondern auch im Interesse der Angeklagten selbst, welche ich dadurch auf das Wesentliche der Sache aufmerksam mache. Ich habe mich bis jetzt immer von jeder selbständigen Beurtheilung fern gehalten und oft lieber geschwiegen, als daß ich auf eine Bemerkung der Angeklagten geantwortet hätte. Dies Zeugniß wird mir Jedermann in diesem Saale ertheilen. Es bedarf ja auch blos einer Verlesung der Aktenstücke, um über die Meinung der Angeklagten ins Klare zu kommen.

Bebel: Also doch um unsere Meinungen handelt es sich.

Präsident: Der Angeklagte hat mich mißverstanden. Ich habe gemeint:*) eine Interpretation der hier verlesenen Schriftstücke ist meinerseits überflüssig. Ich halte aber für nöthig, nach jeder Verlesung die Angeklagten zu fragen, ob sie auf das Betreffende etwas zu bemerken haben, und auf diese Weise wird ihnen Gelegenheit, ihre Meinung über das betreffende Schriftstück auszusprechen. —

Auf die Verlesung eines Manifestes an die deutschen und französischen Arbeiter, unterschrieben von einem „deutschen Sozialdemokraten" wird seitens der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung verzichtet. Ebenso auf die Verlesung zweier Aufrufe des Ausschusses, die bereits Tags zuvor außerhalb der Reihenfolge zum Vortrage gelangt sind.

Es gelangt nun ein Brief von Karl Hirsch, d. d. 8. September 1870, zur Verlesung. In diesem, an den Braunschweiger Ausschuß gerichteten Brief heißt es mit Bezug auf das Manifest des Ausschusses vom 5. September:

„Ich bin mit dem Grundgedanken Eures Manifestes nicht einverstanden. Ihr steckt die rothe Fahne heraus; man wird uns todtschlagen wie tolle Hunde und man wird noch dazu Recht haben, wenn wir so ungeschickt vorgehen; im besten Falle steckt

übereinstimmenden Berichten des „Dresdener Journals", der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", des „Leipziger Tageblatts" und des „Volksstaat" festgestellt. Den „Gott" produzirte Herr Steiger noch einmal — nach glücklich bewerkstelligter Verurtheilung.

*) Aber nicht gesagt.

man uns unter dem Beifall von ganz Deutschland, einschließlich Elsaß und Lothringen, ins Loch bis nach dem Krieg und noch länger — „Von-Rechts-Wegen." Das ist aber ganz überflüssig. Ihr wollt doch nur dem französischen Volke und den französischen Arbeitern etwas Luft machen, dazu braucht Ihr aber nicht die soziale Republik hoch leben zu lassen, an deren Verwirklichung einer siegreichen Armee gegenüber nicht zu denken ist. In dem Manifest stecken gern 5—10 Jahre Spinnen."

Präsident: Was haben Sie zu diesem Briefe zu bemerken, Herr Liebknecht?

Liebknecht: Daß der juristische Scharfblick des Briefschreibers ebenso gering war als seine Besorgnisse groß. Die Grundlosigkeit der Befürchtungen Hirsch's ist auf das schlagendste durch den Ausgang des Prozesses gegen den Braunschweiger Ausschuß bewiesen worden. Aus den „fünf bis zehn Jahren Spinnen" ist nicht ein Tag Gefängniß geworden.*)

Präsident: Der Brief war an den Ausschuß?

Liebknecht: So viel ich weiß, an Bracke. Es ist aber gleichgiltig.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es ist in der Presse wiederholentlich behauptet worden, daß es in diesem Briefe heiße: „Man wird Euch verurtheilen und das von Rechtswegen." Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Form zu konstatiren, in welcher diese Worte geschrieben sind: „Von — Rechts — Wegen." Nämlich, wie es bei gerichtlichen Erkenntnissen zu geschehen pflegt. Daraus erhellt der scherzhafte Charakter der Aeußerung und des Briefes überhaupt.

Präsident: Ich konstatire hiermit, daß die Worte: „Von-Rechts-Wegen" in der vom Herrn Vertheidiger bezeichneten Weise geschrieben sind.

---

*) In Nr. 104 des „Volksstaat" von 1870 hat Karl Hirsch die Umstände, unter denen er diesen Brief schrieb, klargelegt, und seine volle Uebereinstimmung mit der dem Manifeste zu Grunde liegenden Auffassung des Krieges ausgesprochen. Er mißbilligte „nur die Art und Weise des Verfahrens". Ueberdies bezieht Hirsch's Kritik sich auf den **Entwurf** eines Manifestes, der ihm von Braunschweig zur Beurtheilung übersandt war, und war mit mehreren Abänderungsvorschlägen das Ergebniß einer eingehenden Besprechung mit Motteler und Schraps. Die Anklage giebt sich nicht einmal die Mühe, zu beweisen, daß der Entwurf, auf welchen sich der Brief bezieht, mit dem nachher erlassenen Manifest, welches inkriminirt wurde, vollkommen identisch sei! —

Auf Verlesung eines Manifestes der Münchener Sozialdemokraten vom 18. Juli 1869 wird ebenfalls verzichtet.

Es gelangt hierauf ein Bericht des Ausschusses über den Stuttgarter Kongreß zur Verlesung.

Präsident: Herr Liebknecht, haben Sie etwas zu diesem Bericht zu bemerken?

Liebknecht: Ich kann beim besten Willen den Grund der Verlesung dieses Berichtes nicht erkennen, habe also auch nichts zu bemerken.

Präsident: Sie können hieraus am deutlichsten mein Verfahren beurtheilen. Ich gebe Ihnen Veranlassung, sich über ein Aktenstück zu erklären, ehe ich selbst eine Ansicht darüber ausspreche.*) Aus dem Briefe geht hervor, daß der Ausschuß auf die Agitation unter der ländlichen Bevölkerung sehr viel Gewicht legte.

Liebknecht: Das ist doch nichts Belastendes. Im Gegentheil, es ist entlastend, denn es leuchtet daraus hervor, daß wir nur propagandistische Zwecke im Auge hatten, nur auf dem Weg der Agitation unsere Ideen zu verbreiten suchten. Und die Agitation ist doch gesetzlich erlaubt.

Präsident: Aus dem Bericht geht auch hervor, daß eine Menge von Lokalvereinen bestand, welche mit dem Ausschuß in Verbindung waren.

Liebknecht: Unzweifelhaft bestanden eine Menge von Vereinen sozialdemokratischer Tendenz; dieselben hatten aber als solche mit dem Ausschuß nichts zu thun. Und der Bericht enthält auch nichts, was einen ungesetzlichen Verkehr andeutet. Beiläufig wird das Wort: „Lokalvereine" im Bericht nicht gebraucht, sondern es ist nur von „Orten" die Rede und damit sind kurz die in dem betreffenden Ort befindlichen Mitglieder der Partei gemeint.

Präsident: Allerdings wird nur von Orten gesprochen, aber das sind doch offenbar Ortsvereine, Lokalvereine.

Liebknecht: Der Schluß ist falsch. Es gab und giebt sozialdemokratische Orts- oder meinetwegen Lokalvereine, diese stehen aber mit dem Ausschuß in keiner offiziellen, durch das Vereinsgesetz verbotenen Verbindung.

---

*) Für diesen einzelnen Fall richtig; der Herr Präsident hat aber ein kurzes Gedächtniß für andere Fälle.

Präsident: Wenn die Lokalvereine nicht mit dem Ausschuß verkehren, haben sie keinen Sinn.

Liebknecht: Ein Verkehr mit dem Ausschuß wäre ungesetzlich und findet deshalb nicht statt. Die einzelnen Mitglieder verkehren mit dem Ausschuß, nicht Vereine. Die Lokalvereine neben den Mitgliedschaften mußten aber doch wohl einen Sinn haben, sonst existirten sie nicht.

Präsident: Ich begreife noch immer nicht, warum die Mitglieder der Partei Lokalvereine gründeten.

Liebknecht: Der Mensch ist eben ein Gesellschaftsthier. (Heiterkeit im Publikum.)

Präsident: Sie wollen blos in Abrede stellen, daß die Ortsvereine mit dem Ausschusse in Braunschweig in offizieller Verbindung standen.

Liebknecht: Ich stelle in Abrede, was nicht war. Ich begreife übrigens nicht, wie auf eine solche Kleinigkeit solches Gewicht gelegt werden kann. Schlimmstenfalls handelte es sich um die Uebertretung eines Polizeigesetzes. Betreffend den Unterschied zwischen Lokalvereinen und Mitgliedschaften möchte ich den Herrn Präsidenten auf die früheren Auseinandersetzungen unsererseits verweisen. Die ganze Organisationsfrage ist von Bebel so klar entwickelt worden, daß selbst ich jetzt anfange, sie genau zu verstehen. (Heiterkeit.)

Präsident: Dann werden Sie zugeben, daß der Ausschuß großen Werth darauf legte, Ihre Grundsätze unter die ländliche Bevölkerung zu tragen?

Liebknecht: Das zeigt, welchen Werth wir auf die ländliche Bevölkerung legen, als deren Feinde man uns so gern hinstellt.

Präsident: Herr Bebel, wünschen Sie noch etwas über die Mitgliedschaften und Ortsvereine zu sagen?

Bebel: Die Mitgliedschaften sind keine Ortsvereine. Die letzteren durften nach unserem Programme wie nach den Vereinsgesetzen der meisten deutschen Staaten keine Verbindung mit dem Ausschuß unterhalten. Da dies aber aus Unkenntniß der Gesetze hier und da doch geschah, so änderten wir auf dem Stuttgarter Kongreß, und zwar auf meinen Antrag, die Organisation. Es wurde beschlossen, daß die Gründung von Lokalvereinen künftig zu unterbleiben habe.

Präsident: Können Sie mir über die Zahl der Ortsvereine und der Mitgliedschaften eine Angabe machen?

Bebel: Wir haben keine Ursache, die Zahl der Mitglieder niedriger anzugeben als sie in Wirklichkeit war, aber in dem vorliegenden Bericht sind sie etwas zu hoch angegeben. Wir hatten zu jener Zeit Mitglieder in ca. 120 Orten und ich bedaure nur, daß ihre Zahl nicht die fünffache ist. Auf dem Stuttgarter Kongreß waren durch Delegirte 10 600 Mitglieder vertreten. Die Lokalvereine standen mit dem Ausschuß in keinerlei Verbindung und gehörten als solche nicht zur Partei; ihre Zahl ist mir unbekannt. In Verbindung mit dem Ausschuß traten blos die Mitglieder der Partei an den einzelnen Orten als Einzelindividuen, die sich bald in regelmäßig wiederkehrenden Zeiträumen, bald unregelmäßig versammelten. Der Bericht selbst ist auf dem Stuttgarter Kongreß in meiner Anwesenheit verlesen worden und hat dort wegen verschiedener Unrichtigkeiten lebhafte Reklamationen hervorgerufen.

Hepner: Ich halte die Parteisteuer-Angelegenheit in diesem Prozesse für höchst unwichtig. Daß Mitgliedschaften Steuern an ein Zentralkomitee geschickt haben, ist schon längst einmal dagewesen. Vor 1800 Jahren trugen Barnabas und Saulus die Steuern der Antiochener Gemeinde nach Jerusalem, wie aus der Apostelgeschichte Kap. 12, V. 25 (in Verbindung mit Kap. 11. V. 27) zu ersehen ist. (Große Heiterkeit, die selbst einzelne Mitglieder des Gerichtshofes ansteckt.) —

Es werden nun ferner aus dem Korrespondenzbuche des Sekretariats zwei von Bonhorst geschriebene Brief-Konzepte d. d. 24. Oktober 1869 an Karl Marx und eins aus dem Jahre 1870 an Martin in Hainichen verlesen, welche sich auf die Agitation unter der Landbevölkerung beziehen. Im Brief an Marx wird betont, daß man in Anbetracht der bäuerlichen Verhältnisse in Deutschland sich nicht, gleich den Engländern, auf den Standpunkt der Baseler Beschlüsse für die praktische Agitation stellen könne. Man müsse aber Alles thun, um die deutschen Bauern für den Sozialismus zu gewinnen, und Marx wird um Ausarbeitung einer Agitationsschrift für die ländliche Bevölkerung gebeten.

Auf Befragen des Präsidenten, ob die Angeklagten in Bezug auf die Briefkonzepte etwas zu bemerken haben,

Liebknecht: Nein, sie gehen uns juristisch nichts an. Es sind Privatbriefe Bonhorst's.

Bebel: Der Brief Bonhorst's ist offenbar die Antwort auf einen bereits verlesenen Brief von Marx.

Präsident: Das scheint allerdings so.

Hierauf läßt, gegen 12 Uhr, der Präsident eine halbstündige Pause eintreten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 12½ Uhr

Präsident: Ich muß zunächst das Wort zu einer persönlichen Bemerkung ergreifen. Mir ist von Herrn Liebknecht heute der Vorwurf der Voreingenommenheit gemacht worden. Ich habe in der Pause Zeit gehabt, über diesen Vorwurf nachzudenken und gestehe zu, daß ich zu demselben Veranlassung gegeben haben mag durch eine zu kurze Ausdrucksweise. Der Herr Vertheidiger hatte gesagt, ich möge nicht nur immer die belastenden, sondern auch die entlastenden Momente verlesener Schriftstücke betonen. Herr Liebknecht sagte nun heute früh, es sei von mir bisher noch niemals ein entlastendes Moment entdeckt worden. Ich wollte aber sagen, es sei von mir noch keins gefunden worden, das nicht bereits durch die Herren Vertheidiger erwähnt worden wäre. Ich gebe diese Erklärung gern; ja sie war mir ein Bedürfniß. Bei dem Gesagten bleibe ich aber auch stehen, denn es ist die Pflicht der Vertheidigung, jedes entlastende Moment sofort vorzubringen.

Außerdem erwähne ich noch, daß mir von Dr. Swoboda, der sich durch einen Ausdruck des Herrn Liebknecht beleidigt glaubt, ein Telegramm zugegangen ist. Dieses Telegramm, das nicht aus meinen Händen gekommen, finde ich zu meiner Verwunderung wörtlich abgedruckt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.*) — Auch erhielt ich einen Brief von Mühlwasser aus Brünn, der gegen Aeußerungen des Herrn Liebknecht reklamirt. Auf verschiedene anonyme Zuschriften, die ich erhalten, gehe ich natürlich nicht ein.

Es gelangt nun zur Verlesung ein aus dem „Vorboten“ im „Volksstaat“ abgedrucktes „Manifest an die ländliche

*) Das Telegramm des Herrn Dr. Swoboda (welches die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Wiener Zeitungen entnommen haben will) lautet:

An den Präsidenten des Schwurgerichtshofes, Bezirkgerichtsdirektor Herrn v. Mücke in Leipzig. Der Unterzeichnete ersucht um Vorlesung des Folgenden während der Schwurgerichtsverhandlung, welche gegen Liebknecht und Genossen jetzt geführt wird:

„Liebknecht hat — von der früheren journalistischen Thätigkeit des Herrn Adolph Weiß, jetzigen Mitarbeiters der „Tagespost“, sprechend — dieses Blatt am 13. März als ein „Organ des Fürsten

Arbeiterbevölkerung". Dasselbe geht von der deutschen Sektion der Internationalen in Genf aus und trägt das Datum des 16. November 1869.

Auf Befragen des Präsidenten

Liebknecht: Die Geschichte dieses Aufrufes (in dem ich beiläufig absolut nichts Strafbares entdecken kann, da er lediglich propagandistische Zwecke verfolgt) und mein Verhältniß zu dem Aufruf ist kurz: auf dem Eisenacher Kongreß wurde der Beschluß gefaßt, einen Aufruf an die ländliche Bevölkerung zu erlassen, und Becker in Genf, Oberwinder in Wien und ich wurden mit der Ausarbeitung des Schriftstückes beauftragt. Ich hatte keine Zeit, und einem von Becker ausgearbeiteten und mir übersandten Entwurfe stimmte ich nicht bei. Ich legte den Becker'schen Entwurf — d. i. den verlesenen Aufruf — ins Redaktionspult und druckte ihn später auf besonderen Wunsch Becker's und anderer Parteigenossen ab, nachdem er im „Vorboten" bereits erschienen war, — zum Zeichen meiner Nichtübereinstimmung mit der Bemerkung, daß er aus dem „Vorboten" sei. Der Aufruf trägt das Datum des 16. November 1869 — im „Volksstaat" kam er zum Abdruck erst im März 1870. Daß ich mich zur Aufnahme auch solcher Arbeiten, mit welchen ich nicht ganz übereinstimmte, verpflichtet hielt, wenn sie von befreundeter Seite kamen, habe ich schon wiederholt gesagt. Was mich abhielt, zu fraglichem Schriftstück meine Unterschrift zu geben, war nicht sowohl der Inhalt, den ich im Wesentlichen billige, als die Form, die mir für Deutschland nicht geeignet schien. So mißfiel mir beispielsweise der Ausdruck „Diebe", der für die Grundbesitzer im Allgemeinen

---

v. Bismarck" bezeichnet. Die „Tagespost", welche ich seit zehn Jahren redigire, hat nie aufgehört, ein liberales und unabhängiges Journal zu sein. Die „Tagespost" hat stets an der Ansicht festgehalten, daß ein Staatsmann, welcher die Presse durch Subventionen zu korrumpiren sucht, ebensoviel Verachtung verdient als ein Publizist, welcher seine politische Ueberzeugung für ein Schmachgeld opfert.

Dr. Swoboda,
Redakteur der Grazer „Tagespost".

Liebknecht antwortete in der zwölften Extrabeilage des „Volksstaat":

„Ich habe nicht gesagt, daß Dr. Swoboda von Bismarck Subvention erhalten; ich habe also nichts zurückzunehmen.

Wilh. Liebknecht."

gebraucht wird, einmal, weil es in Deutschland viele Grundbesitzer giebt, die, sobald sie die Ziele der Sozialdemokratie kennen, unzweifelhaft mit uns gehen werden, und dann, weil ich, wie meine Partei überhaupt, die Person von der Sache trenne und den Einzelnen nicht verantwortlich mache für die Sünden seiner Klasse.

Bebel: Ich sehe nicht ein, inwiefern der verlesene Aufruf belastend sein soll. Man sagt, wir suchten die Hauptstützen des heutigen Staates, gebildet durch die Bauern und das Militär, zu unterwühlen. Aber wo ist denn der Nachweis dafür, daß von unserer Seite und von der Internationalen überhaupt in ungesetzlicher Weise gehandelt wurde? Die Agitation, wie wir sie betrieben, war durchaus gesetzlich; oder giebt es etwa ein Gesetz, das verbietet, die ländliche Bevölkerung politisch aufzuklären?

Wir haben nach allen Richtungen hin Propaganda gemacht. Da steht z. B. in der Nummer vom 4. September 1869 des „Demokratischen Wochenblatts“ ein „Aufruf der besitzlosen Handarbeiter an die besitzlosen Kopfarbeiter“. Dieser Aufruf richtet sich an alle Kopfarbeiter, offen und frei, nicht heimlich und „unterwühlend“, er richtet sich an alle Lehrer, Schriftsteller, Beamte, inklusive der Herren Staatsanwälte. Also auch Ihrem (zum Staatsanwalt gewandt) Eintritt in die Internationale Arbeiter-Assoziation hätte absolut nichts im Wege gestanden, falls Sie sich zu den Grundsätzen derselben bekannt hätten. (Heiterkeit.) Sie sehen also auch aus diesem Aktenstück aufs Neue, daß wir alles, was wir gethan, vor dem Licht der Oeffentlichkeit gethan haben — auf vollständig „gesetzlichem Boden“. Es ist ein starkes Stück, in diesen unseren Handlungen plötzlich „heimliche Unterwühlung“ zu erblicken.

Hepner: Ich kann nur bestätigen, daß mein Mitangeklagter Liebknecht gegen die Aufnahme des Aufrufes in den „Volksstaat“ die von ihm dargelegten Bedenken hatte. Uebrigens finde ich in dem Aufrufe nichts Strafbares, noch weniger etwas uns Belastendes.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich muß noch konstatiren, daß dieses Schriftstück, seiner ganzen Fassung nach, eine ausschließlich belehrende Tendenz hatte und in keiner Weise zu Gewaltthätigkeiten auffordert.

Hierauf wird eine Druckschrift vorgenommen: „Ein europäischer Soldat an seine Mitsoldaten“, welche

sich bei den Braunschweiger Akten befindet. In Beziehung damit stehen zwei Briefe, einer von Bonhorst an Heinzen mit der Anfrage, was die betr. Schrift in Partien koste, der andere die Antwort Heinzen's auf Bonhorst's Brief.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich bitte zu konstatiren, daß diese Schrift nicht bei den Angeklagten gefunden worden ist.

Staatsanwalt Hofmann: Nein, sie ist aus den Braunschweiger Akten hergekommen.

Aus der Schrift, welche nun zur Vorlesung*) kommt, heben wir nachstehende Stellen aus:

---

*) Ueber die Schrift und die Szene während der Verlesung berichtet Hans Blum:

Dieses von dem alten Heinzen verfaßte Pamphlet ist nicht gerade neu an Gedanken, denn es predigt den organisirten Fahneneidbruch aus der alten Logik aller Freunde der Unordnung und aller Gläubigen des tausendjährigen Friedens, daß es eine schändliche Handlung sei, „Bruderblut" zu vergießen. Aber daß die Flugschrift nicht ganz ohne Wirkung auf den „gemeinen Mann" sei, bewies das frenetische Lachen in gewissen Partien des Zuhörerraumes, als die alten vormärzlichen Witze von dem fünften Manne im zweiten Gliede verlesen wurden, der zwei Zoll zu weit vorsteht und dadurch das Vaterland in Gefahr bringt. Was deutsche Vaterlandsliebe ist, werden wir freilich von diesem vaterlandlosen Fanatiker des internationalen Bummlerthums schwerlich zu lernen brauchen. Am Schlusse kommt dann der Soldatenkatechismus im Idealstaate der Zukunft. Der soldatische Gehorsam heißt dann nur noch eine Erniedrigung unter das Thier ꝛc. Der Haupttheil der Schrift schließt mit den Worten: „Nieder mit den Fürsten! Das sei unsere Losung. Es lebe die Republik! sei das Feldgeschrei." Sehr hübsch lautet eine militärische Ordre des zukünftigen sozialdemokratischen Idealunteroffiziers an den Idealsoldaten: „Sie haben sich sofort auf die Seite des Volks zu begeben."

So weit Hans Blum. Wahr ist, daß „frenetisches (wahnsinniges) Lachen" die einzige wahrnehmbare Wirkung der eigenthümlichen Lektüre war; gelogen aber ist, daß dieses „frenetische Lachen" sich auf „gewisse Partien des Zuhörerraums" beschränkt habe. Das ganze Publikum lachte „frenetisch", die Angeklagten waren von der „allgemeinen Heiterkeit" angesteckt, und den Richtern fiel es augenscheinlich sehr schwer, eine ernsthafte Miene zu bewahren. Den Sinn des „frenetischen Lachens" möge der Leser errathen. Gelogen ist ferner, daß Heinzen ein „vaterlandsloser Fanatiker des internationalen Bummlerthums" (in Blum'scher Blumensprache: Mitglied oder Anhänger der Internationalen Arbeiter-Assoziation) sei. Wir sagen: gelogen, denn gleich nachher, im nämlichen Bericht, theilt Hans Blum die Liebknecht'sche

Ein europäischer Soldat an seine Kameraden.

Nachzudrucken und in alle Sprachen zu übersetzen.
In allen Lagern und Kasernen zu verbreiten.

I. Unsere Thaten.

Kameraden!

„Rechts, links! Vorwärts, marsch! Halt!"
„Gewehr auf! Legt an! Feuer!"

Das ist die geistreiche Sprache, die wir zu hören gewöhnt sind, die Tag vor Tag unsere Ohren martert oder abstumpft. Wie viele giebt es unter uns, die noch — — genug bewahrt haben, um sich über solche Sprache, von kommandirenden — gerichtet, zu —?

Reden wir jetzt einmal eine andere Sprache mit einander, von Menschen an Menschen gerichtet. Beginnen wir mit der — Ziffernsprache, welche, wie mein Hauptmann versichert, die deutlichste von allen ist.

Die Erhaltung der stehenden Armeen in den Monarchien Europas kostet jährlich 500, sage fünfhundert Millionen Thaler.*) Die Zinsen des Kapitals, das in den Einrichtungen und Vorräthen für Armeen und Flinten steckt, werden 200 Millionen betragen. Der Werth der Arbeit, die wir Soldaten für uns und die unsrigen jährlich verrichten würden, wenn wir uns nicht als bewaffnete — — — ließen, die aber jetzt der Volkswohlfahrt rein verloren geht, wird auf mindestens 1 200 000 000, sage zwölfhundert Millionen Thaler veranschlagt. Die Kosten der Kriege, welche seit 1853, d. i. seit dem Aufkommen des Hauptmörders der Neuzeit**), geführt worden, betragen mindestens fünftausend Millionen Thaler. Und Diejenigen, welche die Kriege — haben, nämlich die Fürsten, kosten uns mit ihren Familien jährlich etwa hundert Millionen Thaler.

Was aber haben wir geleistet für diese ungeheuren Kosten, aufgebracht von unseren Familien, die wir zu erschießen kommandirt werden, wenn sie sich weigern sollten, sie zu zahlen? Hört: Wir haben seit dem Jahr 1853 ungefähr zwei Millionen Menschen —, Menschen, die uns kein Haar gekrümmt, ja, die wir der großen Mehrzahl nach gar nicht gekannt haben; Menschen, mit denen

---

Aussage über das Flugblatt mit, aus welcher erhellt, daß Heinzen ein „fanatischer" Gegner des Sozialismus und der Internationalen. Herr Hans Blum hat also wissentlich die Unwahrheit gesagt. Zu welchem Zweck, das liegt auf der Hand.

*) Die Ziffern Heinzen's sind durch den riesig anschwellenden Militarismus weit, weit überholt worden. (1894.)

**) Natürlich ist Bonaparte gemeint.

wir als Freunde verkehrt und auf ein langes Leben angestoßen hätten, wenn wir als freie Bürger und nicht als — — mit ihnen zusammengetroffen wären!

Versucht einen Augenblick, Euch all' das Menschenglück auszumalen, das in zwei Millionen Gräbern — — versenkt worden, und all' das Elend und all' den Schmerz, womit die Ueberlebenden das Begräbniß zu feiern hatten!

Ihr werdet sagen, Der trage eine kolossale, eine furchtbare, eine entsetzliche Verantwortlichkeit, der verdiene den Fluch und die Rache des ganzen Menschengeschlechts, an dessen Schuldbuch jene ungeheure Menge von verschleuderten Mitteln und von vergossenem Blut verzeichnet stehe. Wer aber sind die Schuldigen, sind die —? — —

Kameraden, es wird endlich Zeit, uns klar darüber zu werden, wozu wir uns haben — — lassen. — —

II. Unsere Stellung.

Ich weiß, was Gewohnheit und Schein, was Vorurtheil und Beispiel über den Menschen vermögen. Sie können ihn im Lauf der Zeit so weit irreleiten und abstumpfen, daß er die Gabe der Unterscheidung zwischen Unsinn und Vernunft, zwischen Unrecht und Recht vollständig verliert. Nur dadurch ist es erklärlich, daß nicht Alles, was Mensch heißt, sich längst gegen das buntlappige Elend, die glänzende — — und die gepriesene —, Soldatenthum genannt, mit dem ganzen Grimm der — Natur empört hat. Erlaubt mir jetzt, in einem kurzen Ueberblick die — Stellung und Erziehung, mit der wir uns so lang gedankenlos versöhnt haben, und die Mittel und —, womit man uns darin zu bannen sucht, in das rechte Licht zu setzen. Besehen wir uns die einzelnen Glieder der Maschinerie etwas näher, die man stehende Armee nennt. Beginnen wir von unten an und mustern wir zunächst

den „Gemeinen".

Ehe ich Soldat wurde, hatte ich noch nie darüber nachgedacht, was es heißt, ein — — zu sein. Die Gewohnheit hatte mich durch das Beispiel so vieler Andern gedankenlos gemacht, und als die Zeit erschien, wo ich ihnen folgen sollte, gewährte meinem jugendlichen Sinn die Aussicht auf den bunten Rock und das Leben in der Kasernenstadt sogar einen gewissen Reiz der Neuheit. Zwar beunruhigte mich ein gewisses unbehagliches Vorgefühl, doch war ich mir nicht bewußt, was es zu bedeuten hatte. Ich trank bei der Einreihung für Drei, sang mit den Andern tapfere Kneipenlieder und renommirte meine letzten freien Augenblicke hinweg, die Galgenfrist des Uebergangs in den neuen Zustand fast unbewußt zur Selbsttäuschung benutzend. Ich glaube, selbst der Sklave, wenn er von der afrikanischen Küste die verhängnißvolle

Fahrt nach der amerikaniſchen antritt, weiß in dem Uebergang in die neue Welt mit ihren unbekannten Möglichkeiten für kurze Zeit einen tröſtenden Reiz der Veränderung zu finden. Bei mir hielt dieſer Reiz nicht lang vor. Nachdem ich wie eine Waare oder ein Stück — durch die Hände der Viſitatoren und Taxatoren gegangen war, nahm ein — — Beſitz von mir und trieb mich mit der Sicherheit eines verfügenden Eigenthümers in den — —. Die Kleider meiner freien Jugend wurden mir ausgezogen und man ſteckte mich in ein buntes Wams, das noch nach dem Angſtſchweiß ſeines früheren Trägers duftete. Mit Sack und Pack behängt und ein unförmliches Mordinſtrument in der Hand, an welches ich nun Jahre lang ſollte gefeſſelt bleiben, ward ich in eine Kammer gewieſen, wo ich mich in Geſellſchaft fremder „Kameraden" auf den Beginn des „Allerhöchſten Dienſtes" vorzubereiten hatte. Man befahl mir, mein „Geſchirr" in Ordnung zu bringen, mein Mordinſtrument zu putzen und mir „Liebe zur Waffe" anzueignen. „Liebe zur Waffe", Liebe zu dieſem Stück Eiſen, das nach Menſchenblut riecht! Das war mir ein ſchreckliches Wort. Was es heißt, ſeine Eltern oder ſeine Braut zu lieben, das wußte ich zwar, aber „Liebe zur Waffe", „Liebe" zu einem Inſtrument, womit man ſeinen Nebenmenſchen er—, kam mir noch unmöglicher vor, als etwa Liebe zum Priſon, oder zum Kirchhof. Ich begann zu fühlen, daß ein Verhältniß in welchem dem Menſchen ſo widernatürliche Forderungen geſtellt werden, um ihn aus ſeinen natürlichen Vorſtellungen herauszuſchrecken, ein unmenſchliches, — — Verhältniß ſein müſſe, welches nur durch vollſtändige Verkehrung aller vernünftigen Begriffe beſtehen kann. Als ich über die „Liebe zur Waffe" nachgedacht hatte, machte man mir begreiflich, wie es mir ergehen werde, wenn ich mir dieſe „Liebe" nicht anzueignen verſtehe. Man las mir die „Kriegsartikel" vor. Wo war ich hingerathen? Es ſummte mir um die Ohren von lauter Arreſt und Todtſchießen, ich kam mir vor wie ein Kapitalsverbrecher, nach welchem ſich von allen Seiten die Büttel- und Henkerfauſt ausſtrecke. Was hatte ich denn gethan? Nichts, nicht das Mindeſte, und doch überlief mich eine Angſt, als ſei ich das perſonifizirte „böſe Gewiſſen". Da ich nämlich ein rechtſchaffener Menſch von geſundem Verſtande war, ſagte mir das „böſe Gewiſſen" meines natürlichen Menſchenthums, daß es mir ſchwer, ja unmöglich ſein werde, mir die erforderliche „Liebe zur Waffe" und „Liebe zum Allerhöchſten Dienſt" anzueignen. Die kommandirenden Geſichter, die ſich rings um mich her ſo — geberdeten, die Kriegsartikel, die Kaſernenmauern, das dreſſirte Benehmen meiner Kameraden, das Schimpfen und Fluchen der Unteroffiziere, alles das nahm ſich ſo „liebreich" aus, daß ich ſchon am erſten Tage aus dieſer — — Umgebung geflüchtet

wäre, wenn die Furcht mich nicht zurückgehalten hätte. Doch ließ man mir nicht lange Zeit, solchen verbotenen Gedanken nachzuhangen. Am andern Tage begann das sogenannte Exerziren. Ich wurde mit einer Anzahl „Kameraden" in eine Reihe gestellt und dann gings an die Zubereitung meiner Gliedmaßen zum „Allerhöchsten Dienst". Ich hatte früher ganz manierlich auf meinen gesunden, geradgewachsenen Beinen gestanden, hier und dort, so und so; aber das war alles nicht auf die rechte Weise zugegangen. Jetzt lernte ich erst „gerade stehen", d. h. ein lebendiger Stock werden. Ich hatte früher Manches gesehen, dies und das, und mein Auge wußte Alles genau aufs Korn zu nehmen, wo es galt. Aber das war Alles nicht auf die rechte Weise zugegangen. Jetzt lernte ich erst „geradeaus" sehen. Mochte das „Geradeaus" in eine Mistpfütze oder in ein Kerkerfenster führen, das war einerlei, ich hatte nicht zu *sehen*, sondern die Augen „geradeaus" zu richten, wie eine todte Wachsfigur. Früher hatte ich eine ganz gute Haltung, ich hielt mich menschlich und natürlich, wie ich aus meinem Kern herausgewachsen war. Jetzt lernte ich „*militärische Haltung*." Ich mußte mich auf den großen Zehen balanziren, als sei es die Aufgabe eines „getreuen Unterthans", beim ersten Kommando auf die Nase zu fallen; mußte den Bauch einziehen, als sei ich von patriotischem Bauchgrimmen befallen; mußte den Hintern vorstrecken, als gälte es eine stete Bereitschaft zum Empfang von Stockprügeln; mußte die Brust herauswerfen, als sollten die feindlichen Kugeln an ihr abprallen; mußte den Kopf in den Nacken zwängen, als wollte man mich barbiren, und vor allen Dingen — ja das Vaterland wäre zu Grunde gegangen, wenn ich das nicht gethan hätte — ich mußte die Hände gestreckt an die Beine legen, „so daß der kleine Finger genau die Hosennaht berührte."

Als mein Verstand so weit ausgebildet war, daß er sich einige Begriffe von „militärischer Haltung" aneignen konnte, begann der militärische *Gang*. Ich war früher ein sehr guter Fußgänger gewesen und setzte die Füße anständig nieder. Aber dieser Gang war nicht der richtige, er war der blos menschliche. Der militärische Gang ist ein andrer. Den linken Fuß hebt man zuerst in die Höhe, läßt ihn in der Luft schweben wie ein Storch, setzt ihn dann mit zusammengekniffenen Zehen und gestrecktem Bein plötzlich nieder und schnellt in dem nämlichen Augenblick den rechten Fuß in die Luft. Es versteht sich, daß dabei der kleine Finger stets an der Hosennaht bleibt. Den rechten Fuß setzt man in derselben Weise nieder wie den linken und schnellt dann diesen in die Luft. Diese wunderbare Kunst ist die Kunst des „Links und Rechts". Hat man in dieser Kunst einige Fertigkeit erlangt, so kommt man zu der Ehre, an dem Exerziermeister, der in einiger Entfernung

sich hinstellt, als wolle er das Dampfschiff anlanden sehen, mit dem kleinen Finger an der Hosennaht vorbeizumarschiren und ihn dabei „scharf anzusehen", als fühle man eine unversöhnliche Feindschaft gegen den Mann. Es spricht sich aber im Grunde in diesem „scharfen Blick" nur versteckte „Liebe" aus, „Liebe zur Waffe" und zu Denen, welche diese „Liebe" beibringen. Es kommt bei jenem Blick vor Allem darauf an, daß von der Augenlinse des Blickenden bis zur Augenlinse des Angeblickten eine gerade Linie führt. Wird die Augenlinse des Angeblickten nur um ein Härchen verfehlt, so ist wieder ein Grund zu der größten Unordnung im Vaterlande gelegt, und jene wohlthuende Befriedigung, welche den schönsten Lohn für ein gelungenes Werk bildet, ist in der militärischen Brust nicht vorhanden. Das Unbehagliche der Unvollständigkeit beschleicht das Gefühl wie eine Mahnung des Gewissens und höchstens ist eine gelungene Wiederholung im Stande, das gestörte Gleichgewicht des Bewußtseins wieder herzustellen.

Nachdem man so weit in der Kultur vorgeschritten ist, daß man die militärische Haltung und den militärischen Gang sein Eigenthum nennen kann, beginnt dieselbe Arbeit von Neuem — unter dem Gewehr. Man gelangt zu dem erhebenden Fortschritt, auf den Zehen balanziren, den Hintern hinausstrecken, den kleinen Finger an die Hosennaht legen, Affensprünge ausführen und dem Vorgesetzten in die Augenlinse schauen zu können — mit dem Mordwerkzeug in der Hand. Die „Liebe zur Waffe" beginnt schon merklich zu wachsen, und wenn man nach vollbrachter Arbeit die Waffe in die Kaserne zurückbringt, möchte man sie laden, um sich vor lauter „Liebe" — todt zu schießen.

Eltern, Freunde, Geschwister, Geliebte, Kameraden, Volk, Menschheit, helft mir doch einen einzigen Grund finden, warum ich diese — — — —; warum — — —; warum — — —; warum — — —?

In Rußland erzieht man die Eltern darauf, zu Verräthern ihrer eigenen Kinder zu werden, wenn sie sich der schrecklichsten aller Sklavereien, — —, zu entziehen suchen, und behängt die Verräther mit Ordensbändern. — —

Wie dort war das ganze System, unter dessen Joch ich Jahre lang geseufzt und gekeucht habe, berechnet, mich über meine Stellung und meinen Zustand zu täuschen und zu belügen. Man — mir vor, ich besitze eine unbezähmbare „Liebe zur Waffe" und zum angestammten Herrscherhaus; man — mir vor, der Patriotismus liege im Gewehrtragen, im Parademarsch und im Hurraschreien; man — mir vor, ich erfülle einen Menschenberuf, ich verdiene eine Auszeichnung, ich mache mich verdient um das Vaterland, wenn ich recht vorschriftsmäßig den kleinen Finger an die Hosennaht legen, das Mordinstrument handhaben,

vor einem — — mit Heftigkeit die Beine vor mich hinwerfen und ähnliche — — künste vollführen könnte; man — mir sogar vor, jene verthierten russischen Soldaten, welche als Schildwachen vor dem Palast ihres Tyrannen das Wasser einer Ueberschwemmung sich über den Kopf steigen ließen, weil sie nicht wagten, ihren Posten zu verlassen, seien in der Aufopferung für den Dienst ihres Allerhöchsten Herrn große Männer gewesen! Man — mir so viel vor und dies Alles in so sicherer, hergebrachter, imponirender Weise, daß ich mich endlich mitunter selbst belog. Ich log mir vor, daß es erhebend sei, nach dem Takt betäubender Musik und schreckhafter Kalbfelle mit Menschenmassen daher zu taumeln; ich log mir vor, daß es ein großartiges Schauspiel sei, regimenterweise die Luft mit betäubendem Pulverknall zu füllen; ich log mir vor, daß ich dem paradirenden —, welcher vor „hohen Personen" massenweise seine Aufzüge hält, eine männliche Thätigkeit liege; ich log mir vor, daß ich ein Bürger und Mensch sei, wenn ich auf Kommando einem — ein Hoch entgegenschreie; ich log mir vor, daß es nicht erniedrigend, nicht niederträchtig sei, mein freies Menschenthum — —. Jetzt bin ich über meine eigenen wie über die fremden — vollständig im Reinen, ich erblicke vor mir einen Abgrund von — — — ich verfolge dieses ganze System in seinen — Grund hinein und — mich ekelt und schaudert! Ich erkenne jetzt vollständig, was ich aus mir hätte machen lassen: — — — — — — — — — — und sein Mordknecht gegen Alles, was ihm mißfällt.

Kameraden, erkennt Ihr in Euch etwas Anderes?

Halten wir jetzt Revue über unsere „Vorgesetzten" bis zum höchsten hinauf. Beginnen wir mit dem

Unteroffizier.

Der Unteroffizier hat im Grunde ein noch unglücklicheres Loos als wir, weil er — — und keine Hoffnung hat, sie vor seinem Ende los zu werden. Er findet seinen elenden Trost nur darin, daß er schon zu den Befehlenden gehört, daß er sich über uns erheben kann und daß wir vor ihm an die Mütze greifen müssen. Im Unteroffizier liegt die eigentliche Exekutivkraft des Dressir- und — systems. Er ist der —, der die Heerde im Kleinen zu Paaren treibt; er ist die Handhabe, womit die — Maschinerie unmittelbar dirigirt wird. Damit er seiner Aufgabe gewachsen sei, muß er ein ebenso — — nach Unten wie — — nach Oben sein. Er muß einen recht martialischen Schnurrbart tragen, recht gensdarmenmäßig aussehen, eine rauhe Stimme haben und geläufig fluchen können. Er darf in der ganzen schönen Welt nichts Höheres wollen, als Rekruten —, und nichts Anderes studiren, als wie man „Liebe zur Waffe" lernt, das Mordeisen

präsentirt, den kleinen Finger an die Hosennaht legt und ähnliche Wissenschaft. So bringt der Aermste ein langes, langes Leben hin, und wenn er sich am Ende seiner Tage fragt: was habe ich in der Welt gethan und genützt? so gähnt und speit ihn die trostlose Antwort an: du hast Rekruten — — und hast Rekruten — — und hast Rekruten — —.

Dennoch sind die Unteroffiziere im Ganzen nicht schlecht gesinnt. Sie sind selbst zu sehr gedrückt, um alle Menschlichkeit zu verlieren, und sie werden mit uns ihre Erlösung feiern, wenn der Tag der — erscheint.

Auch unter den jüngeren Offizieren giebt es nicht wenige, denen ihre Stellung unerträglich geworden, und die sich nach Befreiung sehnen. Die Zeit ist nicht fern, wo sie — —. Hören wir, wie einer von ihnen, der mein Freund ist, über seine Stellung denkt:

Der Offizier.

„Der fünfte Mann im zweiten Glied steht einen halben Zoll zu weit vor. Zurück! Noch etwas zurück! Noch ein Härchen zurück! So! Das Vaterland ist gerettet!“ „Der Flügelmann im dritten Glied hat das Gewehr nicht genug angezogen. Donnerwetter, zieh' er's Gewehr an! Es hängt einen halben Zoll breit nach hinten. Soll denn die Welt zu Grunde gehen durch den einen Kerl?“ „Dem zwölften Mann im zweiten Glied hat eine Fliege auf den Knopf gekackt. Er wird in Arrest kommen, wenn er nicht besser auf Ordnung und Patriotismus hält.“ „Bataillon — Marrrrsch!“

Du lieber Herrgott (wenn es einen giebt), betrachte ich mich genau, so muß ich vor Scham roth werden wie der Kragen meiner Uniform. Die Leute, die mitunter meiner militärischen Beschäftigung zuschauen, sind durch die Gewohnheit stumpf geworden und um das Lachen gekommen, sonst müßten sie alle laut auflachen über den geistreichen Eifer, womit sie hier einen Menschen mit geschniegeltem Gesicht und buntem Anzug, glänzendem Behang und gebildetem Aeußeren den Fliegendreck kontroliren und „Marrrrsch“ rufen sehen. Wie war es möglich, daß ich diesen — so lange ertragen und mitmachen konnte, ohne mich in meiner — zu erkennen und aufzuraffen! Ich rechne mich zu den gebildeten Leuten, und mein Geschäft ist der ausgesuchteste —, ich habe mich menschlicher Sitten befleißigt, und mein Beruf ist die — in ein System gebracht. Erst jetzt ertappe ich mich auf der Frage, ob ich nicht besser Taglöhner als Offizier im stehenden Heere geworden wäre; erst jetzt mahnt mich mein Gewissen an die Unbedenklichkeit, womit ich gegen Tausende, welche ein — Gebot unter meine Befehle gab, den Herrn und — gespielt habe. Und diese Stellung konnte ich für ehrenvoll halten? — — Mein

Bursche, dessen Dienstzeit morgen abläuft, ist von Profession ein Schuster. Ich will ihn fragen, ob er nicht einen Lehrling braucht.

Der Stabsoffizier.

Ich bin schon über die Jahre hinaus, wo ich mich noch hätte anders bestimmen können. Jetzt erkenne ich mich für definitiv verloren an und kann nur darauf bedacht sein, meine Stellung anständig zu bemänteln. Ich treibe den — unter der Maske der bejahrten Männlichkeit, suche die — meiner Beschäftigung, so gut es gehen will, durch gezwungene Ernsthaftigkeit und mein — bewußtsein unter einer invalidenartigen Bonhommie zu verdecken. — — Mein letztes Glück, meine einzige „moralische Stütze" besteht darin, daß ich meine Gewalt über meine Untergebenen zur Zubereitung einer Individualität mit unschuldigen Sonderbarkeiten benutze, worüber in meiner „Mannschaft" allerlei Anekdoten zirkuliren, die gleichsam die Weltgeschichte des Bataillons oder Regiments ausmachen. Ich nenne z. B. meine Pferde: Pferd a, Pferd b, Pferd c, was meinen „Leuten" äußerst originell vorkommt; ich bekomme Krämpfe, wenn ich einen Fingerhut oder eine irdene Pfeife sehe. Ich nenne den Soldaten: mein Sohn; ich nenne die Nase: die Kartoffel; ich nenne das Bein den Spazierstock u. s. w. Ich trage den linken Schnurrbart absichtlich etwas kürzer als den rechten, blos damit meine Individualität populär wird. So werde ich ein großer Mann unter Sklaven und so treibe ich es, bis ich pensionirt werde und lasse mir dann von einer jungen Frau die gichterischen Beine reiben und kameradschaftliche Hörner aufsetzen. Liebe Leute, bedauert mich nicht, ich thue es schon selbst!

Der General.

Ich bin ein mächtiger Mann im Staat, d. h. ich kommandire 20 000 lebende —, die sämmtlich vor mir zittern und Andere zittern machen. Ich bin ein „ausgezeichneter General" d. h. ich bin ein Professor in der Wissenschaft des —. Es ist zwar nicht beneidenswerth, sich in etwas auszuzeichnen, das die Vernunft in den Bann thun und die Menschheit — muß; ich bin sogar gewiß, daß einst die Geschichte nur diejenigen Feldherren nicht verdammen wird, welche für Freiheit und Menschenrecht gefochten haben; auch sehe ich voraus, daß tausend glänzende Siege, die man jetzt noch bewundert, einst dem gelungenen Stiletstoß des Banditen werden gleichgestellt werden. Aber was kann mir das Alles helfen? Ich muß jetzt die so lang gespielte Rolle bis an's Ende durchspielen. Mich und meinen „Allergnädigsten" „hält es hoffentlich noch aus". Ich lebe gut, mache unter der Hand ein Geschäft und genieße das Vertrauen meines „Allergnädigsten". Die Soldaten bewundern mich, wenn ich reite, und die Zuschauer und Zeitungen geben mich, gleich meinem „Allergnädigsten", für

„ritterlich“ aus, wenn ich trotz meinen grauen Haaren einen rüstigen Schritt affektire und recht lebhaft mit dem Federbusch schaukele. Bei einer großen Revue sehe ich hier und da ein Bajonnet schief stehen oder einen Knopf fehlen, und das erringt mir den Ruf eines scharfblickenden Feldherrn; ich spreche dann im Allgemeinen einige Worte der Anerkennung, weise mit weitblickender Bedenklichkeit, aber zugleich mit überlegener Ruhe auf patriotische Eventualitäten hin, rekommandire meinen „Allergnädigsten“, geberde mich sehr geheimnißvoll, malträtire zum Schluß meine Muttersprache in einem — „Tagesbefehl“ und scheide als ein künftiger großer Mann, der eine Tasche voll Völkerschicksale mit sich führt, wie ein Anderer eine Tasche voll Pfennige. Werd' ich die ganze — endlich satt, so suche ich Abwechselung in einer diplomatischen Rolle, wozu ich immer noch Aussicht habe, denn zum Volks — — wird sich Niemand besser qualifiziren, als ein — — — —

Der „Allergnädigste“.

Ich hatte einen schrecklichen Traum, der mich nicht mehr zur Ruhe kommen läßt. Ich träumte, ich säße ohne Armee auf meinem Thron, da verwandelte sich der Thron plötzlich in einen — — —.

Staatsanwalt: Diese Flugschrift ist nicht bei einem der Herren Angeklagten, sondern im Archive des Ausschusses der Partei zu Braunschweig vorgefunden worden.

Hierauf gelangen noch, als im Zusammenhang mit der Heinzen'schen Broschüre stehend, zur Verlesung: 1. Aus dem Korrespondenzbuche des Sekretariats das Konzept des Briefes d. d. 3. März 1870 an Karl Heinzen in Amerika, worin Bonhorst bei selbigem unter der Bemerkung, daß die Schrift sehr gut sei und die eifrigste Verbreitung verdiene, anfragt, wie viel jene Druckschrift im Tausend koste und auf wie lange Heinzen Kredit gebe. Es heißt in diesem Konzept u. A.: „Das ist sehr gut; es verdient die größte Verbreitung.“ 2. Ein Brief Karl Heinzen's aus Roxburg in Amerika d. d. 3. Juli 1870, worin derselbe antwortet, daß er für 1000 Exemplare 15 Dollars fordere und 3 Monate kreditire. 3. Ein Brief Konrad Rüll's aus Nürnberg an den Ausschuß d. d. 9. März 1870, welcher seine Ernennung zum Vorstande des Arbeiterbildungsvereins zu Nürnberg mit dem Bemerken anzeigt, daß der Verein die Verbreitung einer Agitationsschrift unter dem Militär durch den Ausschuß für räthlich halte, indem eine Million solcher Flugschriften, in den Kasernen und Soldatenwirthshäusern ausgetheilt, doch

auch einige Wirkung haben müsse. 4. Ein bei Liebknecht gefundener Brief Göhre's aus Wien d. d. 23. Januar 1870, an diesen und den Buchdrucker Thiele gerichtet, worin sich Göhre zur Verbreitung des „Volksstaat" unter den Soldaten in Wien erbietet, die Agitation unter dem Militär für nothwendig erachtet und es für besonders wünschenswerth hält, daß eine solche Flugschrift, so einfach und zündend wie möglich, abgefaßt werde. — Er will sich der Aufgabe unterziehen, diese Schriftstücke unter das Militär zu bringen.

Nach Verlesung dieser Schriftstücke:

Präsident: Die vorgelesene Flugschrift von Karl Heinzen fordert die Soldaten mit unverhüllten Worten auf zum Treubruch und Fürstenmord. In dem Briefe des Ausschußsekretärs v. Bonhorst an Heinzen ist ausdrücklich bemerkt, die Schrift sei gut und verdiene die weiteste Verbreitung. Und die beiden anderen verlesenen Briefe beweisen, daß sich Mitglieder der Partei mit dem Gedanken beschäftigt haben, das Militär für die Zwecke der Partei zu gewinnen. Was haben die Herren Angeklagten zu bemerken?

Liebknecht: Die Produzirung dieses Schriftstücks im gegenwärtigen Prozeß kann ich nur als eine juristische Monstrosität bezeichnen. Die Schrift datirt aus dem Jahre 1848*), vielleicht ist sie sogar älteren Ursprungs. Sie hat keinen der Angeklagten zum Verfasser, ist bei keinem der Angeklagten gefunden, von keinem der Angeklagten verbreitet worden. Die erste Verbreitung in Deutschland hat sie überhaupt erst durch die auf Antrag der Anklage vorgenommene Verlesung hier im Gerichtssaal gefunden. Blos Ein Exemplar ist gefunden worden, mit dem natürlich keine Propaganda zu machen war. Bonhorst, der bei dem Verfasser mehr Exemplare bestellen wollte, sitzt nicht hier auf der Anklagebank — steht, nachdem er im Braunschweiger Hochverrathsprozeß definitiv freigesprochen worden, gar nicht mehr in Untersuchung. Wäre die Flugschrift für Jemand belastend, so wäre sie es für Bonhorst, der eben freigesprochen ward. Nicht einmal indirekt belastend für uns ist die Schrift, weil Bonhorst sich nicht in seiner amtlichen Eigenschaft als Parteisekretär, sondern nur als Privatperson an den Ver-

*) Siehe weiter unten. Das verlesene Exemplar war von einer späteren Auflage, wie aus dem Anfang erhellt. (1894.)

fasser der Flugschrift gewandt hat. Weil Bonhorst mitunter etwas übereilt handelt, wurde der Beschluß gefaßt und seiner Zeit im „Volksstaat“ veröffentlicht, daß kein Brief amtliche Gültigkeit habe, der nicht von mindestens zwei Ausschußmitgliedern unterzeichnet sei. Der Brief an Heinzen trägt aber blos die Unterschrift Bonhorst's und ist schon dadurch allein zum Privatbrief gestempelt. Hätte ich, hätte Einer von uns rechtzeitig erfahren, daß Bonhorst einen solchen Schritt beabsichtige, wir würden sans façon einen Riegel vorgeschoben haben. Wir sind gewiß Gegner des heutigen Militarismus, wünschen gewiß den Sieg unserer Sache, aber durch Verbreitung einer solchen Schrift unter den Soldaten Propaganda machen zu wollen, kann nur einem agent provocateur oder Tollkopf einfallen. Ein agent provocateur ist mein Freund Bonhorst nicht, aber als Tollkopf hat er in dieser Sache gehandelt. Den Vorwurf kann ich ihm nicht ersparen. Hätte Bonhorst die Broschüre erhalten und in den Kasernen verbreitet, so hätte er Tags darauf im Gefängniß gesessen und den Verfolgungen gegen unsere Partei eine thatsächliche juristische Grundlage gegeben, deren sie jetzt völlig ermangeln. Veranlaßt wurde Bonhorst zu dem Schritt durch einen in Deutschland lebenden Freund Heinzen's, der meiner Ueberzeugung nach unserer Partei eine Falle zu stellen beabsichtigte.*) In der Korrespondenz, die in den Händen der Anklage ist, findet sich das Nähere darüber. Was nun die gleichfalls verlesenen Briefe Rüll's und Göhre's angeht, so erfuhr ich von der Existenz des Rüll'schen Briefes erst in der Untersuchung. Der Göhre'sche Brief ist allerdings, wie mir mitgetheilt ward, in meiner Wohnung gefunden worden — trotzdem hatte ich ihn vorher nicht gelesen. Er ist nämlich, was aktenmäßig festgestellt ist, außer an mich auch an Buchdruckereibesitzer Thiele adressirt gewesen. Dieser, dessen Name vor dem meinigen auf der Adresse stand, empfing den Brief während meiner letzten Abwesenheit in Berlin und übergab mir ihn nach meiner Rückkehr mit einer Anzahl andrer Papiere nebst Makulatur. Meine Verhaftung erfolgte noch ehe ich diese Papiere durchgegangen hatte, sonst wäre dieser Brief, dessen darf man versichert sein, von mir zerstört worden, nicht

*) Der Mann ist jetzt todt, und so bleibe der Name verschwiegen. (1894.)

in meinem Interesse, sondern in dem des Absenders. Was gehen mich Briefe an, die Andere schreiben? Man kann mich doch nicht für alle Briefe verantwortlich machen, die ich empfange? Der Herr Staatsanwalt wird sich erinnern, daß ich ihm im vorigen Sommer einen Brief übergab, der aus London an mich gerichtet und offenbar von einem Polizeiagenten in der Absicht geschrieben war, mich zu kompromittiren? Ich führe das nur beispielsweise an, um zu zeigen, wie absolut widersinnig es ist, Jemand auf Grund eines an ihn gerichteten Briefes anzuklagen. Das hieße: jeden ehrlichen Mann in die Gewalt jedes Schurken zu geben.

Zum Schluß muß ich noch erklären, daß Heinzen, der Verfasser der Flugschrift, ein politischer Gegner von uns ist und mich nebst meinen nächsten Freunden mit seiner persönlichen Feindschaft beehrt, wohingegen wir unserseits ihn allerdings nur als lächerliche Person betrachten. Ich habe den Untersuchungsakten Aufsätze beigelegt, die er in seinem Blatt, dem „Pionier", gegen uns geschrieben hat, und in denen speziell Marx, Engels und ich in der schmutzigsten Weise verleumdet sind. Heinzen hat als geistigen Schatz blos zwei fixe Ideen: blinden Haß gegen die Fürsten, die er, im Unverständniß der tieferen ökonomischen Triebkräfte, für die Ursache alles politischen Uebels hält, und ebenso blinden Haß gegen die Kommunisten, denen er nicht verzeihen kann, daß sie sich von politischen Wirthshaus-Bramarbassen nicht wollen nasführen lassen. Zur Charakteristik Heinzen's sei nur noch gesagt, daß er vor 1848, um einem Preßprozeß aus dem Wege zu gehen, aus Preußen in die Schweiz entfloh; von dort aus durch kleine in Briefkouverts versteckte Flugblätter Deutschland in die Luft zu sprengen versuchte; 1849 bei der Reichsverfassungskampagne hinter der Revolutionsarmee herlief, aber ausriß, als er die erste preußische Kugel in der Entfernung pfeifen hörte; dann in sicherem Versteck eine Dampfguillotine entdeckte und schließlich das Weltmeer zwischen sich und die Zündnadelgewehre brachte, und nun seit 20 Jahren ausschließlich damit beschäftigt ist, das deutsche Schimpflexikon zu bereichern. So viel über Heinzen. Und eine Schrift dieses Manns produzirt man als Belastungsmaterial gegen uns. Fürwahr, es ist die ungeheuerlichste Leistung in diesem an Ungeheuerlichkeiten reichen Prozeß. Und wohlgemerkt: das Heinzen'sche Flugblatt ist das Hauptaktenstück

der Anklage. Es bildet den Kern des riesigen Nebelschweifs, der in den letzten 9 Tagen an uns vorübergezogen ist. Alles war Nebel, und gleich dem Kern der wirklichen Kometen ist auch dieser Kern des anklägerischen Nebelsterns nur Nebel.

Präsident: Sie stellen in Abrede, das Schriftstück verbreitet zu haben?

Liebknecht: Gewiß. Ich werde stets dahin wirken, daß der Militärstaat aufhört, indessen Denjenigen, welcher mit solchen Mitteln, wie der gedachten Flugschrift, vorgeht, muß ich wiederholt für einen agent provocateur erklären.

Präsident: Die Existenz der Broschüre war Ihnen gänzlich unbekannt?

Liebknecht: Nein, wie ich vorhin sagte, war mir von früher her bekannt, daß Heinzen eine derartige Broschüre 1848 geschrieben hatte. Davon, daß etwas Aehnliches unter den Braunschweiger Akten gefunden sei, bekam ich kurz vor unserer Arretirung eine Ahnung. Zwei Tage, ehe wir verhaftet wurden, las ich nämlich im „Leipziger Tageblatt", aus einem preußischen offiziösen Blatte, der „Zeidler'schen Korrespondenz", entlehnt, daß man bei der Aufhebung des Braunschweiger Ausschusses und seines Archives auch einen „Militärkatechismus" gefunden habe. Daß es die Heinzen'sche Broschüre war, konnte ich natürlich nicht wissen. Wie die „Zeidler'sche Korrespondenz" Kenntniß von dem Aktenstück erlangt hat, weiß ich nicht. Jedenfalls liegt eine schwere Verletzung des Amtsgeheimnisses vor. Nun — hätten wir uns schuldig gefühlt, wir waren durch diese Notiz rechtzeitig gewarnt; wir sind aber nicht geflohen, sondern wir hofften noch, daß in Sachsen Recht werde Recht bleiben.

Bebel: Ich habe von der Existenz der Broschüre erst in der Untersuchungshaft erfahren und von ihrem Inhalt erst jetzt durch die Verlesung Kenntniß erhalten. Ich muß daher nachdrücklich jede Verantwortlichkeit für diese Broschüre ablehnen. Dafür, daß dieselbe nach Braunschweig gekommen, ist einzig Bonhorst verantwortlich. Ein so entschiedener Gegner des Militarismus ich bin, so kann ich doch die Art und Weise, wie er hier bekämpft wird, nicht billigen. Abgesehen von der oft rohen, jedenfalls nicht anziehenden Sprache, muß ich gestehen, daß ich den Versuch, durch eine derartige Flugschrift das Militär zu gewinnen, für höchst verkehrt, ja kindisch

halte. Die Briefe Rüll's und Göhre's kannte ich vor der Untersuchung nicht.

Hepner: Als diese Broschüre erschien, war ich gerade anderthalb Jahre alt. Uebrigens muß ich bemerken, daß sie mir auch in der Untersuchung nicht vorgelegt wurde.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich will blos konstatiren, daß man sich jetzt mit einer Broschüre, die zu keinem der Angeklagten in irgend welcher Beziehung steht, $1^1/_2$ Stunden lang beschäftigt hat. (Große Heiterkeit.)

Präsident: Ich ersehe aus den Akten, daß die Schrift allerdings Herrn Hepner in der Untersuchung nicht vorgelegt wurde. Der Grund war, daß sie, als die Vernehmung des Herrn Hepner erfolgte, bereits wieder nach Braunschweig zurückgeschickt worden war.

Staatsanwalt: Herr Liebknecht, Sie haben behauptet, die Schrift sei im Jahre 1848 verfaßt. Sie sind im Irrthum. Wie ich sehe, ist darin von den Kosten der Kriege seit dem Jahr 1853 die Rede.

Liebknecht: Dann ist's eine neue Auflage. Ich hatte die Schrift schon 1848 in den Händen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich werde bei der Zeugenvernehmung Bonhorst's konstatiren, daß die Angeklagten mit dieser Schrift absolut nichts zu schaffen haben.

Staatsanwalt: Herr Liebknecht, wenn Sie es als „ungeheuerlich" bezeichneten, daß die Schrift von der Anklage mit verwendet worden, so muß ich Sie doch darauf aufmerksam machen, daß in den Briefen aus Wien und Berlin eine „für Soldaten geeignete Flugschrift" begehrt wird. Herr v. Bonhorst ersucht Karl Heinzen, ihm die Bedingungen des Ankaufs der Broschüre mitzutheilen, und ein Exemplar der Broschüre ist im Archiv Ihres Parteiausschusses vorgefunden worden. Ich denke, das ist doch Grund genug, die Anklage auch auf diesen Punkt zu erstrecken.

Liebknecht: Den Ausdruck „ungeheuerlich" muß ich aufrecht erhalten und auf die jetzige Erklärung des Herrn Staatsanwalts ausdehnen. In Braunschweig wird ein einziges Exemplar einer Broschüre gefunden und daraus schließt der Herr Staatsanwalt, daß wir in Leipzig „Hochverrath" vorbereitet hätten — ist das nicht „ungeheuerlich"? Aus den Untersuchungsakten, wenn er es nicht vorher wußte, ersah der Herr Staatsanwalt, daß diese Broschüre von einem

unserer heftigsten politischen Gegner herrührt und daß keiner von uns von der Bestellung des betreffenden Exemplars eine Ahnung gehabt — dennoch läßt er diese Broschüre in die Beweismittel aufnehmen und hier verlesen — ist das nicht „ungeheuerlich“? Und jetzt giebt er zu seiner Rechtfertigung an, daß ein paar Leute an mich um eine „für Soldaten geschriebene Flugschrift“ geschrieben haben! Ist das nicht „ungeheuerlich“? Weiß der Herr Staatsanwalt nicht, daß ich blos für das, was ich schreibe, verantwortlich bin, nicht aber für das, was ein Anderer an mich schreibt? Kann nicht Jeder Jedes an mich schreiben? Und begreift der Herr Staatsanwalt nicht, daß die bloße simple Thatsache, daß die betreffenden Briefe unter meinen Papieren gefunden wurden, den Beweis dafür liefert, daß ich diese Briefe entweder nicht gelesen — was der Fall ist — oder ihnen keine Bedeutung beigelegt habe? Oder hält er mich für naiv genug, Briefe aufzubewahren, von denen ich weiß, daß sie mit Hochverrath angefüllt sind? Hat der Herr Staatsanwalt, hat die Anklage auch nur den leisesten Versuch gemacht, irgend ein von uns, den Angeklagten, angezetteltes Komplott nachzuweisen, auf das diese Briefe sich beziehen könnten? Begreift der Herr Staatsanwalt nicht, daß, wenn kein solches Komplott — das wir entweder angezettelt oder in das wir wenigstens verwickelt sind — nachgewiesen wird, diese Briefe absolut irrelevant für die Anklage gegen uns sind und blos Privatäußerungen Dritter sind, die zu diesem Prozeß in absolut keinem Zusammenhang stehen? Nein, Herr Staatsanwalt — als ich vor 10 Jahren nach Deutschland zurückkehrte, nahm ich mir vor, in puncto der mir sattsam bekannten deutschen Justiz dem Horazischen nil admirari*) zu huldigen, und ich habe meinen Entschluß nach besten Kräften auch ausgeführt, aber solche Praxis und solche Logik zwingen mich, an so Wunderbares ich mich auch habe gewöhnen müssen, denn doch zum admirari.**)

Staatsanwalt: (erhebt sich und setzt sich wieder).

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Herr Liebknecht, haben Sie von dem Briefwechsel zwischen Bonhorst und Heinzen etwas gewußt?

---

*) Sich über nichts wundern.
**) Sich wundern. Verwunderung.

Liebknecht: Nicht vor der Untersuchung. Hätte Bonhorst mir mitgetheilt, daß er sich in dieser oder überhaupt in irgend einer Sache an Heinzen wenden wolle, so würde ich ihn daran zu hindern gesucht haben.

Hierauf wird verlesen:

1. ein an Otto-Walster, d. d. 14. März 1870, gerichteter Brief mit der Unterschrift: „Der Ausschuß: Für denselben v. Bonhorst, Sekretär"; zugleich auch von Bracke unterzeichnet. Es wird darin dem Adressaten die Umarbeitung eines von ihm dem Ausschusse zum Abdruck im „Volksstaat" übersendeten Romans unter dem Bemerken anheimgegeben, daß ein Revolutionslied für die Arbeiter bei der geschilderten Volkserhebung sehr zeitgemäß, auch ein Uebergang des Militärs zu den republikanischen Freischaaren ein praktischer Fingerzeig sei, und daß vielleicht ein Revolutionslied, im entscheidenden Augenblick unter das Militär gebracht, eine solche Wirkung für die Zeit des Kampfes zur Folge haben könne;

2. ein Brief Walster's, d. d. 15. März 1870, an den Ausschuß, worin er sich mit den gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt.

Präsident: Aus den verlesenen Briefen, deren erster einen offiziellen Charakter trägt, erhellt klar, daß man in Ihrer Partei an eine Revolution und Uebergang des Militärs zum Volk dachte.

Liebknecht: Die verlesenen zwei Briefe beziehen sich auf einen von Walster verfaßten Roman*), dessen Veröffentlichung im „Volksstaat" vom Ausschuß beschlossen worden war. Was diese Briefe hier sollen, ist mir unbegreiflich; sie sind weder von einem der Angeklagten, noch auch nur an einen der Angeklagten geschrieben. Was die darin vorkommenden Ausdrücke anbelangt, so muß man sie dem dichterischen Gegenstand zu Gute halten. Es handelt sich eben um einen Roman, gegen dessen Aufnahme in den „Volksstaat" ich mich, beiläufig bemerkt, gleich meinen Mitangeklagten, ganz entschieden verwahrte. Indem die Anklage einen Roman zum Hochverrath macht, macht sie so recht handgreiflich diesen Hochverrath zu einem Roman.

Wenn solche Theorien zur Geltung kommen, so müßte man den deutschen Bühnenverwaltungen rathen, Stücke wie

*) Es ist der seitdem auch im „Vorwärts" abgedruckte und in Buchform erschienene Roman: „Am Webstuhl der Zeit". (1894.)

„Wilhelm Tell", „Fiesko", „Julius Cäsar" u. s. w. nicht mehr aufzuführen, da sie sonst gar leicht sich eine Anklage wegen zum Hochverrath vorbereitender Handlungen zuziehen könnten.

Bebel: Der fragliche Roman ist theilweise im „Volksstaat" erschienen, jedoch unter lebhaftem Protest seitens der Redaktion wie auch meinerseits. Wir waren der Ansicht, daß der beschränkte Raum des „Volksstaat" kein Feuilleton zulasse, am wenigsten den Abdruck eines mehrere Bände umfassenden Romans. Den offiziellen Charakter des Briefes an Walster muß ich bestreiten; es ist wahr, außer der Unterschrift Bonhorst's, des Schreibers, trägt er auch die Bracke's, allein Bracke, der Kaufmann und sehr beschäftigt ist, hatte die Gewohnheit, Briefe zu unterzeichnen, von deren Inhalt er blos im Allgemeinen unterrichtet war.*) Wie dem aber sei, jedenfalls haben wir mit den beiden verlesenen Briefen nicht das Mindeste zu schaffen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich hatte die Absicht, verschiedene Briefe, in denen sich die Angeklagten tadelnd über die Veröffentlichung des Walster'schen Romans im „Volksstaat" aussprechen, hier verlesen zu lassen, will aber darauf verzichten, wenn der Herr Staatsanwalt die Thatsache, daß solche Briefe vorhanden sind, bestätigt.

Staatsanwalt: Ich bestätige, das die Angeklagten in verschiedenen bei den Akten liegenden Briefen sich gegen die Aufnahme des Romans in den „Volksstaat" erklärt haben.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr Nachmittags.)

Elfter Verhandlungstag.

Montag, den 22. März.

Nach Eröffnung der Sitzung (früh 9 Uhr) ergreift das Wort der

Staatsanwalt: Die Vertheidigung hat gestern eine Nichtigkeitsbeschwerde deshalb angemeldet, weil drei Nummern der in der Schweiz erscheinenden Zeitschrift „Felleisen" mit

*) Hans Blum schreibt: — „die Angeklagten leugnen (!) ohne jeden Erfolg, daß der Brief des Ausschusses ein offizielles Aktenstück sei." Von „Leugnen", lieber Hans, kann überhaupt nicht die Rede sein, da der Brief die Angeklagten juristisch gerade so viel anging als der Lakaienklatsch eines gewissen Hans Blum über die Bedientenkränzchen „bei Bismarcken".

zur Vorlesung gelangt sind. Die Vertheidigung stützt die Nichtigkeitsbeschwerde darauf, daß Herr Liebknecht bereits wegen des „Felleisen“ eine Verurtheilung bei dem Königl. Bezirksgericht zu Leipzig erlitten habe. Ich habe die betreffenden Untersuchungsakten herbeigezogen. Daraus geht hervor, daß Herr Liebknecht im Jahre 1869 wegen Verbreitung des Programms des „Felleisen“ von dem Bezirksgerichts in Leipzig in Anklagezustand versetzt und zu sechs Wochen Gefängnißstrafe verurtheilt worden ist. Diese Strafe, die in zweiter Instanz auf vier Wochen herabgesetzt ward, hat der Angeklagte bis auf einen Tag abgebüßt. Nun hat aber der Angeklagte nach dieser Verurtheilung und nach der Verbüßung der Haft, und zwar in den Nummern 26, 50, 52 und 73 des „Volksstaat“ von 1870, das „Felleisen“ den Parteigenossen abermals empfohlen. Diese Erklärung ist geschehen in einer Zeit, wo dem Angeklagten bekannt sein mußte, daß der Inhalt des „Felleisen“ gegen das Strafgesetzbuch verstößt.

Liebknecht: Es ist bereits konstatirt worden, daß der „Volksstaat“ nach journalistischem Usus periodisch das „Felleisen“ wie alle anderen Parteiorgane anzukündigen und zu empfehlen pflegte. Eine besondere Empfehlung des „Felleisen“ hat beiläufig nicht stattgefunden.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich bleibe bei meiner Nichtigkeitsbeschwerde und halte die Ausführungen des Herrn Staatsanwalts für irrelevant.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich schließe mich der eben abgegebenen Erklärung an. Daraus, daß ein einziger Artikel strafbar befunden worden, geht nicht hervor, daß das „Felleisen“ überhaupt seinem ganzen Inhalt nach strafbar ist. Unsere Nichtigkeitsbeschwerde gründet sich auch nicht darauf, daß Nummern des „Felleisen“ hier verlesen worden sind, sondern darauf, daß ein bestimmter Artikel aus dem „Felleisen“ mit zur Verlesung gelangt ist, der bereits dem Angeklagten Liebknecht eine Verurtheilung eingetragen hat.

Bebel: Wenn die Logik des Herrn Staatsanwalts richtig sein sollte, dann müßte sie auch auf den „Volksstaat“ angewandt und derselbe überhaupt für ein staatsgefährliches Blatt erklärt werden, da man schon verschiedene staatsgefährliche Artikel in ihm entdeckt zu haben glaubt.

Präsident: Ueber die Begründung der Nichtigkeitsbeschwerde wird eine höhere Behörde zu beschließen haben.

Es kommen nun zum Vortrag einzelne Theile des in dem Archiv des Ausschusses in Braunschweig vorgefundenen Privatkorrespondenzbuches der Ausschußmitglieder, in welchem sie ihre Ansichten austauschten, speziell ein Briefwechsel zwischen Bracke und Bonhorst.

(Die Angeklagten erkennen die Authentizität der Handschriften der beiden genannten Ausschußmitglieder an.)

Bracke äußert sich gegen Bonhorst unter Anderm:

„Schreibe nur nicht wieder solche famose Briefe an die Genossenschaften. — — Die Leute sind auch Sozialisten und Revolutionäre und haben so wenig wie ich Verständniß für Deine „unter-Schulze'schen" Ideen.

Unserer Partei liegt die Erkenntniß zu Grunde, daß nur durch die Intervention des Staats im Großen, nöthigenfalls erzwungen durch eine Revolution, die sozialistische Gesellschaft eingeführt werden könne (was nur in einem Volksstaate möglich ist). Deshalb das Streben, die staatlichen Zustände zu ändern und, da wir wenig Hoffnung haben können, dies auf friedlichem Wege zu thun, die Vorbereitung auf Gewalt."

In Erwiderung auf diese Zuschrift sagt Bonhorst:

„Ich bin, was meine Anschauung anlangt, so gut und prinzipiell Sozialist und Revolutionär, daß ich vor keiner Konsequenz zurückschrecke. — — Die Zeit wird wohl hoffentlich nicht mehr so fern sein, — wo wir aus diesem doktrinären, alleinseligmachenden Revolutionarismus heraustreten in den praktischen."

Ferner schreibt Bonhorst an Bracke:

„Dann gieb einmal Deine Ansicht kund, ob nicht doch der Nürnberger Gedanke bald in Angriff genommen werden könnte."

Präsident: Die Angeklagten erkennen die Briefe für echt an. Die Staatsanwaltschaft findet dieselben sehr belastend, weil die Mitglieder Ihres Ausschusses selbst erklären, daß Ihr Streben in „Vorbereitung auf die Gewalt" besteht.

Liebknecht: In Wirklichkeit ist dieser Briefwechsel höchst harmlos. Die Worte „revolutionär", „Revolution" kommen öfters darin vor, allein aus dem Zusammenhang und der Anschauungsweise der Schreiber erhellt, daß sie in dem schon oft von uns betonten Sinne gebraucht sind. Der Ausdruck „doktrinärer" und „praktischer Revolutionarismus" z. B. bezieht sich auf nichts weiter, als auf den in den Mittheilungen angedeuteten Plan, eine Art von Konsum- und

Produktiv-Assoziation zu gründen und besonders die Zigarrenproduktion ꝛc. in die Hand zu nehmen. Von diesem „revolutionären“ Projekt Bonhorst's sagt Bracke, es sei eine „unter-Schulze'sche Idee“, also nicht einmal so „revolutionär“ als eine der Genossenschaften des gewiß nicht hochverrätherischen Herrn Schulze von Delitzsch. Außerdem konstatire ich, daß all' das soeben Verlesene nur Privatäußerungen sind, aus welchen noch zudem hervorgeht, daß der Ausschuß sich oft über seine amtlichen Funktionen nicht klar gewesen ist. Das aber, was einzelne Mitglieder des Ausschusses als Privatpersonen sagen oder thun, das kann doch für mich und für meine Mitangeklagten nicht bindend sein, und für die Partei auch nicht. Es ist natürlich nicht meine Sache, hier die Strafloſigkeit dessen zu beweisen, was Bracke und Bonhorst geschrieben haben, und was uns erst während der Untersuchung bekannt geworden ist; indeß, da man durchaus eine Solidarität mit der Partei herstellen will, und da das Hereinziehen dieses Materials die Anklage charakterisirt, erlaube ich mir einige Bemerkungen. Der Ausdruck „wenn nicht mit Güte, dann mit Gewalt“ scheint mir durchaus nicht belastend; denn wenn einmal die Nothwendigkeit, zur Gewalt zu greifen, da ist, dann ist auch die Gewalt da, ohne daß Jemand noch besonders etwas dazu thun müßte oder thun könnte. Bei dem Ausdrucke: „Vorbereiten zur Gewalt“ mache ich zunächst darauf aufmerksam, daß er in einer Privatkorrespondenz gebraucht wird. Und selbst wenn, was nicht der Fall ist — schon der flüchtigste Einblick in dieses Korrespondenzbuch zeigt, daß es nur hastig hingeworfene, dem Moment entsprungene Notizen, ohne alle und jede offizielle Prätension enthält — selbst wenn Bonhorst und Bracke in ihrer amtlichen Eigenschaft diese Notizen geschrieben hätten, so würde das die Partei nicht im Mindesten belasten. Es würde blos beweisen, daß Bracke und Bonhorst ihre amtlichen Befugnisse falsch aufgefaßt hatten, sich über ihre Funktionen nicht klar gewesen sind. Wenn die Partei mit der Auffassung, daß sie sich zur „Gewalt“, d. h. zum Hochverrath im Sinn der Anklage vorbereiten müsse, übereinstimmte, dann müßten doch unter den Bergen konfiszirter Schriften — und wohlgemerkt, die Anklage hat alle, alle Schriften des Ausschusses im Besitz — einige die Partei gravirende Sachen gefunden worden

sein. Man hat aber nichts, gar nichts weiter als dieses armselige Sätzchen „Vorbereiten der Gewalt" aus einer privaten Korrespondenz! Mag diesen Ausdruck Der verantworten, welcher ihn gebrauchte, nämlich Bracke. Er hat ihn sogar verantwortet, er hat nachgewiesen, daß kein Hochverrath darin steckt, und man hat ihm nichts anhaben können. Was geht Bracke's Privatkorrespondenz uns an? Man hat aber nichts anderes, was einem Beweise ähnlich sähe, als diesen Schatten eines solchen. Hätte man etwas Anderes gefunden, man würde uns nicht heut schon den elften Tag durch die Verhandlungen hindurchschleifen, im resultatlosen Bemühen, eine greifbare Handhabe zu finden. Wohl: wir sind eine revolutionäre Partei, wir wollen den heutigen Staat umgestalten — — aber man weise das verbindende Glied von der theoretischen Ueberzeugung zum praktischen ungesetzlichen Handeln nach, man zeige, daß und wo wir versucht haben, den Hebel ungesetzlicher Aktion anzusetzen! Wäre man im Stande gewesen, diesen Nachweis zu führen, man hätte uns schon den ersten Tag verurtheilt! Gerade diese von der Anklage so sehr betonte Privatäußerung eines einzelnen Parteimitglieds, gerade der Umstand, daß diese Privatäußerung eines Dritten, für die uns keinerlei Verantwortlichkeit aufgebürdet werden kann, als mächtigstes Beweisstück gegen uns vorgeführt wird, ist eminent entlastend, zeigt, auf wie wackeligen Füßen die Anklage und dieser ganze Prozeß steht. Man verliest, was Männer, die hier nicht angeklagt sind, geschrieben haben; der Herr Staatsanwalt ist aber verpflichtet, zu beweisen, daß wir hochverrätherische Handlungen begangen haben.

Bebel: Ich konstatire, daß das Korrespondenzbuch, in welchem sich die vorgelesenen Briefe befinden, blos dazu bestimmt war, Bracke und Bonhorst zum Austausche ihrer Privatmeinungen zu dienen. Von der Existenz dieses Buches erfuhr ich erst in der Untersuchung. Ich vermuthe, daß es, um einen schwerfälligen, förmlichen Briefwechsel zu vermeiden, durch einen Boten zwischen Bracke und Bonhorst hin- und hergetragen wurde. Wenn in dem Buch wiederholt mein Name genannt wird, so muß ich bemerken, daß die Schreiber sich auf einen von mir für den „Volksstaat" geschriebenen Artikel: „Wie kommen wir zu Geld?" beziehen. Die revolutionären Phrasen, die mitunter vorkommen, haben einen sehr unhochverrätherischen

Inhalt. Bonhorst hatte nämlich den abenteuerlichen und höchst unrevolutionären Plan, durch Errichtung von Produktiv- und Konsumtionsgenossenschaften die heutige Gesellschaft aus der Welt zu schaffen.

Hepner: Die ganze Korrespondenz geht mich nichts an; ich habe nichts dazu zu sagen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Herr Liebknecht, hatten Sie vor der Untersuchung Kenntniß von der Existenz dieses Büchelchens?

Liebknecht: Nein.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich konstatire auch, daß am Schluß des Verlesenen von dem von Nürnberg aus angeregten Gedanken einer Agitation in der Kaserne gesprochen ist. Diese Anregung ist also nicht von Liebknecht ausgegangen. Man würde sich sicherlich nicht auf Rüll in Nürnberg berufen, wenn man die Autorität Liebknecht's zur Seite hätte. Das Büchlein hat einen absolut privaten Charakter, und bitte ich, dasselbe den Herren Geschwornen vorzulegen.

(Der Präsident giebt den privaten Charakter zu und läßt das Büchlein auf die Geschwornenbank bringen. Auch konstatirt er, daß sich das Original bei den Braunschweiger Akten befindet.)

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich konstatire noch die in der Korrespondenz hervortretende Meinungsdifferenz zwischen Bracke und Bonhorst. —

(Es wird nun eine Broschüre von Heinzen: „Wer und was ist das Volk?" vorgenommen. Die Vertheidigung ist ganz einverstanden damit, daß nur diejenigen Stellen verlesen werden, welche der Staatsanwaltschaft besonders belastend erscheinen.)

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich konstatire, daß auch diese Broschüre sich bei den Braunschweiger Akten befindet.

(Es erfolgt nun die Verlesung der von der Vertheidigung und Staatsanwaltschaft bezeichneten Theile der Broschüre. Unter Anderem kommt darin die Stelle vor: „Der Adel ꝛc. gehört ebenso wenig zum Volke wie Ungeziefer zum Kinde. Die Revolution ist für ein Volk, was der Kamm für ein Kind.")

Präsident: Ist den Angeklagten die Broschüre bekannt?

Liebknecht: Daß die Broschüre existirte, wußte ich — aber der Name des Verfassers war mir Grund genug, sie nicht zu lesen. Natürlich habe ich sie nicht verbreitet.

sein. Man hat aber nichts, gar nichts weiter als dieses armselige Sätzchen „Vorbereiten der Gewalt" aus einer privaten Korrespondenz! Mag diesen Ausdruck Der verantworten, welcher ihn gebrauchte, nämlich Bracke. Er hat ihn sogar verantwortet, er hat nachgewiesen, daß kein Hochverrath darin steckt, und man hat ihm nichts anhaben können. Was geht Bracke's Privatkorrespondenz uns an? Man hat aber nichts anderes, was einem Beweise ähnlich sähe, als diesen Schatten eines solchen. Hätte man etwas Anderes gefunden, man würde uns nicht heut schon den elften Tag durch die Verhandlungen hindurchschleifen, im resultatlosen Bemühen, eine greifbare Handhabe zu finden. Wohl: wir sind eine revolutionäre Partei, wir wollen den heutigen Staat umgestalten — — aber man weise das verbindende Glied von der theoretischen Ueberzeugung zum praktischen ungesetzlichen Handeln nach, man zeige, daß und wo wir versucht haben, den Hebel ungesetzlicher Aktion anzusetzen! Wäre man im Stande gewesen, diesen Nachweis zu führen, man hätte uns schon den ersten Tag verurtheilt! Gerade diese von der Anklage so sehr betonte Privatäußerung eines einzelnen Parteimitglieds, gerade der Umstand, daß diese Privatäußerung eines Dritten, für die uns keinerlei Verantwortlichkeit aufgebürdet werden kann, als mächtigstes Beweisstück gegen uns vorgeführt wird, ist eminent entlastend, zeigt, auf wie wackeligen Füßen die Anklage und dieser ganze Prozeß steht. Man verliest, was Männer, die hier nicht angeklagt sind, geschrieben haben; der Herr Staatsanwalt ist aber verpflichtet, zu beweisen, daß wir hochverrätherische Handlungen begangen haben.

Bebel: Ich konstatire, daß das Korrespondenzbuch, in welchem sich die vorgelesenen Briefe befinden, blos dazu bestimmt war, Bracke und Bonhorst zum Austausche ihrer Privatmeinungen zu dienen. Von der Existenz dieses Buches erfuhr ich erst in der Untersuchung. Ich vermuthe, daß es, um einen schwerfälligen, förmlichen Briefwechsel zu vermeiden, durch einen Boten zwischen Bracke und Bonhorst hin- und hergetragen wurde. Wenn in dem Buch wiederholt mein Name genannt wird, so muß ich bemerken, daß die Schreiber sich auf einen von mir für den „Volksstaat" geschriebenen Artikel: „Wie kommen wir zu Geld?" beziehen. Die revolutionären Phrasen, die mitunter vorkommen, haben einen sehr unhochverrätherischen

Inhalt. Bonhorst hatte nämlich den abenteuerlichen und höchst unrevolutionären Plan, durch Errichtung von Produktiv- und Konsumtionsgenossenschaften die heutige Gesellschaft aus der Welt zu schaffen.

Hepner: Die ganze Korrespondenz geht mich nichts an; ich habe nichts dazu zu sagen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Herr Liebknecht, hatten Sie vor der Untersuchung Kenntniß von der Existenz dieses Büchelchens?

Liebknecht: Nein.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich konstatire auch, daß am Schluß des Verlesenen von dem von Nürnberg aus angeregten Gedanken einer Agitation in der Kaserne gesprochen ist. Diese Anregung ist also nicht von Liebknecht ausgegangen. Man würde sich sicherlich nicht auf Rüll in Nürnberg berufen, wenn man die Autorität Liebknecht's zur Seite hätte. Das Büchlein hat einen absolut privaten Charakter, und bitte ich, dasselbe den Herren Geschwornen vorzulegen.

(Der Präsident giebt den privaten Charakter zu und läßt das Büchlein auf die Geschwornenbank bringen. Auch konstatirt er, daß sich das Original bei den Braunschweiger Akten befindet.)

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich konstatire noch die in der Korrespondenz hervortretende Meinungsdifferenz zwischen Bracke und Bonhorst. —

(Es wird nun eine Broschüre von Heinzen: „Wer und was ist das Volk?" vorgenommen. Die Vertheidigung ist ganz einverstanden damit, daß nur diejenigen Stellen verlesen werden, welche der Staatsanwaltschaft besonders belastend erscheinen.)

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich konstatire, daß auch diese Broschüre sich bei den Braunschweiger Akten befindet.

(Es erfolgt nun die Verlesung der von der Vertheidigung und Staatsanwaltschaft bezeichneten Theile der Broschüre. Unter Anderem kommt darin die Stelle vor: „Der Adel ꝛc. gehört ebenso wenig zum Volke wie Ungeziefer zum Kinde. Die Revolution ist für ein Volk, was der Kamm für ein Kind.")

Präsident: Ist den Angeklagten die Broschüre bekannt?

Liebknecht: Daß die Broschüre existirte, wußte ich — aber der Name des Verfassers war mir Grund genug, sie nicht zu lesen. Natürlich habe ich sie nicht verbreitet.

Bebel: Ich habe die Broschüre, möglichen Falls schon vor 1869, hier in Leipzig von einem Kolporteur gekauft. Daß sie sich im Besitz des Ausschusses befand, ob sie von demselben vertrieben wurde oder nicht, davon wußte und weiß ich nichts. Ich selbst habe sie nicht verbreitet.

Hepner: Kurz vor der Einleitung der Untersuchung habe ich die Broschüre gelesen — woher ich sie aber hatte, weiß ich nicht; verbreitet habe ich sie nicht.

Präsident: Was haben Sie über den Inhalt der Broschüre zu erklären?

Liebknecht: Zum Inhalt habe ich nichts zu sagen, als: bei einer Nachsuchung in meiner Wohnung könnten in meinem Privatbesitz viele Schriften gefunden werden, welche zehnmal Schlimmeres enthalten als diese Broschüre, deren Auffassung von der unsrigen vollständig verschieden ist.

Bebel: Die Broschüre zeigt durch ihren ganzen Inhalt, daß der Verfasser kein Sozialdemokrat ist.

Hepner: Ich habe nichts zu bemerken. —

Es folgt nun die Verlesung eines Briefes von Bebel an den Ausschuß, d. d. 3. September 1869. In diesem Briefe spricht der Verfasser sein Urtheil über die von einzelnen Vereinen beantragte Ermäßigung der Steuern zur Ausschußkasse aus. Bebel ist für die Ermäßigung, damit die Partei immer mehr gewinne und „am Tage der Entscheidung" der Ausschuß über mehrere Tausend von Thalern verfügen könne. In Sachsen existiren noch gegen 70 Arbeitervereine, die alle durch die Steuerermäßigung zum Eintritt in die Partei bewogen werden könnten. Verweigere man die gewünschte Steuerermäßigung, so treibe man Viele aus der Partei, während im gegentheiligen Fall die Partei stark an Mitgliedern gewinnen würde. Schließlich ersucht Bebel den Ausschuß, einen Aufruf an die Partei zur Unterstützung des „Volksstaat" zu erlassen.

In einem weiteren zur Vorlesung gelangenden Briefe Bebel's an Bracke, d. d. 11. Oktober 1869, heißt es:

„Mit der Art, wie die Parteiagitation getrieben wird, bin ich gar nicht zufrieden; Ihr schickt Leute über Leute und gebt Geld dafür aus, ohne daß Ihr Euch die Leute näher ansieht und fragt, ob sie auch der Partei Nutzen schaffen. Ihr habt in der Provinz Sachsen einige angestellt, z. B. P. aus D., der meines Erachtens garnicht der passende Mann für die Partei ist. Er

veröffentlicht im „Volksstaat“ fortwährend Berichte und macht viel Lärm über seine Erfolge, aber die Partei gewinnt keine Mitglieder; das ist nicht der Mann dazu, Sympathien zu erwecken.

Mit Rüdt sind wir auch reingefallen*); nach seinem Auftreten in Eisenach glaubte man Wunder, was er leisten könnte, es sieht aber mit seinen Leistungen gar windig aus. Der Mensch verputzt sein Geld in einer ganz unverantwortlichen Weise und macht Schulden über Schulden, er hat uns in der kurzen Zeit seines Hierseins schon 75 Thaler gekostet. Ich muß ihn förmlich unter Kuratel halten und ihn veranlassen, daß er sein Geld nicht für unnütze Dinge todtschlägt und dagegen seinen nothwendigsten Lebensunterhalt auf Borg nimmt. Wenn nicht besser gewirthschaftet wird, bei der Auswahl von Kräften, die wir bezahlen müssen, nicht größere Sorgfalt beobachtet und die faulen Kräfte nicht rücksichtslos ausgeschieden werden, so danke ich für die fernere Arbeit bei der Partei. Rüdt's Mittagessen ist noch unbezahlt, der Monat ist zu Ende und er hat schon 12 Thaler voraus, wo soll das hinaus? Jetzt wollt Ihr ihn gar auf die Agitation schicken, wir bezahlen also seine Schulden und machen neue Geldausgaben. Da hat das Gerede vom „Verwüsten der Arbeitergroschen“ wirklich einen Sinn.

Wie faul der Bursche ist, kannst Du daraus ersehen, daß er heute Vormittag zu mir kam, sich ungenirt auf das Sopha streckte und einschlief. Nach Tische kommt er regelmäßig zu mir, setzt sich aufs Sopha und schläft, während ich am Schreibtisch sitze und arbeite. Vor dem Arbeiten hat er eine heilige Scheu. Daß dies und manches Andere, was ich nicht erwähnen will, unser Familienleben nicht sehr angenehm macht, brauche ich wohl nicht zu versichern.

Mit unseren Mitarbeitern haben wir bisher Pech gehabt. Erst hatten wir den schönen Werner, der uns schweres Geld gekostet und nichts geleistet, dann kam Karl Hirsch, dem es an Kenntnissen nicht fehlt, aber faul war er auch.**) Jetzt kam Rüdt, der weder Kenntnisse, noch Lust zum Arbeiten hat. So haben wir schon ein paar Hundert Thaler hinausgeworfen. Mit den

*) Siehe die Note ** auf S. 196. (1894.)

**) Mehrere Aeußerungen dieses Briefes sind von der „honneten“ Bourgeoispresse in Beweise dafür, daß von der Arbeiterpartei „die Arbeitergroschen verwüstet“ würden, verdreht worden, während sie umgekehrt den handgreiflichsten Beweis dafür liefern, daß die Arbeiterpartei Faullenzer und Lumpen nicht unter sich duldet. Das ist freilich ein Verbrechen in den Augen von Gegnern, welche die Faullenzer und Lumpen nicht nur unter sich dulden, sondern ihnen auch die obersten Posten anweisen. Die unseren Freund Karl Hirsch betreffende Aeußerung ist, als unbegründet, von Bebel zurückgenommen worden.

Leistungen der meisten Leute sieht's wirklich windig aus. Auch das Blatt wird jedenfalls ein bedeutendes Defizit ergeben. Ich habe heute dem Drucker 13 Thaler, Liebknecht noch 5 Thaler zur Reise nach Basel aus meinen Mitteln gegeben, die Ihr mir bald zurücksenden wollt. Ladendorf hat heute einen 12 Seiten langen Brief eingesendet, in welchem er sich keineswegs als prinzipieller Gegner der Baseler Beschlüsse erklärt. Er bemerkt sehr richtig, man könne ohne die Bauern wohl eine Revolution machen, aber sobald es in der Republik zur Abstimmung komme, seien wir ohne die Bauern verloren. Dagegen theilt er mit, daß vorläufig alle Unterstützungen suspendirt seien."

Auf die Vorlesung zweier anderen Briefe Bebel's, vom 12. Oktober 1869 und 12. Februar 1870, verzichten Staatsanwalt und Vertheidiger.

Präsident: Herr Bebel, sind Sie Verfasser dieser Briefe, und waren dieselben an Bracke gerichtet?

Bebel: Ja.

Präsident: Was meinen Sie mit dem Ausdruck „am Tage der Entscheidung"?

Bebel: Darüber habe ich bereits in der Voruntersuchung eine Erklärung abgegeben. Ich hatte dem Ausschuß vorgeschlagen, auch den Aermsten den Eintritt in unsere Partei durch Steuerermäßigung möglich zu machen, und das halte ich auch noch für praktisch. Unser Plan ging dahin, die bestehenden Arbeiterbildungsvereine zu veranlassen, sich aufzulösen und mit ihrem Vermögen der Partei beizutreten. Unter dem „Tag der Entscheidung" ist nun, wie aus dem ganzen Zusammenhang des Briefes hervorgeht, der Zeitpunkt zu verstehen, wo wir die Vereine zu jener „Entscheidung" bringen würden; es würde damit der Partei ein erheblicher Fonds für Agitationszwecke, zu Wahlen und dergleichen zur Verfügung gestellt. — Zu dem anderen Satz, die Aeußerung Dr. Ladendorf's betreffend, bemerke ich, daß nicht gesagt ist: „wir müssen eine Revolution mit Hilfe der Bauern machen", sondern es ist lediglich die richtige Ansicht ausgesprochen, daß, wenn eine Revolution kommen sollte, diese sich ohne Hilfe der Landbevölkerung nicht halten könnte.

(Es sollen nun mehrere Briefe Liebknecht's zur Verlesung kommen.)

Staatsanwalt: Ich verzichte auf die Verlesung dieser Briefe.

Liebknecht: Ich auch, konstatire aber, daß die Anklage durch ihren Verzicht die absolute juristische Harmlosigkeit meiner Briefe feststellt. Von der Bedeutung dieses Verzichts für die ganze Natur der Anklage werde ich später reden.

(Hierauf folgt aus dem Preßkopirbuch des Ausschusses ein Brief Bracke's an Geib, d. d. 31. August 1870. Es heißt darin u. A.:

„Mit der Pariser Revolution ist es allerdings Essig, wie mit jeder größeren Initiative seitens der Partei. Leider! Es ist der schlimmste Fehler Liebknecht's, sich in den kolossalsten optimistischen Träumereien zu wiegen, die der Bedeutung des Blattes und der Partei sehr schädlich sind.")

Liebknecht: Ich sehe nicht ein, was in dieser brieflichen Aeußerung Belastendes für uns, überhaupt was darin Verfängliches ist, und habe deshalb nichts zu bemerken.

Staatsanwalt: Mir scheint die Briefstelle anzudeuten, daß Sie, Herr Liebknecht, die Anschauung vertreten haben, die Revolution werde in Frankreich ausbrechen und sich nach Deutschland verbreiten.

Liebknecht: In Bezug auf den ersten Punkt hatte ich allerdings die mir von dem Herrn Staatsanwalt imputirte Ansicht; die letztere Annahme ist aber eine rein willkürliche Auffassung seitens des Herrn Staatsanwalts. Beiläufig wurden „die kolossalsten optimistischen Träumereien", die mir Bracke in seinem Brief vorwirft, genau vier Tage, nachdem er denselben geschrieben, zur Wirklichkeit. Den 4. September war Frankreich Republik — freilich nicht Republik in unserem Sinn.

(Der Präsident will nun die weiter auf der Beweismittelliste stehenden Briefe aus dem Preßkopirbuch des Ausschusses verlesen lassen.)

Staatsanwalt: Ich verzichte auf die Verlesung.

Liebknecht: Dieser Verzicht ist wiederum charakteristisch. Das fragliche Kopirbuch enthält aus einer bestimmten und gerade der kritischen Periode die ganze Korrespondenz des Ausschusses unserer Partei; jeder einlaufende und abgehende Brief wurde darin eingetragen. Es fiel, ohne daß der Ausschuß dies irgend erwartet hätte, nebst allen anderen Papieren des Ausschusses bei dessen plötzlicher Verhaftung den Behörden in die Hände. Wenn ein hochverrätherischer Plan gehegt wurde, muß in diesem Buch der Beweis dafür sein.

Und der Herr Staatsanwalt verzichtet auf die Verlesung des Buches! Das ist die beste Verurtheilung der Anklage!

Und noch Eins. Aus diesem Preßkopirbuch erhellt, daß der Ausschuß die Geschäfte der Partei ganz kaufmännisch führte. Ich frage: sind das Verschwörer, die jeden Brief, den sie absenden und empfangen, gewissenhaft in ein Kopirbuch eintragen? Und sind das „Vorbereiter zum Hochverrath", die dieses Buch sammt allen sonstigen Briefschaften und Papieren, trotz des Belagerungszustandes in ihren Wohnungen deponirt halten, wo die Behörden es jeden Moment abholen können? Ueber Verschwörungen und Hochverrath führt man nicht kaufmännisch Buch.

Präsident: In dem Preßkopirbuch sind blos 13 Seiten beschrieben; es enthält also keineswegs die ganze Korrespondenz des Ausschusses.

Liebknecht: Das Preßkopirbuch wurde erst kurze Zeit vor der Verhaftung angelegt. Es ist aber nur die Fortsetzung des öfters erwähnten Korrespondenz- und Konzeptbuches, von dem 4 Bände existiren, die, zusammen mit dem Preßkopirbuch, die gesammte Korrespondenz des Ausschusses enthalten.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich bitte, zwei Briefstellen zu verlesen, die sich auf einen Auswanderungsplan Liebknecht's beziehen.

(Geschieht. Liebknecht sagt in einem Privatbrief an Bonhorst: „Wenn die Kaiserposse in Deutschland zu Stande kommt, habe ich Lust, auf einige Zeit nach England zu gehen. — Ich mag den Blödsinn nicht mit ansehen." Bonhorst erwiderte darauf, Niemand dürfe seinen Posten verlassen; man dürfe vor der kommenden Reaktion nicht das Feld räumen; worauf Liebknecht antwortete: „Von einem Plan war nicht die Rede; und wenn ich weggehen möchte, ist's nicht aus Furcht vor der Reaktion, sondern aus Ekel vor der Servilität des deutschen Bedientenvolks, die eine Reaktion von oben ganz überflüssig macht.")

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Die Herren Richter und Geschwornen werden zugeben müssen, daß Jemand, der die Absicht hat, außer Landes zu gehen, sich nicht mit hochverrätherischen Plänen tragen kann.

Der Staatsanwalt verzichtet auf die Verlesung der Briefe Ladendorf's, welche sich bei den Braunschweiger

Akten befinden. Die Vertheidigung stimmt bei, nachdem konstatirt worden, daß kein Brief Ladendorf's an Liebknecht vorliegt.

Hierauf folgt die Verlesung eines Briefes von J. Ph. Becker, d. d. 29. Mai 1867 — an unbekannte Adresse, wahrscheinlich Bonhorst — es heißt darin:

„Weil die Organisation der Genossenschaften ihrer Natur gemäß eine republikanische sein muß, bietet sie zugleich auch eine praktische republikanische Erziehungsanstalt und befähigt zur Gründung des allein erlösenden Volksstaates. Ohne gedachten Vorbehalt kann der Arbeiterklasse nach unausbleiblicher Enttäuschung kein Hoffnungsstern mehr leuchten, müssen Verzweiflung und Demoralisation eintreten. Vor Allem ist der Arbeiterklasse das Bewußtsein unüberwindlichen Kraftbesitzes, alles überwältigender Machtstellung beizubringen. Dies kann aber nicht durch lokale und provinziale, sondern nur durch internationale Wirksamkeit geschehen."

Präsident: Was haben die Angeklagten zu diesem Brief zu bemerken?

Liebknecht und Hepner: Nichts.

Bebel: Der Brief ist meiner Ansicht nach an Bonhorst gerichtet, was ich daraus schließe, daß darin die „Zentralstelle für Produktion, Konsumtion und Stellenvermittlung" erwähnt wird, die Bonhorst schon 1867, zwei Jahre ehe er nach Braunschweig kam, in Wiesbaden, seinem damaligen Wohnsitz, ins Leben zu rufen suchte. Belastendes für uns oder sonst irgend Jemand ist natürlich in dem Brief nicht vorhanden.

Folgt die Verlesung eines Briefes von Hepner an den Ausschuß in Braunschweig, in welchem der Ausschußantrag (daß der „Volksstaat" nur alle 14 Tage englische und französische Originalberichte, dagegen alle Berichte über Vereinsversammlungen bringen solle) lebhaft bekämpft und erklärt wird, wenn dieser Antrag definitiv zum Beschluß erhoben und zur Ausführung gebracht würde, könne er (Hepner) nicht länger in der Redaktion bleiben und werde einen Kompetenzkonflikt provoziren. Hepner spricht sich in diesem 8 Bogen starken Brief in ausführlicher Weise über die Aufgabe des „Volksstaat" aus, der nicht an die niederen Leidenschaften zu appelliren, sondern im höchsten Sinn des Worts zu belehren, zu bilden habe, was natürlich nur in einer dem Leserkreis verständlichen Sprache geschehen

könne.*) Gegen das Bestreben, den „Volksstaat“ auf das geistige Niveau des Berliner „Sozialdemokrat“ herabzudrücken — ein Bestreben, das Hepner hinter dem Ausschußantrag witterte — wird in mitunter heftigen Worten geeifert, was Bracke zu der an den Rand geschriebenen Bemerkung veranlaßte: „Stark! aber mit Rücksicht auf den Irrthum entschuldbar!“

Nach Verlesung dieses Briefs schließt der Präsident 12¼ Uhr die Vormittagssitzung.

Nach Wiederbeginn der Sitzung um 1 Uhr:

Präsident: Ich habe nun zunächst Sie, Herr Hepner, zu fragen, ob und was Sie in Betreff des heute Vormittag verlesenen Schriftstücks, dessen Verfasser Sie sind, zu erklären haben.

Hepner: Ich erkenne den Brief als den meinigen an nnd drücke mein Erstaunen aus, wie dieses Schriftstück, das erste von mir herrührende, welches hier produzirt wird, von der Anklage auf die Liste des Beweismaterials hat gesetzt werden können, da es einen durchaus entlastenden Charakter nicht nur für meine Person, sondern für alle Angeklagten hat. Ueberhaupt muß ich mein Erstaunen ausdrücken, wie es möglich ist, daß ich seit fast 2 Wochen hier auf der Anklagebank sitze, ohne daß bis jetzt etwas mich Gravirendes vorgebracht

*) Wir bedauern, dieses Schriftstück nicht bringen zu können, da uns keine Abschrift vorliegt. Herr Hans Blum hat nur einige Bruchstücke (obendrein nicht immer wörtlich) mitgetheilt, — mit der bekannten Tendenz. Eine im Vorbeigehn hingeworfene scherzhafte Bemerkung Hepner's über die eingehenden Gedichte, die meist ganz unbrauchbar, und wenn brauchbar, in der Form meist so mangelhaft seien, daß Liebknecht — er (Hepner) sei nicht einmal im Stand, den gewöhnlichsten Reim zu machen — sie erst mühsam zurechtfeilen müsse — wird von Hans also verwerthet: „Aus den überaus umfänglichen „Motiven“, welche dieser überaus wichtigen (!) Entschließung des Herrn Hepner (sein Redaktionsamt niederzulegen) beigegeben sind, ist die einzige interessante Thatsache die, daß Herr Liebknecht die an den „Volksstaat“ eingesandten Gedichte feilt und beziehungsweise theilweise „macht“, da er (Hepner) selbst so geringe poetische Anlagen habe, daß er nicht einmal einen Reim finden könne.“ Die „interessante Thatsache“, daß Dank unseren elenden Volksschulen neun Zehntel des „Denkervolks“ nicht orthographisch schreiben können, existirt natürlich nicht für „unseren Hans“.

worden wäre. Ich halte alles in dem Brief Gesagte aufrecht. Ueber den Inhalt habe ich nichts zu sagen, da er sich selbst erklärt. Der Herr Präsident selbst fand ja nichts in dem Brief, was er der Mühe werth gefunden hätte, hervorzuheben.

Präsident: Dann muß ich einige Fragen an Sie richten. Sie machten in dem Briefe Vorschläge über die Haltung des „Volksstaat"?

Hepner: Ja.

Präsident: Sie waren bei Ihrer Redaktion abhängig vom Ausschuß? Dem Ausschuß in Braunschweig stand ein Oberleitungsrecht zu?

Hepner: Ja.

Präsident: Sie bekennen sich zum republikanischen Glauben (sic!)?

Hepner: Natürlich.

Präsident: Sie machen in Ihrem Briefe auch eine Andeutung auf England, daß dort die Revolution sich vorbereite?

Hepner: Ich habe auf England verwiesen, weil sich dort der ökonomische Umgestaltungsprozeß am raschesten vollzieht.

Präsident: Sie hätten also eigentlich —

Liebknecht: Die zitirte Briefstelle ist sehr wichtig zur Feststellung unserer Anschauungen und des Sinnes, in dem wir das Wort „Revolution" gebrauchen. Die Stelle bezieht sich so offenbar auf die ökonomische Revolutionirung der Gesellschaft, daß eine andere Auffassung gar nicht zulässig ist. Wir sind eine ökonomisch-politische Partei und können daher namentlich von der fortgeschrittenen Entwicklung der Verhältnisse in England auf die Entwicklung der unsrigen schließen. England ist uns in ökonomischer Hinsicht um mindestens 20 Jahre voraus, und erlaubt uns, da der ökonomische Prozeß sich überall nach den gleichen Gesetzen vollstreckt, einen Blick in unsere eigene Zukunft. Den besten Aufschluß erhält man darüber aus dem Werke von Marx: „Das Kapital". Was nun den Brief angeht, so hat Hepner ihn nicht als verantwortlicher Redakteur des „Volksstaat" geschrieben. Ich erkläre mich jedoch mit dem Inhalt des Briefes völlig einverstanden.

Präsident: Da wundert es mich nur, Herr Hepner, daß Sie davon sprechen, daß die soziale Revolution in England sich vorbereite, während sie nach Ihrer Anschauung dort doch schon da ist.

Liebknecht: Herr Präsident, Sie haben sich in unsere Anschauungen schon so vollkommen eingelebt, daß Sie sich korrekter ausdrücken als mein Kollege Hepner. (Große Heiterkeit.)

Staatsanwalt: Herr Hepner, haben Sie ohne Genehmigung des Herrn Liebknecht Artikel in den „Volksstaat" aufnehmen und zum Druck bringen dürfen?

Hepner: Wenn Liebknecht abwesend war, vertrat ich seine Stelle, und gab natürlich auch Artikel in den Druck.

Liebknecht: Ich muß hier zur Klarstellung bemerken: Verantwortlicher Redakteur des „Volksstaat" war ich. Ich hatte es der Druckerei entschieden verboten, irgend etwas anzunehmen, was nicht mein Visum trug. Wenn ich nicht in Leipzig war, vertrat mich Hepner, allein auch nicht einer der inkriminirten Artikel des „Volksstaat" wurde von ihm in Druck gegeben. Als verantwortlicher Redakteur trage ich auch für das in meiner Abwesenheit Gedruckte dem Gesetz gegenüber die alleinige Verantwortlichkeit.

Staatsanwalt: Wer schrieb die „Politische Uebersicht"?

Liebknecht: Ich. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für Alles, was im „Volksstaat" erschienen ist.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Aus dem Briefe Hepner's geht hervor, daß der Zweck des „Volksstaat" darin bestand, die Arbeiter zu belehren. Ich bitte dies zu konstatiren. Es ist ausdrücklich im Brief ausgesprochen und auf das Schärfste betont.

Geschworner Börner: Herr Hepner, in Ihrem Briefe ist unter Anderem gesagt, „daß die preußischen Korrespondenzen auch nicht in Preußen gefertigt würden." Das scheint doch eine Täuschung des Publikums in sich zu schließen.

Hepner: Das verhält sich folgendermaßen. Wir bekommen eine Menge von Mittheilungen aus Preußen und aus diesen Mittheilungen stellen wir dann öfters in Form einer Korrespondenz einen Artikel über Preußen zusammen. Wir sind dazu gezwungen, theils aus redaktionellen Rücksichten, um Wiederholungen zu vermeiden, theils aus Rücksicht auf unsere preußischen Korrespondenten, um diese gegen Briefstiebereien und daraus resultirende Verfolgungen sicher zu stellen. Den Artikeln haben wir deshalb auch verschiedene Ueberschriften und Redaktions- oder Korrespondenzzeichen gegeben.

Präsident: Dies ist doch aber nicht journalistischer Gebrauch. Wenn man nichts Geheimes oder Strafbares betreibt, so kann man doch offen vorgehen.

Hepner: Wir hatten mit den Berliner Briefen ein eigenes Pech. Diese gingen oft verloren.

Liebknecht: Wir erhielten so viel Korrespondenzen, insbesondere aus Berlin, daß wir sie im Original nicht alle aufnehmen konnten; deshalb allein schon war diese Verarbeitung nothwendig. Im Uebrigen ist dies Verfahren in allen anderen Zeitungsredaktionen ebenfalls eingeführt. Z. B. die Bismarck'sche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", deren Mitarbeiter zu sein ich einige Zeit die sehr zweifelhafte Ehre hatte, ließ, wenigstens früher, ihre auswärtigen Korrespondenzen sämmtlich in Berlin machen, und zwar ohne Zugrundelegung von Originalkorrespondenzen.*)

Es werden nun zwei weitere Briefe Hepner's an den Braunschweiger Ausschuß vorgelesen, der eine d. d. 6. März 1870, der andere d. d. 22. März 1870. Es heißt in dem ersteren unter Anderem: „Die Idee, Lassalle auf dem Todtenbett abzubilden, kann ich nicht billigen. Ich dächte, wir hätten allen Grund, über Lassalle's Privatleben den Mantel der Vergessenheit zu breiten." In dem zweiten Brief heißt es: „Die Parteigenossen in Rochlitz verlangen Agitationskräfte. Der neu gegründete Verein in Frohburg braucht Statuten und Flugschriften, es ist dort guter Boden." Außerdem fragt Hepner an, ob man nicht das Herwegh'sche Lied: „Bet' und arbeit'" zum Zweck der Agitation drucken lassen solle.

Präsident: Haben Sie diese Briefe geschrieben, Herr Hepner?

Hepner: Ja, als Liebknecht auf dem Reichstag war.

Präsident: Sie schreiben an den Ausschuß, in Rochlitz brauche man Agitationskräfte, in Frohburg Flugschriften. Wie kamen Sie dazu?

*) Die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" brachte ein sehr lahmes Dementi, das sich dem Wortlaut nach auf eine andere als die von Liebknecht angegebene Zeit bezog, aber von dem flüchtigen Leser für eine allgemeine Ableugnung der fatalen Thatsache gehalten werden mußte. Es ist das eine der „politischen Heuchelei", zu der Graf Bismarck sich bekannt hat, eigenthümliche Manier des Dementirens.

Hepner: Von Rochlitz und Frohburg aus hatte man sich an die Redaktion gewandt, und da ich in die Verwaltungsgeschäfte der Partei nicht eingeweiht war, theilte ich die Sache dem Ausschuß mit.

Präsident: Und wie kommen Sie dazu, den Abdruck des Herwegh'schen Liedes zu befürworten?

Hepner: Nun — es ist ja nicht verboten. Meines Wissens nirgends. —

(Hiernach wird aus zwei bei Bebel mit Beschlag belegten Rechnungsbüchern vorgetragen, daß derselbe danach Castelar's Rede wider die Monarchie in ca. 4000 Exemplaren, ferner das „Arbeiterlied" und die Broschüren „Unsere Ziele" und „Der Staat und das Genossenschaftswesen", Dietzgen's Vortrag u. s. w. vertrieben habe.

Auf Befragen des Präsidenten)

Bebel: Die erstaufgeführte Rede Castelar's habe ich noch als Vorstand des Verbandes deutscher Arbeitervereine verbreitet. Die Schrift ist 1868 erschienen und hatte eine Auflage von vielleicht 3000 oder 4000 Stück. Uebrigens verweise ich auf die Thatsache, daß diese Rede unbeanstandet seiner Zeit durch alle größeren Zeitungen Deutschlands veröffentlicht worden ist. Als Expedient des „Volksstaat" habe ich natürlich auch Schriften für die Partei verbreitet. Abdrücke aus dem „Volksstaat" vertrieb ich von hier, andere Sachen wurden von Braunschweig aus vertrieben.

Liebknecht: Von der Existenz der vorliegenden Rechnungsbüchelchen habe ich bisher nichts gewußt. Mit dem Geschäftlichen des Schriftenvertriebs habe ich mich nicht befaßt, obgleich ich gern zugeben will, daß ich zur Verbreitung der fraglichen Schriften beigetragen habe.

(Schließlich wird noch der Kassenbericht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom Beginn der Agitation für den Eisenacher Kongreß bis zum Schluß des Jahres 1869, also auf die Zeit von ca. 6 Monaten mitgetheilt. Danach haben die Gesammteinnahmen, incl. der Zuschüsse aus dem Revolutionsfonds 1503 Thlr. 7 Ngr. 6 Pf., die Gesammtausgaben 1492 Thlr. 28 Ngr. 8 Pf. betragen, und sind die Schulden der Partei am 1. Januar 1870 auf 422 Thlr. 2 Ngr. 9 Pf. festgestellt worden.

Die Vertheidiger verzichten auf Verlesung des Rechnungsbuchs für 1870.)

Präsident: Damit ist die Beweismittelliste erschöpft. Die Vertheidigung hat sich nun noch einige Anträge vorbehalten.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich hatte ursprünglich beabsichtigt, mehrere Aufsätze von Hirsch vorlesen zu lassen, in welchen das Wort „Revolution" ganz so erläutert wird, wie es seitens der Angeklagten geschehen ist. Da indeß der Herr Staatsanwalt auf die Verlesung der Schriften von Hirsch verzichtet hat, so sehe auch ich von meiner ursprünglichen Absicht ab. In Bezug auf die Protokolle über die Sitzungen des Braunschweiger Ausschusses könnte ich zwar Tage lang aus den Protokollen vorlesen lassen, ich beschränke mich jedoch darauf, irgend eine beliebige Seite aufzuschlagen und das dort Enthaltene vortragen zu lassen. Man wird so am besten sehen, daß sich der Ausschuß mit nichts Ungesetzlichem beschäftigte. Außerdem bringe ich noch einige Artikel und Briefe zur Verlesung, die beweisen werden, daß die Thätigkeit der Angeklagten nicht den von der Anklage angenommenen Charakter trägt. —

Es wird nun verlesen:

1. aus dem Sitzungsprotokollbuche des Ausschusses, welches nur auf die Zeit vom 15. August bis 1. September 1869 sich erstreckt, das Protokoll über eine Sitzung vom 17. August, in welcher lediglich geschäftliche Angelegenheiten der Partei verhandelt worden sind;
2. aus Nr. 33 des „Demokratischen Wochenblatts" 1868 das Programm des Generalraths für den Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu Brüssel (1868), in welchem rein theoretisch-ökonomische Fragen zur Debatte gestellt werden;
3. aus Nr. 9 des „Demokratischen Wochenblatts" 1868 eine Aufforderung des Generalraths an die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation, demselben zur Anfertigung eines Berichts über den gegenwärtigen Zustand und die Lage der arbeitenden Bevölkerung die erforderlichen statistischen Unterlagen zugehen zu lassen;
4. ein Brief Bebel's an Bracke, d. d. 17. Dezember 1869, mit dem Satze: „Es wäre besser gewesen, wenn Ihr den Waldenburgern nicht so große Unterstützung seitens der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Aussicht

gestellt hättet. Die Organisation der Internationale ist noch lange nicht so weit, um materiell erheblich wirken zu können";

5. aus Nr. 21 des „Demokratischen Wochenblatts" 1869 eine Stelle aus einem Zirkulare der Tischler und Schreiner zu Kassel bei Gelegenheit eines Streiks, worin es heißt: „Gestützt auf Euch, Brüder, gehen wir in den Kampf und hoffen auf Geldunterstützung von Euch"!
6. aus Nr. 43 des „Demokratischen Wochenblatts" 1869 eine Korrespondenz aus Amerika, in welcher in Bezug auf den Eisenacher Kongreß gesagt wird, daß die Revolution in den Arbeiterkreisen sich überraschend schnell vollzogen habe;
7. ein Brief Liebknecht's an Bracke aus dem Jahre 1869 mit der Stelle: „Was nicht belehrt, gehört nicht in unser Blatt";
8. ein Brief Liebknecht's an Bracke aus dem nämlichen Jahre, worin Ersterer schreibt, es sei dringend nothwendig, daß das Blatt populär-wissenschaftliche Artikel und sonstige belehrende Aufsätze enthalte;
9. ein Brief Bebel's an den Ausschuß, d. d. 13. März 1870, in welchem gesagt wird, daß die Partei den prinzipiellen Kampf auf politischem und sozialem Gebiete aufzunehmen und für prinzipielle Klärung zu sorgen habe, und daß die Arbeiter auf einen höheren Standpunkt durch den gediegenen Inhalt des Blattes zu heben seien;
10. ein Brief Bebel's vom 9. September 1869 an Bracke, worin es heißt: „Ich gehe in keine Versammlung, die nicht zum Zweck hat, die Arbeiter aufzuklären".

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Aus den verlesenen Schriftstücken ergiebt sich zur Evidenz, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation sich auf ihren Kongressen mit der theoretischen Erörterung ökonomischer Fragen beschäftigte, also nicht die revolutionäre Aktionsgesellschaft war, für welche die Anklage sie nimmt; ferner daß die Worte „Kampf" und „Revolution" in dem Parteiorgan allerdings, wie die Angeklagten es hier behaupten, in einem dem Gesetz durchaus nicht widersprechenden Sinn gebraucht worden sind, denn der „Kampf", von welchem die Kasseler Tischler sprechen, ist eine einfache Arbeitseinstellung, und die „Revolution",

welche die Amerikanische Korrespondenz begrüßt, ist der glücklich zum Abschluß gebrachte Eisenacher Kongreß; endlich erhellt aus den verlesenen Briefen Liebknecht's und Bebel's, daß diese beiden Angeklagten die Bildung und Aufklärung der Arbeiter als ihre Hauptaufgabe betrachten — eine Anschauung, die den Plan hochverrätherischer Gewaltthätigkeit ausschließt.

Ein Geschworner (zu Liebknecht): Steht jetzt der „Volksstaat" auf dem Standpunkte, daß er sich selbst deckt?

Liebknecht: Ja.

Der Geschworne: Wieviel Auflage hat er?

Liebknecht: 4700—4800 Exemplare.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Hinsichtlich des Verhältnisses Liebknecht's zu Ladendorf nehme ich Bezug auf zwei Briefe Liebknecht's vom 2. August 1870 und 28. Juli 1870 (an Bracke): „Ladendorf ist eine alte Jungfer generis masculini, die mir zwei Dinge nicht verzeihen kann, daß ich Kommunist bin und daß ich die Republik nicht als Universalmittel betrachte." In dem andern: „Daß ich über Ladendorf so kurz aburtheile, rührt daher, daß er seit 1½ Jahren mindestens ein Ries Papier gegen mich, aber noch kein Wort an mich geschrieben hat."

Präsident: Wünscht einer der Herren eine Bemerkung zu machen?

Liebknecht: Ja. Ich bedaure, daß meine vertrauliche Aeußerung über Ladendorf hier publik geworden ist. Ich war gerade etwas ärgerlich darüber, daß Ladendorf in Briefen nach Wien, Frankfurt, Braunschweig, Leipzig ꝛc. sich über meine ihm mißfallende politisch-soziale Thätigkeit nicht sehr freundlich geäußert und mich lahm zu legen gesucht hatte. Trotz der Verschiedenheit unseres Standpunktes halte ich Ladendorf für einen der ehrenwerthesten Menschen, dem Jeder Hochachtung schuldet.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich bitte nun noch den Brief Liebknecht's an Bracke vom Juli 1870 vorzutragen. (Geschieht.) Es ist dies der schon erwähnte Brief über die „Kaiserposse", die Schreiber nicht in Deutschland mit ansehen wolle.*)

*) Ueber diesen Brief schreibt Hans Blum: „Es heißt darin, abgesehen von persönlichen Klagen, die wir auch nach Mittheilung im Gerichtssaale noch für diskrete halten, ꝛc." Man sollte da nun

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig) läßt dann noch einen Brief Rüdt's verlesen, in dem es u. A. heißt: Liebknecht ist sehr eitel, wie alle Literaten." „Ich kenne die Arbeiter besser als Bebel und Liebknecht. Sie haben sich bis jetzt noch gar nicht unter den Proletariern bewegt und tragen Glacéhandschuhe. Die haben an den Arbeitern so viel heran- und herumgebildet, daß sie erst wieder umgebildet werden müßten, um revolutionär zu werden."

Staatsanwalt: Das ist derselbe Herr Rüdt, der von Partei wegen unterstützt wurde, als er in Mittweida verurtheilt war.

Liebknecht: Ja, aber er ist seitdem vollständig verlumpt und von uns ausgestoßen.*)

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Damit ist unser Vertheidigungsmaterial bis auf die Vertheidigungszeugen erschöpft, aber ich bitte zu konstatiren, daß noch mehr als tausend Briefe vorhanden sind, in welchen nichts Straffälliges gefunden wurde.

Präsident: Daß noch sehr viele da sind, kann ich bestätigen.

Schluß der Sitzung 3 Uhr Nachmittags.

Zwölfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 23. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung Vormittags 9 Uhr mit der Mittheilung, daß zunächst die auf Antrag der Vertheidigung vorgeladenen Entlastungszeugen, die Herren Bracke, Spier und v. Bonhorst, zu vernehmen seien.

Wunders denken, was für „persönliche Klagen" Liebknecht auszustoßen habe! In Wirklichkeit bemerkt Liebknecht nur, daß er in Folge von Ueberbürdung mit Arbeiten, die nicht remunerirt werden könnten, in Schulden gerathen sei und Unterstützung durch frische Arbeitskräfte brauche, um im Stande zu sein, etwas mehr für sich selber zu arbeiten. „Gründergewinne", wie für die Braun, Miquel, und sonstige Schwindelkollegen des Herrn Hans Blum, lassen sich bei uns nicht herausschlagen, auch keine Schweige- und Puffgelder für Türkenloose, Rumänier und dergleichen honnete Geschäftchen von und für Gesinnungsgenossen „unseres" Hans.

*) Siehe die Note ** auf S. 196. (1894.)

Der erste Zeuge giebt an: Ich heiße Hermann August Franz Wilhelm Gotthard Bracke, bin 29 Jahre alt, evangelisch und Kaufmann in Braunschweig.

Präsident: Sie waren Mitglied des Ausschusses?

Zeuge: Ja.

Präsident: Wie viel Mitglieder zählte der Ausschuß?

Zeuge: Fünf.

Präsident: Sie haben vor Kurzem in Braunschweig eine Untersuchung überstanden?

Zeuge: Ja, ich wurde auf Befehl des Generals Vogel von Falckenstein infolge unseres Manifestes nach Lötzen abgeführt mit meinen Freunden, dann zuerst in Braunschweig mit diesen wegen Hochverrath verurtheilt, jedoch von dem Obergericht zu Wolfenbüttel freigesprochen und nur wegen Uebertretung der Polizeigesetze zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Präsident: Kennen Sie die drei Angeklagten?

Zeuge: Ja, ich bin mit allen dreien persönlich befreundet.

Präsident: Sie haben während Ihres jetzigen Aufenthaltes hier vielfach mit den Angeklagten in Verbindung gestanden?

Zeuge: Ja, wir haben häufig mit einander verkehrt, auch über den Gang des Prozesses mit einander gesprochen, aber nicht über unsere Zeugenaussagen.

Präsident: Ich habe Ihnen auf Verlangen der Vertheidigung eine Reihe von Fragen vorzulegen, welche Sie nach bestem Wissen und der Wahrheit gemäß beantworten wollen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie nöthigenfalls Ihre Aussagen beschwören müssen. Die Angeklagten waren von Ihnen beim „Volksstaat" angestellt?

Zeuge: Ja.

Präsident: Sie konnten also auch die Angeklagten entlassen?

Zeuge: Unbedingt nicht. Setzten wir die Herren ab, dann hatten sie immer noch das Recht, die Entscheidung der Kontrolkommission, in letzter Instanz die des Kongresses herbeizuführen.

Präsident: Hatten Sie Einfluß auf die Haltung des „Volksstaat"?

Zeuge: Ich persönlich war der Meinung, daß dem Ausschuß der Partei das Recht zustehe, der Redaktion gewisse

Vorschriften zu machen, obgleich theilweise die Mitglieder des Ausschusses nicht der gleichen Ansicht waren. Als der deutsch-französische Krieg ausbrach, kamen wir mit der Redaktion in Differenzen. Wir hielten den Krieg für einen Vertheidigungskrieg. Die Redaktion hielt ihn für einen rein dynastischen. Wir verlangten, die Redaktion solle ihre Anschauung der des Ausschusses unterordnen; die Redaktion weigerte sich und erklärte, die Differenzen zum Austrag vor die Kontrolkommission in Hamburg bringen zu wollen, falls wir auf unserer Ansicht beharrten. Der Ausschuß nahm hierauf von seiner Ansicht Abstand, weil er sich überzeugte, daß die Statuten der Partei hier eine Lücke enthielten.

Präsident: Sind Sie mit der sonstigen Haltung des „Volksstaat" einverstanden gewesen?

Zeuge: Nicht immer, die Ausdrücke schienen uns manchmal etwas zu schroff gewählt und wir haben darüber der Redaktion Vorstellungen gemacht.

Präsident: Haben Sie Erfolg verspürt?

Zeuge: Im Ganzen ja.

Präsident: Sie haben vielfach Briefe mit den Angeklagten gewechselt?

Zeuge: Ja, es bestand zwischen dem Ausschuß und den Angeklagten ein freundschaftliches Verhältniß und es wurden Briefe sehr häufig gewechselt, aber nur selten in denselben von den offiziellen Formen Gebrauch gemacht. Die Parteiangelegenheiten wurden gewöhnlich in den Privatbriefen mit verhandelt.

Präsident: Auch in dem brieflichen Verkehr mit den Angeklagten?

Zeuge: Ja, meist waren es Privatbriefe, seltener solche vom Ausschusse, welche wir an die Angeklagten schrieben.

Präsident: Die Vertheidigung hat gebeten, Sie nun auch über das Verhältniß der Angeklagten zu dritten Personen abzuhören. (Zu den Vertheidigern) Welche dritte Personen meinen Sie?

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Das Verhältniß der Angeklagten zum Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation, zu Marx, Ladendorf ꝛc.

Zeuge: In Betreff des Verhältnisses zwischen dem Ausschuß und dritten Personen ist zunächst mit Bezug auf die Internationale zu bemerken, daß wir dieses Verhältniß

als ein freundschaftliches, auf übereinstimmenden Prinzipien beruhendes behandeln zu müssen glaubten.

Eine offizielle Angehörigkeit an die Internationale war dem Ausschuß und der Partei der bestehenden Gesetze wegen nicht möglich. Dagegen suchten wir den Einzelpersonen die Möglichkeit der persönlichen Mitgliedschaft an derselben zu bieten. Unter den Ausschußmitgliedern waren Bonhorst, Spier und ich zugleich Mitglieder der Internationale. Wir wissen, daß der Ausschuß nicht offiziell mit dem Generalrath verkehren durfte, aber einige Mal verkehrten wir doch als Ausschuß, jedoch nicht in Sachen der Partei, sondern in Sachen der Internationalen. Einmal, worauf ich mich bestimmt erinnere, handelte es sich um die Berufung des Kongresses der Internationalen. Im Allgemeinen ist es ja schwer, die kleinen Formen immer streng festzuhalten. Einmal haben wir an Marx in Sachen der Partei geschrieben. Die Leipziger hatten über den letzten Krieg, den wir fälschlich als Vertheidigungskrieg auffaßten, eine andere Meinung. Dies veranlaßte einen Konflikt, und um diesen beizulegen, glaubten wir eine Berechtigung zur Anrufung des Urtheils einer Person zu haben, welche von uns allen hochgeschätzt wurde. Diese Person war Marx. Sein Antwortsbrief kam kurz vor Sedan und überzeugte mich vollständig. Einen Theil dieses Briefes nahm ich wörtlich in das Manifest des Ausschusses vom 5. September 1870 auf. Privatim korrespondirten Bonhorst und ich mit Marx. Ich hatte Marx in Hannover kennen gelernt. Den Dr. Ladendorf lernte ich in Eisenach kennen.

Von Bebel erfuhr ich, daß Ladendorf ihm früher für die Zwecke des Verbandes der deutschen Arbeitervereine erhebliche Unterstützungen aus einem unter seiner Verwaltung stehenden Fonds gewährt habe und vielleicht nicht abgeneigt sei, auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu unterstützen, wenn er darum angegangen werde. Ich wandte mich an Ladendorf, der mir eröffnete, daß der betreffende Fonds nur zur Agitation für die deutsche Republik bestimmt sei. Ich verweigerte das Eingehen auf irgend welche Bedingungen, indem ich unter Hinweis auf unser Programm ausführte, daß die Gelder nur für die Ausbreitung der Partei und die Unterstützung des „Volksstaat“ verwendet werden sollten. Ladendorf war hiermit zufrieden gestellt und schickte uns nach

und nach verschiedene größere Summen, über deren Verwendung wir ihm Abrechnung übersandten. Von dem Gelde wurden mehrere größere Agitationsreisen, namentlich von York, bestritten, der „Volksstaat" unterstützt u. s. w.

J. Ph. Becker lernte ich in Eisenach kennen, habe aber weiter keine nähere Berührung mit ihm gehabt. Becker hatte an den Stuttgarter Kongreß einen Antrag gestellt wegen der Agitation unter der Landbevölkerung; der Antrag war indeß zurückgewiesen worden. Becker beschwerte sich darüber beim Ausschuß, und ich suchte ihn, da er uns ein werther Parteigenosse ist, zu beruhigen. Das ist aber das einzige Mal, wo ich mit Becker in direkten Verkehr getreten bin.

Präsident: Haben Sie Engels gekannt und mit ihm korrespondirt?

Zeuge: Ich persönlich nicht, und ich glaube auch kein anderes Mitglied des Ausschusses.

Präsident: Sie standen auch mit deutschen Parteiführern in Verbindung?

Zeuge: Ja, mit Parteigenossen in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz.

Präsident: Erkennen Sie die Briefkonzepte des Ausschusses an?

Zeuge: Ja. Bonhorst hat jedoch viele seiner Privatbriefe darin mit aufgenommen. Bonhorst hat damit, wie in vielen anderen Dingen, sehr eigenmächtig gehandelt. Das kam daher, daß Bonhorst, dessen Eifer für die Partei ich anerkenne, nicht immer die rechte Grenze innezuhalten wußte und sich von seinem Eifer zu unüberlegten Handlungen hinreißen ließ. In Folge dessen hat er nicht nur thörichte Briefe geschrieben, sondern auch unkluge Unternehmungen in Szene gesetzt, ganz ohne unser Wissen. Ich bemerke nochmals, daß in diesen Briefen eine Menge Dinge stehen, welche unsere Genehmigung nicht erlangt haben. Es wurde durch das Gebahren Bonhorst's der Beschluß des Ausschusses hervorgerufen, daß alle Briefe außer der Unterschrift Bonhorst's auch noch diejenige eines Ausschußmitgliedes tragen müßten.

Präsident: Es befinden sich in sehr vielen Briefen Zusätze von anderer Hand.

Zeuge: Diese Zusätze werden von Spier herrühren.

Präsident: Außerdem befindet sich eine Anzahl von Konzepten vor, die offenbar von anderer Hand geschrieben sind.

Zeuge: Diese rühren von den Parteigenossen Lüdecke und Luber her, welche während der Abwesenheit und Haft von Bonhorst dessen Geschäfte besorgten.

Präsident: Und das Protokollbuch?

Zeuge: Ist dasjenige des Ausschusses; ich habe aber zu bemerken, daß die Protokolle nur in der ersten Zeit kopirt und im „Volksstaat" veröffentlicht worden sind.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich habe eine Anzahl von Fragen an Sie zu richten. Sie waren in Eisenach, als die Partei gegründet wurde?

Zeuge: Ja, ich habe den Kongreß mit einberufen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Sie wurden dort zum Ausschußmitglied gewählt?

Zeuge: Direkt nicht. Braunschweig-Wolfenbüttel wurde als Sitz des Ausschusses bestimmt und man sah es wohl als selbstverständlich an, daß Spier, Bonhorst und ich als Mitglieder des Ausschusses fungirten.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Haben Sie die Partei in Eisenach bei der Polizei angemeldet?

Zeuge: Ja, doch eine Antwort auf die Anmeldung haben wir nicht erhalten.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Haben Sie dabei die Statuten und das Programm der Partei mit überreicht?

Zeuge: Ja. Ich hatte zuvor über diese Formalitäten mit dem Braunschweiger Polizeidirektor persönlich Rücksprache genommen und dieser rieth mir dazu.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): In Bezug auf Ihr Verhältniß zu Bonhorst liegt, wie Sie schon angegeben, ein Beschluß des Ausschusses vor, daß die Unterschrift Bonhorst's allein nicht giltig sei.

Zeuge: Das ist richtig. Bonhorst hat durch verschiedene Eigenmächtigkeiten diesen Beschluß hervorgerufen. Briefe von ihm, die nicht die Unterschrift eines zweiten Ausschußmitgliedes trugen, galten von da an nicht mehr als offizielle.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Sie haben gesagt, Sie hätten an der Ausdrucksweise des „Volksstaat" manchmal keinen Gefallen gefunden? Es war dies wohl in Bezug auf Preußen und Bismarck?

Zeuge: Es waren namentlich die Berliner Briefe, die uns im Ausdruck zu weit gingen. Ich glaube jedoch nicht, daß sie Liebknecht geschrieben hat.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ging Ihnen Liebknecht zu weit in Betreff der Verfechtung der Parteiprinzipien?

Zeuge: Nein.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Wissen Sie, ob außer dem einzigen Falle, der nicht in Abrede gestellt wird, ein offizieller Verkehr zwischen dem Ausschuß und dem Generalrath unterhalten worden ist?

Zeuge: Ich weiß nichts davon; Bonhorst und ich haben mehrere Male an Marx geschrieben, aber das geschah in unserer Eigenschaft als Mitglieder der Internationalen. Der Ausschuß als solcher stand in keinem offiziellen Verkehr mit dem Generalrath.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Haben Sie als Mitglied des Ausschusses oder als Mitglied der Internationalen irgend einen Befehl von Marx oder dem Generalrath erhalten?

Zeuge: Nein. Wir hätten auch nach dem Wortlaut unserer Parteistatuten einen solchen nicht befolgen dürfen; die Partei ist vollständig unabhängig.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): In einigem Widerspruch mit dieser letzten Aeußerung scheint mir eine Stelle in einem Ihrer Briefe zu stehen. Diese Stelle lautet: „Unsere Oberleitung ist international." Wie erklären Sie das?

Zeuge: Bonhorst hatte in einer exaltirten Stunde einen Aufruf an die Partei entworfen. Als ich ihn gelesen, schrieb ich sofort darunter „agent provocateur". Nicht, als ob ich damit Bonhorst selbst gemeint hätte, sondern ich wollte sagen, ein solcher Aufruf könnte eigentlich nur von einem agent provocateur ausgehen. Da ich nicht in die betreffende Sitzung des Ausschusses gehen konnte, so schrieb ich an Bonhorst, er möge erst an Marx, Liebknecht ꝛc. schreiben. Mein Zweck war, Zeit zu gewinnen und Bonhorst zurückzuhalten. Ich glaubte jedoch, das genüge noch nicht und fügte die Bemerkung hinzu: „Unsere Oberleitung ist international." Ich schrieb das, obgleich ich mir sagen mußte, daß ich streng genommen einen Unsinn schrieb. Ich glaubte aber, Bonhorst um jeden Preis von seinem Vorhaben abhalten zu müssen, und nahm deshalb die Ausflucht zu einer Phrase. Meinen Zweck erreichte ich.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es sind Ihnen Mitgliedskarten der Internationalen aus London zugesandt worden. In welcher Weise haben Sie dieselben in Deutschland verbreitet?

Zeuge: Es waren das einige hundert Karten. Wir haben dieselben in unserer Eigenschaft als Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association unter unsern Gesinnungsgenossen zu verbreiten gesucht. Wir schrieben später an Marx um neue Karten. Bonhorst ließ dieselben hinter unserm Rücken und gegen unsern Willen im „Volksstaat" ausbieten; es war dies eine Eigenmächtigkeit von ihm. Die Karten sind an viele Orte versandt worden, nach München, Dresden, Leipzig, Magdeburg u. s. w.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Das räumen Sie ein, daß Sie als Ausschußmitglieder nicht das Recht hatten, solche Karten zu vertreiben?

Zeuge: Wir besaßen dieses Recht als Ausschußmitglieder nicht, wir haben es uns aber als Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Association genommen, weil nach unserer Auffassung nichts Strafbares darin lag.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Lag Ihnen oder den Angeklagten die Verbreitung agitatorischer Schriften ob?

Zeuge: Das war Sache des Ausschusses und zwar besorgte dies Bonhorst. Die Angeklagten hatten dazu keinen Auftrag; durch die Expedition des „Volksstaat" wurden nur diejenigen Schriften vertrieben, welche aus Separatabdrücken des „Volksstaat" hervorgingen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ist der „Soldaten-Katechismus" von Karl Heinzen verbreitet worden?

Zeuge: Nein. Nur die andere Schrift Heinzen's: „Wer und was ist das Volk?" hat Bonhorst kolportiren lassen. Als ich dies erfuhr, habe ich ihn getadelt. Spier hat, als er Kenntniß von dem Briefe Bonhorst's an Heinzen wegen des Soldaten-Katechismus erlangte, Bonhorst verboten, wieder einen Brief an Heinzen zu senden, und dasselbe ist auch meinerseits geschehen, als ich durch Spier von dem Briefe Bonhorst's an Heinzen Kunde erhielt.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Mit dem Soldaten-Katechismus sind die Briefe aus Nürnberg und Wien in Verbindung gebracht worden. Haben Liebknecht oder Bebel jemals Ihnen den Rath gegeben, Flugschriften unter dem Militär zu verbreiten?

Zeuge: Niemals. Was den Brief von Rüll aus Nürnberg anbetrifft, so hat derselbe nicht die Zustimmung des Ausschusses gefunden, wir haben wegen dieses Vorschlags

der Nürnberger und Anderer häufig Disput mit den Betreffenden gehabt.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Aus dem Kassenbericht ist ersichtlich, daß eine Menge von Agitatoren ausgeschickt worden sind. Wurden diese Agitatoren vom Ausschuß oder von Leipzig aus entsendet?

Zeuge: Nur vom Ausschuß. Wenn es die Leipziger auf eigene Hand gethan hätten, so würden wir ihnen bald das Handwerk gelegt haben. Die Angeklagten Liebknecht und Bebel haben häufige Reisen gemacht, aber das war ihre Privatsache. Bebel reiste nur einmal auf ausdrückliche Weisung des Ausschusses: nach Augsburg zum süddeutschen Arbeitertag, das war im Januar 1870.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Warum haben Sie den Brief an Walster in Betreff des Romans für den „Volksstaat" mit unterschrieben?

Zeuge: Der Roman war bestimmt, dem Blatt mehr Leser zu verschaffen. Bonhorst hatte ihn durchgelesen und Vieles gefunden, was nach seiner Auffassung unzweckmäßig war. Er schrieb deshalb den Brief an Walster. Ich unterschrieb den Brief, ohne ihn gelesen zu haben. Ich legte auf ihn kein Gewicht, da es sich nur um einen Roman handelte. Wenn ich den Brief gelesen hätte, würde ich gewiß verschiedene Stellen ausgestrichen haben. Die Angeklagten waren überhaupt gegen die Aufnahme des Romans in den „Volksstaat" und zwar wegen Mangel an Platz; sie hatten mit dem Briefe an Walster wegen des Revolutionsliedes nicht das Geringste zu schaffen, sie wußten von dem Vorschlag nichts.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Sie können wohl bestätigen, daß in dem Korrespondenz-Journal die gesammte Korrespondenz des Ausschusses enthalten ist?

Zeuge: Ja. Es müßte im anderen Falle Etwas hinter meinem Rücken geschehen sein, was ich indessen nicht glaube. Speziell die Briefe von Liebknecht, Bebel, Marx sind sehr genau und sorgfältig aufgehoben und registrirt worden; ich glaube, daß weder absichtlich noch unabsichtlich nur ein einziger davon abhanden gekommen ist.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): In einem Ihrer Briefe ist von „Vorbereitung auf die Gewalt" die Rede. Wenn ich deshalb Ihnen jetzt einige weitere Fragen vorlege,

so fordere ich Sie auf, mir eine rein wahrheitsgemäße Aussage zu erstatten. Gleichzeitig bemerke ich Ihnen, daß, im Falle Sie irgend einen Nachtheil für Ihre Person vermuthen sollten, Sie selbstverständlich keine Antwort zu ertheilen brauchen. Haben Sie innerhalb des Ausschusses oder im Verein mit Bebel und Liebknecht irgend einen Plan verabredet zu gewaltsamem Sturz des Staates?

Zeuge: Niemals; wenn ich so Etwas von anderer Seite vernommen hätte, würde ich sofort den Betreffenden als einen agent provocateur behandelt haben.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Hatten Sie bei sich selbst jemals einen solchen Plan gefaßt?

Zeuge: Nein.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Hatten Sie, als Sie die Agitatoren, Flugschriften 2c. hinaussandten, die Absicht, später einmal eine gewaltsame Erhebung zu versuchen?

Zeuge: Nein. Ein solcher Plan lag uns fern und wäre nach der Lage der Dinge eine Tollheit gewesen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Was hatten Sie für einen Zweck mit Ihrer Partei?

Zeuge: Die Absicht, die Arbeiter über ihre Lage aufzuklären, sie zu vereinigen und zu organisiren, weil sie nur in der Vereinigung ihrer Kräfte Einfluß ausüben und Verbesserung ihrer Lage erlangen können. Wir haben die Ueberzeugung, daß aufgeklärte Arbeiter leichter etwas erreichen werden als ungebildete. Eine gewaltsame Erhebung lag uns fern, obgleich wir uns sagen mußten, daß hartnäckiges Verweigern der berechtigten Forderungen der Arbeiter möglicherweise eine gewaltsame Erhebung provoziren könne. Die Gehässigkeiten und Verleumdungen, mit denen unsere Bestrebungen überschüttet werden, zeigen, daß es unseren Gegnern nicht um friedliche Entwicklung zu thun ist. Ich sage nur, daß bei allem guten Willen unsererseits, die soziale Frage einer friedlichen Lösung entgegenzuführen, wir uns auch an den Gedanken gewöhnen müssen, daß gewaltsame Zuckungen eintreten. Die Geschichte zeigt, daß starres Festhalten am Bestehenden solche Zuckungen häufig hervorruft. Ich glaube, daß in der ganzen Partei gleiche Ansichten über unsere Stellung herrschen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ist Ihnen bekannt, daß einer der Angeklagten eine hiervon abweichende Meinung gehabt habe?

Zeuge: Wir haben nie unsere Ansichten über diesen Punkt ausgetauscht; ich glaube aber mit Bestimmtheit annehmen zu dürfen, daß die Angeklagten die gleiche Anschauung haben.

(Hierauf ist die Befragung des Zeugen durch den Vertheidiger beendet; es nimmt das Wort)

Angeklagter Bebel: Ich ersuche den Herrn Präsidenten, durch den Zeugen konstatiren zu lassen, daß die von mir verbreiteten Schriften auf Rechnung der Partei vertrieben wurden.

Der Zeuge erklärt dies für richtig.

Ein Geschworner zu dem Zeugen: Ist Ihnen in der Schrift Bebel's „Unsere Ziele" nicht eine Stelle besonders aufgefallen?

Zeuge: Nein. Der Ausschuß war mit den Ausführungen Bebel's in der genannten Schrift völlig einverstanden.

Ein Geschworner: Ich meine die Stelle: „Man entsetze sich nur nicht wegen einer gewaltsamen Expropriation" ꝛc.

Zeuge: Diese Stelle ist mir, soweit ich mich derselben erinnern kann, nicht bedenklich vorgekommen. Der Satz enthält eine Umschreibung meiner Ansichten darüber, daß eine gewaltsame Veränderung in der Möglichkeit liege und man sich an einen solchen Gedanken gewöhnen muß.

Geschworner: Sie haben zugegeben, daß der Ausschuß sich einmal offiziell an den Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation gewandt hat. Hat der letztere oder Marx offiziell geantwortet?

Zeuge: Marx hatte seine Antwort auf das Papier des Generalraths geschrieben. Ob er auch im Namen des Generalraths unterzeichnet hat, das weiß ich nicht mehr genau.

Geschworner: Es ist mir noch nicht klar geworden, was Sie mit dem Satze „unsere Oberleitung ist international" eigentlich haben sagen wollen?

Zeuge wiederholt seine frühere Aussage.

Geschworner: Sie stellen sich mit Ihrer Anschauung, daß die 10 Punkte des Eisenacher Programms im heutigen monarchischen Staate verwirklicht werden können, eigentlich in Widerspruch mit der Ansicht der Angeklagten?

Zeuge: Ich glaube, daß die 10 Punkte des Eisenacher Programms im heutigen Staat in Verwirklichung treten können, will jedoch damit nicht behaupten, daß es sicher geschehen wird,

wenigstens hat bis jetzt der Staat noch keine Miene dazu gemacht, in dieser Richtung vorzugehen. Ich bin aber allerdings auch der Ueberzeugung, daß das Endziel der sozialistischen Bewegung sich nur in der rothen Republik verwirklichen wird, an deren Einführung indeß wohl vorläufig Niemand denkt.

Liebknecht: Wenn ich gesagt habe, unser Programm könne nicht im heutigen Staat verwirklicht werden, so habe ich zunächst zu bemerken, daß die 10 Punkte nicht das ganze sozialistische Programm, sondern nur die „nächsten Forderungen" enthalten. Und wenn ich ferner sagte: nicht im „heutigen Staat", so meine ich damit, daß der Staat verschiedentliche Umwandlungen erfahren muß, ehe er unsere Forderungen erfüllt. An eine gewaltsame Umwandlung braucht dabei nicht gedacht zu werden. Der Staat ist in beständiger Umwandlung; der Staat von heute ist nicht mehr der Staat von gestern, neue Gesetze kommen, alte werden beseitigt. Begreifen die Regierungen und die besitzenden Klassen, daß unsere Forderungen gerecht und nothwendig sind, geben sie denselben nach, dann wird unser Programm im heutigen Staat verwirklicht. Das schlagendste Beispiel, wie Arbeiterforderungen auch im heutigen Staat können verwirklicht werden, ist England, wo gegen anfänglich heftigen Widerstand eine umfassende Fabrikgesetzgebung durchgeführt wurde. Im Gegensatz zu dieser relativ friedlichen Entwicklung in England sehen wir in Frankreich, wo fanatischer Klassenhaß dem Proletariat den Weg der Reform versperrt, eine Reihenfolge der blutigsten Klassenkämpfe.

Bebel: Der Herr Geschworne legt der betreffenden Stelle in meiner Schrift einen Sinn unter, den sie, im Zusammenhang betrachtet, gar nicht hat. Die Stelle besagt nicht: es muß eine gewaltsame Expropriation eintreten, oder wir wollten eine solche eintreten lassen, sondern sie besagt, daß im Falle eines gewaltsamen Widerstandes gegen die Forderungen der Arbeiterklasse es wohl zu gewaltsamer Niederwerfung der herrschenden Klassen und damit auch zu einer gewaltsamen Expropriation kommen könne. Und die in der Schrift angehäuften Beispiele besagen weiter, daß die herrschenden Klassen, welche sich über den Gedanken einer gewaltsamen Expropriation entsetzen, selber theilweise eine solche durchgeführt haben, um zur Herrschaft zu gelangen. Nicht als Nothwendigkeit wird die gewaltsame Expropriation

hingestellt, sondern als eine Möglichkeit unter gewissen Verhältnissen.

Liebknecht: Der Gang der Dinge hängt ganz von unseren Gegnern ab. Versucht man die soziale Frage in das Gefängniß zu sperren, versucht man sie, wie in Frankreich, auf dem Schlachtfeld niederzuschmettern, nun, so wird sich Gewalt der Gewalt entgegensetzen. Unsere Absicht ist es nicht, den gewaltsamen Kampf herbeizuführen. Aber wie der Strom, der nach dem Meer eilt, das sich ihm entgegenthürmende Felsenthor sprengt, so wird die sozialdemokratische Bewegung jeden Widerstand überwinden mit der Nothwendigkeit eines Naturgesetzes.*)

Zeuge: Ich habe es in Versammlungen oft bedauert, daß es möglicherweise einmal zu gewaltsamen Zuckungen kommen könne, und zwar lediglich deshalb, weil die durch die ökonomische Entwicklung den Arbeitern aufgedrungenen Forderungen von der Staatsgewalt wie von den herrschenden Klassen schroff zurückgewiesen werden und man ihre Führer mit Spott und Hohn und Verleumdung überschüttet. — —

(Es tritt eine kurze Pause ein, nach Beendigung derselben und Wiedereröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wird vorgeführt der Zeuge Spier aus Wolfenbüttel.)

Auf Befragen giebt Spier an: Ich heiße Samuel Spier, bin Israelit, war früher Lehrer in Wolfenbüttel und bin jetzt in derselben Eigenschaft in Frankfurt a. M.; ich bin 33 Jahre alt. Ich war gleich Bracke Mitglied des Ausschusses und wurde ebenfalls im September 1870 auf Befehl

*) Die Aeußerung Liebknecht's wurde von einem Berichterstatter, dessen Bericht leider in das vom „Volksstaat" ausgegebene Extrablatt (13) überging, wie folgt verballhornt:

„Liebknecht: Wir haben stets betont, daß wir bestrebt sind, unsere Forderungen auf friedlichem Wege zum Austrage zu bringen; allein wenn man uns aufs Feindlichste gegenüber tritt, wenn man den Versuch machen würde, die Partei zu unterdrücken, ihre Führer ins Gefängniß zu werfen, ihre Presse zu knebeln, dann ist es nicht unsere, sondern unserer Gegner Schuld, wenn Gewalt angewendet wird, und wir würden alsdann im günstigsten Moment selbst vor einem Blutbade nicht zurückschrecken."

Das „Blutbad" war so willkommenes Wasser auf die Mühle der Anklage, daß Herr Geschworner Steiger (von Schweta) das betr. Extrablatt mit dem blau angestrichenen „Blutbad" bei seinen *Kollegen* herumreichte.

Vogel von Falckenstein's nach Lützen gebracht. Auch gegen mich war die Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrath von Seiten der Braunschweiger Staatsanwaltschaft erhoben, und ich wurde zu 16 Monaten verurtheilt; auf Beschluß des Obergerichts zu Wolfenbüttel wurde aber das Urtheil wegen mangelnden Thatbestandes kassirt und ich wegen Verletzung der Vereinsgesetze später zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Auf Befragen des Präsidenten bestätigt Spier im Wesentlichen die Aussagen Bracke's in Bezug auf das Verhältniß der Partei zur Internationalen und des Ausschusses zur Redaktion. Er erklärt ferner:

Wir waren durch das Eisenacher Programm an die Ziele der Partei gebunden, welche in demselben als praktische Aufgabe, vielleicht für Jahrzehnte, niedergelegt waren. Meine persönliche Meinung geht dahin, daß die 10 Punkte unter III. des Eisenacher Programms sich auch in einer wahrhaft konstitutionellen Monarchie verwirklichen lassen. Was später kommen würde, haben wir der Zukunft überlassen; ein Programm dafür existirt nicht. Man hat zu unterscheiden zwischen theoretischen Anschauungen der Partei über die Umgestaltung der Gesellschaft und den durchzuführenden praktischen Zielen; nur für letztere kann die Partei verantwortlich gemacht werden. Ich glaube z. B. nicht, daß auch die in Abschnitt I. und II. des Programms verlautbarten Ziele und Grundsätze der Partei sich in einer Monarchie verwirklichen lassen; indeß das liegt noch in weiter Ferne.

Präsident: Zu welchem Zwecke haben Sie denn die Agitation betrieben.

Zeuge: Die Agitation ist betrieben worden, um die Volksmassen und besonders die Arbeiter über die Zustände der heutigen Gesellschaft aufzuklären und ihnen die Nothwendigkeit der Organisation in Gruppen begreiflich zu machen. Der Arbeiter als einzelnes Individuum ist machtlos, er kann nur durch den engen Zusammenschluß in Vereinen und Korporationen eine Macht erlangen und einen moralischen Druck für die Gewährung seiner Forderungen ausüben.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Herr Spier, ich habe einige Fragen an Sie zu richten, die Sie mir wahrheitsgetreu beantworten wollen: ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie auf meine Fragen nicht zu antworten brauchen, wenn Sie darin einen Nachtheil für sich erblicken.

Ist zwischen Ihnen als Ausschußmitglied und den Angeklagten Liebknecht und Bebel — von Hepner spreche ich nicht — je ein Meinungsaustausch darüber erfolgt, daß Ihr Parteiprogramm mit Gewalt durchgesetzt werden müsse?

Zeuge: Ich erinnere mich nicht, daß je von einer solchen Absicht zwischen uns die Rede war; auch habe ich nie gehört, daß Bebel oder Liebknecht eine solche Absicht hegten.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Hat der Ausschuß mit dem Generalrath in London in offiziellem Verkehr gestanden und von demselben Rathschläge erhalten?

Zeuge: Ein offizieller Verkehr zwischen dem Ausschuß und dem Generalrath bestand nicht; eine Ausnahme hiervon hat ein einziges Mal stattgefunden, nämlich als es sich darum handelte, den Kongreß der Internationalen in Deutschland abzuhalten. Es war uns darum zu thun, daß der Kongreß zu einer Zeit stattfinde, wo es den Mitgliedern unserer Partei, welche Mitglieder der Internationalen waren, ermöglicht würde, beide Kongresse nacheinander zu besuchen. Rathschläge oder Weisungen haben wir vom Generalrath nie erhalten. Bracke und Bonhorst haben meines Wissens öfter an Marx geschrieben und ihre Ansichten ausgetauscht, dieser Verkehr war aber ein privater, den Ausschuß ging er nichts an.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Dieser Ihrer Aussage scheint eine schriftliche Aeußerung Bracke's in einem Briefkonzept Bonhorst's direkt entgegen zu stehen. Bracke schrieb an Bonhorst bei einer Gelegenheit: „Unsere Leitung ist international, wir haben nur zu gehorchen."

Zeuge: Diese Aeußerung Bracke's war mir unbegreiflich, ich machte ihn auch sofort auf das Unsinnige dieser Bemerkung aufmerksam, als ich durch Bonhorst davon Kenntniß erhielt. Bracke antwortete mir, er habe die Bemerkung nur gemacht, um Bonhorst von übereilten und verkehrten Schritten abzuhalten.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Sind die Agitationsschriften auf Beschluß des Ausschusses oder der Leipziger gedruckt und vertrieben worden, und ist namentlich der Druck und Vertrieb der Broschüre Bebel's „Unsere Ziele" vom Ausschuß beschlossen worden?

Zeuge: Der Schriftenvertrieb war wesentlich Sache des Ausschusses, in Leipzig sind wohl nur Separatabzüge von Artikeln des „Volksstaat" verbreitet worden. Auch

Bebel's Broschüre „Unsere Ziele" war zuvor im „Volksstaat" erschienen und wurde auf meinen persönlichen Wunsch von Seiten des Ausschusses Bebel der Rath gegeben, sie im Separatabdruck erscheinen zu lassen.

Präsident: Wie kommt es, daß Sie in dem Eisenacher Programm die Punkte I. und II. nur als theoretische Bestrebungen, dagegen die unter Punkt III. aufgeführten Forderungen als praktische Bestrebungen anerkennen? Das Programm ist doch als Ganzes aufzufassen und als solches entworfen.

Zeuge: Man hielt für nothwendig, die allgemeinen Grundsätze der Partei ebenso zu formuliren, wie die Forderungen, welche man hoffen durfte, zunächst verwirklichen zu können. Aus diesem Grunde wurden die Sätze unter I. und II. als leitende Grundsätze in das Parteiprogramm aufgenommen; aber um der Partei innerhalb der bestehenden Verhältnisse eine praktische Wirksamkeit zu ermöglichen, wurden unter Punkt III. die 10 Forderungen als „nächste Forderungen" für die praktische Agitation aufgenommen. Es geschah dies, um zu beweisen, daß die Partei den Boden der praktischen Verhältnisse nicht verlassen wollte.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Sie meinen also, daß die 10 Punkte unter III. auch im monarchischen Staat zu verwirklichen sind, dagegen die Abschnitte I. und II. die idealen Ziele enthalten?

Zeuge: Ja.

Präsident: So hatte ich den Zeugen auch verstanden, ich hielt mich aber, um ein Mißverständniß zu verhüten, zu dem Vorhalte für verpflichtet. Ich interpretire das Programm allerdings anders als der Zeuge, aber es kommt so wenig auf meine Ansicht an, wie auf die Ansicht der Zeugen, sondern lediglich auf die Ansicht der Geschwornen.*)

(Als dritter Entlastungszeuge wird hierauf vorgeführt der Zeuge Leonhardt v. Bonhorst.)

Der Präsident fordert ihn unter Hinweis auf die betreffenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches auf, seine Aussagen wahrheitsgetreu zu machen, und sich über Alter, Religion, Beschäftigung ꝛc. zu äußern.

*) Also ein wiederholter Versuch des Herrn Präsidenten, auf das Urtheil der Geschwornen einzuwirken. Gilt die Aussage der Zeugen nichts, warum läßt man sie denn vor? Am besten ist dann, man spricht gleich das Urtheil ohne Verhör.

Zeuge Bonhorst: Ich bin 32 Jahre alt und in Wiesbaden geboren als Katholik, wurde auch katholisch-konfirmirt, bin aber später zum Deutschkatholizismus übergetreten. Mein Fach ist Techniker und ich bin gegenwärtig in einer Braunschweiger Maschinenfabrik als Konstrukteur beschäftigt. Ich war einer der Einberufer des Eisenacher Kongresses, auf dem die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde; ich ward als Sekretär in den Ausschuß gewählt und bekleidete dieses Amt bis zu meiner Verhaftung am 10. September 1870, wo ich mit Bracke und Spier die Wanderung nach Lötzen antreten mußte. Das Gericht zu Braunschweig erhob gegen mich, wie gegen Bracke und Spier die Anklage auf Vorbereitung zum Hochverrath und ich wurde in Folge dessen zu 16 Monaten Gefängniß verurtheilt; allein das Obergericht stieß das Urtheil der ersten Instanz um. Darauf aufs Neue angeklagt wegen Theilnahme an einer staatsgefährlichen Gesellschaft, der Internationalen, wurde ich zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Präsident; In welchem Verhältniß stand die Redaktion des „Volksstaat" zum Ausschuß?

Zeuge Bonhorst: Das Verhältniß war kein ganz klares. Als 1870 der deutsch-französische Krieg ausbrach, entstand zwischen der Majorität des Ausschusses und der Redaktion eine Differenz bezüglich der Auffassung des Krieges. Der Ausschuß versuchte seine Ansicht zur herrschenden zu machen, die Redaktion wollte sich diesem nicht fügen. Es stellte sich heraus, daß die Organisation hier eine Lücke enthielt. Nach der Schlacht bei Sedan wurde wieder Uebereinstimmung erzielt.

Präsident: Hat der Parteiausschuß wie die Partei überhaupt in Verbindung mit dem Generalrath der Internationalen gestanden?

Zeuge: Nein. Die Partei war selbständig; sie billigt zwar die Bestrebungen der Internationalen, sie bildete aber keinen Theil derselben, da dies die deutschen Vereinsgesetze verboten. Um den Mitgliedern der Partei Gelegenheit zu geben, auch Mitglieder der Internationalen werden zu können, ließ ich von London eine größere Partie Karten kommen, die ich im „Volksstaat" zum Verkauf empfahl.

Präsident: Es liegen uns hier mehrere Konzeptbücher vor, welche von Ihnen als Sekretär des Ausschusses geführt worden sein sollen; ist das richtig?

Zeuge: Ja; die weitaus größte Zahl rührt von mir, nur einige wenige sind von Lüdecke, der während der Zeit, wo ich in Magdeburg eine Gefängnißstrafe verbüßte, meine Stelle versah.

Präsident: Die in diesen Büchern enthaltenen Briefe sind wohl sämmtlich offizielle Parteibriefe und, wie anzunehmen, auch in der niedergeschriebenen Form abgesandt worden?

Zeuge: Die Konzepte sind keineswegs alle offizieller Natur, es befinden sich viele darunter, in denen ich Privatansichten und -Meinungen ausgesprochen habe. Ich habe es mit der Trennung der offiziellen und von mir persönlich ausgehenden Briefe nicht so genau genommen. Auch sind sehr viele Briefe ohne Wissen des Ausschusses abgesandt worden; das kam daher, daß Bracke meist sehr beschäftigt war und sich nicht immer mit der Durchsicht der Briefe abgeben konnte; Spier hingegen wohnte in Wolfenbüttel, und wenn er auch fast täglich, aber meist nur auf sehr kurze Zeit, nach Braunschweig kam, war der Geschäftsgang doch sehr erschwert, und dieses zwang mich manchmal zu kleinen Eigenmächtigkeiten.

Präsident: Sie haben aber doch wohl regelmäßig Ausschußsitzungen abgehalten; ist denn dort nicht beschlossen worden, was geschehen sollte?

Zeuge: Die Ausschußsitzungen fanden regelmäßig nur in der ersten Zeit statt, nachdem der Ausschuß sich konstituirt hatte, später wurde es hiermit nicht mehr so genau genommen. Wichtiges wurde häufig mündlich besprochen, wenn wir bei Bracke zusammentrafen.

Präsident: Nach dem allerdings nur kurze Zeit geführten Protokollbuch hat der Ausschuß am 15., 17., 25. August und 1. September 1869 Sitzungen abgehalten. Da haben Sie wohl später gar keine Sitzungen mehr abgehalten oder doch kein Protokoll darüber geführt?

Zeuge: Sitzungen wurden wohl dann und wann abgehalten, aber mehr in Form von Zusammenkünften, in denen man sich über das Nöthigste verständigte. Die Formen wurden nicht so streng beobachtet. (Heiterkeit im Publikum.)

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Herr Bonhorst, ich sehe mich veranlaßt, Ihnen einige Fragen vorzulegen, Sie wollen mir dieselben kurz und wahrheitsgetreu beantworten.

Ich mache Sie, wie ich das schon bei den anderen Zeugen gethan habe, darauf aufmerksam, daß eine Verpflichtung für Sie zum Antworten nicht vorliegt.

Es ist eine Schrift unter den bei Ihnen beschlagnahmten Akten gefunden worden, betitelt: „Wer und was ist das Volk?“ von Heinzen. Ist diese Schrift vom Ausschuß oder von Ihnen privatim bestellt worden, und haben Sie dieselbe verbreitet? Namentlich wollen Sie mir auch Auskunft geben, ob die Angeklagten Liebknecht und Bebel mit der Verbreitung dieser Schrift einverstanden waren oder sie gar selbst verbreitet haben.

Zeuge: Die betreffende Schrift ist von mir auf eigene Faust bei Heinzen in Boston bestellt worden, weil ich sie für die Agitation sehr geeignet hielt. Nachdem der Brief mit der Bestellung bereits abgegangen war, theilte ich dies Bracke und Spier mit und las ihnen einzelne Stellen aus der Schrift vor. Beide sprachen ihre Mißbilligung aus und verboten die Verbreitung. Bebel und Liebknecht haben von alledem nichts gewußt. Sie haben wohl kaum die Schrift gekannt; auf keinen Fall haben sie mir Auftrag gegeben, dieselbe anzuschaffen, noch sich irgendwie gegen mich über dieselbe geäußert.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es liegen dann zwei weitere Aktenstücke vor, welche sich auf die Agitation unter dem Militär beziehen. Das eine ist ein Brief Rüll's aus Nürnberg, welcher den Druck eines Flugblatts zur Verbreitung unter dem Militär befürwortet, das andere ist eine Schrift, ebenfalls von Heinzen, betitelt: „Ein europäischer Soldat“, die Sie ebenfalls bei Heinzen bestellten. Ist den Angeklagten von diesen Schriftstücken etwas bekannt geworden?

Zeuge: Nein. Weder haben dieselben von dem Nürnberger Brief Kenntniß erhalten, noch von der Heinzen'schen Broschüre, die nur in einem Exemplar in meinem Privatbesitz vorhanden war. Ich hatte die Absicht, dieselbe zu bestellen, die übrigen Ausschußmitglieder aber waren dagegen; so unterließ ich es. Wie ich die Angeklagten kenne, würden sie ebenfalls sich gegen die Verbreitung der Schrift ausgesprochen haben.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es scheint danach, daß Sie den Schriftenvertrieb auf eigene Faust ziemlich *selbstständig* übernommen hatten?

Zeuge: Ich hatte denselben aus freien Stücken ins Leben gerufen, weil er mir für die Partei sehr nützlich zu sein schien, und ich trat damit als mit einem fait accompli (einer vollendeten Thatsache) vor den Ausschuß. Dieser akzeptirte das Unternehmen, ohne sich jedoch direkt sonderlich darum zu bekümmern, und ich führte dasselbe auf Rechnung der Partei aus.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Sind die von Liebknecht, Bebel, Marx, Becker, Ladendorf ꝛc. in Ihrer Behausung vorgefundenen Briefe vollzählig oder fehlen davon welche?

Zeuge: Die Briefe von Marx, Bebel, Liebknecht sind sehr gewissenhaft gesammelt, von mir nummerirt und in einem besonderen Schranke aufgehoben worden. Ich glaube nicht, daß auch nur einer fehlte.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Haben die Angeklagten Agitatoren auf Kosten der Partei ausgeschickt?

Zeuge: Nein, dazu hatten Sie kein Recht, das war Sache des Ausschusses. Hat der Eine oder der Andere auswärts Versammlungen abgehalten, dann that er es auf eigene Hand. Bebel unternahm im Herbst 1869 eine größere Agitationsreise nach Süddeutschland im Einverständniß mit dem Ausschuß, das Geld dazu aber erhielt er von Ladendorf; außerdem hat Bebel im Auftrag und auf Kosten des Ausschusses im Januar 1870 eine Reise nach Augsburg zum süddeutschen Arbeitertag unternommen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Die Partei soll die Absicht haben, eine gewaltsame Revolution herbeizuführen, um die sozialen und politischen Verhältnisse womöglich mit einem Schlag zu ändern; ist Ihnen davon etwas bekannt?

Zeuge: Eine solche Absicht bestand entschieden nicht, weder bei uns, dem Ausschuß, noch bei den Angeklagten, die nie mit einem Wort eine solche Absicht ausgesprochen haben. Die Partei bekämpft das Autoritätsprinzip und kämpft für die Grundsätze der Gleichberechtigung aller Menschen, indem sie zu deren Durchführung auf sozialem Gebiete die Assoziation der Arbeiter zu gemeinschaftlicher Produktion und Konsumtion, auf politischem die direkte Gesetzgebung durch das Volk anstrebt. Ich glaube mit Stolz sagen zu dürfen, daß die deutschen Arbeiter schon Manches erreicht haben. Ohne unser Vorgehen würden wir z. B. noch nicht im Besitz des allgemeinen

direkten Wahlrechts sein, so verstümmelt es auch vorliegt in dem Reichstagswahlgesetz. Unsere Aufgabe ist, durch ruhige aber energische Agitation die Aufklärung über soziale und politische Verhältnisse im Volke zu verbreiten und so nach und nach die Verhältnisse in unserem Sinne umzugestalten. Ob das Endziel der Partei, der sozialistische Volksstaat, schließlich ohne Gewalt erreicht werden kann, das läßt sich durchaus nicht vorher bestimmen und hängt ganz und gar von den Gegnern der Bewegung ab. Die Bewegung wird sich mit eiserner Nothwendigkeit entwickeln, keine Macht der Erde wird im Stande sein, sie zu unterdrücken, weil sie in den Verhältnissen wurzelt. Hat die Bewegung Gelegenheit, sich in den Bahnen der Reform zu entwickeln, dann wird sie friedlich die Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse vollziehen; wirft man ihr Gewalt entgegen, dann wird es wohl zur Empörung kommen. Ich hoffe auf die friedliche Entwicklung und glaube, daß die Angeklagten dieselben Ansichten hierüber haben. Unsere Aufgabe ist, das Volk aufzuklären und zu bilden; je gebildeter das Volk ist, um so leichter und friedlicher wird es sein Ziel erreichen.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Es liegt mir hier ein wortgetreuer Abdruck des Erkenntnisses des Wolfenbüttler Obergerichts in Sachen des Hochverrathsprozesses gegen Bracke, Spier, Bonhorst und Genossen vor. Bekanntlich sind die Angeklagten durch dieses Gericht freigesprochen worden von der Verurtheilung der ersten Instanz wegen Vorbereitung zum Hochverrath; um so bezeichnender ist folgende Stelle in den Entscheidungsgründen:

„Die Manifestationen der Angeklagten hatten unverkennbar den Zweck, in ihren Parteigenossen die revolutionäre Gesinnung, welche sie selbst offen bekennen, hervorzurufen und zu kräftigen, damit die Zahl der Personen, welche sich kein Gewissen daraus machen, früher oder später bei sich darbietender Gelegenheit in Gemäßheit der alsdann ergehenden Aufforderung zum Handeln zu schreiten und an der gewaltsamen Umstürzung des Bestehenden Theil zu nehmen, fortwährend größer werde. Ob ein solches Treiben dauernd geduldet und ungeahndet bleiben darf, hat der Gesetzgeber zu erwägen. Der Richter ist nicht befugt, den wesentlichen Unterschied zwischen illoyaler Gesinnung und gesetzwidriger Handlung zu übersehen."

Herr Bracke, Sie werden den wortgetreuen Abdruck des *eben* Vorgelesenen bestätigen.

Zeuge Bracke: Ja. Das Manuskript war die offizielle Abschrift des Erkenntnisses und der Abdruck ist sehr genau verglichen worden, er ist ganz wortgetreu.

Die Vertheidiger beantragen hierauf die Vereidigung der Zeugen.

Staatsanwalt: Ich gebe den Herren Vertheidigern anheim, sich zu überlegen, ob sie die Vereidigung der Zeugen aufrecht erhalten wollen; der Fall liegt doch etwas eigenthümlich, da die Zeugen Gesinnungsgenossen der Angeklagten sind; auch hätte dann die Befragung der Zeugen eine umfänglichere sein müssen.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Wir beharren bei unserem Antrag. Der Fall hier ist kein eigenthümlicherer als in tausend anderen Fällen; die Zeugen sind Ehrenmänner und haben nur ausgesagt, was sie verantworten können. Hat der Staatsanwalt noch Fragen an die Zeugen zu richten, so kann er das noch in diesem Augenblick thun, zu spät dazu ist es nicht.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Die Einwendungen des Staatsanwalts machen auf mich einen merkwürdigen Eindruck; der Staatsanwalt selbst hat im letzten Jahr sogar einen Dieb als Zeugen vereidigen lassen gegen einen Hehler, den ich zu vertheidigen hatte.

Der Präsident macht alsdann die Zeugen darauf aufmerksam, daß sie das Recht haben, den Eid abzulehnen. Alle drei erklären sich zur Eidesablegung bereit, worauf dieselbe vorgenommen wird. Bracke und Bonhorst schwören die christliche, Spier die jüdische Eidesformel.

Auf ausdrückliches Befragen des Präsidenten erklären die Vertheidiger, die Angeklagten und die Staatsanwaltschaft hierauf, daß keins der beiderseitigen Beweismittel vergessen worden sei.

Präsident: Damit ist also die Beweisaufnahme geschlossen, die Zeugen sind entlassen. Der Gerichtshof wird sich nunmehr zurückziehen, um die den Herren Geschwornen vorzulegenden Schuldfragen festzustellen. Da dies bei der Menge des Materials in kurzer Zeit nicht geschehen kann, werden wir die Sitzung auf nächsten Montag Vormittag 9 Uhr vertagen.

Nach Verlesung des Protokolls wird die Sitzung Nachmittags 1 Uhr 10 Minuten geschlossen.

— — —

Dreizehnter Verhandlungstag.

Montag, den 25. März.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr Morgens.

Der Andrang des Publikums ist ein außerordentlich großer, die Tribünen sind zum Erdrücken gefüllt, ebenso der untere Zuhörerraum. In Folge des trüben, nebligen Wetters muß der Saal erleuchtet werden.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Vorlesung der an die Geschwornen zu richtenden gesetzlichen Fragen. Dieselben sind, da die inkriminirten Handlungen vor dem Inkrafttreten des Reichs-Strafgesetzbuchs begangen sind, sowohl nach diesem als auch nach dem ehemaligen sächsischen revidirten Strafgesetzbuch entworfen.

Das Reichs-Strafgesetzbuch bestimmt in § 2 hierüber unter Anderem Folgendes: „Bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburtheilung ist das mildeste Gesetz anzuwenden.“

In Bezug auf den Angeklagten Liebknecht lauten die Fragen:

1. Ist der Angeklagte Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig **Liebknecht** schuldig, dadurch, daß er innerhalb der letzten 10 Jahre, vom 17. Dezember 1870 zurückgerechnet, mit dem Vorhaben, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, und des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern,

a) im Monat August 1869 zu Eisenach neben anderen hervorragenden Parteigenossen die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet,

b) die Redaktion des seit 1. Oktober 1869 unter dem Titel „Der Volksstaat“ ins Leben getretenen Preßorgans der gedachten Partei besorgt, auch thätiger Mitarbeiter am genannten Preßorgan gewesen,

c) in der gedachten Zeitung beharrlich und planmäßig, um deren, vornehmlich den Arbeiterkreisen angehörige Leser für das obengedachte gewaltsame Vorhaben zu gewinnen, nicht nur Grundsätze, welche dem letzteren entsprachen, verbreitet, sondern insbesondere auch die Arbeiter darauf, daß nicht blos durch das moralische Gewicht der Majorität in den gesetzgebenden Ver-

sammlungen, sondern schließlich nur durch Gewalt die dermaligen Staatseinrichtungen und die auf sie gegründeten wirthschaftlich-gesellschaftlichen Zustände beseitigt werden können, hingewiesen, und geradezu an sie, zugleich unter Erinnerung an die Vorgänge bei früheren politischen Revolutionen, die Aufforderung, auf den Zeitpunkt des gewaltsamen Umsturzes durch engen Anschluß an einander, durch einheitliche Organisation und sonst sich vorzubereiten und dazu sich bereit zu halten, gerichtet,

d) nicht nur selbst Schriften, in denen zu gewaltsamer Abänderung der Staatsverfassungen aufgereizt und aufgefordert wird, zur Verbreitung gebracht und empfohlen, sondern außerdem auch bei der Verbreitung solcher Schriften durch den gewählten Parteiausschuß zu Braunschweig, indem er selbigem nach dieser Richtung hin Vorschläge gemacht, mitgewirkt,

e) für Gründung von Arbeitervereinen in den einzelnen Orten als Lokalvereine der Partei, welche durch Vertrauensmänner und sonst mit dem erwähnten Parteiausschusse in dem engsten Verkehr gestanden, mit Erfolg gewirkt,

f) nicht nur selbst in Volksversammlungen in verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs als Agitator für die bezeichneten Zwecke der Partei aufgetreten, sondern auch für die Entsendung anderer Personen als Agitatoren thätig mitgewirkt,

g) die Landbevölkerung und das Militär durch Artikel in der Zeitschrift „Der Volksstaat“ und durch sonstige Schriften zur Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aufzureizen und zu unterwühlen versucht, endlich

h) nicht nur dafür gesorgt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei als ein Glied der Internationalen Arbeiter-Association, einer die nämlichen revolutionären Ziele wie Erstere verfolgenden, über Europa und Amerika verbreiteten Verbindung von Arbeitern und anderen Personen, aufgetreten ist, sondern auch mit dem Generalrathe der Internationalen Arbeiter-Association, dessen Anweisungen er ebenso wie der Parteiausschuß in Braunschweig gefolgt, bezüglich des Vorgehens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in politischer Richtung in Verkehr gestanden, und

Handlungen vorgenommen zu haben, wodurch das hochverrätherische Unternehmen, die Verfassung des Königreichs Sachsen und die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, gewaltsam zu ändern, vorbereitet worden ist?

Die Frage, welche nach dem Revidirten Strafgesetzbuche gestellt worden, lautet in den Einzelabtheilungen übereinstimmend mit der voraufgezeichneten, und heißt nur im Eingange wörtlich also:

Ist ꝛc. Liebknecht schuldig, dadurch, daß er innerhalb der letzten 10 Jahre, vom 17. Dezember 1870 zurückgerechnet, mit dem Vorhaben, gegen die Regierungsrechte des sächsischen Staatsoberhauptes und gegen die Staatsverfassung des Königreichs Sachsen, um dieselbe in ihren hauptsächlichen Bestandtheilen aufzuheben, sowie gegen die Selbständigkeit und Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, einen gewaltsamen Angriff zu unternehmen, a) ꝛc. ꝛc. ꝛc. (bis zum Schluß und zu der Stelle):

Handlungen vorgenommen zu haben, wodurch das hochverrätherische Unternehmen eines gewaltsamen Angriffes gegen die Regierungsrechte des sächsischen Staatsoberhauptes und gegen die Staatsverfassung des Königreichs Sachsen behufs deren Aufhebung in ihren hauptsächlichen Bestandtheilen, sowie gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reiches, vorbereitet worden ist?

Bezüglich Bebel's lauten die Fragen wörtlich wie die auf Liebknecht bezüglichen, nur ist an Stelle des Wortes „Redaktion" in der Unterabtheilung b) zu lesen: „die Expedition des seit dem 1. Oktober 1869 unter dem Titel „Der Volksstaat" ins Leben getretenen ꝛc. ꝛc."

Bezüglich Hepner's lauten die beiden Punkte a und b wie folgt:

a) zu der im Monat August 1869 zu Eisenach erfolgten Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mitgewirkt,

b) bei der Redaktion des seit dem 1. Oktober unter dem Titel „Der Volksstaat" ins Leben getretenen Preßorgans der gedachten Partei wesentliche Beihülfe geleistet, auch thätiger Mitarbeiter an gedachtem Preßorgan gewesen, ꝛc.

Ferner fehlt f (bezüglich des Auftretens als Agitator oder des Entsendens von Agitatoren). Die Punkte c, d, e, g und h sind gleichlautend für Hepner beibehalten.

Auf Antrag der Vertheidigung tritt nun eine Pause von zwanzig Minuten ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt sich der Staatsanwalt mit der Frageſtellung einverſtanden.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich kann es mir recht gut erklären, daß der Herr Staatsanwalt ſich mit der Frageſtellung einverſtanden erklärt; wir ſind jedoch anderer Meinung. Einmal iſt gerade eins der Hauptmomente weggelaſſen, und zweitens ſind die Fragen überhaupt ſo unklar geſtellt, daß wir kaum glauben, es könne ſie irgend Jemand, ſei er Juriſt oder Laie, verſtehen. Ich berufe mich auf die Entſcheidung des Oberappellations-Gerichts zu Dresden und beantrage, die Frage folgendermaßen zu ſtellen:

1. „Iſt der Angeklagte ꝛc. ſchuldig, gegen die Verfaſſung des Königreichs Sachſen, gegen die des Norddeutſchen Bundes, jetzigen Deutſchen Reiches, einen gewaltſamen Angriff zum Umſturz derſelben und zur Einführung der Republik beabſichtigt zu haben?
2. Hat dieſes Vorhaben in dem Bewußtſein des Angeklagten ꝛc. konkrete Geſtalt und beſtimmte Umriſſe angenommen? und
3. Hat der Angeklagte ꝛc. die unter a bis h aufgeführten Handlungen zur Ausführung dieſes Vorhabens begangen?“

Sollte der Gerichtshof auf dieſe Frageſtellung nicht eingehen, ſo behalte ich mir, vorbehältlich der Einwendung weiterer Rechtsmittel, vor, noch beſtimmte Zuſatzfragen zu beantragen.

Vertheidiger Freytag I (Leipzig): Ich ſchließe mich dieſem Antrage an. Ich halte die Frageſtellung: „daß der Angeklagte ꝛc. die Arbeiter darauf hingewieſen, daß ihre Forderungen nicht nur in den geſetzgebenden Körperſchaften, ſondern auch außerhalb derſelben durch Gewalt durchgeſetzt werden müſſen“, wenn nicht direkt für ſinnlos, ſo doch für vollſtändig unlogiſch, und beantrage die Frage ſo zu ſtellen:

„Iſt der Angeklagte ꝛc. ſchuldig, darauf hingewieſen zu haben, daß ſeine Forderungen niemals durch das moraliſche Gewicht in den geſetzgebenden Körperſchaften, ſondern nur außerhalb derſelben durch Gewalt gelöſt werden können?“

Zweitens beantrage ich in der vorerwähnten Frageſtellung anſtatt: „mit dem Vorhaben“ zu ſetzen: „zum

Zwecke des Vorhabens", da diese Worte im Verweisungserkenntnisse enthalten sind.

Drittens beantrage ich, daß der Umstand, welcher nach dem Erkenntniß des Oberappellationsgerichts zu den wesentlichen Momenten der Vorbereitung des Hochverraths gehört, in die Fragestellung mit aufgenommen werde, nämlich die Worte: „Zum Zwecke des bestimmten Vorhabens."

Staatsanwalt Hoffmann: Die Anträge der Vertheidigung halte ich durchaus nicht für gerechtfertigt. Die Herren Vertheidiger übersehen, daß dasjenige, was sie in die Fragen hineingenommen wissen wollen, nicht in dem Erkenntniß des Oberappellationsgerichts, sondern nur in dessen Motiven enthalten ist. Wir haben uns hier hauptsächlich an das Erkenntniß der Anklagekammer des Bezirksgerichts zu Leipzig zu halten. Meiner Meinung nach ist es auch sehr fraglich, ob durch die Abänderung mehr Klarheit in die Sache kommen würde. Jedoch würde ich mich mit dem Zusatzantrage: „zum Zwecke des Vorhabens" einverstanden erklären. Der Gerichtshof hat übrigens die Fragestellung nach dem Gange der Verhandlungen zweckentsprechend modifizirt.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Bei unseren Anträgen steht uns nicht nur das Erkenntniß des Oberappellationsgerichts zu Dresden, sondern auch das vom Herrn Staatsanwalt angezogene Erkenntniß der Anklagekammer des Bezirksgerichts zu Leipzig zur Seite.

(Vertheidiger verliest das Erkenntniß des Oberappellationsgerichts und fährt fort:)

Dieses Erkenntniß sowohl als das des Leipziger Bezirksgerichts lauten dahin, daß ein gewaltsamer Angriff auf die genannten Staatsverfassungen den Angeklagten vor Augen geschwebt habe. Dies ist der Anklage nicht günstig, und deshalb will sie diesen Punkt fallen lassen. In die Fragestellung muß aber kommen, was Gegenstand der Anklage ist. Wir haben ein wesentliches Interesse daran, daß die Fragestellung deutlich und präzis ist, damit dasjenige, was man den Angeklagten zur Last legt, nun endlich einmal klar zu Tage trete. Wir müssen deshalb unter allen Umständen bei unseren Anträgen stehen bleiben.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich schließe mich dieser Erklärung im Namen meiner Klienten an, und muß erklären, daß es mir unbegreiflich ist, wie die Staatsanwalt-

schaft sich dagegen sträuben kann, dieses Moment in die Fragestellung aufnehmen zu lassen. Wenn das Oberappellationsgericht sagt, daß diese Momente genügen, um die Anklage zu begründen, so ist es unbedingt nöthig, daß dieselben auch in der Fragestellung Aufnahme finden, und das ist ohne Mühe zu bewerkstelligen.

Staatsanwalt Hoffmann: Das Oberappellationsgericht zu Dresden hat mit seinem Erkenntniß nichts Anderes sagen wollen, als was in der vorliegenden Fragestellung ausgesprochen ist.

Was unter dem Ausdruck „gewaltsamer Angriff ꝛc." verstanden wird, ist klar. Die Anklage ist darauf gerichtet, daß die Angeklagten einen gewaltsamen Angriff auf die monarchische Staatsverfassung vorbereitet haben. Der Ausdruck „konkrete Gestalt angenommen" ist nur dazu geeignet, Irrthum hervorzurufen. Deshalb halte ich die jetzige Fassung der Fragestellung aufrecht.

Präsident: Der Gerichtshof wird sich nun zur Berathung zurückziehen. (Geschieht.)

Nach Wiedererscheinen des Gerichtshofes theilt der Präsident mit, daß der Gerichtshof mit dem Antrag: anstatt der Worte „mit dem Vorhaben" die Worte „zum Zwecke des Vorhabens" zu setzen, sich einverstanden erkläre, im Uebrigen jedoch bei der bisherigen Form der Fragestellung verharre, da die beantragten Aenderungen dieselbe in ihrer äußeren Form sehr unbestimmt machen würden.

Präsident: Damit sind die gesetzlich an die Herren Geschwornen zu richtenden Fragen endgiltig festgestellt.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Ich erhebe im Namen aller drei Angeklagten schon jetzt Nichtigkeitsbeschwerde auf Grund dieser Entschließung des Gerichtshofes. Im Uebrigen behalten wir uns alle sonstigen etwa einzuwendenden Rechtsmittel vor.

Präsident: Wir gehen nun zu den Schlußvorträgen über.

Staatsanwalt Hoffmann: Meine Herren Geschwornen! Wenn man die inkriminirten Handlungen der Angeklagten richtig würdigen will, so ist es nöthig, sich aus der Geschichte der Sozialdemokratie Belehrung zu holen. Die Sozialdemokratie hat bereits eine Geschichte, und das für die Gewinnung eines Urtheils Nöthige ist Ihnen daraus vor-

geführt worden. Es ist schon oft vorgekommen, daß besonders begabte Männer einen neuen Zustand der Dinge auf den Trümmern der alten Verhältnisse begründen wollten. Solche Männer hatten ihre Hand im Spiel, als vor 1848 der Kommunistenbund entstand. Die Gründer desselben gingen von der Ansicht aus, der Staat verkümmere die Rechte der Besitzlosen, der Proletarier, und begünstige die Besitzenden in ungerechter Weise. Von Interesse und sehr belehrend in Bezug auf den Kommunistenbund ist das im Februar 1848 veröffentlichte, von Karl Marx verfaßte, in sehr viele Sprachen übersetzte und stark verbreitete Kommunistische Manifest (der Staatsanwalt liest einige Stellen daraus vor). Auf Deutschland richteten die Kommunisten ihr Hauptaugenmerk. Die Revolution, auf welche in diesem Manifest als auf eine bevorstehende hingewiesen wird, trat ein — aber sie nahm einen anderen Verlauf, als die Häupter des Kommunistenbundes gehofft und erwartet hatten. Sie wurde niedergeschlagen und in den verschiedenen Ländern haben strafrechtliche Verfolgungen stattgefunden. Infolgedessen zerstreuten sich die Kommunisten und traten mehr zurück — aber ihre Ideen gaben sie nicht auf, sie trugen sie mit in die verschiedenen Länder. Sie suchten und fanden die Gelegenheit, sich wieder zu vereinigen, besonders da allmälig eine größere politische Freiheit gewährt wurde. Im Jahre 1864 wurde die Internationale Arbeiter-Association gegründet, und zwar gegründet zum Theil von ehemaligen Mitgliedern des Kommunistenbundes. An der Spitze der Gründer stand sogar Karl Marx, der auch das Haupt des Kommunistenbundes gewesen. Es hat denn auch der Geist des Kommunistischen Manifestes die Internationale durchdrungen, wie aus der wiederum von Karl Marx verfaßten Inauguraladresse hervorgeht. Aber während früher die Kommunisten heimlich vorgegangen waren, änderte die Internationale insofern das Programm, als sie die Oeffentlichkeit predigte. Dieser ausgesprochenen Tendenz der Oeffentlichkeit steht die Thatsache gegenüber, daß der Generalrath in konfidentiellen Mittheilungen selbst erklärte: seine Thätigkeit sei eine unterirdische — er habe die Hand auf dem Hebel der Revolution — der Generalrath werde bei etwaigen Revolutionen maßgebend eintreten.

Vor Allem betont die Internationale die Nothwendigkeit der politischen Freiheit als Vorbedingung der Erreichung

sozialer Befreiung. Von diesem Gedanken war auch einer der begabtesten Schüler von Karl Marx, Ferdinand Lassalle, erfaßt. Auch er forderte von den Arbeitern eine politische Bethätigung und vorzüglich legte er Gewicht auf die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, durch welches die politische Macht zu erlangen sei. Aber auch hier sehen wir aus einem Artikel des „Volksstaat", wie Lassalle selbst diese Wahlrechtsforderung verstand. Ein Vertrauter Lassalle's, ein Hr. Weyrich, erklärt, Lassalle habe seinen Vertrauten gesagt: „Wenn ich allgemeines Wahlrecht sage, so müßt Ihr immer Revolution verstehen". Auch sei Lassalle von seinen Anhängern so verstanden worden.

Mit Lassalle's plötzlichem Tode riß momentan der Faden der Bewegung und es trat Verwirrung in der Führung der Agitation ein. Zunächst nahm Dr. v. Schweitzer die Lassalle'schen Ideen auf, stellte jedoch, abweichend von seinem Vorgänger, eine Trennung der sozialen Bewegung von der politischen an die Spitze seines Programms. Da erhob sich gegen ihn eine Richtung, fähig und willens, die Lassalle'sche Erbschaft in ihrem vollen Umfang anzutreten, die Wiedervereinigung sozialen und politischen Agitirens auf ihrem Schilde tragend, verkörpert in den beiden Angeklagten Liebknecht und Bebel.

Der Angeklagte Liebknecht, ein Schüler und Freund von Marx, hatte aus England, wo er lange weilte, seine sozialistisch-republikanischen Anschauungen mit nach Deutschland gebracht. Er wirkte bestimmend auf den Angeklagten Bebel ein, er zog diesen, welcher anfangs nicht auf dem Marx'schen Standpunkte war, zu sich herüber und Beide traten 1868, als die Arbeiterbewegung im Begriff stand, das politische Ziel außer Acht zu lassen, auf dem fünften Verbandstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg hiergegen auf. Im Gegensatz zur Selbsthilfe, predigten sie dort die Staatshilfe und erklärten dabei, daß der Staat, welcher die verlangte Staatshilfe gewähren solle, nimmermehr der bestehende Staat sein könne, daß es also nöthig sei, die bestehenden staatlichen Verhältnisse von Grund aus umzuändern. Es wurde in Nürnberg ausgesprochen: die politische und die soziale Frage seien untrennbar, die politische Freiheit sei eine Vorbedingung der sozialen. Nach diesem Sieg verfolgten die Angeklagten Liebknecht und Bebel ihre Zwecke weiter; der

Eisenacher Kongreß, welcher von ihnen im Sommer 1869 im Verein mit anderen Gleichgesinnten einberufen ward, führte zur Stiftung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Werfen wir einen Blick auf die Einberufer dieses Kongresses, zu denen, außer den Angeklagten, auch Männer aus der Schweiz und aus Oesterreich und Abgesandte von ausländischen Abtheilungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation zählen. Von den unterzeichneten schweizerischen Mitgliedern der Internationalen will ich nicht sprechen — dagegen von einem Delegirten aus der Schweiz, dessen Anwesenheit besonders charakteristisch ist, von Dr. Ladendorf.

Dieser früher wegen Hochverraths vorbestrafte Mann hat im „Felleisen" sein Programm veröffentlicht. Dasselbe ist verlesen worden, ebenso einige andere hierher gehörige Artikel dieses Blattes.

Ich will Ihrem Gedächtniß, meine Herren Geschwornen, zu Hilfe kommen und Einiges jetzt nochmals verlesen. (Geschieht.) Es geht aus diesen Artikeln hervor, daß Dr. Ladendorf überzeugt ist, nur durch eine gewaltsame Revolution könne eine Entscheidung herbeigeführt werden, und ebenso, daß er diese Revolution herbeizuführen gewillt ist. Nun ist dieser selbe Dr. Ladendorf der Verwalter eines Revolutionsfonds, aus welchem er schon vor dem Eisenacher Kongreß auf persönliche Diskretion nicht unbedeutende Summen dem Angeklagten Bebel zur Verfügung gestellt hatte. Jedenfalls war also Ladendorf mit Bebel zufrieden, und man weiß, was Ladendorf unter Revolution versteht. Ladendorf spricht sich in demselben Sinne wie in seinem Programm auch in Briefen aus, wo er z. B. sagt: „Beseitigt die Junker, Fürsten, Pfaffen" 2c. Ein solcher Mann ist Ladendorf und Bebel ist ein Mann seines Vertrauens! Der Angeklagte Liebknecht aber hatte durch Aufnahme der Artikel: „Die demokratischen Ziele und die Arbeiter" schon damals gezeigt, was er will, und im „Demokratischen Wochenblatt" bereits sein Bedauern ausgedrückt, daß die Revolution 1848 vor den Thronen Halt gemacht habe.

Ueber die Eisenacher Verhandlungen giebt ein Protokoll Auskunft, aus welchem hervorgeht, daß man sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigte, welchen Namen nun *eigentlich* das Kind erhalten solle. Man war ganz einig

darüber, daß man republikaniſch geſinnt ſei, daß man die Republik zu erſtreben habe, — aber man zog es aus Klugheitsrückſichten vor, den Ausdruck „republikaniſch“, „Republik“ zu vermeiden und man ſetzte dafür das Streben nach dem „freien Volksſtaat“.

So war man zurückhaltend nach oben und auch nach unten, gegen die Behörden ſowie gegen die zu gewinnenden Arbeiter, denen man vielleicht durch die Bezeichnung „republikaniſch“ vor den Kopf geſtoßen hätte. Somit iſt das Wort „republikaniſch“ blos umgangen worden und in Wirklichkeit liegt in dem als Ziel hingeſetzten Streben nach dem „freien Volksſtaat“, der nur die Republik ſein kann, eine Kriegserklärung gegen die Monarchie.

Meine Herren Geſchwornen! Um die Ausführung dieſes Programms zuwege zu bringen, iſt ſehr viel gethan worden. Man gab der Partei eine ſtraffe Organiſation und vereinigte die ſchwachen Kräfte zu einer Macht nach dem Erfahrungſatz, daß Einigkeit ſtark macht. Man begründete ferner ein Parteiorgan, den „Volksſtaat“, welches von dem Angeklagten Liebknecht redigirt ward, dem der Angeklagte Hepner als Mitredakteur zur Seite ſtand. Der Angeklagte Bebel hatte die Expedition dieſes Blattes, welches in einer ganzen Reihe von Aufſätzen das Volk nicht nur mit dem Gedanken vertraut zu machen ſuchte, daß nur die Gewalt einſt entſcheiden könne, ſondern auch zu einem gewaltſamen Vorgehen gegen die Monarchie aufreizte. (Redner verlieſt, oder wiederholt vielmehr die Vorleſung mehrerer ihm beſonders gravirend erſcheinenden Stellen aus Artikeln des „Volksſtaat“.) Der Angeklagte Bebel hat allerdings geſagt, ein Parlamentsbeſchluß könne ja auch die Einführung der Republik dekretiren, alſo auf geſetzmäßigem Wege ſei dieſe Einführung möglich. Aber die Parlamente können nicht willkürlich und einſeitig die beſtehenden Verfaſſungen ändern; ſie haben keine Macht, derartige Beſchlüſſe zu faſſen. Es gehören hierzu auch die übrigen beſtehenden Gewalten. Kein Parlamentsbeſchluß hat in Deutſchland rechtliche Giltigkeit, wenn nicht der Kaiſer oder der betreffende Landesherr ihm zuſtimmt. Sollten die Angeklagten wirklich wähnen, daß ein deutſcher Fürſt, einem ſolchen Beſchluſſe weichend, freiwillig ſeine Krone niederlegen würde? Sollten ſie wähnen, daß durch einen bloßen Beſchluß der Volksvertretung die

Beamten, die Kommandirenden der Heere sich ihres Eides entbunden erachten würden, ihrem Fürsten zu gehorchen? Völlig ungiltig und ohne jede rechtliche Folge wäre ein solcher Parlamentsbeschluß. Es ist daher eine ebenso unrichtige rechtliche Deduktion als große Illusion, in welcher die Angeklagten sich wiegen, wenn sie wähnen, daß der Fürst und die Minorität (d. i. der Theil der Bevölkerung, welcher die Republik nicht will) sich einem solchen einseitigen Beschluß der Volksvertretung zu fügen hätten und sich fügen würden, daß sie, wie die Angeklagten sagen, Rebellen wären, wenn sie sich nicht fügten. Daraus folgt aber zweifellos, daß eine Gewalt, um einem solchen Beschlusse Geltung zu verschaffen, völlig ungesetzlich wäre, und wenn der Angeklagte Liebknecht, wie er bekennt, in einem solchen Falle die Flinte vom Nagel nehmen will, um gegen den widerstrebenden Fürsten sammt der Minorität zu kämpfen, so gesteht er gleich Bebel, der geständigermaßen dasselbe thun will, zu, daß er solchen Falls gesetzwidrig zum Sturz der Staatsverfassung Gewalt brauchen will. Es ist das schon sehr „konkret" gedacht, das „Vorhaben" hat schon mehr als blos allgemeine Umrisse.

Als Hauptstützen der bestehenden Staatsverfassung hat man Landvolk und Militär erkannt. Das Streben, das Landvolk aufzuwiegeln, ist gleichzeitig mit der Erkenntniß der Angeklagten, wie schwierig das wäre, durch die Ergebnisse der Hauptverhandlung nachgewiesen. Bonhorst spricht mit größter Offenheit von der Nothwendigkeit der „Bauernfängerei". Schriften, die in dem Sekretariat des Parteiausschusses in Braunschweig gefunden worden sind, indiziren (deuten an), daß auch die Aufwiegelung des Militärs angeregt worden ist und der diesfallsige Gedanke wenigstens bei Einleitung der Untersuchung noch nicht aufgegeben war.

Gewalt allein konnte die Ziele der Angeklagten verwirklichen. So haben Liebknecht und Bebel auch in Volksversammlungen offen sich ausgesprochen. Ich beziehe mich, was Liebknecht betrifft, auf die Flugschrift über die Rede, welche er am 31. Mai 1869 vor einer Arbeiterversammlung in Berlin gehalten hat, in welcher die Worte vorkommen: „Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung gemacht. Kein Friede darf mit dem jetzigen Staate stattfinden. Der *jetzige* Staat muß gestürzt werden." Liebknecht sagte ferner

in dieser Rede, es gebe zwei Arten der Revolution, die gewaltsame und die der organischen Entwicklung. Die letztere lasse sich nicht künstlich nach Willkür beschleunigen. Daraus erhellt, daß Liebknecht der Ansicht ist, die erstere lasse sich beschleunigen; und aus dieser Ansicht ist wiederum der Schluß zu ziehen, daß Liebknecht diese gewaltsame Revolution beschleunigen will.

Bebel hat in ähnlicher Weise im Jahre 1870 vor einer Versammlung in Plauen gesprochen, und dort, seinem eigenen Ausdruck gemäß, das ABC der Sozialdemokratie entwickelt. Aus den Aussagen der Zeugen geht hervor, daß Bebel unter diesem ABC das gewaltsame Vorgehen versteht. Nach der Aussage des dortigen Obergensdarm Tröger hat er nach Entwicklung seiner Ziele geäußert: „Auf dem Wege der Güte geht es nicht, es muß zur Gewalt kommen." Nach der Aussage des Professors Gessing, welche in der des Oberlehrers Hofmann Bestätigung findet, hat Bebel zwar damals dort nicht direkt zur Gewalt aufgefordert, aber Gessing hat auch erklärt, die Rede habe ihm den Eindruck gemacht, Bebel habe den Gedanken der gewaltsamen Revolution hervorrufen wollen, die direkte Aufforderung aber geschickt umgangen. Zeuge Hofmann, der seine Aussage beschworen, hat das in der Hauptsache bestätigt, uns aber ferner noch mitgetheilt, daß Herr Bebel sich über die Hinrichtung Ludwig's XVI. in lobender Weise geäußert habe. Kurz, es unterliegt keinem Zweifel, daß Bebel zu Plauen im Sinn der gewaltsamen Revolution gesprochen hat.

Ein Gleiches hat Bebel in der von ihm verfaßten und verbreiteten und im „Volksstaat" durch Liebknecht's Mithilfe abgedruckten Schrift: „Unsere Ziele" gethan. Auch hier ist nicht direkt aufgefordert, Gewalt zu brauchen, aber es ist durch die Erwähnung der Gewalt als des erfahrungsgemäß in dergleichen Fällen üblichen und auch voraussichtlich in Zukunft einzig zum Ziele führenden Weges mit dem vollen Bewußtsein dazu angereizt, durch Gewalt die Wirkung hervorzubringen.

Der Staatsanwalt verlas hier die betreffende, S. 42 der Broschüre „Unsere Ziele" zu lesende (bereits in der Hauptverhandlung vorgelesene und von uns wiedergegebene) Stelle: „Man entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt u. s. w." und fuhr fort: „Glauben begabte Männer,

wie die Angeklagten, wirklich, daß ein solcher Umsturz aller staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, wie er z. B. in Liebknecht's Berliner Rede und in der Broschüre: „Unsere Ziele" von Bebel entwickelt ist, auf friedlichem Wege sich vollziehen kann? Sie selbst werden es nicht glauben, und es kann es ihnen Niemand glauben. Oder glauben wohl die Angeklagten, daß die Fürsten in Güte von ihren Thronen herabsteigen? Glauben die Angeklagten, daß die Staatsbeamten unter Verletzung ihres Diensteides zur republikanischen Partei übergehen? Glauben die Angeklagten, daß die kommandirenden Generale zu ihren Soldaten sagen werden: Ihr seid Eures Fahneneides entbunden? Das Alles glauben die Angeklagten selbst nicht und doch tragen sie den Arbeitern solche Grundsätze vor!

Man denke sich einen schönen Garten, vor welchem sich ein Haus befindet. Eine Anzahl Menschen nähert sich dieser Gegend und Jemand sagt zu denselben: „In jenem Garten sind alle Güter des Lebens, aber der Durchgang zu dem Garten wird durch dieses Haus verwehrt. Es giebt zwei Wege, den Durchgang zu erreichen: den friedlichen, den gestatten aber die Inhaber des Hauses nicht, und den Weg der Gewalt durch Zerstörung des Hauses." Liegt darin nicht eine Aufforderung zur Zerstörung des Hauses, ganz wie die Angeklagten zur Zerstörung von Staat und Gesellschaft auffordern?*)

Das Siegel ward den Bestrebungen der Angeklagten aufgedrückt durch ihre Verbindung mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation, deren Generalrath den Generalstab aller revolutionären Kämpfe bildet. Die Angeklagten leugnen

---

*) Das famose Gleichniß von Haus und Garten, das oben nach der Version der (amtlichen) „Leipziger Zeitung" gegeben ist, lautete nach dem Bericht des „Tageblatts": „Ich will mich einmal einem Beispiel aus dem gewöhnlichen Leben zuwenden. Hinter einem Hause liegt ein schöner Garten, der die Güter des Lebens enthält. Es versperrt aber das Haus den Zugang zu dem Garten. Nun kommen Leute zu dem Besitzer des Hauses und sagen ihm: „Mache Dein Haus dem Erdboden gleich, damit wir in den Garten gelangen können. Wenn Du das nicht thust, dann wenden wir Gewalt an!" Ganz gleich verhält es sich mit den Handlungen der Angeklagten. In diesen Handlungen ist vom Anfang bis zum Ende eine sehr starke Anreizung zum Gebrauche der Gewalt enthalten."

zwar jeden offiziellen Verkehr mit der Internationalen in der Hauptsache ab. Auf die Form der Verbindung ist gar kein Gewicht zu legen. Der Sache nach bestand sie, wie auch aus den Geständnissen der Angeklagten hervorgeht. Die Worte in Bracke's, des Ausschußmitgliedes, Brief: „Unsere Oberleitung ist international und wird schon bestimmen, wenn's Zeit ist. Wir aber haben so lange einfach zu schweigen, gegebenen Augenblicks aber zu gehorchen. Das Einzige, was geschehen könnte, wäre eine Anfrage bei Marx, Geib und Liebknecht", — diese Worte sprechen für sich selbst und sind verständlicher als alle Versuche der Angeklagten und Bracke's selbst, ihnen einen harmlosen Sinn zu geben. Es geht aus ihnen schlagend hervor, daß Marx, der thatsächliche Chef der Internationalen, die höchste Autorität für die Partei der Angeklagten war. — Von Frankreich erwartete man offenbar seit Beginn des Krieges im Jahre 1870 für den Fall von Niederlagen Napoleon's eine Revolution; man hoffte für den Fall einer Proklamirung der Republik in Paris auf ein Weiterdringen der Revolution nach Deutschland, und dies war für die Angeklagten der Anknüpfungspunkt ihres Unternehmens.

Man wirft ein: Ihre Partei war zu schwach, so schwach, daß Sie selbst sich das sagen mußten.

Ja, sie war so schwach, als die große Strömung nationaler Begeisterung hervorbrach und ihr Sieg auf Sieg seitens der deutschen Heere folgte. Aber alles dies war vorher, als das Unwetter des Krieges zuerst drohte, nicht mit solcher Sicherheit vorauszusehen; und wenn Männer von solcher Erfahrung und Klarheit der Anschauung wie die Angeklagten, einen Plan gefaßt haben, so müssen sie sich auch der Möglichkeit der praktischen Durchführung desselben bewußt gewesen sein. Meine Herren Geschwornen, wir haben es hier mit Männern, nicht mit Knaben zu thun — und wir müssen annehmen, daß Männer wie Marx, daß Männer von solcher Begabung wie die Angeklagten, ihr Ziel auch mit Energie verfolgen. Diese Männer sind in dem vollen Bewußtsein, daß sie nur mit Gewalt etwas erreichen können, in den Kampf, in die Bewegung getreten. Und das ist ein Verbrechen!

Innerhalb der bestehenden staatlichen Ordnung hatte die Ausführung des Planes der Angeklagten keine Statt. Vor

zweitausend Jahren*) getraute sich Archimedes mit einem Hebel die Erde aus den Angeln zu heben, aber er verlangte dazu für sich einen Standpunkt außerhalb der Erde. So mußte auch der Standpunkt, von welchem die Angeklagten alle unsere staatliche Ordnung aufheben wollten, außerhalb dieser Ordnung, außerhalb der Gesetze sein. Das war er auch, und folglich war, was die Angeklagten auf diesem Standpunkt vorbereiteten, ein Verbrechen — es war die Vorbereitung des Hochverraths.**)

Wenn man sich aber außerhalb des Gesetzes stellt, kommt man mit dem Gesetzbuch in Konflikt. Das Ausdenken eines bestimmten Planes ist dazu nicht nöthig. Was die Angeklagten gethan haben, genügt, sie unter das Strafgesetz zu bringen.

Meine Herren Geschwornen! Wir haben zwei Gesetzbücher in Rücksicht zu ziehen. Es müssen die Handlungen, wenn sie vor dem Jahre 1871 begangen sind, strafbar sein sowohl nach dem alten wie nach dem neuen Rechte.

Sind sie nach dem neuen, dem Reichsstrafgesetzbuch straflos, dann sind sie überhaupt nicht straffällig. Sie werden sich indessen überzeugt haben, daß die Handlungen der Angeklagten von beiden Gesetzbüchern, also auch von dem früheren revidirten sächsischen Strafgesetz, als straffällig bezeichnet werden. Eine bestimmte hochverrätherische Handlung ist von den Angeklagten allerdings nicht begangen, der von ihnen vorbereitete Hochverrath ist nicht zur Ausführung gelangt. Das hebt aber nicht die Strafbarkeit auf. Der Hochverrath setzt nicht das Gelingen des Unternehmens voraus, es ist nicht erforderlich, daß das Unternehmen durchgeführt wird.

Das Reichsstrafgesetzbuch läßt für gewöhnliche Verbrechen die Vorbereitung straflos. Wenn zum Beispiel Einer ein Messer kauft, um Jemanden damit zu erstechen, so ist er

*) So nach dem Bericht der „Leipziger Zeitung", welche, so dürftig ihr Prozeßbericht sonst ist, die Rede des Herrn Staatsanwalts großentheils wörtlich wiedergiebt. In Wirklichkeit sagte der Herr Staatsanwalt: „Vor mehreren Hundert Jahren", ein lapsus linguae, der im Publikum nicht geringe Heiterkeit erregte.

**) Wörtlich nach dem Bericht der „Leipziger Zeitung", dem wir überhaupt, wo er die Rede stenographisch und nicht blos resumirend in indirekter Rede wiedergiebt, aufs Genaueste gefolgt sind.

dadurch nicht schon straffällig. Aber der Gesetzgeber hat ausdrücklich im Reichsstrafgesetzbuch die Vorbereitung zum Hochverrath als ein Verbrechen bezeichnet. Es ist darum in dieser letzteren Beziehung keine einzige Handlung der Vorbereitung ausgeschlossen.

Nach Demjenigen, was die Beweisaufnahme ergeben, hat auch der Angeklagte Hepner sich der Vorbereitung zum Hochverrath schuldig gemacht. Er betheiligte sich am Eisenacher Kongreß; er ist in vollem Bewußtsein in die Redaktion des „Volksstaat" eingetreten, für den er fleißig gearbeitet hat; er hat an den Ausschuß zu Braunschweig Vorschläge zur Verbreitung von Agitationsschriften gelangen lassen. Jedoch*) stelle ich es Ihnen anheim, meine Herren Geschwornen, zu ermessen, ob Hepner schuldig ist. Es hat sich herausgestellt, daß seine Stellung in der Redaktion eine Liebknecht untergeordnete war.

In Betreff der beiden anderen Angeklagten kann aber kein Zweifel obwalten. Sie sind die Seele der Bewegung in Deutschland, die Häupter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sie haben den Wind mit gesä't, der jetzt als Sturm alle zivilisirten Länder durchbraust. Wenn Sie die beiden Angeklagten nicht verurtheilen, dann sanktioniren Sie für immer den Hochverrath.**) —

*) Dieses „Jedoch" ist charakteristisch! Als ob die Geschwornen nicht über die zwei anderen Angeklagten „zu ermessen" gehabt hätten! „Jedoch" war es dem Herrn Staatsanwalt nachgerade klar geworden, daß über Hepner gar nichts mehr „zu ermessen" war!

**) So referirt das „Leipziger Tageblatt" die Schlußtirade des Herrn Staatsanwalts. Nach dem Bericht des „Volksstaat" lautete der letzte Satz: „Sprechen Sie das Schuldig aus, meine Herren Geschwornen, — oder Sie sanktioniren die Vorbereitung zum Hochverrath für jetzt und immer!" Wir erinnern uns nicht genau, ob der Ausdruck „Vorbereitung zum Hochverrath" oder blos: „Hochverrath" gebraucht wurde — ein wesentlicher Unterschied ist's beiläufig nicht —, das Wort „Hochverrath" wurde jedenfalls gebraucht, nicht „Revolution", wie die „Leipziger Zeitung" berichtet, welche den Schlußpassus also wiedergiebt: „Sie (Liebknecht und Bebel) säeten Wind, um Sturm zu ernten, den Sturm, der nicht blos von unserem Staat, sondern von allen Staaten der zivilisirten Welt das schützende Dach reißen soll! Meine Herren Geschwornen! Sprechen Sie über die Herren Bebel und Liebknecht das Schuldig aus, sonst sanktioniren Sie die Vorbereitung zur Revolution nicht blos für jetzt, sondern für immer!"

(Nachdem der Staatsanwalt sein Plaidoyer beendigt, läßt der Präsident — es ist $12^3/_4$ Uhr geworden — eine dreiviertelstündige Pause eintreten.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung:)

Präsident: Ich muß bemerken, daß ich heute Vormittag vergessen habe, die an die Herren Geschwornen zu richtenden Fragen in ihrer abgeänderten Form vorzulesen. Das Gesetz schreibt dies vor, außer für den Fall, daß Anklage wie Vertheidigung darauf verzichten. Ich frage, ob die Vorlesung gefordert wird.

Staatsanwalt Hoffmann nickt verneinend.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Ich verzichte auf die Vorlesung.

Vertheidiger Freytag II. (Plauen): Auch ich verzichte darauf, schon aus dem Grunde, weil der Herr Staatsanwalt seine Rede sonst noch einmal halten müßte. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident: Es würde nunmehr der Herr Advokat Freytag aus Leipzig für die Herren Liebknecht und Hepner das Wort haben.

Vertheidiger Freytag I. (Leipzig): Meine Herren Geschwornen! Ich verzichte gern darauf, daß der Herr Staatsanwalt seine Rede, die er uns soeben gehalten hat, noch einmal halte; im Gegentheil, ich kann Ihnen versichern, daß ich mich trotz der dreiviertelstündigen Pause, die hinter uns liegt, immer noch nicht von meinem Erstaunen erholt habe, von dem Erstaunen, welches ich über die Begründung einer Anklage, einer Anklage, der eine 14tägige Verhandlung vorhergegangen ist, empfunden habe. Ich habe allerdings geglaubt, daß wir heute nun endlich einmal auf den Kern der Anklage kommen werden, daß uns die Königl. Staatsanwaltschaft an der Hand der aufgestellten Fragen darlegen wird, was nun eigentlich für Handlungen den Angeschuldigten Schuld gegeben werden, und weshalb in diesen Handlungen die Vorbereitung des Hochverraths liegen soll.

Statt dessen haben wir heute wieder nichts gehört als ein Ragout von Reden und Aeußerungen anderer Leute, von Schriften, die aus dem Jahre 1847 und 1848 stammen, und eine Darlegung von Gesinnungen, welche der Herr Liebknecht und der Herr Bebel haben, keineswegs aber eine Darlegung von Thatsachen, aus denen geschlossen werden könnte,

daß die Angeschuldigten förmlich entschlossen gewesen sind, die Staatsform in Sachsen sowohl als in Deutschland gewaltsam zu zerbrechen.

Es thut mir leid, meine Herren, ich kann dem Herrn Staatsanwalt in seiner Rede nicht folgen, halte mich vielmehr für verpflichtet, die Fragen, die aufgestellt worden sind und die den Herren Geschwornen zur Beantwortung vorgelegt worden sind, durchzugehen, auf die Fragen näher einzugehen, und an der Hand der Fragen zu entwickeln, daß an eine Vorbereitung des Hochverraths nicht zu denken ist. Ich werde hierbei auf die Aeußerungen, welche der Herr Staatsanwalt zur Begründung der Anklage gethan hat, noch zurückkommen und will nur Folgendes noch einzeln bemerken über das, was der Herr Staatsanwalt als Geschichte der Sozialdemokratie bezeichnet hat. Meine Herren! Ich kann Ihnen die feste Versicherung geben, eine Geschichte der Sozialdemokratie haben Sie von dem Herrn Staatsanwalt nicht gehört. Die Geschichte der Sozialdemokratie fängt nicht mit dem Jahre 1848 und nicht mit dem Kommunistischen Manifest an; und gerade das Kommunistische Manifest hat auf den heutigen Prozeß auch nicht den geringsten Einfluß. Der heutige Prozeß hat mit der Zeit vor 1848, mit dem Kommunistischen Manifest nicht das Geringste zu thun. Der Herr Staatsanwalt hat selbst auseinandergesetzt, daß das Kommunistische Manifest veröffentlicht worden ist am Vorabend einer Revolution, am Vorabend der Revolution von 1848. Wenn eine Partei am Vorabend der Revolution Forderungen ausspricht, so lauten diese selbstverständlich anders als in einer ganz friedlichen Zeit. Der Herr Staatsanwalt hat uns auch auseinandergesetzt, daß die Revolution von 1848 keineswegs nur irgendwie etwas für die sogenannte Kommunistische Partei gebracht habe. Nun, es ist ja auch geschichtlich bewiesen, daß die Kommunisten am Jahre 1848 und an dem Gelingen der Revolution von 1848 nur sehr geringen Antheil gehabt haben. — Der Herr Staatsanwalt hat weiter in seiner Geschichte der Sozialdemokratie die strafgerichtliche Verfolgung erwähnt, welche nach der Revolution in verschiedenen Ländern stattgefunden hat. Ich meinerseits erinnere mich blos einer strafgerichtlichen Verfolgung; das ist der sogenannte „Kommunistenprozeß“ in Cöln gewesen. Aber auch hinsichtlich dieses Prozesses, meine

Herren, ist Ihnen nicht die geringste Unterlage gemacht worden. Ich hätte allerdings gewünscht, daß sie Ihnen gemacht worden wäre; Sie hätten aus dem „Kommunistenprozeß“ in Cöln — Anfangs der 50er Jahre — gesehen, daß auch dieser das gewesen ist, was der heutige ist — ein Tendenzprozeß! — Sie hätten auch gesehen, daß, abgesehen von erstieberten und gefälschten Briefen, die in dem heutigen Prozeß nicht vorkommen, die beiden Prozesse doch das Gemeinschaftliche haben, daß ihnen der Kern fehlt, daß alles Nebel ist, aber keineswegs eine handgreifliche Thatsache bewiesen worden ist, wie sie zur Begründung einer Anklage unbedingt nothwendig sind.

Der Herr Staatsanwalt ist weiter auf die Lassalle'sche Bewegung übergegangen und hat Ihnen auseinandergesetzt, daß Ferdinand Lassalle der Erste gewesen sei, der die politische Macht für die Arbeiter haben wollte und für das allgemeine gleiche Wahlrecht aufgetreten sei. Er hat Ihnen auch auseinandergesetzt, daß nach einer Aeußerung eines intimen Vertrauten Lassalle's, eines gewissen Weyrich, Lassalle unter allgemeinem Stimmrecht stets die „Revolution“ verstanden habe. — Meine Herren! Es ist in keiner Weise nachgewiesen, daß dieser Weyrich, den kaum ein Mensch in der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterpartei kennt, ein Vertrauter Lassalle's gewesen ist. Ein gewisser Weyrich hat eine Erwiderung auf einen Aufsatz über Lassalle im „Volksstaat“ gebracht, und in diesem Aufsatz hat er seine unmaßgebliche Meinung dahin ausgesprochen, Lassalle habe Einem gesagt, er verstehe stets darunter Revolution, wenn er von allgemeinem Stimmrecht gesprochen habe. Das ist ein Urtheil, auf das auch nicht das Geringste ankommt. Wenn der Herr Staatsanwalt etwas beweisen wollte, so hätte er uns die Lassalle'schen Schriften oder wenigstens einen Auszug aus denselben zur Vorlesung bringen sollen. Und, meine Herren, wären Ihnen diese Schriften vorgelesen worden, so hätten wir über die Ziele und Bestrebungen der jetzigen Sozialdemokratie ganz andere Begriffe bekommen als dadurch, daß das Manifest von 1848, Heinzen'sche Soldatenschriften, „Forderungen des Volks beim Beginn einer Revolution“ und allerlei Mischmasch vorgelesen worden ist. — Auch auf den Herrn Ladendorf ist der Herr Staatsanwalt in der Geschichte der Sozialdemokratie eingegangen und hat Sie namentlich darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Ladendorf Gelder Herrn Bebel sowohl als auch

dem Ausschuß zugeschickt. Nun, meine Herrn, über das Verhältniß, in welchem Ladendorf zur sozialdemokratischen Partei und gerade zu Herrn Liebknecht gestanden hat, darüber ist Ihnen in der Untersuchung hinreichend Auskunft geworden. Es ist wahr, es sind Gelder aus dem sogenannten Revolutionsfonds zur Unterstützung der Partei gegeben worden. Nun über diese Gelder ist öffentlich quittirt worden. Wir haben sogar in der Untersuchung gehört, daß Herr Bebel erklärt hat, er habe noch weit mehr bekommen, als die Anklage überhaupt besage und behauptet habe. In der Empfangnahme von Geldern durch einen politischen Freund ist aber keineswegs die Behauptung enthalten, daß nunmehr Derjenige, welcher die Gelder empfängt, auch auf die politischen Ansichten des Anderen schwöre und das, was der Andere wolle, zu erreichen strebe. Im Gegentheil ist durch die Aussagen Herrn Bebel's, die durchweg glaubhaft sind — denn den Eindruck wird wohl Herr Bebel auf Sie gemacht haben, daß er mit seinen Ansichten nicht hinter dem Berge hält — und ebenso durch die beeidete Aussage des Ausschußmitgliedes Bracke bewiesen worden, daß sich Herr Bebel sowohl als Bracke ausdrücklich dagegen verwahrt haben, daß sie bei Empfang dieser Gelder nunmehr irgend eine Verpflichtung übernehmen hinsichtlich des Partei-Vorgehens. Das ist das, was ich dem Herrn Staatsanwalt auf seine Einleitung zur Geschichte der Sozialdemokratie zu bemerken hatte.

Ich werde nunmehr die Punkte vornehmen und beleuchten, welche in der Frage, die Sie zu beantworten haben, meine Herren Geschwornen, enthalten sind. Es werden in diesen Punkten verschiedene Handlungen behauptet, welche die Angeschuldigten begangen haben sollen. Es wird dann weiter behauptet, daß sie diese Handlungen begangen haben zum Zwecke des Vorhabens, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, und des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern, und daß eben durch diese Handlungen ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitet worden sein soll. Meine Herren Geschwornen! Der Kernpunkt der ganzen Frage liegt in dem Satz „zum Zwecke des Vorhabens, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, und des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern". Wird von den Herrn Geschwornen verneint, daß die Handlungen begangen worden seien „zum Zwecke des Vorhabens",

die Verfassung des Norddeutschen Bundes u. s. w. gewaltsam zu ändern, so fällt die Anklage in sich selbst zusammen. Ich will einmal auf die Punkte eingehen, betreffend die Handlungen, durch welche der Hochverrath vorbereitet worden sein soll. Es wird da a) behauptet, die Angeschuldigten hätten im Monat August 1869 zu Eisenach, in Verbindung mit anderen hervorragenden Parteigenossen, die sozialdemokratische Arbeiterpartei begründet. Das ist vollkommen richtig, meine Herren; die Angeschuldigten haben das eingeräumt, und ich habe dazu blos hinzuzufügen, daß die Arbeiterpartei, die in Eisenach gegründet worden ist, auch von der Polizei in Eisenach genehmigt worden ist, und daß das, was die Arbeiterpartei bezweckt, vollständig aus ihren Statuten und aus ihren sonstigen Handlungen erhellt. Es ist richtig, die Arbeiterpartei hat als ihr Ideal unter Nr. I. und II. ihres Programms die Errichtung des „freien Volksstaats". Die Angeklagten haben auch vollständig eingeräumt und bekannt, daß sie unter „freiem Volksstaat" nichts weiter verstehen als die Republik. Sie haben auch eingeräumt, daß sie die Partei in Eisenach mit begründet haben, damit sie für ihre Ideen besser Propaganda machen können, aus dem sehr richtigen Grunde, weil eine organisirte Partei für ihre Ideen kräftiger und mit mehr Erfolg auftreten kann als Einer allein. Die Angeklagten haben auch eingeräumt, daß sie eine hervorragende Stellung in der Partei selbst eingenommen haben. — Was nun aber das Programm betrifft, meine Herren, so hat der Herr Staatsanwalt bei der Vorlesung desselben übersehen — darauf muß ich leider nunmehr nochmals zurückkommen — daß die Idee des ganzen Programms, die unter I. und II. desselben enthalten ist, zu trennen ist von den „Nächsten Forderungen", welche die Arbeiterpartei aufstellt. Mit dem Programm, mit der Idee, mit dem, was die sozialdemokratische Partei überhaupt lehrt und erreichen will, damit haben wir juristisch nichts zu thun. Wir haben es nur mit dem zu thun, was die sozialdemokratische Partei als „Nächste Forderungen" aufgestellt hat. Und diese „Nächste Forderungen" sind enthalten unter III. 1—10. Sie sind Ihnen bereits vorgelesen worden, aber ich halte es doch für nöthig, sie ganz kurz nochmals anzugeben. Sie beschränken sich auf die Ertheilung des allgemeinen direkten Wahlrechts u. s. w. — was wir bereits theilweise erreicht

haben — Einführung der direkten Gesetzgebung — Genossenschaftswesen.

Nun meine Herren, das sind die „Forderungen", welche die Sozialdemokratie als zunächst erreichbar aufstellt; das sind die Forderungen, von denen sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eisenach gesagt hat: diese müssen wir jetzt zu erreichen suchen. Unser Ideal, das wir als unseren höchsten Endzweck hinstellen, die Errichtung des freien Volksstaats, die Errichtung der Republik, kommt erst dann in Frage, und darüber, was wir zur Erreichung dieses Zweckes machen wollen, sprechen wir erst dann, wenn wir unsere „nächsten Forderungen" erreicht haben. Mit diesen Beschränkungen ist es ganz richtig, daß a) im Monat August 1869 zu Eisenach neben anderen hervorragenden Parteigenossen auch die Angeklagten die sozialdemokratische Partei — nicht gegründet, aber doch mitgegründet haben. — Hierbei möchte ich gleichzeitig auf eine Erklärung kommen, welche der Herr Staatsanwalt über die Gründung der Partei gemacht hat und namentlich über die Wahl des Wortes „Volksstaat". Das Wort „freier Volksstaat" ist gewählt worden anstatt des Wortes „Republik", weil man unter freiem Volksstaat bei weitem mehr verstehen kann als unter dem engen, hauptsächlich rein politischen Begriff „Republik". Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die Republiken in Hamburg und Bremen u. s. w., auch mit auf die Schweiz ist gerade der Ausdruck „freier Volksstaat" gewählt worden; nicht wie der Herr Staatsanwalt erklärt hat, um die Polizei u. s. w. hinter's Licht zu führen. Hätte man dies gewollt, so hätte man die Versammlung zu Eisenach nicht öffentlich gehalten, man hätte das Programm nicht bei der Polizei eingereicht, und man hätte die Verhandlungen der Eisenacher Partei nicht im Druck und öffentlich herausgegeben.

Es ist weiter b) richtig, daß die Angeschuldigten Redakteure des seit dem 1. Oktober 1869 unter dem Titel „Der Volksstaat" ins Leben getretenen Preßorgans gewesen sind. Es ist das richtig, soweit es den Angeklagten Herrn Liebknecht betrifft. Den Herrn Bebel wird mein Bruder vertreten; zur Vertheidigung Herrn Hepner's ein Wort zu sprechen, halte ich durchaus nicht für nöthig. Bemerken will ich nur, daß sie den „Volksstaat" nicht selbst gegründet haben, sondern daß sie hierzu von der Partei gewählt worden sind.

c) wird weiter gefragt, ob die Angeschuldigten in der gedachten Zeitung beharrlich und planmäßig, um deren vornehmlich den Arbeiterkreisen angehörige Leser für das obgedachte gewaltsame Vorhaben zu gewinnen, nicht nur Grundsätze, welche dem letzteren entsprochen, verbreitet, sondern insbesondere auch die Arbeiter darauf, daß nicht blos durch das moralische Gewicht der Majorität in den gesetzgebenden Versammlungen, sondern schließlich nur durch Gewalt die dermaligen Staatseinrichtungen und die auf sie gegründeten wirthschaftlich gesellschaftlichen Zustände beseitigt werden können, hingewiesen und geradezu an sie, zugleich unter Erinnerung an die Vorgänge früherer politischer Revolutionen, die Aufforderung, auf den Zeitpunkt des gewaltsamen Umsturzes durch engen Anschluß an einander, durch einheitliche Organisation und sonst sich vorzubereiten und dazu sich bereit zu halten, gerichtet haben.

Meine Herren! Diese Frage, abgesehen von dem Zwecke, der hierbei verfolgt worden ist, — auf den komme ich später zurück — kann meiner Ansicht nach von den Geschwornen unmöglich bejaht werden. Um zuvörderst mit Kleinigkeiten anzufangen: Ist Ihnen in den Stellen, die Ihnen der Herr Staatsanwalt heute wieder wie gewöhnlich, wie das schon in der ganzen Anklage stattgefunden hat, auszugsweise und aus dem Zusammenhang herausgerissen vorgelesen hat, eine Stelle erinnerlich, wo die Arbeiter ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß nicht blos durch das moralische Gewicht der Majorität, oder — wie es in der ursprünglichen Anklage heißt — daß lediglich durch die Gewalt die Zwecke der Sozialdemokratie erreicht werden können? Nein, meine Herren! Es ist gerade in den Aufsätzen, die Ihnen vorgelesen worden sind, ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß man vor allen Dingen streben müsse, die Majorität zu erlangen. Aber darüber, was dann, wenn diese Majorität erlangt worden ist, geschehen soll, oder daß dann Gewalt angewendet werden soll, darüber ist auch nicht ein Wort in diesen Artikeln des „Volksstaat" enthalten. Ebensowenig darüber, daß — wie es am Schluß hier heißt — die Aufforderung an die Arbeiter gerichtet worden sei, auf den Zeitpunkt des gewaltsamen Umsturzes durch engen Anschluß an einander, durch einheitliche Organisation und sonst sich vorzubereiten. Ich fordere den Herrn Staatsanwalt auf, mir aus den Stellen

des „Volksstaat", die zur Vorlesung gebracht worden sind, auch nur eine einzige Stelle vorzulesen, wo eine förmliche „Aufforderung" — wie es hier heißt — gerichtet worden sein soll an die Arbeiter, auf den Zeitpunkt des gewaltsamen Umsturzes durch engen Anschluß an einander, durch einheitliche Organisation und sonst sich vorzubereiten. Der Herr Staatsanwalt wird mir keine Stelle vorlesen können, in welcher dies enthalten wäre. Wohl aber hat der Herr Staatsanwalt sich bemüßigt gefunden, wiederum — was wir schon vor einigen Tagen einmal gehabt haben — einzelne Stellen aus dem „Volksstaat" Ihnen vorzulesen. Er will dadurch wahrscheinlich beweisen, daß in der gedachten Zeitung „beharrlich und planmäßig" in dieser Weise vorgegangen worden sei. Meine Herren! Es würde viel zu weit führen, wenn ich Ihnen jetzt die einzelnen Stellen, die ich mir angestrichen habe und die der Herr Staatsanwalt vorgelesen hat, durchgehen wollte, und wenn ich Ihnen das, was in dieser Beziehung von den Angeklagten in schlüssigster Weise vorgebracht worden ist, nochmals zu Gehör bringen wollte. Aber auf Eins in dieser Hinsicht muß ich Sie aufmerksam machen. Der Aufsätze, die vorgelesen worden sind, sind im Ganzen 24 gewesen. Von denselben sind aber keineswegs alle als inkriminirend betrachtet worden. Von einzelnen hat der Herr Präsident selbst erklärt, daß er durchaus nichts darin finde; sie sind auch von dem Herrn Staatsanwalt heute gar nicht angeführt. Von diesen 24 sind aber 15, die an den „Volksstaat" eingesendet wurden aus fremden Ländern oder wenigstens von fremden Leuten; 4—5 sind von dem Ausschuß verfertigt und bestehen in Manifesten 2c., und nur ungefähr 4 oder 5 sind von Herrn Liebknecht förmlich abgefaßt worden. Ich habe Sie bereits bei dem Vorlesen darauf aufmerksam gemacht, daß man sehr wohl unterscheiden muß zwischen Verantwortlichkeit eines Redakteurs nach dem Preßgesetz und zwischen Verantwortlichkeit eines Redakteurs nach dem Strafgesetz. Dafür, daß in einer Zeitung ein staatsgefährlicher Aufruf steht, ist der Redakteur strafgesetzlich blos dann verantwortlich, wenn ihm nachgewiesen worden ist, daß er diesen Aufsatz mit dem vollen Bewußtsein des Strafbaren und mit der vollen Kenntniß des Inhalts zum Abdruck gebracht hat. In dieser Hinsicht ist durch die Untersuchung gar nichts bewiesen worden, was die

fremden Aufsätze betrifft. — Nun, meine Herren, es waren also Alles in Allem 24 Aufsätze und die sind nicht alle belastend. Und diese 24 Aufsätze sind entnommen aus ungefähr 200 Nummern des „Volksstaat", die bis dahin erschienen waren. Die Aufsätze nehmen in der Hauptsache und meist jeder einzelne ungefähr ein Sechszehntel einer einzelnen Nummer ein. Glauben Sie nun wirklich, daß Sie im Stande sind, wenn Ihnen solche einzelne Aufsätze aus mehreren Jahrgängen eines Blattes vorgelegt werden, dann zu beurtheilen, wie die ganze Haltung des Blattes ist? Denken Sie, meine Herren, es sind nicht Aufsätze, die willkürlich herausgerissen sind, sondern es sind Aufsätze, welche der Herr Staatsanwalt als ganz besonders strafbar herausgefunden, und Ihnen vorgelegt hat. Und aus solchen herausgerissenen Sätzen soll Jemand ein Urtheil fällen über die ganze Haltung des Blattes! Ich gebe Ihnen die Versicherung, meine Herren, ich hätte Ihnen mehr als 24 Aufsätze des „Volksstaat" vorlegen können, welche gerade das Gegentheil beweisen von dem, wessen die Angeschuldigten schuldig sein sollen, und welche gerade beweisen, daß der ganze Zweck des „Volksstaat" ist: Aufklärung und Belehrung, Propaganda zu machen für die Ideen. Aber ich habe es nicht gethan, weil ich mir auch nicht einbilde, daß ich Ihnen aus einem Zusammenlesen von entlastenden Artikeln den Beweis führen kann, daß der „Volksstaat" rein belehrend, rein aufklärend. Es läßt sich eben nicht durch einzelne herausgerissene Sätze, durch einzelne Aufsätze eines Blattes ein Urtheil über die Gesammthaltung des Blattes geben. Der Herr Staatsanwalt hat Ihnen ein Beispiel aus dem Leben gebracht; ich werde auf dasselbe nachher zurückkommen. Ich will Ihnen nur eins bringen gerade in Bezug hierauf. Nehmen Sie einmal einen jungen lebenslustigen Mann an, der mehrere Jahre in einer etwas größeren Stadt lebt und einen sehr intimen Briefwechsel mit seinem besten Freunde führt. In dem Briefwechsel sind gar viele belehrende Sachen enthalten: es wird referirt über Kunst und Wissenschaft, über das, was er in dieser Hinsicht treibt. Aber der junge Mann genirt sich auch nicht, seinem ebenfalls lebenslustigen Freunde mitzutheilen, wenn er z. B. Sonntags einmal einen kleinen Rausch gehabt hat. Wenn nun dann Jemand kommt und die Briefe, die gerade zu Feiertagszeiten meinetwegen

geschrieben worden sind, herausnimmt, 10, 20 zusammenlegt und sagt: Sehen Sie einmal: in jedem Briefe steht „Gestern habe ich einen kleinen Rausch gehabt", und die Briefe würden dann vorgelesen, so würde man nach der Logik des Herrn Staatsanwalts und der Staatsanwaltschaft daraus schließen können: der Mann ist ein Trunkenbold.

Meine Herren! Ich kann Ihnen noch etwas vorlegen in dieser Hinsicht. Das ist etwas, was Herr Liebknecht selbst bereits in der Untersuchung hervorgehoben hat. Es ist ungemein leicht, aus einem Werke und aus einer Zeitschrift einzelne belastende Stellen herauszuführen; aber daraus einen Schluß ziehen auf die Gesammthaltung — das ist gerade so, als wenn Sie Shakespeare's Werke hernehmen, und aus den Shakespeare'schen Dramen die sämmtlichen anstößigen Stellen, die in denselben enthalten sind, zusammen stellen und daraus den Schluß ziehen wollten: der hochsittliche Dichter des „Hamlet" ist ein Monstrum von Unsittlichkeit! Ich möchte in dieser Hinsicht noch auf etwas aufmerksam machen hinsichtlich des „Volksstaat". Es ist ja das der Punkt, der von allen, die in der Anklage stehen, wenigstens etwas eingehend von der Königlichen Staatsanwaltschaft behandelt worden ist. Es haben die Angeklagten wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ja das Meiste, was in dem „Volksstaat" stand und was von der Königlichen Staatsanwaltschaft als inkriminirend befunden worden ist, schon lange vorher in dem Blatte gestanden hat und die Zensur der Polizei, der Kreisdirektion und der Königlichen Staatsanwaltschaft bestanden hatte. Meine Herren! mit vollem Fug und Recht ist sich hierauf bezogen worden, und weil, als die Angeklagten derartige Einwendungen machten, der Herr Präsident darauf aufmerksam machte, daß die Preßpolizei in Sachsen vielleicht ganz besonders milde sei und daß ja gegenwärtig eben die Anklage vorliege und darauf hinzudeuten schien, daß der Herr Staatsanwalt dies ganz still gesammelt hätte zur heutigen Anklage, so muß ich dem ganz entschieden widersprechen und glaube Ihnen in dieser Hinsicht als Beweis anführen zu können, daß Herr Liebknecht bereits im Sommer 1870 einmal von der Königlichen Staatsanwaltschaft wegen Vorbereitung des Hochverraths in Untersuchung genommen worden war, und zwar lediglich wegen eines Gedichts, welches von der Königlichen Staatsanwaltschaft selbst jetzt für so harmlos

befunden worden ist, daß es nicht einmal zur Vorlesung gebracht wurde. Damals ist es der Königlichen Staatsanwaltschaft nicht eingefallen, die Aufsätze, die angeblich belastend sein sollen, hervor zu bringen. Wohl aber hätte sie es gethan, ganz sicher gethan, wenn sie damals überhaupt etwas Strafwürdiges in denselben gefunden hätte. Es ist auch in der ersten Anklage, welche die Königliche Staatsanwaltschaft erhob, lediglich ganz besonders Bezug genommen worden auf das Manifest des Ausschusses, auf dasselbe Manifest, in welchem es heißt: „Versammelt Euch und berathet Friedensadressen und protestirt gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen! Aber ja nur auf gesetzlichem Wege, nur in gesetzlicher Weise! Eine Ueberschreitung des Gesetzes würde uns selbst schaden." — Es ist endlich — das ging ja hervor, als die Beweismittelliste durchgenommen wurde — diese Zusammenstellung von belastenden Stellen aus dem „Volksstaat" auch durchaus nicht etwa von der Königlichen Staatsanwaltschaft entworfen worden, sondern sie ist nach eingeleiteter Untersuchung von dem Untersuchungsrichter bewirkt worden.

Die Anklage behauptet d) daß die Angeschuldigten nicht nur selbst die Schriften, in denen zu gewaltsamer Abänderung der Staatsverfassung aufgereizt und aufgefordert wird, zur Verbreitung gebracht und empfohlen, sondern außerdem auch bei der Verbreitung solcher Schriften durch den gewählten Parteiausschuß zu Braunschweig, indem sie selbigem nach dieser Richtung hin Vorschläge gemacht, mitgewirkt haben.

Meine Herren! Was den Angeschuldigten Liebknecht betrifft, so ist von demselben lediglich bewiesen, daß er seine Rede, die er in Berlin gehalten hat, zum Druck gebracht und diese Druckschrift verbreitet hat. Diese Rede ist Ihnen von Herrn Liebknecht in genauester Weise erörtert worden. Ich beziehe mich lediglich auf das, was Herr Liebknecht in dieser Richtung gesagt hat. Dadurch, daß der Herr Staatsanwalt wiederum Reden aus dem Zusammenhang reißt und, ohne auf den Zusammenhang der ganzen Schrift einzugehen, diese zum Anklagematerial benutzt, wird gar nichts bewiesen. Ebenso ist durch die Untersuchung in keiner Weise bewiesen worden, daß Herr Liebknecht oder Herr Bebel dem Braunschweiger Ausschuß in dieser Richtung zur Verbreitung von Schriften Vorschläge gemacht hat. Mir wenigstens ist nicht erinnerlich, daß in dem vielen Material, was uns vorgelesen

worden ist, auch nur das Geringste in dieser Richtung gewesen wäre.

e) Es wird den Angeklagten Schuld gegeben, daß sie für Gründung von Arbeiter-Vereinen an den einzelnen Orten als Lokalvereinen der Partei, welche durch Vertrauensmänner und sonst mit dem erwählten Parteiausschuß im engsten Verkehr gestanden, mit Erfolg gewirkt haben. Nun, meine Herren, wenn das der Fall wäre, so würde ich hierin selbstverständlich auch nicht das geringste Bedenkliche finden. Aber mir ist ebenfalls wiederum während der ganzen Verhandlung nicht hervorgegangen, daß Herr Liebknecht von der Anklage beschuldigt worden wäre, er habe Lokalvereine in einigen Orten des Landes gegründet. Im Gegentheil geht aus der ganzen Untersuchung hervor, daß Herr Liebknecht, der Redakteur des „Volksstaat", gerade für derartige praktische Einrichtungen, wie Gründung von Lokalvereinen u. s. w., gar kein Verständniß hatte.

f) Daß die Angeschuldigten nicht nur selbst in Volksversammlungen in verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs als Agitatoren für die bezeichneten Zwecke der Partei aufgetreten, sondern auch für die Entsendung anderer Personen als Agitatoren thätig mitgewirkt haben.

Ich habe es bei dieser Frage lediglich mit Herrn Liebknecht zu thun. Meine Herren! Es ist nicht durch eine einzige Thatsache in dieser Richtung bewiesen worden, daß Herr Liebknecht in verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs als Agitator für die bezeichneten Zwecke der Partei aufgetreten sei. Es ist zwar behauptet worden, oder vielmehr beiläufig zur Sprache gekommen, daß er in Berlin eine Rede gehalten hat; jedoch wir haben von Seiten der Königl. Staatsanwaltschaft gehört, daß auf das Halten der Rede in Berlin aus sehr naheliegenden Gründen von der Anklage gar kein Bezug genommen werden solle, sondern lediglich darauf, daß er diese Rede in Druck gebracht hat. Auch will ich bemerken, daß diese Rede in Berlin lediglich eine Gelegenheitsrede war, keineswegs aber eine Rede, um Agitation für die Partei zu betreiben. Es ist zwar weiter bewiesen worden, daß Herr Liebknecht eine Rede in Wien gehalten hat. Aber meine Herren, Wien liegt leider nicht im Deutschen Reich und deshalb ist der Satz unter f) auf die Reise nach Wien und die Rede in Wien durchaus nicht anwendbar. Ebenso ist durchaus

unerwiesen — und im Gegentheil, es ist konstatirt, daß das nicht wahr ist —, daß auch für die Entsendung anderer Personen, als Agitatoren, von den Angeschuldigten thätig mitgewirkt worden sei. Wir haben vielmehr durch die Braunschweiger Zeugen bestätigen hören, daß die Entsendung von Agitatoren lediglich Sache des Ausschusses war und daß die Angeschuldigten, die Leipziger, mit der Entsendung von Agitatoren nicht das Geringste zu thun hatten.

g) die Angeklagten werden beschuldigt, die Landbevölkerung und das Militär durch Artikel in der Zeitschrift „Der Volksstaat" und durch sonstige Schriften zur Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aufzureizen und zu unterwühlen versucht zu haben. Es ist von den Angeschuldigten wiederholt behauptet worden, daß sie den sehnlichen Wunsch haben, auch unter der Landbevölkerung Propaganda zu machen. Es ist aber ebenso nicht blos von ihnen behauptet, sondern auch in Schriften niedergelegt worden, daß sie durchaus nicht die Mittel haben, jetzt unter der Landbevölkerung Propaganda zu machen. Es sind ganz genau die Schwierigkeiten auseinandergesetzt worden, mit welchen gerade eine Propaganda unter der Landbevölkerung zu kämpfen hätte. Alles was in dieser Hinsicht uns vorgelegt worden ist, das war ein Aufruf von Becker aus Genf. Dieser Aufruf ist aber von den Angeschuldigten nicht verbreitet worden; sondern im Gegentheil, Becker beschwert sich beim Ausschuß schriftlich darüber, daß die Verbreitung nicht geschehen sei. Ueber den betreffenden Aufruf ist in Stuttgart auf dem Kongreß zur Tagesordnung übergegangen worden und Alles, was geschehen ist, ist das, daß dieser Aufruf im „Volksstaat" einmal abgedruckt worden ist, und zwar in zwei verschiedenen Absätzen und ausdrücklich mit der Bezeichnung, daß dieser Aufruf aus dem „Vorboten" in der Schweiz genommen worden sei. Wenn nun aber die Anklage selbst behauptet, daß der Leserkreis des „Volksstaat" sich hauptsächlich aus Arbeiterkreisen rekrutirt, so kann sie doch wahrhaftig in der Frage nicht wieder behaupten, daß durch Abdruck eines derartigen Aufrufs im „Volksstaat" nur auf die Landbevölkerung eingewirkt werden sollte.

Meine Herren! Es ist auch behauptet worden, die Angeschuldigten hätten versucht, das Militär aufzureizen und zu unterwühlen. In dieser Hinsicht hat der Herr Königliche

Staatsanwalt eine Heinzen'sche Schrift vorlesen lassen. Ich gehe auf dieselbe nicht näher ein. Meine Herren! Es ist vollständig bewiesen worden, daß die Angeschuldigten mit dieser Heinzen'schen Schrift nicht das Geringste zu thun gehabt haben, daß zwar ein Mitglied des Ausschusses den tollen Versuch machen wollte, die Schrift sich kommen zu lassen und möglicherweise zu verbreiten, daß jedoch auch dieses einzige Mitglied des Ausschusses von diesem Entschlusse vollständig zurückgekommen ist. Das Einzige, was der Herr Staatsanwalt in dieser Hinsicht gegen den Herrn Liebknecht vorbringen konnte, war das, daß er sich auf einen Brief bezog, der ein halbes Jahr vorher von einem gewissen Göhre, nicht etwa direkt an Herrn Liebknecht, sondern an Herrn Thiele und Herrn Liebknecht geschrieben worden war, in welchem eine Agitation unter dem Militär empfohlen ward. Herr Liebknecht hat auf diesen Brief, wie erwiesen ist, nicht das Geringste gethan. Wir haben namentlich von den Ausschußmitgliedern gehört, daß nie und nimmer ein Antrag Liebknecht's in dieser Richtung bei dem Ausschusse eingegangen war. Heute bringt der Herr Staatsanwalt ein anderes Moment zur Begründung seiner Anklage in dieser Richtung. Ich habe viel zu viel Achtung, meine Herren, für den Herrn Staatsanwalt persönlich, als daß ich nicht annehmen sollte, was er heute vorgebracht hat, sei lediglich ein lapsus seinerseits gewesen, ein Versehen. Meine Herren! Er will daraus, daß Bonhorst in einem Briefe schreibt: „Der Nürnberger Gedanke von einer Aufreizung des Militärs soll in Ausführung gebracht werden" — schließen, daß bereits in Nürnberg auf dem 1868er Verbandstag der Arbeitervereine dieser Gedanke berathen worden sei. Nein, meine Herren Geschwornen, Sie werden sich noch erinnern, daß ein Brief von einem gewissen Rüll aus Nürnberg an Bonhorst geschrieben worden war im Monat März 1870 und daß dieser Rüll in Nürnberg Bonhorst angerathen hatte, er solle doch sehen, ob er nicht eine Schrift für das Militär erhalten könnte. Und wenn Bonhorst schreibt: „Der Nürnberger Gedanke", so ist das selbstverständlich nicht anders zu verstehen als der Gedanke, der in dem Brief von Rüll aus Nürnberg enthalten ist, nicht aber ein Gedanke des Nürnberger Verbandstags von 1868, an welchem Bonhorst nicht mitgewirkt hat, zu welcher Zeit Bonhorst nicht nur nicht der Partei nahe,

sondern ihr entschieden feindlich gegenüber gestanden hat. — Was daher den Punkt g) betrifft — und das dürfte ja eigentlich ein hauptsächlicher Punkt sein —, daß die Angeklagten schuldig sein sollen, die Landbevölkerung und das Militär durch Artikel in der Zeitschrift „Der Volksstaat" und durch sonstige Schriften — ich möchte nur wissen, durch welche Schriften? — zur Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen aufzureizen und zu unterwühlen versucht zu haben, so wüßte ich wirklich nicht, wie die Königliche Staatsanwaltschaft denselben irgendwie begründen wollte. Sie hat es freilich klug gemacht, meine Herren Geschwornen, sie ist eben auf diese einzelnen Punkte, die die Grundlage der Anklage bilden, gar nicht näher eingegangen, die Punkte, die die eigentlichen Handlungen enthalten sollen, sondern sie hat sich begnügt, einen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung der Sozialdemokratie zu geben, und daran eine Erläuterung der Gesinnungen der Herren Liebknecht und Bebel zu knüpfen.

h) Die Angeschuldigten werden beschuldigt, daß sie nicht nur dafür gesorgt, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei als ein Glied der Internationalen Arbeiter-Assoziation, einer die nämlichen revolutionären Ziele wie die erstere verfolgenden, über Europa und Amerika verbreiteten Verbindung von Arbeitern und anderen Personen aufgetreten ist, sondern auch mit dem Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation, dessen Anweisungen sie ebenso wie der Parteiausschuß in Braunschweig befolgen, bezüglich des Vorgehens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in politischer Richtung in Verkehr gestanden haben.

Meine Herren! Bei dieser Frage komme ich auf das, was der Herr Staatsanwalt in seinem geschichtlichen Ueberblick über die Internationale mitgetheilt hat. Zuvörderst wird hier in der Frage behauptet — in einem Zwischensatz — daß die Internationale dieselben revolutionären Zwecke verfolge wie die deutsche Arbeiterpartei. Ich halte die Fassung der Frage gerade in dieser Richtung für so vollkommen unzulässig, daß ich auf dieselbe nöthigenfalls ebenfalls eine Nichtigkeitsbeschwerde begründen werde. Jedoch will ich auch im Materiellen auf diesen Satz des Näheren eingehen. Meine Herren Geschwornen! Die Internationale, das war eine lange Zeit und namentlich im vorigen und vorvorigen Jahre gewissermaßen der Popanz. Wir haben

nun über die Internationale gerade bei der jetzigen Verhandlung den eingehendsten und zuverlässigsten Aufschluß erhalten. Hat sich der Herr Staatsanwalt bei der Begründung seiner Behauptung, daß die Internationale revolutionäre Zwecke verfolge, an die Statuten der Internationalen gebunden und gehalten? Nein, meine Herren, er hat es nicht gethan; er hat Ihnen das revolutionäre Kommunistische Manifest vom Jahre 1848 vorgelesen, hat darauf einen Schluß auf Marx gemacht, aber hat Ihnen von den Statuten der Assoziation, von den Zielen und Zwecken der Internationalen Assoziation nicht das Geringste vorgetragen. Aus den Statuten, die uns vorgelesen worden sind im Original oder wenigstens in einer Fassung, an deren Wahrhaftigkeit gar nicht zu zweifeln ist, geht aber hervor, daß die Internationale in erster Linie und ganz hauptsächlich die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst bezweckt, die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von den Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit u. s. w. zu beseitigen sucht, und daß sie glaubt, daß alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen lediglich dann zu erreichen sind, wenn eben die Bewegung eine internationale ist. Nun, meine Herren! Wir haben auch die Verhandlungen der Kongresse in Genf, in Lausanne, in Basel ganz genau uns vorlesen lassen; wir haben aber aus denselben ersehen, daß die Internationale lediglich und allein ökonomische und soziale Zwecke verfolgt. Ich will nicht des Näheren darauf eingehen, obgleich ich am Ende bei weitem mehr Recht dazu hätte und es bei weitem mehr angebracht wäre, würde ich nochmals die einzelnen Programme dieser Kongresse zum Verlesen bringen, als es beim Herrn Staatsanwalt der Fall war, indem er uns wieder einzelne Theile des Manifestes zur Verlesung brachte. Aber ich will doch noch ganz kurz hinweisen auf die Instruktion, welche den einzelnen Mitgliedern des Generalraths und den Delegirten des provisorischen Generalraths gegeben worden ist; in dieser Instruktion heißt es ausdrücklich, und namentlich in dem Absatz über die internationalen Hilfsmittel, daß dieselben hauptsächlich bestehen in einer statistischen Untersuchung über die Lage der arbeitenden Klassen aller Länder durch die eigene Initiative der arbeitenden Klassen. Es ist ein Schema berathen worden, nach welchem die Berichte,

welche von den Delegirten gegeben werden sollen, gehalten sein sollen. Dieses Schema betrifft lediglich ökonomische, lediglich soziale Zwecke. Es ist in demselben die Bezeichnung der Industrie vorgeschrieben, Alter und Geschlecht der Arbeiter, Anzahl der Arbeitssäle, Löhne, Arbeitsstunden in der Fabrik, Mahlzeiten und Art der Beköstigung, Qualität der Arbeitslokale und der Arbeit, Sittenzustand, Erziehung, Handelsstatistik u. s. w. Die Instruktion betrifft weiter die Beschränkung der Arbeitszeit, die Arbeit der Jugend und Kinder beider Geschlechter, die Erziehung der Arbeiterkinder und namentlich Ausbildung des Verstandes, des Körpers, technologische Erziehung u. s. w. Aber von einem politischen Programm, von einer politischen Instruktion ist nicht mit einem Wort die Rede. Nun hat zwar Marx in der Inauguraladresse ganz richtig gesagt: „Die arbeitende Bevölkerung muß auch politische Macht haben, wenn sie ihre ökonomischen Ideale erreichen will". Aber darin ist durchaus noch nichts „Revolutionäres" enthalten. Jede Partei — mag sie heißen wie sie will: feudal, konservativ, national, liberal, Fortschrittspartei — jede Partei will politische Macht erringen, in jedem Programm einer jeden Partei muß das enthalten sein. Man darf aber in ein derartiges Programm nichts hineinlegen, was nicht darin liegt, man darf nicht etwas „Revolutionäres" hineinlegen, wenn in dem Programm von „revolutionär" nicht die Rede ist und wenn die ganzen Handlungen der betreffenden Gesellschaft zeigen, daß von etwas „Revolutionärem" garnicht die Rede sein kann.

Hier, meine Herren, haben wir in dem Schriftchen „Die Internationale" von Eichhoff, welches ja in dieser Hinsicht das hauptsächliche Anklagematerial mit bildet, auch eine Uebersicht über die politische Thätigkeit der Internationalen. Und in was bestand diese denn? Es sind hier 5 Punkte zusammengefaßt. Der erste Punkt ist der, daß schon vor Stiftung der Assoziation die einzelnen Mitglieder des Generalraths in ihren Kreisen für die Sache der Nordamerikanischen Union gewirkt hatten. Sie wollen den Krieg vermeiden, der möglicherweise von England an die Nordamerikanische Union erklärt werden könnte. Und zu diesem Zwecke, für den Frieden, haben sie damals in England gewirkt. Ferner beschloß der Generalrath von Zeit zu Zeit *öffentliche* Meetings, um öffentliche Adressen für die Polen

zu berathen. Drittens: Als nach den Ereigniſſen von 1866 in Deutſchland ein Krieg zwiſchen Frankreich und Preußen bevorzuſtehen ſchien —, nun, da war es die Internationale, welche in Paris wieder Friedensverſammlungen unter den Pariſer Arbeitern anſtiftete und die Adreſſen an die deutſchen Arbeiter richten ließ, in welchen behauptet wird: Wir wollen keinen Krieg! Viertens: „An der Entſtehung und Bildung der engliſchen Reformliga, deren Agitation die Parlamentsreform von 1867 hervorrief, nahm der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Aſſoziation hervorragenden Antheil.“ Wiederum blos durch Verſammlungen. Und daſſelbe betrifft die Prozedur gegen die des Mordes angeklagten Fenier, in welcher Sache der Generalrath eine Petition an die engliſche Regierung richtete, dieſe vor Blutvergießen warnend. Das iſt die politiſche Thätigkeit der Internationalen, wie ſie ſich nach den Akten darſtellt. Nach dem Schwatz verſchiedener Zeitungsblätter darf in einem Gerichtsſaal nicht gegangen werden, ſondern danach, was in den Akten vorliegt, was in der Unterſuchung vorgeführt worden iſt. In dieſer Hinſicht nun hat ſich die Königliche Staatsanwaltſchaft auf die „Konfidentielle Mittheilung“ berufen, welche in einem franzöſiſchen Exemplar bei dem Ausſchuß vorgefunden worden iſt. Nun, meine Herren, iſt ja auch ganz deutlich erklärt worden, weshalb dieſe „Konfidentielle Mittheilung“ nach Braunſchweig und weshalb ſie nach Leipzig gekommen war, und weshalb ſie „konfidentiell“ hieß. Es handelte ſich in derſelben um einen Streit, der entſtanden war zwiſchen Bakunin und zwiſchen den Mitgliedern des Generalraths. Es war dies eine innere Angelegenheit der Internationalen. Man wollte den Streit, der zwiſchen dieſen beiden Richtungen entſtanden war, nicht an die große Glocke hängen, und deshalb iſt dieſe Mittheilung „konfidentiell“ geſchehen. Sie iſt Herrn Liebknecht geſchickt worden mit der ausdrücklichen Weiſung, das Material über den Streit zwiſchen Bakunin und den Mitgliedern des Generalraths aus dieſer Schrift zu entnehmen. Dieſe Konfidentielle Mittheilung iſt keineswegs — wie der Herr Staatsanwalt behauptet hat — von Marx verfaßt worden; im Gegentheil ſprechen die entſchiedenſten Momente dafür, daß Marx, der nicht in erſter Linie franzöſiſch ſchreibt, an dieſer Schrift nicht den geringſten Antheil hat. Sie iſt eben geſchrieben worden von

einem romanisch-schweizerischen Mitgliede des Generalraths, und hierbei muß ich erinnern, daß laut Verhandlung und Beschluß zu Basel die deutschen Mitglieder der Internationalen sich häufig beklagt haben über das schwülstige, manchmal ungehörige exaltirte Benehmen der französisch redenden Mitglieder. Das festzustellen, ist zur gehörigen Würdigung dieses Schriftstücks, der sogenannten Konfidentiellen Mittheilung, unbedingt nöthig.

Meine Herren, es ist in diesem Anklagepunkte weiter behauptet, daß nunmehr die Angeschuldigten dafür gesorgt hätten, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei als ein Glied der Internationalen Arbeiter-Assoziation aufgenommen worden sei. Meine Herren, das ist eben nicht der Fall. Wir haben vielmehr aus der ganzen Verhandlung gesehen, daß die Arbeiterpartei sich zwar geistig als ein Glied der Internationalen betrachtet hat, daß sie jedoch keineswegs ein wirkliches Glied derselben ist. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat in Eisenach ausdrücklich den Anschluß an die Internationale nur insoweit beschlossen, „als es die Gesetze erlauben". Einen förmlichen Eintritt in dieselbe, — einem förmlichen Eintritt der Partei und der Vereine in die Internationale, erlauben eben die Gesetze nicht und deshalb hat auch ein derartiger Anschluß durchaus nicht stattgefunden. Was die Königliche Staatsanwaltschaft in dieser Hinsicht von Briefen u. s. w. vorgetragen hat, ist belanglos, und wir haben gehört, daß der Briefwechsel zwischen Marx einerseits und zwischen den Mitgliedern des Ausschusses andererseits sich lediglich bezieht auf innere Angelegenheiten der Internationalen, keineswegs aber auf Angelegenheiten der Arbeiterpartei, auf das Verhältniß der Arbeiterpartei zur Internationalen. Blos einmal, als Streit entstand zwischen Liebknecht und den Mitgliedern des Ausschusses, wendete sich Bracke oder Bonhorst — ich weiß nicht gleich welcher — an Marx und hat denselben nicht etwa um eine Anordnung, um einen Befehl ersucht, sondern hat ihn um seinen Rath, um sein Urtheil in dieser Streitigkeit ersucht. Hierdurch wird gleichzeitig vollständig widerlegt, was hier noch weiter behauptet wird: daß der Parteiausschuß und auch die Angeschuldigten den Weisungen der Internationalen namentlich auch bezüglich des Vorgehens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in politischer Richtung zu

folgen gehabt hätten. Nun, meine Herren, ich möchte wohl wissen, was in dieser Hinsicht die Anklage bewiesen hat, — ob eine einzige Anweisung des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation oder des Marx an den Parteiausschuß oder an die Angeschuldigten, ein einziger „Befehl", der sich auf politische Angelegenheiten oder meinetwegen auch auf andere Angelegenheiten bezieht, vorliegt. Ich kann es dem Herrn Staatsanwalt durchaus nicht verdenken, daß er auf ein spezielles Eingehen auf diese Punkte verzichtet hat. Er hat eben kein Beweismaterial.

Dann, meine Herren, muß ich hinsichtlich der Internationalen noch darauf aufmerksam machen, daß die Angeschuldigten wohl bekannt haben: sie seien Mitglieder der Internationalen; allein das, meine Herren, besagt nichts, das ist durchaus etwas vollständig Erlaubtes. Nur der Anschluß der Vereine als solcher an die Internationale ist verboten. Das Mitgliedsein der Internationalen ist in Sachsen und Deutschland nicht verboten. Es ist sehr charakteristisch: nur drei Männer eigentlich sind es gewesen, welche die Mitgliedschaft bei der Internationalen bis jetzt verboten haben, und das Merkwürdigste hierbei ist das, daß das gerade alles Republikaner sind oder doch wenigstens waren. Das ist der spanische Minister, es ist der Herr Thiers in Paris, der jetzt das Mitgliedsein in der Internationalen verbieten will, und es ist der Leipziger Polizeidirektor Herr Dr. Rüder. (In diesem Augenblick wenden sich die Blicke Aller nach der Galerie, wo Herr Dr. Rüder — der einige Augenblicke vorher gerade eingetreten war — sich befand, der über die seinetwegen ausbrechende Heiterkeit nicht wenig stutzig wurde.) Sonst ist ein Verbot der Mitgliedschaft der Internationalen nicht vorhanden. Namentlich das Königl. Sächsische Ministerium des Innern hat bis jetzt eine Verordnung in dieser Hinsicht nicht erlassen, und ich bin fest überzeugt: gerade nach dem, was unser Prozeß bewiesen hat über die Internationale, wird ein solches Verbot in Sachsen gewiß nicht erfolgen. —

Das sind die Punkte, meine Herren, welche die Anschuldigungen betreffen, die gegen die Angeklagten zunächst erhoben worden sind. Daß die Anklage schon in dieser Hinsicht auf sehr schwachen Füßen steht, glaube ich vollständig bewiesen zu haben.

Ich komme nunmehr aber zur Hauptsache. Haben die Angeschuldigten das, was sie gethan haben, gethan zum Zwecke des Vorhabens, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, und des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern? Die Anklage behauptet es. Die Angeklagten hätten beschlossen, hätten den festen und bestimmten Entschluß gefaßt, die Verfassung des Norddeutschen Bundes gewaltsam zu ändern. Denn das und nichts anderes heißen jene Worte. Darüber wird auch die Königliche Staatsanwaltschaft mit mir einverstanden sein, und das wird Ihnen wahrscheinlich auch der Herr Präsident des Näheren auseinandersetzen. Nun, meine Herren, wie beweist uns denn die Königliche Staatsanwaltschaft, daß die Angeschuldigten einen derartigen Entschluß gefaßt haben? Was bringt sie aus ihrem zahlreichen Material der Anklage zum Beweise dieses Punktes vor? Die Königliche Staatsanwaltschaft hat die sämmtlichen Briefe, welche von Herrn Liebknecht und Herrn Bebel an den Ausschuß geschrieben worden sind, in den Händen, sie hat die ganze Korrespondenz des Ausschusses zu Braunschweig in Händen, sie hat die Briefe von Marx, Ladendorf und so weiter. Was wird nun aus diesen Briefen bewiesen, was auf diesen Punkt bezüglich wäre? Geht aus den Briefen z. B. hervor, daß die Angeschuldigten sich nach der Stärke der Festungen im Deutschen Reich erkundigt haben? Haben sie sich Pläne anfertigen lassen? Haben sie vielleicht Bestellungen auf Pulver u. s. w. gemacht? Haben sie sich bei einem Chemiker nach explodirenden Stoffen erkundigt? Haben sie vielleicht Ausmessungen in Berlin vornehmen lassen und Berechnungen, wieviel Zentner Pulver nöthig sind, um die Residenz und den Reichstag in die Luft zu sprengen? (Große Heiterkeit.) Oder was geht denn sonst noch aus diesen Briefen hervor und aus dem „Material“? Meine Herren! Nicht das Geringste! Die ganze Anklage will diesen wesentlichsten Punkt, der hier zu berücksichtigen ist, damit erledigen, daß sie behauptet: Bebel und Liebknecht haben republikanische Gesinnungen, sie erklären: die Republik ist die beste Staatsform und es ist die Pflicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dies in ihr Programm aufzunehmen und auch zu lehren, daß die Republik die beste Staatsform sei. Die Anklage schließt weiter: das ist ja ganz selbstverständlich, das bezweifelt *kein* Mensch und das bezweifeln die Angeschuldigten selbst nicht,

daß eine Republik nicht zu erreichen ist mit dem Willen Derer, die jetzt im Besitze der Macht sind. Meine Herren! Dieser Schluß kehrt wieder in allen Hochverrathsprozessen, die bis jetzt in der Welt geführt worden sind; und doch ist er falsch und sehr hinkend. Es ist erstens keineswegs erwiesen, daß dann, wenn republikanische Ideen das ganze Volk durchgeistet haben, in dieser fernen Zeit, bis zu welcher noch Generationen leben können, die Machthaber ihre politische Macht nicht freiwillig aufgeben würden. Es ist aber weiter — und das ist die Hauptsache — ja durchaus nicht bewiesen, daß die Angeschuldigten überhaupt beschlossen haben, die Republik einzuführen. Erst wenn nachgewiesen wäre: die Angeschuldigten haben bei sich fest beschlossen, die Republik einzuführen und dieser Beschluß — und lediglich um diesen Beschluß, um dieses Vorhaben handelt sich's ja — hat bereits in dem Bewußtsein der Angeschuldigten bestimmte Umrisse und eine konkrete Gestaltung erhalten — erst wenn das bewiesen worden wäre, dann wäre vielleicht dieser negative Schluß, den der Herr Staatsanwalt gezogen hat, wenn auch nicht ganz gerechtfertigt, aber doch wenigstens mit anzuhören.

Meine Herren Geschwornen! Der Herr Staatsanwalt hat Ihnen ein Beispiel vorgeführt von dem schönen Garten mit schönen Früchten und von einem Hause, das vor diesem Garten steht und den Eingang zu dem Garten und zu den Früchten verhindert. Ich will bei diesem Beispiel stehen bleiben, aber doch muß man dann auch die thatsächlichen Umstände bei diesem Gleichniß angemessen aufführen. Also meine Herren! Es ist ein Garten mit schönen Früchten. Davor steht ein Haus, das diesen Garten verschließt. Das Haus wird lediglich dadurch erhalten, daß die ganze Umgebung zur Erhaltung desselben beisteuert, daß sie die Reparaturkosten und alle sonstige Kosten dafür trägt. Die ganze Umgegend ist von der Nothwendigkeit, von der Nützlichkeit des Hauses und der Güter des Hauses vollständig überzeugt und würde keinem rathen, etwa an dieses Haus hinanzutasten. Nun kommen Einzelne und sagen: Ei es ist doch schade, daß das Haus vor dem Garten mit diesen schönen Früchten steht. Wenn das Haus nicht da wäre, so wäre uns der Eingang offen; wir müssen sehen, daß wir trotz des Hauses in den Garten können. Wie machen wir das? — Wenn sie gleich sagen: Wir wollen das Haus

stürmen, so sind sie — um einmal unbildlich zu sprechen — Vorbereiter des Hochverraths. Aber nein! Wenn sie sagen, das nützt uns nichts; wenn wir das Haus auch stürmen wollten, die ganze Umgegend hier stützt dieses Haus, und wenn wir durch das Haus in den Garten jetzt gelangen, so ist es, solange die Gesinnungen der Umgegend uns feindlich sind, ganz vergeblich; wir können uns in dem Garten nicht halten, wir werden wieder hinausgeworfen. Das Haus wird wieder aufgebaut und alle unsere Bemühungen sind vergebens. Wir müssen es anders machen. Wir müssen den Leuten der Umgegend auseinandersetzen: das Haus ist schädlich, es nützt Euch nichts, das Haus verschließt Euch den Garten mit den schönen Früchten. Und wenn wir in der Umgebung soweit sind, daß sie von der Unnützlichkeit des Hauses überzeugt sind, dann wollen wir einmal fragen, dann ist vielleicht der Eigenthümer selbst so vernünftig, daß er sagt: Nun gut! wenn Alle wollen, dann wollen wir das Haus abreißen — so kann, solange die Angeschuldigten das thun, solange sie blos ihre Ideen verbreiten wollen, von einer Vorbereitung des Hochverraths nicht die Rede sein. Erst dann, wenn es so weit ist, daß sie ihren ersten Zweck erreicht haben; erst dann, wenn ein eigentlicher Angriff auf das Haus beschlossen worden ist, erst dann könnte eine strafrechtliche Verfolgung eintreten, erst dann könnte der Staatsanwalt kommen und sagen: jetzt seid Ihr an dem Punkt angelangt, wo Ihr den Entschluß gefaßt habt, wo Ihr anfangt, zum Hochverrath vorzubereiten. — So aber, meine Herren, ist das, was der Herr Staatsanwalt im Sinne hat: daß sie staatsgefährliche Lehren verbreiten und daß sie den Arbeitern lehren, die Republik sei die beste Staatsform, blos die Vorbereitung zum künftigen Entschluß allerhöchstens, es ist blos die Vorbereitung zu dem möglichen Beschluß, das Haus einmal abzureißen. Es würde also das, was der Herr Staatsanwalt behauptet, lediglich den Begriff der Vorbereitung zur Vorbereitung zum Hochverrath rechtfertigen; und da die Angeklagten sagten: es ist immerhin noch möglich, daß, wenn wir einmal vollständig die Majorität haben, die Machthaber ihre Rechte freiwillig aufgeben, so würde sich diese Vorbereitung immerhin darstellen als eine Vorbereitung zur Vorbereitung zum eventuellen Hochverrath. Meine Herren! Das ist das, was der Herr Staatsanwalt zur Begründung der Anklage gesagt hat und was ich auf seine Auslassungen zu erwidern hatte.

Ich habe nun, meine Herren Geschwornen, blos noch einige Momente hervorzuheben, die mir geeignet scheinen, zu beweisen, daß seitens der Angeklagten in Wirklichkeit ein Entschluß, die Republik gewaltsam einzuführen, nicht gefaßt worden ist. Ich mache in dieser Hinsicht zuvörderst auf den Umstand aufmerksam, daß die ganze Korrespondenz, welche zwischen den Angeschuldigten und zwischen dem Ausschuß und von ihnen mit Marx geführt worden ist, ganz offen uns darliegt. Meine Herren! Revolutionen werden nicht so auf offener Tafel gemacht. Ein Mann, der Revolution machen will, registrirt die Briefe, die er von den Gesinnungsgenossen und Mitthätern erhält, nicht nach Nummern und Alphabet und hebt sie nicht Jahre lang auf in einem ausdrücklich hierzu angelegten Schrank. Es ist das ein Moment, welches meiner Ansicht nach unbedingt sehr entlastend wirken muß. Es ist zweitens das Verhalten der Angeschuldigten zur Zeit des im Jahre 1870 ausgebrochenen Krieges. Ich stimme in dieser Hinsicht vollständig mit der Königlichen Staatsanwaltschaft überein, daß damals allerdings ein ganz passender Zeitpunkt gewesen wäre. Wenn man überhaupt einen Zeitpunkt passend nennen kann, so ist es selbstverständlich der, wenn der Krieg ausbricht und die ganze Militärmacht außerhalb des Landes ist. Nun aber, meine Herren! Was ist denn damals von den Angeschuldigten gethan worden? Was haben wir gerade aus jener Zeit für Briefe von den Tausenden von Briefen, die überhaupt geschrieben worden sind? Es sind Ihnen die Briefe, die zur Zeit des Krieges geschrieben worden sind, von der Königlichen Staatsanwaltschaft nicht einmal zur Vorlesung gebracht worden: aus dem einfachen Grunde, weil eben aus diesen erhellt, daß geradezu in jener nach Ansicht der Königlichen Staatsanwaltschaft so passenden Zeit nicht an das geringste revolutionäre Beginnen gedacht worden ist; daß nicht ein Wort, nicht eine Silbe darüber geschrieben worden ist, ob und wie die Republik errichtet werden soll. Im Gegentheil, gerade zu jener Zeit, wo der Krieg ausbrach, ist beschlossen worden, das Organ der Partei, den „Volksstaat", nur in einem Blatt, und nicht wie seither, in zwei Blättern erscheinen zu lassen.*) — Weiter: Gerade aus

*) Infolge des Krieges war die Abonnentenzahl gesunken und aus Ersparnißrücksichten wurden einzelne Nummern des „Volksstaat" statt 4 Seiten nur 2 Seiten stark ausgegeben. Im September,

jener Zeit stammt das Manifest an die deutschen Arbeiter, welches von dem Ausschuß und der Redaktion gemeinsam erlassen worden ist. Und in was gipfelt dieses Manifest? Es gipfelt darin: Haltet Massenversammlungen und fordert in den Massenversammlungen auf, Resolutionen zu fassen, die auf den Frieden sich beziehen und gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen protestiren! Aber thuet dies im Interesse der Partei, im Interesse Eurer selbst, ja lediglich auf gesetzlichem Wege. Nun, wenn eine Partei, wenn Männer dies thun zu einer Zeit, wo das Militär außer Landes ist, wo nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der passendste Zeitpunkt zur Vorbereitung und zur Inangriffnahme des Unternehmens vorhanden gewesen wäre: dann sind sie eben keine Revolutionsmacher! Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß die sämmtlichen Briefe, welche vorgefunden worden sind, ohne Ausnahme einen ganz vertraulichen und familiären Charakter tragen. Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß irgendwie noch andere Briefe vorhanden sind; es ist ja das auch durch die Ausschußmitglieder eidlich bestärkt worden. Und gerade daß bei diesem vertraulichen, familiären Charakter, den alle Briefe tragen, auch nicht das Geringste enthalten ist über einen angeblichen Beschluß, die Republik gewaltsam einzuführen; gerade daß auch im Moment der allerhöchsten Aufregung zur Zeit des Krieges, wo doch so leidenschaftliche Menschen, wie ein solcher Plan sie vorausgesetzt hätte, mit ihren Absichten hätten heraustreten müssen, nicht einer einzigen hochverrätherischen Absicht Ausdruck gegeben worden ist — das ist ebenfalls ein Beweis, daß die Angeschuldigten keinen revolutionären — oder ich will sagen, keinen Gedanken auf gewaltsame Einführung der Republik haben. Denn, meine Herren, der Herr Staatsanwalt hat Ihnen bereits gesagt, daß er selbst die Angeschuldigten für sehr begabte Leute hält. Nun, meine Herren, ich glaube, diesen Eindruck werden sie auf Sie auch gemacht

nach Verhaftung des Braunschweiger Ausschusses, verbot der General Vogel von Falckenstein den „Volksstaat“ für den unter seinem Kommando stehenden Norden Deutschlands und der stellvertretende Parteiausschuß empfahl daher den Genossen, dort an Stelle des verbotenen „Volksstaat“ den in Augsburg erscheinenden „Proletarier“ zu verbreiten. Der „Volksstaat“ erschien in Leipzig für das übrige Deutschland in theilweise verkürztem Umfang weiter. (1894.)

haben; es wird Ihnen so vorgekommen sein, daß Herr Bebel ein durch und durch klarer Kopf, und daß Herr Liebknecht ein sehr erfahrener Politiker ist. Halten Sie es denn wirklich für möglich, daß so gescheidte Männer, wie sie es in der That sind, auf die Idee kommen können, daß jetzt in unserem Zeitalter, wo gerade auf die Verstärkung der Militärkraft das Allermöglichste aufgewendet wird, mit einer gewaltsamen Revolution etwas erreicht werden kann? Nimmermehr meine Herren! Wohl aber mache ich Sie darauf aufmerksam, daß sich die Angeschuldigten auch als durchaus offene Leute Ihnen gezeigt haben. Sie haben mit ihren Ansichten in keiner Weise hinter dem Berge gehalten; sie haben mehr gesagt, viel mehr gesagt, als sie zu sagen überhaupt nöthig gehabt hätten; mehr gesagt, als wonach sie überhaupt gefragt worden sind. Und wenn dann derartige Leute so auftreten, so glaube ich, können dieselben auch beanspruchen, daß ihnen voller Glauben geschenkt werde. Dieselben kamen, wenn sie sprachen, geradezu in eine gewisse Erregung, in eine Erregung, aus welcher deutlich erhellte, daß sie aus vollster Ueberzeugung, aus dem Herzen sprachen. Und wenn diese Leute dann sprechen: „Es fällt uns nicht ein, an eine kindische Revolutionsmacherei je gedacht zu haben, unser ganzer Zweck ist, unsere Ideen in das Volk zu tragen, unsere Ideen im Volk zu verbreiten, unseren Ideen die Majorität im Volk zu erringen. Und wenn wir diese Majorität haben, dann werden wir mit unseren Forderungen auftreten, und wir erwarten und hoffen, daß wir das, was wir wollen, auf friedlichem Wege erlangen werden. Geschieht dies aber nicht, können wir nicht auf friedlichem Wege zu unserem Ziele kommen, so ist es allerdings möglich, daß Gewalt eintreten wird; diese Gewalt aber, sie kommt nicht von uns, sondern wird durch die Umstände herbeigeführt; aber wir, wir haben durchaus nicht den Entschluß gefaßt, unsererseits diese Gewalt herbeizuführen;“ — dann, meine Herren, ist diesen Männern gewiß zu glauben. Es ist ihnen bewiesen worden, daß sie Revolutionäre sind; es ist ihnen bewiesen worden, daß sie Propaganda für ihre Ideen gemacht haben; es ist ihnen bewiesen worden, daß sie eine Partei organisirt haben, die die Republik in ihr Programm aufgenommen hat; es ist ihnen bewiesen worden, daß sie erklärt haben: wenn unsere Ideen das ganze Volk durch-

geistet haben, so ist es eine Nothwendigkeit, daß eine Umgestaltung eintritt, und es ist möglich, daß die Umgestaltung sich gewaltsam vollzieht. Das haben sie sehr oft erklärt, das ist gar keine Frage. Aber keineswegs ist ihnen bewiesen worden, daß sie den Entschluß gefaßt haben, daß sie selbst Gewalt gegen die Verfassungen, um diese zu stürzen, anwenden wollen. Diese Ansicht, meine Herren, welche die Angeschuldigten in ganz offener Weise, in mehr als offener Weise kund gegeben haben, wird auch bestätigt durch die vereideten Braunschweiger Zeugen. Das waren die Leiter der Partei, sie standen an der Spitze der Partei, dort in Braunschweig war der Zusammenfluß sämmtlicher Fäden der Partei, sie haben den Redakteur des „Volksstaat" zu überwachen gehabt, sie haben die Agitatoren hinaus zu schicken gehabt, sie haben die Schriften zu verbreiten gehabt u. s. w. u. s. w. Es ist nicht anzunehmen, — ein einzelner Mann macht ja keine Revolution — daß, wenn die Angeschuldigten nur irgendwie die Absicht gehabt hätten, einen gewaltsamen Angriff auf die Staatsverfassung zu machen, sie dies den Braunschweigern gegenüber nicht erklärt haben sollten. Nun haben aber auch die Braunschweiger eidlich erhärtet — und meine Herren, die Braunschweiger Zeugen sind Ehrenmänner, sie haben den Eindruck gewiß auf Sie gemacht, und wenn das nicht der Fall wäre, so geht es hervor aus der Schlußbemerkung des Präsidenten im Braunschweiger Prozeß, die derselbe an sie gerichtet hat — diese Braunschweiger haben eidlich erhärtet, daß weder sie selbst je einen Entschluß gefaßt hätten, einen gewaltsamen Angriff auf die Staatsverfassung zu unternehmen, noch daß ihnen bekannt geworden wäre, daß Herr Bebel oder Herr Liebknecht einen derartigen Entschluß gefaßt hätten.

Wenn ich endlich noch zum Schluß Rücksicht nehme auf den Brief, welchen Herr Liebknecht geschrieben hat, auch wieder gerade zur Zeit des Krieges, an Herrn Bracke und in dem es heißt: „Wenn die Kaiserposse losgeht, so wandere ich auf einige Jahre ins Exil", — nun, meine Herren, so glaube ich, wird auch hierdurch bewiesen, daß, wenn ein Parteigenosse an den anderen schreibt: Ich gehe auf Jahre fort — daß der nicht daran denkt, und nicht den Entschluß gefaßt hat, in seinem Vaterland die Staatsverfassung gewaltsam umzustürzen.

Meine Herren! Der Herr Staatsanwalt hat im Laufe seiner Rede geäußert — ich glaube ihn nicht mißverstanden

zu haben —, daß sich die Angeschuldigten außerhalb des Gesetzes gestellt hätten und daß sie außerhalb des Gesetzes ständen. Ich beanspruche für die Angeschuldigten die Anwendung des Gesetzes, und nach dem Gesetze ist, meiner festen innigsten Ueberzeugung nach, an eine Bestrafung nicht zu denken. Meine Herren Geschwornen, Sie sanktioniren nicht die „Revolution", wenn Sie die Angeschuldigten frei sprechen, aber Sie sprechen damit aus: in unserem Staate kann man Gedanken frei aussprechen; in unserem Vaterlande kann man die Gesinnungen, die man hat, frei bekennen und weiter verbreiten; es ist jeder Partei unverwehrt, ihre Tendenzen ins Volk zu tragen; in unserem Vaterlande werden, wenn Irrthümer vorkommen, dieselben durch die Presse und durch gesetzliche Mittel des Staates widerlegt; aber in unserem Vaterlande werden Irrthümer nicht gewaltsam bekämpft!

Das, meine Herren Geschwornen, sprechen Sie meiner Ueberzeugung nach aus, wenn Sie, wie ich beantrage, die Frage, die Ihnen vorgelegt worden ist, mit Nein beantworten.

Freytag II.: Ich bitte, bei der vorgeschrittenen Zeit davon abzusehen, mich heute noch über diesen Fall sprechen zu lassen.

Präsident: Es ist allerdings 3 Uhr, und wenn Sie es vorziehen, morgen früh zu sprechen, so würde ich die Sitzung schließen, nachdem wir noch das Protokoll haben verlesen lassen.

(Das Protokoll wird vorgelesen und genehmigt.)

Schluß nach 3 Uhr.

Vierzehnter Verhandlungstag.

Dienstag, den 26. März.

Beginn der Sitzung um 9 Uhr Morgens.

Präsident: Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Der Bebel'sche Vertheidiger, Herr Advokat Freytag, hat das Wort.

Freytag II.: Ich habe, meine Herren Geschwornen, mir vorgenommen, während ich es meinem Mitvertheidiger überlassen habe, alle diejenigen Thatumstände Ihnen aufzuführen und zu behandeln, deren die Anklage bedarf und bezüglich deren ein Beweis nach dem gestrigen Vortrage kaum für erbracht angesehen werden kann, — ich habe mir vorgenommen,

sage ich, Ihnen heute einen kurzen Ueberblick aller derjenigen Momente zu geben, welche den Angeschuldigten Schuld gegeben werden, und will an der Hand dieser Thatsachen prüfen, wieweit dieselben unter die rechtlichen Gesichtspunkte fallen können. Ich werde deshalb, meine Herren Geschwornen, nicht etwa auf alle die Einzelheiten zurückkommen, welche im Laufe dieser Prozeßverhandlung gehört und vorgeführt worden sind, sondern ich werde mich auf allgemeine Umrisse beschränken. Namentlich werde ich zu zeigen mich bemühen, daß diese Thatumstände, die gewonnen worden sind, unter keinen Umständen unter die rechtlichen Voraussetzungen des Strafgesetzbuchs fallen können. Wenn ich zu dieser Aufgabe, meine Herren Geschwornen, schreite, so will ich im Voraus das Geständniß ablegen, daß ich ein Feind aller Geschwornengerichte bin. Ich bin es deswegen, meine Herren Geschwornen, weil sehr häufig in solchen Prozessen nicht blos Thatsachen Ihrem Urtheil unterbreitet werden, sondern weil sich allzuhäufig in diese thatsächlichen Momente rechtliche Beziehungen mit einmischen, welche von dem Thatsächlichen nicht getrennt werden können, und weil ich in diesem Falle es nicht für rathsam und erforderlich halte, daß über diese so verwickelten Grundsätze Geschworne entscheiden. Es ist sehr leicht, meine Herren Geschwornen, und auch sehr einfach, wenn es sich um die einfache Frage handelt: „liegt ein Diebstahl vor?", „hat der betreffende Angeklagte diesen oder jenen Mord begangen?", hierüber auch vom Laienstandpunkte aus ein sicheres Urtheil zu fällen; schwer aber wird es, wenn, wie im vorliegenden Falle, sich in die Thatfrage rechtliche Momente einnisten, welche vom Thatsächlichen kaum getrennt werden können. Wäre dieser Prozeß, meine Herren Geschwornen, von Juristen zu entscheiden, ich würde keinen Zweifel über den Ausgang haben. Er ist von Juristen bereits entschieden worden, und jeder Jurist hat wohl über den Ausgang dieses Prozesses ein und dasselbe Urtheil. Allein, meine Herren Geschwornen, ein kleines Bangen habe ich empfunden, als ich wußte, daß dieser Prozeß nicht vor Juristen zum Austrag komme, sondern daß es die Bank der Geschwornen ist, welche über den ganzen Ausgang zu entscheiden hat. Die Besorgniß, die ich empfunden habe, ist gestiegen, als ich sah, in welcher Art das ganze Material hier zum Vortrag *gekommen* ist, als ich sah, wie die Anklage ganze

Massen von Artikeln, Brochüren 2c. angezogen hat, und ich glaube hierbei, meine Herren Geschwornen, nicht etwa, daß die frohe Hoffnung des Herrn Staatsanwalts sich erfüllt hat, Sie vollständig einzuweihen in das Treiben der Partei, wie er sich ausdrückt, sondern ich glaube, daß die Art der Behandlung dieses Prozesses lediglich das hervorgebracht hat, daß in alle Begriffe, in alle Thatsachen, die hier zur Sprache kommen, die möglichste Verwirrung gebracht worden ist, und deshalb, sage ich, habe ich Besorgniß dafür, daß man nicht genau alles Dasjenige werde unterscheiden können, was in diesem Prozesse wesentlich und was unwesentlich ist. Es soll das keineswegs, meine Herren Geschwornen, etwa ein Angriff sein auf Ihre Intelligenz, behüte mich Gott; ich würde dasselbe sagen, wenn hier eine Bank von Geschwornen säße, welche aus lauter Räthen des Oberappellationsgerichts bestände. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, 14 Tage lang in einem fort lesen und lesen zu hören und sich am Schlusse noch ein vollständig klares Bild machen zu können von all Demjenigen, was in dieser Verhandlung zum Vortrag gekommen ist. Es war ja die hauptsächlichste Arbeit der Vertheidigung, sich aus all diesem Wuste herauszuarbeiten, alles dasjenige bei Seite zu werfen, was in dieser Untersuchung unnöthig ist; und erst als dies geschehen, war es vergönnt, einen freien und sichern Blick über die wahren Momente dieses Prozesses zu gewinnen. Wenn in der vorliegenden Untersuchung, bei der diesmaligen Hauptverhandlung all dieser Wust wieder mit vorgebracht worden ist, so kann ich nicht glauben, daß ein sicheres und freies Urtheil bei den Herren Geschwornen die Folge sein werde; ich glaube aber, meine Herren Geschwornen, und ich spreche dies mit froher Zuversicht aus, daß in allen denjenigen Punkten, in welchen es dem einen oder dem andern der Herren nicht vergönnt gewesen ist, einen klaren und freien Ueberblick zu bekommen, wohl der ehrliche Sinn durchschlagen wird, der ehrliche Sinn, der es verbietet, ein Schuldig auszusprechen in Fragen, wo man nicht klar und deutlich im innersten Herzen von der Schuld des betreffenden Angeklagten überzeugt ist. Und ich füge dieser frohen Zuversicht eine andere, meine Herren Geschwornen, hinzu: es ist die, daß jeder der Herren Geschwornen, der bei diesem Prozeß sein Urtheil abzugeben hat, auch durchdrungen ist von männlichem Sinn, der gebietet, ein solches

Urtheil abzugeben, das sich lediglich aus eigener innerer Ueberzeugung gebildet hat. Es ist ein alter Satz eines großen englischen Staatsmannes, der gesagt hat, es ist besser, daß 100 Angeschuldigte unbestraft bleiben, als daß ein Unschuldiger bestraft wird. Dieses Wort sollte jedem Richter und Jedem, der zum Richter zeitweilig berufen ist, als erste leitende Richtschnur dienen, und wenn ich in jedem Prozesse an erster Stelle dieses Wort hinsetzen will, so dürfte dasselbe wohl vornehmlich dann gelten, wo es gilt, über ehrenhafte Männer zu richten, und wo es gilt, auf das Allergewissenhafteste die Frage Schuldig oder Nichtschuldig zu prüfen. Es gab im alten deutschen Rechte, meine Herren Geschwornen, eine Gewohnheit — es war eine gute Gewohnheit —, nach welcher ein Angeklagter blos von seines Gleichen zu richten war. Auch dieser Rechtsgrundsatz ist mir in den Sinn gekommen und auch der Gedanke an ihn hat mich insofern mit einer Art von Bangigkeit erfüllt, als ich sah, daß in der heutigen Verhandlung zu Richtern lediglich Leute berufen sind, welche, wie ich wohl als notorisch annehmen darf, nicht auf dem politischen Standpunkte der Angeklagten stehen — und doch handelt es sich um einen politischen Prozeß.

Aber ich glaube, meine Herren Geschwornen, daß Sie verstehen, die Person von der politischen Meinung zu trennen, und wenn ich nun nach diesen einleitenden Worten, meine Herren Geschwornen, übergehe zur Behandlung des rechtlichen und thatsächlichen Materials der Verhandlung, so glaube ich zunächst mir ersparen zu können, auf die Einleitung einzugehen, die der Herr Staatsanwalt in geschichtlicher Beziehung über den gegenwärtigen Prozeß gegeben hat. Ich habe mich nicht so lange mit diesem Prozesse beschäftigen können wie der Herr Staatsanwalt, dem die betreffenden Unterlagen über Jahr und Tag zu Gebote gestanden haben. Aber soviel habe ich doch aus diesem Prozesse gelernt, daß die geschichtliche Uebersicht, welche der Herr Staatsanwalt gegeben hat, von Anfang bis zu Ende auf Unrichtigkeiten beruht; soviel habe ich doch gelernt, daß es mir nicht in den Sinn kommen kann, den Kommunistenprozeß und überhaupt das kommunistische Programm von 1848 als Geburt und Wiege der heutigen sozialdemokratischen Partei zu nennen. Ich werde dieses geschichtliche Material einem Schreiber der kulturhistorischen *Entwicklung* der sächsischen Geschichte überlassen, und wenn

dieser das Material des Herrn Staatsanwalts beurtheilt, so will ich hoffen, daß er mildernde Umstände annehmen möge.

Wenn ich übergehe, meine Herren Geschwornen, zur Frage, was eigentlich den Angeklagten zur Last fällt, so kann ich wohl davon ausgehen, daß Sie mit mir der Ueberzeugung sind, daß nichts weiter gegen die Angeklagten sprechen kann, als dasjenige, was dieselben selbst zugestanden haben. Ich glaube, hier ist die Grenze desjenigen, was wir zu prüfen haben, und ich kann als sicher annehmen, daß Sie weiteres Material, welches über das Zugeständniß der Angeklagten hinausgeht, unberücksichtigt lassen werden. Ich spreche das mit Rücksicht auf den Eindruck aus, den sämmtliche Angeklagten gewiß, meine Herren Geschwornen, auf Sie gemacht haben; ich spreche es aus mit Rücksicht auf die vollständige Uebereinstimmung der Aussagen der Angeklagten im Laufe der Voruntersuchung, im Laufe dieser Verhandlung; ich spreche es aus mit Rücksicht auf die vollständige Uebereinstimmung der Aussagen der Angeklagten mit denjenigen der Zeugen, die in den letzten Tagen dieser Verhandlung abgehört worden sind. Sie werden aus allen diesen Momenten ersehen, daß überall das klare ehrliche Geständniß seitens der Angeklagten vorliegt, daß es ihnen fernliegt, etwas zu verheimlichen, etwas zu verstecken. Wenn ich aber davon ausgehe, meine Herren Geschwornen, so ist wohl das Resumee, was ich gebe, darin zusammenzufassen, daß es das Bestreben der betreffenden Angeklagten ist, dem Arbeiterstand zu helfen und der Klasse der Arbeiter förderlich zu sein. Und wenn ich die Wege betrachte, die die Angeklagten eingeschlagen haben zur Erreichung dieses Zieles, so sind es zwei Mittel, durch welche die Angeklagten ihre Ideen zu verwirklichen gesucht haben. Es ist erstens der Weg der Organisation der Partei, und zweitens der Weg, die Arbeiterklasse durch Lehren aufzuklären. Unter diese beiden Hauptrubriken lassen sich alle Handlungen der Angeklagten stellen. Aber die Angeklagten haben hierbei nichts weiter gethan, als was in jeder politischen Partei von den Führern geschieht. Die Organisation zeigt sich auf allen sozialen und politischen Gebieten, und bei den Angeklagten werden Sie gewiß nicht etwas Neues, von anderen Organisationen Abweichendes finden; Sie werden sehen, daß jede Partei, sei es welche es wolle, sich das Streben vor-

genommen hat, zu organisiren, ausgehend von dem großen Grundgedanken, daß ohne Verbindung etwas Wesentliches nicht zu erreichen sei. In die zweite Rubrik der den Angeklagten schuld gegebenen Handlungen fällt die Verbreitung von Flugschriften, die Bekanntmachungen im „Demokratischen Wochenblatt", die Verbreitung des „Volksstaat" ꝛc. Das sind eigentlich die Handlungen, die den Angeklagten zur Last fallen, und hier möchte ich allerdings die Frage an den Herrn Staatsanwalt richten: ich möchte ihn fragen, wie er es hat über sich gewinnen können, wenn in diesen Handlungen überall Hochverraths-Vorbereitungs-Handlungen liegen sollen, daß er nicht schon lange seine Stimme gegen dieses Treiben erhoben hat; ich möchte ihn fragen, weshalb er nicht seine Stimme erhoben hat, als der Eisenacher Kongreß gegründet und das Programm, welches ja „staatsgefährlich" ist, in der Oeffentlichkeit erschien; ich möchte ihn fragen, weshalb er das „Demokratische Wochenblatt" ungehindert jahrelang erscheinen ließ, welches dem Staate so gefährlich ist; ich möchte ihn fragen, weshalb er nicht die sämmtlichen Artikel des „Volksstaat", die er tagelang hier hat vorlesen lassen, mit seiner gerichtlichen Verfolgung angegriffen hat? Man könnte wohl sagen, meine Herren Geschwornen, — und es ist ja seitens des Herrn Präsidenten geschehen —, daß der Staatsanwalt allerdings nicht aus jeder dieser einzelnen Handlungen das Verbrechen hochverrätherischer Vorbereitungs-Handlungen folgern konnte, daß diese Handlungen alle nur im großen Konglomerat zusammenwirken konnten. Allein, meine Herren Geschwornen, ist dem so, warum hat der Herr Staatsanwalt nicht wenigstens nach einigen dieser Handlungen, welche nach seiner gestrigen Auffassung allein schon ein hochverrätherisches Verbrechen begründen, hier seine Hand erhoben, und warum hat er den Staat so lange nicht geschützt vor dem Abgrunde des großen Verderbens? Ich möchte ihn fragen, wie einst Cicero: quid non rempublicam vitamque omnium vestrum ex fati faucibus erupimus?*) Nun, meine Herren Geschwornen, das hat der Herr Staatsanwalt nicht gethan, und Sie ersehen daraus von selbst, daß es auch die Ansicht des Herrn Staatsanwalts selbst nicht gewesen ist, daß in

*) Warum haben wir nicht den Staat und das Leben von *Euch Allen* dem Rachen des Schicksals entrissen?

allen jenen Handlungen irgend welche hochverrätherische Unternehmung oder eine Vorbereitung dazu liegen könnte. Und das ist ja auch das einzig Richtige. Es ist gesagt worden, daß das Material zu diesem Prozesse erst gesammelt werden mußte, und daß dann erst ein Entschluß gefaßt werden konnte, ob ein Prozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrath einzuleiten war. Meine Herren Geschwornen, ich glaube, das Gegentheil ist der Fall. Erst kamen die Inspirationen von oben, man möge einen Prozeß einleiten, und nachdem man den Beschluß gefaßt hatte: wir wollen einen Prozeß einleiten!, da kam auch der Gedanke, sich doch nach etwas Material umzusehen. Auf diese Weise geschah es, daß, nachdem der Beschluß eines Prozesses längst vorhanden war, allerdings nachgespürt wurde in den Jahrgängen der betreffenden Schriften ꝛc., und so ist nach und nach das Material entstanden, welches uns so lange in dieser Hauptverhandlung aufgehalten hat. Die einzelnen Handlungen, meine Herren Geschwornen, welche den Angeklagten zur Last fallen: die Begründung von Organen, das Erscheinenlassen von Zeitschriften, die Verbreitung von Flugschriften, sie sind ja an und für sich nichts Gefährliches. Es gilt deshalb für die Anklage, nachzuweisen, daß alle diese Handlungen begangen worden sind mit der Absicht, damit ein hochverrätherisches Unternehmen vorzubereiten. Es gilt, um mich juristisch auszudrücken, den dolus der Angeklagten nachzuweisen. In dieser Beziehung, meine Herren, hat man nun auch das Möglichste geleistet. Man hat Ihnen Manifeste vorgelesen von 1847 und 1848; man hat mehrere Stellen vorgelesen aus dem Schwarzen Buche Stieber's; man hat Ihnen Stellen vorgelesen aus Briefen, welche Schweizer an Oesterreicher und Oesterreicher an Schweizer gerichtet haben; man hat Ihnen vorgelesen aus einem Soldatenbuche, welches die Angeklagten nie zu Gesicht bekommen haben; man hat Ihnen rezitirt aus Freiligrath'schen Gedichten — wahrscheinlich ist von Schiller's Gedichten kein Exemplar in der Wohnung der Angeklagten gefunden worden —, kurz, man hat eine Menge staatsgefährlich klingender Phrasen vorgebracht, gleichviel ob die Personen der Angeklagten damit in irgend welcher Verbindung stehen oder nicht. Alle diese Sachen, meine Herren Geschwornen, hatten keine weitere Bedeutung, als Ihnen klar zu machen, daß die Angeklagten

doch wirklich Leute seien, die Gefährliches im Schilde führen, und man wollte daraus beweisen, daß die an sich ungefährlichen Handlungen der Angeklagten doch bei den von denselben verfolgten Absichten einen anderen Charakter annähmen. Allein man darf nicht von Jedem, welcher Ideen verfolgt, welche der jetzigen Rechtsverfassung nicht hold sind, ohne gewichtige Gründe annehmen, daß er hochverrätherische Pläne verfolgt; dies darf man namentlich so lange nicht, als man ihm nicht nachweisen kann, daß seine Ideen auf gewaltsamen Umsturz hinauslaufen. Ich glaube, daß man, wenn man einen Jeden in Untersuchung nehmen will, der irgend wie ein revolutionäres Wort schreibt oder sagt, der irgend einen Gedanken ausspricht, der den gegenwärtig bestehenden Zuständen feindlich gesinnt ist, nicht fertig werden könnte mit Untersuchungen wegen Hochverraths und Vorbereitung dazu. Allein nirgends im großen deutschen Reich geht man so weit — ja ich glaube kaum, daß so etwas in Zwickau vorkommen könnte, wo doch Vieles möglich ist.

Nun, meine Herren Geschwornen, habe ich zu fragen, ob denn die Handlungen, welche den Angeklagten schuld gegeben werden, sich als solche charakterisiren, welche unmittelbar auf Gewalt hindeuten, und das, meine Herren Geschwornen, möchte ich denn doch entschieden bestreiten. Ich gebe zu, wenn Sie auf der einen Seite den Nachweis haben, daß der betreffende Angeschuldigte ein gewaltsamen Umsturz anstrebender Revolutionär ist, daß derselbe bemüht ist, eine andere Staatsverfassung in unserem Staate gewaltsam einzuführen, daß allerdings dann jede Handlung von ihm staatsgefährlich werden kann, welche darauf hinzielt, die betreffende Staatsverfassung abzuändern.

Ich will z. B. anführen, meine Herren: wenn ich von Einem weiß, daß er mit allen Mitteln darauf denkt, die gegenwärtige Staatsverfassung zu beseitigen, und ich komme dahinter, daß derselbe beschäftigt ist, Maschinerien zu erfinden, durch welche auf gewaltsame Weise der Staat oder einzelne Theile des Staats vernichtet werden könnten, daß man dann diese Handlung als Vorbereitungs-Handlung des Hochverraths ansehen kann, weil einmal die Absicht des Angeklagten auf gewaltsamen Umsturz erwiesen ist und damit andererseits die betreffende Handlung in direkter Verbindung steht. Ich würde mich deshalb auch nicht wundern über die

Anklage, wenn Thatsachen vorlägen, die auf einen gewaltsamen Umsturz hindeuteten; wenn Sie z. B. den Nachweis hätten, daß die Angeklagten militärische Uebungen mit ihren Gesinnungsgenossen gemacht und in den Waffen einexerzirt hätten u. s. w. — dann müßte ich allerdings zugeben, daß diese Handlungen einen staatsgefährlichen Charakter haben könnten. Allein die Handlungen, welche den Angeklagten zur Last fallen, sind an und für sich die unschuldigsten und ich kann mir nimmermehr denken, daß derartige Handlungen, selbst eine Absicht der Angeklagten auf einen gewaltsamen Umsturz des Staates vorausgesetzt, Handlungen sein können, aus welchen man eine Vorbereitung zum Hochverrath folgern könnte. Es war das Ziel der Angeklagten, meine Herren Geschwornen — und darin stimmen Sie wohl mit mir überein —: daß sie den Arbeitern eine bessere Stellung im Staate verschaffen wollten; und sie gingen vor allen Dingen darauf aus, die Arbeiter aufzuklären, damit sie im Stande wären, irgend eine Machtstellung im Staat einzunehmen. Mit dieser Auffassung und mit dem von den Angeklagten angegebenen Zwecke stimmen alle einzelnen Handlungen überein. Sie können jede einzelne Handlung der Angeklagten mit diesem Zwecke vereinigen, während Sie keine Handlungen der Angeklagten mit dem angeblichen Endziele vereinigen können, einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung herbeizuführen. Es galt vor allen Dingen, den Arbeitern eine Stellung zu verschaffen, in welcher überhaupt erst ihre Forderungen Gehör finden konnten; es galt, den Arbeitern eine Stellung zu sichern, in welcher sie eine Vertretung bekommen konnten und auf diese Weise überhaupt in der Lage waren, ihre Wünsche, ihre Forderungen zu äußern. Daraufhin, meine Herren Geschwornen, um dies zu erreichen, haben die Angeklagten bestimmte Ziele gehabt, und lediglich diesen Zweck haben sie verfolgt. Für unbestimmte, ideale Ziele — und solche machen den ersten Theil des Eisenacher Programms aus, meine Herren Geschwornen — giebt es keine strafrechtliche Verantwortung. Sie müssen unterscheiden zwischen bestimmter Absicht und Ziel und zwischen dem Wort Idee oder Ideal. Wenn einmal die Angeklagten einen solchen Zustand herbeigeführt hatten, daß die Arbeiter vor allen Dingen sich ihrer selbst bewußt waren, daß denselben auch in Betreff der staatlichen Einrichtungen die Gelegenheit gegeben war, selbst ein Wort

mit darein zu reden in die Gesetzgebung und thätig zu werden für ihre Besserstellung, dann, meine Herren Geschwornen, war der Zustand geschaffen, welchen die Angeklagten überhaupt sich vorgesetzt hatten. Hiermit war das praktische Ziel der Angeklagten erreicht. Daß andere Zustände dann eintreten konnten, das will ich gar nicht verkennen. Ist einmal der andere bessere Zustand, den die Angeklagten beabsichtigten, eingetreten, so kann allerdings Niemand vorhersehen, welches das spätere Ende der Bewegung sein werde. Möglich, daß die Bewegung auf gewaltsame Bahn sich lenkte, möglich aber auch und wahrscheinlich, daß sie sich auf friedlichem Wege entwickelte; aber für diese bloße Möglichkeit, meine Herren Geschwornen, daß die Bewegung eine gewaltsame Entwicklung annehmen kann, für die Möglichkeit, meine Herren Geschwornen, sage ich, giebt es kein Strafgesetzbuch, und es würde sehr falsch sein, wenn man die Angeklagten wegen solcher Handlungen zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen wollte. Daß diese bestimmten praktischen Ziele, für die ja die Angeklagten einzig und allein verantwortlich sind, wirklich keine andere waren, als ich eben gesagt habe, das geht aus allem hervor, was in der Hauptverhandlung zu Tage gefördert worden ist. Vor allen Dingen geht es hervor, meine Herren Geschwornen, aus einer Schrift, die anscheinend vielfach Anstoß bei Ihnen erregt hat, aus der Bebel'schen Schrift: „Unsere Ziele". Ich hebe aus ihr hervor, daß der Angeklagte in diesem Werke, welches eine rein wissenschaftliche Arbeit ist und in welchem er gleich im Anfange nachweist, daß zur Erreichung des Zieles vor allen Dingen Aufklärung unter die Arbeiter geschafft werden müsse, am Schlusse seiner Ausführungen sagt, daß es zwei Wege gebe, um das Ziel zu erreichen; der eine Weg sei der kürzere, gewaltsame, der andere der einer friedlichen Entwicklung. Hätte nun, meine Herren Geschwornen, der Angeklagte gesagt, es giebt nur ein Ziel, das gewaltsame, oder hätte er gesagt, es giebt zwar zwei Wege, aber wir wählen den gewaltsamen, meine Herren Geschwornen, dann gäbe ich Ihnen zu, könnten Sie zur Prüfung gehen, ob Vorbereitungs-Handlungen zum Hochverrath vorlägen. Da aber der Angeklagte selbst gesagt hat, möglicherweise kann dies eintreten, und es giebt zwei Wege, so sind Sie nicht berechtigt, ohne Weiteres den provozirenden, den gewaltsamen Weg anzunehmen und den An-

geklagten für diesen Fall verantwortlich zu machen, welchen derselbe selbst nur als Eventualität bezeichnet. Daß der Angeklagte Bebel keine anderen Ziele verfolgt hat, geht weiter hervor aus der Rede, die er in Plauen gehalten hat. Der Herr Staatsanwalt hat es sich mit der Wiedergabe der Rede sehr leicht gemacht, er hat erzählt, daß der Obergensdarm, der in dieser Versammlung gewesen ist, gehört habe, der Angeklagte hätte gesagt, nur auf gewaltsamem Wege wäre das Ziel zu erreichen — und damit ist sein Beweis gebracht. Dieser Zeuge war, wie gesagt, der Obergensdarm. Derselbe war hingeschickt worden, hatte den ausdrücklichen Befehl erhalten, diese Versammlung zu überwachen, nicht etwa in offizieller Weise, sondern sich einzudrängen im Zivilkleide; auf diese Weise hat er Etwas aufgeschnappt und dann seiner vorgesetzten Behörde wieder zugebracht. Meine Herren Geschwornen, wenn mir gleich vor Abhörung des Obergensdarms der Herr Staatsanwalt vorgeschlagen hätte: sind Sie damit einverstanden, daß wir die Aussage des Obergensdarms so nehmen, daß Bebel gesagt hat, „nur auf gewaltsame Weise ist die Umänderung des Staats möglich?“ — ich würde sofort dieses Kompromiß angenommen haben; denn ich wußte voraus, was der Obergensdarm sagen würde. Nachdem nun lediglich das Zeugniß des Obergensdarms vom Herrn Staatsanwalt berührt worden war, ist auf etwas Weiteres in dieser Verhandlung nicht eingegangen worden. Sie gestatten mir wohl deshalb, wenn ich seinem Gedächtniß etwas zu Hilfe komme. Es ist von dem Zeugen Herrn Professor Jessing hier ausgesprochen worden, er wisse zwar nicht, wie diese Versammlung eigentlich verlaufen wäre und was eigentlich in derselben gesprochen worden sei, es sei zu lange her; wenn er aber die Wahl habe zwischen dem Ausdrucke Aufforderung und Aufreizung, so wolle er letzteren Ausdruck vorziehen und wolle sagen, daß die Versammlung den Eindruck auf ihn gemacht hätte, als hätte Bebel die Leute „aufreizen“ wollen. Nun, das hat auch der Angeklagte selbst nicht bestritten. Wenn der Angeklagte sein Ziel bei den Arbeitern erreichen will, so ist es allerdings seine erste Aufgabe, die Betreffenden „aufzureizen“ oder aufzuklären. Das Eine ist nicht möglich ohne das Andere. Nun, das wäre dieser Zeuge. — Ein fernerer Zeuge war der Herr Dr. Hoffmann, der ausgesagt hat, „es ist nicht

wahr, daß in dieser Versammlung der Angeklagte aufgefordert hätte zu gewaltsamen Handlungen". Dasselbe hatte übrigens auch der dritte Zeuge, Herr Jessing, gesagt. Sie haben ferner gehört, was der Vorsitzende jener Versammlung ausgesagt hat. Derselbe hat ebenfalls gesagt, es sei nicht wahr, daß der Angeklagte aufgefordert habe zu irgend welchen gewaltsamen Handlungen. Sie haben ferner gehört den Zeugen Herrn Advokat Kirbach. Derselbe hat wieder gesagt, es sei nicht wahr, daß der Angeklagte aufgefordert habe zu irgend welchen gewaltsamen Handlungen und Unternehmungen. Hätte er dies gesagt, so würde er, denke das sicher noch wissen. Alle diese vier letzten Zeugen und deren Aussagen hat der Herr Staatsanwalt bei seinem Resumee über diese Verhandlung vergessen. Er hat sich blos mit dem Zeugniß des Obergensdarms begnügt. Glauben Sie, meine Herren Geschwornen, daß hieraus hervorgehe, daß aus der Plauen'schen Versammlung überhaupt etwas Ungünstiges gegen den Angeklagten zu entnehmen ist? Ich habe überhaupt auf diese Versammlung in Plauen von Haus aus kein Gewicht gelegt. Sie wissen, daß diese Rede gehalten worden ist, wie eine der vielen des Angeklagten, und schon vor mehreren Jahren; Sie wissen, daß die Staatsanwaltschaft in Plauen selbst kein Gewicht auf diese Sache in irgend welchem hochverrätherischen Sinn gelegt hat. Dieselbe hat ihn nur angeklagt, er habe staatsgefährliche Lehren verbreitet und hat ihn lediglich deswegen in Untersuchung genommen; und selbst der jetzige Herr Untersuchungsrichter, der mit äußerster Gewissenhaftigkeit alles Mögliche gegen den Angeklagten herbeigezogen, hat in den Akten die Notiz gemacht: „ich halte dafür, daß diese — die Plauen'sche Rede betreffenden — Akten nunmehr zu schließen seien". Nichtsdestoweniger ist diese Plauen'sche Verhandlung noch einmal Gegenstand dieser Hauptverhandlung geworden, und wenn ich anders den Sinn verstehe, weshalb gegenwärtig dieselbe nochmals hereingezogen worden ist, so hat man wohl keinen andern Zweck gehabt, als den der besseren Inszenirung der Hauptverhandlung.

Wenn ich nun zur rechtlichen Charakteristik aller derjenigen Handlungen übergehe, welche den Angeklagten zur Last fallen, so dürfte, meine Herren Geschwornen, davon auszugehen sein, daß, wenn irgendwie das Strafgesetzbuch an-

gewendet werden soll, folgende Voraussetzungen vorhanden sein müssen: 1. müssen die Angeklagten einen bestimmten Entschluß gefaßt haben, einen gewaltsamen Angriff vorzunehmen, und 2. müssen die Angeklagten den bestimmten Entschluß gefaßt haben, einen gewaltsamen Angriff in einer bestimmten Weise auszuführen. Von dieser Ansicht, die etwa keineswegs von mir allein herstammt, sind auch bis jetzt alle Juristen ausgegangen. In dieser Beziehung beziehe ich mich auf den Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel, und ich glaube, meine Herren Geschwornen, daß es das Allerkürzeste ist, wenn ich Ihnen dessen Aeußerung kurz wiedergebe. Ich kann mir dadurch ersparen, meine eigenen Ansichten Ihnen zu unterbreiten. Ich kann wohl hierbei vor allen Dingen mittheilen oder auch als bekannt voraussetzen, daß derselbe Prozeß, wie er gegenwärtig gegen die Angeklagten schwebt, auch in Braunschweig stattgehabt hat. Sie haben selbst wohl aus dem Gange der Verhandlungen und aus dem Gehörten die Ueberzeugung gewonnen, daß die Braunschweiger Angeklagten genau dasselbe alles begangen haben sollen, wie die Angeklagten hier, und es sind deshalb das Erkenntniß des Braunschweiger Obergerichts und die Ansichten der dortigen Staatsanwaltschaft um so wichtiger, weil die Ansicht, im dortigen Prozesse ausgesprochen, dieselbe ist, welche die dortigen Gerichte im hiesigen Prozesse ausgesprochen haben würden. Ich füge hinzu, daß das Braunschweigische Gericht vollständig das Aktenmaterial, das hier auf dem Tisch ausgebreitet liegt, ebenfalls in den Händen gehabt hat, ja, daß das Hauptmaterial, das hier ausgebreitet ist, erst von Braunschweig stammt. Nachdem das Material in Braunschweig gegen die Angeklagten vorbereitet worden war und die Akten geschlossen waren, wurden dieselben an den dortigen Oberstaatsanwalt abgegeben, weil der betreffende Untersuchungsrichter der Ueberzeugung war, es handle sich um ein Verbrechen, welches zur Schwurgerichtskompetenz gehöre. In diesem Falle hatte zunächst der Oberstaatsanwalt seinen Antrag bezüglich seine Entschließung zu fassen. In dieser Entschließung, welche seitens der Oberstaatsanwaltschaft gefaßt worden ist, heißt es nun folgendermaßen:

„Das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund ist, was den Thatbestand des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverraths anbetrifft, unzweifelhaft zu einer, dem § 83

unseres bisherigen Kriminal-Gesetzbuches gegenüber, grundsätzlich anderen Auffassung zu Gunsten der Angeschuldigten gelangt. Während der § 83 des Braunschweiger Kriminalgesetzbuches, indem sich derselbe mehr oder weniger dem bis dahin geltenden gemeinen Rechte anschließt, dem Thatbestande dieses Verbrechens einen allgemeinen Charakter giebt und sogar so weit geht, unter diesen Thatbestand die Verabredung mit Anderen zur Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staates gefährdet wird, sowie die Verbreitung von Schriften, welche zu hochverrätherischen Zwecken aufreizen, zu subsumiren, zeugen die entsprechenden §§ 85 und 86 des Bundes-Strafgesetzbuches von einer gänzlich veränderten Auffassung."

Ich bemerke hierbei, daß die §§ 85 und 86 diejenigen sind, auf Grund welcher eine Verurtheilung der Angeklagten hier beabsichtigt wird.

„Zum Verständniß dieser Paragraphen wird von dem Inhalte der vorhergehenden §§ 81, 82 und 83 des Bundes-Strafgesetzbuches auszugehen sein.

„Der § 81 definirt als Thatbestand des Hochverraths, soweit derselbe für den vorliegenden Fall in Betracht kommt, ein Unternehmen, welches darauf abzielt, die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaates gewaltsam zu ändern, und als ein Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, ist nach § 82 jede Handlung anzusehen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll.

„Der § 83 des Bundes-Strafgesetzbuches straft zunächst den Fall, wenn Mehrere die Ausführung eines hochverrätherischen Unternehmens verabredet haben, ohne daß es zum Beginn einer nach § 82 strafbaren Handlung gekommen ist. Zwar ist dieser § 83 an und für sich nur auf das hochverrätherische Komplott — nach § 82 unseres Kriminal-Gesetzbuches „Verschwörung" — zu beziehen, an dessen Thatbestande es unbedingt nach den betreffenden Bestimmungen beider Strafgesetzbücher fehlt; gleichwohl ist aber der § 83 des Bundes-Strafgesetzbuches auch in Ansehung der Vorbereitung des Hochverraths dem § 83 Absatz 2 des Braunschweiger Kriminal-Gesetzbuches insofern gegenüber zu stellen, als der letztere eine solche Vorbereitung in der Verabredung *mit Anderen* zur Verbreitung von Grundsätzen, durch welche

die Existenz des Staates gefährdet wird, findet. Dieser Thatbestand der Vorbereitung findet indeß in dem § 83 des Bundes-Strafgesetzbuches, welcher vielmehr allgemeine hochverrätherische Pläne und Bestrebungen, sowie ein „Bereden und Besprechen" nicht umfaßt, sondern ein bestimmtes (konkretes) Unternehmen und eine Verabredung voraussetzt, welche der Ausführung unmittelbar vorausgeht, Oppenhoff l. c. Seite 194, Noten 2 und 3 zu § 83; Schwarze: Kommentar Seite 292, sowie im Bundes-Strafgesetzbuche überhaupt, keine Stütze.

„Was nun speziell die Vorbereitung des Hochverraths (§ 83 des Braunschweiger Kriminal-Gesetzbuches) betrifft, so treten die gänzlich veränderten Grundsätze des Bundes-Strafgesetzbuches in dessen §§ 85 und 86 unzweideutig hervor.

„Der § 85, welcher Denjenigen straft, der öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren Handlung auffordert, setzt ebenso wie der in Bezug genommene § 82 voraus, daß eine Aufforderung ergangen ist:

1. zu einer unmittelbar zur Ausführung zu bringenden Handlung, und
2. nicht allein — was den vorliegenden Fall betrifft — zu Gewalt im Allgemeinen, sondern, wie schon oben in anderer Beziehung hervorgehoben, zu einer bestimmten, in ihrer konkreten Gestaltung erkennbaren gewaltsamen Handlung.

„Es ist sogar nach Ansicht der Reichstagsverhandlungen über den § 85 die Aufnahme des Wortes: bestimmten hinter „einer" beschlossen, und obgleich dieses Wort in Folge eines Redaktionsversehens fehlt, so ist doch an der Richtigkeit der im Vorstehenden dem § 85 gegebenen Deutung nicht zu zweifeln; und das Anpreisen ꝛc. revolutionärer ꝛc. Grundsätze reicht zum Thatbestand nach dem Bundes-Strafgesetzbuche ebensowenig hin, als der sonstige allgemeine Thatbestand unseres Kriminal-Gesetzbuches. Oppenhoff l. c. S. 199, Bemerkung 20 zu § 85; Schwarze l. c. S. 295, letzter Absatz".

„Der § 86 des Bundes-Strafgesetzbuches" — und das ist der einschlagende Paragraph — „hat nur nach seinem

Wortlaute: „Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung" einen allgemeineren, sich scheinbar dem § 83 unseres Kriminal-Gesetzbuches nähernden Charakter; in Wirklichkeit unterscheidet er sich aber von dem § 85 des Bundes-Strafgesetzbuches nur dadurch, daß hier allein das Wort „unmittelbar" fehlt, im Uebrigen aber die Vorbereitung — neben den im § 85 aufgeführten speziellen Arten einer solchen — ebenso wie im Falle des § 85 — einer bestimmten, in ihrer konkreten Gestaltung erkennbaren gewaltsamen Handlung zum Gegenstande haben muß; und die bloße Verbreitung gefährlicher Lehren und Grundsätze insbesondere genügt zum Thatbestande nicht." Es ist nun hier wieder verwiesen auf Oppenhoff und Schwarze.

„Aus den Akten der Voruntersuchung habe ich nun", fährt der Oberstaatsanwalt weiter fort, „die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angeschuldigten, während unverkennbar das ganze Treiben Aller oder Einzelner derselben, sowie des Vereins, welchem sie angehören, insbesondere unter Berücksichtigung der Verbindung mit anderen, gleich gefährliche Zwecke verfolgenden Vereinen einen in hohem Grade staatsgefährlichen Charakter an sich trägt, bei Verfolgung ihrer auf den Umsturz alles Bestehenden, auf Einführung der Republik gerichteten Zwecke und Bestrebungen zu einem eigentlichen Bewußtsein über eine bestimmte zweckentsprechende Handlung selbst noch nicht gelangt sind; und jedenfalls erachte ich es nicht für indizirt, daß dieselben einer solchen bestimmten gewaltsamen Handlung auf irgend eine Weise Ausdruck gegeben haben. Es fehlt somit nach Ansicht der zitirten Paragraphen des Bundes-Strafgesetzbuches, welches nach den oben entwickelten Grundsätzen als das mildere in Anwendung zu bringen, überall an dem bundesrechtlichen Thatbestande des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverraths, und kommt es bei dieser Sachlage auf eine spezielle Erörterung der Thätigkeit der einzelnen Angeschuldigten in keiner Beziehung an."

Es hat in Folge dessen der Oberstaatsanwalt die Untersuchung gegen die Braunschweiger Angeklagten eingestellt, und der herzogliche Obergerichtssenat verfügte hierauf im März 1871, daß nach den vorstehenden Ausführungen, welche der herzogliche Senat allenthalben zu den seinigen machte, das Verfahren gegen die Angeklagten einzustellen sei. Meine

Herren Geschwornen, das alte Wort: „Es giebt noch Richter in Berlin“, kam hier in Anwendung, nur waren diese Richter diesmal nicht in Berlin, sie waren in Wolfenbüttel. Mit dieser Auffassung, meine Herren Geschwornen, stimmen auch alle Rechtslehrer überein, welche in dieser Weise sich irgend zu äußern Gelegenheit hatten: Oppenhoff bei seiner Interpretation des § 86, weiter der Rechtslehrer Meyer, welcher selbst thätig gewesen ist bei Abfassung unseres Strafgesetzbuchs, und weiter der Kommentar von Schwarze über diesen Paragraphen. (Redner verliest die betreffenden Stellen.)

Sie sehen daraus, meine Herren Geschwornen, daß diese Ansichten, welche hier der Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel und in Uebereinstimmung mit ihm das herzogliche Gericht aussprachen, nicht etwa vereinzelte sind. Es haben sich alle Rechtslehrer, welche überhaupt das Strafgesetzbuch zum Gegenstande ihrer Erörterungen gemacht haben, in diesem selbigen Sinne ausgesprochen. Es sagt dasselbe auch Rüdhoff, ein bedeutender Kommentarist des Strafgesetzbuchs, und es sagt dasselbe auch Schütz, welcher eine Abhandlung über das Strafgesetzbuch geschrieben hat. Alle diese stimmen also darin überein, daß, wenn es sich um ein hochverrätherisches Unternehmen handeln soll, vor allen Dingen die Frage sich darauf richten muß, ob ein bestimmter Entschluß dagewesen, eine bestimmte Handlung dagewesen ist.

Nun komme ich darauf zu reden, meine Herren Geschwornen, daß unsere sächsischen Gerichte vollkommen vom gleichen Gesichtspunkte ebenfalls ausgegangen sind. Ich betone dies deswegen, weil in der Schrift, welche der Braunschweigische Staatsanwalt herausgegeben hat, sich die irrthümliche Bemerkung findet, als seien die sächsischen Behörden anderer Ueberzeugung. Das ist Wort für Wort unrichtig. Die sächsischen Behörden haben sich ganz gleich ausgesprochen wie die Braunschweiger. Ich betone zunächst das Anklage-Erkenntniß, welches Ihnen ja, meine Herren Geschwornen, in das Berathungszimmer mitgegeben werden wird. Ich knüpfe hieran eine kleine Mittheilung. Als im Anklagesenat über den vorliegenden Fall berathen wurde, waren die Vertheidiger eingeladen und beide waren auch zugegen. Unter den Mitgliedern dieses Senats hatte sich allerdings die gegentheilige Ansicht Platz verschafft. Diese Ansicht wurde vom Herrn

Wortlaute: „Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung" einen allgemeineren, sich scheinbar dem § 83 unseres Kriminal-Gesetzbuches nähernden Charakter; in Wirklichkeit unterscheidet er sich aber von dem § 85 des Bundes-Strafgesetzbuches nur dadurch, daß hier allein das Wort „unmittelbar" fehlt, im Uebrigen aber die Vorbereitung — neben den im § 85 aufgeführten speziellen Arten einer solchen — ebenso wie im Falle des § 85 — einer bestimmten, in ihrer konkreten Gestaltung erkennbaren gewaltsamen Handlung zum Gegenstande haben muß; und die bloße Verbreitung gefährlicher Lehren und Grundsätze insbesondere genügt zum Thatbestande nicht." Es ist nun hier wieder verwiesen auf Oppenhoff und Schwarze.

„Aus den Akten der Voruntersuchung habe ich nun", fährt der Oberstaatsanwalt weiter fort, „die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angeschuldigten, während unverkennbar das ganze Treiben Aller oder Einzelner derselben, sowie des Vereins, welchem sie angehören, insbesondere unter Berücksichtigung der Verbindung mit anderen, gleich gefährliche Zwecke verfolgenden Vereinen einen in hohem Grade staatsgefährlichen Charakter an sich trägt, bei Verfolgung ihrer auf den Umsturz alles Bestehenden, auf Einführung der Republik gerichteten Zwecke und Bestrebungen zu einem eigentlichen Bewußtsein über eine bestimmte zweckentsprechende Handlung selbst noch nicht gelangt sind; und jedenfalls erachte ich es nicht für indizirt, daß dieselben einer solchen bestimmten gewaltsamen Handlung auf irgend eine Weise Ausdruck gegeben haben. Es fehlt somit nach Ansicht der zitirten Paragraphen des Bundes-Strafgesetzbuches, welches nach den oben entwickelten Grundsätzen als das mildere in Anwendung zu bringen, überall an dem bundesrechtlichen Thatbestande des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverraths, und kommt es bei dieser Sachlage auf eine spezielle Erörterung der Thätigkeit der einzelnen Angeschuldigten in keiner Beziehung an."

Es hat in Folge dessen der Oberstaatsanwalt die Untersuchung gegen die Braunschweiger Angeklagten eingestellt, und der herzogliche Obergerichtssenat verfügte hierauf im März 1871, daß nach den vorstehenden Ausführungen, welche der herzogliche Senat allenthalben zu den seinigen machte, das Verfahren gegen die Angeklagten einzustellen sei. Meine

Herren Geschwornen, das alte Wort: „Es giebt noch Richter in Berlin", kam hier in Anwendung, nur waren diese Richter diesmal nicht in Berlin, sie waren in Wolfenbüttel. Mit dieser Auffassung, meine Herren Geschwornen, stimmen auch alle Rechtslehrer überein, welche in dieser Weise sich irgend zu äußern Gelegenheit hatten: Oppenhoff bei seiner Interpretation des § 86, weiter der Rechtslehrer Meyer, welcher selbst thätig gewesen ist bei Abfassung unseres Strafgesetzbuchs, und weiter der Kommentar von Schwarze über diesen Paragraphen. (Redner verliest die betreffenden Stellen.)

Sie sehen daraus, meine Herren Geschwornen, daß diese Ansichten, welche hier der Oberstaatsanwalt in Wolfenbüttel und in Uebereinstimmung mit ihm das herzogliche Gericht aussprachen, nicht etwa vereinzelte sind. Es haben sich alle Rechtslehrer, welche überhaupt das Strafgesetzbuch zum Gegenstande ihrer Erörterungen gemacht haben, in diesem selbigen Sinne ausgesprochen. Es sagt dasselbe auch Rüdhoff, ein bedeutender Kommentarist des Strafgesetzbuchs, und es sagt dasselbe auch Schütz, welcher eine Abhandlung über das Strafgesetzbuch geschrieben hat. Alle diese stimmen also darin überein, daß, wenn es sich um ein hochverrätherisches Unternehmen handeln soll, vor allen Dingen die Frage sich darauf richten muß, ob ein bestimmter Entschluß dagewesen, eine bestimmte Handlung dagewesen ist.

Nun komme ich darauf zu reden, meine Herren Geschwornen, daß unsere sächsischen Gerichte vollkommen vom gleichen Gesichtspunkte ebenfalls ausgegangen sind. Ich betone dies deswegen, weil in der Schrift, welche der Braunschweigische Staatsanwalt herausgegeben hat, sich die irrthümliche Bemerkung findet, als seien die sächsischen Behörden anderer Ueberzeugung. Das ist Wort für Wort unrichtig. Die sächsischen Behörden haben sich ganz gleich ausgesprochen wie die Braunschweiger. Ich betone zunächst das Anklage-Erkenntniß, welches Ihnen ja, meine Herren Geschwornen, in das Berathungszimmer mitgegeben werden wird. Ich knüpfe hieran eine kleine Mittheilung. Als im Anklagesenat über den vorliegenden Fall berathen wurde, waren die Vertheidiger eingeladen und beide waren auch zugegen. Unter den Mitgliedern dieses Senats hatte sich allerdings die gegentheilige Ansicht Platz verschafft. Diese Ansicht wurde vom Herrn

Staatsanwalt getheilt. Man sprach hier in der Berathung aus, es sei nicht nothwendig, daß ein bestimmter Entschluß, welcher eine konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse gewonnen, von den Angeklagten gefaßt gewesen sein müßte, das brauche man nicht, das Gesetz sei auch anwendbar ohnedem. Wir haben dieser Auffassung widerstritten und namentlich uns auch auf Zitate aus den besten Rechtslehrern gestützt. Wir dachten, daß nun allerdings ein Anklage-Erkenntniß gefällt werden würde, das auch wirklich nunmehr von dieser Ansicht ausgehe. Dem war aber nicht so. Im Anklage-Erkenntniß fanden sich ganz schön die Worte wieder, „und weil der Anklagesenat auch der Meinung ist, daß die Angeklagten schon in ihrem Bewußtsein eine bestimmte Gestalt und konkrete Umrisse bezüglich des Verbrechens gehabt haben, so sind dieselben nunmehr zu verweisen" u. s. w. Es war auch für die Anklage gut, daß die Verfasser des Anklage-Erkenntnisses diese Worte hereingesetzt haben; denn hätten sie es nicht gethan, so wäre auf unsere Nichtigkeitsbeschwerde die ganze Sache kassirt worden, und das ist eigentlich der einzige Vorwurf, den ich mir als Vertheidiger in diesem ganzen Prozesse zu machen habe, daß wir erst die Anklagekammer aufgeklärt haben, daß dies nothwendig sei, und daß wohl auf diese Weise diese Worte in das Erkenntniß hineingekommen sind. Wären wir nicht in die Anklagekammersitzung hineingekommen, ständen wahrscheinlich diese Worte nicht darin. Nun ging dies Erkenntniß an das Königliche sächsische Oberappellationsgericht. Das Oberappellationsgericht erklärte: es kommt uns hier nicht auf den Beweis an, uns kommt es blos darauf an: wessen sind die Angeschuldigten angeklagt? Und da steht im Verweisungs-Erkenntniß vor allen Dingen, wie das Oberappellationsgericht heraushebt, daß die Angeklagten angeklagt worden seien, vorgehabt zu haben, einen gewaltsamen Angriff gegen den Staat zu unternehmen. Es steht weiter da — und darauf bezog sich das Oberappellationsgericht ausdrücklich — daß durch den Anklagesenat festgestellt sei, die Angeklagten hätten auch schon in ihrem Bewußtsein bestimmte Umrisse und eine konkrete Gestalt betreffend die Art der Ausführung ihres Verbrechens gehabt. Da nun dies festgestellt ist, sagen die Richter des Oberappellationsgerichts — und ob es wahr ist, darauf kommt es uns ja

vorläufig nicht an; wir haben es nur mit der Anklage zu thun — so können wir auch das Erkenntniß nicht verwerfen, sondern müssen dasselbe nunmehr aufrecht erhalten und sehen, ob die Geschwornen auch darüber sich aussprechen werden, ob die Erfordernisse, welche das Anklage-Erkenntniß hineingesetzt hat, auch wirklich vorhanden sind. Dies ist der Gang. Mit diesen bedenklichen Worten: „konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse" kam man nun in Verlegenheit. Nachdem das Oberappellationsgericht jenes Erforderniß der Anklage ausgesprochen hatte, schien es jetzt fatal, diese Begriffe in die Fragen hineinzubringen. Es ist nur zu deutlich, was der eigentliche Sinn der Anklage sein sollte. Man hat es deswegen vorgezogen, diese Worte, wie wir gestern gehört, aus den Fragen **wegzulassen**, und sich damit geholfen, daß man die Frage so gestellt hat: sind die Angeklagten schuldig, diese Handlungen begangen zu haben, zum Zwecke des Vorhabens? Nun, meine Herren Geschwornen, das Wort **Vorhaben** ist dasjenige Wort, welches Ihnen das einzige, aber vielleicht auch das schwerste Kopfzerbrechen machen wird. In diesem Worte steckt der Schwerpunkt der ganzen Rechtsfrage, die ich Ihnen jetzt dargelegt habe. Wie ich voraussetze, so wird seitens des Herrn Präsidenten bei der Rechtsbelehrung gesagt werden — und der Herr Präsident wird dies sagen müssen —: „Eine konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse müssen allerdings vorhanden gewesen sein. Meine Herren Geschwornen, das haben Sie bei Prüfung der Frage wohl zu berücksichtigen, aber wir haben die Worte deswegen nicht hereingesetzt in die Frage, weil das im Worte **Vorhaben** liegen soll." Und sehr richtig, meine Herren Geschwornen, es kann Niemand ein Vorhaben haben, wenn er nicht den ganz bestimmt vorhandenen Entschluß gefaßt hat, irgend etwas zu begehen, und hat er den Entschluß gefaßt, irgend etwas zu begehen, so muß auch der Entschluß im Bewußtsein eine konkrete Gestalt angenommen haben. Diesen ganzen Gedankengang will man stillschweigend zum Ausdrucke bringen durch die Worte: „**zum Zwecke des Vorhabens**". Wenn Sie nun dies berücksichtigen, meine Herren Geschwornen — und Sie werden bei der Prüfung der Frage dies thun —, so müssen, wollen Sie die Frage bejahen, die Angeklagten einen bestimmten Entschluß bezüglich des Verbrechens gefaßt haben, und dieser Entschluß muß auch bereits eine konkrete Gestalt in

ihrem Bewußtsein angenommen haben. Ich will hier gleich im Voraus bemerken, um nicht etwa falsch verstanden zu werden, daß die Worte „konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse“ allerdings nicht zu weit ausgedehnt werden dürfen, man würde sonst allerdings über den Begriff „Vorbereitung“ hinausgehen. Wenn ich den echten Sinn dieser Worte auf den vorliegenden Fall anwende, so ist es freilich nicht nöthig, daß die Angeklagten den festen Entschluß gefaßt haben müssen, ich will sagen, den 1. Mai 1874 oder 1876 in Dresden oder Berlin in der und der Straße einen gewaltsamen Angriff auszuführen. Das braucht nicht zu sein; ein Datum, vielleicht auch ein Ort u. s. w. braucht allerdings in dem Gedanken der Angeklagten nicht vorhanden gewesen zu sein. Aber festhalten muß man trotzdem, daß im Allgemeinen, im Großen und Ganzen, die Umrisse bei den Angeklagten festgestanden haben müssen. Die Angeklagten müssen entschlossen gewesen sein: „Wir machen einen gewaltsamen Angriff!“ und in großen Umrissen muß auch dieser Angriff vor der Seele der Angeklagten gestanden haben. Diese Worte bilden daher den Schlüssel zu der ganzen Rechtsfrage, und ich bitte Sie eindringlich, dieselben ja recht wohl zu bedenken; ohne richtiges Verständniß derselben würde die Beantwortung der Frage kaum möglich sein, wenigstens wäre sichere und richtige Beantwortung der Frage kaum möglich. Soviel ist sicher, man muß bei Prüfung der Frage und bei Auslegung der Worte „zum Zwecke des Vorhabens“ davon ausgehen, daß die Angeklagten im großen Ganzen gewußt und gewollt haben müssen, einen bestimmten Angriff gegen den Staat zu machen. Das sind wenigstens die dürftigsten Umrisse, die in den Gedanken der Angeklagten vorhanden gewesen sein müssen. Wenn Sie nun dies festhalten, meine Herren Geschwornen, so wird es vor allen Dingen nothwendig sein — das ist ja eigentlich bei jeder Beurtheilung einer Handlung nothwendig —, daß Sie sich auf einen Augenblick in die Seele der Angeklagten versetzen, daß Sie sich ein Bild machen, was die Angeklagten überhaupt angestrebt haben, wie ungefähr der Ideengang der Angeklagten gewesen ist. Sie mögen die Ideen der Angeklagten für planlos halten, Sie mögen die Ueberzeugung haben, daß es Phantasmen seien, die sich nimmermehr verwirklichen lassen — das ist hier *ganz gleichgültig*, meine Herren Geschwornen; ich will Ihnen

dieſes Recht gern einräumen und will gleich an dieſer Stelle die eigene Erklärung abgeben, daß ich ſelbſt den Zielen und Beſtrebungen der Angeklagten nicht nahe ſtehe, aber, meine Herren Geſchwornen, ich verſtehe es wenigſtens, mich vollſtändig in die Seele der Angeklagten zu verſetzen, und kann mir vor Augen ſtellen und ein Bild machen, was dieſelben eigentlich gewollt haben: nämlich einen neuen Staat, den ſie anſtreben, aufzubauen und zu begründen. Wie iſt aber hier der Ideengang der Angeklagten? Vor allen Dingen, meine Herren Geſchwornen, haben ſich die Angeklagten geſagt, daß die große Majorität, die größere Hälfte des Volkes überhaupt keinen Begriff habe von dem, was Staat ſei. Es gilt alſo vornehmlich das ganze Volk in allen ſeinen Schichten aufzuklären, für dieſe Ideen zu begeiſtern und dadurch eine Majorität zu gewinnen. Und das verkennen Sie wohl Alle nicht, meine Herren, mögen Sie eine Anſicht haben, welche Sie wollen, daß wirklich das arbeitende Volk auch die große Majorität iſt; und gelänge es wirklich, das arbeitende Volk zu irgend einem beſtimmten Ziele zu führen, ſo würde ſich ja dieſem Ziele Niemand widerſetzen können. Die Angeklagten mußten ſich weiter ſagen: haben wir einmal die große Majorität im Volke, ſo haben wir auch die große Majorität im Parlament. Es wird durch ein friedliches Votum möglich ſein, die Minorität zu überwinden. Nun iſt es zwar dann wahrſcheinlich, oder ich will ſagen, es iſt zwar möglich, daß die Minorität gutwillig ſich der Majorität nicht fügt. Was geſchieht dann? Es wird Widerſtand geübt; aber dieſer Widerſtand wird ein äußerſt kläglicher ſein. Wer ſoll denn eigentlich Widerſtand leiſten? Zum Volke, zur großen Mehrheit der Maſſen wird ja in Zukunft, wenn das Ziel, das Ideal erreicht iſt, auch das Militär gehören. Man wird nicht etwa darauf ausgehen, das Militär, wenn es ſchon eingereiht iſt, zu verführen und aufzureizen, ſondern wenn das Ziel, die Majorität vom ſozialdemokratiſchen Ideal zu durchdringen, erreicht iſt, iſt es ſelbſtverſtändlich, daß auch das Militär und Alle, die aus dem Volke ſtammen — ſie ſind alle Kinder und Söhne des Volkes — ebenfalls die Ziele, die Ideale der Angeklagten theilen. Es wird ferner, wie ſchon geſagt, erforderlich ſein, daß dann auch in den Parlamenten ebenfalls die Majoritäten für die Ziele der Angeklagten ſind; die Majorität in den Kammern wird es mit ſich bringen, daß

auch die Minister auf Seiten der Angeklagten, auf Seiten der sozialdemokratischen Parteibestrebung sind. So stellen sich die Angeklagten ihre Ziele, so stellen sie sich den von ihnen zu erstrebenden Staat vor, und daß dann, meine Herren Geschwornen, auf diese Weise allerdings eine Revolution ohne Blutvergießen stattfinden kann, das ist, wenn Sie einmal die Vordersätze als möglich und wahr annehmen, ganz bestimmt richtig. Ich wiederhole nochmals, Sie glauben vielleicht Alle nicht, daß es möglich ist, das Volk in solcher Weise zu dem Ziele dieser idealen Bestrebungen der Angeklagten zu führen, ich glaube das auch nicht — aber die Angeklagten sind nun einmal der Ansicht; sie glauben, es sei möglich, und nach diesem ihrem Glauben sind sie zu beurtheilen. Sind aber nun die Angeklagten einmal von diesem Glauben durchdrungen, so muß man deren Schlußfolgerung anerkennen, daß, wenn das Ziel der Angeklagten verwirklicht werden kann, allerdings eine Revolution ohne Blutvergießen nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich wäre.

Und hier, meine Herren Geschwornen, komme ich mit einem einzigen Worte auf das Wort „Revolution", ein Wort, welches den Angeklagten immer als Endziel ihrer Thätigkeit untergelegt wird und welches, obwohl es von ihnen selbst nur im friedlichen Sinne verstanden worden ist, doch immer im gegentheiligen Sinne interpretirt worden ist, ein Wort, welchem man durchaus den Stempel aufdrücken wollte, als könne damit nur ein gewaltsamer Straßenkampf, ein gewaltsamer Umsturz gemeint sein. Ich finde es unter allen Umständen unzulässig, daß, wenn die Angeklagten selbst dies Wort interpretiren, man demselben einen andern Sinn unterlegen will. Denn es kommt nicht darauf an, meine Herren Geschwornen, was ein Anderer unter einem Ausdruck versteht, sondern darauf, was die Angeklagten selbst gewollt haben mit diesem Worte. Lediglich für die Gedanken, für die Handlungen, die man selbst hat, wird man zur Verantwortung gezogen, nicht für die Gedanken und Worte, wie sie ein anderer deutet. Daß aber der von den Angeklagten dem Worte „Revolution" gegebene Sinn, bei der Auffassung, wie sie zu ihrem Ziele gelangen wollten, ein naheliegender ist, ergiebt sich nach dem Gesagten von selbst. Bis zur Thatsache des Umsturzes der staatlichen Verhältnisse reichen überhaupt vorläufig die Bestrebungen der Angeklagten gar nicht.

Sie wollen vorläufig erst einen Boden schaffen, auf welchem sich die Arbeit einer Revolution vollziehen kann. Es wird, sage ich, bei den Zielen und bei der Idee, die die Angeklagten von der künftigen Gestaltung des Staats haben, vor allen Dingen davon auszugehen sein, daß, ehe irgend etwas Anderes daran kommen soll, erst die Majorität des großen Volkes, die Majorität der Staatsunterthanen auf Seiten der politischen Bestrebungen der Angeklagten steht; erst dann, sagen die Angeklagten, kann man die Frage aufwerfen: was soll nun werden? Gelingt es den Angeklagten nicht, die Majorität für ihre ideale Staatsauffassung zu gewinnen, nun dann müßten sie sich ja als Demokraten ins Gesicht schlagen, wenn sie sagen wollten: nun versuchen wir es auch mit der Minorität, das durchzusetzen, was wir wollen. Gerade aber das Charakteristische der Demokratie gebietet ja, daß lediglich die Majorität zu bestimmen hat, und so lange die Majorität nicht vorhanden ist, können die Angeklagten überhaupt kein Ziel erreichen. Es ist mit andern Worten die Sache so zusammen zu fassen, daß die Angeklagten als bestimmtes praktisches Ziel gegenwärtig nichts im Auge haben, als was sie sagen: „Wir wollen die Majorität des Volks haben für unsere Auffassung über den Staat, für unsere Auffassung von der Gesellschaft. Haben wir die Majorität nicht, so unternehmen wir nichts; haben wir einmal die Majorität, dann erst wird sich zeigen, wie sich nunmehr der Staat, wie sich die Minorität gegenüber den Bestrebungen der Majorität verhält.“ Wenn Sie nun das annehmen, meine Herren, so werden Sie von selbst sehen, wie inhaltslos die ganze Anklage zusammenfällt, denn die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß die Angeklagten unter allen Umständen es versucht oder wenigstens darauf zugeschnitten hätten, den Staat mit Gewalt über den Haufen zu werfen. Wie weit aber diese Auffassung der Staatsanwaltschaft von der Wirklichkeit und von der richtigen Darstellung entfernt ist, das ergiebt das Material des Prozesses. Die Angeklagten sprachen ja ihr wahres Ziel offen aus in verschiedenen Flugschriften, in verschiedenen Artikeln; sie sprachen aus, daß sie sich die große Aufgabe gestellt haben, die Majorität zu ihren, den sozialdemokratischen Grundsätzen, zu bekehren. Sie haben Stellen vorgelesen bekommen, in denen die Angeklagten ihren Parteifreunden zurufen: wie könnt ihr denn verlangen,

wir sollen diese neuen Zustände so schnell herbeiführen? Sie haben Stellen vorgelesen bekommen, wo es heißt: die Bourgeoisie hat, um sich eine Stellung im Staate zu verschaffen, ein halbes Jahrtausend gebraucht, wir können doch nicht in wenig Jahren dasselbe erreichen bei der gesammten Bevölkerung, insbesondere bei der ganzen Arbeiterbevölkerung? Sie haben gehört, daß die Angeklagten selbst gesagt haben, daß nach ihrer Idee wohl noch Generationen hingehen können, bis das große Ziel erreicht ist: die Masse des Volkes nach und nach mit den Ansichten der Sozialdemokratie zu durchdringen. Sie haben gehört, meine Herren Geschwornen, aus dem Munde der Angeklagten, daß diese selbst so verständig sind, sich nicht einbilden zu wollen, daß sie, dafern sie in der Minorität bleiben, irgendwie durch einen Putsch oder einen ernsten Angriff das Regiment im Staate sich zu erobern vermöchten. Sie haben gehört, daß sie selbst offen bekannt, daß mindestens noch Jahrzehnte hingehen müssen, ehe überhaupt an eine Lösung der Frage zu denken sei. Auch von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die Anklage geradezu inhaltslos. Ich sage, die Angeklagten selbst haben ihr Ziel: das Durchdringen der Majorität von den Bestrebungen der Sozialdemokratie, auf ferne Jahrzehnte gesetzt, und daraus schließe ich, daß unter diesen Umständen auch selbstverständlich von einem bestimmten Entschluß, wie es das Gesetz verlangt, ebensowenig wie von einer bestimmten Handlung die Rede sein kann. Nun weiß ich zwar, und das ist ja sowohl im Erkenntniß des Obergerichts, als im Kommentar zum Strafgesetzbuch ausgesprochen, daß es bei der Vorbereitung zum Hochverrath nicht darauf ankommt, zu welcher Zeit gerade der Hochverrath ausgeführt werden soll, aber es muß doch wenigstens irgend ein Zeitpunkt den Angeklagten vorgeschwebt haben. Nehmen Sie z. B. den Fall an, die Angeklagten hätten die Absicht gehabt, in zehn Jahren, am 1. Januar 1882, in der oder jener Stadt einen gewaltsamen Aufstand zu versuchen und dadurch die Staatsverfassung gewaltsam umzustürzen, sie hätten mit Rücksicht auf die bestimmte Absicht, obgleich ihre That erst in zehn Jahren geschehen soll, bereits irgendwie Handlungen zur Ausführung des Projekts vorgenommen, — ich würde kein Bedenken tragen, Ihnen zu empfehlen, diese Handlungen als *Vorbereitungs*-Handlungen anzusehen. Aber die Angeklagten

wissen nicht einmal den Zeitpunkt, wo möglicherweise ein gewaltsamer Angriff auf den Staat gemacht werden soll. Daraus schließe ich auf die Unmöglichkeit, bei den Angeklagten anzunehmen, daß sie bereits in Gedanken eine bestimmte Gestalt, einen bestimmten Umriß über die Art der Ausführung einer That gehabt haben. Denn das werden Sie zugeben, meine Herren, der Staat ändert sich jeden Tag, der Staat schreitet fort, die Angeklagten wissen nicht, wie der Staat in 10 Jahren aussieht, wie der Staat in 20 Jahren aussehen wird. Ohne aber die Verhältnisse und die Zustände des Staates, wie sie alsdann sich darstellen, zu kennen, ist es doch, wie Sie von selbst einsehen werden, geradezu unmöglich, einen bestimmten Entschluß zu fassen, wie ein gewaltsamer Angriff auf den Staat gemacht werden soll; denn ehe ich einen Angriff mache, muß ich erst orientirt sein, muß ich erst die Basis des Staats und die nähreren Verhältnisse kennen, muß ich wissen, wohin ich den Angriff zu richten habe. Wenn aber die Angeklagten selbst die Erfüllung ihrer Ziele in nebelgraue Ferne hinaussetzen und den Zeitpunkt so verschieben, in welchem sich entscheiden soll, ob Gewalt zu brauchen sei oder nicht Gewalt, so sehen Sie von selbst, daß das Haupterforderniß für jede Anklage fehlt, der bestimmte Entschluß, und ohne diesen bestimmten Entschluß kann es keine Handlung und keine Vorbereitungs-Handlung geben. Es ist dies auf das Einfachste nachzuweisen. Wenn Sie, meine Herren, eine Einladung erlassen, Ihre Freunde bei sich zu sehen, so fassen Sie vorher den Entschluß, eine Einladung zu geben — eine Vorbereitung zur Einladung vor diesem Entschluß wäre geradezu Unsinn —, und wenn Sie mit mir darüber übereinstimmen, daß die Angeklagten gegenwärtig noch gar keinen Entschluß fassen können, weil sie nicht wissen, wie die zukünftige Gestaltung des Staates sein wird, nun so leuchtet auch als folgerichtig ein, daß die Angeklagten selbstverständlich auch gegenwärtig keine Vorbereitungs-Handlung begehen können, denn eine Vorbereitungs-Handlung ohne einen bestimmten Entschluß ist eine Unmöglichkeit, ist ein Unsinn.

(Pause.)

Ich fahre fort, meine Herren, es gilt, wie schon oft erwähnt, für die Angeklagten gegenwärtig bei ihren Bestrebungen weiter nichts, als wie so zu sagen die Kugel

ins Rollen zu bringen: sie wollen die Massen aufklären, sie wollen dadurch einen anderen Zustand herbeiführen, in dem die Massen das Recht haben, in die staatlichen Einrichtungen hineinzureden. Was dann werden soll, wissen gegenwärtig die Angeklagten nicht, und weil sie das nicht wissen, können sie auch keine Vorbereitungen zum Hochverrath begehen; denn es wird sich sehr fragen, wenigstens nach den Ideen der Angeklagten (und davon ist doch immer auszugehen), wo überhaupt, wenn das Ziel ihrer Bestrebungen wirklich erreicht wird, ein Angriff nöthig ist. Ist aber ein Angriff später nicht nöthig, nun so könnte auch die ganze Handlung der Angeklagten keine Vorbereitungs-Handlung sein; denn für eine Sache, deren Eintritt ich selbst noch nicht kenne und deren Eintritt gegenwärtig noch gar nicht beabsichtigt ist, für diese Sache, sage ich, kann man auch nicht „vorbereiten". Sollte einstens der vorläufige praktische Zweck der Angeklagten erreicht sein, sollte die große Majorität des Volks von dieser Idee, von den sozialdemokratischen Ansichten durchdrungen sein, *dann*, meine Herren, aber auch erst dann tritt die Frage auf: ist Gewalt nothwendig oder ist keine Gewalt nothwendig? Wenn dann die Angeklagten nach den späteren Entschließungen, die aber erst *nach* den konkreten Gestaltungen des zukünftigen Staats eintreten können, die Ueberzeugung gewinnen, den Umsturz mit Gewalt zu versuchen, dann, meine Herren, ist der Zeitpunkt, wo das Verbrechen oder die Vorbereitung zum Hochverrath beginnen kann, denn dann ist der bestimmte Entschluß der Angeklagten der: wir versuchen nunmehr unter allen Umständen Gewalt: und jede Handlung, die die Mittel zu diesem gewaltsamen Angriff geben soll, wird nunmehr eine Vorbereitung. Gelangen aber später die Angeklagten zu dem Schlusse: nein, wir brauchen keine Gewalt, unser Ziel erreichen wir ohne dieselbe, so sind auch alle Handlungen, die gegenwärtig die Angeklagten gethan, selbstverständlich keine Vorbereitungs-Handlungen zu einem gewaltsamen Angriff. Sie kommen daher, meine Herren, mit mir zu dem Schlusse, daß von Vorbereitungs-Handlungen so lange nicht die Rede sein kann, als nicht ein bestimmter Entschluß, irgend welche gewaltsame Handlung gegen den Staat in Ausführung zu bringen, vorliegt.

Der Herr Staatsanwalt hat gestern ein Beispiel gebracht. Ich entschließe mich schwer, auf dieses Beispiel einzugehen. Es

war mir nicht passend genug. Ich will es aber doch versuchen, dieses Beispiel ebenfalls auf meine Ansicht anzupassen. Der Herr Staatsanwalt hat uns einen Garten gemalt mit schönen Früchten und vor demselben ein Haus; halten Sie das fest. Zu diesem Hause, meine Herren, führt kein Weg. Die Angeklagten sehen den Garten, sie sehen auch das Haus, sie möchten gern in den Garten. Vor allen Dingen müssen sie einen Weg haben, um in das Haus zu kommen. Gegenwärtig arbeiten sie an dem Wege, um den Eingang ins Haus zu erlangen. Gegenwärtig wissen sie noch nicht, ob der Besitzer die Thür ihnen offen läßt und sagt: „Treten Sie ein in diesen Garten"; sie wissen noch nicht, ob überhaupt ein Besitzer vorhanden ist zu diesem Hause; gegenwärtig wissen sie noch nicht, ob, wenn sie diesen Weg gebahnt haben bis zu diesem Hause, es dann nothwendig sein wird, den Besitzer mit Gewalt zu zwingen, ihnen den Eintritt in den Garten zu gestatten. Gegenwärtig, meine Herren, handelt es sich blos um die Anbahnung des Weges bis zu diesem Hause, abgesehen davon, was dann werden soll, wenn dieser Weg bis zum Hause fertig ist. Gegenwärtig liegt wohl die Möglichkeit vor, daß mit dem Besitzer des Hauses Gewaltthätigkeiten vorkommen können, aber keineswegs die Wahrscheinlichkeit; und aus diesem Beispiel sehen Sie ebenfalls, daß die ganze Handlungsweise der Angeklagten nichts ist, als was gestern schon mein Mitvertheidiger gesagt hat: eine Vorbereitung zu einer eventuellen Vorbereitung, und das ist juristisch ein so großes Unding, daß man davor zurückschaudert. Wenn ich bei diesem Bespiele feststehe, so will ich Ihnen den Zeitpunkt sagen, meine Herren, wann die strafrechtliche Verantwortung eintreten kann. Nehmen Sie an, die Anklagten hätten diesen Weg bis zum Hause schon angebahnt, sie nahten sich dem Hause, sie überzeugten sich, der Besitzer in demselben gestatte ihnen den Weg durch das Haus nicht auf friedlichem Wege. Nunmehr fassen die Angeklagten erst den Entschluß, Gewalt zu brauchen. Vorher können sie diesen Entschluß nicht fassen, denn sie wissen nicht, ob Gewalt nothwendig ist. Sowie sie nun den Entschluß gefaßt haben: „wir betreten nunmehr dieses Haus mit Gewalt", nunmehr ist der Zeitpunkt eingetreten, wo der Intendant dem Staatsanwalt das Zeichen geben kann, auf der Bühne zu erscheinen; jetzt beginnt die Vorbereitung zum Verbrechen. Von

nun an erhält das Verbrechen des Hochverraths feste Gestaltung, von nun an gewinnt es erst Bahn. Bis dahin, meine Herren, ist alles Nebel, ein Gespenst ohne Glieder, ohne Leben. Wenn Sie hinstechen, so stechen Sie in die Luft. Die Vorbereitung erheischt nothwendig, wie ich in meinen Worten nachzuweisen versucht habe, eine bestimmte Handlung und ein bestimmtes Unternehmen. Das Gesetz, meine Herren Geschwornen, sagt dies selbst, indem es anhängt, „jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung u. s. w. begründet eine Vorbereitung". Im gegenwärtigen Fall fehlt nur die Kleinigkeit, nämlich das hochverrätherische Unternehmen. Ist das vorhanden, dann wäre die ganze Schlußfolgerung der Königlichen Staatsanwaltschaft richtig. Ein „Unternehmen" aber ist nicht eher da und kann nicht eher gedacht werden, als bis es im Sinn, in der Seele des betreffenden Handelnden entworfen, bis es von ihm beschlossen ist. Es muß vorhanden sein ein Inbegriff objektiver Handlungen, durch welche die Wirkung des Verfassungsumsturzes herbeigeführt werden soll. Vor Allem gehört dazu der bestimmte Entschluß. Der feste Entschluß ist der erste Schritt zur Ausführung des Verbrechens des Hochverraths selbst. Eine Vorbereitung ist dann jede Handlung, wodurch ich mir die Mittel verschaffe, diese hochverrätherische Handlung auszuführen. Alles, was vor dem bestimmten Entschlusse liegt, ein Hochverrathsverbrechen zu begehen, alles das können Sie nicht berücksichtigen, das ist gegenwärtig für Sie noch nicht da; und wenn es in den Ihnen vorgelegten Fragen heißt „zum Zwecke des Vorhabens", so müssen Sie das Vorhaben nicht anders auffassen, als ein Vorhaben, welches selbstverständlich von den Angeklagten vorher in ihrer Seele, in ihrem Bewußtsein beschlossen sein muß. Wenn Sie sich ein Beispiel aus dem praktischen Leben machen wollen, meine Herren Geschwornen, so nehmen Sie an, ein Dieb wollte stehlen; er sieht das Haus; die Gegenstände, die er stehlen will, sind zwei Treppen hoch; um einsteigen zu können, braucht er eine Leiter. Der Dieb beschließt einzusteigen, und kauft sich dazu eine Leiter. Dieser Kauf der Leiter, meine Herren, ist eine Vorbereitungshandlung, und warum? Weil der Dieb bereits beschlossen hat, wirklich einzusteigen. Hier brauchen auch etwa alle einzelnen Modalitäten noch nicht festzustehen, der Dieb braucht noch nicht zu wissen, ob er an

der Nordseite oder an der Südseite einsteigen, ob er an dem runden oder langen Fenster einsteigen will, das ist nicht nothwendig; aber der Dieb weiß soviel im Großen und Ganzen: ich steige ein und kaufe eine Leiter, und darum ist der Leiterkauf eine Vorbereitungs-Handlung. Es giebt eben hier einen festen Entschluß. Im vorliegenden Falle aber, meine Herren, ist es um so nothwendiger, daß gerade der bestimmte Entschluß und die bestimmte Handlung etwas präzisirt werden; denn wenn Sie wirklich auf Seiten der Angeklagten die Absicht eines gewaltsamen Angriffs annehmen wollten, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß dieser Angriff ja in sehr verschiedener Weise stattfinden könnte. Ich kann die Verfassung gewaltsam ändern dadurch, daß ich eine gewaltsame Revolution, einen Straßenkampf entwickle und dadurch mein Ziel zu erreichen suche. Es ist das also ein gewaltsamer Angriff auf die Verfassung. Ich kann es erreichen, meine Herren, dadurch, daß ich die Minister gefangen nehme und sie durch Drohungen oder Gewalt zwinge, die Verfassung abzuändern. Es ist dies ebenfalls eine gewaltsame Aenderung der Staatsverfassung durch gewaltsame Angriffe. Ebenso kann ich die Verfassung gewaltsam dadurch zu ändern suchen, daß ich eine Masse Männer in den Landtag schicke und die betreffenden Abgeordneten durch Drohungen, durch Gewalt zwinge, daß sie irgend einen Beschluß fassen, welcher die Verfassung aufhebt. Auch dies, meine Herren, ist eine gewaltsame Aenderung der Verfassung. Nun frage ich Sie, wenn durch alle diese verschiedenen Wege eine gewaltsame Aenderung der Verfassung herbeigeführt werden kann, so muß Ihnen, ehe Sie von einer Vorbereitung reden können, doch vorher klar sein, auf welche Weise denn eigentlich die Angeklagten ihr Verbrechen haben herbeiführen wollen. Die einzelnen Modalitäten brauchen auch hier nicht bestimmt zu sein. Wenn ich z. B. die Absicht habe, die Minister gefangen zu nehmen, und sie zu einer Verfassungsänderung zu zwingen, so brauche ich gegenwärtig noch nicht zu wissen, ob ich die Minister in ihrem Arbeitszimmer oder bei Beginn einer Badereise oder sonst gefangen, nehme, das kann dahin gestellt bleiben; doch kann ich trotzdem hierbei, weil ich den bestimmten Entschluß gefaßt habe, sie gefangen zu nehmen, eine Vorbereitungs-Handlung begehen. Nun frage ich den Herrn Staatsanwalt — und er würde

mich wirklich sehr verbinden, wenn er mir eine Antwort hierauf geben wollte, — welchen von diesen gewaltsamen Angriffen haben denn die Angeschuldigten beschlossen? welchen haben sie ausführen wollen? Sie werden sehen, meine Herren, daß, bevor wir nicht wissen, welchen Weg die Angeklagten einschlagen wollen, kann auch von einer Vorbereitungs-Handlung keine Rede sein, denn die einzelnen Handlungen ändern sich ja, je nachdem ich den einen oder anderen Weg betrete. Eine Handlung, die eine Vorbereitungs-Handlung sein kann im Wege des gewaltsamen Straßenkampfes, ist keine Vorbereitungs-Handlung, wenn ich die Minister gefangen nehmen will, und eine Vorbereitungs-Handlung, die mich zu dem Zwecke führen soll, die Minister zu fangen, ist keine vorbereitende Handlung, wenn ich den anderen Weg wähle, die Kammern zu überrumpeln. Also sehen Sie auch hier wieder vor allen Dingen die Nothwendigkeit einer bestimmten Gestalt, welche die Handlung haben muß! Nun soll uns der Herr Staatsanwalt sagen, welchen gewaltsamen Angriff er unseren Angeschuldigten Schuld giebt, und dann können wir vor die Frage treten, ob die einzelnen Handlungen damit in Verbindung stehen und den Charakter von Vorbereitungs-Handlungen haben. Erst müssen wir das bestimmte Ziel und den Plan der Angeklagten wissen, ehe wir von einzelnen Handlungen sagen können, daß durch dieselben das Ziel vorbereitet werde.

Ich komme nun noch auf einen anderen Punkt von der äußersten Wichtigkeit, meine Herren, nämlich alle diese Handlungen, die den Angeklagten Schuld gegeben werden: die Einberufung des Kongresses, die Verbreitung von Flugblättern, ihres Organs, des „Volksstaat" u. s. w., alle diese Handlungen, das habe ich schon im Eingange gesagt, sind an und für sich unschuldiger Natur; strafbar werden sie erst dann, wenn sie zu dem Zwecke begangen werden, um mit diesen Handlungen einen gewaltsamen Angriff herbeizuführen. Sie haben also, meine Herren, auch die Frage zu prüfen, und so lautet sie ja auch, ob lediglich zum Zwecke des Vorhabens des gewaltsamen Angriffs die Angeklagten alle diese Handlungen begangen haben. Man ist auch in dieser Richtung in der Formulirung der Fragen anfänglich sehr vorsichtig aufgetreten. Man war überzeugt, daß zur Anwendung des Strafgesetzes es aller-

dings nothwendig war, daß die Angeklagten die Absicht gehabt haben müssen, durch jede solche Handlung einen gewaltsamen Angriff vorzubereiten. Nun glaubte man aber selbst nicht, daß die Angeklagten diesen Zweck überall gehabt haben. Um dies etwas weniger deutlich auszudrücken, hat man anfänglich in den Fragen nicht gesagt: „zum Zwecke des Vorhabens", sondern man hat sich unschuldiger ausgedrückt; man sagte: „Haben die Angeklagten diese Handlungen begangen „in dem Vorhaben", oder „mit dem Vorhaben" (ich weiß nicht mehr genau, wie die präzise Fassung war). „Zum Zwecke des Vorhabens" hat man anfänglich nicht in die Fragen einstellen wollen. Sie müssen also, meine Herren Geschwornen, bei Ihrer Entschließung sich die Fragen vorlegen: Haben die Angeklagten den Eisenacher Kongreß im Jahre 1869 einberufen, um einen gewaltsamen Angriff vorzubereiten? Haben die Angeklagten die Redaktion des „Volksstaat" und des „Demokratischen Wochenblatt" übernommen zu dem Zwecke, um damit einen gewaltsamen Angriff vorzubereiten? Haben sie Flugschriften u. s. w. verbreitet, um damit einen gewaltsamen Angriff vorzubereiten? Sind die Angeklagten mit der Internationalen, mit dieser Seeschlange, in Verbindung getreten, um einen gewaltsamen Angriff vorzubereiten? Haben die Angeklagten alles dasjenige, was in der Frage steht, lediglich zu dem Zwecke gethan, einen gewaltsamen Angriff vorzubereiten? Wenn Sie diese Fragen dann mit „Ja" beantworten können, meine Herren Geschwornen, kann ich nichts dagegen haben, aber ich könnte es nicht begreifen. Es ist von dem Herrn Staatsanwalt gestern sehr richtig gesagt worden, meine Herren, daß wir es bei den Angeklagten nicht mit Kindern zu thun hätten, wir hätten es mit einsichtigen Männern zu thun, wir könnten deshalb nicht glauben, daß die Angeklagten, die doch vernünftige Männer wären, nur irgendwie sich hätten vorstellen können, daß ihr Ziel in Güte zu erreichen sei. Sie haben gehört, wie der Herr Staatsanwalt Ihnen vorgemalt hat, daß doch ein vernünftiger Mensch gar nicht denken könne, daß gegenwärtig die Majorität vollständig die Flinte ins Korn werfen würde, daß Alles sofort mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie gemeinschaftliche Sache machen würde u. s. w. Der Herr Staatsanwalt schloß hierbei mit den Worten: „das glauben die Angeklagten selbst nicht".

Nun, ich möchte sagen: bei der Auffassung, welche die Angeklagten von der Entwicklung des zukünftigen Staates haben, ist das nicht so unglaublich; allein meine Herren, ich halte den Herrn Staatsanwalt beim Wort. Er mag mit mir nur einen Schritt weiter gehen, und er wird die Konsequenzen seiner Ansicht sehen. Wenn die Angeklagten also wirklich nicht glauben, daß das im Frieden geht, nun, so dachte der Staatsanwalt bestimmt an eine gewaltige Straßenschlacht. Er denkt dabei, daß bei den gegenwärtigen Mitteln unserer Militärorganisation die Angeklagten in großer Schlachtreihe aufgestellt sind und hinter ihnen viele Tausende von Arbeitern im strengen Feuer gegen die militärische Organisation der Verfassung; er denkt sich einige Führer der Sozialdemokratie auf Schimmeln herumreiten, auf der andern Seite sieht er Mitrailleusen, die auf das Militär u. s. w. schießen, denn so ungefähr muß das Bild sein, meine Herren Geschwornen — es handelt sich ja um einen gewaltsamen Angriff; und solche Szenen sind doch nothwendig, um einen gewaltsamen Angriff herbeizuführen. Und wenn ich jetzt dem Herrn Staatsanwalt dieses Bild ausmale, was nothwendig sein muß, wenn seine Ansicht richtig sein soll, so rufe ich dann dem Herrn Staatsanwalt zu: „Das glauben Sie selbst nicht!“

Es fragt sich nur, meine Herren, wie überhaupt die Handlungen der Angeklagten zu beurtheilen sind. Es wird Ihnen aufgefallen sein — und es ist mir ja das beim Durchlesen der Akten selbst geschehen —, daß allerdings die ganzen Handlungen, die ganzen Ziele, die ganzen Bestrebungen der Angeklagten den gegenwärtig bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen selbstverständlich nicht hold sind, daß sie denselben sehr feindselig gegenüberstehen. Es kann deshalb vom politischen Standpunkt die Frage auftauchen, ob es ersprießlich ist, diesen Zielen in Zukunft einen Damm zu setzen oder nicht. Allein gegenwärtig haben wir es mit der Rechtsfrage zu thun, und da handelt es nur darum, ob ein Gesetz besteht, welches die Handlungen der Angeklagten mit Strafe bedroht, und dieses, meine Herren, verneine ich. Es handelt sich bei den angeklagten Handlungen der Angeklagten lediglich um das früher in Sachsen im Strafgesetzbuch erwähnte Vergehen der Verbreitung staatsgefährlicher Lehren. Hätten wir dieses Gesetz noch, meine Herren, hätten

wir ein Gesetz, welches Jeden bestraft, welcher unter das Volk oder sonst wohin Lehren streut, die dem Bestehen des Staates mit der Zeit gefährlich werden können, nun, meine Herren, so würde ich von streng juristischem Standpunkte aus vielleicht der erste sein, welcher Ihnen rathen würde: „Jawohl, sprechen Sie das Schuldig aus". Ich denke auch, meine Herren, daß ich bei diesem Punkte bereits mit einigen der Herren Geschwornen gleicher Ansicht bin, wenigstens glaube ich dies entnehmen zu dürfen aus einer Frage, die während der Verhandlungen durch einen der Herren Geschwornen gestellt worden ist, einer Frage, welche mir sofort anzeigte, daß die Gedanken in der Brust des Geschwornen mit den meinigen sich begegneten. Es wurde Seitens des Geschwornen ein Angeklagter gefragt, ob er denn glaube, daß die Worte: Revolution, Kampf ꝛc. vom Volk in gleichem Sinne verstanden werden, wie sie von Seiten der Angeklagten verstanden werden? Der Geschworne hatte hierüber einen Zweifel und sah in dem Gebrauch dieser Ausdrücke eine Gefahr für den Staat. Sehr richtig. Es kann allerdings unter Umständen die Auffassung im Volke zweifelhaft sein; doch als der betreffende Geschworne die Frage gestellt hatte, so wies er, vielleicht ohne es selbst zu wissen, sehr richtig auf den strafrechtlichen Paragraph der Verbreitung staatsgefährlicher Lehren hin. Dieser Paragraph aber, meine Herren, ist gegenwärtig aufgehoben worden, und wenn Sie in Ermangelung dieses Paragraphen jetzt den Hochverraths-Vorbereitungs-Artikel auf diesen Fall anwenden wollen, so würde das, nach meiner persönlichen Ueberzeugung wenigstens, heißen: das Gesetz nicht interpretiren, sondern das Gesetz korrumpiren. Es mag die Frage entstehen, ob es zweckmäßig war, den Paragraph über Verbreitung staatsgefährlicher Lehren aufzuheben; indessen ich glaube nicht, meine Herren, daß ein solches Gesetz überhaupt nothwendig ist. Ich glaube und lebe der Ueberzeugung, daß in einem freien Staate, wo der Bildungstrieb des Volkes selbst es ist, welcher das Verwerfliche absondert und das Gute fördern hilft, daß in einem freien Staate alle solche Gesetze unnütz sind, daß der Grundsatz am richtigsten ist: „Laßt Jeden denken, schreiben und reden was er will". Sind seine Gedanken wirklich so, daß sie der Zukunft werth sind, dann wird sie auch die Zukunft zum Keimen bringen, und keine Entschließung, keine

strafrechtliche Verfolgung, keine Polizei-Beschränkung giebt es, die das hindern könnte. Die Geschichte schreitet darüber hinweg. Sind aber die Gedanken der Angeklagten wirklich bloß leere Phantasmen, die im Leben nicht zur Verwirklichung kommen, meine Herren, dann zittern Sie nicht vor der Zukunft, dann werden sie eben von selbst vergehen, wie in der Welt so Vieles vergangen ist, was von Haus aus nicht stichhaltig war. Wenn Sie bedenken, meine Herren, wie oft in der letzten Zeit die Ereignisse der letzten Jahre besprochen worden sind und wie man immer gelesen hat, wie stolz jetzt jeder Deutsche sein sollte auf das feste Staatsgebäude, welches ihn jetzt umschließe, und wenn Sie dem gegenüber jetzt einen so kümmerlichen Prozeß vergleichen, der darthun soll, wie das Staatsgebäude Gefahr läuft, da, meine Herren, glaube ich, ist es Zeit, daß über einen solchen Tendenzprozeß zur Tagesordnung übergegangen wird.

Mit keinem hochverrätherischen Unternehmen haben wir es zu thun, sondern höchstens mit staatsgefährlichen Lehren, und ich bemerke, daß dies nicht allein meine Ansicht ist, daß es die Ansicht unserer eigenen Behörde war. Als der Angeklagte Bebel in Plauen seine Rede hielt, die gegenwärtig Hochverrath sein soll, hat kein Staats nwalt etwas Anderes darin gefunden als Verbreitung staatsgefährlicher Lehren, und dieser Artikel ist überhaupt öfter gegen die Angeklagten in Anwendung gekommen. Wir wollen aber doch nicht etwa hoffen, daß, weil nunmehr dieser Artikel weggefallen ist, man als Ersatz zu dem Schwereren, zu dem Artikel des Hochverraths, greift. Was soll dann überhaupt künftighin für ein Unterschied sein zwischen Vorbereitung zum Hochverrath und staatsgefährlichen Lehren? Nehmen Sie ein Beispiel. Ich bin mit der gegenwärtigen Regierung nicht einverstanden, räsonnire über die Regierung und wünsche laut andere Zustände herbei. Ich habe das öffentlich ausgesprochen, es wird Haussuchung bei mir gehalten, man findet womöglich die Gedichte von Freiligrath bei mir, es ist also nachgewiesen, daß ich ein revolutionärer Mensch bin und daß ich durch meine Aeußerungen einen Hochverrath vorbereitet habe, denn ich wollte Andere auffordern, daß sie sich mit mir einigen sollten, um das Staatsgebäude zu stürzen. Zu diesen Schlußfolgerungen dürften die Anwandlungen, die der Herr Staatsanwalt uns hier im Laufe seiner gestrigen Rede vorgetragen hat, führen.

Jetzt, meine Herren, bin ich am Ende. Ich übergebe Ihnen den Prozeß und wünsche, daß Sie bei der Beantwortung der Fragen lediglich im Sinne des Rechts entscheiden mögen; ich wünsche, daß nicht die herrschende politische und soziale Meinung in diesem Prozesse kämpfen möge gegen eine andere Meinung, daß nicht die Verschiedenheit der politischen Ansichten Einfluß habe auf die Rechtsprechung; ich wünsche, daß das Wort — und das ist vielfach gesagt worden — nicht zum Austrage kommen möge: „Dieser Prozeß mag Resultate ergeben, welche er wolle, die Angeklagten werden bestimmt verurtheilt, sie werden verurtheilt, weil sie Bebel und Liebknecht sind." Ich will Sie erinnern, meine Herren Geschwornen, an den Ausspruch eines großen englischen Staatsmannes, den er that über die Verurtheilung William Russell's. Derselbe war ebenfalls unter Anklage des Hochverraths gestellt. Sämmtliche seiner Richter waren der entgegengesetzten politischen Richtung angehörig, und daraufhin erfolgte die Verurtheilung des Angeklagten zum Tode. Der große englische Geschichtsschreiber Macaulay sagt darüber: „Ich beklage mein armes Vaterland, in welchem es vorkommen kann, daß Richter, die aus einer anderen politischen Partei zu Geschwornen berufen waren, einen Mann verurtheilten wegen Handlungen, die er nicht begangen hat!" Ueben Sie Toleranz! Ich spreche, meine Herren Geschwornen, nicht in meinem eigenen Interesse, ich habe es schon gesagt: mir liegen die Ziele und Bestrebungen der Angeklagten nicht nahe. Ich spreche nicht im Interesse meiner Angeklagten, sie würden es in dieser Richtung hin nicht verlangen; aber ich spreche zu Ihnen im Namen der Wahrheit, die ich gern hier vertreten möchte; ich spreche zu Ihnen im Namen der Gerechtigkeit, die ich bitte, nicht zu verletzen, und ich spreche zu Ihnen, meine Herren, ganz besonders im Namen unseres engeren Vaterlandes, dem ich warm und treu zugethan bin. Lassen Sie auf den Namen unseres engeren Vaterlandes, auf dessen kulturhistorische Entwicklung nicht einen Flecken kommen, und ein Flecken wäre es nach meiner reiflich gewonnenen Ueberzeugung, wenn Sie die Frage mit „Ja" beantworten wollten. — Meine Herren, ich habe Gelegenheit gehabt, in die innersten Falten der Herzen der Angeklagten einzudringen, und wenn ich es auch nicht beweisen kann, aber ich spreche Ihnen die heiligste Versicherung aus — und würde mich schämen, hier eine Un-

wahrheit zu sagen —, es hat den Angeklagten nie im Sinne gelegen, einen gewaltsamen Angriff gegen den Staat vorzubereiten oder auszuführen, und wenn Sie mit einem „Wahrspruch" sagen wollten, die Angeklagten hätten es beabsichtigt, so wäre es trotzdem nicht wahr. Sprechen Sie nun, meine Herren Geschwornen, das Urtheil, wie Sie wollen; es soll wenigstens nicht an Einem gefehlt haben, der in diesem Momente warnend und mahnend seine Stimme erhoben und der die Richter nicht noch aus tiefstem Herzen und aus innerster Ueberzeugung gebeten hätte, von einer Bejahung dieser Frage abzustehen. Der Herr Staatsanwalt schloß gestern mit einem Schlagwort — möglich, daß er es aus den sozialdemokratischen Flugblättern gelernt hat — er schloß damit: „Bejahen Sie die Fragen nicht, so sanktioniren Sie die Revolution!" Ich sage Ihnen, meine Herren: bejahen Sie die Fragen, so schaffen und sanktioniren Sie in Sachsen einen rechtlosen Zustand.

Präsident: Ich kann von meinem Platze aus eine Aeußerung des Herrn Vertheidigers nicht unberührt lassen. Er sagte mit dürren Worten: ein Flecken wäre es an der sächsischen Ehre oder an der sächsischen Gerechtigkeit, wenn die Herren Geschwornen das Schuldig aussprechen sollten. Da geht der Herr Vertheidiger unter allen Umständen zu weit. Ich halte es für meine Schuldigkeit, das hier zu erklären.

Vertheidiger Freytag II.: Ich habe zu erwidern, daß ich gesagt habe: nach meiner subjektiven Ueberzeugung.

Präsident: Auch dies können Sie nicht aussprechen.

Vertheidiger Freytag II.: Diese Ueberzeugung habe ich, und ich scheue mich nicht, sie auszusprechen.

Präsident: Das dürfen Sie nicht, das ist unangemessen.

Vertheidiger Freytag II.: Herr Präsident, habe ich auch eine andere subjektive Ueberzeugung als Sie, so kann ich sie doch jederzeit aussprechen.

Präsident: Das ist eine unangemessene Rede; das erkläre ich Ihnen offen.

Vertheidiger Freytag I.: Ich protestire gegen das Verfahren des Herrn Präsidenten! Der Präsident hat die Vertheidigung nicht zu beschränken!

Präsident: Ich habe es zu rügen, wenn unangemessene Redensarten von Seiten der Vertheidigung fallen.

Vertheidiger Freytag I.: Dann ist es auch eine unangemessene Redensart gewesen, als der Herr Staatsanwalt sagte: Bejahen Sie die Frage, dann sanktioniren Sie die Revolution.

Vertheidiger Freytag II.: Sehr richtig.

Präsident: Ich habe den Herrn Staatsanwalt nicht zu korrigiren.

Vertheidiger Freytag II.: Auch die Vertheidigung nicht! Dasselbe Recht, welches der Staatsanwalt hat, haben wir auch.

Präsident: Das Recht habe ich gesetzlich.

Vertheidiger Freytag I.: Dann haben Sie auch das Recht, den Herrn Staatsanwalt zu korrigiren. Wir stehen ganz auf demselben Standpunkt, wie der Herr Staatsanwalt.

Präsident: Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, eine kurze Pause von wenigen Minuten zu machen. Ich schlage 5 Minuten vor.

(Es tritt die Pause ein. Nachher)

Staatsanwalt: Meine Herren Geschwornen! Seitens der Vertheidigung ist wiederholt behauptet worden, die Ihnen vorgelegten Fragen seien nicht leicht verständlich. Ich kann dieser Ansicht nicht beitreten, ich bin sogar der Meinung, daß die Fragen sehr verständlich sind. Es handelt sich ganz einfach darum: haben die Angeklagten durch Wort und Schrift und durch Organisation geflissentlich auf eine gewaltsame Beseitigung der monarchischen Staatsverfassung hingearbeitet? Dies ist im Großen der Kern der Anklage, dies ist auch der Kern der Frage. Diese Frage enthält aber auch zugleich die andere Frage: Haben die Angeklagten dadurch, daß sie dies gethan, auch ein Hochverrathsunternehmen vorbereitet? Seitens der Vertheidigung ist nun, meine Herren Geschwornen, vorhin ein ziemlich umfangreiches Material aus dem Gebiete der Jurisprudenz vorgetragen worden zu dem Zwecke, damit Sie schließlich die vorgelegte Frage aus Rechtsgründen verneinen möchten. Ich bin der Meinung, meine Herren Geschwornen, die vorliegende gesetzliche Bestimmung, auf welche allein zurückgegriffen werden kann, ist an und für sich so faßlich, daß es einer großen juristischen Erläuterung gar nicht bedarf. Indeß, da seitens der Vertheidigung einmal ein juristischer Apparat hineingezogen worden, so bleibt mir nichts übrig, als darauf auch Einiges

zu entgegnen. Ich muß dies thun, und zwar aus dem Grunde: einerseits hat der Herr Vertheidiger nicht Alles, was in jenen Kommentaren steht, vorgetragen, und zweitens deshalb, weil dasjenige, was in den Kommentaren steht, gegen die Ansicht der Vertheidigung spricht. Ich bin der Meinung, daß es besser gewesen wäre, die Herren Geschwornen nicht mit juristischen Deduktionen noch Kommentaren zu beschweren; indeß, da es einmal so gekommen ist, muß auch ich Ihre Geduld in Anspruch nehmen, indem ich diese Partie hier mit behandele. Das Reichsstrafgesetzbuch bestimmt in §§ 80 und 81, was Hochverrath sei, es sagt namentlich in § 81: „wer die Verfassung des deutschen Reichs oder eines Bundesstaats oder die bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern unternimmt, begeht Hochverrath". In § 82 sagt das Reichsstrafgesetzbuch: „Als ein Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, ist jede Handlung anzusehen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll." Also hier sagt der Gesetzgeber: wenn Jemand irgend eine Handlung vornimmt, welche den Zweck haben soll, unmittelbar eines der in den vorhergehenden Paragraphen genannten hochverrätherischen Unternehmen zur Ausführung zu bringen, so soll diese Ausführungshandlung als vollendetes Verbrechen des Hochverraths sich darstellen, gleichviel, ob ein Erfolg erzielt ist oder nicht. Der Erfolg gehört nicht zum Begriff des Thatbestandes. Alles andere, was nicht als Ausführungshandlung sich darstellt, wird in den folgenden Paragraphen als Vorbereitungshandlung bezeichnet. §§ 83, 84 und 85 treffen nun einzelne Fälle, welche, wie Sie aus den Strafen ersehen, die schwereren sind; namentlich heißt es im § 85: „wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren Handlung auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft."

Es wird hier noch auf § 82 hingewiesen, wo von einem Verbrechen die Rede ist, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, wenn eine Handlung vorgenommen wird, welche unmittelbar die Ausführung dieses Vorhabens zum Zwecke hat. Hier in § 85, wo von öffentl*icher* Aufforderung die Rede ist, hier hat der Gesetzgeber im

Auge gehabt, daß man allerdings schon bestimmt weiß, was man vornehmen will, indeß „bestimmt“ bedeutet auch hier doch nur dasjenige, was in Artikel 80 und 81 als ein bestimmtes hochverrätherisches Unternehmen vorgezeichnet wird. Es handelt sich also darum, die Bundesfürsten zu tödten, die Verfassung gewaltsam umzuändern, sich vom Bunde loszureißen u. dgl. Hier in diesem Falle sollte allerdings schon zu einem Vergehen aufgefordert werden, zu einem in naher Aussicht stehenden Unternehmen, welches der Ausführungsart nach einigermaßen wenigstens bestimmt ist. Dies kann zugegeben werden. Nun kommt § 86. Im Gegensatze zu den vorerwähnten, speziell hervorgehobenen bestimmten ausführlichen Vorbereitungshandlungen wird nun gesagt: „jede andere ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird bestraft.“ Hieraus ergiebt sich, daß die Voraussetzungen des § 86 nicht dieselben sind, wie die in §§ 83, 84 und 85, wenigstens nicht allenthalben. Es muß allerdings auch um ein hochverrätherisches Unternehmen sich handeln, und ich habe gestern bereits Gelegenheit genommen, Ihnen, meine Herren Geschwornen, zu sagen, daß das „hochverrätherisch“ in dem Sinne aufgefaßt werden muß, wie es in §§ 80 und 81 des Strafgesetzbuchs überhaupt vorkommt, daß man also nicht etwa beliebig jede verwegene Aeußerung oder Handlung als Hochverrath hier bezeichnen kann. Aber die Herren Vertheidiger gehen ganz entschieden zu weit, wenn sie behaupten, daß die Anwendbarkeit des § 86 alles das voraussetze, wovon die Vertheidigung vorhin gesprochen hat. Sie wollen hier verlangen, daß Jemand, welcher auf Grund des § 86 der Vollziehung des Hochverraths für schuldig erachtet werden soll, bereits einen vollständigen Plan gefaßt habe, in welcher Richtung er den Hochverrath ausüben will, und daß er sich auch schon über die Art der Ausführung der einzelnen Handlungen vollkommen klar geworden sei; es soll nicht nur der feste, bestimmte Entschluß, einen Hochverrath zu begehen oder ein hochverrätherisches Unternehmen zur Ausführung zu bringen, vorhanden sein, sondern auch nach der jenseitigen Auffassung darüber schon vollständige Klarheit in der Seele des Handelnden vorhanden sein, auf welche Art und Weise, durch welche einzelne Handlungen er dies thun will. Hier also wird bei § 86 *nicht* Bezug genommen auf § 82, es wird *nicht* gesagt, daß hier

zu einer unmittelbaren Ausführungshandlung aufgefordert werden soll. Wenn dies der Gesetzgeber gewollt hätte, so würde er ebenso gut hier, wie im vorstehenden Paragraph auf § 82 Bezug genommen haben, allein das Gebiet der einzelnen vorbereitenden Handlungen ist so außerordentlich groß und im Voraus unbestimmbar, daß eben der Gesetzgeber sich darauf beschränkte, in den vorhergehenden Paragraphen einzelne Fälle hervorzuheben und dem § 86 überhaupt Alles zu belassen, was noch übrig bleibt. Es ist und bleibt aber eben eine Vorbereitung dasjenige, was man thut, damit eine der Zukunft vorbehaltene That zur Erscheinung in die Außenwelt gelangen könne, und Vorbereitungen sind namentlich dann nöthig, wenn das Unternehmen, welches angestrebt wird, seiner Natur nach, seiner Beschaffenheit nach ein großartiges ist. Und hier handelt es sich, meine Herren Geschwornen — dessen müssen Sie sich aus der Verhandlung erinnern — darum, daß in allen zivilisirten Staaten durch eine gleichzeitige Erhebung die monarchische Staatsform in eine republikanische umgewandelt wird. Daß ein derartiges Vorhaben große umständliche Vorbereitungen verlangt, das ist wohl nicht zu bestreiten, und dabei kann es allerdings kommen, daß Jemand, der dafür wirkt, daß dieser Zustand eintritt, meint, daß derselbe eben eintreten soll im Wege der Gewalt. Wer dafür wirkt, der begeht eben nichts anderes als: er bereitet ein hochverrätherisches Unternehmen vor, und zwar dadurch, daß er darauf hinwirkt, daß das hochverrätherische Unternehmen überhaupt eine That werden könne, mag er an dieser That persönlich sich betheiligen oder mag er nur Andere dazu anreizen, daß sie dieser That sich unterziehen. Etwas Anderes geht aus den angezogenen Kommentaren gar nicht hervor. Zunächst hat der Herr Vertheidiger Bezug genommen auf Oppenhoff, Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes. Ich will noch einige Worte verlesen, die der Herr Vertheidiger vorzulesen unterlassen hat. Also § 86: „Auch hier wird die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens vorausgesetzt."

Diese Worte las der Herr Vertheidiger nicht vor, wie es in §§ 80 und 81 definirt worden ist. Also, meine Herren Geschwornen, der berühmte Rechtslehrer Oppenhoff sagt, wenn in § 86 von einem hochverrätherischen Unternehmen die Rede sei, daß dasselbe aufzufassen sei in dem Sinne,

in welchem es nach §§ 80 und 81 als ein bestimmtes sich darstelle. Nach §§ 80 und 81 stellt es sich aber eben als ein bestimmtes dar und es ist für Jedermann bestimmt genug gekennzeichnet. § 80 ist Fürstenmord, dann kommt § 81, gewaltsamer Angriff gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats oder gewaltsame Abänderung der Thronfolge. Etwas Anderes, einen andern Begriff fordert auch Oppenhoff nicht, obwohl hier von Seiten der Vertheidigung dies untergelegt wird. Dann heißt es aber bei demselben Rechtslehrer im unmittelbaren Zusammenhange damit:

„Gleichwohl ist nicht erforderlich, daß alle Modalitäten dieses Unterrehmens in Beziehung auf Zeit und Ort der Ausführung, sowie auf die mitwirken sollenden Kräfte und anzuwendenden Mittel feststehen." Nun, meine Herren Geschwornen, ich unterlasse es, diesen Kommentar weiter zu kommentiren, ich glaube, er ist so klar, daß, wenn man überhaupt sehen will, man das Richtige sofort trifft. —

Es ist ferner Bezug genommen worden auf den Kommentar zum Reichsstrafgesetzbuch von Dr. Schwarze. Dort heißt es bei § 86: „Die Voraussetzung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens gilt auch hier, gleichviel jedoch, wann dasselbe ausgeführt werden soll. Es fehlt hier das Wort „unmittelbar". In der Handlung selbst muß eine Vorbereitung liegen."

Diese Worte können vielleicht einer falschen Deutung unterliegen; man könnte vielleicht glauben, der Kommentar sage mit den Worten: hier fehlt das Wort „unmittelbar", hier muß man das Wort „unmittelbar" auch noch hinzudenken. Das ist aber durchaus nicht der Fall, es kann vielmehr diese Auslegung keinen andern Sinn haben und soll keinen andern Sinn haben, als anzudeuten, daß der Gesetzgeber das Wort „unmittelbar" hier nicht verlange, daß er aus diesem Grunde es überhaupt fallen lasse. Es würde ja auch im § 86 kein Plätzchen sich finden, in welchem das Wort „unmittelbar" angebracht werden könnte. Nehmen Sie an, ein hochverrätherisches oder ein unmittelbar hochverrätherisches Unternehmen oder ein unmittelbar vorbereitendes — das würde doch keinen rechten Sinn geben. Ueberhaupt ist es ja das Eigenthümliche einer Vorbereitungshandlung, daß dadurch noch nicht die unmittelbare Ausführung möglich wird, sondern

daß mittelbar zur Erreichung des Zieles hingewirkt wird, welches, wenn ausgeführt, unmittelbar als vollendeter Hochverrath sich darstellt.

Wenn der Herr Vertheidiger auch noch auf Meyer Bezug genommen hat, so will ich nur bemerken, daß Meyer als Reichstagsabgeordneter allerdings den Antrag gestellt hat, daß bei § 85, welcher also 86 vorausgeht, gesagt werde: „Wer zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren bestimmten Handlung auffordert.“ Er hat dort dem Mißverständniß nicht Raum geben wollen, daß man andere, als im § 81 bezeichnete Handlungen überhaupt in Gedanken haben könnte. Mit diesem Antrage deutet er aber nur darauf hin, daß eben schon in den §§ 80 und 81 alle diejenigen Handlungen bestimmt sind, und als bestimmte für Jedermann erkennbar, welche in § 85 haben getroffen werden sollen. Daraus werden Sie, meine Herren Geschwornen, zugleich entnehmen, wie ungerechtfertigt die Behauptung des Herrn Vertheidigers ist, daß bereits ein vollständiger Plan in Bezug auf die Ausführung vorliegen müsse, wenigstens ein vollständiger Entschluß dafür vorhanden sein müsse, daß nunmehr zum Hochverrath übergegangen werden soll. Ich habe blos behauptet, es liege hier eine Vorbereitung vor, und die Vorbereitung charakterisire sich in dem geflissentlichen Hinwirken auf Förderung eines hochverrätherischen Unternehmens. Das Hinarbeiten auf gewaltsame Beseitigung der bestehenden Staatsverfassung ist eben bestimmt genug und wird noch viel bestimmter, wenn wir hinzunehmen, daß die Angeklagten und die Partei offen sagen: wir wollen an die Stelle der Monarchie eine Republik setzen. Dies läßt wenigstens nach meinem Dafürhalten über die Richtung der Ziele kaum einen Zweifel übrig. In anderer Weise ist auch seitens der Anklagekammer und seitens des Königl. Oberappellationsgerichts zu Dresden die Sache nicht aufgefaßt worden, und in dem Erkenntniß des Oberappellationsgerichts zu Dresden, welches ja die Herren Geschwornen mit ins Berathungszimmer nehmen werden, in diesem Erkenntniß ist ganz ausdrücklich gesagt, daß die Angeklagten die Ausführung ihres nur gedachten Vorhabens, also das von ihnen beabsichtigte hochverrätherische Unternehmen — vergl. § 81 sub 2 jct. § 82 — durch die Bl. 151b ff. sub a—g aufgeführten Handlungen in verschiedener Weise sehr energisch vorbereitet, und

zu diesem Behufe insbesondere darauf, daß sich ihre Anhänger und Parteigenossen zu dem bezweckten hochverrätherischen Unternehmen — dessen Zeitpunkt übrigens nach Bl. 118b als ein nicht sehr entfernter von ihnen bezeichnet worden — durch engen Anschluß an einander und durch einheitliche Organisation, sowie auch sonst vorbereiten und bereit halten, hingewirkt und sich überhaupt die Mittel zur Ausführung ihres Vorhabens zu verschaffen gesucht haben.

Also das Oberappellationsgericht hat auch ein bestimmteres Unternehmen, als in § 81 unter 2 aufgeführt ist, überhaupt gar nicht für erforderlich erachtet und übrigens wird ja auch das Königl. Oberappellationsgericht Gelegenheit haben, wenn die Sache in irgend welcher Weise weiter zu seiner Entscheidung gestellt würde, auch hierüber sich noch auszusprechen.

Was in Wolfenbüttel erkannt worden ist, dies, glaube ich, meine Herren Geschwornen, ist für Sie unter allen Umständen nicht maßgebend. Obwohl die Herren Vertheidiger sagen, das Material sei ganz und gar dasselbe, wie gegen die Herren Liebknecht und Bebel, so ist Ihnen, meine Herren Geschwornen, doch jede Kontrole darüber entzogen, ob dem auch wirklich so sei, und wenn Sie, meine Herren Geschwornen, sich der drei in jüngster Zeit als Entlastungszeugen vorgeführten Herren v. Bonhorst, Bracke und Spier erinnern wollen, dann werden Sie sich erinnern, daß dieselben hier sich ziemlich für schuldlos erklärten und dann noch gewissermaßen den Reinigungseid leisteten. Dann, meine Herren, wollen Sie vergleichen, was Sie im Laufe der Verhandlung von den Angeklagten selbst gehört haben und was gegen die Angeklagten vorgeführt worden ist. Sie werden sich wohl kaum ein Urtheil darüber getrauen, ob wirklich dasjenige, was in Braunschweig oder von den dortigen Angeklagten gethan worden ist, in aller und jeder Beziehung ganz dasselbe ist, was den hiesigen Angeklagten zur Last gelegt wird. Das Wolfenbütteler Erkenntniß ist daher nach meinem Dafürhalten auch nur von dem Standpunkte aus zu beurtheilen, auf dem es der dortigen Anklage gegenüber gestanden hat. Aber ich kann nicht unterlassen, da der Herr Vertheidiger es zur Vorlesung gebracht hat, doch auch darauf hinzuweisen, daß das Material, welches der Entscheidung zu Grunde liegt, im Antrage des Oberstaatsanwalts in Wolfenbüttel nicht vorgeführt, sondern nur angedeutet worden ist,

denn wenn dort gesagt wird, es mögen wohl Einzelne oder einer der Angeklagten den oder jenen Gedanken gehabt haben, so konnte damit natürlich nicht ein Material erschöpft sein, welches, wie Sie wissen, so unendlich reichhaltig ist.

Die Herren Vertheidiger sind ferner der Meinung, daß Sie, meine Herren Geschwornen, die Frage nicht mit Ja beantworten könnten, weil die Thatsachen, die in die Frage aufgenommen worden sind, nicht erwiesen wären. Indeß, meine Herren, erinnere ich Sie nur noch daran, daß z. B. im „Volksstaat" in einem aus Herrn Bebel's Feder geflossenen Artikel gesagt wird, es nütze nichts, das alte Gebäude aufrecht zu erhalten, man solle die Baracke einreißen, oder so etwas Aehnliches; daß es grundfalsch sei, an einem Gebäude herumzureparіren und herumzuflicken, das in jeder Beziehung zu eng und baufällig geworden sei, um darauf Zeit und Kräfte zu verwenden; daß es zweckmäßiger sei, den ganzen alten Bau einzureißen und daß Alle mithelfen müßten. Und zum Schlusse heißt es dann: „der heutige Staat, das alte, faule morsche Ding, und die Gesellschaft müssen dahin geschickt werden, wohin sie gehören."

Der Artikel soll sich allerdings auf die Agitation für Beschaffung von Geld bezogen haben, welches der Partei nöthig gewesen wäre; allein er ist ziemlich allgemein gefaßt und schließlich läßt man darüber doch keinen Zweifel übrig, worauf es in der Hauptsache abgesehen ist. Daß die Angeklagten bei ihrem Unternehmen, bei dem, was sie gethan haben, das Interesse der Arbeiter ins Auge gefaßt haben, dies, meine Herren Geschwornen, zu bestreiten hat mir von je fern gelegen — das ist nicht die Seite, auf welche es ankommt. Aber wenn man die Seite, auf die es ankommt, richtig herausfinden und richtig begreifen will, ist es eben nöthig, daß man Beides im Zusammenhang aufnimmt; und im Zusammenhang sind allerdings die Materialien gewesen, welche Ihnen vorgeführt worden sind. Sie waren nicht blos politischer, sie waren auch sozialer Natur. Aber nehmen Sie an, meine Herren, die Angeklagten wären der Ueberzeugung, daß auf anderem Wege als durch Gewaltanwendung den Arbeitern nicht Hilfe geschafft werden könne — nehmen Sie an, meine Herren Geschwornen, diese Ueberzeugung wurzele in den Angeklagten auf Grund einer jahrelangen ernsten Geistes*arbeit* —, nehmen Sie an, meine Herren Geschwornen, die

Angeklagten erachteten es für eine hohe Mission, die leidende Menschheit aus der Wüste des Elends nöthigenfalls mit Gewalt einzuführen in das gelobte Land der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, ins Land der „rothen Republik" — nehmen Sie dies an zu Gunsten der Angeklagten — ich will Sie davon nicht abwendig machen —, so ist denn doch nicht etwa gesagt, daß damit Dasjenige, was sie in politischer Richtung etwa verbrochen haben, wirklich gesühnt sei. Es würde dies blos dann eintreten, wenn Sie der Meinung wären, der Zweck heilige die Mittel, ein Grundsatz, welcher allerdings zur Beschönigung aller möglichen Thaten bereits angewendet worden ist. Dies ist nicht meine Ansicht allein, es ist dies die Ansicht bewährter Rechtslehrer. Ich bin aber der Meinung, daß aus der Verhandlung vollständig hervorgeht, daß die Angeklagten gewußt haben, was sie auf politischem Wege Unrechtes thun wollen. Der Fall der Alternative, ob in Güte oder im Wege der Gewalt, ist für die beiden Angeklagten, Herrn Liebknecht und Herrn Bebel, eigentlich gar nicht vorhanden. Ich möchte sagen, wenn der erste Fall, der der Güte, noch erwähnt wird, so wird damit der äußere Anstand gegen das Strafgesetzbuch gewahrt, etwas Weiteres aber nicht. Namentlich Herr Liebknecht hat nach seinem in Druck gegebenen Vortrage in Berlin ausdrücklich erklärt, mit dem heutigen Staat sei nicht zu paktiren, er müsse gestürzt werden. Und Herr Bebel hat in verständlicher Weise in Plauen wie in seinen „Zielen" gesagt, der Weg der Güte sei allerdings der langsamere, aber es gebe einen anderen und kürzeren, den gewaltsamen; welcher Weg aber eingeschlagen werden solle, ist vorher bereits dadurch angedeutet, daß er sagt, „wie zum Ziele zu gelangen sei, auf welchem Wege, darüber spreche er sich nicht aus, er fürchte das Einschreiten der Staatsgewalt". Er deutet nur an, „mit Rosenwasser werden solche Sachen nicht gemacht". Das ist nach meinem Dafürhalten sehr deutlich, daß beide Angeklagten davon ausgehen: auf dem Wege der Güte ist nichts zu erreichen, es muß Gewalt angewendet werden. Sind aber beide Angeklagte darüber einig gewesen, so haben sie auch durch alles Dasjenige, was ihnen eben zur Last gelegt worden ist, darauf hingewirkt, diese Idee seiner Zeit zur That reifen zu lassen. Die beiden Angeklagten haben dies gethan in einer Weise, welche vielleicht an sich unter ein

bereitung bestraft werden soll. Zu § 85 sagt aber Schwarze: „In der Schrift muß eine Aufforderung zur Ausführung einer bestimmten Handlung enthalten sein“ und fährt fort: „Das Anpreisen ꝛc. revolutionärer ꝛc. Grundsätze reicht nicht hin.“ Das hat der Herr Staatsanwalt nicht vorgelesen. Ebenso drückt, was Schütze sagt und der Herr Staatsanwalt vorgelesen hat, ganz und gar dasselbe aus. Es ist nothwendig zur Anwendung des Paragraphen, daß ein fester bestimmter Entschluß gefaßt sein muß, die Staatsverfassung gewaltsam umzuwerfen; und zweitens muß ein Unternehmen beabsichtigt sein, welches ebenfalls im Bewußtsein der Angeschuldigten bereits konkrete Gestalt gewonnen hat. Wenn aber der Herr Staatsanwalt dann fortfährt, um seine Ansicht zu begründen: „wer das nicht sieht, der kann eben nicht sehen“, so behaupte ich, daß z. B. das Braunschweigische Obergericht, das Gericht in Gotha, welches Nippold aus ganz gleichen Gründen freigesprochen hat, daß die Anklagekammer in Chemnitz, welche aus demselben Grunde die Untersuchung gegen Rüdt abgewiesen hat, und daß das Oberappellationsgericht in Dresden nicht sehen können, denn sie sprechen ganz und und gar dasselbe aus, was auch wir sagen. Da der Herr Staatsanwalt einmal in diese Rechtsfrage genauer eingegangen ist, muß ich das auch noch thun. Er sagt ganz ausdrücklich: „Es wird nothwendig die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens vorausgesetzt; es genügt keineswegs, daß Jemand ꝛc. ꝛc. als wünschenswerth darstellt.“ Das genügt also keineswegs. Es heißt weiter: „Es ist nothwendig, daß sie ꝛc. ꝛc. verbreitet haben.“

Das behaupten wir. Wenn der Herr Staatsanwalt namentlich gesagt hat, wir hätten behauptet, es seien die Modalitäten der Zeit und des Orts nothwendig, so kann ich mir keinen andern Grund denken, als daß er das blos behauptet, um die Gerechtigkeit unserer Gründe, die wir auf Grund des Verweisungserkenntnisses angeführt haben, herabzusetzen. Nun, meine Herren, der Herr Staatsanwalt hat Ihnen weiter auseinanderzusetzen versucht, daß keineswegs erwiesen sei, daß das, was die Braunschweiger Angeklagten gethan haben und was die hiesigen gethan haben, dasselbe sei. Ich dächte doch, meine Herren Geschwornen, daß Sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Alles, was nur überhaupt aus den Braunschweigischen Akten auch gegen die Braunschweiger ge-

sprochen hat, und was im Braunschweiger Prozeß überhaupt nur vorgekommen ist, Ihnen in dieser 14tägigen Verhandlung vorgeführt worden ist, und Sie können hieraus wohl ermessen, und namentlich auch ermessen aus dem Braunschweiger Obergerichtserkenntniß, welches mein Bruder vorlas, daß die Thatumstände ganz und gar dieselben sind, in Braunschweig gerade so wie hier. Wenn aber, meine Herren Geschwornen, die Gerichte selber in einer solchen Sache zweifelhaft sind — nein, die Gerichte sind nicht mehr zweifelhaft —, wenn sämmtliche Gerichte, die in dieser Sache überhaupt ein Urtheil gesprochen haben, von der Ansicht der Vertheidigung ausgehen, wenn, wie ich Ihnen versichere, meine Herren Geschwornen — ich lasse es darauf ankommen, will man mich öffentlich Lügen strafen — wenn ich Ihnen fest versichere, daß sämmtliche Advokaten — und ich habe mit sehr vielen darüber in Leipzig gesprochen — der Ueberzeugung sind: die Anklage ist null, ist nichts, sie kann sich auf Grund des Reichsstrafgesetzbuchs nicht halten —, nun dann glaube ich, daß doch sich die Herren Geschwornen gewiß sehr besinnen werden, ehe sie mit Ja auf die Frage antworten, in welcher nicht nur die Beantwortung rechtlicher Grundsätze verlangt wird, sondern in welcher auch gerade der Punkt der Frage, welcher sich auf den rechtlichen Grundsatz bezieht, ich will nicht sagen absichtlich, aber doch ganz sicher so allgemein gehalten ist, daß er sehr schwer verständlich ist, während man das, was das Oberappellationsgericht in dieser Hinsicht zur Aufklärung gesagt hat, einfach weggelassen hat trotz des Widerspruchs der Vertheidiger. Der Herr Staatanwalt hat beliebt, einige Stellen aus Roßhirt vorzutragen, um zu deduziren, daß es auf die Gesinnung der Angeklagten ankomme. Meine Herren, ebenso gut hätte der Herr Staatsanwalt eine Abhandlung aus dem Hypothekenrechte vorlesen können, die hätte ebensoviel Bezug auf den vorliegenden Fall gehabt; war es doch keinem Menschen eingefallen, zu behaupten, daß die Angeklagten deshalb freigesprochen werden müßten, weil sie eine ehrenwerthe Gesinnung gehabt hätten. Aber was wir verlangen: der Herr Staatsanwalt soll uns beweisen, daß die Angeschuldigten beschlossen haben, einen gewaltsamen Angriff zu machen auf die Staatsverfassung, und daß dieser Beschluß ein ganz bestimmter, fester gewesen ist, daß er konkrete Umrisse gewonnen habe — das wird durch derartige Vor-

leſungen ebenſowenig bewieſen, wie durch den geſtrigen Drücker auf die Herren Geſchwornen: „Wenn Sie die Frage verneinen, ſanktioniren Sie die Revolution.“ Eine derartige Aeußerung konnte gerade ſo ausgeſprochen werden von den Inquiſitionsrichtern in Spanien; ſie konnte ſo geſprochen werden von Denjenigen, die Galilei in den Kerker warfen; ſie konnte geſprochen werden von Seiten des Staatsanwalts im Braunſchweiger Prozeſſe. Durch derartige Reden wird nicht das Geringſte bewieſen: daß aber ein Beſchluß gefaßt worden ſei von den Angeklagten, einen gewaltſamen Angriff zu unternehmen, das hat der Herr Staatsanwalt heute wieder nicht bewieſen. Er iſt einfach über dieſe Frage und die einzelnen Punkte, die in dieſer Frage enthalten ſind, hinweggegangen — aus dem einfachen Grunde, weil gerade in dieſen Punkten Ihnen die Königl. Staatsanwaltſchaft thatſächlich Material nicht unterbreiten kann. Das Einzige, worauf ſie Bezug nehmen konnte, war wieder die Rede von Liebknecht. Nun, die Rede Liebknecht's war gehalten worden nicht gegen den Staat im Allgemeinen, ſondern ſie war gehalten worden gegen den preußiſchen Militärſtaat. Das war die ganze Idee der Rede. Ich mache Sie darauf aufmerkſam, meine Herren Geſchwornen, daß dieſe Rede in den Händen der Staatsanwaltſchaft war mit dem Antrage ſeitens Preußens, Anklage zu erheben gegen den Angeſchuldigten Liebknecht, und derſelbe Herr Staatsanwalt, welcher heute Ihnen ſagt, daß in dieſer Rede Vorbereitung zum Hochverrath enthalten ſei, hat damals es abgelehnt, einen Antrag zu ſtellen auch wegen eines geringeren Vergehens, und erſt der Generalſtaatsanwaltſchaft in Dresden war es auf die Beſchwerde der preußiſchen Regierung vorbehalten, einen Antrag zu ſtellen gegen Liebknecht — nicht wegen Vorbereitung zum Hochverrath, ſondern wegen Schmähung ſtaatlicher Einrichtungen. —

Die Rede Bebel's iſt bereits erläutert worden. Das war ein Punkt höchſtens für eine Anklage auf „Verbreitung ſtaatsgefährlicher Lehren“. Das ſind die beiden Punkte, die man Ihnen heute wieder ganz ſpeziell vorgehalten hat, und wenn ich da behaupte: es iſt der Herr Staatsanwalt ſelbſt anfangs nicht der Anſicht geweſen, daß Hochverrath überhaupt vorliege, und wenn ich hieraus ſchließe: war der Herr Staatsanwalt in dieſer Hinſicht anfangs zweifelhaft, ſo möchten ſich

doch die Herren Geschwornen doppelt besinnen, ehe sie auf die jetzige Ansicht des Herrn Staatsanwalts eingehen, — so glaube ich vollständig gerechtfertigt zu sein. Es ist von meinem Bruder keineswegs so allgemein gesagt worden, die Verbreitung staatsgefährlicher Lehren sei dann unbedingt Vorbereitung zum Hochverrath, wenn sie in hochverrätherischer Absicht geschehe; sondern mein Bruder hat Ihnen auseinandergesetzt, die Verbreitung staatsgefährlicher Lehren sei dann eine Vorbereitung des Hochverraths, wenn diese Lehren verbreitet worden sind zum Zwecke des bestimmten Vorhabens, ein hochverrätherisches Unternehmen zu begehen. Aber gerade über diesen Punkt den Beweis zu bringen — daß ein bestimmter Entschluß gefaßt worden sei zur Ausführung eines bestimmten Unternehmens —, das hat der Herr Staatsanwalt unterlassen. Der Herr Staatsanwalt hat zum Schluß dann noch gesagt, man müsse das im Ganzen und Großen betrachten, was die Angeklagten gethan haben. Nun, meine Herren, das genügt allerdings meiner Ansicht nach noch nicht, sondern es wäre eben die Pflicht des Staatsanwalts gewesen, wenigstens einzelne Momente uns vorzuführen, aus denen er speziell beweisen will, daß ein derartiger Entschluß gefaßt worden ist; was das mit der „Auffassung im Großen und Ganzen" heißt, — daß man da sehr leicht zu falschen Schlüssen kommen kann, das ist mir aus Vielem bewiesen, was ich bereits eingehend in diesem Prozesse besprochen habe. Es ist ganz klar und zweifellos, daß von der Königl. Staatsanwaltschaft ebensoviel Dinge, und zwar anscheinend ganz gefährliche Dinge, in den Prozeß gezogen worden sind, die nicht hereingehören, gerade die gefährlichsten Dinge, die „Forderungen des Volkes beim Ausbruch einer Revolution", der Heinzen'sche Militärkatechismus 2c., „Das kommunistische Manifest" 2c. — Sachen, die sehr gefährlich klingen, ohne daß ein wirklicher Zusammenhang mit den Angeklagten vorläge; aber der Eindruck „im Großen und Ganzen", den diese „gefährlichen" Schriften gemacht haben, läßt sich freilich nachher nicht ganz verwischen, es haftet doch etwas in den Köpfen aller, auch der intelligentesten Leute, und ich möchte Sie geradezu warnen, daß, nachdem in diesen Prozeß so viel Ungehöriges hineingezogen worden ist, Sie sich allzusehr auf den Eindruck „im Großen und Ganzen" verlassen. Das ist das, was ich in aller Kürze dem Herrn Staatsanwalt erwidern wollte.

zu entgegnen. Ich muß dies thun, und zwar aus dem Grunde: einerseits hat der Herr Vertheidiger nicht Alles, was in jenen Kommentaren steht, vorgetragen, und zweitens deshalb, weil dasjenige, was in den Kommentaren steht, gegen die Ansicht der Vertheidigung spricht. Ich bin der Meinung, daß es besser gewesen wäre, die Herren Geschwornen nicht mit juristischen Deduktionen noch Kommentaren zu beschweren; indeß, da es einmal so gekommen ist, muß auch ich Ihre Geduld in Anspruch nehmen, indem ich diese Partie hier mit behandele. Das Reichsstrafgesetzbuch bestimmt in §§ 80 und 81, was Hochverrath sei, es sagt namentlich in § 81: „wer die Verfassung des deutschen Reichs oder eines Bundesstaats oder die bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern unternimmt, begeht Hochverrath". In § 82 sagt das Reichsstrafgesetzbuch: „Als ein Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, ist jede Handlung anzusehen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll." Also hier sagt der Gesetzgeber: wenn Jemand irgend eine Handlung vornimmt, welche den Zweck haben soll, unmittelbar eines der in den vorhergehenden Paragraphen genannten hochverrätherischen Unternehmen zur Ausführung zu bringen, so soll diese Ausführungshandlung als vollendetes Verbrechen des Hochverraths sich darstellen, gleichviel, ob ein Erfolg erzielt ist oder nicht. Der Erfolg gehört nicht zum Begriff des Thatbestandes. Alles andere, was nicht als Ausführungshandlung sich darstellt, wird in den folgenden Paragraphen als Vorbereitungshandlung bezeichnet. §§ 83, 84 und 85 treffen nun einzelne Fälle, welche, wie Sie aus den Strafen ersehen, die schwereren sind; namentlich heißt es im § 85: „wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren Handlung auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft."

Es wird hier noch auf § 82 hingewiesen, wo von einem Verbrechen die Rede ist, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, wenn eine Handlung vorgenommen wird, welche unmittelbar die Ausführung dieses Vorhabens zum Zwecke hat. Hier in § 85, wo von öffentlicher Aufforderung die Rede ist, hier hat der Gesetzgeber im

Auge gehabt, daß man allerdings schon bestimmt weiß, was man vornehmen will, indeß „bestimmt“ bedeutet auch hier doch nur dasjenige, was in Artikel 80 und 81 als ein bestimmtes hochverrätherisches Unternehmen vorgezeichnet wird. Es handelt sich also darum, die Bundesfürsten zu tödten, die Verfassung gewaltsam umzuändern, sich vom Bunde loszureißen u. dgl. Hier in diesem Falle sollte allerdings schon zu einem Vergehen aufgefordert werden, zu einem in naher Aussicht stehenden Unternehmen, welches der Ausführungsart nach einigermaßen wenigstens bestimmt ist. Dies kann zugegeben werden. Nun kommt § 86. Im Gegensatze zu den vorerwähnten, speziell hervorgehobenen bestimmten ausführlichen Vorbereitungshandlungen wird nun gesagt: „jede andere ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird bestraft.“ Hieraus ergiebt sich, daß die Voraussetzungen des § 86 nicht dieselben sind, wie die in §§ 83, 84 und 85, wenigstens nicht allenthalben. Es muß allerdings auch um ein hochverrätherisches Unternehmen sich handeln, und ich habe gestern bereits Gelegenheit genommen, Ihnen, meine Herren Geschwornen, zu sagen, daß das „hochverrätherisch“ in dem Sinne aufgefaßt werden muß, wie es in §§ 80 und 81 des Strafgesetzbuchs überhaupt vorkommt, daß man also nicht etwa beliebig jede verwegene Aeußerung oder Handlung als Hochverrath hier bezeichnen kann. Aber die Herren Vertheidiger gehen ganz entschieden zu weit, wenn sie behaupten, daß die Anwendbarkeit des § 86 alles das voraussetze, wovon die Vertheidigung vorhin gesprochen hat. Sie wollen hier verlangen, daß Jemand, welcher auf Grund des § 86 der Vollziehung des Hochverraths für schuldig erachtet werden soll, bereits einen vollständigen Plan gefaßt habe, in welcher Richtung er den Hochverrath ausüben will, und daß er sich auch schon über die Art der Ausführung der einzelnen Handlungen vollkommen klar geworden sei; es soll nicht nur der feste, bestimmte Entschluß, einen Hochverrath zu begehen oder ein hochverrätherisches Unternehmen zur Ausführung zu bringen, vorhanden sein, sondern auch nach der jenseitigen Auffassung darüber schon vollständige Klarheit in der Seele des Handelnden vorhanden sein, auf welche Art und Weise, durch welche einzelne Handlungen er dies thun will. Hier also wird bei § 86 *nicht* Bezug genommen auf § 82, es wird *nicht* gesagt, daß hier

zu einer unmittelbaren Ausführungshandlung aufgefordert werden soll. Wenn dies der Gesetzgeber gewollt hätte, so würde er ebenso gut hier, wie im vorstehenden Paragraph auf § 82 Bezug genommen haben, allein das Gebiet der einzelnen vorbereitenden Handlungen ist so außerordentlich groß und im Voraus unbestimmbar, daß eben der Gesetzgeber sich darauf beschränkte, in den vorhergehenden Paragraphen einzelne Fälle hervorzuheben und dem § 86 überhaupt Alles zu belassen, was noch übrig bleibt. Es ist und bleibt aber eben eine Vorbereitung dasjenige, was man thut, damit eine der Zukunft vorbehaltene That zur Erscheinung in die Außenwelt gelangen könne, und Vorbereitungen sind namentlich dann nöthig, wenn das Unternehmen, welches angestrebt wird, seiner Natur nach, seiner Beschaffenheit nach ein großartiges ist. Und hier handelt es sich, meine Herren Geschwornen — dessen müssen Sie sich aus der Verhandlung erinnern — darum, daß in allen zivilisirten Staaten durch eine gleichzeitige Erhebung die monarchische Staatsform in eine republikanische umgewandelt wird. Daß ein derartiges Vorhaben große umständliche Vorbereitungen verlangt, das ist wohl nicht zu bestreiten, und dabei kann es allerdings kommen, daß Jemand, der dafür wirkt, daß dieser Zustand eintritt, meint, daß derselbe eben eintreten soll im Wege der Gewalt. Wer dafür wirkt, der begeht eben nichts anderes als: er bereitet ein hochverrätherisches Unternehmen vor, und zwar dadurch, daß er darauf hinwirkt, daß das hochverrätherische Unternehmen überhaupt eine That werden könne, mag er an dieser That persönlich sich betheiligen oder mag er nur Andere dazu anreizen, daß sie dieser That sich unterziehen. Etwas Anderes geht aus den angezogenen Kommentaren gar nicht hervor. Zunächst hat der Herr Vertheidiger Bezug genommen auf Oppenhoff, Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes. Ich will noch einige Worte verlesen, die der Herr Vertheidiger vorzulesen unterlassen hat. Also § 86: „Auch hier wird die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens vorausgesetzt."

Diese Worte las der Herr Vertheidiger nicht vor, wie es in §§ 80 und 81 definirt worden ist. Also, meine Herren Geschwornen, der berühmte Rechtslehrer Oppenhoff sagt, wenn in § 86 von einem hochverrätherischen Unternehmen die Rede sei, daß dasselbe aufzufassen sei in dem Sinne,

in welchem es nach §§ 80 und 81 als ein bestimmtes sich darstelle. Nach §§ 80 und 81 stellt es sich aber eben als ein bestimmtes dar und es ist für Jedermann bestimmt genug gekennzeichnet. § 80 ist Fürstenmord, dann kommt § 81, gewaltsamer Angriff gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats oder gewaltsame Abänderung der Thronfolge. Etwas Anderes, einen andern Begriff fordert auch Oppenhoff nicht, obwohl hier von Seiten der Vertheidigung dies untergelegt wird. Dann heißt es aber bei demselben Rechtslehrer im unmittelbaren Zusammenhange damit:

„Gleichwohl ist nicht erforderlich, daß alle Modalitäten dieses Unterrehmens in Beziehung auf Zeit und Ort der Ausführung, sowie auf die mitwirken sollenden Kräfte und anzuwendenden Mittel feststehen." Nun, meine Herren Geschwornen, ich unterlasse es, diesen Kommentar weiter zu kommentiren, ich glaube, er ist so klar, daß, wenn man überhaupt sehen will, man das Richtige sofort trifft. —

Es ist ferner Bezug genommen worden auf den Kommentar zum Reichsstrafgesetzbuch von Dr. Schwarze. Dort heißt es bei § 86: „Die Voraussetzung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens gilt auch hier, gleichviel jedoch, wann dasselbe ausgeführt werden soll. Es fehlt hier das Wort „unmittelbar". In der Handlung selbst muß eine Vorbereitung liegen."

Diese Worte können vielleicht einer falschen Deutung unterliegen; man könnte vielleicht glauben, der Kommentar sage mit den Worten: hier fehlt das Wort „unmittelbar", hier muß man das Wort „unmittelbar" auch noch hinzudenken. Das ist aber durchaus nicht der Fall, es kann vielmehr diese Auslegung keinen andern Sinn haben und soll keinen andern Sinn haben, als anzudeuten, daß der Gesetzgeber das Wort „unmittelbar" hier nicht verlange, daß er aus diesem Grunde es überhaupt fallen lasse. Es würde ja auch im § 86 kein Plätzchen sich finden, in welchem das Wort „unmittelbar" angebracht werden könnte. Nehmen Sie an, ein hochverrätherisches oder ein unmittelbar hochverrätherisches Unternehmen oder ein unmittelbar vorbereitendes — das würde doch keinen rechten Sinn geben. Ueberhaupt ist es ja das Eigenthümliche einer Vorbereitungshandlung, daß dadurch noch nicht die unmittelbare Ausführung möglich wird, sondern

daß mittelbar zur Erreichung des Zieles hingewirkt wird, welches, wenn ausgeführt, unmittelbar als vollendeter Hochverrath sich darstellt.

Wenn der Herr Vertheidiger auch noch auf Meyer Bezug genommen hat, so will ich nur bemerken, daß Meyer als Reichstagsabgeordneter allerdings den Antrag gestellt hat, daß bei § 85, welcher also 86 vorausgeht, gesagt werde: „Wer zur Ausführung einer nach § 82 strafbaren bestimmten Handlung auffordert.“ Er hat dort dem Mißverständniß nicht Raum geben wollen, daß man andere, als im § 81 bezeichnete Handlungen überhaupt in Gedanken haben könnte. Mit diesem Antrage deutet er aber nur darauf hin, daß eben schon in den §§ 80 und 81 alle diejenigen Handlungen bestimmt sind, und als bestimmte für Jedermann erkennbar, welche in § 85 haben getroffen werden sollen. Daraus werden Sie, meine Herren Geschwornen, zugleich entnehmen, wie ungerechtfertigt die Behauptung des Herrn Vertheidigers ist, daß bereits ein vollständiger Plan in Bezug auf die Ausführung vorliegen müsse, wenigstens ein vollständiger Entschluß dafür vorhanden sein müsse, daß nunmehr zum Hochverrath übergegangen werden soll. Ich habe blos behauptet, es liege hier eine Vorbereitung vor, und die Vorbereitung charakterisire sich in dem geflissentlichen Hinwirken auf Förderung eines hochverrätherischen Unternehmens. Das Hinarbeiten auf gewaltsame Beseitigung der bestehenden Staatsverfassung ist eben bestimmt genug und wird noch viel bestimmter, wenn wir hinzunehmen, daß die Angeklagten und die Partei offen sagen: wir wollen an die Stelle der Monarchie eine Republik setzen. Dies läßt wenigstens nach meinem Dafürhalten über die Richtung der Ziele kaum einen Zweifel übrig. In anderer Weise ist auch seitens der Anklagekammer und seitens des Königl. Oberappellationsgerichts zu Dresden die Sache nicht aufgefaßt worden, und in dem Erkenntniß des Oberappellationsgerichts zu Dresden, welches ja die Herren Geschwornen mit ins Berathungszimmer nehmen werden, in diesem Erkenntniß ist ganz ausdrücklich gesagt, daß die Angeklagten die Ausführung ihres nur gedachten Vorhabens, also das von ihnen beabsichtigte hochverrätherische Unternehmen — vergl. § 81 sub 2 jct. § 82 — durch die Bl. 151b ff. sub a—g aufgeführten Handlungen in verschiedener Weise sehr energisch vorbereitet, und

zu diesem Behufe insbesondere darauf, daß sich ihre Anhänger und Parteigenossen zu dem bezweckten hochverrätherischen Unternehmen — dessen Zeitpunkt übrigens nach Bl. 118b als ein nicht sehr entfernter von ihnen bezeichnet worden — durch engen Anschluß an einander und durch einheitliche Organisation, sowie auch sonst vorbereiten und bereit halten, hingewirkt und sich überhaupt die Mittel zur Ausführung ihres Vorhabens zu verschaffen gesucht haben.

Also das Oberappellationsgericht hat auch ein bestimmteres Unternehmen, als in § 81 unter 2 aufgeführt ist, überhaupt gar nicht für erforderlich erachtet und übrigens wird ja auch das Königl. Oberappellationsgericht Gelegenheit haben, wenn die Sache in irgend welcher Weise weiter zu seiner Entscheidung gestellt würde, auch hierüber sich noch auszusprechen.

Was in Wolfenbüttel erkannt worden ist, dies, glaube ich, meine Herren Geschwornen, ist für Sie unter allen Umständen nicht maßgebend. Obwohl die Herren Vertheidiger sagen, das Material sei ganz und gar dasselbe, wie gegen die Herren Liebknecht und Bebel, so ist Ihnen, meine Herren Geschwornen, doch jede Kontrole darüber entzogen, ob dem auch wirklich so sei, und wenn Sie, meine Herren Geschwornen, sich der drei in jüngster Zeit als Entlastungszeugen vorgeführten Herren v. Bonhorst, Bracke und Spier erinnern wollen, dann werden Sie sich erinnern, daß dieselben hier sich ziemlich für schuldlos erklärten und dann noch gewissermaßen den Reinigungseid leisteten. Dann, meine Herren, wollen Sie vergleichen, was Sie im Laufe der Verhandlung von den Angeklagten selbst gehört haben und was gegen die Angeklagten vorgeführt worden ist. Sie werden sich wohl kaum ein Urtheil darüber getrauen, ob wirklich dasjenige, was in Braunschweig oder von den dortigen Angeklagten gethan worden ist, in aller und jeder Beziehung ganz dasselbe ist, was den hiesigen Angeklagten zur Last gelegt wird. Das Wolfenbütteler Erkenntniß ist daher nach meinem Dafürhalten auch nur von dem Standpunkte aus zu beurtheilen, auf dem es der dortigen Anklage gegenüber gestanden hat. Aber ich kann nicht unterlassen, da der Herr Vertheidiger es zur Vorlesung gebracht hat, doch auch darauf hinzuweisen, daß das Material, welches der Entscheidung zu Grunde liegt, im Antrage des Oberstaatsanwalts in Wolfenbüttel nicht vorgeführt, sondern nur angedeutet worden ist;

denn wenn dort gesagt wird, es mögen wohl Einzelne oder einer der Angeklagten den oder jenen Gedanken gehabt haben, so konnte damit natürlich nicht ein Material erschöpft sein, welches, wie Sie wissen, so unendlich reichhaltig ist.

Die Herren Vertheidiger sind ferner der Meinung, daß Sie, meine Herren Geschwornen, die Frage nicht mit Ja beantworten könnten, weil die Thatsachen, die in die Frage aufgenommen worden sind, nicht erwiesen wären. Indeß, meine Herren, erinnere ich Sie nur noch daran, daß z. B. im „Volksstaat" in einem aus Herrn Bebel's Feder geflossenen Artikel gesagt wird, es nütze nichts, das alte Gebäude aufrecht zu erhalten, man solle die Baracke einreißen, oder so etwas Aehnliches; daß es grundfalsch sei, an einem Gebäude herumzurepariren und herumzuflicken, das in jeder Beziehung zu eng und baufällig geworden sei, um darauf Zeit und Kräfte zu verwenden; daß es zweckmäßiger sei, den ganzen alten Bau einzureißen und daß Alle mithelfen müßten. Und zum Schlusse heißt es dann: „der heutige Staat, das alte, faule morsche Ding, und die Gesellschaft müssen dahin geschickt werden, wohin sie gehören."

Der Artikel soll sich allerdings auf die Agitation für Beschaffung von Geld bezogen haben, welches der Partei nöthig gewesen wäre; allein er ist ziemlich allgemein gefaßt und schließlich läßt man darüber doch keinen Zweifel übrig, worauf es in der Hauptsache abgesehen ist. Daß die Angeklagten bei ihrem Unternehmen, bei dem, was sie gethan haben, das Interesse der Arbeiter ins Auge gefaßt haben, dies, meine Herren Geschwornen, zu bestreiten hat mir von je fern gelegen — das ist nicht die Seite, auf welche es ankommt. Aber wenn man die Seite, auf die es ankommt, richtig herausfinden und richtig begreifen will, ist es eben nöthig, daß man Beides im Zusammenhang aufnimmt; und im Zusammenhang sind allerdings die Materialien gewesen, welche Ihnen vorgeführt worden sind. Sie waren nicht blos politischer, sie waren auch sozialer Natur. Aber nehmen Sie an, meine Herren, die Angeklagten wären der Ueberzeugung, daß auf anderem Wege als durch Gewaltanwendung den Arbeitern nicht Hilfe geschafft werden könne — nehmen Sie an, meine Herren Geschwornen, diese Ueberzeugung wurzele in den Angeklagten auf Grund einer jahrelangen ernsten Geistesarbeit —, nehmen Sie an, meine Herren Geschwornen, die

Angeklagten erachteten es für eine hohe Mission, die leidende Menschheit aus der Wüste des Elends nöthigenfalls mit Gewalt einzuführen in das gelobte Land der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, ins Land der „rothen Republik" — nehmen Sie dies an zu Gunsten der Angeklagten — ich will Sie davon nicht abwendig machen —, so ist denn doch nicht etwa gesagt, daß damit Dasjenige, was sie in politischer Richtung etwa verbrochen haben, wirklich gesühnt sei. Es würde dies blos dann eintreten, wenn Sie der Meinung wären, der Zweck heilige die Mittel, ein Grundsatz, welcher allerdings zur Beschönigung aller möglichen Thaten bereits angewendet worden ist. Dies ist nicht meine Ansicht allein, es ist dies die Ansicht bewährter Rechtslehrer. Ich bin aber der Meinung, daß aus der Verhandlung vollständig hervorgeht, daß die Angeklagten gewußt haben, was sie auf politischem Wege Unrechtes thun wollen. Der Fall der Alternative, ob in Güte oder im Wege der Gewalt, ist für die beiden Angeklagten, Herrn Liebknecht und Herrn Bebel, eigentlich gar nicht vorhanden. Ich möchte sagen, wenn der erste Fall, der der Güte, noch erwähnt wird, so wird damit der äußere Anstand gegen das Strafgesetzbuch gewahrt, etwas Weiteres aber nicht. Namentlich Herr Liebknecht hat nach seinem in Druck gegebenen Vortrage in Berlin ausdrücklich erklärt, mit dem heutigen Staat sei nicht zu paktiren, er müsse gestürzt werden. Und Herr Bebel hat in verständlicher Weise in Plauen wie in seinen „Zielen" gesagt, der Weg der Güte sei allerdings der langsamere, aber es gebe einen anderen und kürzeren, den gewaltsamen; welcher Weg aber eingeschlagen werden solle, ist vorher bereits dadurch angedeutet, daß er sagt, „wie zum Ziele zu gelangen sei, auf welchem Wege, darüber spreche er sich nicht aus, er fürchte das Einschreiten der Staatsgewalt". Er deutet nur an, „mit Rosenwasser werden solche Sachen nicht gemacht". Das ist nach meinem Dafürhalten sehr deutlich, daß beide Angeklagten davon ausgehen: auf dem Wege der Güte ist nichts zu erreichen, es muß Gewalt angewendet werden. Sind aber beide Angeklagte darüber einig gewesen, so haben sie auch durch alles Dasjenige, was ihnen eben zur Last gelegt worden ist, darauf hingewirkt, diese Idee seiner Zeit zur That reifen zu lassen. Die beiden Angeklagten haben dies gethan in einer Weise, welche vielleicht an sich unter ein ge-

ringeres Strafmaß gebracht werden könnte. Die Herren Vertheidiger haben — und es ist vollkommen wahr — gesagt, meine Herren Geschwornen, daß in Sachsen bis Ende 1870, als das Reichsstrafgesetzbuch in Kraft trat, eine Bestimmung bestand, wodurch die Verbreitung staatsgefährlicher Lehren mit besonderen Strafen bedroht war. Es ist auch vollkommen richtig, daß diese Worte sich nicht im Reichsstrafgesetzbuch wiederfinden. Es kommt aber im vorliegenden Fall nicht darauf an; denn der Herr Vertheidiger hat sich selbst beschieden, daß, wenn diese Verbreitung von Lehren zum Zwecke, ein hochverrätherisches Unternehmen zu fördern, oder mit anderen Worten zum Zwecke, daß gewaltsam die monarchische Staatsverfassung geändert werde, erfolgte, daß dann allerdings auch diese Handlung in den Bereich der Vorbereitungshandlungen fallen müsse. Es verliert dann eine an sich mit besonderem Charakter im Strafgesetzbuche versehene Handlung ihren ursprünglichen Charakter und nimmt den Charakter der höheren Strafform an; sie geht im Hochverrathsverbrechen auf, und deshalb kann auf alle diese Vorbereitungshandlungen auch mit Rücksicht genommen werden, wenn es sich um die Konstruktion eines Hochverraths handelt. Die Herren Vertheidiger wundern sich nämlich darüber, daß gegenwärtig einzelne Schriftstücke als Beweismittel vorgeführt werden, welche früher bereits benutzt werden konnten. Der Herr Vertheidiger des Herrn Liebknecht namentlich sagte, es sei doch auffällig, daß jahrelang der „Volksstaat" und das „Demokratische Wochenblatt" erschienen sei, ohne daß früher jemals Anklage auf Hochverrath erhoben worden wäre. Nun, meine Herren, darauf kommt nach der vorgelegten Frage überhaupt nichts an, wie es in dieser Beziehung stehe. Sie haben blos die Frage zu beantworten, ob innerhalb der letzten 10 Jahre seitens der Angeklagten etwas Derartiges geschehen sei, was als Vorbereitung zum Hochverrath aufzufassen sei. Indessen, sagt der Herr Vertheidiger, gegenwärtig folge aus diesen zusammengestellten Artikeln noch nichts. Nun, wenn gegenwärtig noch nichts daraus folgen soll, was würde wohl die Vertheidigung gesagt haben, wenn früher auf Grund einzelner Artikel ein derartiger Prozeß beantragt worden wäre? Ueberhaupt, meine Herren Geschwornen, kommt es darauf an, daß Sie das Gebahren der Anklagten im Großen und Ganzen, in seiner Totalität sich vor Augen führen, und dies ist es,

was nach meinem Dafürhalten dazu führen muß, daß Sie wirklich die Ihnen vorgelegte Frage zu Ungunsten wenigstens der beiden Angeklagten Herrn Liebknecht und Herrn Bebel beantworten.

Vertheidiger Freytag I.: Nachdem der Herr Präsident gegen eine Aeußerung meines Mitvertheidigers, welche durchaus nicht gegen den Gerichtshof und gegen das Gericht gerichtet war, keineswegs auch in ruhiger, sondern in sehr erregter Weise Kritik geübt hat, werde ich eine längere Rede nicht mehr halten, sondern lediglich mich darauf beschränken, dem Herrn Staatsanwalt in wenigen Worten zu antworten. Ich hätte vollständig auf das Wort verzichtet, wenn der Herr Staatsanwalt nicht unsere Worte geradezu verdreht hätte. Ich glaube, wir können beanspruchen, daß man uns nicht Etwas in den Mund legt, was nie von uns gesagt, nie von uns behauptet worden ist. Ich habe nie gesagt, daß es zur Anwendung des Vorbereitungs-Paragraphen nothwendig sei, daß die Angeschuldigten das Unternehmen, welches sie beabsichtigten, nach Zeit und Ort und einzelnen Modalitäten vorbereitet haben müssen. Es ist uns nicht in den Sinn gekommen, zu behaupten, daß es zur Anwendung des Paragraphen nöthig sei, daß die Angeschuldigten bereits einen vollständigen Plan gehabt hätten, wann sie das Unternehmen ausführen wollten. Aber mit vollem Fug und Recht und auf Grund derselben Gesetzesstelle und derselben Interpretation, welche Ihnen der Herr Staatsanwalt vorgelesen hat, behaupten wir auch jetzt noch: es ist nothwendig, daß der Entschluß, der von den Angeschuldigten nach der Anklage gefaßt worden sein soll, ein ganz bestimmter Entschluß gewesen sei, der bereits konkrete Gestalt und Umrisse erhalten hat. Es ist ferner nothwendig, daß das Unternehmen, welches sie beabsichtigten, ebenfalls ein ganz bestimmtes Unternehmen ist und zwar ein Unternehmen, welches ebenfalls im Bewußtsein der Angeklagten eine konkrete Gestalt angenommen hat. Das wird durch das, was Ihnen der Herr Staatsanwalt vorgelesen hat, bewiesen; es wird bewiesen durch Oppenhoff und Schwarze, der ganz ausdrücklich sagt: „Die Voraussetzung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens gilt auch hier, gleichviel jedoch, wann dasselbe ausgeführt werden soll.“ Der einzige Unterschied zwischen § 86 und 85 ist eine weitere Folgerung, ist eben das, daß in § 86 die mittelbare Vor-

bereitung bestraft werden soll. Zu § 85 sagt aber Schwarze: „In der Schrift muß eine Aufforderung zur Ausführung einer bestimmten Handlung enthalten sein“ und fährt fort: „Das Anpreisen ꝛc. revolutionärer ꝛc. Grundsätze reicht nicht hin.“ Das hat der Herr Staatsanwalt nicht vorgelesen. Ebenso drückt, was Schütze sagt und der Herr Staatsanwalt vorgelesen hat, ganz und gar dasselbe aus. Es ist nothwendig zur Anwendung des Paragraphen, daß ein fester bestimmter Entschluß gefaßt sein muß, die Staatsverfassung gewaltsam umzuwerfen; und zweitens muß ein Unternehmen beabsichtigt sein, welches ebenfalls im Bewußtsein der Angeschuldigten bereits konkrete Gestalt gewonnen hat. Wenn aber der Herr Staatsanwalt dann fortfährt, um seine Ansicht zu begründen: „wer das nicht sieht, der kann eben nicht sehen“, so behaupte ich, daß z. B. das Braunschweigische Obergericht, das Gericht in Gotha, welches Nippold aus ganz gleichen Gründen freigesprochen hat, daß die Anklagekammer in Chemnitz, welche aus demselben Grunde die Untersuchung gegen Rüdt abgewiesen hat, und daß das Oberappellationsgericht in Dresden nicht sehen können, denn sie sprechen ganz und und gar dasselbe aus, was auch wir sagen. Da der Herr Staatsanwalt einmal in diese Rechtsfrage genauer eingegangen ist, muß ich das auch noch thun. Er sagt ganz ausdrücklich: „Es wird nothwendig die Vorbereitung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens vorausgesetzt; es genügt keineswegs, daß Jemand ꝛc. ꝛc. als wünschenswerth darstellt.“ Das genügt also keineswegs. Es heißt weiter: „Es ist nothwendig, daß sie ꝛc. ꝛc. verbreitet haben.“

Das behaupten wir. Wenn der Herr Staatsanwalt namentlich gesagt hat, wir hätten behauptet, es seien die Modalitäten der Zeit und des Orts nothwendig, so kann ich mir keinen andern Grund denken, als daß er das blos behauptet, um die Gerechtigkeit unserer Gründe, die wir auf Grund des Verweisungserkenntnisses angeführt haben, herabzusetzen. Nun, meine Herren, der Herr Staatsanwalt hat Ihnen weiter auseinanderzusetzen versucht, daß keineswegs erwiesen sei, daß das, was die Braunschweiger Angeklagten gethan haben und was die hiesigen gethan haben, dasselbe sei. Ich dächte doch, meine Herren Geschwornen, daß Sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Alles, was nur überhaupt aus den Braunschweigischen Akten auch gegen die Braunschweiger ge-

sprochen hat, und was im Braunschweiger Prozeß überhaupt nur vorgekommen ist, Ihnen in dieser 14tägigen Verhandlung vorgeführt worden ist, und Sie können hieraus wohl ermessen, und namentlich auch ermessen aus dem Braunschweiger Obergerichtserkenntniß, welches mein Bruder vorlas, daß die Thatumstände ganz und gar dieselben sind, in Braunschweig gerade so wie hier. Wenn aber, meine Herren Geschwornen, die Gerichte selber in einer solchen Sache zweifelhaft sind — nein, die Gerichte sind nicht mehr zweifelhaft —, wenn sämmtliche Gerichte, die in dieser Sache überhaupt ein Urtheil gesprochen haben, von der Ansicht der Vertheidigung ausgehen, wenn, wie ich Ihnen versichere, meine Herren Geschwornen — ich lasse es darauf ankommen, will man mich öffentlich Lügen strafen — wenn ich Ihnen fest versichere, daß sämmtliche Advokaten — und ich habe mit sehr vielen darüber in Leipzig gesprochen — der Ueberzeugung sind: die Anklage ist null, ist nichts, sie kann sich auf Grund des Reichsstrafgesetzbuchs nicht halten —, nun dann glaube ich, daß doch sich die Herren Geschwornen gewiß sehr besinnen werden, ehe sie mit Ja auf die Frage antworten, in welcher nicht nur die Beantwortung rechtlicher Grundsätze verlangt wird, sondern in welcher auch gerade der Punkt der Frage, welcher sich auf den rechtlichen Grundsatz bezieht, ich will nicht sagen absichtlich, aber doch ganz sicher so allgemein gehalten ist, daß er sehr schwer verständlich ist, während man das, was das Oberappellationsgericht in dieser Hinsicht zur Aufklärung gesagt hat, einfach weggelassen hat trotz des Widerspruchs der Vertheidiger. Der Herr Staatanwalt hat beliebt, einige Stellen aus Roßhirt vorzutragen, um zu deduziren, daß es auf die Gesinnung der Angeklagten ankomme. Meine Herren, ebenso gut hätte der Herr Staatsanwalt eine Abhandlung aus dem Hypothekenrechte vorlesen können, die hätte ebensoviel Bezug auf den vorliegenden Fall gehabt; war es doch keinem Menschen eingefallen, zu behaupten, daß die Angeklagten deshalb freigesprochen werden müßten, weil sie eine ehrenwerthe Gesinnung gehabt hätten. Aber was wir verlangen: der Herr Staatsanwalt soll uns beweisen, daß die Angeschuldigten beschlossen haben, einen gewaltsamen Angriff zu machen auf die Staatsverfassung, und daß dieser Beschluß ein ganz bestimmter, fester gewesen ist, daß er konkrete Umrisse gewonnen habe — das wird durch derartige Vor-

leſungen ebenſowenig bewieſen, wie durch den geſtrigen Drücker auf die Herren Geſchwornen: „Wenn Sie die Frage verneinen, ſanktioniren Sie die Revolution.“ Eine derartige Aeußerung konnte gerade ſo ausgeſprochen werden von den Inquiſitionsrichtern in Spanien; ſie konnte ſo geſprochen werden von Denjenigen, die Galilei in den Kerker warfen; ſie konnte geſprochen werden von Seiten des Staatsanwalts im Braunſchweiger Prozeſſe. Durch derartige Reden wird nicht das Geringſte bewieſen: daß aber ein Beſchluß gefaßt worden ſei von den Angeklagten, einen gewaltſamen Angriff zu unternehmen, das hat der Herr Staatsanwalt heute wieder nicht bewieſen. Er iſt einfach über dieſe Frage und die einzelnen Punkte, die in dieſer Frage enthalten ſind, hinweggegangen — aus dem einfachen Grunde, weil gerade in dieſen Punkten Ihnen die Königl. Staatsanwaltſchaft thatſächlich Material nicht unterbreiten kann. Das Einzige, worauf ſie Bezug nehmen konnte, war wieder die Rede von Liebknecht. Nun, die Rede Liebknecht's war gehalten worden nicht gegen den Staat im Allgemeinen, ſondern ſie war gehalten worden gegen den preußiſchen Militärſtaat. Das war die ganze Idee der Rede. Ich mache Sie darauf aufmerkſam, meine Herren Geſchwornen, daß dieſe Rede in den Händen der Staatsanwaltſchaft war mit dem Antrage ſeitens Preußens, Anklage zu erheben gegen den Angeſchuldigten Liebknecht, und derſelbe Herr Staatsanwalt, welcher heute Ihnen ſagt, daß in dieſer Rede Vorbereitung zum Hochverrath enthalten ſei, hat damals es abgelehnt, einen Antrag zu ſtellen auch wegen eines geringeren Vergehens, und erſt der Generalſtaatsanwaltſchaft in Dresden war es auf die Beſchwerde der preußiſchen Regierung vorbehalten, einen Antrag zu ſtellen gegen Liebknecht — nicht wegen Vorbereitung zum Hochverrath, ſondern wegen Schmähung ſtaatlicher Einrichtungen. —

Die Rede Bebel's iſt bereits erläutert worden. Das war ein Punkt höchſtens für eine Anklage auf „Verbreitung ſtaatsgefährlicher Lehren“. Das ſind die beiden Punkte, die man Ihnen heute wieder ganz ſpeziell vorgehalten hat, und wenn ich da behaupte: es iſt der Herr Staatsanwalt ſelbſt anfangs nicht der Anſicht geweſen, daß Hochverrath überhaupt vorliege, und wenn ich hieraus ſchließe: war der Herr Staatsanwalt in dieſer Hinſicht anfangs zweifelhaft, ſo möchten ſich

doch die Herren Geschwornen doppelt besinnen, ehe sie auf die jetzige Ansicht des Herrn Staatsanwalts eingehen, — so glaube ich vollständig gerechtfertigt zu sein. Es ist von meinem Bruder keineswegs so allgemein gesagt worden, die Verbreitung staatsgefährlicher Lehren sei dann unbedingt Vorbereitung zum Hochverrath, wenn sie in hochverrätherischer Absicht geschehe; sondern mein Bruder hat Ihnen auseinandergesetzt, die Verbreitung staatsgefährlicher Lehren sei dann eine Vorbereitung des Hochverraths, wenn diese Lehren verbreitet worden sind zum Zwecke des bestimmten Vorhabens, ein hochverrätherisches Unternehmen zu begehen. Aber gerade über diesen Punkt den Beweis zu bringen — daß ein bestimmter Entschluß gefaßt worden sei zur Ausführung eines bestimmten Unternehmens —, das hat der Herr Staatsanwalt unterlassen. Der Herr Staatsanwalt hat zum Schluß dann noch gesagt, man müsse das im Ganzen und Großen betrachten, was die Angeklagten gethan haben. Nun, meine Herren, das genügt allerdings meiner Ansicht nach noch nicht, sondern es wäre eben die Pflicht des Staatsanwalts gewesen, wenigstens einzelne Momente uns vorzuführen, aus denen er speziell beweisen will, daß ein derartiger Entschluß gefaßt worden ist; was das mit der „Auffassung im Großen und Ganzen" heißt, — daß man da sehr leicht zu falschen Schlüssen kommen kann, das ist mir aus Vielem bewiesen, was ich bereits eingehend in diesem Prozesse besprochen habe. Es ist ganz klar und zweifellos, daß von der Königl. Staatsanwaltschaft ebensoviel Dinge, und zwar anscheinend ganz gefährliche Dinge, in den Prozeß gezogen worden sind, die nicht hereingehören, gerade die gefährlichsten Dinge, die „Forderungen des Volkes beim Ausbruch einer Revolution", der Heinzen'sche Militärkatechismus ꝛc., „Das kommunistische Manifest" ꝛc. — Sachen, die sehr gefährlich klingen, ohne daß ein wirklicher Zusammenhang mit den Angeklagten vorläge; aber der Eindruck „im Großen und Ganzen", den diese „gefährlichen" Schriften gemacht haben, läßt sich freilich nachher nicht ganz verwischen, es haftet doch etwas in den Köpfen aller, auch der intelligentesten Leute, und ich möchte Sie geradezu warnen, daß, nachdem in diesen Prozeß so viel Ungehöriges hineingezogen worden ist, Sie sich allzusehr auf den Eindruck „im Großen und Ganzen" verlassen. Das ist das, was ich in aller Kürze dem Herrn Staatsanwalt erwidern wollte.

Vertheidiger Freytag II.: Ich habe den Herrn Staatsanwalt aufgefordert, mir „das bestimmte Unternehmen" zu bezeichnen, welches die Angeklagten vorbereitet haben sollen. Der Herr Staatsanwalt hat mir hierauf keine Antwort gegeben. Ich glaube es ihm — er weiß es nicht. Ich hätte ihm übrigens auch auf seine Antwort nichts erwidert, denn ich habe nicht Lust — und ich erkläre es hiermit —, mich in diesem Saale bei der eigenthümlichen Disziplin überhaupt noch weiter zu verbreiten.

Präsident: Da diese letztere Bemerkung gemacht wurde, so will ich doch auch nicht schweigen. Wenn dem Herrn Vertheidiger die Disziplin eigenthümlich vorkommt, so habe ich das ihm anheimzustellen. Ich glaube nach meiner Pflicht gehandelt zu haben und habe das Gesetz für mich, daß ich unzulässige Redensarten auf Seiten der Herren Vertheidiger nicht zulasse. Ich erkläre, daß das Gericht durch jene Auslassung, die so stark war, wie sie mir in meiner 16jährigen Praxis als Vorsitzender wirklich noch nicht vorgekommen ist, sich gar nicht beleidigt fühlte; aber ich glaube, daß ich den Herren Geschwornen es schuldig bin, daß sie nicht eventuell geradezu wegen ihres künftigen Wahrspruchs beschimpft werden; und das erkläre ich, daß es eine Beschimpfung ist, wenn der Herr Vertheidiger sagt, es würde einen „Flecken" auf die sächsische Gerechtigkeit, die sie — die Herren Geschwornen — hier üben, werfen, wenn sie über die Angeklagten das Schuldig aussprechen würden. Das war meine Pflicht, daß ich dies rügte. Jetzt werden wir eine Mittagspause machen.

Angeklagter Liebknecht: Ich bitte ums Wort.

Präsident: Zur Vertheidigung?

Liebknecht: Im Hinblick auf die Behandlung, welche einem unserer Vertheidiger vorhin zu Theil geworden ist, erkläre ich hiermit, daß ich, weil Redefreiheit für die Vertheidigung nicht existirt, auf eine Vertheidigungsrede verzichte.

Präsident: So!?

Liebknecht: Den Herren Geschwornen stelle ich anheim, über die Thatfrage zu richten. Die Anklage hat meiner Ansicht nach sich selbst besser gerichtet, als sie durch Einen von uns gerichtet werden könnte.

Bebel: Ich schließe mich dem an.

Hepner: Ich gleichfalls.

Präsident: Es wird jetzt noch das Protokoll verlesen werden, dann werden wir zur Mittagspause übergehen. Hierauf wird, nachdem ich mit den Herren Geschwornen gesprochen habe, die Rechtsbelehrung stattfinden.

(Protokollverlesung.)

Vertheidiger Freytag II.: Ich möchte allerdings bemerken, da einmal der Herr Protokollant der Sache gedacht hat, daß ich erklärt habe, daß meine Schlußäußerung eine Antwort war auf die gestrige Aeußerung des Herrn Staatsanwalts, die ich auch mit zu protokolliren bitte.

Vertheidiger Freytag I.: Worin den Herren Geschwornen eventuell vorgeworfen wird, daß sie die Revolution sanktioniren.

Staatsanwalt: Damit das vollständig wird: „Die Vorbereitung zur Revolution!"

Vertheidiger Freytag II.: Nein, Sie haben gesagt: „so sanktioniren Sie die Revolution in Permanenz". Wir wollen die Worte doch festhalten, wie sie sind.

Liebknecht: So habe ich nachgeschrieben.*)

Protokollant Assessor Bartsch: Ich habe also Folgendes noch bemerkt: „er wünsche hinzugefügt" ꝛc.

Staatsanwalt: „Die Vorbereitung der Revolution für jetzt und immer", so glaube ich gesagt zu haben.

Geschworner Börner: „In Permanenz" hat er nicht gesagt.

Vertheidiger Freytag II.: Das ist beiläufig ganz einerlei.

Staatsanwalt: Der Sinn ist derselbe.

Präsident: Ich würde Sie ersuchen, um 1 Uhr wieder zu erscheinen.

(Die Sitzung ist bis 1 Uhr vertagt.)

Um 1 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen; der Saal und die Gallerien sind überfüllt.

Der Präsident des Schwurgerichts ergreift das Wort zur „Rechtsbelehrung":**) Meine Herren Geschwornen! Bevor

*) Hiernach ist der Schluß der Rede des Staatsanwalts S. 549 zu berichtigen. Obiges ist dem amtlichen stenographischen Bericht entnommen, der für die ganze Partie vom Beginn der Vertheidigungsrede Freytag's I. (S. 550) bis zu dem Beginn der „Rechtsbelehrung" von uns benutzt werden konnte, den wir aber für die erste Rede des Staatsanwalts, wie überhaupt für alles Uebrige nicht zur Verfügung hatten.

**) Der Bericht über die „Rechtsbelehrung" des Präsidenten Mücke ist der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" entnommen, die das vollständigste Referat geliefert hat.

Sie sich in Ihr Berathungszimmer zurückziehen, habe ich die Pflicht, Ihnen die Gesetzesstellen zu erläutern, indessen schicke ich vorher eine Bemerkung voraus über die an Sie gestellten Fragen. Ich finde darin keineswegs etwas Unverständliches. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie die Frage zunächst so lesen, daß Sie nur den Anfang und das Ende, die Spitze und das Ende des Satzes lesen. (Präsident liest so.) Das gleiche Verfahren bitte ich anzuwenden bei der Frage, die nach dem revidirten Strafgesetzbuche an Sie gerichtet ist. Denn in diesen Worten besteht die eigentliche Frage. Aber es hat die Frage an sich noch zwei Theile. Zunächst werden Ihnen die sämmtlichen Handlungen vorgeführt, welche am Schlusse als solche bezeichnet werden, wodurch das hochverrätherische Unternehmen als solches bezeichnet wird. Es werden aber diese sämmtlichen Handlungen, wenn Sie dieselben als erwiesen ansehen, nur dann ein Verbrechen des Hochverraths begründen, wenn sie in der Eingangs der Fragen gedachten Absicht geschehen sind, nämlich zum Zwecke des Vorhabens, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, gewaltsam zu ändern oder die Regierungsrechte des sächsischen Staatsoberhauptes, um die sächsische Staatsverfassung in ihren wesenlichen Bestandtheilen aufzuheben, gewaltsam anzugreifen ꝛc. Nun, meine Herren Geschwornen, was den Anfang der Frage an sich anlangt, wo die Absicht, der dolus präzisirt wird, so mache ich Sie, gestützt auf meine Erfahrungen aus früheren Verhandlungen, darauf aufmerksam, daß Sie dafür allerdings handgreifliche Beweise nicht finden können. Denn die Absicht ist ein innerer Vorgang innerhalb der menschlichen Seele, des verschwiegenen Willens. Wie können Sie also zu einem Beweise gelangen, daß die Handlung zu diesem Zwecke vorgenommen ist? Da bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als die Zusammenwirkung derjenigen Thatsachen, welche Ihnen in der Urtheilssitzung vorgeführt wurden, in ihrem inneren Zusammenhange auf sich wirken zu lassen. Begründen diese in ihrem inneren Zusammenhange die Ueberzeugung bei Ihnen, daß diese Thatsachen zu dem Zwecke geschehen sind, die deutsche Staatsverfassung ꝛc. zu beseitigen, so werden Sie eine Verurtheilung auszusprechen haben, andernfalls nicht.

Ich gehe jetzt zur Erläuterung der Gesetze über. § 86 bestimmt (verliest den Wortlaut). Hier ist also von „anderen

Handlungen" die Rede, welche das hochverrätherische Unternehmen vorbereiten. Sehen wir uns diese Handlungen näher an. (Präsident verliest nun die vorausgehenden §§ 81—84, mit ganz kurzen Erläuterungen.) Es ist so viel davon gesprochen worden, daß das Gesetz ein bestimmtes Unternehmen, ein gehörig umgrenztes erfordere. Nun, meine Herren, etwas Umgrenzteres können wir wohl nicht haben als ein Unternehmen, welches darauf gerichtet ist, die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats gewaltsam zu ändern. Ebenso nach dem revidirten Strafgesetzbuch. Die Herren Vertheidiger haben das Bestimmte des Unternehmens vermißt. Ich habe Ihnen die Auslegung anheimzugeben. Im Gesetz ist das Erforderniß gar nicht enthalten, weil es selbstverständlich ist. Welcher Art das Unternehmen im vorliegenden Fall sei, ist gerade in den einzelnen Fragen sehr bestimmt ausgedrückt. Es ist von einer Seite angedeutet worden, ein bestimmtes Unternehmen könne man sich denken als ein in der Ausführung begriffenes oder mindestens nahe bevorstehendes. Das ist ganz unrichtig. Denn dann haben wir schon ein vollendetes Verbrechen. Dann würde § 82 platzgreifen, welcher „jede Handlung" bestraft, durch welche das Unternehmen unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll. Dafür sind Ihnen mannigfaltige Beispiele angeführt, z. B. das Ansammeln und Einüben von Leuten. Das ist keine Vorbereitung, sondern eine Vollendung der Vorbereitung. Es ist ganz besonders betont worden der Ausdruck, welcher sich befindet im Erkenntnisse des Oberappellationsgerichts und gerade das Anklagekammer-Erkenntniß bestätigt, nämlich daß ein Unternehmen eine konkrete Form angenommen haben müsse.

Ich fühle mich veranlaßt, Ihnen da den Wortlaut des Erkenntnisses vorzulesen. (Geschieht.) Es heißt da unter Anderem: „Es ist zuzugeben, daß es zur Anwendung des § 86 noch nicht ausreicht, daß die Angeklagten staatsgefährliche Nachrichten verbreitet, die Staats- und Reichsverfassung herabgewürdigt, die Einführung einer andern Verfassung als wünschenswerth hingestellt haben, sondern daß die Ausführung eines bestimmten hochverrätherischen Unternehmens im Sinne der §§ 82 und 83 angestrebt wird. Von diesem Standpunkt ist aber auch die Anklagekammer ausgegangen, und es ist für indizirt angesehen worden, daß die Angeschuldigten bei dem, was sie gethan, nicht blos im Allgemeinen staatsgefährliche

Zwecke vorgehabt haben, sondern daß sie, um die Staatsverfassung ꝛc. abzuändern und aufzuheben und statt der monarchischen Staatsform die republikanische einzuführen, einen gewaltsamen Angriff gegen die gedachte Staatsverfassung vorgehabt, daß dieses Vorhaben auch in dem Bewußtsein der Angeklagten bereits eine konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse gewonnen, und daß diese Angeklagten durch die sub a—h angeführten Handlungen sehr energisch vorbereitet und zu diesem Behufe namentlich durch engen Anschluß aneinander und durch einheitliche Organisation . . . sowie auch sonst sich bereit zu halten hingewirkt und auf dieses Vorhaben hingewirkt haben. Diese Momente genügen, um die wegen Vorbereitung des Hochverraths erhobene Anklage zu begründen. Denn es kann nicht verlangt werden, daß schon bei der Vorbereitung eines an sich bestimmten Unternehmens alle Modalitäten in Betreff der Ausführung, Mittel, Zeit ꝛc. feststehen. Wäre ein Unternehmen schon so weit gediehen, so würde nicht § 86, sondern §§ 82—85 oder § 81 in Frage kommen.

Ich habe, was die gesetzlichen Stellen anbelangt, etwas Weiteres nicht anzuführen. Ich betone nochmals, es wird Ihnen wegen Jedes der Angeklagten nur eine Frage, oder wenn Sie wollen zwei, eine mit Bezug auf das Reichs-Strafgesetz, die andere mit Bezug auf das sächsische revidirte Strafgesetzbuch vorgelegt. Ueber jede der Unterabtheilungen unter a—h haben Sie nicht etwa ein Ja oder Nein abzugeben, sondern nur am Schlusse anzugeben Ja oder Nein. Würden Sie aber eine dieser einzelnen Fragen zu verneinen haben, so würden Sie in Beantwortung der Hauptfrage zu sagen haben: „Ja, aber es ist nicht als erwiesen anzusehen, daß der Angklagte die Thathandlung a, b, c, ꝛc. begangen hat.“ Darauf werden Sie sich wieder zu fragen haben: „Ist trotzdem, daß a, b, c, ꝛc. nicht erwiesen ist, die Hauptfrage zu bejahen?“ Es hängt das natürlich ganz von Ihrem Ermessen ab, dies zu beurtheilen. Denn es liegt natürlich die Möglichkeit vor, daß Sie auch diese Frage verneinen.

(Der Präsident giebt dann nur noch die nöthige Anleitung über die Leitung der Verhandlungen im Geschwornenzimmer, die Wahl des Obmanns ꝛc.) Sie haben dann den Wahrspruch vom Obmann und zwei Geschwornen unterzeichnen zu lassen, und der Herr Obmann hat den Wahrspruch zu verkünden mit den Worten: „Auf meine Ehre und mein Gewissen,

der Wahrspruch der Geschwornen ist folgender:" Und dann bei jeder Bejahung hinzusetzen: „mit mehr als sieben Stimmen".

Vertheidiger Freytag II.: Ich habe gegen die Rechtsbelehrung des Präsidenten Einwendungen zu machen. Aus dieser Belehrung ging hervor, daß das Wort „Vorhaben" nicht einen Entschluß voraussetze, welcher im Bewußtsein des Angeklagten gereift sein müsse. Ich bezeichne das als irrthümlich und stelle die Behauptung auf, daß ein Vorhaben erst dann möglich ist, wenn es zum Entschluß gediehen ist.

Präsident: Ich habe zu erklären, daß die Bestimmtheit des Entschlusses bereits in den einzelnen Thatsachen (a—h) präzisirt wird.

Vertheidiger Freytag II.: Sie verwechseln Vorhaben und Unternehmen. Ich frage also bestimmt, ob Sie nicht zugeben, daß das Wort Vorhaben einen Entschluß voraussetze?

Präsident: Das will ich zugeben.

Vertheidiger Freytag I.: Ich behaupte ferner, daß es nach dem Gesetze nothwendig ist, „daß das Vorhaben bereits im Bewußtsein konkrete Gestaltung und bestimmte Umrisse gewonnen habe."

Präsident: Diese besteht eben darin, daß die Angeklagten die in den Fragen aufgeführten Handlungen begangen haben sollen zu dem am Anfange der Fragen angegebenen Zwecke.

Vertheidiger Freytag I.: Der Herr Präsident verwechselt Vorhaben und Unternehmen. Die Angeklagten müssen einen bestimmten Entschluß gefaßt haben.

Präsident: Ein Entschluß gehört allemal zum Vorhaben, aber dieser ist auch in der Frage ganz klar ausgedrückt. Alles Weitere lehne ich ab.

Vertheidiger Freytag I.: Dann bitte ich die Ablehnung meines Antrages im Protokoll zu verlautbaren.

Präsident: Und daß ich das bereits in den Worten der Frage niedergelegt finde und zwar in den Worten: „zum Zwecke des Vorhabens" ꝛc. bis zum Satze a.

Die den Geschwornen vorgelegten Fragen findet der Leser S. 534 ff. Blos Satz 1 hat definitiv folgende Abänderung erfahren:

„Ist der Angeklagte schuldig, dadurch, daß er innerhalb der letzten 10 Jahre, vom 17. Dezember 1870*) zurück-

*) Dem Tage der Verhaftung Liebknecht's, Bebel's und Hepner's.

gerechnet, zum Zwecke des Vorhabens (anstatt der ursprünglichen Fassung: „mit dem Vorhaben") die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen deutschen Reiches, und des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern —"

Um 1¾ Uhr ziehen sich die Geschwornen zurück und die Angeklagten treten einstweilen ab.

Nach mehr als 2½stündiger Berathung, um 4½ Uhr erscheinen die Geschwornen wieder im Sitzungssaal und verkünden durch ihren Obmann, Herrn Rittergutspächter Steiger aus Schweta, folgenden Wahrspruch:

„Auf meine Ehre und mein Gewissen, der Wahrspruch der Geschwornen ist folgender:

1. Ist der Angeklagte Wilhelm Philipp Martin Christian Ludwig Liebknecht schuldig, dadurch, daß er innerhalb der letzten zehn Jahre, vom 17. Dezember 1870 zurückgerechnet, mit und zu dem Zwecke des Vorhabens, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, jetzigen Deutschen Reichs, und des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern ꝛc. (a—h), Handlungen vorgenommen zu haben, wodurch das hochverrätherische Unternehmen, die Verfassung des Königreichs Sachsen und die Verfassung des Norddeutschen Bundes (jetzigen Deutschen Reichs) gewaltsam zu ändern, vorbereitet worden ist? Ja, mit mehr als sieben Stimmen; aber es ist nicht erwiesen der Punkt in Betreff des Militärs (Punkt f). Auch nach dem revidirten Strafgesetzbuch bejahen die Geschwornen die Schuldfrage mit mehr als sieben Stimmen, mit Ausschluß des Punktes f.

2. Ist der Angeklagte August Ferdinand Bebel schuldig, dadurch, daß er ꝛc. (wie sub 1)? Ja, mit mehr als sieben Stimmen, jedoch mit Ausschluß des Punktes f, und zwar sowohl nach dem Reichsstrafgesetzbuch als nach dem revidirten Strafgesetzbuch für das Königreich Sachsen.

3. Ist der Angeklagte Adolf Hepner schuldig, dadurch, daß er ꝛc. (wie sub 1)? Nein, und zwar sowohl nach dem Reichsstrafgesetzbuch als nach dem revidirten Strafgesetzbuch für das Königreich Sachsen."

Das überaus zahlreich versammelte Publikum hörte den Wahrspruch mit lautloser Stille an.

Vertheidiger Freytag I.: Ich habe gegen den Wahrspruch an sich nichts einzuwenden, wohl aber gegen die Art, wie er zu Stande gekommen ist, deshalb, weil ein Exemplar

des „Braunschweiger Prozeß“ von Koch von den Geschwornen mit in das Berathungszimmer genommen worden ist.

Vertheidiger Freytag II.: Ich erhebe Nichtigkeitsbeschwerde gegen diesen Wahrspruch, weil die Geschwornen die Broschüre des Staatsanwalts Koch aus Braunschweig mit in das Sitzungszimmer genommen und die Broschüre Bebel's „Unsere Ziele“, nachdem sie bereits abgetreten waren, in das Berathungslokal haben holen lassen, und beantrage, diese Broschüren mit zum Protokoll zu nehmen.

Vertheidiger Freytag I.: Auch ich erhebe Nichtigkeitsbeschwerde.

Präsident konstatirt durch Befragen der Geschwornen, daß die Broschüre des Staatsanwalts Koch aus Braunschweig Privateigenthum des Kaufmanns Geschwornen Benzien sei und daß er diese zufällig bei sich gehabt habe, ferner daß die Bebel'sche Broschüre Gegenstand der Beweismittelliste gewesen und mit seiner Bewilligung als Entlastungsmoment von den Geschwornen in das Berathungszimmer verlangt und dorthin gebracht worden sei.

Die Vertheidiger beharren beide bei ihrer Nichtigkeitsbeschwerde.

Präsident läßt die Angeklagten hereinführen und verkündet ihnen den Wahrspruch.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Liebknecht und Bebel die Zuerkennung einer die Dauer von 2 Jahren nicht übersteigenden Festungshaft, da die Vorbereitungshandlungen noch entfernte gewesen, und bei Hepner Freisprechung.

Vertheidiger Freytag I. verlangt auch bei Liebknecht wegen des formwidrigen Wahrspruchs Freisprechung, plaidirt eventuell für mildernde Umstände und hält eine sechsmonatliche Festungsstrafe, mit Anrechnung der Untersuchungshaft, für eine genügende Ahndung.

Vertheidiger Freytag II. verzichtet, ebenso wie die Angeklagten, auf das Wort.

Der Gerichtshof zieht sich zurück, und eröffnet nach Wiedereintritt desselben der Präsident das Urtheil, nach welchem Liebknecht und Bebel wegen Vorbereitung des Hochverraths auf Grund von § 86 in Verbindung mit §§ 81,2 und 47 des Reichsstrafgesetzbuchs mit je 2 Jahren Festungshaft, jedoch unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungsarrest auf die Strafe, belegt und zur Kostenabstattung ver-

gehalten werden, während Hepner von der wider ihn erhobenen Anklage freigesprochen wird. Die Gründe zu dem Erkenntniß werden in einem besonderen Termin bekannt gemacht werden. Nachdem der Präsident die angezogenen Gesetzparagraphen hat vorlesen lassen und die verurtheilten Angeklagten wegen der Rechtsmittel gegen das Erkenntniß an die Vertheidiger verwiesen hat, spricht derselbe zum Schluß allen Denjenigen, welche bei der langen Sitzungsperiode mitgewirkt haben, seinen Dank aus und wünscht, daß die Geschwornen, welche ihr Amt mit Eifer und Hingebung erfüllt, in der Heimath die nothwendige Erholung (!) finden möchten.

Herr Steiger von Schweta, Obmann der Geschwornen, erwidert: Für die Art und Weise, wie uns von Seiten des Gerichts und namentlich von Seiten des Herrn Präsidenten*) unser schwieriges Amt erleichtert worden ist, sind wir zu Dank verpflichtet, den ich hiermit im Namen der Geschwornen ausspreche. Durch diese Unterstützung ist es uns möglich geworden, der allerdings schweren Aufgabe zu genügen, die wir zu erfüllen berufen waren. Wir haben ergreifende Tage durchgemacht, deren Wiederkehr wir nicht wünschen. Vor Gott**) erkläre ich, wir nehmen die Ueberzeugung mit uns, nur dem Gebot unseres Gewissens gefolgt zu sein; und wir können unsern Wahrspruch getrost dem Richterstuhl der Welt überlassen.***)

Namens der Geschwornen bitte ich†) um Bewahrung eines freundlichen Andenkens.

„Hiermit", so schließt die „Leipziger Zeitung" ihren Bericht, „war die Hauptverhandlung gegen Liebknecht, Bebel und Hepner geschlossen, nachdem sie vom 11. dieses Monats an

*) Allerdings.

**) Da ist der „Gott" des Herrn Steiger zum zweiten Mal. Siehe S. 466.

***) Der „Richterstuhl der Welt" hat den Erwartungen des Herrn Steiger (von Schweta) nicht entsprochen. Wir verweisen auf die seiner Zeit im „Volksstaat" veröffentlichten Zeugnisse der Presse, die, obgleich fast ausnahmslos uns feindlich gesinnt, dennoch mit einer fast beispiellosen Einmüthigkeit das Urtheil der Leipziger Geschwornen, sowie überhaupt den ganzen „Hochverrathsprozeß", verurtheilt hat. Auch nicht ein Blatt hat den „Wahrspruch" zu vertheidigen gewagt, obgleich einige Zeitungen, namentlich mehrere von Herrn Hans Blum bediente, eine unanständige Freude über die Lahmlegung politischer Gegner ausgedrückt haben.

†) Wen? Auch die Verurtheilten?

volle 14 Tage in Anspruch genommen hatte, die längste, welche Sachsen seither gesehen. Einhundertundvierzig Beweisstücke waren in derselben zum Vortrag gekommen. Von Anfang an bis zum Schluß wohnte derselben Staatsanwalt Anders aus Berlin bei. Im Laufe der vorigen Woche ward derselben die Gegenwart Sr. Exzellenz des Herrn Justizministers Abeken, während des Plaidoyers die Gegenwart des Herrn Generalstaatsanwalts Schwarze zu Theil. Tribünen und Zuhörerraum waren fortwährend überfüllt."

Am 27. März wurden die „Entscheidungsgründe" zu dem Urtheil gegen Liebknecht, Bebel und Hepner verkündet. Der Wortlaut ist:

Die Angeklagten Liebknecht und Bebel haben sich nach dem dieselben betreffenden Wahrspruch der Geschwornen des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrath sowohl im Sinne des zur Zeit der That in Geltung gewesenen revidirten Strafgesetzbuchs für das Königreich Sachsen (Art. 118 in Verbindung mit Art. 116, 1 und 3, und Art. 120), als auch nach dem mit dem 1. Januar 1871 in Kraft getretenen Reichsstrafgesetzbuch (§ 86 in Verbindung mit § 81, 2) schuldig gemacht.

Da nach Ansicht des Gerichtshofes die auf dem allgemeinen Beschluß, die bestehende Verfassung des Deutschen Reichs und die Staatsverfassung des Königreichs Sachsen gewaltsam zu ändern, beruhenden Einzelhandlungen der Angeklagten die Natur nur eines, beziehentlich in Fortsetzungsabsicht vollführten Verbrechens — rücksichtlich dessen dahingestellt bleiben kann, ob die Angeschuldigten die von den Geschwornen als erwiesen angesehenen Verbrechenshandlungen der Hauptsache nach gemeinschaftlich beschlossen und ausgeführt haben (§ 47 des Reichsstrafgesetzbuchs) — an sich tragen, so sind die Angeschuldigten nicht wegen jeder dieser Handlungen mit besonderen Strafen zu belegen.

Bei Findung der Strafe für jeden der Angeklagten ist nach § 43 der Ausführungsverordnung zum Reichsstrafgesetzbuch vom 10. Dezember 1870 die Beantwortung der Frage maßgebend: ob die Anwendung der einschlagenden Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs zu einem für die Angeklagten mindestens nicht ungünstigeren Ergebnisse führt als die Anwendung des revidirten Strafgesetzbuchs, unter dessen Herrschaft das Verbrechen begangen worden ist.

In Erwägung nun, daß in diesem Betreff nach § 46 bez. 45 der nur gedachten Verordnung, wenn verschiedene Strafarten in Frage sind, nicht die Dauer der Strafen, sondern die Strafart entscheidend ist, genügt es, darauf hinzudeuten, daß das revidirte Strafgesetzbuch das Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrath mit Gefängniß oder Arbeitshausstrafe bedroht, während das Reichsstrafgesetzbuch dafür auch die Ahndung der Festungshaft zuläßt, um nachzuweisen, daß die nach dem Reichsstrafgesetzbuch bemessene Strafe die minder schwere ist.

Das Vorhandensein mildernder Umstände hat der Gerichtshof nicht angenommen, wohl aber, beziehentlich im Hinblick auf die von den Angeklagten durch ihr fortgesetzt widerrechtliches Gebahren bewiesene Beharrlichkeit ihres verbrecherischen Willens, die Höhe der ihnen zuerkannten Strafe — auf welche jedoch zwei Monate der Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht werden — als ihrer Verschuldung entsprechend erachtet.

Dagegen war die Freisprechung Hepner's eine nothwendige Folge des Wahrspruchs der Geschwornen zu der diesen Angeschuldigten betreffenden Frage.

Der Kostenpunkt findet in den Bestimmungen der Art. 305 und bez. Art. 306 der revidirten Strafprozeßordnung seine Rechtfertigung.

Die von den Vertheidigern Liebknecht's und Bebel's am Schluß der Prozeßverhandlungen angemeldete Nichtigkeitsbeschwerde wurde ausführlich und eingehend begründet, blieb aber erfolglos.

Nr. 26 des „Volksstaat" (1872) enthielt folgende Schriftstücke:

„Parteigenossen!

Bürgerliche Geschworne haben uns verurtheilt, wo Juristen und Richter von Fach keine Schuld zu finden vermochten. Wir werden die uns zuerkannte „Strafe" zu tragen wissen. An Euch, Parteigenossen, ist es nun, auf das Urtheil zu antworten, indem Ihr Eure Anstrengungen für die Ausbreitung unserer Partei verdoppelt. Vor *allen* Dingen sucht dem Parteiorgan immer weitere Kreise zu

öffnen! Der Quartalwechsel steht vor der Thür. Thut Euer Möglichstes, um dem „Volksstaat“ neue Abonnenten zuzuführen!

Wirke Jeder, so viel er kann, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo Urtheile wie das jetzt gegen uns gefällte unmöglich sind.

Hoch die Sozialdemokratie! Nieder mit der Klassenherrschaft!

Leipzig, 27. März 1872.

A. Bebel. W. Liebknecht.

* * *

„Zu unserer Verurtheilung.

Durch die Behauptung des Präsidenten von Mücke, daß wir nach Veröffentlichung des Wahrspruchs blos über die Höhe des Strafmaßes reden dürften, wurden wir gestern verhindert, folgende Erklärung abzugeben:

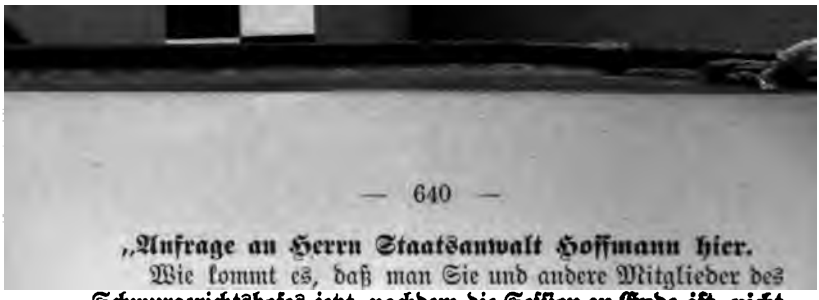
„Der Wahrspruch der Herren Geschwornen ist nicht wahr. Was wir gewollt und gethan, haben wir ohne Hehl bekannt; ein hochverrätherisches Unternehmen im Sinne des Strafgesetzbuchs haben wir nicht vorbereitet. Wenn wir schuldig sind, ist jede Partei schuldig, die nicht gerade am Ruder ist. Indem man uns verurtheilt, ächtet man die freie Meinungsäußerung.

„Durch Ihren Wahrspruch, meine Herren Geschwornen, haben Sie im Namen der besitzenden Klasse die Gewaltthat von Lötzen sanktionirt, und der Reaktion einen Freibrief in blanco ausgestellt. Uns persönlich ist das Resultat gleichgültig. Dieser Prozeß hat so unendlich viel für die Verbreitung unserer Prinzipien gewirkt, daß wir gern die paar Jahre Gefängniß hinnehmen, die — falls Rechtskraft eintritt — über uns verhängt werden können. Die Sozialdemokratie steht über dem Bereich eines Schwurgerichts. Unsere Partei wird leben, wachsen und siegen. Wohl aber haben Sie, meine Herren Geschwornen, durch Ihr Verdikt das Todesurtheil gefällt über das Institut der heutigen Schwurgerichte, die, ausschließlich aus der besitzenden Klasse gebildet, nichts sind als Mittel der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung.

Leipzig, den 27. März 1872.

Wilhelm Liebknecht. August Bebel.“

* * *



„Anfrage an Herrn Staatsanwalt Hoffmann hier.

Wie kommt es, daß man Sie und andere Mitglieder des Schwurgerichtshofes jetzt, nachdem die Session zu Ende ist, nicht mehr bei Schatz (Restauration in der Ritterstraße), wo sich die Geschwornen in der Regel des Abends zusammenfanden, antrifft? Und zwar jetzt ebensowenig wie vor der Session?

Ein Neugieriger, welcher Ihren, im Hochverrathsprozeß entwickelten Theorien zuneigt und glaubt, daß dieses „Unternehmen" (eines Staatsanwalts, mit den Geschwornen während der Dauer eines und desselben Prozesses gemüthlich des Abends beisammen zu sein) ungesetzlich sei, weil es — wie jedes „Unternehmen" — „zum Zwecke des Vorhabens" bestimmt ist, obschon „konkrete Gestalt und bestimmte Umrisse" dieses „Vorhabens" nicht nachweisbar sind. Nach Ihrer Deutung des Dresdner Oberappellations-Entscheids ist aber der Nachweis der „konkreten Gestalt und bestimmten Umrisse" nicht nöthig, und es liegt somit hier, da überdies „Zeit und Ort bestimmt" waren, nicht blos „Vorbereitung", sondern sogar „Versuch" vor."

In Nr. 27 des „Volksstaat" (1872) erschien nachstehende

„Erklärung.

Ich bin vom Schwurgericht freigesprochen worden, obschon ich mich wiederholt offen als Republikaner und Sozialdemokrat bekannt habe.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich (in meinem zur Verlesung gebrachten Briefe) die republikanische Propaganda als nothwendig hingestellt habe.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich die Verbreitung von Flugschriften (zum Beispiel des angeblich aufreizenden Herwegh'schen Arbeiterliedes „Bet' und arbeit") bekannt und erklärt habe, den „Vorbote" auch in Zukunft zum Abonnement empfehlen zu wollen.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich die Beseitigung der bestehenden Verfassung als meinen Wunsch bekannt habe.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich die Agitation unter der Landbevölkerung als berechtigt erklärt habe.

Ich bin freigesprochen worden, obschon ich meine Mitgliedschaft bei der Internationalen bekannt habe.

Ich bin endlich freigesprochen worden, obschon ich mich durchweg zu den An- und Absichten der Hauptangeklagten Liebknecht und Bebel bekannt habe.

Der Unterschied zwischen den Letzteren und mir besteht blos darin, daß ihre agitatorische Thätigkeit eine vieljährige, die meinige bislang nur eine kurze war; daß ihr Name den Haß der gesammten deutschen Bourgeoisie wachruft, der meinige kaum einigen Dutzenden von Gegnern bekannt war.

Ich bin also freigesprochen worden, weil ich weder Liebknecht noch Bebel heiße.

Leipzig, 28. März 1872. Adolf Hepner."

Dieselbe Nummer des „Volksstaat" enthielt Folgendes:

„Zum Leipziger Hochverrathsprozeß.

Das Urtheil in dem Prozeß gegen Liebknecht und Bebel hat in den weitesten Kreisen das peinlichste Aufsehen erregt. Ein großer Theil der halbwegs unabhängigen Presse (die „Frankfurter Zeitung", der „Frankfurter Beobachter", der „Nürnberger Korrespondent", die „Mittelrheinische Zeitung", die Berliner „Volkszeitung" u. s. w.) hatten schon vor Schluß des Prozesses einstimmig ihr Urtheil dahin abgegeben, daß der Prozeß ein Tendenzprozeß sei, und daß die Geschwornen unzweifelhaft freisprechen würden. Ebenso einstimmig waren alle uns zu Gesicht gekommenen Zeitungen darin, daß die Leitung der Verhandlungen durch den Präsidenten den Schein der Parteilichkeit und unstatthafter Beeinflussung trage.

Wir wollen uns hierüber vorläufig eines Urtheils enthalten, fühlen uns aber um so mehr verpflichtet, auf eine Reihe von Vorfällen aufmerksam zu machen, welche den Prozeß und sein Endresultat in sehr eigenthümlichem Lichte erscheinen lassen.

In erster Linie ist es allgemein als höchst anstößig befunden worden, daß während der Dauer des Prozesses regelmäßig jeden Abend eine Anzahl Geschworner, der Staatsanwalt und Mitglieder des Gerichtshofes in der Restauration von Schatz (in der Ritterstraße) zusammenkamen, und daß dort, wie durch Zeugen nachgewiesen werden kann, der Prozeß öfters den Gegenstand der Unterhaltung bildete.

An einem dieser Abende richtete der Geschworne Kaufmann B. an den Geschwornen Rittergutsbesitzer W. folgende Bemerkung: „Ich möchte wissen, ob der Präsident (des Schwurgerichtshofes), wenn man ihn auf das Gewissen fragte, ob die Angeklagten juristisch schuldig sind, dies bejaht. Für moralisch schuldig halte ich sie, aber nicht für juristisch.“ Wir wissen nicht, ob der Geschworne B. dem Präsidenten diese Frage vorgelegt hat; ist es geschehen, dann schlimm genug, denn darüber herrscht in ganz Leipzig, bei Freund und Feind und bei den Angeklagten am allerwenigsten, kein Zweifel, daß der Präsident den Angeklagten entschieden feindlich gesinnt und ihre Verurtheilung in seinen Augen eine Nothwendigkeit war. —

Am Tage vor der Verurtheilung, Montag, den 25. März, Abends, saßen wieder eine Anzahl Geschworner und Mitglieder des Gerichtshofes bei einem Glase Bier in der Schatz'schen Restauration. Unter ihnen befand sich auch der (nicht zum Schwurgericht gehörige) Appellationsgerichtsrath Müller, der, zu den Geschwornen gewandt, u. A. folgende Bemerkung machte: „Denken Sie sich, meine Herren, mir träumte verflossene Nacht, Bebel*) sei freigesprochen worden, da habe ich mich aber geärgert.“ Nun, deutlicher kann man sich wahrhaftig nicht aussprechen. Herr Müller ist außerordentliches Mitglied des Appellationsgerichtes, Meister vom Stuhl der Loge Minerva und, wie die meisten Freimaurer, enragirter Nationalliberaler.

Dienstag früh, den 27. März, am Tage der Verurtheilung, traf der Geschworne Oberförster Börner aus Seidewitz bei Leisnig mit einem Mitglied des Gerichtshofes zusammen auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes. Nach der üblichen Begrüßung entschuldigte er sich, daß er den Abend vorher nicht bei Schatz habe sein können: „wir sind gestern Abend zu Witzleben's Bruder eingeladen worden.“ (Herr Forstinspektor von Witzleben war Hilfsgeschworner, sein Bruder hier ist Herr von Witzleben, der Chef-Redakteur der königlich sächsischen „Leipziger Zeitung“. Letzterer „Herr von“ soll, wie die meisten der höheren Regierungsbeamten, entschieden für die Verurtheilung gewesen sein.

*) Die Möglichkeit, Liebknecht allein zu verurtheilen, war nämlich sehr ernst ins Auge gefaßt worden.

Den Geschwornen H. aus N. trifft ein hiesiger Rechtsanwalt auf der Straße. „Nun, Herr H.", redet dieser ihn an, „sagen Sie mir ein Mal offen und ehrlich: können Sie sich ein klares Bild machen über die vielen Aktenstücke, die Ihnen vorgelesen werden?" Die Antwort lautete offen und naiv: „Herr Advokat, offen gesagt, wenn ich nicht zeitweilig eine Prise nähm', schliefe ich dabei ein." Der Geschworne, der sich „kein klares Bild" über das Vorgelesene machen konnte und zeitweilig „eine Prise nehmen" mußte, um nicht „einzuschlafen," stimmte für die Verurtheilung. Fiat justitia, pereat mundus!*)

Trotz des eben hier erzählten Falles fand es der spätere Obmann der Geschwornen, Herr Rittergutspächter Steiger auf Schweta**), mehrmals für angemessen, in gereiztem Tone sich gegen den Verdacht zu verwahren, als besäßen die Geschwornen nicht die nöthige „Intelligenz", den innern Zusammenhang der bei dem Resumé aus einzelnen Artikeln herausgerissenen Stellen zu verstehen, nachdem die Vertheidiger in Rücksicht auf die Geschwornen ein klareres Verfahren in der Beweisaufnahme von Seiten des Herrn Präsidenten verlangt hatten. Herr Steiger war es auch, der als Obmann die denkwürdigen Worte aussprach:

„Wir nehmen das Bewußtsein mit, daß wir unser Gewissen bewahrt und unserem Eide treu geblieben sind, und erwarten ruhig, was die Welt über uns sagt."

Ist es doch, als hätte er im voraus geahnt, was die öffentliche Meinung, so weit sie nicht durch Fanatismus blind gemacht ist, über das Urtheil sagt.

Und nicht allein die öffentliche Meinung und den Laien hat, so weit wir bis jetzt Urtheile zu hören Gelegenheit hatten, mit seltener Einmüthigkeit das Verdikt verurtheilt, auch in den Kreisen der Fachleute, der Juristen, ist dasselbe der Fall. Sogar in den Kreisen richterlicher Beamten sind Urtheile gefallen, unendlich schärfer als dasjenige, welches der Vertheidiger, Herr Advokat Freytag (Plauen), fällte, dahin lautend, daß eine etwaige Verurtheilung seiner subjektiven Meinung nach „ein Flecken an der Ehre der sächsischen

*) Die Gerechtigkeit soll bestehen, mag auch die Welt darüber zu Grunde gehen.

**) Von diesem Herrn ist die Rede in verschiedenen Noten, auf die hiermit verwiesen sei. (1894.)

Rechtspflege sei". Wir haben das Urtheil eines angesehenen richterlichen Beamten vernommen, der noch vor Schluß des Prozesses erklärte: „Mag der Prozeß verlaufen wie er will, er ist eine Blamage für die sächsische Justiz."

Daß eine Verurtheilung auch in den höchsten Kreisen der sächsischen Justizbeamten für eine juristische Unmöglichkeit gehalten wurde, erweist eine Aeußerung des Generalstaatsanwalts Dr. Schwarze*), desselben Generalstaatsanwalts, der es sich, gleich seinem Chef, dem Justizminister Abeken, nicht verdrießen ließ, mehrere Male während des Prozesses und namentlich am letzten Tage, wo die Entscheidung fiel, herbeizueilen, um zu hören, zu sehen und — zu helfen. Es war jetzt vor einem Jahre — wenn wir nicht irren, am 23. März — bei der Eröffnung des „ersten" deutschen Reichstags. Die Reichsboten, unter ihnen Herr Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze, sind, in Landsmannschaften gruppirt, aufgestellt im weißen Saal des preußischen Königspalastes. Fürst Bismarck tritt herein, geht auf den sächsischen Generalstaatsanwalt zu und redet ihn ungefähr mit den Worten an: „Nun, Herr Generalstaatsanwalt, was wird denn aus dem Prozeß Bebel und Genossen?" (Die Angeklagten saßen damals noch in Untersuchungshaft.) Der Herr Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze zuckt die Achseln und antwortet: „Gar nichts wird." Darauf replizirt Bismarck unwillig: „Dann hätte man auch die Leute nicht einstecken sollen, jetzt fällt das Odium des Prozesses auf uns." Spricht's und läßt den verdutzten Herrn Generalstaatsanwalt stehen. Wenige Augenblicke danach nähert sich der sächsische Finanzminister, Herr v. Friesen, dem Reichstagsabgeordneten Prof. Birnbaum**) aus Lindenau bei Leipzig und sagte zu ihm: „Da hat unser Schwarze wieder einmal eine große Dummheit gemacht." Ist das nicht köstlich? Und doch wird der Prozeß nach Verlauf eines vollen Jahres noch in Szene gesetzt und es gelingt, die Hauptangeklagten, auf die es abgesehen war, zu verurtheilen.

Fiat justitia, pereat mundus!"

*) Inzwischen verstorben. (1894).

**) Auch eine nationalliberale Größe, die ein sehr schlechtes Ende genommen hat. (1894).

Liebknecht's „ungehaltene" Rede.*)

Meine Herren Richter und Geschwornen! Wenn ich das Wort jetzt ergreife, so geschieht es nicht, um mich gegen die Anklage zu vertheidigen, sondern um die ganze Absurdität und Monstrosität dieses Prozesses im Besonderen, und der politischen Prozesse im Allgemeinen dazulegen. Mich zu vertheidigen habe ich nicht nöthig, die Anklage ist meine Vertheidigung. Eine solche Anklage ist wohl noch nicht dagewesen. Als wir verhaftet wurden, glaubte alle Welt, glaubte auch unser Untersuchungsrichter, wir hätten mit den Franzosen konspirirt und irgend eine abenteuerliche Schilderhebung geplant, bei der uns Garibaldi und die französischen Kriegsgefangenen unterstützen sollten. Niemand konnte sich denken, daß man ohne die gewichtigsten Gründe drei Staatsbürger auf die Anklage des Hochverraths hin aus ihrer Thätigkeit herausreißen und ins Gefängniß schleppen würde; es mußte von den so rücksichtslos ihrer Freiheit Beraubten irgend ein außerordentliches Verbrechen verübt worden sein, das diesen außerordentlichen Prozeß rechtfertigte. So dachte Jeder.

Die Gerichtsverhandlungen, welche sich seit 16 Tagen hier abspielen, haben den Schleier abgerissen, und dem Publikum ist es ergangen, wie den Besuchern jener Karnevalsbuden, deren Aushängeschild großartige Merkwürdigkeiten verkündigt: es steht vor — nichts! Doch nein! Es ist etwas: ja sogar ein Bau von kolossalen Dimensionen, aber gebaut von Steinen aus der berühmten Luftsteinfabrik, über die das Nähere zu lesen in Immermann's Münchhausen.

An Quantität fehlt's nicht. Die Anklage hat uns eine lange Reihe von Aktenstücken zur Geschichte der sozialistischen Bewegung vorgeführt; aber so anerkennenswerth es unzweifelhaft von unserem Standpunkt aus ist, daß Licht über die soziale Frage und die Strebungen der sozialistischen Partei verbreitet werde, so ist auf der andern Seite doch sicher, daß derartige Vorlesungen nicht in den Gerichtssaal gehören. Dazu haben wir sozialdemokratische und sonstige Vereine, Volksversammlungen u. s. w.

*) Mit Ausnahme des durch das staatsanwaltliche Plaidoyer Veranlaßten größtentheils in der Untersuchungshaft niedergeschrieben. (Diese ungehaltene Rede ist als besondere Broschüre unter dem Titel: „Hochverrath und Revolution" erschienen. [1894.])

Außer den erwähnten Aktenstücken, und anscheinend blos der Abwechslung halber — wenigstens ist es mir beim besten Willen bisher nicht gelungen, ein anderes, ernsthafteres Motiv zu entdecken — ist noch eine Anzahl von Briefen und Zeitungen verlesen worden, in denen von allen möglichen Dingen die Rede war, nur nicht von dem Dinge, worum es sich zufällig hier handelt, ausschließlich handelt: Hochverrath. —

Mit Deutschland nicht zufrieden, hat die Anklage aus England, Frankreich, Amerika und der Schweiz ihr „Material" zusammengeschleppt, und ein förmliches kommunistisch-revolutionäres Museum zurechtgemacht. Es ist manches „Gefährliche" darin, und auch Manches, was von uns herrührt: nur Schade, daß das „Gefährliche" nicht von uns herrührt, und was von uns herrührt, nicht „gefährlich" ist. Die zwei „gefährlichsten" corpora delicti, die in der staatsanwaltlichen Sammlung figuriren, zwei papierne Orsini-Bomben gruseligster Art: der „Militärkatechismus" und „die Forderungen des Volkes bei Ausbruch der Revolution", sind leider bei der ersten Berührung in diesem Saal explodirt, zum Glück ohne Jemand zu schädigen, außer allenfalls den Kuriositätensammler, welcher so um die zwei schönsten Stücke seines Raritätenkabinets gekommen ist und obendrein die bittere Enttäuschung hat erleben müssen, daß das vermeintliche Knallsilber sich coram publico, vor versammeltem Volk, in harmlosen, jedoch nicht ganz wohlriechenden blauen Dunst aufgelöst hat.

Indeß der Herr Staatsanwalt hat sich mit einer sinnreichen Theorie zu trösten gewußt: „Wenn auch die hochverrätherischen Schriften der Angeklagten durch Abwesenheit glänzen, so lassen sich doch in den nicht hochverrätherischen Schriften der Angeklagten Aeußerungen finden, die, aus dem Zusammenhang gerissen und mit anderen passenden Stellen zusammengekoppelt, einen ganz respektablen, ich meine hochverrätherischen Eindruck hervorbringen. Wer mit der Stange im Nebel herumfährt, stößt gewöhnlich zuletzt auf etwas Festes, und in der unverfänglichsten Schrift lassen sich verfängliche Dinge finden, man muß sie nur finden wollen. Where there is a will there is a way, sagen die praktischen Engländer.

„Und wenn auch die Angeklagten nicht selber Strafbares begangen haben, nun, so haben sie doch Freunde, Bekannte, Gesinnungsgenossen, die irgendeinmal irgendwo irgend

etwas Strafbares begangen haben, und was unsere Freunde thun, das ist so gut, als hätten wir selber es gethan. Sind nach dem französischen Sprichwort die Freunde unserer Freunde unsere Freunde, warum sollen nicht ebensogut die Handlungen unserer Freunde unsere Handlungen sein?" Das ist die Theorie. — Kein Zweifel, eine sehr hübsche Theorie, die viel Empfehlenswerthes hat für einen Staatsanwalt. Sie hat aber auch ihre Nachtheile, wie ich dem Herrn Staatsanwalt sofort an einem kleinen Exempel demonstriren will.

Ich habe hier ein Buch in der Hand, das seit einem halben Jahrtausend zirkulirt, ohne daß es je in den Geruch hochverrätherischen Inhalts gekommen wäre. Es ist die Göttliche Komödie.

Giebt es ein Werk des menschlichen Genius, das nach allgemeiner Uebereinstimmung in ganz besonderem Grad sich durch Sittlichkeit und reine Humanität auszeichnet, für einen Musterspiegel des Schönen und Guten gilt, so ist es das unsterbliche Gedicht Dante's. Wohlan, ich schlage es auf und im dritten Gesang der „Hölle" V. 58 ff. lese ich, wie der Dichter unter der großen Schaar der Verdammten vor der Citta dolente (der Stadt des Wehes) erblickt

„— — Jenes Schatten,
Der auf das Groß' aus Feigheit einst Verzicht that.
Sogleich sah ich es ein und ward versichert,
Daß dieses sei der Feiggesinnten Rotte,
Die Gott mißfällig sind wie seinen Feinden.
Die Jämmerlichen, welche nie gelebet,
Sie waren nackt und wurden viel gestochen
Von Bremsen und von Wespen, die hier schwärmten."

Zu dieser am Anfang etwas dunkeln Stelle macht der Uebersetzer folgende Bemerkung: „Der wahrscheinlichsten Meinung nach bezeichnet hier Dante Pabst Cöleſtin V., der, bewogen durch die Ränke des Bonifazius VIII. und um in seine Einsiedelei zurückzukehren, der päbstlichen Würde entsagte. Vielleicht sollte dieses Beispiel vorzüglich zeigen, wie wenig ein bloßes Vermeiden des Bösen, ein Vergraben seines Pfundes, wo man durch thätiges Eingreifen dem Unheil wehren sollte, vor Gott für Tugend gilt."

Kurz das Dulden des Schlimmen, von Schlechtigkeit und Mißbräuchen, wird zum verdammenswerthen Laster gestempelt,

und folgegemäß das „thätige Eingreifen", um „dem Unheil zu wehren" zur Pflicht gemacht. Der Herr Staatsanwalt wird mir wohl den Beweis erlassen, daß dieses „thätige Eingreifen" das sogenannte „Recht der Insurrektion" einschließt, das heißt das Recht gegen Regierungen, die „Unheil" über das Volk bringen, „thätig einzugreifen". Der Herr Staatsanwalt wird mir auch zugeben, daß Alles, was er in den 16 Tagen dieses Prozesses gegen uns vorgebracht hat, nicht so gravirend ist, als eine Befürwortung dieses Insurrektionsrechts unsererseits gewesen wäre.

Doch weiter: Gesang IV., V. 127 ff. In der Stätte — es ist nicht Hölle aber auch nicht Himmelreich, da dies nur für Getaufte bestimmt ist —, wo die Edelsten, die „erhabenen Geister" des Alterthums und der Heidenwelt versammelt sind, hier, in Gesellschaft von Sokrates, Plato, Anaxagoras, Avicenna, Averrhoës u. A.

„— — ich sah Latin, den König,
Hier mit Lavinia seiner Tochter sitzend;
Ich sah den **Brutus**, der Tarquin verjagte."

Brutus, der eine „gewaltsame" Revolution durchführte, das Königthum stürzte und die Republik einführte, den „erhabenen Geistern" des Alterthums zugezählt! Heißt das nicht die gewaltsame Revolution, den Hochverrath verherrlichen?

Im achten Gesang, V. 49 ff. (Der Dichter durchwandert jetzt schon die eigentliche Hölle):

„Wie viel ehrt man als große Fürsten droben,
Die Schweinen gleich im Koth hier stecken werden,
Graunvolle Flüche hinter sich verlassend."

Kann man sich eine konzentrirtere Majestätsbeleidigung (nach modernen staatsanwaltlichen Begriffen) denken? Ich wollte einmal sehen, welches Kapital die Anklage daraus geschlagen hätte, wenn im „Volksstaat" oder in irgend einem Brief von uns gesagt wäre, Monarchen, die jetzt auf der Erde „als große Fürsten geehrt werden", würden einst „Schweinen gleich im Koth der Hölle stecken, graunvolle Flüche hinter sich verlassend." Dante, wohlgemerkt, sprach von lebendigen Fürsten.

Vers 50 des neunten Gesangs zeigt uns die Wucherer („Cahors") in der Hölle. Zu Dante's Zeiten bedeutete Wucherer, was heutzutage Kapitalist, Bourgeois. Die Kapitalisten in die Hölle verweisen, heißt das nicht Klassenhaß

predigen? Eine Klasse der öffentlichen Verachtung preisgeben? Klasse gegen Klasse aufhetzen?

Blos noch eine Stelle. Im zwölften Gesang, V. 100 ff. lesen wir:

„Wir gingen mit dem sicheren Begleiter
Nur längs dem Rand hin des blutrothen Suds,
Wo der Gesottnen lautes Schrein ertönte.
Ich sah hier Volk versenkt bis zu den Brau'n.
„Tyrannen sind's, gewöhnt", sprach drauf der große
Centaur, „an blut'ge That und Räubergriffe."

Unter den Monarchen, die uns in dieser wenig beneidenswerthen Lage vorgestellt werden, befinden sich einige der größten Kriegshelden und glücklichsten Eroberer, z. B. Alexander der Große. Ich zittere bei dem Gedanken, daß es mir oder einem meiner Mitangeklagten passirt wäre, von irgend einem glücklichen Eroberer der Gegenwart zu behaupten, für seine „blut'gen Thaten und Räubergriffe" werde er dereinst, und zwar von Rechtswegen, im „blutrothen Sud" der Hölle „gesotten" werden!

Ich könnte die Zitate leicht vermehren; die mitgetheilten genügen indeß, und ich bin überzeugt, der Herr Staatsanwalt wird mir zugestehen, daß sich dem Dichter der göttlichen Komödie, hätte er das Malheur, heute im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte zu leben, ein Prozeß auf Vorbereitung zu Hochverrath und noch verschiedenes Andere zum Mindesten ebensogut machen ließe wie uns. Doch nicht blos Dante ist ein Hochverräther. Auch der Uebersetzer. „Die geistige Uebereinstimmung", die „allgemeine Gleichheit des Strebens" bedingt ja, nach der im Laufe dieses Prozesses so oft entwickelten Theorie der Anklage die volle Mitschuld. Nun hat aber der Uebersetzer dieses erzhochverrätherischen Werkes nicht nur selbsteigenhändig eine Anmerkung geschrieben, die das Recht der Revolution, der gewaltsamen Auflehnung gegen schlechte Regierungen proklamirt, nein, er hat auch, gerade als hätte er sich absichtlich die Schlinge der staatsanwaltlichen Theorie um den Hals legen wollen, in der Vorrede zu seiner Uebersetzung ausdrücklich erklärt: „Dante ist mein Dichter"; „Dante ist seit langer Zeit mein Lieblingsschriftsteller"; „die hohe moralische Würde (Dante's) zog mich unendlich an"; sein „Werk erfüllt unser Gemüth mit Bewunderung". „Meine Vorliebe für Dante" u. s. w. Kurz in den

unzweideutigsten Worten: vollständige Uebereinstimmung mit dem Dichter. Und wer ist es, der diese „Bewunderung", diese „Vorliebe" für den Verherrlicher des gewaltsamen Umsturzes der Monarchie zu Gunsten der Republik ausspricht, von sonstigen Todsünden gar nicht zu reden? Und der sich obendrein verpflichtet hält, in einer besonderen Note das Recht der Revolution zu predigen?

Mit seinem Schriftstellernamen nennt er sich Philalethes, zu Deutsch: Freund der Wahrheit; mit seinem gewöhnlichen Namen heißt er Johann, König von Sachsen, und Juristen rühmen von ihm, er sei der Jurist unter den Königen und der König unter den Juristen — was beides beiläufig keine Schmeichelei ist. Sieht der Herr Staatsanwalt, wohin seine Theorie führt? Ich erwähnte bereits bei einer früheren Gelegenheit des Wortes Fouché's: „Man gebe mir eine beliebige Zeile von Jemand, und ich bringe ihn an den Galgen." Aehnlich rief einst ein streitbarer englischer Bischof aus: „Gott sei Dank, mein Feind hat ein Buch geschrieben. Nun habe ich ihn in der Tasche!" Ich weiß nicht, ob der Herr Staatsanwalt ein Buch oder nur das kleinste Broschürchen geschrieben hat. Wenn, so mache ich mich anheischig, ihm zu seiner kompleten Zufriedenheit den Nachweis zu liefern, daß der Schriftsteller Hoffmann nach der Logik des Staatsanwalts Hoffmann ein Hochverräther ist und noch Schlimmeres. —

Doch lassen wir das.

Auf das angebliche Belastungsmaterial, welches die Anklage produzirt hat, lasse ich mich nicht ein. Stück für Stück ist es von uns zerlegt, zerfetzt, aufgelöst, zu blauem Dunst verflüchtigt worden. Es wäre eine Beleidigung für den Verstand der Herren Richter und Geschwornen, wollte ich diese Arbeit noch einmal vornehmen. Wir haben genug Wiederholungen gehabt in diesem traurigen Prozeß, und der Geduldigste muß die Geduld verlieren, wenn er sieht, wie dieselben lahmen Argumente hundert mal aufmarschiren, hundert mal zu Boden geschlagen werden und hundert mal wieder aufstehen, um sich von Neuem auf den Kopf schlagen zu lassen.

Ich werde mich blos mit einigen Sätzen der Anklagerede des Herrn Staatsanwalts beschäftigen und dieselben einer kurzen Kritik unterwerfen. Vorher aber will ich die

schriftliche Erklärung mittheilen, welche ich während der Untersuchungshaft am 15. Februar des vorigen Jahres (1870) zu Protokoll gab, und in der die Anklage ziemlich erschöpfend charakterisirt wird.

Die Erklärung lautet:

„In Anschluß an die Protokolle der bezüglichen Verhöre erlaube ich mir, mit Rücksicht auf die von mir geführte und mich betreffende Korrespondenz mit dem Braunschweig-Wolfenbütteler Ausschuß, ergänzend und zusammenfassend, Folgendes zu bemerken: Zunächst erhellt aus dieser Korrespondenz meine vollständige Unabhängigkeit von allen äußeren Einflüssen. Diese Thatsache, welche aus zahlreichen Briefen klar und scharf hervortritt, hat insofern eine hohe Bedeutung, als sie nicht blos für mich, sondern auch, bei meiner Stellung in der Partei, für die Partei überhaupt die Theorie der Anklage, als seien wir von London, Genf, Zürich ꝛc. geleitet worden, zu Boden fallen läßt. (Ich verweise insbesondere auf verschiedene Briefe Ladendorf's und auf einen Brief von mir, in dem ich mittheile, daß Marx mein und Bebel's Verhalten im Reichstag gebilligt habe, und zwar ohne vorherige Verständigung, wie aus dem Brief hervorgeht.) Ferner findet sich in meiner Korrespondenz mit dem Ausschuß nicht nur nicht der leiseste Anhalt für die Anklage auf „Vorbereitung zum Hochverrath", sondern sogar der direkte und positive Beweis für die Grundlosigkeit dieser Anklage — ein Beweis, der durch den vertraulichen, ja familiären Charakter meiner Korrespondenz noch verstärkte Kraft empfängt. Gerade im Moment der höchsten Aufregung, in dem Moment, wo hochverrätherische Absichten, wenn vorhanden, sicher zum Ausdruck hätten gelangen müssen, unmittelbar nach Proklamirung der französischen Republik, bringe ich in einem Brief, dessen „Mäßigung" selbst die denunziatorische „Zeidler's Korrespondenz" unwillkürlich anzuerkennen gezwungen war, auf eine Besprechung mit dem Ausschuß, da die Verhältnisse schwierig, „der Zwischenraum zwischen der Skylla der Pflicht und der Charybde des Landesverraths bedenklich klein" — eine Aeußerung, die dem Wortlaut und ganzen Zusammenhang nach nichts andres bedeuten konnte als: wir wollen uns darüber berathen, wie wir zu verfahren haben, um weder gegen die Pflicht noch gegen die Landes- resp. Hochverraths-

gesetze zu verstoßen. Denn Landes- und Hochverrath fällt während eines Krieges so ziemlich zusammen. Weiter gehört hierher die Aeußerung in einem früheren Brief: „Ohne die Bauern können wir wohl eine Revolution machen, aber keine Revolution kann sich behaupten, welche die Bauern gegen sich hat.“ Diese Aeußerung war gegen die von Herrn v. Schweitzer (dem königlich preußischen Sozialisten) gepflegte Anschauung gerichtet, die soziale Revolution sei ausschließlich Sache der Arbeiter (der Industriearbeiter). Ich hatte dabei den extremen Fall der Februarrevolution im Auge, über deren Mißlingen ich um jene Zeit einige Vorträge gehalten hatte. Daß ich auf die Sinnlosigkeit eines Putsches habe aufmerksam machen wollen, geht aus einer unter meinen Papieren gefundenen Notiz zu einem Vortrag hervor, worin es heißt: „Wenn die Arbeiter einen Putsch machten (oder ähnlich, ich erinnere mich der Anfangsworte nicht genau), so würden sie von den Bauern todtgeschlagen wie tolle Hunde.“ In schärferen Ausdrücken lassen sich Putsche, Handstreiche, Revolutionsmacherei wohl nicht verurtheilen. Aus dem angezogenen Satz hat freilich die Anklage den Schluß ziehen wollen, ich sei nur gegen die Revolution ohne die Bauern, wohl aber für eine Revolution mit den Bauern, und dies, verbunden mit dem Umstand, daß wir die Bauern für uns zu gewinnen suchen, konstituire eine „Vorbereitung zum Hochverrath“. Die von mir gebrauchten Worte berechtigen in keiner Weise zu einer solchen Schlußfolgerung, die ich nicht anders, denn als willkürlich bezeichnen kann. Ich sage nicht, daß wir eine Revolution mit den Bauern machen wollen, sondern einfach, daß eine Revolution ohne die Bauern sich nicht behaupten kann, und spreche damit eine durch die Februarrevolution bestätigte historische Wahrheit, aber nicht die Absicht des Revolutionsmachens meiner- oder unsererseits aus, worauf Alles ankommt. Und nicht nur spreche ich eine solche Absicht nicht aus, nein, sie wird direkt ausgeschlossen durch den Sinn des ganzen Satzes. Die Bauern gewinnen, heißt drei Viertel der Gesammtbevölkerung gewinnen: sind sie für uns gewonnen, so haben wir die Majorität für uns und, wenn dann eine friedliche Lösung nicht gefunden wird, nun, so trägt nicht die Majorität, sondern die ihr entgegentretende Minorität die Schuld etwaiger Gewaltsamkeiten. Sollte es in

einem, übrigens sehr fern liegenden Fall — die Gewinnung der Bauern wird Jahrzehnte erfordern — wirklich zu Akten des Hochverraths kommen, so würde die Staatsanwaltschaft nicht die Majorität, welche im Recht ist, sondern die der Majorität ihr Recht verweigernde Minorität ins Auge zu fassen haben. Doch, wie gesagt, das sind sehr entfernte Möglichkeiten, die sich vorläufig noch, zwar nicht den Privatvermuthungen, aber doch den amtlichen Funktionen der Staatsanwaltschaft entziehen. Für Jeden, der unparteiisch und unbefangen jene Briefstelle betrachtet, kann nur zweierlei aus derselben resultiren:

1. Daß ich ein Gegner von Putschen bin, und
2. Daß ich unserer Partei die Majorität zu gewinnen suche.

Unsere Partei ist eben in ihren Zielen eine revolutionäre, d. h. eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft anstrebende Partei, aber sie ist gerade deshalb eine Partei der Agitation, nicht der blos die Oberfläche des Staats berührenden Putsche — eine propagandistische Partei, welche durch Verbreitung ihrer Ideen den Sieg zu erringen sucht, nicht durch kindische Revolutionsmacherei.

Und hier muß ich den oben schon berührten Punkt ernstlichst betonen, daß der Charakter meiner Korrespondenz auch für alle meine Mitangeklagten entlastend ist und daß er namentlich auch die, wie mir scheint von der Anklage werthgehaltene Theorie zerstört, wir hätten hinter unserer öffentlichen Organisation eine geheime. Bestünde eine derartige Organisation, so müßte sich in meiner Korrespondenz der Beweis finden. Das Fehlen des Beweises ist Gegenbeweis.

Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit noch, daß die Anklage, wohl um den auffallenden Mangel an Beweisstücken zu verhüllen, sich gegen mich auf eine vor fast zwei Jahren in Berlin gehaltenen Rede bezieht, die, im eminentesten Sinne des Worts eine Gelegenheitsrede, ausschließlich gegen den despotischen Polizei- und Militärstaat und die von diesem aufgeführte Parlamentskomödie gerichtet war. Wenn ich von diesem despotischen Staat sagte, er werde auf der Straße oder dem Schlachtfeld vernichtet werden, so habe ich damit einfach eine Wahrheit ausgesprochen, die, nach der zwingenden Logik der Weltgeschichte, sich soeben an dem französischen Empire erfüllt hat und unzweifelhaft auch, Dank der Bismarck'schen Politik, an Preußen erfüllen wird. Diese Rede gegen mich zu benutzen, ist noch um so eigenthümlicher, als

keine der gedruckten Stellen in Preußen selbst zu einer Verfolgung Anlaß gegeben hat und die ganze Rede, wenn strafbar, durch die preußische Amnestie des vorigen Jahres dem Bereich der Anklage entzogen ist.

Nachdem ich noch hervorgehoben, daß der Becker'sche Entwurf einer Ansprache an die Landbevölkerung, den die Anklage für sehr gravirend zu halten scheint, von mir nicht adoptirt worden ist (er war ursprünglich die Grundlage für ein, laut Beschluß des Eisenacher Kongresses, gemeinsam auszuarbeitendes Manifest), sondern erst nach seinem Erscheinen im „Vorboten" als fremdes Aktenstück im „Volksstaat" abgedruckt wurde, muß ich zum Schluß mein Erstaunen über die Zusammenstellung angeblich belastender Stellen aus dem „Volksstaat" ausdrücken. Aus fünf Vierteljahrgängen eines politischen Blattes ein paar Dutzend scharfer Sätze und Absätze herausfuchen und daraus auf die Gesammthaltung folgern, ist ein ebenso unbilliges Verfahren, als wenn man z. B. alle anstößigen Verse in Shakespeare's Werken sorgfältig zusammenstellen und den anerkannt hochsittlichen Dichter des Hamlet auf Grund dieser Zusammenstellung für ein Monstrum der Unsittlichkeit erklären wollte. Daß die angezogenen Stellen sich meist in zugesandten Aktenstücken und Korrespondenzen befinden, habe ich bereits im Verhör hervorgehoben, und bleibt mir hier nur noch hinzuzufügen, daß ein Theil der inkriminirten Partien, z. B. das Arbeiterlied Herwegh's, Ansprachen der Friedens- und Freiheits-Ligue u. s. f. unbeanstandet in den königlich preußischen Staaten zirkuliren durften und dürfen, wie ich denn überhaupt bei genauestem Durchlesen in keinem der inkriminirten Artikel das geringste Strafbare entdecken kann. Mit welcher Sorgfalt ich, natürlich von meinem Parteistandpunkte aus, den „Volksstaat" redigirt habe, erhellt wahrlich zur Genüge daraus, daß während der Dauer des Krieges nicht ein einziger*) politischer Preßprozeß gegen mich anhängig gemacht worden ist, obgleich die königliche Staatsanwaltschaft es gewiß nicht an scharfer Beobachtung hat fehlen lassen."

*) Zwei seit meiner Inhaftirung eingeleitete Untersuchungen beziehen sich auf in meiner Abwesenheit veröffentlichte Artikel, von denen ich allerdings die Aufnahme des Einen, übrigens vorher in der hiesigen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erschienenen, angeordnet habe. (Mit zu Protokoll gegeben.)

Das meine damalige Erklärung.

Dieser protokollarischen Aussage sei noch ein Wort des Bedauerns für den Herrn Staatsanwalt beigefügt, daß unser ganzes Parteiarchiv den Behörden in die Hände gefallen. Es ist dies eine wahre Kalamität für die Anklage, ein tödtlicher embarras de richesses. Daß uns Alles beschlagnahmt wurde, entlastet uns doppelt, subjektiv und objektiv: subjektiv, indem es das gute Gewissen des Ausschusses bekundet, der andernfalls sicherlich Vorsichtsmaßregeln getroffen hätte, die ja sehr leicht zu treffen waren; objektiv — und das giebt juristisch den Ausschlag —, indem es die Möglichkeit ausschließt, es könne hinter unserer öffentlichen Thätigkeit noch eine geheime obgewaltet haben und wir seien wirklich mit hochverrätherischen Plänen umgegangen. Wäre dem so gewesen, so hätte der Beweis sich in dem Parteiarchiv finden müssen. Aber auch nicht eine Zeile, nicht ein Buchstabe. Speziell meine vertrauliche Parteikorrespondenz war so wenig anfechtbar, daß der Herr Staatsanwalt freiwillig von der Verlesung abgestanden hat! Läßt sich eine drastischere reductio ad absurdum der Anklage denken? Wahrhaftig, allzugroßes Glück ist mitunter Unglück — wäre die Polizei nicht so glücklich gewesen und nur in den Besitz eines Theiles unserer Aktenstücke gelangt, so hätte die Anklage doch wenigstens den Trost, sagen zu können: „In den fehlenden Schriftstücken steckt der Beweis der Schuld; wir haben den Beweis nicht, aber er ist da!“ Das wäre zwar nicht juristisch korrekt gewesen — bei Hochverrathsprozessen kommt es nicht darauf an —, aber es wäre doch tausendmal besser, als, wie es jetzt der Fall ist, sich sagen zu müssen oder doch sagen lassen zu müssen: „Du hast Alles, und dieses Alles ist Nichts. Entweder mußt du aus diesem Nichts den Hochverrath beweisen oder du mußt auf die Anklage verzichten!“

Der Herr Staatsanwalt hat das Erstere vorgezogen und das Resultat ist: er quält sich seit länger als einem halben Monat ab, jenen schattenhaften Stallknecht des französischen Gassenhauers zu kopiren:

qui, de l'ombre d'une brosse,
brosse l'ombre d'une carosse.

jenen Schatten eines Stallknechts, der mit dem Schatten einer Bürste den Schatten einer Karosse reinbürstet. Die Anklage ist Schatten, das „Beweismaterial“ ist Schatten, unser „Hoch-

verrath" ist Schatten, Schatten und nichts als Schatten — das Einzige, was nicht Schatten ist in diesem Schattenbild an der Wand, das ist der Herr Staatsanwalt, und ich bedaure ihn darum aufrichtig.

Ein zweites nicht minder großes Unglück ist es für die Anklage, daß wir hier sind. Die bloße Thatsache unserer Anwesenheit ist das überzeugendste argumentum ad hominem, der schlagendste Beweis unserer Unschuld. Wir wußten, daß alle Papiere der Partei in den Händen der Behörden waren, wir wußten, daß von Berlin via Dresden der Befehl eingelaufen war, nach vollendeter Reichstagssession uns zu verhaften, wir konnten fliehen, ja wir waren so gut wie außerhalb des Bereichs der Polizei, aber wir flohen nicht, wir kehrten nach Leipzig zurück und warteten der Dinge, die da kommen würden. Und hier stehen wir nun, stark im Gefühl unserer Unschuld — stark in dem Bewußtsein, daß entweder durch unsere Freisprechung das Gesetz gegenüber der Willkür zur Geltung gebracht oder durch unsere Verurtheilung die Gesetzlosigkeit konstatirt werden muß. Das Eine ist aber unserer Sache so nützlich als das Andere. Wir fürchten nichts, wir hoffen nichts, wir sind des „Erfolgs" sicher, um in der Modesprache des Tages zu reden. —

Und nun zu dem Plaidoyer des Herrn Staatsanwalts. Die Anklagerede ist der Anklage würdig. Sie ist ein Unikum wie der ganze Prozeß. Gestützt auf „Beweisstücke", die nichts beweisen als die Grundlosigkeit der Anklage, giebt der Herr Staatsanwalt Behauptungen statt Thatsachen, willkürliche Annahmen statt folgerichtiger Ausführungen, fadenscheinige Sophismen statt zwingender Schlüsse. Charakteristisch ist gleich die Eröffnung der Rede. „Wenn man die inkriminirten Handlungen der Angeklagten richtig würdigen will, so ist es nöthig, sich aus der Geschichte der Sozialdemokratie Belehrung zu holen." Mit diesem einen „geflügelten Wort" hat der Herr Staatsanwalt diesen ganzen Prozeß moralisch todtgeschlagen und sich selber nicht blos außerhalb der Logik, sondern auch außerhalb der Jurisprudenz gestellt. Jede Handlung muß an sich und aus sich selbst heraus beurtheilt werden — das ist ein Satz, welchen die Jurisprudenz mit der Psychologie gemein hat; es ist der Fundamentalsatz der Jurisprudenz. Das geringste Abweichen von diesem Satz ist ein Bruch mit der Wahrheit

wie der Gerechtigkeit. Der Herr Staatsanwalt hat sich ausschließlich mit unseren Handlungen zu befassen. Sein Bekenntniß, daß es zu deren richtiger Würdigung eines Abstechers in die Geschichte der Sozialdemokratie bedürfe, läuft auf das Bekenntniß hinaus, daß er unsere Handlungen an sich nicht richtig zu würdigen, d. h. aus dem euphemistischen Staatsanwaltsdeutsch übersetzt, nicht unter das Messer des Strafgesetzbuchs zu bringen weiß. Es ist die Bankerotterklärung der Anklage und des Anklägers. War es schon eine schwere Versündigung an allen Regeln gesunder Rechtspraxis, daß man zu Anfang der Prozeßverhandlung die Geschichte meines Vorlebens, abenteuerlich zurechtgestiebert, ins Feld gegen mich führte — um wie viel verwerflicher ist erst dieser Versuch, uns durch die Geschichte unserer Partei zu inkriminiren! Es wäre monströs, wenn es nicht so absurd wäre! Und warum nur durch die Geschichte unserer Partei? Weshalb auf halbem Wege stehen bleiben? Warum nicht durch die Geschichte der Menschheit? Wir stammen ja Alle von Adam ab. Welch prächtige Reihe von Hochverräthern konnte der Herr Staatsanwalt nicht an uns vorbeiziehen lassen: Heiden, Juden und Christen, den Erzhochverräther — denn das war er, so sicher er gelebt hat — Jesus von Nazareth an der Spitze und, wohlgemerkt, ein erkleckliches Quantum gekrönter Häupter darunter, von den zahlreichen rebellischen Judenkönigen bis herab zu dem depossedirten Georg von Hannover, der schwerlich der letzte sein wird — Apropos, der Herr Staatsanwalt erinnert sich wohl, wie nah sein König, der König, in dessen Namen hier Recht gesprochen wird, an das nämliche Schicksal anstreifte. — „Es hat zu allen Zeiten Hochverräther gegeben; die Angeklagten sind dem bis dato trotz unserer staatsanwaltlichen Anstrengungen in dieser sündhaften Welt noch nicht ausgerotteten Hang zum Hochverrath gefolgt; sie haben es zwar mit einer ihre moralische Schuld nur erhöhenden Schlauheit zu Wege gebracht, daß ich keine greifbaren Beweise ihrer Schuld habe; das thut aber nichts; holen wir uns aus der Weltgeschichte Belehrung, so werden wir finden, daß bei früheren Hochverräthern die Beweise der Schuld, welche ich bei den gegenwärtigen Hochverräthern nicht entdecken kann, in reichlichem Maße vorhanden waren, und wir können sofort „die inkriminirten Handlungen der Angeklagten richtig würdigen". Hoch-

verräther ist Hochverräther — gleiche Brüder, gleiche Kappen — die greifbaren Beweise für die Schuld der vergangenen Hochverräther werden den gegenwärtigen Hochverräthern über den Kopf gestülpt, und die Herren Richter und Geschwornen haben jetzt blos noch das Schuldig zu sprechen!"

Sage man nicht, das sei grotesk, lächerlich — es ist, anotomisch zergliedert und auf den richtigen Sinn reduzirt, genau was der Herr Staatsanwalt gesagt hat.

Die Geschichte des Sozialismus, welche der Herr Staatsanwalt sich zurecht- und uns vorgelegt hat, will ich mit einem mildthätigen Schleier zudecken, wofür mir der Urheber dieser außerordentlichen Leistung gewiß dankbar sein wird, wenn es ihm einmal passiren sollte, mit der wirklichen Geschichte unserer Bewegung annähernde Bekanntschaft zu machen. Die Versuchung ist zwar groß — nicht difficile, impossibile satiram non scribere*) aber wir spielen hier ja nicht Komödie, keine Judge and Jury**)-Posse, wie man sie in englischen Kneipen zur Belustigung der Gäste aufzuführen pflegt — es ist ein ernsthafter, wirklicher Prozeß, obgleich ich mir, um der ernsthaften Wirklichkeit sicher zu sein, in den Arm kneifen und mich an das ernsthafte, wirkliche Faktum erinnern muß, daß Jedem von uns Angeklagten ein paar ernsthafte, wirkliche Jahre Gefängniß ernsthaft und wirklich zugedacht sind.

Nur einen Punkt darf ich nicht unerwähnt lassen: verbrecherische Handlungen kann uns der Herr Staatsanwalt nicht nachweisen und versucht nicht, es zu thun. Was er versucht, ist, uns verbrecherische Bestrebungen, staatsgefährliche Tendenzen nachzuweisen, aus denen mit der Zeit, früher oder später, verbrecherische Handlungen hervorgehen müßten, für die wir im Voraus zu strafen seien. Eine solche Anklage widerstreitet allerdings den Prinzipien des Strafrechts, das blos Handlungen und nicht Bestrebungen in den Kreis seiner Wirksamkeit zu ziehen hat, es entspricht indeß wenigstens der Theorie des Tendenzprozesses, die zwar juristisch nicht zu vertheidigen, jedoch durch die herrschende

*) Nicht blos schwierig, sondern unmöglich, nicht eine Satire zu machen.

**) Richter und Geschworne — es ist dies in England ein beliebtes Gesellschaftsspiel; man erfindet irgend einen drolligen Rechtsfall und verhandelt ihn, mit gewissenhafter Beobachtung aller gesetzlichen Formalitäten, vor einem Scheinschwurgericht.

Parteipolitik zur richterlichen Praxis erhoben worden ist. Gut — für den Moment will ich mich auf den Standpunkt der Anklage stellen und die Berechtigung des Tendenzprozesses zugeben: zugegeben, der Staat hat die Befugniß, im Interesse seiner Selbsterhaltung Bestrebungen zu unterdrücken, die ihm gefährlich sind oder scheinen — ist dann aber nicht das erste Erforderniß eines Tendenzprozesses, daß der Ankläger auch die Tendenz kenne, gegen die er den strafenden Arm der Gerechtigkeit — nein, denn mit Tendenzprozessen hat die Gerechtigkeit nichts zu schaffen — das zornige Schwert des sich bedroht dünkenden Staats erhoben zu sehen wünscht? Mit welchem Recht bricht der Herr Staatsanwalt über unsere Tendenzen den Stab? Er kennt sie nicht! Er hat auch nicht die leiseste Ahnung von den Bestrebungen unserer Partei. Die 140 Aktenstücke, mit denen er uns hier traktirt hat, sind an ihm vorübergerauscht, ohne die leiseste Spur zu hinterlassen. Er ist kühn hineingesprungen in den Schlund sozialdemokratischer Irrlehren, hat 14 Tage lang vor unseren Augen — wie lange vorher, das kann ich natürlich nicht wissen — in den höllischen Wassern herumgeplätschert und auch nicht das kleinste Tröpfchen ist an ihm hängen geblieben. Ich würde es für unmöglich halten, beobachteten wir nicht Aehnliches bei Enten und sonstigen Sumpfvögeln, welche im Wasser auf- und niedertauchen, und deren Gefieder doch nicht benetzt wird. Daß man uns einen Tendenzprozeß macht, ist schon schlimm genug; daß man ihn durch einen Mann machen läßt, der unsere Tendenzen *nicht kennt*, das drückt diesen Prozeß sogar noch *unter das Niveau der Tendenzprozesse* und verräth seine Herkunft, verräth, daß er in *Berlin* seine Wiege hat, verräth die Hand Derer, welche die Staatsmaxime verkündet haben: *Macht geht vor Recht*.

Weiter! In seinem verzweifelten Stoffmangel inmitten des Ueberflusses an „Material“ tischt der Herr Staatsanwalt — er erinnert mich lebhaft an jenen famosen König des Alterthums, der zwischen Goldhaufen verhungerte — auch in seinem Plaidoyer den *Revolutionsfonds* auf. Es fällt mir nicht ein, über und über Widerlegtes nochmals zu widerlegen; meine Verwunderung muß ich aber ausdrücken, daß der Herr Staatsanwalt den Namen *Ladendorf* überhaupt in den Mund nehmen konnte. Er weiß offenbar nicht, wer Ladendorf ist; er weiß offenbar nicht, daß Ladendorf das

Opfer eines der schandvollsten Tendenzprozesse, welche die Neuzeit kennt — eines scheußlichen Justizmordes, dem an Scheußlichkeit nur noch der an meinem hochherzigen Verwandten, Pfarrer Weidig, begangene zu vergleichen —, daß Ladendorf 6 Jahre lang unschuldig eingekerkert, daß er geistig und körperlich gefoltert, systematisch zum Wahnsinn getrieben und — der kranke Mann — in der Berliner Charité — Charité heißt caritas, christliche Liebe! — geprügelt wurde! — — Er weiß es offenbar nicht, sonst hätte er, als ihm der Name Ladendorf auf die Zunge kam, vor Scham in den Boden sinken müssen. Ladendorf, in den Zwangsstuhl geschnallt und von Schlägen zerfleischt — Weidig, in seiner einsamen Gefängnißzelle ermordet, mit seinem letzten Herzblut noch die Anklage gegen die Mörder an die Wand schreibend: da, meine Herren Richter und Geschwornen, da haben Sie den Tendenzprozeß! das sind Tendenzprozesse! „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!" Soll ich noch ein Wort verlieren, um den Tendenzprozeß, diese abscheuliche Mißgeburt, welche der Absolutismus mit der prostituirten Justiz gezeugt hat, zu brandmarken und an den Pranger zu stellen? Das Doppelbild: Weidig und Ladendorf, welches der Herr Ankläger heraufbeschworen hat, ist tausendmal beredter, als ich es sein könnte, und vereinigte sich in mir die Beredtsamkeit eines Demosthenes und eines Burke.

Ich weiß wohl, meine Herren Richter und Geschwornen, wir laufen nicht Gefahr, körperlich mißhandelt oder gar ermordet zu werden, aber Tendenzprozeß ist Tendenzprozeß, und ob das Gift in kleineren oder geringeren Dosen eingenommen, nackt oder in täuschender Verhüllung, es ist absolut tödlich — und die Gerechtigkeit stirbt daran — und die Justiz auch, soweit sie mit der Gerechtigkeit etwas gemein hat. Hier gilt das: principiis obsta! Ist das dünne Ende des Keils eingeschoben, so folgt auch der Rest nach; und auf der schiefen Ebene des Tendenzprozesses giebt es kein Einhalten, bis wir vor den blutrothen Pfählen von Satory angelangt sind, an welchen die Rächer der Erschossenen von gestern vielleicht morgen schon die Erschießer erschießen. — —

Als heiteres Gegenstück zu Ladendorf, damit neben dem Tragischen das Komische nicht fehle, führt der Herr Staatsanwalt in seinem Plaidoyer auch Weyrich wieder ein.

„Ein Vertrauter Lassalle's, ein Herr Weyrich, erklärt, Lassalle habe seinen Vertrauten gesagt: „Wenn ich allgemeines Stimmrecht sage, so müßt Ihr immer Revolution verstehen." Auch sei Lassalle von seinen Anhängern so verstanden worden." — Ich kenne Herrn Weyrich nicht, weiß folglich auch nicht, ob er ein „Vertrauter Lassalle's" war, wie der Herr Staatsanwalt, der ihn wohl genauer kennen muß, behauptet. Wenn Lassalle die angegebene Aeußerung gethan hat, so hat er etwas ganz Vernünftiges gesagt, denn das allgemeine Stimmrecht garantirt zweifellos die revolutionäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Was Lassalle unter Revolution versteht, hat er uns in seinen Schriften mit größter Deutlichkeit auseinandergesetzt, und seine Definition läuft der des Herrn Staatsanwalt schnurstracks zuwider und ist kein Wasser auf der Mühle der Anklage, wohl aber der Vertheidigung. Weshalb also diese neue Vorführung des Herrn Weyrich? Je nun — mit Lassalle's „Revolution" läßt sich nichts machen, weil Lassalle sie definirt hat. Allein die Weyrich'sche „Revolution" wird durch keine Definition Weyrich's für den Staatsanwalt verdorben; der Herr Staatsanwalt kann ihr seinen eigenen Revolutionsbegriff unterschieben; und so ist denn Weyrich eigentlich nur der verkleidete Herr Staatsanwalt, der in dieser Maskirung den Herren Richtern und Geschwornen Gruseln erwecken will. Welchen Zusammenhang die Weyrich'sche Aeußerung, und hätte sie zehnmal den ihr von der Anklage untergeschobenen Sinn, mit diesem Prozeß hat, inwieweit sie die Frage unserer Schuld oder Unschuld beeinflußt, das lasse ich den Herrn Staatsanwalt mit seinem juristischen Gewissen ausmachen. —

Weiter! Der Herr Staatsanwalt besteht darauf, daß wir in Eisenach blos waren, um den Umsturz von Staat und Gesellschaft zu planen, und daß überhaupt unsere ganze Parteithätigkeit eine fortdauernde, ununterbrochene Vorbereitung zum Hochverrath war. Nun, wenn dem so war, dann sind die Behörden, der Herr Staatsanwalt an der Spitze, unsere Mitschuldigen. Der Herr Staatsanwalt mag sich wenden und drehen, wie er will, die Thatsache kann er nicht aus der Welt schaffen, daß bis auf ganz Unwesentliches alles Material, welches er in diesem Prozeß vorgebracht hat, längst bekannt und offenkundig war, und daß er heute

nicht mehr über und gegen uns weiß, als er schon vor Jahren, mindestens seit dritthalb Jahren gewußt hat. Alles uns zur Last Gesagte ist jahrelang am hellen Tag, im Angesicht Aller, vor den Augen der Behörden vor sich gegangen, und jahrelang haben die Behörden sich nicht gerührt. Wie ist dies zu erklären? Es giebt blos drei Möglichkeiten:

Entweder die Behörden merkten nicht, daß wir die Gesetze verletzten, und dann ist unsere Schuld nicht größer als die der Behörden. Im Gegentheil, nicht so groß, denn man kann doch von uns nicht einen so scharfen, geübten Blick für Gesetzwidrigkeiten verlangen als von Behörden, deren Spezialität es ist, darauf zu achten.

Oder zweitens die Behörden merkten zwar, daß wir das Gesetz verletzten, duldeten aber die Gesetzesverletzung aus sogenannter „milder Praxis". Dann waren wir wiederum nicht schuldiger als die Behörden, welche durch ihr Gewährenlassen faktisch die Mitverantwortlichkeit für unser Handeln übernahmen und uns darin bestärkten, auf der betretenen Bahn weiter zu gehen. Blos: nicht schuldiger? Nein, weit weniger schuldig. Denn eine Praxis, die darin besteht, daß man erst weiten Spielraum läßt und dann den, der ihn benutzt, strafen will, weil er ihn benutzt hat, das ist in Wirklichkeit nicht „milde Praxis", das ist infame Praxis; thatsächlich die perfideste Falle, auch wenn nicht von vornherein beabsichtigt.

Oder endlich drittens, die Behörden sahen unserem ungesetzlichen Treiben nur deshalb eine Zeitlang unthätig zu, weil ihnen die Ungesetzlichkeit von Anfang an nicht groß genug schien, um ein Einschreiten zu rechtfertigen oder rathsam zu machen, und sie darum warten wollten, bis die Ungesetzlichkeit hübsch groß gewachsen sei, so daß man uns statt mit einem kleinen, sofort mit einem schönen großen Prozeß kommen, und das „Geschwür", welches man fürsorglich gepflegt, um die „faulen Säfte" darin zu sammeln, mit einem kühnen Schnitt aus dem staatlichen Körper ausschneiden könne.

Nun, meine Herren Richter und Geschworne, Sie werden unzweifelhaft mit mir übereinstimmen: Ein solches Verfahren Seitens der Behörden wäre nicht ehrenhaft. Man hätte uns gegenüber eine ähnliche Rolle gespielt, wie jener hessische Gensdarm, der in der Nähe eines Platzes, welcher vom Publikum nicht betreten werden sollte, aufgestellt war, jedoch,

ſtatt die Leute rechtzeitig zu warnen, ſich abſichtlich verborgen hielt, um ſie in flagranti auf verbotenem Grund abzufaſſen, und das ihm zufallende „Fanggeld" zu ziehen. Die Sache kam heraus, und der ſinnreiche Gensdarm wurde mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt. Wenn es ein Wort giebt, an das ſich mehr als an jedes andere die Schande knüpft; wenn es eine Thätigkeit giebt, die mehr als jede andere unſer ſittliches Gefühl empört, ſo iſt es das Wort agent provocateur, ſo iſt es die Thätigkeit eines agent provocateur. Die deutſche Sprache hat kein Wort finden können, das die ganze Niedertracht ausdrückte — ſie hat für den niederträchtigſten der Niederträchtigen den franzöſiſchen Namen beibehalten müſſen.*)

Und wenn dieſe dritte Annahme zuträfe, ſo hätten unſere Behörden als agents provocateurs gehandelt!

Eine vierte Möglichkeit giebt's nicht. —

Genug: wenn unſere ſeit Jahren den Behörden bekannten und Jahrelang von ihnen geduldeten Handlungen wirklich Hochverrath involviren, wie die Anklage es behauptet, ſo, erkläre ich, gehören die Behörden, welche uns durch ihr Dulden ermuthigt haben, gehört insbeſondere der Herr Staatsanwalt neben uns auf die Bank der Angeklagten, und zwar als die ſchwereren Verbrecher, denn ſie haben den Hochverrath gefliſſentlich großgezogen. — —

Oder — da blitzt mir eine Vermuthung durch den Kopf, ſollte der Herr Staatsanwalt etwa die Entdeckung gemacht haben, daß der alte Satz: aus Nichts wird Nichts, juriſtiſch und lateiniſch ausgedrückt: Quod ab initio nullum est, nullo lapsu temporis convalescit**), eigentlich ein überwundener Standpunkt ſei, und daß die menſchlichen Handlungen im Laufe der Zeit einer Art von chemiſchem Prozeß unterliegen, der ihre Natur verändert, und daß ſie, wie Rheinwein oder Havannazigarren, durch die Ablagerung Kraft und Bouquet gewinnen? Daß der hochverrätheriſche Spiritus,

*) Als im Reich der „Gottesfurcht und frommen Sitte" das Handwerk des agent provocateur zur Zeit des Sozialiſtengeſetzes, unter der Aera Bismarck-Krüger-Puttkamer, ſich zur berechtigten Staats-Inſtitution auswuchs, da fand ſich nachträglich auch in der deutſchen Sprache das gemeinverſtändliche Wort für dieſes niederträchtige Handwerk: Lockſpitzel. (1894.)

**) Was von Anfang an Nichts iſt, wird in keinem Zeitraum zu Etwas.

der Anfangs im Eisenacher Kongreß nicht bemerkbar war, erst allmälig sich zu einer hinlänglichen Stärke entwickelt hat, um von der staatsanwaltlichen Nase gerochen zu werden? Es sollte mich wirklich freuen, wenn meine Vermuthung sich bestätigte und die Wissenschaft mit dieser juristisch-chemischen Entdeckung bereichert wäre. — Vielleicht überträgt auch der Herr Staatsanwalt die Transsubstantiationslehre auf das Gebiet der Jurisprudenz und glaubt, wie in der Hand des Priesters sich der Wein in Blut, das Brot in den Leib Christi verwandle, so könne sich unter den Händen des Staatsanwalts die harmloseste politische Waare in Hochverrath und sonstigen Graus verwandeln. Das Wunder ist nicht unmöglich — habe ich doch auf der Leipziger Messe einen Künstler gesehen — es war kein Staatsanwalt —, der aus einem Glas reinsten Brunnenwassers ein paar Dutzend Frösche und Kröten herauszog. Da wäre was zu lernen! — —

Zu Anderem! Wir sagen: unsere Partei ist eine propagandistische und sucht sich die Majorität in der Bevölkerung zu gewinnen; haben wir die Majorität, so haben wir der feindlichen Minorität gegenüber das Recht wie die Macht, den Staat im Geist unserer Prinzipien umzugestalten. Dem widerspricht der Herr Staatsanwalt und sagt: „Die Majorität hat nicht das Recht gegen den Willen der Minorität die Staatsverfassung zu ändern. Kein Parlamentsbeschluß hat rechtliche Giltigkeit, wenn nicht der Kaiser oder der betreffende Landesherr ihm zustimmt.“ Das ist insoweit richtig, als nach dem konstitutionellen Kodex — über dessen Vernunft oder Unvernunft ich hier mich nicht auszulassen habe — weder Fürst noch Volksvertretung einseitig Gesetze machen und Verfassungsänderungen vornehmen können. Legal bildet die Volksvertretung einen gleichberechtigten Faktor neben der Krone, und innerhalb der Volksvertretung herrscht das Majoritätsprinzip. Wo aber allgemeines Stimmrecht besteht, ist die Majorität des Volkes gesetzlich zur Theilnahme an der Regierung berufen; ist dieses Recht der Theilnahme an der Regierung vom Staatsgrundgesetz anerkannt. In Deutschland der Majorität des Volkes das Recht, gegen den Willen der Minorität die Gesetze und die Staatsverfassung zu ändern, abstreiten wollen — heißt das nicht, das allgemeine Stimmrecht, welches seit 1867 deutsches Reichsgrundgesetz ist, für eine reine Farce erklären? Heißt das nicht, unsere Re-

gierungen, insbesondere die preußische und deren „leitenden Staatsmann", der skandalösesten politischen Heuchelei bezichtigen, ihnen die verwerfliche, durch und durch unsittliche, echt jesuitische Absicht unterschieben, das Volk durch ein werthloses Scheinrecht nasführen zu wollen? Von Zweien eins: Entweder wir haben das allgemeine Wahlrecht ehrlich, als Realität. Und dann hat nach herrschendem Gesetz die Majorität des Volkes das Recht, ihren Willen im Staat zur Geltung zu bringen. Oder die Majorität des Volkes hat dieses Recht nicht, und dann ist unser allgemeines Wahlrecht eine Farce. Wenn wir auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts unseren Prinzipien die Majorität und durch die Majorität die Herrschschaft im Staat zu erringen suchen, so akzeptiren wir damit das bestehende Gesetz einfach als Realität, während der Herr Staatsanwalt, indem er unsere Schlußfolgerung verurtheilt, das bestehende Gesetz für bloßes Blendwerk, für ein „goldenes Nixchen und silbernes Nautchen" erklärt, und damit die Gesetzgeber, indem er ihre bona fides in Abrede stellt, auf's Gröblichste insultirt. Aus dieser Zwickmühle ist kein Entrinnen. —

Aber die Fürsten, sagt der Herr Staatsanwalt, die Fürsten werden sich nicht in eine von der Majorität des Volkes geforderte Staatsveränderung fügen — „das glauben die Angeklagten selbst nicht!" — Ich habe dem gegenüber ein größeres Recht zu sagen: der Staatsanwalt glaubt selber nicht, daß wir Hochverräther sind, denn sonst würde er sich nicht zu solch desperaten Kunstgriffen versteigen, um uns zu Hochverräthern zu machen. Was hat die Frage: ob die Fürsten sich gutwillig fügen werden oder nicht, mit diesem Prozeß zu thun? Das ist eine Frage des gesunden Menschenverstandes der Fürsten, aber nicht unserer Schuld oder Unschuld. Welche Ereignisse die Zukunft bringen wird, das weiß der Herr Staatsanwalt so wenig als wir. Aber was er ebensogut wie wir aus der Geschichte gelernt haben sollte, ist, daß es keine Macht giebt, welche Staats- und Gesellschaftseinrichtungen, die sich überlebt, das heißt, die aufgehört haben, politische und soziale Nothwendigkeiten zu sein, auf die Dauer aufrecht zu erhalten vermöchte. Die Gewalt, mit der das Neugewordene, das Neuwerdende sich Bahn bricht, sich voranwälzt, ist so unwiderstehlich, daß selbst die eifrigsten Gegner vor der Majestät dieser Thatsache sich beugen und

geschehen lassen müssen, was sie nicht ändern können. Hat nicht, um ein frappantes Beispiel aus der neuesten Geschichte anzuführen, der staunenswerthe Aufschwung, den im letzten Vierteljahrhundert Industrie und Handel bei uns in Deutschland genommen haben, sich vollzogen unter der Herrschaft eines dem Handel und der Industrie todfeindlichen Systems, so daß man mit Fug sagen kann, die deutsche Bourgeoisie ist unter der Herrschaft ihrer Feinde ins Leben getreten, politisch zur Hauptmacht, ökonomisch zur Diktatur gelangt? So gut wie die Manteuffel, Westphalen, Bismarck dem Handel und der Industrie, welche sie in ihrem junkerlichen Herzen als Vehikel der Revolution verdammen, Vorschub leisten, den großen Städten, welchen sie von Haus aus den Untergang geschworen, zu beschleunigter Vergrößerung helfen mußten und müssen — einfach weil sie nicht gegen die unwiderstehliche Strömung zu schwimmen die Kraft haben —, ebensogut kann doch ein Fürst einsehen, daß die Zeit der Monarchie vorbei, und daß es für einen Mann, der das Unglück hat, auf einem Thron geboren zu sein zu einer Zeit, welche die Throne zu sehr unsicheren und unbequemen Sesseln macht, weit klüger ist, freiwillig bei Zeiten auf den Thron zu verzichten, als die heranbrausende Sturmfluth abzuwarten. Hätte Maximilian nicht gut gethan, die Krone niederzulegen, sobald er sich auf mexikanischen Boden von der wahren Sachlage überzeugt hatte? Die Geschichte erzählt uns von Monarchen, von Monarchen mächtiger als einer der Neuzeit, die freiwillig ihre Kronen niederlegten zu einer Zeit, da größerer Glanz und größerer Werth in Kronen war als heutzutage. Sie erzählt uns von Diokletian, vielleicht dem geistig bedeutendsten der römischen Kaiser; sie erzählt uns von Karl V., wenn wir den zweiten der Hohenstaufen ausnehmen, unstreitig dem geistig bedeutendsten der deutschen Kaiser, was wir auch von seiner Kirchenpolitik halten mögen. Jedenfalls lebt kein Fürst, den der Vergleich mit einem Diokletian oder Karl V. nicht ehren würde; der in seinem Ruf Noth litte, wenn er das Beispiel dieser beiden Monarchen nachahmte. — Und etwas Anderes: die Monarchie, welche wir jetzt haben, ist die sogenannte konstitutionelle Monarchie. Noch vor wenig Jahrzehnten waren unsere konstitutionellen Monarchen absolute Monarchen, d. h. sie waren Fürsten von Gottes Gnaden, mit *unbeschränkter* Gewalt über Leben und Eigenthum ihrer Unter-

thanen. Dieſe unbeſchränkte Gewalt haben ſie aufgegeben, ſie haben ſich unter das Geſetz geſtellt und das Recht des Volkes, an der Geſetzgebung mitzuwirken, anerkannt. Wohlan, der Sprung aus dem abſoluten Königthum in das konſtitutionelle iſt kein ſo großer als der aus dem konſtitutionellen Königthum in die Republik, und um konſtitutionelle Könige zu werden, hatten die abſoluten Könige mehr aufzugeben, als ein konſtitutioneller König, um Präſident einer Republik zu werden. (Womit ich natürlich nicht geſagt haben will, die künftigen Republiken würden ehemalige Fürſten zu Präſidenten wählen.) Das monarchiſche Prinzip iſt mit dem abſoluten Königthum geopfert — das konſtitutionelle Königthum hat kein Prinzip zu opfern, blos einen Namen. Wie dem aber auch ſei, es iſt doch kein Hochverrath, anzunehmen, die Fürſten lernten ihre Zeit begreifen. Umgekehrt will mich bedünken, daß der Herr Staatsanwalt, wenn er es für Hochverrath erklärt, die Fürſten für vernünftig zu halten, ſich ſelber zwar nicht eines Hochverraths, aber doch einer rechtſchaffenen Majeſtätsbeleidigung ſchuldig macht. —

„Gewalt allein kann die Ziele der Angeklagten realiſiren“, meint der Herr Staatsanwalt. Das iſt ſeine Sache, und was der Herr Staatsanwalt meint, geht dieſen Prozeß nichts an. Ich meine: die Ziele der Sozialdemokratie werden ſich ebenſo gewiß friedlich verwirklichen, als unſere Gegner Verſtand und Ehrlichkeit haben. Vor Allem Ehrlichkeit — honesty is the best policy — Ehrlichkeit iſt zur Löſung der ſozialen Frage nicht blos die beſte, es iſt die einzige gute Politik. —

Die Anklage, das muß vor Allem feſtgehalten werden, hat es nur mit Handlungen, mit Thatſachen zu thun, nicht mit Möglichkeiten, mit Meinungen. Was wir unter gewiſſen, noch nicht eingetretenen Bedingungen vielleicht thun werden, geht Niemand etwas an; was wir gethan haben, gehört vor den Richter. Was morgen geſchieht, was ich morgen denken werde, weiß weder ich noch der Herr Staatsanwalt. Und was ich heute denke, geht den Herrn Staatsanwalt nichts an. Ich für meinen Theil glaube, daß die politiſch-ſoziale Kriſis nicht friedlich verlaufen, daß es in der That zu der gewaltſamen Revolution kommen wird, welche das Schreckgeſpenſt des Herrn Staatsanwalts

ist. Ich glaube dies, weil ich, auf die Geschichte und auf persönliche Erfahrung gestützt, nicht an die staatsmännische Intelligenz der Gewalthaber glauben kann. Aber mit diesem meinem Glauben hat der Herr Staatsanwalt, hat der hohe Gerichtshof sich nicht zu befassen, und man kann mich deshalb ebensowenig bestrafen, als man Jemand bestrafen kann, weil er glaubt, daß ihm Rindfleisch besser bekomme als Hammelfleisch oder Hammelfleisch besser als Rindfleisch. Und die Ansicht des Herrn Staatsanwalts, unsere Ziele ließen sich blos auf dem Wege der gewaltsamen Revolution verwirklichen, ist nicht nur kein juristischer Beweisgrund, sie ist auch obendrein total unrichtig. Als vor 40 Jahren das Schwurgericht verlangt wurde, galt dies Manchem für eine revolutionäre Forderung, die nimmermehr gutwillig gewährt werden könne. Jetzt haben wir das Schwurgericht, und die, welche es damals verlangten, haben sicherlich keine Revolution gemacht. Die kleinste, zahmste Reform ist nicht ohne gewaltsame Revolution durchzuführen, wenn die Regierungen ein starres Veto entgegensetzen. Die Frage ist nicht, ob unsere Forderungen nach Ansicht des Staatsanwalts nur durch Gewalt zu verwirklichen sind, sondern ob *wir Vorbereitung getroffen* haben, sie *durch Gewalt zu verwirklichen*. Freilich der Herr Staatsanwalt sagt, wir *hätten* solche Vorbereitungen getroffen. Allein die Beweise ist er schuldig geblieben. Statt der Beweise produzirt er einen Trugschluß. Und was für einen! „Innerhalb der bestehenden staatlichen Ordnung hatte die Ausführung des Plans — das Streben, unsere Prinzipien zur Geltung zu bringen, nennt der Herr Staatsanwalt „Plan“ — der Angeklagten keine Statt. Der Standpunkt, von welchem sie alle unsere staatliche Ordnung aufheben wollten, *mußte somit außerhalb* dieser Ordnung, *außerhalb* der Gesetze sein. Das *war* er auch, und *folglich* war, was sie auf diesem Standpunkt vorbereiteten, ein Verbrechen — es war die Vorbereitung zum Hochverrath!“ — „Somit“, „folglich“! *Warum* „somit“, „folglich“? Weil der Herr Staatsanwalt, wie seine ganze Anklageführung bekundet, zwischen Vorstellungen und Thatsachen nicht unterscheiden kann. Er verwechselt seine *Ansichten* von der „staatlichen Ordnung“ mit der *staatlichen Ordnung selbst*, seine politisch-sozialen Neigungen und Abneigungen mit dem *Gesetz*; und

weil unſere Anſichten, Neigungen und Abneigungen das Unglück haben, nicht mit den ſeinigen übereinzuſtimmen, ſtellt er uns ſchlankweg außerhalb des Staats, außerhalb des Geſetzes! Ludwig XIV. begnügte ſich zu ſagen: Der Staat bin ich! Der Herr Staatsanwalt geht weiter und ſagt: Staat und Geſetz bin ich! Ueber die Theorie Ludwig's XIV. iſt die Geſchichte zur Tagesordnung übergegangen; über die Theorie des Herrn Staatsanwalts wollen wir zur Tagesordnung übergehen. Einſtweilen betrachten wir uns noch als Glieder des Staats, ſo mangelhaft der heutige Staat uns erſcheint — als Staatsbürger mit genau den nämlichen Rechten, wie der Herr Staatsanwalt ſie beſitzt, und überlaſſen der Be- und Verurtheilung des Schwurgerichtshofs die Ungeheuerlichkeit, uns außerhalb des Geſetzes ſtellen, mit andern Worten: uns ächten, proſkribiren zu wollen. Die uns aufoktroyirte „Vorbereitung zum Hochverrath" überlaſſen wir dem „Kladderadatſch"! Vielleicht erhebt nächſtens der Herr Staatsanwalt Anklage gegen jene Aſtronomen, welche behaupten, die Erde könne dereinſt durch Zuſammenſtoß mit einem anderen Himmelskörper zertrümmert werden, und werde, falls eine derartige Kataſtrophe nicht eintrete, ganz ſicher in etlichen Millionen oder Billionen Jahren durch Erlöſchen der Sonne unbewohnbar gemacht werden. Da bei dieſer Gelegenheit das deutſche Kaiſerreich mitſammt Königreich Sachſen mindeſtens ebenſo gewiß das Zeitliche ſegnen wird als bei Verwirklichung unſerer Prinzipien, ſo ſind dieſe Aſtronomen ebenſo gewiß wie wir des Hochverraths ſchuldig, des ſuperlativ „entfernten", des teleſkopiſchen Hochverraths, der für ewige Zeiten den Namen des Herrn Staatsanwalts tragen ſollte!

Nun zu dem poetiſchen Gleichniß vom „Haus mit dem ſchönen Garten". Ein jedes Gleichniß hinkt! ſagt das Sprichwort. Dieſes Gleichniß hinkt nicht blos, es iſt lahm, und zwar auf beiden Beinen. Um dies klar zu machen, auch dem Herrn Staatsanwalt, brauche ich das Gleichniß blos in die gewöhnliche, alltägliche Wirklichkeit zu überſetzen. Der Garten wird für öffentliche Zwecke beanſprucht; der Beſitzer — ich gebe dem Garten, den der Herr Staatsanwalt herrenlos gelaſſen hat, der größeren Deulichkeit halber einen Beſitzer —, dem auch das vor dem Garten liegende Haus gehört, weigert ſich, ſein Eigenthum abzulaſſen, weigert den

Zutritt dazu. Was thun, um den Garten zu bekommen? Der Herr Staatsanwalt sagt — und um das Bild plastischer, dramatischer, drastischer zu machen, will ich annehmen, er sei der Eigenthümer seines famosen Hauses mit dem schönen Garten — der Herr Staatsanwalt sagt: „Ich gebe den Garten nicht her! Ich lasse Euch nicht durch das Haus, und Ihr müßt entweder auf Euren Plan verzichten oder Ihr müßt zur Gewalt greifen, und dann habe ich Euch am Kragen!“ Sie irren sich, Herr Staatsanwalt, der Kasus verhält sich etwas anders. Wir thun weder das Eine noch das Andere; wir leiten in aller Gemüthsruhe das gesetzlich in allen Staaten bestehende Expropriationsverfahren gegen Sie ein — wir sind ja stets für den gesetzlichen Weg, und es wundert mich nur, daß Ihnen, dem offiziellen Vertreter des Gesetzes, dieser gesetzliche Weg nicht eingefallen ist. Sie sträuben sich gegen das Expropriationsverfahren? Sie lehnen sich auf gegen das Gesetz Ihres Landes und leisten ihm wenigstens passiven Widerstand? Auch dafür ist gesorgt, Herr Staatsanwalt! Zur Zeit der Hausmann'schen Wirthschaft in Paris las ich in einem englischen Blatt, wie eine alte Jungfer in Paris, die ihr Haus nicht hergeben wollte, mit Herrn Hausmann Krieg führte. Der Expropriationsbeschluß wird ihr zugeschickt — sie zerreißt ihn und wirft dem überbringenden Beamten die Fetzen ins Gesicht; sie empfängt die Aufforderung, ihr Haus an einem bestimmten Tage zu räumen — sie hetzt ihre Katzen auf den unglücklichen Gerichtsdiener. Sie triumphirt. Doch das Schicksal schreitet schnell; der bestimmte Tag bricht an und im Grauen des Morgens marschirt ein Polizeikommissär mit 4 kräftigen Dienstmännern in das betreffende Haus, und fünf Minuten später sehen die erstaunten Gamins, wie eine alte Jungfer, schreiend, zappelnd, kratzend, von vier Dienstmännern auf einem sanften Lehnsessel sanft aus dem Haus getragen und ein paar hundert Schritte weiter sanft niedergelassen wird. Die Straßenjugend amüsirte sich königlich, der Abbruch des Hauses begann, und die alte Jungfer hatte, außer der Heiserkeit und dem Stockschnupfen, den sie sich holte, auch noch verschiedentliche Geldstrafen wegen Beamtenbeleidigung zu bezahlen. — Ich weiß nicht, ob es dem Herrn Staatsanwalt gelüstet, das Beispiel nachzuahmen. Kein Haar sollte ihm gekrümmt werden, dafür bürge ich (er müßte denn — doch

das dünkt mir unmöglich —, ernstliche Gewalt versuchen, was allerdings ernstliche Folgen haben könnte), wir würden ihn höflich und sanft aufs Pflaster setzen, und er hätte die Genugthuung, uns und seinen Mitbürgern Stoff zu homerischem Gelächter auf 8 Tage geliefert zu haben — in dieser traurigen Zeit kein geringes Verdienst. So viel von dem „Haus" des Herrn Staatsanwalts.

Seinen vermeintlichen Haupttrumpf hat sich der Staatsanwalt zum Schluß aufgespart: „Wenn Sie die beiden Angeklagten nicht verurtheilen, so sanktioniren Sie die Revolution in Permanenz!"

Gemach! Betrachten wir uns diese Trumpfkarte etwas näher. Es ist eine falsche Karte. Sie sticht nicht. Die Revolution in Permanenz! Die Herren Geschwornen brauchen sie nicht erst zu sanktioniren. Die Revolution wartet nicht auf Staatsanwälte und Geschworne. Wir haben „die Revolution in Permanenz". Die Weltgeschichte ist eine fortlaufende Revolution. Geschichte und Revolution sind identisch. Der revolutionäre Umgestaltungsprozeß in Gesellschaft und Staat ist keinen Moment unterbrochen, denn Staat und Gesellschaft sind lebendige Organismen — und das Aufhören dieses Umgestaltungs-, dieses Erneuerungsprozesses wäre der Tod. Das haben wir Sozialdemokraten erfaßt, und darum sind wir eine revolutionäre Partei, d. h. eine Partei, welche sich das Ziel gesteckt hat, die der naturgemäßen Entwicklung von Gesellschaft und Staat entgegenstehenden Schranken und Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Der Herr Staatsanwalt, der hartnäckig Revolution mit Hochverrath verwechselt, behauptet zwar, wenn wir von Revolution sprächen, meinten wir Hochverrath, und nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch habe das Wort Revolution einen anderen Sinn als den von uns damit verbundenen. Welche Meinungen der Herr Staatsanwalt uns imputirt (unterlegt), ist vollkommen gleichgültig; daß er aber bezüglich des Wortes Revolution auf dem Holzwege ist, das will ich ihm jetzt zu seiner Zufriedenheit beweisen. Zunächst sei bemerkt, daß es bei wissenschaftlichen Definitionen — und der Herr Staatsanwalt wird uns doch wohl nicht das Recht bestreiten, wissenschaftlich sein zu wollen und in der Wissenschaft unsere Stütze zu suchen — auf den „gewöhnlichen Sprachgebrauch" überhaupt gar nicht ankommt, und das aus dem sehr ein-

fachen Grunde, weil die Wissenschaft sich über das Niveau des „Gewöhnlichen", Alltäglichen, Jedem schon Bekannten zu erheben hat, und weil sie folglich auch mit der gewöhnlichen Sprache nicht auskommen kann. Die Wissenschaft muß sich darum ihre eigene Sprache schaffen, zu der sie sich freilich das Material aus der gewöhnlichen Sprache herausholt, jedoch nur, um es über den gewöhnlichen Sprachgebrauch zu erheben. Im vorliegenden Fall findet indeß nicht einmal eine Abweichung von dem gewöhnlichen Sprachgebrauch statt. In der ganzen modernen französischen Literatur wird das Wort Revolution neben der konkreten Bedeutung einer bestimmten gewaltsamen Umwälzung auch in dieser abstrakten Bedeutung des allgemeinen Entwicklungsprozesses angewandt. Und es wird doch wohl Niemand in Abrede stellen, daß unsere (deutsche) politische Sprache, wie unsere politischen Gedanken und Systeme (der Mordspatriotismus mag vor Wuth platzen!) wesentlich den Franzosen entlehnt sind. Für den Sprachgebrauch in Frankreich will ich hier ein schlagendes Beispiel aufführen — schlagend besonders für den Herrn Staatsanwalt. Der Mann in Frankreich, welcher am wenigsten im Geruch sozialistischer Gesinnungen sein wird, weil er am meisten gethan hat, um seinen Haß gegen den Sozialismus zu beweisen — ist nebenbei auch Verfasser einer Geschichte der französischen Revolution. Der Mann heißt Thiers — gewiß ein unverdächtiger Zeuge nach dem Herzen sozialistentödterischer Staatsanwälte. Wohlan, im ersten Bande seiner, beiläufig vor mehr als 40 Jahren vollendeten Revolutionsgeschichte (zum mindesten nennt er es Geschichte) sagt Herr Thiers anläßlich der Debatten vor Zusammentritt der französischen Reichsstände (Generalstände, Etats géneraux) (S. 19 der Brockhaus'schen Ausgabe von 1846): „Bei gewissen Zusammenkünften (der alten Generalstände) und über gewisse Punkte hatte man nach Köpfen gestimmt; manchmal hatte man nach Provinzen und nicht nach Ständen berathen und beschlossen; oft waren die Abgeordneten des dritten Standes denen des Adels und der Geistlichkeit zusammengenommen an Zahl gleich. Wie nun auf diese alten Gebräuche zurückgreifen? Hatten die Gewalten des Staats sich nicht in einer ununterbrochenen Revolution befunden? (Les pouvoirs de l'état n'avaient-ils pas été *dans* une révolution continuelle?) Die königliche Autorität,

anfangs souverän (?), dann besiegt und ihrer Macht beraubt, von Neuem mit Hilfe des Volkes sich erhebend und alle Gewalten wieder an sich reißend, bot das Schauspiel eines beständigen Kampfes, eines stets wechselnden Besitzes dar. Man sagte dem Klerus: wenn die alte Zeit maßgebend sei, so bilde er keinen Stand; dem Adel: nur die Inhaber von Lehen könnten dann gewählt werden und die Mehrzahl des Adels sei folglich von der Vertretung ausgeschlossen; den Parlamenten: sie seien nur ungetreue Beamte des Königs — und Allen: daß die französische Konstitution (Staatsverfassung) nur eine lange Revolution sei (que la Constitution française n'était qu'une longue révolution), in deren Verlauf jede Gewalt nach einander geherrscht habe; daß jede Einrichtung eine Neuerung gewesen sei und daß in diesem großen Konflikt nur die Vernunft entscheiden könne."

So Thiers. Was er von der französischen Geschichte und der französischen Verfassung sagt, gilt von der Geschichte aller anderen Länder, von der Geschichte überhaupt. Die Geschichte aller Kulturvölker ohne Ausnahme ist „eine lange Revolution". Völker ohne Revolution haben keine Geschichte, sind kein Volk.

Noch ein französisches Zitat! In der Vorrede zum 18. Band des berühmten vierzigbändigen Quellenwerkes „Parlamentarische Geschichte der französischen Revolution" von Buchez und Roux heißt es: „Das Christenthum ist eine Lehre der Erlösung, und die Lehre des Fortschritts ist die Philosophie der Erlösung. Die Kirchenlehre hat zwei verschiedene Theile: die von der Kirche zugelassenen Dogmen und die von den Theologen aufgestellten Sätze. Jener Theil muß respektirt werden; dieser ist nur eine Wissenschaft, welche durch eine höhere Wissenschaft ersetzt werden kann. Das erste praktische Wort der Lehre des Fortschritts ist, daß die menschliche Gesellschaft (im Original steht die Mehrzahl, welche sich jedoch, ohne den Sinn zu alteriren, nicht ins Deutsche hinübernehmen läßt) dem unvermeidlichen Gesetz unterworfen ist, eine regelmäßige Reihenfolge vom Gesichtspunkte der Moral aus nothwendiger Revolutionen durchzumachen (que les sociétés sont soumises à la loi inévitable de subir une succession regulière de révolutions nécessaires du point de vue de la morale)."

Wie schon aus der angeführten Stelle erhellt, sind die Verfasser der „Parlamentarischen Geschichte“ strenggläubige Christen. Wir haben also die christliche Orthodoxie, welche sich der gesellschaftsretterischen Staatsmännigkeit zugesellt, um Zeugniß für unsere Auffassung abzulegen.

Der Gebrauch des Wortes Revolution in diesem Sinne ist übrigens nicht auf die französische Sprache beschränkt. Vor einigen Tagen stieß ich in des englischen Geschichtsschreibers Macaulay „History of England“ (Geschichte Englands) gleich auf S. 6 des 1. Bandes (Tauchnitz-Ausgabe) auf folgende Stelle: „Die Bekehrung der sächsischen Kolonisten zum Christenthume war die erste einer langen Reihe von heilsamen Revolutionen (was the first of a long series of salutary revolutions).“

Das ist deutlich. Wäre es nöthig, ich könnte Ihnen hundert ähnliche Zitate aus französischen und englischen Schriftstellern vorführen. Und nicht blos aus französischen und englischen. Auch in Deutschland hat sich das Wort Revolution in dem von uns ihm beigelegten Sinne eingebürgert; mein mitangeklagter Freund Bebel wollte zu Anfang der Prozeßverhandlungen, am dritten Tage, wenn ich nicht irre, eine dies konklusiv beweisende Stelle aus dem Staatslexikon von Bluntschli und Brater — gewiß ein des Sozialismus unverdächtiges Opus! — verlesen, wurde aber durch den Herrn Präsidenten des Schwurgerichtshofes gewaltsam daran gehindert. Er wird sie hernach verlesen.*)

Was ich beweisen wollte, habe ich bewiesen. Wir bedürfen weder der Autorität der Herren Bluntschli und Brater, noch der Erlaubniß des Herrn Staatsanwalts, um das Wort Revolution in dem Sinne zu gebrauchen, in welchem die politisch entwickeltsten Völker es gebrauchen. Und fordern können wir von dem Herrn Staatsanwalt, daß er in unsere Worte nicht einen andern Sinn lege, als den von uns hineingelegten. Unsere Definition muß für ihn, muß für den Gerichtshof die einzig maßgebende sein, zumal sie nicht erst jetzt, hier auf der Anklagebank oder während der Untersuchung, von uns festgestellt worden ist, sondern sich schon seit Jahren in Parteischriften, namentlich in den Schriften Lassalle's,

*) Konnte natürlich nicht geschehen, da die Angeklagten auf die Vertheidigungsreden verzichten mußten. (1894.)

unter anderen aber auch in meiner sogenannten „Berliner Rede", scharf präzisirt findet.

Kurz — ich wiederhole es — die Weltgeschichte ist die Revolution in Permanenz. Und jeder Versuch, diesen permanenten, ununterbrochenen, nach unabänderlichen Gesetzen sich vollziehenden gesellschaftlich-staatlichen Erneuerungsprozeß, welchen Sprachgebrauch und Wissenschaft als Revolution im weiteren Sinne bezeichnen, gewaltsam zu hemmen und zu stören, führt mit Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen Reaktion aus dem Inneren des Staats- und Gesellschaftskörpers, und diese Reaktion ist Revolution im engeren Sinne, die Revolution der Staatsanwälte — die Revolution der Staatsanwälte in doppelter Bedeutung: die Revolution, wie die Staatsanwälte sie verstehen, und die Revolution, an der die Staatsanwälte so fleißig arbeiten, die sie so fleißig „machen" helfen. „Nichts ist revolutionärer — sagt der Engländer Mathew Arnold —, wie auch nichts unnatürlicher ist als die Idee, Alles beim Alten zu lassen, im Widerstreit mit der Bestimmung alles Geschaffenen: stetig vorwärts zu gehen." Ich kann dem Herrn Staatsanwalt die Anerkennung nicht verweigern, daß er sehr „revolutionär" ist.

Die Revolutionen der Staatsanwälte sind nur kleine Zwischenfälle in der allgemeinen Revolution. An dem Beispiele Frankreichs läßt sich mit besonderer Klarheit erkennen, wie solche Revolutionen „gemacht" werden: durch störriges, unverständiges, unehrliches Ankämpfen der Regierenden gegen den naturgemäßen und naturnothwendigen Entwicklungsprozeß des Staats und der Gesellschaft. Was von der großen französischen Revolution, der Revolution par excellence gilt, gilt von allen Revolutionen. Privatpersonen, und wären sie noch so reich und mächtig, haben nicht die nöthige Gewalt zu einer gewaltsamen Störung des allgemeinen Entwicklungsprozesses. Diese Gewalt haben nur die Regierungen, und es ist darum in der Geschichte keine „Revolution" verzeichnet, die nicht das Werk der Regierungen wäre.*) Unter guten Regierungen, d. h.

*) Die Berliner „Kreuzzeitung", Hauptorgan des legitimistischen Gottesgnadenthums, schreibt in ihrer Nummer vom 4. November 1873: „Angekränkelt von den Ideen der Enzyklopädisten überlieferte er selbst (Ludwig XVI. von Frankreich) die auf so

Regierungen, die das Gesammtinteresse und die Gesammtinteressen der den Staat bildenden Individuen vertreten, sind Revolutionen einfach unmöglich. Revolutionen können nur und müssen sich ereignen unter Regierungen, die entweder in den geschichtlichen Entwicklungsprozeß ungeschickt hineinpfuschen oder nur die Interessen eines Theils der Staatsbürger, einer Klasse, eines Standes vertreten und die Interessen des Restes, der meistens die große Mehrheit ist, vernachlässigen, schädigen, den Interessen der Bevorzugten opfern. Eine gute, verständige Regierung leitet den Strom der wogenden Volkskraft über das ganze Land, indem sie ein alle Gebiete und Bezirke umfassendes, die Fluthen gleichmäßig vertheilendes Schleusen- und Bewässerungssystem organisirt; eine schlechte, unverständige Regierung sucht den Strom zurückzudämmen, was unvermeidlich heftige Ueberschwemmungen zur Folge hat und schließlich doch nicht hindert, daß sich die Wassermassen den Weg wieder öffnen, den ihre natürliche Schwere ihnen gebieterisch anweist. Mitunter machen solche Pfuscherregierungen noch im letzten Moment, wenn sie die Unwiderstehlichkeit der Elementarkräfte zu ahnen anfangen, ein Loch in den Damm, um dem Strom einen harmlosen Abfluß zu gestatten. Das hat aber in der Regel blos die Wirkung, daß der Damm, mit allem was drauf und dran ist, etwas rascher hinweggespült wird, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Summa Summarum: nur die Regierungen haben die Mittel, Revolutionen zu verhüten und Revolutionen zu „machen".

Jede Revolution ist, abgesehen von sonstigen schlimmen Konsequenzen, das vernichtendste Armuthszeugniß für die Regierung, unter welcher sie ausbricht, durch welche sie ver-

---

unterwühltem Grund ruhende königliche Herrschaft der Revolution, welche bekanntlich, wie jedesmal, von oben begann." Die „Kreuzzeitung" meint natürlich, Ludwig XVI. hätte es vermeiden können und sollen, die Revolution zu „beginnen". Das ist, gelinde gesagt, eine unwissenschaftliche Naivität, die schon durch die Worte: „wie jedesmal", auf ihren wahren Werth zurückgeführt wird. Was „jedesmal" geschieht, ist nicht Zufall, nicht Laune, ist Naturgesetz. Auf alle Fälle nehmen wir das Geständniß der „Kreuzzeitung" ad acta, daß „Revolutionen jedesmal von oben begonnen werden". Nicht blos „begonnen" — ganz „gemacht", mit Haut und Haar.

anlaßt wird und welche für sie nach jeder Richtung verantwortlich ist — auch ohne Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Jede Regierung, unter der eine Revolution stattfindet, ist um deswillen eine schlechte Regierung.

Genug — wir Sozialdemokraten „machen" keine Revolutionen; wir studiren den revolutionären Entwicklungsprozeß von Staat und Gesellschaft, der auch, ohne daß wir gewaltsam eingreifen, mit schwindelnder Schnelligkeit vor sich geht, und wir weben im Uebrigen nach Kräften mit „am sausenden Webstuhl der Zeit". Revolutionen zu „machen", das überlassen wir den Regierungen, Kaisern, Königen, „genialen Staatsmännern", Polizeidirektoren und sonstigen privilegirten Staats- und Gesellschaftsrettern, die Herren Staatsanwälte nicht zu vergessen, deren hervorragende Thätigkeit auf diesem Gebiete zu ignoriren der schwärzeste Undank wäre.

Mit dem Herrn Staatsanwalt bin ich nun fertig. Nur noch ein Wort will ich ihm mit auf den Weg geben: das Wort einer, schon einmal erwähnten, Autorität — die Autoritäten liebt er ja — des berühmten englischen Geschichtsschreibers, Staatsmannes und Juristen Macaulay. In seinem Essay*) über Hallam's Constitutional History of England**) sagt derselbe***) (Macaulay war beiläufig nichts weniger als ein Demokrat, geschweige denn Sozialdemokrat): „Einen Mann bestrafen, weil er ein Verbrechen begangen hat oder weil, wenn auch mit Unrecht, geglaubt wird, daß er ein Verbrechen begangen habe, ist keine Verfolgung. Einen Mann bestrafen, weil wir aus dem Wesen irgend einer Lehre, zu der er sich bekennt, oder aus dem Benehmen anderer Personen, welche sich zu derselben Lehre wie er bekennen, den Schluß ziehen, daß er ein Verbrechen begehen wolle, das ist Verfolgung, und ist in jedem Falle thöricht und ruchlos. (To punish a man, because we infer from the nature of some doctrine which he holds, or from the conduct

*) Eigentlich: Versuch. Man nennt so eine Gattung kurzer wissenschaftlicher, bei aller Wissenschaftlichkeit aber populär geschriebener Abhandlungen. Macaulay gilt für einen der bedeutendsten Vertreter dieses Literaturzweiges.

**) Hallam's Verfassungsgeschichte von England.

***) S. Macaulay's Critical and Historical Essays, Tauchnitz-Ausgabe, Bd. I., S. 119.

of other persons, who hold the same doctrines with him, that he will commit a crime, is persecution, and is, in every case, foolish and wicked.)"

Wohlan — der Hochverrathsprozeß gegen uns ist eine „Verfolgung"; jedes Merkmal, das Macaulay gegeben, trifft zu, als hätte Macaulay mit Bezug auf diesen Prozeß, ihn, vorausschauend, das Urtheil sprechen wollen.

Wäre ich Jurist, so hätte ich nur den Beweis zu führen gehabt, daß dieser Prozeß ein Tendenzprozeß ist, und meine Aufgabe war erfüllt, der Prozeß gerichtet, verurtheilt. Aber wir sind politische Angeklagte. Und als solche mußten wir den Handschuh aufnehmen, der unserer „Tendenz" hingeworfen worden ist, und müssen Tendenz stellen gegen Tendenz, unsere Tendenz gegen die Tendenz der Ankläger, Tendenzprozeß gegen Tendenzprozeß — den sozialdemokratischen gegen den bürgerlich reaktionären.

Ich kann daher noch nicht schließen.

Ich nannte vorhin das Plaidoyer des Herrn Staatsanwalts „die Bankrotterklärung der Anklage und des Anklägers". Ich will gerecht sein. Er hat gethan, was er thun konnte; und hätte er zehnmal mehr gethan, hätte er ein hundert mal besseres Anklagematerial gehabt, er wäre nicht glücklicher gewesen. Ein jeder Hochverrathsprozeß ist eine Bankrotterklärung seiner Urheber, und Absurdität die gemeinsame Eigenschaft aller Hochverrathsprozesse. Gegen die Vernunft ist der Kampf noch hoffnungsloser als gegen die Dummheit; und wer einen Hochverrathsprozeß macht, hat die Vernunft gegen sich. Hochverrath ist kein logischer, ist kein juristischer Begriff, und das Wort Hochverrathsprozeß eine contradictio in adjecto, ein Widersinn.

Hochverrath soll ein Verbrechen sein. Ein Verbrechen ist eine strafbare Handlung, und die Handlung juristisch um so strafbarer, je weiter sie gediehen ist; um so weniger strafbar, je weniger weit sie gediehen. Nehmen wir z. B. Raubmord: der Plan ist gefaßt, das Messer geschliffen, der Hinterhalt gelegt — da kommt etwas in die Quere, die Ausführung unterbleibt; falls durch irgend einen Zufall dem would be Räuber Plan und Absicht nachzuweisen ist, kann er höchstens wegen Gefährdung eines Mitmenschen bestraft werden. — Lassen wir das Verbrechen sich einen Schritt weiter entwickeln: der Raubmörder springt aus dem Hinter-

halt hervor, packt sein argloses Opfer an der Gurgel, führt einen Fehlstoß, und im Handgemenge gelingt es dem Angegriffenen, sich loszureißen und zu entfliehen — wird der would be Raubmörder entdeckt, so kann er nur wegen versuchten Raubmordes in eine je nach dem Betrag der geübten Gewalt höhere oder niedere Strafe verurtheilt, nicht aber mit der Kapitalstrafe belegt werden. Diese kann ihn blos treffen, wenn der Raubmord wirklich durchgeführt worden ist. Genau dasselbe gilt von allen anderen Verbrechen und Vergehen. Der Hochverrath hört auf, Verbrechen zu sein, sobald er durchgeführt ist. Nur undurchgeführt ist er ein Verbrechen. — Der gelungene Hochverrath kommt nicht unter das Strafgesetz — er macht Gesetze — das Strafgesetz bestraft blos das Mißlingen des Hochverraths.

Treason never prospers, what 's the reason?
When it prospers none dare call it treason!*)

lautet der bekannte englische Vers.

Der glückliche Hochverrath sitzt auf Thronen, auf Ministersesseln, auf Richterbänken. Man kann im wahrsten Sinne des Wortes sagen: der Hochverrath regiert die Welt. Die alte wie die neue. Die Amerikaner? Hochverräther. Die Engländer? Hochverräther, doppelt in der Wolle gefärbt, 1649 und 1688; in Frankreich seit 1792, um nicht weiter zurückzugreifen, nur Hochverräther an der Regierung: der Konvent, das Direktorium, die Konsuln, der erste Napoleon, die restaurirten Bourbons, der Bürgerkönig Louis Philippe, die Februarrepublik, der zweite Napoleon, die Septemberrepublik — Hochverräther, nichts als Hochverräther. In Spanien dito. In Italien seit 1859 Hochverrath und kein Ende — ich meine auf dem Thron. In Rußland Hochverrath und Meuchelmord in Permanenz. In Oesterreich ein zum Tode verurtheilter Hochverräther (Andrassy) an der Spitze der Regierung. Und in Deutschland? Je nun, was war das Jahr 1866, wenn kein Hochverrath? Das Staatsgrundgesetz gewaltsam zerrissen, Bürgerkrieg entzündet, mit Fürstenkronen Kegel gespielt — wenn das nicht Hochverrath war, so weiß ich nicht, was Hochverrath ist. Aus diesem Hochverrath ist der Norddeutsche Bund, jetzt Deutsches

*) Hochverrath glückt nie — was mag der Grund sein?
Wenn er glückt, wagt Niemand ihn Hochverrath zu nennen.

Kaiserreich hervorgegangen, gegen das wir Hochverrath verübt haben, und das Reichsstrafgesetzbuch, nach welchem wir verurtheilt werden sollen!

Es ist doch Humor in der Weltgeschichte. Läßt sich eine hübschere reductio ad absurdum dieses und aller Hochverrathsprozesse ersinnen?

Daß man einen politischen Feind niederschießt, ist brutal, aber es ist logisch, die Logik der Brutalität. Daß man einen politischen Feind wegen Hochverraths vor Gericht stellt, das ist im Wesen ebenso brutal, aber es ist nicht logisch, weil der Hochverrathsbegriff unlogisch, ein förmlicher Hochverrath an der Logik ist. Habe man wenigstens den Muth der Logik, die im Staatsleben bei Behandlung politischer (wie religiöser) Fragen nur zwischen zwei Extremen die Wahl läßt: entweder absolute Freiheit oder absolute Unterdrückung!

Wer weder das Eine noch das Andere will, verfällt der blinden Willkür. Wo soll die Grenze sein zwischen Freiheit und Unterdrückung? Es ist unmöglich eine Linie zu ziehen, ohne der Logik und Gerechtigkeit ins Gesicht zu schlagen. Man mißverstehe mich nicht. Wenn ich absolute Freiheit fordere, so will ich damit nicht, daß es erlaubt sein solle, im Namen der politischen oder religiösen Freiheit Menschen an ihrer Person oder ihrem Eigenthum zu schädigen. Was die Interessen, die Rechte Anderer beeinträchtigt, ist keine Freiheit, ist Gewaltmißbrauch, Uebervortheilung, und fällt unter die gewöhnlichen, gemeinen Vergehen, unter das gewöhnliche, gemeine Strafgesetz. — Alle Sonder- und Ausnahmegesetzgebung auf religiösem, wie politischem Gebiet ist eine Verkennung dieser einfachen Thatsache und erschwert ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen. Jedes Strafgesetz, das sich nicht gegen gewöhnliche Vergehen richtet, ist ein Inquisitionsgesetz; jeder Strafprozeß, der sich nicht gegen gewöhnliche Vergehen richtet, ein Inquisitionsprozeß. Jedes wirkliche Vergehen läßt sich unter die Rubrik des gewöhnlichen Vergehens bringen; ein sogenanntes Vergehen aber, das sich nicht unter diese Rubrik bringen läßt, ist kein wirkliches Vergehen — es ist blos ein Vergehen in der Meinung oder nach der Laune der Gesetzgeber, und in diese Kategorie gehören alle politischen und religiösen Vergehen und Verbrechen ohne Aus-

nahme, weshalb denn auch alle politischen und religiösen Prozesse ohne Ausnahme Inquisitionsprozesse sind. Der euphemistische moderne Name für Inquisitionsprozeß ist Tendenzprozeß. Einmal die Berechtigung des Tendenzprozesses zugegeben, so hat Jeder das Recht, Jedem den Prozeß zu machen, der bellum omnium contra omnes*) ist proklamirt, nur daß man, statt einander todtzuschlagen, sich gegenseitig ins Gefängniß steckt. Leben doch auf der weiten Welt keine zwei Menschen, die gleich denken, eine gemeinplätzige Wahrheit, die Kaiser Karl V. freilich erst von den todten Uhren gelernt hat. Mit einem Wort: der Tendenzprozeß ist die Proskription, in den Mantel des geschändeten Gesetzes sich hüllend.

Lasse man uns unsere Gedanken! Lasse man uns sie frei entwickeln. Wir verlangen nichts als „Ellenbogenraum" und a fair fight and no favour (ehrlichen Kampf und keine Gunst). Wo absolute Freiheit besteht — Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes und der Wahl —, da ist die friedliche Weiterentwicklung nicht blos möglich, sondern gewiß. Minoritäten sind nur gefährlich, wenn sie unterdrückt sind und wenn sie keine Gelegenheit haben, sich als Minoritäten zu erkennen. Kein Mensch setzt sein Leben aufs Spiel, um mit Gewalt zu erlangen, was er mit Güte erlangen kann; und kein Mensch wird den Weg der Gewalt betreten, wenn er weiß, daß eine überlegene Gewalt ihm gegenübersteht und die Gewaltthat nur zu seinem eigenen Nachtheil ausschlagen kann. Das allgemeine freie Wahlrecht giebt den Parteien die Möglichkeit, sich zu zählen und ihren Willen gütlich zur Geltung zu bringen, und darin liegt seine antirevolutionäre Bedeutung — das Wort revolutionär im staatsanwaltlichen Sinne genommen. Aber haben wir das freie allgemeine Wahlrecht? Haben wir die übrigen politischen Freiheiten, ohne welche es blos ein Scheinrecht ist? Haben wir Bürgschaften gegen die Vergewaltigung der Wähler durch politische und ökonomische Zwingherren?

Unsere Partei ist ganz wesentlich eine Partei des Friedens. Nicht allein insofern wir den Krieg zwischen den Völkern und den Gesellschaftsklassen verurtheilen und abzuschaffen suchen, sondern auch insofern wir die Mittel, und meiner festbegründeten Ueberzeugung nach die einzigen Mittel, an-

*) Der Krieg Aller gegen Alle.

geben, um auf friedlichem Wege zum politischen und sozialen Frieden zu gelangen. Friedliche Lösung der sozialen Frage heißt Sozialdemokratie. Dem jetzigen chronischen Klassenkampf ist nur zu steuern, ein akuter, blutiger Klassenkampf nur zu vermeiden, wenn das Vorhandensein des Uebels und die Nothwendigkeit der Heilung, mit anderen Worten die Berechtigung der sozialdemokratischen Bestrebungen, von den herrschenden Klassen offen und ehrlich anerkannt, und wenn dieser Anerkennung und Erkenntniß gemäß gehandelt wird. Dann wird sich auf dem Wege der Reform und der Verständigung der Uebergang in eine vollkommenere, den Anforderungen der Gerechtigkeit Rechnung tragende Gesellschaftsorganisation vollziehen. „Gut, wendet man vielleicht ein, Freiheit sei Euch gewährt, aber nicht Zügellosigkeit." Wer diesen Unterschied macht, will auch die Freiheit nicht. Was heißt zum Beispiel Zügellosigkeit der Presse? Daß ich in der Presse Doktrinen predige, Grundsätze ausspreche, die meinem Nachbar mißfallen, — das giebt ihm aber nicht das Recht, mich zu unterdrücken. Er widerlege mich! „Die öffentliche Moral wird untergraben; nicht Jeder, der das Gift einnimmt, nimmt auch das Gegengift ein." Meine Herren, eine Moral, die durch einen, die durch tausend „giftige" Zeitungsartikel untergraben wird, wenn die Inhaber besagter Moral auch zu nicht „giftigen" Zeitungsartikeln freien Zutritt haben, ist keinen Pfifferling werth. Korruption der öffentlichen Moral durch die Presse ist blos möglich, wenn der korrupten Presse durch Unterdrückung einer gesunden Presse das Monopol gesichert wird, so daß das Volk wohl oder übel fast nur verfälschte Waare zu genießen bekommt, wie z. B. jetzt die Waare des preußischen Reptilienfonds. Besteht aber die „Zügellosigkeit" darin, daß ich zu irgend einer Gewaltthat auffordere, z. B. meinen Nachbar X. durchzuprügeln oder den Ministerpräsidenten Y. nebst seinem Untergebenen gewaltsam zum Bureaufenster hinauszuwerfen, je nun, so kann der Nachbar X. und Ministerpräsident Y. mich verklagen und von der Polizei Schutz requiriren. Das Alles hat jedoch mit Freiheit oder Zügellosigkeit, überhaupt mit Politik gar nichts zu thun, es sind Verstöße gegen das gewöhnliche Gesetz und nach dem gewöhnlichen Strafgesetzbuch zu reprimiren oder bestrafen. Es ist ein altes Wort: wer schwimmen lernen will, der muß ins Wasser gehen. Nur

in der Praxis lernt man die Praxis. Der Mangel an Praxis erzeugt tolle Theorien, und die tollste Theorie wird unschädlich, sobald ihr die Möglichkeit der Verwirklichung gegeben wird. An dem Granit der Praxis zerschellen die falschen Theorien, und schleifen die Kanten der richtigen sich ab. Hielten unsere Gegner die sozialistischen Grundsätze wirklich für falsch, so würden sie sich über die Proklamirung der Pariser Kommune gefreut haben, statt Zeter zu schreien. Denn hier hieß es für den Sozialismus: hic Rhodus, hic salta *), und hätte er nicht springen können, wäre er über die eigenen Füße gestrauchelt und zu Boden gefallen, so war der Sozialismus für alle Zeiten todt, das spectre rouge **) gebannt — aus der Welt gelacht. Le ridicule tue ***), und die Lächerlichkeit, die leider einzelne Personen nicht immer tödtet, tödtet unfehlbar Theorien und Parteien. Man lasse uns frei gewähren, und unsere Lehren hören auf, „staatsgefährlich" zu sein; man versuche, uns zu unterdrücken, und sie werden „staatsgefährlich", d. h., indem man sie außerhalb des Staats stellt, zwingt man sie, sich gegen den Staat zu wenden, statt innerhalb desselben und auf dessen Boden der Verwirklichung zuzustreben. Wir wollen keine Revolution, ich meine keinen gewaltsamen Losbruch, aber eine Politik der Unterdrückung führt ihn mit der unerbittlichen Logik der Thatsachen herbei — und, meine Herren, wenn das Volk dazu getrieben wird, zu seiner Vertheidigung, zu seiner Selbsterhaltung die Waffen zu ergreifen — und andere Revolutionen im staatsanwaltlichen Sinne kennt die Geschichte nicht —, wohlan, können Sie uns zumuthen, daß wir uns dann wie Hämmel abschlachten lassen?

„Aber es wird immer extravagante Köpfe geben, denen der normale Gang der Entwicklung zu langsam ist und die ihn durch Putsche und Verschwörungen werden beschleunigen wollen." Mag sein, obgleich ich es bezweifle, denn in wirklich freien Ländern, wie den Vereinigten Staaten von Amerika, sind Putsche und Verschwörungen unbekannt, und kämen sie dort vor, würden sie nichts schaden. Nur einmal war die Union in Gefahr, und diese politische Katastrophe giebt mir

*) Hier ist Rhodus, hier springe! D. h. Jetzt zeige, was du leisten kannst!

**) Das rothe Gespenst.

***) Die Lächerlichkeit tödtet.

einen lehrreichen Vergleich ein. Die Rebellion der Sklavenhalter ist in frischem Gedächtniß. Um ihre politischen Privilegien und das verruchte Institut der Sklaverei aufrecht zu erhalten, griffen die Junker der Südstaaten zu den Waffen und suchten die große transatlantische Republik zu zerreißen. Es war ein Hochverrath in des Wortes verwegenster Bedeutung. Die Rebellion ward erst nach furchtbaren Anstrengungen unterdrückt. Und die Hochverräther? Soweit sie nicht auf dem Schlachtfeld gefallen, sind sie im vollen Besitz ihrer Freiheit. Nach kurzer Haft wurden sie entlassen, weil die Regierung der Vereinigten Staaten, von der Ueberzeugung ausgehend, daß der Hochverrath ein Ding ist, welches vor der gesunden Vernunft nicht besteht, in den überwundenen Rebellen besiegte Feinde sah und die besiegten Feinde nicht fürchtete. Dort die republikanische Regierung, es unter ihrer Würde haltend, Männer, die an der Spitze von einer halben Million Soldaten gegen die Verfassung gekämpft, als Hochverräther in den Kerker zu werfen — hier das mächtige deutsche Reich mit seinen 1 500 000 Soldaten, vor drei Männern sich fürchtend, die keine Flinten besitzen, und deren einzige Waffen das gesprochene oder geschriebene Wort! Wie schwach sich das deutsche Kaiserreich fühlen muß!

Doch zurück zur Sache. In Republiken — ich spreche natürlich nicht von einem republikanischen Wechselbalg wie der sogenannten französischen Republik — braucht man Verschwörungen und Putsche nicht zu fürchten, weil sie sinn- und zwecklos sind und darum jeden vernünftigen Menschen gegen sich haben müssen. Man nehme z. B. an, Bonaparte hätte seinen 2. Dezember in Washington statt in Paris versucht — binnen einer halben Stunde würde die Polizei und die Miliz ihn mitsammt seinen Mitverschwornen am Kragen gehabt und nach Nummer Sicher gebracht haben; und hätte er bei dieser Gelegenheit einen oder mehrere Bürger der Vereinigten Staaten ermordet, so hätte man ihm den Prozeß auf Mord gemacht und im Fall der Schuldigsprechung ihn als gemeinen Mörder nach dem gemeinen Strafgesetzbuch an den gemeinen Galgen gehängt. In Frankreich wurde er Kaiser. — Man sieht an diesem Exempel, daß es für gewisse Leute allerdings seine Unbequemlichkeiten hätte, wenn der Unterschied zwischen politischen und gemeinen Vergehen aufgehoben, richtiger: alle anderen als gemeine Vergehen für

krankhafte Ausgeburten eines verkehrten Systems erklärt und aus dem Strafgesetzbuch gestrichen würden. Nur gemeine Vergehen sind wirkliche Vergehen, wie nur die gemeine Moral wirkliche Moral ist, während die sogenannten politischen Vergehen ein Hohn sind auf das Recht, wie die sogenannte politische Moral ein Hohn auf die Sittlichkeit. — Doch zugegeben: es wird konspirirt. Um so schlimmer — für die Konspirateure! Sie hätten sicherere Aussicht als jetzt, ins Gefängniß oder ins Irrenhaus zu kommen. In letzteres gehörten sie. Bestimmt kämen sie nicht, gleich Bonaparte, auf den Thron. Konspirationen werden durch den Despotismus großgezogen: in der Freiheitsluft gedeihen sie nicht. Aber auch unter dem Despotismus, unter den ihrem Erfolg günstigsten Bedingungen haben Verschwörer keine Chancen, sich der Gewalt dauernd zu bemächtigen; sie bringen es höchstens zu einer Palastrevolution, zu einer Militärrevolution. Die einzig erfolgreichen Konspirateure sind Männer gewesen, die bereits thatsächlich im Besitz der Gewalt oder doch bedeutenden staatlichen Einflusses waren — z. B. Bonaparte und die spanischen Verschwörergenerale. Man hält mir vielleicht die Februarrevolution entgegen. Kein Zweifel, es bestand vor Ausbruch der Februarrevolution eine Verschwörung zum Sturz Louis Philippe's, kein Zweifel, die Verschwörer spielten bei den Februarereignissen eine bedeutende Rolle, allein sie wären gleich nach den ersten Stunden des Kampfes todt oder gefangen gewesen, wenn die Unzufriedenheit mit der Regierung nicht die weitesten, den Einwirkungen der geheimen Gesellschaften unzugänglichen Kreise erfüllt, und das Volk auf die Bühne gebracht hätte. Daß Verschwörer den Fall Louis Philippe's geplant hatten, war an der Februarrevolution gerade so unschuldig, als daß es einmal zufällig regnet, wenn ich den Regenschirm mitgenommen habe. Die alte Manier, Geschichte zu schreiben, war, Alles auf einzelne Persönlichkeiten zurückzuführen, die nach ihrem Willen, entweder durch ihre gewaltige Faust, mit Blut und Eisen, oder durch ihren gewaltigen Geist, mit genialer Staatsmannschaft oder durch Verschwörungen, die Welt nach ihrer Laune zurecht kneteten. Die neuere, die philosophisch-kritische Geschichtschreibung, hat das Verkehrte dieser Auffassung gezeigt; sie geht von dem Grundsatz aus, daß die Entwicklung der Menschheit sich nach unabänderlichen Naturgesetzen vollzieht; daß die Geschichte

sich, um an einen Hegel'schen Ausdruck anzuknüpfen, von keinem Individuum überlisten läßt, und wäre es der geriebenste Schurke; kurz, daß die Menschengeschichte weder auf Schlachtfeldern noch in den Palästen, weder in den Salons der Diplomaten noch in den Kammern der Verschwörer gemacht wird; daß die offiziellen Geschichtsmacher, insoweit sie nicht mythische Figuren, bei Licht betrachtet, sehr überflüssiges, meist sehr häßliches Beiwerk der Geschichte sind; und daß es für die Menschheit sehr gut wäre, wenn dieses Beiwerk durch Abwesenheit glänzte. Es ist bekannt, um eines Beispiels zu erwähnen, daß sämmtliche Vorgänge der französischen Staatsumwälzung am Ende des vorigen Jahrhunderts von Zeitgenossen auf Verschwörungen des Hofes, des Herzogs von Orleans u. s. w. zurückgeführt wurden; die vernünftige Geschichtsschreibung hat das Haltlose und Lächerliche dieser Annahme erwiesen und konstatirt, daß wohl viel konspirirt worden ist, daß aber die Konspirateure ungefähr ebenso viel Einfluß auf den Gang der Ereignisse gehabt haben als das Heupferd der Fabel auf die Bewegung des Wagens. Ich weiß, die Herren von der Polizei nnd Staatsanwaltschaft huldigen noch der alten Geschichtstheorie und glauben namentlich an Verschwörungen so fest, daß ihnen mitunter das biblische Wunder gelingt, selber eine Verschwörung zu machen; allein ich kann nur sagen: die Wissenschaft steht nicht auf Seiten der Herren Polizisten und Staatsanwälte und hat diese unwissenschaftliche Theorie längst in den Papierkorb geworfen. Leider jedoch nicht ihr den Garaus gemacht, wie der gegenwärtige Prozeß zeigt.

Der Grund, daß diese Theorie für die Praxis noch nicht abgethan ist, liegt in der Hartnäckigkeit, mit der sich die Herren Polizisten, Staatsanwälte nnd sonstigen Staatsbehörden an die Auffassung klammern, daß der Staat ein mechanisches Ding sei, kein lebendiger Organismus. Es ist das ein neuer Beweis für die Richtigkeit des famosen Wortes des schwedischen Kanzlers, betreffend die Quantität des Verstandes, mit welchem die Welt regiert wird. Der Staat ist ihnen ein Automat, den sie aufzuziehen, eine Maschine, die sie zu heizen und zu lenken haben; allenfalls auch eine Gerichtsstube oder Kaserne, wo Alles reglementmäßig nach Vorschrift und auf Befehl geht und Jeder hübsch Ordre pariren muß. Von diesem Staat unterscheidet sich aber der

wirkliche Staat wie eine wirkliche Landschaft von der einer Nürnberger Spielzeug-Schachtel. Man nehme den mechanischen Apparat, die Maschinerie, die Gerichtsstube und Kaserne weg, und der wirkliche Staat ist noch immer da. Der Staat das sind eben wir Alle; wir Millionen Menschen, die zu einer politischen Gemeinschaft vereinigt sind, die wir Jeder nach seiner eigenen Façon denken, handeln, arbeiten, lernen, lehren: Jeder ein Herz in der Brust, das sich nicht aufziehen läßt wie eine Uhr, ein Hirn in dem Schädel, das sich nicht lenken läßt wie eine Maschine — Jeder mit seinen besonderen Gefühlen, seinen besonderen Bedürfnissen, seinem besonderen Ideal, das zu erfüllen ihm Lebensaufgabe ist. Die Summe dieser Millionen von Herzen, die nie still stehen, dieser Millionen Gehirne, die nie ruhen und rasten, dieser Millionen einander durchkreuzender Wünsche, Hoffnungen, Strebungen, Interessen — das ist der Staat. Jeder Tag schafft neue Bedürfnisse, neue Gedanken, neue Theorien, neue Systeme, neue Erfindungen, fördert neue Schätze aus dem Schacht des Wissens, fügt neues Kapital zu dem Gesammtkapital der Kultur. Und dieser Staat, dieser stets wachsende, stets sich verändernde Kollektivorganismus, zusammengesetzt aus Millionen selbständiger Einzelorganismen, sollte still stehen oder sich nur mechanisch bewegen wie ein Automat, wie eine Maschine? Fürwahr, das heißt jenem wahnsinnigen Perserkönig Recht geben, der das Weltmeer in Ketten schlagen wollte. Uns nennt man Staatsfeinde! Uns nennt man Kulturfeinde! Nur die sind es, welche, das Wesen des Staats verkennend, ihn in den engen Zirkel ihrer Vorstellungen zu bannen suchen und Alles, was über denselben hinausdrängt, mit dem Fanatismus der Beschränktheit in die Acht erklären; die, ihr persönliches, ihr Standes-, ihr Klasseninteresse mit dem Staatsinteresse verwechselnd, das Staatsinteresse ihrem persönlichen, ihrem Klasseninteresse aufopfern, und, ähnlich jenen französischen Gärtnern, die aus lebendigen Bäumen todte Mauern zu machen bemüht waren, jeden frischaufschießenden Zweig, weil mit ihrem Ordnungsbegriff nicht verträglich, als ordnungswidrig „im Namen der Ordnung“ wegschneiden wollen.

Daß der Staat keine steinerne unbewegliche Masse ist, das wird beiläufig von Allen zugegeben, die sich je mit dem Wesen des Staats beschäftigt haben, zu welcher Partei sie gehören mögen. Vor 4 Wochen, am 23. Februar d. J.

(1872) hielt hier in Leipzig ein Mann, der in jeder Beziehung unser Antipode ist, Dr. Luthardt, auf politischem und religiösem Gebiet durch ultrakonservative Gesinnung ausgezeichnet, einen Vortrag „über die Stellung des Staats zum Christenthum". Ich habe den eingehenden Bericht des „Leipziger Tageblatt" vom 25. d. zur Hand; darnach hat Dr. Luthardt u. A. gesagt: „Wie ist es nun zu Staaten gekommen und worin besteht das Wesen des Staats? Die staatliche Form der menschlichen Existenz wird keine ewige sein, wie sie keine ursprüngliche ist. In der Weltperiode des vollendeten „Reiches Gottes" wird es keine Staaten geben, und es hat eine Zeit am Anfang der Menschheit gegeben, in welchem keine Staaten waren. Der Staat ist ein Produkt der Geschichte."

Nach der Anschauung unseres Herrn Staatsanwalts enthält dieser Ausspruch beiläufig Hochverrath, denn das „vollendete Reich Gottes", in dem es gar keine Staaten, also auch kein deutsches Reich und keinen sächsischen Staat giebt, wird ja notorisch von Herrn Luthardt „angestrebt".

Wie Jemand noch heute an die mechanische Stabilität der Staats- und Gesellschaftsbildungen glauben kann, ist in der That ein Phänomen. Er muß keine Augen haben. Wohin wir blicken rascher, überraschender Wechsel. Ueberall Revolution. Auf wissenschaftlichem, ökonomischem, politischem Gebiet rücksichtsloser Bruch mit dem Alten, Zertrümmern der alten Dogmen, Theorien, Systeme, Formen, Autoritäten. Tausendjährige Glaubenssätze wie Spreu in den Wind zerstreut, die Grundlagen der Religion weggeschwemmt, die Gesellschaft in wirbelndem Auf und Nieder sich voranwälzend, hier mächtige Staaten aus dem Chaos emporsteigend, dort mächtige Staaten zerbrochen wie Glas — wer darf da von Festigkeit des Bestehenden reden? Wer kann dem Augenblick gebieten, zu verweilen? Was war, ist nicht mehr, und was ist, wird bald nicht mehr sein. Oder wähnt man, die Naturgesetze würden sich plötzlich ändern? Oder es liege in eines Menschen Macht, sie zu ändern? Den Elementen zuzurufen: „Bis hierher und nicht weiter; Eure Herrschaft hat ihr Ende erreicht; jetzt herrsche ich, und mir müßt Ihr unterthan sein? Mein Bau ist nicht der Vergänglichkeit unterworfen, ich habe, der Erste, seit es Menschen giebt, für die Ewigkeit gebaut!?" Vor fast tausend Jahren, im Grauen des

Mittelalters, beschämte ein Monarch seine Höflinge, die ihm die Herrschaft über die Elemente zuschrieben. Und jetzt, im 19. Jahrhundert, in der Aera der Revolution par excellence, will man es für Hochverrath erklären, daß wir sagen: „Es ist strafbare Thorheit, die Gesellschaft in die Zwangsjacke einer überwundenen Vergangenheit einschnüren, das momentan Bestehende als das einzig Existenzberechtigte hinstellen zu wollen; es giebt keinen Stillstand; die Welt bewegt sich, und wir bewegen uns mit ihr.“ Wähnt man, durch Polizeimaßregeln, durch Tendenzprozesse die Naturgesetze umstoßen zu können? Wer an den Krater des Vesuv eine Polizeiverordnung anschlüge: „Ein Ausbruch des Vulkans ist bei Strafe verboten“, würde nach einstimmigem Urtheil ins Tollhaus gehören, und doch wäre er nicht weniger unvernünftig als Diejenigen, welche den Makrokosmus der Menschheit in den Mikrokosmus ihres engen Gehirns einzwängen wollen, und jeden Protest, jedes Sträuben dagegen „bei Strafe“ verbieten.

„Im Bewegen und Werden giebts kein Bleiben, die Natur hat ihren Fluch gehängt ans Stillestehen!“ Ja, ihren Fluch! Das ist starke Sprache. Nicht wahr? Und wer sagt so? Goethe. Und ein Mann, gleich gewaltigen, gleich umfassenden Geistes, Alexander v. Humboldt, wendet Goethe's Wort ausdrücklich auf das politische Leben an (Kosmos I., S. 34 der vierbändigen Ausgabe in Schillerformat): „Im Lebensgeschick der Staaten ist es wie in der Natur, für die nach dem sinnvollen Ausspruch Goethe's „es im Bewegen und Werden kein Bleiben giebt, und die ihren Fluch gehängt hat an das Stillestehen“.“ Und wenige Zeilen nachher fügt Humboldt hinzu: „Wo unter dem Schutz weiser Gesetze und freier Institutionen **alle** Blüthen der Kultur sich kräftig entfalten, da wird im friedlichen Wettkampf kein Bestreben des Geistes dem andern gefährlich.“ In Lettern von Gold sollten diese „goldenen Worte“ in den Zimmern der Staatsmänner, in den Sälen der gesetzgebenden Versammlungen angeschrieben sein!

Was erreicht man durch Prozesse, wie diesen, durch die systematische Verfolgung unserer Partei? Man kräftigt uns! Man stärkt uns in der Ueberzeugung, daß wir recht haben. Man würde uns nicht verfolgen, wenn man uns nicht fürchtete. Und warum, rufen wir den Gegnern zu, warum

fürchtet Ihr uns? Wir haben kein Geld, wir haben keine Soldaten, es fehlen uns alle Mittel der äußeren Macht. Und hätten wir Millionen an Geld, Ihr könntet Ihnen Milliarden entgegensetzen, hätten wir hunderttausend gedrillter Soldaten, Ihr könntet ihnen Millionen entgegensetzen. Warum also fürchtet Ihr uns? Was fürchtet Ihr in uns? Wir haben nichts als unsere Prinzipien, unsere Ideen, und unsere Ideen fürchtet Ihr, denn Ihr habt ihnen keine Ideen entgegenzusetzen, und darum wollt Ihr sie durch die brutale Gewalt ausrotten. O, Ihr Herren, was in unserem Kopf steckt, das könnt Ihr nicht vernichten — nicht weil der Geist unsterblich, sondern weil, was im Kopf steckt, von Außen hineingekommen ist und außen fortlebt, auch wenn der Kopf abgeschlagen. Man hat noch nie eine Idee guillotinirt oder füsilirt, und Eure Furcht ist die unwillkürliche, Euch selbst unbewußte Anerkennung dieser Wahrheit. „Gedanken sind zollfrei", sagt das Volk, sie fliegen über Grenzpfähle und Schlagbäume, durch Gefängnißgitter und über Bajonette, — manchmal auch in Bajonette. Man lacht über das naive Bäuerlein, welches die Quelle der Donau mit dem Fuß abdämmte und vergnügt ausrief: „Wie werden sie sich in Wien wundern, wenn die Donau ausbleibt!" Nicht klüger sind jene Staatsretter, die das Strombett der sozialdemokratischen Bewegung trocken zu legen vermeinen, wenn sie brav Vereine und Versammlungen auflösen, und die sogenannten „Führer" und „Hauptkrakehler" ins Gefängniß befördern. Die Donau empfängt nicht aus einer Quelle ihr Wasser, sie empfängt es aus hunderttausenden; und all diese hunderttausend Quellen zu verstopfen ist Kinderspiel, verglichen mit dem Unterfangen, eine geistige Bewegung zu ersticken, die, ihre Kraft saugend aus dem Boden der Thatsachen und aus dem Bewußtsein des Rechts, in Hunderttausenden von Herzen Wurzel gefaßt hat, und die, machten brutale Standrechtskugeln all diese hunderttausend Herzen still, auf den Schwingen des Märtyrerthums in Millionen lebendige Herzen getragen würde, bis sie siegt. Durchblättert das Buch der Geschichte. Findet Ihr nur ein Beispiel von erfolgreicher Unterdrückungspolitik? Nur einen endgiltigen Sieg der Gewalt über die Idee? Findet Ihr nicht umgekehrt, daß jeder Versuch der Unterdrückung die Macht der unterdrückten Bewegung gesteigert, ihren Triumph beschleunigt hat? Wohl

hat es Bewegungen gegeben, die nicht ans Ziel gelangt sind — nicht aber, weil die Machthaber sich feindlich gezeigt, sondern weil sie in den Verhältnissen nicht begründet waren und weil die Volksmassen sich darum fernhielten. Unsere Bewegung ist keine Ausnahme von der allgemeinen Regel: verfolgt sie ein falsches Ziel mit falschen Mitteln, so wird sie an ihren eigenen Irrthümern zu Grunde gehen; nimmermehr durch Eure Verfolgungen. Und *ist* es eine schlechte Sache, wie Ihr behauptet, wohlan, so giebt es nur *ein* Mittel, sie wenigstens vorübergehend zu einer guten Sache zu machen: *verfolgt uns!* Jeder Gewaltakt giebt uns größere intensive Kraft, vermehrt die Zahl unserer Anhänger. *Dieser Prozeß ist uns mehr werth als zehn Jahre der fruchtbarsten Propaganda.* Jeder Mensch ist ein geborner Rebell: er lehnt sich instinktiv auf gegen rohe Gewalt, und er ergreift Partei für ihre Opfer, selbst wenn es gemeine Verbrecher sind. Nie war die Banknotenfälschung in England so häufig als zur Zeit, da sie erbarmungslos mit dem Tode bestraft ward: der Galgen verlieh der Fälschung den Nimbus des Heldenmuthes, dem Fälscher den Nimbus des Märtyrerthums. Und Ihr wollt eine Bewegung „ausstampfen", an deren Zielpunkt die Millionen der in den Staub getretenen, im Elend verkommenden Söhne der Arbeit das verwirklichte Menschenrecht, ihre Erhebung zum Menschenthum, zu menschenwürdiger Existenz erblicken? Stampft nur zu! Hier tretet Ihr eine züngelnde Flamme aus — da, dort, hinter Euch, vor Euch, ringsum, überall brechen neue Flammen hervor — es ist unterirdisches Feuer, Ihr Herren, das Ihr nicht löschen könnt, *der Boden brennt, auf dem Ihr steht!* Ihr glaubt, das gehe nicht mit rechten Dingen zu. Ihr glaubt zwar nicht an Zauberei, wie Eure Großväter, die Hexenrichter, aber Ihr glaubt an Verschwörungen, an geheime Organisationen, an künstliches „Machen" der Bewegung. Kein Wunder, daß Ihr, gleich dem Kinde, das sein Bild hinter dem Spiegel sucht, in die leere Luft greift. Was Ihr seht und wonach Ihr greift, ist nur der täuschende Reflex Eurer falschen Vorstellungen. Die „Verschwörer", die „Wühler", die „Agitatoren" wollt Ihr packen? Packt jeden Fabrikanten, der sich mit der nichtbezahlten Arbeit seiner Lohnsklaven bereichert! Packt jeden Gutsherrn, der die Arbeitskraft des ländlichen Tagelöhners ausbeutet und die Aecker

verarmter Kleinbauern seinem Hofe hinzufügt. Packt jede neue Maschine, die Industrie und Ackerbau revolutionirt, die Produktion steigert und den Produzenten ruinirt, den Nationalreichthum vermehrt und die Schöpfer des Nationalreichthums inmitten der von ihnen hervorgebrachten Schätze die Hungerqualen des Tantalus erdulden läßt! Packt die Regierungen und Gesetzgebungen, welche durch Niederwerfen der letzten Zunftschranken das Kleingewerbe in die Arena der freien Konkurrenz gestoßen haben, wo es ebenso gewiß die Beute der Großindustrie werden muß, wie einst der waffenlos in den römischen Zirkus gestoßene Christ die Beute des numidischen Löwen! Packt die Eisenbahnen, die elektrischen Telegraphen, den Dampf — packt Euch selbst, packt die Richter und Geschwornen, — packt Alles und Jeden, denn Alles trägt den Stempel der revolutionären Zeit, und Jeder schleppt das revolutionäre Gift mit sich — wenn nicht in Fleisch und Blut, wenigstens in den Kleidern. — —

Zu einem anderen Punkt, der für unsere Vertheidigung wesentlich. Wir sind der „Vorbereitung des Hochverraths“ angeklagt, nicht unserer sozialistischen Anschauungen und Bestrebungen. Aber, meine Herren Geschwornen, obgleich die Anklage eine politische ist, so handeln doch neun Zehntel des ganzen Anklagematerials von unseren sozialistischen Anschauungen und Bestrebungen, und es kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß diese neun Zehntel, die eigentlich nicht zur Anklage gehören, blos zu dem Zweck hereingezogen worden sind, dem zehnten Zehntel, das von Politik handelt, uns aber nicht belastet, das zu unserer Erdrückung nöthige Gewicht zu verleihen. Man macht uns einen politischen Prozeß, aus politischen Motiven, um in unserer Person politische Gegner aus dem Wege zu schaffen; und da wir politisch unangreifbar sind, uns keines Vergehens schuldig gemacht haben, das eine Anklage auf Hochverrath rechtfertigte, so sucht man uns unter dem Odium unseres Sozialismus zu zermalmen. Wie sehr dies Absicht der Anklage, geht aus der beispiellosen Thatsache hervor, daß in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft unter dem Belastungsmaterial*) die Erklärungen des „Volksstaat“ über die Pariser Kommune sich befinden, welche bekanntlich

*) Siehe S. 86 f.

gegründet ward, während wir noch in Untersuchungshaft waren! Daß ein Ereigniß, welches so handgreiflich ohne unsere direkte oder indirekte Betheiligung zu Stande gekommen; daß Erklärungen, abgegeben mit Bezug auf dieses Ereigniß, abgegeben ein halbes Jahr nach unserer Verhaftung und nach Einleitung des Hochverrathsprozesses — daß ein solches Ereigniß und solche Erklärungen mit diesem Prozeß ebenso viel zu thun hatten als der Mann im Mond, das konnte dem Herrn Staatsanwalt nicht unbekannt sein, und ebenso wenig konnte ihm unbekannt sein, daß dieses Material, obschon juristisch werthlos, doch bei dem Grauen, welches das bloße Wort Kommune zur Zeit, da die Anklageschrift verfaßt ward — 21. Juli des vorigen Jahres — der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung einflößte, eine bedeutende „moralische" Wirkung versprach. Es ist wahr, das betreffende Material ist in dem Prozeß nicht zur Verwendung gelangt, aber die Absicht der Verwendung hat bestanden, und das dieser Absicht zu Grunde liegende Motiv geht, wenn auch in keinem andern Fall so scharf hervortretend, durch die ganze Anklage hindurch. Wir sind es deshalb uns selbst, sowie der durch uns vertretenen Partei schuldig, durch Darlegung unserer Prinzipien und Bestrebungen das Unbegründete dieses Odiums nachzuweisen. Ich weiß, der Gerichtssaal ist kein akademischer Hörsaal, und werde mich auf die unerläßlichsten Umrisse beschränken.

Wir sind Sozialisten, gut! Kommunisten, gut! Sind wir darum moralische Monstra*), die man, als außerhalb der menschlichen Gesellschaft stehend, außer dem Gesetz erklären muß, wie der Herr Staatsanwalt es angedeutet hat, und ausrotten, wie man gemeinschädliche Raubthiere ausrottet? Freilich hat man uns als solche Monstra hingestellt, und ich will so weit gehen zu sagen: wären wir wofür unsere Parteifeinde uns ausgeben, die menschliche Gesellschaft würde durch den Selbsterhaltungstrieb zu unserer Vertilgung gezwungen und somit auch berechtigt sein. Denn Nothwendigkeit ist Recht. Aber die Stimme des Parteihasses soll in diesem Raum kein Gehör finden, das verlangen wir; und wir verlangen, daß man uns beurtheile nach dem, was wir gethan haben und was wir sind, nicht nach dem, was blinde

*) Ungeheuer.

Furcht und blinde Wuth uns angedichtet, uns angelogen haben. Man strafe uns nicht für die Verleumdungen unserer Gegner.

Also des Sozialismus sind wir schuldig. Das heißt, wir sind schuldig, die brüderliche Gleichordnung der Menschen in der Gesellschaft zu wollen; denn das und nichts anderes ist Sozialismus. Wir sind des Kommunismus schuldig. Das heißt, wir sind schuldig, einen Staat anzustreben, welcher, dem Staatsideal der größten Denker des Alterthums und der Neuzeit entsprechend, einerseits die Interessen jedes Einzelnen denen der Gesammtheit unterordnet, andererseits die Interessen jedes Einzelnen durch die Gesammtheit fördert; denn das und nichts Anderes ist Kommunismus — einen Staat, der das höchstmögliche Wohlergehen aller Staatsbürger sichert, der — ein Kulturstaat in des Wortes höchster Bedeutung — durch vernünftige und gerechte Einrichtungen, namentlich durch ein die Entwicklung aller Fähigkeiten und echte Bildung anstrebendes Erziehungssystem die Kultur, die ihm Staatszweck ist, mit aller Staatsmacht hebt, und jeden einzelnen Staatsbürger gleichmäßig an den Segnungen der Kultur theilnehmen läßt. Die Basis aller Kultur ist die Arbeit. Was wir sind und haben, sind und haben wir durch die Arbeit. Der Arbeit verdanken wir Alles. Nicht unserer persönlichen Arbeit, wenigstens nur zu einem verschwindend kleinen Bruchtheil, sondern der allgemeinen, gesellschaftlichen Arbeit. Es ist sehr wohl möglich — und wir sehen es ja häufig genug —, ohne persönliche Arbeit die Segnungen der Kultur zu genießen; es ist aber auch dem Arbeitsamsten, dem Arbeitkräftigsten bei angestrengtester Arbeit absolut unmöglich, als Kulturmensch zu leben ohne die allgemeine gesellschaftliche Arbeit, denn sie hat erst die Kultur geschaffen und ohne sie wären wir Thiere, nicht Menschen. Hieraus ergiebt sich die kommunistische Natur, das zur Gemeinschaft drängende Wesen der Arbeit, auf welchem Staat und Gesellschaft beruhen. Diesen kommunistischen Charakter hat die Arbeit stets gehabt: die des antiken Sklaven und des mittelalterlichen Leibeigenen, wie des modernen Lohnarbeiters. Aber das Produkt der Arbeit hat ihn nicht gehabt und hat ihn noch jetzt nicht. Der antike Sklave arbeitete für seinen Besitzer; der mittelalterliche Leibeigene für den Grundherrn; und der moderne Lohnarbeiter arbeitet für den Kapitalisten. Hier steckt die Inkonsequenz, hier

das Unrecht, dem abzuhelfen das Ziel der Sozialdemokratie ist. Der gesellschaftlich-kommunistische Charakter der Arbeit soll auf das Produkt der Arbeit ausgedehnt werden; das Produkt der Arbeit soll Eigenthum der Arbeiter sein; die Arbeit nicht länger Gemeinsamkeit des Elends, sondern des Genusses.

Man sieht, wie lächerlich der Vorwurf ist, wir wollten das Eigenthum abschaffen. Nicht das Eigenthum soll abgeschafft werden, sondern die Enteignung des Eigenthums, das falsche Eigenthum, welches Aneignung fremden Eigenthums ist, der gesellschaftliche Diebstahl. Expropriation der Expropriateure hat Marx es genannt. Uebrigens hätten Leute, die sich zum Christenthum bekennen, kein Recht, selbst gegen das „Theilen" zu eifern, denn das neue Testament predigt den Kommunismus in der „rohesten", urwüchsigsten Form, und die ersten christlichen Gemeinden, die noch die „ganz reine Lehre" hatten, trieben das „Theilen" mit großer Gründlichkeit und sollen es auch auf die Weiber ausgedehnt haben.

Betrachten wir die gegenwärtigen Zustände. Wer will leugnen, daß die Mehrheit der Menschen in den traurigsten Verhältnissen lebt, und daß nur eine Minorität so gestellt ist, daß sie die Mittel zu einem menschenwürdigen Dasein hat? Die Zweifler verweise ich auf die Statistik, deren Ziffern keinen Widerspruch dulden und nur von der Unwissenheit oder Böswilligkeit ignorirt werden können.

Die ökonomische Ungleichheit ist aber nicht das Schlimmste. Die Arbeit schafft alle Reichthümer, und wären Die, welche arbeiten, reich in dem Maße ihrer Arbeit, und Die, welche nicht arbeiten, arm, so hätte diese Ungleichheit eine gewisse Berechtigung. In der Wirklichkeit verhält es sich aber umgekehrt. Wie der von unsern Gegnern als Autorität verehrte bürgerliche Nationalökonom John Stuart Mill mit schneidender Schärfe erklärt, sind in der heutigen Gesellschaft die Glücksgüter im umgekehrten Verhältniß der geleisteten Arbeit vertheilt. Wer am meisten arbeitet, hat am wenigsten; wer wenig oder nichts arbeitet, hat viel. Die Armuth ist für die Arbeit, der Reichthum für die Nichtarbeit: die Arbeiter, welche den sogenannten „Nationalreichthum" erzeugen, sind von ihm ausgeschlossen: er ist das Monopol der Nichtarbeiter. Dadurch wird die Ungleichheit zur empörendsten Ungerechtig-

keit. Und diese Ungerechtigkeit ist ein Brandmal unserer gerühmten Zivilisation, das Jeder, der einen Funken von Gerechtigkeitssinn hat, bemüht sein muß, wegzuschaffen. Palliativmaßregeln, die blos die Oberfläche berühren, blos Symptome zurückdrängen, verschlimmern das Uebel; es muß an der Wurzel gefaßt, mit der Wurzel ausgerottet werden. Aller Reichthum ist die Frucht der Arbeit, lehrt die Nationalökonomie — die Arbeit soll die Frucht der Arbeit ernten! fordert die Gerechtigkeit, fordert die Sozialdemokratie. Die jetzige Ungerechtigkeit entspringt daraus, daß die Arbeit nicht für sich selbst arbeitet, daß sie sich für Lohn an die Nichtarbeit verkaufen muß und von dieser „ausgebeutet" wird. Mit einem Wort: aus dem System der Lohnarbeit. Die jetzige Ungerechtigkeit ist nur dadurch zu beseitigen, daß die Arbeit aufhört, für die Nichtarbeit zu arbeiten, und daß sie statt dessen für sich selbst und die Gesammtheit arbeitet. Einzelarbeit ist unproduktiv; die Arbeit muß gemeinsam sein. Also: gemeinsame Arbeit zum Nutzen jedes Einzelnen — gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Genuß der Früchte der Arbeit. Das ist's, was wir an Stelle des heutigen Ausbeutungssystems setzen wollen. Die sozialistische Assoziation an Stelle der Lohnarbeit! „Wo bleibt aber das Kapital?" Nun da, wohin es gehört: bei der Arbeit. Es giebt kein Kapital außer durch die Arbeit. Es soll kein Kapital geben außer für die Arbeit. Von Charlatanen wird freilich behauptet, das Kapital erzeuge Werthe so gut als die Arbeit. Die Probe läßt sich leicht machen: mögen die Kapitalanbeter ihr Kapital, mögen sie alles Kapital der Erde auf einen Haufen zusammenschleppen, und nach Jahresfrist wird auch nicht für einen Pfennig Neuwerth herauswachsen, wohl aber der Werth der daliegenden Masse beträchtlich vermindert sein. Das Kapital ist nicht blos das Kind der Arbeit, es kann auch nicht wachsen, nicht fortbestehen ohne die Arbeit. Das Kapital hat gegenüber der Arbeit kein Recht; während die Arbeit gegenüber dem Kapital das Eigenthumsrecht hat. Die herrschende Produktionsweise hat das natürliche Verhältniß zwischen Arbeit und Kapital umgedreht und die Arbeit zur Sklavin des Kapitals gemacht. Oder ist unsere Lohnarbeit nicht Sklaverei? Ist der moderne Lohnarbeiter etwa freier als der antike Sklave, weil er den Herrn wechseln kann? Kettet

der Hunger ihn nicht fester und unbarmherziger an die Arbeit als die festeste Eisenkette? — „Doch", wendet man uns oft ein, „die Arbeiter stehen sich heut besser als in früheren Jahrhunderten". Ob die Behauptung richtig oder falsch, lasse ich unerörtert. Selbst wenn richtig, würde sie nichts beweisen. Nicht Besserstellung fordert der sozialdemokratische Arbeiter, sondern Gleichstellung. Er will nicht länger für Andere arbeiten; er will, daß Jeder in gleichem Maße die Früchte der Arbeit, die Segnungen der Kultur genieße. Er hat genug Logik und Gerechtigkeitssinn, um für sich keine bevorzugte Stellung zu beanspruchen, er will aber auch keine untergeordnete Stellung einnehmen.

Nicht an das Mitleid appellirt die Sozialdemokratie — sie appellirt an das zwingende Interesse der Gesellschaft. „Jede Schuld rächt sich auf Erden" — und die Rache entspricht der Schuld. Die Ungerechtigkeit der Gesellschaft rächt sich schwer an der Gesellschaft. Alle politischen und sozialen Katastrophen und Kalamitäten lassen sich ausnahmslos auf diesen einen Urgrund zurückführen. Die Ungerechtigkeit der Gesellschaft ist die Pandorabüchse, aus der alles Uebel, alles Unglück, alle Krankheiten der Gesellschaft in nicht endendem Zuge hervorfliegen. Was ruft jene furchtbaren Krisen hervor, die periodisch, mit furchtbarer Regelmäßigkeit, den Tempel der bürgerlichen Prosperität zertrümmern, Industrie und Handel ins Stocken bringen, Ruin und Noth in die weitesten Kreise tragen — was anders, als das heutige Produktionssystem mit seiner wirthschaftlichen Anarchie, seiner gewissenlosen Ausbeutung der Arbeit, seiner tollen Konkurrenz, seiner schwindelhaften Spekulation? Was drängt den Arbeiter zum Streik, was treibt ihn in Momenten wilder Verzweiflung auf die Barrikade — was anders als das Gefühl des erlittenen Unrechts? Giebt es eine Rebellion, eine Revolution, der das soziale Elend nicht die Kämpfer geliefert hätte? Krieg — ist es denkbar, daß die Völker einander die Gurgeln abschneiden, wenn unter dem Schutze gerechter Institutionen jeder Staatsbürger die Früchte seiner Arbeit genießen kann? Pestilenz — fragen Sie die Aerzte, ob epidemische Krankheiten möglich sind unter gesunden, ich meine gerechten Gesellschaftszuständen. Verbrechen — fragen Sie die Richter, wie viel Verbrecher übrig bleiben, wenn Sie Noth und mangelhafte Erziehung

wegnehmen. Nicht einer! Nur unzurechnungsfähige Idioten oder Rasende. — Man bezeichnet uns so gern als Männer des Umsturzes. Wohlan, wollen Sie etwa die Handels- und Industriekrisen konserviren? Wollen Sie den Klassenkampf konserviren in all seinen Abstufungen vom unblutigen Streik bis zur wüthenden Straßenschlacht? Wollen Sie Rebellion, Revolution — im staatsanwaltlichen Sinne —, Krieg, Pestilenz, Verbrechen konserviren? Gut, dann konserviren Sie die heutige Gesellschaft mit ihrer Ungerechtigkeit — solange es geht. Nicht lange! Die Ungerechtigkeit wird bald eine ökonomische und politische Unmöglichkeit, die Gerechtigkeit eine Nothwendigkeit sein. —

Die Fortdauer der heutigen Produktionsweise verträgt sich nicht mit der Fortdauer der Gesellschaft. Die kapitalistische Großproduktion war ein Fortschritt, ist aber ein Hemmniß geworden. Sie genügt nicht mehr den ökonomischen Bedürfnissen der Gesellschaft, d. h. der Gesammtheit — nicht der sich gerne „Gesellschaft" nennenden winzigen Minorität der Privilegirten. Ganz abgesehen von der ungerechten Vertheilung des Arbeitsprodukts ist sie unfähig, allen Gesellschaftsgliedern das zum menschenwürdigen Dasein Erforderliche zu liefern, und muß schon darum durch eine höhere Produktionsform ersetzt werden, die diese Bedingungen erfüllt. Und das kann nur die allgemeine gesellschaftliche Produktion, die sozialistische Organisation der Arbeit, die das konzentrirte Gesammtkapital der Gesellschaft zum Vortheil der Gesammtheit verwendet. Es ist ein Irrthum, der aus der Verwechselung der Gesellschaft mit der privilegirten Minorität, mit den herrschenden Klassen hervorgeht, daß man uns beschuldigt, wir wollten alles Bestehende umstürzen und tabula rasa machen, um auf den Trümmern dann einen phantastischen Neubau aufführen zu können. Wir wollen nur beseitigen, was die gesunde, vernünftige Weiterentwicklung der Gesellschaft hindert, nur erwirken, daß die Interessen der großen Mehrheit nicht länger denen der Minderheit geopfert werden und daß, statt der Privilegien Einzelner, statt des politisch-sozialen Monopols, das Recht und Interesse Aller, die Gerechtigkeit zum obersten Gesetz in Staat und Gesellschaft werde. Was sich überlebt hat, was den steigenden Kulturbedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr genügt, soll aufhören, dem emporstrebenden neuen Leben Luft und Sonne zu

nehmen. Wir wollen die organische Weiterentwicklung unserer Kultur, die durch die jetzige Klassenherrschaft aufgehalten wird.

Wer heutzutage die Abschaffung der Maschinen, die Wiedereinführung der mittelalterlichen Kleinindustrie vorschlüge, würde für verrückt gelten, denn Jedermann weiß, daß jener Kleinproduktion eine höhere, ergiebigere Produktionsmethode gefolgt ist: die Großindustrie. Wer aber im Mittelalter, ja wer noch Mitte des vorigen Jahrhunderts gesagt hätte, die Kleinproduktion ist zu kostspielig, zu unergiebig — sie muß durch eine industrielle Revolution, welche ein anderes Produktionssystem zur Herrschaft bringt, von der Erde gefegt werden, der wäre für — nun für etwas Aehnliches wie wir jetzt angesehen worden. Wer in 50 Jahren die Wiedereinführung der heutigen Zustände befürwortet, wird in Gefahr sein, mit dem Tollhaus Bekanntschaft zu machen. Und wir, die wir die Reform der heutigen Zustände verlangen, sind in Gefahr, mit dem Gefängniß Bekanntschaft zu machen. Und doch ist es gerade so gewiß und nothwendig, daß die heutige Produktionsweise durch eine höhere verdrängt wird, als daß die mittelalterliche durch die heutige verdrängt wird. Nicht wir sind Utopisten, unpraktische Träumer, wie man uns so gerne nennt, Diejenigen sind es, welche vergängliche Formen für ewig halten und sie durch Gewaltmaßregeln vor dem Untergang bewahren zu können glauben. „Die Kommunisten — sagt das „Kommunistische Manifest", das ja auch unter dem Beweismaterial der Anklage hat figuriren müssen — stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke thatsächlicher Verhältnisse eines existirenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung."

In dieser Auffassung haben wir die Wissenschaft auf unserer Seite. Die roh-charlatanistische Manchestertheorie, daß man der kapitalistischen Wirthschaft ihren Lauf lassen müsse, daß die Uebel der modernen Produktion durch die moderne Produktion selbst geheilt werden würden, ist von der unabhängigen Wissenschaft entschieden verurtheilt und die Berechtigung des Sozialismus anerkannt worden. Hören

Sie z. B., was Herr v. Scheel, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Bern, in seinem kürzlich erschienenen Buche: „Die Theorie der sozialen Frage" sagt (S. 12 f.):

„Besitz und Arbeit stehen jetzt unverbunden und frei nebeneinander; jener selbständig durch sein Eigenthumsrecht; diese berechtigt, Besitz zu erwerben, wo und wie sie will. Wer nun aber besitzlos und blos mit Arbeitskraft ausgestattet in die neue Ordnung der Dinge eintritt und Stoff sucht für seine Arbeit, der findet den Arbeitsstoff als Eigenthum unter die Besitzenden auf Grund der geschichtlich gegebenen Verhältnisse vertheilt; er sieht sich also im Gebrauch seiner Arbeitskraft von diesen abhängig. Die juristische Form dieses Verhältnisses zeigt sich zwar nur als ein Ausschließungsrecht der Besitzer des Arbeitsstoffes den Arbeitern gegenüber: ökonomisch aber wird es zu einem Abhängigkeitsverhältniß, weil der Besitz von Arbeitsstoff zugleich den Besitz von Unterhaltsmitteln bedeutet. Der Besitz verleiht wirthschaftliche Stärke und Ueberlegenheit über die bloße Arbeitskraft, welche weder aufbewahrungsfähig ist, noch ohne Unterhaltungsmittel leben kann; und, nach rein wirthschaftlichen Motiven rechnend, wird der Besitzende diese seine Ueberlegenheit fühlen lassen. Hier beginnt also die Volkswirthschaft, nach dem Prinzip der Gleichheit und Freiheit sich selbst überlassen, ein in ihr liegendes Moment der Ungleichheit und Unfreiheit zu entwickeln. Der Besitz steht aber nicht nur der Arbeit als eine eigenthümliche Macht gegenüber, der Besitzer nicht nur dem Arbeiter, sondern es steht auch Besitz neben Besitz, Besitzer neben Besitzer, und zwar, wiederum auf Grund geschichtlich gewordener Verhältnisse, zeigt sich der Besitz in den verschiedensten Größenabstufungen: Besitzer von Quadratmeilen neben Besitzern unwohnlicher Hütten; Kaufherren von Millionen neben dem elenden Krämerladen; Fabrikanten, denen die Arbeit von Tausenden zu Gebote steht, neben dem hartarbeitenden Kleinmeister. All dieser Besitz ist von demselben Eigenthumsrecht umgeben, das dem großen wie dem kleinen dieselbe Freiheit garantirt; beide können auf gleichem Rechtsboden nach der wirthschaftlichsten Verwerthung streben. Nun aber liegt es im Wesen des wirthschaftlich angewendeten Besitzes, d. h. des Kapitals, daß seine wirthschaftliche Kraft in einer progressiven Proportion zu seiner Größe zunimmt. Der größere

Kapitalist hat vor dem kleineren die Vortheile voraus, daß er erstens aus verschiedenen allgemein bekannten Gründen billiger produziren, zweitens durch seinen größeren Einfluß auf den Markt seine Produkte besser verwerthen, und drittens von dem Geschäftsertrage einen kleineren Theil auf seine persönlichen Bedürfnisse, einen größeren auf die Fortsetzung und Erweiterung seines Geschäfts verwenden kann. Somit entwickelt der größere Besitz eine Ueberlegenheit über den kleineren, und damit fördert die Volkswirthschaft, sich selbst überlassen, ein neues Element der Ungleichheit und Unfreiheit zu Tage. All diese Wirkungen machen sich in den verschiedenen Zweigen der Volkswirthschaft verschieden, aber sie machen sich geltend. Und was finden wir nun als Ergebniß dieser unserer Charakteristik der modernen Gesellschaft? Wir konnten es als keines weiteren Beweises bedürftig hinstellen, daß dieselbe ihre Aufgabe erkenne in der Durchführung der Gleichheit und Freiheit aller ihrer Mitglieder als Grundbedingung der höchsten Kulturentwicklung Aller. Zum Beweis der Wahrheit können wir uns auf das Bewußtsein Aller, auf den ganzen Gang der neueren Gesetzgebung berufen. Und wenn uns Jemand entgegnen wollte, daß es nicht die Durchführung der Gleichheit, sondern nur der Freiheit gelte, so können wir ihn darauf hinweisen, daß Freiheit ohne Gleichheit nur die Freiheit des Stärkeren, das sogenannte Recht des Stärkeren bedeuten würde. Und somit birgt also die moderne Gesellschaft einen Widerspruch in sich. Daß dieser Widerspruch zwar die ganze Gesellschaft durchzieht, aber weder auf Allen gleichmäßig lastet, noch Allen gleichmäßig zum Bewußtsein kommt und so für sie zur sozialen Frage wird, ist einleuchtend. Da er gerade in Ausbildung von Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen, im Schaffen günstigerer und ungünstigerer Chancen und Stellungen, in der Entwicklung von Klassenunterschieden besteht, so sind die Wirkungen desselben für die verschiedenen Theile der Gesellschaft verschieden, begünstigen die Einen, benachtheiligen die Anderen. Und daraus ergiebt sich das praktische Interesse des einen Theils für, des andern gegen ihn; einerseits der Wunsch nach Beibehaltung, andererseits nach der Beseitigung desselben. Dadurch wird die soziale Frage zu einer Klassenfrage.

und insofern es sich um die Behauptung der Herrschaft auf der einen Seite handelt, zu einer Machtfrage; sie artet, sofern keine höhere Macht vermittelnd dazwischen tritt, in der Praxis zu einem Klassenkampf aus."

— Ist längst dazu „ausgeartet"! —

„Die Arbeiterfrage — sagt Scheel weiter, S. 104 — ist eine Streitfrage zwischen Schwächeren und Stärkeren; sie bedarf somit der Regelung durch eine höhere, zwischen den Parteien vermittelnde Macht zu Gunsten der ersteren." Diese „höhere Macht" kann aber, wie Scheel, ganz in Uebereinstimmung mit uns, bemerkt, nur der Staat sein. Und ohne dieses vermittelnde Eingreifen des Staates zu Gunsten der „Schwächeren", d. h. der Arbeiter, sieht Scheel mit Recht keine Möglichkeit einer friedlichen, reformatorischen Lösung der sozialen Frage.

Was thut aber der Staat jetzt? Statt dem „Schwächeren" zu helfen, hilft er dem Stärkeren! Statt dem Arbeiter dem Kapitalisten! Statt dem Unterdrückten dem Unterdrücker! Der Staat ist damit selber Partei geworden, Klassenstaat statt Volksstaat, und statt die gesellschaftlichen Gegensätze aufzuheben, verschärft er sie; statt dem Klassenkampf ein Ziel zu setzen, facht er ihn an.

Indeß, widerspruchsvoll wie der heutige Staat seiner Natur nach ist, hat er doch auf der anderen Seite wieder durch die Fabrikgesetzgebung, so ungenügend und mangelhaft dieselbe ist, seine Verpflichtung, den Arbeitern gegen das ausbeutende Kapital Hilfe zu leisten, thatsächlich anerkannt. Eine Anerkennung des Sozialismus liegt ferner in den Versuchen, die von mehreren Staatsregierungen, notorisch in Preußen, gemacht worden sind und gemacht werden, um die Arbeiter für sozialistische Strebungen zu gewinnen; freilich nicht im Interesse der Arbeiter. Aus den hier verlesenen Aktenstücken haben Sie entnehmen können, mit welchem Eifer dieser Regierungssozialismus seit Jahren von Berlin aus gepflegt wird -- mit solchem Eifer, daß ich nicht anstehe zu erklären: für alle Brutalitäten und Exzesse, die innerhalb der letzten Jahre die deutsche Arbeiterbewegung verunziert haben, sind diese Berliner Hofsozialisten oder Sozialdemagogen verantwortlich. Der Beweis liegt in den verlesenen Aktenstücken.

Noch ein Zitat aus der Scheel'schen Schrift! Auf Seite 22 derselben heißt es:

„Man pflegt Alle, welche die Gesellschaft als in ihren Grundlagen reformbedürftig hinstellen und darauf bezügliche Vorschläge machen, mit dem Namen der Sozialisten und Kommunisten zu belegen und schon durch diese Zusammenstellung der ganzen Richtung den Stempel der Ordnungsfeindlichkeit und Staatsgefährlichkeit aufzudrücken, oder, soweit dieses Merkmal nicht zutrifft, sie als unausführbare, sinnlose Schwärmereien, Utopien, zu bezeichnen. Es ist Thatsache, daß nicht nur die meisten und bedeutendsten Vertreter des „Sozialismus und Kommunismus" edle und reine Naturen, kenntnißreiche Denker und weit entfernt von habsüchtigen Umsturzplänen waren, sondern daß auch die Sozialwissenschaft ihnen viel Förderung der Erkenntniß und insbesondere den von ihnen aufgestellten kritischen Gesichtspunkten die fruchtbarsten Gedanken schuldet. Deshalb ist es auch nur Denen, welche die Wissenschaft zu einer Parteisache machen, gelungen, sich der sozialistischen Anschauungsweise ganz zu entziehen und nichts aus ihr zu lernen."

Die Herren Journalisten, welche die Sozialdemokratie nicht anders zu bekämpfen wissen, als durch Verunglimpfung der Sozialdemokraten, mögen sich diese Aeußerung des Baseler Professors ad notam nehmen.

Ich komme zum Schluß.

Meine Herren Geschwornen! Sie haben einen Prozeß zu entscheiden, der einzig ist in seiner Art.

Der ganze Prozeß, welcher sich nun tief in das zweite Jahr schleppt, war überflüssig, diese ganzen Verhandlungen, die sich nun in die dritte Woche schleppen, waren überflüssig — nicht ein Wort, nicht eine Handlung ist zu Tage gekommen, die nicht zur Zeit unserer Verhaftung bekannt gewesen wären, nicht ein Wort, nicht eine Handlung, die wir abgeleugnet hätten! Die 3½monatliche Untersuchungshaft war überflüssig, denn Die, welche uns einsperren ließen, wußten sehr gut, daß wir unschuldig waren, wußten sehr gut, daß wir nicht fliehen würden. (Sie wären entzückt gewesen, wenn wir geflohen wären!) Aber wir sollten für unsere Reichstagsthätigkeit gezüchtigt, für die bevorstehende Wahlkampagne lahmgelegt, womöglich unsere Wiederwahl verhindert werden. Das war der Zweck. Und Sie, meine Herren Geschwornen, sollen das gutheißen. Ja, das ist der Zweck, das die „Tendenz" dieses Tendenzprozesses!

Politische Gegner sollen unschädlich gemacht werden, und da man vor nackter Gewaltthat zurückschreckt, steckt man sich hinter die Form des Gesetzes. Zu Anfang des Krieges hätte es einen Sinn gehabt, uns aus dem Wege zu räumen. Inter arma silent leges. Waren wir Hoch- und Landesverräther, so mochte man uns vor ein Kriegsgericht stellen. Waren wir zwar keines Hoch- und Landesverraths schuldig, lähmten jedoch, nach Ansicht der Regierung, durch unsere Parteithätigkeit die kriegerische Aktion gegen Frankreich, so konnte man uns in irgend eine Festung stecken, wie es später, als die Gefahr vorüber war und die Gewalt nicht mehr die Entschuldigung der salus publica (des „öffentlichen Wohls"), der Nothwehr, hatte, dem Braunschweiger Ausschuß, Geib und Jacoby, geschehen ist. Das wäre ein Gewaltakt gewesen, aber die Situation entschuldigte ihn, und es war offen und ehrlich. Allein Bebel und ich waren Reichstagsabgeordnete, und achtete man auch nicht das Mandat unserer Wähler, so wollte man doch nicht den Schein auf sich laden, als habe man in unserer Person die Volksvertretung angegriffen — wir wurden unbehelligt gelassen bis zum Ende der letzten Reichstagssession, bis zum Erlöschen unserer Mandate. Da erst erfolgte unsere Verhaftung.

Und hier eine Thatsache, die Licht über den Ursprung dieses Prozesses verbreitet. Zwei Tage, ehe wir verhaftet wurden, brachte die „Zeidler'sche Korrespondenz", ein halbamtliches Organ der preußischen Regierung und unter der Leitung des berüchtigten Wagener, der rechten Hand des Fürsten Bismarck, einen denunziatorischen Artikel gegen uns, der Stellen aus Privatbriefen von uns enthielt. Die betreffenden Briefe lagen damals noch bei den Akten in Braunschweig, und konnten — sei es im Original oder abschriftlich — nur durch einen Bruch des Amtsgeheimnisses nach Berlin gelangt sein. Durch die Veröffentlichung in der „Zeidler'schen Korrespondenz" haben die Urheber sich verrathen und gekennzeichnet. Und diesem schmachvollen Gewaltakt, dieser zynischen Verletzung des Anstandes und des Gesetzes, sollen Sie, meine Herren Geschwornen, durch unsere Verurtheilung die Sanktion des Gesetzes, die Indemnität Ihres Verdikts ertheilen!

Man hätte es wohl kaum gewagt, Ihnen solches *zuzumuthen*, allein man rechnet auf das Odium, das uns als

Sozialisten in den Augen der Klasse, aus welcher Sie gewählt sind, anklebt. Im Einklag mit dem Geiste des Klassenstaats, werden die Geschwornen nur den Reihen der besitzenden Klasse entnommen. Wir sind Vertreter der nichtbesitzenden Klasse, des Proletariats. Sie, die Vertreter der Besitzenden, haben also zu richten über Vertreter der Nichtbesitzenden. Und wie ich bereits hervorgehoben, die ganzen Prozeßverhandlungen sind so geleitet worden, daß alle Vorurtheile, alle Leidenschaften, die innerhalb der besitzenden Klasse gegen uns bestehen, wachgerufen werden mußten. Ich will Sie nicht durch die Insinuation beleidigen, Sie könnten Ihrem Schwur ungetreu werden und wider Pflicht und Gewissen, statt auf Grund des vorliegenden Beweismaterials Ihr Verdikt abzugeben, sich durch Vorurtheile und Leidenschaften bei Ihrem Spruch leiten lassen. Allein das Gewissen, hat schon Owen gesagt, ist ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir leben, und es ist äußerst schwierig, auch für den Gewissenhaftesten, sich dem Einfluß dieser Verhältnisse zu entziehen.

Halten Sie das Eine fest: schuldig sind wir nur, wenn wir ungesetzliche Handlungen begangen haben. Unsere Meinungen, so sehr Sie den Ihrigen zuwiderlaufen mögen, sind nicht strafbar. Strafbare Handlungen hat aber die Anklage uns nicht nachweisen können, wenigstens keine, die auf die Anklage des Hochverraths Bezug haben. Sie hat nur nachzuweisen gesucht, unsere Meinungen müßten zum Hochverrath führen. Das leugnen wir, und selbst wenn es wahr wäre, dürfte man uns deshalb nicht schuldig sprechen. Macaulay, den ich schon zweimal zitirt habe, schreibt in seinem Essay über die Civil disabilities of the Jews (die — seit 20 Jahren aufgehobene — Ausschließung der Juden vom Parlament, Essays I., 301): „Jemandem praktische Konsequenzen, welche er in Abrede stellt, zur Last legen, ist unehrlich in der Polemik; es ist abscheulich, wenn eine Regierung es thut (to charge men with practical consequences which they deny is disingenuous in controversy; it is atrocious in governments.)" Die Regierung umfaßt aber alle Behörden, auch die Staatsanwaltschaft! Und gleich darauf bemerkt Macaulay: „Es ist ganz unmöglich, aus den Meinungen, zu welchen sich Jemand bekennt, auf seine Gefühle und Handlungen zu schließen; und in der That ist kein Mensch je dumm genug (eigentlich

Narr genug), so zu argumentiren, außer wenn er einen Vorwand braucht, um seine Mitmenschen zu verfolgen (It is quite impossible to reason from the opinions which a man professes to his feelings and his actions; and in fact no person is ever such a fool as to reason thus, except when he wants a pretext for persecuting his neighbours)."

Nicht über Handlungen haben Sie Ihr Verdikt abzugeben — denn wir sind keiner Handlungen angeklagt; nicht über hochverrätherische Pläne, denn wir sind keiner angeklagt. Sie haben Ihr Verdikt darüber abzugeben, ob der Gewaltakt, der an uns verübt worden ist, die Zustimmung deutscher Geschwornen hat. Sie haben Ihr Verdikt darüber abzugeben, ob es Recht oder Unrecht ist, Männer wegen ihrer Meinungen und Grundsätze zu verfolgen. Ob der Tendenzprozeß, das politische Ketzergericht, zur Institution des „neuen Reiches" erhoben werden soll. Ob die Partei, welche wir vertreten und für deren gesetzliche Existenz wir hier kämpfen, außerhalb des Gesetzes gestellt werden soll oder nicht. Ob Sie die Unterdrückung mit ihren nothwendigen Folgen der gewaltsamen Reaktion gegen die Gewalt wollen oder die friedliche Fortentwicklung in der Freiheit.

Verurtheilen Sie uns — und es ist ein Akt des sozialen Krieges.

Sprechen Sie uns frei — und Sie erklären im Namen Ihrer Klasse, daß Sie die friedliche Lösung der sozialen Frage, daß Sie statt des Kampfes die Versöhnung wollen.

Eine Verurtheilung wird unsere Ueberzeugung nicht ändern. Schicken Sie uns auf Jahre in den Kerker, und an dem Tage, wo wir zurückkehren, müssen Sie uns von Neuem verurtheilen, denn wir werden dann gerade so schuldig sein wie jetzt.

Wie auch Ihr Verdikt ausfallen möge — unsere Sache wird davon nicht berührt. Uns können Sie ins Gefängniß schicken, die Sozialdemokratie nicht. Sie steht über Ihnen, wie sie über uns steht.

Freigesprochen oder verurtheilt, nehmen wir aus diesem Saale die Gewißheit mit, daß der Tag nicht fern ist, wo das unterdrückte Volk seine Ketten zerbrechen wird. Freigesprochen oder verurtheilt, wird es nur einen Weg für uns geben: den Weg der Pflicht; nur ein Banner: das der Sozialdemokratie, welches das Banner ist der Gerechtigkeit und des Menschenthums.

Der „Volksstaat“ vom 19. Juni 1872 (Nr. 49) enthielt nachstehende Uebersetzung eines Briefes, den Liebknecht (in englischer Sprache) an den Redakteur der in London erscheinenden „Morning-Post“ gerichtet hatte:

An den Redakteur der „Morning-Post“.

Mein Herr!

In einigen deutschen Zeitungen finde ich die Uebersetzung eines Artikels der „Morning-Post“, welcher die irrigsten Angaben mit Bezug auf den jüngsten Leipziger Hochverrathsprozeß enthält.

Ihr Mitarbeiter stellt die Dinge so dar, als ob die Pariser Kommune das Hauptanklagematerial geliefert hätte. Die Wahrheit ist: die Kommune ist während des ganzen Prozesses nicht erwähnt worden und konnte nicht (wenigstens nicht öffentlich) gegen uns verwandt werden, aus dem einfachen Grunde, weil sie erst drei Monate nach Beginn unserer Untersuchungshaft gegründet wurde. Wir waren der Vorbereitung eines Unternehmens angeklagt, durch welches das deutsche Kaiserreich im Allgemeinen und das sächsische Königreich im Besonderen umgestürzt werden sollte. Auch nicht der Schatten eines Beweises, daß ein derartiges Unternehmen von Einem von uns jemals geplant worden, ward vorgebracht, und da die gesammte Korrespondenz der Partei vor unserer Verhaftung in die Hände der Behörden gefallen war, ist dieser Mangel an Beweisen ein positiver Beweis dafür, daß überhaupt kein derartiger Plan existirte.

Das ganze gegen uns vorgebrachte Beweismaterial bestand aus einem ungeheuren Haufen von Broschüren, Gedichten und Zeitungsartikeln, von denen viele schon über 20 Jahre alt waren, und welche allesammt vor dem Prozeß, meist Jahre und Jahrzehnte lang, ungehindert zirkulirt hatten, ohne daß irgend eine Behörde an Verfolgung wegen Hochverraths gedacht.

Der einzige Schein eines Beweises war ein kleiner Katechismus für Soldaten, von dem ein einziges Exemplar gefunden worden war, und zwar in Braunschweig. Der Beweis, daß Keiner von uns um diese schwere Bedrohung des großmächtigen deutschen Reiches gewußt, wurde aber so konklusiv geführt, daß die Geschwornen uns in Bezug auf diesen Punkt freisprachen. Freilich in Bezug auf die Gesammtanklage fanden sie uns schuldig. Dies Wunder der

Logik wird Ihnen indeß ziemlich natürlich erscheinen, wenn Sie erfahren, daß die Geschwornen — nach unseren Gesetzen können nur die Höchstbesteuerten als Geschworne fungiren — einer Klasse von Bürgern angehörten, bei welcher der Eigenthumssinn am stärksten entwickelt ist, und die politisch wie sozial der Sozialdemokratie aufs feindlichste gegenübersteht. Und wenn ich hinzufüge, daß die Mehrheit dieser Geschwornen sich während der ganzen Dauer des Prozesses — 16 Tage — in einem bekannten hiesigen Bierlokale fast jeden Abend mit dem Herrn Staatsanwalt und einigen unserer Richter vergnüglich zusammenfanden und dort das hübsche Spiel: „Richter und Geschworne“*) sehr wahrheitsgetreu spielten, — dann wird auch der letzte Rest Ihrer Verwunderung über den Ausgang, wenn auch nicht über die Führung dieses Prozesses verschwunden sein.

Die Sache ist: die preußische Regierung wollte Bebel und mich los sein, sie gab der sächsischen Regierung den Befehl, uns zu verhaften und ein Dutzend ehrenwerther Bürger wurden gefunden, weichmüthig (soft) genug, sich durch das rothe Gespenst ins Bockshorn jagen zu lassen, und — loyal genug, uns inter pocula**) wegen des Doppelverbrechens zu verurtheilen, daß wir die Bourgeoiswelt nicht für die beste der Welten halten und daß wir der hochverrätherischen Ansicht sind, die Menschen seien für etwas Besseres gemacht, als einander die Hälse abzuschneiden.

Zum Schluß erlaube ich mir, Ihnen zu erklären, daß dieser Prozeß unserer Sache so sehr genützt und der Sache unserer Feinde eine so erdrückende moralische Niederlage zugefügt hat, daß wir mit Vergnügen das Doppelte und Dreifache der Strafe, mit der wir beehrt wurden, hingenommen hätten.

Indem ich mich der Hoffnung hingebe, daß Sie so gerecht sein werden, diesen Brief in Ihrem Blatte zu veröffentlichen, zeichne ich ꝛc.

Leipzig, 3. April 1872.

W. Liebknecht, Braustraße 11.

---

*) Judge and Jury — das schon früher erwähnte „Richter- und Geschwornen-Spiel“. Eine der fashionabelsten und folglich auch liederlichsten Kneipen Londons (die Cyder Cellars) verdankt ihre Celebrität derartigen Aufführungen von Prozessen zum Lachen.

**) Zwischen den Bechern — beim Wein oder Bier.

Erklärung.

Statt einer „ungehaltenen“ Rede bin ich genöthigt, eine Erklärung zu schreiben, warum ich die erstere nicht schreiben kann. Der Sachverhalt ist folgender. Liebknecht's und meine 22monatliche Festungshaft, Hepner's Verfolgungen, Gefängnißstrafen und schließliche Ausweisung aus Leipzig und Umgegend verzögerten weit über alle Voraussetzung und gegen unseren Willen das Erscheinen der „Prozeßverhandlungen“. Meine Ansicht war deshalb, die „ungehaltenen Reden“, die erst volle zwei Jahre nach stattgehabtem Prozeß erscheinen konnten, lieber fallen und dafür eine allgemeine Kritik des ganzen Prozesses folgen zu lassen. Der Vorschlag fand Widerspruch nnd ich verzichtete darauf. Ich war bereit, meine „ungehaltene“ Rede zu schreiben, wenn ich dies in den letzten Wochen meiner Haft und nachdem mir das Manuskript der Liebknecht'schen Rede vorgelegen, thun konnte. Das letztere Verlangen war nothwendig, damit nicht bereits Gesagtes doppelt gesagt wurde und ich jene Partien des Prozesses behandeln konnte, die von Liebknecht und den Vertheidigern etwa nur kurz behandelt worden waren. Endlich wäre ich nach dem Gange der Prozeßverhandlungen als letzter Redner genöthigt gewesen, eine Rekapitulation des Hauptsächlichsten des von den Vorrednern Gesagten folgen zu lassen.

Allein Liebknecht war durch anderweitige dringende Arbeiten und seine kurz nach der Hubertusburger Haft angetretene dreiwöchentliche Gefängnißstrafe in Leipzig außer Stande, mir sein Manuskript rechtzeitig zu liefern. So kam ich aus der Gefangenschaft, ohne die Zwangsmuße der Haft zur Ausarbeitung meiner Rede benutzen zu können. Die Ferien aber, die ich bis zum 1. Juli, als dem Antritt meiner Zwickauer Haft, erlangt habe, sind durch Privat- und Geschäftsangelegenheiten so sehr in Anspruch genommen, daß ich an keine größere schriftliche Arbeit denken kann, und so muß ich denn von der Ausarbeitung meiner Rede, soll der Prozeßbericht nicht abermals verzögert werden, umsomehr absehen, da mir in Zwickau ebenso wenig wie in Hubertusburg eine schriftstellerische Thätigkeit nach Außen gestattet wird.

Nur auf einen Punkt bin ich durch die Berufung Liebknecht's in seiner Rede auf Seite 673 genöthigt einzugehen. Es handelt sich um die Bedeutung des Wortes Revolution.

Ein Hauptargument der Anklage gegen uns war, daß wir beständig und nachdrücklich unseren revolutionären Standpunkt betont hätten und eine vollständige Revolution unserer Zustände für nothwendig hielten, sollten die Ziele des Sozialismus ihre Verwirklichung finden. Diese Revolution, unter der nach unserer Auffassung ebenso gut eine friedliche wie gewaltsame Umwälzung gedacht werden kann, sollte nach der Ansicht des Staatsanwalts nur auf gewaltsamem Wege möglich, eine gründliche aber friedliche Umgestaltung darunter zu verstehen, einfach undenkbar sein und gegen alle Logik verstoßen. Liebknecht hat bereits durch die Zitate aus Thiers' „Geschichte der französischen Revolution", Buchez' und Roux' „Parlamentarische Geschichte der französischen Revolution" und Macaulay's „Geschichte Englands" nachgewiesen, wie die Genannten unter dem Begriff der Revolution ebensowohl eine friedliche wie eine gewaltsame Umänderung des Bestehenden verstehen; wie nach ihrer Auffassung jede Umänderung ein revolutionärer Akt ist, der mit dem Bestehenden gründlich bricht und an Stelle des Alten etwas vollständig Neues, auf ganz anderen Prinzipien Beruhendes setzt. Diese Auffassung des Wortes „Revolution" wird auch von hochangesehenen deutschen Schriftstellern getheilt, wie das nachstehende Zitat beweist, das ich einem Aufsatz des bekannten Staatsrechtslehrers Bluntschli über das Wort „Revolution" im Staatslexikon von Bluntschli und Brater entnommen. Herr Bluntschli sagt unter Anderem:

„Ebenso ist die Geschichte der Menschheit voller gewaltiger Revolutionen, welche die älteren Zustände umstürzten und neue Zustände gründeten. Wenn eine frühere Weltperiode untergeht und eine jüngere beginnt, so ist diese große Wandlung von religiösen oder politischen Revolutionen begleitet, und wenn ein Volk eine neue Lebensstufe betritt, so pflegt es seine Verfassung von Grund aus umzugestalten, d. h. es zeigt sich wieder eine Revolution.

„Im weiteren Sinne bedeutet Revolution jede Umgestaltung von Grund aus und politische Revolution ist die gründliche Umgestaltung des Staats, gleichviel ob sie ihren Anstoß von oben- oder unterher erhalte, ob dabei die bestehenden Rechtsformen beachtet werden oder der Drang der Aenderung gewaltsam losbreche.

„Alle großen Revolutionen der Geschichte, die blutigen sowohl als die friedlichen, haben wenigstens den Versuch gemacht, eine

neue dauernde Staats- und Rechtsordnung zu begründen, und vielen ist das gelungen und die Völker haben niemals die Revolution als Ziel, sondern immer nur als den gefährlichen und beschwerlichen Weg zum Ziele betrachtet.

„Die natürlichen Voraussetzungen der Revolution sind:

„1. Ein starker Widerspruch zwischen den politischen Trieben und Verlangen einer Nation und der bestehenden Staatsform, der sich zur Unerträglichkeit steigert; also ein unorganischer Zustand, der eine Verstimmung des Staatskörpers verursacht und sich, wenn er nicht geheilt wird, leicht zum Fieber erhitzt. Ein Volk in der Fieberkrisis, das ist ein Staat in der Revolution.

„2. Der Mangel an gesetzlicher Befriedigung der dringend gewordenen Volksbedürfnisse. Mit einem Wort: die natürliche Voraussetzung der Revolution ist der Nothzustand des Volkes, dem nur durch eine gewaltsame Umgestaltung der Verfassung Hilfe geschafft werden kann.

„Das einzige sichere Mittel, die Revolution zu vermeiden, ist die rechtzeitige und gründliche Reform. Das Recht der Revolution ist das Recht der Volksnatur, die sich nicht mehr anders zu retten weiß. Wenn die Hoffnung der Reform in einem naturkräftigen Volke untergeht, dann beginnt die Verzweiflung der Revolution.

„Die Hauptverschuldung ist auf der Seite der legitimen Gewalthaber, welche ihre Autorität mißbrauchen und ihre Pflicht verletzen, nicht auf der Seite der mißregierten Nationen, die einen natürlichen und besseren Rechtszustand fordern.

„Es ist daher eine alberne Meinung, wenn die Revolutionen unseres Jahrhunderts regelmäßig auf das Werk einer Bande von Verschwörern zurückgeführt werden.

„Friedrich der Große: Oeuvres I. 1139. Du gouvernement du Brandenbourg 1751: Gebrechlichkeit und Unbeständigkeit sind unvermeidliche Mängel eines jeden Menschenwerks. Die Revolutionen, welche die Monarchien und die Republiken erfahren, haben ihre letzten Ursachen in den unveränderlichen Gesetzen der Natur. Die menschlichen Leidenschaften müssen zum Anstoß dienen, um von Zeit zu Zeit neue Erscheinungen auf der großen Bühne der Welt herbeizuführen."

So Bluntschli.

Eine unzweideutigere Bestätigung der Auffassung, die wir von dem Worte Revolution haben, ist undenkbar. Herr

Bluntschli, der in Deutschland für die erste Autorität des Staatsrechts gilt und als solche von Gelehrten und Staatsmännern ohne Widerspruch anerkannt wird, erklärt mit dürren Worten: „Revolution ist jede Umgestaltung von Grund aus, gleichviel ob sie ihren Anstoß von oben- oder untenher erhalte, ob dabei die bestehenden Rechtsformen beachtet werden oder der Drang der Aenderung gewaltsam losbreche.“ Eine Revolution aber, welche die bestehenden „Rechtsformen“ beachtet, ist unzweifelhaft eine friedliche, das wird auch der Herr Staatsanwalt nicht bestreiten. Im nächstfolgenden Satz spricht sich Herr Bluntschli noch deutlicher aus, indem er sagt: „Alle großen Revolutionen der Geschichte, die blutigen sowohl als die friedlichen, haben wenigstens den Versuch gemacht u. s. w.“ Der bedeutendste Staatsrechtslehrer in Deutschland erklärt also mit wahrhaft plastischer Deutlichkeit, daß es friedliche wie gewaltsame Revolutionen giebt. Aber Herr Bluntschli geht noch weiter, er vertheidigt mit uns das Recht zur Revolution, und zwar zur gewaltsamen, wenn kein anderer Weg, dem Volksbedürfniß Rechnung zu tragen, übrig bleibt und damit das vorhanden ist, was er die „natürliche Voraussetzung der Revolution“ nennt und: „ein starker Widerspruch zwischen den politischen Trieben und Verlangen einer Nation und der bestehenden Staatsform, der sich zur Unerträglichkeit steigert“, sich geltend macht. Er bezeichnet diesen Zustand als einen unorganischen, d. h. einen unnatürlichen und ungesunden, und daraus ergiebt sich nach den Schlüssen des einfachen gesunden Menschenverstandes von selbst, daß, da das Volk den Staat bildet, dasselbe auch das Recht hat, die seinen Interessen und Bedürfnissen zusagende Staatsform sich zu geben und jede Staatsform, einerlei wie, zu beseitigen, welche seinen neuen Verhältnissen nicht mehr entspricht.

Als wir am achten Verhandlungstage im Verhör die Ansicht aussprachen, selbst mit den Waffen in der Hand die Republik zu vertheidigen, falls das Volk in seiner Majorität sich dafür ausspreche, die Staatsgewalt aber sich diesem Verlangen widersetze, äußerte der Herr Präsident mit einer Miene und einem Ton, die deutlich zu besagen schienen: ihr seid in meinen Augen unzweifelhafte und ganze „Hochverräther“: „Eine offenere Erklärung kann ich nicht verlangen.“ In Wirklichkeit aber haben wir kein Wort

mehr gesagt als der Geheime Hofrath und Staatsrechtslehrer Bluntschli, welcher schreibt: „Die natürliche Voraussetzung der Revolution ist der Nothzustand des Volks — Mangel an gesetzlicher Befriedigung der dringend gewordenen Volksbedürfnisse — dem nur durch eine gewaltsame Umgestaltung der Verfassung Hilfe geschafft werden kann.“ Und der ein „Recht auf die Revolution“ mit klaren Worten zugiebt, wenn den Bedürfnissen des Volkes nicht Rechnung getragen wird, was dann als unzweifelhaft nicht geschehen angesehen werden darf, wenn eine Regierung in dem von uns vorausgesetzten Falle Kundgebungen der Majorität des Volkes durch seine Volksvertretung unbeachtet läßt oder gar mit Gewalt zu verhindern sucht. Er motivirt dieses „Recht auf die Revolution“ also: „Das Recht der Revolution ist das Recht der Volksnatur, die sich nicht mehr anders zu retten weiß. Wenn die Hoffnung der Reform in einem naturkräftigen Volke untergeht, dann beginnt die Verzweiflung der Revolution.“ Herr Bluntschli begnügt sich aber nicht damit, das Recht auf Revolution als ein vollberechtigtes und natürliches anzuerkennen, er geht noch weiter und erklärt rund heraus: „Die Hauptverschuldung ist auf der Seite der legitimen Gewalthaber, welche ihre Autorität mißbrauchen und ihre Pflicht verletzen, **nicht** auf der Seite der mißregierten Nationen, die einen natürlichen und besseren Rechtszustand fordern.“ Der Herr Staatsanwalt soll uns durch eine Zeile, durch ein Wort beweisen, daß wir etwas Anderes geschrieben und gesagt, als Herr Bluntschli in seinem Staatslexikon geschrieben und gesagt hat. Sind wir „Hochverräther“, dann ist es Herr Bluntschli auch und sind es alle diejenigen, die, indem sie die Autorität des Herrn Bluntschli als Staatsrechtslehrer anerkennen, seine Definitionen billigen. Ja, als habe Herr Bluntschli diesen Aufsatz eigens für den Hochverrathsprozeß, der sich vor uns abspielt, verfaßt und dem Herrn Staatsanwalt eine Warnung geben wollen, nichts Verkehrtes zu thun, fährt er fort: „Es ist daher eine alberne Meinung, wenn die Revolutionen unseres Jahrhunderts regelmäßig auf das Werk einer Bande von Verschwörern zurückgeführt werden.“ Der Herr Staatsanwalt hat diese Meinung, er klagte uns an, als hätten wir eine Revolution „machen“ wollen. Der Herr Untersuchungsrichter dachte darüber aller-

dings anders und ich muß ihm das Zeugniß ausstellen, daß er in einer Weise sich in das ganze Anklagematerial eingearbeitet hatte, die meine aufrichtige Bewunderung erregte. Der Herr Untersuchungsrichter äußerte eines Tages gegen mich im Verhör, ich würde doch wohl nicht leugnen können, daß eine große Zahl von Aeußerungen in den vorliegenden Aktenstücken auf die allgemein verbreitete Ansicht über die Nothwendigkeit eines gewaltsamen Umsturzes schließen lasse. Ich antwortete, daß die Ansicht, daß ein solcher kommen werde, nichts Hochverrätherisches oder Ungesetzliches habe, daß es sich blos darum handeln könne, ob ein solcher unsererseits beabsichtigt sei. Er müsse aber aus den zahlreichen Briefen und Aktenstücken der Partei die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Absicht, eine gewaltsame Revolution machen zu wollen, nicht vorliege und nach Lage der Dinge reiner Wahnsinn gewesen wäre, höchstens hätte die Partei einen Putsch versuchen können. Darauf antwortete er: Es sei allerdings auch seine Ansicht, daß es sich um mehr als einen Putsch für die Partei nicht hätte handeln können. Auf meine Gegenfrage, ob er uns denn für so verrückt oder beschränkt halte, einen solchen gewollt zu haben, schwieg er. Dieses Schweigen war meines Erachtens bezeichnend. Daß wir einen Putsch machen wollten, der nothwendig uns Alle ins Verderben führen und die Sache, der wir dienten, nur schädigen und zu Grunde richten konnte, schien dem Herrn Untersuchungsrichter selbst absurd; an eine gewaltsame Revolution war seiner Ansicht nach aber, schon weil alle Voraussetzungen dazu fehlten, von uns nicht gedacht worden. Auch der Herr Staatsanwalt stimmte augenscheinlich mit dem Herrn Untersuchungsrichter darin überein, daß es eine Absurdität sei, uns zuzutrauen, einen Putsch gewollt zu haben, denn er hat kein Wort in der langen Dauer des Prozesses fallen lassen, das einem solchen Gedanken ähnlich sieht. Im Gegensatz zum Herrn Untersuchungsrichter aber hegte er die Ansicht oder schien sie wenigstens zu hegen, daß eine große, gewaltsame Revolution herbeizuführen unsere klar ausgesprochene Absicht und unser Ziel gewesen sei. Das Zitat Bluntschli's aus den Werken Friedrich's des Großen über die Entstehung und die Ursachen der Revolutionen hätte den Herrn Staatsanwalt allerdings belehren können, wie abgeschmackt es ist, Einzelne für Ereignisse verantwortlich

machen zu wollen, die selbst ein König, der schon vor hundert Jahren gelebt, auf „die Gebrechlichkeit und Unbeständigkeit eines jeden Menschenwerks“ zurückführt und „ihre letzten Ursachen in den unveränderten Gesetzen der Natur“ findet. Aber wer da weiß, daß der öffentliche Ankläger im Auftrage seiner Mandanten selbst dem gesunden Menschenverstand und der Wissenschaft entgegen handeln muß, wenn es gilt, einen bestimmten Zweck zu erreichen, darf sich über die Beschuldigungen und Behauptungen des Staatsanwalts nicht wundern. Beweise dafür hat er auch nicht erbracht, einfach weil es keine gab.

Wenn je in einem Prozeß ein Material vorhanden war, welches über die tiefinnersten Ansichten und Meinungen der Angeklagten ein Licht verbreiten konnte, so war es in dem unsrigen. Ich meine hier nicht die Broschüren und Zeitungsartikel, die seit Jahren ungehindert vor der weitesten Oeffentlichkeit und unter den Augen des Staatsanwalts verbreitet wurden, ohne daß das kritische und aufmerksame Auge desselben etwas Verbrecherisches darin entdecken konnte, auch nicht die Reden in zahlreichen Versammlungen, die öffentlich und unter stetiger polizeilicher Ueberwachung stattfanden und die, mit Ausnahme eines einzigen Falles — meiner Reden in Plauen, gegen welche die Anklage aber später fallen gelassen wurde —, nie eine Beanstandung gefunden haben. Für diese Artikel, wie diese Reden ließe sich behaupten, daß wir in ihnen unsere Gedanken möglichst versteckt und geheim gehalten, höchstens angedeutet hätten — was alles freilich dann wieder die Anklage, auf so werthloses Material gestützt, in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen läßt — sondern ich meine die zahlreichen Briefe, die vom ersten bis zum letzten vom Braunschweiger Ausschuß mit größter Sorgfalt aufgehoben worden waren, und in denen wir ohne Rückhalt unsere innersten Meinungen über öffentliche und Privatverhältnisse der Partei, über die Verhältnisse einzelner Mitglieder und unsere eigenen ausgesprochen hatten. War wirklich die Absicht, eine gewaltsame Revolution herbeizuführen, vorhanden, so mußte sie hier in unzweifelhafter Deutlichkeit zu Tage treten. Was aber ist geschehen? Von den mehr als hundert, theilweise sehr umfänglichen Briefen, die von mir allein bei den Anklageakten lagen, sind kaum zehn für würdig befunden worden, unter dem Beweismaterial zu figuriren,

und von diesen zehn ist wieder nur der kleinste Theil zur Verlesung gekommen, da der Herr Staatsanwalt selbst es für angemessen fand, auf den Vortrag der andern, weil für die Anklage vollständig werthlos, zu verzichten. Diese eine Thatsache genügt, um die Hohlheit der ganzen Anklage darzuthun.

Noch auf einen andern Vorfall muß ich mit wenigen Worten eingehen.

Der Herr Schwurgerichtspräsident hatte bei Gelegenheit der Erörterung über unsere Absicht, die Landbevölkerung in den Kreis unserer Bestrebungen zu ziehen, einerseits eine große Gereiztheit, andererseits eine erstaunlich naive Verwunderung über unsern Glauben, daß uns dies gelingen werde, gezeigt: dies zwingt mich zu einer kurzen Erörterung dieses Themas. Die Gereiztheit über dieses Bestreben hat er mit dem Herrn Staatsanwalt gemein, der ebenfalls ein Hauptgewicht auf diese unsere Thätigkeit unter der Landbevölkerung gelegt und sie als besonders verbrecherisch darzustellen versucht. Diese Gereiztheit könnte Verwunderung erregen, wenn sie nicht leicht erklärlich wäre. Man ist gewohnt, in der Landbevölkerung die Hauptstütze des gegenwärtigen Staats zu sehen, und zwar mit Recht. Die konservative Gesinnung der Landbevölkerung war der unerschütterliche Grund und Eckstein, auf dem unser Staatssystem bisher beruhte; man hat sich gewöhnt, es als selbstverständlich anzusehen, daß der Bauer in politischen und öffentlichen Angelegenheiten indifferent sei, sich als geduldige Unterlage der Unterdrückungs-Bestrebungen der Staatsgewalt und als brauchbares Material für das Hauptmachtmittel des jetzigen Staats, das stehende Heer, gebrauchen lasse. Man fürchtet, daß die Umwandlung, welche die bäuerlichen Verhältnisse in Folge der totalen Umgestaltung der Grund- und Bodenverhältnisse in den letzten Jahrzehnten erfahren, einen großen Theil der Landbevölkerung den modernen Ideen zugänglich gemacht habe, und damit ihre alte Zuverlässigkeit in Frage gestellt sei. Obgleich die Bauern als Staatsbürger die gleichen Rechte wie jeder nichtbäuerliche Staatsbürger genießen, betrachtet man doch seitens der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen die Ausnutzung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts und der Presse auf sie angewandt als ein Verbrechen. Wie ließe sich sonst die Anklage und das Gewicht, das sie auf

diesen Punkt legte, erklären? Wir hatten im Ganzen noch sehr wenig Propaganda unter der Landbevölkerung gemacht, es ist auch erklärt worden, warum dies geschah, und daß nicht der Wille uns gefehlt, sondern die Mittel und Kräfte, die eine solche Propaganda vorläufig nur in beschränktem Maße zuließen. Aber alles, was wir gethan, ist auf Grund der bestehenden Gesetze, innerhalb der Schranken derselben geschehen, die Anklage hat uns kein Wort, keinen Buchstaben nachweisen können, wo wir diese Schranken nicht innegehalten. Und dennoch unterstellte sie uns das Verbrechen des Hochverraths, obgleich wir nichts gethan, was nicht nach den Staatsgesetzen unser heiliges Recht und nach den für jeden Einzelnen geltenden sittlichen Gesetzen, das Beste des Nebenmenschen zu fördern und seine Kräfte im Dienste des Fortschritts der Menschen anzuwenden, unsere Pflicht ist. In einer Versammlung von Landleuten zu sprechen, kann und darf an und für sich nicht strafbarer sein, wie das Sprechen in einer Versammlung sogenannter gebildeter Bourgeois. Landleute und Arbeiter benehmen sich oft weit anständiger und gesitteter in einer Versammlung, als die Leute aus den sogenannten gesitteten und gebildeten Ständen, das habe ich in meinem Leben schon häufig erfahren und ist selbst in diesem Prozeß durch den mir gegnerischen Zeugen aus Plauen bestätigt worden. Es ist eine Ungeheuerlichkeit und das größte Unrecht, die Ausübung des Versammlungs- und Vereinsrechts bei einer Klasse von Staatsbürgern als Verbrechen ansehen zu wollen, während es bei der andern Klasse als selbstverständlich und vielleicht verdienstlich angesehen wird. Daß die verschiedenen Klassen der Gesellschaft verschiedene und entgegengesetzte Interessen haben, wird der Herr Staatsanwalt nicht leugnen können — was die eine also beifällig aufnimmt und für Recht hält, betrachtet die gegnerische als das Gegentheil. Die Staatsgewalt, die über allen Parteien stehen soll, hat sich von diesem Meinungskampf fernzuhalten; sie schädigt ihr eigenes Ansehen auf das Schwerste, wenn sie, wie es in dem vorliegenden Fall geschah, zur Partei wird und, ohne Ungesetzlichkeiten nachweisen zu können, die Ausübung eines allen Staatsbürgern gleichmäßig zustehenden Rechts bei der einen Klasse als Verbrechen qualifizirt.

Der Herr Präsident äußerte auch im Laufe des Prozesses, unsere Agitationen unter der Landbevölkerung würden wohl

aussichtslos sein, die Landbevölkerung stünde treu zu „König und Verfassung“. Ohne mich auf das Unstatthafte einer solchen Aeußerung in seinem Munde einzulassen, will ich nur bemerken, daß, wenn er felsenfest von dieser Ansicht überzeugt war, weder er noch der Staatsanwalt Veranlassung hatten, sich über die Ausübung eines uns verfassungsmäßig zustehenden Rechts zu ereifern. Wir haben keine Mittel, die Bauern zu unserer Ueberzeugung zu zwingen, und hätten wir die Mittel, wir würden sie nicht anwenden, denn es giebt keine faulern Bundesgenossen, als gezwungene, das sollte sich auch die Staatsgewalt merken.

Es scheint aber doch, als glaubte der Herr Präsident selbst nicht recht an seine Aeußerung, und wenn er die bäuerlichen Verhältnisse kennte, wie er sie augenscheinlich nicht kennt, würde er jedenfalls anders geurtheilt haben. Die kapitalistische Produktion hat sich auch der Grund- und Bodenbebauung bemächtigt. Die alten stabilen Zustände konnten der Macht des Kapitals nicht mehr widerstehen, die Stützen, welche die Stabilität des Grundbesitzes aufrechterhielten, sind niedergerissen; die zunehmende Bevölkerung und die Entwicklung der Industrie machten eine neue Bewirthschaftungsmethode nöthig. Soll die Anwendung der Entdeckungen in den Naturwissenschaften, namentlich der Chemie, die Verwendung der Maschinen an Stelle der durch die Industrie vertheuerten Arbeitskräfte und die rationelle Ausnutzung aller Abfälle der Wirthschaft ermöglicht werden, dann ist der Großbetrieb unumgänglich nöthig. Die Vortheile, welche der Grund und Boden unter allen Umständen bietet, die Preissteigerung, welche er durch die starke Nachfrage seiner Produkte erfahren hat, lassen ihn als eine gute und sichere Kapitalanlage erscheinen. Das Kapital hat sich in Folge dessen in neuerer Zeit ebenso sehr dem Ackerbau im Großen zugewendet wie der Großindustrie. Die kleinen Besitzer kommen immer mehr ins Hintertreffen; ohne Kapital und, selbst wenn sie es geliehen erhielten, außer Stande, auf ihrem kleinen Besitzthum die Vortheile der Anwendung von Maschinen, einer verbesserten Ackerbaumethode, des Fruchtwechsels, einer rationellen Viehzucht, um die industrielle Ausnutzung der Abfälle der Wirthschaft anwenden zu können, sind sie es, die dem Streben ihrer größeren Nachbarn nach Besitzerweiterung zum Opfer fallen, und wenn sie nicht aus-

wandern oder der Zufall ihnen eine andere Existenz in den Weg wirft, die Reihen der Landproletarier vermehren. In der modernen Agrikultur vollzieht sich derselbe Umwandlungsprozeß wie in der modernen Industrie: wenige Große treten an die Stelle der vielen Kleinen; der Klassengegensatz nimmt zu, die Interessen der gegenüberstehenden Klassen werden immer feindlicher. Die „Harmonie“ und Interessengleichheit der vielen kleinen Eigenthümer verwandelt sich in die Disharmonie und den Interessengegensatz weniger Alles- und vieler Nichtsbesitzer. Die Interessen aber bestimmen die Anschauungen und Meinungen der Menschen, und so ist es ganz natürlich, daß mit der Revolutionirung der Besitzverhältnisse eine Revolutionirung der Ansichten Hand in Hand geht und aus dem früher zufriedenen Kleinbesitzer ein unzufriedener Landproletarier wird. Dieser Prozeß ist naturgemäß. Niemand hat die Macht, ihn zu verhindern, und diejenigen, die ihn verhindern könnten, haben kein Interesse, es zu thun, weil die Aufhebung ihrer sozialen Sonderstellung dazu die Vorbedingung wäre.

Dieser Umwandlungsprozeß in den Eigenthumsverhältnissen ist es, der ganz von selbst die unterdrückte Klasse zum Sozialismus hindrängt, d. h. zu einer Staats- und Gesellschaftsform, in welcher an Stelle des Privateigenthums das Gemeineigenthum, an Stelle der Privatproduktion die gesellschaftliche Produktion, an Stelle des Klassengegensatzes und der Interessenfeindschaft die Harmonie der Gesellschaft und die Interessensolidarität gesetzt wird. Die sozialistische Gesellschaft ist ebenso nothwendig die Konsequenz der bürgerlichen Gesellschaft, wie die bürgerliche Gesellschaft die der feudalen Gesellschaft war. Indem wir auf diesen gesellschaftlichen Prozeß aufmerksam machen, die Geister auf die Dinge, welche die Zukunft bringt, vorbereiten und sie dafür zu gewinnen suchen, thun wir das gerade Gegentheil von dem, dessen uns der Staatsanwalt anklagte. Wir suchen einen gewaltsamen Durchbruch und eine gewaltsame Geltendmachung der neuen Prinzipien, die im Schoße der heutigen Gesellschaft sich entwickeln, zu verhindern, indem wir die im Staat und in der Gesellschaft herrschenden Klassen auf den „Nothzustand“ aufmerksam machen, „dem“ — um mit Bluntschli zu reden — „nur durch eine gewaltsame Umgestaltung der Verfassung Hilfe geschafft werden kann, wenn

der Widerspruch zwischen den politischen Trieben und Verlangen einer Nation und der bestehenden Staatsform sich zur Unerträglichkeit steigert." Nicht eine Anklage auf Hochverrath, sondern Dank und Anerkennung wäre es, womit eine weise und vernünftige Staatsleitung uns zu bedenken gehabt hätte, weil wir ihr begreiflich zu machen suchen, was die sich entwickelnde neue Gesellschaft zu ihrer freien und ungehinderten Entfaltung bedarf.

Zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung. Der Herr Staatsanwalt hat in seinem Schlußvortrag mich als den quasi von Liebknecht „Verführten" hingestellt. So gern ich jederzeit anerkenne, daß der jahrelange Umgang mit Liebknecht, sein größerer Erfahrungsschatz und sein reicheres Wissen für mich selbst nur von Vortheil war, so sehr muß ich doch die Ansicht des Herrn Staatsanwalts als eine irrige zurückweisen. Obgleich ich im Spätsommer 1865, wo ich Liebknecht kennen lernte, noch kein ausgesprochener Sozialist war, vielmehr zu jener Zeit zu den eifrigsten Bekämpfern der Lassalleaner, die damals in Deutschland die einzige sozialistische Partei bildeten, gehörte, so ist es doch eine Thatsache, die Jeder, der zu jener Zeit in der Bewegung gestanden, bestätigen wird, daß diese dem Sozialismus entgegentrieb, daß die Ansichten der beiden feindlichen Fraktionen bereits sich in wesentlichen Punkten genähert, wie z. B. die Erklärung des Verbandes der deutschen Arbeitervereine für das allgemeine Stimmrecht auf dem Verbandstage zu Stuttgart Anfang September 1865 beweist. Der Kampf mit dem Lassalle'schen Sozialismus hatte seine Wirkung nicht verfehlt; unsere Ansichten waren weitere geworden. Daß die sogenannte Schulze'sche Selbsthilfe nicht ausreichte, um die soziale Frage zu lösen, war allen Vorgeschritteneren unter uns klar geworden. Die elende Haltung der liberalen Partei im preußischen Verfassungskampf und bei Ausbruch des Krieges 1866 öffnete Vielen vollends die Augen. Der Bruch mit dem Liberalismus erfolgte zunächst offiziell im Zwölfer-Ausschuß der deutschen Arbeitervereine im Mai 1866, dessen Mitglied ich war und dem Liebknecht in jeder Beziehung fern stand. Die Majorität des Ausschusses, worunter ich, und mit ihm die Majorität der Vereine, entschied sich gegen die Fortschrittspartei und damit gegen Schulze-Delitzsch. Das Organ des Verbandes, die „Arbeiterzeitung" in Coburg hatte eben-

falls, und zwar bereits Ende 1865, entschieden gegen die Fortschrittspartei Stellung genommen und bekämpfte in einer Reihe von Artikeln die Schulze-Delitzsch'schen sozialen Heilmittelchen als unzulänglich und geradezu verderblich. So war die Gährung der Geister überall vorhanden und die Strömung dem Sozialismus zugeneigt, ohne daß Einzelne darauf merkbaren Einfluß ausgeübt. In die erste Wahlagitation zum Norddeutschen Reichstag traten wir in Sachsen 1867 bereits mit einem stark sozialistisch gefärbten Programm ein, das auf einer Landesversammlung der sächsischen Arbeiter im August 1866 zwischen den verschiedenen Fraktionen vereinbart worden war und in seinen wesentlichsten Punkten 1869 unter den sogenannten nächsten Forderungen des Eisenacher Programms Aufnahme fand. Im Oktober 1867 wurde ich auf dem Verbandstag der deutschen Arbeitervereine zu Gera, wo Liebknecht nicht zugegen war, wie er bis dahin denn überhaupt mit dem Verbande nicht das Geringste zu thun hatte — das „Demokratische Wochenblatt", der Vorläufer des „Volksstaat", wurde erst 1868 gegründet — zum Vorsitzenden des Vororts gewählt, und zwar gegen Dr. Max Hirsch, der als Gegenkandidat mir gegenüberstand. Die bereits im Jahre 1866 im Ausschuß des Verbandes der deutschen Arbeitervereine ausgebrochene Spaltung, die durch meine Wahl zum Vorsitzenden des Vororts auf dem Verbandstage zu Gera 1867 noch erweitert wurde, führte endlich 1868 auf dem Verbandstage zu Nürnberg zum offenen Bruch, wobei ich wiederum bemerken muß, daß die Darstellung, wie sie der Herr Staatsanwalt in seiner Rede (Seite 541) giebt, eine vollständig falsche ist. Die Arbeiterbewegung stand damals nicht im Begriff, das politische Ziel außer Acht zu lassen, es galt nur, dem Theile der Bewegung, zu dem wir gehörten, an Stelle des falschen das richtige politische Ziel zu geben. Liebknecht war auf jenem Verbandstage Delegirter und trat für das von der Vorortsverwaltung — zu der er nicht gehörte und an deren Sitzungen und Berathungen er sich damals nicht betheiligt hatte — vorgeschlagene Programm allerdings ein. Aber Liebknecht so wenig wie ich waren weder damals noch später die „Macher", für welche der Herr Staatsanwalt uns hinstellte. Wir haben damals und später nur als Beauftragte und als Dolmetscher der Stimmung der hinter uns stehenden

Massen gehandelt, deren Ueberzeugungen auch die unseren waren. Die Bewegung ist nicht das Produkt der Thätigkeit dieser oder jener Person, ebenso wenig haben wir, wie der Herr Staatsanwalt mit großer Sicherheit, aber ohne jede Kenntniß und ohne Begriff von der Wirklichkeit der Dinge behauptete, Jahre voraus Pläne geschmiedet, wie dies oder das werden müsse oder solle. Das war und ist einfach unmöglich; wir haben gehandelt, wie die Umstände uns vorgeschrieben, wir haben die Dinge genommen, wie sie waren, und darnach gehandelt, überzeugt, daß die in der Natur der Verhältnisse begründete Bewegung ganz naturgemäß die richtigen Wege zu ihrer Entwicklung finden werde.

Der Herr Staatsanwalt sah in Allem, was sich in der Reihe von Jahren in der Bewegung zugetragen, eine vorher klar erwogene und schlau berechnete Abmachung; hätte er sich ernsthaft in die ihm vorgelegten Akten und namentlich die zahlreichen Briefe vertieft, er würde gewahr geworden sein, daß Alles ohne „Plan" sich so gestaltete, wie es sich gestaltet hat; aber hätte er das eingesehen und zugegeben, dann wäre auch seine Anklage und damit unsere Verurtheilung unmöglich geworden und der Zweck verfehlt gewesen.

Doch, was auch dieser Zweck war, er ist trotzdem verfehlt worden. Unsere „Strafe" ist vorbei, Schaden und Nachtheil, den man, in kurzsichtiger Verblendung, durch unsere Verhaftung für die Bewegung erhofft, ist — wie die letzten Reichstagswahlen zur Evidenz bewiesen haben — nicht entstanden; im Gegentheil, der Leipziger Hochverrathsprozeß hat Tausende von Anhängern unserer Sache gewonnen; die Regierung, die einen solchen Prozeß, den alle Welt für einen Tendenzprozeß erklärte, in Szene gesetzt, hat sich in den Augen aller Gerechtdenkenden diskreditirt. Und wir, die Angeklagten und Verurtheilten? Nun wir haben die 22 Monate unfreiwilliger Muße benutzt, um zu arbeiten und das auszuführen, wozu uns der ununterbrochene Kampf und die aufreibende Thätigkeit in der „Freiheit" nicht kommen ließ. Die Haft war uns eine Zeit der Sammlung und der Stärkung, deren wir bedurften, um auch fernerhin mit neu gestärkter Kraft und geschärften Waffen unser Ziel, die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, der *Unterdrückung* und der Ausbeutung verfolgen zu können. Ob

die Staatsgewalt und unsere Gegnerschaft mit den Früchten des an uns verübten Hochverrathsprozesses zufrieden sein können, lasse ich dahingestellt; wir unsererseits sind es, und das ist genug.

Leipzig, den 12. Juni 1874.

Aug. Bebel.

Mein Verhältniß zum Prozeß.

Von A. Hepner.

Ich bin nicht in der Lage, meinerseits eine „nicht gehaltene Rede" dem Leser unterbreiten zu können. Ich würde höchst wahrscheinlich, auch wenn die Hauptangeklagten ihre beabsichtigten Schlußplaidoyers gehalten hätten, auf das Wort verzichtet haben — schon um auch nicht den Schein zuzugeben, als ob die Anklage gegen mich einer Widerlegung werth sei.

Post festum aber ist es vielleicht angebracht, Einiges über meine Beziehungen zum Prozeß zu sagen; am Ende ist dies ein Beitrag zur negativen Kritik jenes ganzen Anklageverfahrens, als Ergänzung zur positiven seitens der Hauptvertheidigung durch die anderen Betheiligten. Fallen auch bei dieser Gelegenheit einige Glossen ab, die nicht speziell mein Verhältniß zum Prozeß betreffen, sondern diesen überhaupt, so ist die nachstehende Auseinandersetzung um so mehr berechtigt, hier Platz zu finden.

Am besten thue ich wohl, wenn ich — unter beiläufiger Verweisung auf meine Anmerkung, S. 428 — damit beginne, zu erzählen, wie ich (meiner unmaßgeblichen Vermuthung nach) überhaupt zur Theilhaberschaft an dieser Anklage gekommen bin.

Kurz nach meinem Eintritt in die Redaktion hatte ich den auf Seite 503 gedachten langen Brief — eine quasi-Denkschrift über meine Auffassung des Berufs der „Volksstaat"-Redaktion — an den Braunschweiger Ausschuß geschickt. Dieser Brief, der anläßlich der Lötzener Affaire unter den Sekretariats-Papieren mit vorgefunden wurde, scheint zunächst bei der Justiz, bez. ihren nachher zu nennenden Vormündern und Seitenorganen die Vermuthung erweckt zu haben, ich hätte alle Tage solche 8-Bogen-Briefe geschrieben, bez. auch empfangen, müßte also bei der zu veranstaltenden großen Razzia eine erkleckliche Anzahl von

Manuskripten, die zur Charakteristik der Partei dienen, dem Gericht in die Hände spielen. Man täuschte sich natürlich nicht wenig. Von dem ganzen nach der Verhaftung bei mir beschlagnahmten Manuskriptenkram war nur ein Aufsatz, der in der Untersuchung (und zwar nur beiläufig) verwendet werden konnte; in der Hauptverhandlung kam er gar nicht vor. Der Staatsanwalt hatte ihn nämlich nicht auf die Beweismittelliste zu setzen für werth gehalten. — Auch aus der gesammten Leipziger Korrespondenz war nicht hervorgegangen, daß ich bis dahin einen wesentlichen Einfluß auf die Geschichte der Partei gehabt hätte, im Uebrigen sogar bekannt, daß ich nicht zu den öffentlichen Rednern der Partei gehöre.

Man hätte sonach — da die Erwartungen, zu welchen etwa meine obgedachte Denkschrift veranlassen konnte, nicht eintrafen — mich kurz nach Einleitung der Untersuchung loslassen können, wenn nicht drei Momente dem entgegengestanden hätten.

Zunächst die Annahme, daß ich, als der mindest „Gravirte", bez. vielleicht nicht in alle „Mysterien" Eingeweihte, mit mehr Objektivität als die andern Beiden auszusagen im Stande sei, bez. durch etwaige Widersprüche mit den Aussagen Jener den Schlüssel zur Enträthselung und Korrektur ihrer Angaben liefern, am Ende gar durch ungeschickten Versuch der Selbstreinwaschung die andern Beiden — und auf die kam es ja hauptsächlich an — kompromittiren könnte.

Man weiß, daß von alledem nichts passirt ist. Es hat im Gegentheil in Deutschland noch kein politischer Prozeß von ähnlichem Umfang stattgefunden, in dem die Angeklagten, ohne daß sie während der ganzen 101-tägigen Untersuchungshaft auch nur im Mindesten sich mit einander hätten verständigen können, so konform ausgesagt hätten, wie die drei. Diesem überraschenden Ergebniß der Untersuchung hatten wir es wohl auch theilweise zu verdanken, daß wir ein Jahr lang, vom vorläufigen Schluß der Untersuchung (28. März 1871) bis zum Schluß der Hauptverhandlung (26. März 1872), auf freiem Fuß leben durften.*)

*) Ein anderes Motiv unserer Freilassung scheint auch der höheren Orts gehegte Wunsch gewesen zu sein, uns Gelegenheit zur Flucht zu geben; erstens, um uns auf immer los zu sein, und *zweitens*, um durch die schwere Verurtheilung in contumaciam

Das Zweite ist dies: Aus meiner mehrgedachten Denkschrift war für die Regierung jedenfalls das hervorgegangen, daß ich, nach einer Verhaftung von Liebknecht und Bebel, an deren Stelle den „Volksstaat" in gewissem Sinne aufrecht zu erhalten im Stande sei. Den „Volksstaat" aber, mindestens während der Dauer des Krieges, kaput zu machen, darum handelte es sich in erster Linie für die Regierung. Ich muß also, auch wenn man die Ueberzeugung von meiner sonstigen politischen Ungefährlichkeit hatte, und namentlich die Ueberzeugung, daß eine fernere Fortdauer meiner Untersuchungshaft auf das Endergebniß des Prozesses hinsichtlich der anderen Beiden ohne Einfluß sein würde, trotzdem weiter im Gewahrsam bleiben, um der Leitung der Redaktionsgeschäfte entzogen zu sein.

Indeß auch in dieser Beziehung hatte bekanntlich die Regierung die Rechnung ohne den Wirth gemacht: Carl Hirsch hat während unserer Haft die Redaktion zur allgemeinen Zufriedenheit der Partei besorgt; und hätte sich nicht Dieser, so hätte sich ein Anderer gefunden. Ueberhaupt hatte der Schreckschuß des 17. Dezember 1870 auf unsere Partei das Gegentheil von dem bewirkt, was beabsichtigt war: statt niederzuschlagen, hat er aufgerüttelt. Ein sprechender Beweis hierfür ist, daß die Reichstagswahlen vom März 1871 uns den vierten Theil aller sächsischen Stimmen einbrachten, und der „Volksstaat" seit zwei Jahren um mehr als 4000 neue Abonnenten gewonnen hat.

Drittens endlich waren es spezifisch Berliner Einflüsse, die dazu beitrugen, daß ich von der Anklage mitbetroffen wurde. Wie denn überhaupt der Umstand, daß ich Mitangeklagter war, ein Moment ist, welches den allseitigen Glauben, daß nicht die sächsische, sondern die preußische Regierung den Prozeß eingefädelt hat, erheblich stützt.

Welchen Grund sollte auch Ende 1870 die sächsische Regierung gehabt haben, mich in diesen Monstreprozeß hineinzubringen? — Ich war ihr bis dahin so gut wie unbekannt. Kaum ein Jahr in Sachsen, hatte ich noch mit

---

der Anklage ein Ansehen geben zu können, das ihr durch unsere persönliche Redestehung unbarmherzig genommen wurde. Durch die Flucht der „Führer" wäre außerdem (so glaubte man) die ganze Partei, die man im Kontumazialverfahren nach Herzenslust hätte anschwärzen können, außer Rand und Band gekommen u. s. w.

keiner Behörde etwas vorgehabt, was ihre besondere Aufmerksamkeit hätte auf mich lenken können; weder bei Polizei noch bei Gericht einen der ärgerlichen Amtsprozesse gehabt, die mich ihr jetzt als ein lästiges Individuum erscheinen lassen. Ja, ich kann dreist behaupten: wenn die sächsische Regierung aus freien Stücken den Prozeß inszenirt hätte, so würde sie — falls sie außer Bebel und Liebknecht noch Jemanden in die Anklage mit versetzen wollte — eher irgend einen der zahlreichen, ihr seit lange verhaßten, agitatorisch thätigen Sozialdemokraten dazu ausersehen haben, als mich, der ich — eine ephemere Broschüre gegen das „Leipziger Tageblatt" („Die politische Demimonde") ausgenommen — bis um jene Zeit weder schriftlich selbständig, noch mündlich öffentlich aufgetreten war. Und was den Einfluß auf die sächsischen Parteiverhältnisse speziell betrifft, so konnte damals die Regierung — wenn es ihr darauf ankam, diesen zu paralysiren — 100 Andere finden, die ungleich mehr davon besaßen, als ich.

Der sächsischen Regierung konnte ich also damals gleichgiltig sein. Nicht so der preußischen. Diese mochte wohl die sich ihr hier darbietende Gelegenheit, mir eins aus alter Freundschaft auszuwischen, nicht gern ungenutzt vorübergehen lassen. Wie bot sich ihr diese Gelegenheit?

Die Braunschweiger Papiere waren bekanntlich vom General Vogel von Falckenstein an die Generalstaatsanwaltschaft nach Berlin geschickt worden (ob mit oder ohne Einwilligung der Braunschweiger Justiz, ist nicht verlautbart). In Berlin wurden die Papiere „gesichtet", d. h. von den der Staatsanwaltschaft wichtig scheinenden Manuskripten Kopien abgenommen, und dann die Originale nach Braunschweig zurückgesandt. Mit welcher Gewissenhaftigkeit man in Berlin verfuhr, geht daraus hervor, daß, einige Tage noch, ehe wir verhaftet wurden, die offiziöse „Zeidler'sche Korrespondenz" schon Auszüge aus Briefen von Bebel und Liebknecht und einen Brief von Carl Hirsch (Seite 467) zum Abdruck brachte. Die Einleitung, welche diesen Briefzitaten voranging, deutete in ziemlich unverblümter Weise das nahende Prozeßgewitter an, und obschon Zitate meiner Briefe nicht gebracht wurden, figurirte ich in jener Einleitung doch bereits neben Liebknecht und Bebel als einer Derjenigen, welche. Man hatte also bereits in Berlin *mit* Bestimmtheit das Kommende gewußt. —

Und warum man sein Müthchen an mir kühlen wollte? Das ist sehr einfach. Ich hatte Ende 1870 mir die Freiheit genommen, einen Tag eher Berlin zu verlassen, als der dortige Staatsanwalt mich wegen „Majestätsbeleidigung" verhaften wollte. Mit seinem Auslieferungsantrag blitzte er in Leipzig ab, eroberte sich auch eine „Nase" für seine Unkenntniß des weiland „Norddeutschen Rechtshilfgesetzes" und blamirte sich am Ende noch dadurch, daß er (aus Mangel an Beweisen) die Anklage, derentwegen er mich ausgeliefert haben wollte, nachträglich beim Leipziger Gericht anzustellen unterließ, obschon er nach dem „Rechtshilfegesetz" zur Klagstellung berechtigt und logischerweise sogar verpflichtet war. (Es ist diese ganze, für das preußische Rechtsverfahren charakteristische Geschichte eingehend dargestellt im „Volksstaat", Nr. 34 von 1870, Anmerkung von „Zum Kapitel der gegenseitigen Rechtshilfe", in Verbindung mit Nr. 25 desselben Jahrgangs). In meiner Redaktions-Denkschrift nun, die doch mit den übrigen Braunschweiger Papieren in Berlin fleißig durchstudirt wurde, befinden sich auch — wie ich leider jetzt gestehen muß, ziemlich ungeschickte — Andeutungen über mein Verhältniß zu den ah.-Artikeln „Berliner Briefe", „Aus Berlin", „Aus Preußen", die im „Volksstaat" von 1869 und 1870 enthalten sind. Einen erheblichen Theil derselben hatte ich in der That verfaßt — speziell welche? finde ich mich nicht bemüßigt zu sagen. In jenen Artikeln (namentlich in der Nummer vom 15. Dezember 1869), sowie in dem „Chinesischen Brief" im „Demokratischen Wochenblatt" sollten die angeblichen Majestätsbeleidigungen stecken, welche meiner Verfolgung seitens des Berliner Stadtgerichts zu Grunde lagen. Da nun im Hochverrathsprozeß unter Anderem der ganze „Volksstaat" nebst Zubehör als Anklagematerial dienen sollte, so hatte man in Berlin erklärlicherweise ein Interesse daran, die sächsische Behörde zu bestimmen, mich in den Prozeß hineinzunehmen — in der Erwartung, ich würde auf diese Weise zum verdienten Lohne kommen, indem die gedachten „Berliner Briefe" u. s. w. — die in der That mitunter etwas pikant sind — auf das Gesammturtheil nicht ohne Einfluß sein würden. Merkwürdigerweise aber ist auch dies nicht eingetroffen. Weder in der Hauptverhandlung, noch in der Untersuchung sind die gedachten Artikel zum Vortrag, bez. zur Erörterung gekommen — mir scheint aus zwei Gründen:

1. Sind in den Artikeln von 1869 so delikate Stellen, daß man jene in öffentlicher Hauptverhandlung zum Vortrag zu bringen, sich wohl kaum gern entschließen konnte.

2. Lag es im Interesse der sächsischen Justiz — nachdem sie nun einmal von Berlin aus gezwungen war, mich mit unter Anklage zu stellen — gegen mich möglichst wenig Belastungsmaterial (sei es nun wirkliches oder angebliches) zu Tage zu fördern, um meine Freisprechung zu sichern. Durch meine Freisprechung konnte sie sich in gewissen Kreisen des Odiums der Tendenzprozeßmacherei entladen. „Ihr sagt, wir hätten einen Tendenzprozeß gemacht? Seht, den Einen haben wir laufen lassen, weil er in der That nicht so belastet war wie die andern Beiden. Wir sind also nicht darauf ausgegangen, die Leute auf alle Fälle zur Verurtheilung zu bringen." So hoffte man vielleicht, mich als Relief für den sächsischen Staatsliberalismus benutzen zu können, und befriedigte dabei scheinbar den Berliner Wunsch — schlug also mit mir nach zwei Fliegen auf einmal. Daß indeß meine Freisprechung nicht nur die Justiz (bez. die Regierung) von dem obgedachten Odium nicht befreit, sondern dieses noch erhöht hat, wird sich weiter unten zeigen.

Soviel zur Aufklärung darüber, wie ich überhaupt zur Theilhaberschaft an diesem Prozesse kam. Das Vorstehende ist zugleich ein Beitrag zur ganzen inneren Vorgeschichte des Prozesses.

Zur inneren Geschichte desselben gehört u. A. folgendes Thatsächliche: Als die Anklagekammer im Sommer 1871 über die Verweisung zur Hauptverhandlung Sitzung hielt, fragte der eine unserer Vertheidiger im Laufe derselben: „Ich höre hier immerfort von Bebel und Liebknecht, und Liebknecht und Bebel; — was hat denn aber eigentlich Hepner gemacht?" Darauf lächelte der Vorsitzende, Bezirksgerichtsdirektor Geheimrath Rothe, den Staatsanwalt an, der sich dieser Frage gegenüber in nicht geringer Verlegenheit befand. Wir werden nachher sehen: wieso?

Bemerkungen des Erstaunens, daß ich in diesem Prozesse als Angeklagter figurirte, konnte man von unbetheiligten Leipziger Gerichtsmitgliedern, die der Verhandlung genau folgten, während derselben privatim sehr oft hören. Ja sogar der obgedachte Direktor Geheimrath Rothe, der die Akten kannte, sagte mir, als ich einige Tage vor dem Beginn des

Prozesses bei ihm war, um reservirte Plätze für unsere Berichterstatter auszubitten, mit höchlichster Verwunderung: „Sind Sie denn auch dabei (als Angeklagter)? Ich habe das gar nicht mehr gewußt!“ Er hatte es nämlich vergessen, obschon er das Verweisungserkenntniß als Vorsitzender der Anklagekammer mit unterzeichnet hatte. Der Inhalt der Anklage, bez. die Gehaltlosigkeit derselben gegen mich, ließ ihn glauben, die Anklagekammer hätte mich losgesprochen.

Die „Inhaltlosigkeit der Anklage gegen mich“. Ich brauche dem Leser des ganzen Werkes diese Behauptung nicht weiter zu begründen; ich habe dies in der Hauptverhandlung — wenn auch meistens nur ironisch-negativ — zur Genüge gethan.

Blos auf das Schlußplaidoyer des Staatsanwalts möchte ich hier mit einigen Worten eingehen.

Wenn irgendwo, so mußten in diesem alle Belastungsmomente gegen mich zusammengefaßt sich vorfinden.

Wohlan, was hat der Staatsanwalt in seiner zweistündigen Rede über mich zu sagen gewußt?

Ich habe die Stellen, die mich betrafen, und auch andere, die mich interessirten, ganz genau nachgeschrieben:

1. Daß ich „am Eisenacher Kongreß theilgenommen, wenn auch nicht als Redner“.

2. Daß ich „mit vollem Bewußtsein von der Tendenz des „Volksstaat“ in die Redaktion eingetreten“ sei.

3. Daß ich „ein eifriger, ja fleißiger Mitarbeiter“ des „Volksstaat“ gewesen sei.

4. Daß ich mitunter „dem Ausschuß Vorschläge gemacht“.

5. Daß ich an der „Verbreitung von agitatorischen Schriften“ theilgenommen.

6. Daß die „Artikel des „Volksstaat“ theils von Herrn Hepner“ verfaßt sind.

Schreckliche Verbrechen! Alle diese sechs innerhalb der letzten fünf Minuten der Zweistundenrede aufgezählt! Und um der Eruirung (Ermittlung und Feststellung) dieses werthvollen Ergebnisses willen war es nöthig, daß ich 101 Tag in strengster Untersuchungshaft saß, in einer viehstallmäßigen Zelle, bei schlechtester Nahrung — wenn ich nicht Mittel zur Selbstbeköstigung gehabt hätte — und ungesunder Luft, bei Dunkellicht und im eigenen Koth.

Alle jene sechs Punkte sind derart, daß ein einziges kurzes Verhör vor dem Untersuchungsrichter genügt hätte, um

sie zu eruiren (ermitteln und feinpinseln); ja, das Meiste davon war sogar dem Staatsanwalt längst vor meiner Verhaftung bekannt. Beweis:

ad 1. Das Eisenacher Protokoll, das im September 1869 erschien, zählt mich ohne Umschweife unter den Theilnehmern des Kongresses auf.

ad 2. Wer etwas ohne „volles Bewußtsein" unternimmt, muß entweder betrunken oder ein Esel sein. Zu Keinem von Beiden war ich gesetzlich verpflichtet.

ad 3. Wer seinem Berufe nicht „eifrig, ja fleißig" obliegt, ist bekanntermaßen ein Faulpelz.

ad 4. Die hochverrätherischen „Vorschläge" bestanden darin, daß für den „Volksstaat" eine eigene Druckerei errichtet werden möchte u. dergl.

ad 5. Bezieht sich auf den Vorschlag, das Herwegh'sche Arbeiterlied massenweise zu verbreiten.

ad 6. ist am gelungensten: Der Herr Staatsanwalt führt zu meiner „Belastung" an, ich hätte gewisse Artikel des „Volksstaat" verfaßt, — ohne daß solche in der Untersuchung oder Hauptverhandlung zum Vortrag oder auch nur vorübergehend zur Erörterung gekommen wären.

Bei keinem der in der Hauptverhandlung vorgetragenen anonymen „Volksstaat"-Artikel wurde seitens der Anklage auch nur angedeutet oder gemuthmaßt, daß ich der Verfasser wäre; es war dies gar nicht möglich, weil sich als Verfasser der gedachten Artikel sofort Liebknecht oder ein Anderer herausstellte.

Was soll man nun zu einer solchen „Anklage" sagen? Zu einer „Anklage", deren sich sogar ein neugebackener Referendar tief schämen müßte! Ja, zu einer „Anklage", von der der Herr Staatsanwalt selbst nicht einmal zu sagen wußte, ob es eine ist oder nicht. Er enthielt sich nämlich eines bestimmten Antrags in Bezug auf mich und sagte nur: „Ob das, was Hepner gethan hat, unter die Vorbereitung des Hochverraths fällt oder nicht, das werden Sie, meine Herren Geschwornen, zu entscheiden haben." Er wußte weder Schuldig noch Nichtschuldig zu beantragen — die obgedachten sechs Punkte waren zu schwierig, als daß sein Scharfsinn sie hätte ergründen können; eine blos fünfvierteljährige Frist zum Ueberlegen genügte nicht für eine so heikle Aufgabe.

Nicht minder elegant als der Staatsanwalt hat sich der Gerichtshof seiner Aufgabe in Bezug auf mich entledigt. In dem für die Geschwornen abgefaßten Fragebogen (siehe Seite 536 bez. 535) befand sich betreffs meiner unter h die Frage, ob ich „mit dem Generalrath in Verkehr" gestanden. Wie konnten die Geschwornen darauf antworten, wenn während der ganzen Verhandlung nicht eine Zeile von mir zum Vorschein kam, die diese Frage begründete?

Dieses Kuriosum wird fast unwesentlich, wenn man sich wieder dem staatsanwaltlichen Plaidoyer zuwendet und die zahlreichen Monstrositäten, welche die staatsanwaltliche Amtsthätigkeit in diesem Prozeß kennzeichnen, durchmustert.

Zunächst sei die Ur-Anklageschrift erwähnt — die Denkschrift, welche dem Verfahren des Untersuchungsrichters zu Grunde lag. Mir wurde sie vom Untersuchungsrichter auf besonderen Wunsch nach Schluß der Untersuchung zur Einsicht vorgelegt; während derselben durfte ich sie nicht bekommen. Meinen Mitangeklagten ist sonderbarerweise der Hochgenuß dieses Aktenstückes vollständig entgangen.*)

Die gedachte Urschrift enthält zwei Momente, welche im weiteren Verlauf des Prozesses nicht wieder vorgekommen, sondern fallengelassen worden sind, und darum hauptsächlich muß ich jener hier gedenken. Dabei will ich gleich angeben, wie ich zur Einsichtnahme derselben überhaupt gekommen bin.

Als der Untersuchungsrichter einmal im Verhör ununterbrochen auf mich losfrug von wegen der „politischen Revolution" als des „Endziels" unserer Bestrebungen, und ich ihm bedeutete, daß seine Auffassung eine unrichtige sei: die politische Umgestaltung sollte vielmehr nur ein Mittel zur sozialen sein, erwiderte er: „Der Staatsanwalt glaubt, daß Ihr „Eisenacher Programm" nur ein Schein-Programm sei, wie Ihre „Organisation" eine Schein-Organisation ist; er glaubt, daß Sie dieses Programm mit seinen sozialistischen Forderungen nur deshalb aufgestellt haben, um die Arbeiter zu bestimmen, Ihnen zur politischen Revolution zu verhelfen, auf die allein es Ihnen ankomme, während Ihre sozialen Forderungen gar nicht ernst gemeint seien."

Ich: Dann wären wir ja aber nicht Sozialisten, sondern Bourgeois!

*) Sie ist ihnen nicht mitgetheilt worden. (1894.)

(Er zuckt die Achseln und antwortet nicht, sondern schreibt.)

Ich (fortfahrend): Dann wollten wir also nur die Arbeiter für rein persönliche Zwecke von uns, etwa blos, um Minister der Republik werden zu können, ins Schlepptau nehmen? sie als Kanonenfutter mißbrauchen, um sie dann laufen zu lassen?

Er (verlegen): Die Anklage glaubt's.

Ich: Das ist stark!

Er (immer schreibend und nicht aufblickend): Was meinen Sie?

Ich: Wie kommt der Staatsanwalt dazu, uns so zu beleidigen und zu verdächtigen?

Er (verlegen): Ich kann mir nicht helfen — ich muß Ihnen Alles vorhalten, was die Anklage gegen Sie vorbringt; wenn Sie sich verletzt glauben, machen Sie es mit dem Staatsanwalt ab!

Ich: Was für eine „Anklage"? Ich denke, ich bin noch in „Untersuchung"?

Er: Das ist richtig. Aber man nennt auch die Schrift, welche der Staatsanwalt als Antrag zur Einleitung der Untersuchung einreicht, die „Anklage". Und nach dieser Denkschrift habe ich in der Untersuchung zu verfahren.

Ich: Kann ich sie nicht einmal lesen?

Er: Wozu?

Ich: Weil es mich interessirt, zu wissen, ob nicht noch andere Verleumdungen gegen uns darin enthalten sind, die dann dem Schwurgericht öffentlich vorgelesen würden. Ich kann mir das nicht ohne Weiteres gefallen lassen.

Er (lächelnd): Diese Denkschrift kommt nicht vor's Schwurgericht; sondern, wenn Sie zur Hauptverhandlung verwiesen werden sollten, muß der Staatsanwalt eine neue Denkschrift einreichen, welche auf den Ergebnissen der Untersuchung beruht; die vorliegende Schrift ruht dann bei den Akten.

Ich: Ich möchte aber auch nicht, daß bei den Akten etwas liege, was Verleumdungen gegen uns enthält, ohne daß wir Kenntniß von denselben hätten.

Er: „Nun, ich werd's Ihnen später zum Lesen geben; jetzt geht's noch nicht."

Nach Schluß der Untersuchung reklamirte ich die Denkschrift und erhielt sie auch zur Einsicht. Ich erinnerte mich

auch dann, daß gleich beim Beginn des ersten Verhörs der Untersuchungsrichter zu mir sagte: „Die Staatsanwaltschaft hat ein Memoire eingereicht, auf Grund dessen ich meine Einwilligung zu Ihrer Verhaftung zu verweigern nicht Anlaß hatte; ich kann es Ihnen aber — Kollusionen in der Untersuchung zu vermeiden — jetzt noch nicht verlesen. Die Quintessenz desselben ist: u. s. w." Es war dies eben jener Untersuchungs-Leitfaden.

Beim Durchlesen dieses kostbaren Dokuments fand ich nun, daß der Staatsanwalt seine Muthmaßung, wir hätten es nur auf eine politische Revolution abgesehen und nicht auf eine soziale, unter Anderem auch darauf gestützt hatte, daß wir „Führer" „gar nicht dem Arbeiterstande angehören".

Herr v. Schweitzer könnte bei dieser „Urdenkschrift" Pathe gestanden haben! —

Ueber den Nonsens der staatsanwaltlichen Muthmaßung hinsichtlich der „politischen Revolution" brauche ich — da das Verhältniß der politischen Propaganda zur sozialistischen von den Hauptangeklagten bereits genügend dargelegt worden — nichts zu sagen. Bemerken nur möchte ich, daß bereits 1855 ein Nichtsozialist, Lorenz v. Stein (der, um der erschrecklichen Unkenntniß der deutschen Juristen, Politiker und Historiker bezüglich der sozialen Frage abzuhelfen, eigens dazu seit 1847 mehrere gelehrte Bücher über den „Sozialismus und Kommunismus" herausgegeben hat), in seinen Werken verschiedentlich (z. B. „Industrielle Gesellschaft", Seite 10 u. ff.) des Ueberzeugendsten dargethan hat, daß alle scheinbar politischen Kämpfe im Grunde jetzt sozial sind. Daß ein Staatsanwalt, der die „Gesellschaft retten" will, sich vorher wenigstens ein bischen in derartigen Werken umsehe — falls ihn nicht sein allgemeiner Bildungsgang als Jurist zu dieser mit der Staatswissenschaft eng verbundenen Materie geführt hat — das ist doch sicherlich nicht zu viel verlangt.

Schließlich wußte auch der Herr Staatsanwalt aus dem Eisenacher und Stuttgarter Protokoll, sowie aus dem „Demokratischen Wochenblatt" und „Volksstaat", daß gerade die sogenannten „Führer" es waren, welche sich gegen die Benennung unserer Partei als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" sträubten, indem sie nur die Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei" (weil logischer als die erste Bezeichnung)

wünschten. Hätte es in der Absicht der „Führer" gelegen, die Arbeiter zu ködern, so hätten sie wohl, statt das Wort „Arbeiter" im Parteinamen meiden zu wollen, umgekehrt es mit Vorliebe hineingeflochten. Namentlich war es Bebel, der im Parteiorgan und auf den Kongressen s. Z. ziemlich beharrlich die Streichung des Wortes „Arbeiter" aus dem Parteinamen (wenn auch vergebens) verlangte. —

Und sollte man auch die Behauptung, daß, wer nicht spezifischer besitzloser Handarbeiter ist, nicht Sozialist sein könne, heute noch der Widerlegung werth halten? Ich glaube: nein! die einzige gebührende Widerlegung ist der Spott.

Nur beiläufig für den Herrn Staatsanwalt zur gefälligen Notiznahme, daß St. Simon — dem er gewiß nicht nachsagen wird, den „Sozialismus" als Deckmantel für die „politische Revolution" vorgeschützt zu haben — Graf, geborner Pair von Frankreich und Grand von Spanien, Erbe des Herzogtitels und eines (für damalige Zeit gewiß unerhörten) jährlichen Einkommens von 500 000 Francs war. Sehr schön sagt Stein von ihm: „Es giebt nur ein wahres Müssen, das Müssen des sich in uns entwickelnden Gedankens. Wer auch nur einen Augenblick lang wahrhaft einer hohen Idee ins Antlitz schaute, der ist ihr für immer verfallen, mit seinem ganzen Leben, seiner Kraft und seinen Hoffnungen. Rücksichtslos erfaßt sie ihn und schreitet über ihn hinweg ihrer Vollendung entgegen. Ob er es vermag, ihre Last zu tragen oder nicht; ob er leidet, ob er siegt, ob er untergeht — sie achtet es nicht, denn sie muß sich erfüllen. Wo wir einem solchen Leben, das den glühenden Stempel einer unendlichen Aufgabe trägt, begegnen, da verweilen wir gern, in dem Stolz unserer höchsten Bestimmung. Zu den Wenigen aber, denen ein solches Leben geworden, gehört St. Simon." —

Im weiteren Verlauf des Prozesses kamen — wie gesagt — jene zwei Glanzpunkte des Urmemoires nicht wieder vor. Wenn die Anklage gleichwohl auch späterhin immer nur die „politische Revolution" im Auge hatte, so that sie es nur, weil, nach ihrem wiederholten Zugeständniß,*) die

*) Einmal z. B. — wenige Wochen vor der Hauptverhandlung — Liebknecht gegenüber in des Gerichtsraths Steinberger und meiner Gegenwart, als wir drei im Amtszimmer des gedachten Gerichtsraths behufs Vereinbarung über Festsetzung eines Verhandlungstermins in verschiedenen kleinen Preßprozessen zusammen waren.

sozialistischen Forderungen an sich keinen Hochverrath involvirten. Aber daß es die Angeklagten auf Betrug der Arbeiter abgesehen hätten, kam ihr nicht mehr über die Lippen. Im Gegentheil: in der Schlußreplik sagte der Staatsanwalt gegenüber der Bemerkung des Vertheidigers, daß die Angeklagten „Ehrenmänner" seien: „Dies ist von mir nicht bestritten worden". Damit hat er jedenfalls sein Urmachwerk rektifizirt. —

Nicht minder brillant als dieses waren alle übrigen Leistungen der Anklage, sowohl was die flachzüngigen, allgemeinen Anschauungen über „Revolution", „Aufreizung", „Erregung von Haß und Verachtung", „Uebertretung des Vereinsgesetzes", „Führerthum" u. s. w., als auch was verschiedene Spezialitäten des Schlußplaidoyers anbetrifft.

Vorderhand ein paar Bemerkungen über die erstere Kategorie, wenn solche, nach der erschöpfenden Behandlung, die ihr durch die Hauptangeklagten zu Theil geworden ist, überhaupt noch — vorausgesetzt sogar, daß sie nicht zu akibaistisch*) sind — vonnöthen:

Was ich für den Haupt- und Grundfehler der ganzen Anklage halte, ist: ein unerhörter Mangel an psychologischem Verständniß für Welt und Menschen. Ein paar handgreifliche Beispiele, die sich den obgedachten Details der Anklage mit Leichtigkeit abgewinnen lassen, mögen dies beweisen:

a) „Revolution". Wie ein Volkstheil durch die ihm zugefügte Unbill so gereizt werden könnte, daß er rebellisch würde, das ist für die Anklage bis auf den letzten Augenblick noch ein unbegreifliches Räthsel geblieben: sie glaubte, es läge in der unveränderlichen Natur des Menschen begründet, daß er sich wie ein Lamm geduldig scheeren lassen müsse; eine Widerstandleistung sei etwas Unnatürliches. Wenn also — wie kurz vor unserer Hauptverhandlung geschehen — die Plauener Handelskammer bei der Regierung beantragt, die Kinderarbeit schon um 5 statt um 5½ Uhr Morgens in den Fabriken beginnen zu lassen, und der Minister v. Friesen in der Kammer beiläufig erklärt, man sei augenblicklich nicht in der Lage, eine Untersuchung der Arbeiterverhältnisse vorzunehmen, so muthet einem die Anklage zu,

*) Trivial, abgedroschen — nach dem Worte der Dramafigur Ben Akiba, die da meinte: Alles schon dagewesen. (1894.)

solche Unerhörtheiten mit gleichgiltiger Miene hinunterzuschlucken — als ob die Herren von der Plauener Handelskammer ihre eigenen Kinder um 5 Uhr Morgens zur Arbeit (beziehentlich um 4½ zum Aufstehen) anzutreiben gewillt wären, und als ob ferner die Staatsregierung eine dringlichere Aufgabe zu finden vermöchte, als die ist: eine Untersuchung über die Arbeiterverhältnisse vorzunehmen. Der Anklage kommt es wie böhmische Berge vor, wenn unsereiner sagt, daß durch solches Verfahren — wie das der Plauener Handelskammer und des Ministers v. Friesen ist — das Volk erbittert und die Revolution befördert werde.

Mit wie richtigem Takt dagegen hat selbst der Nichtrevolutionär Lorenz Stein die Entstehung der Revolution gekennzeichnet, als er in seiner obgedachten „Industriellen Gesellschaft" (S. 51) sagte: „Wenn in einem Staate eine Klasse unbedingt herrscht, so ist in dieser Herrschaft das Allgemeine wie das Einzelne unfrei. Wo dies geschieht, da ist eine Bewegung zur Freiheit nur noch möglich im Wege der politischen oder sozialen Revolution. Jede einseitige Herrschaft einer Klasse über die Staatsgewalt legt den Keim zur Revolution, indem sie die Natur der höchsten irdischen Persönlichkeit, des Staates, innerlich verkehrt."

Nicht minder bornirt war die Auffassung der Anklage in den andern Details, z. B.:

b) „Aufreizung" und „Haß und Verachtung". — Auch hier mißkennt die Anklage in reichhaltigster Weise die ganze Natur des Menschen. Diesem ist ein gewisser Grad von Haß gegen gewisse Dinge ebenso natürlich wie ein gewisser Grad von Liebe; schon ein sehr triviales — wenn auch wahres — Sprichwort sagt: „Wer nicht hassen kann, kann auch nicht lieben". Es kommt eben immer nur auf den Grad des Hasses an, und das Objekt, auf das er sich bezieht. Der Haß „an sich" aber ist nichts Unnatürliches. Wenn irgend etwas gemeinschädlich ist, so muß ich es natürlich „hassen", bez. „verachten", oder gegen es „gereizt" sein. Wo gäbe es eine Pädagogik — sei sie religiös oder nichtreligiös — die nicht gelehrt hätte: „Du sollst das Gute lieben und das Böse hassen"?

In der Anmerkung zur Seite 429 habe ich mir den kleinen Scherz erlaubt, eine ganze Batterie von „aufreizenden" und „Haß- und Verachtungs"-Stellen — aus der Bibel zu

zitiren. Wäre es überhaupt hier angebracht, viel Jokus zu treiben, so könnte ich jene Mustersammlung noch ums Zehnfache vergrößern. Wie es z. B. eine „Aufreizung" gegen den Reichstag, der die Todesstrafe beschlossen hat, sei, wenn es heißt: „Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll wiederum vergossen werden"; und wie es ferner ein non plus ultra von Schmähung der besitzenden Klassen sei, wenn es heißt: „Eher geht ein Kameel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel kommt". Indeß: Man darf des Guten nicht zu viel genießen, und so sei es auch mit diesen Zitaten genug. Gehen wir zu etwas Erheblicherem über, zu

c) „Vereinsgesetz", bez. Uebertretung desselben. Dieses Thema ist (speziell von Liebknecht) im Laufe der Verhandlung zu wiederholten Malen erörtert worden, ohne daß die Anklage dabei Beruhigung gefaßt hätte; u. A. sah sie auch bis zuletzt den himmelweiten Unterschied zwischen „Vereinsgesetzübertretung" und „Hochverrathsvorbereitung" nicht ein. Diese Seite des Themas ist abgethan. Was mich veranlaßt, dasselbe hier zu berühren, ist Folgendes. Dadurch, daß unsere Partei sich von Anfang an über ganz Deutschland konstituirt hat — sei es nun mit „Umgehung" oder gar offenbarer Verletzung des lächerlich-wichtigen Vereinsgesetzparagraphen, der die Verbindung politischer Vereine mit einander verbietet — hat sie — noch ehe die sogenannte „Deutsche Einheit" von 1870 da war — die wirkliche „Deutsche Einheit" repräsentirt; hat sie gezeigt, daß das deutsche Volk „einig" war, noch ehe der „Geniale" die offizielle Erlaubniß dazu gab; hat sie dokumentirt, daß es Lug und Trug ist, die „Deutsche Einheit" seit dem Blutjahr zu datiren. — Schon um dieses einen Verdienstes willen, die wirkliche „Deutsche Einheit" geschaffen zu haben, wird die Entstehungsgeschichte unserer Partei von dem wahren Historiker der Zukunft mit mehr Liebe erzählt werden, als alle die Ereignisse des „heiligen Krieges". —

Charakteristisch ist noch, daß man trotz der „Deutschen Einheit" von 1870 eine Vereinsgesetzübertretung zum quasi „Hochverrath" stempelt, obschon in einem Theil Deutschlands (wie in einigen der Thüringischen Länder) gar kein Vereinsgesetz existirt. Der ganze Verstand der heutigen Gesetzgeber konzentrirt sich lediglich auf Geldsachen. In Bezug auf das Wuchergesetz sagte man sich wohl: ein Gesetz,

das durch die Zeit überholt ist, muß abgeschafft werden, denn „der Mensch ist nicht des Sabbaths, sondern der Sabbath des Menschen wegen da"; allein diese Logik auf andere Materien als das des Geldes (wie z. B. die Vereinsbeschränkungen) anzuwenden, das fällt den weisen Staatslenkern nicht ein. —

Nicht minder engherzig war die Auffassung der Anklage hinsichtlich

d) des „Führerthums". Es ist merkwürdig: grade das Bischen, was aus der Bibel zu lernen ist, das mögen unsere Frommen in Christo nicht lernen. Der Herr Staatsanwalt geht sehr fleißig in die Kirche: Kennt er nicht das treffende Zwiegespräch über das urchristliche „Führerthum"?

„Lehrer, wehre doch deinen Jüngern!" —

„Ich sage Euch: wenn diese schwiegen, würden die Steine reden". —

Sollte der Herr Staatsanwalt wirklich nicht im Stande sein, sich diesen Vers ins Sozialdemokratische zu übersetzen?

Es scheint so; verschiedene Spezialitäten seines Schlußplaidoyers — an deren oben erwähnte Besprechung wir nun gehen wollen — lassen dies vermuthen. Wir greifen der Kürze halber uns drei heraus:

1. Als das „Kommunistische Manifest" von Anfang 1848 in der Hauptverhandlung zum Vortrag kam und die Vertheidigung fragte, welchen Zweck dies haben solle, erwiderte der Staatsanwalt zunächst: des historischen Ueberblicks über die Arbeiterbewegung halber und weil Liebknecht die Absicht gehabt hätte, das Manifest neu zu drucken; eine weitere Begründung behielt er sich für das Schlußplaidoyer vor. Und sie kam. Und was für eine „Begründung"! „Im „Kommunistischen Manifest" ist die offene Gewalt gepredigt. Das Manifest ist von Marx verfaßt. Liebknecht ist ein Schüler von Marx!" Das war die große Verkündigung! Ganz nach dem bekannten Gymnasialwitz: „Alopex — Opex — Pex — Pix — Pax - Pux - Fux — Fuchs."

Weil man sich an dem gefürchteten Marx, der in London haust, nicht rächen kann, muß man wenigstens an dessen Leipziger Schüler und übrigen Anhängern sein Müthchen kühlen! Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Prozeß zum Theil nur wie ein Kontumazialverfahren gegen Marx ausgesehen hat.

2. „Internationale" — auch ein Ding, das den Leutchen *nicht* wenig Kopfschmerzen verursacht hat. Hier aber hat von

allen Prozeßbeamten der Staatsanwalt am hellsten gesehen; er sagte wörtlich: „Die Verbindung mit der Internationalen ist vielleicht nicht so offiziell gewesen, wie es nach den vorgelesenen Briefen zu sein scheint, aber darauf kommt es nicht an".

Natürlich: wenn par ordre du Mufti unter allen Umständen eine Verurtheilung erfolgen soll, dann darf es auf gar nichts „ankommen". Das ist ja eben das Wesen des „Tendenzprozesses", daß es ihm auf nichts „ankommt"; daß er nicht offenkundige Gesetzesverletzungen, sondern nur straflose Gesinnungen zur Unterlage hat.

Und so war es hier. Obschon der Herr Staatsanwalt die Verbindung mit der Internationalen für nicht erwiesen erklärte, verlangte er doch stürmisch die Jabeantwortung der Schuldfrage, die in ihren Einzelfragen auch die Frage der Verbindung mit der Internationalen enthielt.

Nicht minder geistreich ist

3. des Staatsanwalts Auffassung über „die Andeutung der Möglichkeit der Gewalt", wie sie im „Kommunistischen Manifest" („Möge die Bourgeoisie zittern vor der proletarischen Revolution") und andern Schriften vorkommt. Die „Andeutung der Möglichkeit" legte er des Langen und Breiten aus als die Voraussage des bestimmten Vorhabens und Wunsches, Gewalt anzuwenden.

Wenn eine Mutter zum Kinde, das mit einem Messer spielt, unwillig sagt: „Du wirst dich schneiden!" — wird dann Jemand zumuthen, daß mit dieser „Andeutung der Möglichkeit" ein Wunsch der Mutter verbunden ist, daß sich das Kind schneiden möge? Und wenn wir die Gesellschaft vor den schrecklichen Katastrophen, denen sie eventuell entgegengeht, warnen, — wünschen wir dann die Katastrophen? Oder wünschen wir nicht vielmehr, daß unsere Warnung gehört und Alles zur Vermeidung der Katastrophe Nöthige gethan werde? So oft wir von der kommenden „Revolution" sprechen — warnend, drohend, bittend — sprechen wir elliptisch, wie die Mutter zum Kinde: „Du wirst dich schneiden!" Das heißt doch nicht: „Du sollst, du mußt dich schneiden", sondern: „Wenn du das Messer nicht weglegst, wirst du dich schneiden". „Es liegt bei dir, der Gefahr zu entgehen oder in ihr unterzugehen — je nachdem du meinen Rath, das Messer wegzulegen, befolgst oder nicht!" Wir wollen auch nicht partout auf den

Barrikaden erschossen werden, sondern viel lieber leben und das Leben genießen! Unsere „Andeutung der Möglichkeit" einer dereinstigen Revolution spricht nicht einen Wunsch aus, daß es dahin kommen möge, sondern enthält nur die Prophezeiung, daß die Gesellschaft sich „schneiden" wird, wenn sie nicht das Messer aus den Händen legt, wenn sie nicht statt der ungerechten Weltordnung eine gerechtere einführt, wenn sie nicht das Ausbeutungssystem abschafft, das die enterbten Massen zur Rebellion reizt.

Und mit dieser Auffassung der Dinge stimmt sogar überein — man rathe: wer? — Die Königliche „Leipziger Zeitung", ein unter Chefredaktion eines Regierungskommissars (Regierungsrath v. Witzleben) auf Staatsrechnung herausgegebenes strengkonservatives Blatt, indem es, anläßlich der neuerlich vorgekommenen Grazer Bierkrawalle schreibt: „Keine Macht der Welt kann mehr die soziale Frage, die soziale Bewegung unterdrücken, denn sie ist eine nothwendige Folge der Großindustrie, der Assoziation der Kräfte, der Theilung der Arbeit, des Ersatzes der mechanischen Menschenkraft durch die Maschine. — Soll die Masse in dem weiteren Verlauf der Dinge nicht fortwährend an die Gewalt appelliren, so thut vor Allem Bildung noth, aber da die soziale Frage eine wirthschaftliche ist, am meisten wirthschaftliche Bildung, Kenntniß der Gesetze des wirthschaftlichen Lebens." Auf eine Erörterung dieses Satzes brauchen wir uns hier nicht einzulassen. Auch hier ist eine „Andeutung der Möglichkeit der Gewalt", und doch wird der Herr Staatsanwalt nicht sagen wollen, daß die „Leipziger Zeitung" die Revolution wünscht.

Für solche juristische und philosophische Leistung gibt es nur eine Auszeichnung: einen Königl. „Verdienstorden". Das „Ritterkreuz" desselben hat der Staatsanwalt soeben bekommen. Habeat sibi!

Ich schließe, indem ich die „Erklärung" folgen lasse, welche ich unterm 28. März 1872 in der Nummer 27 des „Volksstaat" veröffentlicht habe. (Findet sich abgedruckt Seite 640.)

In der That charakterisirt meine Freisprechung ebenso treffend den „Tendenzprozeß" wie meine Inanklageversetzung.

Anhang.

Bei der Neu-Herausgabe des vorliegenden Buches war in erster Linie der Gedanke maßgebend, weiteren Kreisen das Material zugänglich zu machen, das zur Beurtheilung der Geschichte unserer Partei, ihrer theoretischen wie historischen Entwicklung nothwendig ist.

Zwischen dem ersten Erscheinen des Buches und der vorliegenden Neu-Auflage sind mehr als zwei Jahrzehnte verflossen; Zeitungsartikel, Flugblätter, Broschüren, die damals seitens der Anklagebehörden oder der Angeklagten für den Prozeß als Be- oder Entlastungsmaterial herangezogen worden, waren zu jener Zeit in den interessirten Kreisen noch so bekannt, daß man die wörtliche Wiedergabe für unnöthig hielt; für heute trifft das aber nicht mehr zu. Es erscheint daher angebracht, die wichtigsten dieser Schriftstücke in einem weiteren Umfange, als es bei der früheren Ausgabe nöthig erschien, den heutigen Lesern des Buches wieder bekannt zu geben.

Verschiedene Gründe sprachen dagegen, den Wortlaut dieser in der Verhandlung vorgebrachten Schriftstücke gleich an betreffender Stelle in den Text einzuschalten; wir veröffentlichen sie daher hier als Nachtrag und begnügen uns, durch Angabe der Seitenzahl auf die Stelle des Textes zu verweisen, auf der sie während der Prozeßverhandlungen erwähnt wurden und welche die Stellung der Angeklagten dazu kennzeichnet.

1.

Die soziale Revolution.

Von Moritz Heß. Aus dem „Volksstaat".

Moritz (Moses) Heß wurde 1812 am 21. Januar (dem Jahrestag der Hinrichtung Ludwig XVI.) zu Bonn als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns geboren, der später nach Köln übersiedelte. Schon als Bonner Student, 1830, schloß sich der junge Heß der damals entstehenden revolutionären Richtung an und veröffentlichte eine ausführliche Begründung des Sozialismus. Als er deshalb von seinem Vater verstoßen wurde, ging er nach England, später nach Paris und erwarb sich mühsam eine kärgliche Existenz. Später versöhnte er sich wieder mit seinem Vater; da er aber von seiner sozialistischen Thätigkeit nicht lassen wollte, überwarf er sich abermals mit ihm und geriet aufs Neue in Noth. Im Jahre 1840 lernte er seine Frau kennen, ein armes Mädchen: Sibylla Pesch, und durch diese Verbindung mit einem Christenmädchen entzweite er sich für immer mit seiner Familie. 1842 ging er nach Paris und korrespondirte für die „Rheinische Zeitung". Nach Herausgabe seines „Rothen Katechismus" mußte er nach Brüssel übersiedeln, das damals das Zentrum der sozialistischen Bewegung war. Dort traf er mit Marx, Engels, W. Wolff, Weerth, Weitling ꝛc. zusammen und war fleißiger Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung". 1845 gab er in Elberfeld den „Gesellschaftsspiegel" heraus. Als infolge der Hetze der Bourgeoisie dieses Blatt unterdrückt wurde, ging er wieder nach Paris, wo er u. a. an den von Marx und Ruge herausgegebenen „Deutsch-französischen Jahrbüchern" mitarbeitete. Bald mußte er nach Brüssel flüchten, von da nach der französischen Schweiz. 1849 nahm er mit Engels, Liebknecht, Borkheim, Becker u. A. am badischen Aufstand theil, nach dessen Scheitern er in contumaciam zum Tode verurtheilt wurde. In den Reaktionsjahren wurde er bald dahin, bald dorthin verschlagen, bis er 1860, nach der Amnestie, nach Köln zurückkehren konnte. 1863 ging er wieder nach Paris zurück und blieb (mit Ausnahme eines kurzen Aufenthalts in Brüssel während der Kriegszeit 1870 71) dort bis zu seinem Tode am 6. April 1875. Heß war sein Leben lang für die Sache des Sozialismus thätig, von Beginn der deutschen Arbeiterbewegung schrieb und agitirte er, der schon 1848 mit Lassalle befreundet war, für dieselbe; er war Mitarbeiter am „Nordstern", am Berliner „Sozialdemokrat" (die 1865 im „Sozialdemokrat" erschienenen H-Artikel waren von ihm verfaßt) und dann am „Volksstaat" und gab eine Reihe sozialistischer und philosophischer Schriften heraus.

(Siehe S. 110 und S. 404.)

I.

Die bisherige Geschichte hat nichts aufzuweisen, was der Umwälzung gleicht, in deren Mitte wir leben. Um etwas Aehnliches zu finden, müßte man auf die Entwicklungsgeschichte des organischen Lebens zurückgehen, welches vor dem Anfange aller menschlichen Gesellschaft auf der Erde entstanden ist. Bevor das vollkommenste organische Wesen, der Mensch, auf der Erde erschien, gab es hier nur, wie die Geologie zeigt, Pflanzen und Thiere. Die Individuen und Arten des Pflanzenreichs bilden die bei weitem große Mehrzahl in der organischen Welt. Die Pflanze ist der produzirende Theil derselben; sie konsumirt nur genau soviel, um sich am Leben erhalten und fortpflanzen zu können. Schöpferin des organischen Lebens, wandelt sie die anorganischen Stoffe in organische um. Unter dem Einfluß des Sonnenlichts scheidet sie die Kohlensäure

der Atmosphäre in Sauerstoff und Kohle. Dadurch wird einerseits die Luft zum Athmen geeignet für das Thierreich, während andererseits die Kohle die Basis bildet zum Aufbauen der Pflanzenwelt, welche dem Thierreich zur Nahrung dient. Die Pflanze also ist die unermüdliche Arbeiterin, welche dem Thier Nahrung und Lebensluft bereitet.

Das Thierreich ist der konsumirende Theil der organischen Welt. Während dieser angenehmen Beschäftigung des Verzehrens und Genießens kann es, weil es sonst keine Arbeit zu verrichten und daher keine Kraft auszugeben hat, alle seine Kräfte auf die Ausbildung seines Nervensystems, seiner Organe des Empfindens, Denkens und Wollens verwenden. Eben dadurch aber entwickelt es mit der Zeit aus sich selbst seinen eigenen Feind, zunächst das Raubthier, dem das pflanzenfressende Thier zur Beute wird, und schließlich den Herrn des ganzen Thier- und Pflanzenreichs, den Menschen, der, nachdem sein Organismus eine gewisse Vollendung erreicht hat, sich wiederum seine eigene Welt, die soziale, im Verlaufe einer Geschichte aufbaut, welche einen ähnlichen Entwicklungsprozeß durchmacht wie die organische Welt.

Ein Unterschied jedoch zeigt sich in der sozialen, verglichen mit der organischen Entwicklungsgeschichte. Die verschiedenen Entwicklungsstufen des Lebens, welche in der organischen Welt aufeinander folgen, bleiben hier auch zum großen Theil in ihren wesentlichen Bestandtheilen neben einander bestehen, während in der sozialen Welt, in dem Maße wie die höheren Kulturstufen sich entwickeln, die früheren, niedrigeren in ihren wesentlichen Bestandtheilen sich modifiziren und schließlich ganz verschwinden. Aber in der menschlichen Gesellschaft ist lange Zeit, wie in der organischen Welt, die bei weitem große Mehrzahl ihrer Mitglieder zum bloßen Produziren verurtheilt, ohne zum Selbstgenuß ihrer Produkte zu kommen. Auch die menschlichen Produzenten vergeuden bis zur sozialen Revolution, wie das Pflanzenreich, in ihrer materiellen Arbeit alle ihre Kräfte; auch sie können nur vegetiren und nur soviel konsumiren, als sie zu ihrer Existenz und Fortpflanzung bedürfen. Während dessen ist ein anderer, bei weitem kleinerer Theil der Menschheit nur dazu da, die Produkte der fleißigen Arbeiter zu verzehren und in Genüssen zu schwelgen. Lange Zeit, sagen wir, theilen sich die Menschen, wie die organischen Wesen der Erde, ohne diese ungerechte Theilung ändern zu können, meist ohne sich dieser Ungerechtigkeit auch nur bewußt zu werden, in vegetirende Produzenten und verzehrende, genießende Thiere. Aber auch das soziale Thierreich gebärt seinen Feind aus sich selbst heraus, und zwar in derselben Reihenfolge, wie das organische, und aus ähnlichen Ursachen.

Diejenigen Mitglieder der Gesellschaft, welche nicht alle ihre Kräfte auf die Arbeit des materiellen Schaffens zu verwenden

haben, können dieselben auf die Entwicklung ihres Gehirnlebens, auf die geistige Thätigkeit werfen; sie gebrauchen diese zwar zunächst zur Unterdrückung der arbeitenden Klassen, schließen sich in Kasten ab, welche sämmtlich von den Parias, von den Sklaven leben, die sie beherrschen und ausbeuten. Aber diese Abgeschlossenheit von Kasten, Rassen und Klassen ist keine bleibende; die Menschen, welche nur zum materiellen Schaffen verurtheilt sind, haben zwar Aehnlichkeit mit der Pflanzenwelt, sind aber doch nicht ewig, wie die Pflanze, an die Scholle gebunden. Kriege, Auswanderungen, Rassenkreuzungen, Handel und Wandel machen sie theilhaftig an der Entwicklung des Gehirn- und Kulturlebens der sozialen Thierwelt. Die herrschenden und dienenden Klassen kommen in Berührung und verdrängen einander. Wie das pflanzenfressende Thier das Raubthier aus sich entwickelt, so entwickelt sich aus der ackerbautreibenden Gesellschaft der Handels- und Industriestaat; der Spekulant, der Kapitalist, der Finanzier ist das soziale Raubthier, dem das frühere soziale Thierreich zur Beute wird; an die Stelle der abgeschlossenen Kasten treten die beweglichen Klassen; der wissenschaftliche Forscher verdrängt den Priester, die Geldmacht den Adel, die Maschine das Handwerk. Wie aus der höheren organischen Thierwelt sich schließlich der menschliche Organismus entwickelt, der die ganze Thier- und Pflanzenwelt beherrscht, so gebärt auch die soziale Thierwelt aus ihrem eigenen Schooße ihren größten Feind, den sozialen Menschen, den denkenden Arbeiter, den arbeitenden Denker, in welchem der Gegensatz von materieller und geistiger Thätigkeit, von dienenden und herrschenden Klassen, von Produzenten und Konsumenten aufgehoben ist. Wie der menschliche Organismus der Herr der ganzen organischen Welt, so wird der soziale Mensch der Beherrscher des ganzen gesellschaftlichen Lebens.

Die Revolution, in der wir uns befinden, ist die Katastrophe der Geburt des sozialen Menschen. Sie hat begonnen mit der französischen Revolution und geht heute mit dieser ihrem Abschlusse entgegen. — Ihre Voraussetzungen, Entwicklungsphasen und nächsten Resultate zu untersuchen, ist der Zweck, den wir hier verfolgen wollen.

* * *

II.

Die Geburt der sozialen Menschheit, in welcher Denken und Arbeiten sich vereinigen, ist, wie gesagt, gleich dem Erscheinen des menschlichen Organismus auf der Erde die Folge einer langen, allmäligen Entwicklung des ursprünglichen Gegensatzes aller Lebensthätigkeit; wir meinen den Gegensatz der beiden sich zwar gegenseitig bedingenden, aber ursprünglich und lange Zeit hindurch feindselig einander gegenüberstehenden beiden Faktoren der natür-

lichen und sozialen Oekonomie: den Gegensatz des Produzirens und Konsumirens. Das ist die erste große Theilung der Arbeit, die sich in einer langen Reihe von Unterabtheilungen fortsetzt und die unerläßliche Bedingung aller Lebensentwicklung ist. Ohne diese erste Theilung der Arbeit, die bis zur vollständigen Entwicklung des sozialen Menschen der ganzen sozialen Oekonomie zu Grunde liegt, ohne diese ursprüngliche Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren, die man zwar vom humanen Standpunkte aus stets beklagt und verdammt hatte oder auch zu entschuldigen suchte, weil man sie nicht ändern konnte, würde nicht jener Ueberschuß an Kraft gewonnen worden sein, der zur Entwicklung des Nervenlebens und der Hirnthätigkeit in der Oekonomie der Natur und Geschichte nöthig ist.

Der Mensch hat allerdings schon in den ältesten Zeiten seiner Geschichte den sozialen Antagonismus schmerzlich empfunden und ihn in idealer oder phantastischer Weise aufzuheben gesucht, so lange er es in der Wirklichkeit nicht konnte. Kunst und Religion legen davon Zeugniß ab. Schon frühzeitig fand der Mensch in seiner Seele eine dunkle Ahnung von seinem geschichtlichen Ziele, von seiner hohen Bestimmung. Lange bevor ihm für seine Mühe und Noth, für sein Kämpfen und Ringen eine wirkliche Entschädigung zu Theil wird, gewähren ihm die ersten Kulturfrüchte der sozialen Entwicklung eine Entschädigung rein geistiger und gemüthlicher Art. — Die moderne Welt, welche ihren geistigen Schwerpunkt in der Wissenschaft hat, kann sich kaum noch einen richtigen Begriff von der Rolle machen, welche Kunst und Religion zur Zeit ihrer Blüthe, als sie noch im Kultus mit einander verbunden waren, in der Geschichte gespielt hatten. In ihnen fand die leidende Menschheit nicht nur eine Befriedigung, einen Trost und eine Hoffnung, welche ihr das wirkliche soziale Leben nicht bot, sondern auch eine Ermuthigung in ihrem Streben nach einer ihr noch fern liegenden menschenwürdigen Existenz. — Später werden Kunst und Religion nur zu Spiel- und Werkzeugen in den Händen der herrschenden Klassen und Kasten, nur Mittel zu ihren exklusiven, egoistischen Genüssen und zur Erhaltung ihrer Herrschaft. Anders zur Zeit, als sie ein spontanes Produkt der Kulturvölker waren, welche sich eine aus ihrem innersten Wesen heraus gedichtete Harmonie des Lebens vergegenwärtigen, die ihnen im sozialen Leben abging. -- Aber auch den besten und schönsten Kunst- und Religionsschöpfungen, welche durch ihren humanen Charakter einen so mächtigen Einfluß auf die weitere Entwicklung des sozialen Lebens ausübten, fehlten gänzlich die materiellen Bedingungen zur Verwirklichung ihres Ideals. Sie lebten sich aus und geriethen in Verfall, ohne die soziale Disharmonie aufheben zu können; sie dienen, wie gesagt, später

noch dazu, den sozialen Antagonismus zu erhalten, zu beschönigen und zu entschuldigen.

Auch die alten Denker und Forscher suchten diesen Antagonismus zu erklären, gestanden aber ihre Ohnmacht ein, etwas daran ändern zu können. Der größte Denker und Forscher des Alterthums, Aristoteles, hat in einer oft zitirten Stelle seiner Politik oder politischen Oekonomie die Sklavenarbeit deshalb für nothwendig erklärt, weil es keine Automaten, keine so vollkommene mechanische Werkzeuge gebe, welche diese Arbeit verrichten könnten, und dadurch den höheren menschlichen Anlagen die Muße ließen, sich auszubilden. Der große Grieche hat hier, wie bei so vielen anderen Gelegenheiten, den Nagel auf den Kopf getroffen. Erst der modernen Wissenschaft, von welcher die Alten keine Ahnung hatten, war es vorbehalten, solche Automaten zu schaffen, welche die Sklavenarbeit überflüssig machen.

Der soziale Mensch hat die moderne Wissenschaft zur Voraussetzung; sie hat die ganze Produktionsweise, und mit ihr nicht nur alle gesellschaftlichen Beziehungen, sondern auch die ganze Weltanschauung des Menschen von Grund aus geändert. Die moderne Wissenschaft, die aus „Ueberschuß an Kraft" entstanden ist, den die fortgesetzte Theilung der Arbeit hervorbrachte, hat selbst wiederum die Theilung der Arbeit gefördert und einen solchen Ueberschuß an Produktivkräften erzeugt, daß eine allgemeine Assoziation derselben, welche jeden Antagonismus von herrschenden und dienenden, von produzirenden und konsumirenden Klassen aufhebt, nicht nur möglich ist, ohne der ferneren Entwicklung der Menschheit Eintrag zu thun, sondern daß diese Entwicklung durch den Fortbestand jenes Antagonismus nur gehemmt, und daß dieser letztere folglich zum doppelten Verbrechen wird.

Schon das erste Auftreten der modernen Wissenschaft brachte eine so tiefe Erschütterung aller sozialen Beziehungen und moralischen Begriffe hervor, wie keine vorher in den Annalen der Geschichte aufzufinden ist. Die alten Phantome des Himmels und der Hölle schwanden wie nächtliche Gespenster vor dem Tageslicht, nachdem der Weltkörper, den wir bewohnen, und das Weltall, welches uns umgiebt, in ihrer wahren Gestalt und mit ihrem wirklichen Inhalte durch die Reisen um die Erde und die astronomischen Entdeckungen vorurtheilsloser Forscher und kühner Seefahrer erkannt worden sind. Im Unterschiede zu den früheren metaphysischen und theologischen Grübeleien fanden alle theoretischen Fortschritte der Wissenschaft sofort ihre praktische Anwendung auf das soziale Leben. Die Reisen um die Erde eröffneten den Produkten der europäischen Arbeit neue Märkte, hoben Handel und Industrie der Städte auf eine vorher nie gekannte Höhe und wälzten durch ihren Rückschlag auf die Landbevölkerung die feudale

Produktionsweise gleichzeitig mit der mittelalterlichen Organisation der Gewerke um. Der Kampf gegen die Hierarchie, Feudalität und die ganze soziale Organisation des Mittelalters, das Untergraben dieser Organisation, welche die freie Entwicklung der neuen Produktivkräfte und Verkehrsmittel hemmte, ist die bürgerliche Vorgeschichte zu der großen sozialen Revolution, welche einige Jahrhunderte später das schon mächtig gewordene Bürgerthum zu einer ephemeren*) politischen und sozialen Herrschaft bringen sollte, deren es vom Anfange der großen Revolution an bis heute keinen Augenblick froh werden konnte. Kaum waren die Feinde besiegt, welche sich der freien Entwicklung und Anwendung der durch die Wissenschaft geschaffenen Produktivkräfte widersetzten, so machten diese in weniger als einem halben Jahrhundert solche Riesenfortschritte, daß der alte gesellschaftliche Antagonismus nicht den geringsten sozialökonomischen Existenzgrund mehr hatte. Ohne sich hierüber noch klare Rechenschaft geben zu können, waren auch schon vom Beginne der französischen Revolution an ihre größten und heroischsten Vertreter von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die von der modernen Wissenschaft erzeugte soziale Umwälzung nicht zum Zwecke haben kann, eine herrschende Klasse durch eine andere zu verdrängen, sondern daß die Aufhebung jeder Klassenherrschaft ihr Ziel sein müsse. Der Ruf nach sozialer Gleichheit ertönte daher schon gleich im Anfange der Revolution, und er hat seitdem nie aufgehört, die Seele der revolutionären Bewegung in Frankreich zu sein.

* * *

III.

Nachdem die Arbeiterpartei ihre Stellung zur Kapitalistenklasse erkennt, unterscheidet sie zwischen der bürgerlichen Demokratie, welche ihren Feind nur in den Resten der feudalen oder wieder restaurirten Kriegsherren erkennt, und der sozialen Demokratie, welche gleichzeitig gegen jenen Feind und gegen die Kapitalherrschaft gekehrt ist. Aber diese Unterscheidung kam erst zum Vorschein, nachdem der erste Revolutionsakt das feudale Eigenthum vernichtet und dem bürgerlichen Eigenthum gestattet hatte, sich zur Kapitalherrschaft zu entwickeln.

Die Umwandlung des feudalen Eigenthums in bürgerliches war allerdings kein blos französischer Revolutionsakt, sondern ein allgemeiner ökonomischer Prozeß, der Jahrhunderte gedauert hat; aber nur in Frankreich ist dieser Prozeß auf revolutionärem Wege und in radikaler Weise zum Abschluß gelangt. Die moderne Wissenschaft war gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in die

*) kurzlebigen, vorübergehenden.

Periode getreten, wo sie jenen Ueberschuß an Produktivkräften zu erzeugen begann, der, wie gesagt, jede weitere Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit nicht nur unnöthig, sondern zu einem Hinderniß der ferneren sozialen Entwicklung macht. Das Ideal der Humanität, dem in früheren Zeiten die materiellen Bedingungen zu seiner Verwirklichung fehlten, konnte jetzt Fleisch und Blut annehmen. Aber die alte gesellschaftliche Organisation, obgleich längst untergraben, setzte noch der freien Entwicklung der modernen Produktivkräfte Hindernisse entgegen. Man suchte sie überall zu umgehen. Nur in Frankreich wurden sie auf revolutionärem Wege zertrümmert. Nur hier wurde mit der ganzen Organisation der alten Gesellschaft radikal aufgeräumt, tabula rasa*) gemacht, und so inmitten des alten, feudalen Europas der Boden gewonnen, auf dem sich die moderne Welt in voller Freiheit entwickeln konnte.

Durch seine Revolution hat Frankreich vor allen andern Ländern der zivilisirten Welt, selbst vor den fortgeschrittensten, etwas voraus, was noch nicht in seiner ganzen Tragweite gewürdigt worden: es ist dadurch ein Nordamerika in Europa geworden und daher schon seiner eigenen Erhaltung wegen gezwungen, seine Revolution gegen die alte Welt, von welcher es auf allen Seiten umgeben ist, fortzusetzen und durchzuführen. Es muß, mit anderen Worten, die ökonomische Entwicklung der modernen Welt auf revolutionärem Wege fortsetzen. Die Fortsetzung dieser Entwicklung aber auf revolutionärem Wege ist eben die soziale Revolution.

Wir können hier nicht die natürlichen und historischen Bedingungen untersuchen, wodurch die Franzosen bestimmt wurden, in der modernen sozialen Entwicklung den revolutionären Weg einzuschlagen; das würde uns vom Zwecke unserer sozialen Arbeit zu weit abführen. Aber es versteht sich von selbst, daß diese Entwicklung einen anderen Charakter annehmen mußte in Frankreich, wo die Revolution, nachdem sie einmal zum Ausbruch gekommen, mit der Existenz der ganzen Nation verwachsen ist, als in anderen Ländern, deren nationale Existenz noch mehr oder weniger in der feudalen Welt wurzelt und daher umgekehrt mit der Reaktion verwachsen ist.

Es kommen noch andere Gründe hinzu, die der französischen Revolution schon kurz nach ihrem Ausbruch einen sozialistischen Charakter gaben. Um das feudale Eigenthum und die mit ihm zusammenhängende politische Herrschaft radikal, von Grund aus, im Prinzip zu vernichten, mußte sie von vornherein die gleichen Menschenrechte proklamiren. Da die moderne ökonomische Entwicklung noch nicht so weit gediehen war, daß die arbeitenden Klassen ein klares Bewußtsein über ihre Stellung zu den besitzen-

*) reiner Tisch.

den Klassen haben konnten, schlossen sie sich mit Begeisterung einer Revolution an, die ihnen Freiheit und gleiche Rechte versprach. Aus demselben Grunde des noch unausgebildeten Klassengegensatzes hatte auch damals noch ein großer Theil der besitzenden und gebildeten Mittelklassen den nicht, wie heute, erheuchelten, sondern aufrichtigen Glauben, daß das gleiche Recht auf Eigenthum auch Jedem gestatte, durch Arbeit wirklicher Eigenthümer zu werden. Sehr bald aber schwand sowohl diese Fiktion*), wie jene naive Begeisterung. Der Gegensatz zwischen besitzenden und besitzlosen Klassen trat politisch hervor durch die in die erste Konstitution aufgenommene Unterscheidung zwischen aktiven und passiven Bürgern**). Auch ökonomisch zeigte er sehr bald seine ganze Schärfe, nachdem das feudale Eigenthum den Todesstoß erhalten hatte. Die Aasgeier der Bourgeoisie warfen sich auf den verwesenden Leichnam der mittelalterlichen Gesellschaft und befriedigten ihren gierigen Appetit nach Reichthum dadurch, daß sie die konfiszirten Güter des Adels und der Geistlichkeit zu Spottpreisen ankauften und so die Nationalgüter, das ganze damalige gesellschaftliche Kapital, rasch accaparirten***). Der Revolutionsheerd war ein Treibhaus, in welchem sich der Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat sofort entwickelte. Aber auch sofort war die bürgerliche Demokratie dahin getrieben worden, über sich selbst hinaus zu gehen. Um die Revolution gegen die feudale Reaktion, welche sich im In- und Auslande gegen sie verschwor, zu vertheidigen, um das republikanische Frankreich vor dem monarchischen Europa zu retten, mußten revolutionäre Maßregeln ergriffen werden, die nicht nur in politischer, sondern auch in sozialökonomischer Beziehung den Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden aufzuheben suchten. Während der zwei Konventsjahre, in welchen der Terrorismus herrschte, wurden Riesenanstrengungen gemacht, um die wirkliche, die soziale Gleichheit herzustellen. Sie scheiterten allerdings, weil die materiellen Bedingungen der sozialen Gleichheit noch nicht vorhanden waren. Nach dem 9. Thermidor kamen „die Räuber", wie Robespierre ausrief, wieder zur Herrschaft. Aber von dieser Zeit an sind die sozialistischen Gleichheitsbestrebungen im französischen Volke nicht mehr erloschen. Kurz nach dem Sturze des Terrorismus entstand die kommunistische Verschwörung Babeuf's. Im französischen Proletariat lebte seitdem die kommunistische Tradition fort, die sich in verschiedene Schulen verzweigte, ohne an ihrer revolutionären Energie zu verlieren. Die französischen Arbeiter waren seit der ersten französischen Republik stets an der Spitze der sozialen Re-

*) Dichtung, falsche phantastische Voraussetzung.
**) Staatsbürger mit und ohne Wahlrecht.
***) an sich rissen.

volution, welche sich seitdem der ganzen zivilisirten Welt bemächtigte und mit der Entwicklung der modernen Produktivkräfte gleichen Schritt hielt. Auch heute*) stehen wir wieder vor einer Revolution, welcher nur das französische Proletariat zum Siege verhelfen kann. Natürlich muß die dritte französische Republik, die vor der Thür steht, einen anderen Charakter annehmen, als die beiden ihr vorhergegangenen. Dafür bürgt die fortgeschrittnere ökonomische Entwicklung, das klarere Bewußtsein der Arbeiter über ihre Beziehungen zu den Kapitalisten und zu den, mit den Börsenräubern verbundenen Militärdespoten. Dafür bürgt endlich die vortreffliche Organisation der französischen sowohl, wie der Proletarier aller Länder, die seit einigen Jahren mit der internationalen Arbeiterorganisation ins Leben getreten ist. Inwiefern sich die bevorstehende Revolution namentlich von der Februarrevolution des Jahres 1848 unterscheidet, werden wir im Folgenden sehen.

* * *

IV.

Der Gegensatz von Kapital und Arbeit ist ein Produkt der freien Entwicklung der durch die moderne Wissenschaft erzeugten Produktivkräfte. Der dadurch erzeugte große Ueberschuß an unpersönlichen Produktivkräften bildet das Kapital, wie der dadurch erzeugte ebenso große Ueberschuß an persönlichen Produktivkräften, d. h. an Arbeitern, das moderne Proletariat bildet.

Die Revolution, welche damit beginnen mußte, die freie Entwicklung der durch die Wissenschaft geschaffenen Produktivkräfte zu ermöglichen, konnte und durfte nicht, ohne sich selbst zu widersprechen, diese Entwicklung von vornherein hemmen — so wenig wie sie den erst im Entstehen begriffenen Gegensatz von Kapital und Arbeit aufheben, oder richtiger, da er noch gar nicht entwickelt war, hemmen konnte, ohne die soziale Revolution, d. h. sich selbst im Keime zu ersticken.

Man darf sich also weder darüber wundern, noch darüber betrüben, daß alle Versuche scheiterten, welche vor der Vollendung der modernen ökonomischen Entwicklung der Produktivkräfte gemacht wurden, um die soziale Gleichheit herzustellen. — Die ersten dieser unglücklichen Versuche datiren, wie gesagt, vom Jahre 1793 und fanden ihren Abschluß in der mißlungenen Babeuf'schen Verschwörung; die seitdem entstandenen sozialistischen Theorien fanden ihrerseits ihren Abschluß in der keineswegs ganz, wie man glaubt, mißlungenen Revolution von 1848.

Die Februarrevolution war allerdings nicht nur eine unangenehme Ueberraschung für die Bourgeoisie; sie war auch eine,

*) Diese Artikel erschienen im Frühjahre 1870.

obgleich freudige, Ueberraschung für das Proletariat, welches auf die praktische Lösung der sozialen Frage noch nicht vorbereitet war; denn sie war das Produkt einer sozialrepublikanischen Verschwörung, bei deren Ausbruch alle Elemente der seit 1793 in den verschiedenen sozialistischen Schulen und geheimen Gesellschaften genährten Traditionen der sozialen Revolution plötzlich zum Vorschein kamen und sich zu einem organischen Ganzen zusammenschließen wollten. Aber eben deshalb, weil das Proletariat sich nicht im öffentlichen Leben zu seinem Kampfe gegen das Kapital vorbereitet hatte — und es konnte das schon aus dem Grunde nicht, weil der Gegensatz von Kapital und Arbeit noch nicht vollständig ausgebildet war —, eben deshalb, sagen wir, hat die Revolution von 1848 einen so unglücklichen Verlauf genommen. Indessen war sie keineswegs resultatlos; sie hat die Grundlage zur reellen Volkssouveränetät, zur wirklichen politischen Gleichberechtigung durch eine Institution geschaffen, die in solcher Ausdehnung noch nie, selbst nicht im Jahre 1793 existirte. So wenig wie das durch die Februarrevolution in Frankreich und der ganzen zivilisirten Welt wach gewordene Klassenbewußtsein der Arbeiter, so wenig konnte auch seitdem jene politische Basis der wirklichen Gleichberechtigung des Volkes, das direkte und allgemeine Stimmrecht, wieder rückgängig gemacht werden; zwei Errungenschaften, die heute ihre Früchte zu tragen beginnen. Wir ernten heute, was das Jahr 1848 gesäet hat, und wir können uns heute auch Rechenschaft darüber geben, weshalb die soziale Revolution nicht schon damals einen definitiven Sieg feierte.

Die Februarrevolution von 1848 scheiterte an dem Ueberfluß an sozialistischen Theorien und an dem Mangel eines praktischen sozialreformatorischen Programms. Das Proletariat war reichlich mit Utopien genährt worden, aber es war nicht im Entferntesten einig über sofort auszuführende revolutionäre Maßregeln.

Natürlich! Ein Parteiprogramm kann sich nur aus den gegebenen gesellschaftlichen Zuständen heraus entwickeln; das Ausführbare kann nur durch die Praxis entdeckt, nicht theoretisch erfunden werden. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß auch die abstrakte Theorie oder das utopistische System, sofern es ein Produkt der materiellen Zustände und ihr idealistischer Ausdruck ist, selbst praktisch auf dieselben zurückwirkt, und wäre es auch nur dadurch, daß die weitergehenden Forderungen der unterdrückten Klassen die herrschenden zu Konzessionen veranlassen, die sie aus sich heraus freiwillig nicht machen würden.

Von 1793 bis einschließlich 1848 hatten alle Forderungen des Proletariats und seiner Vertreter einen utopistischen Charakter. Man kann Theorien und Systeme in einen kleinen Kreis von Anhängern, also außerhalb der sozialen Welt, man kann sie sogar

unter günstigen Umständen in diese Welt selbst auf dem Wege der Diktatur einführen. Aber das ändert nichts an ihrem utopistischen Charakter; und sie müssen auf die Dauer nothwendig mißlingen, wenn die ganze Gesellschaft nicht reif für sie ist und gegen sie reagirt. Nur solche soziale Reformen, die sich unmittelbar an die gegebenen Zustände anschließen und die, weit entfernt, ihre freie Fortentwicklung zu hemmen, für dieselbe nothwendig sind, können zum definitiven Siege gelangen und haben keine Reaktion zu fürchten.

Die Februarrevolution, welche das Produkt einer sozialrepublikanischen Verschwörung war und in der Hoffnung auf eine sozialistische Diktatur gemacht wurde, brachte es jedoch auch nicht einmal zu einer momentanen Diktatur des Proletariats, welches bekanntlich die Wahlreformbewegung der kleinen Bourgeoisie benutzte, um über deren Köpfe hinweg die soziale Republik zu erstürmen. Wohl hätte sich diese Republik mittels der Diktatur derselben Arbeiterklassen, die sie erobert hatten, mehr oder weniger lange Zeit erhalten können. Aber die sozialistischen Arbeiter konnten sich nicht sofort der Leitung der Geschäfte bemächtigen, weil sie, wie gesagt, kein Programm hatten. Spätere Versuche derselben scheiterten an der Macht der bereits organisirten bürgerlichen Republik. Die versuchte, aber verfehlte Diktatur der arbeitenden Klassen setzte sich in reaktionärer Richtung fort; sie ging zuerst auf den Kandidaten der Kleinbürger*), sodann auf den Bauernkandidaten**) über. — Einmal zum Präsidenten der Republik gewählt, konspirirte dieser mit den Börsenschwindlern, die mit dem verschuldeten Prinzen gewuchert hatten, die Restauration des Empire. Aus Furcht vor dem rothen Gespenste, zum Theil auch durch die von nichtswürdigen, bestochenen Generalen mißleitete Armee dazu gezwungen, schloß sich später die ganze Bourgeoisie der kaiserlichen Diktatur an. Unter dem zweiten Empire hatte aber die diktatorische Regierungsform Zeit und Gelegenheit, sich nach allen Richtungen hin gründlich abzunutzen.

Die soziale Revolution kehrt heute in gewissem Sinne wieder zu ihrem Anfange zurück, um ihren Kreislauf zu beschließen. Wenigstens was die politische Form betrifft, will man heute in Frankreich keine anderen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbehörden, als die aus freier Wahl des ganzen Volkes hervorgegangenen. Freilich ist der soziale Inhalt der Revolution heute ein anderer, als im Anfange derselben. Die Entwicklung der Produktivkräfte, welche im Laufe unseres Jahrhunderts stattgefunden, macht Reformen nicht nur möglich, sondern nothwendig, von welchen man im Anfange der sozialen Revolution keine Ahnung haben konnte.

*) General Cavaignac.
**) Louis Bonaparte.

Aber diese Reformen sind eben deshalb heute keine Utopien mehr, die sich nur auf eine Diktatur stützen können; sie können und müssen sich vielmehr auf die freie Zustimmung der großen Majorität der Nation stützen, in deren Interesse und mit deren Einwilligung sie gemacht werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Reformen zu beurtheilen, welche nach dem letzten definitiven Siege der sozialen Revolution in Frankreich, der nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, durchgeführt werden können und müssen, und welche das Signal zur sozialen Revolution in ganz Europa sein werden.

* * *

V.

Wir dürfen, wir können sogar in unseren sozialen Bestrebungen das hohe Ziel derselben — die auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten in solidarischer Gemeinschaft organisirte Produktion — nicht mehr aus dem Auge verlieren; aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir uns noch im Kampfe befinden, und daß es sich bis zum Siege der sozialen Revolution um keine andere Organisation als den organisirten Klassenkampf handeln kann.

Gewisse Ansichten, die heute wieder bei einigen neubekehrten Sozialisten laut werden über eine schon jetzt vorzubereitende neue „Organisation der Arbeit", die, nachdem sie theoretisch vollendet ist, an die Stelle der „alten" gesellschaftlichen Ordnung zu treten habe, gleichsam „einzuschieben" sei, ist ein Rückfall in die Utopie und nur auf Rechnung des Neophyteneifers*) zu schreiben: die „alte" gesellschaftliche Ordnung existirt längst nicht mehr: mit ihr wurde, wie gesagt, gleich zu Anfang der sozialen Revolution tabula rasa**) gemacht.

Die Phase, in welche heute die Revolution tritt, charakterisirt sich dadurch, daß sie der vereinfachte, über alle zivilisirten Länder verbreitete und bewußte Klassenkampf der Arbeit gegen das Kapital ist. Am Ende der ganzen sozialen Entwicklungsgeschichte tritt der Gegensatz von produzirenden und konsumirenden Klassen wieder in seiner ursprünglichen Form, aber mit einem unendlich reicheren Inhalte hervor. Was daher im Anfange der sozialen Entwicklungsgeschichte kaum mit mehr Bewußtsein vor sich ging, als in der organischen Entwicklungsgeschichte, das wird heute klar erkannt.

Die „schöne Gliederung der Stände"***) mit ihren obersten Feudalherren, welche sich im Mittelalter, der Epoche des sozialen Thierreichs, bis zur Vollendung entwickelt hatte, ist durch die

*) Neophyt = ein Neubekehrter, Neueingeweihter.
**) reiner Tisch.
***) Das Ideal eines „gekrönten preußischen Romantikers" — nämlich Friedrich Wilhelm IV.

kapitalistische Produktionsweise und die Kapitalherrschaft verdrängt worden. In dem Maße, wie diese Vereinfachung und Verallgemeinerung des sozialen Gegensatzes fortschritt, bildete sich das Bewußtsein der Arbeiter als einer einzigen großen Klasse gegenüber der Kapitalistenklasse aus.

Die Kapitalmacht ist nichts anderes, als der zur persönlichen Herrschaft gelangte unpersönliche Ueberschuß an Produktivkräften.*) Die unpersönlich gewordenen Produktivkräfte haben aber kein Recht mehr auf persönliches Eigenthum. Sie der Gesellschaft, der sie gehören, zurückzuerobern, um sie zu Werkzeugen, zu Dienern, statt zu den Herren der Arbeit zu machen, ist die heutige Aufgabe sämmtlicher arbeitenden Klassen.

So lange die Produktivkräfte nur persönliche waren, wurden sie von Herren und Meistern beherrscht, dirigirt und ausgebeutet, welche sich die Herrschaft über sie persönlich als Klassen erkämpften. Dieser Kampf, eine Folge der ursprünglichen Entgegensetzung von Produzenten und Konsumenten, die wir schon in der organischen Welt gefunden haben, war gleich jener ursprünglichen Arbeitstheilung, wie gesagt, nothwendig zur Entwicklung des sozialen wie natürlichen Lebens. Ohne fortschreitende Arbeitstheilung, die mit den fortschreitenden Klassenkämpfen Hand in Hand ging, wäre keine Entwicklung der Produktivkräfte bis zu jener Höhe möglich gewesen, auf welcher sie heute gelangt sind. — Was Darwin für die Oekonomie der Natur, hat Marx für die soziale Oekonomie wissenschaftlich konstatirt. Es ist das große Verdienst dieser beiden Forscher, in Natur und Geschichte das Gesetz der fortschreitenden Entwicklung entdeckt und dasselbe auf den Kampf um die Existenz zurückgeführt zu haben. Dadurch wurde das menschliche Gehirn von der religiösen und sozialen Utopie befreit, welche die menschlichen Herzenswünsche vergöttert und die Gesetze der eisernen Nothwendigkeit verkennt. Der Kampf um die Existenz muß bis zur vollendeten Ausbildung des humanen Organismus in der Gesellschaft wie in der Natur fortgesetzt werden. Wie in der organischen Welt mit dem Erscheinen der ersten Menschenrassen auf der Erde noch lange nicht der menschliche Organismus vollendet war, so bringt auch die in der sozialen Welt entsprechende Epoche, die heute erst beginnt, nicht sofort durch einen Zauberschlag den vollendeten sozialen Organismus hervor.

Wenn wir aber auch noch nicht am Ende des sozialen Kampfes stehen, so hat derselbe doch mit der modernen Revolution einen ganz anderen Charakter als vorher angenommen.

---

*) Wir haben die Entwicklung dieser persönlich gewordenen unpersönlichen Macht mit ihren nächsten nothwendigen Konsequenzen in der Schrift: „La haute finance et l'Empire (Die Hochfinanz *und das Kaiserreich* — Paris, A. Lechevalier) dargestellt.

Während der ganzen Geschichte schritt der Kampf um die Existenz ohne gemeinschaftliches Bewußtsein der arbeitenden Klassen in aufsteigender Linie fort; er steigerte und entwickelte sich bis zur reichsten Mannigfaltigkeit. — Von nun an, nachdem er seinen Gipfelpunkt erreicht hat, schreitet er mit klarem Bewußtsein seines Zweckes in absteigender Linie fort: Kriege und Revolutionen, Völker-, Rassen- und Klassenkämpfe haben heute nicht mehr die Verschärfung und Vervielfältigung des sozialen Antagonismus, sondern umgekehrt die Vereinigung der Menschen und Völker, die Abstumpfung der sozialen Gegensätze bis zu ihrer schließlichen völligen Ausgleichung zum Zwecke. — Seit dem Beginne der sozialen Revolution ist dieser Wendepunkt der geschichtlichen Kämpfe eingetreten; ihr veränderter Zweck hat sich rasch des Volksbewußtseins bemächtigt, und die öffentliche Meinung zwingt heute sogar die Gegner der Revolution, keinen Kampf mehr zu unternehmen, den sie nicht mit den humanen Prinzipien der Revolution wenigstens beschönigen können. Schon vom Beginne der französischen Revolution an hat sich die Reaktion heuchlerisch auf die Prinzipien der Humanität und Freiheit stützen müssen, um die Revolution zu bekämpfen. Alle Kämpfe, die sie seitdem unternahm, mußten diese Prinzipien zur Schau tragen. Nicht nur die Staatsstreiche und Kriege des ersten und zweiten Empire, auch jene des monarchischen Europa, von der heiligen Allianz an bis zur Schlacht von Sadowa, stützten sich auf unsere revolutionären Prinzipien. Freilich glaubten und glauben unsere Gegner, dieselben zu ihren Zwecken mißbrauchen zu können, aber das gelang und gelingt ihnen nie auf die Dauer. Der innere Widerspruch kommt stets zum Vorschein; die Lüge kehrt sich am Ende gegen den Lügner.

Um so weniger haben wir vor wirklich revolutionären Kämpfen zurückzuweichen. Jeder Krieg, der heute über den Militärdespotismus, der im Dienste der Kapitalherrschaft steht, erfochten wird, ist ein Sieg der Arbeiterpartei, selbst wenn diese dadurch nicht unmittelbar zur Herrschaft gelangt. Er ist um so mehr zu ihrem Nutzen, wenn sie sich bei dem Kampfe betheiligt, da man alsdann ihren Forderungen Rechnung tragen muß. Wir müssen die Bedeutung der Kämpfe in der heutigen revolutionären Epoche nicht unterschätzen. Wir haben in unserer Partei noch Utopisten, welche glauben, daß die Arbeiterpartei nicht hinlänglich vorbereitet sei, um Nutzen aus der Revolution zu ziehen, wenn sie zu früh zum Ausbruch komme. Diesen Utopisten gegenüber kann es nicht scharf genug betont werden, daß heute weniger als jemals die geschichtlichen Kämpfe einen anderen Zweck haben können, als die geschichtliche Entwicklung des sozialen Lebens bis zur Höhe der Humanität.

* * *

VI.

Die Arbeiterpartei ist heute in allen zivilisirten Ländern, und besonders im Lande der Revolution, nicht nur dem Namen nach eine sozialrepublikanische, die meisten und wesentlichsten Punkte ihres Programms sind überall dieselben, und ihre gemeinsamen Forderungen, entstanden aus den fast überall gleichen sozialökonomischen Verhältnissen, sind so sehr der Ausdruck eines allgemeinen sozialen Bedürfnisses, daß sie sich schon der öffentlichen Meinung bemächtigt haben. — Selbst die Mittelklassen, wozu man freilich heute nicht mehr wie sonst das bürgerliche Großkapital rechnen darf,*) können nicht mehr umhin, die Forderungen des Proletariats im Prinzipe anzuerkennen. Nur ihre Furcht vor der Revolution, hinter welcher sie noch immer das rothe Gespenst der Utopie und Diktatur sehen, trennt sie von der Arbeiterpartei. Sie würden sich mit dem Proletariat gegen das Großkapital und seine politisch-soziale Tyrannei verbinden, wenn ihnen diese Furcht benommen wäre. Man zeige ihnen das praktische Programm des Proletariats in seiner Wirklichkeit, und sie werden auch die Mittel anerkennen, welche es allein möglich machen, den prinzipiellen Forderungen der Arbeiterpartei zu entsprechen.

Was verlangt das Proletariat? Was sind zunächst seine prinzipiellen Forderungen?

Von Königsberg bis Madrid — um nur vom europäischen Proletariat zu sprechen — lautet sein Programm übereinstimmend:

1. Abschaffung jeder persönlichen Regierung und aller monarchischen Institutionen. Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtswesen, kurz, jedes öffentliche Amt durch das allgemeine Stimmrecht auf bestimmte Zeit eingesetzt, zum Theil direkt durch das Volk ausgeübt.

2. Umgestaltung des Militärdienstes, Abschaffung der stehenden Heere.

3. Trennung der Kirche vom Staate.

4. Vollständige theoretische und professionelle unentgeltliche und obligatorische Erziehung der Jugend von Gemeinde- und Staatswegen.

5. Reorganisation durch die Staats- und Gemeindeverwaltung aller gemeinnützigen Unternehmungen, welche meist durch das Großkapital zu Privatzwecken ausgebeutet oder gar nicht ausgeführt werden. Namentlich gehören hierher: Waaren- und Personentransport, Brief- und Depeschendienst, Herstellung und Geschäftsbetrieb der Eisenbahnen, Straßen, Kanäle, Minen und Kreditanstalten; Verbesserung der Bodenkultur durch die Anlage großer

*) Das englische Wort middleclasses umfaßt das gesammte Bürgerthum - die kleinbürgerlichen Elemente sowohl als die Großbourgeoisie.

Bewässerungssysteme (die noch nicht existiren), Trockenlegung von Sümpfen, Bewaldung der Berge und überhaupt Alles, was von der Gesetzgebung als gemeinnützige Unternehmung bezeichnet wird, eine Kategorie von Arbeiten, die sich mit dem Fortschritt der Wissenschaft stets erweitert.

Uebergehen wir andere Forderungen, die sich als Konsequenzen dieses Programms von selbst ergeben, die mit ihnen, aber auch nur mit ihnen auf die leichteste Weise von der Welt ausführbar sind, und die um so weniger detaillirt zu werden brauchen, als sie nur Meinungsverschiedenheiten erzeugen können, die lediglich in falschen theoretischen Folgerungen aus den gemeinsam anerkannten Grundprinzipien ihren Entstehungsgrund haben.

Gehen wir nun zu den Mitteln der Ausführung des Arbeiterprogramms über.

Hier steht in erster Linie die politische Revolution. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die europäischen Monarchien, welche im Solde der Kapitalherrschaft reichlich bezahlte Gensdarmendienste verrichten, sich selbst und ihren Brodherren freiwillig den Todesstoß geben werden. Vielmehr suchen sie, wie man heute überall wahrnehmen kann, nur durch Scheinkonzessionen an die öffentliche Meinung ihre Existenz zu verewigen. Doch Niemand wird mehr getäuscht; und wenn trotzdem heute das Proletariat allein revolutionär ist, so kommt dies, wie gesagt, lediglich daher, weil die Mittelklassen noch die sozialistische Utopie fürchten. Zeigen wir daher, wie das Programm des Proletariats auch in seinem sozialökonomischen Theile die unmittelbare und nothwendige Folge der bestehenden ökonomischen Verhältnisse ist, eine Folge, die nicht vermieden werden kann, ohne einen Stillstand in der Entwicklung des sozialen Lebens, also chinesische Zustände in Europa hervorzubringen. — Zeigen wir also, daß durch die richtige praktische und radikale Ausführung des gemeinsamen Arbeiterprogrammes keine wirkliche Privatindustrie gestört, keine individuelle Freiheit beschränkt, kein durch Arbeit erworbenes Eigenthum verletzt, überhaupt gar kein Privateigenthum direkt angegriffen wird; daß nur dem unrechtmäßigen Erwerb, dem Betruge, der tyrannischen Ausbeutung aller Mitglieder der Gesellschaft durch eine kleine Anzahl von Schwindlern die Lebensmittel abgeschnitten werden in dem Maße, wie die Reformen, welche den Inhalt des allgemeinen Arbeiterprogramms bilden, zur Ausführung kommen. — Zeigen wir endlich, daß nur in Folge dieses letzten, noch bevorstehenden Sieges der sozialen Revolution ihre ursprüngliche Devise — Freiheit, Gleichheit und Menschenverbrüderung — zur Wahrheit wird. — So lange die moderne Wissenschaft und die von ihr geschaffenen Produktivkräfte noch nicht hinlänglich entwickelt und reif zu jenen Reformen waren, die

eine Verwirklichung der Revolutionsdevise möglich machten — was besonders im Beginne der sozialen Revolution gegen Ende des vorigen Jahrhunderts noch der Fall war —, wurden vergebens die gewaltsamsten Anstrengungen gemacht, um wenigstens annähernd zur Freiheit, Gleichheit und Menschenverbrüderung zu gelangen. Heute gelangt man mit weit geringeren Anstrengungen zu weit bedeutenderen Resultaten, weil es heute Punkte giebt, an welche man unter Zustimmung der öffentlichen Meinung den Hebel ansetzen kann, der die alte Welt aus ihren Angeln hebt.

2.

Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5.—7. September 1868).

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 113.)

Schon zur Vorversammlung, welche am Sonnabend Abends 7 Uhr in dem Saale des Arbeitervereins stattfand, waren die Vertreter von 89 dem Verbande angehörenden Vereinen erschienen. Es waren ferner vertreten der große sozialdemokratische Arbeiterverein in Wien, sowie der dortige Bäckergesellenverein, die Arbeiterbildungsvereine der Schweiz, die Internationale Arbeiter-Assoziation, und zwar die deutsche und die französische Sektion, und der in London befindliche Generalrath.

Bebel, der Präsident des Vororts des Verbandes, übernahm den Vorsitz, die Anwesenden, besonders die Gäste aus der weiten Ferne bewillkommnend und in wenigen einleitenden Worten darauf hinweisend, wie der vielseitige Besuch dieses Vereinstages ein bedeutsames Zeichen für die Wichtigkeit sei, welche man ihm beilege. Die Mandatträger lernten sich durch Einzelaufruf ihrer Namen und der Vereine, die sie vertraten, persönlich kennen. Zur ersten Diskussion führte alsbald der Abstimmungsmodus; es war fraglich, ob den Deutsch-Oesterreichern, welche nicht Mitglieder des Verbandes werden können, und den anderen aus der Ferne hergereisten Theilnehmern, welche es nicht sind, Stimmrecht zuerkannt worden solle. Auf Grund des § 3 des Vereinsstatutes und seither gepflogener Uebung wurde nach längerer Diskussion beschlossen, daß denselben nur berathende, keine beschlußfassende Stimme zukomme. Den Wiener Vertretern aber wurde das Stimmrecht gestattet, sobald sie den Anschluß ihrer Vereine an den Verband erklärten, da das Statut nur die nichtdeutschen

Vereine ausschließt. Es folgt die Wahl einer Revisionskommission. Die hierauf in einem Einzelwahlgang vorgenommene Präsidentenwahl für die Verhandlungen ergab das Resultat, daß von 94 abgegebenen Stimmen auf Bebel 69 fielen. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Löwenstein aus Fürth mit 62, zum zweiten Bürger aus Göppingen mit 59 Stimmen gewählt. Die Kandidaten der Gegenpartei, Rögner aus Nürnberg, und Pfeifer aus Stuttgart brachten es in den beiden Wahlgängen nur auf eine unbedeutende Minorität.

Eine sehr lebhafte Debatte rief, wie vorauszusehen war, die Festsetzung der Tagesordnung hervor, auf welche nach dem Vorschlag des Vororts sogleich nach der Erstattung des Geschäftsberichts die Programmfrage gestellt war. Es wurden diesfalls Anträge eingereicht, dieselbe erst unter Nr. 9 zu setzen, sie ganz von der Tagesordnung zu entfernen, die Tagesordnung en bloc anzunehmen, einen vermittelnden Weg einzuschlagen u. dgl. m. Dagegen sprach zunächst sehr entschieden Hartung (Wien), der darauf verwies, daß gerade die Programmfrage es sei, welche dem diesmaligen Arbeitertage seine Bedeutung gebe; er sei nicht Vertreter eines einzelnen Vereins, sondern Delegirter des österreichischen Zentral-Komités der sozialdemokratischen Partei. Es würde in Wien Mitleid und Staunen erregen, wenn man Altersversorgung u. dgl. Palliative auf die Tagesordnung setzte, aber nichts von der Programmfrage wissen wollte, durch welche diejenigen Elemente ausgeschieden werden würden, welche die Arbeiter unter dem Scheine, etwas für sie thun zu wollen, irreführten. — Stolle (Crimmitzschau) ist ebenfalls der Ansicht, daß die reiche Vertretung ihren Grund in der Erkenntniß von der Wichtigkeit der Programmfrage habe. Für das Alter wolle man sorgen, aber nicht für die Jugend, deren Wohl wesentlich durch die Politik wie die Wehrfrage und andere Fragen bedingt würde. — Simater (Stuttgart) will Spaltungen unter den Arbeitern vermeiden, sagt aber nicht, auf welche Weise. — Stuttmann (Rüsselsheim) will Entscheidung zwischen Radikalismus und Palliativmitteln; die Axt müßte an die Wurzel gelegt und der Beweis geliefert werden, daß man sich selbst helfen wolle, nicht aber unthätig jenen Herren die Fürsorge für die Arbeit überlasse, die ihnen zuriefen: Bekümmert euch nicht um Politik; wir thun's für euch! und die sozialen Forderungen mit dem Bemerken abwiesen: Nur stille, nur stille, wir werden es schon machen. — Hochberger (Eßlingen): Wolle man das Programm nicht ganz von der Tagesordnung streichen, wie er beantragt habe, so müsse er zwar die unausbleibliche Spaltung bedauern, aber die Sache müßte zum Austrag kommen, je eher, je besser. Die Klarheit sei gut. Man solle offen mit ehrlichen Waffen kämpfen; für das

Wohl der Arbeiter stehen ja Alle nach ihrer guten Ueberzeugung, wenn auch wohl der Kampf um Programme sie nicht aus ihrem materiellen Elend zu befreien vermag. — Krause (Mülsen) stellt hiernach Antrag auf en bloc-Annahme der Tagesordnung. — Quick (Zentralpräsident der Arbeiterbildungsvereine der Schweiz): Wenn eine Verständigung über das Programm nicht möglich, dann muß eben die Trennung erfolgen, es geht nicht anders, denn vorher sind die Arbeiterbildungsvereine nicht im Stande, etwas Entschiedenes zu leisten. Ein anderes Programm als ein rein sozialdemokratisches können die Arbeiter nicht annehmen, sofern sie sich selber helfen und nicht von Andern sich nasführen lassen wollen, Gott weiß wohin. — Ladendorf (Zürich): Wie wollen die Arbeiterbildungsvereine ihren Zweck: Bildung erreichen, wenn sie nicht das höchste und entschiedenste Bildungsmoment, die Lösung der politischen und sozialen Fragen, die Fragen der Existenz, des Lebens, zu allererst in Angriff nehmen? Kümmern Sie sich um das, was zu allernächst um Sie her vorgeht, was Sie so nahe berührt; fassen Sie festen Boden für ihre Haltung und erschweren Sie sich durch Programmlosigkeit und Unsicherheit nicht ihre eigene Arbeit; ohne entschiedenes klares Programm werden Sie nie zu ihrem Ziel kommen. — Sonnemann (Frankfurt) beantragte die Niedersetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Programms, welches den verschiedenen Ansichten soweit gerecht werden könnte, daß die Trennung vielleicht zu vermeiden wäre. Sein Antrag fand übrigens nur geringe Unterstützung. Keine Kompromisse! rief es von allen Seiten, und nachdem einige Redner, namentlich Bütter (Schweiz, Repräsentant der französisch redenden Abtheilung der Internationalen Assoziation), sich in längerer Auseinandersetzung sehr entschieden gegen Sonnemann's Vorschlag erklärt, entschied sich die große Mehrheit für en bloc-Annahme der Tagesordnung.

Am Sonntag Morgen gegen 11 Uhr begann in dem Saale des Rathhauses die erste Sitzung. Der Vorsitzende, Bebel, brachte zunächst einige eingelaufene telegraphische Depeschen und Zuschriften zur Kenntniß der Versammlung, worauf die Erstattung des Geschäftsberichts des Vorortes folgte. Nach demselben beträgt die Zahl der Vereine, die zum Verbande gehören, ungefähr 13000 Mitglieder. Anwesend sind 98 giltige Mandate mit 106 Vertretern. Es erhält hierauf der Referent für die Programmfrage das Wort:

Schweichel (Leipzig). Meine Herren! Fasse ich die Gründe für und wider zusammen, welche in der gestrigen Vorversammlung laut geworden sind, ob ein Programm überhaupt von dem gegenwärtigen Tag aufgestellt werden soll oder nicht, so drängt sich die Nothwendigkeit einer Klärung der Geister, von welcher der

Vorort ausging, indem er die Programmfrage auf die Tagesordnung setzte, nur noch entschiedener auf. Klarheit in dem, was wir wollen und sollen, ist es vor allem, was der Arbeiterklasse noth thut, und daß dieses Bedürfniß lebendig empfunden wird, davon zeugt die außerordentlich zahlreiche Versammlung in diesem Saale. Kein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine ist von einer so großen Anzahl von Abgeordneten besucht worden, wie der gegenwärtige. Es muß endlich eine Fahne aufgerollt werden in dem Klassenkampfe der Gegenwart, um die sich die ganze Arbeiterpartei schaaren kann, und erst, wenn man sich klar ist über das Ziel, dann kann man die ganze Kraft auf die Mittel wenden, dieses Ziel zu erreichen. Durchdringen Sie sich mit den Ideen, welche das Programm des Vororts enthält, und der Sieg gehört Ihnen, meine Herren. Den Ideen widersteht man nicht auf die Dauer; und nur kürzlich ist in dieser selben Stadt Nürnberg von dem Vorsitzenden des Fürther Arbeitervereins es betont worden, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Unabhängigkeit dem Umstande verdankten, daß die Idee der Freiheit in jeder Brust unausrottbar Wurzel geschlagen hatte.

Der Vorort schlägt Ihnen, m. H., das Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation vor, weil es die Forderungen der Arbeiter mit Schärfe und Klarheit hinstellt, und weil es einer Standarte bedarf für die gesammte Arbeiterklasse der ganzen zivilisirten Welt. Die letzte polnische Insurrektion gab Veranlassung zu einer Versammlung, welche am 28. September 1864 in London statt hatte; Arbeiter aus allen Ländern hatten sich dazu eingefunden: Engländer, Deutsche, Franzosen, Polen, Italiener. Es galt, Lord Palmerston zu bewegen, sich des unglücklichen Polens anzunehmen. Es konnte nicht fehlen, daß in dieser Versammlung von Arbeitern auch die besonderen Angelegenheiten der arbeitenden Klasse zur Sprache kamen und es stellte sich heraus, daß die Leiden des Arbeiters in allen Ländern dieselben seien. Gemeinsames Leid führte zu gemeinsamen Forderungen, und aus dieser Uebereinstimmung in der sozialen Frage ward die Internationale Arbeiter-Assoziation geboren, deren Programm auf der Versammlung zu Genf im Jahre 1866 endgiltige Billigung und Bestätigung erfuhr. Schließen also auch Sie, m. H., den Bestrebungen dieser Assoziation sich an, denn Ihre Leiden sind dieselben, folglich muß auch Ihr Ziel dasselbe sein. Die soziale Frage ist eine Weltfrage, und ihre Lösung kann nur gelingen der vereinigten Anstrengung der Arbeiterklasse aller Länder ohne Unterschied der Farbe, welche die Grenzpfähle tragen.

Um der Gerechtigkeit willen wollen wir gern zugestehen m. H., daß unsere Gegner nicht schlecht sind, weil sie sich der Lösung der sozialen Frage entgegenstellen. Schlechte, von Haß

erfüllte Menschen giebt es ebensowohl unter den Arbeitern, wie unter den Bourgeois und den Konservativen. Wir haben es in dem großen Kampfe der Gegenwart nicht mit einzelnen Personen zu thun. Demselben Zwange des sozialen Gesetzes, unter welchem der Arbeiter seufzt, müssen auch seine Gegner gehorchen, und das Interesse ist es, welches das Urtheil unserer Gegner fälscht, welches die Kapitalpartei irre leitet. Aber trifft nicht derselbe Vorwurf auch die Arbeiterklasse? Wird nicht auch ihr Urtheil durch das Interesse und die Leidenschaft des entbrannten Kampfes getrübt? Gewiß, m. H.; aber es giebt ein Kriterium, einen Maßstab, welcher unverrückbar über die entfesselten Leidenschaften hinausragt, und dieser Maßstab, an welchem die Fehlurtheile korrigirt werden, ist die Wissenschaft. An diesen Maßstab gehalten, sind die Forderungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation keine Fehlurtheile. Die geschichtliche Erfahrung wie die Volkswirthschaft, welche durch Karl Marx hoch über die ökonomische Wissenschaft der Kapitalpartei hinausgehoben worden ist, sie stehen auf unserer Seite. Die Wissenschaft ist es, m. H., welche alle Einwendungen der Bourgeoisie gegen die Forderungen der Arbeiterklasse in ihr Nichts zurückweist.

Es ist eine hohle Phrase, eine leere Redensart, wenn die Bourgeoisie der Arbeiterpartei „die Heiligkeit der individuellen Freiheit" entgegenhält. Wohl ist die individuelle Freiheit heilig, aber wo ist sie? Freiheit setzt gleiches Recht voraus; doch vergebens suchen wir im Staate nach der Gleichstellung der Arbeiter gegenüber den beiden herrschenden Klassen. Das größere Maß der Rechte, das größere Maß der Freiheit gehört der Bourgeoisie und Aristokratie, und diese Ungleichheit stempelt die individuelle Freiheit, welche die herrschenden Klassen im Munde führen, zur Willkür. Diese individuelle Freiheit der Bourgeoisie heißt: Unantastbarkeit der Kapitalherrschaft! Und eben so nichtig ist die Warnung dieser Partei, nicht zu rütteln an den bestehenden sozialen Verhältnissen; denn die Folge davon würde unausbleiblich eine Verschlimmerung der Lage der Arbeiter selbst sein. Nun, m. H., ich wüßte nicht, was sich in deren Lage noch verschlimmern könnte. Mehr als hungern kann der Arbeiter nicht und das thut er schon. Sie kennen ja das unerbittliche Lohngesetz; gleich der Nadel des Kompasses weist es mit einer kleiner Schwankung nach der einen oder anderen Seite stets auf den Nordpol des Hungers.

Aber vielleicht beruht die Klage der Bourgeoisie, daß die Beschränkung der Kapitalherrschaft den Untergang der Industrie nach sich ziehen, den Nationalreichthum zerstören müßte, auf einem bessern Grunde? Nun, m. H., in England ist nach langen Kämpfen die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden gesetzlich herabgemindert worden und die Industrie ist nicht zu Grunde gegangen,

ebensowenig wie es ihr den Untergang bereiten wird, wenn auch bei uns in Europa die jüngste Errungenschaft der nordamerikanischen Arbeiter eine Thatsache und wie dort, so auch bei uns die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt sein wird. Gestatten Sie mir, das Schreckgespenst, welches die Bourgeoisie vor den Augen der Arbeiter vorüberschreiten läßt, vollends zu enthüllen!

Ein gemäßigtes Organ der englischen Bourgeoisie weissagte im Jahre 1850, daß die Armuth in England auf den Nullpunkt sinken würde, wenn Aus- und Einfuhr dieses Landes um 50 pCt. stiegen. Am 7. April 1864 konnte der Staatskanzler Gladstone das Parlament durch den Nachweis entzücken, daß der Gesammtwerth der englischen Ein- und Ausfuhr im Jahre 1863 auf 443 955 000 Pfd. Sterl. angeschwollen sei. Diese Summe ist ungefähr der dreifache Betrag gegen den von 1843. Aber zugleich mußte Gladstone zugestehen, daß die Arbeitslöhne inzwischen um keinen Pfennig sich vermehrt hätten. Sehen wir genauer zu, welches die Lage des englischen Arbeiters war zur Zeit dieses ungeheueren Nationalreichthums, welcher Herrn Gladstone förmlich berauschte! Das Parlament hatte, wie dies häufiger geschieht, den Zustand der öffentlichen Gesundheit im Jahre 1863 untersuchen lassen. Der von Dr. Smith abgestattete Bericht, welcher auf Befehl des Parlaments im Jahre 1864 veröffentlicht wurde, konstatirt zunächst das geringste Maß von Stickstoff und Kohlenstoff, welches unerläßlich in den Nahrungsmitteln vorhanden sein müsse, um einen Erwachsenen vor den Hungerkrankheiten zu bewahren.*) Diese Quantität von Kohlen- und Stickstoff stimmte mit der dürftigen Nahrung überein, auf welche die äußerste Noth die armen Baumwollweber thatsächlich angewiesen hatte. Die Seidenweber, Nähterinnen, Handschuhmacher, Strumpfwirker und andere Arbeiter erhielten nicht einmal die Nothstandsration der Baumwollarbeiter, die gerade hinreicht zur Abwehr der Hungerkrankheiten. Noch schlimmer stand es auf dem Lande. Von den Familien der ländlichen Arbeiter nahmen mehr als $^1/_5$ weniger zu sich, als das nothdürftigste Quantum kohlenstoffhaltiger Nahrung, mehr als $^1/_3$ weniger als das nothdürftigste Quantum stickstoffhaltiger Nahrung, und in 3 Landschaften war Unzulänglichkeit stickstoffhaltiger Speisen die Durchschnittskost ganzer Ortschaften. „Es müsse darauf hingewiesen werden, fügt der offizielle Bericht hinzu, daß Entbehrung der nothwendigsten Nahrung nur mit großem Widerstreben ertragen wird und daß in der Regel große Nothdurft der Nahrung erst dann sich einstellt, wenn andere Entbehrungen vorangegangen sind.“ Nach diesem offiziellen Berichte werden Sie es vollkommen wahr finden, wenn Herr

*) 1330 Gran Stickstoff und 28000 Gran Kohlenstoff.

Gladstone in seinem Entzücken ausruft: „Diese berauschende Vermehrung von Reichthum und Macht ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt."

Meine Herren, ich habe dieses Beispiel England entlehnt, weil dort die industriellen Verhältnisse am entwickeltsten sind und ein vollkommneres statistisches Material uns zu Gebote steht als in Frankreich oder gar in Deutschland. Aehnlich, das wissen Sie, steht es in allen zivilisirten Ländern, in Frankreich, Belgien, Deutschland: auf der einen Seite der Nationalreichthum, der sich in dem Besitz Weniger befindet, auf der anderen Seite die entbehrende Arbeiterklasse.

Aber wie ist ein solches Verhältniß möglich, m. H.? Wissen wir nicht, daß die Arbeit die einzige Quelle alles Reichthums ist, wie sie zugleich das Maß aller Werthe ist; und dennoch darbt die Arbeiterklasse, während die Bourgeoisie den großen Reichthum unter sich vertheilt? Wenn der Werth jedes Produkts der Arbeit durch die darauf verwendete Arbeitszeit bestimmt wird, gleiche Arbeitszeit also gleiche Werthe erzeugt und es doch eine Thatsache ist, daß im Handel und Verkehr nur gleiche Werthe gegen einander ausgetauscht werden, woher kommt dann der Gewinn des Arbeitgebers, jener Gewinn, aus dem sich der Reichthum aufhäuft? Bis auf unsere Tage hat die Wissenschaft der Ursache vergebens nachgespürt; heute ist sie gefunden. Sie Alle, m. H., kennen das Gesetz, welches den Werth der Arbeitskraft oder den Lohn des Arbeiters auf jenes Minimum bestimmt, welches unerläßlich ist zu seiner Unterhaltung, Wohnung und Fortpflanzung. Für diesen Lohn verkauft der Arbeiter seine Wochenarbeit. Nehmen wir an, daß der Arbeiter täglich 5 oder 6 Stunden arbeiten muß, um einen Werth zu schaffen, der seinem Lohne gleichkommt. Aber arbeitet er nur diese Zeit? Keineswegs; er fährt fort zu arbeiten und verrichtet mithin neben der nothwendigen Arbeit, durch welche er seinen Lohn produzirt, eine Mehrarbeit, die nicht bezahlt wird. Diese Mehrarbeit ist die Quelle allen Gewinns, allen Reichthums. Eine Woche kann nicht über 7 Tage ausgedehnt werden; aber jeder Tag gestattet eine Ausdehnung der Arbeitsstunden. Ist nun in der Woche, welche der Arbeitgeber kauft, der Arbeitstag zu 8 oder 18 Stunden gerechnet? Daß die Mehrarbeit, die nicht bezahlte Arbeitszeit die Quelle des Reichthums ist, ersehen Sie am besten aus dem Beispiele der ländlichen Frohnarbeiten des Mittelalters. Der Bauer mußte eine bestimmte Zahl von Wochentagen für seinen Feudalherrn arbeiten; die übrigen Tage gehörten ihm. Nun wohl, durch jene Arbeit, die ihm nicht bezahlt wurde, blühte und gedieh das Gut seines Herrn, während er selbst Zeit seines Lebens ein armer *Teufel* blieb. Es ist das Verdienst von Karl Marx, den Gewinn

und mithin den Nationalreichthum als das Produkt unbezahlten Arbeitslohnes nachgewiesen zu haben. Die ökonomische Wissenschaft der Bourgeoisie ist vor seiner Beweisführung ohnmächtig verstummt.

Wenn aber der Arbeiter mehr Arbeit leistet, als er bezahlt erhält, wer wagt es, ihm die Gerechtigkeit seiner Forderung zu bestreiten, daß er seinen Antheil an dem Arbeitsprodukte erhalte? Nicht um eine Zerstörung des Nationalreichthums handelt es sich, sondern um eine gerechte Vertheilung des Arbeitsertrages. Das ist das soziale Problem, welches zu lösen ist, oder mit anderen Worten: an die Stelle der Armuth, Ohnmacht und Unwissenheit, welche das Loos der Arbeiterklasse sind, sollen Wohlstand, Bildung und Freiheit treten.

Das Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation giebt die Mittel an, welche zu diesem Ziele führen, zunächst Herabsetzung der Arbeitszeit und Genossenschaften oder Kooperation. Wie vortrefflich die Streiks oder Arbeitseinstellungen sein mögen, um die Arbeitszeit herunterzusetzen, so bedarf es wohl dafür keines Beweises, daß sie zu ihrem Gelingen, abgesehen von den unentbehrlichen Geldmitteln zur Unterhaltung der Feiernden, die unbeschränkteste Koalitionsfreiheit erfordern. Aber diese Freiheit ist in Deutschland nicht vorhanden; sie muß also erst erobert werden. Ferner wird die Kooperation, wie vortrefflich im Prinzip, wie nützlich in der Praxis, niemals im Stande sein, die Massen zu befreien und die Wucht ihres Elends merklich zu erleichtern, so lange sie auf den engen Kreis gelegentlicher Versuche einzelner Arbeiter beschränkt bleiben. Die Lage der Arbeiterklasse durchgreifend zu verbessern, das vermag die Kooperation nur zu leisten, wenn sie in großem Maßstabe durchgeführt wird, wenn sie nationale Dimensionen annimmt. Die bis jetzt thätige Selbsthilfe muß zu diesem Zweck zur Staatshilfe werden. Aber, m. H., unter Staatshilfe sind nicht jene Almosen zu verstehen, durch welche Graf Bismarck und seine feudalen Sozialisten die Arbeiter an sich zu locken suchen. Nur der freie Staat, nur der demokratische Staat vermag zu helfen, denn sein Zweck ist die freie Arbeit gleichberechtigter Staatsbürger. Eben diese Konservativen sind es ja, welche im Verbande mit der Kapitalpartei Front gegen die Arbeiterklasse machen. Sie haben die Macht, und diese Macht muß ihnen entrissen werden, wenn die Fesseln fallen sollen, welche die Bestrebungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Aufhebung des Kapitalmonopols, nach Ausbreitung der Kooperation einschnüren. Der Arbeiter muß eine Stimme dort haben, wo bis jetzt über ihn wie über eine Sache entschieden wird, deren Nutzen für die herrschenden Parteien allein in Frage kommt. Er muß politische Macht sich erringen.

Aber es ist nicht allein die Ausbeutung seiner Arbeitskraft durch das Kapital, welche den Arbeiter zu Boden drückt. Auch der schwerste Theil der Steuern an Geld und Gut lastet auf ihm. Die für ihn unentbehrlichsten Lebensmittel sind es, von welchen der Staat die größten Steuern erhebt, und nicht genug damit, reißt er ihn plötzlich von der Arbeit hinweg und zwingt ihn, nicht nur die schönsten Jahre seiner Jugend unproduktiv in der Uniform zu verlieren, sondern auch für Zwecke, die nicht die seinigen sind und nie sein werden, seine gesunden Glieder und sein Leben einzusetzen. Giebt es ein anderes Mittel für den Arbeiter, diese Uebelstände zu beseitigen, als daß er nach politischer Macht trachtet, daß er der Bourgeoisie und der Feudalpartei das Recht entreißt, ausschließlich Politik zu machen? Der Arbeiter muß gleichberechtigt neben ihnen stehen; er muß die Macht haben, dem Ehrgeizigen und Herrschsüchtigen, der ihn im 19. Jahrhundert in Krieg und Tod schicken will, um etwa dem Nachbar einen Fetzen Landes zu entreißen, oder um sich den werthlosen Lorbeer des Kriegsruhms um die Stirn zu flechten, entschieden zu widerstehen. Dann wird zugleich die Fessel gelöst, mit welcher die Kriegsfurcht die Welt lähmt und die fruchttragende Thätigkeit stört, da der Zustand von heute keine Garantie bietet, was morgen sein werde. Frieden ist es, was die Arbeit braucht, und der Ehrgeiz der Dynastien ist es, der ihn, gestützt auf die stehenden Heere, fortwährend bedroht. Darum fort mit den stehenden Heeren, auf daß die Arbeit zu ihrem vollen Rechte gelange! Wer den Arbeitern sagt, daß sie sich nicht an der Politik zu betheiligen brauchen, um alle diese Uebelstände zu beseitigen, der ist ein Verführer, welcher sie mißbrauchen will zu Zwecken, die gegen ihre eigenen Interessen gerichtet sind. Er will sie mißbrauchen im Interesse entweder der Bourgeoisie oder der Konservativen. Oder glauben Sie, m. H., daß der parlamentarisch aufgeputzte Absolutismus der Gegenwart uns volle Gleichberechtigung, allgemeines Wahlrecht, freies Versammlungs- und Koalitionsrecht gewähren und an die Stelle der stehenden Heere, welche unseren Schweiß nutzlos verzehren, die Volksbewaffnung setzen werde, wenn wir die Hände in den Schooß legen? Werfen Sie einen Blick auf den Nordbund, einen Blick auf die Schweiz, und dann verschließen Sie sich noch länger der Ueberzeugung, daß nur der demokratische Staat den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden vermag! Der demokratische Staat ist es daher, welchen wir erstreben müssen!

Die Gelegenheit ist für die Arbeiterklasse so günstig wie nie, um politische Macht zu erlangen. Bourgeoisie und Demokratie, Nationalliberale und Konservative bekämpfen einander um die Alleinherrschaft im Staate, nnd da keine der beiden Parteien stark genug ist, um den Sieg an sich zu reißen, so buhlen beide um

die Arbeiter. O, was verspricht man ihnen nicht alles, wie schmeichelt man ihnen nicht! Aber nur, wenn die Arbeiter eine festgeschlossene, ihres Zieles bewußte Partei bilden, können sie mit dem Gegner unterhandeln, ohne Furcht, hinterher betrogen zu werden; nur so ihn schließlich zwingen, daß er die eingegangenen Verpflichtungen erfülle. Bei der jetzigen Zerrissenheit und Unklarheit unter den Arbeitern wird man nach dem Siege alle Zugeständnisse zurücknehmen, den Arbeiter mit Hohn hinwegweisen oder im besten Falle zwischen die Ketten und seine wundgedrückten Glieder die Watte der Almosen schieben, der Suppenanstalten, Hospitäler, Armenhäuser, Krankenkassen und Debattirvereine. Ein Erfolg ist nur von der Einigkeit zu hoffen, wenn der deutsche Arbeiter mit den Arbeitern aller Länder, mit denen er die Leiden gemeinsam hat, fest zusammensteht. Darum, m. H., nehmen Sie die Resolutionen des Vororts an, die Ihnen den Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation empfehlen. Die Internationale Assoziation ist eine Macht, eine geschlossene Phalanx, die in Europa allein bereits 60000 Mitglieder zählt. Daß sie eine Macht ist, beweist der jüngst in Genf glücklich durchgesetzte Streik der Bauhandwerker, das beweist die Freisprechung der Arbeiter in dem Kohlenbecken Belgiens, welche ohne die Anwälte, die ihnen die Assoziation stellte, jetzt unfehlbar in den Gefängnissen schmachteten, weil sie es gewagt hatten, Front gegen die Soldaten zu machen, die von den Arbeitgebern auf sie gehetzt wurden, um sie zur Annahme des gebotenen Hungerlohns zu zwingen. Nur wenn die Arbeiter aller Länder innig zusammenstehen, ist die Lösung der sozialen Frage möglich, ist es möglich, daß auch sie gelangen zu Wohlstand, Bildung und Freiheit. Darum lassen Sie mich mit den Worten unseres Schiller schließen, die fest auf dem Rütli an der Wiege der Schweizer Freiheit ertönten, mit jenem Zurufe, dessen Beherzigung auch für Sie die Geburtsstunde der Befreiung bezeichnen wird: Seid einig, einig, einig!

Benedey bringt folgenden Antrag ein:

„1. In Erwägung, daß das Programm des internationalen Arbeitervereins in seiner vorliegenden Fassung nicht einfach, klar, allgemein faßlich ist, weder klare, feste Ziele, noch haltbare Mittel zum Ziele bietet, weist die Versammlung das vorliegende Programm des internationalen Arbeitervereins zurück. — 2. In Erwägung, daß das von Bebel aufgestellte Programm, im Wesentlichen auf dem vorliegenden Programm des internationalen Arbeitervereins fußend, den Anschluß an denselben beabsichtigt, fällt dies Programm des Herrn Bebel folgerecht mit dem vorliegenden Programm des internationalen Arbeitervereins. — 3. In Erwägung, daß der internationale Arbeiterverein als Vorposten der ganzen Arbeiterwelt, als Pionier der großen sozialen

Arbeiterbewegung unserer Zeit sich Verdienste um die Arbeiterwelt Deutschlands und Europas erworben hat und täglich mehr erwirbt, erkennt die Versammlung diese Verdienste freudig an und hofft, mit dieser Anerkennung die Bestrebungen des internationalen Arbeitervereins, so viel als unter den jetzigen Bedingungen möglich, zu fördern. — 4. In Erwägung, daß die soziale Frage, d. h. die Frage der sozialen Stellung des Arbeiters in der bürgerlichen Gesellschaft, nicht spruchreif, daß aber diese Frage die erste Lebensfrage der Zukunft ist, sein wird und sein muß, erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage in allen Arbeitervereinen vor allen anderen Fragen auf die Tagesordnung zu stellen ist, und daß eine Hauptaufgabe des Vorstandes des Arbeitertages und seines Organs dahin gehen muß, die Mittel zum Studium dieser Frage allen Arbeitervereinen so viel als möglich zugänglich zu machen. — 5. In Erwägung, daß die politische Organisation des Staates die Freiheit des Bürgers bedingt, erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage wie die politisch-nationalen Lebensfragen nur dort zu einer heilsamen und durchschlagenden Lösung kommen können, wo der Staat demokratisch organisirt ist, wo das Volk selbstherrschend durch selbstgewählte gesetzgebende und vollziehende Gewalten, stets unter dem unmittelbarsten Einflusse des ganzen Volkes stehend, seine Geschicke selbst bestimmt und leitet."

Er motivirt diesen Antrag damit, daß das fragliche Programm noch unklar sei und überdies für die deutschen Arbeiterbildungsvereine noch nicht die Zeit gekommen sei, die Assoziation anders zu betrachten, denn als Vorposten, als Pionier, der jetzt vorausgehe, aber später immerhin der Mittelpunkt der Arbeiterbestrebungen werden könne. Löwenstein (Fürth) spricht für Annahme des Programms; es sei ein ganz verkehrter Standpunkt, anzunehmen, daß die Arbeiterbildungsvereine ihre Aufgabe verfehlen, wenn sie die Politik ins Bereich ihrer Thätigkeit ziehen: die Bildung dürfe nicht Selbstzweck dieser Vereine sein, sondern nur das Mittel, ihre Bestrebungen für ein menschenwürdiges Dasein zu unterstützen; die nachgeholte, früher nicht erhaltene Schulbankbildung habe nicht allein Werth; inmitten des politischen Kampfes und im praktischen Leben werde die dem Arbeiter nicht minder nothwendige Charakter- und politische Bildung erlangt, geläutert und befestigt. Was nützt dem Abeiter die gediegenste Bildung, wenn er sie nicht dahin zu verwerthen versteht, daß er die ungerechten indirekten Steuern, die Blutsteuer des Krieges und so noch Anderes der Art von seinen Schultern wälzt? Diejenigen, welche die Vereine mit allen Mitteln abhalten wollen, Politik zu treiben, mögen die Verantwortung übernehmen, daß der Arbeiter vielleicht dann einmal Politik auf der Straße treibt. Wenn man der

freien politischen Meinung die Gelegenheit nimmt, durch Belehrung und Ueberzeugung zu wirken, wenn man unterdrückte Gefühle zur Leidenschaft heranwachsen läßt, mögen Die die Folgen tragen, welche die soziale Bewegung, statt sie ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, schließlich vielleicht in anarchische Bahnen drängen.

Stuttmann motivirt zwei von ihm in Gemeinschaft mit Eichelsdörfer und Sonnemann eingebrachte Amendements. Das wichtigste derselben geht dahin, daß die Versammlung sich nicht das in der Arbeiterhalle abgedruckte, von Johann Philipp Becker in Genf verfaßte, irrthümlich als Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation bezeichnete Aktenstück aneignen soll, sondern einfach die drei vom Leipziger Vororte vorgeschlagenen Sätze annehmen und auf Grund derselben sich der Internationalen Assoziation anschließen möchte. Der Redner motivirt diesen Antrag damit, daß das Becker'sche Sendschreiben viele Unklarheiten enthalte und leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben könne.

Dieses Rundschreiben von Johann Philipp Becker hatte sowohl der Dresdener Arbeiterverein als der Leipziger Arbeiterbildungsverein dem Vereinstag zur Annahme empfohlen. Dasselbe lautete:

„Gestützt auf das Recht der Selbstbestimmung, wollen wir für alle Völker durch Beseitigung jedweden Rechtes mittelalterlicher Einrichtungen und moderner Klassenherrschaft die Herstellung des einen freien Volksstaates anstreben.

„Wir werden nie eine andere Souveränität und Majestät als die Volkssouveränität und Volksmajestät anerkennen.

„Als unumgängliches Mittel zum Zwecke wollen wir die Solidarität (Gesammtverbindlichkeit) aller Völker verwirklichen helfen.

„Wir werden nur solchen Nationalitätsbestrebungen Vorschub leisten, welche auf ganze Freiheit, Selbständigkeit und Gleichberechtigung Aller hinzielen, um jedes Volk in Ebenbürtigkeit, als organisches Glied der großen Kette des Menschenthums, dem freien Bunde allgemeiner Eidgenossenschaft einverleiben zu können.

„Wie wir nach Außen die Rassenabneigungen und den Kriegsgeist, so wollen wir nach Innen die Klassengegensätze — Bourgeoisie und Proletariat — zu überwinden und den inneren Frieden zu erobern trachten.

„Obwohl von internationalem Standpunkt ausgehend und uns mit Wärme jedes unterdrückten Volkes annehmend, werden wir dennoch, als Vertreter der deutschen Sprache, unsere Hauptwirksamkeit der freien und einheitlichen Gestaltung Deutschlands und der gründlicheren Entwicklung und kräftigeren Entfaltung der republikanischen Institutionen der Schweiz zuwenden.

„Vor Allem und überall wollen wir uns aber die politische und ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse, die Befreiung der großen Mehrheit aller Völker vom Doppeljoche — der Gewalt der Bajonette und der Macht des Privatkapitals — zum Ziele setzen.

„Wir wollen an der Stelle der Oberherrlichkeit des Privatkapitals den Segen gemeinsamer Arbeit, an die Stelle des Arbeitslohns den Arbeitsertrag, an die Stelle der „freien Konkurrenz" unter dem Kapitalzwang die freie Konkurrenz unter der allgemeinen Bewegung intellektueller und materieller Arbeitskraft gesetzt wissen.

„Wir wollen „Selbsthilfe", wo sie kollektive — genossenschaftliche, und wir wollen „Staatshilfe", wo sie Volkshilfe, d. h. die durch die Volksmajestät sich selbst gebotene Hilfe bedeutet.

„Wir werden daher die Arbeitergenossenschaften jeder Art, und zwar nicht ohne die Uebung schärfster Kritik darüber, soweit sie eigentliche und alleinige Mittel und Wege zum Emanzipationszweck und Kulturziele der Arbeiterbewegung sein sollen, in jeder Weise begünstigen.

„Mit dem in allen modernen Staaten als Logik geschichtlich wirkender Thatsachen erwachsenen und schon deshalb unabweislichen wie unausweichbaren Arbeiter-Genossenschaftswesen, sehen wir, ist der Geschichte mit Hebelkraft und Massengewicht jener Stützpunkt geboten, worauf, wenn die geistige Leitung und das gemeinsame Kraftgefühl nicht fehlt, die alte Ordnung aus den Angeln gehoben und den modernen Zuständen eine neue Gesellschaftsform aufgeprägt werden wird.

„Jawohl! Dieses Genossenschaftswesen wird die Arbeiterklasse zunächst vor den Irrgängen einseitig individualisirender, alles Gemeinleben zersetzender Zeitrichtung bewahren, sie an eine kollektive Initiative und gemeinschaftliche Bestrebung, wenn anfänglich auch nur gruppenweise, gewöhnen, ihr eine Gelegenheit und Schule bieten, die rechten Talente in Leitung, Verwaltung und Gesetzgebung aufzufinden und auszubilden, ihr gründlicher in der Praxis, als je die Theorie vermag, von allen Palliativmitteln jeden Schein der Hinlänglichkeit und der Alleinglückseligmachung abstreifen und sie endlich, durch die ihr gewordene Einsicht, einen wohldurchdachten Selbsterhaltungstrieb und die stete Wucht der Thatsachen, zur allmäligen Vereinigung aller Gruppen drängen, wird endlich die Herstellung eines sicheren, solidarisch haftbaren Ganzen und somit die Vollendung des einheitlichen, freien Volksstaats, gleichsam durch sich selbst bewirken.

„Ebenso wie wir überzeugt sind, daß keine Macht der Welt die Arbeiterbewegung auf längere Zeit aufhalten kann und daß,

wie das Großkapital, diese Gesammtfrucht allzeitiger Arbeit, durch seine Ausbeutungskraft gar wohl „gesetzlicher Weise“ in usurpatorische Hände gerathen ist, baldhin aber durch veränderte Umstände auf dem wahren Rechtswege seinem legitimen Eigenthümer — dem produzirenden Volke — allmälig wieder zufließen wird, so sind wir auch der festen Meinung, daß die thatsächliche Gleichberechtigung aller werkthätigen Menschen am Genuß der Gaben der Natur, Wissenschaft, Kunst und des Gewerbsfleißes durch die hieraus erwachsende Vergrößerung der Konsumtion auch die Vermehrung der Produktion und somit durch die hiernach wiederum gesteigerte Regsamkeit geistiger und materieller Kräfte, stetsfort die Verallgemeinerung und Erhöhung der Kultur zur Folge haben muß.

„Unter Kapital verstehen wir alle angehäuften, nach der heutigen Praxis kapitalisirbaren Werthgegenstände und neben den Schätzen im Schooße der Erde namentlich jeden Grund und Boden — als wichtigstes Erzeugungsinstrument aller Rohstoffe zur Bearbeitung für Nahrung, Kleidung und Wohnung.

„Durch gerechte Regelung des Lohnes für die Vermittlung der Erzeugnisse zum Verbrauche soll die Beseitigung der auf Kosten der Erzeuger und Verbraucher lebenden Spekulation auch die Abschaffung der Anarchie in der Produktion und Konsumtion überhaupt bewirkt werden.

„Ebenso werden wir auch nie, in Behandlung praktischer Fragen, der Spekulation auf dem Gebiete des Geistes (spekulative Philosophie) irgendwie eine Berücksichtigung zu Theil werden lassen.

„Obwohl das Endziel unserer Bestrebungen der Zukunft angehört, werden wir uns dennoch keiner Vernachlässigung der Aufgabe der Gegenwart schuldig machen, sondern allzeit und überall, an Thatsächliches anknüpfend, den Boden der Gegenwart für eine bessere Zukunft vorzubereiten suchen.

„Indem wir zunächst unsere Anschauung mit dem Standpunkt der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen, unsere Grundsätze in Erläuterung und Verbreitung zum Gemeingut Aller zu machen trachten, wollen wir jederzeit, wo es die Verhältnisse ermöglichen, vom Idealismus zum Realismus, von der Theorie zur Praxis übergehen.

„Wir wissen wohl, daß dem Umschwung der Dinge der Umschwung der Geister — der Weltanschauung und Gerechtigkeitsbegriffe — vorangegangen sein muß, daß wir mit dem Sturze der Tyrannei ererbter Vorurtheile, der Wegwerfung des Hemmschuhs fauler Gewohnheiten den Anfang machen müssen.

„Wenn wir für das allgemeine und direkte Wahl- und Stimmrecht, als eine der vornehmsten Waffen zur Erkämpfung der

politischen Emanzipation der Arbeiterklasse einstehen, so wissen wir sehr gut, daß zur richtigen Verwendung dieser Waffe, will man sich nicht selbst damit verwunden, die rechte Kenntniß ihrer Handhabung und vor allen Dingen die volle Freiheit der Bewegung — allgemeine Volksbewaffnung — gehört.

„Wie wir der angeblichen Nationalökonomie, aber eigentlichen Privatökonomie der Glieder der Bourgeoisklasse, die soziale Oekonomie, die Oekonomie des Gemeinwesens gegenüber stellen, so stellen wir unsern zu errichtenden Volksstaat, als Ausdruck des Gesammt-Denkens, Wollens und Schaffens dem individualisirenden, die Gesellschaft in ihre Bestandtheile auflösenden Herrenstaat gegenüber — ja dem modernen Herrenstaat, wo Jeder sachgemäß für sein Dasein vereinzelt kämpfen muß, der Gemeinschaft sich aus Gnade annimmt, wenn er „Zeit hat" oder nebenbei seinen Privatinteressen einen Vorschub zu leisten hofft, in den Rathsälen mehr an seine Privatspekulationen in Eisenbahnaktien, Baumwollenballen u. s. w. als ans Volk denkt, lieber Bankpräsident wird, als Regierungspräsident bleibt, eher sein Talent einer Salinenverwaltung verkauft, als einer Staatsverwaltung widmet, wo endlich in einem allgemeinen „sauve qui peut" (es rette sich wer kann) Alles wild über einander stürzt, im „Kriege Aller gegen Alle" jedes Staatswesen zur Karrikatur, jede Gemeinschaft zum Schattenbild herabsinken muß, wo unsere Zustände stumpfem Chinesenthum anheimfallen müßten, wenn nicht eine regenerirende Jugendkraft die Kultur vor Untergang erretten und ihre Errungenschaften zu höheren und allbeglückenderen Glanzpunkten emporheben würde.

„Diese Regenerationskraft kann aber nicht bei der durch die Zustände befriedigten, ihrem innersten Wesen gemäß konservativen Bourgeoisie, sondern nur bei dem unterdrückten, nach Umgestaltung sich sehnenden Proletariat — der Arbeiterklasse — im Schooße der großen Mehrheit des Volkes gesucht und gefunden werden — ja, die sich hierzu von selbst schon rüstig eingestellt hat.

„Die untrüglichen Gewährschaften für die Existenz, Fortpflanzung, das Recht und die Wohlfahrt des Einzelmenschen und der Familie, sowie für den Lohn quantitativer und qualitativer Leistung ergeben sich durch die Gesammthaftbarkeit aller Staatsmitglieder in engerem und aller Kulturvölker in weiterem Sinne.

„Die persönliche Freiheit wollen wir nicht, wie sie der Vorstellung der Bourgeoisie zu Grunde liegt und in der heutigen Gesellschaft praktizirt wird, nach dem Maße des Privatbesitzes, wobei man Geld und Gut mit Verstand und Kenntnissen, Dünkelhaftigkeit mit Ueberlegenheit, Uebervortheilung mit Berechtigung,

Willkür mit Freiheit, Vornehmthuerei mit seinem Geschenke u. s. w. verwechselt, gelten lassen; sondern wir wollen jedem Menschen ohne Unterschied die gleiche persönliche Freiheit verschafft wissen, indem ihm die geistigen und materiellen Mittel geboten werden sollen, sie in Unabhängigkeit und Vernünftigkeit anzuwenden — nur zu thun, was Jedem nützt und Keinem schadet — was, weil allgerecht, auch allvernünftig und allsittlich ist und jeden einsichtsvollen Egoismus zufrieden stellen wird.

„Nur wo Jeder durch materielle Unabhängkeit so viel Freiheit wie jeder Andere ausüben kann, herrscht thatsächliche Gleichberechtigung und Allgerechtigkeit.

„Wie die derzeitige Theorie der „freien Konkurrenz" ins Praktische übersetzt, Kapitalmonopolisirung heißt, so bedeutet die Bourgeoislehre von der „persönlichen Freiheit" die Kapitalherrschaft — Herrenfreiheit und Arbeitssklaverei — Volksknechtschaft.

„Wenn die mittelalterliche Weltanschauung in frommem Ernst und Konsequenz die Verantwortlichkeit für die Ungerechtigkeiten zeitweiliger Zustände einer göttlichen Anordnung ganz zuschob, dies in Inkonsequenz und Heuchelei von der modernen, offiziell gepflegten Weltanschauung heute noch theilweise geschieht, so machen wir dagegen die Menschheit für alle Gebrechen und Ungerechtigkeiten der gesellschaftlichen Zustände ganz allein verantwortlich.

„Darum beruht unsere Moral nicht auf Glauben, sondern auf Wissen, nicht auf Gnade, sondern auf Selbsthilfe, nicht blos auf Unterlassung des Bösen, sondern auf Schaffung des Guten.

„Wir erkennen keine zweifache Lebensaufgabe, eine für das leibliche und eine andere für das geistige Wohl — „das Seelenheil" —, sondern nur die vom Standpunkt der Wissenschaft gerechtfertigte Einheit aller menschlichen Lebensregungen an.

„Wir trennen nicht die soziale von der politischen Frage, nicht die Gesellschaft vom Staate, sondern fassen sie in einen und denselben Gedanken zusammen, der das Wesen des Menschen ganz erfüllt und in seiner Ausführung die Bedürfnisse des Leibes, Geistes und Gemüths harmonisch befriedigt, zu kraftvollem Schwunge erhabenster Gesinnung werkthätiger Religiosität zur höheren „Poesie des Lebens" befähigt.

„Wir wissen, daß durch die Reibung der Gegensätze das Licht der Wahrheit entzündet und dem Entwicklungsprozeß der Weltgeschichte Energie und Gebärungsstoff verliehen wird.

„Für uns ist der Weg der Kulturgeschichte der Weg aus dem Reiche der Finsterniß (Hölle), der Unwissenheit und Rohheit, des

Irrthums und der Bosheit in das Reich des Lichts (Himmel), der Wissenschaft und Bildung, der Erkenntniß und Liebe.

„Wir werden tolerant sein, andern Meinungen nur die Kraft der Wahrheit entgegenstellen; denn wir wollen überzeugen und nicht zwingen, belehren und nicht bethören, demokratisiren und nicht demagogisiren, wollen moralisiren und disziplíniren, durch selbständige Gesammterkenntniß zu innigem Gemeinverständniß, durch Gesammtwillen zur Gemeinthat gelangen; wollen durch die Selbstthätigkeit Aller — wo Jeder nach Kraft und Befähigung seinen Platz findet, ein passendes Bruchstück zum großen Ganzen zu liefern — den künftigen Zuständen in Form und Inhalt den Stempel des Gleichgewichts und der Harmonie aller geistigen und materiellen Schöpfungen aufgedrückt wissen.

„Dies kann jedoch nur geschehen, wo der durch Wahrnehmung der Thatsachen in Ursprung und Wirkung erwachsende Gedanke, zugleich der ideale Zielpunkt unserer Kultur, mit den Interessen der unterdrückten Klassen und dem Bedürfnisse hochherziger und opferwilliger Menschen in Uebereinstimmung steht.

„Was wir unter einem leitenden Gedanken des Geschichtsganges, die Zustände umgestaltenden Zeitgeist verstehen, kann nie die Erfindung und das Eigenthum dieses oder jenes Kopfes, sondern nur die Schöpfung und das Gemeingut zeitweiliger Generationen sein, um, wie es selbst aus überliefertem Material geschöpft, als vermehrtes und veredeltes Werk das Erbtheil kommender Geschlechter, also wiederum eine weitere Staffel zu immer höheren Kulturzuständen zu werden.

„Wir werden keine alleinseligmachende Weltbeglückungssysteme aufstellen, keine fertigen Universalerlösungsmittel in Vorschlag bringen, sondern immer nur thatsächlichen Entwicklungen die Bahn beleuchten, bestehende Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen und so die Kulturgeschichte, wie es stets geschieht, ihren Beruf durch sich selbst erfüllen lassen.

„Freilich muß erst der veraltete Geist gestorben, müssen erst die Zwingburgen in Trümmer gefallen und die Schutthaufen weggeräumt sein, ehe der Neubau endgiltig geplant und thatsächlich in Angriff genommen werden kann.

„Und obwohl unser Gang ein friedlicher, so werden wir dennoch, wo uns brutale Gewalt in den Weg tritt, nicht bei Worten stehen bleiben und immer und überall den Rath geben, sich eisenbewaffnetem Feinde mit andern Dingen als Redesalven, Weihwedel und Rosenwasser entgegen zu werfen."

Das zweite von Stuttmann eingebrachte Amendement will die Worte: „Die politische Befreiung ist das unentbehrliche Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klasse" ersetzt wissen durch die Worte: „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Voraussetzung zur ökonomischen Befreiung ꝛc."

Feierabend (München) fürchtet, daß es den Vereinen in Folge der unfreisinnigen Gesetze in verschiedenen deutschen Staaten schwer oder unmöglich sein werde, sich in politische Vereine umzugestalten.

Bahlteich (Dresden) verweist auf die Geschichte des Verbandes. Derselbe habe sich früher gegen die Behandlung der sozialdemokratischen Fragen erklärt; jetzt sei die Mehrheit der Vereine für ein sozialdemokratisches Programm. Das möchten die heutigen Gegner bedenken; auch sie könne die Wandlung erfassen. Er will eine Verständigung, aber keine Verständigung um jeden Preis. Bei der Wahl eines Programms müsse man sich für dasjenige der Internationalen Assoziation erklären: dasselbe biete den Boden, auf dem die verschiedenen Parteien in der Arbeiterbewegung sich zu vereinigen vermöchten.

Thorade (Oldenburg): Wir wollen Politik in den Vereinen; aber wir wollen uns nicht über einen Leisten schlagen lassen. Ich bin Zentralist und Gegner des Programms der föderalistischen Demokratie. Wir wollen die vollste Freiheit eines Jeden, nach seiner Façon selig zu werden. Redner eifert gegen die ewige Bezeichnung: Bourgeois. Was man damit wolle? Er selbst sei kein eigentlicher Arbeiter, aber er habe Jahre lang für die Arbeiter gewirkt und thatsächliche Erfolge errungen, er sei vielleicht das Schrecklichste, was sich ein Arbeiter vorstelle, er sei ein — Bankier! Er schließt mit der Aufforderung: „Lehnen Sie das Programm ab und lassen Sie sich nicht bestricken durch den dämonischen Zauber — der Phrase!"

Kirchner (Hildesheim) befürwortet als „Lassalleaner" die Annahme des Programms, weil er überzeugt ist, daß sich die Arbeiter dadurch auf dem rechten Boden befinden. Er schildert die Noth vieler Arbeiter, welche nicht genug verdienen, um sich zu ernähren und die langsam Hungers sterben. Wo der fleißige Arbeiter nicht genug verdiene, sei er durch Noth gezwungen, seine Kräfte rasch aufzuzehren, seine Gesundheit zu zerstören und dadurch zum Verbrecher an sich selbst, an Weib und Kind zu werden. Daß dies der Fall sei, gehe daraus hervor, daß in den Weberdistrikten das mittlere Lebensalter der Arbeiter weit unter demjenigen der besitzenden Klassen zurückstehe. Da noch von Selbsthilfe zu reden, sei direkte Dummheit. Da sei der einzige Weg, Hilfe zu bringen, das Zusammenstehen aller Arbeiter allerorts. Und das empfohlene Programm bilde den Boden, auf dem dies geschehen könne; es führe zu einer allgemeinen Organisirung, und nur mit ihr sei solcher Noth abzuhelfen. „Auf diesem Boden hören die kleinen Skrupel auf, da fühlt und erkennt der Arbeiterstand seine Macht und da ist mit einer gemeinsamen Organisation das Arbeitervolk ein Löwe, dessen Tatzen nicht mehr gefesselt sind; der sie zu gebrauchen weiß."

Hochberger erklärte zunächst, den Werth der Internationalen Assoziation nicht kritisiren zu wollen, aber soviel stehe fest, daß ihre Ideen in gegenwärtiger Zeit nicht die mindeste Aussicht auf Verwirklichung hätten; sie seien eben ein Phantom. Warum man nun mit solchen Geschichten einen Verband sprengen wolle, der unter verständiger, besonnener Leitung Bedeutendes leisten könnte? Statt nutzlose Programme aufzustellen, solle man lieber etwas für die Konsumvereine thun. Die heutige Gesetzgebung in Deutschland verbiete allerdings nicht die Annahme des Programms und die Thätigkeit im Sinne desselben, allein wie leicht könnten doch dabei gesetzliche Schwierigkeiten und Kollisionen mit den Behörden auftauchen? Die Aeußerung eines Vorredners, daß die Arbeitervereine, weil sie programmlos gewesen seien, ein Werkzeug für die Intriguen der nationalliberalen Partei geworden seien, weise er mit Entrüstung als Infamie zurück. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Die Arbeitervereine hatten sich eben dieser Partei freiwillig, ja fast unbewußt, angeschlossen, weil sie ihren Standpunkt für den richtigen hielten. Der Beitritt zur Internationalen Assoziation würde die schöne Blüthe der Vereine wieder auf eine lange Zeit zerstören und eine Reaktion der finstersten Art hervorrufen. Die Fürsprecher des Programms sprächen von Einigkeit, aber was sie erzielten, sei Trennung.

Karl Hirsch (Berlin): Man hört sonderbare Anschauungen: Arbeitervereine, die sich nicht mit Politik beschäftigen sollen, damit der konservative und der reaktionäre Mann sich neben dem demokratischen bewegen könne! Ist's denn auf diese Weise möglich, irgend ein bestimmtes Ziel zu verwirklichen, ja nur irgend bestimmte, klare politische Ideen ins praktische Leben zu bringen? Andere wünschen mit Venedey wohl, daß etwas Bestimmtes seitens der Arbeitervereine auch in politischer Beziehung geschehe, aber zur Zeit könne dies eben nur ein Wunsch bleiben, denn die Arbeiter seien noch nicht reif. Nun ja, wann sollen sie denn reif werden, an der Besserung ihrer Lage selbst mitzuarbeiten? Wenn sie in ihren Bildungsvereinen genügend unterrichtet worden, wie man Tintenklexe vertilgt, Ellipsen konstruirt, französisch liest und dergleichen? Es ist sündhaft, wie man die Leute zur Vergeudung ihrer edlen Ziele durch solche Spielereien veranlaßt, indeß sie dabei stets in ihrem Elend weiter leben müssen. Gründen Sie hunderttausend Arbeitervereine zu solchen Zwecken, und Sie leisten der großen Sache, für die wir kämpfen, um keinen Deut Nutzen. Wohl machen wir mit unserm Programm auch nicht sofort alle Fragen eben, aber wir bringen den Arbeiter zur Klarheit über seine Lage und zeigen ihm das Mittel, das er nur benutzen darf, um sich zu helfen.

Schultze (Hamburg) verliest ein Votum des Hamburger Vereines, das in politischer Richtung dem Programm zustimmt, aus-

sozialen Gründen (Absatz 2) sich gegen dasselbe erklärt. Die Hamburger könnten sich selbst dann nicht für das Programm aussprechen, wenn durch dasselbe dem politischen Kampfe die nöthige Energie verliehen werden könnte.

Hartung (Wien) führt an den österreichischen Verhältnissen, wo der deutsche Arbeiter mit dem anderer Nationalität in einer Werkstätte zusammen arbeite und dabei einsehen lerne, daß jedem Mund die gleiche Klage, die gleiche Sehnsucht nach Hilfe entströme, aus, wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gar keine andere sein könne, als eine internationale. Weil man die nationale Zusammengehörigkeit seither zu sehr vernachlässigte, war es so leicht möglich, den Nationalitätenhader aufzustacheln und die Arbeiter zu verleiten, kurzsichtigerweise gegen sich selber zu wüthen. Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen die nationalliberale Fraktion, deren Entgegenstemmen gegen den mächtigen Strom der Entwicklung ihren eignen Untergang nur beschleunigen und leider mißleitete Arbeiter mitreißen werde; wenn sie auch diesmal noch den Beschluß zu ihren Gunsten durchsetzen könnte, das nächste Mal werde ihre Macht sicherlich doch zu Ende sein, das sei nur eine Frage der Zeit.

Rögner (Nürnberg) spricht gegen die Annahme des Programms.

Greulich: Wenn man sich durchaus allgemein halten will und nach dem Ausspruche der Gegner gar kein Programm nöthig ist, so wundert es mich, daß man noch nicht die katholischen und protestantischen Jünglings- und Gesellenvereine mit in den Verband hineinziehen will. Da dies nicht der Fall ist, so geben also selbst die Gegner thatsächlich zu: daß eine entschiedene Richtung nothwendig ist. Nach dem Antrag Venedey's, die Internationale Arbeiter-Assoziation, als Vorposten der Arbeiter, aufzumuntern, ohne mitzuhandeln, ist doch nur eine lächerliche Inkonsequenz. Die Arbeiter sind bis jetzt mit Phrasen beherrscht worden. Wer heute noch Selbst- und Staatshilfe trennt, beweist seinen Unverstand. Der Militärstaat kann nur den Junkern, Pfaffen und Kapitalisten helfen — und muß uns Arbeiter ausbeuten, da er allein für sich 80 Prozent seiner Einnahmen und einen großen Theil der besten Arbeitskräfte zu seiner Unterhaltung als blos fressenden Moloch braucht. Uns kann blos der demokratische Staat helfen, der Geld übrig hat zur Lösung der sozialen Frage, zur gerechten Erledigung der Schulfrage, und, meine Herren, in einem solchen Staate, wo die Interessen Aller zu gerechter Geltung kommen, da giebt es keinen Unterschied zwischen Selbst- und Staatshilfe. — Bei uns in der Schweiz spricht kein Mensch mehr von diesen albernen Wörtern, was ich als Zeuge der Züricher Verfassungsbewegung aus eigner Erfahrung versichern kann. Wir betrachten die Genossenschaften als

eine nothwendige Schule der Selbstregierung, in der die Arbeiter lernen sollen, die größte Genossenschaft, den Staat zu erfassen und durch unmittelbaren Antheil der Gesetzgebung ihrem Interesse und dem der ganzen Gesellschaft dienstbar zu machen: denn das Interesse der Gesammtheit ist maßgebend. Das ist freilich „Ideal-Politik", doch nicht unmöglich; um sie nun zu realisiren, muß man sie schlechterdings ganz erfassen, ganz wollen und nur mit guten Mitteln anstreben. Wer Schmutz berührt, der besudelt sich, ein unredliches Mittel zersetzt den guten Zweck, und darauf hin zielt der Ausdruck im internationalen Programm: „Wahrheit, Gerechtigkeit und Moral in Verkehr und Umgang mit allen Menschen." Diese Politik wird die Bruderliebe als neuen Faktor auf die Weltbühne bringen, sie wird die alten Tempel niederreißen und auf das Naturgesetz der Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt, ein neues Gebäude errichten, in dem nicht blos die Auserwählten, sondern alle Menschen Platz haben. Es ist Zeit, ihr deutschen Arbeiter, daß ihr die geschändete deutsche Ehre wiederherstellt und gegenüber der Gewalt von oben her euch nicht als todte, widerstandslose Masse, sondern als lebenskräftige, charakterfeste Männer erweiset.

Krebs (Berlin) ist gegen das Programm und für den Antrag Venedey's, weil die wirthschaftliche Frage und Besserung für den Arbeiter die Hauptsache sei.

Pfeiffer (Stuttgart)*) spricht nur, weil er es mit der Sache ehrlich und gut meine. Er versteht die Bewegung nicht mehr (!); sie werde immer verworrener, man strebe nach den verschiedensten Seiten hin, während doch allen Parteien derselbe Gedanke zu Grunde liege und liegen müsse (!). Durch das neue Programm käme nur noch größere Unklarheit in die Sache, es sei nicht deutsch und lasse gar nicht absehen, wie es ausgeführt werden solle. Es gehe mit dem „demokratischen Staat" um die Republik herum; warum sage man lieber nicht gleich ehrlich, daß man die Republik wolle? Man vermöge nicht einmal die Freiheit der Koalition zu erringen, das Nöthigste für den Arbeiter, wie wolle man nun gar den demokratischen Staat bekommen? Es sei ein Programm von Phrasen, man kommt nicht vom Fleck damit, es passe nicht für die Arbeitervereine. Erst müsse man Bildung und Erkenntniß verbreiten, das führe wohl langsam, aber doch zum Ziel. Redner erklärt sich schließlich für Venedey's Antrag.

Liebknecht: Keiner der Gegner hat unser Programm einer Kritik unterworfen, ich habe es daher auch nicht im Einzelnen zu

*) Dr. Eduard Pfeiffer — ein damals vielgenannter Vertreter der Schulze-Delitzsch'schen „Volkswirth"-Richtung, Arbeiterfänger, Bismärcker und Nationalliberaler, jetzt verschollen, wenn auch noch lebend. (1894.)

vertheidigen. Statt die aufgestellten Prinzipien zu bekämpfen, hat man an die Furcht appellirt. „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen", sagte ein „großer Staatsmann", der für unsere Gegner eine sehr hohe Autorität ist. Der Appell an die Furcht vor dem Polizeidiener wird unsern Arbeitern nur ein mitleidiges Lächeln entlocken.

Man hat uns ferner einschüchtern wollen durch das Wort: Ihr arbeitet der Reaktion in die Hände. Wir haben das Wort schon oft gehört. Und zwar im Munde der preußischen Fortschrittspartei. Es heißt nichts anderes, als: wir wollen keine Aktion, und wozu dies in Preußen geführt, das zeigt die traurige Geschichte der letzten Jahre. Aus angeblicher Angst vor Reaktion hat man jede Aktion vermieden und der Reaktion, indem man ihr freies Spiel gab, so recht con amore in die Hände gearbeitet. Bei dem Vermittlungsantrag Venedey's halte ich mich gar nicht auf. Die hier Anwesenden sind sich wohl Alle bewußt — die meiner Partei sind es unzweifelhaft —, daß die Programm-Frage zum Austrag kommen muß und daß, wenn es heute nicht geschieht, der Vereinsverband einfach zu einem Siechthum von einem Jahre verurtheilt wird und beim nächsten Arbeitertag die Trennung sich doch vollziehen muß. Die Frage darf nicht vertagt werden, wir werden keine Fortsetzung des Kompromisses mit den der Arbeitersache feindlichen Elementen dulden.

Der eigentliche Streitpunkt, um den es sich handelt, ist die Untrennbarkeit der politischen und sozialen Bewegung. Keiner der gegnerischen Vorredner hat zu widerlegen versucht, was der Berichterstatter und Andere über die Lage der Arbeiterklasse, über die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital gesagt haben. Die im Bericht angeführten Thatsachen sind England entnommen. Der Eine oder Andere wendet vielleicht ein: „ja das sind ja englische Zustände."

Nun — Marx, an dessen großes, die Sozialdemokratie zuerst wissenschaftlich begründendes Werk, „das Kapital", sich Keiner der sonst so lauten Bourgeois-Oekonomen gewagt hat — auch nicht mein Herr Vorredner Pfeiffer —, bemerkt irgendwo, wenn es für Deutschland eine Statistik gäbe, würde es sich herausstellen, daß die Lage der deutschen Arbeiter vielfach eine noch schlimmere ist, als die der englischen. Die Streiflichter, welche hier und da auf unsere Arbeiterverhältnisse fallen, bestätigen dies. Dr. Kirchner, der vorhin sprach, theilte als Resultat seiner Erfahrungen mit, daß ein Theil der deutschen Arbeiter nicht hinlängliche Nahrung mit ihrem Lohn kaufen könne, und darum physisch zu Grunde gehe. Eine Broschüre, die ein sächsischer Arzt, Dr. Michaelis, veröffentlicht hat, stellt fest, daß die mittlere Lebensdauer der sächsischen Weber, Strumpfwirker u. s. w. zwischen

12 und 13 Jahren schwankt, also nicht die Hälfte des von Dr. Engel für Preußen ermittelten Durchschnitts erreicht, und daß diese ganze Bevölkerung aus Mangel an genügender Nahrung den langsamen Hungertod stirbt. Und einer Klasse, die sich in solcher Lage befindet, wollen Sie mit Palliativmittelchen kommen, mit Konsumvereinen u. s. w.? Da würde sich bestenfalls das Märchen wiederholen: wenn das Brot von dieser Saat gebacken wird, ist das Kind längst todt. Hier können nur die großen Mittel helfen. Die konzentrirte Macht der Gesammtheit, d. h. der Staat allein kann die soziale Frage lösen: den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beseitigen, den Arbeiter, der jetzt verhungert, während er den sogenannten Nationalreichthum schafft, aus einem Lohnsklaven zu einem freien Menschen machen. Aber der Staat ist heute in den Händen der besitzenden Klasse; er ist die politisch organisirte Klassenherrschaft. Die Umformung des Staats im Sinne der Gleichheit und Gerechtigkeit ist daher die nothwendige Voraussetzung der Arbeiter-Emanzipation. Und das haben die deutschen Arbeiter endlich begriffen, und weil sie es begriffen haben, entfalten sie das Banner der Demokratie. Sie, meine Herren (zu den Nationalliberalen gewendet), haben den Zusammenhang der politischen und ökonomischen Fragen längst begriffen, und demgemäß Ihre politische Parteistellung genommen. Der Verrath, den Sie, die Sie sich Liberale nennen, dadurch, daß Sie sich zu Schleppenträgern Bismarck's gemacht haben, an Ihren eigenen Prinzipien begehen, er findet seine Erklärung in der Thatsache, daß Sie an Ihren gesellschaftlichen Privilegien festhalten, den Arbeitern nicht gerecht sein wollen. Sie haben sich Bismarck in die Arme geworfen, um sich und Ihre Klasse seiner Hilfe gegen die Arbeiter zu versichern. In Frankreich erlebten wir dasselbe. Sobald die Arbeiter nach der Februarrevolution mit ihren sozialen Forderungen hervortraten, verschloß die Bourgeoisie ihnen das Ohr, die Junischlacht kam; die Bourgeoisie badete sich in dem Blute der Arbeiter, sie siegte und besiegte ihr eigenes Freiheitsideal. Das Fundament der Republik war zerstört, und wenige Jahre nachher küßte die Bourgeoisie die Zuchtruthe des von ihr gehaßten und verachteten Bonaparte, ganz wie die deutsche Bourgeoisie heute die Zuchtruthe Bismarck's küßt.

Und während Sie, meine Herren, Ihre politische Parteistellung wesentlich als Feinde der Arbeiter gewählt haben, muthen Sie ihnen zu, die politische Frage von der sozialen zu trennen! Die Arbeiter sollen sich mit Politik beschäftigen, Sie sind so gnädig, ihnen das zu erlauben, aber sie sollen in ihren Arbeitervereinen keine bestimmte Parteipolitik treiben. Mit anderen Worten, sie sollen fortfahren, Ihre Politik zu treiben, die Politik der Bourgeoisie, der Feindin der Arbeiter. Von Ihrem Stand-

punkt haben Sie recht; solange die Arbeiter Ihrem Wunsch gemäß handeln, sind sie an Ihrem Gängelbande. Und das muß nun enden. Weil die soziale und politische Frage untrennbar sind, erheischt das Interesse der Arbeiter, daß sie sich von ihren sozialen Gegnern auch politisch trennen.

Oder wollen Sie noch leugnen, daß Sie, die Bourgeoisie, soziale Gegner der Arbeiter sind? Können Sie leugnen, daß das, was Sie Nationalreichthum nennen, d. h. Ihr Reichthum von einem Proletariat erzeugt wird, welches Sie auf Hungerlöhne reduzirt haben, und daß dieser „Nationalreichthum" in Wirklichkeit Nationalverarmung ist? Wir haben hier einen Hauptvertreter der Bourgeois-Oekonomie (Herr Pfeiffer) — hat er, ich meine nicht blos hier in diesem Saal — auch nur einen Versuch gemacht, den von Marx geführten Beweis, daß das Kapital der Bourgeoisie das Produkt nichtbezahlter Arbeit, also eines an den Arbeitern begangenen Diebstahls ist, zu erschüttern? Auch kein anderer Vertreter der Bourgeois-Oekonomie hat eine Widerlegung der Marx'schen Deduktion versucht — man hat gegen Marx den bequemen Weg des Todtschweigens betreten; aber es soll Ihnen nicht mehr gelingen, und in Ihrem Schweigen erblicken wir das Eingeständniß, daß die Wissenschaft nicht auf Ihrer Seite ist, sondern auf unserer.

Genug — die Zeit der Gängelung ist vorüber, die Arbeiter sind zur Erkenntniß gelangt, daß ihr Interesse nicht das der Bourgeoisie ist, und daß es politischer Selbstmord wäre, wenn sie sich länger von ihr ins Schlepptau nehmen ließen.

Es ist ein schwerer Kampf, den die Arbeiterklasse zu kämpfen hat. Aber das Ziel ist auch ein glorreiches: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals — Abschaffung der Lohnarbeit, Durchführung des Kooperativprinzips, Niederwerfung der Klassenherrschaft durch Schaffung eines freien, auf Gerechtigkeit gegründeten Staats. Um den Kampf mit Erfolg führen zu können, bedürfen wir einer festen Organisation. Eine Organisation ist aber nicht möglich ohne festes Programm. Man hat uns vorher zur Einigung gemahnt. Gut — Einigung mit den Freunden, aber Trennung von den Feinden! — — Meine Herren! Nehmen Sie den Antrag des Vororts an; er giebt uns die Möglichkeit der Organisation, und die Gewißheit des Sieges.

Mit Bezug auf eine Aeußerung Pfeiffer's erklärte Liebknecht noch: Herr Pfeiffer kann es nicht verstehen, daß die Volkspartei, welche in Wien der Sozialdemokratie feindlich entgegengetreten, hier in Nürnberg die Sozialdemokratie unterstütze. Das glaube ich gern, denn was er nicht verstehen kann, ist einfach nicht wahr. Die „Volkspartei" als solche hat mit der gegenwärtigen Programm-

frage absolut nichts zu thun; und die Volkspartei als solche ist in Wien den Arbeitern nicht feindlich entgegengetreten. Für das, was einzelne Mitglieder thun, ist die Gesammtheit der Partei nicht verantwortlich. Die Volkspartei in Sachsen, der ich anzugehören die Ehre habe, hat jedenfalls ihrer großen Mehrzahl nach das Auftreten der Arbeiter in der Sperlversammlung*) gebilligt. Die soziale Frage gehört überall auf die Tagesordnung, wo die deutsche Frage verhandelt wird. Die sozialistische Arbeiterbewegung geht ihren eigenen Gang; sie ist durch und durch demokratisch — demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrücke —, und da die Arbeiter das Gros des Heeres der Demokratie bilden, ist es nicht an *ihnen*, sich der Demokratie anzuschließen; sie *sind* die Demokratie, und die demokratische Volkspartei hat sich einfach mit der demokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen.

Die namentlich vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des vom Vorort vorgeschlagenen Programms mit den Amendements von Eichelsdörfer und Genossen mit 69 gegen 46 Stimmen (von den Vereinen haben 61 für, 32 gegen das Programm gestimmt), worauf die unterlegene Fraktion unter Protest das Lokal verließ und für Montag früh eine eigene Berathung ansetzte. Den Protest haben 25 Vereine unterzeichnet.

Das angenommene Programm lautet wörtlich:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für *gleiche Rechte und gleiche Pflichten* und für die Abschaffung *aller Klassenherrschaft*.
2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.
3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die

*) Die Sperlversammlung — am 2. August 1868 — fand anläßlich des dritten deutschen Bundesschießens, das damals in Wien gefeiert wurde, statt, und sollte im Sinne der bürgerlichen Volkspartei ausgebeutet werden, was aber durch die Arbeiter verhindert wurde, die, ohne feindlich zu sein, den sozialistischen Standpunkt betonten und als selbständige Klassenpartei auftraten. (1894.)

soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

„daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft giebt und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation."

Die zweite Sitzung am Montag, den 7. September, wurde um 8 Uhr eröffnet. Die Gegner des Programms fehlten. Zunächst wurde ein Antrag des Zwickauer Volksvereins angenommen, welcher lautet:

„Die Volksvereine können mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Arbeitervereine in den Verband der deutschen Arbeitervereine treten."

Der Vorsitzende verliest eine Einladung der Berner Friedens- und Freiheitsliga zum Besuche des Berner Kongresses. Eichhoff bedauert anzeigen zu müssen, daß Herr Eccarius, Vertreter des Generalraths der Internationalen Assoziation, abzureisen genöthigt gewesen sei und begrüßt die Versammlung in dessen Namen. Niethammer (Delegirter der württembergischen Volkspartei) fordert auf, Delegirte zu dem am 18. und 19. September in Stuttgart stattfindenden Kongresse der deutschen Volkspartei zu senden. Er erklärt sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Die Demokratie müsse sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie eine ehrliche Demokratie sein wolle.

Im Auftrag der französisch redenden Arbeiter in Genf verlas Herr Bütter von Genf „zur Klärung der Programmfrage" folgende Ansprache:

„Als Vertreter der Internationalen Arbeiter-Vereinigung der französischen Sprache — der welschen Sektion — zu Ihnen gesendet, werde ich Ihnen sagen, was wir wollen: Unser Endzweck ist die Herstellung der menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit, der wirklichen Gerechtigkeit ohne Vorzug der Geburt, der Nationalität oder des Besitzes, bei vollkommener

Anerkennung des Talentes, des Fleißes, des wirklich Geschaffenen. — Es ist Unkenntniß der Thatsachen oder Verleumdung, wenn man der Arbeiterbewegung den Zweck zuschreibt, sie wolle, nachdem die Klassen, die da heißen: Adel, geistliche Macht und Bourgeoisie, ihre Zeit der Herrschaft gehabt haben, an ihre Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse herbeiführen. Wir wollen durchaus nicht die Herrschaft irgend einer Klasse, sondern die Gleichberechtigung Aller. Als einfache und nothwendige Folge ergiebt sich, daß wir die sogenannten bürgerlichen Freiheiten, wie Rede- und Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Gleichheit vor dem Gesetz, Selbstbestimmungsrecht und Gewissensfreiheit als angeborene Menschenrechte anerkennen und zur Geltung bringen wollen. Was wir aber ebenfalls als natürliches Recht hinstellen, ist das, was mit den Worten: Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte! auf der Fahne der Internationalen Arbeiter-Vereinigung steht und was ins Volkswirthschaftliche übersetzt annähernd heißt: dem Produzenten gehört der Ertrag des Produzirten. Als nächstes Mittel zum Zwecke streben wir nach Aufklärung, besonders der arbeitenden Klasse über die soziale Frage, ihre Verbrüderung zu gemeinsamem Wirken. Ohne die Stützen, welche Konsum-, Kredit-, Krankenkassen und ähnliche Vereine zu Zeiten für einzelne Leute oder Kreise haben mögen, von uns zu weisen, können wir jedoch diese Einrichtungen entschieden nur als Palliativ-Mittel betrachten, d. h. als Mittel, die wohl dem Individuum vorübergehend helfen, nie aber bei unseren volkswirthschaftlichen Zuständen die Gesammtheit der Arbeiter aus ihrer gedrückten und abhängigen Lage zum berechtigten menschenwürdigen Dasein erheben können. — Es wäre unvernünftig, wollten wir von den uns in ihren Interessen feindlich gegenüberstehenden Klassen Rettung verlangen. — Wir sind deshalb fest entschlossen, unser Heil nur in uns selbst zu suchen und in dem Anschluß an solche Elemente, die offen Zweck und Ziel mit uns theilen. Durch lange und harte Erfahrungen gewitzigt, wird der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Schlachten der Bourgeoisie, sondern seine eigenen schlagen. — Was zunächst erreichbar und daher vorerst anzustreben wäre, darüber haben unsere früheren Kongresse Aufschluß gegeben und wird der jetzt in Brüssel tagende Kongreß sich noch weiter erklären. — Ich nenne hier nur außer den bürgerlichen Freiheiten: Beseitigung des Militarismus und Einführung der Volkswehr mit demokratischer Organisation, außerdem Trennung der Kirche vom Staate, Reorganisation des gesammten Schulwesens in der Weise, daß es auch dem Mittellosesten, dem Armen, möglich wird, seine natürlichen Anlagen im weitesten Sinne des Wortes zur vollen Ausbildung zu bringen. Ferner Pflicht der Arbeit für Alle,

sei es Arbeit des Geistes oder der Werkstätte und des Feldes, Aufhebung aller indirekten Steuern, einschließlich Grundsteuern, und Einführung einer einzigen Steuer: der proportionellen progressiven Einkommensteuer. Die Uebereinstimmung der Ideen und der Gesinnung unter den Arbeitern der verschiedenen Länder Europas die Zustimmung der Arbeiter der amerikanischen Union ist es, worauf unsere Friedenshoffnungen beruhen: Wir wollen den Frieden hergestellt zur Entwicklung der Industrie und des Handels und zur Ausbildung des Volkes durch die Volkssouveränetät.

Arbeiter Deutschlands! Heute tritt der Kongreß der Internationalen Arbeiter-Vereinigung zusammen. Alle Länder Europas werden dort vertreten sein. Die französischen Arbeiter haben deshalb beschlossen, trotz des entgegenstehenden Verbotes der kaiserlichen Regierung, sich dort gleichfalls vertreten zu lassen, um sich an der Berathung ihrer Interessen zu betheiligen. Und dürfte es zu viel behauptet sein, daß diese Versammlung von Delegirten der Arbeiter von ganz Europa durch die Weisheit ihrer Beschlüsse ein schiedsrichterlicher Senat von Europa zu werden verspricht? Ja, dieser Kongreß wird auf der Grundlage der ewigen Prinzipien der französischen Revolution von 1789 und der geheiligten Interessen der Arbeit, welche Ordnung, Sicherheit der Person und Freiheit verlangen, den Völkerfrieden dekretiren, und Europa wird die Beschlüsse dieses Kongresses nicht unbeachtet lassen dürfen. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, es ist sogar eine Ehrensache für sie und ihre heiligste Pflicht, sich an dem großen Werke zu betheiligen, das zum Zweck hat:

> Die Errichtung der neuen, der wahren menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit und Gerechtigkeit.

Der Arbeitertag ernannte hierauf eine Kommission, bestehend aus den Herren Schweichel, Ladendorf, Liebknecht und Stolle, welche den gestern eingegangenen Protest prüfen und die dagegen für angezeigt erachteten Schritte der Versammlung in Vorschlag bringen sollte. Um 10 Uhr fanden die ausgetretenen Gegner sich in der Versammlung ein und ihr Vertreter verlas sofort den gefaßten Beschluß: „Die Unterzeichner des eingereichten Protestes halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der deutsche Arbeiterverein sich gebildet, und können einem Vereine nicht angehören, der auf Grund des gestern angenommenen Programms besteht.“ In Anwesenheit der Herren erstattete Liebknecht hiernach Bericht über den Vorschlag, welchen die obengenannte Kommission dem Arbeitertag mache; er lautet: „In Erwägung, daß der Protest drei bewußte Unwahrheiten und eine Fälschung enthält, geht der Arbeitertag zur Tagesordnung über.“ Liebknecht

wies diese Unwahrheiten sofort nach, indem er darauf aufmerksam machte, daß im Protest behauptet worden, die Abstimmung sei mit Hilfe der Internationalen Arbeiter-Assoziation und der Volkspartei gemacht worden, während die Protestirenden wußten, und ja selbst den Beschluß mit gefaßt hatten, daß die Vertreter dieser Korporationen kein Stimmrecht hatten; daß im Protest unter den Unterschriften ein Wiener Verein (Bäckergesellen) aufgeführt worden, welcher nicht das Recht habe, zu protestiren, da er dem Verband nicht angehöre, 2c. Der Vorsitzende Bebel bemerkte sodann auch zu der eben eingegangenen Austrittserklärung, daß sie unberechtigter Weise mit der Unterschrift des Lindauer Vereins versehen sei, der seit einem Jahre schon aus dem Verband ausgeschieden, und außerdem eine Reihe Unterschriften von Vereinen trüge, die erst in allerneuester Zeit dem Verbande beigetreten und noch keinerlei Beitrag für denselben geleistet haben. Diese verschiedenen leidenschaftslos konstatirten Thatsachen riefen bei den Versammelten des Arbeitertags eine lebhafte Entrüstung hervor, indeß die gegnerischen Herren ebenso unverkennbar verlegen unverzüglich den Saal wieder verließen. Der Arbeitertag fuhr in seinen Berathungen fort.

Sonnemann referirte hierauf im Anschluß an die früheren Verhandlungen über die Errichtung von Altersversorgungskassen; er hob die Schwierigkeiten hervor, welche sich einem selbstständig zu begründenden Institute entgegengestellt hatten, und gab schließlich der Versammlung anheim, ob man nicht den Versuch machen wolle, nach Art der englischen Sparkassen durch Vermittlung der Post eine unter Staatsaufsicht stehende Anstalt zu errichten. Gegen diesen Vorschlag sprachen sich Liebknecht, Bahlteich, Greulich, Tropitz, Künzel u. A. aus, die alle mehr oder weniger sich dem Vorschlage zuneigten, allgemeine Gewerkvereine der einzelnen Gewerbe nach Art der Trades-Unions und des deutschen Buchdruckervereins zu errichten und denselben die Altersversorgungs-, Kranken-, Wanderunterstützungs-Angelegenheiten zu übertragen. Herr Sonnemann zog hierauf seine Anträge zu Gunsten eines aus verschiedenen Anträgen kombinirten Vorschlags zurück, worauf die Versammlung ihm für das reichhaltig beigebrachte Material ihren Dank durch Aufstehen zu erkennen gab. Der hierauf angenommene kombinirte Antrag lautet:

> In Erwägung, daß das Anheimgeben der Verwaltung einer allgemeinen Altersversorgungskasse für Arbeiter an den bestehenden Staat den Arbeiter unbewußt zu einem konservativen Interesse an den bestehenden Staatsformen bringt, denen er keineswegs Vertrauen schenken kann;
>
> in Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungssowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten

durch Gewerksgenossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in zentralisirten Gewerksgenossenschaften thatkräftig zu wirken.

Germann aus Leipzig referirt über die Wanderunterstützungs-Angelegenheit und die Versammlung genehmigt seine folgenden Anträge:

Der Vereinstag wolle den Verbandsangehörigen empfehlen, durch Deputirte des Ortes ein Kollegium zu bilden, welches:

1. eine gute Organisation der Kassen, volle Selbstverwaltung, Vereinigung derselben nach Gewerken in Verbände und Besprechung der Kassen-Interessen in einem geeigneten Organ,
2. Freizügigkeit innerhalb der Gewerkskassen und bankmäßige Bewirthschaftung des Krankenkassen-Kapitals,

anstrebt, außerdem aber auch:

3. die Gründung solcher Kassen anstrebt, an welchen Mangel ist, d. h. für Handwerker, Dienstboten und Arbeiterinnen.

Bürger aus Göppingen beantragt:

Der Vereinstag empfiehlt den Vereinen die Einrichtung von Herbergen und Arbeitsnachweisungen.

Es wird hierauf eine Pause von 2 Stunden gemacht.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 3 Uhr beginnt die Debatte über Beseitigung der indirekten Steuern. Referent Schweichel (an Stelle des ausgeschiedenen R. Krebs aus Berlin) begründet die Resolutionen, welche von Mendel amendirt, in folgender Fassung angenommen werden:

In Erwägung, daß sich die indirekten Steuern jeder Kontrole entziehen, indem sie in einer Weise erhoben werden, welche es dem einzelnen Steuerzahlenden fast unmöglich macht, die Höhe seines eigenen Beitrags zu ermessen;

in Erwägung, daß die indirekten Steuern namentlich die allerunentbehrlichsten Lebensmittel belasten;

in Erwägung, daß solche Steuern in den bestehenden Staatsorganisationen ein wesentliches Mittel sind, die Staatslasten hauptsächlich von den bevorzugten (herrschenden) Klassen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, beschließt der 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine:

Der Verband solle mit unermüdlicher Thatkraft hinwirken auf die Beseitigung jeder indirekten Steuer und auf Einführung einer gerechten direkten Steuer, und ferner solle es daher der Verband seinen Mitgliedern zur Pflicht machen, bei allen Wahlen zur Gemeindevertretung, den

Landtagen ꝛc. nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche für die völlige Beseitigung der indirekten Steuern einstehen.

In der Wehrfrage begründet Referent Liebknecht (an Stelle Bebel's) folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wird.

Der Arbeitertag erklärt:

Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesammt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Theil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Noth und Massenverarmung.

Indem es ferner den Fürsten die Macht giebt, gegen den Willen und gegen das Interesse der Völker Krieg zu führen, überhaupt den Willen der Völker zu mißachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach Außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach Innen. In Erwägung dessen betrachtet es der Arbeitervereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung hinzuwirken.

Zugleich mit dieser Resolution wurden folgende beide Amendements angenommen.

1. Amendement Kröber's: Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten u. s. w. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen.
2. Amendement Ladendorf's: Der Arbeitertag empfiehlt:
   a) Den Vorstand zu beauftragen, alle Mittel zu berathen und in Anwendung zu bringen, die dazu dienen können, die in stehenden Heeren gemißbrauchten Arbeiter, namentlich die ländlichen, über ihre eigentlichen und höchsten Interessen aufzuklären.
   b) Die Volkswehrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstags zu setzen.

Nachdem die Prüfungs-Kommission der Geschäftsführung während des abgelaufenen Jahres Bericht erstattet und dem Vorort die wärmste Anerkennung ausgesprochen hatte, ward Bebel

mit 57 Stimmen gegen 2 auch für das nächste Vereinsjahr zum Vorsitzenden gewählt und durch Akklamation folgende Vertrauensmänner ernannt: Bürger (Göppingen), Eichhoff (Berlin), Eichelsdorfer (Mannheim), Motteler (Crimmitzschau), Sonnemann (Frankfurt), Günther (Speier), Trobitz (Dresden), Stuttmann (Rüsselsheim), Dr. Kirchner (Hildesheim), Löwenstein (Fürth), Oberwinder (Wien), Heinmann (Koburg), Bahlteich (Dresden), Notz (Stuttgart), Krause (Mülsen St. Niklas), Bremer (Magdeburg). — Ein Hoch auf Bebel in Anerkennung seines energischen und unparteiischen Präsidiums schloß um 6 Uhr die Sitzung.

* * *

Der S. 785 angekündigte Protest lautet:

„Protest.

Nachdem die Mehrheit des Vereinstags deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg mit Hilfe von Vertretern der Internationalen Assoziation und Vertretern der Volkspartei ein politisches Programm durchgesetzt hat, sehen die Unterzeichneten sich veranlaßt, folgenden Protest dagegen einzulegen:

I. Die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine, welche nach dem Programm des ersten Vereinstags die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes bezwecken, können nicht durch weittragende Programme gefördert werden. Die Erörterung solcher Programme, die auf ein mehr oder weniger klares staatliches und gesellschaftliches Zukunftsideal verweisen, müssen nothwendiger Weise den Eifer für die auf Selbsthilfe gegründeten Vereinigungen lähmen und sind nur geeignet, an die Stelle rüstiger Arbeit ein Spiel mit leeren Worten und unklaren Phantasien zu setzen.

II. Wir erblicken in der Annahme eines bestimmten politischen Programms einen Gewissenszwang für die Vereine, welche in politischen Dingen anderer Ansicht sind, sowie für Arbeiter, denen dieses Programm widerstrebt und daher den Vereinen fern bleiben, während die Arbeitervereine, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, Jedem offen stehen sollen.

III. Dem Staate gegenüber sind die Arbeiter berechtigt zu fordern: die volle Rechtsgleichheit mit allen anderen Staatsbürgern, Befreiung von allen Schranken und Hemmnissen, welche der freien Bewegung des Menschen und der Arbeit entgegenstehen, und endlich eine gerechte Vertheilung der Staatslasten. Die Lösung der sozialen Frage kann aber niemals durch den Staat allein geschehen, sie kann hauptsächlich nur herbeigeführt werden durch die freie Thätigkeit der Staatsbürger selbst.

IV. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiter-Bildungsvereine bleibt es, Kenntnisse der staatlichen Verhältnisse und politischen Fragen zu verbreiten und insbesondere den Sinn für das öffentliche Leben zu pflegen und in den Kreisen der Arbeiter Vaterlandsliebe und bürgerlichen Gemeinsinn zu wecken. Die Politik kann also den Arbeitervereinen nicht fremd bleiben; nimmermehr aber dürfen sich diese Vereine als willenloses Werkzeug dieser oder jener Partei mißbrauchen lassen.

V. Wir erkennen daher den in Bezug auf das vorgelegte Programm gefaßten Beschluß als für uns verbindlich nicht an und behalten uns weitere Schritte vor.

Chemnitz durch Stark. Osnabrück durch Schelle. Hamburg durch Schulze und Martens. Kiel mit Gauverband durch Christiansen. Heppens durch Thorade. Stuttgart durch Simater. Weißenburg a. S. durch Kamm. Cannstatt durch Hochberger. Schwabach durch Selling. Wien (Selbstkraft) durch Rabel und Mehling. Bielefeld durch Stöhr. Fürth durch Pfisterer. Hannover (Stadt) durch Engelking. Goslar durch Lüttich. Freiburg i. Br. durch Moritz Müller. Ulm durch Pfeiffer. Pforzheim durch Wittum und Stöffler. Geißlingen durch Krauß. Regensburg durch Süß. Celle durch Reuter. Gera durch G. Frontmeier. Nürnberg (Arbeiterverein) durch K. Rögner. Offenbach a. M. (Arbeiterverein) durch Heiligenstädt. Biberach durch Hetzner. Frankenberg durch Pils. München.

Austrittserklärung der Sonderbündler.

Die Vertreter der Vereine: Bielefeld, Hamburg, Nürnberg (Arbeiterverein), Ulm, Heppens, Weißenburg, Magdeburg, Frankenberg, Celle, Lüneburg, Harburg, Brüchen, Otterndorf, Nienburg, Chemnitz, Goslar, Hameln, Münden, Elze, Eldagsen, Peine, Osterode, Rastede, Stuttgart, Cannstatt, Freiburg i. B., Pforzheim, Fürth (Arbeiterverein), Gera, Altona, Kiel, Tondern, München, Augsburg, Oldenburg, Regensburg, Hannover, Schwabach und Geißlingen halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet wurde, können daher fernerhin nicht einem Verbande angehören, welcher auf Grund des gestern durchgesetzten Programms eine neue Richtung angenommen hat.

Nürnberg, 7. September 1868.

Aug. Reuter (hannöv. Gauverband), A. Hochberger, Wittum, F. R. Engelking (Hannover), Ed. Pfeiffer, J. F. Martens, O. Stöhr, Franz Rabel, W. Mehling, Fr. Lüttich, K. Rögner, Minner, Bauer, Staudinger, Karl Simater,

O. Feierabend, H. Pfisterer, A. Christiansen, F. H. Schultz, A. Stark (Chemnitz), F. W. Sulfrian (Burg bei Magdeburg), Joh. Bischoff, Chr. Süß, L. Heiligenstädt, G. Frontmeier (Gera), E. Selling, Franz Heinrich Pils, C. Schelle (Osnabrück), A. Zeitler, Robert Krebs, G. F. Krauß (Geißlingen), Thorade."

(Dem Verband gehörten theils gar nicht, theils seit längerer Zeit nicht mehr an: die Vereine zu Nienburg, Osterode, Elze, Kiel, Tondern und Lindau; in deren Namen zu unterzeichnen war eine Anmaßung. Dasselbe gilt von den Herren Rabel und Mehling (Wien), die nie dem Verbande angehörten. Herr Krebs war nur persönliches Mitglied des Verbandes, einen Verein vertrat er nicht.)

3.

Der sechste Verbandstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine zu Eisenach.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.

(Siehe Seite 118.)

Der sechste Verbandstag wurde Dienstag, den 10. August, Morgens 7 Uhr, im Gasthof zum Mohren durch den seitherigen Vorsitzenden Bebel eröffnet. Da der sozialdemokratische Arbeiter-Kongreß wider Erwarten bis Montag, den 9. August, spät Abends gedauert, so waren viele Deputirte genöthigt abzureisen, und konnten den Verhandlungen des Vereinstags nicht beiwohnen. Durch Mandate vertreten waren folgende Orte:

Darmstadt, Bernsdorf, Crimmitzschau (4 Vereine), Cainsdorf, Ehrenfriedersdorf, Gohlis, Neustadt a. d. Orla, Weimar, Frankfurt a. M., Wilkau, Göppingen, Coburg, Stuttgart, Fürth, Lichtenstein, Niedermülsen, St. Micheln, Mülsen St. Niklas, Stangendorf, Hermersdorf, Dorfchemnitz, Niederzwönitz, Leipzig, Meerane (2 Vereine), Saalfeld, Glauchau, Lichtenstein, Berlin, Schönau, Kirchberg, Großenhain, Wildenfels, Nürnberg, Gauverband württembergischer Arbeiterbildungsvereine, Aalen, Backnang, Geißlingen, Reutlingen, Mezingen, Heilbronn, Gingen a. B., Oberndorf a. N., Eßlingen, Schwäbisch-Hall, Rottweil, Tuttlingen, Schramberg, Burgstädt, Remse, Waldenburg, Niederlungwitz, Reichenbach i. V., Hohendorf-Rödlitz, Thurm, Mülsen St. Jacob, Bischofswerda, Geyer, Calw, Crailsheim, Schwiebus, Heidenheim, Laichingen, Ravensburg und Weingarten. — Bereits abgereist waren die Vertreter von Bamberg, Luckenwalde, Dresden und anderen Orten.

Von Vertretern waren anwesend: Bebel, Baer, Hadlich, Schilling, Schmalz (Leipzig), Motteler, Stolle (Crimmitzschau), Kölz (Lichtenstein), Binkert (Darmstadt), Colditz (Crimmitzschau), Demmler (Geyer), Kraft (Weimar), Opificius (Frankfurt a. M.), Mosig (Kirchberg), Zirbs (Göppingen), Rüger (Coburg), Lorenz (Stuttgart), Löwenstein (Fürth), Blechschmidt (Ortmannsdorf), Malech (Meerane), Salmann (Saalfeld), Baumann (Glauchau), Seidel (Crimmitzschau), Metzner (Berlin), Kohlrauch (Eisenach), D. Ehrlich (Eisenach), Rüll und Mendel (Nürnberg), Bürger (Göppingen), Bronnenmayer (Eßlingen), L. Geier (Burgstädt), Vogel (Niederlungwitz), C. Neu (Reichenbach i. V.). Ferner Greulich (Zürich), Quick (Genf) und eine Anzahl Deputirter des Kongresses als Zuhörer.

Durch Akklamation wurde Bebel zum ersten, Bürger zum zweiten Vorsitzenden, Motteler zum Schriftführer erwählt. Auf Vorschlag Bebel's erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, von einer Prüfung der Mandate abzusehen und die vom Kongreß ausgestellten Legitimationen als giltig anzuerkennen. Zur Prüfung der Geschäftsleitung des Vororts wurde, nachdem Nürnberg abgelehnt, Crimmitzschau gewählt. Die dort zu wählende Kommission soll über das Resultat der Prüfung im Parteiorgan Bericht erstatten. Hierauf folgte der Geschäftsbericht des Vororts-Vorsitzenden Bebel über die Verwaltungsperiode vom Nürnberger bis zum Eisenacher Vereinstag. Wir entnehmen dem Bericht Folgendes:

Der Verband war in Folge der in Nürnberg eingetretenen Spaltung damals auf 72 Vereine geschmolzen, von diesen 72 erklärten im Laufe des Jahres 5 aus verschiedenen Ursachen ihren Austritt, dagegen sind 42 neue Vereine im Laufe des Jahres beigetreten, so daß der Verband bei Zusammentritt dieses Vereinstags 109 Vereine mit ca. 10 000 Mitgliedern zählte. Im Großen und Ganzen sind die Resultate des Verbandes sehr zufriedenstellend; die Verbindung des Vororts mit den einzelnen Vereinen ist gegen früher bedeutend gestiegen. Im Jahre 1868 betrugen die Einläufe bei dem Vorort 253 Nummern, im Jahre 1869 907 Nummern, also nahezu vier mal mehr, die Ausläufe vom Vorort 1868 543 Nummern, im Jahre 1869 aber 4485 Nummern, also acht mal mehr. Der Vorort hatte ferner 10 Zirkulare und 5 verschiedene Statuten- und Organisationsentwürfe verfaßt und versandt. Die Thätigkeit des Vororts in der Gewerkschaftsangelegenheit war Veranlassung zur Gründung von einer ganzen Reihe von Gewerksgenossenschaften. Konstituirt sind die Internationale Gewerkschaft der Buchbinder, die Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die Gewerkschaft der Berg- und Hütten-

arbeiter. Der Konstituirung nahe sind die Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Schuhmacher-, Maurer- und Zimmerergewerkschaften. Die Kassenverhältnisse hatten sich in Anbetracht der sehr niedrigen Verbandssteuer leidlich günstig gestellt: einschließlich eines vorjährigen Kassenbestandes von 64 Thlr. 14 Ngr. 5 Pf. war die Gesammteinnahme 470 Thl. 28 Ngr. 7 Pf., die Ausgabe 457 Thlr. 24 Ngr. 4 Pf., demnach ist ein Kassenbestand von 13 Thlrn. 3 Pf. vorhanden. Die Agitation des Verbandes wurde vorzugsweise mit aus dem unter Verwaltung von Dr. Ladendorf und Genossen in Zürich stehenden Revolutionsfonds geflossenen Unterstützungen in Höhe von 934 Thlrn. betrieben, und sind bis jetzt davon über 800 Thlr. verbraucht, wovon eine größere Summe zur Unterstützung des Parteiorgans, des „Demokratischen Wochenblattes".

Der Bericht des Vorsitzenden wurde beifällig aufgenommen und auf Antrag Rüll's beschlossen, das vorhandene Inventar Bebel zur Verwaltung zu überlassen, den vorhandenen Kassenbestand hingegen dem Vorort der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu überweisen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung bildete die Stellung des Verbandes zur neu gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bebel beantragte Auflösung des Verbandes. Die Zwecke, die bisher der Verband verfolgt, würden in weit höherem Maße jetzt von der neu gegründeten Partei verfolgt werden. Die Aufrechthaltung des Verbandes führe zu einer höchst schädlichen und nachtheiligen Kraftzersplitterung. Zudem könne man mit den Resultaten des Kongresses auf das Höchste zufrieden sein. Die angenommene Organisation entspreche genau dem Plan, den der Vorort bereits im Mai d. J. für die Neuorganisation des Verbandes den Vereinen vorgeschlagen. Der von ihm ausgearbeitete Organisationsentwurf sei sogar durch die nachfolgenden Beschlüsse des Kongresses in der von ihm vorgelegten ursprünglichen Fassung wieder hergestellt worden. Die Hauptfrage für die Vereine des Verbandes, die Steuerfrage, werde durch die dem Ausschuß der Partei eingeräumte Vollmacht zweifellos befriedigend geregelt werden. Dotzauer (Zwickau), Stolle (Crimmitzschau), Löwenstein (Fürth) u. A. sprachen sich im gleichen Sinne aus. Hierauf wurde die Auflösung des Verbandes nach sechsjährigem Bestehen desselben einstimmig ausgesprochen. (Der Verband wurde zu Frankfurt am Main auf dem ersten Verbandstag am 6. und 7. Juni 1863 gegründet.) Nachdem dann der Vorsitzende auf mehrseitige Anfragen erklärt, daß er auch ferner bereit sei, alle an ihn ergehenden Anforderungen im Interesse der Partei nach Kräften zu unterstützen, Dotzauer dem Vorort und namentlich dessen Vorsitzenden

den mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Dank der Versammlung für seine Mühewaltung ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen. Sämmtliche Delegirte gaben sich noch das Wort, fest und treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen; darauf trennte man sich auf Wiedersehen in Stuttgart (den Ort des nächsten Parteikongresses).

4.

An die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.

(Siehe Seite 121.)

Parteigenossen!

Unter einer Menge von heuchlerischen Redensarten hat der Präsident unseres Vereins eine Maßregel getroffen, welche jedes denkende Mitglied mit Entrüstung erfüllen muß. In derjenigen Eile, welche diese Vorgänge geboten — weshalb denn auch Niemand sich über Zurücksetzung beklagen wolle —, sind die Unterzeichneten zusammengetreten und haben sich über einen Schritt geeinigt, der von den weittragendsten Folgen für die Partei sein wird. Wir bitten Euch, Parteigenossen, aufmerksam und vorurtheilsfrei unsere Meinung zu prüfen.

Während noch vor Kurzem die Herren Schweitzer und Mende, die sich in der heftigsten Weise gegenseitig beschuldigten, Söldlinge der Reaktion zu sein, von einer Verschmelzung der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterpartei nichts wissen wollten, treten sie plötzlich heute (im Einverständniß mit der Gräfin Hatzfeldt) mit rührenden Worten vor die Mitglieder ihrer Vereine, um dieselben aufzufordern, eine Einheit lediglich dieser beiden Fraktionen der Partei herbeizuführen — wobei denn von der Vereinigung der gesammten sozialdemokratischen Partei keine Rede ist — und dies Alles unter Bedingungen, welche ein Hohn sind auf die Rechte des sogenannten „souveränen Volkes". Nicht allein ist die Frist der Abstimmung so kurz, daß es unmöglich erscheinen muß, daß die Mitglieder sich über die Frage wirklich ein Urtheil bilden können, so daß Alles wie die reinste Ueberrumpelung erscheint; nicht allein ist die Form der Abstimmung, bei der man den Mitgliedern einfach die Pistole auf die Brust setzt mit der Aufforderung, ja oder nein zu sagen, also entweder sich in die schmachvollsten Bedingungen zu fügen oder auf die sehnlichst gewünschte, wenn auch nur stückweise Einigung zu ver-

zichten; nicht allein ist diese Form der Abstimmung eine demokratisch gesinnter Männer unwürdige, sondern es ist auch der Präsident so eigenmächtig bei dem Allem vorgegangen, wie es fast ohne Beispiel ist. Nie ist über amerikanische Sklaven in willkürlicherer Weise verfügt worden, als hier über die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wozu auch *vorher*, ehe man solche im höchsten Grade wichtige Schritte thut, die Mitglieder oder den Vorstand um ihre Meinung fragen?! Wenn die Thatsachen fertig sind, wird die „*freie*" Zustimmung der Mitglieder durch einige Redensarten *erpreßt*. Wenn Herr v. *Schweitzer* diktirt, haben die Mitglieder einfach zu gehorchen, und dann nennt man dieselben noch das „souveräne Volk". Ein größerer Hohn war nie einem Menschen geboten. Wenn Herr v. *Schweitzer* es für gut hält, wird den Mitgliedern zugemuthet, mit eigener Hand und mit einem Schlage das mühsam in einer Reihe von Jahren aufgebaute Reformwerk zu vernichten und ohne Weiteres ein Statut anzunehmen, das früher zu dem erbittertsten Zwiespalt Veranlassung gegeben hat; ein Statut, nach welchem der Präsident die unumschränkteste Gewalt in seinen Händen und der Vorstand nicht den allergeringsten Einfluß hat, und das zu alledem dahin ausgelegt werden kann, daß auf 3 Jahre hinaus jede Aenderung an demselben unmöglich ist! Das Vorgehen des Präsidenten in diesem Falle — ein Staatsstreich im Kleinen — erhebt den schon seit langer Zeit von vielen Mitgliedern des Vereins gehegten Argwohn zur Gewißheit, daß Herr v. *Schweitzer* den Verein lediglich zur Befriedigung seines Ehrgeizes benutzt und ihn zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen will; *sonst würde derselbe jetzt die Einigung der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands suchen*. Wer die Einigung *eines Theils* der sozialdemokratischen Arbeiter empfiehlt, ohne dabei mit aller Energie auf die Einigung der *gesammten* Partei zu wirken, welche ihr allein Macht und Einfluß verschaffen kann, wer durch Einigung eines Theiles in *diesen* Formen die Einigung *aller* Theile *unmöglich* macht, und wer dies thut mit rührenden, von Bruderliebe überfließenden Worten, der ist ein elender Heuchler; und wer dann Diejenigen, welche sich den gestellten schmachvollen Bedingungen nicht fügen, sondern etwas Größeres, etwas Erhabeneres erstreben, als Gegner der Einigung überhaupt brandmarken will, ist ein Jesuit ohne Gleichen.

Die Einigung der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands herbeizuführen, muß das Streben jedes ehrlichen Sozialdemokraten sein. Angesichts der immer mächtiger sich ausbreitenden Wogen der Bewegung, angesichts der Vorzeichen, welche in allen

Kulturstaaten der Welt auf eine baldige mächtige Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse hindeuten, ist ein Verschleppen dieser Einigung Verrath.

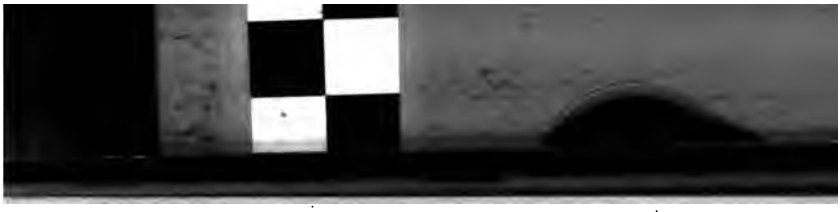
Diese Einigung kann aber nur das Werk sein des wirklich souveränen Volkes selbst, und Ihr, Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, werdet Euch nicht verschachern lassen nach der Laune einiger Führer, wie eine Heerde Schafe, sondern Ihr werdet wie Männer Eures eigenen Geschickes Schmiede sein!

Wir haben eingesehen, daß eine Organisation, in welcher der Wille eines Einzelnen sich hinwegsetzen kann über alle Errungenschaften des Vereins, ja den Verein selber in jedem Augenblick in Frage stellen, denselben jeden Augenblick auflösen und in anderer ihm passenderer Form wieder ins Leben rufen kann, in welcher dieser Einzelne die Pfennige der Arbeiter gebraucht, um elende Lumpen zu bestechen, daß eine solche Organisation keine Faser von demokratischem Geiste in sich hat. In einer solchen Organisation ferner zu wirken, wäre schmähliche Verschwendung unserer besten Kräfte; wir verzichten darauf.

Geleitet von dem Gedanken, daß nur von der Partei selbst über ihre Organisation beschlossen werden kann, und ferner geleitet von dem Gedanken, die Einigung der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, auch was die Gewerkschaften betrifft, herbeizuführen, haben wir den Entschluß gefaßt, in kürzester Zeit einen allgemeinen Kongreß der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands zu berufen, auf welchem der Grund einer wirklich demokratischen Organisation der Partei, im Anschluß an die internationale Bewegung, gelegt werden kann.

Parteigenossen, wir rechnen auf Eure Unterstützung! Die sozialdemokratischen Arbeiter, welche nie von anderem als von einem künstlich erregten Haß gegeneinander erfüllt gewesen sind, werden sich zu einigen und sich eine Organisation zu geben wissen, welche den Geist ihrer Prinzipien mit der Zusammenfassung aller ihrer Kräfte vereint.

Parteigenossen, Ihr werdet Euch nicht verblenden lassen von den heuchlerischen Redensarten von Leuten, denen die Einigung der Partei nie am Herzen gelegen hat; Ihr werdet Euch eine Behandlung nicht gefallen lassen, welche man nur ehrlosen oder gedankenlosen Menschen zu bieten wagen kann; Ihr werdet Euch als das zeigen, was Ihr seid — nicht als die willenlosen Sklaven eines launigen Herrschers — sondern als das wirklich und wahrhaft souveräne Volk, das allein über die Gestaltung seiner Geschicke zu entscheiden hat. Wagt einmal im Interesse unserer Prinzipien, im Interesse der Demokratie und des Sozialismus, eine kühne That. Laßt uns die Fahne, auf welcher die Einigung der gesammten Partei geschrieben steht,



nicht vergebens erhoben haben! Einig nur sind die Arbeiter eine Macht! Zersplittert sind wir ewig das Gespött unserer Gegner, aber einheitlich und wahrhaft demokratisch organisirt, sind wir unüberwindlich.

Wenn Ihr uns zustimmt — und wir hoffen zuversichtlich, daß Ihr dies thun werdet —, so sendet Eure Zustimmung an einen der Unterzeichneten ein, damit wir gemeinsam die Einberufung des Kongresses betreiben können.

Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein werden wir — es ist uns schwer geworden, den Beschluß zu fassen — austreten. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war uns ans Herz gewachsen, aber im Interesse der Sache muß man das schwerste Opfer zu bringen verstehen; und anders ist keine Rettung!

Vorwärts denn, Parteigenossen, auf der neuen Bahn in heiligem Kampfe für unsere große und erhabene Sache! Begeisterung und Ausdauer verbürgen den Sieg.

Den 22. Juni 1869.

J. Bremer in Magdeburg. Hoffmann in Neustadt-Magdeburg.
W. Klees in Buckau bei Magdeburg. Th. Yorck in Harburg.
C. Müller, S. Spier und A. Vieweg in Wolfenbüttel.
W. Bracke jun., H. Ehlers, C. Lüdecke und A. Schrader in Braunschweig. Friedrich Ellner in Frankfurt a. M.

5.

Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 163.)

Motto: „Politische und soziale Reform fordern und bedingen sich gegenseitig. Ohne Theilnahme des Arbeiterstandes keine dauernde Besserung der politischen Zustände und — ohne Aenderung der politischen Zustände keine wirthschaftliche Besserung des Arbeiterstandes!"
Dr. Johann Jacoby.

Ein ungeheurer Wahn zieht durch die Brust des Patrioten, wenn er in die Verwirrung blickt, welche sich der Köpfe und Herzen der deutschen Nation bemächtigt hat. Mit tausend flammenden Wettern möchte er dreinfahren in das Gezücht der Schönredner und Rechnungsträger, in die kleinliche Streitsucht politischer Pedanten und Kathedermänner, in die überfirnißte Dummheit der sogenannten Gebildeten, in die bärenhäutige Sorg-

losigkeit der Philister und Genüßlinge, in das stumpfsinnige Hinbrüten der Massen, die Sklaven eines Jeden sind, der sie tritt, die dem Moloch des Erfolges opfern — trotz der Ströme heiligen Blutes, die seit 80 Jahren für die Freiheit geflossen sind.

Leider fehlt es unserer Zeit an großen Charakteren, die im Stande wären, die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart in ihrem ganzen Umfange von Erscheinungen, Gestaltungen und Forderungen, in ihrer ganzen Größe und Bedeutung aufzufassen; und die zugleich mit der markigen Kraft eines Luther Schwerter und Feuerbrände zu predigen vermöchten gegen Alles, was faul und moderig, gerichtet und überlebt ist, und die es verständen, Tausende durch einen flammenden Ideenblitz zur rettenden That fortzureißen, Völker zu erlösen durch das Wort! — Die Männer der Gegenwart — können sie wirklich keine „Geschichte machen"? Müssen sie dies wirklich dem Kaiser der Franzosen, dem norddeutschen Bundeskanzler und den „hohen Frauen" überlassen?

Die französische Revolutions-Tragödie mit ihren von welterlösenden Ideen berauschten Titanen Danton und Robespierre, Desmoulins und Barbaroux ist lange vorüber. Ihre Ideen, welche die Gründung des wahren Volks- und Rechtsstaates auf den Grundlagen der Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Bruderliebe bezweckten, harren noch immer der Darstellung in der Form. Und doch war das blitzhafte, vulkanische Hervorbrechen dieses Ideen-Feuerstromes nichts als der Aufschrei der viele Jahrhunderte hindurch mit Füßen getretenen Menschheit; nichts als der verzweifelte Anlauf zur Erreichung eines Zieles, das in den Träumen der besten aller Völker und Zeiten lebte, das längst in den Seelen der Geringsten als mehr oder weniger verhüllte Ueberzeugung sich barg, ja das dem reinsten religiösen Bewußtsein allezeit als Reich des unbeschränkten Geisteslebens, der Wohlfahrt und der Freiheit vorschwebte. — Wessen Schuld war es, daß die Marseillaise verklang, daß nach dem Falle des frevelnden Titanen von St. Helena der Vorhang dunkel niederfiel, daß man in der allgemeinen Tabaks-Kollegium-Atmosphäre nach 1815 den gewaltigen Ruck erkannte und verdammte, der der Weltgeschichte über eines ihrer schwierigsten Kapitel hinweggeholfen, daß die Völker überall „froh und fromm, frisch und frei" Hand anlegten, um die Lavaströme abzugraben, die zwar die alten Staaten zu vernichten drohten, aber auf denen der herrlichste Wein der Zukunft gedeihen sollte? — Die Epigonen waren ein schwaches Geschlecht, sie reichten ihren Vätern nicht an die Schultern; und wenn es auch seitdem eine Reihe, wenn nicht großer, so doch ehrenfester, beharrlicher, todesmuthiger Männer gegeben hat, von denen sie etliche niederknallten wie ein Stück Wild, etliche ins Zucht- oder Korrektions-

haus schickten oder in das fremde Land trieben, so ragten sie nur wie stolze Schwertlilien und heilige Lotosblumen über den Sumpf der politischen Halbheit, der patriotischen Schwärmerei, der Grundsatzlosigkeit hervor. — Denn die meisten der gelehrten und patriotischen Männer hatten kein Urtheil über das große Ereigniß, das sich vor ihren Augen vollzogen, sie waren blind für die natürlichen Folgen, sie vergaßen die Konsequenzen aus dem Geschehenen zu ziehen für ihre Zeit, für ihr Volk.

Verweilen wir bei den Deutschen (denn ein Volk, das einen Mazzini hervorgebracht, verdient nicht obigen Vorwurf!). — Wie sich in dem französischen Revolutionskampfe der chaotische Zusammenbruch politischer, sozialer und religiöser Bastillen vollzogen hatte und dadurch der Beweis geliefert worden war, daß die politischen Institutionen höchst unzeitgemäß und fehlerhaft, daß das soziale Leben, das Verhältniß der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu einander eine große Disharmonie, daß die Stellung der Kirche zum Volksleben ein greller Widerspruch geworden, — wäre die richtige Konsequenz gewesen, den dreifachen Kampf, der durch das Interregnum eines Soldatendespotismus auf 16 oder 17 Jahre unterbrochen worden war, um Erringung der politischen Freiheit, um Niederwerfung der wirthschaftlichen Schranken und um die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche in den verschiedenen Theilen Deutschlands fortzusetzen in engster Anknüpfung an die Ideen von 1789, und in Wiederaufnahme der Erklärung der Menschenrechte.

Die Gegner des Volks- und Rechtsstaates, die Metternichs und Ancillons, die „Schmaltz-Gesellen“*) und Demagogenriecher wußten recht wohl, daß mit dem Zusammensturz des französischen Revolutions-Kraters und dem Erkalten der Lava nicht der Vulkan und seine Feueradern ertödtet seien. Das Jahr 1813 hatte sie erbleichen gemacht. Sie hatten die furchtbare Kraft des Giganten „Volk“ kennen gelernt im Kampf für Thron und Unabhängigkeit. Wie, wenn es jenem Giganten einfiele, dieselben Throne zu zertrümmern — nachdem er erkannt, was er im blinden Eifer übersehen und was er in richtiger Konsequenz thun müsse?

Und so erfanden die scharfsichtigen Männer der alten Feudal-Monarchie, um das Prinzip derselben zu retten, ihre abschreckenden Formen zu verschleiern, aus dem Lager der Gegner die einflußreichsten zu gewinnen und zu verwirren, die Masse führerlos zu machen und den „Geist“ der Revolution mit dem „Geist“ Hildebrand's zu bekämpfen und dadurch mit einem alten

*) Die Anhänger und Genossen des berüchtigten Professors und Denunzianten Schmaltz, die bei der Demagogen-Hatz im ersten Viertel dieses Jahrhunderts eine hervorragende Rolle spielten. (1891.)

Feinde (der Kirche) sich für immer zu verbünden: den Schein-Konstitutionalismus, die Herrschaft der Geld-Interessen und die Konkordate!

Es konnte nicht fehlen, daß hier und da die Krater des künstlich verstopften Vulkans sich gewaltsam öffneten, — daß in Frankreich, Italien und Deutschland der unertödtbare Volksgeist sich erhob gegen die erwähnten Masken-Batterien des Absolutismus, die Anknüpfung mit den Ideen von 1789 versuchte, um den Volks- und Rechtsstaat aus der Vorstellung in die Wirklichkeit zu übertragen. Wir nennen drei solcher Versuche:

1. Die Juli-Revolution von 1830. Sie wurde ausgenutzt durch die Bourgeoisie für die Präventiv-Konstitution der Orleans, für die Assekuranz der Geldsäcke. 2. Die Februar-Revolution von 1848. Sie wurde verrathen durch die Allianz der „Halben" mit den Abenteurern und Glücksrittern des Bonapartismus. 3. Die deutsche Revolution von 1848 und 49.

Sehen wir uns die Natur dieser deutschen Bewegung näher an. Einheit und Freiheit waren die Losungsworte gewesen, die vom württembergischen Verfassungskampfe bis zum deutschen Parlament die Männer des Liberalismus beschäftigt, verwirrt und schwankend gemacht hatten. Beide Schlagworte standen einander im Wege. Es lag dies an der Vielstaaterei und an dem unglückseligen Dualismus Preußens und Oesterreichs, der zuerst dazu beitrug, in den konstitutionellen Staaten Südwestdeutschlands den Hebel zur Schaffung eines freien Deutschlands zu erblicken, und dann, als man sich von der Unzuverlässigkeit dieses Hebels überzeugt, die öffentliche Meinung in einem Anfall von politischem Fatalismus nach der „preußischen Spitze" hindrängte.

Da platzte mitten in den Hexensabbath der preußischen Kaiserschwärmerei, des liberalen Sturmes und Dranges, der literarischen Brandraketen der romantischen Staats-Ideen, der religiösen Bewegung und des allgemeinen europäischen Hungers die Pariser Februar-Revolution hinein. Sie fand Zündstoff und Lumpen genug, aber keine geschickten Feuerwerker und Strategen. Sie überraschte gleichmäßig Liberale und Radikale. — Ein Umstand, ein charakteristisches Merkmal der 48er Bewegung machte sich besonders geltend. Die soziale Revolution, verkannt, vergessen und verachtet von deutschen Liberalen, hatte die französischen Grenzen leise überschritten, hatte sich mit ihrer deutschen Schwester in den Fabriken und Weberdörfern vereinigt und heischte, wie die zertretene Gewissensfreiheit, ihre Anerkennung neben der politischen Frage. Waren es nicht verkörperte Rachegedanken, finstere anarchistische Dämonen, welche den Ruf nach Brot unheimlich in die Ohren der Satten und Uebersättigten gellten? Ach nein, die deutschen Arbeiter wollten nur Gerechtigkeit,

sie forderten nur ein menschenwürdiges Dasein, nur die Befreiung aus der Zwingherrschaft des Kapitals, nur das Recht, ihren leiblichen und geistigen Hunger stillen zu dürfen. Und wenn sie zuweilen irrten und sich von einer leicht erklärlichen Erregtheit zu anarchistischen Exzessen hinreißen ließen, so war dies einzig und allein die Schuld ihrer Lehrmeister und Vormünder, die Schuld der staatlichen „Vorsehungen".

Gegenüber nun diesem gewaltigsten Auftauchen der drei unzertrennlichen Fragen, der politischen, sozialen und religiösen, hatten die Liberalen theils nicht Muth, theils nicht Ehrlichkeit genug, die eisernen Konsequenzen von 1789, von 1808 und 1813 durchzuführen. Sie zogen es vor, die soziale Bewegung, die mehr als Phrasen von ihnen forderte, zu verleumden, die Demokratie unter der Ketzermütze des „rothen Gespenstes" und der „Anarchie" an die „Gesellschafts-Retter", an die Reaktion zu verrathen. So wurde der glühende Revolutionsstrom von 1848 und 49 gezwungen, vor den Thronen stehen zu bleiben, zu stagniren, zu erkalten. So war es den Liberalen noch einmal gelungen, die Krater zu verstopfen, das deutsche Volk in die unsäglichste Verwirrung und Muthlosigkeit zu stürzen. Warum? Der Schein-Konstitutionalismus, der ganz geschickt war zur blutigsten Henkerarbeit und drückendsten Inquisition, bot ihnen den Freiheitsflitter, mit dem sie die Nacktheit ihrer kurzsichtigen Interessen-Politik, den Bankerott ihrer politischen Ideologie kunstreich zudecken konnten. Und was war die Folge dieses Frevels einer Partei, die bis zu den jüngsten Zeiten herab in erborgtem Prunk einherstolzirt ist? Die Liberalen, die Männer der „Halbheit" hatten das Vertrauen zum Volke, zu den Regierungen und zu sich selbst verloren; sie waren weder tauglich, eine konservative Richtung, noch eine oppositionelle Richtung zu vertreten; sie waren aber nur dazu da, in den Tagen der schwärzesten Reaktion „allergetreueste" Opposition zu spielen, die Glocken von Frankfurt läuten zu lassen; — sie dienten der Regierung, um derselben eine „neue Aera" zu ermöglichen, dieselbe zu glorifiziren und ihr das Laviren aus dem „Niemals!" in das Fahrwasser der deutschen Einheits- und Macht-Politik zu erleichtern; — sie vertauschten, geschickten Taschenspielern gleich, die Losung Freiheit urplötzlich mit der Parole Einheit und Macht!

Die Reaktion in Preußen wie in Oesterreich hat sich nicht einen Augenblick abhalten lassen, ihren Weg zu gehen, trotz der „neuen Aera" der Liberalen, trotz der famosen Februarverfassung von Wien. Die Liberalen dienten ihr nur als „lustige Person", um das Publikum nicht gar zu sehr in ernste Stimmung versinken zu lassen. Ueber die Farce des Nationalvereins

werden die Historiker stets ohne Kopfzerbrechen hinwegkommen. Diese ungeheure Seifenblase ist ohne Geräusch zerplatzt, als Bismarck den Mund aufthat, um das große Wort „deutsches Parlament“ auszusprechen.

Was nun? fragen wir.

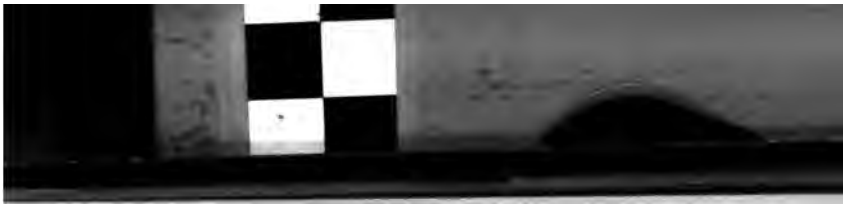
In Oesterreich bedurfte es eines Solferino, eines Königsgrätz, der Orgien einer schonungslosen, blutigen, absolutistisch-pfäffischen Reaktion, eines den ganzen Staatsorganismus lähmenden Nationalkonfliktes mit den Ungarn, eines drohenden Staatsbankerotts, um den Staat jetzt in die rechte Bahn zu leiten, wo ihn trotzdem noch immer Regentenlaunen, Beichtväter und Schleppen bedrohen.

Wollen die deutschen Demokraten auch auf eine gleiche pfäffische Reaktion, auf einen Staatsbankerott in Preußen, auf ein neues Jena warten, ehe sie gut genug dazu wären, eine Rettung zu versuchen, wo vielleicht keine mehr möglich wäre?

Wollen die wahren Patrioten zusehen, wie die Bildung des Volkes Rückschritte macht unter der Herrschaft der Schulräthe und der Geistlichkeit, wie die alljährlichen Schaustellungen unseres Scheinkonstitutionalismus das Volk politisch ermüden und abstumpfen, wie die thatlosen Phrasen eines impotenten Liberalismus die Freiheit und Einheit der Nation selbst in Verruf bringen, wie eine von Gold und Machtanbetung verfälschte Presse den gesunden Volkssinn betrügt und vergiftet, wenn irregeleitete Arbeiterbewegungen nur der Reaktion dienen, wenn die Massenarmuth unter den drückenden Militärlasten und dem rapiden Anwachsen des Großkapitals ununterbrochen vorschreitet — so daß wir nach einem Jahrzehnt das deutsche Volk demoralisirt, entnervt, verdummt, bettelarm (bis auf einen kleinen Bruchtheil), zerrissen in Preußen erster und zweiter Klasse und Süddeutsche am Rande des politischen Unterganges erblicken könnten?

Nun, gab es oder giebt es eine Fortschrittspartei? höre ich eine Stimme fragen.

Es gab einmal eine Fortschrittspartei, die den Demokraten von einst den Muth gab, sich wiederum am politischen Leben zu betheiligen, die dem murrenden und verzagten Volke, die den Arbeitern, die das zerschossene schwarz-roth-goldene Banner treu gehalten, wie eine schöne Morgenröthe der Freiheit aufging. Es folgte ihr kein Tag. Was war sie denn? Nun, eine Partei, zusammengesetzt aus frondirenden Liberalen, „gealterten“ Demokraten, ehrgeizigen Strebern ohne Opfermuth und einigen braven Kämpen der Freiheit, unverwitterten Säulen des Volksthums; mit einem Worte: die Fortschrittspartei ist oder war der Kompromiß der Halben mit den Ganzen; — wie hätte sonst aus ihr eine nationalliberale Partei hervorgehen können?



Die politische Berechtigung der Fortschrittspartei und ihres schüchternen Kompromiß-Programms vom 9. Juni 1861 hörte auf am 13. März 1862; sie vollzog den politischen Selbstmord, als sie im Sommer und Herbst 1863 nicht das that, was das lauschende Volk von seinen Führern erwarten mußte. Als ihr die Reaktion mit offenem Visir und mit der Devise: „zwischen Prinzipien giebt es keine Versöhnung!“ entgegentrat, scheute sie es, das Visir zu öffnen und mit dem Rufe: „Entweder — Oder!“ zu antworten. — Sie wußte warum. Drei Jahre hatte sie vorübergehen lassen, ohne eine schlagfertige Volks-Armee zu organisiren; — sie war eine Verächterin der sozialen Frage geblieben oder hatte dieselbe wenigstens nicht ehrlich ins Auge gefaßt, sie hatte sich als feurige Reden haltende Girondistenpartei geriert, und sich dadurch dem Mißtrauen und dem Verdachte ausgesetzt; sie war trotz ihres Namens preußisch geblieben und hatte es verschmäht, in preußischem Großmachtsdünkel den biedern Süddeutschen die Hand zur Verständigung zu reichen; — sie hatte einem verfassungswidrigen Regimente trotz der glühendsten Proteste nie die Mittel zu entziehen versucht; sie hatte in ihrem eigenen Schooße eine freiheits- und volksfeindliche Partei, die der Nationalliberalen, groß gezogen, sie hatte sich schon 1864 durch ihre Annexionsschwärmerei mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. Das Jahr 1866 warf sie zu den Todten. Eine reaktionäre Regierung übertrumpfte sie. Sie ließ ihren Erben ein verwirrtes, führerloses Volk zurück. Und ihre Erben waren die Reaktion, und deren Tambours: die Nationalliberalen.

Deutschland ist in drei Theile zerrissen! — Die Reaktion hat das große Bündniß mit den katholischen und protestantischen Jesuiten geschlossen! Der Zäsarismus streckt seine Krallen hinter dem nationalen Mantel hervor! Was nun? fragen wir wieder.

Wir werden eine Antwort geben, die einigermaßen paradox klingen mag.

Der Bruderkrieg von 1866 und die Konstituirung des Norddeutschen Bundes von 1867, der Schwindel der Nationalliberalen ist den Ideen von 1789 rettend zu Hülfe gekommen!

Sehen wir, auf welche Weise.

Zum ersten: Der Zersetzungsprozeß der Fortschrittspartei wurde beschleunigt, sie fing an, sich von den untauglichen und unvolksthümlichen Elementen zu säubern. — Es trat klar zu Tage, daß die Todsünde der Vernachlässigung der sozialen Frage alle liberalen Parteien wehrlos der Reaktion überliefert; — daß sie die Masse der Arbeiter, welche als geschlossene Bataillone die Schlachten der Freiheit siegreich zu schlagen vermögen, jedem beliebigen Demagogen, der entweder aus Ehrgeiz handelt oder von der Regierung beeinflußt ist, preisgiebt, daß sie

dem sozialistischen Schulgezänk und Zelotenthum und somit der Zersplitterung Thür und Thor öffnet.

Zum zweiten: Die Ereignisse von 1866 bis 1868 haben die Nichtigkeit der Einheitsfrage vor der Erringung der Freiheit dargethan. Sie haben bewiesen, daß der „deutsche Volksstaat Preußen" eine liberale Fata Morgana war; denn seitdem von 1815 ab Preußen die Gesetzgebung von 1808—12 Stück um Stück vernichtete, seitdem 1848 und 49 Preußen die Rolle zurückwies, die ihm das deutsche Volk in allzuvertrauensseliger Begeisterung entgegengetragen, hat es darauf verzichtet, Deutschland durch moralische Kraft in Freiheit und Macht zu einen; es hat seine Mission verloren — an das deutsche Volk, an die Selbsthilfe desselben.

Es muß jedem denkenden Volksmanne, soweit er nicht von eigenen selbstsüchtigen Interessen oder vom Katheder-staube blind gemacht ist, klar sein, daß die Konsolidirung Deutschlands von Preußens Regierung aus nur auf dem Wege der Gewalt oder verwerflicher List, die man „Staatskunst" nennt, möglich ist; — daß dadurch nur ein Groß-Preußen geschaffen wird mit den widerstrebendsten Elementen; — daß eine solche Einheit sich nur auf die Allmacht der Geld-Interessen, auf eine gesinnungslose Bourgeoisie, auf die Demoralisation der besitzlosen und arbeitenden Bevölkerung, auf die Verpfaffung des deutschen Geistes und in letzter Instanz nur auf die Namen Krupp und Dreyse stützen kann. —

Was nun?

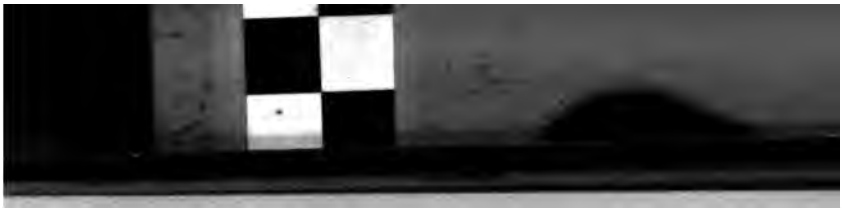
Es bleibt dem deutschen Volke nur eins übrig: Erringung der Freiheit um jeden Preis!

Und endlich die letzte Frage: auf welchem Wege?

Alle, welche der Ueberzeugung sind, daß das deutsche Volk bald, bald zu retten ist vor einer Jahrzehnte langen Leidenszeit, und vor der Gefahr der Demoralisirung, müssen sich vereinigen.

Wir nennen drei Richtungen: die norddeutsche Demokratie, die sich nur durch den Bannerruf Johann Jacoby's dem stagnirenden Gewässer des Nationalliberalismus und der Fortschritts-Philisterei mühsam entringt; — die süddeutsche und mitteldeutsche Volkspartei, die lange des Paktes mit den Ultramontanen und Depossedirten geziehen wurde, was neuerdings als Lüge sich erwies; — und die Arbeiterpartei, die man des Liebäugelns mit der Reaktion verdächtigte.

Diese drei Richtungen können und dürfen nur ein Ziel haben: die Erringung der politischen Freiheit, vollständige Niederwerfung der wirthschaftlichen Schranken, Erlösung der Arbeit aus der Macht des Kapitals und



Befreiung von geistlicher Bevormundung, also rücksichtslose Anknüpfung an die Idee von 1789 — und in Verbindung mit den Volksparteien der anderen Gemeinwesen: die freien Vereinigten Staaten von Europa!

Daß die nord- und süddeutsche Demokratie auch in der Folge zusammengehen wird, dafür bürgen der Reichstag, das Zollparlament, der Bundesrath und das skandalöse Gebahren der „schwäbischen Preußen".

Es könnte nun noch die zweifelnde Frage aufgeworfen werden, ob eine Arbeiter-Partei Berechtigung hat. — Sie hat dieselbe, seitdem es bisher alle Regierungen, alle Parteien verschmäht haben, die Arbeiter anders zu betrachten, denn als Steuerzahler, Soldaten, weiße Sklaven, Straßenkämpfer für liberale Institutionen, Publikum für ehrgeizige und gewählt sein wollende Redner und als Stimmvieh! — Die Arbeiter waren von allen Seiten verlassen, verächtlich bei Seite geschoben, mit Redensarten abgefunden; sie waren, soweit sie den echten Männerstolz in ihrer Brust fühlten und deutschen Patriotismus, gezwungen, sich in selbständigen Parteien zusammen zu finden, sich an diejenigen Führer anzuschließen, welche sie nicht mit Hohn auf ihre eigene materielle Kraft anwiesen, sondern die ihnen die Aussicht auf einen Staat eröffneten, der seine Söhne nicht dem Moloch der Großindustrie und des Geldes, nicht dem Erfrieren und Verhungern in Masse, nicht der Verdummung preisgeben, sondern der das Volk selbst sein, der Selbsthilfe und Staatshilfe harmonisch vereinigen würde!

Noch mehr: Die Elite*) der Arbeiter (und sie ist nicht unbedeutend in Deutschland) zeigt, wie man täglich in den Vereinen sich überzeugen kann, mindestens nicht weniger Intelligenz und politischen Muth als die, von denen sie verschmäht und ausgenutzt werden. Jedenfalls wohnt in ihren Reihen mehr Unverdorbenheit, republikanische Tugend und reines Gefühl, als in dem größten Theil der „blasirten" Bourgeoisie und gelehrten Fachpedanten. — Das wissen die Arbeiter. Sie wollen sich nur Achtung und Vertrauen erobern.

Indem man ihnen vorwirft: ihr dürft keine Standes-Interessen vertreten, fügt man zum Irrthum den Hohn. Denn: nur den bevorrechteten Klassen der Gesellschaft ist ein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie Standesinteressen vertreten, welche dem Wohle des Ganzen schaden und das Recht der Andern beeinträchtigen. Eine Volksklasse aber, die die überwiegende Majorität der Nation ausmacht, welche den schwersten Theil der indirekten Steuern trägt, welche fast die gesammte Wehrkraft repräsentirt und welche nicht das Recht hat, aus der Arbeit

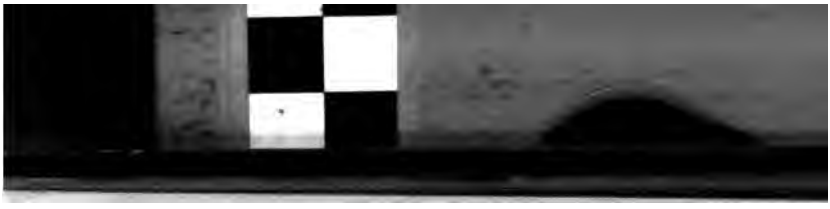
*) Der beste Theil, die Tüchtigsten.

der Hand und des Kopfes die Früchte zu ernten, die ihr im Namen der Gerechtigkeit gebühren, — ist darauf angewiesen, sich das zu erringen, was ihr zur vollständigen Gleichstellung fehlt, — und dies führt naturgemäß zum engen Zusammenschluß einer Partei der Gedrückten; und dies sind nicht allein diejenigen, die man gemeinhin Arbeiter nennt, das sind alle kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden (ja auch die zahlreichen Proletarier des Geistes), die Jahr um Jahr mehr und mehr verarmen und zu Handlangern der großen Industrie- und Kapitalmächte herunterſinken. Das Geld steigt und konzentrirt sich — und die Menschen sinken!

Und wenn nun die große Mehrheit des Volkes zu der gedrückten und mittellosen Arbeiter- und Handwerkerklasse gehört, wenn nur ein verschwindender Bruchtheil der Nation mit Glücksgütern oder gutem Einkommen gesegnet ist, und wenn es den Führern der Demokratie, den treuen und braven Vorkämpfern, die oft selbst zu den Proletariern des Geistes gehören und deren Wiege oft in einer schlichten Werkstatt oder armen Bauernstube gestanden hat, wirklich Ernst mit der Erringung der wahren Freiheit, mit der Erlösung des deutschen Volkes aus physischem und geistigem Elend, die Hand in Hand gehen, mit seiner Erhebung auf die Stufe, die unser großer Fichte prophetisch vorhergesagt, heiliger Ernst ist, so werden sie sich nur als Mandatare, als Führer dieser Massen ansehen, dann werden sie den Arbeiter-Parteien in echter deutscher Treue und Brüderlichkeit, im wohlverstandenen politischen Interesse die Hand reichen; dann haben sie eine schlagfertige, entschlossene Volksarmee hinter sich, und der Sieg hängt nur von guter Strategie und exaktem Zusammenwirken ab. —

Doch um nicht mißverstanden zu werden, müssen wir jetzt davor warnen, den sozialistischen Schulstreit fortzusetzen, und die Rufe: hie Schulze, hie Lassalle! zu einem Fallstrick werden zu lassen.

In diesem Augenblick kann es sich nicht darum handeln, zu experimentiren, welches volkswirthschaftliche System den Vorzug verdient. Im Vordergrunde steht als ceterum censeo: Aufhebung der politischen Schranken, Erringung der politischen Freiheit. Ist dieser Kampfpreis erstritten, dann beginnt erst die ungehemmte Volks-Arbeit. Erst, wenn wir ein demokratisches Gemeinwesen besitzen, ist völlige Gewerbefreiheit, völlige Freizügigkeit, unbevormundetes Koalitionsrecht, durchgreifende Unterrichtsform, Trennung der Schule von der Kirche, gesundes Gemeinwesen, juristische Reform, Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Herabsetzung des stehenden Heeres auf ein Minimum als Stamm, Volks-



wehrverfassung, allmälige Aufhebung der indirekten Steuern, die Regelung der Arbeiter-Rechte gegenüber dem Kapital u. s. w. möglich.

Indem wir das Gesagte zusammenfassen, sprechen wir: die innigste Allianz der nord- und süddeutschen Demokratie mit den Arbeitern ist die große Vorbedingung des Kampfes gegen den hereinbrechenden Cäsarismus, der, gleich seinem älteren Bruder jenseits des Rheins, nur ein nationales Kleid angezogen hat, um das Volk nicht zu erschrecken, der hinter konstitutionellen Formen den Inhalt birgt, den die wackeren Bastillestürmer von Paris fast vernichtet hatten, der mit den Mächten des Mammons sich verbunden hat, um durch sie über den Magen — der mit dem Geiste pfäffischer Finsterniß sich befreundet hat, um durch ihn über die Herzen und Köpfe zu herrschen. —

Das Programm, das Alle eint, und dessen Ausführung im Einzelnen wir den Führern der großen deutschen Aktions- und Volkspartei überlassen, kann nur das nächste Ziel des Kampfes sein:

„der ungetheilte deutsche Volksstaat auf breitester demokratischer Grundlage, mit beschließendem Parlament und demokratischer Spitze!"

Und nun an die Arbeit! — Zeit ist Geld! Zeit ist Brod! Zeit ist Blut! Nicht gezittert, wenn auch einiger Staub aufgewühlt wird bei stürzendem altem Gemäuer, und hier und da ein Arbeiter oder Pionier verschüttet wird. Nicht gewankt! Das Volk wird selbst bestimmen das Haupt, das nach Uhland (Januar 1849) nur mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt sein kann.

6.

Der Staat und das Genossenschaftswesen.

Von Karl Hirsch.

Zu Punkt X. des Eisenacher Programms.

Aus dem „Volksstaat" 1869.

(Siehe Seite 165.)

I.

Es ist eine durch die Statistik hinlänglich erwiesene Thatsache, daß unter den modernen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen die Zunahme der Reichthümer begleitet, ja vielfach überflügelt wird von der Zunahme des Pauperismus; mit andern Worten: daß die Zahl der Besitzenden abnimmt im Ver-

hältniß zu der Masse des Proletariats. Die allgemeine Ursache dieser Erscheinung ist in der modernen Produktionsweise gefunden worden, die auf einer großen Arbeitstheilung und großen Vorschüssen in Anlagekapital, Rohmaterial und Lohnfonds, beziehungsweise auf freiem Kauf und Vernutzung lebendiger Arbeitskraft als einer Marktwaare beruht. Daß die Arbeitskraft als eine Waare ver- und gekauft wird, hat zur Folge, daß der Besitzer derselben, der Arbeiter, durchschnittlich keinen höheren Preis für seine Waare erzielt als jeder andere Waarenbesitzer für die seinige, nämlich das Ungefähre der Herstellungskosten. Der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, wird durch die Herstellungskosten derselben, d. h. durch die nothwendigsten Lebensmittel des Arbeiters, und wenn man will, durch die Ergänzungskosten, d. h. durch die nothwendigsten Bedürfnisse der Familie, bestimmt.

Daß selbst die vollste staatliche Freiheit diese allgemeine Erscheinung nicht wesentlich zu ändern vermag, lehrt ein Blick auf die politischen und sozialen Verhältnisse Nord-Amerikas. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung, Rechtsgleichheit, republikanische Verfassung, Volksheer — all dies vermag dort bekanntlich nicht zu verhindern, daß die gesellschaftliche Entwicklung — die Zunahme des Proletariats — nicht etwa blos in gleichem Maße wie in Europa, sondern noch rapider vor sich geht.

Es ist allerdings unbestreitbar, daß nur in der Freiheit und den politischen Reformen die Lösung der sozialen Frage gedacht werden kann, ebenso gewiß ist aber auch, daß in den Reformen — als Formen — allein noch nicht die Lösung an und für sich gegeben ist. Sie liegt sowohl begrifflich, als auch geschichtlich in der Bildung von Kollektiv-Eigenthum auf dem Wege der Genossenschaft. Die Genossenschaft ist aus der bürgerlichen Produktion herausgewachsen, die die Arbeiter daran gewöhnt hat, zu einem gemeinsamen Zweck — freilich dem Zweck eines Dritten — ihre Arbeitskraft unter ein Kommando zu stellen und sich „in die Hände" zu arbeiten. Die Bourgeoisie hat aber nicht nur die Arbeiter den Nutzen der Vereinigung kennen gelehrt und ihnen die Disziplin zur Genossenschaft anerzogen, sondern sie hat sie auch direkt dazu aufgemuntert und angetrieben, sich genossenschaftlich zu vereinigen. Freilich brachte sie ihre eigene Zweckvorstellung dabei mit, die Genossenschaft solle ihre Mitglieder aus Ausgebeuteten zu Ausbeutern, zu Kapitalisten machen, ein naiver Standpunkt, auf welchem heute noch in Deutschland Schulze-Delitzsch mit seinen Genossenschaften steht. Aber die Unvereinbarkeit dieses Zweckbegriffs mit der ganzen Individualität der in den Genossenschaften vereinigten Arbeiter bedingt den Mißerfolg

solcher Genossenschaften. Wenn sie nämlich Erfolg haben, verändern sie gewöhnlich die normale Arbeiteranschauung, das auf die Erlösung der ganzen Klasse gerichtete Streben, und verwandeln den Genossenschaftler in einen egoistischen Aktionär.

Man kann z. B. namentlich von den unter den Auspizien des Herrn Schulze zu Stande gekommenen Produktiv-Genossenschaften sagen, daß sie nie mißlungener waren als in den wenigen Fällen, wo sie als gelungen und erfolgreich bezeichnet wurden. Umgekehrt, die Mißerfolge, die — womit sich Herr Schulze trösten mag — in den vorgerückteren Industrie-Ländern ebenso regelmäßig sich einstellten wie bei uns in Deutschland, hatten wenigstens den Erfolg, die Arbeiter auf das wahre, das echte Prinzip der Genossenschaft zu führen: auf die Produktion von unveräußerlichem Kollektiv-Eigenthum mit gleichem Nutznießungsrecht (verbunden mit Altersversorgung). Die Resultate dieser namentlich in Frankreich, Belgien und Amerika herrschenden Form der Produktiv-Assoziation sind unbestritten bedeutender als die Resultate der auf Produktion von Kapitalisten gerichteten. Die Frage, wie es denn für große Massen von Arbeitern möglich gemacht werden könne, bei ihrer (nach dem Eingangs entwickelten sog. „ehernen Lohngesetz") die Grundlage der gegenwärtigen Produktionsweise bildenden Besitzlosigkeit die großen Vorbedingungen zu Produktiv-Assoziationen zu beschaffen, als: Grundstücke, Gebäulichkeiten, Maschinen, Rohmaterial und die bis zur Verwerthung der ersten Produkte nöthigen Lebensmittel — diese Frage wird von den Sozialisten mit dem Hinweis auf jene gewaltige, aus dem bürgerlichen Zusammenleben hervorgegangene Organisation beantwortet, die sich — ihrer Idee nach — zur Aufgabe zu machen hat, alles Schlechte in der menschlichen Gesellschaft zu bekämpfen und alles Gute zu fördern — mit dem Hinweis auf den Staat. Von anderer Seite wird sowohl die Möglichkeit als auch die Zulässigkeit eines staatlichen Eingreifens in die allgemeinen Produktionsverhältnisse mit Entschiedenheit bestritten, ohne daß indeß eine plausible Meinung über den Weg geäußert würde, aus einem Zustande herauszukommen, der auch von dieser Seite als verderblich, verwerflich und unhaltbar bezeichnet wird. Prüfen wir die beiderseitigen Argumente.

* * *

II.

Um zahlreichen Arbeitslosen Beschäftigung und dadurch Brot zu bieten, sind nicht blos 1848 im republikanischen Frankreich, sondern auch früher und später in anderen, in monarchischen Ländern von Staatswegen Unternehmungen theils direkt begründet, theils indirekt befördert worden. Diese Intervention des Staats

in den Gang der bürgerlichen Produktion war in den betreffenden Verhältnissen für nöthig gehalten worden, weil man nicht anders die gefährliche Masse zu beseitigen wußte, die als „überschüssige Hände", als „Reserve" eine natürliche und nothwendige Zugabe zur modernen, kapitalistischen Produktionsweise, eine stete Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Gesellschaft bildet. Dieses friedliches Aushilfsmittel aus einer großen sozialen Verlegenheit wurde indeß nicht lange versucht, sondern bald ersetzt durch Kartätschen, Deportationen, Gefängnisse und eine massenhafte Auswanderung. Durch diese heroischen Mittel konnte man das Prinzip umgehen, auf welchem das erstere friedliche Mittel basirt war, ein Prinzip, das von unbefangenen Theoretikern und sehr großen Praktikern unumwunden anerkannt ist, und dessen Proklamirung, so sehr man auch diese Thatsache zu vertuschen liebt, 1848 in Frankreich und in Deutschland der stärkste, um nicht zu sagen der einzige Hebel der Revolution war. Dieses Prinzip ist das Recht auf Arbeit. Man vergleiche u. A., was über dieses Recht Varnhagen von Ense sagt (Tagebücher IV., 2. Aufl., S. 266 und 278), der kein Sozialist ist, und Stuart Mill, der ebenfalls keiner ist, an verschiedenen Stellen der „Grundsätze 2c." — Die Manchesterschule sogar erkennt dieses Recht, beziehungsweise die entsprechende Pflicht des Staates an, will jedoch die Anwendung auf Ausnahmefälle, sog. Nothfälle, beschränkt wissen. In England nun sind diese Ausnahmefälle längst zur stehenden Regel geworden: die „Workhouses"*) sind absichtlich zu „Häusern des Schreckens" gemacht worden; dies verhindert aber nicht, daß sie stets gefüllt sind. Auch in Deutschland wiederholen sich die Ausnahmen immer rascher und anhaltender in entsetzlicher Regelmäßigkeit, während sich die Verhältnisse der dazwischenliegenden Pausen ebenso beharrlich den zugegebenen Extra-Fällen nähern. Es genügt indeß, zu konstatiren, daß das Eingreifen des Staates in die Produktion thatsächlich mit dem Recht auf Arbeit motivirt worden ist, und daß die Ursachen, die zur Beanspruchung dieses Rechts führen, nicht in ausnahmsweisen unglücklichen Ereignissen, sondern gerade in dem alltäglichen, ja in dem Prosperitäts-Gang unserer Produktion liegen. Prosperität der Geschäfte**) führt regelmäßig zur Ueberproduktion, diese zu Krisen und Arbeitslosigkeit. Dem entsprechend ist es für denkende und praktische Staatsmänner Aufgabe, statt der bisherigen exzeptionellen***) Aushilfsmittel sich nach solchen umzusehen, die dem dauernden Uebel auch dauernd begegnen und vorbeugen. Als das weitaus wichtigste der in Betracht kommenden Mittel erscheint aber das Genossenschafts-

*) Arbeitshäuser.
**) Geschäftsblüthe.
***) ausnahmsweisen.

wesen. Zahlreiche Produktiv-Genossenschaften*), als bestehend gedacht, würden die Zahl der den Krisen absolut Unterworfenen vermindern, zu größerer Regelmäßigkeit der Produktion beitragen (da sie ihrer Natur nach weniger spekuliren als der reine Unternehmer), ferner als Ableiter des Arbeitsmarktes die stete Tendenz der Lohnerhöhung für die andern Arbeiter haben, endlich in dennoch eintretenden Nothfällen gewissermaßen die Cadres**) zu einer ausgedehnteren Beschäftigung Arbeitsloser bilden. Es ist aus alledem ersichtlich, daß es für jeden auf modernem Verkehr begründeten Staat in gewissen Zeiten eine Existenzfrage sein wird: ob er das Genossenschaftswesen mit aller Kraft gefördert hat oder nicht. Und zwar muß es als eine Sophisterei bezeichnet werden, wenn man sagt: der Staat soll die Bildung von genossenschaftlichem Eigenthum fördern, aber nur dadurch, daß er alle gesetzlichen Hindernisse aus dem Wege räumt. Daß der Staat keine beschränkenden Gesetze dagegen machen darf und die bestehenden möglichst summarisch, mit einigen Federstrichen, zu vernichten hat, ist selbstverständlich: um andere Hindernisse aber handelt es sich, als um gesetzliche, nämlich um thatsächliche, und diese sind, wenn man das Genossenschaftswesen aufrichtig und wirklich fördern will, zu bekämpfen. Diese Hindernisse sind hauptsächlich der Mangel an den zu gemeinsamem Betrieb nöthigen Sachkenntnissen und der Mangel an Mitteln. Man glaube nicht, daß das laisser faire***) des allgemeinen Verkehrs oder der allgemeinen Bildung den ersteren Mangel abstellen würde; — so wenig als ohne Staatsinstitute Verkehr und Bildung Eisenbahn-Ingenieure hervorgebracht hätten. Es ist vielmehr ein ganz direkt auf das genossenschaftliche Ziel gerichteter spezieller Unterricht unumgängliche Vorbedingung.

Was die Mittel betrifft, so stehen wir hier wieder vor der Frage, die uns am Schlusse des ersten Artikels beschäftigt hat: ist Staatskredit oder überhaupt positive, materielle Begünstigung seitens des Staates zulässig oder nicht?

Die Sozialisten weisen, um die Frage bejahen zu dürfen, darauf hin, daß der Staat längst mit aller Energie auf Bildung und Mehrung von großem Privateigenthum hingearbeitet habe und es dafür an Exemptionen, Immunitäten, Privilegien, Benefizien, Dotationen, Subventionen†), Darlehnen, Garantien, Krediten, Stundungen u. s. w. u. s. w. noch heute keineswegs fehlen lasse,

*) Nicht Schulze'sche kleine Aktiengesellschaften, die jede Krisis sprengt, sondern auf Produktion von Genossenschaftseigenthum gerichtete.

**) Rahmen, Stämme, meist im militärischen Sinne gebraucht.

***) Das „Sich selbst überlassen sein".

†) Steuerbefreiungen, Vorrechten, Unterstützungen aller Art.

daß vielmehr die positive Unterstützung, die der Staat den Inhabern von Privateigenthum aller Art zur Vermehrung desselben angedeihen läßt, von Jahr zu Jahr enormer und augenfälliger wird. Als Beispiele führt man die Eisenbahn-Garantien und -Subventionen, die staatlichen Kredit-Institute, die Steuerkredite, die Zollkredite und Rabatte und vieles Andere an, was zusammengenommen allerdings als ganz dieselbe Leistung des „Staatssäckels" betrachtet werden muß, die von den Gegnern der Sozialisten als unzulässig bezeichnet wird. Warum sollte derselbe Staat mit denselben Mitteln nicht viel eher genossenschaftliches Eigenthum mehren helfen?

Die Gegner, soweit sie nicht das Thatsächliche der sozialistischen Behauptungen — allerdings mit wenig Glück — bestreiten, erklären, daß *ein* Mißbrauch einen zweiten Mißbrauch nicht rechtfertige. Staatshilfe sei eben auch Privat-Unternehmern, auch Kapitalisten gegenüber unzulässig und zu verwerfen.

Die Prüfung dieses Einwandes ist nicht schwer. Man untersuche irgend eine der dem Kapital gegenwärtig zukommenden Staatsleistungen nach ihren Wirkungen für das Gesammtinteresse des Staates. Unbestreitbar sind sie alle insgesammt, von einzelnen nebengeordneten Uebelständen abgesehen, von den wohlthätigsten und wichtigsten Wirkungen für die Gesammtheit gewesen — und sind es noch heute. Ohne *Staatsgarantie* wären wichtige Straßen, Kanäle und Eisenbahnen gar nicht gebaut worden, die heute dem geistigen und materiellen Fortschritt ganzer Bevölkerungen unentbehrlich scheinen. Die Steuerkredite haben den Handel und die Industrie ungemein gefördert und zur Bildung großer Unternehmungen geführt, die eine reiche Quelle von Kultur, Wohlstand und Bildung wurden. Dasselbe gilt von den Zollkrediten, und die Zollrabatte vollends gaben den Impuls zu der freihändlerischen Bewegung, die die engen politischen Schranken durchbricht und für eine Waarengattung nach der anderen den Weltmarkt herstellt. Ohne die *Staatshilfe*, die den Fabrikanten zum großen Theil auf Staatskosten billige Techniker lieferte, war die Hebung der Industrie nicht möglich. Die ungeheure Steigerung der Produktivität des Ackerbaues, die wir erlebt haben, war undenkbar, wenn nicht *Staats*-Institute das Anlagekapital vorgestreckt, dazu noch die Produkte beliehen und *obendrein* (persönlichen) Wechselkredit gewährt hätten — und noch heute würde die landwirthschaftliche Großproduktion ins Stocken und das ganze Land in unrettbares Verderben gerathen, wenn der ersteren diese dreifache Selbsthilfe versiechte. Man kann es daher unmöglich für Ernst halten, wenn der jüngste Vertreter der absoluten Staatshilfe, Herr Dr. Max Hirsch aus Magdeburg, neulich in der Pfalz erklärte, daß er und seine ökonomischen Parteigenossen eben so sehr die dem Kapital, als die

der Arbeit zugedachte Staatshilfe bekämpfen. Wenn die großen Spiritusbrenner in der Provinz Sachsen nicht durch Staatshilfe erstens billiges Hypothekengeld, d. h. Anlagekapital, zweitens Lombards*), drittens Bankkredit und viertens Steuerkredit bekamen und noch bekämen, wenn nicht wichtige, durch Staatshilfe gebaute Eisenbahnen den großen Transport ermöglichten, und wenn die Firma Hirsch in Magdeburg nicht selbst Lombard, Bankkredit und Steuerkredit durch eine buchstäbliche Staatshilfe genoß: so konnte besagte Firma nicht ein so großes Spiritusgeschäft machen, als sie thatsächlich gemacht hat und macht — und Herr Dr. Max Hirsch hätte dann weder Mittel noch Muße, um die Arbeiter von der Unzulässigkeit, Unmöglichkeit und Unmoralität *aller* Staatshilfe zu überzeugen. Dieses Beispiel zeigt augenscheinlich, daß die Staatshilfe für die Produktion im Prinzip nicht nur zulässig ist, sondern unter Umständen sogar für die Gesammtheit sehr vortheilhaft sein, ja auch ohne daß eine besondere Kalamität, ein offener Nothstand vorliegt, dennoch zur unbedingten Nothwendigkeit werden kann. Und da wir ohnehin die hohe Wichtigkeit des Genossenschaftswesens dargethan, so ist damit auch erwiesen, daß für dasselbe unter Umständen direkte Staatshilfe ebenso zulässig und nothwendig erachtet werden muß, als für das Großkapital.

Eine andere Frage ist indeß die, ob und unter welchen Vorbedingungen eine derartige Staatshilfe — die wir uns zunächst als *Staatskredit* denken — ausführbar ist.

* * *

III.

Gegen die Ausführbarkeit einer staatlichen Förderung des Genossenschaftswesens durch Darlehn wird geltend gemacht, daß der Staat nicht im Besitz der ungeheuren Mittel sei, die nöthig wären, um alle Arbeiter auf solche Weise in Genossenschaften zu beschäftigen. Es muß dieser Einwand in dem Falle als ganz zutreffend erachtet werden, wenn davon die Rede sein sollte, *mit einem Schlage* die jetzige Produktionsweise aufhören und eine allgemeine Staatsproduktion beginnen zu lassen. Es ist indeß dieser Gedanke so absurd, daß man ihn billigerweise bei keinem Sozialisten, der ihn nicht ausdrücklich kundgiebt — und unseres Wissens hat dies noch keiner gethan — voraussetzen sollte. Die Frage der Staatsproduktion anlangend, die hier manchmal ohne innere Veranlassung herbeigezogen wird, ist es beiläufig bemerkt zwar richtig, daß sie in der Regel nicht so profitabel ist als Privatproduktion, allein die Haupturſache, warum sie es nicht ist, scheint uns eine sehr erfreuliche: sie liegt in der besseren Lebensstellung der in der betreffenden Staatsproduktion ver-

*) Pfandanleihen.

wendeten Arbeiter. Die anderen Ursachen aber sind niemals wesentliche, sondern zufällige, die sich heben lassen.

Indeß handelt es sich hier weder um Staatsproduktion, noch um allgemeine Staatsgarantie, sondern um Kredite für einzelne Produktiv-Genossenschaften. Daß aber dem Staate keine höheren Leistungen zuzumuthen sind, als er ohne Gefahr und Schwierigkeit ertragen kann, versteht sich wohl von selbst. Schwierig ist dabei nur die Lösung des Problems, wie man, die momentane Leistungsfähigkeit des Staates als eine gegebene Größe angesehen, der Mißlichkeit konkurrirender Anforderungen vorbeugt? Reduktionen würden leicht den Zweck der Kredite beeinträchtigen, während Diskonto-Erhöhungen aus einem leichtbegreiflichen Grunde nicht abschrecken und die bekannten Bankmittelchen, wie Formschwierigkeiten, Verschleppungen u. dgl., ohnehin nicht vorhalten würden, auch mit dem ganzen Geiste der erörterten Institution nicht vereinbart werden könnten. Die größere oder geringere Wichtigkeit dieses Problems wird lediglich bestimmt durch das Verhältniß der berechtigten Nachfrage zu der Summe, über welche jeweilig disponirt werden kann. Wir sagen: berechtigte Nachfrage, und verstehen darunter die Kreditforderungen solcher Genossenschaften, die in der nachzuweisenden moralischen und fachlichen Tüchtigkeit ihrer Mitglieder und in ihrer, den zu gebenden Gesetzen entsprechenden Einrichtung die Garantie bieten, die der Staat verlangen kann und muß, daß das Geld nicht, wie man zu sagen pflegt, „hinausgeworfen" ist. Sorgfältige Prüfung und gewissenhafte Kontrolle würden nicht fehlen dürfen. Die Höhe jeder Kreditforderung würde nach dem, von der Genossenschaft selbst vorzulegenden und staatlicherseits ebenfalls zu prüfenden, zu Anlage und Betrieb absolut erheischten Bedarf zu bemessen sein; der Rückzahlungsmodus nach der ebenso vorzulegenden und zu prüfenden Rentabilitätsberechnung.

Unter diesen Bedingungen ist ein allzugroßer Andrang von Genossenschaften nicht zu befürchten, aber ein Andrang, der immerhin groß genug ist, eine merkliche Lücke im Arbeitsmarkt entstehen und den Lohn der anderen Arbeiter steigen zu lassen. Ueberhaupt wird es sich für lange Zeit nur um die städtische Industrie handeln; auf dem Lande fehlen noch alle Vorbedingungen der Korporation: Arbeitstheilung, Intelligenz, Kenntnisse ꝛc.

Falls dennoch Konkurrenzen eintreten, so könnten maßgebend sein: 1. Anziennität (der Konstituirung der betr. Genossenschaften); 2. Rentabilität und Rückzahlungsmodus; 3. Dringlichkeit in Nothfällen; 4. Anziennität des Anspruchs u. s. w.

Es lassen sich eine Menge technischer Einwendungen gegen die spezielle Ausführung erheben. Andererseits läßt sich wieder gegen jede Einwendung nicht ohne Erfolg eine Vertheidigung

geltend machen; — woraus hervorzugehen scheint, daß man in dieser so hochwichtigen, schon einmal so verhängnißvoll gewordenen Frage erst noch eine Reihe von praktischen Erfahrungen sammeln muß. Freilich würde dann, um eine Art von Versuchsfeld zu gewinnen, die rechtzeitige praktische Inangriffnahme der Frage rathsam erscheinen. Gerade jetzt, wo im Vergleich zu früher, nach Innen und Außen eine verhältnißmäßige Ruhe herrscht und eine größere Krisis weder vorhanden, noch in Aussicht ist, gerade jetzt ist es geboten, eine Frage allen Ernstes zu studiren, die einst jeden Staat, welchen sie unvorbereitet trifft, in die grenzenloseste Verwirrung stürzen wird.

Aber allen Ernstes muß man an die Frage herantreten, ohne jeden Hintergedanken eines frivolen Spiels oder Mißbrauchs. Versuche, aus einer einfachen Pflichterfüllung des Staats gegenüber der großartigsten sittlichen und Kultur-Erscheinung unseres Jahrhunderts einen — reaktionären Köder für die Arbeiter und ein Schreckmittel für die Bourgeoisie zu machen, würden gewissen Regierungen nahe genug liegen. Es giebt indeß einen untrüglichen Probirstein, jede unehrliche Inangriffnahme des beregten Gegenstandes von einer ehrlichen zu unterscheiden. Eine Regierung, die die Nothwendigkeit einsieht und das Streben hat, loyal vorzugehen, wird die reine Selbstverwaltung der Genossenschaften — unbeschadet finanzieller Kontrolle — achten und zu sichern bemüht sein müssen. Sie wird von vornherein auf jede Hineinregiererei verzichten und sich dieselbe durch klare Gesetze unmöglich machen müssen. Sie wird überhaupt genöthigt sein, das laufende Geschäft mit den Genossenschaften nicht etwa einer Behörde, einem Regierungsrath, sondern einer besonderen Bank zu übertragen, deren Personal oder wenigstens deren leitendes Personal auf Vorschlag einer parlamentarischen Kommission vom Parlament erwählt und von der Regierung unabhängig ist. Sie mag sich mit dem Bestätigungsrecht genug sein lassen. Kredite unter einem gesetzlich zu bestimmenden Betrage prüfe und entscheide die Bankdirektion (als Kollegium); höhere Summen mögen durch Gesetze dekretirt werden.*)

*) Es wird vielleicht Manchem unbekannt sein, daß in Württemberg eine große, rein auf Kollektiv-Eigenthum basirte Genossenschaft schon seit langer Zeit Staatshilfe in ausgedehntem Maße erhält — die von Gustav Werner in Reutlingen in den dreißiger Jahren gegründete Gesellschaft „zur Bruderhilfe". Diese Gesellschaft besitzt in Reutlingen und in verschiedenen Landestheilen Württembergs ca. 25 verschiedene Anstalten im Gesammtwerth von über fünf Millionen Gulden und betreibt die verschiedensten Produktionen, als: Landwirthschaft, Müllerei, Spinnerei, Weberei, Maschinenfabrikation, Tischlerei, Kleider- und Schuhwaaren-, Bronze- und Silberwaaren-, Papier- und Portefeuille-Fabrikation, Buchbinderei.

Selbst unter solchen Bedingungen ist es immer noch möglich, daß die Beziehungen der staatlichen Faktoren zu den Genossenschaften auf Seiten der Regierungen in selbstsüchtige Ränke und Intriguen auf parlamentarischer Seite in faktiöse*) und demagogische Umtriebe auszuarten drohen; doch ließen sich der gesunde Sinn der Massen und die öffentliche Meinung als hinlängliche Schutzmittel dagegen betrachten oder noch weitere Garantien als die aufgezählten anwenden. Eine Regierung aber, die auch nicht einmal diese, vielleicht zu flüchtig skizzirten Sicherheiten gegen den Mißbrauch der staatlichen Förderung des Genossenschaftswesens für nothwendig hielte, würde den klaren Beweis liefern, daß es ihr nicht um Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen, sondern um politische Agitationen der verwerflichsten Art, nämlich um plumpe Bestechung eines kleinen Theils des Proletariats zu thun ist, um bereite Fäuste zur Niederhaltung des anderen größeren Theils zu haben.

Einem solchen Beginnen aber müßte die Demokratie aller Schattirungen den äußersten Widerstand leisten und würden ohne

---

Buchdruckerei u. s. w. — Die Anstalten erhalten unter allgemeiner Billigung der Bevölkerung Staatshilfe, weil sie Arbeitslosen und solchen, die schwer geeignete Arbeit finden, wie gefallenen Mädchen und entlassenen Bestraften, Unterkommen und geistige Pflege bieten. Daß die Anstalten schlecht reüssiren (schlechten Erfolg haben) und der Staatshilfe bedürfen, daran ist das religiöse Beiwerk schuld, mit welchem das Streben der Gesellschaft versetzt ist. Vor dem „Reich Gottes", das „gegründet werden soll", werden irdische Bestrebungen und Bedürfnisse nicht genug gewürdigt, und die fast pietistische Aszetik in dem (natürlich gemeinsamen) Leben und Konsum rächt sich durch eine vielfach grassirende Heuchelei, verbunden mit Materialverschleuderung. Auch Veruntreuung und Unterschlagung richten nicht selten Schaden an. Diese Uebel würden von selbst wegfallen, wenn der Sinn der Brüder sich weniger auf das Ueberirdische und mehr auf das Weltliche und Sinnliche richten würde. Der gesunde Mensch will nicht nur leben, sondern möglichst gut (auch im körperlichen Sinne) und angenehm leben. — In Preußen sind die bekanntesten, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle großartigster industrieller Staatshilfe die den Fabrikanten Borsig und Krupp seinerzeit gewährten Millionen. Der gegenwärtige Flor der zwei genannten Geschäfte, durch die mehr als 50 000 Menschen Existenz haben, wäre ohne Staatsunterstützung wohl kaum vorhanden. — In Oesterreich waren es meist hochadlige Industrielle, deren Unternehmungen durch direkte Staatsmittel gefördert worden sind. — In Bayern, speziell in München, Augsburg, Nürnberg u. a. O. „arbeitet" eine lange Reihe von Unternehmern mit Staatskapital. Die bayerische Großindustrie verdankt dem Staate ihre ganze Existenz.

*) im Interesse einzelner Parteien gemachte.

Zweifel auch die deutschen Produktiv-Genossenschaften verächtlich den Rücken zuwenden!

Im Sinne dieser Ausführungen glauben wir, kann gegen den Punkt 10 des Eisenacher Programms, welcher Staatskredit für „freie Genossenschaften" „unter demokratischen Garantien" fordert, kein Demokrat etwas einwenden.

Eine andere Frage ist freilich: ob der gegenwärtige Staat, ob die sogenannte konstitutionelle Monarchie im Stande ist, die Aufgabe, den Genossenschaften Kredit zu vermitteln, auch nur annäherungsweise zu lösen. Wir müssen diese Frage entschieden verneinen.

* * *

IV.

Wir haben in den früheren Artikeln den Nachweis geführt, daß der Staat prinzipiell die Pflicht hat, das Genossenschaftswesen positiv zu fördern, und daß die Arbeiter berechtigt sind, auch vom heutigen Staate eine solche Förderung in Form des Staatskredits zu verlangen, sowie endlich, daß der heutige Staat schon aus Klugheitsrücksichten gut daran thun würde, sich mit dem Gedanken der ehrlichen Erfüllung dieser Forderung vertraut zu machen. Eine ganz andere Frage aber, die wir zu beantworten haben, ist die:

> Ob der heutige, d. h. der nach den Interessen und der Vorstellungsweise des Bürgerthums eingerichtete, der monarchische und mehr oder weniger konstitutionelle Staat auch im Stande ist, die an ihn gestellte Forderung so zu erfüllen, wie sie — nach unsern früheren Ausführungen — einzig und allein erfüllt werden kann, nämlich ohne Hintergedanken, ohne Korruptionsgelüste, ohne Vorbehalte, — eine Leistung ohne andere Bedingungen als solche, die aus der Natur der Leistung selbst entspringen?

Eine alte Fabel erzählt, daß der Wolf einmal, von Gewissensbissen gequält, den festen Vorsatz gefaßt habe, fortan die unschuldigen Lämmer zu schonen und nur von Kräutern und Früchten zu leben. Als ihm aber das erste Schaf begegnete, da sagte er zu sich selbst: „Was ist denn für ein Unterschied zwischen Thier und Pflanze? Das Thier ist nur eine bewegliche Pflanze, die Pflanze nur ein stummes, in die Erde gewachsenes Thier. Darf ich das Eine genießen, warum nicht auch das Andere? Dieses Schaf hier lebt von Früchten und ist selbst die Frucht seiner Eltern. Frucht ist Frucht!" Sprach's und zerriß es.

Der Wolf in der Fabel hatte Gewissensbisse. Ein richtiger, natürlicher Wolf hat keine, kann keine haben. Er gehorcht lediglich seiner eigenen Natur, die ihm Tatzen, Greif- und Nage-Zähne, sowie einen vortrefflichen Magen zum Verdauen des rohen Hammelfleisches gegeben hat. Seine Denkweise ist nicht trennbar von

seinem sonstigen Wesen, seine moralische Anschauung über das Hammelfressen ist wie sein Gehen, Schlafen, Kauen, Verdauen, ein Theil seiner hammelfresserischen Natur. Und weil diese seine Natur vollkommen auf die Schafjagd angelegt ist, so wird nothwendig die Wolfsmoral, so lange es Wölfe giebt, das Schaffressen als das ideale Gut, als den höchsten Zweck des Lebens ansehen.

Und ganz so verhält es sich mit der modernen Gesellschaft, diesem Wolf im liberalen Schafspelz, der die lammfrommen Unterthanen theils auf den Schlachtfeldern, Richtplätzen, Manövern, Eisenbahnen, Wettrennen, in den ärztlichen Kliniken und Spitälern, Spinnereien, Maschinenfabriken, Brauereien u. s. w. plötzlich erwürgt, theils (durch Uebersteuerung, Ueberarbeitung, Ueberreizung und Hunger ꝛc., in Kasernen, Zuchthäusern, Arbeitshäusern, Schulhäusern, Bureaus, Manufakturen, Bordellen, Kneipen u. s. w.) allmälig verbluten läßt. Wie sollte die heutige Gesellschaft zu Gewissensbissen kommen? Diese Welt ist ja „die beste der Welten"!

Die alten Griechen stellten sich die höchste Seligkeit der olympischen Götter als ein Genießen ohne Arbeit, die tiefste Verdammniß als eine Anstrengung ohne Erfolg vor. Ihr Himmel und ihre Hölle waren nur die idealisirte Wirklichkeit: Der Zustand des Sklaven war die Höllenpein, der des edlen Herrn war der Himmel. Ganz so hat sich die bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft der kapitalistischen Ausbeutung, in Ermangelung von Himmel und Hölle ihren Staat ausgebaut, den Staat der Ausbeutung — — —

ein stehendes Heer und die Aussicht, jeden Tag einberufen zu werden, verträglich? Wie wäre es denkbar, daß man den Produktiv-Genossenschaften Gelder kreditirte, ohne sie dafür zur Dankbarkeit gegen den „Geber aller guten Gaben", den „Landesherrn" oder das „Parlament" zu verpflichten, als ob das Geld nicht aus des Volkes, sondern aus der Bevorrechteten Tasche kommen würde? Es wäre das ein Widerspruch in sich selbst, und darum müssen wir die Eingangs aufgeworfene Frage entschieden verneinen, und vielmehr festhalten,

daß Staatshilfe in der Weise, wie sie die Arbeiter zu fordern berechtigt sind, und wie sie allein Nutzen schaffen würde niemals in einer Monarchie oder in einer korrumpirten bürgerlichen, d. h. Klassenherrschafts-Republik zu erwarten und anzunehmen ist, sondern nur in einer Republik, welche das Wohl der großen Masse des Volkes zum Ziele hat, d. h. in der sozialdemokratischen Republik.

7.

Erklärung.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt", 1869.

(Siehe Seite 200.)

Im gegnerischen, mehr oder weniger von der Bismarck-Bucher'schen Politik beeinflußten Lager zerbricht man sich den Kopf, was es mit dem von unserem politischen Freunde Bebel auf dem Eisenacher Arbeiterkongresse angeblich so genannten Revolutionsfonds auf sich habe. Die im Solde Bismarck's stehende Presse, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", der „Sozialdemokrat" und andere Blätter dieser Art, verdächtigen und verleumden lustig darauf los, wie das nun einmal ihre Art ist, die nationalliberale Presse druckt das mit pharisäischem Achselzucken gleichfalls nach ihrer Art pflichttreu nach und — die ferner stehenden ehrlichen Leute gerathen in Verwirrung. So sucht man wenigstens vorübergehend den unbequemen und gefährlichen Gegner zu meucheln — eine wahre Banditen-Politik! Doch zu verwundern ist es nicht, daß es bereits Personen, Parteien und Koterien giebt so heruntergekommener und verkommener Art, daß sie unfähig geworden sind, sich einen ehrlichen prinzipientreuen Charakter auch nur vorstellen zu können. Man fahre nur in so schnöder demoralisirender Weise fort und der revolutionäre Zorn des sittlich-sozialen Volksbewußtseins wird doch endlich in diesem Vermoderungsprozeß zur rächenden und rettenden Läuterungs-

flamme aufschlagen und in einer neuen republikanisch-sozialistischen Staatsform seine endliche Befreiung und Einigung suchen und finden.

Dies etwa wäre meine republikanische Antwort auf jene monarchischen Verdächtigungen und Verleumdungen, wenn — es nicht noch harmlose Leute gäbe, welche der Beachtung und einer etwas weiteren Aufklärung werth und bedürftig sind. Diesen diene zur Nachricht, daß jener sogenannte Revolutions- oder deutsch-patriotische Fonds unter Mitwirkung und Betheiligung der namhaftesten demokratischen Flüchtlinge in Amerika zusammengebracht wurde zur Zeit, als die hereingebrochene Reaktion noch ihre Orgien im gesammten Vaterlande feierte, d. i. in den Jahren 1851 und 1852. Ueberall in Deutschland — sogar in Berlin und Wien — giebt es noch Männer, welche diese Bemühungen um den nervus rerum eines fortgesetzten Widerstandes gegen die reaktionären Fluthen kennen — freilich auch solche, welche heute verleugnen, was sie damals als ernste patriotische Pflicht erkannten. Warum dieser Fonds nicht zur Verwendung kam, sondern für bessere Zeiten sicher angelegt wurde, wird Jeder begreifen, der die Geschichte und deren Entwicklungsphasen kennt und zu fassen vermag, wie auch jeder ehrliche Mensch einsieht, daß man Gelder, welche statutenmäßig für allgemein patriotische Zwecke bestimmt sind, nicht für Privatunterstützungen verwenden durfte, so nothwendig und national-ehrenvoll dieselben sein mochten. War es doch auch ausdrücklicher Beschluß der Garanten, aus der Nationalanleihe kein Geld für dergleichen Privatunterstützungen zu verwenden.

Wie nun dieser Fonds statutenmäßig in andere Hände übergegangen und wie der Unterzeichnete in die Lage gekommen ist, dem neuerwachenden republikanisch-sozialen Geiste im deutschen Volke Agitationsmittel daraus zu überweisen, wird Niemand näher von mir zu erfahren wünschen, der nicht etwa ein besonderes Interesse daran hat, Personen und Sache zu gefährden; an das Geld selbst freilich vermag der nicht zu kommen, welcher es sonst nimmt, wo er es findet. Dies würde eben nicht zu finden sein. Desto eher wäre es möglich, und ist selbst befreundeten Schweizern besonders in Folge der Denunziationen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" eingefallen, daß Herr v. Bismarck eines Tages beim eidgenössischen Bundesrath Beschwerde führen möchte, um eine Ausweisung à la Mazzini herbeizuführen. Freilich wäre es urkomisch und lächerlich, wenn der großmächtige Kanzler des Norddeutschen Bundes und künftige Vizekaiser des Reiches deutscher Nation in der republikanischen Schweiz Verfolgungen anzettelte dafür, daß republikanisch-deutsche Männer mit Geldmitteln Agitationen unterstützen, welche in Deutschland, den

reaktionärsten Gesetzen und allen möglichen polizeilichen Maßregelungen angepaßt, offen vor aller Welt betrieben werden. Aber vom Erhabenen zum Lächerlichen ist ja nur ein Schritt.

Was endlich die gemeine Insinuation betrifft, als könnte das Geld von den Welfen — dem „Hietzinger Hof" — herrühren, so ekelt mich eine so grenzenlos dumme und doch boshafte Verleumdung so gründlich an, daß ich nur mit großer Selbstverleugnung darauf zu antworten vermag. Die Verleumdung ist dumm und boshaft zugleich, weil jeder nur halbweg politisch Unterrichtete weiß oder wissen kann, daß ich um meiner, zu jeder Zeit offen und unverhohlen bekannten republikanischen Grundsätze willen nicht nur sechs Jahre im Gefängniß und Zuchthaus gelitten, sondern auch aus dem Vaterlande habe weichen müssen, um mein Brod in der Fremde zu verdienen. Es würde mir außerdem leicht sein, eine Reihe von Beweisen aufzuführen und beizubringen dafür, daß ich jede Art von welfischen oder anderen monarchischen volks- und vaterlandsverrätherischen Wühlereien ebenso sehr verachte und verabscheue, als ich die Bismarck-Bucher'schen Bestrebungen, auf Kosten des großen Gesammtvaterlandes und der Freiheit des Volkes die Hohenzollern'sche Hausmacht zu vermehren, hasse und bekämpfe, wo ich kann. Auf meine Veranlassung geschah es u. A., daß der hiesige republikanisch-deutsche Verein in einer Korrespondenz, Zürich, den 26. Januar 1868, die vaterlandsverrätherischen und seelenverkäuferischen Umtriebe der Welfen und deren Anhänger im ersten Entstehen an die Oeffentlichkeit brachte. Nicht minder haben wir durch Wort und Schrift vom Verein aus jede Berührung mit und jede Beziehung zu dergleichen monarchischen Parteigängern mit einer Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit abgewiesen und bekämpft, daß selbst befreundete Männer uns zu großer Schroffheit ziehen. — Doch wozu noch ein Wort verlieren Leuten gegenüber, die dies Alles recht gut wissen, es aber nicht wissen wollen.

Unsere Erklärung fassen wir einfach dahin zusammen, daß wir die politisch-soziale Agitation der neu begründeten sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Geldmitteln unterstützten und ferner unterstützen werden, die aus ungetrübter republikanischer Quelle fließen und ferner fließen werden, und daß unser geschätzter Freund Bebel ermächtigt war, dies auf dem Eisenacher Arbeiterkongreß den niederträchtig verleumderischen Verdächtigungen der cäsarischen Sozialisten gegenüber zu erklären. Es wird sich nun zeigen, welcher Theil der Presse noch etwas auf Unparteilichkeit und Wahrheit giebt und welcher nur noch mit Lügen und Verleumdungen den Gegner zu bekämpfen vermag. Es wird diese Erklärung zu dem Behufe nicht nur den uns befreundeten, sondern auch den gegnerischen Blättern zugesandt, vor allen den Bismarck-

schen offiziellen und offiziösen Organen, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", dem „Sozialdemokrat", der „Neuen Preußischen Zeitung" u. s. w.

Zürich, 22. August 1869.

Dr. Aug. Ladendorf.

* * *

Als Nachtrag hierzu

und um den Verleumdungen, von denen die Feinde der Volkssache nach altem Jesuitenbrauch hoffen, daß davon an den offenen und ehrlichen Kämpfern für Freiheit, Wahrheit und Recht etwas hängen bleibe, ein für allemal die Spitze abzubrechen, muß ich als einer der Nächstbetheiligten noch einige genauere Aufschlüsse geben. Vor dem napoleonischen Staatsstreiche im Jahre 1851, wo Mazzini ein italienisches Nationalanlehen und Kossuth ein ungarisches zu bewerkstelligen suchten, und wo man bei der Fortdauer der französischen Republik auf eine erfolgreiche republikanische Propaganda in Deutschland zu zählen berechtigt war, haben auch deutsche, in London lebende Flüchtlinge, darunter Kinkel, Willich, Sigel, Schurz, Schimmelpfennig, Taufenau und ich, sich entschlossen, das Zustandekommen eines deutschen Nationalanlehens bei der zahlreichen, Millionen betragenden deutschen Bevölkerung Nordamerikas zu versuchen, und wurde zu diesem Zwecke in die deutsch-amerikanischen Zeitungen unter Angabe der Adresse Kinkel's, der, Dank der für ihn in Deutschland gesammelten 40 000 fl., einen festen Wohnsitz in London haben konnte, geschrieben. In Folge dessen sind bald darauf von New-Orleans unter Kinkel's Adresse an Kinkel, Sigel, Willich, Schimmelpfennig und mich 800 Dollar mit dem Ersuchen gesandt worden, damit nach Amerika zu reisen und persönlich nach amerikanischem Gebrauche in öffentlichen Versammlungen für das Anlehen zu agitiren. Kinkel ist rasch allein im Oktober 1851 abgereist und haben dann die deutschen Flüchtlinge mich in einer zahlreichen Versammlung am Weihnachtsfeiertage 1851 einstimmig erwählt, um trotz des inzwischen erfolgten französischen Staatsstreichs, oder vielmehr wegen desselben in Amerika nachhaltig wirkende permanente Revolutions- oder Volksvereine mit einem Zentralausschuß für fortdauernde Vermehrung des Anlehens oder Revolutionsfonds zu gründen. Ich unternahm die Reise vermittelst persönlicher Anlehen, welche ich nach und nach aus meinem Verdienste, und zwar den Rest erst vor drei Jahren abzahlte, und hatte das Glück, während einer achtmonatlichen, anstrengenden Agitationsreise über 100 solcher Vereine zu gründen, welche wie ihr auf einem Kongreß erwählter und in Philadelphia residirender

Zentralausschuß mich zu ihrem Repräsentanten in Europa erwählten und mich bevollmächtigten, das von Kinkel in Amerika gesammelte Geld in Empfang zu nehmen und dasselbe nebst dem aus den neu gegründeten Vereinen fortwährend zufließenden Fonds von einem, von deutschen Flüchtlingen in London gewählten Komité verwalten zu lassen.

Laut einem mir vorliegenden Vertrage vom 11. August 1852, außer von mir und Kinkel auch von Aug. Willich unterzeichnet, verpflichtete sich Kinkel, nach Abzug seiner Reise- und anderer Kosten, die von ihm erhobenen und in der London Joint Stockbank deponirten Fonds dem besagten Komité zur Verwaltung zu übergeben, sofern der auf den 15. September 1852 nach Wheeling in Amerika ausgeschriebene Kongreß von Delegirten der von mir gegründeten Vereine die Garantie des Anlehens übernimmt und die früher ernannten Garanten in der Majorität dem deutsch-amerikanischen Revolutionsbunde beitreten. Nach Erfüllung dieser Bedingungen hat Kinkel erst 1866, nachdem er in Folge seiner öffentlich ausgesprochenen Sympathien für die Bismarck'sche Politik von mir und anderen, der Republik treu gebliebenen Freunden, sowie von einem Theile der deutsch-amerikanischen Presse hart bedrängt worden, einem Komité die Gelder übergeben. Dieses Komité hat einer größeren Anzahl von Garanten Rechenschaft über die Verwaltung abzulegen und darf, wie schon Ladendorf bemerkt hat, statutengemäß und unter keiner Bedingung an Personen Privathilfe leisten, sondern nur die sozialdemokratische Presse und Vereinsgründungen und Kongresse im Interesse der Emanzipation der Arbeiter und der Herbeiführung der deutschen Republik unterstützen. So wurde von besagtem Fonds, wie allbekannt, der „Zukunft" in Berlin, dem „Demokratischen Wochenblatt" in Leipzig, der „Volksstimme" in Wien, dem „Vorboten" und „Felleisen" in Genf und den „Vereinigten Staaten von Europa" unter die Arme gegriffen.

Dies in Kürze der rückhaltlos gegebene, wahrheitsgetreue Sachverhalt. Ich schließe mit der dringenden Bitte an die deutschen Sozialdemokraten diesseits und jenseits des Ozeans, den besprochenen deutsch-republikanischen Fonds, wie bisher, fortwährend mit ihren Spenden zu unterstützen, damit er tagtäglich kräftiger seine patriotische Wirksamkeit entfalten kann.

Genf, 27. August 1869.

Amand Goegg.

8.

Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Aus dem „Volksstaat“ 1870.

(Siehe Seite 288.)

Bei Gelegenheit des letzten vorgeblichen Komplotts hat die französische Regierung nicht allein viele Mitglieder unserer Pariser und Lyoner Sektionen arretirt, sondern auch in ihren Organen behauptet, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation eine Verbündete des vorgeblichen Komplotts sei.

Nach dem Wortlaut unserer Statuten ist es freilich die spezielle Aufgabe aller unserer Branchen (Zweige) in England, auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten, nicht allein als Mittelpunkt für die Organisation der Arbeiterklasse zu dienen, sondern auch alle politischen Bewegungen, welche unser Endziel, die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse zu verwirklichen streben, in ihren verschiedenen Ländern zu unterstützen. Allein gleichzeitig verpflichten unsere Statuten alle Sektionen unserer Assoziation, öffentlich zu handeln. Wären die Statuten über diesen Punkt nicht klar, so würde dennoch das Wesen einer Assoziation, die sich mit der Arbeiterklasse selbst identifizirt, jede Möglichkeit der Form geheimer Gesellschaften ausschließen. Wenn die Arbeiterklassen konspiriren, die die große Masse jeder Nation bilden, die allen Reichthum erzeugen und in deren Namen selbst die usurpirenden*) Gewalten vorgeblich regieren, so konspiriren sie öffentlich, wie die Sonne gegen die Finsterniß konspirirt, in dem vollen Bewußtsein, daß außerhalb ihres Bereichs keine legitime**) Macht besteht. Wenn die andern Umstände des Komplotts, welches die französische Regierung denunzirt, ebenso falsch und unbegründet sind, als ihre Insinuation gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation, so wird dieses letzte Komplott seinen zwei Vorgängern — grotesken Andenkens — würdig zur Seite stehen. Die lärmenden Gewaltmaßregeln gegen unsere französischen Sektionen sind ausschließlich berechnet, einem einzigen Zwecke zu dienen — der Manipulation des Plebiszits.

Im Auftrage des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

Robert Applegarth, Vorsitzender. Karl Marx, Sekretär für Deutschland. Eugen Dupont, Sekretär für Frankreich. R. Serraillier, Sekretär für Belgien. Hermann Jung,

*) sich die Gewalt anmaßen.
**) existenzberechtigte.

Sekretär für die Schweiz. G. Ajaffa, Sekretär für Italien. J. Cohn, Sekretär für Dänemark. A. Zabicki, Sekretär für Polen. — G. Harris, B. Lucraft, Ph. Mothershead, Finanz-Ausschuß. — Giovanni Bora. John Hales. William Hales. Friedrich Leßner. George Milner. Charles Murray. Rühl. William Townshend. John Weston, Johann Georg Eccarius, General-Sekretär.

256 High Holborn London W. C., den 3. Mai 1870.

9.

Zur Tagesfrage.

Aus dem „Vorbote“ 1870.

(Siehe Seite 349.)

Die großen Diebe läßt man nicht blos laufen, sondern man bringt sie in das herrlichste aller Lustschlösser nach Wilhelmshöhe zu kaiserlich prunkhafter Bewirthung; dagegen hängt man nicht blos die kleinen Diebe, sondern, und zwar mit heißester Vorliebe, auch die ehrlichsten Leute. Gerade diese holt man jetzt auf bloßen Befehl eines Oberhenkerknechts aus ihren Wohnungen und führt sie in Eisen gekettet in ein fernes Hundeloch. Ja, auf Befehl des Generals Vogel von Falckenstein wurden die Mitglieder des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verhaftet und ihre Papiere und Verwaltungsbücher mit Beschlag belegt. Und warum? Weil diese menschlich fühlenden Männer so naiv politisch und so großmüthig national waren, öffentlich ihrer Partei zuzumuthen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, damit der Vertheidigungskrieg nicht in einen Eroberungskrieg umschlage und ein brüderliches Zusammengehen der Deutschen und Franzosen in den Werken des Friedens und der Zivilisation nicht länger gehemmt werde. Welches Verbrechen! Nun, ihre humane Behandlung wurde gerade durch die bestialische Verfolgung gründlich gerechtfertigt. Die Heldenthat des Herrn von Falckenstein registriren wir mit der Note: „wie der Herr so der Knecht“. Denn wenn die Geschichte Frankreichs als Weltgericht ihr Verdammungsurtheil über die Napoleonsstreiche gesprochen, wird die Geschichte Deutschlands nie die Hohenzollerei vergessen, nicht vergessen, daß der gottselige Wilhelm 1848 in Berlin der Kartätschenprinz und 1849 in Baden der Oberblutrichter war.

Indessen sieht es noch sehr sonderbarlich aus in der Welt; denn nach Allem, was man jetzt mit Augen und Ohren wahrnehmen kann, stellen sich im Allgemeinen die Menschen noch nicht die Dinge vor, wie dieselben sind, sondern wie sie solchen nach ihren Gefühlen, geistigen und leiblichen Bedürfnissen eine Wesenheit

anwünschen. Wahrhaft gedankenlos muthen sie Thatsachen eine Logik und Wirkung zu, die deren Ursprung total fremd sind und völlig außerhalb deren Natur und somit fern jeden Einflusses derselben liegen. Es sind eben die anerlogenen und anerzogenen Anschauungen, die alten festgefahrenen und liebgewordenen falschen Vorstellungen — kurz die Gewohnheitskamisole überlieferter, sich von Generation zu Generation, leider nur in allmäliger Abschwächung ererbender Vorurtheile, die der allgemeinen Erkenntniß und dem gemeinsamen Verständnisse im Wege sind und so die Geschichte immer noch am babylonischen Thurmbau festhalten. Nur die Erfahrungswissenschaften werden die Kultur aus dem Luftreiche der Phantasie auf den festen Boden der Wirklichkeit bringen zur fruchtbaren Bebauung.

Gehen wir nun den Dingen, betreffs unserer Frage, soweit wir es verstehen, auf den Grund. Die heutigen Staaten sind nationale Gewalts- und insoweit Rechtsstaaten, als das Recht der Gewalt entspringt und ein Gnadengeschenk derselben ist. Mit der Schaffung der Gewalt ist die Unterdrückung Hand in Hand gegangen und ist ein Gewalt-, d. h. Militärstaat nicht ohne Despotismus denkbar. Deshalb ist in demselben nicht der Frieden, sondern der Krieg allein eine förmliche Institution, der Frieden nur aus Machtsgnade geduldet, die passive Seite des Krieges selbst. Vom Gewaltsstaat Anderes verlangen, als was in der Logik seines Wesens liegt, heißt zu „Gott" beten. Wie dies Alles so bleiben wird, so lange soziale und politische Ungerechtigkeiten nach Innen und Außen mit Eisengewalt zu schützen, privater und offizieller Lug und Trug im Mantel der Religion zu verhüllen sind, ja, so lange die Vernunft und Gerechtigkeit nicht unter den Menschen und unter den Völkern, deren Lebensinteressen egalisirend und identifizirend, die Herrschaft erlangt haben, haben wir schon in unserer Julinummer auseinander zu setzen versucht. Wir wollen nur noch fortfahren, die Widersprüche, in welche sich die moderne Geschichte thatsächlich verwickelt, etwas mehr zu kennzeichnen. Doch welcher halbwegs beobachtender Mensch sollte nicht wahrnehmen, wie bis jetzt die Gewalt und das Recht, das Soldatenthum und das Bürgerthum, der Krieg und der Frieden, die Barbarei und die Zivilisation, die Destruktion und die Produktion, die Wohlfahrt und das Elend sich einander gegenüberstehen und zwar von einer Weihwedelgarde umgeben, die stets bereit ist, solche Ordnung der Dinge als göttliche Einrichtung zu preisen und zu segnen. In solchen Zuständen ist die politische, ökonomische und philosophische Spekulation, die Romantik und Abenteuerei noch fest im Sattel, sind die Staatsstreiche und Kirchenspiegelfechtereien noch warm auf dem Sessel, können sich Diplomatenpfiffe und Jesuitenkniffe vergnüglich die Hände reiben. Darum giebt es da auch ein politisches,

religiöses und juridisches Priesterthum — Staats-, Kirchen- und Rechtspfaffen. Wie der Kirchenpfaffe den Herrgott, so gebraucht der Staatspfaffe das Vaterland und der Rechtspfaffe das Eigenthum als Vexirspiegel und Herrschmittel. Kaum ist ein Menschenkind geboren, so kommt die Staats- und Kirchenpolizei, um es „Laß dem Kaiser, was dem Kaiser, und dem Gotte, was dem Gotte ist" in Leib und Seele theilend, für das Erden- und Himmelreich zugleich mit Beschlag zu belegen, einen Deutschen oder Franzosen, Spanier oder Russen, Christen oder Juden, Muhamedaner oder Buddhisten aus ihm zu machen, um beileibe nicht einen Menschen aus ihm werden zu lassen. Da wundere man sich noch über die herrschenden Begriffsverwirrungen, Abneigungen, Unduldsamkeiten und Anfeindungen, und namentlich über die dermalige Konfusion bei Beurtheilung der Kriegsereignisse in Ursachen und Wirkungen! Im Nationalkultus wird der nationale Stolz und Uebermuth und der Rassenhaß, im Religionskultus wird der von Gott Auserwähltseins-Dünkel und der Nebenmenschenhaß, und im Eigenthumskultus die Hochmuthsnarrheit und die Verächtlichung des Arbeitervolks großgezogen und damit zu Klassen-, Rassen- und Religionsparteikämpfen, Bürger- und Völkerkriegen Oel ins Feuer gegossen. Da hat dann der Staatspfaffe für die Nationalflamme den Heldenruhm, die Waffenehre, den Vaterlandsglanz und einen ganzen Schock anderer romantischer Siebensachen als Lockspeise und das Henkerbeil und Kerkerloch als Schreckmittel; da kommt der Kirchenpfaffe, um die Religionsflamme weiter anzuschüren, die himmlische Glückseligkeit feilzubieten und die Ungläubigkeit mit Fegfeuer und Hölle zu bedrohen; ja, da kommt der Eigenthumspfaffe mit der Geldschaufel und dem „Tischlein deck dich", um in den Herzen aller Glückskinder die Erhaschgluth noch mehr anzuzünden und zugleich als Rechtspfaffe dem Arbeitervolke Sand in die Augen zu streuen. Wie im christlichen Religionskultus — — — — — — — — — so ist im Nationalkultus die Vaterlandsfahne und im Rechts- und Eigenthumskultus der Besitztitel (jedenfalls das wenigst Phantastische und Illusorische) das „Hochwürdige" und „Allerheiligste". Warum sollten da nicht im Namen — — — — des Vaterlandes die abscheulichsten Verbrechen begangen und die Gottheiten der — — — — nationalen Liebe mit den Opfern des Feuers und Schwertes labungsvoll gesättigt werden? Jemehr die Dummheit und Rohheit aus Religions- und Vaterlandsliebe Barbarei ausübt, desto höher und glanzvoller winkt der Ehrenpreis und desto prunkvoller werden in Kirche und Staat die Siegesfeste (Travestien auf den eigentlichen Kulturzweck) gefeiert. Eine Nation, die das stärkste und bissigste Bulldoggenthum erzogen und dressirt, an einem eisengeharnischten Kollektivwehrkörper das würglüsternste Krokodil loszulassen hat, ist, ob aller hochgepriesenen Zivilisation des 19. Jahrhunderts,

ohne Weiteres berufen, der Welt Gesetze vorzuschreiben. So wird das Laster der Würgboldsnatur im Menschen, statt durch Erziehung gezähmt und erstickt, gepflegt und gehätschelt und zur großen nationalen Tugend gemacht, wird dem Schmählichen, Schändlichen und Schimpflichen der Stempel des Ehrenhaften und Ruhmwürdigen aufgedrückt. So ist die moderne Zeit noch schwer von mittelalterlichem Trotz beladen, noch arg von traditionellem Wahnwitz befangen und schürzte sich in ihr mit dem Durch- und Ineinandergewebe althergebrachter und neugestalteter Einrichtungen einen viel verwickelteren, als den kordischen Knoten, der aber auch nicht mit der Schneide des Schwertes durchhauen, sondern nur mit der Schärfe des Geistes und sittlichen Schwungkraft auseinandergefegt werden kann. (Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß nicht jedes, durch intellektuelle Kraft unbesiegtes Hinderniß schließlich auch mit denselben Kampfmitteln beseitigt werden soll, mit welchen es noch weiteren Widerstand zu leisten sucht, und daß es nicht auch schon in der Zwischenzeit durch die Verblendung der herrschenden Klasse zu gewaltsamen Katastrophen kommen könne.) Weil die sogenannte gebildete und dominirende Klasse sich durch die Zustände, so abscheulich und bürgschaftslos sie sind, in ihren materiellen Interessen bevortheilt und befriedigt und in deren heillosen Unordnung die herrlichste, nach Gottes Willen und Naturgesetzen geschaffene Ordnung findet, so betrachtet sie Alles, was gründlich dagegen geschieht, als hirngespinstig, ist sie für jedes Verständniß unempfänglich und zu einer vernunftgemäßen Umgestaltung der Dinge gänzlich unfähig. Ja sie stürzt sich gerade über Hals und Kopf in die Gefahr, der sie mit großer Anstrengung ausweichen will. Da hingegen die Interessen der Arbeiterklasse mit jenen der Gesammtgesellschaft, Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Uebereinstimmung sind, so kann auch nur sie allein die Kraft der Regeneration der Geschichte in sich tragen, und werden ihre Opfer für das hohe sittliche Ziel nicht vergeblich sein. Schon haben die sozialökonomischen Thatsachen die Gesellschaft aller Kulturländer in zwei Lager getheilt, wo in dem einen die Bourgeoisie die alten Zustände wesentlich zu vertheidigen und wo in dem andern das Proletariat eine radikale Umgestaltung der Zustände zu erkämpfen trachtet. Die Bourgeoisie hat die Geldmacht und Staatsgewalt, größere Kenntnisse und mehr Routine im Mechanismus des hergebrachten öffentlichen und privaten Geschäftslebens; das Proletariat steht mit leeren Händen da, ist aber stark durch seine Zahl, die Einheit seiner Interessen, den unablässig wuchtigen Drang, sich aus einer verzweifelten Lage heraus in eine menschenwürdige hinein zu winden, und namentlich die, durch das allgemein gerechte Ziel versittlichte Kraft. Freilich hat sich das, in den hergebrachten Zuständen aufgewachsene Proletariat noch von vielen, ihm von den herrschenden gesellschaft-

lichen und staatlichen Elementen, zum Theil mit Vorbedacht, anerzogenen Vorurtheilen und Gewohnheiten zu emanzipiren. Ja, es ist diese Emanzipation geradezu seine nächste Aufgabe. Da man sich in beiden Lagern von Grund aus gegensätzlich einander gegenübersteht, so übt man in beiden Lagern sozusagen einen ganz verschiedenen Sprachgebrauch und ist das Proletariat eben im guten Zuge, sich, originell wie sein Geschichtsgang, eine seinen Prinzipien und seiner Moral entsprechende Terminologie anzueignen und der Bourgeoisie die nationalduselige, religionsschwangere und rechtstrunkene Phraseologie allein zu überlassen. Muß doch mit der Losreißung von der ausgebrauchten Sache auch die Losschälung der abgenutzten Redensart vor sich gehen. Man kann in der Regel darauf zählen, daß, wo das Letztere nicht geschehen ist, auch das Erstere nicht stattgefunden hat. Leider kann man jetzt noch allzu häufig wahrnehmen, daß man in Kundgebungen aus Arbeiterkreisen weder in Form noch Inhalt strikt den Geist sozialistischer Grundsätze befolgt und sich nicht klar bewußt ist, daß der Sozialismus den Nationalismus insoweit ausschließt, als man nur in Muttersprachen, weil diese für die Volksmasse das alleinige Verständigungsmittel sind und bleiben werden, Abgrenzungen innerer Leb- und Strebweise anerkannt, und endlich, daß eine nationale Sozialrevolution und nationale Sozialrepublik ein Unsinn und Unding ist. Man ist noch, selbst in den avancirtesten Kreisen, zuviel an die herkömmlichen Lebensauffassungen und Weltanschauungen gewöhnt, bildet sich noch allzugerne, dem patriarchalischen Prinzip gemäß, für alles vorgestellte Gute und Böse, das geschieht, lebendige Herrgötter und Teufel, Götzen und Sündenböcke, glaubt zu oft in den heutigen Nationen selbständige Gemeinkörper zu sehen, während die große Masse aus gehorsamen Schafen und die Minderheit aus deren gebieterischen Hirten besteht, ja man wähnt zu oft jetzt schon Staatsorganismus vor sich zu haben, während es nur Staatsmechanismus ist, den die Usurpatoren als ihre Glücksmühle nach Belieben in Bewegung setzen; kurz man stellt sich noch viel zu leichtfertig die Verhältnisse vor, wie sie sein sollen, aber nicht sind und es auch nur durch Verwirklichen des Sozialismus werden können.

Schauen wir nun, eingedenk obiger Betrachtungen, noch etwas auf die sich jetzt vor unsern Augen vollziehenden Ereignisse, in die aus ihnen hervorgegangene Lage und darinliegenden Momenten.

Frankreich hatte also unter Napoleon III. an Deutschland den Krieg erklärt. Derselbe war demnach für Frankreich ein Angriff- und Eroberungs- und für Deutschland ein Vertheidigungskrieg, schlug aber im Laufe des Kampfes für Frankreich in diesen,

und für Deutschland ebenso logisch in jenen um. Die Gewaltsstaaten können eben ihrem ganzen Wesen gemäß, sobald die Vertheidigungslinie einmal überschritten ist, nie einen Krieg führen ohne Eroberungsziel, besonders wo sie durch geschichtliche Erinnerungen und nationale Ansprüche und „Anrechte" Vorwand und Anregung dazu erhalten. Frankreich zog zwar 1859 für eine „Idee" ins Feld, ließ sich aber schließlich diesen Liebesdienst mit der Entgegennahme von zwei Provinzen und 60 Millionen Franken bezahlen. Das Kriegsobjekt war also hier vornehmlich zwei Landestheile, die man sich sogar nicht vom Gut des Feindes, sondern von dem des Freundes und Alliirten angeeignet, und geschah dies, ohne daß die französische „Nation" sich über diese Einverleibung beklagt und gegen die „Verstümmelung" Italiens protestirt hätte. Gegentheils wurde von ihr, wie der Nationalkultus es inbrünstig erheischt, diese „Wiedereroberung" „ehemaliger" Provinzen mit allgemeinem Jubel begrüßt.

Im gegenwärtigen Krieg hat nun Deutschland durch unerlebt gewaltige Schläge die französische Armee theils vernichtet und theils sammt ihrem Kaiser gefangen genommen. Der Kampf kostete aber auf beiden Seiten unerhörte Opfer an Blut und Gut. Wer hat diese zunächst zu verantworten? Sicher der herausfordernde, zum Krieg zwingende Theil. Nun, die französische kaiserliche Regierung hat den Krieg auf Grund verletzter „Nationalempfindlichkeit" beantragt, die Kammern haben ihn gutgeheißen und die Nation hat ihn geschehen lassen. Der Krieg bringt aber folgerichtig Sieg und Niederlage und nach der Religion der Nationalen Ruhm und Ehre und Schimpf und Schande. Hat nun eine Nation das Recht auf den Empfang des Preises des Siegs, so hat sie auch die Pflicht zur Tragung der Buße der Niederlage. War aber die „Nation" zur Verhinderung des Kriegs zu ohnmächtig, so ertrug sie aus diesem Grund schon vorher eine so große Schmach, daß sie durch den Mißerfolg des Kriegs garnicht größer werden konnte, und demgemäß auch die „Ehre" eines etwaigen Erfolgs nie in Anspruch nehmen dürfte. Wäre aber auch der Verlust von Schlachten für die „Nation" selbst wirklich schimpflich, so könnte ein aus der Logik der Lage entsprossener Frieden keineswegs den „Schimpf" vermehren, sondern müßte dabei ein „ehrenvoller" Friede als ein Gnadengeschenk des Siegers — als eine wahre Ironie auf erlebte Niederlagen erscheinen. Will jedoch jetzt die Nation unter den schwierigsten Umständen alle Verantwortlichkeit über das Vorgefallene auf sich nehmen, durch neue Thaten einen „ehrenhaften" Frieden erkämpfen, so muß man fragen, warum hat sie denn nicht mit dem hierzu nöthigen, wahrlich kolossalen Kraftaufwand, rechtzeitig den Ausbruch des Kriegs selbst verhindert? Wohl doch nur, weil die Armee noch

nicht vernichtet, das Staatsoberhaupt noch nicht gefangen, die Nation noch nicht in den Wiederbesitz ihrer Selbständigkeit gekommen, ihr die Republik noch nicht als Findelkind in den Schoß gefallen war. Und soll es nun nach den Dogmen der Nationalreligion auch „ehrenvoll" sein, der Dienstleistung des Feindes die Niederwerfung der eigenen Militärmacht, die Wegnahme des Beherrschers und die dadurch wiedergewonnene Freiheit verdanken zu müssen? Da dürfte jetzt wohl kein Volk besser als das französische einsehen, welche Bewandtniß es mit dem „Ruhm" und der „Ehre" in der systematisirten großen Menschenschlächterei und Gutsverwüstung hat, wie man zur Erlangung dieser „höheren Nationalgüter" lange vorher und, im Falle des Gelingens, nachher und zwar in vergrößertem Maße (was man jetzt genüglich in Deutschland verspüren wird) die Schmach des Militärdespotismus ertragen muß.

Alle Völker besitzen Muth und haben nacheinander die Glanzepochen des Ruhms umsomehr genossen, jemehr sie sich dressurfähig erwiesen — was sie aber stets Alles wieder durch verstärkte Unterdrückung büßen mußten.

Nur der Muth, der sich in Feuers-, Wassers- und anderen Gefahren zur Errettung von Menschenleben und wahrer Wohlfahrtsgüter stürzt, macht sich der Ehre werth.

Ein Friede, der so beschaffen ist, wie er nicht anders aus der Gewalt der Umstände hervorzugehen vermag, kann nie ein schimpflicher sein.

Will die Republik den Krieg ernstlich fortsetzen, so muß sie eine ungewöhnlich starke Militärmacht gründen, womit sie die „Ehre" vielleicht retten, dagegen sicher die Freiheit einbüßen wird.

Es wäre aber ein entsetzliches Weltunglück, wenn der Republik, die wir so freudig begrüßten, die „Ehre" zutheil werden sollte, den unerhört blutigen, vom Kaiserreich verschuldeten Kampf nun gar zu einem wahren Rassenvertilgungskrieg anzufachen.

Man muß sich eben mit nüchternem Sinn in die Gewalt der Umstände fügen und mit der Romantik „sich lieber unter den Trümmern begraben" zu Ehren seines Verstandes gründlich brechen.

Von einem siegreichen Gewaltsstaat aber zu verlangen, er möge die errungene Beute ohne Weiteres fahren lassen, hieße gerade so, als wollte man einem Tiger zumuthen, das erhaschte Schaf zu verschmähen und statt dessen, einem Esel gleich, Haberstroh zu fressen.

Sollen die Tiger keine Schafe und die Gewaltsstaaten keine Länder mehr verschlingen, so muß man sie umbringen.

Die Zeit zu Letzterm ist noch nicht da; aber sie wird unausbleiblich kommen.

10.

Zur Lage.

Aus dem „Vorbote“ 1870.

(Siehe Seite 350.)

Wie wurde durch den Gang der Ereignisse manch' schöne Illusion zerstört, manch' humane Erwartung vernichtet! Wie kann sich gegenüber unerbittlichen Thatsachen das 19. Jahrhundert noch länger mit der Höhe seiner Zivilisation spreizen, und wie vermag die öffentliche Meinung sich noch weiter als Großmacht zu brüsten? Ist nicht die Zivilisation eine Lüge und die Barbarei eine Wahrheit geworden? Leider ist Beides richtig. Und wo ist sie hingekommen „die Großmacht der öffentlichen Meinung“, die so oft ihren Mund für die Humanität bewegt, aber gegen die Barbarei noch nie ihren Arm geregt? Werden aber die Menschen nur durch bittere Erfahrungen klug und ist die Geschichte die beste Lehrmeisterin der Völker, so dürfte es ihnen wohl heilsam sein, in der Blutschrift der heutigen Geschichte lesen zu können, daß die Barbarei nicht nur mit Vorliebe neben der Zivilisation großgezogen wird, sondern daß diese vorläufig noch wesentlich dazu dient, für jene die Gewaltsmittel zu produziren. Welcher halbwegs beobachtende Mensch sollte in den letzten vier Monaten nicht einsehen gelernt haben, daß in der modernen Zivilisation die Humanität mit der Bestialität so leicht und rasch die Rolle wechselt, wie der Rekrut das Bürgerkleid mit dem Soldatenrock. Aber dennoch wollen viele, selbst sonst gescheidte Leute nicht begreifen, daß der nationale Großstaat die Bedingungen des Machtstaats in sich einschließt, und daß der Machtstaat die Kriegsgerüstetheit zu seiner vornehmsten Institution und demgemäß die Barbarei zu einem ihn verherrlichenden System macht. Jawohl, Alles, was man jetzt mit Stolz „Zivilisation“ zu nennen beliebt, wird noch nach Staatsmachtsbedarf mit dem Schwerte zurechtgehauen. Kann doch noch jeder konstitutionelle Machthaber über Krieg und Frieden gebieten, — — —

lassen? Was kann es aber unter solchen Umständen für eine Bewandniß mit der „Großmacht der öffentlichen Meinung“ haben? Und was bedeutet es, wenn der Spießbürger sagt: die öffentliche Meinung (von der er mit der Kraft seines Geistes sich als integrirendes Bruchstück fühlt) ist immer stark genug, allen fürstlichen Uebermuth zu dämpfen und jeden politischen Sturm zu beschwören? Die öffentliche Meinung ist aber einstweilen noch *Nichts*, wird aber einstens *Alles* sein; denn während sie der Kollektivausfluß der aus der Wissenschaft hervorgegangenen Vernünftigkeit und der mit dieser folgerichtig identischen Gerechtigkeit sein soll, ist sie jetzt nur der Ausdruck allgemein herrschender Vorurtheile in geschickter und oft schlau berechneter Zusammenwebung und Geltendmachung von Klassen-, Partei- und Partikularinteressen, die sich jedoch bei dem ersten Anstoße durchkreuzen, gegenseitig selbstsüchtig bekämpfen, oder doch mindestens neutralisiren, dabei die naturgemäß stets geringe Zahl der Ideologen isoliren — und somit oft plötzlich die eben noch hochgepriesene „Großmacht“ impotent machen. *Gedachte Ideologen sind eben die selbstbewußten und treuen Vertreter des geschichtlich revolutionären Zeitgedankens, die Dollmetscher des Bedürfnisses der Allgerechtigkeit und die Anwälte der Lebensansprüche der unterdrückten und mißbrauchten Volksklasse.* Erst wenn diese Klasse zur allgemeineren theoretischen Erkenntniß über die Ziele und praktischeren Verständnisse der Mittel gekommen, sodann wird auch bald die Zeit kommen, wo die öffentliche Meinung *Alles* — *d. h. die sittliche Kraft einzig und allein allmächtig ist.* Jetzt ist sie aber einer hysterischen Rouletteſpielerin vergleichbar, die je nach süßen oder bitteren Anwandlungen ihr Vertrauen alle Minuten auf eine andere Farbe setzt, und wenn sie Glück hat, es der Weisheit ihrer Ahnungen zuschreibt, und wenn sie in ihren Hoffnungen getäuscht ist, an der ganzen Welt verzweifelt. Wäre die Einheit der Interessen und bei dem besseren Wissen und Gewissen auch der Muth und die Thatkraft vorhanden, so würde sicherlich nicht mehr im Namen der Ordnung die Freiheit ins Gefängniß, im Namen der Moral die Gerechtigkeit aufs Schaffot, im Namen der Religion die Wahrheit auf den Index kommen — die öffentliche Meinung nicht mehr heute „Hosianna“ und morgen „Kreuziget ihn“ rufen. Wie läuft da aber die „heilige Einfalt“ immer noch blindlings und die Erwerbsucht und Grundsatzlosigkeit im Bewußtsein und inneren Vorbehalts, die Modefarbe tragend und den Tagesgöttern Weihrauch streuend, mit. Die Mittelmäßigkeit, die immer und überall den großen Markt einnimmt, zeigt sich stets am empfänglichsten und zudringlichsten, wo die Seichtheit und Oberflächlichkeit auf dem Katheder sitzt. Und wie viele Menschen giebt es außerdem, die das Vorurtheil haben,

vorurtheilsfrei zu sein, die man doch jeden Augenblick, die Einen auf politischen und religiösen, die Andern auf nationalen und sozialen, ja jeden derselben auf irgend einem Vorurtheil erwischen kann! Wie kann es auch selbst bei dem besten Willen anders sein, da Alle die Produkte der Umstände sind und an Jedem mehr oder weniger von den in seiner Zeit herrschenden Irrthümern hängen bleiben. Liegt doch der tiefe Beweggrund von allem Denken und Handeln, Thun und Lassen in dem Existenzkampfe aller Individuen, Klassen und Rassen, und in dem unveräußerlichen Beglückungstrieb aller Menschen. Wo sich aber die Interessen und Bedürfnisse solcher Art unterscheiden, durchkreuzen und zersetzen, so ist es wahrlich kein Wunder, wenn die ganze Genossenschaft einer in ruhigen Zeiten pomphaft aufgerichteten „öffentlichen Meinung" beim ersten Anstoße großer Ereignisse wirr durch- und auseinanderfährt, als wie wenn man mit einer Peitsche in einem gefüllten Hühnerhof umherschlägt. Bei unseren in Europa noch vorherrschend monarchisch-politischen, religiös-transzendenten, sozialökonomischen und national-partikularistischen und antagonistischen Zuständen und Anschauungen ist die „öffentliche Meinung" nur eine öffentliche Dirne, die sich offenen und weiten Herzens mit falschem Wangenroth, falschen Zähnen, Haaren, Brüsten, Hüften und Waden, stolz herausputzt und allen dringenden Bedürfnissen Befriedigung verspricht — bis ihr die Schicksalstücke die geborgten Reize vom Leibe reißt, daß blos ein Schattenriß — die nackte Wahrheit — übrig bleibt, und die enttäuschten Liebh[illegible] knurrend und murrend davonlaufen — freilich nur, um sich bald wieder durch neue Kunstgriffe der Zauberdame in Versuchung führen zu lassen.

Wie viele Vorurtheile, Lieblingsideen, Steckenpferde sind noch wegzureiben, abzutreiben und zu Grunde zu reiten! Giebt es doch zahllose Vorurtheile, die nicht blos in Familien, Gemeinden, Provinzen und im Gesammtlande in ihrer Verschiedenartigkeit erblich sind, sondern dort durch mancherlei Feste versüßt und geheiligt werden.

Ohne Umgestaltung der Zustände wird aber nie die Herrschaft der Vorurtheile und demgemäß auch keine Gewaltherrschaft beseitigt werden. Wie aber aus dem Hexenkreis herauskommen, wenn die Verhältnisse in Anwesenheit des grassirenden Unsinns umgeschaffen werden sollen? Es ist deshalb unbedingt nothwendig, daß das initiative Geschichtselement, d. h. das Element, das die Initiative in der geschichtlichen Bewegung hat, sich vor allen Dingen innerlich selbst emanzipirt, rein an das Thatsächliche, von der Wissenschaft Festgestellte, unzweifelhaft Bewiesene hält. Das ist aber nicht so leicht, als es den Anschein hat, und es wird daher die

Kulturgeschichte noch langhin nicht Galopp reiten. Wir kennen einen akademisch gebildeten Mann, der nach allen Richtungen scharfe Logik übt, den Völkerkrieg gründlich verdammt, überhaupt die feste Ueberzeugung hat, kein Vorurtheil zu besitzen, den es aber, sobald die Rede aufs Duell kommt, sofort am Kragen packt. Trotz sehr zerhauenen Gesichts ist er noch jede Stunde bereit, sein Leben im Zweikampf zu wagen, aber es fehlt ihm der Muth, einer Marotte gebildeter Stände den Handschuh hinzuwerfen, d. h. den Duellunsinn zu bekämpfen. Wie hier im Kleinen, so ist auch im Großen das Phantom der „Ehre“ die Ursache vielen Unglücks — das Hinderniß gesunder Entwicklung. Wir werden einmal den verschiedenen Arten von „Ehren“, die mit der Vernunft und Gerechtigkeit nichts gemein haben, der alten Rüstkammer der „Gottesurtheile“, dem überlieferten Nebelreiche angehören, ein besonderes Kapitel weihen. Inzwischen werden wir jedoch bei Besprechung der Zeitbegebenheiten auf all das oben Gesagte bezugnehmen.

* * *

Noch wüthet der große Krieg und rast die offizielle Bestialität kettenlos. Deutsche und Franzosen erfüllen dabei als gehorsame Knechte ihre „Bürgerpflichten“ — ohne daß von Menschenpflichten irgendwie die Rede sein kann. Schweben doch auch noch allenthalben die Menschenrechte im Reiche der Vorstellung und sind im Kriege überhaupt alle Moralgebote suspendirt. Ob man nun auf der einen oder der anderen Seite am ärgsten hauset oder ob man im Ganzen barbarischer verfährt, als es der Krieg erheischt, sind um so müßigere Fragen, als man gegenseitig auch mit der Schlangenzunge der Lüge und Verleumdung ficht und Niemand die Wahrheit zuverlässig erkennen kann. Geberden sich doch die kriegführenden Völker im Ehrenpunkt wie die Kinder, und machen die Besiegten zur Deckung ihrer Waffenehre gewissenlos ihre Führer rasch zu Verräthern. Zum Wüstthun im Kriege hat der Sieger, weil die Vormacht, auch das Vorrecht. Wer da zur Einschränkung des Maßes der Grausamkeit eine Sittlichkeitsskrupel-Linie zu ziehen sich bemüht, der pflästert nutzlos an den Wirkungen herum, statt den Ursachen der Barbarei — der Kriegsinstitution — selbst an den Leib zu gehen. Auf diesen Punkt ihre ganze Kraft zu richten, sollten alle wahren Kulturfreunde sich vereinigen. Das Kriegswesen findet aber seine Grundlage im Nationalitätsprinzip — im Wahne, etwas Extraes und Apartes zu sein — und namentlich in der leider noch arg obwaltenden Rohheit und Blutdürstigkeit der Menschennatur. Eine Nation, die ihrem Kaiser oder König die Schuld des Krieges allein zuschieben will, schmäht am meisten sich selbst. Ein Volk, das durch irgend einen Umstand um seinen Fürstenthron, aber noch

nicht zur rechten Erkenntniß gekommen, richtet, wie wir es jetzt in Spanien sehen, wieder einen neuen auf. Indessen ist die Vorstellung von einer wesentlichen Rassenverschiedenheit der europäischen Völker eine Abgeschmacktheit. Sind schon alle Wesen, die Menschenantlitz tragen, als Brüder zu betrachten und zu behandeln, so sind sie besonders auf unserm Welttheil durch die Völkerwanderungen und andere große Ereignisse derart untereinander gemengt, verschwägert und verheirathet, daß alle zusammen in Vetterschaft und Gevatterschaft stehen und deshalb ein gegenseitiger Kampf, nicht blos ein Bürger-, sondern ein Bruderkrieg — ein Wühlen im eigenen Blute ist. Eine krankhafte Ueberhebung der germanischen Rasse wäre gerade so albern und unheilbringend, wie eine solche der romanischen Rasse. Kein Volk kann einzig die Kulturaufgaben lösen, sondern jedes nur nach Größe, Bildung, Temperament und Naturprodukten ein kleineres oder größeres Bruchstück liefern, und nur alle Völker zusammen können ein Ganzes vollbringen. Nur merke man sich, daß der Internationalismus stets Friede und Entwicklung und der Nationalismus immer nur Kriegsbereitschaft und Hemmung bedeutet.

Was nun die Staatsmänner der dritten französischen Republik betrifft, so kann man von ihnen sagen, daß sie mehr politische Metaphysik, als praktische Politik treiben, durch Extravaganzen mehr für illusorische als für reale Güter zu Verzweiflungskämpfen anregen und die Zukunft des ganzen Landes aufs Spiel setzen. Nach Begriffen und Gemeinzwecken kann aber nicht einmal ein Privatmann die Berechtigung haben, muthwillig und nutzlos sein Leben und Gut dem Verderben preiszugeben, weil er das, was er ist und besitzt, durch die Gesellschaft geworden ist und der Gesellschaft schuldet. Mit dem Einfluß und der Machtfülle wächst aber auch die Verantwortlichkeit des Menschen und ist daher der Staatsmann in dem Maße weniger berechtigt, nach sentimentaler Laune Guts- und Blutswerthe in die Schanze zu schlagen, als diese größer wie die eines Privatmannes sind. Alle Völker haben nicht blos das Recht auf alle Güter der Natur, Wissenschaft, Kunst und Gewerbfleiß der andern, sondern auch die solidarische Verpflichtung, über deren ungestörte Erzeugung und gerechte Verwendung zu wachen. Der Staatsmann muß untersuchen, ob der Werth des Streitobjekts im Verhältniß zu den zu dessen Erhaltung oder Erringung nöthigen Opfern steht und ob überhaupt Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Die Herren Gambetta und Komp. scheinen sich aber über ihre eigenen Kampfmittel und die Machtstellung des Feindes großen Illusionen hinzugeben. Es gilt vor Allem, an Freiheit zu retten, was zu retten ist, die Landestheile fahren nicht aus der Welt, und über die „Ehre" ihrer Erhaltung müssen

erst vernünftigere Begriffe aufgestellt werden. Jedes besiegte Volk muß sich ins Unvermeidliche fügen und wurde in dieser Beziehung von der „Vorsehung“ der Gewalt der Umstände noch keinem ein apartes Würstchen gebraten. Eine Nation, die 20 Jahre die Last und Schande des zweiten Kaiserreichs er- und geduldet, kann keine größere Schmach mehr erleben. Für uns Sozialdemokraten liegt die Frage überhaupt nicht so: ob diese oder jene Bevölkerung dem einen oder dem andern Gewaltsstaat, sondern sich selbst angehört. Jede Fürsten- und Klassenherrschaft ist ja eine Fremdherrschaft. — Herrschaft bleibt überhaupt immer Herrschaft, und findet jetzt das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker nur Gnade, wo es den Herrschzielen in den Kram paßt. Aus den gleichen Zweckdienlichkeitsgründen, aus welchen Bismarck vermeidet, die Elsässer und Lothringer abstimmen zu lassen, ob deutsch oder französisch sein zu wollen, vermeidet Gambetta die Volksabstimmung über Krieg und Frieden. Wer ist der größere Rabulist? Im Besitze zahlreicher und zuverlässiger Berichte dürfen wir sagen: die jetzigen französischen Staatslenker sind eifrigst besorgt, die alte sozialökonomische Ordnung aufrecht zu erhalten, das eigentlich revolutionäre Element in den Hintergrund zu drängen und mit dem reaktionären, das jetzt als das republikanische par excellence gilt, die Republik zu retten wähnen — oder weil großentheils aus Monarchisten bestehend, den Rettungsanschein nehmen. Würde Frankreich, was zwar täglich zweifelhafter wird, den äußeren Feind besiegen, so frägt sich's, ob Gambetta oder Trochu — das Barret (die Advokatenmütze) oder der Säbel — die Diktatur behaupten, oder ob nicht in beiden Fällen der Marschall Trochu die Rolle General Cavaignac's in der den Arbeitern gelieferten Junischlacht 1848 übernehmen werde — um die „Ordnung zu retten“ und der Republik diesmal nicht ein Kaiserreich, sondern ein Königreich, nicht einen Bonaparte, sondern einen Orleans folgen zu lassen — bis die von unten heraufwachsende sozialdemokratische Republik das ganze Herrschergebäude in die Luft hebt.

Immerhin würden wir, wenn Wünsche etwas nützten, von Herzen wünschen, Frankreich möchte nun als Gegendienst die gesammten deutschen Armeen und — — — — — — — — — — gefangen nehmen. Dann könnte man in Deutschland ebenfalls die Republik proklamiren und bei Gelegenheit der gegenseitigen Auslieferung der großen Armeen und der Deportirung der — — — — — — — ein allgemeines Völkerverbrüderungsfest feiern und zum Jubel der Menschheit die Herstellung der Republik der Vereinigten Staaten von Europa verkünden.

11.

Eine Mahnung an die Partei.

Aus dem „Volksstaat“ 1869.

(Siehe Seite 875.)

Haben wir vor 14 Tagen den Abonnentenstand des Parteiorgans veröffentlicht und daran die Mahnung geknüpft, daß ein Jeder thue, was er vermag, den Leser- und Wirkungskreis des Parteiorgans zu erweitern, so sehen wir uns heute veranlaßt, eine zweite Seite der Parteiwirksamkeit zu erörtern, die nicht minder wichtig als die erste, von allen Parteimitgliedern zu berücksichtigen und zu erfüllen ist. Diese betrifft die materielle Unterstützung der Partei durch regelmäßige Steuern.

Nach § 3 unserer Parteiorganisation soll jedes Mitglied der Partei einen monatlichen Beitrag von Einem Groschen an den Parteiausschuß zu leisten verpflichtet sein. Frei von dieser Steuer sollen Diejenigen sein, welche das Parteiorgan halten und dies nachweisen können. Außerdem soll der Parteiausschuß ermächtigt sein, in den Fällen, wo der monatliche Beitrag von Einem Groschen, in Rücksicht auf die persönlichen oder lokalen Verhältnisse, zu hoch ist, nach eigenem Ermessen ermäßigen zu dürfen. Es ist durch diese Bestimmungen der Parteiorganisation allen billigen Anforderungen Genüge geschehen; Jeder, ohne Rücksicht auf seine materielle Stellung, ist in die Lage gesetzt, sich der Partei anschließen zu können, und man müßte erwarten, daß auch jeder Einzelne wie die vereinigten Parteigenossen in den lokalen Organisationen (sozialdemokratische Arbeitervereine, Arbeiterbildungs-Vereine, Volksvereine ꝛc.) unter der geeigneten Form sich der Parteiorganisation anschlössen und ihre Pflicht gegen die Partei erfüllten. Das ist aber bis jetzt nur erst vom kleinsten Theil geschehen. Die Zahl der Orte, welche der Parteiausschuß seit einigen Monaten regelmäßig im Parteiorgan als solche aufführt, die ihrer Pflicht gegen die Partei nachgekommen, ist eine geringe im Verhältniß zur Zahl derjenigen, welche ihrer Gesinnung nach zur Partei gehören, und im Verhältniß zu derjenigen Zahl, welche in Eisenach vertreten war und das Programm und die Organisation anerkannten.

Wir sind keine Schönfärber; wir wollen nicht Behauptungen aufstellen, mit denen wir nur uns und Andere täuschen, sondern wir wollen rücksichtslos und offen uns selbst die Wahrheit vorhalten, weil wir nur dadurch erkennen, was fehlt und wo geholfen werden muß. So sagen wir also nochmals: die Zahl Derjenigen, welche aktiv, d. h. durch Erfüllung ihrer Pflicht zur Partei gehören, ist weit geringer als die Zahl Derjenigen, welche in Eisenach zu uns gehörten. Wir wissen, daß es unsinnig wäre, zu ver-

langen, daß Alle, die dort mit uns gingen und ihre Uebereinstimmung erklärten, auch ihrer ganzen Zahl nach zu uns treten. Das geht einfach nicht, weil Tausende, die dort vertreten waren, in freien Volksversammlungen, also ohne jeden direkten Zusammenhang und jede Organisation, ihre Vertreter wählten; weil andere Tausende und Abertausende, die sich vertreten ließen, Korporationsverbänden (Gewerksgenossenschaften u. dergl.) angehörten, die nach den bestehenden Gesetzen weder unserer Organisation angehören dürfen, noch in Anbetracht der doppelten Opfer ihr angehören können. Aber neben diesen beiden Gruppen sind es denn doch noch viele Tausende, die, in lokalen Agitationsgruppen vereinigt, nicht nur der Partei angehören könnten, sondern es auch müßten.

Und an diese geht heute unsere Mahnung. Der Verband der deutschen Arbeitervereine, der volle 10 000 Mitglieder zählte in 107 Vereinen, die große Zahl der aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Ausgetretenen, die Mitglieder des früheren Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sie sind, ganz abgesehen von unseren österreichischen und schweizerischen Brüdern, die theils durch die Strenge der Gesetze, theils durch ihre besonderen Organisationen verhindert sind, sich direkt mit uns zu vereinigen, eine hinlänglich große Zahl, um eine stattliche Partei zu bilden, eine hinlänglich große Zahl, um Mittel zu beschaffen, welche die Partei in den Stand setzen, den Kampf mit jedem ihrer Gegner aufzunehmen. Wo stecken diese also? Heraus aus den Winkeln! Alle sind vorhanden, die Meisten thun auch nach ihrer Art ihre Pflicht. Wohlgemerkt: nach ihrer Art. Statt auf das große Ganze zu blicken, statt zu begreifen, daß nur in festgeschlossener Masse, in organisirter Gemeinsamkeit ein großes Ziel zu erreichen ist, geben sich nicht Wenige damit ab, die Sisyphusarbeit der örtlichen Thätigkeit, und zwar in einer Menge von lokalen Bestrebungen zersplittert, unausgesetzt auf sich zu nehmen; Andere sind, durch die ewigen Reibereien mit den, die Arbeitersache ausbeutenden Persönlichkeiten erzürnt, mißmuthig über die Beschränktheit Vieler, die sich von bestimmten Individuen am Narrenseile herumführen lassen, dahin gekommen, unthätig zuzuschauen und die Dinge gehen zu lassen, wie es Gott gefällt.

Wir begreifen diese Standpunkte, aber wir billigen sie nicht.

Denjenigen, welche kleinlicher, unbedeutender Vortheile wegen, ihre ganze Kraft, ihre ganze Zeit und ihre ganzen Mittel opfern, rufen wir zu: daß ihr Beginnen Thorheit ist, daß es falsch, grundfalsch ist, an einem Gebäude herumzureparirn und herumzuflicken, das in jeder Beziehung zu enge und auch zu baufällig geworden ist, um darauf gewandte Kraft und Zeit zu vergelten;

daß es weit zweckmäßiger ist, den ganzen alten Bau einzureißen und ein stattlicheres, wohnlicheres Gebäude herzurichten, in dem Platz ist für Alle; daß aber, um dieses zu können, Alle mithelfen müssen, alle Hände, alle Mittel zusammengefaßt, konzentrirt werden müssen, um das Haus nöthigenfalls denen über dem Kopfe einzureißen, die ein Interesse daran haben, die alte Baracke aufrecht zu erhalten, weil sie ihnen und nur ihnen Schutz und Bequemlichkeit bietet, während die Anderen vor der Thür stehen müssen. Von diesem Standpunkt, Ihr Lokal-Maulwürfe, betrachtet die Arbeit, und Ihr werdet sehen, daß wir recht haben. Wohl sollt Ihr auch die lokale Thätigkeit nicht vernachlässigen, aber immer nur arbeiten im Zusammenhang mit dem Ganzen, nach bestimmtem Maß und Ziel. Darum also nochmals Zusammenfassen der Kräfte, systematischer Kampf und keine zersplitterte lokale Thätigkeit!

Und der zweiten Kategorie unserer Freunde, Denjenigen, die mißmuthig die Hände in den Schooß legen, denen sagen wir, daß es eines Mannes unwürdig ist, grämlich zuzugucken, wo Andere arbeiten, daß Denjenigen damit das Handwerk nicht gelegt wird, welche, das Vertrauen und die Unwissenheit Anderer mißbrauchend, sich an deren Blute vollsaugen, daß mit einem Worte mit Nichtsthun nichts geändert, geschweige gebessert wird.

Darum frisch heran von beiden Seiten und zugegriffen! Vermehrt das Häuflein, das jetzt allein schafft und allein opfert, helft, was Ihr könnt! Je mehr Ihr beitretet, je leichter wird die Arbeit jedem Einzelnen. Ihr schafft ja nicht für Andere, Ihr schafft für Euch selbst, und wir denken denn doch, wenn die heutige Gesellschaft Jahr aus Jahr ein Eure Arbeitskraft ausbeutet, wenn der heutige Staat, „das alte, faule morsche Ding", Euch unausgesetzt auspreßt, daß Ihr dann den letzten Rest von Kraft und Mitteln daran zu setzen verpflichtet seid, um Staat und Gesellschaft von heute dahin zu senden, wo sie hingehören!

Parteigenossen! setzt Euren Stolz darein, daß, wenn der Parteiausschuß über geleistete Hilfe quittirt, der Name Eurer Heimath dabei nicht fehlt; es ist Zeit, höchste Zeit, daß wir Alle helfen, und ein schlechter Arbeiter ist, wer da noch zaudert!

B.

12.

Proletarier vereinigt euch!

Aus dem „Volksstaat", 1870.

(Siehe Seite 384.)

An die Arbeiter Deutschlands!

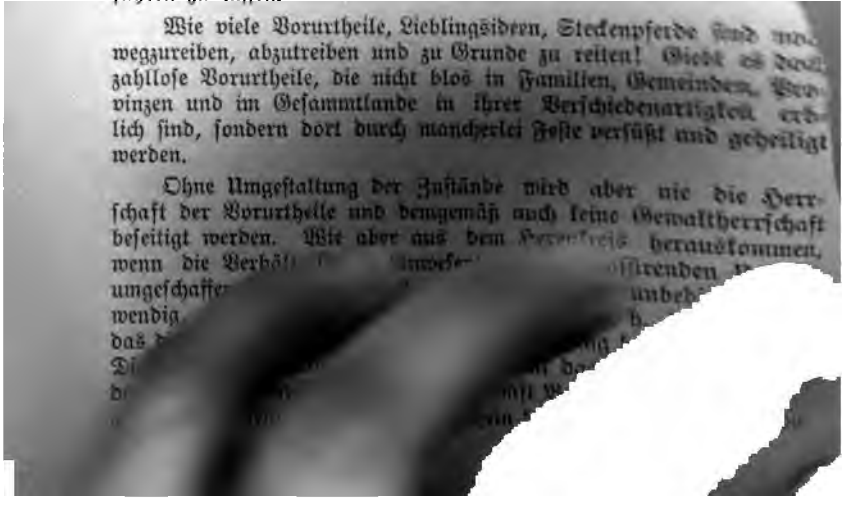
Die Erkenntniß der Klassenlage des Arbeiters hat bereits fast allenthalben dazu geführt, daß die Arbeiter, um sich die politische Freiheit zu erringen und damit die Beseitigung der wirthschaftlichen Ausbeutung, die soziale Befreiung herbeizuführen, sich immer fester aneinander schließen, und gewiß jeder Arbeiter, dem Kopf und Herz an der rechten Stelle sitzen, fühlt die heiligste Verpflichtung, dazu beizutragen, daß die Arbeiterbewegung zu einer einheitlichen und kräftigen Agitationsarmee sich gestalte und damit ihrem Siege entgegengeführt werden kann.

Gegenüber diesem erwachten und jugendfrischen Leben und Regen des Klassengeistes unter den Arbeitern der ganzen zivilisirten Welt muß es Jeden, der in die Arbeiterbewegung Deutschlands bereits eingetreten oder sich an derselben zu betheiligen gesonnen ist, mit schmerzlichem Unwillen erfüllen, daß gerade Diejenigen, welche das Vertrauen der Arbeiter dazu berufen hat, die Reihen der Arbeiterbataillone immer dichter und zahlreicher aneinander zu schaaren und in Bekämpfung jedweder Reaktion die Bewegung ihrem Ziele entgegenzuführen, dieses Vertrauen auf die schnödeste Weise mißbrauchen, während wir auf der anderen Seite leider sehen müssen, daß ein Theil des deutschen Arbeiterstandes, statt den Kampf gegen die heutigen Zustände als einen reinen Klassenkampf aufzufassen und demnach jede Bundesgenossenschaft, selbst die der angeblich radikalen Bourgeois-Elemente, von sich zu weisen, sich mit der sogenannten „Volkspartei" in ein jedenfalls unnützes, von dieser nur in jesuitischer Absicht gesuchtes Bündniß eingelassen hat.*)

Es kann nicht Zweck dieser Zeilen sein, durch eine nähere Beleuchtung der bezüglichen Vorkommnisse den Nachweis darüber zu liefern, daß Herr Dr. v. Schweitzer das Vertrauen des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" wirklich mißbraucht hat; dieser zum Theil sehr schmutzigen Wäsche sind wir durch die Thatsache enthoben, daß Herr Dr. v. Schweitzer durch Beschluß des Vorstandes und der Generalversammlung in Halle rechtskräftig aus dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" ausgestoßen worden

*) Ein arger Irrthum der Verfasser des Aufrufs, die damals noch zum Theil von den Schweitzer'schen Lügen umstrickt waren. (1894.)

vorurtheilsfrei zu sein, die man doch jeden Augenblick, die Einen auf politischen und religiösen, die Andern auf nationalen und sozialen, ja jeden derselben auf irgend einem Vorurtheil erwischen kann! Wie kann es auch selbst bei dem besten Willen anders sein, da Alle die Produkte der Umstände sind und an Jedem mehr oder weniger von den in seiner Zeit herrschenden Irrthümern hängen bleiben. Liegt doch der tiefe Beweggrund von allem Denken und Handeln, Thun und Lassen in dem Existenzkampfe aller Individuen, Klassen und Rassen, und in dem unveräußerlichen Beglückungstrieb aller Menschen. Wo sich aber die Interessen und Bedürfnisse solcher Art unterscheiden, durchkreuzen und zersetzen, so ist es wahrlich kein Wunder, wenn die ganze Genossenschaft einer in ruhigen Zeiten pomphaft aufgerichteten „öffentlichen Meinung" beim ersten Anstoße großer Ereignisse wirr durch- und auseinanderfährt, als wie wenn man mit einer Peitsche in einem gefüllten Hühnerhof umherschlägt. Bei unseren in Europa noch vorherrschend monarchisch-politischen, religiös-transzendenten, sozial-ökonomischen und national-partikularistischen und [illegible]nistischen Zuständen und Anschauungen ist die „öffentlich[illegible]" nur eine öffentliche Dirne, die sich offenen und w[illegible]s mit falschem Wangenroth, falschen Zähnen, Haaren, [illegible]üften und Waden, stolz herausputzt und allen dringend[illegible]issen Befriedigung verspricht — bis ihr die Schicksals[illegible] geborgten Reize vom Leibe reißt, daß blos ein Sch[illegible] die nackte Wahrheit — übrig bleibt, und die enttäusch[illegible]ber knurrend und murrend davonlaufen — freilich nur [illegible]d wieder durch neue Kunstgriffe der Zauberdame in [illegible] führen zu lassen.



Wie viele Vorurtheile, Lieblingsideen, Steckenpferde sind noch wegzureiben, abzutreiben und zu Grunde zu reiten! Giebt es doch zahllose Vorurtheile, die nicht blos in Familien, Gemeinden, Provinzen und im Gesammtlande in ihrer Verschiedenartigkeit erblich sind, sondern dort durch mancherlei Feste versüßt und geheiligt werden.

Ohne Umgestaltung der Zustände wird aber nie die Herrschaft der Vorurtheile und demgemäß auch keine Gewaltherrschaft beseitigt werden. Wie aber aus dem Hexenkreis herauskommen, wenn die Verhä[illegible] [illegible]ssirenden [illegible] umgeschaffe[illegible] unbe[illegible] wendig[illegible] das [illegible] Di[illegible] d[illegible] d[illegible]

Kulturgeschichte noch langhin nicht Galopp reiten. Wir kennen einen akademisch gebildeten Mann, der nach allen Richtungen scharfe Logik übt, den Völkerkrieg gründlich verdammt, überhaupt die feste Ueberzeugung hat, kein Vorurtheil zu besitzen, den es aber, sobald die Rede aufs Duell kommt, sofort am Kragen packt. Trotz sehr zerhauenen Gesichts ist er noch jede Stunde bereit, sein Leben im Zweikampf zu wagen, aber es fehlt ihm der Muth, einer Marotte gebildeter Stände den Handschuh hinzuwerfen, d. h. den Duellunsinn zu bekämpfen. Wie hier im Kleinen, so ist auch im Großen das Phantom der „Ehre" die Ursache vielen Unglücks – das Hinderniß gesunder Entwicklung. Wir werden einmal den verschiedenen Arten von „Ehren", die mit der Vernunft und Gerechtigkeit nichts gemein haben, der alten Rüstkammer der „Gottesurtheile", dem überlieferten Nebelreiche angehören, ein besonderes Kapitel weihen. Inzwischen werden wir jedoch bei Besprechung der Zeitbegebenheiten auf all das oben Gesagte bezugnehmen.

* * *

Noch wüthet der große Krieg und rast die offizielle Bestialität kettenlos. Deutsche und Franzosen erfüllen dabei als gehorsame Knechte ihre „Bürgerpflichten" — ohne daß von Menschenpflichten irgendwie die Rede sein kann. Schweben doch auch noch allenthalben die Menschenrechte im Reiche der Vorstellung und sind im Kriege überhaupt alle Moralgebote suspendirt. Ob man nun auf der einen oder der anderen Seite am ärgsten hauset oder ob man im Ganzen barbarischer verfährt, als es der Krieg erheischt, sind um so müßigere Fragen, als man gegenseitig auch mit der Schlangenzunge der Lüge und Verleumdung ficht und Niemand die Wahrheit zuverlässig erkennen kann. Geberden sich doch die kriegführenden Völker im Ehrenpunkt wie die Kinder, und machen die Besiegten zur Deckung ihrer Waffenehre gewissenlos ihre Führer rasch zu Verräthern. Zum Wüstthun im Kriege hat der Sieger, weil die Vormacht, auch das Vorrecht. Wer da zur Einschränkung des Maßes der Grausamkeit eine Sittlichkeits-Skrupel-Linie zu ziehen sich bemüht, der pflästert nutzlos an den Wirkungen herum, statt den Ursachen der Barbarei — der Kriegs-Institution — selbst an den Leib zu gehen. Auf diesen Punkt ihre ganze Kraft zu richten, sollten alle wahren Kulturfreunde sich vereinigen. Das Kr[illegible] findet aber seine Grundlage im Nati[illegible]prinzip [illegible]ahne, etwas Extraes und Apartes zu [illegible]nd nam[illegible] der leider noch arg obwaltenden Ro[illegible] Blutd[illegible] natur. Eine Nation, die [illegible]er ob[illegible] es Krieges allein zu sch[illegible] schm[illegible]bst. Ein Volk, das d[illegible]inen [illegible]rsteuthron, aber noch

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Allmälige Expropriation des großen Grundeigenthums durch Ablösung von Staatswegen und gleichmäßige Vertheilung der Ländereien.

Der „Proletarier", redigirt von Herrn Tauscher, schreibt über diese Angelegenheit (Nr. 21):

„Der Kongreß aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands ist auf den 23. Januar d. J. nach Augsburg einberufen, um womöglich eine Vereinigung aller guten Lassalleaner und Sozialdemokraten zu Stande zu bringen und, die bisherigen Fraktionen Schweitzer, Mende-Hatzfeldt und Bebel-Liebknecht verlassend, eine Wiedergeburt der Idee Ferdinand Lassalle's, d. h. jene reine und unabhängige, agitatorische Arbeiterpartei herzustellen, wie sie Lassalle bei Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" beabsichtigt hatte. Die „Lassalleanische Arbeiterpartei" soll alle jene Arbeiter in sich vereinigen, welche — rein und innig und hoch über Alles, blos die Sache vor Augen — sich um die vielfach mißbrauchte Fahne Lassalle's in dichten, aufrichtig revolutionär gesinnten Reihen schaaren wollen, den Kampf der Besitzlosen gegen den sozialen Druck und die politische Bevormundung der Besitzenden als Klassenkampf auffassen, und somit in festgeschlossenen Reihen gleichmäßig gegen die Reaktion des Junkerthums und der Säbelherrschaft, wie gegen jene des Kapitals vorgehen wollen. Der Kongreß soll alle wahren Sozialdemokraten vereinigen, die weil sie dieses sind — fortan weder mit Herrn Dr. v. Schweitzer, noch mit Herrn Mende und Konsorten, aber auch nichts mit der Bourgeois-Demokratie (Volkspartei) zu thun haben wollen, sondern — einen schlichten aber unabhängigen, einen ungelehrten aber redlichen Arbeiter an der Spitze — durch Tick und Tünn für die gerechte Sache des unterdrückten vierten Standes vorwärts marschiren werden! Gelingt es dem Kongreß — und wir zweifeln so wenig daran wie an dem gesunden Sinn des deutschen Arbeiterstandes, daß es ihm gelingen wird —, den Grund zu dem großen Einigungswerk der deutschen Sozialdemokraten zu legen, so wird die Herrschaft aller jener Personen, die bisher die Arbeiterbewegung als ein Spielwerk ihres egoistischen Ehrgeizes benützt und daneben — das Vertrauen des nach voller Freiheit, nicht aber nach preußischer Säbel-Einheit ver-

langenden Arbeiters mißbrauchend — mit der Reaktion sich auf freundschaftlichen Fuß setzten, diese ganze Personen-Herrschaft wird dann auf blinde Anhänger, auf Bedientenseelen beschränkt, und wird damit von selbst zusammenstürzen, während im Augenblick jede Opposition da und dort vergeblich wäre! Von diesen Anschauungen ausgehend, soll der Kongreß der unabhängigen Sozialdemokratie am 23. Januar durch Gründung oder vielmehr Regeneration der Lassalleanischen Arbeiterpartei — in dieser oder jener Form — das Prinzip des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" neu verkörpern für ganz Deutschland! — Fz." (Franz.)

* * *

Ein neuer Kongreß aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands.

Ein neuer Kongreß ist auf Sonntag, den 23. d. M. nach Augsburg einberufen. Dem oberflächlichen Beobachter mag es scheinen, als ob die Zersplitterung und Verwirrung in der gesammten sozialdemokratischen Partei nun noch ärger werden müsse. Ist doch der von den Einberufern bezeichnete Zweck des Kongresses der, eine neue Organisation in der Partei zu gründen, die dann neben der des Herrn v. Schweitzer, neben der der Gräfin Hatzfeldt und neben der unsrigen die vierte sein würde. Angenehme Aussicht für die Zeitungsschreiber der Bourgeoisie und der Reaktion, die, was die Arbeitersache betrifft, wohl ziemlich alle zu den oberflächlichsten Beobachtern gehören! Doch daß „der Schein oft trügt", wird sich auch hier wieder bewahrheiten.

Für den tiefer Blickenden muß die Einberufung dieses Kongresses eine Freude sein. Es ist ein neues Stück der Emanzipation von den gewissenlosen Führern der Arbeiter, zu der wir in Eisenach den ersten großen Anstoß gegeben haben; es ist ein neuer Beweis dafür, daß der Arbeiterstand immer selbständiger und selbstbewußter auftritt. Freuen wir uns dessen! Die Einheit der Arbeiterpartei ist wieder einen Schritt näher gerückt, denn nur die „Führer" sind es, wie der Aufruf sehr richtig dies ausspricht, welche die sozialdemokratischen Arbeiter auseinander halten, ja gegeneinander hetzen. Hat die Herrschaft von Führern ihr Ende, so wird die Arbeitermasse, beseelt von einem Gedanken, durchdrungen von demselben Klassenbewußtsein, bald einig sein. Daß die Einheit derselben aber unerläßlich nothwendig ist, bevor an eine Verwirklichung der Prinzipien der Partei gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Ist aber die Einheit der Partei hergestellt, dann haben wir schon heute die 100 000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste in den gesetzgebenden Körpern oder mit wild wehendem

Lockenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einführung des sozialdemokratischen Volksstaates sein wird, der rothen Republik!

In Eisenach haben wir in dem Geiste getagt, die zum Klassenbewußtsein durchgedrungenen deutschen Arbeiter in einer einheitlichen, demokratischen Organisation zusammenzufügen — begrüßen daher auch den von demselben Geiste eingegebenen Kongreß zu Augsburg!

Aber — mag mir mancher Parteigenosse entgegenrufen — in Augsburg soll ja eine vierte Organisation geschaffen werden in derselben Partei, und zumal uns halten ja die Einberufer für Bourgeois, für „Volkspartei" u. dergl., mit denen kein, zumal zum Klassenbewußtsein durchgedrungener, Arbeiter etwas zu thun haben dürfe!

Dieser Vorwurf könnte uns — verletzen, wenn er nicht ein — großer Irrthum wäre! Ueber diesen Irrthum aber dürfen wir uns nicht wundern. Sind doch die Einberufer des Kongresses bisher Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewesen, dessen Organ der Berliner „Sozialdemokrat" ist, und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es mir geworden ist, mich von den ewig und immer wieder durch dies Blatt ausposaunten Lügen und Verdächtigungen*), nach denen auch der „Proletarier" in München Bourgeois-Organ ist, frei zu machen und auch in den Herren Bebel und Liebknecht statt „Hietzinger Agenten", sehr achtenswerthe Parteimitglieder zu sehen. Aber bei besserem Zusehen kommen die Einberufer des Kongresses nicht allein, sondern auch die lange belogenen Arbeiter im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von diesem Irrthum zurück!

Da aber Niemand ungestraft falsche Behauptungen in die Welt setzen darf, ohne sie zu beweisen, so fordere ich meinerseits die Einberufer des Kongresses auf, ihre Behauptung, wir seien keine wahrhafte und selbständige Arbeiterpartei, zu beweisen, oder doch wenigstens die Anhaltepunkte zu diesem Beweise der Oeffentlichkeit zu übergeben. Ich fühle mich persönlich gröblich beleidigt und erkläre meinerseits — glaube auch im Sinne aller Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu sprechen —, daß ich nie einer Partei angehören werde, welche die Arbeiter zur Errichtung einer „Bourgeois-Republik" mißbrauchen will.

*) Neuerdings werde ich in demselben auch angeschuldigt, für den A. D. A.-V. (Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein) bestimmte Gelder zu meinem Zwecke eingesäckelt zu haben. Daß mir das Geld durch Hrn. Jean Magin in Lüttringhausen per Postanweisung ohne jede Bemerkung eingesandt wurde, als ich längst nicht mehr Kassirer des A. D. A.-V. war, sondern die Eisenacher Kongreßkasse zu verwalten hatte, davon steht im „Sozialdemokrat" kein Wort.

Der Aufruf behauptet auch, wir gingen mit der Volkspartei oder hätten doch wenigstens Beziehungen zu derselben, welche abgebrochen werden müßten.

Auch dies ist eine sehr gewagte Behauptung.

Vor dem Eisenacher Kongreß waren, besonders in Sachsen, viele bürgerliche Republikaner mit den sozialistischen, außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stehenden Arbeitern unter dem allgemeinen Namen der (sächsischen) Volkspartei vereinigt. Damals nannte sich auch das von Liebknecht redigirte „Demokratische Wochenblatt", aus welchem unser „Volksstaat" geschaffen wurde, Organ der sächsischen Volkspartei. Wie wenig diese Beziehungen aber selbst damals die Bedeutung hatten, welche die Kongreßberufer von Augsburg u. s. w. heute noch unserer Partei unterlegen, das beweist wohl schlagend der Umstand, daß auf dem Nürnberger Arbeitertage vom 6. September 1868, zu welchem auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Abgeordnete entsendet hatte und bei welchem die nichtsozialistische Minderheit des angenommenen sozialistischen Programms wegen aus dem damaligen Verbande der deutschen Arbeitervereine austrat, Liebknecht den Bourgois-Elementen in jenem Arbeitertage gegenüber sagte: „Die sozialistische Arbeiterbewegung geht ihren eigenen Gang: sie ist durch und durch demokratisch — demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrücke — und da die Arbeiter das Gros des Heeres der Demokratie bilden, ist es nicht an ihnen, sich der Demokratie anzuschließen; sie sind die Demokratie, und die demokratische Volkspartei hat sich einfach mit der demokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen."

Auf dem Eisenacher Kongreß ist dann die Organisation der durchaus selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgt; die sozialistischen Arbeiter der früheren Volkspartei haben sich derselben angeschlossen und die übrigen, die republikanischen und bürgerlichen Elemente der Volkspartei, haben neuerdings ihre eigene selbständige Organisation begonnen. Daß wir nicht die Volkspartei sind, zeigt dieser Umstand deutlich; denn wären wir die Volkspartei, so würden die Anhänger der letzteren sich nicht organisiren! Auch trifft es nicht zu, daß wir mit der Volkspartei gehen. Das Gegentheil scheint eher der Fall. Die Volkspartei, wahrscheinlich durchdrungen von dem Bewußtsein, daß sie ohne die sozialistischen Arbeiter nie im Stande sein würde, die Republik zu erringen, scheint die Annäherung an uns zu suchen und, obwohl der Ausschuß der Partei in keinerlei Beziehung zu derselben getreten ist, ist nach den von uns bisher gemachten Erfahrungen anzunehmen, daß ein großer Theil der Volkspartei die sozialistische Arbeiterbewegung zu fördern sucht. Jeder aufrichtige Republikaner muß sich auch sagen, daß die Republik nicht anders möglich ist,

als durch die Arbeiter, und die Arbeiter sind viel zu sehr gewitzigt durch bittere Erfahrungen, als daß sie, wenn es einst in ihrer Macht stehen wird, eine andere Republik errichten sollten als die rothe. Nur diese ist noch möglich, und jeder aufrichtige Republikaner wird daher mit Freuden die sozialistische Arbeiterbewegung unterstützen.

Daß wir uns aber eventuell eine Unterstützung der Republikaner gerne gefallen lassen werden, ist streng im Sinne Lassalle's. In seinem Antwortschreiben spricht derselbe von der preußischen Fortschrittspartei, die noch nie republikanische Gelüste kundgegeben, wie folgt:

„Es erhellt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zur deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

„Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituiren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist; ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von derselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist — das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein."

Ich denke, wir haben keinen Grund, der jetzt zu einer engeren Organisation strebenden deutschen Volkspartei gegenüber eine andere Taktik anzuwenden. Auch hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei nie, so lange sie besteht, anders als in diesem streng-lassalleanischem Sinne sich zu der deutschen Volkspartei verhalten!

So viel über einen, der Arbeitersache gewiß nicht förderlichen — groben Irrthum.

Auch hier wird sich — nach Ferdinand Lassalle — die „Wahrheit durchbohren"!

Aber die Einberufer sprechen — es ist mir spaßig dabei zu Muthe geworden — getreu den Lügen des Berliner Doktors nach, von unserer Partei als der „sogenannten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Herren Bebel und Liebknecht." Das muß doch die Herren Bebel und Liebknecht ungemein kitzeln! Auch sprechen sie an einer andern Stelle von den gegenwärtigen Führern der verschiedenen Fraktionen, deren List mächtig genug sei, „um für lange Zeit hinaus jede radikale Opposition und die Aufstellung von einfachen, aber ehrlichen, von ungelehrten, aber auch unabhängigen und aufrichtig revolutionären Arbeitern als Führer unmöglich zu machen."

O der listige Herr Liebknecht!

Nun, die Einberufer wissen scheinbar auch nichts von der Stellung, welche die Herren Bebel und Liebknecht in unserer Partei einnehmen.

Auf dem Eisenacher Kongreß wurde Braunschweig-Wolfenbüttel als Sitz des Ausschusses, welcher nach unserer Verfassung die oberste Leitung der Partei in Händen hat, bestimmt und die Parteigenossen des Vorortes wählten denselben nach bestem Ermessen. Dieser Ausschuß nun, in welchem ich das Amt eines Kassirers zu versehen die Ehre habe, hat auch nach dieser Parteiverfassung die Leitung des Parteiorgans, welches Eigenthum der gesammten Partei ist, und demzufolge auch die Personen der Redaktion und der Expedition zu bestimmen. Der Braunschweiger Ausschuß hat nun Herrn Liebknecht mit dem Posten eines ersten Redakteurs und Herrn Bebel mit dem eines Expedienten des Blattes betraut. Wer aber in unserer Partei seine Pflicht nicht thut, kann von den Behörden der Partei sofort abgesetzt werden, so selbst der Braunschweiger Ausschuß. Wahrlich, Ihr Herren, bei uns ist es anders als im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein des Herrn Schweitzer oder Mende, und Eure aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit herübergenommene Ansicht, als ob auch bei uns das Volk souverän genannt, dafür aber desto besser von den Führern geleithammelt würde, ist Euch zu verzeihen. Den Personenkultus haben auch wir gründlich hassen gelernt, und beim Braunschweiger Ausschuß gilt so wenig ein Ansehen der Person, wie wir ein Ansehen der Person von der Partei erwarten.

Ob Ihr nach alledem noch zur Gründung einer neuen Organisation zu schreiten habt auf Eurem Kongreß, das müßt Ihr wissen. Uns trennen keine Führer, uns trennt kein Zwiespalt des Programms, ja wir haben im Punkte II. des Eisenacher Programms viel weitergehende Forderungen aufgestellt als Ihr in Eurem Entwurf, der sonst mit dem unserigen übereinstimmt; uns trennt auch kein Zwiespalt in der Organisation, denn auch Ihr habt durch das Augsburger Bezirksgericht, wie wir durch Magdeburger und andere Gerichte erkennen gelernt, daß wir uns besser organisiren können, wenn die lokale und die allgemeine Organisation getrennt geschehen, so daß die Mitglieder der lokalen Vereine einzeln auch Mitglieder werden der Partei und umgekehrt, wie dasselbe mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation der Fall ist. Die Sache ist genau dieselbe wie bei dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein!

Nach Eurer Einladung sind aber auch wir unter den Eingeladenen, da es auch uns nicht einfällt, im Schlepptau der Volkspartei zu gehen, und so werden auch einige Abgeordnete von uns Euren Kongreß besuchen.

Hoffen wir, daß es auf diesem Kongresse, einem Nachfolger unseres Eisenacher Kongresses, gelinge, die Einheit zwischen unserer Partei und Euch zu begründen. Ihr werdet uns zu Allem bereit finden, was wir der Arbeitersache gegenüber verantworten können, und wir werden, falls etwa Euer Eintritt in die gesammte Partei nur erfolgen kann unter Bedingungen, welche wir nach unserer Verfassung zu bewilligen nicht das Recht haben, sofort die Partei um ihre Zustimmung befragen.

Die Arbeiterbewegung marschirt mit Riesenschritten. Noch eine kurze Spanne dieser Entwicklung, und sie wird unwiderstehlich sein.

Bracke.

* * *

Der Arbeiterkongreß in Augsburg.

Von Seiten des Ausschusses unserer Partei wurde mir telegraphisch der Auftrag zu Theil, die Partei auf dem von Neff, Tauscher und Genossen einberufenen Arbeiterkongreß zu vertreten. Sonntag Vormittag 11 Uhr begannen die Verhandlungen des Kongresses im Stiftsgarten. Anwesend waren als Delegirte aus München: Neff, Stangl, Pröbstle, Franz; aus Augsburg: Tauscher, Stollberg, Endres, Scheller; aus Würzburg: Büchner, der zugleich Mandate von Aschaffenburg und Heidelberg hatte; Schriftsteller Schneeberger aus Wien, der eine beabsichtigte Reise nach Bayern zum Besuch dieses Kongresses benutzte und als Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation demselben beiwohnte, endlich meine Wenigkeit, Namens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Mehrfache Zuschriften, darunter eine von L. Schumann aus Berlin, der, wenn ich nicht irre, anempfahl, alle „Nichtarbeiter" aus der neuen Partei auszuschließen, waren eingegangen, ebenso liefen Nachmittags mehrere Begrüßungsdepeschen ein. Nach Erledigung der formellen Angelegenheiten: Eröffnung des Kongresses durch Franz (München), Prüfung der Mandate, Wahl des Bureaus (Franz erster, Stollberg zweiter Vorsitzender) und Feststellung der Geschäftsordnung wurde die erste Sitzung Mittags halb 1 Uhr geschlossen. Bemerkt sei, daß der Saal durch Arbeiter, welche den Verhandlungen zuhörten, so leidlich gefüllt war.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung traten die Delegirten zu einer geheimen Sitzung zusammen, um sich über etwaige Differenzpunkte zu verständigen. Ich ergriff zunächst das Wort und legte den Zweck meiner Anwesenheit dar: einen Versuch, die Bildung einer neuen Arbeiterfraktion zu verhüten und die Verschmelzung mit unserer Partei herbeizuführen. Ich führte aus, wie die Bildung einer neuen Fraktion nur den Gegnern der Arbeitersache nütze, wie dieselben aufs Neue über diese Spaltung *jubeln* und darauf hinweisen würden, daß die Arbeiter zur Leitung

ihrer Angelegenheiten unfähig, als Partei ungefährlich seien, da sie trotz aller prinzipiellen Uebereinstimmung sich nicht einigen könnten, sondern rein formeller und persönlicher Bedenken wegen sich gegenseitig zerfleischten. Ein weiterer zwingender Grund für die Einigung sei die Verhütung der Zersplitterung der geistigen und materiellen Kräfte der Arbeiter. An beiden litten die Arbeiter keinen Ueberfluß. Je mehr Fraktionen, desto mehr Verwaltungen müßten geschaffen werden. Diese kosteten Geld, und so würden die sauer erworbenen Groschen der Arbeiter allein durch diesen Verwaltungsapparat aufgezehrt. Statt die Gelder zur Bekämpfung der Bourgeoisie und der Reaktion zu verwenden, bekämpfe man sich gegenseitig, die nicht im Ueberfluß vorhandenen geistigen Kräfte würden in diesem selben Kampfe verbraucht und aufgerieben, ohne Nutzen für die Gesammtheit. Wohl sei mir bewußt, daß man zwei Bedenken hauptsächlich gegen die Verschmelzung habe. Das eine sei unser angebliches Bündniß, wohl gar Verquickung mit der Volkspartei, das andere unsere Organisation, die man als eine zu wenig einheitliche ansehe. Beide Einwände beruhten auf Vorurtheilen, durch Diejenigen geschickt verbreitet und in die Massen eingepflanzt, welche aus einer Berührung der Arbeiter mit dem demokratischen Bürgerthum für ihre eigene Stellung gefürchtet (Schweitzer, Mende) und unter der Firma: „Kampf gegen die radikale Bourgeoisie", ihr Einverständniß mit der Reaktion habe verbergen wollen. Volkspartei und sozialdemokratische Arbeiterpartei seien zwei vollständig getrennte Parteien, jede habe ihr eigenes Programm und ihre eigene Organisation. Was das Programm unserer Partei betrifft, so brauche ich es nicht weiter zu entwickeln, da man es ja nahezu wörtlich auch diesem Kongreß zu Grunde gelegt, unser Programm gehe aber in seinem ersten Theil noch weiter, indem es das Internationale Programm in schärfster Fassung enthalte und klar und scharf seine Stellung auch zum bestehenden Staat formulire. Die „Volkspartei" sei insofern mit uns einverstanden, als sie unsere politischen Forderungen und auch einige unserer sozialen (Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit) in ihrem Programm habe, also ein gewisses Stück Weg neben uns hergehe. Sie in den Punkten zu bekämpfen, in denen sie gleicher Meinung mit uns sei, sei Thorheit, selbstverständlich würden wir ihr aber überall da entgegentreten, wo Differenzen zwischen ihr und uns beständen, also vorzugsweise auf dem sozialen Gebiet. Die Volkspartei sei, das wüßten wir genauer als jeder Andere, eine Partei, die aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt sei. Sie bestehe aus großdeutschen konstitutionellen Monarchisten, bürgerlichen Republikanern und einer kleinen Zahl von Leuten, welche im Wesentlichen auch unser soziales Programm anerkennen, letztere seien indeß sehr in der

Minderheit. Einig sei die Volkspartei in dem Kampfe gegen die großpreußischen Tendenzen, den Militarismus und Cäsarismus und bekämpfe von diesem Standpunkte aus mit uns auch die uns feindlich gesinnte Fortschritts- und nationalliberale Partei. Wir ständen also zu der Volkspartei in keinem andern Verhältniß, als es sich aus der Natur der beiderseitigen Standpunkte von selbst ergebe. Habe doch Lassalle dasselbe der Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei im Jahre 1863 angerathen, ja Lassalle habe sogar an mehreren Stellen seiner Schriften über „Verfassungswesen" sich selbst als Mann der Volkspartei bezeichnet. Ebenso haltlos wie die beständigen Vorwürfe über unser Verhalten zur Volkspartei seien die Einwendungen gegen unsere Organisation. Lebten wir in Deutschland in einem freien Staat, dann verstünde sich von selbst, daß wir nur praktische Gründe bei Entwerfung einer Organisation im Auge zu behalten hätten. Deutschland sei aber kein Freistaat, sondern bestehe aus Staaten, die zum größten Theil sehr reaktionär seien, und in denen die Macht der Gesetze sich unliebsamen Volksorganisationen sehr fühlbar mache. Die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Sachsen, die Schließung der vielen Gemeinden in Preußen, der Beschluß des preußischen Obertribunals gegen den schleswig-holsteinischen Wahlverein, der eine ähnliche Organisation gehabt habe, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die neuesten Vorgänge in Bayern bewiesen, wie das Gesetz jederzeit die Organisation vernichten könne. Hätte Schweitzer die Urtheile der Untergerichte über seinen Verein durch alle Appell-Instanzen verfolgt, das Obertribunal hätte zweifellos die Organisation als ungesetzlich anerkannt und wäre damit das Verbot des Vereins für Preußen ausgesprochen worden. Schweitzer habe sich davor gehütet, und wenn sein Verein dennoch existire, dann habe er dies einzig und allein der Gunst zu verdanken, deren er sich notorisch von Seiten des Berliner Polizeipräsidiums und der Regierung zu erfreuen habe. Wir müßten eine Organisation schaffen, die mit der Einheitlichkeit zugleich die formelle Unabhängigkeit der Parteimitglieder an den einzelnen Orten vor dem Gesetz unmöglich mache. Die Einheitlichkeit der Partei sei gewahrt in dem von der Partei gewählten und in seinen Machtbefugnissen scharf begrenzten und zugleich kontrollirbaren Partei-Ausschuß, wodurch jede „Führerschaft" beseitigt und der Herrschaft einer einzelnen Person ein für alle Mal ein Ende gemacht sei; ferner in regelmäßigen Steuern, die monatlich jedes Parteimitglied zu leisten; und endlich in dem Partei-Organ, das Eigenthum der Partei sei, zu Privatzwecken also nicht benutzt werden könne. Durch diese Einrichtungen sei also die Möglichkeit einer kräftigen Agitation zur Verbreitung der Partei und die Geltendmachung des Parteiwillens in allen Fragen gegeben. In

den Lokalfragen könnten die Parteigenossen die Partei-Angelegenheiten in der ungehindertsten Weise besprechen und die lokale Agitation betreiben, ohne daß das Gesetz eingreifen könne. Daß die von uns angenommene Organisation wirklich und nicht blos in der Einbildung gut sei, beweise, daß trotz aller Verfolgungen, welche die Partei vom ersten Tage ihres Bestehens zu erdulden gehabt habe, die Organisation noch nicht angetastet worden sei, weil man es einfach nicht könne. Mit einer Organisation, wie sie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein habe, würden wir längst zu Grunde gerichtet worden sein. Habe doch das preußische Obertribunal im Februar des vorigen Jahres gegen den schleswig-holsteinischen Wahlverein, der ähnlich wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein organisirt war, ein verurtheilendes Erkenntniß gefällt.

Habe die Polizei das Urtheil des Obertribunals auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nicht angewandt, so kennzeichne das mehr als alles Andere das gute Einvernehmen des Chefs des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit der preußischen Polizei. Wir hätten uns einer solchen Gönnerschaft nicht zu erfreuen, wollten sie auch nicht haben, müßten also unsere Organisation so einrichten, daß sie gegen polizeiliche Uebergriffe sicher sei. Die Form sei übrigens für uns Nebensache, die Hauptsache sei das Prinzip und seine Anwendung. Wir gehörten nicht zu Denen, die als echte Orthodoxe die äußere Form über die Sache setzten, wir hielten die Organisation keineswegs für unverbesserlich. Jedes Mitglied der Partei könne seinen Einfluß für Aenderung derselben geltend machen, und gelänge es ihm, die Majorität hierfür zu gewinnen, dann sei der Wille derselben entscheidend; die ganze Verfassung der Partei sei mit einem Worte demokratisch.

Neff fragte mich, nachdem ich geendet, ob ich Bedingungen für den Eintritt in die Partei zu stellen habe. Ich verneinte dies, da der Eintritt einfach auf Grund der bestehenden Organisation und des Programms zu geschehen habe. Franz schlug hierauf vor, die Sitzung zu vertagen und um halb 3 wieder zu beginnen. Das geschah. Bei Wiedereröffnung der Sitzung ergriff Franz das Wort, um im Einverständniß mit den Telegirten von Würzburg, Augsburg und München zu erklären, daß sie sich nicht entschließen konnten, der Partei beizutreten. Prinzipielle Gründe seien es nicht, sondern mehr formelle. Zunächst könne er sich nicht mit unserer Haltung gegen die Volkspartei einverstanden erklären. Die Volkspartei müsse nicht nur wie jede andere Bourgeoispartei, sondern noch heftiger als alle anderen bekämpft werden, da sie für die Arbeiter die gefährlichste sei in Folge ihres radikalen Programms. Auch gebe es in unserer Partei noch verschiedentliche Bourgeois-Elemente. (Ich will hier bemerken, daß nach bereits

am Vormittag gefallenen Aeußerungen jeder sogenannte „Nicht-arbeiter" als nicht zur Partei gehörig betrachtet werden sollte.) Ferner gefalle ihnen unsere Organisation nicht, sie wollten die Lassalle'sche Organisation, wenn auch in veränderter Form, beibehalten. Die gesetzlichen Bedenken könnten sie nicht theilen, um so weniger, da sie in nächster Zeit ein besseres Vereinsgesetz in Bayern erwarten dürften. Aehnlich sprachen sich mehrere andere Delegirte aus. Ich ergriff wiederholt das Wort und widerlegte die aufgestellten Bedenken, sah aber sehr bald ein, daß alles Reden unnütz sei, da man einmal fest entschlossen war, eine vierte Arbeiterfraktion mit dem ganzen bureaukratischen Apparat einer solchen zu konstituiren. Ich erklärte, daß ich mein Mandat als erledigt betrachte und an den öffentlichen Verhandlungen nur insofern noch theilnehmen würde, um eine Erklärung über meine Stellung zu dem Kongreß abzugeben.

Als kurz darauf die öffentliche Versammlung wieder aufgenommen wurde, ergriff ich zunächst das Wort und legte in ähnlicher Weise wie oben angeführt, die Gründe dar, die mich verhinderten, weiter an den Verhandlungen mich zu betheiligen. Zugleich benutzte ich diese Gelegenheit, um nochmals öffentlich die Vorurtheile entschieden zurückzuweisen, die noch als Erbstück Schweitzer'scher Erziehung gegen unsere Partei in der Versammlung vorhanden sein möchten. Nachdem ich geendet, zog ich mein Mandat zurück und verließ mit unsern Parteigenossen den Saal.

War die mir offiziell übertragene Mission auch als gescheitert zu betrachten, so habe ich dennoch die moralische Ueberzeugung von Augsburg mitgenommen, daß die Masse der Arbeiter es müde ist, sich kleinlicher persönlicher oder formeller Bedenken wegen gegenseitig in die Haare zu gerathen. Die Arbeiter begreifen, daß nur in festem Zusammenhalten, in der Vereinigung aller Kräfte, die Gewähr des Sieges für sie liegt, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn nicht trotz der jetzt konstituirten vierten sozialdemokratischen Fraktion der Zeitpunkt sehr nahe herangekommen wäre, wo der vollständige Eintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei stattfinden wird.

Dieselbe moralische Ueberzeugung habe ich von München mitgenommen, wo ich auf Wunsch unserer Parteigenossen Montag, den 24. Januar, einer öffentlichen Sitzung des sozialdemokratischen Arbeitervereins beiwohnte, die von über 400 Personen besucht, Anhänger aller Arbeiterfraktionen umfaßte. Die auf meinen Vortrag erfolgenden Entgegnungen förderten zwar in der Hauptsache dieselben Einwendungen zu Tage, wie der Augsburger Kongreß, es zeigte sich aber auch, daß, während man gegen unsere Partei mehr formelle Bedenken hatte, die Vertreter der anderen Fraktionen sich nicht wenig über die Führerschaft in die Haare

geriethen. Der Popanz, den Schweitzer-Hatzfeldt-Mende gegen unsere Partei seit Jahren ihren Anhängern eingebläut, er ist, wie die Herrschaften mit Schrecken beobachten werden, im Schwinden, die Einigung aller klar denkenden Arbeiter nur noch eine Frage der Zeit.

Leipzig, den 28. Januar 1870. Bebel.

13.

Manifest des Zentralkomitees der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga.

Aus dem „Volksstaat“ 1870.

(Siehe Seite 392.)

Der Friede Europas ist von Neuem durch monarchischen Hader und dynastische Eifersucht gestört.

Weil die provisorische Regierung von Spanien nach einem König sucht, weil die Familie der Hohenzollern derselben den Kandidaten, welchen sie anderwärts nicht hat finden können, verschaffen wollte und weil die Dynastie der Bonaparte in dieser Kandidatur einen Versuch zur Aufrichtung des Thrones Karls des Fünften zu erkennen glaubte, oder vielmehr weil sie für ihre Existenz gegenüber den freiheitlichen Bestrebungen des eigenen Landes diese Gelegenheit zur Herstellung des Uebergewichts durch Waffengewalt hat benutzen wollen, sollen zwei Völkern, das deutsche und französische, diese großen Agenten der europäischen Zivilisation, auf dem Schlachtfelde zum Ruhm ihrer Monarchen gegeneinander geführt werden. Noch am Vorabende in tiefster Ruhe und gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnungen, befinden sie sich plötzlich durch das Geheiß ehrgeiziger Fürsten inmitten eines furchtbaren Krieges.

Die vor drei Jahren in einer ähnlichen Krisis, welche Deutschland und Frankreich in gegenseitigen Kampf zu stürzen drohte, gegründete Internationale Friedens- und Freiheitsliga kann sich Angesichts eines solch' schrecklichen Ereignisses nicht ruhig verhalten.

Das Zentralkomitee hat nicht gleich bei dem Beginn des Konflikts seine Stimme vernehmen lassen, weil es sich nicht denken konnte, daß ein diplomatischer Konflikt in die Ungeheuerlichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich ausarten werde, um so weniger, als ja der spanische Thronkandidat von seiner Bewerbung zurückgetreten ist. Nichtsdestoweniger hat man den Krieg erklärt. Jetzt können und dürfen wir nicht mehr schweigen.

Das so plötzlich mit kalter Berechnung gewaltsam herbeigeführte Unglück beweist in schlagendster Weise die Wahrheit der Prinzipien, welche unsere Liga seit Jahren geltend zu machen sucht.

So lange die Völker das monarchische, auf ihre Kosten unterhaltene Regiment zu erdulden fortfahren, kann zwischen ihnen der Friede nicht gesichert sein.

Ehrgeiz und dynastische Eifersucht, stehende Armeen im Dienste der Monarchen, und das Recht der Fürsten, nach Gutbefinden Krieg zu erklären — kann dies Alles zu etwas Anderem führen als eben zum Krieg? Der Krieg, welcher Europa in ein Blutbad zu stürzen und zu verwüsten beginnt, entspringt aus keiner andern Ursache. Werden die Völker endlich diese furchtbare Lehre begreifen?

In der Erwartung, daß sich die Völker einmal zu ihrer Befreiung ermannen und unter sich jedweden Krieg durch eidgenössische Verbindung unmöglich machen werden, müssen wir im Namen der Humanität, im Namen der Zivilisation, im Namen der heiligsten Prinzipien und der berechtigtsten Interessen gegen diesen Bruderkampf protestiren, welcher Europas Boden abermals mit Blut bedeckt, Tod, Trauer und Verwüstung verbreitet, den Fortschritt der Ideen internationaler Verbrüderung, dieser glorreichen Errungenschaft des modernen Geistes, hemmt, das Wenige der von den Völkern erhaltenen und errungenen Freiheiten zerstört, die Arbeit unterbricht und die Last des Elends erhöht, mit einem Worte, welcher noch einmal das 19. Jahrhundert in die Barbarei zurückwirft.

Trotz der aufgeregten Leidenschaften, welche der Krieg bei den kämpfenden Nationen selbst in dem Falle, daß er nur durch den Willen und das Interesse der Fürsten heraufbeschworen wurde, erzeugen wird, hoffen wir, daß unsere Protestation ein Echo in dem Herzen und Geiste aller Derer finden werde, welche sich nicht zu unterthänigen Werkzeugen des Despotismus hergeben oder welche sich nicht durch einen veralteten Chauvinismus hinreißen lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß auch sie Legion bilden und daß ihnen selbst in dieser traurigen Zeit das letzte Wort bleiben wird.

Demzufolge ist im Einklange mit dem betreffenden, zu Bern vor zwei Jahren gefaßten Beschlusse die Internationale Friedens- und Freiheitsliga auf Sonntag, den 24. Juli nach Basel (Saal Spitz an der Rheinbrücke) zu einem außerordentlichen Kongresse berufen.

Genf, 15. Juli 1870.

Für das Zentralkomitee:

Jules Barni (Franzose), Präsident.
Amand Goegg (Deutscher), Vizepräsident.
John Rollandan (Schweizer), Generalsekretär.

14.

An die Parteigenossen.

Aus dem „Volksstaat“ 1870.

(Siehe Seite 393.)

Der jetzige unglückselige Krieg lastet schwer auf unserer Partei. Nicht allein, daß Tausende unserer Mitkämpfer ihr Brod verlieren, fast ebenso viele müssen in dem bunten Rocke an die Grenzmarken Deutschlands ziehen, um bonapartistischen Frevelmuth zu brechen.

Wenn unter diesen Umständen unser Organ den früheren Abonnentenstand nicht ganz erreichte, auch die Mittel der Partei spärlicher fließen als sonst, so ist das erklärlich. Wir aber sind dadurch in die traurige Lage versetzt, unserem Blatte nicht mehr so wie erforderlich beispringen zu können. Unser „Volksstaat“ aber muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Zu dem Ende werden wir die irgend möglichen Ersparnisse eintreten und vom 1. August ab das Blatt zwar nach wie vor zweimal wöchentlich, aber nur in der Stärke eines halben Bogens erscheinen lassen. Trotz der Versicherungen bezahlter Fürstenknechte blüht uns und unseren Parteigenossen — zur Ehre der Partei — auf dem Felde der geheimen Fonds kein Weizen. Das zwingt unsere Partei, sich nach der Decke zu strecken; aber wir thun dies ungebeugt und stolzen Herzens. Kann doch unsere Partei von sich selber und von ihren Gliedern sagen, daß das, was sie thun, nur gethan wird in reinster Hingabe an die Sache, der wir Alle dienen. In diesem Gedanken werden wir die Verkleinerung des Blattes als ein unvermeidliches Uebel gern ertragen. Aber auch so bedarf die Partei der fortgesetzten treuesten Hingabe aller ihrer Genossen. Wenn jetzt der Kriegsruf durch die Lande tönt, der wilde Ruf des Hasses und der Rache, ist es unsere Pflicht, das Schifflein der Partei wohlbehalten durch die brandenden Wogen zu steuern, damit es nicht zum Wrack werde, sondern jeden Augenblick im Stande ist, die froh begonnene Fahrt nach der „besseren Zukunft“ fortzusetzen.

Parteigenossen! Thut in dieser für die Existenz der Partei so schweren Zeit Eure volle Pflicht! Wir müssen auf Eure fortgesetzte energische Hilfe zählen; das Interesse der Partei erfordert es gebieterisch!

Euer Ausschuß dagegen wird seine volle Pflicht gegen die Partei zu thun sich bemühen. Mit Ruhe, Besonnenheit und Hingabe an die Sache, aber auch mit Ernst und Entschiedenheit werden wir das Steuer der Partei zu führen suchen.

So lange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleon's Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg

und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür vertheidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einigkeit ist berechtigt; haben sich die Deutschen bei der augenblicklichen gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengeschaart, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schließen, und vielleicht ersteht aus den großen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat.

Unsere Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, so hoffen wir, ganz Deutschland umfassenden Staates bestimmend mitzuwirken, damit, wenn es möglich ist, nicht der dynastische Staat, sondern der sozialdemokratische Volksstaat ins Dasein tritt; unsere Aufgabe ist es, — mag der gewordene neue Staat bei der Geburt noch dynastische Färbung tragen — ihm in ernstem, schwerem Kampfe den Stempel unserer Ideen aufzudrücken!

Wenn, so hoffen wir, Begeisterung und Muth unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen, da ist es ferner unsere Pflicht, uns nicht berauschen zu lassen von dem Siegestaumel, der so leicht der Menschen Geister berückt, sondern eingedenk dessen zu sein, daß wir nicht nur Deutsche sind und nicht nur Deutschland freiheitlich einigen wollen, sondern daß unsere französischen Nachbarn, daß alle Völker der Erde unsere Brüder sind, mit denen gleiches Loos und gleiches Streben uns einen. Und wenn auch jetzt, von unserem Segen und unseren Wünschen begleitet, die deutschen Krieger hinausziehen müssen zum Kampf gegen die Söldnerschaaren des französischen Kaisers, so darf dennoch nie der Haß unser Herz erfüllen gegen die französischen Arbeiter, gegen die französische Nation! Mit ihnen gemeinsam haben wir dann, und, so hoffen wir, bald wieder die Fahne des Proletariats, die rothe Fahne voranzutragen und — jede Gemeinschaft mit anderen Parteien weit von uns weisend — erneut den Kampf aufzunehmen für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus.

Trauernd senkt heute der Genius der internationalen Verbrüderung der arbeitenden Völker seine Fackel zur Erde; trauernd sehen wir von zwei Brudervölkern das Schwert gegen einander gezückt. Aber so gewiß wir nicht die leiseste Schuld tragen an diesem unseligen Kriege und so gewiß die Schuldigen die Strafe ereilen wird, so gewiß haben wir als Deutsche für Deutschland einzustehen und so gewiß haben wir — trotz aller Berechtigung, mit der wir die Gründung des einen deutschen Staates erhoffen — die ernste Pflicht, uns rein zu halten von jedem Uebermaß von Nationalgefühl und uns kräftig zu erhalten für den höheren, für den glorreicheren gemeinsamen Kampf aller

Unterdrückten der Erde. Ist in Napoleon unser gefährlichster Gegner besiegt, so wird das französische Volk freier aufathmen und dann haben auch wir die Machthaber in unserem Vaterlande daran zu erinnern, was dem Volke von Gottes und Rechts wegen gebührt und was zu fordern die unendlichen Opfer und Qualen des Krieges es doppelt und dreifach berechtigen. Dann sammelt das Proletariat in allen Ländern seine Krieger wieder unter seine Fahne, und wenn dann ein lustiger Trommelschlag ertönt, so wird es der unseres Jahrhunderts würdigere Trommelschlag sein der um ihre Befreiung aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks ringenden Arbeiter.

Ist die Partei mit uns nicht einverstanden, so bitten wir, mit derselben Entschiedenheit gegen uns vorzugehen (Kontrollkommission), mit welcher wir diesem unserem Leitsterne folgen werden, der nach unserer Ueberzeugung allein das Schifflein der Partei durch alle Fährlichkeiten glücklich hindurchführen wird.

Parteigenossen! Haltet in schwerer Zeit wacker zusammen und vergeßt nicht die Pflicht gegen die Partei!

Es lebe Deutschland!

Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!

Braunschweig-Wolfenbüttel, 24. Juli 1870.

Der Ausschuß.

15.

Beschlüsse der Delegirten-Konferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation,

abgehalten zu London vom 17. bis 23. September 1871.

Aus dem „Volksstaat" 1871.

(Siehe Seite 435.)

I. Zusammensetzung des Generalraths.

Die Konferenz ersucht den Generalrath, die Anzahl der Mitglieder, die er sich selbst beifügt, zu beschränken und vorzusehen, daß sie nicht zu ausschließlich einer und derselben Nationalität angehören.

II. Benennungen der nationalen Räthe, lokalen Zweige, Sektionen, Gruppen und ihrer Komitees.

1. Gemäß Beschlusses des Baseler Kongresses, 1867, haben die Zentralräthe der Länder, wo die Internationale regelmäßig organisirt ist, sich in Zukunft zu bezeichnen als Föderalräthe oder Föderalkomitees, mit Beifügung der Namen ihrer

respektiven Länder. Die Bezeichnung Generalrath ist dem Zentralrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation vorbehalten.

2. Alle lokalen Zweige, Sektionen, Gruppen und deren Komitees sollen sich in Zukunft einfach und ausschließlich bezeichnen und konstituiren als Zweige ꝛc. ꝛc. der Internationalen Arbeiter-Assoziation, mit Beifügung der Namen ihrer bezüglichen Oertlichkeit.

3. Demgemäß ist es den Zweigen, Gruppen und deren Komitees von nun an untersagt, Sektennamen anzunehmen, z. B. die Namen Positivisten, Mutualisten, Kollektivisten, Kommunisten u. s. w., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter Bezeichnungen, wie: Propagandasektionen u. s. w., eine besondere von den gemeinsamen Zwecken der Assoziation verschiedene Mission sich zuschreiben.

4. Art. 1 und 2 finden jedoch keine Anwendung auf die mit der Internationalen verbündeten Gewerksgenossenschaften.

III. Delegirte des Generalraths.

Alle vom Generalrath zu bestimmten Sendungen ernannte Delegirte haben das Recht, den Versammlungen der Föderalräthe oder Komitees, der Distrikt- und Lokalkomitees und Zweige beizuwohnen und daselbst gehört zu werden, ohne jedoch Stimmrecht zu haben.

IV. Beitrag von einem Penny (Groschen) per Mitglied an den Generalrath.

1. Der Generalrath wird anheftbare Marken, wovon jede den Werth eines Penny vorstellt, drucken und in der verlangten Anzahl jährlich den Föderalräthen oder -Komitees zukommen lassen.

2. Die Föderalräthe oder -Komitees werden den Lokalkomitees und in deren Abwesenheit den lokalen Zweigen eine der Anzahl ihrer Mitglieder entsprechende Anzahl von Marken übermachen.

3. Diese Marken sind alsdann auf das Exemplar der Statuten anzuheften, welches jedes Mitglied zu besitzen gehalten ist.

4. Am 1. März jedes Jahres haben die Föderalräthe oder Komitees der verschiedenen Länder den Erlös aus den verkauften Marken dem Generalrath zu übermachen und zugleich die unverkauften Marken zurückzusenden.

5. Diese Marken, die den Werth der Einzelbeträge vorstellen, tragen das Datum des laufenden Jahres.

V. Bildung weiblicher Sektionen.

Die Konferenz empfiehlt die Bildung weiblicher Zweiggesellschaften innerhalb der Arbeiterklasse. Dieser Beschluß richtet sich selbstredend nicht gegen die Zusammensetzung von Zweiggesellschaften aus Arbeitern und Arbeiterinnen.

VI. Allgemeine Statistik der Arbeiterklasse.

1. Die Konferenz beauftragt den Generalrath, Art. 5 der Original-Statuten, soweit er sich auf eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse bezieht, in Kraft zu setzen, ebenso wie die Beschlüsse des Genfer Kongresses (1866) über denselben Gegenstand.

2. Jede lokale Gruppe ist verpflichtet zur Ernennung eines besonderen statistischen Komitees, damit sie stets, soweit ihre Mittel es gestatten, bereit sei, vom Föderalrath ihres Landes oder vom Generalrath gestellte Fragen zu beantworten. Die Konferenz empfiehlt allen Gruppen, den Sekretären der statistischen Komitees eine Vergütung zukommen zu lassen, in Anbetracht der allgemeinen Nützlichkeit ihres Werkes für die Arbeiterklasse.

3. Am 1. August jedes Jahres sollen die Föderalräthe oder -Komitees das in ihren bezüglichen Ländern gesammelte Material dem Generalrath übersenden. Letzterer wird dasselbe seinerseits zu einem allgemeinen Bericht verarbeiten, der den jährlich im September stattfindenden Kongressen oder Konferenzen vorzulegen ist.

4. Gewerksgenossenschaften und internationale Zweige, welche die verlangte Auskunft verweigern, sind dem Generalrath zur weiteren Beschlußnahme anzuzeigen.

VII. Internationale Beziehungen der Gewerksgenossenschaften.

Die wachsende Tendenz der Gewerksgenossenschaften jedes Landes, sich mit den Genossenschaften desselben Gewerks in allen andern Ländern in Verbindung zu setzen, wird der Generalrath wie bisher unterstützen. Seine Wirksamkeit als internationaler Vermittler zwischen den nationalen Gewerksgenossenschaften hängt wesentlich von dem Beistand ab, den diese Gesellschaften selbst dem von der Internationalen unternommenen Werk einer allgemeinen Arbeiterstatistik angedeihen lassen.

Die Vorstände der Gewerksgenossenschaften aller Länder werden ersucht, den Generalrath über die Adressen ihrer bezüglichen Geschäftslokale unterrichtet zu halten.

VIII. Ackerbauer.

1. Die Konferenz ersucht den Generalrath und die Föderalräthe und -Komitees, für den nächsten Kongreß Berichte vorzubereiten über die geeigneten Mittel zur Sicherung des Anschlusses der Ackerbauer an die Bewegung des industriellen Proletariats.

2. Inzwischen werden die Föderalräthe oder -Komitees ersucht, Delegirte in die ländlichen Distrikte zu schicken, um dort öffentliche Versammlungen abzuhalten, die Prinzipien der Internationalen zu verbreiten und ländliche Zweiggesellschaften zu stiften.

IX. Politische Wirksamkeit der Arbeiterklasse.

In Erwägung,

Daß es im Eingang der Statuten heißt: „Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist der große Endzweck, dem jede politische Bewegung unterzuordnen ist *als Mittel*";

Daß die Inaugural-Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864) besagt: „Die Herren des Grund und Bodens und die Herren des Kapitals werden ihre politischen Vorrechte stets ausbeuten zur Vertheidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. So weit davon entfernt, die politische Emanzipation der Arbeiter zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hinderniß in den Weg zu legen. . . . Die Eroberung der politischen Macht ist daher zur großen Pflicht der Arbeiterklasse geworden";

Daß der Kongreß von Lausanne (1867) erklärt hat: „Die soziale Emanzipation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emanzipation";

Daß die Erklärung des Generalraths über das angebliche Komplott der französischen Internationalen am Vorabend des Plebiszits (1870) folgende Stelle enthält: „Nach dem Wortlaut unserer Statuten haben alle unsere Zweige in England, auf dem Kontinent und in Amerika unzweifelhaft die ausdrückliche Aufgabe, nicht nur Mittelpunkte für die streitbare Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, sondern in ihren bezüglichen Ländern ebenfalls jede politische Bewegung zu unterstützen, die zur Erreichung unseres Endziels dient — der ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse";

Daß falsche Uebersetzungen der Originalstatuten Mißdeutungen veranlaßt haben, die der Entwicklung und der Wirksamkeit der Internationalen Arbeiter-Assoziation schädlich waren;

In Anbetracht ferner:

Daß die Internationale einer zügellosen Reaktion gegenübersteht, welche jedes Emanzipationsstreben der Arbeiter schamlos niederdrückt und durch rohe Gewalt den Klassenunterschied und die darauf gegründete politische Herrschaft der besitzenden Klassen zu verewigen sucht;

Daß die Arbeiterklasse gegen diese Gesammtgewalt der besitzenden Klassen nur als Klasse handeln kann, indem sie sich selbst *als besondere politische Partei* konstituirt, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klassen;

Daß diese Konstituirung der Arbeiterklasse als politische Partei unerläßlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels: *Abschaffung der Klassen*;

Daß die Vereinigung der Einzelkräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch ihre ökonomischen

Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat; —

Aus diesen Gründen erinnert die Konferenz alle Mitglieder der Internationalen:

Daß in dem Kampfzustand der Arbeiterklasse ihre ökonomische Bewegung und ihre politische Bethätigung untrennbar verbunden sind.

X. Allgemeiner Beschluß betreffend die Länder, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation durch die Regierungen verhindert wird.

In den Ländern, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Folge von Regierungseinmischung augenblicklich unausführbar ist, kann die Assoziation resp. ihre lokalen Gruppen sich unter irgend welchen anderen Benennungen rekonstituiren. Alle eigentlich sogenannten geheimen Gesellschaften sind und bleiben jedoch förmlich ausgeschlossen.

XI. Beschlüsse über Frankreich.

1. Die Konferenz spricht ihre feste Ueberzeugung aus, daß alle Verfolgungen die Energie der Anhänger der Internationalen nur verdoppeln und daß die Zweige fortfahren werden, sich zu organisiren, wo nicht in großen Zentren, doch mindestens nach Werkstätten und Verbindungen von Werkstätten, die sich durch ihre Delegirten miteinander in Verbindung setzen.

2. Die Konferenz fordert daher alle Zweige auf, in der Verbreitung unserer Prinzipien in Frankreich unermüdlich fortzufahren und in ihr Land eine möglichst große Anzahl der Druckschriften und Statuten der Internationalen einzuführen.

XII. Beschluß über England.

Der Generalrath wird die englischen Sektionen in London auffordern, ein Föderalkomitee für London zu bilden. Sobald dasselbe von den Zweigen in den Provinzen und von den verbündeten Gewerksgenossenschaften anerkannt sein wird, wird der Generalrath es als den Föderalrath für England bestätigen.

XIII. Besondere Beschlüsse der Konferenz.

1. Die Konferenz billigt die Beifügung der Flüchtlinge der Kommune, welche der Generalrath in seinen Schooß aufgenommen hat.

2. Die Konferenz erklärt, daß die deutschen Arbeiter während des französisch-deutschen Krieges ihre Pflicht erfüllt haben.

3. Die Konferenz dankt den Mitgliedern der spanischen Föderation für die Vorlage ihrer Denkschrift über die Organisation der Internationalen, die einen abermaligen Beweis ihres Eifers für unser Gesammtwerk bietet.

4. Der Generalrath wird sofort eine förmliche Erklärung veröffentlichen des Inhalts, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation durchaus nichts zu schaffen hat mit der sogenannten Verschwörung des Netschajeff, der ihren Namen betrügerisch usurpirt und ausgebeutet hat.

XIV. Instruktion für den Delegirten Outine.

Der Delegirte Outine wird ersucht, einen gedrängten Bericht über den Prozeß Netschajeff nach den russischen Quellen in der Genfer Egalité zu veröffentlichen. Dieser Bericht ist vor der Veröffentlichung dem Generalrath mitzutheilen.

XV. Berufung des nächsten Kongresses.

Die Konferenz überläßt es der Entscheidung des Generalraths, je nach den Ereignissen die Zeit und den Ort des nächsten Kongresses oder der ihn etwa ersetzenden Konferenz, zu bestimmen.

XVI. Alliance de la Démocratie Socialiste.*)

In Erwägung:

Daß die Alliance de la Démocratie Socialiste sich selbst für aufgelöst erklärt hat (siehe den Brief des Sekretärs der Alliance, N. Joukowsky, an den Generalrath, datirt 10. August 1871);

Daß die Konferenz in ihrer Sitzung vom 18. September (siehe Nr. II. dieses Zirkulars) beschlossen hat, daß alle bestehenden Organisationen der Internationalen, übereinstimmend mit dem Buchstaben und dem Geist der allgemeinen Statuten, sich fernerhin einfach und ausschließlich zu bezeichnen haben als Zweige, Sektionen, Föderationen u. s. w. der Internationalen Arbeiter-Assoziation, mit Zufügung des Namens ihrer bezüglichen Oertlichkeit;

Daß es demnach den bestehenden Zweigen und Gesellschaften fernerhin nicht gestattet ist, Sektennamen anzunehmen, wie z. B. Positivisten, Mutualisten, Kollektivisten, Kommunisten 2c., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter dem Namen von Propagandasektionen u. s. w. eine besondere, von den gemeinsamen Zwecken der Internationalen verschiedene Mission sich zuschreiben;

Daß der Generalrath in Zukunft Art. V. der Baseler administrativen Kongreßbeschlüsse des Inhalts: „Der Generalrath hat das Recht, den Anschluß einer neuen Sektion oder Gruppe zuzulassen oder zu verweigern, vorbehaltlich des Appells an den nächsten Kongreß" — in diesem Sinne zu deuten und anzuwenden hat.

Erklärt die Konferenz die Frage der Alliance de la Démocratie Socialiste für erledigt.

*) Die Bakunin'sche „Allianz der Sozialdemokratie". (1894.)

XVII. Spaltung in dem französisch sprechenden Theil der Schweiz.

1. Die verschiedenen Einwendungen des Föderalkomitees der Jura-Sektionen gegen die Kompetenz der Konferenz werden für unzulässig erklärt. (Vorstehendes ist nur ein Resumee des Art. 1 der in seinem Wortlaut in der Genfer „Egalité" abgedruckt ist.)

2. Die Konferenz billigt den Beschluß des Generalraths vom 29. Juni 1870.

Außerdem aber, in Anbetracht der Verfolgungen, denen die Internationale gegenwärtig ausgesetzt ist, ruft die Konferenz den Geist der Solidarität und der Einigkeit an, der jetzt mehr als je die Arbeiter durchdringen sollte. Sie ertheilt den braven Arbeitern der Jura-Sektionen den Rath, sich den Sektionen der romanischen Föderationen wieder anzuschließen. Falls diese Wiedervereinigung nicht thunlich, entscheidet sie, daß die Föderation der ausgetretenen Sektionen den Namen: Föderation des Jura (Fédération Jurassienne) annehmen wird. Sie kündigte ferner an, daß von nun an der Generalrath gehalten sein wird, öffentlich anzuklagen und zu verleugnen alle angeblichen Organe der Internationalen, welche, nach dem Vorgang des Progrès und der Solidarité, in ihren Spalten vor dem Bourgeois-Publikum Fragen besprechen sollten, die nur zur Debatte in den lokalen und föderalen Komitees, im Generalrath oder in den geschlossenen Verwaltungssitzungen der föderalen oder allgemeinen Kongresse geeignet sind.

Anmerkung.

Die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Beschlüsse der Konferenz werden den Föderalräthen der verschiedenen Länder durch die korrespondirenden Sekretäre des Generalraths mitgetheilt werden.

Im Auftrag und Namen der Konferenz: der Generalrath:
R. Applegarth, M. T. Boon, Fred. Bradnick, G. H. Buttery, Delahaye, Eugène Dupont (abwesend als Emissär), William Hales, G. Harris, Hürlimann, Jules Johannard, Fred. Lessner, Lochner, Harriet Law, Charles Longuet, Constant Martin, Zévy Maurice, Henry Mayo, George Milner, Charles Murray, Pfänder, John Roach, Rühl, Sadler, Cowell Stepney, Alfred Taylor, W. Townshend, E. Vaillant, John Weston.

Korrespondirende Sekretäre:
Alfred Hermann für Belgien. — Th. Mottershead, für Dänemark. — Karl Marx, für Deutschland und Rußland. — A. Serraillier, für Frankreich. — Ch. Rochat, für Holland. — J. P. Mac Donnell, für Irland. — Friedrich Engels.

für Italien und Spanien. — Leo Frankel, für Oesterreich und Ungarn. — Walery Wroblewski, für Polen. — Hermann Jung, für die Schweiz. — J. G. Eccarius, für die Vereinigten Staaten. — C. Le Moussu, für die französischen Sektionen der Vereinigten Staaten.

F. Engels, Vorsitzender. — Hermann Jung, Schatzmeister.
John Hales, Generalsekretär.

256 High Holborn, W. C., London, 17. Oktober 1871.

Für Beglaubigung der Uebersetzung:

Der Sekretär für Deutschland:
Karl Marx.

16.

Eine sozialdemokratische Arbeiterversammlung in Wien.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.

(Siehe Seite 436.)

Wien, 25. Juli.*)

In Zobel's Bierhalle fand heute Vormittags eine Volksversammlung der sozialdemokratischen Partei statt, zu der sich Tausende von Theilnehmern eingefunden. Gegenstand der Tagesordnung war: Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich. Herr Hartung, der die Versammlung eröffnete, wies darauf hin, daß die sozialdemokratische Bewegung sich in Deutschland schon früher Bahn gebrochen und ungeachtet der Zwistigkeiten in der Partei stetig an Ausdehnung gewonnen. Der bevorstehende Kongreß in Eisenach werde den bisher geübten Intriguen die Spitze abbrechen und eine einheitliche sozialdemokratische Partei schaffen. Redner theilt nun mit, daß Herr Wilhelm Liebknecht aus Leipzig in der Versammlung anwesend sei und über die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland das Wort ergreifen werde. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung wählte hierauf Herrn Scheu zum Vorsitzenden, nachdem Hartung dieses Amt abgelehnt. Zum Schriftführer wurde Herr Dorsch bestimmt.

*) Da ein für das „Demokratische Wochenblatt" in Aussicht gestellter ausführlicher Bericht nicht geliefert wurde, so begnügte sich das „D. W." mit der Wiedergabe eines Berichts nach der „Neuen Frankfurter Zeitung". (1894.)

Herr Liebknecht betritt als erster Redner die Tribüne, von stürmischen Hochrufen empfangen. „Arbeiter Wiens“ — begann er — „ich bin stolz auf Ihren Empfang und fühle mich glücklich in Ihrer Mitte; ich überbringe Ihnen den Gruß der deutschen Sozialdemokraten, die gleich mir mit Freude die österreichische Arbeiterbewegung verfolgen, die, seit $1^1/_2$ Jahren meteorgleich hier aufgestiegen, ihren Glanz nach Deutschland hinüberwirft!“ Redner beginnt nun mit der Entstehung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, mit dem Auftreten Lassalle's im Jahre 1863. Lassalle habe diese Bewegung nicht gemacht, sie war vor ihm in Frankreich, England und hatte auch unter den Arbeitern und Schriftstellern Deutschlands ihre Vertreter. Allein Lassalle gebührt das Verdienst, nach der Kontrerevolution, welche der 1848er Revolution folgte, die Initiative ergriffen zu haben. Er gründete den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. In dem Moment, als sich die Arbeiterbewegung zu entwickeln begann, starb Lassalle. Sein Tod hatte Zwiespalt in der Partei zur Folge.

Redner kommt nun auf die Gründung des Parteiorgans, des „Sozialdemokrat“ in Berlin, zu sprechen. „Der Gründer dieses Organs, Herr v. Schweitzer, wurde bald dem Programme untreu, nicht blos auf sozialem, sondern auch auf politischem Gebiete in schärfster Form die Grundsätze der Sozialdemokratie zu vertreten. Die preußische Regierung wollte die Arbeiterbewegung als Werkzeug für die Knechtung des Staats benutzen und der „Sozialdemokrat“ brachte Artikel im Sinne Bismarck's, anstatt, wie es die Parteigenossen verlangten, entschieden vorzugehen gegen die annexionistische, antinationale und antidemokratische Politik Bismarck's. Herr v. Schweitzer hatte sein Ehrenwort gebrochen. In Folge dessen traten Marx, Engels, Herwegh und ich von der Redaktion zurück; die Einigkeit der Partei war ungeachtet aller unserer Bemühungen, sie aufrecht zu erhalten, durch Schweitzer zerstört.“ Redner erzählt nun von seinen Kämpfen gegen Schweitzer, bei welchen dieser sich des Schutzes der preußischen Polizei zu erfreuen hatte. Er referirte über seine Verbindung mit Bebel, dem Präsidenten des Verbandes deutscher Arbeitervereine, und über einen weiteren Vereinigungsversuch mit Herrn v. Schweitzer. „Schweitzer hat im Frühjahr 1868 versprochen, auf der Generalversammlung seines Vereins das Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation zur Annahme vorzulegen, was er jedoch nicht that. Als aber auf dem Vereinstage des Bebel'schen Verbandes zu Nürnberg das internationale Programm angenommen war und fast gleichzeitig die polizeiliche Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erfolgte,*) so daß nun kein Hinderniß

*) Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein hatte bis zum Jahre 1868 seinen Sitz in Leipzig und 1865 war Tölke auf der

der Einigung mehr bestand, da erneuerte Herr v. Schweitzer im „Sozialdemokrat“ seine Angriffe auf uns und das Nürnberger Programm; und wir mußten neuerdings, wenn auch mit großem Widerstreben, den Kampf mit Herrn v. Schweitzer aufnehmen. Ich sage mit Widerstreben, denn dieser Kampf mußte schlimme Leidenschaften erwecken. Das war aber gerade die Absicht Schweitzer's. Aehnlich wie Bismarck Preußen in den Krieg von 1866 riß, um die innere freiheitliche Bewegung im Lande zu unterdrücken, so hetzte Schweitzer seine Anhänger in den Kampf gegen uns, um die entstehende Reformbewegung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu ersticken.

„Ich erwähnte eben des schmachvollen Bruderkrieges zwischen Oesterreich und Preußen. Das gesammte preußische Volk protestirte laut gegen diesen Krieg. Allein kraft der Schulregulative, nach welchen in Preußen jedes Kind vom sechsten Jahre an zum königlich preußischen Unterthan dressirt, und kraft der Militärverfassung, durch welche fast die Hälfte der männlichen Bevölkerung zu willenlosen Maschinenmenschen herangedrillt wird, gelang es Bismarck, das preußische Volk auf die Schlachtfelder Böhmens zu ziehen. Und als das preußische Volk Pulver gerochen hatte, vergaß es seinen Protest. Das ist ja der Fluch des Krieges, daß er „die Bestie im Menschen“ entfesselt. Im Kampfe erwachte die Leidenschaft, sie gewann die Oberhand über den Verstand. Preußen wurde hierfür schwer gestraft. Aus den blutgetränkten Feldern Sadowas erwuchs für Oesterreich Freiheit, für Preußen Armuth, Knechtschaft, Schmach nach Innen und Außen!“ (Unruhe im Hintergrunde des Saales. Eine Stimme: Es sind ein paar Herren da, die die Rede nicht anhören können! Stürmische Rufe: Hinaus mit ihnen!)

Vorsitzender: Wenn diese Herren die Rede nicht anhören könnten, so würden sie sich ja von selbst entfernen müssen; da sie aber hier bleiben, ist dies der beste Beweis, daß sie die Rede anhören können. (Heiterkeit.)

Liebknecht: Arbeiter Wiens! Man hat mir erzählt, daß es in Wien Leute gebe, die für Bismarck's Politik schwärmen. Ich hielt dies für ein Märchen. Sollte es keines sein? (Bravo.) So wie sich in diesem Kriege Bruderstämme in Haß zerfleischten, so erregte auch der Kampf mit Schweitzer unter den Arbeitern Leidenschaft, Haß, böses Blut und erschwerte die Einigung der Partei. Im März d. J. fand die Generalversammlung des

---

Frankfurter Generalversammlung zum Präsidenten erwählt worden: die Leipziger Polizeibehörde weigerte sich aber, ihn als solchen anzuerkennen, und löste im September 1868 den Verein auf. Am 10. Oktober 1868 gründete v. Schweitzer einen neuen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein mit dem Sitz in Berlin. (1894.)

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Elberfeld statt. Ich erklärte, ich werde dort mit Bebel erscheinen und beweisen, daß Schweitzer die Spaltung in der Partei hervorgerufen, daß er für Bismarck arbeite. Wir hielten unser Wort, begründeten unsere Anklage und Schweitzer war feige genug, auszuweichen. Zum Bruch innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins kam es damals noch nicht. Schweitzer vereinigte sich bald darauf mit der Gräfin Hatzfeldt, um jede Reform des Vereins illusorisch zu machen. Das alte Vereinsstatut, welches er wiederherstellte, gab ihm eine diktatorische Gewalt, — eine solche Organisation ist nicht zu bessern, sie mußte zerstört werden. Alles, was Verstand, gepaart mit Ehrlichkeit, besaß, trat aus dem Verein aus; dieser zählt nur wenige Mitglieder mehr, und Herr Schweitzer unterließ es, anzugeben, mit wie viel Stimmen er in der letzten Versammlung gewählt wurde. Die gegenwärtige Stärke der organisirten sozialdemokratischen Partei ist ungefähr: Der Verband der deutschen Arbeitervereine zählt 10,000—12,000 Mitglieder, 5000 bis 6000 Mitglieder sind aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgetreten; in der Schweiz haben sich uns 2000 angeschlossen und die Arbeiter Wiens, Oesterreichs halten ebenfalls zu uns. (Allseitige Zustimmung.) Die Arbeiter aller Länder führen einen gemeinsamen Kampf; doch ein Schlag, der die Arbeiter Amerikas, Belgiens, Frankreichs trifft, berührt die Arbeiter Oesterreichs nicht so hart wie der Schlag, der die Arbeiter Deutschlands trifft. Denn die Arbeiter Oesterreichs gehören zum deutschen Arbeiterverbande. Die jetzige Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ist nur eine provisorische, vorübergehende. Oesterreich muß wieder zu Deutschland zurückkehren, aber nicht zu dem Deutschland Bismarck's, sondern zu einem freien, auf demokratischer Grundlage geeinten. Die Einheit kann nur im freien Deutschland erstehen, ein geeinigtes freies Deutschland heißt der Sturz Bismarck's und seiner Politik. Mit den österreichischen Arbeitern stehen wir nicht im internationalen, sondern gewissermaßen im nationalen Verhältniß; wir können uns nicht organisiren ohne sie. Die Gesetze verbieten den direkten Anschluß an die Internationale Arbeiter-Assoziation. Allein, um Ideen Eingang zu verschaffen, bedarf es keiner Organisation, welche die rohe Hand der Polizei greifen kann. Ideen sind zollfrei." (Bravo.) Redner theilt nun mit, daß am 6. Juli in Braunschweig der Beschluß gefaßt wurde, für Anfang August den Kongreß nach Eisenach einzuberufen, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, eine Organisation für die gesammte sozialdemokratische Partei Deutschlands festzusetzen. Er lade hiermit die österreichischen Arbeiter ein und hoffe, daß sie Delegirte zum Kongreß entsenden werden.

Der Polizeikommissär macht aufmerksam, daß dies bereits die Tagesordnung überschreite.

Liebknecht: Ich werde soeben aufmerksam gemacht, daß dies nicht zur Tagesordnung gehöre, ich muß mich daher beschränken, Ihnen den Beschluß mitzutheilen und meinen Auftrag. Sie einzuladen. — Man wird am Kongresse die Vereinigung zu hintertreiben suchen. Herr v. Schweitzer schickt Delegirte hin, um Störungen zu verursachen. Gut! Wir werden uns nicht beirren lassen. Wir gehen unseren eigenen Weg. Wer nicht mit uns gehen will, der esse mit Schweitzer die Brosamen vom Tische des preußischen Hofes und drücke die Hand des Bruders des Königs von Preußen!*) (Heiterkeit.) Uebrigens glaube ich gar nicht, daß Herr v. Schweitzer die eigentliche Absicht hat, uns zu überrumpeln, sonst würde er es nicht vier Wochen vorher sagen: er kennt die preußische Polizei genau, besser als ein Demokrat sie kennen soll, und er glaubt, die Polizei sei überall so wie in Preußen, wo sie unbeschadet des bestehenden Vereinsrechts bei voraussichtlichen Ruhestörungen eine Versammlung verbieten kann. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß er durch die angedrohten Ruhestörungen das Verbot des Kongresses erwirken will. Allein hier macht Herr v. Schweitzer die Rechnung ohne den Wirth. In dem kleinen Thüringen da herrschen ganz eigenthümliche Zustände. Dort giebt es gar kein Vereinsgesetz. Man versammelt sich eben wie man will! (Große Heiterkeit.) Das Volk ist dabei glücklich und es kommen keine Ruhestörungen vor, während in den bestpolizirten Staaten, wie ich gehört habe, Ruhestörungen, selbst sehr blutiger Art, vorkommen sollen. „Die Einigung der Partei wird stattfinden, ruft Redner zum Schluß aus. Denn wo der Wille ist, findet sich auch der Weg." (Die Versammlung bringt stürmische Hochrufe auf den Redner aus.)

Der Vorsitzende bemerkt mit Rücksicht auf die frühere Störung im Hintergrunde des Saales, daß keine Bismärcker unter den hiesigen Arbeitern seien. Die Ruhestörer waren einige „Selbsthilfler", sonderbare Käuze, sonst ganz unschädliche Leute. (Heiterkeit.)

Kramlinger interpellirt Herrn Liebknecht, wie er sich zu dem Jacoby'schen Programm verhalte, welches den Arbeitern nur einen Gewinnantheil, nicht aber den ganzen Ertrag der Arbeit zuspricht.

Liebknecht sagt, wenn auch Jacoby noch nicht so weit geht,**) wie die sozialistische Partei, so wäre es doch thöricht, ihn zu be-

*) Des Prinzen Albrecht „königliche Hoheit". (Der sich für Herrn v. Schweitzer besonders interessirte. [1894.])

**) Jacoby trat erst dritthalb Jahre später, nach dem Leipziger Hochverrathsprozeß formell in unsere Partei ein. (1894.)

kämpfen, ihn von uns zu stoßen, denn er ist ein Bundesgenosse im Kampfe gegen die Bourgeoisie wie gegen das Junkerthum und er ist der Ueberzeugung, daß die politische Freiheitsfrage ohne die soziale Frage nicht gelöst werden kann.

Mühlwasser aus Brünn schildert den Verlauf der dortigen Arbeiterbewegung und der daselbst stattgehabten Exzesse, an denen die deutsche Arbeiterbevölkerung gänzlich unbetheiligt gewesen sei.

Auf eine Anfrage Tauscher's, ob es in Deutschland eine Arbeiterpartei Schulze-Delitzsch gebe, erwidert Liebknecht, daß eine solche nur noch in kleinen Ueberresten vorhanden sei, und daß man am besten den Gegensatz zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle begraben sein lasse. „Die Partei, die uns gefährlich ist, sagt der Redner, verlangt, daß wir mit der preußischen Regierung gehen, daß wir auf Bismarck'sche Staatshilfe bauen. Man hat in Preußen das allgemeine Stimmrecht eingerichtet als eine Waffe des Absolutismus, das Volk steht mit gebundenen Händen und kann keinen Gebrauch davon machen.*) Das freie Wort ist in den Versammlungen verpönt, an eine freie Ausübung des Wahlrechts nicht zu denken. Man redet den Arbeitern vor, sie könnten durch das allgemeine Stimmrecht nach und nach die Majorität im Reichstage erlangen. Dies ist eine Täuschung. Die wenigen in Preußen gewählten Arbeiterführer haben ihre Wahl lediglich der Duldung oder gar Unterstützung der Regierung zu verdanken. In Preußen herrscht ein systematischer Absolutismus. Davon haben Sie in Oesterreich keinen Begriff. Ihr Absolutismus war**) seit Menschengedenken etwa wie der eines türkischen Paschas, ein Absolutismus mit Bummelei. (Heiterkeit.) In Preußen herrscht ein intelligenter Absolutismus, und dieser ist gefährlicher als der unintelligente. Das hat schon Heinrich Heine vor vierzig Jahren auseinandergesetzt. Preußen hat die Fürsten der kleinen Staaten in den Bundeskäfig eingebündelt, die anderen sollen warten, bis die preußische Riesenschlange den gewaltigen Bissen des Jahres 1866 verdaut hat. Wir sollen kämpfen gegen die „kleinen Zwetschenfürsten", damit Bismarck sie bequem „einverleiben" könne; wir sollen arbeiten „pour le roi de Prusse", das wollen Herr v. Schweitzer und Genossen. Der Hauptfeind ist das Bismarck'sche Preußen, die Zitadelle der Knechtschaft ist Berlin.***) Dort muß die Hauptschlacht geschlagen werden für die Befreiung Deutschlands. (Lebhafter Beifall.) Bismarck sucht des-

*) Das allgemeine Stimmrecht hat sich stärker gezeigt als Bismarck. (1894.)

**) Jetzt müßte es wieder heißen: ist. Damals war gerade „liberale Aera", die natürlich nicht lange dauerte. (1894.)

***) Seitdem ist Berlin die Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie geworden. (1894.)

halb die Arbeiter mit Versprechungen zu ködern, sie aus Feinden in Werkzeuge zu verwandeln.

„Hier in Oesterreich ist die Stellung der Arbeiter zur Regierung eine ganz verschiedene, ganz eigenthümliche. Bis zu einem gewissen Punkte haben die Arbeiter hier ein gemeinsames Interesse mit der Regierung — nämlich so weit diese das Pfaffenthum und den Adel bekämpft. Letzteres hat sie allerdings bisher in sehr schwächlicher Weise gethan. Allein immerhin ist viel geschehen. Oesterreich steht inmitten einer Revolution. Daß Sie sich z. B. hier versammeln dürfen, verdanken Sie, ich sage nicht dieser Regierung, sondern den Umständen, die diese Regierung ans Ruder gebracht — der Niederlage von 1866. (Stürmischer Beifall.) Wenn Sie unklug und um jeden Preis ankämpfen gegen diese Regierung, so kämpfen Sie für die Ultramontanen und Feudalen. Die Arbeiter haben ihre Stellung zu dem Bürgerministerium richtiger begriffen als das Bürgerministerium selbst. Die Arbeiter wollen die Reformen dieses Ministeriums nicht erschüttern, aber sie verlangen freieren Flügelschlag für die sozialistische Bewegung. Unbegreiflich! Das Bürgerministerium konfiszirt Arbeiterzeitungen, verhaftet, chikanirt und verfolgt die Arbeiter. Dies erinnert mich an die Geschichte von dem Bauer, der auf dem Aste eines Baumes saß und denselben am Stamme durchsägte. Als er es vollbracht, da lag der Bauer unten und hatte den Hals gebrochen. Begreift denn dieses Ministerium nicht, daß die Arbeiter seine festeste Stütze sind? Begreift es nicht, daß ohne die Arbeiter keine freiheitliche Bewegung in Oesterreich denkbar ist? Was hat das Bürgerthum bisher gethan, um sein Bürgerministerium zu stützen? Nichts. Wer ist, um nur eines Beispiels zu erwähnen, für das Ministerium eingetreten in der Sache gegen den Bischof von Linz? Nur die Arbeiter! Das Bürgerministerium kann die Arbeiter nicht entbehren; aber die Arbeiter können die Herren Bürgerminister entbehren." (Lebhaftes Bravo.)

Nimtzick (Obmann des Preßburger Arbeiterbildungsvereins) spricht über die soziale Bewegung in Ungarn und schildert die Zustände der dortigen Arbeiter als sehr bedauerlich, da in Ungarn nicht einmal ein Vereinsgesetz existire. Er berichtet sodann über den „ungnädigen" Empfang, der einer Arbeiterdeputation bei dem Minister des Innern, Baron Wenckheim, zu Theil wurde. Seine wahrhaft skandalösen Mittheilungen riefen einen lebhaften Unwillen in der Versammlung hervor. Redner erklärt namens der Preßburger Arbeiter den Anschluß an die sozialdemokratische Partei und ermächtigt die Wiener Arbeiter, durch ihre Delegirten auf dem Kongreß in Eisenach auch die Interessen der ungarischen Arbeiter zu vertreten.

Hartung sagt, das liberale Bürgerministerium befindet sich auf einem gewaltigen Irrwege, weil es die Nothwendigkeit der Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes nicht anerkenne; er zitirt die Aeußerungen der Staatsanwaltschaft in dem letzten Arbeiterprozeß (Brüßhaver-Most) als einen Ausfluß der Anschauungen der Regierung. Die Arbeiter dagegen haben die Regierung in allen freiheitlichen Fragen stets unterstützt und wünschen nur, daß die Regierung auch ihrerseits die Ideen der Arbeiter fördere, statt sie unnütz zu bekämpfen. (Bravo!)

Berka spricht gegen die Spaltung nach Nationalitäten, ebenso Mühlwasser; dieser erklärt, daß die Kluft zwischen Czechen und Deutschen nicht so tief sei als man denke, daß sie zum großen Theile erkünstelt sei.

Zum Schluß nimmt Liebknecht noch einmal das Wort. Er weist auf die Schweiz und Amerika hin, wo die Freiheit den Nationalitätenhader getödtet oder unmöglich gemacht. Ein österreichischer Minister habe dies ganz richtig erkannt, indem er sagte, er wolle Bismarck ein Paroli bieten, indem er aus Oesterreich eine monarchische Eidgenossenschaft machen wolle. „Aber ich kenne nur eine Eidgenossenschaft und die hat keinen Kaiser. Ob eine Eidgenossenschaft mit einem Kaiser an der Spitze herzustellen sei — die Lösung dieses Problems muß ich dem Scharfsinn des Herrn v. Beust überlassen.“ Wie früher der Absolutismus, so sei auch jetzt der Liberalismus in Oesterreich ohne System, sonst wären die Quälereien und Chikanen unmöglich. „Oesterreich muß vorangehen auf dem Wege der Freiheit. Jeder Fehltritt stürzt es in den Abgrund. „Freiheit oder Tod!“ schrieben die Kämpfer der französischen Republik auf ihre Säbel. Freiheit oder Tod! ist die Devise, die diesem schönen Oesterreich durch die Nothwendigkeit aufgezwungen ward.“ Redner betont sodann, daß eine Lösung der Arbeiterfrage auf reformatorischem Wege, Hand in Hand mit der Bourgeoisie, an sich keine Unmöglichkeit wäre, wenn die Besitzer der Macht freiwillig auf das vortheilbringende Unrecht verzichten würden. Das sei jedoch nicht zu erhoffen. Noch nie habe eine Klasse, ein Stand frei- und gutwillig auf Privilegien verzichtet. Recht deutlich habe sich dies neuerdings in Amerika beim Kampf zur Abschaffung der Sklaverei gezeigt. Redner weist sodann auf die Arbeiterverfolgungen in Belgien, England, Frankreich, Genf und in neuester Zeit in Brünn hin, ein Beweis, daß die Klassenherrschaft unter was immer für einer Staatsform stets die Arbeit unterdrückt. Dadurch dürfe man sich aber nicht zu dem Irrthum verleiten lassen, die politische Bewegung sei für die Arbeiter gleichgiltig. Die politische und die soziale Frage lasse sich nicht trennen. „Wer gegen die Klassenherrschaft kämpft, muß kämpfen für die Freiheit; nur im freien

Staat, nur im Freistaat ist die freie Gesellschaft möglich." (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende erklärt, er hoffe, Herr Liebknecht werde von hier das Bewußtsein mitnehmen, daß Wien ein Boden für die sozialdemokratische Partei sei. Er bedauert, daß die letzte Nummer der „Volksstimme" durch behördliche Konfiskation den Arbeitern entzogen worden sei, und theilt eine Anzahl Begrüßungstelegramme mit, worauf die Versammlung unter Hochrufen auf Liebknecht auseinandergeht.

17.

Manifest

an die landwirthschaftliche Bevölkerung.

Aus dem „Vorbote" 1869.

(Siehe Seite 473.)

Feldarbeiter!

Es giebt wohl keinen Arbeiterstand, der unmittelbarer und härter als der Eurige den Druck der Kapitalherrschaft empfinden und durch die tagtägliche Erfahrung zum Bewußtsein kommen muß, daß er den Segen, den er pflanzt, nicht genießen darf, daß ihm der Ertrag seines Fleißes am Munde vorbeigeht und er im Schweiße seines Angesichts ein nothdürftiges Leben als höchsten Lohn verdienen soll, kurz, daß ihm für das Wohl des Leibes zu wenig und für die Stärkung und Hebung des Geistes gar nichts geboten ist. Und dennoch ertragt Ihr in Geduld und stummer Hingebung das Joch, als wenn Ihr nur zum Erdulden und Entbehren auf die Welt gekommen wäret. Ob Ihr als Kleinbesitzer und „eigene Herren" Eure Taglöhner selbst, oder ob Ihr als völlig Enterbte die Tagelöhner anderer Herren seid, so seid Ihr immerhin alle zusammen durch die Arbeit nicht belohnt, sondern mit der Arbeit gleich gestraft, seid die Lastthiere des großen Grundbesitzes und des Kapitals und weniger geschätzt und gepflegt als deren Nutzvieh in Weide und Stall. Aber Ihr Kleinbesitzer lebt fast alle noch in dem beseligenden Wahne, nicht nur Eure Feldstückchen für Euch und Eure Familien auf ewige Zeiten erhalten, sondern sie auch noch vermehren zu können — weil dies zuweilen einem unter Tausenden von Euch bis jetzt noch gelingt. Da geht's wie in einer Armee, wo, wie man sagt, jeder Soldat den Marschallsstab in seinem Tornister trägt, wo aber unter drei Millionen Soldaten, die im Verlaufe von 30 Jahren dem Trugbilde, theils auf den Schlachtfeldern verblutend nachjagen, nur einige durch Fähigkeiten, Bravour und Schicksalsgunst so glücklich sind, den Stab in die Hand zu nehmen. Weil Euch noch die Eigenthumssucht und die

Luft, ein Bischen den Herrn zu spielen, verblendet, so habt Ihr keinen Wahrnehmungssinn für die allmälige Hinabdrückung des Mittelstandes in die Tiefe des Elends. Ihr seht aber auch das Gras nicht wachsen, und es wächst doch; Ihr seht auch nicht die Erde sich bewegen, und sie bewegt sich doch! — Jenen, die schon hinabgedrückt sind, wird wohl durch bittere Erfahrung die Erbarmungslosigkeit der Kapitalmacht zum Bewußtsein gekommen sein, und sie werden sich gewiß bald herbeifinden, das Ungethüm — den Lindwurm — der modernen Zeit überwältigen zu helfen; aber Euch, die Ihr noch gläubig seid, vor demselben auf den Knieen liegt und auf Gnade hofft, wollen wir, Eure Heilung von falschem Wahne versuchend, folgende Thatsachen vor Augen führen:

In dem, seines bäuerlichen Wohl- und Mittelstandes noch vor 20 Jahren so glücklich gepriesenen alten Theile des Kantons Bern (350 000 Köpfe zählend) fanden laut amtlichen Urkunden im Verlaufe von 4 Jahren in steigender Zunahme 8390 Gantversteigerungen statt und zwar im Jahre 1864 1230, 1865 1830, 1866 2139 und 1867 3141. Im Jahre 1857 zählte man dort 735 Geldstage (Bankerotte), welchen sich das Jahr 1867 allein mit 1341, also fast der doppelten Anzahl, an die Seite stellt. — In diesen 11 Jahren zusammen war die Zahl der Geldstage auf 7789 angeschwollen, und hat das Jahr 1869 allein noch weitere 3991 hinzugeliefert. Ja, im Laufe dieses Jahres ergaben sich bis zum 13. November schon 4935 Geldstage, die ohne Zweifel am Jahresende die Zahl von 6000 erreichen werden. Man begegnet also in diesem gesegneten Ländchen beim Verfalle der Privathaushaltungen nicht einer arithmetischen sondern geometrischen Progression. Zählte doch dieser jüngst noch so „wohlhäbig" geschätzte Kantonstheil 1868 die erschreckliche Menge von 36 000 vergeldstagten „ehrlos und mundtodt" gemachten Landesangehörigen, meistens Familienväter. Wer vermag dort gar noch diejenigen zu zählen, welche im gleichen Zeitraume, ohne das Geräusch der Geldtags-Austrommlungen und -Austrompetungen, in aller Stille und noch „ehrlich" aus ihrem Heimwesen in die Miethswohnungen der Taglöhnerei getrieben wurden? Und all' dieses geschah in einer Zeit, wo die Herren Matadoren des Ländchens Banken auf Banken gründeten, dem bäuerlichen und gewerblichen Mittelstande vorgeblich Betriebskapital zu verschaffen, in Wahrheit aber nur, um sich selbst zu bereichern.

In Frankreich ist der Werth des Ackerlandes auf 48 Milliarden (48 000 Millionen) Franks geschätzt, hierauf lasteten 1867 für 12 Milliarden Hypothekarschulden, und ist demnach dort der vierte Theil des Bodens nur dem Namen nach Eigenthum derjenigen, die ihn im Eigenthumsstolz mühevoll bepflanzen, dabei oft kaum 2 pCt. frei aus dem Boden rackern, dagegen aber dem auf-

zarten Polster ruhenden Hypothekargläubiger 5 pCt. und noch mehr verabreichen müssen. Wenn nun Herr Hubert Delisle 1867 im Senate ausrief: „Der Augenblick ist gekommen, wo sich in Frankreich das Kapital dem Boden, dem das Geld ursprünglich entquillt, zuwendet. Ja, in der Gironde hat man ganz kürzlich für 12 Millionen Grundeigenthum angekauft, und tragen alle Erwerber die Namen großer Finanzmänner. Es sind so viele Millionen als Eigenthümer", so beweist dies, daß selbst in Frankreich, wo bisher der Besitz und Erwerb eines Stückchen Feldes zur tiefgreifendsten Religion des Landvolks gehörte, ebenfalls der Enteignungs- und Enterbungsprozeß im Großen vor sich geht, einen Theil der Landbevölkerung zur einfachen Taglöhnerei verdammt und den andern zur Vermehrung des industriellen Proletariats in das Elend der Städte treibt. Uebrigens liegt aus Frankreich auch der authentische Beweis vor, daß dort seit 20 Jahren die Lebensmittel zwar um 20—50 pCt. gestiegen sind, während jedoch der Produzent, also der Bauer, kaum mehr als früher für sein Produkt erhält, und daß demnach die bedeutende Differenz in die Tasche der Spekulanten und Großproduzenten fließt, welche letzteren im kapitalistischen Machtbunde stehen und ebenfalls Spekulanten sind.

In England, wo die Leibeigenschaft schon gegen das Ende des 14. Jahrhunderts thatsächlich aufhörte und im 15. Jahrhundert die große Mehrzahl der Bevölkerung aus freien, selbst wirthschaftenden Bauern bestand, ja, wo (laut Macaulay) am Ende des 17. Jahrhunderts die bäuerliche Bevölkerung $^4/_5$ der Totalbevölkerung Englands betrug, machte seither, nebst willkürlichen Aneignungen, der kapitalistische Enteignungs- und Enterbungsprozeß so erstaunliche Fortschritte, daß ganze Dorfschaften bis auf die letzten Spuren verschwanden und heute Englands Grund und Boden zum größten Theile einigen hundert Familien angehört. Im Jahre 1770 gab es in England, Schottland und Irland noch 250 000 Grundeigenthümer, während es heute kaum 30 000 giebt, wovon 9000 auf Irland kommen. In Schottland ist der vierte Theil alles Grund und Bodens im Besitz von fünf Leuten. Wurden doch, als sich bei der aufblühenden Wollenzeug-Industrie die Wollproduktion günstiger als die des Getreides erwies, in der Grafschaft Sutherland von 1814 bis 1820 von 794 000 Acker Landes 15 000 Bauern unter den nichtigsten Gründen erbarmungslos vertrieben, um einer Heerde von 130 000 Schafen Platz zu machen. Die dem Unterhause (20. Juli 1864) vorgelegten Einkommen- und Eigenthum-Steuerlisten zeigen, daß ungefähr 3000 Personen ein Jahreseinkommen von 25 Millionen Pfd. St. (625 000 000 Franks) unter sich theilen, was mehr als das Totaleinkommen der Gesammt-Ackerbau-Bevölkerung von England und Wales ausmacht.

Von 1851 bis 1861 ist die Konzentration des Grundeigenthums in England um 11 pCt. gewachsen.

In einer Volksversammlung am 13. Oktober d. J. zu London, wo man eine Feldarbeiter-Liga gründete, förderte ein Redner folgende merkwürdige Thatsache zu Tage: Die Landaristokratie in England zählt 5000 Mitglieder, und haben dieselben zwei Milliarden und siebenhundertfünfzig Millionen Jahreseinkünfte, was eine Durchschnitts-Jahresrente von fünfhundertfünfzigtausend Franks für jeden dieser 5000 Grundbesitzer ausmacht. Ihr wisset nun, wo die großen Diebe zu suchen und wie sie nie so groß in den Zuchthäusern zu finden sind.

Die gleichen Ursachen, die auf dem Inselland solch' großes Wunder vollbracht, haben nun, wie wir oben gezeigt, längst begonnen, auch auf dem Kontinent und allerwärts dieselben Wirkungen zu äußern. Würde es nun der Raum gestatten, so könnten wir eine Masse ähnlicher Erscheinungen aus Deutschland vorführen. Doch die sich deutlich entwickelnden ökonomischen Zustände Englands können allen übrigen Kulturvölkern als treues Spiegelbild ihrer Zukunft dienen.

Gestützt auf die dortigen Erfahrungen gilt es, dafür zu sorgen, damit die land- und gewerbwirthschaftliche Bevölkerung des Kontinents nicht wie des Inselandes unbewußt und willenlos den äußersten Wirkungen des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, als wären diese unabänderliche Schickungen des „Himmels", preisgegeben werde, sondern daß sie die Enteignung und Enterbung schon vorher mit dem Bewußtsein und Willen aufnimmt, noch rechtzeitig, d. h. ehe die ungeheuerlichsten Zustände über sie eingebrochen sind, zu sozialstaatlichen Einrichtungen zu schreiten.

An den Mittelstand tritt eben die Frage heran, ob er im Gottvertrauensdusel Alles über sich ergehen, sich zum Vortheile Weniger expropriiren und von Haus und Hof ans Hungertuch treiben lassen will, oder ob er mit besserem Wissen und Gewissen zum Wohle Aller sich freiwillig enteignen und durch gemeinschaftlichen Besitz und gemeinsame Bewirthschaftung den Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen" zur Wahrheit machen helfen will? — ehe ihn die Gewalt der Umstände und das verfluchte Elend dazu zwingt.

Aber nicht blos das Großkapital an und für sich ist es, sondern auch die durch die Wissenschaft und Technik Pflanzenkunde, Chemie und Maschinerie — errungenen Mittel, die in großer Bewirthschaftung angewendet, sind es, was alle Konkurrenzfähigkeit der Kleinbewirthschaftung unerbittlich vernichtet. Die große Bewirthschaftung ersetzt die theure Menschenkraft durch billigere Thier- und Dampfkraft und die Menschenglieder durch die der

Maschinen (verminderten sich doch in England vom Jahre 1851 bis 1861 die im Ackerbau beschäftigten Personen um 88 147, und zwar trotzdem, daß inzwischen mehrere 100 000 Morgen, meist brach gelegene Gemeindegüter dem Privatbesitz und Privatbetrieb anheim gefallen waren); sie vereinigt mit sich zweckentsprechende Industrien, wie Alkoholbrennereien, Bierbrauereien, Essigsiedereien, Stärkemehlfabriken u. s. w., sie gewinnt hierdurch billiges Abfallfutter zu vergrößertem Viehstand und somit weiter vermehrte Düngererzeugung; sie führt systematische Ent- und Bewässerungen durch und nimmt rationellere und zweckgemäßere wechselwirthschaftende Besäumung und Bepflanzung vor; sie verliert nicht kostbare Zeit und verzehrt nicht werthvolle Kraft durch die vielen Hin- und Hergänge und Fahrten von den Wohnungen zu den Grundstücken in den verschiedenen entgegengesetzten Richtungen; sie giebt den Boden unzähliger Furchen, Einzäunungen, Fuß- und Fahrwege, welchen die Parzellenbewirthschaftung wegnimmt, der Bebauung zurück; sie bedient sich, ihrer Massenproduktion wegen, mit größerem Vortheil der modernen Verkehrswege; sie hat, weil in ihrer Stellung die Kapitalmacht mitvertretend, auch die Mitherrschaft auf dem Markte der Feldprodukte; und schließlich, sie produzirt billiger, besser und mehr. Aber eben, weil sie billiger, besser und mehr produzirt, so hat erstens der Boden für sie auch mehr Werth und wird sie ihn, mag er durch Vergeldstagungen, Sterbefälle, Auswanderungen oder andern Ursachen zum Verkaufe kommen, ringsumher mehr und mehr sich einverleiben, zweitens liegt sie im Interesse der Gesammtgesellschaft und wird sie zur unabweislichen Nothwendigkeit allgemeiner Wohlfahrt.

Die kleinbäuerliche Bewirthschaftung ist deshalb durch die Allmacht des Kapitals, durch den Einfluß der Wissenschaft, den Gang der Thatsachen und das Interesse der Gesammtgesellschaft unwiderruflich und ohne Gnade zum allmäligen Tode verurtheilt.

Was sollt Ihr nun aber, Ihr Kleinbesitzer, unter bewandten Umständen anfangen, um Euch nicht blos vor dem Hinfall zur förmlichen Knechtschaft zu bewahren, sondern Euch, wie Ihr es durch Euern Fleiß verdient, ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten? Und wie sollt gar Ihr, schon tief in die „weiße Sklaverei" versunkenen Landproletarier, Ihr längst völlig enterbten Taglöhner es anstellen, um nicht nur besser behandelt und gepflegt zu werden als die Jagdhunde und Reitpferde Eurer Gebieter, sondern nach gethaner Arbeit das Leben zu genießen, wie es Eures Antlitzes würdig, das Ihr mit allen Menschenkindern gemein habt?

Das Mittel der Erlösung liegt in Eurer Vereinigung zur gemeinsamen Forderung Eures Rechts und zur genossenschaftlichen Bewirthschaftung des Euch gebührenden Bodens.

Zunächst müßt Ihr Euch aber Eurer Menschenrechte gründlich bewußt werden und von Eurer Menschenwürde tief durchdrungen fühlen, und, alle ererbten Vorurtheile und gemeinschädliche Gewohnheiten von Euch abstreifend, Euch folgenden Lebensanschauungen und den daraus entspringenden Grundsätzen mit ganzer Seele hingeben.

Die Erde ist mit Allem, was darinnen und darauf ist, ein Geschenk der Natur, und somit ein unveräußerliches Gemeingut der ganzen Menschheit.

Nur durch Waffengewalt hatten sich die Starken des Alterthums in den Besitz des Grund und Bodens gesetzt.

Kein Raubgut wird durch Verjährung „rechtmäßiges" Eigenthum und es kann ebenso wenig durch Schenkung oder Verkauf das „rechtmäßige" Eigenthum eines Andern werden.

Die Landkäufer sind von den Landräubern um die Verkaufssumme betrogen und die Käufer begehen an der Gesellschaft einen neuen Betrug.

Darum, wie sich in alter Zeit die roh e Gewalt des Bodens bemächtigt hat, so bemächtigt sich desselben in der modernen Zeit die heimtückische Macht des Kapitals.

Das Kapital ist aber das Erzeugniß der gemeinsamen Arbeit aller vergangenen Zeiten, denn ein Mensch allein erzeugt durch seine eigene Kraft kaum mehr, als er zu seinem Lebensunterhalte bedarf.

Das Kapital erstand demnach aus der Anhäufung unbezahlter Löhne für erzeugte Arbeit.

Wie die Gesammtgesellschaft nur allein die berechtigte Eigenthümerin allen Grund und Bodens ist, so ist die Gesammtgesellschaft auch nur allein berechtigte Eigenthümerin des Kapitals und aller Kapitalwerthe.

Ein Kapitalist kann daher nur mit unrechtmäßig erworbenen Kaufmitteln unrechtmäßig erworbenen Grund und Boden anschaffen und deshalb aus doppelten Gründen nie Anspruch auf rechtmäßiges Eigenthum machen.

Ist demgemäß aller Grund und Boden Gemeingut der Gesammtgesellschaft, so kann er nie vertheilt oder sonst veräußert, sondern nur als Lehensgut Ackerbaugenossenschaften zur Ausbeutung für die Gesammtgesellschaft übergeben werden.

Genuß ist Lebenszweck, der gemeinschaftliche, durch Wissenschaft, Kunst und Gewerbfleiß veredelte Genuß der höchste Kultus, wobei die Gleichberechtigung aller werkthätigen Menschen gilt und durch Uebung der Gegenseitigkeit und Gesammtverbindlichkeit sich die Allgerechtigkeit erfüllt.

Nur die Gesammtgesellschaft allein ist ein großes Genie; sie ist wenn auch nur beziehungsweise) allwissend, allgegenwärtig, allmächtig und allgerecht, und Herrin der Erde.

Wer für die Gesellschaft Nützliches leistet, ist Arbeiter, ist Bruder; die Arbeiter aller Länder sind eine Familie, die Menschheit ist die eine Nation, die Erde das eine Vaterland.

Der völligen Umgestaltung der heutigen Zustände, was ein Werk der Generationen — der Geschichte selbst — ist, muß der gründliche innere Umschwung aller Begriffe von Moral uud Gerechtigkeit des lebenden Geschlechts vorausgegangen, und muß die richtige Erkenntniß der Dinge, diese Mutter allen gemeinsamen Verständnisses zu gemeinschaftlichem Handeln erworben sein.

Zur Erreichung dieses zunächsten Zweckes haben sich schon längst die Arbeiter der Städte aller Länder vereinigt, und sie kommen nun zu Euch, Arbeiter des Feldes, welchen alle Welt die tägliche Nahrung verdankt, um Euch die Bruderhand zu reichen und namentlich folgende 7 Punkte zur Beherzigung und Ausführung vorzulegen:

1. Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehstände, Wirthschaftsgebäude, Ackergeräthschaften, Arbeitskräfte in Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betriebe vereinigen, eine Produktiv-Genossenschaft.
2. Alle besitzlosen Arbeiter, die bis jetzt nur Taglöhnerei betreiben, als Knechte und Mägde dienen, werden gleichberechtigte Mitgenossen und erhalten, wie alle anderen, die durch ein besonderes Reglement festzustellenden Mittel ihres Lebensunterhaltes.
3. Die Kleinbesitzer beziehen bis auf weitere sachentsprechendere Anordnungen nach Verhältniß ihrer Zuschüsse an Grundstücken, Gebäulichkeiten, Viehständen, Geräthschaften, Saatfrüchten, Nahrungs- und Fütterungsvorräthen und anderen Betriebsmitteln, was Alles von einer gemeinsam gewählten Kommission zu Kapitalwerth abzuschätzen ist, einen Jahreszins.
4. Aller Reingewinn wird zum Gemeingut geschlagen und es haben auf dessen Nutznießung, die statutengemäß zu regeln ist, alle Mitgenossen gleichen Anspruch.
5. Diese Genossenschaften treten sowohl unter sich als auch mit Produktiv- und Konsumgenossenschaften der industriellen Arbeiter, sowie mit allen andern Arbeitervereinen in nähere organisch zu verknüpfende Beziehung, um einander nach den Grundsätzen der Solidarität moralisch und materiell brüderlich beizustehen und allen kapitalistischen und politischen Druck gemeinschaftlich zu überwinden.
6. In Gemeinden, wo die Kleinbesitzer die Nothwendigkeit genossenschaftlicher Bewirthschaftung noch nicht begreifen, oder aus fauler Gewohnheit und engherziger Selbstsucht vom alten Schlendrian nicht lassen können, mögen die Besitzlosen unter sich allein zunächst einen Feldarbeiter-Verein gründen und dann,

gestützt auf ihr Naturrecht, der Gemeinde, dem Staat, der Kirche gehörendes, oder in anderer Weise zu beschaffendes Land mit ganzer Energie zu gemeinschaftlichem Betrieb zu verlangen.

7. Die Besitzlosen, welche auf großen Landgütern arbeiten, müssen, fest zusammenhaltend, außer ihrem Tagelohn einen entsprechenden Antheil am jährlichen Reinertrag begehren, sich durch diese Betheiligung mit der Leitung und Verwaltung der Geschäfte vertraut machen, damit sie sich, wenn durch einen allgemeinen Umschwung der Dinge die autokratische Herrschaft der Gutsbesitzer beseitigt ist, mehr befähigt haben, die Bewirthschaftung in demokratisch-genossenschaftlicher Weise allein durchzuführen.

Ja, Arbeiterbrüder auf dem Lande, die vereinigten Arbeiter der Städte lassen Euch noch weiter sagen, daß sie nicht eher ruhen und rasten werden, als bis durch Herstellung des freien Volksstaats auch Ihr, die Ihr der ganzen Welt die ersten Quellen aller Lebensgüter öffnet, ein menschenwürdiges Dasein erlangt haben werdet.

Aber Ihr müßt Euch auch selbst rühren, selbst ermannen und durch festgeschlossene Haltung zeigen, daß Ihr Eure unverjährbaren Menschenrechte begriffen habt und keine Knechte mehr, sondern freie, allen andern ebenbürtige Menschen sein wollt.

Wer von Euch den Geist dieses Aufrufs erfaßt, der gehe von Haus zu Haus und von Dorf zu Dorf, die Genossen vom Schlummer der Ergebung in das alte Joch aufzuerwecken, ihnen die Mittel und Wege der Erlösung zu verkünden, Brudervereine zu gründen und neue Apostel der Sozialdemokratie heranzubilden.

Wo Ihr schaffet, auf dem Acker oder in der Scheune, wo Ihr miteinander geht und beisammen steht, besprechet nnd berathschlagt Euch, wie Ihr in Gemeinschaft mit den Arbeitern aller Länder das ökonomische und politische Doppeljoch zerschlagen und Euch für alle Zeiten befreien wollt.

Schon Hunderttausende Eurer Brüder haben sich zu festem Bunde die Hände gereicht, und je rascher und massenhafter auch Ihr Euch anschließt, desto eher wird die ersehnte Stunde schlagen und der große Tag der Erlösung von allem Uebel anbrechen.

Also Hand ans Werk!

Genf, den 16. November 1869.

Das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache:
Becker, Kiem, Jährig, Kannenberg, Remy, Rau, Baumeister, Ott, Probst, Müller, Frötscher, Wolf.

N. S. Dieses Manifest wird auch in besonderem Abdruck vertheilt werden, und wir ersuchen unsere Parteigenossen allerorts, demselben durch möglichst häufigen Nachdruck die massenhafteste Verbreitung zu verschaffen.

18.

Aufruf

der besitzlosen Handarbeiter an ihre Leidensgefährten, die besitzlosen Kopfarbeiter.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt“ 1869.*)

(Siehe Seite 474.)

Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Karl Marx.

Freunde!

Das kapitalbewaffnete Großbürgerthum schreitet siegreich durch die Welt. Es gleicht dem kühnen Eroberer, der Alles vor sich niederwirft, bis er zum Selbstherrscher sich emporgeschwungen. Neun Zehntel der Bevölkerung — die Besitzlosen aller Berufsarten — die ganze kleinbürgerliche Gesellschaft sind ihm dienstbar.

Friedfertig im Kampfe mit den rückschrittlichen Staatsgewalten trotzt es denselben ein Vorrecht nach dem andern ab, um solches für sich in Anspruch zu nehmen.

Strebend nach einer konstitutionellen Monarchie, welche neben Ruhe und Sicherheit ihm genugsame Theilnahme an der Staatsregierung gewährt, theilt es willig seine Herrschaft mit Thron und Altar: — des Throns bedürftig und seiner Heeresmacht, um die Widerspenstigen im Zaume zu halten, des Altars bedürftig und seiner Priesterherrschaft, um die Unzufriedenen auf ein Jenseits zu vertrösten.

Thron, Altar und Geldsack — Adel, Geistlichkeit und Großbürgerthum —, das sind die bevorzugten Stände,

*) Obiger Aufruf beruht auf nachstehendem Beschluß des vierten Kongresses der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu Basel (September 1869), der in Nr. 37 des „D. W.“ zum Wiederabdruck gelangte:

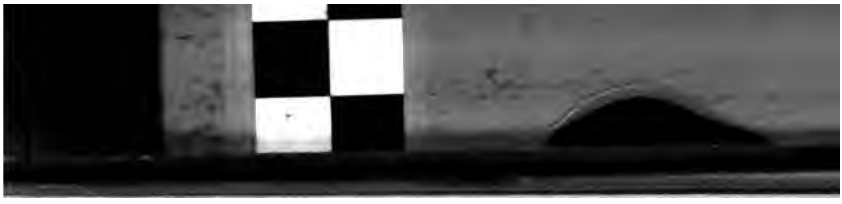
Der vierte Kongreß
der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu Basel
In Erwägung

daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig erforderliche Lebens-Nothdurft beschränkt bleibt,

daß diesem grausamen Gesetze die Besitzlosen aller Länder und Berufsarten gleichmäßig unterworfen sind,

beschließt:

an seine Leidensgefährten, die besitzlosen Kopfarbeiter, den nachstehenden, von bewährten Parteigenossen aus Mainz vorgelegten Aufruf zu erlassen.



die Herren der Erde, die Vornehmen und Ausgezeichneten, die Honoratioren und Notabeln, die Gesetzgeber des Staates und des Weltmarktes.

Das sind die großen Grund- und Fabrik-, Handels- und Verkehrs-Herren, die Ueberwältiger der Bauern und Handwerker, der Krämer und Frachtfahrer, die Ausbeuter der Arbeitskraft zur Vermehrung ihrer Kapitalien.

Das sind die drei verbündeten Großmächte, die glücklichen Erben, die Zwingherrscher und Vormünder der menschlichen Gesellschaft — gegenüber der wehrlosen, unterdrückten, künstlich verwahrlosten „unmündigen" Menge, gegenüber dem vierten enterbten und ausgebeuteten Stand der Proletarier oder Kleinbürger.

Proletarier oder Kleinbürger ist Jeder, der von kleinbürgerlichen Eltern geboren und erzogen, weder Vermögen ererbt oder erheirathet hat, noch durch Fleiß und Schweiß erwerben kann; der lebenslänglich nicht im Stande ist, seine schwache Kraft zu verwerthen, der, unter Entbehrungen aller Art, mißachtet auf einen bestimmten oder unbestimmten Gehalt oder Lohn angewiesen ist; Jeder, der, den gesellschaftlichen Abhängigkeits-Verhältnissen unterworfen, die Reichthümer erzeugt, ohne sie zu genießen; der nothgedrungen unter dem Grundsatze: „Dess' Brod ich ess', dess' Lied ich sing'" eine falsche Rolle spielt; Jeder der vielen gebildeten und ungebildeten Kleinen und Schwachen, der da abhängt von den wenigen gebildeten und ungebildeten Großen und Starken — also jeder besitzlose Hand- und Kopfarbeiter.

Ohne Unabhängigkeit keine Freiheit, ohne Freiheit keine Gleichheit, ohne Gleichheit keine Brüderlichkeit!

Weder Reiche noch Arme, weder Paläste noch Hütten!

Erst mit dem Großbesitze schwindet das Vorrecht, mit dem Vorrecht das Unrecht!

Es gilt daher, auf dem Wege der Gesetzgebung die Macht der Großbesitzer zu brechen und auf den Trümmern der Herrschaft Einzelner die Herrschaft Aller — den reinen Volksstaat — aufzubauen.

Ueberall in allen Kulturstaaten ist die Bewegung der Handarbeiter zum reißenden Strome herangewachsen. Mit jedem Tage treten neue Kräfte bei.

Jeder Proletarier von Geblüt tritt in Mitleidenschaft und ladet seine gleichgiltigen Genossen zur Theilnahme ein. Ueberall bilden die industriellen Arbeiter die Vorhut, die landwirthschaftlichen folgen nach.

Wo aber bleiben die Proletarier der Kopfarbeit?

Wo bleiben die besitzlosen Künstler und Gelehrten, Beamten und Offiziere, Priester und Lehrer, Schriftsteller und Studenten, Handelsdiener und Schreiber?

Wie? — Dienen nicht aus Mangel an Vermögen Künstler und Gelehrte, Beamte und Offiziere den Landes- und Standesherren, den Mächtigen und Reichen, den Staats- und Kapitalgewalten, den Vorgesetzten und Unternehmern? Dienen nicht aus Mangel an Vermögen Priester ihren Kirchenoberen, Lehrer ihren Pfarrherren, Schriftsteller ihren Verlegern, Handelsdiener und Schreiber ihren Prinzipalen und Arbeitgebern? Placken sich nicht Söhne armer Eltern als Studenten durch mit Stipendien und Unterstützungen aller Art, mit Honoraren-Stundungen, Unterricht-Ertheilen und Schuldenmachen?

Wie? — Seid Ihr nicht in gleichen Maße Proletarier oder Kleinbürger wie wir?

Seid Ihr nicht Unterthanen Eurer Brodherren und zugleich des herrschenden Regierungssystems?

Es giebt viele Menschen, welche des Zeugs entbehren, sich selber vorzustehen, welche dienen und so an ihre Dienerei gewöhnt sind, daß sie unglücklich wären, wenn sie keine Herren mehr hätten.

Wir gehören nicht zu den Demüthigen und zählen noch weniger Euch dazu, weil wir wissen, daß mit der Bildung des Geistes die Selbständigkeit des Gemüths sich entwickelt.

Aber — hören wir einwenden — es kann doch nicht Jeder „Herr" sein! O ja, wenn Jeder „Diener" ist, d. h. wenn Jeder durch seine Thätigkeit, indem er sein eigener Herr ist und sich selber dient, Gelegenheit hat, sich um die allgemeine Wohlfahrt verdient zu machen, oder, wenn Keiner die Macht hat, über fremde Arbeit zu verfügen.

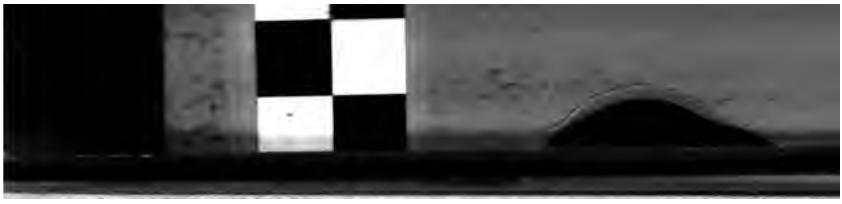
Auf welche Weise aber soll geholfen werden? Wir antworten: Zunächst durch Erklärung der Arbeit zur öffentlichen Sache, d. h. durch Arbeiter-Genossenschaften für Kunst- und Naturerzeugung, welche ihr Gewerbe, unter öffentlichem Vertrauen, um den Arbeitsertrag gemeinsam und im Großen betreiben, welche je nach seiner Leistung den Arbeiter belohnen und auch den geringst Begabten etwas verdienen lassen.

Auf welche Weise aber soll der Kopfarbeiter dabei gewinnen? Wir antworten: Durch Gehaltszulage, durch Vermehrung des Verdienstes, durch Belohnung nach Verdienst, durch Ehrensold u. dgl. — Alles nach dem Wahlspruche des Dichters: „Dem Verdienste seine Krone", sowie nach dem bekannten Lehrsatze der Volkswirthschaft, welcher also lautet:

„Lohnerhöhung für gemeine Handarbeit steigert durch organische Rückwirkung in demselben Verhältnisse den Preis für jedwede andere Leistung."

Unsere Sache ist daher auch Eure Sache!

„Brüder! reicht die Hand zum Bunde!" Wir reichen sie Euch als Leidensgefährten, so reichet sie uns als Kampfgenossen, als Vorkämpfer auf dem Gebiete des Geistes.



Wohlan! Tretet zusammen, bildet Fachvereine, wie wir, zur Erforschung und Erörterung der Wissenschaft der Gesellschaft, zur Prüfung und Vereinbarung der Grundsätze und des Verfahrens, welche erforderlich sind zur Lösung der sozialen Frage; tretet in Wechselverkehr und Verbindung mit den nationalen Arbeitervereinen, Gewerken und Genossenschaften, sowie unter Anschluß an ihre Bestrebungen mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation — soweit es die Vereinsgesetze gestatten —, betheiligt Euch an den Wahlen aller Körperschaften und wählet mit uns gemeinschaftliche Vertreter!

Studenten und junge Leute!

Jugendliche Männer der Begeisterung und der That! Ihr erinnert uns an die Erziehung, an die wichtigste Aufgabe des Staates in seiner Eigenschaft als Verein des Volkes.

Auf! Helfet uns den Staat zu gründen, welcher die Kinder unabhängig macht von der gesellschaftlichen Lage ihrer Eltern, von den Unglücksfällen, welche ihre Familie treffen; helft uns den Staat gründen, welcher als allmäliger Erbe der Hinterlassenschaften nach und nach im Sinne der Gerechtigkeit eine gleichmäßige Jugend-Erziehung auf allgemeine Kosten verwirklicht und auf diese Weise Jedermann die seiner Fähigkeit gebührende Stellung verbürgt.

Auf! Proletarier aller Länder, besitzlose Kopf- und Handarbeiter aller Art, Söldner der Kapitalherren und der Kriegsherren, erheben wir uns in Masse!

Bilden wir eine untheilbare nationale und internationale Eidgenossenschaft, eine große sozialdemokratische Partei!

Schwören wir zur Fahne: „Gleiche Rechte und gleiche Pflichten" und der Sieg muß unser sein! —

Basel, im September 1869.

Im Namen des vierten internationalen Arbeitertages zu Basel.

Der Vorsitzende. Der Schriftführer.

19.

Emilio Castelar's Rede für die Republik.*)

(Siehe Seite 509.)

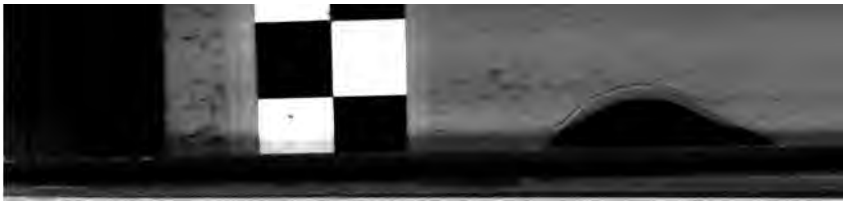
In der für die nächste Zukunft des spanischen Volkes entscheidenden Sitzung der Cortes vom 20. Mai, in welcher § 33 des Verfassungs-Entwurfes angenommen und damit die Fortdauer der

*) Als Separatabdruck aus der „Neuen Freien Presse" in Wien wurde diese Rede in Leipzig 1869 von der „Volksstaat"-Expedition unverändert in Broschürenform herausgegeben. Seitdem hat Castelar aus dem Republikaner sich zum opportunistischen „Konstitutionellen" „entwickelt", der an prinzipieller Charakterstärke es mit unseren deutschen Nationalliberalen aufnehmen kann. (1894.)

Monarchie in Spanien beschlossen ward, hat **Emilio Castelar** noch einmal seine ganze Beredsamkeit aufgeboten, um das republikanische Prinzip zu vertheidigen. Die Partei hatte ihm mit nachahmungswürdiger Verleugnung jeder persönlichen Eitelkeit das Amt des Sprechers übertragen, alle anderen hervorragenden Mitglieder, selbst der greise Orense und der schwärmerische Garido, waren vor dem anerkannten Führer zurückgetreten. Sie wußten, daß sie ihre Sache in die Hand eines Mannes legten, in dem sich die ausgebreitetste Gelehrsamkeit mit dem gewaltigsten Pathos der Rede, die in langen Jahren unerschütterlich gebliebene Ueberzeugung mit der Begeisterung der Jugend vereint. Castelar sprach mit glühender Leidenschaft, obgleich er sich über den Erfolg seiner Rede, über das Ergebniß der Sitzung keinen Augenblick täuschte. So wenig wiegte er sich in Einbildungen, daß er die Zahl der eigenen Parteigenossen unterschätzte und statt von siebzig am Schlusse seiner Rede nur von sechszig Männern sprach, welche für die Republik stimmen würden. Nicht um den Sieg, um die Fahne kämpfte Castelar an jenem denkwürdigen Tage, und wahrlich, von seinen Lippen klang und rauschte das Evangelium der Freiheit.

Von den ersten bis zu den letzten Worten ist seine Rede, mag man sie politisch oder rhetorisch betrachten, ein wahres Meisterstück. Ein Land, das solche Redner hervorbringt, kann in der allgemeinen Bildung nicht so zurückgeblieben sein, als man gewöhnlich glaubt. Nicht im österreichischen Reichsrathe, nicht im ungarischen Landtage, nicht im norddeutschen Parlamente sitzt ein Abgeordneter, welcher über diese Gewalt der Rede verfügte und sich selbst von den politischen Gegnern Beifall erzwänge. Nur die größten englischen Parlamentsredner können Castelar an die Seite gestellt werden, der in den gewähltesten kunstvollsten Formen spricht und dennoch mit Feuerzungen redet. Wenn er die Welt in drei Parteien theilt, in jene der Erinnerungen, jene der Gegenwart und jene der Zukunft, wenn er die erste den Priestern, die zweite den Staatsmännern, die dritte den Propheten und Märtyrern, den Demokraten, zuweist, wenn er sich selbst zu den Propheten rechnet — wer will dem Manne widersprechen, der festen Blickes in die Zukunft schaut und den Gegnern mit unbeugsamem Ernste zuruft; Heute nennt Ihr uns Träumer und Schwärmer, einst werdet ihr unsere Namen auf eine Gedächtnißsäule graben lassen!?

Den einzelnen Schönheiten der Rede brauchen wir hier nicht zu folgen, da wir unseren Lesern unten fast den vollständigen Wortlaut derselben geben. Aber der Geist, der sie durchweht, ist es werth, daß wir einen Augenblick bei ihm verweilen. Nicht blos sein Vaterland, nicht nur Spanien umfaßt Castelar's scharfer Blick, er fliegt vielmehr weit über dessen Grenzen hinaus und



betrachtet die Völker in ihrem Ringen und Streben, in ihrer Geschichte. Wie wahr, wie treffend ist Alles, was er über die Vorgänge von 1848 sagt, wie genau schildert er in wenigen Worten die Ursachen, welche die französische Republik jenes Jahres zu Grunde richteten! Wie gut erkennt er, von jeder Anbetung des Erfolges und der Macht entfernt, die Gefahr des Militarismus, welche Deutschland bedrohen! Wie fein sondert er seinen republikanischen Standpunkt von den Utopien Jener, die den Staat im Namen der Menschheit bekämpfen, indem er sagt, er wolle, daß ein Band alle Menschen umschlinge, jedoch mit Aufrechthaltung der Nationalitäten!

Dieser Geist der Castelar'schen Rede berührt uns vertraut, verwandt. Wie sollte er es nicht? Obwohl der berühmte spanische Republikaner von einer nothwendigen Verbindung der romanischen Rasse gegen die germanische spricht, obwohl er, allen kosmopolitischen Hirngespinnsten fremd, sich als Sohn des Volkes fühlt, dem er entstammt, als Kind der Scholle, auf dem er geboren worden, so ist doch deutscher Geist in sein Wesen eingedrungen. Nicht, weil er Hegel erwähnt, Gott bewahre! Deutsche Schulphilosophie und deutscher Geist sind nicht identisch; Hegel selbst hat, als er seine rechtsphilosophischen Lehren aufstellte und damit der preußische Staatsphilosoph par excellence ward, der deutsche Geist im Stiche gelassen. Aber Castelar's ganzes politisches Glaubensbekenntniß, das er mit so hinreißender Beredtsamkeit vertheidigt, entwickelt zwei echt germanische Eigenschaften: den Individualismus und die sittliche Strenge. Den Individualismus kennen die Romanen im Allgemeinen kaum, und auch in Spanien, so sehr gothisches und maurisches Blut hier den eigentlichen Romanencharakter geändert, stolzer und tiefer ausgeprägt haben, sind die Männer zu zählen, welche die Souveränetät des Individuums als die Grundlage der Freiheit betrachten. Die meisten romanischen Politiker schwärmen von der Gleichheit, sie gilt ihnen als das Höchste; Castelar's Republikanismus dagegen hat jenen germanischen Zug, welcher, frei und ungehindert sich selbst überlassen, zur Verfassung der nordamerikanischen Freistaaten führte.

Man sieht, was aus den Spaniern werden kann. Denn kein Mensch, und wäre es der bedeutendste, wächst heute noch so riesig über seine Zeit und sein Volk hinaus, daß letzteres keinen Maßstab für ihn hätte. Dieser bürgerliche Republikaner ragt freilich um Haupteslänge über die militärischen Revolutionäre hinaus, welche die Septemberbewegung geleitet haben, aber er ist doch ein Kind desselben Bodens. Man versteht, man achtet und liebt ihn in ganz Spanien, das ist genug. Emilio Castelar's Prophetenworte werden eines Tages in Erfüllung gehen und sein Name in seinem freien Vaterlande unsterblich sein. Wann? Jahrzehnte bedeuten in der Weltgeschichte wenig, darum glauben wir: bald.

Und nun lassen wir die merkwürdige Rede des republikanischen Führers, ein für Spanien und das Ausland gleich denkwürdiges Muster politischer Beredtsamkeit, hier folgen.

* * *

„Meine Herren! Ich betrete ein vollständig abgemähtes Feld: von allen Standpunkten aus ist diese Diskussion bereits erschöpft, und wenn auch weder meine allgemeine, noch meine rednerische Begabung mich ermuthigen kann, geneigtes Gehör von der Kammer zu beanspruchen, so werden Sie mir doch Ihre Aufmerksamkeit schenken, um der Aufrichtigkeit meiner Meinung, um des Gewichtes meiner Beweggründe und um des Interesses willen, welches wir Alle für das Vaterland, die Freiheit und die Rettung der Septemberrevolution hegen.

Die Monarchie ist für mich die soziale Ungerechtigkeit und für mein Vaterland die politische Reaktion; die Republik ist für mich die soziale Gerechtigkeit und für mein Vaterland die politische Freiheit. Die republikanische Idee, die Sie alle durchdringt, gleicht jedoch bei Ihnen dem wärmenden Sonnenstrahle, der auf die traurigen, für immer geschlossenen Wimpern des Blinden fällt, und obwohl eine Idee sich niemals klarer herausstellte und kräftiger geltend machte, geht die Republik hier dennoch einer Niederlage entgegen.

Die Geschichte der Menschheit ist ein stetiger Kampf zwischen den Ideen und den Interessen: für den Augenblick siegen immer die letzteren, auf die Dauer immer die Ideen, und die Sache, die hier unterliegen wird, ist die Sache der Vernunft und des Menschengeistes. Ihre Voten (abgegebene Stimmen), meine Herren, sind dem Geiste des Jahrhunderts zuwiderlaufend, aber sie werden auf Sie zurückfallen, wie die gegen den Himmel abgeschossenen Pfeile, und früher oder später ist der vollständige Triumph der Republik unausbleiblich; darum beginne ich auch vertrauensvoll diese feierliche Debatte, und die Unwiderruflichkeit Ihres Entschlusses entmuthigt mich nicht.

Meine Herren! Vor wenigen Tagen erst hat der Ausspruch meines verehrten Freundes Orense, „daß auch die Republik ihre Propheten hat", Ihr ungläubiges Lächeln hervorgerufen, und doch beweisen diese Zweifel nur, daß Sie die Gesellschaft, in welcher Sie leben, nicht kennen. Wie die Zeit drei Epochen, wie der Gedanke drei Formen, so hat die Gesellschaft drei Parteien: die der Priester, das ist die Partei der Erinnerungen; die der Staatsmänner, d. i. die Partei der Konservativen, und die der Propheten und Märtyrer, d. i. die republikanische Partei.

Allerdings, so wie ich berechtigt bin, mich Demokrat zu nennen, bezweifle ich, daß Sie es sind, und ich sage Ihnen, meine Herren, daß die demokratische Schule der Zukunft große Opfer

gebracht hat; dafür hat ihr die Zukunft ihr Geheimniß anvertraut, ihre erhabenen Gedanken enthüllt. Die Reaktionäre kannten die Ueberzeugungen der Vergangenheit, Sie, meine Herren Konservativen, Sie kennen die Interessen der Gegenwart, wir Demokraten aber, wir kennen die unzugänglichen Höhen, aus welchen sich die Gewitter entladen, welche die Atmosphäre reinigen und die Erde befruchten. Die demokratische Schule verkündete die Auferstehung Italiens, und Italien ist auferstanden; sie verkündete, daß in dem amerikanischen Kampfe die Republik siegen und die Fesseln der Sklaverei fallen würden, und drei Millionen Menschen, die Sklaven waren, bilden ein leuchtendes Muster der Zukunft; sie verkündete, daß in dem deutschen Konflikte Oesterreich besiegt und Preußen Sieger sein werde, und das veraltete Eisenscepter Oesterreichs ward bei Sadowa zertrümmert; sie verkündete, daß die französischen Bajonnette das große Ereigniß des Jahrhunderts, die Unabhängigkeit Amerikas, nicht umstoßen würden, und die Franzosen verließen Mexiko gedemüthigt und mit blutigen Köpfen. Meine Herren! Als die Dynastie Isabellens II. auf dem Gipfel ihrer Herrlichkeit war, verkündeten 22 Erleuchtete auf diesen Bänken, daß die Dynastie fallen werde, und 15 Jahre später ist sie gefallen; und nun verkündet Ihnen eine Schaar junger Redner, wie es deren vielleicht in keiner Kammer gab: „Die Republik geht dem Siege entgegen, und die Republik wird siegen!"

Meine Herren! Einer der berühmtesten Männer des positivsten aller Länder, der jetzt Minister der Königin Viktoria ist, J. Bright, sagte einst, „daß jede Rasse ihre Heiligthümer habe; wie die Juden Jerusalem, wie die Araber Mekka, so haben die Angelsachsen den Westen, Nordamerika, und das nordamerikanische Regierungssystem wird England und ganz Europa überziehen."

Wissen Sie, warum den alten Propheten in ihrer Armuth, Unwissenheit und Demuth alle Prophezeihungen zutrafen? ihnen, die vorhersagten, daß Ninive zerstört, Babylon verbrannt und ein Messias kommen werde, was Alles zugetroffen? Weil das Rasseln ihrer Ketten sie zu der Poesie ihrer Glaubensstärke begeisterte, weil aus der Tiefe ihrer Finsterniß sie Mittagshelle erblickten, bevor noch die Sonne am Horizonte erschienen war, weil sie die Eroberer und Könige haßten, weil über der Tyrannei der Belsazare, über der Sinnlichkeit der Sardanapale und über den Tempeln der Götzenbilder sie die Idee Gottes sich erheben sahen, wie wir über den Cäsaren, den Höflingen und über den wankenden Thronen die Idee der Menschheit und ihrer Rechte emporsteigen sehen und weil, zur Ehre des Menschengeschlechtes sei es gesagt, die Herrschaft der Welt immer den großen Fortschritts-Ideen zufällt, ihnen angehörte, ihnen angehören wird. Ich bin

gewiß, Sie, meine Herren, werden sagen: „Castelar bleibt sich immer gleich; wenn wir von ihm die Behandlung einer konstitutionellen Frage erwarten, bringt er uns die Apokalypse seiner poetischen Glaubensbekenntnisse.“ Schon hat Herr Ulloa mich mit Lamartine verglichen; Herr Silvela, damit nicht zufrieden, hat auch Viktor Hugo herangezogen, ohne daß diese Herren bedachten, wie unmöglich es ist, Jemanden, der nie einen Vers gemacht und so gar nichts von einem Poeten besitzt, mit diesen beiden großen Dichtern zu vergleichen.

Meine Herren, wenn ich hier etwas von der Poesie unserer Hoffnungen gesagt habe, so that ich es nur, um Ihnen zu beweisen, daß ich von der Poesie Abschied genommen, zu welcher ich durch jahrelanges Exil, durch ebenso lange Entfernung von allem öffentlichen Leben gekommen war, und daß ich nun zu der Frage des Augenblicks niedersteige, zu der konstitutionellen, der politischen Frage, aber daß, wenn ich sie mit Bezug auf die Lage Europas, auf das benachbarte Portugal, die Kolonien, und mit besonderer Rücksicht auf die Ereignisse des Tages und alle gegenwärtigen Umstände ins Auge fasse, ich auch keine dem Patriotismus, der Politik und der Humanität entsprechende Lösung finde, wenn nicht die republikanische. Meine Herren, ich bezweifle, daß Sie die Gründung einer Republik beabsichtigen, aber seitdem Herr Olozago es versicherte, glaube ich, daß, was die Kommission nicht *konnte*, sie wenigstens *wollte*.

Aber was ist die Demokratie, welcher ist ihr erster Grundsatz? Der Grundsatz der Volkssouveränetät, der Autonomie der Gesellschaft, das Recht, sich selbst zu regieren. Was ist ihr zweites Prinzip? Die individuellen Rechte, die über allen Konstitutionen stehen, ihnen vorangehen. Was ist ihr dritter Grundsatz? Das Prinzip der harmonischen Schule, das Herr Romero Giron so glänzend dargelegt hat. Es besteht nicht blos *das* Gesetz für die Gesellschaften und das Individuum, sondern eine Reihe von Gesetzen, von denen ein jedes den menschlichen Fähigkeiten entspricht: dem Willen, der in dem allgemeinen Stimmrechte, dem Gewissen, welches in dem Schwurgericht der Vernunft, die in der Kirche und den Universitäten ihren Ausdruck findet — alle diese großen Gemeinschaften haben sich nach den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit zu organisiren, welche letztere wieder in jenem erhabenen, für einen sozialen Aufbau unabweislich zur Krönung bestimmten Prinzipe gipfeln, dem *Prinzipe der Gerechtigkeit!*

Hier, meine Herren, haben Sie die ganze demokratische Schule, — oder glauben Sie wirklich, daß die Monarchie mit diesen großen Prinzipien vereinbar sei?

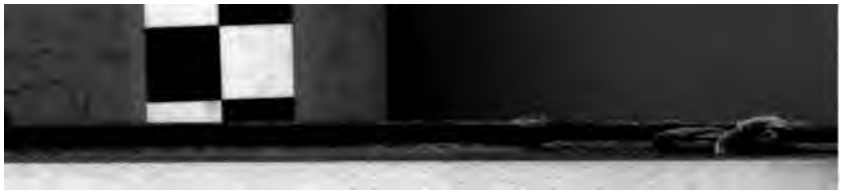
Der Volkssouveränetät zuwider, bindet die Monarchie die höchste Gewalt an *eine* Familie; den individuellen Rechten zu-

wider, ist die Familie geheiligt und unverantwortlich; dem Gleichheitsprinzipe, dem höchsten im sozialen Leben, zuwider, ist die Gewalt an eine Dynastie geknüpft. Kurz, der Demokratie und dem ganzen modernen Leben widersetzt sich Ihre Monarchie!

Meine Herren, was ist die Bestimmung der Gesellschaft, der Welt, in der wir leben? Ungeachtet der manchmal in Wuth übergehenden Energie, mit der Herr Rodriguez die föderale (bundesstaatliche) Republik bekämpfte, bekannte er doch, daß die Welt einer großen Föderation, „daß die Völker Europas einem europäischen Staatenbund entgegengehen", und, meine Herren, finden Sie wohl eine größere Idee in der Geschichte?

Wenn wir die Geschichte überblicken, so muß uns bei der reichen Mannigfaltigkeit der Thatsachen die geringe Anzahl der Ideen in Erstaunen setzen. „An einer einzigen Idee zehrt ein ganzes Jahrhundert."

An der politischen Einheit der Welt zehrte das erste Jahrhundert; an der stoischen Idee das zweite; an der alexandrinischen das dritte; an der Erklärung des christlichen Dogmas das vierte; an dem Auftreten des germanischen Elements das fünfte; an der Verschmelzung des letzteren mit den römischen Traditionen in der Kirche das sechste; an der Aufzwingung des orientalischen Elements durch die arabischen Krummsäbel das siebente; an dem Rassenkampfe, dem Chaos, aus welchem sich die künftigen Nationalitäten allmälig ausscheiden, das achte; an dem Erlöschen des römischen Reiches, der Gründung der politischen Macht der Päpste und dem Erscheinen des Feudalismus das neunte; an der religiösen Schreckensherrschaft das zehnte; an dem Kampfe zwischen der weltlichen und der geistlichen Macht und dem Siege Hildebrand's das elfte; an den Kreuzzügen, der letzten großen theokratischen und den ersten großen Anstrengungen der weltlichen Gewalten das zwölfte; an dem Aufblühen des weltlichen und dem Testamente des theokratischen Elements das dreizehnte; an dem Siege der Könige über die Theokratie und den Feudalismus durch Hervorrufung des Bürgerthums das vierzehnte; an der Umgestaltung unseres Planeten durch die Buchdruckerkunst, an der Magnetnadel, der Verbreitung des Schießpulvers, der epischen Fahrt der Portugiesen nach dem Osten und dem mythischen Zuge der Spanier nach Amerika das fünfzehnte; an der Wiedererlangung der Gewissensfreiheit durch die Reformation das sechszehnte; an der Emanzipation der Vernunft und der Philosophie durch den westfälischen Frieden das siebzehnte; an dem Kampfe der Encyklopädisten gegen alles Verrottete und den Revolutionen in Amerika und Frankreich das achtzehnte; an der Union der Demokratie, welche durch die Revolutionen, und der Freiheit, welche durch die Wissenschaft erstanden, das neunzehnte Jahrhundert, welches be-



rufen ist, den europäischen Staaten-Bund zu gründen und mit dieser leuchtenden Formel der Zukunft die Zivilisation der Welt zu krönen! (Stürmischer Beifall.)

Wünschen Sie wirklich einen solchen europäischen Staatenbund? Ich wenigstens, meine Herren, wünsche ihn sehnlichst; wünsche sehnlichst den Augenblick herbei, in dem, obwohl unter Aufrechterhaltung der Nationalitäten, die ökonomischen Scheidewände fallen, die ein Volk von dem andern trennen: aber glauben Sie, meine Herren, daß im menschlichen Leben etwas zu gewinnen ist, wenn der rechte Augenblick versäumt wird? Die Völker haben eine Gelegenheit, und das sind die Revolutionen; versäumen sie diese, so haben sie ein Jahrhundert verloren; und ich träumte für mein Vaterland, daß es durch die September-Revolution das erste Land sein würde, welches den europäischen Staatenbund gründen wird.

Sie, meine Herren von der Kommission, Sie stehen unter einem bösen Zauber. Es gab für die Revolution und für die Menschheit eine glückliche Zeit, das war die Zeit von 1787 bis 1792; da glaubten noch die Anhänger der Monarchie, daß die Fürsten mit der Demokratie in Frieden leben könnten, und die Demokraten glaubten, daß die Demokratie von den Fürsten nichts zu fürchten habe. Da kam ein schrecklicher Tag, der Tag, an welchem Ludwig XVI. seinen Palast verließ, um über die Grenze zu fliehen und an der Spitze eines fremden Heeres zurückzukehren; ein Gleiches that später Ferdinand VII. nach dem Meineide von 1814, durch die Intervention von 1823, und dasselbe that noch später der König von Neapel, indem er, nicht minder eidbrüchig, die Oesterreicher herbeirief. Dadurch zeigte sich, daß die Könige

— — — —

eines Napoleon I., um damit dessen Nachkommenschaft zu umgeben? Und haben Sie auch eine Gesellschaft, die der Zuckungen und der Krisen der Revolution müde ist? Und doch gelangte Napoleon III. durch das allgemeine Stimmrecht zur Herrschaft, und so lange er stark war und die Freiheit in seiner Hand erdrückte, lebte er im Frieden; nun aber, da der Zwang sich einigermaßen gelockert, hören Sie Paris pfeifen und zischen; hören Sie die Demokraten in ihren Versammlungen, hören Sie ihren Ruf: „Wir wollen nicht die Freiheit mit dem Kaiserreiche, mit dem die Demokratie unvereinbar ist, denn die Freiheit ist unser Recht und die Demokratie unser Werk!"

Betreten wir aber, von allen Abstraktionen absehend, den politischen Boden und definiren nur kurz die Demokratie. Was ist die Demokratie? Das Recht Aller. Was ist die Monarchie? Das Privilegium eines Einzigen, welches, um etwas länger zu bestehen, einigen Anderen ein Vorrecht eingeräumt hat. Bedeutet aber dieses Vorrecht Einiger etwas Anderes, als daß die Stunde des Rechts für Alle noch nicht geschlagen hat? daß durch Eure Monarchie die Zeit unserer Demokratie noch nicht gekommen ist?

Verweisen Sie mich nicht auf England, wie Herr Rios Rosas es in so beredter Weise gethan, indem er uns zugleich kundgab, daß die persönliche Herrschaft auch in den Vereinigten Staaten besteht, und dies durch die Gegensätze zwischen Lincoln und Johnson und durch die Wahl Grant's zu beweisen suchte; in Amerika giebt es keine persönliche Herrschaft, wohl aber in England. In England müssen zwei große Elemente unterschieden werden, das angelsächsische, welches das einheimische, und das normannische, welches das aufgepfropfte ist. Als die Völker des Nordens herankamen, brachten sie einen Theil der byzantinischen Verderbtheit mit: so gründeten die Gothen bei uns ein wahrhaft byzantinisches Reich. Aber die Angelsachsen, barbarischer, individueller und unabhängiger, hatten in England die Republik begründet, denn ihre Könige waren Häuptlinge der Stämme, und diese waren föderalistisch, denn, meine Herren, die Republiken sind die ursprünglichste, aber auch die vollendetste Regierungsform; sie nehmen denselben Verlauf wie alle zivilisatorischen Institutionen, wie alle ewigen Wahrheiten, und daher, von den Angelsachsen nämlich, stammten für England drei große Dinge: die Sicherheit des häuslichen Herdes, die Jury (das Schwurgericht) und das Eingreifen des Volkes in das öffentliche Leben.

England hat jedoch gleichzeitig drei Dinge, die mir fürchterlich sind: den König, das Monopol des Grundeigenthums und das Oberhaus. Allerdings, meine Herren, übt dieser König einen Einfluß, den man in den nordamerikanischen Staaten niemals begreifen könnte, und erst kürzlich erschien ein herrliches Buch von

Lewis, in welchem Herr Rios Rosas den Beweis finden kann, daß in England erst in jüngster Zeit das persönliche Regiment ausgeübt wurde, wie in allen Monarchien. Nun, fehlt es etwa der Geschichte Englands an Blut und Thränen, die das Werk der Könige waren? Gedenken Sie des Religionswechsels und seiner Ursachen bei dem einen, gedenken Sie jenes anderen, der Karl I. das Schaffot besteigen ließ, der von einem dritten herbeigeführten Revolution, welche eine neue Dynastie brachte; wir wollen von all' diesen gekrönten Satyren und zügellosen Wollüstlingen nicht sprechen — ehrlos in ihrem Privatleben, ehrlos als Regenten, niederträchtig als Könige; erinnern Sie sich nicht, wie einer derselben Fox belogen und welche Erklärung er dem Hause der Lords darüber gab? Und diese persönliche Politik, war sie nicht eines der unheilvollsten Ereignisse für die Torys? Der Prozeß Carolinens und das schmähliche Betragen des Königs durch die vier Monate seiner Dauer, die Heirath und Scheidung des Königspaares, gefährdeten sie nicht den Frieden und den Fortschritt Großbritanniens? Und endlich, meine Herren, haben Sie nicht aus den Memoiren der Königin Victoria ersehen, daß auch sie toryistisch war und erst durch den Einfluß des Prinzen Albert liberal geworden ist?

Und wissen Sie nicht, meine Herren, was in Dänemark geschah? Wissen Sie nicht, daß man dort das Bruchstück einer Nationalität der Gewaltherrschaft Preußen opferte? Und daß dies nur dadurch erfolgte, weil an dem Tage, an dem Napoleon sich nach England wandte, er in Folge des Einflusses der Königin Victoria kein Gehör fand? Kann also Herr Rios Rosas sagen, daß die Königin keinen Einfluß ausübt? In Wahrheit ist wohl England keine Monarchie, sondern eine aristokratische Republik, die jedoch einen König hat — einen König, der entweder ein ganz unnützes oder, wenn anders, ein schädliches Element ist.

Das Beispiel Englands verurtheilt demnach Ihre Theorien, meine Herren! Uebrigens vergleichen Sie Ihre Aristokratie mit der dortigen, Ihr freies Eigenthum mit dem dortigen monopolisirten Eigenthum, Ihren Senat mit dem Hause der Lords, jenen König, der wie immer als Symbol der englischen Nationalität dort angesehen wird, mit Ihrem König, den man versucht wäre, den Magier zu nennen, weil er wie durch Zauber sich entweder durch dieses gläserne Dach aus den Wolken niedersenken oder durch diesen Boden aus dem Schoße der Erde heraufsteigen müßte — vergleichen Sie vor allem die aristokratische Gesellschaft Englands mit Ihrer demokratischen, und sagen Sie mir dann, ob unter so ganz abweichenden sozialen Elementen Sie hier eine Monarchie und eine Freiheit wie in England herzustellen im Stande sind? In der That, meine Herren, von zwei Seiten erheben sich

dringende Alarmrufe; von einer Seite, der des Herrn Canovas, der hier sagte: „Befreien Sie eine intelligente Minorität von der Invasion der Demokratie", und andererseits von den Repräsentanten des Volkes, „um Befreiung unserer Demokratie von dem Joche der Monarchie", und deshalb wird Ihre Konstitution, weder von den Konservativen noch von der Volkspartei unterstützt, ganz außerhalb jeder europäischen Realität stehen.

Aber man wird mir vorwerfen: „Castelar als Künstler (so mußte ich mich schelten hören) stellt die Form über die Wesenheit." Nun frage ich Sie: Wann, wie und wo haben Sie je die Wesenheit von der Form getrennt gesehen? Alles was ist, hat seine Art zu sein und besteht; Alles, was besteht, ist; daher können Sie logisch den Bestand nicht von der Wesenheit trennen. Ein Beispiel wird diese Wahrheit besser veranschaulichen. Nehmen Sie einen großen Block von pariſchem Marmor, geben Sie die Hälfte desselben einem Krämer und das Uebrige einem Bildhauer — Ersterer wird sein Bruchstück zu einem Mörser verwenden, der Bildhauer aber aus dem seinigen eine Venus von Milo meißeln; die Materie ist dieselbe, aber die Form verschieden; oder werden Sie sich beifallen lassen, den Mörser, in welchem die Gewürze zerstampft werden, mit der Venus zu vergleichen, an deren keuschen Brüsten die Künstler die Begeisterung für das Ideal und für die Formgeheimnisse nähren? —

Ich bin nicht stark in der Physiologie und bitte die Herren Suner und Mata, mir zu verzeihen, wenn ich irre.

Ich glaube, daß in dem Blute der Hunde viele Elemente ganz gleich denjenigen sind, aus welchen das unserige besteht. Ich höre Herrn Moreno Nieto, der gleich mir zu den Spiritualisten gehört, sagen, daß der Unterschied zwischen dem Menschen und dem Hunde einer der Wesenheit ist, nämlich der der Vernunft. Ich weiß nicht, ob, wie nach Plato, der Geist sich den Organismus gesucht oder, wie nach Hegel, der Geist gleichzeitig mit der menschlichen Form in der Welt erschien; ich weiß nur, daß mein Gehirn, rund wie die Wölbung des Himmels, Raum für jene Welten hat, die man Ideen nennt. Und nun, meine Herren, so wie der Mensch seine eigenthümliche Form hat, die des menschlichen Geistes, so hat auch die Demokratie ihre eigene Form, und die ist — die Republik.

In dem sozialen Organismus ereignet sich dasselbe wie in dem physiologischen, und jeder Zivilisations-, wie jeder Bildungsstufe entsprechen eigene Gesetze, bestimmte Organisationen. Um das Mastodon oder das Megatherium zu studiren, besuchen Sie naturhistorische Museen. Der Könige und großen Monarchien wegen gehen Sie nach Egypten und nach dem Pantheon des Escurial; aber so wie wir heute die riesigen Formen jener Thiere

bewundern, werden künftige Geschlechter die Ungeheuerlichkeiten Eurer Monarchien anstaunen.

Herr Romero Giron sagte uns heute: „Wie können Sie sich beklagen, da wir Ihnen die Essenz, das allgemeine Stimmrecht, zugestanden haben?"

Ich gehöre zu der Schule, die unter allen Umständen das allgemeine Stimmrecht verlangt; aber im Widerspruche mit der Meinung meines Freundes Herrn Canovas glaube ich, daß man die Rechte nur durch ihre Ausübung, wie das Schwimmen nur im Wasser, lernt; nun sage ich Ihnen, daß das allgemeine Stimmrecht ein großes Werkzeug des Fortschritts in den Republiken, aber nicht minder ein Werkzeug der Unterdrückung in den Monarchien ist; in den ersteren bewirkt es moralische Bildung, in den letzteren Entsittlichung des Volkes. Die Demokratie erzieht, weil der Bürger weiß, daß schon seine Geburt allein ihn zur Ausübung aller öffentlichen Funktionen berechtigt; er weiß, daß er in die Munizipalitäten gelangen kann, diese erste politische Schule; er kann in die Provinzial-Deputation kommen, die höhere Lehranstalt; endlich kann er die Theilnahme an der Leitung der öffentlichen Staatsangelegenheiten erreichen, dieser Hochschule der Politik. Er findet außerdem besondere Genossenschaften, in welchen er Arbeit und Bewirthschaftung lernt; er findet die große Institution der Jury, in welcher er als ein Recht und eine Pflicht über sich wie über Andere richten lernt, und indem er alles dies lernt, lernt er auch das Bewußtsein seiner Würde kennen. Das können die Monarchien nicht. Nun, meine Herren, wollen Sie das allgemeine Stimmrecht mit der Monarchie verbinden? Da lesen Sie einmal, was der große Naturforscher der Könige, Macchiavelli, sagt. Er sagt, daß die traditionellen Könige noch eher ein beschränktes Maß von Freiheit zugestehen, daß aber die vom Staate geschaffenen, da sie schwach eintreten, entweder auf jede mögliche Weise Korruption einführen oder sich oder den Staat entwürdigen. So wird es kommen, daß der König zuerst sagen wird, daß die Kammern seinem souveränen Willen Hindernisse entgegensetzen, und so wird er auch damit beginnen, das allgemeine Stimmrecht zu korrumpiren; es wird sich ein verschlagener Minister finden, der ihm die Nothwendigkeit des dem Volke einzuimpfenden Grundsatzes vorstellen wird: „Welchen reellen Vortheil gewährt das Recht? Kann man von Rechten zehren?" Dann wird der König sagen: „Wenn nicht alle Spanier reich und glücklich sind, so ist dies nur die Schuld der endlosen Diskussionen der Kammerredner, die nur durch ihre Beredtsamkeit glänzen wollen," und Sie werden sehen, meine Herren, wie schnell die Lehren dieser plumpen Schule bei dem Volke Eingang finden werden, dieser Schule, in welcher den materiellen Interessen Alles geopfert wird. Haben Sie nicht

diesfalls ein großes Beispiel vom Jahre 1848 her, wo das französische Volk auch mit jener materialistischen Erziehung auftrat, welche Louis Philipp ihm gegeben hatte? Damals, wo Gold gleichbedeutend mit Recht war, kam eines Tages der edle, unglückliche Baudin und wollte die von der Republik proklamirten Rechte retten; aber ein Arbeiter rief ihm zu: „Was kümmert mich die Würde Frankreichs? Du vertheidigst als Deputirter nur Deine Diäten von 25 Franks.“ Später aber, und noch kürzlich wallfahrte das Volk in bitterer Reue ob seines Irrthums zur Julisäule und sprach: „Vergieb uns unsern Irrthum, großer Geist; wohl mit Recht sagtest Du, daß die Einbuße der Würde das größte der Uebel sei; wir auch wollen nun Dein schwarzes Brot, aber mit der Freiheit.“ Fürchten Sie nicht ein Gleiches bei uns, meine Herren, bei der Abgötterei unserer Rasse für den Staat? und sehen Sie nicht, wie in Frankreich der Cäsar mit Ausnahme des allgemeinen Stimmrechtes Alles abgeschafft hat?

Und welche Unterschiede, meine Herren, ist zwischen den Monarchien und den Republiken? Wir haben hier zwei große Schriftsteller, die Herren Valera und Alarcon. Der Letztere hat ein Buch über Italien geschrieben, das eines der schönsten Monumente der modernen Literatur, durchweht von dem antiken Geiste des alten Italien, ist. Diese Herren mögen Ihnen sagen, wo die Heimath der großen Institutionen, der großen Lehren der Kunst und des Wissens sind.

Meine Herren! Wenn Sie die Idee von Gott und seinen Geboten einigermaßen achten, wem verdanken Sie dieselbe? Einem föderalen Volke, einer Republik, den Stämmen Israels. Wer erfand das Alphabet? Die Föderation der Phönizier. Von wem haben Sie den Handel? Von der Republik Karthago. Wer verstand die menschliche Gestalt zu meißeln? Eine Republik, Griechenland. Noch heute lernen Sie Patriotismus in den Thermopylen, die Stürme der Seele von Aeschylos und Sophokles, studiren die Theoreme eines Euklides, schöpfen Theologie bei Aristoteles, Philosophie bei Plato, und die Manen von Aeschines und Demosthenes scheinen diese Hallen zu durchwehen und betrübt auf uns zu schauen, weil die Redner unserer Zeit nicht die oratorische Weihe haben, die nur den bevorzugten Söhnen der Republik zukommt. Wer hat Ihnen Gewissens- und Handelsfreiheit gegeben? Die Republik Holland. Woher schreibt sich die Seemacht Englands? Von seiner Republik. Woher stammt der Einfluß Frankreichs auf die ganze Erdkugel? Von seiner Republik. Wer hat die ganze Menschheit durch Anerkennung der individuellen Rechte, auf welche Sie so stolz sind, hoch erhoben? Die Republik der Vereinigten nordamerikanischen Staaten. Wer hat Sie die Volkssouveränetät gelehrt? Das republikanische Genf.

Noch kürzlich sagte uns Herr Ulloa, daß die schweizerische Republik von Almosen lebe, und Herr Silvela, daß die Republik nur bei solchen Völkern bestehe, die nichts besitzen und ohne Gewicht sind, wie die Schweiz, die Thäler von Andorra und San Marino. Aber, meine Herren, wissen Sie, wie hoch sich der Brutto-Ertrag des Bodens in der Schweiz beläuft? Auf fünfzehnhundert Millionen Francs, was auf jeden Einwohner 140 Francs abwirft, während die Vertheilung der Gesammtproduktion Belgiens nicht mehr als 116 Francs auf den Einwohner ergiebt. Das Eigenthum ist in der Schweiz in einem höheren Grade gesichert als in irgend einem Lande, obwohl nirgends gleich liberale Institutionen bestehen. Die Hektare Boden hat dort einen Werth, der hier unmöglich ist, und an den Ufern des Leman ist sie mit fünfzigtausend Francs bezahlt worden. In der Schweiz finden Sie bei jedem Schritte eine Schule; auf je 300 Einwohner kommt ein Lehrer und bei jeder Munizipalität finden Sie ein Bibliothek, auch bei solchen, welche nicht mehr als zwölf Häuser haben. Dort hat jeder Arbeiter vor seinem schneeweißen Häuschen einen Rasenplatz, und er lebt nicht wie der Arbeiter in Paris, durch die Haußmann'sche Zerstörung aus der Stadt vertrieben und gezwungen, in der Umgegend in einer Art von Zelten Unterkunft zu suchen; er lebt auch nicht wie der unglückliche Arbeiter in London, um den Parlamentspalast herum, nein, er lebt inmitten der freien Natur, behäbig, unterrichtet und sozusagen reich, weil in den jüngsten fünf Jahren der Arbeitslohn sich bedeutend gehoben hat. Ich habe dort einer Versammlung deutscher, französischer und italienischer Arbeiter beigewohnt, in welcher der Präsident, ein Taglöhner, die in den verschiedenen Sprachen gehaltenen Reden, ohne zu stocken, seinen minder sprachkundigen Kollegen verdolmetschte.

Alle hier angeführten Daten habe ich aus einem agronomischen Lehrbuche, und wissen Sie, was ein Schriftsteller sagt, der durchaus nicht republikanisch gesinnt ist? Daß dies Alles Folgen der Bildung sind, welche die demokratischen, die republikanischen Institutionen verbreiten.

Und nun, abgesehen von den Uebeln, welche aus unserer hiesigen Erziehung erwachsen, glauben Sie, daß die Schweizer sich in Geist, Intelligenz und Tapferkeit mit den Spaniern vergleichen können? Durchaus nicht! Unser Volk ist ein bedeutenderes als jenes, hat eine ruhmvollere Vergangenheit, und wenn es dennoch ärmer und wenn es dennoch unwissender ist, so kommt dies nur von der Erziehung, welche seine Könige ihm gegeben haben.

Meine Herren, es thut nicht noth, die Schweizer mit den Spaniern zu vergleichen: man braucht nur zwei Völker einander

gegenüber zu stellen, die unter demselben Breitengrade, unter denselben Verhältnissen und beide am Fuße der Alpen leben, das eine in einem Lande der Könige, Savoyen — das andere in einem Lande der Demokratie, die Schweiz. Savoyen ist arm, ohne Industrie, fast ohne Straßen, bei jedem Schritt ein Kloster. Die Schweiz ist reich, industriell, von Straßen durchkreuzt, auf jedem Schritt eine Schule. Die Schweiz hat Männer hervorgebracht, deren Geist sich bis zu den Sternen erhob; Savoyen hat den Grafen de Maistre geliefert, den Autor einer Analogie des Feudalismus, der Theokratie und des Henkers. Savoyen hat seine Nationalität eingebüßt, von einem Monarchen dem anderen verkauft; die Schweiz ist durch den Geist Wilhelm Tell's vor jeder Invasion, jedem Eroberer geschützt. Erhabene Parallele, welche Gott am Fuße der Alpen, einem seiner Altäre, werden ließ, um durch ein beredtes Bild die Vorzüge der Republik von der Monarchie zu veranschaulichen.

Ich würde noch begreifen, daß Sie die Monarchie wählen, wenn irgend ein großes physisches, moralisches oder intellektuelles Hervorragen einer Person oder einer Familie sich darböte, welches Ihrer Wahl als Erklärungsgrund diente. Aber haben Sie nicht ein großes historisches und gleichzeitig großes soziales Phänomen bemerkt? Haben Sie nicht bemerkt, daß die großen Männer verschwinden? Können Sie diesem Jahrhunderte, dem des Dampfes und des Telegraphen, den Namen eines großen Mannes beilegen? Nein, glücklicherweise giebt es keine großen Männer mehr, weil das Menschengeschlecht hoch gewachsen ist. Und dann, meine Herren, wenn ein einziger Mensch die Gesellschaft beherrscht, gehört die eine Hälfte seines Lebens dem Ruhme, die andere aber dem Mißgeschicke; die erste ist die der Jugend, die zweite die des Alters. Denken Sie an Karl V., Philipp II. und Napoleon.

Aber ein irrigeres Prinzip, meine Herren, als die Gesellschaft dem Fatalismus der Erblichkeit preisgeben, kenne ich schon durchaus nicht. Das ist eigentlich die indische Theorie, gegen welche die ganze moderne Bewegung gerichtet ist, die Theorie, welche durch das auf dem Calvarienberge vergossene Blut ausgelöscht wurde — die Theorie der Kasten. Hätte sich Portugal nicht mit uns vereinigt, wenn der Prinz Dom Miguel nicht gestorben wäre? Wenn Alphons VI. nicht jenes Königreich seiner Tochter zur Mitgift gegeben hätte; wenn Philipp II. nicht so spät zur Erbschaft gelangte, wäre die iberische Union nicht zur Wahrheit geworden? Und wir selbst, wie wäre unser Loos gewesen, wenn Ferdinand VII. sich nicht verheirathet oder anstatt einer Tochter einen Sohn gehabt hätte? Und doch wollen Sie die moderne Gesellschaft allen Launen der Erblichkeit aussetzen? Ah, meine Herren, welche schwere, tiefgehende Begriffsverwirrung! Ich

würde sie noch fassen, wenn wir einen König, wenn wir mindestens einen Kandidaten hätten, und da gelange ich zur Kapitalfrage, der Kandidaten-Frage.

In dem Momente, in dem Sie, meine Herren, die Monarchie proklamiren, stellen Sie die revolutionäre, die republikanische Partei außerhalb des Gesetzes; die Republikaner werden die einzigen enterbten Söhne der September-Revolution sein.

Ich will hier nicht in persönliche Fragen eingehen, ich will die Verdienste der Republikaner während der letzten fünfzehn Jahre nicht auf Kosten der anderen Parteien hervorheben; aber richten Sie Ihre Blicke auf diese Bänke; Sie werden da Deputirte sehen, die in Fernando Po waren, die in den letzten Jahren des Regiments von Gonzalez Bravo die Kriminal-Gefängnisse füllten; Deputirte, welche zuerst den Muth hatten, mittelst öffentlicher Blätter die republikanische Idee ins Land zu schleudern, die Lehrfreiheit kühn zu begehren; Männer, die Sie in Zeiten des Mißgeschicks in der Emigration, aber niemals in Ihren Vorzimmern erblickten. Was machen Sie nun aus diesen Männern, was machen Sie aus dieser Partei? Die Besiegten (die Reaktion) werden sagen: „Wenn Ihr der Monarchie durchaus derart bedürft, daß bei der ersten Versammlung Ihr, unserem Beispiele folgend, vor allem die Republikaner aus der Gesetzlichkeit stoßt, wie wir es mit dem Demokraten gemacht haben, da war auch unsere Politik gerecht und klug.“ Thun Sie nun in Gottes Namen, was Sie nicht lassen können, aber sprechen Sie sich darüber aus, damit auch wir über unsere Haltung einen Beschluß fassen können, der selbstredend von dem Ihrigen abhängen wird. Meine Herren, wie viel Monarchien sind hier zu betrachten?

Die Idee einer Vereinigung Spaniens mit Portugal durch Initiative der portugiesischen Monarchie war allerdings eine glorreiche, denn wir leben in einer ganz eigenthümlichen revolutionären Zeit. Seitdem Napoleon auf den französischen Thron gelangte, machen sich die Revolutionen von Oben nach Unten, und wenn hier dieselbe Form möglich gewesen wäre, so hätte diese konservativ-progressistische Bildung auch die Form einer großen diplomatischen gehabt, wir aber, immer Republikaner bleibend, hätten der portugiesischen Monarchie Opposition gemacht. Ich begreife, daß die Franzosen nach der egyptischen Expedition sich einem Napoleon, daß selbst die Italiener nach dem Unglücke seines Vaters, sowie nach dem Siege bei Solferino sich Viktor Emanuel übergeben konnten, aber ich begreife nicht, wie Sie eine Monarchie ohne Monarchen schaffen und sich einer Anbetung überlassen können, ohne eine Gottheit zu haben.

Portugal aber wünscht die Vereinigung mit Spanien nur in der republikanischen Form. Lesen Sie seine Journale, zunächst das „Diario de Comercio“ vom 16. d. Mts.

Wenn der König von Portugal die Situation begriffen hätte, so hätte er sich an die Spitze der Bewegung gestellt, anstatt der früheren reaktionären Regierung Zeichen der Sympathie zu geben, die er Ihnen versagte; später wollte der König von Portugal die Union nicht, da die Portugiesen sie nur in republikanischer Form und auch keine Personal-Union wünschten. Gewiß ist jedenfalls, daß die Republiken anziehen, während die Monarchien abstoßen. Welche Anstrengungen muß nicht Oesterreich als föderale Monarchie machen, um die Union von Völkern aufrecht zu erhalten, die doch seit Jahrhunderten vereinigt sind. Wie anders dagegen ist es in der Schweiz. Tessin gehört zu Italien und will nicht italienisch, Neuenburg zu Deutschland und will nicht deutsch, Waadt und Genf gehören zu Frankreich, sprechen französisch und wollen doch auch nicht französisch sein. Sie können sich nicht vorstellen, meine Herren, was Sie in Portugal gewonnen, seitdem Sie die Kultusfreiheit votirt haben. Man sagt dort: „Spanien schreitet vor, mehr als wir; seht welch' großes Beispiel die Spanier uns geben!" Sprach man so, als Spanien noch von dem Dunkel des Katholizismus bedeckt war? Daher, meine Herren, wollen Sie, daß Portugal Ihnen angehöre, so setzen Sie die Republik ein; wenn Sie die Monarchie einsetzen, müssen Sie auf Portugal für lange Zeit verzichten.

Indem wir nun auf die Frage des Herzogs von Montpensier übergehen, muß ich vor allem eine Erklärung abgeben. Wenn die Nothwendigkeit meiner Argumentation es erheischt, die Exkönigin Isabella zu nennen, schmerzt es mich tief, denn was ich in der Welt aufs höchste achte, das ist die Heiligkeit des Unglücks, auch des verdienten. Ich muß auch noch beifügen, daß dasjenige, was ich über den Herzog von Montpensier sagen werde, sich weder auf seine Person, noch sein Privatleben bezieht. Ich erkläre, daß der Herzog ein guter Gatte und Vater, achtbar und sparsam ist; ich gebe ferner zu, daß er direkt oder indirekt der September-Revolution nützlich war. Demnach kann ihn meine Argumentation nicht beleidigen.

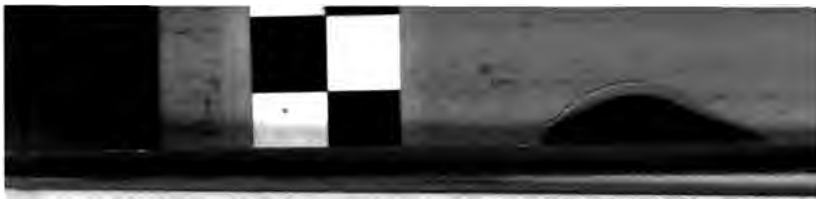
Neulich verlas hier ein großer Redner das Manifest von Cadix, in welchem Herr Topete schon damals sich zu Gunsten der Monarchie aussprach; nun erlaube ich mir, diesen Herrn zu fragen, ob die damals gewünschte Monarchie jene Isabellens II. oder eine andere war? Was bedeutet die Dynastie des Herzogs von Montpensier in der Welt? Wenn ich die Natur sehe, fühle ich Gott, aber wenn ich die Geschichte lese, begreife und erkenne ich Gott. Welche traurige, verhängnißvolle Bestimmung ist dem Hause dieser Orleans in der Geschichte der Menschheit zugefallen? Wenn mein Gedächtniß nicht trügt, haben die Könige von Frankreich im vierzehnten Jahrhundert das Herzogthum Orleans für die zweit-

geborenen Söhne gegründet. O meine Herren, ich habe oft gesagt, daß die Monarchien die Völker entsittlichen, aber ich weiß auch nichts, was die Könige selber so sehr entsittlicht als eben die Monarchien.

Mit welcher Liebe, meine Herren, hängen Sie nicht an Ihrer Familie, an Ihren Eltern, Kindern, Geschwistern! Sehen Sie dagegen, was sich in den Familien der Könige, zwischen Eltern, Kindern und Geschwistern zugetragen, welcher Pfuhl von Sittenlosigkeit — und wie die Kinder nicht der Liebe, sondern der Staatsrücksicht entsprießen, so ist ihr eisiges, verderbtes Herz auch blut- und empfindungsleer. Das Haus der Orleans, als dem königlichen untergeordnet, war ein Seitenzweig des Hauptstammes, dem es Mark und Autorität entzog. Der Regent Orleans konspirirte in Spanien gegen Philipp V.; Philipp Egalité konspirirte im königlichen Palaste gegen seinen Cousin Ludwig XVI.; Louis Philipp von Orleans konspirirte in demselben Palaste gegen seinen Onkel Karl X., und Antonio von Orleans konspirirte von seinem Palaste in Sevilla gegen Donna Isabella II. Sie sind alle dieselben, dieselben Namen, dieselben Gesichter, derselbe Geist, wenn auch durch Zeit und Raum leicht modifizirt, doch immer dieselben.

Sie sagten auch, Antonio von Orleans sei kein Bourbon. Das ist unrichtig. Dem Rufe der Nation gemäß haben Sie Isabella, Francisco und Alphonso von Bourbon verworfen, und ich sage Ihnen, daß der Herzog von Montpensier mehr Bourbon ist, als Isabella, Francisco und Alphonso es ist. Seine Abstammung ist folgende: Heinrich IV. von Bourbon zeugte mit Maria von Medicis Ludwig XIII., dieser mit Anna von Oesterreich Ludwig von Bourbon, später Ludwig XIV., und Philipp von Bourbon, später Herzog von Orleans. Letzterer zeugte mit seiner zweiten Gemahlin einen Sohn seines Namens, dieser wieder mit einer anderen Prinzessin, die mir eben nicht beifällt, einen anderen Philipp, der in zweiter Ehe mit einem französischen Fräulein jenen Philipp zeugte, der sich bei Hofe Philipp von Bourbon, im Konvente aber Philipp Egalité nannte. Das ist der Vater des späteren Bürgerkönigs Louis Philipp, der mit der neapolitanischen Prinzessin Amalie von Bourbon Don Antonio von Bourbon zeugte. Ist demnach der Herzog von Montpensier ein Bourbon? Hier, meine Herren, muß ich der Partei der Progressisten offen gestehen, daß, wenn Sie die Monarchie wollen, nur dieser eine Kandidat möglich ist; er repräsentirt gut oder schlecht die parlamentarische Monarchie: wenn also die Monarchie Ihre Regierungsform ist, so ist auch der Herzog Ihr Universal-Kandidat.

O ihr Manen der katalonischen Helden, die ihr den bourbonischen Krieg vorbereitet und zu einer beispiellosen Höhe er-



hoben habt! Ihr Helden aus Galizien, Kämpfer wie bei Numantia, durch die Bourbonen hingeopfert! Und ihr Heroen von Trafalgar, die ihr durch die Sinnlichkeit Maria Louisens in schäumenden Wellen euer Grab gefunden; erhabene Namen mit goldenen Buchstaben eingezeichnet, Märtyrer eines ehrlosen Burschen, eines niederträchtigen Gesellen, der sich Ferdinand VII. nannte; Solis, Zurbano! wo immer eure Asche ruht, wo immer eure Geister schweben, kommt hierher als eine Stimme des Gewissens, gestattet nicht diesen Meineid der Revolution, gestattet nicht diese Schmach des Vaterlandes! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Was soll ich über die Regentschaft sagen? Den General Serrano möchte ich durchaus nicht beleidigen; ich gestehe ihm große Vorzüge, seltene Bescheidenheit, Opferwilligkeit und Selbstverleugnung zu; wenn Sie wollen, will ich ihm als Präsident der Republik meine Stimme geben, aber ich werde niemals für ihn als Regenten votiren, weil ich nicht will, daß man dieses Land ein Land der Soldatenherrschaft nenne. Die Herrschaft erheischt eine große Unparteilichkeit, die ein Parteimann nie haben kann, und wie immer General Serrano es nehmen möge, seine Regentschaft würde stets eine Regentschaft der Unionisten sein. Ich glaube, daß die Kortes dem General die Regentschaft nicht anbieten, und wenn sie es thäten, er sie nicht annehmen wird, weil der General eine lächerliche Stellung nicht annehmen kann.

Regent ohne König, was heißt das? Nichts anderes, als auf diese Weise die Demokratie, die Republik negiren, ihnen entgegentreten. Die Republik erschreckt Sie, und anstatt den General Serrano zum Präsidenten der Republik zu ernennen, ernennen Sie ihn unter dem andern Titel eines Regenten, derart, daß der General ein Regent ist, welcher die Großjährigkeit der Republik abwartet. (Großer, allgemeiner Beifall. General Serrano applaudirt gleichfalls lebhaft.) —

Ich sehe, daß General Serrano mir auch Beifall spendet, und das beweist mir, daß er auch vollständig überzeugt ist, daß hierher keine Könige mehr kommen können.

Die Regentschaft hat alle Uebel der Monarchie und der Republik: die ersteren, weil sie eine mächtige oberste Gewalt einsetzt, die letzteren — und da gehe ich ja in Ihre mir entgegengesetzte Argumentation ein — weil alle anderen Generale auch nach der Regentschaft trachten werden.

Ich bedauere, den General Prim nicht auf der blauen Bank*) zu sehen, ich möchte ihn fragen, seit wann er der Chef der Progressisten ist; ich möchte sagen, er ist es seit der mexikanischen Expedition, wo er sich als guter Diplomat, bedeutender Politiker und Liberaler bewährte; aber wie konnte General Prim, der zu-

*) Die Ministerbank.

erſt die Initiative der Revolution ergriff und der in Mexiko Beweiſe ſeiner Klugheit und weiſen Vorausſicht gab, wie konnte er nicht auch erkennen, daß hier die Könige todt und die Monarchie unmöglich iſt, weil die Demokratie, gleich dem Meere, ihre Leichname auswirft? Und das Meer führt mich auf meinen Freund Topete. Herr Topete aber weiß eine Sache nicht, und die iſt, daß er die September-Revolution nicht gemacht hat.

Topete: Nein, Sie haben ſie gemacht.

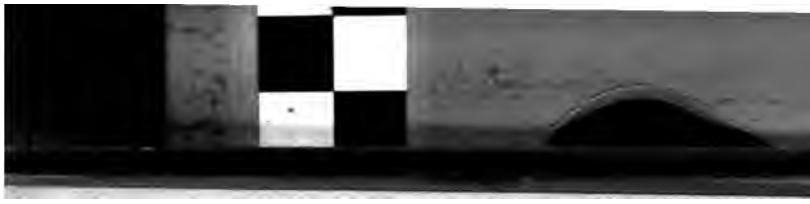
Caſtelar: Ich habe ſie nicht gemacht, aber Sie eben ſo wenig, weil die Stürme und das Wetter von Gott kamen, der allein weiß, woher ſie kamen und wohin ſie gehen.

Können ſie künſtlich einen Sturm oder mit dem Aufwande aller Elektrizität ein Gewitter erzeugen? Herr Topete iſt religiös wie alle den Stürmen und Unfällen ausgeſetzten Naturen, er weiß dies ſehr wohl; aber an dem Tage, an dem er von ſeinen Schiffen aus den Aufruf zur Revolution vernehmen ließ — an jenem Tage, der ihn unter unſere Helden, Erlöſer und Wohlthäter verſetzte, leitete er den Blitzſtrahl an alle Könige, der früher oder ſpäter die goldenen Reife an ihrer Stirne zerſchmelzen wird.

Meine Herren! Alle Völker haben eine große Beſtimmung in der Geſchichte, und ich glaube, daß die Spanier ſehr gut wiſſen, daß ſie die ihrige in Europa nur durch die Republik erfüllen können, weil Europa ſorgenvoll auf die militäriſch-autokratiſche Konföderation der deutſchen Raſſe in ſeinem Zentrum blickt — eine Konföderation, die ſchließlich gegen die lateiniſche Raſſe gerichtet iſt, und gegen deren Gefahren es nur ein Mittel giebt: die Konföderation des lateiniſchen Europa. Und da wird zunächſt das von meinem Freunde Rodriguez entworfene Bild zur Wahrheit werden: Union der Völker, der Raſſen, der Kontinente, der ganzen Menſchheit unter ſich, damit es nicht mehr gebe als einen Geiſt, ein Recht und — wie ich, der ich religiös bin, hinzufüge — einen einzigen König, unſeren Vater, der im Himmel thront!

Aber, meine Herren, wenn das ſpaniſche Volk dieſe große Beſtimmung in Europa hat, welche andere hat es noch in Amerika?

Ich wollte die amerikaniſche Frage hier niemals anregen aus Patriotismus; ich werde ſchweigen, ſo lange als nöthig — aber wenn ich ſprechen werde, werde ich auch über das große Ziel ſprechen, welches wir in jenen fernen Ländern zu erreichen haben. Dort können wir noch einen großen moraliſchen, politiſchen, ökonomiſchen und ſozialen Einfluß ausüben, und wir können das Organ jener Republiken bei der europäiſchen Konföderation werden, wenn wir ſelbſt die republikaniſche Regierungsform annehmen, wodurch wir ihnen großes Vertrauen einflößen und die



Abneigung beseitigen werden, welche sich in Amerika gegen uns gebildet hat.

Sie sehen ja auch, wie die portugiesischen Journale sich aussprechen, die da sagen, „daß, wenn Sie den Muth haben, die Republik zu proklamiren, Spanien sich für die Eroberung der Freiheit und des Rechtes erheben kann, wie es sich im sechszehnten Jahrhundert an der Spitze aller Völker der Welt für die Eroberung der königlichen Autorität erhoben hat."

Meine Herren, ich schließe, weil ich ermüdet bin und die Kammer es noch mehr sein wird, und weil Sie die Republik, die Sie gründen *könnten*, nicht gründen *wollen*; hätten Sie es gethan, wäre uns die große Nation verpflichtet worden, aus deren Hauptstadt nun die Marseillaise in mächtigem Chore ertönt. Sie werden mich Träumer nennen, aber Traum nannten die alten Pharisäer die Einigung des Menschengeschlechtes in der Religion; Traum war das Christenthum, Traum nannten die letzten Gelehrten des Mittelalters die Idee Christoph Columbus' und die Entdeckung einer neuen Welt; Traum nannten die Aristokraten das Erstehen der Demokratie, und ein Traum war zuerst im Jahre 1789 die Proklamirung der Menschenrechte. Nun nennen auch Sie uns „*Träumer*"! Aber der Blitzstrahl, der die Eichen der alten Monarchien zersplittern wird, er wird nicht ausbleiben, und dann werden Sie kommen müssen, um mit eigenen Händen den Bau der neuen Nationalität aufzurichten, und in seinen Stamm werden sie eingraben müssen die Namen der sechszig Männer, die hier gegen die Könige votiren werden, eingraben mit der Aufschrift: „*Den Verkündern der Zukunft, den Gründern der Republik in Spanien.*"

20.

Programm des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation für den Brüsseler Kongreß (1868).

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 509.)

Der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat beschlossen, dem nächsten Kongreß, welcher sich am 7. September in *Brüssel* versammeln wird, folgende Fragen zur Berathung vorzulegen:

1. Der Einfluß der Maschinen in den Händen der Kapitalisten.
2. Verminderung der Arbeitsstunden.

3. Das Privateigenthum an Grund und Boden.
4. Die Schulbildung der arbeitenden Klassen.
5. Die Etablirung von Kreditinstituten zur Beförderung und Erleichterung der Emanzipation der Arbeiterklasse.
6. Die geeignetsten Mittel zur Etablirung der genossenschaftlichen Produktion.

Vereine, deren Antwort auf die Fragen in Betreff des statistischen Berichts über den Zustand der Arbeiterklasse bereit sind, werden ersucht, dieselbe dem nächsten Kongreß vorzulegen.

Hermann Jung, Vorsitzender.
J. Georg Eccarius, General-Sekretär.

21.

An die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

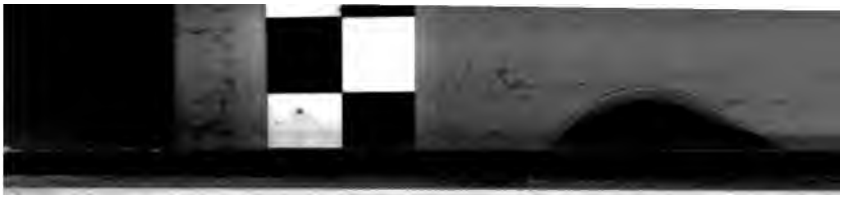
(Siehe Seite 509.)

Genossen! Da der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation beabsichtigt, im Laufe des Frühjahrs einen Bericht über den gegenwärtigen Zustand der arbeitenden Bevölkerung Europas zu erlassen, so werden die korrespondirenden Sekretäre der Sektionen ersucht, über alles, was den Zustand und die Lage der Arbeiter ihrer respektiven Lokalitäten betrifft, zu berichten. Die Sekretäre und die Gewerbevereine werden ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der Name des Vereins.
2. Die Anzahl seiner Mitglieder.
3. Welches sind die gebräuchlichen Stunden der Arbeit?
4. Was ist der Betrag des gewöhnlichen Verdienstes?
5. Ist die Beschäftigung beständig oder schwankend?
6. Welches ist die Anzahl derer, die während der letzten drei Monate außer Arbeit waren?
7. Sind diejenigen, welche in Arbeit sind, voll beschäftigt?
8. Hat eine Erhöhung oder Erniedrigung des Arbeitslohnes innerhalb der letzten fünf Jahre stattgefunden?
9. Sind Versuche der kooperativen Produktion in dem Geschäft gemacht worden und mit welchem Erfolg?

Außer der Beantwortung obiger Fragen wird Jedem anheimgestellt, irgend interessante oder wichtige Thatsachen hinzuzufügen. Sämmtliche für den Bericht bestimmte Mittheilungen müssen spätestens vor Ablauf des Monats März eingesandt werden.

In der Absicht, der großen Mehrheit der Mitglieder der Assoziation eine Gelegenheit zu geben, ihre Meinung unverkennbar



über mehrere Tagesfragen auszudrücken, empfahl der letzte Kongreß, Ihnen folgende Fragen zur Berathung vorzulegen, und wir bitten Sie, uns Ihre Konklusionen in Betreff derselben sobald wie möglich mitzutheilen.

1. Die Ausführbarkeit, ein System des Kredits und des kooperativen Austauschs unter den verschiedenen Arbeitergenossenschaften zu organisiren.
2. Welches sind die Wirkungen des Gebrauchs von Maschinen auf die Lage der arbeitenden Klasse?
3. Die Rathsamkeit, ein definitives Programm für die technische Ausbildung und eine umfassende Schulbildung der Kinder festzustellen.
4. Ist es von Nutzen, daß der Boden, die Minen, die Kanäle, die Hochstraßen, die Eisenbahnen ꝛc. das Eigenthum von Privatleuten sind und für deren persönlichen Gewinn exploitirt werden, oder würde es zweckdienlich sein, dieselben in Nationaleigenthum zu verwandeln und im Interesse der Gesammtheit auszubeuten?
5. Die Politik der Arbeitseinstellungen und die Rathsamkeit, auf die Errichtung von Schiedsgerichten zu dringen.

Von den Antworten, welche auf diese Fragen ertheilt werden, wird es abhängen, ob irgend eine in das Programm des nächsten Kongresses, welcher sich am ersten Montag des Monats September in Brüssel versammeln soll, aufgenommen wird.

Im Auftrage des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Robert Shaw, Vorsitzender.
J. George Eccarius, General-Sekretär.

16 Castle Street East, W. London,
im Februar 1868.

22.

Chemnitzer Programm.*)

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 721.)

Die demokratische Partei hat den nunmehr beendeten, lediglich im Interesse dynastischer und partikularistischer Bestrebungen geführten Krieg von Anfang an als ein Nationalunglück be-

*) Unter dem Namen „Chemnitzer Programm" ist das „Programm der demokratischen Partei Sachsens" in Parteikreisen bekannt. Dieses Programm wurde unmittelbar nach Beendigung des Bruderkrieges von 1866 von einer Landesversammlung der sächsischen Demokratie — vom 19. August 1866 —

klagt und verdammt, weil derselbe nicht nur zum theilweisen Ruin des Wohlstandes des deutschen Volkes und zur Verbitterung der deutschen Volksstämme gegen einander, sondern auch zur Theilung unseres gemeinsamen Vaterlandes, zur Unfreiheit und zur Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten führen mußte.

Das Ergebniß dieses Krieges — ein durch gewaltsame Annexion vergrößertes Preußen unter einem mehr als je befestigten absoluten Königthum, das einstweilige Vasallenthum der kleineren Staaten bis zu ihrer vollständigen Annexion durch Preußen und die Abtrennung der norddeutschen Staaten von Süddeutschland — hat jene Befürchtungen bewahrheitet.

Die demokratische Partei wird trotz der veränderten Verhältnisse ihr altes Programm ungeschmälert aufrecht erhalten und für dasselbe einstehen. — Da die demokratische Partei sich für verpflichtet hält, die Feinde der deutschen Freiheit und Einheit unter allen Umständen und auf allen Gebieten zu bekämpfen, so wird sie, nachdem Sachsen durch die Gewalt der Waffen gezwungen worden ist, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, bei der bevorstehenden Reichstagswahl sich betheiligen. Die Demokratie verlangt demnach von den von ihr zu erwählenden Kandidaten:

daß sie die norddeutschen Staaten, wenn auch zeitweilig von Süddeutschland getrennt, nur als einen Theil Deutschlands betrachten und bei ihrem Eintritt in den Norddeutschen Reichstag gegen die Dreitheilung wie gegen jedwede Theilung und Verkleinerung Deutschlands protestiren;

daß sie die Zusammenberufung eines konstituirenden Parlaments erstreben, das von allen deutschen Staaten, selbstverständlich mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs, beschickt wird,

und endlich, daß sie das nachstehende Programm als Richtschnur annehmen und energisch zu verfechten entschlossen sind.

Forderungen der Demokratie.

1. **Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes.** Allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (für Parlament, Kammern der Einzelstaaten, Vertretung der

---

entworfen und einstimmig angenommen. Wir lassen zur Beurtheilung der theoretischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie unmittelbar auf dieses „Chemnitzer Programm“ in chronologischer Reihenfolge alle hierfür in Betracht kommenden, auf den verschiedenen Kongressen beschlossenen oder abgeänderten Parteiprogramme folgen.

Gemeinden u. s. f.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit Machtvollkommenheit ausgerüstetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.

2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform.

   Keine erbliche Zentralgewalt — kein Kleindeutschland unter preußischer Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutschland unter österreichischer Führung, keine Trias. Diese und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen können, sind von der demokratischen Partei auf das Entschiedenste zu bekämpfen.

3. Aufhebung der Vorrechte des Standes der Geburt und Konfession.

4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung.

   Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staate und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt. Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der den Schulen Entwachsenen.

5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel.

   Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimathsrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

6. Selbstverwaltung der Gemeinden.

7. Hebung des Rechtsbewußtseins im Volke.

   Durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschwornengerichte, namentlich auch in politischen und Preßprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes.

   Durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

* * *

Statut
des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Leipzig. Mai 1863.

§ 1.

Unter dem Namen

„Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein"

begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt,

auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.

* * *

Statuten
der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Beschlossen von der Delegirtenkonferenz in St. Martins Hall zu London, 28. September 1864, und endgültig bestätigt vom Genfer Kongreß, September 1866.

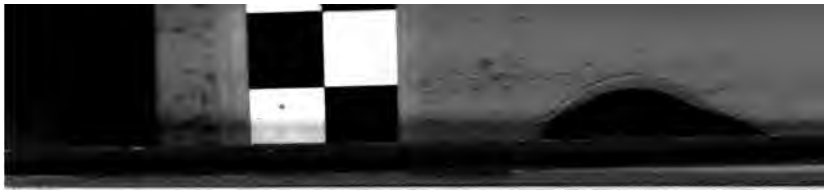
In Erwägung:

daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft bedeutet;

daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet;

daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte;

daß alle auf dies große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;



daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existirt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt;

daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den gewerbthätigsten Ländern Europas, während es neue Hoffnungen rege macht, eine feierliche Warnung vor einem Rückfalle in alte Irrthümer enthält und ein unmittelbares Bündniß der noch getrennten Bewegungen erfordert,

aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongreß, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen. Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht blos für sich selbst, sondern für Jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Und in diesem Sinne beschließt er folgende Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

1. Die Assoziation ist zu dem Zwecke errichtet, ein zentrales Mittel der Verbindung und Kooperation zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden und dasselbe Ziel, nämlich den Schutz, die Hebung und völlige Emanzipation der arbeitenden Klassen verfolgenden Arbeitergesellschaften zu schaffen.

2. Name der Gesellschaft soll sein: „Die Internationale Arbeiter-Assoziation".

3. Der Generalrath soll aus Arbeitern bestehen, die den verschiedenen in der Internationalen Arbeiter-Assoziation vertretenen Ländern angehören. Er soll aus seinen eigenen Mitgliedern die zur Besorgung der Geschäfte nothwendigen Beamten, einen Präsidenten, Schatzmeister, Generalsekretär, korrespondirende Sekretäre für die verschiedenen Länder ꝛc. wählen. Der Kongreß bestimmt von Jahr zu Jahr den Sitz des Generalraths, wählt eine Anzahl von Mitgliedern mit der Befugniß, ihre Anzahl selbst zu vervollständigen, und bestimmt Ort und Zeit für die Zusammenkunft des nächsten Kongresses. Die Delegirten versammeln sich zur bestimmten Zeit am bestimmten Ort, ohne jede besondere Einladung. Der Generalrath kann nöthigenfalls den Ort ändern, ist aber nicht befugt, den Termin der Zusammenkunft hinauszuschieben.

4. Bei seinen jährlichen Zusammenkünften soll der Generalkongreß vom Generalrath öffentliche Rechnungslegung seiner Geschäfte erhalten. Letzterer soll in dringlichen Fällen befugt sein,

den Generalkongreß vor Ablauf des regelmäßigen Jahrestermins zusammenzuberufen.

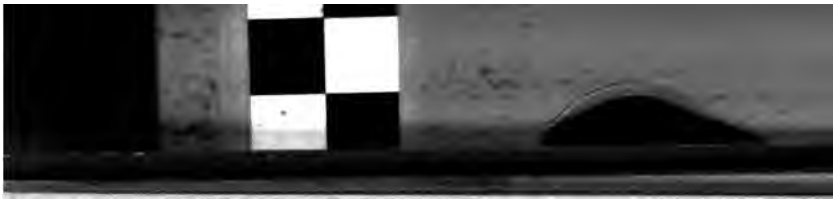
5. Der Generalrath soll eine internationale Vermittlung zwischen den verschiedenen kooperirenden Assoziationen bilden, so, daß die Arbeiter eines jeden Landes fortwährend von den Bewegungen ihrer Klasse in den anderen Ländern unterrichtet gehalten werden, daß eine gleichzeitig und einheitlich geleitete Untersuchung der sozialen Zustände in den verschiedenen Ländern Europas veranstaltet werden kann, daß Fragen von allgemeinem Interesse, die in einer Gesellschaft angeregt worden, von Allen erörtert werden, und daß, wenn eine unmittelbar praktische Thätigkeit nöthig sein sollte, wie z. B. im Falle internationaler Streitigkeiten, eine gleichzeitige und gleichförmige Aktion der assoziirten Gesellschaften stattfindet. So oft es zeitgemäß erscheint, soll der Generalrath die Initiative zu Vorschlägen für die verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften ergreifen. Um die Verbindung zu erleichtern, soll der Generalrath periodische Berichte veröffentlichen.

6. In Anbetracht dessen, daß der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur durch die Macht des Zusammenhanges und der Einigkeit gesichert werden kann, während andererseits die Nützlichkeit des internationalen Generalraths wesentlich davon abhängt, ob er es mit wenigen Mittelpunkten nationaler Arbeiter-Assoziationen oder mit einer großen Anzahl kleiner und getrennter Lokalgesellschaften zu thun hat, sollen die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation ihre äußersten Anstrengungen darauf richten, die zusammenhängenden Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder zu nationalen, durch Zentralorgane vertretenen Körperschaften zu vereinigen. Doch versteht es sich von selbst, daß die Anwendbarkeit dieser Vorschrift von den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen abhängig ist, und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keiner unabhängigen Lokalgesellschaft verwehrt sein soll, direkt mit dem Generalrath zu korrespondiren.

7. Die verschiedenen Branchen und Sektionen sollen an den Orten ihres Domizils, und so weit ihr Einfluß reicht, die Initiative nicht allein in Bezug auf allgemeine fortschrittliche Verbesserung des öffentlichen Lebens, sondern auch in Bezug auf die Gründung von Produktiv-Assoziationen und anderen, der Arbeiterklasse nützlichen Einrichtungen ergreifen. Der Generalrath soll sie in jeder nur möglichen Weise unterstützen.

8. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation, welches seinen Wohnsitz von einem Lande nach dem andern verlegt, soll den brüderlichen Beistand der assoziirten Arbeiter erhalten.

9. Jeder, der sich zu den Prinzipien der Internationalen Arbeiter-Assoziation bekennt und dieselben vertheidigt, ist wählbar



zum Mitglied der Assoziation. Jede Branche ist verantwortlich für die Rechtschaffenheit der Mitglieder, welche sie aufnimmt.

10. Jede Sektion oder Branche hat die Befugniß, ihren eigenen korrespondirenden Sekretär zu ernennen.

11. Die Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen und sich mit dieser durch ein immerwährendes Band brüderlicher Gemeinschaft verbinden, behalten ihre besondere Organisation unangetastet bei.

12. Alles, was in den Statuten nicht vorgesehen ist, wird durch spezielle, der Revision eines jeden Kongresses unterliegende Verordnungen nachträglich ergänzt werden.

* * *

Nürnberger Programm.

Nürnberg, September 1868.

Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.
3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

„daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder

umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft giebt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation."

* * *

Eisenacher Programm.

Eisenach. August 1869.

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

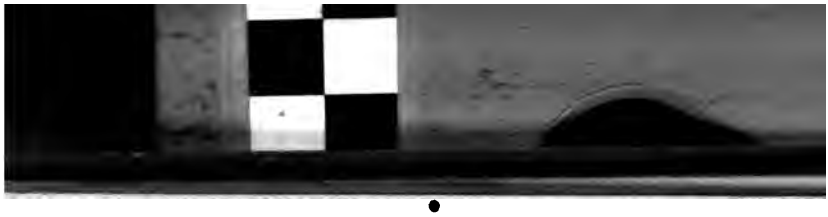
3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesammtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:



1. Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.

4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

* * *

Gothaer Programm.

Gotha. Mai 1875.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen*) Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

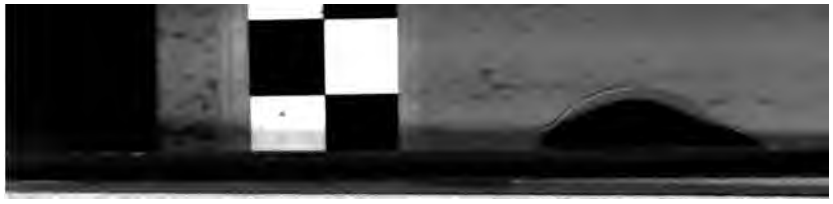
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

---

*) Nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde bekanntlich auf dem Kongreß zu Schloß Wyden (Schweiz) 1880 das Wort: gesetzlich gestrichen, im Uebrigen das Programm unverändert gelassen. (1894.)



2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrole der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnißarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

* * *

Genter Manifest.

Gent. September und Oktober 1877.

In Folge des allgemeinen Sozialistenkongresses, der vom 9. bis 15. September d. J. in Gent abgehalten wurde, haben die Delegirten der sozialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens eine allgemeine Union der sozialistischen Partei konstituirt und nachstehenden Pakt unterzeichnet:

„In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;

„in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbständige, mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann;

„in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder lokal noch national, sondern universell ist und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt;

haben die Delegirten des zu Gent tagenden allgemeinen Sozialistenkongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben.

Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Kongreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Kongreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen.

Alle Organisationen, welche dem gegenwärtigen Pakt beigetreten sind oder beitreten werden, sind gebeten, ihre Zeitungen und sonstigen Publikationen regelmäßig dem Bundesbureau zuzusenden.

Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation).

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Sozialisten in die Parlamente, die Wahlagitation, öffentliche Kundgebungen zur Erlangung ökonomischer, politischer, bürgerlicher Rechte sind ebenso viele Waffen, die in den Händen unserer Feinde zu lassen eine Thorheit wäre. Weg darum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen Theil zu nehmen, müssen sie sich als politische Partei konstituiren, um in die Parlamente und Gemeindevertretungen Vertreter zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen.

Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der sozialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter zwingt, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Diskussionen über die sozialistischen Kandidaturen — bringen sie nicht die soziale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der sozialistische Kandidat unterliegt? Und verdankt nicht die deutsche Sozialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft, der Oekonomie u. s. w., den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos Derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos Derjenigen, die nichts produziren.

Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Sozialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schranken, welche den Weg absperren, niederwerfen und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziele näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Sozialismus soll nicht blos eine reine Theorie, eine Spekulation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll sein eine lebende und reelle Sache, soll sich kümmern um die thatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der

arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten des gesellschaftlichen Kapitals, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind.

Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Assoziationen organisiren; durch Arbeitseinstellungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt ebenso gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefsinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt.

Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppirt sind, sich zusammenschließen und organisiren! Mögen die, welche blos auf ökonomischem Gebiet organisirt sind, in die politische Arena herabsteigen. Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen; und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfplatz erfochten wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem andern.

Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt den Kampf um all' eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

* * *

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

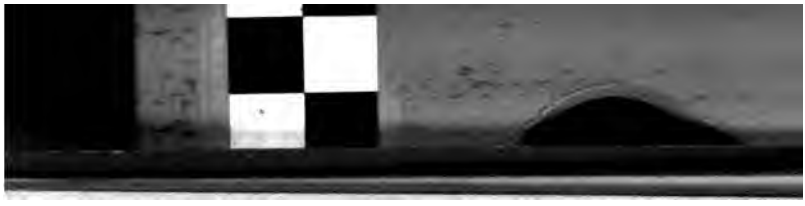
Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privat-Eigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.



Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemein-

schaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Register.

Achter Verhandlungstag 357.
Agitation, lediglich durch den Ausschuß betrieben 531.
— der Partei 368 f.
— Oeffentlichkeit der — 573.
— Zweck der 521. 525.
Agrarfrage 24. 196. 250 f. 338. 340. 359 f. 367 f. 374 f. 500. 876.
— Volksstaat über die 374 f.
Ahnert, Untersuchungsrichter 14. 143. 714.
— Denkschrift über das Aktenmaterial 112.
— Prozeßbericht 207.
Albert, Zeuge 206.
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein — an die Mitglieder des: gegen Schweitzer und für Einigung 121. 794.
— Generalversammlung in Elberfeld 29. 871.
— Stellung des — zur Kriegsanleihe 6.
— Streitigkeiten im — nach Lassalle's Tod 246.
— über die Unmöglichkeit, ihn zu reformiren 842. 871.
— Versuche, ihn gegen die Bourgeoisie auszuspielen 74.
Allgemeines Stimmrecht 26. 43. 46 f. 390. 397.
Allianzen der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien 27. 163. 399. 841.
— mit Partikularisten 27.
Altersversorgungskassen auf dem Nürnberger Verbandstage 786.
Anarchismus 41. 49. 58. 59. 315.
Anarchie und Bourgeoisie 453 f.
Anfrage des „Volksstaat" an Herrn Staatsanwalt Hofmann 640.
Anhang 741 f.
Anklagepunkte des Verweisungserkenntnisses 92. 594.
Anklageschrift der Staatsanwaltschaft 79.
Anklage, Materielle Unterlage der — 345. 501 f. 550 f. 560 f. 578 f. 588. 692.
Annexion von Elsaß-Lothringen 8. 349.
— Der Ausschuß über die — 416 f.
Antisyllabus 94.
Arbeiterausbeutung, Marlin über — 287.
Arbeiter contra Sozialdemokratie 9.
Arbeiterdemonstrationen gegen Krieg 234. 392. 415.
— gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 418.
Arbeiterorganisationen in Frankreich nach der Februar-Revolution 222 f.
Arbeiter und politische Macht 80. 153. 225. 541.
Arbeiterschutzgesetzgebung 40. 271. 786.
Arbeitertag in Gera 196.
Arbeiter-Union in Newyork 391.
Arbeiterverband, Auflösung des — 118. 791.
Arbeitervereine, deutsche — Stärke der — 247.
— sozialdemokratischer, in Leipzig an die Wiener Arbeiter — 387.
Arbeiterzeitungen in Frankreich nach der Februar-Revolution 223.
Arbeiterverhältnisse in England 218 f.
Arbeitseinstellungen 115. 269.
— Ansicht Varlin's über — 286.
Arbeitsertrag 114.
Arbeitszeit, Beschränkung der — 224. 270.
Armuth in England 217.
Assoziation oder Revolution? 391.
Auflösung des Arbeiterverbandes 118. 153. 791.
Aufreizung zu strafbaren Zwecken 104.
— zur Revolution 385.
Aufruf an die Parteigenossen gegen v. Schweitzer 118 f. 794 f.
— der französischen und deutschen Sektion der Internationale in New-York an ihre Genossen in Europa über den Krieg und die internationale Solidarität der Arbeiter 420 f.
— der Handarbeiter an die Kopfarbeiter 474. 884.

Aufruf, die Arbeiter vor dem Kriege zu einigen 121.
— gegen den Krieg 1866 — 234.
— gegen den Krieg 1870'71 — 7. 392. 411. 415.
— gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 418.
— zur Verschmelzung der drei Arbeiterparteien 841 f.
Augsburger Kongreß, Einberufung des. 841 f.
— Franz über den — 846 f.
— Bracke über den — 847 f.
— Bebels Bericht über den — 852 f.
Ausbeutung der Arbeiter, Varlin über die — 237.
— ökonomische und politische — 294.
Ausschuß, Agitation des — 531.
— Brief von Marx an den — über den Mainzer Kongreß — 325.
— Chauvinismus des — 312.
— Differenzen zwischen dem — und dem Volksstaat anläßlich des Krieges 199. 312. 568.
— Funktionen des — 158.
— Kopirbuch des — 501 f.
— Manifest über den Krieg 7. 411 f.
— Mitglieder 139.
— Projektirtes Manifest des — über die Endziele 195.
— Protokoll des — 509.
— Schriftenvertrieb des — 526.
— Stellung des — zum deutsch-französischen Kriege — 7. 411.
— Verhältniß des — zu Becker 516.
— Verhältniß des — zum Volksstaat 513. 528.
— Verhältniß des — zur Internationalen 159.
— Verhaftung des — 17.
— Verlegung des — nach Dresden 142.
— Zweck des — 141.

Babeuf's Verschwörung 44.
Bäckergesellen, Beschwerden der — nach Tremenheeres Blaubuch 220.
Bakunin, Intriguen gegen den Generalrath — 315. 567.
Bär 792.
Barmen-Elberfelder General-Versammlung 29.
Baseler Aufruf an die Kopfarbeiter 884 f.
— Beschlüsse über das Grundeigenthum 250 f. 359 f.
— Aeußerungen Lavendorf's über — 340. 500.
— über die Erbschaftsfrage 251.
— Bonhorst über die — 367 f.
Baseler Polemik über die Grundeigenthumsfrage, Artikel Greulich's im Volksstaat — 359 f.
Basler Kongreß 5. 24. 209. 250 f. 359 f.
— Bericht über den — 240 f. 286.
Bauernagitation 348. 368. 876.
Bauern, Lage der deutschen — 369.
Bauernkriege 374.
Bauernschutz auf dem Baseler Kongreß 360.
Bauern und die Revolution 196. 286.
Bebel an Bracke über die Unterstützung der Waldenburger durch die Internationale 509.
— an den Ausschuß über die Ermäßigung der Parteisteuer 498.
— auf dem Eisenacher Verbandstag 791 f.
— auf dem Nürnberger Vereinstage 81. 541. 758.
— Auffassung der Revolution 160. 282. 303. 305.
— Auftreten gegen Schweitzer 247 f.
— Brief an Bracke, die Mitglieder der Internationale mit Protokollen des Eisenacher Kongresses zu versehen 333.
— Brief an den Ausschuß über dessen Chauvinismus 312.
— Briefe den Revolutionsfonds betreffend 205 f.
— „Erklärung", warum er keine ungehaltene Rede schreiben kann 709 f.
— Erklärung zu dem Wahrspruch 639.
— Haltung zur Kriegsanleihe — 6. 197. 312. 568.
— im Reichstage für die Kommune 4.
— im Reichstage mit Abscheu behandelt 13 f.
— Lebenslauf — 77.
— -Liebknecht's Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei 82.
— Mahnung, die Kräfte nicht in Lokalvereinen zu zersplittern 375. 838 f.
— Rede auf dem Eisenacher Kongreß über das Verhältniß der Partei zur Internationale 129.
— Rede in der Plauener Versammlung 288 f. 545
— Rede über Mitgliederbeiträge 131.
— über das Braunschweiger Manifest 419 f.
— über den Augsburger Kongreß 852 f.
— über den Eisenacher Kongreß 144. 157.
— über den Revolutionsfonds 203.
— über den Staat 292 f. 295.
— über die Beziehungen der Partei zur Internationalen 136.

Bebel über die Internationale 282 f.
— über die Landagitation 716.
— über die Parteiorganisation 144. 151. 157.
— über Parteisteuern 498.
— über die Revolution 103. 160. 282. 303. 305.
— über die Taktik der Partei 121, 389.
— über Rüdt 499 f.
— über Versammlungsbesuch und Aufklärung der Arbeiter 510.
— und v. Frieſen 12.
— Unſere Ziele — 88. 369. 423. 545.
— Unterſuchungshaft 15.
— Verhaftung in Ausſicht ſtehend 12f.
— verhaftet 14.
— Verhältniß zu Liebknecht 720.
— Vernehmung über den Eiſenacher Kongreß 144.
— verurtheilt 19. 635.
— vor das Schwurgericht verwieſen 18 f. 97.
— Wahlſieg 1871 17.
Becker, Johann Philipp — 29.
— Aufruf an die Landbevölkerung 472. 562. 654. 876 f.
— Brief an Bonhorſt 344.
— Brief (wahrſcheinlich an Bonhorſt) über die Republik und die Arbeiterklaſſe 503.
— Brief an — über das ländliche Proletariat — 348.
— Brief an — vom Ausſchuß über die Schweizeriſche Sektion der Internationale 343.
— Brief an — vom Ausſchuß über die Bildung von Kommiſſionen — 346.
— Brief von — an den Ausſchuß hierüber 348.
— Rundſchreiben zur Programmfrage 769 f.
— Verhältniß zum Ausſchuß — 516.
— Vorſitzender der deutſchen Sektion der Internationale 210.
Begründung der ſozialdemokratiſchen Partei 82. 104. 118. 793.
Beeinfluſſung der Geſchwornen 640. 641 f. (vgl. auch „Voreingenommenheit“.)
Berichtigung eines Irrthums auf Seite 18 dieſes Buches 153.
Berka 875.
Berliner Rede Liebknechts, Liebknecht über die — 25 f. 445 f.
— Proteſt gegen die Verleſung der — 437 f.
— Verleſung beſchloſſen 439.
— Schickſale der — 460 f.
— Verwendung der—imProzeß460f.546.
Beſchränkung der Vertheidigung 278. 387. 612 f. 628.
Beslay und Genoſſen, Aufruf an die deutſchen Arbeiter über den deutſch-franzöſiſchen Krieg 408.
Bibel, Verbot des Verleſens von Zitaten aus der — 386. 429 f.
Bildungsvereine 132.
Binkert 792.
Birnbaum, Prof. 644.
Bismarck, 55 f. 72 f.
Bismarck's Blut- und Eiſenregiment 48.
— deutſche Politik 364 f.
— Junkerdemagogie 49 f.
— mit Welfengeld gegründete North German Corr. 326.
— und die Sozialdemokratie 31 f. 249.
— und Generalſtaatsanwalt Schwarze 644.
— Verſuche, die Bourgeoiſie durch den Sozialismus zu vernichten 73.
Blackburn 235.
Blanc Louis 45.
Blanqui 42.
Blaubuch, engliſches, über Transportation und Zuchthausweſen, engliſche Agrikulturarbeiter, öffentliches Geſundheitsweſen, Arbeiterlage 218 ff.
Blum, Hans, 61. 128. 162. 277. 287. 335. 356. 433. 436. 440. 460. 463. 475. 492. 504. 511.
Blum, Robert, über die Erſchießung von — 372.
Bluntſchli über die Revolution 710.
Bomba, Kaiſer 90.
v. Bornhorſt, Brief an Bracke über Radikalismus 327. 494.
— Brief an Heinzen, über das Soldatenmanifeſt 484.
— Brief an Liebknecht und Bebel über die Kaiſerpoſſe 334.
— Briefe an — von Liebknecht 195.
— Brief an Walſter über Soldaten-Agitation 491.
— über das Konzeptbuch 529.
— über die Baſeler Beſchlüſſe 367 f.
— über die gewaltſame Reſolution 531.
— über Militäragitation 530.
— verhaftet 7.
— Verhältniß zu Bracke 517.
— Zeugenvernehmung 195. 527 f.
— zwei Briefkonzepte an Marx — 471.
Bourgeois-Sozialismus 190.
Bourgeoiſie und Anarchie 453 f.
— und Demokratie 115.
Bourgeois und Proletarier 167.
Bourgeoiſie, Verſuche, ſie durch den Sozialismus zu vernichten 73.

Bracke 121. 576. 792. 797.
— an Bonhorst 494.
— an Geib über die Pariser Revolution 501.
— Besprechung des Aufrufes zur Abhaltung eines Arbeiterkongresses in Augsburg 385. 847 f.
— Briefe an — von Liebknecht 195.
— Rede auf dem Eisenacher Kongreß 153.
— über das Verhältniß zur Internationale 514 f.
— über Mitgliederbeiträge.
— verhaftet 1870 7.
— Verhältniß zu Bornhorst 517.
Bracke, Zeuge 195. 513 ff.
Braunschweiger Hochverraths-Prozeß 17 f.
— Berichtigung des Urtheils 153.
— Erkenntniß des Wolfenbütteler Obergerichts — 532.
— Manifest über den Krieg 411 f.
Braß, August 72. f.
Bremer, Julius, 121. 767.
Brentano, Anschuldigung wegen angeblicher Zitatenfälschung Marx' 220.
Briefkonzepte als Anklagematerial 335 f. 344. 346. 471. 501. 529.
— Bonhorst über die — 529.
Bronnemann 792.
Bruhin, Eröffnungsrede des Baseler Kongresses — 240 f.
Bruhn 336. 339.
Brüsseler Kongreß 55. 209.
— „Internationale" 249.
Buchez und Roux über die Revolution 673 f.
Bündnisse mit bürgerlichen Parteien 27 f. 163. 399.
Bürger 792.
Bürgerministerium in Oesterreich 387.
Bürgerliche Demokratie und Sozialismus 21 f. 163. 196. 797 f.
Bürgerliche Freiheit u. Sozialismus 46.
Bürgerliche Parteien, Gesetzgebung der — 23.
Bürgerthum, Servilismus des — 334.
Büttner 783 f.

Cäsarismus 393.
— Ursachen des — 371.
— oder Sozialdemokratie 371.
Cabet 45.
Castelar's Rede wider die Monarchie 508. 887 f.
Chartistenbewegung 58. 223.
Chauvinismus contra Sozialdemokratie 9 f.
Chauvinismus des deutschen Bürgerthums 364 f. 395.
— Französischer — 416.
— Gegen den — 410.
— in der Partei 7. 197 f. 312. 411.
Chemnitzer Programm 145. 721. 909.
Chiffreschrift 287.
Coalition aller staatserhaltenden Parteien 51.
Colditz 792.
Commune 42.
— Pariser — gegen den Sozialismus ausgenutzt — 3 f. 42.
— Solidaritätserklärung der Sozialdemokratie mit der — 86.
— vor dem Reichstage 4.
Communismus und oppositionelle Parteien 193.
— Stellung der Parteien zum — 195.
— wie er sich im Gehirn der Gießener Polizei spiegelt 64 f.
Communistenbund 71 f. 135.
Communistenprozeß, Enthüllungen über den — 135. 551.
Communisten und Proletarier 177.
— wachsender Einfluß der — 340.
Communistisches Manifest 71. 166 f.
— nicht Grundlage des Eisenacher Programmes 144.
Communistische Verschwörungen des XIX. Jahrhunderts von Wermuth u. Stieber 66 f. 583.
Compromisse mit bürgerlichen Parteien 27. 163. 399. 841 f.
— mit Partikularisten 27.
Confidentielle Mittheilungen der Internationale 315. 316 f. 540. 567.
Cooperation, la — 237.
Copirbuch des Ausschusses 335 f. 344. 346. 471. 501 f. 529. 573 f. 655.

Demmler 792.
Demokratie und Sozialismus 21 f. 163. 196. 797 f.
Demokratische Gleichheit in der Partei 37.
Demokratischer Staat 83. 115.
Demokratisches Wochenblatt 53. 82. 83.
— Aufruf an die Kopfarbeiter 474. 884.
Demokratische Ziele und die deutschen Arbeiter 21. 163. 196. 797 f.
Demonstration, Aufforderung des Braunschweiger Ausschusses zur — gegen die Fortführung des deutsch-französischen Krieges 415.
Demonstrationen der französischen Arbeiter gegen Krieg 284.
— Friedliche — gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 418.

Denkschrift über das Aktenmaterial von Ahnert 112.
Denunziation, angebliche — Liebknecht's im Kölner Communistenprozeß 134.
Deutscher Arbeiterverein in Zürich 68.
Deutsche Arbeitervereine der Schweiz, Generalversamml. in Neuenburg 81.
Deutsche Revolution 67.
Deutscher oder wahrer Sozialismus 188.
Deutsch-französischer Krieg 8. 7. 272. 392. 395. 408. 411. 415. 420.
— Wirkung auf die Sozialdemokratie 7. f. 197. 312. 411.
Dezemberbande 420.
Die Fahn' empor, die Fahn' voran 387.
Differenzen zwischen Liebknecht, Bebel und dem Ausschusse in der Kriegsfrage 199. 312. 568.
Diktatur des Proletariats 360.
— und Reform 246. 253.
Disziplin der Partei 37.
Diskussion zwischen Angeklagten und Präsidenten über Bauern und Sozialismus 368.
Dittmar 197.
Dresden wird Sitz der Parteileitung 7.
Dreizehnter Verhandlungstag 534.
Dritter Verhandlungstag 157.

Eccarius 212.
— über das Erbrecht 252.
Egalité in Genf 315.
Ehlers 797.
Eichhoff's Broschüre über die Internationale 209. 216 ff. 566.
Einigungsversuche vor dem Kriege 121. 794.
Einigung, Aufruf zur — an die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 794.
Einkommen- und Grundsteuer in England 217. 221.
Einnahmen der Partei 131. 142.
Einzelmitglieder d. Internationalen 136.
Eisenacher, befehdet von Lassalleanern 10 f. 28 f.
Eisenacher Kongreß 30. 82. 118. 153. 791.
— Korrespondenz aus Amerika über den — 510.
— Einladung zum — 124 f.
— polizeiliche Anmeldung 145.
— preußische Polizeikommissäre als Zuhörer 145.
— von v. Schweitzer bekämpft, 248 f.
— Partei 5.
— Programm 53. 137.
— Bebel, Verfasser — 144.
— nach dem Muster des Programms der Volkspartei 144.
Eisenacher Programm, Bracke über das — 522.
— Später über das — 525. 527.
— Protokoll 128 f. 791 f.
Eisenacher, Stellung der — zur Kriegsanleihe — 5 f.
Eisenacher Verbandstag 30. 82. 118. 153. 791 f.
— Bebel, Eröffnung 791.
— Geschäftsbericht 792.
— Stellung des Verbandes zur sozialdemokratischen Partei 793 f.
Elberfelder Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 29. 871.
Elfter Verhandlungstag 492 f.
Ellner 402. 797.
Elsaß-Lothringen, Annexion v. — 8. 349.
— Der Ausschluß über die Annexion von — 416 f.
Emanzipation der Arbeiter 80.
— der Arbeit nicht Werk einer Minderheit 43.
— der Frau 39.
Emser Depesche 5. 56.
Endziele der Partei 114. 143. 156. 259 f. 353. 521; vergl. auch Prinzipien und Taktik.
Engels 29. 71. 212.
— Brief an den Ausschuß über die Machenschaften der preußischen Polizei 326.
— In Sachen Brentano contra Marx 220.
England, Armuth in — 217.
Englischer Sozialismus 46.
Entscheid d. Oberappellationsgerichts 99.
Entscheidungsgründe für die Verurtheilung 637 f.
— in der Untersuchungssache 100.
Entstehungsgeschichte des Prozesses 464.
Entthronung der Fürsten 366 f.
Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse 524.
Entwicklung, organische — 24 f.
Entwicklungsgesetz und Sozialdemokratie 35. 59 f.
Erbschaftsfrage, Stellung des Baseler Kongresses zur — 25 f. 251.
Erfurter Programm 54.
Erhebung der Anklage 18. 79. 92.
Ernstes und unterirdisches Handeln 317. 319.
Erster Verhandlungstag 61.
Erziehertscher Einfluß der Sozialdemokratie 39.
Europäischer Soldat an seine Mitsoldaten 474. 476 f. 491. 519.
Exner 99.
Expropriation, Gewaltsame — 522 f.

Fahnenweihe des Grazer Arbeiterbildungsvereins 380 f.
Familie und Sozialdemokratie 39.
Faucher 453.
Februar-Revolution 48. 196.
Feierabend 775.
Felleisen, Das — 81. 82. 342.
— -Artikel über „Unsere Grundsätze" 353.
— Empfehlungs-Annonzen 431.
— Nichtigkeitsbeschwerde wegen Vorlesung von drei Artikeln aus dem — 492.
— Parteiorgan 355.
Fenier 235.
Feudale Sozialismus, Der — 185.
Finanzielle Opfer zur Agitation 133.
Föderativ-Republik 286.
Forderungen des Proletariats 404.
— des Volkes im Augenblick der Revolution 207. 310 f. 552.
— nächste — der Sozialdemokratie 554.
Forst, Schweitzerische Prügelszenen in 326.
Försterling 443.
Fortschritt der Nation, Gladstones, Exklamationen über den — 220.
Fortschritte der Sozialdemokratie 47. 53 f. 58 f. 868 f.
Fourier 45.
Frankfurter Beobachter über den Prozeß 161. 162.
Französisch-russische Allianz als Konsequenz der Annexion von Elsaß-Lothringen 417.
Französischer Chauvinismus 416.
Französischer Sozialismus 44.
Französische und die deutsche Sektion der Internationale in New-York über den Krieg 420 f.
Französische Revolution 44.
Freie Persönlichkeit 36.
Freiheit, Individuelle — 114.
Freiligrath 86. 434 f.
Friedensliga 286. 344.
Friedens- und Freiheitsliga, Manifest der — 392. 857.
v. Friesen 644.
— und Bebel 12.
Fritzsche 340.
Führer der Partei u. Bevormundung 16.
Fünfter Verhandlungstag 281 f.
Fürsten als Rebellen 373.
Fürsten, Entthronung der — 366 f.

Garibaldi 56.
Gauverbände 87. 132. 144. 158. 375.
Gehälter der Angestellten des Volksstaat 357
Geheim-Organisation 317. 319.
Geib 141.
— Ansprache an den Eisenacher Kongreß 155.
— Brief an — vom Ausschuß 343.
— Liebknecht über Rede von — 155.
— Schlußwort des Eisenacher Kongresses — 136.
— über die Taktik und die Organisation 379.
— verhaftet 7.
Geistiger Kampf 34 f. 40 f. 261.
Geldnoth der Partei 331.
Gemeindevertretung und Sozialdemokratie 31.
Generalrath der Internationalen 209. 212. 216.
— Aufforderung zur Anfertigung eines statistischen Berichts über die Arbeiterlage 509. 908.
— Instruktion für die provisorischen Delegirten des — 229 f.
— konfidentielle Mittheilungen des 315.
— Politische Thätigkeit des — 233. 272.
— Proklamation des — über Arbeiterverhaftungen in Frankreich 275.
— Proklamation des — gegen geheime Verbindungen 283.
— Programm des — 509. 907 f.
— Protest des — gegen Hinrichtung der Fenier 235.
— Stellung des — zum deutsch-französischen Kriege — 7. 272 f. 395 f. 408 f. 420 f.
Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Elberfeld 29.
— der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in Neuenburg 81.
Genfer Kongreß 80. 209.
— Beschluß des — über den Generalrath 229.
Genossenschaftswesen und der Staat von Karl Hirsch 165. 807.
Genter Manifest 919.
Geraer Verbandstag 196.
Gerichtshof, Zusammensetzung des — 62.
Germann, über Wanderunterstützung auf dem Nürnberger Verbandstag 787.
Geschworner Börner 308.
— Steiger 466. 634. 636. 643.
— Wahrspruch der — 634.
— zur Charakteristik der — 642 f.
Gesellschaft und Staat 156. 268. 292 f. 295.
Gesetzen, Stellung der Partei zu den — 146.
Gesetzliche Aktionen 255.

Gesetzesverletzung — Gesetzesumgehung 140.
Gessing, Professor, Zeichenrektor 801.
Gewaltaktion 41. 49 f. 59. 121 f. 148. 376. 427 f. 520 f. 531. 544. 556. 584. 667.
Gewerkschaftsfrage 24.
— Ueber die — auf dem Nürnberger Verbandstage — 786.
Geyer 792.
Gießener Polizei über Liebknecht 64 f.
Gistra, Mißtrauensvotum gegen — 387.
— über Mühlwasser und die Polizei 150.
Gladstone's Zitat über Vermehrung von Reichthum und Macht 220.
Gögg, Amand 200.
— über den Revolutionsfonds 819 f.
Goehre, Brief an Liebknecht (Soldatenagitation) 485.
Goldheim, Stieber's Famulus 145.
Gothaer Programm 53.
Gotteslästerung, Anklage wegen — an das Bezirksgericht verwiesen 95. 99. 102.
Gralle, verhaftet 7.
GrazerArbeiterbildungsverein,Fahnenweihe 380 f.
Grazer Tagespost 164. 473.
Grenzboten, Hetzereien 61.
Greulich 792.
— Artikel im Volksstaat: „Zur Heulmeierei gegen den Baseler Kongreß" 359 f.
— für das Programm, Selbst- und Staatshilfe, auf dem Nürnberger Verbandstage 777.
Grund- und Bodenfrage 24. 196. 250 f. 338. 340. 359 f. 367 f. 374. 500.
— Stellung des Baseler Kongresses zur 250 f.
— Stellung d. Sozialdemokratie zur 252.
— auf dem Baseler Kongreß und dem Trades-Unions-Kongreß in Birmingham 359 f.
— Volksstaat über die — 374 f.
Grund- und Einkommensteuer in England 217. 220.
Gründung der sozialdemokratischen Partei 82. 104. 118. 793.
Gründung revolutionärer Arbeitervereine 105. 561.

Hadlich 792.
Hamburger Kontrollkommission 7. 141. 159.
Hartung 875.
Haß, gegen Sozialdemokratie 18.
Hatzfeld, Gräfin 119.
Heinzen, Karl 106. 336. 339.
— Brief an Bonhorst 484.
— Ein europäischer Soldat an seine Mitsoldaten (Soldatenkatechismus) 475. 519. 563.
— Verhältniß zur Partei 487.
— Wer und was ist das Volk 497. 530.
Hentze 202.
Hepner an den Ausschuß über die Aufgaben des „Volksstaat" 503 f.
— die politische Demimonde 79.
— Erklärung zu dem Wahrspruch 640 f.
— freigesprochen 19. 634.
— Lebenslauf 78.
— „Mein Verhältniß z. Prozeß"723 f.
— Mitredakteur des „Volksstaat" 13.
— Protest, sich zu vertheidigen 388.
— über Redaktionelles und die Agitation 507.
— über seinen Protest gegen Beschränkung der Vertheidigungsfreiheit 428 f.
— Untersuchungshaft 15.
— verhaftet 14.
— Vernehmung über den Eisenacher Kongreß 145.
— vor das Schwurgericht verwiesen 18. 97.
— wünscht Zitate aus der Bibel zu verlesen 386. 429.
Herwegh 434 f.
— Zug 69.
Heß, Moritz, Biographisches — 742.
— über die soziale Revolution 110. 404. f. 742 f.
Hilfsmittel, theoretische — der Internationale 269 f.
Hillmann, Hugo 134.
Hirsch, Karl 499.
— an den Ausschuß über das Manifest 467 f.
— Der Staat und das Genossenschaftswesen 165. 807 f.
— gegen Bildungsvereine, für das Programm, auf dem Nürnberger Verbandstage 776.
— Dr. Max, Zeuge 206.
— Redner gegen Bebel in Plauen 298.
Hochberger 776.
Hochverraths, juristische Seite des — 79. 548. 553. 578 f. 678 f.
Hochverrätherische Umtriebe, — angebliche des Kommunistenbundes 135.
Hochverrath, Vorbereitung zum — 17. 89. 93. 100. 104. 548. 570 f. 584.
Hochverraths-Prozeß — ein Tendenzprozeß 5. 580 f. 656. 658.
Hoffmann, Dr., — Zeugenverhör 117. 304. 587.

Hoffmann, Genosse — 797.
— Staatsanwalt — 91.
v. Hoffstetten 248.
Höra, Vorsitzender — (in der Plauener Versammlung) 288.
— Zeuge — 206.
— Zeugenverhör — 306.
Hubertusburg 19.

Inauguraladresse von K. Marx 217. 540.
— Liebknecht über die — 258.
Industrie- und Agrikulturarbeiter, Volksstaat über die — 373 f.
Instruktion für die Delegirten des provisorischen Generalrathes 229.
Intellektueller und moralischer Zusammenbruch 51 f.
Internationale Arbeiter-Assoziation 80.
— Arbeiterschutz, Stellung zum — 270 f.
— Aufforderung zu Arbeiterdemonstrationen gegen die Kriegspartei (1866) 234.
— Bebel über die — 282 f.
— Beschuldigung der — angehört zu haben 106.
— Brief der — an den Stuttgarter Kongreß über Militarismus und Landagitation 347.
— Confidentionelle Mittheilungen 315 f.
— Eichhoff's Schrift über die — 209 f.
— Finanzielle Verhältnisse der — 339.
— Internationale Hilfsmittel der — 269.
— Instruktion für die Delegirten des provisorischen Generalrathes 229.
— Liebknecht über die Organisation der — 263.
— Liebknecht über die Statuten der — 263.
— Londoner Delegirten-Conferenz 435. 861 f.
— Mitgliedskarte der — 314.
— Organisation der — 209. 213 f. 226 f. 268 f.
— Politische Thätigkeit der — 233.
— Privatkonferenz von Mitgliedern der — 336.
— Programm der — 114. 509.
— Schwierigkeiten, mit denen die — zu kämpfen hatte 216.
— Statuten der — 226 f. 263.
— statistische Untersuchungen, als Aufgaben der — 270.
— Stellung der — zum deutsch-französischen Kriege 7. 272 f. 395 f. 408 f. 420 f.
— Stellung der — zur irischen Frage 317
— Stiftung der — 216. 540.
— Taktik 317. 319. 540.
— theoretische Hilfsmittel der — 269 f.
Internationale Unterstützung der Arbeiterkämpfe 269. 509.
— Verhältniß der Partei zur — 107. 116. 120. 129 f. 136. 159. 210 f. 253. 285. 317 f. 322. 327. 328. 330. 332. 333. 336. 338. 342. 344. 352. 514 f. 528. 546. 564 f. 760 f.
— Verhältniß der — zu den Vereinsgesetzen 285.
— verschiedene Strömungen in der — 212.
— Oberleitung der — 518. 526.
— Zweck der — 276. 565.
Internationalität der Arbeiter 285.
— des proletarischen Kampfes 260 f.
Irische Frage, Stellung des Generalrathes zur — 317.
Jakoby, Johann, über den Klassenkampf 400 f.
— über den Prozeß 21.
— verhaftet 7.
— Beitrittserklärung zur sozialdemokratischen Partei 21.
Jessing, Professor 117.
Julirevolution 57.
Junischlacht 42. 370.
Jung 212.

K. siehe auch C.
Kaiser Bomba 90.
Kaiserposse, Liebknecht über die — 334. 502. 576.
Kampfesweise der Sozialdemokratie 34 f. 40 f. 261.
Kampf gegen Sozialdemokratie 31 f.
Kampf, proletarischer — 260 f.
Kapitalismus, Konsequenzen des — 114.
Kapitalismus und Sozialdemokratie 36.
Kapital und Arbeit 114.
Kartätschen-Prinz 90.
Kassenbericht der Partei 508.
Klees 797.
Kinderarbeit, Abschaffung der — als Ziel der Internationale 271.
Kinkel, Gottfried 132.
Kinkel's Revolutionsfond 201.
— Revolutionsmacherei 202.
Kirbach, Advokat, Zeugenverhör 307. 538.
Kirchner 775.
Klassengegensätze in England 217 f.
Klassenherrschaft, Abschaffung der — 261.
Klassenkampf 217. 384.
— Jacoby über den — 400 f.
— Liebknecht über den — 701.
Klassenstaat der Bourgeoisie 156. 292 f. 295
Kleinbürgerlicher Sozialismus 186.
Kneschke, Polizeikommissar 117.

Koalitionsfreiheit 115.
Kohlrausch 792.
Kölz 792.
Kommunismus (siehe unter C.)
Kongresse (siehe Arbeitertag, Generalversammlung, Verbandstag, Vereinstag).
— Augsburg 384 f. 841 f. 847 f. 852 f.
— Barmen-Elberfeld 29.
— Basel 6. 24. 209. 289 f. 245 f. 250 f. 340.
— Brüssel 55. 209.
— Eisenach 30. 82. 118. 124 f. 145 f. 791.
— Genf 80. 209. 229.
— Gera 196.
— Gotha 53.
— Lausanne 208. 286.
— London 435. 861.
— Mainz 211.
— Murten 71.
— Neuenburg 81.
— Nürnberg 30. 81. 113. 116. 118. 152. 758 f.
— Paris 55.
— Stuttgart 5. 158. 256. 325. 347. 396. 469.
— Zürich 55.
v. König 99.
König von Hannover als angeblicher Geldmann der Partei 132.
Königthum, soziales — 58.
Konservativer oder Bourgeois-Sozialismus 190.
Kontrolkommission 7. 141. 159.
Konceptbuch 335 f. 344. 346. 471. 501 f. 529.
Kopfarbeiter, Aufruf an die — 474. 881 f.
Kooperativbewegung 165. 224.
Kossuthfonds 201.
Kraft 792.
Kramlinger 872.
Krebs 788.
Krieg, Aufruf, die Arbeiter vor dem . . . — zu einigen 121.
— Aufruf Beslay's und französischen Genossen 408 f.
— französische und deutsche Sektion der Internationale in New-York 420 f.
— Braunschweiger Manifest über den — 7. 393. 411 f. 859.
— Kundgebungen gegen den — 234. 392 f. 415.
— Partei während des — 197 f.
— Volksstaat über den deutsch-französischen — 409.
— Artikel des Vorboten „Zur Lage" über den — 350. 832.
— Artikel des Vorboten „Zur Tagesfrage" über den — 349. 825.
Kriegsanleihe, Stellung der Sozialdemokratie zur — 5 f. 197. 339. 411.
Kriegsfrage und die Partei 336.
Krieges, Verhinderung des — durch die Internationale 272 f.
Krise in der Partei infolge des Krieges 8.
Kritisch-utopischer Sozialismus 191.
Kronzeuge Hentze 202.
Kühn, verhaftet 7.
Kundgebungen gegen den Krieg 234. 392 f. 415.

Ladendorf, Dr. 84. 124. 125. 132. 200. 552. 659
— Erklärung über den Revolutionsfonds 200. 819 f.
— Liebknecht's Urtheil über — 511.
— Personalien 202.
— über das Grundeigenthum 340.
— über die Baseler Beschlüsse 500.
— über die revolutionäre Aktion 342. 542.
— und die Sozialdemokratie 27.
— Verhältniß zu den Angeklagten 343. 515.
Lage, Zur — Artikel des Vorboten über den Krieg 1870 71. 350. 832.
Landagitation 348. 368. 373. 470. 473 f. 544. 562. 654.
— Zentralkomitee der Internationalen über — 347.
Landfrage 24. 196. 250 f. 338. 340. 359 f. 367 f. 374. 500. 562. 876.
Ländliche Arbeiterbevölkerung, Manifest an die — 472. 562. 876.
Landtage und Sozialdemokratie 31.
Lassalle 42. 48. 74. 541.
Lassalleaner gegen Eisenacher 10. 28.
Lassalleanische Arbeiterpartei 384 f. 841 f.
— Aufruf zum Augsburger Kongreß 841 f.
— Einigungsprogramm 845.
Lassalle's Agitation 32. 245. 541.
— Auffassung über die Revolution 108.
Lausanner Kongreß 209.
— Liebknecht über den — 286.
Leipziger Tageblatt hetzt gegen Volksstaat 10.
— Hetzereien 61.
— über die Plünderung von Luxusgegenständen 361.
Leipziger Zeitung 642.
Liebknecht, angeblich denunziatorischer Brief — 134 f.
— Auswanderungsplan 502.
— Ausweisung aus Berlin 29. 75.
— - Bebel's Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei 82.
— Berichtigung einer Preßmeldung 208.

Liebknecht. Bericht über Deutschland auf dem Baseler Kongreß 245 f.
— Berliner Rede, Protest gegen Verlesung — 436 f.
— Berliner Rede, Verlesung beschlossen 439.
— Berliner Rede — Schicksale von — 460 f.
— Berliner Rede, über die — 25. 445 f. 546.
— Brief an Bonhorst, Aufforderung, daß Marx gegen Schweitzer auftritt 880.
— Briefe an Bracke und v. Bonhorst 195 f.
— Brief an den Ausschuß wegen des Mainzer Kongresses 880.
— Brief an die Morning Post 707.
— Brief von Raspe 852.
— büßt 1871 sein Mandat ein 16.
— Zitate aus Dante 647 f.
— Delegirter in Basel 198. 212.
— Differenz mit dem Ausschuß 199. 312. 839. 568.
— Erklärung zu dem Wahrspruch 639.
— im Reichstage mit Abscheu behandelt 13 f.
— in Nürnberg 81. 778 f. 788.
— für das Programm 778 f.
— Kölner Kommunistenprozeß 67.
— Lebenslauf 67.
— Personalien 62.
— Polizeischikanen 74.
— polizeiliches Leumundszeugniß 68 f. 657.
— Redakteur der Nordd. Allgemeinen Zeitung 72.
— Redakteur des Demokratisch.Wochenblattes 82.
— Republikaner 367. 541.
— sozialistische Propaganda in der Schweiz 70 f.
— Stellung zu den Gesetzen 146.
— Stellung zu den Lassalleanern 28 f.
— Stellung zur Grund- und Bodenfrage 250 f. 654 f.
— Stellung zur Kriegsanleihe 6. 197.
— Stellung zur Revolution 372. 107 f. 661. 667 f.
— über Allianzen und Kompromisse mit bürgerlichen Parteien 399.
— über Bebel's Rede auf dem Eisenacher Kongreß 149.
— über Bracke's Rede auf dem Eisenacher Kongreß 135.
— über das Braunschweiger Manifest 419.
— über das Kommunistische Manifest 195. 207.
Liebknecht über das Flugblatt „Forderungen des Volkes im Augenblick der Revolution 311. 646.
— das monarchische Prinzip 667.
— über den Ausschuß 651 f.
— über den Baseler Kongreßbericht 257.
— über den Eisenacher Kongreß 147.
— über den Klassenkampf 701 f.
— über den Revolutionsfonds 201.
— über den Sozialismus 694 f.
— über den Staat 156. 268. 686.
— über den Straßenkampf 148. 652. 683.
— über die Agitation Lassalle's 245.
— über die Baseler Beschlüsse 185.
— über die Bezeichnung „republikanische Partei", in Eisenach 131.
— über die Friedensliga 286.
— über die Inauguraladresse 250.
— über die Kaiserposse 502. 576.
— über die „Konfidentiellen Mittheilungen 318.
— über die Organisation der Internationale 263.
— über die politische Stellung der Partei auf dem Stuttgarter Kongreß 396.
— über die Statuten der Internationale 263.
— über die Taktik und die Prinzipien der Partei 24. 31. 34 f. 40 f. 142 f. 146 f. 156. 264. 388. 652 f. 664.
— über die Vorrede zu Marx' Kapital 322 f.
— über die Wehrfrage 788.
— über die Ziele des Sozialismus 259 f.
— über Heinzens Soldaten-Katechismus 485 f. 646.
— über Ladendorf und die Republik 511.
— über Mühlwasser's Rede auf dem Eisenacher Kongreß 149.
— über v. Schweitzer 246.
— Zeidlers Correspondenz 651. 704.
— ungehaltene Rede 645 f.
— Unkenntniß der Statuten der Internationale 325.
— Untersuchungshaft 15.
— Verhaftung in Aussicht stehend 12 f.
— verhaftet 14.
— Verhältniß zu Ladendorf 343.
— Verhältniß zu Marx 107. 213.
— Vernehmung über Eisenacher Kongreß 139 f.
— Versuche Bismarck'scher Agenten, ihn zu kaufen 73.
— verurtheilt 19. 635.
— verurtheilt wegen Erregung von Haß und Verachtung 436.
— verurtheilt wegen Bannbruch 76.

Liebknecht vor das Schwurgericht verwiesen 18. 97.
— während der deutschen Revolution 69 f.
— Wiener Rede 436. 868.
— Wohnung von Lassalleanern demolirt 11.
Lokalorganisationen 87. 132. 144. 158. 375 f. 838 f.
Lokalvereine in Verbindung mit dem Ausschuß 149 f.
— Zahl der Mitglieder 471.
— Warnung vor Zersplitterung in — 375 f.
Londoner Delegirten-Conferenz der Internationale 435. 861 f.
Lorenz 792.
Lößener Kettenaffaire 7. 17.
Löwenstein 792.
— Rede auf dem Nürnberger Kongreß 152 f.
— über das Programm 768.
Luber 517.
Lübecke 517. 529. 797.

Macaulay über die Revolution 674.
Mahnung, eine, an die Partei von Bebel 838 f.
Mainzer Kongreß, Berufung des — 211.
— und die Internationale 325.
— Versuche der Polizei ihn unmöglich zu machen 326.
Majestätsbeleidigung, Anklage wegen — an das Bezirksgericht verwiesen — 95. 99. 102.
Malech 792.
Mammonismus 35. 56. 111.
Manifest an die ländliche Arbeiterbevölkerung 472. 876.
— Genter 919.
— Kommunistisches — 166 f.
— Liebknecht über das — 195. 207.
— projektirtes — des Ausschusses über die Endziele 195.
Mannsfeld, Gerichtsrath 113.
St. Martins Hall, Meting in der — 216.
Marx, Karl 29. 42. 71. 83. 212. 540.
Marx' angebliche Zitatenfälschung 220.
— Auffassung über die Revolution 319 f.
— Brief von — an den Ausschuß über den Mainzer Kongreß — 325.
— 3 Briefe an den Ausschuß 386 f.
— über die Berichte der nationalen Komitees 337.
— über das Verhältniß von Heinzen-Bruhn zur Partei 339.
Marx über das Manifest des Generalrath 6. 837.
— Generalrath der Internationale 319.
— „Herr Vogt" 202.
— Ladendorf über die Privilegien von — 340.
— Oberleitung der Partei 547. 569.
— Verhältniß zu Liebknecht 107. 213.
März-Revolution 57.
Massendemonstrationen 234.
Mazzini 218.
Mende 119. 121. 443.
— Stellung zur Kriegsanleihe 6.
Mendel 792.
Mentana, Wunder von — 56.
Metzner 792.
Militär-Agitation 476 f. 485. 544. 562.
— Beschuldigung — getrieben zu haben 105.
— Bonhorst über — 530.
Militarismus, Bebel über den — 293. 295 f.
— Die Internationale über den — 420 f.
— Ein europäischer Soldat an seine Mitsoldaten 475.
— Ueber den — auf dem Nürnberger Verbandstage 788.
— Zentralkomitee der Internationale über — 347.
— Soldaten-Katechismus 105. 474. 476. 491.
Ministerwechsel in Oesterreich 15.
Mitgliederbeiträge, Debatte über — in Eisenach 131. 498.
Mitgliedskarte der Internationale 314.
Mitteldeutsche Volkszeitung 75.
Monarchie und Republik nach Auffassung des Staatsanwalts 79. 543.
Monarchie und Volk 377.
Moralischer und intellektueller Zusammenbruch 51. 59 f.
Morning Post, Brief Liebknecht's an die — 707.
Mosig 792.
Most 255.
Motteler 793.
v. Mücke, Ritter, Präsident des Gerichtshofes — 277.
Mühlwasser's Auftreten in Eisenach 130.
— in Wien 873.
— Kritik über die Rede — durch Liebknecht — 149.
— agent provocateur 150. 151.
— Protest gegen Liebknecht 472.
Müller, Appellationsgerichtsrath 642.
Murat über das Erbrecht 258.
Murten, Kongreß von — 71.

Nächste Forderungen der Partei 143.
Napoleon Bonaparte 90. 415. 420.
Nauwerk 202.
Neu 792.
Neuenburg, Generalversammlung der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in — 81.
Neue Aera in Oesterreich, Verfolgung der Sozialdemokratie unter der — 358 f.
Nemayer 152.
Neunter Verhandlungstag 407.
Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Wahrspruch 492. 634.
Nimtzick 874.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Liebknecht, Redakteur der — 72.
— ausländische Korrespondenzen der — 507.
North German Korrespondenz 826.
Nothjung 135.
Nürnberger Programm 81.
Nürnberger Vereinstag 30. 81. 113. 116. 118. 758.
— Annahme des Programms 782.
— Bebel's Eröffnungsrede 541. 758.
— Becker's, Ph., Rundschreiben 769 f.
— Bütter-Genf zur Programmfrage, Aussprache 783 f.
— Debatte über die Tagesordnung 759 f.
— Feierabend 775.
— Germann über Wanderunterstützung 787.
— Greulich für das Programm (Selbst- und Staatshilfe) 777.
— Hirsch, Karl, gegen Bildungsvereine, für das Programm 776.
— Hochberger gegen die Internationale 776.
— Kirchner für das Programm 775.
— Krebs gegen das Programm 778.
— Liebknecht für das Programm 778 f.
— Liebknecht über die Wehrfrage 788.
— Löwenstein Fürth, für das Programm 152 f. 768.
— Pfeiffer gegen das Programm 778.
— Protest 789 f.
— Protestkommission 785.
— Protokoll vom — 758 f.
— Rögner gegen das Programm 777.
— Schweichel über indirekte Steuern 787.
— Schweichel zur Programmfrage 760 f.
— Schulze-Hamburg gegen das Programm 776.
— Sonnemann über Altersversorgungskassen 786.
— Sonnemann über die Gewerkschaftsfrage 786.
Nürnberger Vereinstag, Suttmann's Amendements 769 f.
— Text des Programms 782 f.
— Thorade, Ablehnung des Programms 775.
— Wahlteich für die Internationale 765.
— Benedey's Antrag zum Programm 769. f.

Oberappellationsgericht, Entscheidung des — 99.
Oberleitung, internationale — der Partei 518. 547.
Obermüller, von Studenten eine Katzenmusik gebracht 10.
Oberwinder 30. 125.
Oeffentlichkeit der Propaganda 540. 653 f.
Oekonomische und politische Ausbeutung 237. 294.
Opfer, finanzielle — für Agitation 133.
Organisation der Arbeiter in Frankreich nach der Februar-Revolution 22 f.
— der Internationale 209. 213. 226 f. 268 f.
— der Partei 82. 139. 144. 157 f. 580 f. Vergl. auch Taktik.
— der Partei, entsprechend dem Vereinsgesetz 255 f.
— und Revolution 112. 253 f.
— und Taktik, Geib über — 379.
Organische Entwicklung 24 f.
Oesterreichische Arbeitervereine, Theilnahme der — am Eisenacher Kongreß 82.
— Sozialdemokratie, Verfolgung der — unter der „neuen Aera" 358 f.
Oesterreichisches Ministerium, Mißtrauensvotum gegen das — 387.
— Ministerwechsel 15.
Owen, Robert 224.

Pantheonsversammlung in Leipzig 119.
Papstthum, Soziales — 58.
Pariser Kongreß 55.
Parlamentarismus s. Liebknecht's Berliner Rede.
Partei, Stellung der — anläßlich der Kriegsfrage 336.
— Anmeldung der — 146. 517.
Parteibeiträge 131. 142.
— Ermäßigung der — 498.
Partei, Die — während des Krieges — 197 f.
Parteieinnahmen 142.
Parteigründung 82.
Parteikrise in Folge des Krieges 8.
Partei ohne Führer 16.
— polizeilich in Eisenach angem. 146.

Partei, Subvention der — aus dem Züricher Revolutionsfonds — 200 f.
— unter dem Kriegsrecht 141 f.
— Verhältniß zur Internationale 107. 116. 120. 129 f. 136. 156. 210 f. 253. 285. 317. 322. 327. 328. 330. 332. 333. 336. 338. 342. 344. 352.
— Zweck der — 521. 525.
Partikularismus in Sachsen 27. 123.
Pauperismus in England 217.
Pfeiffer, Dr. 778.
Plaidoyers 539 f.
— des Staatsanwalts 539 f.
— des Vertheidigers Freytag I. 550 f.
— des Vertheidigers Freitag II. 577 f.
Plauener Versamml. Bebel's 288. 545.
Plebiszit vom 8. Mai 1870. 398.
Plünderungen, Das Leipziger Tageblatt über — 351.
Politische Aktion des Proletariats 264.
— Ladendorf über die — 342.
Politische Aufklärung der Arbeiter 133. 154.
Politische Bilanz des Prozesses 19 f.
Politische Demimonde, Die — von A. Hepner — 79.
Politischer Kampf der Partei 389.
Politische Lage, Der Vorbote über die — 350. 832.
Politische Macht 80. 153.
— Eroberung der — durch die Arbeiter 225. 556.
Politische Prozesse 8.
Politische Revolution 405 f.
Politische Stellung der Sozialdemokratie 249.
— der Partei, Liebknecht's Rede auf dem Stuttgarter Kongreß über die 396.
Politik, Stellung der Arbeiter zur — 153.
Politische Thätigkeit des Generalraths 233.
Politische und ökonomische Ausbeutung 294.
Polizei, preußische — Versuche der — den Mainzer Kongreß unmöglich zu machen 326.
Polizeichikanen 74.
Preßpolizei in Sachsen 280.
Presse, Sozialistische — 53. 54.
Preßgesetz, Sächsisches — 363.
Preußens politische Rolle 39 f. 253. 422. 873.
Preußische Polizei, Versuche der — den Mainzer Kongreß unmöglich zu machen — 326.
Preußische Regierung drängt auf Fortführung des Prozesses 17.
Prinzipien und Taktik der Partei 24. 31. 34 f. 40 f. 404; vergleiche auch Taktik.
Privat-Korrespondenzbuch 494.
Privateigenthum, Aufhebung des — 374.
Produktion, Regelung der — als Ziel der Sozialdemokratie 259 f.
Produktiv-Assoziationen 165. 495. 807 f
Programm, Debatte über das — auf dem Nürnberger Verbandstage 760 f.
— der Internationalen Arbeiter-Assoziation 114.
— des Augsburger Einigungskongresses 845 f.
— des Generalraths 509. 907.
— Chemnitzer 145. 721. 909.
— Eisenacher 37. 53.
— Eisenacher — nach dem Muster des Programms der Volkspartei 144.
— Erfurter
— Gothaer 53.
Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation 283.
— über Arbeiterverhaftungen in Frankreich 275.
Proletarier, Der — 384. 846.
Proletarierlied 354.
Proletariat, Forderungen des — 404.
Proletarier und Bourgeois 167.
— und Kommunisten 177.
Proletarische Revolution, Marx über die — 320 f.
Propaganda der That 41. 49 f. 59. 315.
— durch den Prozeß 20. 691.
Protest des Generalraths gegen Hinrichtung der Fenier 235.
Protokoll des Eisenacher Verbandstages 128 f. 791 f.
— des Nürnberger Vereinstages 758 f.
— des Stuttgarter Kongresses 347.
Protokollbuch des Ausschusses 135. 509.
— Das — im Kölner Kommunistenprozeß 87.
Proudhon 45.
Prozeß-Berichtes, Bemerkungen über die Redaktion des — 23.
Prozeß, Entstehungsgeschichte des — 464 f. 583. 656 f.
— historische Bedeutung des — 24.
— Langsamer Fortgang des — 17.
Publikum bei den Prozeßverhandlungen 61.
Putsche 41. 49. f. 57. 59. 121. 149. 376. 427 f. 520 f. 531. 652.
Pusch 98.

Quick 792.

Radikalismus, Aufreizung zum — in einem Briefe v. Bonhorst 327.
Raspe, Briefe von — an Liebknecht und Bracke 352.
Reaktionäre Sozialismus, der — 185.
Rechtsbelehrungen der Geschworenen 629 f.
— Einwendungen dagegen 633.
Reform-Liga, englische 234. 567.
Reform und Diktatur 246. 258.
Regierungssozialismus 74.
Reichstag gegen Sozialdemokraten 14.
— turbulente Szenen im — 14.
— und Sozialdemokratie 31.
Repliken 613 f.
— des Staatsanwalts 613 f.
— des Vertheidigers Freytag I. 623 f.
— des Vertheidigers Freytag II. 628.
Republik, Auffassung des Begriffs der — 142 f. 367. 543.
— sozialdemokratische — 370.
Republikanismus der Sozialdemokratie 24 f. 84. 367. 370.
Republik und Monarchie nach Auffassung des Staatsanwalts 78.
— Castelars Rede für die — 508. 887.
Resolution des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Leipzig an die Wiener Arbeiter 387.
Revolution 87. 310. 542. f. 598 f.
— Ansichten der „Arbeiter-Union" über — 391.
— Ansichten des Volksstaat über — 84.
— Auffassung der Partei von der — 505.
— Auslassungen der Angeklagten über — 107 f.
— Bebel's Aeußerungen über die — 108. 160. 282. 303. 305. 710.
— Bonhorst über die — 531.
— Definition des Begriffes — 457 f. 108 f.
— die — nach Auffassungen Marx' 319 f.
— in Deutschland 57.
— indirekte Aufforderung Bebel's zur — 303. 305. 545.
— Ladendorf über die — 342
— Lassalle über die — 108. 541. 661.
— Liebknecht's Stellung zur — 107. 372.
— Schelling, Vater über die — 109.
— Buchez und Roux über die — 673.
— Bluntschli über die — 710.
— Friedrich d. Gr. über die — 711.
— Macauly über die — 674.
— Stein, Lorenz über die — 736.
Revolutionäre Aktion, Ansichten Ladendorf's über die — 342.
Revolutionäre Bewegung in England 317.
Revolutionäre Gedichte 433 f.
Revolutionäre Geschichte Deutschlands 43.
Revolutionäre Reden, Anschuldigung — gehalten zu haben 105.
Revolutionäre Taktik 356. 385. 391. 427 f. 431. 447 f.
Revolutionskomitee, Generalrath im — 318.
Revolutionsfonds 132. 142. 542. 553. 659.
— Ladendorf's Erklärung über den — 200. 819 f.
— Züricher — 84. 126. 200.
Revolution, soziale — 108 f. 368. 451.
— Artikel des Volksstaat über die — 370.
— Heß über die — 404 f. 742 f.
— Marx über die proletarische — 320 f. 566.
— und die Bauern 196. 286.
— und Organisation 112. 253 f.
— von oben, Stellung der Partei zu einer — 153. 154. 373. 377. 543. 665. 676.
Rittinghausen 152.
Rögner 777.
Röser, s. Rössler 134. 135.
Rothe, Dr. 98.
Rothe Fahne 381 f.
Rübt, Artikel im Volksstaat (Agitationsbericht) 380.
— Bebel über — 499 f.
— Bemerkungen Liebknecht's über — 196.
Rüder, Polizeidirektor — und Kravalle der Lassalleaner 11. 569.
Rüger 792.
Rüll, Brief an den Ausschuß 484. 568. 792.
Rumpfparlament 378.
Russisch-französische Allianz als Konsequenz der Annektion von Elsaß-Lothringen 417.

Sächsische Gerechtigkeit 12.
Sächsischer Partikularismus 12. 27.
Sächsische Preßpolizei 280.
Sächsische Zeitung, Exzesse des gebildeten Pöbels gegen die — 197.
Saint Simon 44.
Salmann 792.
Saturday-Review über die Internationale 235.
Schelling, Vater und Sohn 109.
Schelling, Vater — über die Revolution 109.
Scheu, Andreas 30. 130. 151.
Scheu, Artikel im Volksstaat, „Begrüßung der Arbeiter" 380.

Schilling 792.
Schmalz 792.
Schmalz-Gesellen 799.
Schrader 797.
Schreiner, Zirkulare der — 510.
Schriftenvertrieb durch Bonhorst 530.
— Sache des Ausschusses 526. 560.
Schuldfragen 534 f.
— Anträge der Vertheidigung zu den — 537 f.
— Nichtigkeitsbeschwerde der Vertheidigung wegen der — 539.
— Definitive Feststellung der — 633.
Schulze-Delitzsch 48. 247. 495.
Schultze-Hamburg 776.
Schwurgerichtsverhandlung in Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrath 19.
Schwarze, Generalstaatsanwalt — über den Prozeß 944.
Schwarzes Buch 65. 66. 583.
Schweichel, über die Programmfrage, auf dem Nürnberger Verbandstag 113 f. 760 f.
v. Schweitzer, Aufruf an die Parteigenossen gegen — 118 f.
— aus dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen 841.
— Bekämpfung durch Bebel 247 f.
— Korruptionstaktik 26. 869 f.
— gegen Eisenacher 10. 29.
— im Bunde mit der Reaktion 120. 869 f.
— Liebknecht über — 246.
— Machinationen gegen den Eisenacher Kongreß 248. 872.
— Märtyrerthum 249 f.
— Stellung zur Kriegsanleihe 6.
— und die preußische Regierung 246. 869.
— und Hofstetten 248.
— Verdächtigungen des Arbeiterverbandes 132.
— Verhetzungen durch — 122.
— Verleumdungen der Partei 204.
— Versuche, den Mainzer Kongreß unmöglich zu machen 326.
— Warnung vor — 384.
Schweitzerianer in Forst 326.
v. Schweitzer'sche Prügelszenen 325. 326.
Sechster Verhandlungstag 313.
Seidel 792.
Sekretariats-Korrespondenzbuch 335. 344. 346. 471. 501. 529.
Senior, Professor, 224.
Servilismus des Bürgerthums 334.
Siebenter Verhandlungstag 335.
Sittenzustandes, Hebung des — als Ziel der Internationale — 270.
Soldatenagitation 476 f. 485. 544.
Soldatenkatechismus, 105. 474. 476. 491. 552.
— Verbreitung des — 519.
Soldat, europäischer — an seine Mitsoldaten 474. 476 f.
Sonnemann, über Altersversorgungskassen und Gewerkschaftsfrage auf dem Nürnberger Verbandstag 786.
— und die Sozialdemokratie 27.
Sozialdemokrat, Der — 54.
— Verleumdung der Eisenacher durch den — 134.
Sozialdemokratie, Bestrebungen der — 289 f.
— Beziehung der — zur Familie — 89.
— erklärt sich solidarisch mit der Kommune 86.
— Erzieherischer Einfluß der — 39.
— Geschichte der — nach den Darlegungen des Staatsanwaltes 539 f. 551 f. 580 f. 656 f.
— Geschichtliche Nothwendigkeit der — 55.
— im Kampfe gegen Polizei u. Staatsanwälte 31.
— Kampfesweise der — 34 f. 46 f.
— nächste Forderungen der — 554.
— oder Cäsarismus 371.
— und Entwicklungsgesetz 35 f. 59 f.
— Partei der Unzufriedenen 249.
— Politische Stellung der — 249.
— Stellung der — zum Reichstage, zu den Landtagen, zu den Gemeindevertretungen — 31.
— und Bismarck 249.
— und Kapitalismus 35.
— während des Krieges 7 f.
Sozialdemokratische Partei, Gründung der — 82. 104. 118. 793.
— Stellung zur Grund- und Bodenfrage — 252.
Sozialdemokratische Republik 370.
Sozialdemokratische Zeitungen 53. 54.
Sozialdemokratisch und sozialrepublikanisch 151. 555.
Soziale Dinge, Ueber — zu reden im Prozesse nicht gestattet 277.
Soziale Frage 369 f.
Soziale Republik als Forderung der Sozialdemokratie 82. 84 f.
Sozialer Kampf 393.
Soziale Revolution 108 f. 368. 451.
— Heß über die — 404 f. 742 f.
Soziales Königthum 58.
Soziales Papstthum 58.
Sozialismus, Fortschritte des — 47. 53 f. 58 f.
— in Frankreich 44.
— in England 46.

Sozialismus in Oesterreich 82. 358 f. 868 f.
— in Ungarn 874.
— und bürgerliche Demokratie 21 f.
— und bürgerliche Freiheit 46.
— wächst in den Staat hinein 40.
Sozialistenverfolgung, 1870 u. 1878 9.
Sozialistische und kommunistische Literatur 185.
Sozialistisches Ziel 114. 143. 156. 259 f. 521 (vgl. auch Prinzipien und Taktik.
Sozialreform 40.
Spanische Revolution, über das Mißlingen der — 384.
Spier 516. 797.
— „Konfidentielle Mittheilungen" bei — beschlagnahmt 316.
— Rede in Eisenach über die Internationale 129. 130.
— verhaftet 7.
— Zeugenvernehmung 524 f.
Staat, Bebel über den — 292 f. 295.
— Liebknecht über den — 156. 268.
Staatshilfe, Diskussion im Volksstaat über die Auffassung der — 402. 541.
Staatssozialismus 74.
Staat und Genossenschaftswesen, von Karl Hirsch 165. 807 f.
— und Gesellschaft 156. 268. 292 f. 295.
Statuten der Internationale 226 f.
— des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 912.
Steiger, Geschwornen — Schlußrede des — 636.
— Geschwornen — Voreingenommenheit des — 466.
— Geschwornen — Wahrspruch d. — 634.
— Geschwornen — zur Charakteristik des 643.
Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositon. Parteien 198.
Stiebeling, Dr. 391.
Stieber 134.
— die Kommunisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts 66. 583.
— gefälschtes Aktenstück zum Kölner Kommunistenprozeß 67.
— Fälschung d. „Protokollbuches" 134 f.
Stimmung des Volkes gegen die Sozialdemokratie 1870 71. 9.
Stirner, Max 453.
Stolle 792.
Strafanträge 635.
Straßenkampf (siehe Putsche).
Strafbarkeit der Rede Bebel's in Plauen nach Auffassung Kirbach's 308.
Streiks, Ansicht Varlin's über — 236.
Streiks 115.
Struve's Schilderhebung 70.
Studenten gegen Sozialdemokraten 10.
Stuttgarter Parteikongreß 6.
— Bericht des Ausschusses über d. — 469.
— Beschluß über d. Mainzer Kongr. 325.
— Liebknecht's Rede über die politische Stellung der Partei 396 f.
— Stellung des — zur Organisation der Partei 256
— Protokoll über den — 347.
— über die Lokalvereine 158.
Suttmann 769 f.
Swoboda, Dr., — Protest gegen Liebknecht 472 f.

Tagesfrage, zur — aus dem „Vorbote", über den deutsch-französischen Krieg 349. 825.
Taktik der Partei 24. 31. 34 f. 40 f. 121. 142. f. 146 f. 156 f. 264 f. 317. 319. 356. 379. 385. 388. 389. 391. 427. 431. 447 f. 581 f. 652 f. 664.
— der Vorbote über die — 354.
— und Organisation, Geib über -- 379.
— und Prinzipien der Partei 24. 31. 34 f. 40 f.
Tauscher, Redakteur des „Proletarier" 384. 845. 846. 873.
Temme 202.
Tendenzprozeß 463 f.
Thiers 569.
Thorade 775.
Tischler, Zirkulare der — 510.
Tölke's Verleumdungen 134.
Trades-Unions 316.
Trades-Union-Kongreß in Birmingham über die Grund- u Bodenfrage 369.
Trauppmann 351.
Tremenheere's Blaubuch über die Beschwerden der Bäckergesellen 220.
Tröger, Obergensdarm — 117.
— Zeugenverhör 297.

Umsturz, gewaltsamer — als angebliches Ziel der Sozialdemokratie 111.
Umsturzpläne 335.
Unabhängigen-Bewegung 58.
Unsere Ziele, von Bebel 98. 369. 423 f. 545.
Ure 224.
Utopie, sozialistische — 405.
Utopischer Sozialismus 191.

Vahlteich 775.
Varlin, Vertheidigungsrede des Buchbinders — 235 f.
— über das Erbrecht 252.
Venedy 767.
Verband der Arbeitervereine, Gründung 767, Auflösung 793.
Vereinsgesetz, Organisation entsprechend dem — 255 f.

Vereinsgesetz, Verhältniß der Internationale zu dem — 285.
— Verhältniß der Partei zu den — 144. 146. 158.
— Verletzung der — aber nicht Hochverrath — 345.
Verfolgung der österreichischen Sozialdemokratie 358 f.
Verhandlungen des Schwurgerichts 61 f.
Verlängerung des Reichstagsmandats (1870) 13.
Vernehmung der Angeklagten 108 f.
Verschwörungen 41. 49. 683.
Verurtheilung 635.
Vertrauensmänner der Partei 139.
Verweisung an die Geschwornen 97.
Verweisungs-Erkenntniß der Anklagekammer 91 f.
Vierter Verhandlungstag 206.
Vierzehnter Verhandlungstag 577.
Vieweg 797.
Vogel 792.
Vogel von Falkenstein, Der Vorbote über — 349.
— sein Verhalten gegen den Parteiausschuß 7.
— zu Schadenersatz verurtheilt 18.
Vogt, Karl 72.
Vogt, Herr — von Marx 202.
Vogtländischer Anzeiger, Referat im — über Bebel's Plauen'sche Rede 302.
Völkerbund, Allgemeiner freier — 257.
Volkspartei, Stellung der Sozialdemokratie zur — 196.
Volksstaat, Errichtung des freien — 83. 554.
— Abonnenten des — in Amerika 392.
— „An das deutsche Volk und die Sozialdemokratie" von Beslay und den französischen Genossen der Internationale 407 f.
— Angriffe von Arbeitern gegen den 10 f.
— Artikel „Aus Amerika" gegen die Ueberschätzung des allgemeinen Wahlrechts 390.
— Artikel Bonhorst's über die Baseler Beschlüsse 307 f.
— Artikel „Die soziale Revolution" von Heß 401 f. 742 f.
— Artikel „Eine Mahnung an die Partei, die Kraft nicht in Lokalvereine zu zersplittern" 375 f. 843 f.
— Artikel Greulich's „Zur Heulmeierei gegen d. Baseler Kongreß" 359.
— Artikel „Im rechten Lichte" von Wenrich 402.
— Artikel: „Proletarier vereinigt Euch", Aufruf zum Augsburger Einigungskongreß 384. 841 f.
— Artikel Rüdt's „Agitat.-Bericht" 380.
Volksstaat-Artikel Scheu's „Begrüßung der Arbeiter" 380.
— Artikel über die Industrie- und Agrikulturarbeiter 373 f.
— Artikel über die spanische Revolution 370. 384.
— Artikel „Zur Weltlage", Urtheile über den Chauvinismus und Bismarck's deutsche Politik 861 f.
— Aufruf an die Parteigenossen 357.
— Aufruf des Ausschusses an die Parteigenossen in Betreff des deutsch-französischen Krieges 393 f.
— Aufruf in erster Nummer — 88 f. 154.
— Aufruf nach der Verurtheilung 688.
— Auszüge aus dem — 84 f.
— Erscheinungsweise während des Krieges 574.
— Gehälter der Redakteure 357.
— Gesammthaltung 559.
— Haltung beim deutsch-französischen Kriege 4. 409 f.
— Hepner über die Aufgaben des — 503 f. 558.
— in Geldnöthen 331.
— Korrespondenz von Geib zur Taktik und Organisation 379.
— Manifest der Friedens- u. Freiheitsliga 392.
— offizielles Parteiorgan 361. 543.
— Politische Uebersicht, Verfolgung der österreichischen Sozialdemokratie unter der neuen Aera 358 f.
— Protest der Pariser Sektion der Internationale an die gesammte Arbeiterwelt gegen den Krieg 395.
— Redaktion des — 104.
— Stellung des, zur Pariser Kommune — 4.
— Verhältniß des — zum Ausschuß 513. 528.
— Verhältniß des — zu den Mitarbeitern 361.
— Warnungen, sich nicht provoziren zu lassen 51.
— wird gewarnt 12.
— Zum Leipziger Hochverrathsprozeß 641 f.
— zu wissenschaftlich redigirt 362.
Volksstimme in Wien 356.
Volk und Monarchie 377.
Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens 17. 89. 93. 100. 104.
Vorbote, Artikel über die Maßnahmen Vogel von Falkenstein's 349.
— Artikel über die politische Lage 350. 832.
— Beziehungen zur Partei 355.

Vorbote, Empfehlungs-Annonzen 431.
— Manifest an die ländliche Arbeiterbevölkerung 473. 876.
— Der — über die Taktik 354.
— Verbreitung des — 352.
— „Zur Lage", über den Krieg 1870/71 350. 832.
— „Zur Tagesfrage", über den Krieg 1870 71 349. 825.
Voreingenommenheit des Präsidenten, Aeußerungen der — 150. 151. 277. 297. 306. 311. 340. 341. 350. 353. 367. 372. 378. 382. 385. 411. 463. 465 f. 472. 612.
— des Geschwornen Steiger 466.
Vorwärts 53.

Wagener 704.
Wahlrecht, allgemeines, direktes — 26. 43. 46 f. 390. 541.
— Liebknecht über das — 397.
Wahrer Sozialismus 188.
Wahlresultate 53.
Wahrspruch der Geschwornen 634.
Walster, Otto 142.
— am Webstuhl der Zeit — 491.
— Brief Bonhorst-Bracke an — über Soldatenagitation 491.
Wanderunterstützung, über die — auf dem Nürnberger Verbandstage 787.
Wagener v. Tummerwitz 74.
Wehrfrage, über die — auf dem Nürnberger Verbandstage 788.
Weiding 660.
Weimarer, Vereinsgesetz 145.
Weiß, Adolf 164.
Weller, Kriminalkommissarius 117.
Wendschuch 98.
Werker von Lüttich 249.
Wermuth, die Kommunistenverschwörungen des 19. Jahrhunderts 66.
Werner 499.
Weyrich, Artikel: „Im rechten Lichte" 402 f.
Weyrich, Erklärung über Lassalle 403. 541. 552. 660 f.
Wiener Arbeiter, Resolution des Leipziger Arbeitervereins an die — 387.
Wiener Hochverrathsprozeß 6. 150.
Wiener Rede Liebknecht's 436. 868 f.
Wintersberg 403.
Wirthschaftliche Umwälzung 316.
Witzleben 642.
Wunder von Mentana 56.

York 797.
— wegen Verbreitung von Haß und Mißachtung freigesprochen 419.

Zehmen, v., Sympathieversicherung an Liebknecht 12.
Zehnstundenbill in England 223.
Zehnter Verhandlungstag 439 f.
— Zeidler's Korrespondenz 651. 704.
Zeugenverhör 297 f.
Ziele, demokratische — und die deutschen Arbeiter 167. 797 f.
— der Partei 114. 143. 156. 259. 353. 521. (Vergl. auch Prinzipien und Taktik.)
— der Revolutionäre, in dem Artikel „Unsere Grundsätze" im „Vorbote" 353.
— des Sozialismus 114. 143. 156. 259 f. 521. (Siehe auch Prinzipien und Taktik.)
Zirbs 792.
Zukunftsstaats-Debatte 52.
Zürich, deutscher Arbeiterverein in — 68.
Züricher Kongreß 55.
— Revolutionsfonds 84. 126. 200.
Zusammenbruch, intellektueller und moralischer — 51. 59 f.
Zuschriften an die Verurtheilten, anläßlich des Prozesses 21.
Zweck der inkriminirten Handlungen 103.
Zweiter Verhandlungstag 117.
Zwölfter Verhandlungstag 512.

Druckfehler-Berichtigung.

Seite 166, Zeile 18 von oben lies: „Volksstaat" statt „Demokrat. Wochenblatt"
„ 257, „ 10 „ „ „ Liebknecht statt Präsident*)
„ 315, „ 25 „ „ „ ist Notenstern * hinter „Confident. Mittheilung" zu setzen,
„ 371, „ 8 „ unten „ französischen statt spanischen,
„ 432, „ 28 „ oben „ ist Notenstern * hinter „Frankfurter Journal" zu setzen statt hinter „Demokr. Wochenblatt" (auf Zeile 17 von oben).

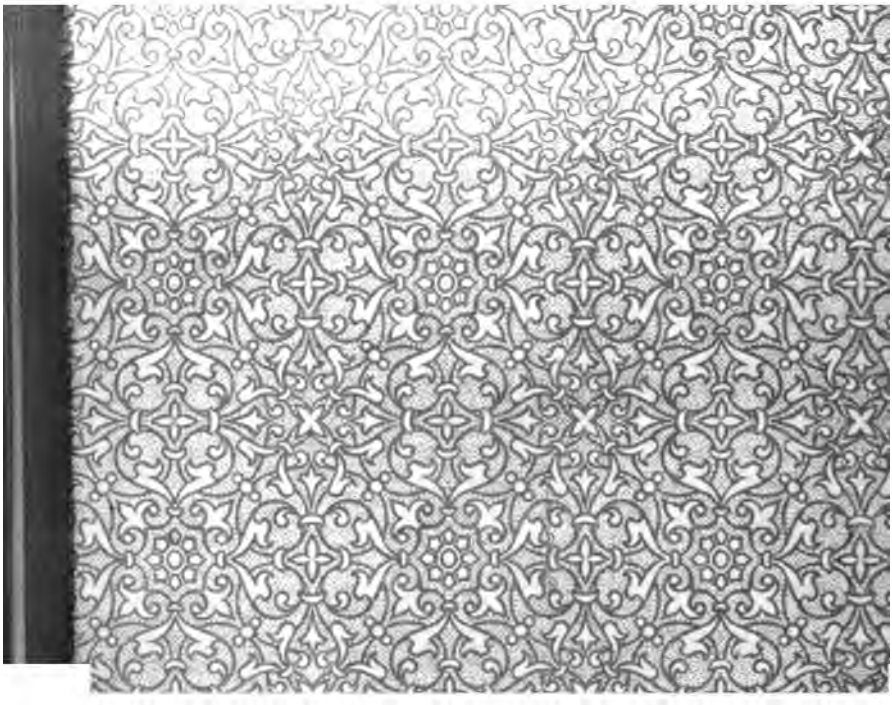
*) Nur in einem Theil der Auflage.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
Erster Verhandlungstag	61
Zweiter Verhandlungstag	117
Dritter Verhandlungstag	157
Vierter Verhandlungstag	206
Fünfter Verhandlungstag	281
Sechster Verhandlungstag	313
Siebenter Verhandlungstag	335
Achter Verhandlungstag	357
Neunter Verhandlungstag	407
Zehnter Verhandlungstag	439
Elfter Verhandlungstag	492
Zwölfter Verhandlungstag	512
Dreizehnter Verhandlungstag	534
Vierzehnter Verhandlungstag	577
Anhang	741
1. Soziale Revolution. Von M. Heß	742
2. Protokoll des 5. Vereinstages in Nürnberg	758
3. Protokoll des 6. Vereinstages in Eisenach	791
4. Aufruf Bremer und Genossen: An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins	794
5. Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter	797
6. Der Staat und das Genossenschaftswesen. Von Karl Hirsch	807
7. Erklärung Ladendorf und Goegg	819
8. Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation	824
9. Zur Tagesfrage. (Aus dem „Volksbote“ 1870)	825
10. Zur Lage. (Aus dem „Volksbote“ 1870)	832
11. Eine Mahnung an die Partei. Von Bebel	838
12. Aufruf zur Beschickung des Augsburger Kongresses	841
Ein neuer Kongreß. Von Bracke	847
Bebel's Bericht über den Augsburger Kongreß	852

		Seite
13.	Manifest des Zentralkomitees der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga	857
14.	Aufruf des Braunschweiger Ausschusses vom 24. Juli 1870	859
15.	Beschlüsse der Delegirten-Konferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu London 1871	861
16.	Bericht über Liebknecht's Versammlung in Wien 1869	868
17.	Manifest an die landwirthschaftliche Bevölkerung.	876
18.	Aufruf der besitzlosen Handarbeiter an ihre Leidensgefährten, die besitzlosen Kopfarbeiter	884
19.	Emilio Castelar's Rede für die Republik	887
20.	Programm des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation für den Brüsseler Kongreß (1868)	907
21.	An die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation	908
22.	Chemnitzer Programm	909
	Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins	912
	Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	912
	Nürnberger Programm	915
	Eisenacher Programm	916
	Gothaer Programm	917
	Genfer Manifest	919
	Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891	921

Druck von Max Bading, Berlin SW.



UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03079 316